

Acta Borussica

Neue Folge



Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von
Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2000

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

Band 3

9. Juni 1840 bis 14. März 1848

bearbeitet

von

Bärbel Holtz

2000

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2000

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3-487-11000-8

Inhalt

Vorwort	I
Zur Form der Edition	VII
Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	33
Regesten Nr. 1/1840 bis 458/1848	39
Sachregister	328
Personenregister	451
Ortsregister	509
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums	523
Verzeichnis der zitierten Archivalien	525
Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur	549

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums — dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums — die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Bärbel Holtz, behandelt den Zeitraum vom 9. Juni 1840 bis zum 14. März 1848.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem — zumeist handschriftlich — überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.¹ Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

¹ *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.*

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wengleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung.

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegen-

über den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten — mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges — sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen

Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5500 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen — die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im (17. und) 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.² Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.³

² Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

³ Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff.* – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. – Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze¹, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner².

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratssitzungen³, d.h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

¹ Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

² Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

³ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. I–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. Für die Zeit des Vormärzes leitet sich die Numerierung der TOP aus den Protokollteilen ab. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z.B. **3.–5. Drei Pensionssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z.B. *144/20 88–93v*.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z.B. Ablösungen, Forstwesen, gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Standesherrn, Strafrecht.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z.B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Spezifische Erläuterungen zu diesem Band siehe am Ende der Einleitung.

Einleitung

Der vorliegende Band erschließt insgesamt 461 Sitzungsprotokolle des Preußischen Staatsministeriums aus dem Zeitraum vom 9. Juni 1840 bis zum 14. März 1848, also der ersten acht Regierungsjahre von Friedrich Wilhelm IV. Das Gros mit 338 Sitzungen ist in 20 Aktenbänden der Protokoll-Hauptreihe¹ überliefert. Diese Stammquelle konnte für den genannten Zeitraum wesentlich ergänzt werden: Mit dem vorliegenden Band werden insgesamt 123 Protokolle von Staatsministerialberatungen, die außerhalb dieser Hauptreihe in mehr als 20 Akten verstreut sind, zum ganz überwiegenden Teil erstmals der historischen Forschung unterbreitet.² Bei diesen Neufunden handelt es sich grobenteils um protokollartige Niederschriften von gemeinsamen Sitzungen des Staatsministeriums mit der Immediat-Kommission für die ständischen Angelegenheiten³, in denen die Diskussionen um die Landtags-Abschiede und die Verfassungsfrage und somit um eines der neuralgischen Politikfelder für die preußische Monarchie dieser Jahre festgehalten worden sind.

Entsprechend dem editorischen Grundaufbau der ACTA BORUSSICA, Neue Folge, strukturiert sich auch dieser Band: Die Regesten geben einen Überblick über die Beratungsinhalte und -ergebnisse; die Anmerkungen enthalten vor allem den archivalischen Nachweis von Gesetzentwürfen, Voten, Immediatberichten und anderen Schriftstücken aus den Beständen von Staatsministerium oder Fachministerien und machen auf ein reichhaltiges, bislang nur gelegentlich ausgewertetes Quellenmaterial aufmerksam; das feingliedrige Sachregister bringt die mehr als 1300 Tagesordnungspunkte in eine systematisierte Ordnung; das Personenregister läßt mit seinen Kurzbiographien vor allem Akteure der preußischen Ministerialbürokratie detaillierter als bisher hervortreten.

Diese Regesten-Edition erweitert somit die wissenschaftliche Erschließung von Archivalien aus dem preußischen Vormärz, „der bislang nicht zu den bevorzugten Gegenständen editorischer Tätigkeit zählt“.⁴ Darüber hinaus vermag dieser Band in Anbetracht der gebotenen Themen- und Materialfülle und des zugleich erschlossenen Quellenfundus weitere monographische Forschung anzuregen, umso mehr, als die Historiographie des vorzustellenden Zeitraumes vergleichsweise viele Lücken aufweist.

Trotz des in den Protokollen enthaltenen breiten Themenbogens sei betont, daß dieser nicht das Wirken der preußischen Regierung in Gänze umreißt und selbstverständlich nicht als vollständiges

¹ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 38–57. Zur Überlieferungslage im Detail vgl. Abschnitt 3 dieser Einleitung, die Zitate aus den Protokollen lediglich mit Bandnummer und Blattzahl nachweist.

² Von den 123 in diesem Band integrierten Protokollen sind bislang 17 ausgewertet worden durch Bahne, Siegfried, Die Verfassungspläne König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen und die Prinzenopposition im Vormärz, Habilschrift, Bochum 1971 (Masch.) und Obenaus, Herbert, Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984.

³ Zu Gründung, Zusammensetzung und Funktion vgl. Obenaus, Herbert, Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten als Instrument der preußischen Reaktion im Vormärz, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 410–446. Hier in der Edition verkürzt bezeichnet als ständische Immediat-Kommission.

⁴ So der Editionsstand zum deutschen Vormärz überhaupt, eingeschätzt bei: Lothar Gall, Grundprobleme von Quelleneditionen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Ders. u. R. Schieffer (Hrsg.), Quelleneditionen und kein Ende?, München 1999, S. 81–91, bes. S. 87. An Editionen zum preußischen Vormärz, die auf Archivalien basieren, liegen vor: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen, 2 Bde., Essen/Bonn 1919/42 [ND Osnabrück 1967] unter Hinzuziehung von Briefwechseln; Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Werner Schubert und Jürgen Regge. Gesetzrevision (1825–1848), Vaduz 1981–96 als umfängliche Edition von Drucksachen aus dem preußischen Ministerium der Gesetzrevision. Somit ist für den preußischen Vormärz immer noch die 1982 getroffene Feststellung zutreffend, daß „Sammlungen allein mit Aktenmaterial [...] rar“ sind, vgl. Restoration, Liberalismus und nationale Bewegung (1815–1870). Akten, Urkunden und persönliche Quellen, bearb. von Wolfram Siemann, Darmstadt 1982, S. 77.

Abbild der politisch-exekutiven, legislativ vorbereitenden Handlungen des Staatsministeriums oder der Ministerien verstanden werden kann. Bisher ist die Forschung über allgemeine Feststellungen zum Wirken und Gewicht des Staatsministeriums in den vierziger Jahren nicht hinausgekommen; die Protokolle selbst haben lediglich vereinzelt Auswertung erfahren. Dieser Editionsband offeriert erstmals ein Resümee über jene acht Jahre regierungsinterner Diskussionen und staatlicher Leitung, gleicht das daraus resultierende Bild über das Staatsministerium mit dem bisherigen Forschungsstand ab und zeigt oft unter Benennung der entsprechenden Quellen vernachlässigte, der historiographischen Analyse harrende Themenfelder auf. Damit minimieren der Band wie auch die Edition insgesamt ein Desiderat der Forschung und leisten zugleich historische Grundlagenforschung.

Die beiden folgenden Abschnitte stellen relevante Beratungsthemen des Staatsministeriums sowie das Kollegialorgan selbst näher vor; ein dritter Abschnitt beschreibt die Besonderheiten der Quellenüberlieferung, woraus sich Spezifika und Details für die Editionstechnik in diesem Band ableiten, die in einem abschließenden Abschnitt kurz erläutert sind.

1. Zwischen Huldigung und Revolution: Inhaltliche Beratungsschwerpunkte des Staatsministeriums von 1840 bis 1848

Die Protokolle des Staatsministeriums erfassen einen großen Bogen an Problemen, mit denen sich die preußische Regierung in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu befassen hatte. Bedingt durch routinierten Verwaltungsablauf stehen innerhalb der Niederschriften „große“, politisch brisante Inhalte zwischen eher beiläufigen, nebensächlichen oder „kleinen“ Themen. Nicht alle Konfliktstoffe werden beim Namen genannt, so daß dem Leser oft Hintergrundwissen oder das Lesen zwischen den Zeilen abverlangt wird. Hinzu kommt, daß die Sitzungsprotokolle als Quellengruppe der obersten staatlichen Verwaltung naturgemäß den Blick „von oben“ vermitteln.

Abhängig vom Geschäftsgang lassen die Protokolle immer nur eine Bearbeitungsphase der an das Staatsministerium geleiteten Angelegenheiten offenbar werden. Das ist manches Mal der Beginn, ab und zu ein Zwischenschritt, in den allermeisten Fällen jedoch der Abschluß vom Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß innerhalb des Kollegialorgans Staatsministerium. Zuvor hatten in aller Regel die betreffenden Fachministerien Gesetzentwürfe oder Gutachten ausgearbeitet und die Minister im Voten-Wechsel diese Vorlagen schriftlich beraten. Dann erst folgte jener Arbeitsschritt der preußischen Regierung, den die Sitzungsprotokolle widerspiegeln. Die mündliche Beratung (Sitzung) im Staatsministerium wurde prinzipiell erforderlich, wenn die schriftliche Beratung (Voten-Wechsel) kontrovers verlaufen oder eine Grundsatzentscheidung zu treffen war. Gewöhnlich endete die mündliche Beratung mit einem Beschluß⁵ des Staatsministeriums, der dem Monarchen in einem Immediatbericht als begründende Empfehlung für dessen rechtsverbindliche Entscheidung zur Kenntnis gegeben wurde. Diese Verfahrensweise ist bei der Lektüre der Protokolle zu beachten; durch die in den Anmerkungen nachgewiesenen Archivalien wird sie transparenter.

In der vorkonstitutionellen Regierungszeit von Friedrich Wilhelm IV. widmete sich das Staatsministerium einer Fülle von Einzelthemen, aus denen sich wegen ihrer politischen Brisanz und Tragweite einige besonders herausheben. Das betrifft in allererster Linie die Stände- und Verfassungspolitik, dann aber auch die Steuerung und Bewältigung der sozioökonomischen Transformationsprozesse besonders im Agrarbereich, die weitere Integration der neuen Landesteile, das große Unternehmen der Gesetzrevision sowie die Kirchen- und Konfessionspolitik. Die detaillierte Analyse dieser Themen ist jeweils spezieller (monographischer) Forschung zu überlassen.

⁵ Bezieht sich auf alle drei Beschlußkategorien (endgültige Entscheidungen für Maßnahmen in der Verwaltung; Beschlüsse mit endgültiger Entscheidung durch den König und solche, die dem Staatsrat zur weiteren Beratung als Vorlage dienen), vgl. Hintze, Otto, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619, bes. S. 567.

Entsprechend dem Rahmen, der dem Editionsband gesetzt ist, wird deshalb vor allem auf Neues, Grundsätzliches bzw. Erwähnenswertes, das sich bei der Erschließung der Protokolle herausstellte, kurz eingegangen. Aus der Gesamtsicht aller hier erschlossenen Protokolle sei grundsätzlich vorangestellt: Die von 1840 bis 1848 im Staatsministerium geführten Diskussionen waren allgemein von dem Bestreben geprägt, die politisch-soziale Verfassung Preußens auszubauen und dennoch die grundlegenden Strukturen der monarchischen Macht zu erhalten. Unter Zurücksetzung der nationalen Frage, die erst 1849/50 in den Protokollen zu finden ist, werden in den Jahren bis 1848 die Beratungsthemen – explizit oder implizit – von der konstitutionellen und der sozialen Verfassungsfrage dominiert.

„Der König“, schrieb Varnhagen von Ense am 28. September 1840 in sein Tagebuch, „wird doch, wie mich dünkt, keine leichte Regierung haben. Die vielen Richtungen, die er andeutet, werden ebenso viele Forderungen, und die widersprechenden zu befriedigen wird unmöglich. [...] [Einigen] ist er schon viel zu liberal. Da er es aber doch nicht so weit ist, als Andre verlangen, so nehmen jene auch die Unzufriedenheit dieser schon willig auf, und es entsteht die unnatürlichste Koalition. Eine Hauptfrage ist, ob keine Geldverlegenheit kommen wird.“⁶ Der bekannte Chronist des Vormärz hatte damit vier Monate nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. den Weg, der Preußen bevorstand, sowie das politische Dilemma der Monarchie treffend skizziert.

An den im Juni 1840 erfolgten Thronwechsel zu Friedrich Wilhelm IV. knüpfte das national und liberal gesinnte Bürgertum bekanntermaßen große Erwartungen; diese kulminierten in der Einberufung von Reichsständen gemäß dem königlichen Verfassungsversprechen von 1815. Die ersten Maßnahmen des neuen Regenten schienen diese Erwartungen zunächst zu erfüllen und zeigten auch auf die Beratungsthemen der Regierung baldige Wirkung. Als Indiz dafür steht beispielsweise die kollegiale Verständigung über die Amnestie von Verbrechern, die sich im August/September 1840 in die routinemäßig fortgeführten Diskussionen über verschiedene Gesetzesprojekte und Verwaltungsmaßnahmen einfügte.⁷

Zum signifikanten Kriterium für einen politischen Neuansatz aber wurde die Intention des neuen Königs, sich auf der Huldigung prinzipiell zur **Lösung der Verfassungsfrage** zu erklären, wozu er sich durch das politische Testament seines Vaters aufgefordert fühlte.⁸ In der Literatur ist wiederholt dargelegt worden, daß Friedrich Wilhelm IV. hierzu im Juni/Juli 1840 mit seinen engeren Vertrauten Boyen, Voß und Leopold Gerlach in intensive Gespräche getreten war. Auch mit den Ministern und der ständischen Immediat-Kommission kam der König Anfang Juli zweimal zusammen, um die Erbhuldigung vorzubereiten. Inwiefern er sich in diesem Kreis neben den notwendigen Vorbereitungen und Absprachen ebenfalls über das weitere Vorgehen in der Ständepolitik beraten hat, ist nicht bekannt.⁹ Wenige Tage später diktierte Friedrich Wilhelm IV. seine Vorstellungen: Im Anschluß an die Huldigung sollten insgesamt 32 Abgeordnete aller Provinzial-Landtage gemeinsam mit Mitgliedern des Staatsrats zu einer mehrtägigen, personell „gering komponierten Versammlung“ zusammentreten. Im Sinne des Staatsschuldenediktes von 1820

⁶ Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense, Bd. 1, Leipzig 1861, S. 220.

⁷ Vgl. dazu Sitzungen am 22.8. und 15.9.1840.

⁸ Vorgeschichte, Verlauf und (langfristige) Wirkungen der Huldigungs-Landtage ausführlich bei Bußmann, Walter, Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie, Berlin 1990, bes. S. 111–118 sowie Barclay, David E., Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995, bes. S. 90–94 jeweils mit weiterer Literatur. Zum Testament Friedrich Wilhelms III. vgl. Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, S. 18–24 mit Anlagen S. 13b–26b; Die politischen Testamente der Hohenzollern, bearb. v. Richard Dietrich, Köln/Wien 1986, S. 153–168 mit Anlage S. 754–758.

⁹ Friedrich Wilhelm IV. hatte jeweils für den 7. und 10.7.1840 eine Sitzung des Staatsministeriums „in seiner Anwesenheit und unter Zuziehung der Mitglieder“ der ständischen Immediat-Kommission angeordnet, vgl. Rep. 89, Nr. 353, Bl. 9 (Rochow, der vortragen sollte, am 3.7.1840 an Thile) und Rep. 77, Tit. 98 Nr. 35 Bd. 1, Bl. 6 (Einladung an die Minister vom 3. Juli). Dort auch mehrere Entwürfe zur Erbhuldigung an den König, in denen sich z.B. Rochow und A. v. Ladenberg ausdrücklich auf die Entscheidungen beider Sitzungen beriefen, Bl. 140 bzw. 182. Protokolle dazu konnten nicht aufgefunden werden.

sollten diese als zentrale Ständeversammlung der Monarchie den Staatshaushalt erörtern und sich auch zum Steuererlaß sowie zur Reichsständefrage erklären.¹⁰ Der König hätte somit die Stände zur Sanktionierung der Verfassungsänderung herangezogen. Dies lehnte aus dem Staatsministerium besonders Innenminister Gustav v. Rochow strikt ab. Eindringlich warnte er davor, die Huldigungs-Stände gleich für eine Woche als Reichsstände einzuberufen, um die Sanktion zu erhalten. Damit würde der König „via facti eine, eines jeden gesetzlichen und verfassungsmäßigen Fundaments entbehrende Reichstags-Versammlung von ungeheurer Breite konstituieren und [...] eine neue Ära in der preußischen Regierungsgeschichte beginnen“.¹¹ Die Kritiker des Projektes setzten sich dem neuen König gegenüber vorerst durch.

Die Stände- und Verfassungsfrage kam den Protokollen zufolge sieben Monate später erstmals auf den ministeriellen Beratungstisch. Sechs Tage, bevor die Provinzial-Landtage nach vierjähriger Pause mit königlichen Propositionen zu eröffnen waren, traten Staatsministerium und ständische Immediat-Kommission¹² am 22. Februar 1841 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Dort trug der König mit Nachdruck seine Ambitionen auf Einrichtung von ständischen Ausschüssen und verbesserte Publizität der Landtage vor. Erneut erfuhr er Widerspruch: Einerseits von seinem Bruder Wilhelm, dem Prinzen von Preußen, der in diesen Ausschüssen den „Keim einer reichsständischen Verfassung“ befürchtete; andererseits aus dem Kreise der Minister, die eine aktuelle Publizierung der Landtags-Verhandlungen ablehnten, weil „der Landtags-Abschied bei seiner Veröffentlichung keine unbefangene Meinung mehr vorfinde“.¹³ Diesmal beharrte der König auf seiner Position, und dementsprechend ergingen die Propositionen an die Provinzialstände.

Für die Minister begann mit jener, seit dem Thronwechsel nachweislich ersten gemeinsamen Sitzung mit der ständischen Immediat-Kommission eine sieben Jahre andauernde Debatte. Diese fügte der Tätigkeit des Staatsministeriums eine inhaltlich wichtige Seite hinzu: Von nun an war man an der Abfassung der Propositionen und einzelnen Landtags-Abschiede sowie an der internen Grundsatzdiskussion zur Ausgestaltung der Ständeversammlung federführend beteiligt. Die über 100 neu aufgefundenen Beratungsprotokolle machen erstmalig deutlich, in welchem Umfang und mit welcher Kontinuität das Staatsministerium in den vierziger Jahren mit der Stände- und Verfassungsfrage befaßt war und daraus erwachsende Einflußnahme erlangen konnte. Jene gemeinsamen Beratungen mit der ständischen Immediat-Kommission waren immanenter Bestandteil der Regierungsarbeit und wurden deshalb in dem vorliegenden Band integriert. Eine Nichtaufnahme dieser Protokolle hätte das damals wichtigste regierungsinterne Diskussionsthema ignoriert.

Zu den Erörterungen der Landtags-Abschiede bleibt an dieser Stelle allgemein zweierlei festzustellen: Zum einen beinhalten diese mitunter sehr umfangreichen Niederschriften Meinungen und Erfahrungen der Minister, die sich auch in den allgemeinen strategischen Debatten der Regierung zur Verfassungsfrage wiederfinden. Zum anderen lassen sie Probleme der betreffenden Provinz plastischer hervortreten. Themen wie Pressefreiheit, Reform der Justizverfassung, Aufhebung der Feudalrechte, Lage der Landwirtschaft oder Steuer- und Wirtschaftspolitik erhalten weitere provinzspezifische Nuancierung. Bisweilen wird das differenzierte Vorgehen der Regierung

¹⁰ Das Diktat des Königs vom 21.7.1840 gedr. bei Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, Anlagen: S. 30b–32b. Vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 524–536.

¹¹ Rochows Gutachten vom 27.7.1840 in: BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Spec. B Mappe 1823–43, Bl. 42–52v, bes. Bl. 50–50v. Vgl. zu der Verfassungsdiskussion allgemein neben den bereits genannten Titeln von Bahne, Barclay, Obenaus weiterhin Berdahl, Robert M., *The Politics of the Prussian Nobility. The development of a conservative ideology 1770–1848*, Princeton 1988, S. 311–347.

¹² Zu diesem Zeitpunkt waren Mitglieder der ständischen Immediat-Kommission: Müffling (Präsident des Staatsrats), Thile (Kabinettsminister) sowie die beiden Staatsminister Rochow und Alvensleben; noch 1841 wurden als Mitglieder der Prinz von Preußen, Stolberg-Wernigerode und Voß berufen, 1842 Arnim-Boitzenburg und 1843 dann Bodelschwingh. 1845 rückte mit der im gleichen Jahr gegründeten engeren Sonderkommission offensichtlich noch Hofmarschall A. v. Rochow in die ständische Immediat-Kommission.

¹³ Rep. 77, Tit. 522a Nr. 21 Bd. 1, Bl. 78 und 75.

gegenüber den jeweiligen Landtagen sichtbarer, das bisher nur für wenige Provinzen bekannt ist.¹⁴ Hier bieten sich lohnenswerte weitere Ansatzpunkte für die Forschung, umso mehr, als mit den nun erschlossenen Protokollen und Landtagsdrucken die Quellenbasis zu den Ständen aller Provinzen wesentlich ergänzt wird.¹⁵

Das Staatsministerium war seit 1841 auch in die Grundsatzdiskussionen um die weitere Ausgestaltung der Ständeversammlung einbezogen, die hier im einzelnen nicht darzustellen sind. Die Debatten von 1842 um die Einberufung der Vereinigten ständischen Ausschüsse sowie deren Ergebnisse und Wirkungen sind bekannt: Auf königlichen Befehl traten von Ende April bis Anfang Juli Staatsministerium und ständische Immediat-Kommission neunmal zusammen.¹⁶ Friedrich Wilhelm IV. wollte möglichst bald durch die Vereinigten Ausschüsse die Sanktion erhalten, um „die außer dem Steuererlasse disponiblen Geldmittel des Staates zur Zinsengarantie für einzelne große Eisenbahn-Anlagen zu verwenden“.¹⁷ Im Staatsministerium wie in der ständischen Immediat-Kommission gab es große Bedenken, daß jene „Beratungen mit den Ausschüssen über gesetzliche Bestimmungen [...] als eine neue besondere Instanz der Legislation“¹⁸ aufgefaßt werden könnten und deshalb nur solche Regierungsmaßnahmen erörtert werden sollten, die vorher den Landtagen und dem Plenum des Staatsrats vorgelegen haben. Einig war man sich darin, die Rechte der Krone nicht anzutasten. Der König aber erwiderte, mit der Vernehmung der Ausschüsse über Steuererlaß und Eisenbahnfinanzierung könne „dem wirklich vorhandenen und vielseitig gefühlten Bedürfnis eines vermittelnden und ausgleichenden ständischen Organs neben den acht Provinzial-Landtagsversammlungen [...] abgeholfen und eben dadurch dem Verlangen nach Reichsständen oder einer Konstitution begegnet werden“.¹⁹ Im Verfassungsprojekt Friedrich Wilhelms IV. sollten die ständischen Einrichtungen in ihren Rechten erhalten bleiben und deren Mitbestimmung als ein Geschenk des Königs von Gottes Gnaden verstanden werden. Er wollte weder Reichsstände noch Konstitution und hoffte, eine Nationalrepräsentation verhindern zu können. Der König betrachtete die im Herbst 1842 tagenden Vereinigten Ausschüsse als Höhe- und Endpunkt seiner Verfassungsreform, was die anschließende Diskussionspause innerhalb der Regierung erklärt.

Indessen war der Ruf nach erweiterten politischen Rechten nicht schwächer geworden. Auch einige Landtage von 1843 verliehen der Forderung nach Reichsständen spürbares Gewicht. Die politische Radikalisierung und die Politisierung der Öffentlichkeit beantwortete der Staat mit Restriktionen gegenüber Pressefreiheit und Koalitionsbestrebungen.²⁰ Im Mai 1844 warnte Innenminister Armin den König eindringlich, diesen Weg weiter zu verfolgen: Man solle nicht „in jedem Mißbrauch der größeren Freiheit und des gesteigerten politischen Selbstbewußtseins die herannahende Revolution und Anarchie“ sehen. Der Stillstand in der Verfassungsfrage seit 1842 lasse auch Wohlgesonnene meinen, der König sei in seinem „Regierungsplan schwankend und unsicher geworden. Hierdurch

¹⁴ Vgl. Beck, Friedrich, Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1872/75, in: Adamy, Kurt, Hübener, Kristina (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 1–80; Croon, Gustav, Der rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874, Düsseldorf 1918 [ND Bonn 1974]; Neugebauer, Wolfgang, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992, S. 435–485.

¹⁵ Zu der recht unterschiedlichen Überlieferungslage vgl. Neugebauer, Wolfgang, Ständische Quellen zum preussischen Vormärz, in: JGMOD, 43 (1995), S. 45–58. Hier sei auch die Neuausgabe der Landtagsverhandlungen (Rheinprovinz, Preußen und Westfalen, Vaduz 1990, 1992 bzw. 1998) von Werner Schubert erwähnt. Zugunsten einer schnelleren Orientierung (Auffinden von Seitenzahlen) wurde für den vorliegenden Band dennoch auf die zeitgenössischen Landtagsdrucke zurückgegriffen. Einen knapp gefaßten regestenartigen Gesamtüberblick bei Schubert, Werner, Preußen im Vormärz. Die Verhandlungen der Provinziallandtage von Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen und Schlesien sowie – im Anhang – von Ostpreußen, Westfalen und der Rheinprovinz (1841–1845), Frankfurt/M. 1999.

¹⁶ Sitzungen am 26.4., 3., 6., 10. und 12.5., 2., 14. und 16.6. sowie am 6.7.1842. Vgl. dazu auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 551–562.

¹⁷ Friedrich Wilhelm IV. auf der gemeinsamen Sitzung am 12.5.1842, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 201v.

¹⁸ So beschlossen in der gemeinsamen Sitzung am 26.4.1842, in: Ebd., Bl. 170.

¹⁹ Friedrich Wilhelm IV. in der Sitzung am 14.6.1842, in: Ebd., Bl. 230.

²⁰ Zum vielschichtigen Verhältnis von Öffentlichkeit und Staat am Beispiel der Zensurpolitik im Vormärz wird im Rahmen der Edition ein sachthematicher Band erwogen.

wird die weit verbreitete Mißstimmung auf politischem Gebiete erklärlich. Sie wird aber selbst von einer großen Zahl der Beamten geteilt²¹. Da die Stimmung zusätzlich durch kirchliche Konflikte belastet werde, sei schnelles Handeln geboten. Einen Monat zuvor hatte Arnim dem König eine erste „Denkschrift über die ständische Verfassung“²² vorgelegt, mit der er die Einberufung einer reichsständischen Versammlung favorisiert und den königlichen Vorschlag abgelehnt hatte, daß zwei repräsentative Gremien (Vereinigte Ausschüsse und Reichsstände) zugleich bestehen sollten. Bis Juli 1845 verlief die weitere Diskussion intern unter den engsten Vertrauten des Königs. Danach erarbeitete ein ausgewählter engerer Kreis bis Jahresende Entwürfe zur Einberufung des Vereinigten Landtages und eines allgemeinen ständischen Ausschusses.²³

Im Frühjahr 1846 begann sodann für Staatsministerium und ständische Immediat-Kommission eine intensive gemeinsame Beratungsphase dieser Entwürfe. Gleich in der ersten Sitzung am 11. März prallten die verschiedenen Auffassungen über die prinzipielle Notwendigkeit von Reichsständen (Vereinigter Landtag), zum Steuerbewilligungs- und Petitionsrecht sowie zur Vorlage des Staatshaushaltes hart aufeinander. Wortführer der Kritik war Wilhelm, Prinz von Preußen, – seit 1842 von der internen Diskussion ausgeschaltet – der sich bislang gegen jede mittelbare, erst recht unmittelbare ständische „Teilnahme an den Angelegenheiten der Regierung“ artikuliert hatte. Er fürchtete „um die Existenz des Throns“ und wollte den Gesetzentwurf nur befürworten, wenn mit der „Zentralversammlung der Stände [...] die Macht nicht aus den Händen des Monarchen in die der beratenden Versammlung übergehe“.²⁴ Am Schluß stimmte er der Einberufung eines allgemeinen Landtages dennoch zu. Diese Sitzung wurde deshalb schon früh „für Preußen [als] Wendepunkt zur konstitutionellen Monarchie“ bezeichnet.²⁵ Mit der Zustimmung seines Bruders war König Friedrich Wilhelm IV. einen wichtigen Schritt hinsichtlich des väterlichen Testaments vorangekommen, mußte er doch vor jeder grundsätzlichen Änderung der ständischen Verfassung die königlichen Agnaten hinzuziehen.²⁶

In den folgenden sechs Wochen berieten Staatsministerium und ständische Immediat-Kommission grundsätzlich und im einzelnen die Entwürfe zur Einberufung des Vereinigten Landtages sowie des allgemeinen ständischen Ausschusses.²⁷ Wilhelm, auf der Suche nach Verbündeten für ein Zweikammersystem, ermutigte in der zweiten Sitzung alle Anwesenden, sich nicht an die vom König bezeichneten Gesichtspunkte gebunden zu fühlen, sondern jetzt „nach ihrer eigenen selbständigen Ansicht sich gutachtlich zu äußern“.²⁸ In der Tat drifteten von nun an die Meinungen zur Organisation des Vereinigten Landtages (eine oder zwei Kammern), zum Steuerbewilligungs- und Petitionsrecht, zu Bestimmungen über das Staatsschuldenwesen und zur periodischen Einberufung sichtlich auseinander. Dies geben die ohnehin ungewöhnlich detaillierten Protokolle nicht nur für die Diskussionen, sondern auch anhand der jeweiligen Abstimmungen wieder. Demnach kristallisierten sich zwei Fraktionen heraus: Diejenige gegen Steuerbewilligung, Berufung aller Deputierten und

²¹ Arnims Denkschrift vom 25.5.1844 in: Rep. 89, Nr. 13926, Bl. 7–20, bes. Bl. 8–8v und 9.

²² Die Denkschrift vom April 1844 ebd., Bl. 21–33.

²³ Der am 6.7.1845 gebildeten Sonderkommission gehörten die Staatsminister Bodelschwingh, Savigny, Bülow und Uhden, der Gesandte Canitz (Wien) und Hofmarschall Adolf v. Rochow an; vgl. KO vom 6.7.1845 in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 1–3. Am 15.7. trat noch der rheinische Landtags-Marschall Solms-Lich, am 19.9.1845 Staats- und Kabinettsminister Thile hinzu. Die Protokolle dieser Kommission sind in dem vorliegenden Band nicht aufgenommen worden, da es sich um Sitzungen eines engeren Kreises handelt und sie außerdem bereits ausgewertet wurden, vgl. Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 653–661.

²⁴ Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 161–161v und 162.

²⁵ Vgl. Stölzel, Adolf, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten, Berlin 1888, neu hrsg. von Jürgen Regge, Bd. 2, Vaduz 1989, S. 587.

²⁶ Der König hatte sich zuvor „unter größter Diskretion“ von Rechtsexperten (Savigny, Eichhorn, Lancizolle) beraten lassen, inwieweit die königlichen Prinzen ein Recht „auf Protest gegen eine eventuelle Erweiterung der ständischen Verfassung“ beanspruchen könnten, vgl. ein Schreiben Thiles an Savigny vom 2.1.1845, in: Rep. 89, Nr. 50, Bl. 93–94. Savigny und Eichhorn hielten Anfang 1845 gutachterlich fest, daß die königlichen Agnaten hinzugezogen werden, aber nicht unbedingt zustimmen müßten, vgl. Rep. 92, NL Savigny Nr. 2, Bl. 13–44v.

²⁷ Vgl. Sitzungen am 14., 17., 21., 24., 28. und 31.3., am 6., 7., 14., 15. sowie am 27.4.1846.

²⁸ Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 178v.

Einkammersystem wurde von Wilhelm angeführt und setzte sich aus den Staatsministern Mühler, Rochow, Rother, dem Präsidenten des Staatsrats Müffling, dem Hofmarschall Adolf v. Rochow und teilweise auch Uhden zusammen. Ihnen standen als Befürworter dieser drei zentralen Punkte die Staatsminister Boyen, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Canitz sowie der Vortragende Rat im Zivilkabinett Voß gegenüber.²⁹ Die Diskussion um Struktur und Kompetenzen des Vereinigten Landtages macht den wachsenden Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Entscheidungsfindung der Regierung besonders deutlich. Zugleich weisen die Protokolle die zunehmende Isolierung von Wilhelm aus, die ihn wenig später die „Prinzenopposition“³⁰ als letzte Möglichkeit, seine Forderungen durchzusetzen, initiieren ließ.

In den Niederschriften dieser Strategiedebatte werden die bislang unbekanntenen individuellen Positionen im Staatsministerium sichtbar. Zugleich wird verständlicher, warum sich die Konstellation zwischen dem Staatsministerium und der ständischen Immediat-Kommission weiter veränderte³¹: Beide Gremien vereinten insgesamt sechzehn Personen, aber lediglich Müffling, Voß und A. v. Rochow waren alleinig Kommissionsmitglieder. Die anderen dreizehn waren Staatsminister, fünf davon in Personalunion auch Mitglieder der ständischen Immediat-Kommission. Seit dem Frühjahr 1847 häufen sich in den Quellen die Bemerkungen, wonach für die jeweilige Beratung von Ständeangelegenheiten zwar die Immediat-Kommission einzuberufen wäre, man aber die Sache auch gleich, ohne Zuziehung der Kommissionsmitglieder, im Staatsministerium verhandeln könne. Voß selbst machte in einer diesbezüglichen Beschwerde darauf aufmerksam, daß „die Umstände, welche die Ständische Kommission vor länger als 20 Jahren ins Leben riefen, [...] nicht mehr vorhanden (sind), und es mag jetzt kürzer und zweckmäßiger sein, die zur Kompetenz der Ständischen Kommission stehenden Sachen lediglich in dem Staatsministerio abzumachen“.³² Die ständische Immediat-Kommission war marginalisiert und wurde Ende Oktober 1847 aufgelöst.³³ Damit war nun auch offiziell die 1823 teilweise vorgenommene Extrahierung der Ständekompetenz aus dem Wirkungsbereich des Staatsministeriums korrigiert und dieses allein für die Beratung von Grundsatzfragen in der Ständepolitik zuständig. Die neu aufgefundenen Protokolle für die Jahre seit 1841 zeigen aber eindeutig, daß diese Entscheidung der Endpunkt einer langwierigen Entwicklung war und unter Friedrich Wilhelm IV. das Staatsministerium an der Konzipierung der Stände- und Verfassungspolitik wesentlich beteiligt wurde.

Die großen **sozioökonomischen Transformationsprozesse**, von denen Preußen besonders seit der Reformzeit erfaßt worden war, findet man mittelbar oder unmittelbar in verschiedenen Beratungsthemen des Staatsministeriums, prägnant vor allem bei Debatten zum **agrarischem Bereich**. Unter das Rubrum der weiteren Umgestaltung agrarischer Besitz- und Sozialverhältnisse lassen sich die zahlreichen Tagesordnungspunkte um Ablösungen, Regulierungen, Gemeinheitsteilungen und bäuerliche Erbfolge subsumieren.³⁴ Die 1821 erlassenen Gesetze zur Dienstablösung und zur dörflichen Gemeinheitsteilung mußten bis in die vierziger Jahre hinein für einige Provinzen auf die dortigen Rechtszustände zugeschnitten werden. Lokales Recht, Landrecht und Reformgesetze

²⁹ Der Prinz von Preußen vermerkte bei der Abstimmung, ob alle Deputierten zum allgemeinen Landtag zu berufen seien, daß lediglich Canitz, Uhden, Stolberg-Wernigerode und Voß aus eigener Überzeugung dafür gestimmt hätten, die anderen entschieden sich seiner Meinung nach entgegen ihrer Überzeugung für den Willen des Königs, vgl. BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1846–47, Bl. 86.

³⁰ Vgl. dazu Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, S. 42–94. Vgl. auch unten S. 23.

³¹ Bereits in einer KO vom 19.4.1842 hatte Friedrich Wilhelm IV. angeordnet, daß über die Verhandlung zur Einberufung der Vereinigten ständischen Ausschüsse im Staatsministerium die Kommission „hinzuziehen“ sei, vgl. Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 13v.

³² Die Beschwerde vom 7.10.1847 in: Rep. 89, Nr. 13913, Bl. 31–32v.

³³ Die KO vom 29.10.1847 an das Staatsministerium in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 31, Bl. 53–53v. Vgl. dazu auch Obenaus, Die Immediatkommission, bes. S. 443 f.

³⁴ Es handelt sich um gut zwei Dutzend Tagesordnungspunkte, deren Beratungsdaten sich über das Sachregister neben den genannten Begriffen auch unter gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Dienstgelder, Laudemien erschließen lassen.

waren aufeinander abzustimmen. Rechtswahrung bei einhergehendem ökonomischem Umbruch führte jedoch zu Spannungen, die legislatives Einschreiten geboten und Regierung wie Verwaltung (Auseinandersetzungsbehörden) außerordentlich beanspruchten. Allein in der 1815 aus sehr verschiedenen geschichtlichen Gebieten neu formierten Provinz Sachsen bestanden mehrere, historisch gewachsene Rechtszustände (u.a. Altmark, Herzogtum Magdeburg, übrige ehemals westfälische, ehemals königlich sächsische bzw. altpreußische Landesteile). Diese Inhomogenität erforderte für die Umwandlung bzw. Ablösung der Dienste jeweils spezielle Gesetze. Deren Ausarbeitung und eingehende Erörterung im Staatsministerium seit dem Frühjahr 1843 standen unter der Prämisse, „die Gutsherren gegen den Verlust der Dienstgelder zu schützen“, auch wenn – wie Justizminister Uhden im Dezember 1844 zu bedenken gab – „nicht einseitig nur das gutsherrliche Interesse“ berücksichtigt werden durfte, sondern, „um von vornherein eine Itio in partes auf dem Landtage zu vermeiden, auch etwas zu Gunsten der Pflichtigen in die Waagschale“ gelegt werden mußte.³⁵ Spätfeudale Abhängigkeitsverhältnisse waren durch privatrechtliche Eigentums- und Schuldverträge zu ersetzen; die dafür erforderliche legislative Differenzierung wurde hier von öffentlich artikulierten Interessenkonflikten begleitet. Die drei 1845 allein für die Provinz Sachsen erlassenen Gesetze zur Dienstablösung gehören zu jenen Teilstücken der preußischen Agrarreform, die sich zwischen die großen Gesetze von 1821 und 1850 einfügten.³⁶

Eine andere agrarpolitische Debatte wurde in diesen Jahren um Grundfragen des bäuerlichen Erbrechts in Westfalen geführt, das bisher vom historisch gewachsenen Prinzip individueller Dispositionsfreiheit unter Lebenden geprägt war.³⁷ Das Gesetz von 1836 blieb bei der Intestat-Erbfolge im Sinne des Anerbenrechts, griff aber erheblich in die Interessen der Besitzer bei unerbter Ehe ein. Mit letzterem wollte die Regierung in Berlin die partikularen Gegebenheiten zurückdrängen und das Rechtssystem in dieser Provinz weiter vereinheitlichen. Dies fand im westfälischen Provinzial-Landtag beim dritten und vierten Stand keine Akzeptanz. Das ständische Beharren auf Erhalt partikularer Gewohnheiten setzte sich gegenüber dem normierenden Eingreifen der Regierung durch; das Gesetz von 1836 wurde am 5. Januar 1844 aufgehoben.

Die Dispute um das bäuerliche Erbrecht in Westfalen stehen gleichsam für ein Aufgabenfeld, dem sich die preußische Regierung seit 1815 zu stellen hatte, nämlich dem **der weiteren politischen, administrativen und rechtlichen Integration der neuen Landesteile**. Vor allem die Eingliederung der westlichen Gebiete in die preußischen Staatsstrukturen erwies sich als problematisch, unterschieden sich doch Westfalen und die Rheinprovinz in administrativer, rechtlicher, wirtschafts- und sozialstruktureller Hinsicht sowie in ihrer konfessionellen Zusammensetzung erheblich von den altpreußischen Provinzen. Diese innerstaatliche Heterogenität abzuschwächen, den Dualismus zwischen östlichen und westlichen Provinzen zu mindern und diese sukzessive zu einem gesamtstaatlichen Gefüge zusammenwachsen zu lassen, war die integrationspolitische Programmatik der Regierung in Berlin. Dazu waren auch in den vierziger Jahren Lösungsmodelle

³⁵ Bd. 45, Bl. 200v–201 (14.3.1843) und Bd. 49, Bl. 187 (24.12.1844). Die Itio in partes bedeutete eine separate Beratung nach Ständen, wenn sich zwei Drittel eines Standes durch die gemeinsame Beratung im Plenum vernachlässigt fühlte, vgl. Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 184.

³⁶ Die legislative Fortschreibung der Agrarreform in den 30er/40er Jahren des 19. Jahrhunderts fand bislang weniger wissenschaftliche Beachtung; vielmehr konzentrieren sich die Untersuchungen vornehmlich auf die Zeit bis etwa 1825, vgl. Schissler, Hanna, Preußische Agrargesellschaft im Wandel. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1763 bis 1847, Göttingen 1978 oder Dipper, Christof, Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, Stuttgart u.a. 1980, wo bei der Nennung der Einzelgesetze seit 1821 die 1845er Gesetze für die Provinz Sachsen nicht mit erscheinen, vgl. S. 65. Diese Jahrzehnte behandelte exemplarisch Harnisch, Hartmut, Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Weimar 1984.

³⁷ Vgl. Sitzungen am 1.2.1841 und 28.11.1843 sowie Jürgens, Arnulf, „Freiwillige Vereinigung“ – „gesetzlicher Zwang“. Zum Verhältnis von Mittelbarkeit und Unmittelbarkeit hinsichtlich der bäuerlichen Bevölkerung im Zusammenhang der Erbrechts-Debatte in Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Westfalen und Preussen. Integration und Regionalismus, hrsg. von Karl Tepe und Michael Epkenhans, Paderborn 1991, S. 176–196.

zu entwickeln. Neben der schon erwähnten, noch ausstehenden politischen Integration – gerade die Provinzial-Landtage der Rheinprovinz galten als Sprachrohr für eine gesamtstaatliche Verfassung – diskutierte das Minister-Gremium mehrfach Gesetzesinitiativen zur administrativen und rechtlichen Eingliederung des Rheinlandes in das preußische Staatsgefüge. So ist die in der Literatur unter verschiedenen Fragestellungen untersuchte Neugestaltung der rheinischen Kommunalverhältnisse ebenfalls in den Sitzungsprotokollen über sechs Jahre verteilt nachlesbar. Das schließt verschiedene Entwurfsstadien ebenso ein wie Meinungsverschiedenheiten zwischen König und Staatsministerium, Kontroversen zwischen den Ministern sowie deren Positionen gegenüber den Provinzialinteressen, die oft durch den Oberpräsidenten artikuliert wurden.³⁸ Einige provinzielle Forderungen, wie die Gleichstellung von Stadt und Land und die Beibehaltung der Samtgemeinden, wurzelten in der französischen Kommunalordnung, korrespondierten vor allem mit der Interessenlage führender wirtschaftsbürgerlicher Kreise in den rheinischen Städten und fanden schließlich Eingang in den Schlußentwurf der Gemeinde-Ordnung. Noch sechs Wochen bevor diese am 23. Juli 1845 erlassen wurde, prüften die Staatsminister am 7. Juni erneut Einwände des Oberpräsidenten Schaper zum beabsichtigten Zensus beim Wahlrecht. Bekanntermaßen führte die rheinische Gemeinde-Ordnung erstmals in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, basierend auf dem Steueraufkommen, ein. Nach den Intentionen in Berlin sollte die damit verbundene Privilegierung des Grundbesitzes eine Anpassung des Rheinlandes an altpreußische Verhältnisse bewirken. Unter integrationspolitischem Aspekt gilt die Gemeinde-Ordnung von 1845 als Kompromiß zwischen Provinzialinteressen und zentralstaatlichen Bestrebungen nach Vereinheitlichung, der nach 1848 eine wechselhafte Fortsetzung fand. Rechtliche Angleichung an die altpreußische Gesetzgebung bezog sich nicht nur auf Westfalen und die Rheinprovinz, wengleich sich das Staatsministerium intensiver damit zu befassen hatte. Vor allem das eheliche Güterrecht in den ostrheinischen Teilen (Dortmund, Duisburg, Rees), der dortige Stand von Gesetzgebung und Gerichtsverfassung und die Strafgesetzgebung in der Rheinprovinz überhaupt waren mehrfach Tagesordnungspunkte.³⁹ Rechtliche Integration wurde mitunter auch von gegenläufiger Herangehensweise, nämlich von Rückgriffen auf die französische Gesetzgebung begleitet: In den rheinischen Gebieten galt die Ehegesetzgebung des Code civil, womit „Napoleon die Ehe restauriert (hat) gegenüber der revolutionären Lizenz“ von 1793.⁴⁰ Somit war die Scheidungs-Problematik in der Rheinprovinz, die zugleich einen hohen katholischen Bevölkerungsanteil aufwies, nicht relevant. Das Landrecht hingegen faßte die Ehe als bürgerlich-rechtlichen Vertrag und nicht mehr als religiös-sittliche Institution auf, so daß in den altpreußischen Teilen der Monarchie jährlich etwa 3000 Ehen geschieden wurden. Diese Diskrepanz bewog die Regierung, bei der Eherechtsreform die Grundprinzipien des Code civil mit hinzuziehen.⁴¹ Die als notwendig erachtete Revision des landrechtlichen Scheidungsrechts wurde im Staatsministerium – als eines der wenigen Beispiele aus den Protokollen – auch mit außenpolitischen Zwängen begründet. Zu sehr fürchtete man, daß die verhältnismäßig hohe Scheidungsrate einen Autoritätsverlust Preußens sowie dessen „Isolierung“ vom „übrigen evangelischen“ Deutschland bewirken könnte.⁴²

³⁸ Vgl. Sitzungen am 1. und 8.12.1840; 17.7.1841; 11.4.1843; 25.6. bis 9.7.1844 und 7.6.1845. Vgl. auch Schütz, Rüdiger, Preußen und die Rheinlande. Studien zur preußischen Integrationspolitik im Vormärz, Wiesbaden 1979 (v.a. auf Grund von Akten rheinischer Archive) und nach wie vor gültig: Boberach, Heinz, Wahlrechtsfragen im Vormärz. Die Wahlrechtsanschauung im Rheinland 1815–1849 und die Entstehung des Dreiklassenwahlrechts, Düsseldorf 1959.

³⁹ Vgl. Sitzungen am 26. und 29.10.1844; 23.12.1845 und 6.4.1847 (eheliches Güterrecht), 11.1.1842 (Gerichtsverfassung Ostrhein) sowie am 11.5. und 30.11.1841 sowie 13.4.1843 (Strafrecht).

⁴⁰ So der Referent im Gesetzgebungsministerium, E. L. Gerlach, nach einer Reise durch die Rheinprovinz im Sommer 1842, zit. nach: Kraus, Hans-Christof, Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preussischen Altkonservativen, 2 Bde., Göttingen 1994, Bd. 1, S. 316, Anm. 181.

⁴¹ Vgl. dazu den Vortrag von E. L. Gerlach in der Sitzung am 22.11.1842, Bd. 44, Bl. 303–310.

⁴² Ebd., Bl. 306 und 310.

Die im Staatsministerium geführten Diskussionen um das Scheidungsrecht sind von der historischen Forschung bereits behandelt worden.⁴³ Die Eherechtsreform mit den am 28. Juni 1844 erlassenen Verordnungen ist dem großen Komplex der **Gesetzrevision** zuzuordnen. Diese umfaßte die Revision des Allgemeinen Landrechts; später kamen die Revision der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Kriminal-Ordnung hinzu.⁴⁴ Bereits Ende des 18. Jahrhunderts war die Sammlung und Revision der Provinzialrechte angeordnet worden; einzelne provinzielle und vor allem Partikular- bzw. Gewohnheitsrechte mußten zusammengetragen, hier und da zunächst schriftlich fixiert, und mit landrechtlichen Bestimmungen vereinbart werden. Einige Provinzialgesetzbücher gelangten als Entwürfe zur ständischen Begutachtung an die betreffenden Landtage und zur kollegialen Beratung ins Staatsministerium⁴⁵, aber zur Emanation kam nach dem für Ostpreußen (1801/02) lediglich 1844 das für Westpreußen. Dieser langsame Verfahrensablauf war einerseits dem sehr differenzierten Mitwirken verschiedener Kräfte geschuldet, um ein möglichst umfassendes, verlässliches und allseits anerkanntes Gesetzeswerk zu schaffen. Andererseits trat bei der Revision der Provinzialrechte besonders drastisch die Schwerfälligkeit der Gesetzgebung im Endstadium des bürokratischen Absolutismus zutage.

Für das umfängliche Unternehmen der Gesetzrevision war 1832 eigens ein zweites Justizministerium eingerichtet worden, das bis 1848 existierte. Dennoch ging die Gesetzgebungsarbeit nur sehr schleppend voran, was nicht nur der großen Zahl der Projekte, sondern auch dem Einfluß der konservativen Reformgegner sowie nicht unerheblich dem aufwendigen Gesetzgebungsverfahren geschuldet war. Mehrere Gremien waren zu konsultieren, ehe die Gesetzentwürfe, die z.B. Eingriffe in Rechte der Person und des Eigentums enthielten, vom König in Kraft gesetzt wurden.⁴⁶ Anfang Januar 1842 resümierte der künftige Gesetzgebungsminister Savigny diese zeitraubende Verfahrensweise, entwickelte „Vorschläge zu einer zweckmäßigen Einrichtung der Gesetzrevision“⁴⁷ und setzte Prioritäten zugunsten der Änderung des Zivil- sowie des Strafprozesses und einiger Bereiche des Landrechts. Keines von ihnen konnte bis 1848 vollständig revidiert, jedoch wichtige Teilschritte abgeschlossen werden.

In den Protokollen des Staatsministeriums schlägt sich die Gesetzrevision in zahlreichen Gesetzesberatungen nieder, ob nun Entwürfe zum Familien-, Erb- bzw. Lehnsrecht, zum Bergrecht und Konkursrecht oder auch zum Zivilprozeßrecht respektive Straf- und Strafprozeßrecht. Nicht wenige Projekte erlangten Gesetzeskraft bzw. bereiteten umfänglichere Reformmaßnahmen mit vor. Exemplarisch genannt seien hier die über zwei Jahre hinweg geführten Diskussionen um die Einführung der Staatsanwaltschaft, die von drei zentralen Fragestellungen beherrscht wurden: 1. ob vor Revision der Kriminal-Ordnung die Einführung der Staatsanwaltschaft opportun sei; 2. ob bei politischen Verbrechen nur der Anklage – also dem Staat – oder auch dem Angeklagten das Einlegen von Rechtsmitteln (bei Urteilen erster Instanz) zu gewähren sei und wie sich 3. das Verhältnis der Staatsanwaltschaft zu den Polizeibehörden gestalten werde.⁴⁸ Von außen wirkte ein weiterer Aspekt auf den ministeriellen Entscheidungsprozeß, wollte man doch vor allem durch Klärung der zweiten Frage auch „die öffentliche Meinung für sich gewinnen“⁴⁹. Die mehr als zweijährige Dauer

⁴³ Kraus, Ernst Ludwig von Gerlach, Bd. 1, S. 308–329; Blasius, Dirk, Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive, Göttingen 1987, S. 58 ff.

⁴⁴ Diese drei Hauptinhalte bilden den konzeptionellen Rahmen für die bereits genannte Edition der Quellen zur preußischen Gesetzgebung, hrsg. von Werner Schubert und Jürgen Regge.

⁴⁵ Als Beispiele sollen hier die Sitzungen am 30.4.1844 bzw. 24.6.1845 (Lübisches Recht in Pommern), am 22.2.1845 (Märkisches Schul- u. Kirchenrecht), am 18.3.1845 (Glatz und Schlesien) sowie am 12. und 18.12.1843 (Westpreußen) genügen.

⁴⁶ Im Extremfall mußte ein Gesetzentwurf verschiedene Kommissionen im Ministerium für Gesetzrevision, das Staatsministerium (schriftliche und mündliche Beratung), Kommissionen sowie Plenum des Staatsrats und die betreffenden Provinzialstände passieren.

⁴⁷ Auch als Ministerprogramm Savignys bekannt, abgedruckt bei Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, S. 731–750.

⁴⁸ Vgl. Sitzungen am 12. und 27.12.1843; 19. und 26.3.1844; 23.12.1845 und 12./13.5.1846.

⁴⁹ Bd. 47, Bl. 206 (19.3.1844).

dieser Gesetzesberatung hatte jedoch auch interne Ursachen: Savigny war es nicht gelungen, die Revisionsarbeit seit seinem Amtsantritt deutlich zu beschleunigen. Er leitete sein Amt mit großer Sachkunde, aber auch mit aufwendiger Gründlichkeit und Akribie und trug somit ungewollt zum fortgesetzt schwerfälligen Beratungsgang bei. Hinzu kamen Kompetenzstreitigkeiten mit seinem Amtskollegen, dem Justizminister Uhden. Als erfahrener Verwaltungspraktiker griff Uhden energisch auch in die Beratungen um die Staatsanwaltschaft ein und trieb diese voran. Im Frühjahr 1846 drängte Friedrich Wilhelm IV. angesichts der bevorstehenden sogenannten „Polen-Prozesse“ auf eine schnellstmögliche Beendigung der Diskussion. Dem wurde mit dem am 12./13. Mai im Staatsministerium verhandelten und am 17. Juli 1846 erlassenen Gesetz über das Untersuchungsverfahren beim Berliner Kammergericht und Kriminalgericht entsprochen. Wenn auch zunächst auf diese beiden Gerichte eingeschränkt, ging man mit diesem Gesetz zu modernen Prozeßgrundsätzen über: Anstelle des Inquisitionsprozesses trat nun der vom Staatsanwalt veranlaßte Anklageprozeß, hinzu kamen Mündlichkeit und teilweise Öffentlichkeit des Verfahrens. Die regierungsinternen Diskussionen im Vormärz um die allgemeine Einführung der Staatsanwaltschaft brachten die Reform der Strafgerichtsverfassung in Preußen weiter voran und fanden unter veränderten politischen Verhältnissen dann am 3. Januar 1849 einen Abschluß, als das mündliche und öffentliche Verfahren mit Geschworenen in Untersuchungssachen in die Strafrechtskodifikation einging.

Im Spiegel seiner Beratungsprotokolle widmete sich das Staatsministerium eher punktuell dem **Bildungsbereich**. Neben einzelnen Finanzierungsproblemen ging es vor allem um die Gesetzeslage im Volksschulwesen. Im Verlaufe der Beratungen⁵⁰ rückten die staatlichen Intentionen hinsichtlich der Schulpflicht sowie der Schulaufsicht und -vorstände in den Vordergrund. Als einzige Volksschulordnung im Vormärz trat Ende 1845 die der Provinz Preußen in Kraft. Die Regierung beabsichtigte, auch für die Volksschulen der anderen Provinzen neue gesetzliche Rahmen zu schaffen. Hierfür erklärte sie die Volksschulordnung der Provinz Preußen als exemplarische Vorlage. Die Entwürfe wie auch die Beratungsprotokolle um den Jahreswechsel 1846/47⁵¹ machen deutlich, daß man nicht die Nivellierung provinzspezifischer oder regionaler Besonderheiten anstrebte: Zu verschieden waren die jeweiligen Bedingungen hinsichtlich der Finanzierung der Schulen, des Einflusses der Kirche, des Berufsrechts der Lehrer sowie deren materielle und rechtliche Verhältnisse. Die Vielfalt in der Provinzialgesetzgebung sollte im Bereich des Volksschulwesens ihre Entsprechung behalten, auch aus gesamtpolitischem Kalkül war eine zentralistische Normierung nicht erstrebenswert.⁵² Dies ermöglichte Reformern, auf regionaler bzw. lokaler Ebene gewisse Handlungsspielräume innerhalb der Verwaltung und der Lehrer-Seminare zu nutzen; Jahrzehnte währende Reformimpulse wirkten weiter fort. Die vom Staatsministerium bestätigten Entwürfe sollten 1848 nach Billigung durch die Provinzial-Landtage dem Volksschulwesen in der Monarchie einen weitgehend einheitlichen Rechtszustand geben. Es war der Versuch, entsprechend den staatlichen Forderungen und den gesellschaftlichen Gegebenheiten ein modernes Volksschulwesen zu etablieren. Dieses Bemühen ist eine der Komponenten dafür, daß Preußen nicht nur in Deutschland um die Jahrhundertmitte als Spitzenreiter einer schulischen Modernisierung galt.⁵³

Hielt sich den Protokollen zufolge das Interesse der obersten Staatsverwaltung am Bildungswesen eher in Grenzen, war es gegenüber den Bereichen **Kirchen- und Konfessionspolitik** deutlich

⁵⁰ Sitzungen am 7.2.1843; 17.12.1844; 9. und 16.9.1845.

⁵¹ Vgl. Sitzungen am 29.12.1846 (Brandenburg), fortgesetzt am 5. und 12.1.1847 (da auch Sachsen, Posen, Westfalen) sowie am 26.1.1847 (Rheinprovinz, Pommern, Schlesien).

⁵² So auch Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der preussischen Geschichte, hrsg. v. Otto Büsch, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 605–798, bes. S. 688 f.

⁵³ Vgl. Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, 6. Aufl., München 1993, S. 463–470, bes. S. 463.

stärker. Auf die preußische Kirchenpolitik, die besonders im Vormärz von den Ambitionen des betont christlichen Königs, Friedrich Wilhelm IV., geprägt wurde, ist hier im einzelnen nicht einzugehen.⁵⁴ Es bleibt festzuhalten, daß die Spannungen zwischen der latent staatskirchlich-protestantischen Politik der Regierung und einzelnen Konfessionen bzw. Glaubensrichtungen direkt oder unausgesprochen auch im Staatsministerium zur Verhandlung anstanden.

Die in breiten Kreisen der Monarchie geführte Kontroverse um die Weiterentwicklung der Kirchenverfassung auf synodal-presbyterialer oder konsistorialer Grundlage ist auch in mehreren Protokollen des Staatsministeriums anzutreffen, hier als Erörterung des Gesetzentwurfs über die Kompetenzen der Provinzialbehörden im evangelischen Kirchenwesen. Mit der Zubilligung einer ungeteilten, früher bereits ausgeübten Verwaltung des Kirchenwesens durch die Konsistorien hoffte der Fachminister Eichhorn, die nach den „Kölner Wirren“ auch bei der evangelischen Kirche aufgekommenen Zweifel an ihrer Selbständigkeit beseitigen zu können.⁵⁵ Das allseits geäußerte Begehren nach dem konstitutionell synodalen Prinzip⁵⁶ aber mußte beim Staat auf Ablehnung stoßen, wäre dies doch einem Verzicht auf das monarchische Kirchenregiment gleichgekommen, woraus außerdem ein Machtverlust für den Monarchen und ein Präzedenzfall für eine Repräsentativverfassung zu befürchten gewesen wären.

Aus den gleichen Gründen beargwöhnten der Monarch und seine Minister die sich innerhalb beider Kirchen entwickelnden oppositionellen Richtungen. Der Umgang des Staates mit sich abspaltenden oder neu bildenden Religionsgesellschaften – vor allem mit den Zusammenschlüssen liberaler Pfarrer (die späteren „Lichtfreunde“ und „Freien Gemeinden“) gegen die Orthodoxen in der evangelischen Landeskirche – und die Beratung der Entwürfe zum Religions-Patent illustrieren, inwieweit die auch in sich ambivalente Regierung geneigt war, Dissidenten die landrechtlich verbürgte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu gewähren.⁵⁷ Einerseits empfand vor allem der König die Entfernung innerkirchlicher liberaler Elemente aus der Staatskirche als nicht unangenehm, was als „Toleranzedikt“ verbrämt wurde. Andererseits wollte man den Kirchenaustritt von Dissidenten nicht allzu leicht gestatten, hatte dies doch Konsequenzen auf die Regelung des Zivilstandes und die Gewährung von bürgerlichen Rechten (u.a. bei Eheschließungen und Inanspruchnahme von Beamtenstellen). Der konservative Berater E. L. v. Gerlach schließlich wollte den König von allen Konzessionen abbringen und sah in der Duldung jeglicher sich abspaltender Religionsgesellschaften eine „ebenso gefährliche als unbegründete Begünstigung des Dissidententums“, das „Staat und Kirche zu schwächen und zu erschüttern“ drohe.⁵⁸ Wie bei den Kontroversen um die Kirchenverfassung vermischten sich auch hier kirchliche mit staatlichen Aspekte. Kirchlich-liberalen Strömungen verwehrte man jegliche Konzession und verbot 1845 deren Zusammenkünfte

⁵⁴ Hier sei auf die Spezialuntersuchungen von Friedrich, Martin, Die preußische Landeskirche im Vormärz. Evangelische Kirchenpolitik unter dem Ministerium Eichhorn (1840–1848), Waltrop 1994 und Brederlow, Jörn, „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, München/Wien 1976 verwiesen.

⁵⁵ Vgl. seine Ausführungen in der Sitzung am 13.2.1844, Bd. 47, Bl. 87–112, bes. Bl. 99–101v. Die Beratung des Entwurfs auch in den Sitzungen am 20. und 27.2. 1844 sowie am 8. und 15.4.1845.

⁵⁶ Lediglich ein Vorschlag der Generalsynode von 1846 fand noch vor den Märztagen Realisierung: Die Bildung eines Oberkonsistoriums als höchste Behörde der evangelischen Landeskirche am 28.1.1848, das aber sogleich im April wieder geschlossen wurde. Vgl. Sitzung am 15.1.1848.

⁵⁷ Zu den einzelnen Religionsgesellschaften vgl. Sitzungen am 7. u. 8.6.1842, 25.2.1845 und 28.4.1846 (Altlutheraner), 8.10.1844 und 11.11.1845 („Lichtfreunde“, indirekt wegen der Zensurpolitik), 25.3.1845 („Deutschkatholiken“) sowie am 20.12.1846.

⁵⁸ Wegen Gerlachs Immediateingabe vom 14.12.1846 zum Entwurf des Religions-Patents (Rep. 89, Nr. 22799, Bl. 80–90v, bes. Bl. 80v–81) berief Friedrich Wilhelm IV. zum 20.12.1846 einen Kronrat zur neuerlichen Verständigung ein. Ähnlich wie E. L. v. Gerlach hatte anderthalb Jahre vorher Kabinettsminister Thile dem König vorgetragen, daß sich „zur politischen Agitation [...] die religiöse gesellt [habe], aber vielleicht richtiger, die eine hat sich in den Mantel der anderen mit gehüllt; die politische Agitation kann kein bequemeres Panier als das des Glaubensstreites finden für ihre eigenen Zwecke“ und man habe schon durch öffentliche Auftritte wahrnehmen müssen, „wohin dies Bündnis führen würde, wenn man ihm nicht entschieden entgegentritt und den Rechtsboden behauptet, auf den Staat und Kirche stehen“. Thiles Denkschrift vom 20.8.1845, in: Rep. 89, Nr. 22800, Bl. 4–8v, bes. Bl. 4.

wegen zu befürchtender „politischer Opposition“, womit der Nexus zwischen kirchlichem und politischem Liberalismus offengelegt wurde. Der religiöse Konflikt und die daraus erwachsende gesellschaftliche Polarisierung stellten das besondere Bündnis von Thron und Altar in Preußen, in dem die offizielle Religion integrativ auf die Gesellschaft wirken sollte, auf den Prüfstand.

Im Vormärz kamen Ernennungen, Ordenssachen sowie Titelverleihungen in den mündlichen Kollegialberatungen der Staatsminister überhaupt nicht zur Sprache.⁵⁹ Auch **Disziplinar- oder Pensionssachen** standen weitaus seltener auf der Tagesordnung als später im konstitutionellen Preußen. Es bleibt grundsätzlich nach den Ursachen für diese signifikanten Unterschiede zu fragen⁶⁰, um so mehr, als seit 1823 die Entscheidung über die administrative Entlassung von Verwaltungsbeamten nicht mehr beim Staatsrat, sondern im Staatsministerium gelegen hatte und 1826/27 durch regierungsinterne Ordres noch ausgedehnt und somit die exekutive Vormacht des Staatsministeriums gegenüber den Beamten wesentlich erweitert worden war.

Das Staatsministerium war auch in die zentralen Diskussionen um die Beamtenpolitik involviert. Entweder als Gesetzesberatung oder in Auseinandersetzung mit Petitionen von Provinzialständen mußte sich die Regierung zum gerichtlichen und disziplinarischen Strafverfahren gegen Beamte, zur Verfahrensweise bei (unfreiwilligen) Pensionierungen und zur Unabhängigkeit der Richterschaft äußern. Das Verhältnis des Staates zu seinen Justizbeamten fand in den Debatten um die Bildung eines Ehrenrates unter Justizkommissarien, Anwälten und Notaren eine gewisse Fortsetzung. Die Frage um Einführung einer anwaltschaftlichen Standesorganisation korrespondierte im Staatsministerium zugleich mit der Absicht, diesen Berufsstand zu kontrollieren und zu disziplinieren. Als eine der wenigen Passagen in den Protokollen wird hier – wie auch gegenüber der Opposition innerhalb der preußischen Landeskirche – die Furcht vor dem sich formierenden Liberalismus offen angesprochen: In „Hinblick auf die politische Richtung des Advokatenstandes“ dürfe das erwogene Gesetz keinerlei „Veranlassung oder Vorwand“ bieten, „den gedachten Stand auch politisch als Korporation auftreten zu lassen“.⁶¹

Der Riß zwischen Zivilverwaltung und Justiz im Vormärz, ob nun hinsichtlich der Kompetenzen, des Disziplinarrechts oder der Staatstreue und Gesinnung, zählt zum allgemeinen Kenntnisstand der historischen Forschung; der Beamten-Liberalismus eines größeren Teils der preußischen Richterschaft gilt inzwischen als unstrittig.⁶² Die Zentralbehörden, die jenen Dualismus austrugen, wurden in ihrer Tätigkeit jedoch noch nicht nach modernen Fragestellungen analysiert.

Alle hier aufgezeigten Beratungsmaterien lassen sich hauptsächlich den Bereichen der inneren Politik und auch der Verwaltung zuordnen. Diese beiden Komplexe dominierten – nicht nur in dem hier vorzustellenden Zeitraum – die Tätigkeit des Staatsministeriums. Fragen der **Außen- und Militärpolitik** wurden nicht in diesem Kollegialorgan erörtert, sondern im Vormärz direkt zwischen dem Monarchen und den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges bzw.

⁵⁹ Ernennungen der höheren Beamten wurden erst mit der KO vom 30.6.1851 zu einem durchgängigen Beratungsthema; Anträge auf Erhebung in den Adelsstand sowie Vorschläge zu Ordensverleihungen mußten mit Beschluß des Staatsministeriums vom 15.9.1866 dort sämtlich vorgelegt werden, vgl. Rep. 92, NL Bosse Nr. 15, Bl. 20; Bd. 78, Bl. 120v–121.

⁶⁰ Innerhalb dieser Edition ist die Erarbeitung eines sachthemenatischen Bandes beabsichtigt, der sich dem Staatsministerium und der modernen Bürokratie im 19. und 20. Jahrhundert widmen soll. Bisher grundsätzlich dazu Hartung, Fritz, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961, S. 179–344, bes. S. 240–247, und illustrierend Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, 3. Aufl., München 1989, S. 407–414.

⁶¹ Sitzung am 13.10.1846, Bd. 54, Bl. 153.

⁶² Vor allem durch die Untersuchung v. Hodenbergs, Christina, Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49, Göttingen 1996.

im Militärkabinett⁶³ verhandelt. Die wenigen Ausnahmen, in denen das Staatsministerium sich über Einzelfragen dieser beiden Themenfelder verständigte, kamen meist auf Umwegen über andere Beratungsgegenstände und deshalb nur am Rande zur Sprache. Das betraf u.a. sowohl die Berücksichtigung militärischer Interessen beim Bau von Eisenbahnstrecken, die Überlegungen zur Herabsetzung der Militärdienstzeit, das Militärbudget als auch die Haltung gegenüber Beschlüssen des Deutschen Bundes.⁶⁴ Trotz der genannten Kompetenzbeschränkungen wären vor allem prononciertere Äußerungen zur Politik Preußens innerhalb des Deutschen Bundes in den Beratungsprotokollen des Staatsministeriums zu vermuten gewesen.

Der Geschäftsbereich für das Staatsministerium war 1817 genauer umschrieben und mit neun Beratungsfeldern, die auf den Ministerialkonferenzen stets zum Vortrag kommen sollten, fixiert worden: Als erstes waren dies Gesetzentwürfe und Modifikationen sowie „Anordnungen, die ein allgemeines Interesse betreffen oder in der bestehenden Verfassung etwas ändern“. Auch abweichende Meinungen zwischen einzelnen Ministern, allgemeine Angelegenheiten von Militäreinrichtungen und sechs weitere reine Verwaltungsaufgaben gegenüber den Provinzialbehörden sollten kollegial erörtert werden.⁶⁵ Das mit diesen Band vorgelegte Material läßt hingegen deutlich erkennen, daß in den Protokollen die 1817 benannten sechs Verwaltungsaufträge kaum zum Tragen kamen. In den mündlichen Kollegialberatungen der vierziger Jahre dominierten eindeutig politisch relevante, ja brisante Themen sowie Gesetzesprojekte. Dabei zeigen die Beratungsthemen und die im Staatsministerium getroffenen Entscheidungen zur konstitutionellen und zur sozialen Verfassungsfrage, wie „Autorität und Modernität, die Elemente der Revolution von oben“ bis 1848 weiter auseinandertraten.⁶⁶

2. *Das vormärzliche Staatsministerium*

In der Literatur und Forschung gilt das vormärzliche Staatsministerium Friedrich Wilhelms IV. allgemein als politisch schwach und einflußarm: Der Schwerpunkt der Staatsleitung habe im Kabinett gelegen, während das Staatsministerium nur für die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung einen Vereinigungspunkt gebildet habe. Hinzu komme, daß der König sich gerade auch über brisante Fragen ohnehin mit seinen nichtbeamteten Beratern, wie den Brüdern Gerlach, Radowitz oder Bunsen, besprochen habe; das Staatsministerium selbst sei personell instabil und die Minister seien oft überaltert sowie viele von ihnen von geringem Ehrgeiz und Profil gewesen. Dieses Bild ist gewöhnlich aus den Jahren unter dem Staatskanzler Hardenberg schematisch auf die Jahrzehnte bis 1848 übertragen worden.⁶⁷ Es ist gleichermaßen einer vornehmlich juristischen Deduktion unter staatsrechtlichem Aspekt sowie einer Vernachlässigung durch die historische Zunft gegenüber der praktisch ausgeübten Funktion und Wirkung des Staatsministeriums im Vormärz geschuldet und scheint im Kontext der jetzt erschlossenen Quellen in mehrfacher Hinsicht als nicht mehr stimmig.

⁶³ Vgl. noch auf der Grundlage der im Zweiten Weltkrieg weitgehend vernichteten Akten des Kriegsministeriums: Schmidt-Bückeberg, Rudolf, *Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Seine geschichtliche Entwicklung und staatsrechtliche Stellung 1787–1918*, Berlin 1933, bes. S. 29 f. und 35–37.

⁶⁴ Vgl. Sitzungen am 20.4.1841 und 10.6.1845 (Eisenbahn); 28.10. und 19.12.1843 (Dienstzeit); 24.3. und 7.4.1846 (Budget); 31.5. sowie 7./8.6.1842 (Nachdruck von Büchern).

⁶⁵ Vgl. eine der konstitutiven KO für das Staatsministerium vom 3.11.1817, GS, S. 291.

⁶⁶ Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, S. 336. Die Entwicklung, wie der Staat sich gegen die von ihm geschaffene Gesellschaft stellt, ist umfassend dargestellt in dem Standardwerk von Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*.

⁶⁷ So der Tenor von Abhandlungen zum Staatsministerium, die in quellenfundierter Breite Gründungs- und Konstituierungsjahre des Staatsministeriums bis 1823 bieten, um dann mit den Veränderungen des Jahres 1848 fortzufahren, vgl. vor allem Hintze, *Das preußische Staatsministerium*, S. 530–619; Rietdorf, Fritz, *Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte*, Göttingen, rechts- u. staatswiss. Diss. 1939; Frauendienst, Werner, *Das preussische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 1960, H. 1, S. 104–177; Klein, Ernst, *Funktion und Bedeutung des preussischen Staatsministeriums*, in: *JGMOD*, 9/10 (1961), S. 195–260.

Im Staatsministerium der vierziger Jahre ist auf den ersten Blick eine personelle Kontinuität tatsächlich schwer erkennbar. Seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. im Juni 1840 blieben bis zum März 1848 lediglich zwei von acht Ministerien⁶⁸ in der Hand eines Ministers: Der Posten des Kultusministers war seit dem Tod von Altenstein im Mai 1840 vakant gewesen und wurde Anfang Oktober 1840 mit Friedrich Eichhorn besetzt, der dann in den Märztagen 1848 gemeinsam mit seinen Amtskollegen zurücktrat.⁶⁹ Erwähnt sei auch das Ministerium des Königlichen Hauses, das Staatsminister Wilhelm Fürst zu Sayn-Wittgenstein von 1819 bis zu seinem Tod 1851 leitete. Dieser war zwar bis 1848 formell Mitglied des Staatsministeriums⁷⁰, aber das Hausministerium nahm innerhalb der Regierung eine Sonderstellung ein, so daß Sayn-Wittgenstein in den hier zu betrachtenden acht Jahren lediglich zweimal an Staatsministerialsitzungen teilnahm, nämlich zur Ableistung des Amtseides auf den neuen König und zur Regelung der Hausfideikommiß-Angelegenheiten nach dem Ableben des Prinzen August.

Die anderen Ressorts brachten es in diesen acht Jahren auf insgesamt zwölf **Ministerwechsel**. Friedrich Wilhelm IV. hatte anfangs alle Ressortchefs seines Vaters im Amt belassen. Einige spätere, von ihm selbst ernannte Minister, wie Maltzan und Bülow (beide Äußeres), mußte er wegen schwerer Erkrankung bald wieder ihrer Amtspflicht entbinden. Diese Befunde mildern den in der Literatur immer wieder erwähnten Makel der hohen Ministerfluktuation um einiges ab.

Die Abberufung des seit sieben Jahren amtierenden Finanzministers Alvensleben im Frühjahr 1842 wird ursächlich auf dessen Gebaren als „Grandseigneur“ und „wenig fromme“ Lebensart und somit auf zwischenmenschliche Dissonanzen mit dem König zurückgeführt.⁷¹ Ihm folgten im Zweijahresrhythmus Bodelschwingh, Flottwell und Duesberg. Deren Amtsenthebungen dienten jedoch der Verwendung auf anderen Posten: Bodelschwingh wurde Kabinetts- und später noch Innenminister; Flottwell übernahm erneut die Funktion eines Oberpräsidenten. Bis zu den Märztagen 1848 beständig waren die von Friedrich Wilhelm IV. eingesetzten beiden Justizminister Friedrich Karl v. Savigny (seit 1842) und Alexander Uhden (seit 1844) sowie der hochbetagte Kriegsminister Hermann v. Boyen (seit 1841), der im Oktober 1847 nach wiederholtem Ersuchen endlich den gewünschten Abschied erhielt.

Revirements aus politisch-taktischem Kalkül beschränken sich somit und symptomatisch für die vierziger Jahre auf das für die Verfassungsfragen zuständige Innenressort: Der seit 1834 amtierende, auf die gegebene Ständeversammlung beharrende Rochow hatte gemeinsam mit anderen in den ersten Monaten nach der Thronbesteigung den König von dessen Neuansätzen in der Verfassungsfrage abbringen können. Die in jenen Tagen entstandene politisch-persönliche Animosität zwischen dem konservativen Rochow und dem reformfreudigen preußischen Oberpräsidenten Schön – dieser war im Umfeld der Königsberger Huldigung zum Staatsminister ohne Portefeuille ernannt worden, dann aber wegen seiner Forderung nach einer Gesamtrepräsentation in königliche Ungnade

⁶⁸ Die Zahl, entsprechend den Zuordnungen des Handbuches über den Königlich Preussischen Hof- und Staat für die Jahre 1839 bis 1848, bezieht sich auf Inneres, Äußeres, Krieg, Finanzen, Geistliche-, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten (im folgenden kurz: Kultus), Justiz, Gesetzrevision sowie Königliches Haus.

⁶⁹ In der Zeit der Vakanz führte Adalbert v. Ladenberg, der spätere Kultusminister, kommissarisch die Geschäfte des Ministeriums.

⁷⁰ Vgl. Hof- und Staatshandbuch der betreffenden Jahre – z.B. 1847, S. 65 – sowie einen Brief Wittgensteins vom 7.1.1841 an Maltzan, wo er Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode als seinen Vertreter im Staatsministerium bezeichnete; in: BPH, Rep. 192, NL Wittgenstein VI 4,2, Bl. 215–217v. Stolberg-Wernigerode vertrat die 1. Abt. des Hausministeriums vom 30.12.1840 bis 7.4.1846 mit Sitz und Stimme im Staatsministerium, vgl. Rep. 89, Nr. 3155, Bl. 17–17v und 35–35v. Eine gänzliche Ausklammerung des Hausministers aus dem Staatsministerium erfolgte bei Hintze, Das preußische Staatsministerium, S. 573 und Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, hrsg. v. Walther Hubatsch, Bd. 12, Marburg/Lahn 1978, S. 145; die Frage offen gelassen bei Branig, Hans, Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit, Köln/Wien 1981, S. 204–220. Eine verlässliche Aussage kann hier wohl nur die immer noch ausstehende Darstellung der Hofverwaltung treffen.

⁷¹ So Barclay in Auswertung der Memoirenliteratur und zeitgenössischer Äußerungen, wonach Alvensleben den König für „einen unpraktischen arroganten Phantasten“ hielt, vgl. Anarchie und guter Wille, S. 99.

gefallen⁷² – führte letztlich im Frühjahr 1842 zur Entlassung beider Kontrahenten. Der Rochow als Minister des Innern folgende Arnim-Boitzenburg vertrat in der Verfassungsfrage liberal-konservative Positionen. Er favorisierte gesamtpreußische, von den acht Provinzial-Landtagen gewählte und periodisch tagende Reichsstände, wollte aber die seit 1842 bestehenden Vereinigten ständischen Ausschüsse nicht fortführen. Das widersprach dem ständisch-patriarchalischen Herrschaftsideal des Königs, der die Vereinigten Ausschüsse beibehalten und in keiner Weise die Initiative zur Einberufung von Reichsständen aus der Hand geben wollte. Die ursprünglich von Arnim angeregte, am 6. Juli 1845 eingesetzte Sonderkommission zur weiteren Klärung der Verfassungsfrage⁷³ legte ihrer Arbeit seine Denkschriften vom Frühjahr 1845 zugrunde, obwohl deren Verfasser am darauffolgenden Tag seinen Ministersessel wegen unüberbrückbarer Gegensätze zu den Vorstellungen des Königs räumen mußte.⁷⁴ Beide Innenminister scheiterten also an der Verfassungsfrage. Des einen Auffassungen waren dem König zu starr-konservativ, die des anderen erschienen ihm zu weitgehend-liberal.

Arnims Nachfolger im Juli 1845 wurde (vorerst interimistisch) der als liberal geltende Ernst v. Bodelschwingh, der bereits seit gut einem Jahr als Kabinettsminister in der Nähe des Königs agierte und bald argwöhnisch „als inoffizieller Ministerpräsident“⁷⁵ gesehen wurde: „Uhden und Voß sind besorgt über den wachsenden Premier, Canitz und Stolberg leugnen das Faktum nicht, finden die Sache aber nicht bedenklich. Sie wäre es auch nicht, wenn Politik, Justiz, Kirche und Krieg in festen, unmittelbar mit dem Könige verkehrenden, zuverlässigen Ministerhänden wären. Aber so fürchte ich“, konstatierte Leopold v. Gerlach im November 1845, „wird sich bald der geradlinige Liberalismus d.h. Despotismus, vielleicht durch Stände unterstützt, geltend machen“, und „Bodelschwingh wird den König in den Konstitutionalismus ziehen“.⁷⁶ Mittels der bis März 1848 ausgeübten Personalunion von Kabinetts- und Innenminister und seiner großen Arbeitsfähigkeit avancierte Bodelschwingh zu einem der einflußreichsten Männer im Umfeld des Königs, der als Kabinettsminister erstmals Ansätze zeigte, den ministeriellen Willen beim König vorzutragen.

Im Staatsministerium vereinigten sich politisch-starke, dominante wie auch unauffällige oder schwache **Minister**. Zu den auffälligen Persönlichkeiten zählten jederzeit sowohl die drei Innen- als auch die vier Justizminister. Sie vertraten nicht nur mit Nachdruck ihr eigenes Ressort, sondern besaßen, wie für alle drei Innenminister beschrieben, eigenes politisches bzw. fachliches Profil. Hervortretend, aber nicht unbedingt dominant, war der Minister für die Gesetzrevision Friedrich Karl v. Savigny. Er hatte seit langem zu den Wunschkandidaten des Königs für das Staatsministerium gezählt. Nach seiner ersten Staatsministerialsitzung scheinen dem angesehenen Rechtsgelehrten jedoch Zweifel gekommen zu sein, ob er dieses Amt hätte annehmen sollen.⁷⁷ In den folgenden sechs Jahren setzte er ungeachtet persönlicher Rückschläge, wie beim Ehescheidungsgesetz oder wie bei Kontroversen mit seinem „Amtskonkurrenten“ Uhden, die Gesetzrevision mit Fachkompetenz und Weitsicht fort. Und ist diese während Savignys Amtszeit auch nur ein Torso geblieben, so

⁷² Schön stand in der Gunst des Königs und erhielt deshalb als einziger Oberpräsident während seiner Anwesenheit in Berlin Sitz und Stimme im Staatsministerium verliehen, vgl. KO vom 10.9.1840, in: Rep. 90, Nr. 984, Bl. 3. Wegen seiner Schrift „Woher und Wohin? oder der preußische Landtag im Jahre 1840“ (1842), die den König zur Einberufung von Reichsständen aufforderte, war er für den König politisch nicht mehr tragbar. Zur Entstehung des Konflikts sowie zur Rolle Rochows vgl. Rothfels, Hans, Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, Halle/S. 1937, S. 107–123 mit Anlagen.

⁷³ Vgl. die entsprechende KO vom 6.7.1845, in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 1–3. Die Sitzungsprotokolle der bis Oktober 1845 tagenden Kommission ausgewertet bei Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 656–664.

⁷⁴ Darauf ging das Entlassungsschreiben an Arnim vom 7.7.1845 nicht ein, vgl. Rep. 89, Nr. 13399, Bl. 111–111v.

⁷⁵ Vgl. Barclay, Anarchie und guter Wille, S. 185.

⁷⁶ Eintrag vom 6.11.1845, in: Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Generals der Infanterie und General-Adjutanten König Friedrich Wilhelms IV., Bd. 1, Berlin 1891, S. 111.

⁷⁷ Savigny, so schrieb E. L. v. Gerlach am 11.3.1842 in sein Tagebuch, „hatte seine erste Sitzung abgehalten und ein Grauen bekommen vor der Masse der Staats Ministerial Sachen [...] Er schien noch zu schwanken, ob er wohl getan, auf Sitz und Stimme im Staats Ministerium zu bestehen, da der König ihm erst nur zum praeses einer Gesetz Revisions Commission hat machen wollen.“ Zit. nach Kraus, Ernst Ludwig von Gerlach, Bd. 1, S. 314, Anm. 167.

wird das bisher gezeichnete Bild von Savigny als erfolglosem Minister ausgehend von den Quellen vor allem seines Ministeriums näher auszuleuchten sein.⁷⁸ Denn anerkanntermaßen waren die während seiner Amtszeit weitergeführten oder eingeleiteten Reformprojekte auf Jahrzehnte nicht nur für die preußische Gesetzgebung, sondern auch für die des Deutschen Bundes und Deutschen Reiches mit bedeutsam.

Kultusminister Eichhorn, ein alter Mitarbeiter des Reformers Stein und Architekt des Zollvereins, galt bei seiner Ernennung im Oktober 1840 als unerfahrener Chef für dieses Ressort. In seinen bisherigen Ämtern nicht mit kirchlichen Fragen in Berührung gekommen, sah man in ihm einen für den kirchenpolitisch ambitionierten Friedrich Wilhelm IV. leicht lenkbaren Minister. Dies sollte sich als Trugschluß erweisen. Eichhorn entwickelte im Laufe seiner Amtszeit eigenständige Auffassungen hinsichtlich einer konstitutionellen Kirchenverfassung. Dabei kollidierten seine Bemühungen, die evangelische Kirche zu größerer Selbständigkeit zu führen, heftig mit den Vorstellungen des Monarchen.⁷⁹ Zu Eichhorns Profil gehört aber auch, daß er kirchliche Gesinnung und Konservatismus zur Maxime für die Personalpolitik in Schule, Kirche und Universität erhob. Die Entlassung Hoffmanns von Fallersleben betrieb er mit persönlichem Eifer. Das liberale Bildungsbürgertum, das Eichhorns Berufung 1840 zunächst begrüßt hatte, erlebte seine Amtszeit zunehmend als Gewissenszwang und Absage an Emanzipation und Modernität.

In den Staatsministern Boyen (Krieg), Canitz (Äußeres) und Stolberg-Wernigerode (Domänen und Forsten im Hausministerium) fanden liberale Reform- und Politikansätze in aller Regel verlässliche Fürsprecher. Die letzteren beiden galten zudem als enge Vertraute des Königs. Von ihnen erhoffte sich Friedrich Wilhelm IV. eine Stärkung seiner Auffassungen im Ministergremium. Canitz hatte bis 1845 von Wien aus den König vor allem in der Verfassungsfrage immer wieder persönlich beraten und trat dann, als eine neue Phase in der konzeptionellen Ausformung der Ständepolitik begann, ins Staatsministerium ein.

Die Berufung Duesbergs zum Finanzminister, der den in diesem Amt glücklosen Flottwell ablöste, stieß auf Zustimmung, galt er doch als „ein Mann von äußerst umfassenden Kenntnissen, von einer seltenen Redaktionsgabe und von ungewöhnlichem Talent“.⁸⁰ Innerhalb der Ministerrunde, die ihm als bisheriger Vortragender Rat bestens vertraut war, erwies er sich bald als ausnehmend befähigter Ressortchef, der seinen Amtsbereich engagiert vertrat.

Die **personelle Zusammensetzung des Staatsministeriums** erschöpfte sich für die Vormärzzeit nicht bei den acht Ressortchefs. Die Runde der Minister war im Vormärz ständig vergrößert worden, und ein Jahr vor der Revolution zählte das Gremium immerhin 13 Staatsminister. Friedrich Wilhelm IV. hatte seit seinem Regierungsantritt nicht nur aktive Ressortchefs ins Staatsministerium berufen. So rekrutierte sich eine weitere Gruppe der Staatsminister aus Verwaltungschefs selbständiger Zentralbehörden. Das betraf die Staatsminister Karl v. Nagler (General-Post-Amt), Christian v. Rother (Hauptverwaltung der Staatsschulden/Preußische Seehandlung/Königliche Bank) und Philipp Ladenberg bzw. Anton Graf v. Stolberg-Wernigerode (Domänen und Forsten im Hausministerium). Letzterer galt zugleich als besonderer Vertrauter des Königs und saß seit Ende Dezember 1840 mit Stimmrecht im Staatsministerium. Seine Berufung zum Staatsminister erfolgte erst im Juni 1842, als er die Verwaltung der Domänen und Forsten übernahm. Alle drei ergriffen in den

⁷⁸ Vor allem Adolf Stölzel hatte die dominant negative Bilanz von Savignys Ministertätigkeit in die Forschungsmeinung eingeführt, vgl. ders., Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, S. 584 f. und 624–628. Anfängliche Korrekturen dann bei Adolf Stoll, der daran erinnert, daß auch Mühlner und Uhdner die Schwerfälligkeit im Gesetzgebungsverfahren nicht überwinden konnten, „das hätte nur eine Gewaltmensch wie Bismarck vermocht!“, vgl. ders., Friedrich Karl v. Savigny. Ministerzeit und letzte Lebensjahre 1842–1861, Berlin 1939, S. 13–26, bes. S. 23. Die Forschungslücke zu Savignys Ministerzeit nochmals benannt bei Rückert, Joachim, Idealismus, Jurisprudenz und Politik bei Friedrich Carl von Savigny, Ebelsbach 1984, S. 33–57.

⁷⁹ Vgl. zur Kirchenpolitik Eichhorns im Einzelnen die quellengesättigte Untersuchung von Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz, dort weitere Literatur.

⁸⁰ Otto Camphausen am 2.9.1846 an seinen Bruder Ludolf, zit. nach: Hansen, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Bd. 2, S. 103.

Sitzungen hauptsächlich das Wort, wenn es um Gesetzentwürfe oder Verwaltungsmaßnahmen für ihre Bereiche ging, gehörten insgesamt im Spiegel der Protokolle zu den eher unauffälligen Mitgliedern des Staatsministeriums.

Weiterhin konnten auch entlassene Ressortchefs im Gremium verbleiben, wenn ihnen bei der Amtsenthebung Sitz und Stimme im Staatsministerium belassen worden war. Für die Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. traf das auf Rochow⁸¹, Mühler, Flottwell und Boyen zu. Besonders Mühler hat nach seiner Entlassung 1844⁸² bis zum März 1848 von diesem Recht regen Gebrauch gemacht. Die fortgesetzte Teilnahme entlassener Minister erwies sich für die Geschlossenheit des Staatsministeriums aber als hinderlich; Reformideen und vor allem die neuen Ansätze in der Verfassungsfrage 1846/47 fanden in den „alten“ Ressortchefs keine Fürsprecher.

Und in einem weiteren Punkt griff Friedrich Wilhelm IV. in die herkömmliche Struktur des Staatsministeriums ein. Im Zuge der Umgestaltung des königlichen Kabinetts wurden das Geheime Zivilkabinet und das Militärkabinet geschaffen und für das Zivilkabinet auch erstmalig **Kabinettsminister** ernannt.⁸³ Mit der Berufung Thiles zum Kabinettsminister im Oktober 1840 verlieh ihm der König zugleich Sitz und Stimme im Staatsministerium. Damit war zum ersten Mal ein leitender Beamter des Kabinetts auf Grund dieser Position in das Staatsministerium berufen worden. Daraus folgerte, – auch für Thiles spätere Amtskollegen Alvensleben, Bodelschwingh und Canitz – daß die Kabinettsminister an der Tätigkeit im Staatsministerium unmittelbar teil hatten, umso mehr, als Bodelschwingh (Inneres) und Canitz (Äußeres) darüber hinaus ein Ministerium übernahmen. Aus der Sicht der Sitzungsprotokolle kann einerseits festgehalten werden, daß die Kabinettsminister in den Beratungen mehrfach Gelegenheit nahmen, die politischen Absichten des Königs näher zu erläutern. Gleichzeitig waren sie natürlich für den König die ersten Informanten über die Kräftekonstellation im Staatsministerium. Andererseits nutzten die Staatsminister die Möglichkeit, daß die Kabinettsminister unüberwindbare Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen dem König ausführlich vortrugen. Ob die Berufung von Kabinettsministern in das Staatsministerium lediglich zugunsten ihres Informationsstandes erfolgt oder ob dies auch der besseren Kommunikation zwischen beiden Gremien dienlich war und eventuelle Wirkungen auf die eigentliche Machtausübung zeitigte, bleibt zu klären.

Das personell anwachsende Staatsministerium, das zugleich ein zunehmendes Pensum an Arbeit zu bewältigen hatte, funktionierte ohne straffe und einheitliche **Leitung**. In den Anfangsjahren des Staatsministeriums hatte Staatskanzler Hardenberg diese Funktion inne, nach seinem Tod noch wenige Monate Minister Voß. Seit April 1823⁸⁴ waren dann die Stelle eines Präsidenten unbesetzt gelassen, die Geschäfte unter dem **Vorsitz** des dienstältesten Ministers Altenstein geführt und dieses Verfahren in den folgenden Jahrzehnten als hinreichende Lösung angesehen worden. Ein im Jahre 1838 verfaßtes Gutachten führte die vielfältigen Präsidialfunktionen, die sich vor allem auf die Gestaltung des Geschäftsganges und die Disziplinaufsicht über die Beamten im Staatsministerium bezogen, auf und verneinte deren Aufteilung auf mehrere Minister, da sonst die „Einheit und

⁸¹ Die KO an Rochow zu dessen Entlassung als Minister des Innern vom 1.5.1842 sprach zugleich den dringenden Wunsch Friedrich Wilhelms IV. aus, „einen Mann Ihrer Gesinnung [...] und Ihrer Erfahrung, dem Dienste des Vaterlandes zu erhalten und Ich biete Ihnen daher unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Staatsministerio die zweite Präsidenten-Stelle des Staatsrats oder die erledigte Stelle des Bundestags-Gesandten in Frankfurt/M. an“, in: Rep. 89, Nr. 13398, Bl. 163–163v, bes. Bl. 163. In doppelter Eigenschaft, nämlich als stimmberechtigter Staatsminister und als Vizepräsident des Staatsrats, nahm Rochow bis kurz vor seinem Tod 1847 an den Sitzungen teil.

⁸² Die KO vom 18.8.1844 hatte Mühler mit Wirkung zum 1. Oktober „von der Leitung des Justiz-Ministerii entbunden und ihn unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Staatsministerium, so oft er den Beratungen desselben beizuwohnen für gut finden wird, das Chef-Präsidium des Geheimen Ober-Tribunals [...] übertragen“. Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 67¹, n.f.

⁸³ Zur Umgestaltung des Kabinetts und dessen Wirken in den vierziger Jahren vgl. Meisner, Heinrich Otto, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts, in: FBPG, Bd. 36 (1924), S. 39–66, bes. S. 52–58. Lottum, seit 1817 Geheimer Staatsminister, hatte als Kabinettschef von 1823–40 die 1. Abteilung des Geheimen Kabinetts geleitet.

⁸⁴ Die KO vom 30.4.1823 in: Rep. 89, Nr. 3713, n.f.

Übersichtlichkeit in der Leitung der Geschäfte verloren gehen“ würden. Dennoch war unübersehbar, daß der Geschäftsbetrieb zu stockend lief, weshalb die Einstellung eines „neuen Staatsministers vorläufig ohne Departement“, aber als beständiger „Stellvertreter des [...] vorsitzenden Staatsministers“ zur „Einwirkung auf die Geschäfte“ erwogen worden war.⁸⁵ Eine durchgreifende Änderung blieb jedoch aus: Kamptz, seit 1830 Justizminister, führte nach dem Tod von Altenstein den Vorsitz. Im Frühjahr 1841 übernahm der bereits 1814 bis 1819 amtierende und inzwischen 70-jährige Boyen zum zweiten Mal das Kriegsministerium und rückte auf Grund der Anciennität auf die Position des vorsitzenden Ministers. Als solcher war er jedoch den Protokollen zufolge während der Debatten des Staatsministeriums kaum wahrnehmbar. Die siebeneinhalb Jahre unter seinem Vorsitz ließen den Mangel an der bestehenden Regelung offenbar werden. Boyens Nachfolger wurde im Oktober 1847 nicht der dienstälteste Minister Eichhorn, sondern Savigny. Das Abrücken vom 1838 noch verteidigten Modus wurde jetzt damit begründet, daß „die Führung des Präsidiums durch den Senior gewissermaßen nur ein Interimisticum war“ und Savignys gleichzeitige Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats die legislativen Arbeiten beider Gremien deutlich befördern sollte.⁸⁶ Zeit zur Ausgestaltung dieser Aufgaben ist Savigny nicht geblieben. Mit der Bildung des Märzabinetts 1848 unter Ludolf Camphausen wurde der Ministerpräsident primus inter pares im Staatsministerium.

In den Beratungsniederschriften ist der vorsitzende Minister unabhängig von der persönlichen Eignung auch auf Grund der ihm beigemessenen Verantwortlichkeit kaum wahrnehmbar. Allein bei **Abstimmungen** konnte er aus dem Kreis der Staatsminister erkennbar heraustreten. Wurde über einen Beratungsgegenstand nur mit Stimmgleichheit entschieden, gab das Votum des vorsitzenden Ministers den Ausschlag. Zu derartigen Kampf abstimmungen ist es den Protokollen zufolge in regulären Sitzungen des Staatsministeriums nur in fünf Fällen gekommen. Dabei handelte es sich viermal um Detailfragen in Gesetzentwürfen sowie um eine allgemeine Sachfrage. Lediglich einmal wurde das Votum Boyens ausschlaggebend; in drei Fällen beließ man es bei der Stimmgleichheit und forderte unter ausführlicher Darlegung aller Argumente die Entscheidung des Königs an.⁸⁷ Politisch-essentiell hingegen war die knappe Entscheidung am 1. März 1847 über die Vollmachten für die ritterschaftlichen Stellvertreter auf dem Vereinigten Landtag. Mit dem Votum Boyens fiel die Entscheidung zugunsten einer mit allen Rechten ausgestatteten Vertretung. Beschlüsse in den gemeinsamen Beratungen mit der ständischen Immediat-Kommission kamen beinahe durchweg mit knappen Mehrheiten zustande. Dies war immer der Fall, wenn über die Fortentwicklung der Stände verfassung abzustimmen war bzw. über Landtags-Abschiede⁸⁸, die sich mit „unmäßigen“ ständischen Petitionen befaßten.

Das Gros der in den Staatsministerialberatungen getroffenen Entscheidungen fiel in großer Einmütigkeit aus. Das erklärt sich u.a. aus dem der Sitzung vorangegangenen Voten-Wechsel, der oft in breiter Ausführlichkeit die prinzipiellen und konkreten Meinungen der Minister wiedergibt, und nicht selten wurde mit dieser schriftlichen Beratung bereits eine gewisse Angleichung in den Auffassungen erreicht. Dennoch wurden knapp vier Dutzend Beschlüsse lediglich mit knappen Mehrheiten gefaßt. In den ersten Jahren betrifft das beispielsweise Kompetenzkonflikte und diverse Gesetzesprojekte, auch die Disziplinarbeschlüsse für Hoffmann von Fallersleben und Ludwig

⁸⁵ Das Promemoria vom 14.3.1838, verfaßt vom Vortragenden Rat im Staatsministerium Schaumann, in: Rep. 90, Nr. 396, n.f.

⁸⁶ So ein Entwurf des Vortragenden Rates im Staatsministerium, Costenoble, vom 16.10.1847 zur Begründung der Bevorzugung und zweifachen Ernennung Savignys, in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 2–3v, bes. Bl. 3.

⁸⁷ Vgl. die Gesetzesberatung am 19.5.1846 (Verfahren bei Kompetenzkonflikten) sowie die Sitzungen am 30.6.1840 (Beamten-Disziplinargesetz), 18.2.1845 (Eisenbahn Schwedt-Passow) und am 18.2.1845 (Heranziehung der Offiziere zur Einkommensteuer im Zuge der Steuerreform).

⁸⁸ Vor allem zu Landtags-Abschieden gefaßte Beschlüsse am 16. und 26.10.1841 (Preußen/Rheinprovinz) sowie am 12.7. und 28.10.1843 (Posen/Preußen).

Crelinger.⁸⁹ Mitte der 40er Jahre häuften sich dann die knappen Majoritätsentscheidungen zu Themen, die eine gewisse politische Brisanz in sich bargen, wie das Ehescheidungsgesetz, die Strafgesetzgebung, die Kirchenpolitik, die Staatsfinanzen oder das Juden-Edikt.⁹⁰ Zunehmend stellte das Staatsministerium bei seiner Entscheidungsfindung die öffentliche Meinung in Rechnung, mochte diese nur selten völlig ignorieren, wie z.B. am 26. März 1844, als die Minister sich lediglich für die Einführung des Rechtsmittels, jedoch nur für den Staat und auch nur in erster Instanz aussprachen.

In den **Immediatberichten** des Staatsministeriums sind ebenso wie im Voten-Wechsel die historische Entwicklung des Gegenstandes, grundsätzliche und einzelne Meinungsdivergenzen sowie des Ergebnis der Beratung (oft ausführlich) nachlesbar. Dabei hatte noch Friedrich Wilhelm III. in seinen letzten Regierungsmonaten angewiesen, daß ihm Berichte erst dann zugehen sollten, wenn terminlich an der Sitzung verhinderte Minister Gelegenheit bekommen hatten, in einer erneuten Beratung ihre Ansichten darzulegen. Somit sei gewährleistet, daß alle Auffassungen in die Immediatberichte eingingen. Das Recht, Separat-Voten beizufügen, hatte nur der Kronprinz.⁹¹ Das Kollegialorgan war sichtlich darum bemüht, durch einmütige Beschlüsse seinen Berichten mehr Gewicht zu verleihen. Deshalb erschien „es im Allgemeinen als wünschenswert, daß in den [Immediatberichten] die Ansicht des Staatsministeriums sowohl in dem Hauptresultate als auch in den Gründen als die Ansicht der Gesamtheit dargestellt werde und individuelle Abweichungen möglichst vermieden bleiben.“⁹² In den Fällen jedoch, wo sich knappe oder auch wechselnde Mehrheiten nicht ausräumen ließen, ist deren Darlegung in die Immediatberichte mit eingeflossen.

Von Beginn seiner Regierungszeit an entwickelte Friedrich Wilhelm IV. als **Monarch** ein anderes **Verhältnis zum Staatsministerium** als sein Vater. Jener hatte tatsächlich nur aus dem Kabinett heraus regiert und keinesfalls den persönlichen Kontakt zum Staatsministerium gesucht. Friedrich Wilhelm IV. hingegen war bereits als Kronprinz bestens mit der Tätigkeit des Staatsministeriums vertraut, hatte er doch über zwanzig Jahre hinweg an den Sitzungen teilgenommen.⁹³ Gleichfalls war es ihm als Vorsitzender der „Kronprinzenkommission“ sowie dann der ständischen Immediat-Kommission über zwei Jahrzehnte lang möglich gewesen, die Ständepolitik von Friedrich Wilhelm III. zu sekundieren. Insofern hat es für ihn vielfach Gelegenheit gegeben, sich auf sein politisches Amt vorzubereiten.⁹⁴

Die Persönlichkeitsstruktur des neuen Königs war eine völlig andere als die seines Vaters und blieb nicht ohne Wirkung auf die Regierungsgeschäfte. Friedrich Wilhelm IV. wird oft mit den Attributen Frömmigkeit und Gottesgnadentum, Impulsivität und Wankelmut charakterisiert, die seine

⁸⁹ Vgl. Sitzungen vom 15.12.1840 und 4.8.1841 (Kompetenzkonflikte), vom 8.2. und 25.10.1842 sowie 12.12.1843 (Erbämter/Baudienste/Westpreußisches Provinzialrecht) und vom 29.3.1843 sowie 17.1.1843 (Disziplinentscheidungen).

⁹⁰ Vgl. dazu die Beschlüsse in den Sitzungen vom 29.11. sowie 13.12.1842 und 5.3. sowie 15.4.1844 (Ehescheidung); vom 14.3. und 27.12.1843, 19. und 26.3.1844 und 12./13.5.1846 (Strafgesetzgebung); vom 8. und 15.4.1845 (Kirchenverfassung); vom 17.2.1846 (Betriebsfonds der Kgl. Bank) und vom 6.4.1847 („Juden-Edikt“).

⁹¹ Die KO an das Staatsministerium vom 3.3.1840, in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1, Bl. 217–217v. Die Beschränkung der Separat-Voten auf die Person des Thronfolgers blieb auch in den vierziger Jahren in Kraft. Zu dessen Stellung im Staatsministerium vgl. diese Einleitung, S. 22 f.

⁹² So Eichhorn in der Sitzung am 4.5.1841, Bd. 41, Bl. 83v–84.

⁹³ Vgl. KO vom 19.4.1819, die dem Kronprinzen, nachdem er „bisher den Sitzungen des Staatsministeriums beige-wohnt, in demselben eine Stimme wie den Staatsministern [beilegte], damit er dadurch Gelegenheit erhalte, an den Staatsgeschäften und Arbeiten des Ministerii tätigen Anteil zu nehmen“, in: Rep. 90, Nr. 1949, n.f. Darüber hinaus war er – wie alle königlichen Prinzen – Mitglied des Staatsrats. Otto Hintze datierte den Eintritt des Kronprinzen Friedrich Wilhelm auf 1820, vgl. ders., Das preußische Staatsministerium, S. 567 f.

⁹⁴ Die Auffassung Barclays von einer mangelnden Einbeziehung in die Staatsgeschäfte durch den Vater bis hin zur politischen Isolierung des Kronprinzen und dessen „Flucht“ in die Privatsphäre scheint zu kurz zu greifen, vgl. Anarchie und guter Wille, S. 69.

Unberechenbarkeit und schwere Lenkbarkeit mit erklären.⁹⁵ Anfangs stand er in dem Ruf eines aufgeschlossenen Thronfolgers, der sich von romantisch-nationalen Stimmungen sowie dem Willen auf Versöhnung leiten ließ und nichts vom bürokratischen Obrigkeitsstaat seines Vaters hielt.

In Auswertung der neugefundenen Protokolle ist, ohne darauf näher eingehen zu können, hier zu konstatieren, daß Friedrich Wilhelm IV. als Monarch von Anbeginn einen neuen Umgangs- wie auch Regierungsstil gegenüber dem Staatsministerium praktizierte: Noch im ersten Monat seiner Regentschaft führte er es mit der ständischen Immediat-Kommission unter seinem Vorsitz zusammen. Späterhin ließ er in diesem Gremium unter seiner zeitweiligen Gegenwart gemeinschaftlich die weitere Vorgehensweise in der Verfassungsfrage erwägen und sich sichtlich von den Meinungen (zumindest) einzelner Minister beeinflussen. Auch in den folgenden Jahren bis 1845 wohnte der König mehr als zwanzig Mal diesem erweiterten Kollegium bei, um die Einberufung der Vereinigten ständischen Ausschüsse bzw. die jeweiligen Landtags-Abschiede zu erörtern. Persönliche Einflußnahme auf die Minister und Meinungsaustausch mit ihnen handhabte er somit völlig anders als sein Vater.

Aber nicht nur beim neuralgischen Politikfeld der Verfassungsfrage pflegte Friedrich Wilhelm IV. die gemeinschaftliche Verständigung. Auch bei 15 anderen Beratungen suchte er (zeitweilig) die Minister-Runde zum Zwecke der direkten Verständigung über Gesetzentwürfe auf, wobei sich die Themenpalette von der Ehescheidung und der Kirchenpolitik, über die Angleichung der rheinischen Justizverfassung an die preußische Strafrechtspflege, die Planung zentraler Eisenbahnlinien bis hin zur Revision der Strafprozeß-Ordnung erstreckte. Waren es bei den zwei erstgenannten Punkten Gegenstände, die den König aufgrund seiner tiefen Religiosität auch persönlich am Herzen lagen, so betrafen die anderen solche Probleme, die Staat und Gesellschaft in den vierziger Jahren neue Lösungen abverlangten. Auch hier trat Friedrich Wilhelm IV. aus dem Kabinett heraus und suchte für seine Entscheidungsfindung vorher die Erörterung gemeinsam mit seinen Ministern. Diese Beratungen waren weder vom König einberufen, noch unter seinem Vorsitz abgehalten worden, ja in einem Fall geht die Anwesenheit des Königs nicht einmal aus der Anwesenheitsliste, sondern nur aus nebensächlichen Formulierungen im Protokolltext hervor.⁹⁶ Da es sich in diesen Fällen jeweils um reguläre Sitzungen des Staatsministeriums handelte, sollten diese auch nicht als Kronräte⁹⁷ bezeichnet werden.

Die **Kronräte** als vom König einberufene und unter seinem Vorsitz abgehaltene Staatsministerialberatungen widmeten sich vornehmlich politischen Fragen von strategischer Bedeutung und wurden nach der Revolution 1848/49 zum festen Bestandteil der Regierungstätigkeit. Für die vorrevolutionäre Regentschaft Friedrich Wilhelms IV. sind bislang drei Kronräte protokollarisch nachweisbar.⁹⁸ Sie hatten für die preußische Monarchie dieser Jahre hochrangige Probleme zum Gegenstand; im Oktober 1842 trat der Kronrat zweimal zusammen, um die eigene Position gegenüber den Vereinigten ständischen Ausschüssen abzustimmen, in einem weiteren im Dezember 1846 wurden die Grundsätze im Umgang mit den kirchlichen Dissidenten und daraus resultierende Zivilstandsregelungen erörtert.

Die erstmals für die vierziger Jahre durchgängig erschlossenen Protokolle wie auch die neugefundenen Quellen belegen, daß Friedrich Wilhelm IV. von Beginn an einen gewissen Wert auf die persönliche Kenntnisnahme des ministeriellen Willens gelegt, diese gemeinsame Beratungsform –

⁹⁵ Zu den Persönlichkeitsmerkmalen Friedrich Wilhelms IV. vgl. Blasius, Dirk, Friedrich Wilhelm IV. 1795–1861. Psychopathologie und Geschichte, Göttingen 1992, für die 40er Jahre bes. S. 83–112; ders., Friedrich Wilhelm IV. Persönlichkeit, Amt und Krankheit, in: Der verkannte Monarch. Friedrich Wilhelm IV. in seiner Zeit, hrsg. v. Peter Krüger u. Julius H. Schoeps in Verbindung mit Irene Dieckmann, Potsdam 1997, S. 91–119, dort mit weiterer Literatur.

⁹⁶ Vgl. Sitzung am 20.4.1841, (Bd. 41, Bl. 44 und 56).

⁹⁷ Bis zum Jahre 1888 war die Bezeichnung Conseil üblich; aus Gründen der Einheitlichkeit wird in der Edition durchgängig der Begriff „Kronrat“ verwendet.

⁹⁸ Vgl. Kronräte am 8. und 10.10.1842 sowie am 20.12.1846. In der Literatur finden sich mehrfach Hinweise auf einen Kronrat am 7.7.1843 (Strafrechtsrevision) und Anfang Dezember 1844 (Todesurteil Tschsch). Das letzte Beispiel ist vornehmlich in der Memoirenliteratur anzutreffen, deren Begrifflichkeit nicht selten inkorrekt ist.

ob nun unter seinem Vorsitz oder nicht, ob nun als Kronrat oder Staatsministerialsitzung in Gegenwart des Königs bezeichnet⁹⁹ – vielfach bereits im Vormärz genutzt und somit in seiner Herrschaftspraxis fest etabliert hat. Er war, um auf eine Formulierung Barclays zurückzugreifen, mehr sein eigener „Premierminister“, als es bisher wahrgenommen werden konnte. Von daher wären für die Vormärzzeit Wertungen über die Kabinettspolitik und den Einfluß der Berater des Königs erneut zu hinterfragen und möglichenfalls unter dem Aspekt zu relativieren, daß Friedrich Wilhelm IV. hinsichtlich dieser neuen Ansätze in seiner Regierungspraxis als Preußens erster moderner König zu sehen ist.¹⁰⁰

Die dienstliche Kommunikation des Staatsministeriums mit dem königlichen Haus beschränkte sich keineswegs auf die Person des Monarchen. Schon wenige Tage nach seinem Regierungsantritt hatte Friedrich Wilhelm IV. seinen Bruder Wilhelm den schon im 18. Jahrhundert eingeführten Titel eines **Prinzen von Preußen** sowie Sitz und Stimme im Staatsministerium verliehen.¹⁰¹ Mit der Titelverleihung machte der kinderlose König die Thronfolge deutlich, mit der Berufung in das Staatsministerium wollte Friedrich Wilhelm IV. seinen als politischen Antipoden bekannten Bruder in die Staatsgeschäfte einbinden. Unter diesem Aspekt ist auch dessen Einsetzung an die Spitze der ständischen Immediat-Kommission im April 1841 zu sehen.¹⁰²

Trotz häufiger Teilnahme an den Sitzungen blieb Wilhelms Tätigkeit im Staatsministerium interessenbestimmt, nämlich auf wenige Themen beschränkt. Bei der Masse der alltäglichen Beratungsgegenstände zu Gesetzgebung oder Verwaltung engagierte sich der Prinz von Preußen nicht; Wortmeldungen oder Monita erfolgten ausnahmslos bei solchen Punkten, in denen er mittelbare oder unmittelbare Gefahren für die Monarchie befürchtete. Das betraf u.a. Fragen der Kirchenpolitik, der Zensurgesetzgebung und Gewährung von Pressefreiheit, die er noch in der Sitzung am 8. März 1848 als absehbaren „Weg zur Republik“ entschieden ablehnte.¹⁰³ Besonders intensiv beteiligte sich Wilhelm bekanntlich über all die Jahre an den Diskussionen um die Verfassungsfrage. Dabei kam es immer wieder zu Friktionen mit dem König und dessen Ministern. So trat er seinem königlichen Bruder gegenüber als entschiedener Wächter der absoluten Monarchie auf und bedeutete dem Staatsministerium unmißverständlich, daß es wie im Falle des ständischen Bewilligungsrechtes keinerlei Kompetenz besäße, „über das Aufgeben eines Majestätsrechtes zu debattieren“. ¹⁰⁴ Die Mehrheit der Minister entschied sich nicht nur unbeeindruckt davon für die Verleihung des Steuerbewilligungsrechts an die Stände, sondern lehnte darüber hinaus Ende November 1846 den Einspruch des Prinzen von Preußen, daß damit „die Rechte der Krone“ nicht

⁹⁹ Noch am 24.5.1889 wurde in einem büro-internen Schreiben des Staatsministeriums darauf hingewiesen, daß „eine Staatsministerial-Sitzung, in welcher Seine Majestät der König erscheint, um an der Beratung teilzunehmen, (nicht) als eine Conseil- oder Kronratssitzung anzusehen“ ist, vgl. Bd. 101, Bl. 223.

¹⁰⁰ Dies in Absetzung zu Meisner, der wohl als erster konstatierte, daß Friedrich Wilhelm IV. die Kabinettsregierung vor der „Konseilregierung“, also den einzelnen Vortrag seiner Kabinettsminister gegenüber der gemeinsamen Besprechung mit allen Ministern bevorzugte und sich erst nach 1848 den neuen Zeitumständen ergeben habe, vgl. Meisner, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts, S. 57. Der Ausdruck „moderner König“ in Fortsetzung der These Barclays zur Einführung einer monarchischen Tradition durch Friedrich Wilhelm IV., vgl. Anarchie und guter Wille, S. 88–90, aber im Konsens mit der Kritik Grünthals, daß man hier „die ‘politischen Inhalte’ von der Form ihrer Vermittlung“ trennt, vgl. Grünthal, Günther, Verfassungsdenken und Regierungsstil. Politische Ordnung, Revolution und politische Praxis im Umkreis Friedrich Wilhelms IV., in: Der verkannte Monarch, S. 123–143, bes. S. 128.

¹⁰¹ Vgl. KO vom 14.6.1840 (Prinz von Preußen) in: Rep. 90, Nr. 1889, n.f. sowie KO vom 17.6.1840 (Sitz und Stimme) in: Rep. 90, Nr. 1949, n.f. Seit Treitschke, Heinrich, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 5, Neue Ausgabe, Leipzig 1927, S. 31 ist auch immer wieder in der Literatur zu finden, daß der Prinz von Preußen den Vorsitz im Staatsministerium übernommen habe. Ein Beleg dafür war nicht auffindbar, eine Fülle von Indizien sprechen eher dagegen, vgl. dazu in dieser Einleitung die Ausführungen zu Boyen und Savigny.

¹⁰² Vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 31, Bl. 23.

¹⁰³ Vgl. Sitzungen am 7./8.6.1842 und 21.4.1846 (Altlutheraner bzw. Religions-Patent); 7.1.1845 (Grundbesitz in Prov. Posen) sowie 25.3.1845 (Anonymität des Verfassers) und 8.3.1848 (Preßgesetz), hier Bd. 57, Bl. 58v.

¹⁰⁴ Geäußert in der gemeinsamen Sitzung am 28.3.1846, in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 208v.

mehr „unversehrt auf die Nachfolger Seiner Majestät übergehen würden“¹⁰⁵, rundweg ab. Damit nicht genug, mußte Wilhelm in der nächstfolgenden Sitzung darauf drängen, daß seine gegen- teiligen Ansichten zur Einberufung des Vereinigten Landtages wenigstens dem Protokoll beige- fügt würden. Auch wenn die königlichen Minister mit ihrer substantiellen Entscheidung zum ständischen Bewilligungsrecht der Position ihres Monarchen folgten, zeugen Votum und Auftreten auch von einem Selbstbewußtsein, das möglicherweise mit einem veränderten Selbstverständnis über ihre ministerielle Rolle korrespondierte. Sicher ist, daß das Verhältnis zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Staatsministerium im Vormärz als angespannt und belastet zu bezeichnen ist.

Neben den aktiven Ressortchefs nahmen an den Sitzungen einzelne Staatsminister, die eine Zentralbehörde leiteten, entlassene Fachminister, die Sitz und Stimme im Staatsministerium behal- ten hatten, sowie der Präsident des **Staatsrats** teil.¹⁰⁶ Freiherr Karl von Müffling war jedoch in den regulären Sitzungen kaum zugegen und hatte auch kein Stimmrecht. Seit 1842 wohnte der Vizeprä- sident des Staatsrats und stimmberechtigte Staatsminister Rochow ohnehin den Beratungen bei und nahm dort energisch die Kompetenzen des Staatsrats wahr.¹⁰⁷

Das Verhältnis zwischen beiden Gremien war seit den zwanziger Jahren belastet: Als oberstes Beratungsorgan für die Gesetzgebung erhielt der Staatsrat als letzte Instanz die Gesetzentwürfe vom Staatsministerium. Er stellte nicht selten neue Grundsätze auf, verwarf somit die Beschlüsse der Minister und gab die Entwürfe mit seinen Gutachten an die Verwaltung, also das Staatsministe- rium, zurück. Das prominenteste Beispiel in den vierziger Jahren dafür ist das Ehescheidungs- gesetz, aber es kam beispielsweise auch bei mehreren Regulierungsgesetzen zu Kontroversen zwischen beiden Gremien.¹⁰⁸ Das Staatsministerium seinerseits strebte auch mehrfach an, den Staatsrat unter Bemühung des Zeit-Arguments zu umgehen oder ihn mit Berufung auf seine nur gesetzesberatende Funktion für den Monarchen von innenpolitischen Themen bewußt fernzuhalten. In den Staatsministerialprotokollen treten beide Aspekte vor allem bei der Ständepolitik zutage. So wurden trotz Protestes von Müffling zwei Gesetzentwürfe für die Rheinprovinz unter Ausschaltung des Staatsrats dem rheinischen Provinzial-Landtag vorgelegt¹⁰⁹ und die Auswahl der Beratungsge- genstände für die Vereinigten Ausschüsse 1842 allein in der Verantwortung des Staatsministeriums gesehen, weil der Staatsrat „als bloß beratende Behörde mit den Ständen nicht in Berührung treten“ könne.¹¹⁰ Ein Scheinargument, wenn man bedenkt, daß dies ebenso auf das Staatsministerium zutraf, denn sämtliche Korrespondenz der Stände mußte den Weg über den Minister des Innern gehen, damit diese die Regierung nicht unmittelbar kontaktieren konnten. Die Kompetenzstreitig- keiten sahen letztendlich das Staatsministerium als Gewinner, der Staatsrat als Instrument monar- chischer Alleinregierung wurde im Frühjahr 1848 bis auf weiteres aufgelöst.

3. *Spezifika in der Überlieferung der Quelle*

In der Zeit vom 9. Juni 1840 bis zum 8. März 1848 beriet das Staatsministerium im wesentlichen in drei Formen, was sich auch in einer **verstreuten Überlieferung** niederschlägt. Als erstes sind die

¹⁰⁵ Gemeinsame Sitzung am 28.11.1846, in: Ebd., Bl. 281v.

¹⁰⁶ An den Staatsministerialsitzungen konnte der Präsident seit dem 9.12.1827 nach eigenem Ermessen und ohne Einla- dung teilnehmen, vgl. Schneider, Hans, Der preussische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preussens, München und Berlin 1952, S. 79.

¹⁰⁷ Müffling hatte sich durch KO vom 25.10.1843 von den Präsidialgeschäften beurlauben und dies im Oktober 1843 verlängern lassen, vgl. diesbezügliche Schreiben Rochows an Mühler vom 25.10.1843 und 14.10.1844 in: Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 113 und 136.

¹⁰⁸ Für die Regulierungsgesetze vgl. Sitzungen am 25.10.1842 (Baudienste), am 14.3.1843 und 15.4.1844 (Dienstgelder) sowie am 22.10.1844 und 9.12.1845 (Ablösungen).

¹⁰⁹ Die Exekutions-Ordnung und das Weinsteuergesetz für die Rheinprovinz wurden gleich dem Provinzial-Landtag 1843 vorgelegt, vgl. dazu Sitzung am 25.4.1843.

¹¹⁰ Vgl. dazu Sitzung am 10.5.1842, das Zitat: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 195.

regulären Sitzungen des Staatsministeriums zu nennen, deren Protokolle nahezu lückenlos in der Hauptreihe (Bestand „Staatsministerium“) seit 1871 im Geheimen Staatsarchiv überliefert sind und durch vier weitere Einzelfunde ergänzt werden konnten.¹¹¹ Von dieser Hauptreihe existieren für den Vormärz für den König angefertigte Abschriften im Bestand „Geheimes Zivilkabinett“.¹¹² Die zweite Sitzungsvariante für den hier vorzustellenden Zeitraum war der damals selten abgehaltene Kronrat, lediglich drei sind hier bislang protokollarisch nachweisbar.¹¹³ Als drittes treten hier im Unterschied zu anderen Perioden die vom König angeordneten gemeinsamen Beratungen des Staatsministeriums mit der ständischen Immediat-Kommission hinzu, von denen 110 Protokolle ermittelt werden konnten. Während die dort geführten Diskussionen um die generelle Ausgestaltung der ständischen Verfassung in den Jahren 1842 und 1846/47 in Protokollform vollständig und zusammenhängend überliefert zu sein scheinen, mußten die Sitzungsberichte über die Abfassung der Landtags-Abschiede aus Einzelstücken zusammengesetzt werden, ohne daß alle Lücken geschlossen werden konnten.¹¹⁴

Die genannten drei Beratungsformen sind mit ihren Protokollen gleichermaßen in dem vorliegenden Band aufgenommen worden. Hingegen blieben informelle Besprechungen im kleineren Rahmen bzw. Konferenzen des Königs mit nur ausgewählten Staatsministern genauso unberücksichtigt wie mehrere (vor allem in der Literatur) unkorrekt als Conseil bezeichnete Zusammenkünfte und Besprechungen, was im Band an geeigneten Stellen angemerkt ist. Der Vollständigkeit halber sei ergänzt, daß in ganz wenigen Fällen zwei weitere Überlieferungsarten in Ermangelung von Protokollen herangezogen worden sind, um Sitzungen mit ihren Beratungsthemen nachzuweisen. Dies bezieht sich auf im Staatsministerium geführte Vortragsverzeichnisse sowie auf einen ausführlichen Bericht Manteuffels, in dem er detailliert den Diskussionsverlauf einer Beratung wiedergab.¹¹⁵ Kriterium für die Aufnahme war in jedem Falle, daß die Sitzung erkennbar stattgefunden hatte.

In Kenntnis der Überlieferungslage sowie des Geschäftsganges ist zusammenzufassen, daß die Sitzungen des Staatsministeriums stets protokolliert worden sind. Lediglich für die Tagungszeit des Vereinigten Landtages 1847 sowie Ende Februar/Anfang März 1848, also in Phasen ungewöhnlicher Belastungen, konnten vor allem mit Hilfe der Vortragsverzeichnisse Unregelmäßigkeiten in der Protokollierung nachgewiesen werden, die in der Protokoll-Hauptreihe nicht wahrnehmbar sind.

Bei der **Art der Protokolle** dominiert für den Zeitraum von 1840 bis März 1848 das Verlaufsprotokoll, in dem die Diskussion in bereits zusammengefaßter Form wiedergegeben ist. Dennoch weisen die Protokolle im Unterschied zu anderen historischen Phasen einen zum Teil beachtlichen Umfang auf. Das betrifft vor allem die großen Rechtsthemen jener Jahre, wie beispielsweise die Gesetzrevision, die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse oder die Einführung der Staatsanwaltschaft beim Kriminalgericht zu Berlin. Aber auch bei politisch brisanten Beratungsgegenständen, wie der Zensurpolitik, der Duldung von Religionsgesellschaften oder der Regulierung

¹¹¹ Die vom Büro des Staatsministeriums intern vorgenommene und jährlich neu einsetzende Numerierung der Protokolle (im Regestkopf in eckigen Klammern übernommen) ermöglicht die Feststellung, daß Nr. 6 von 1844, Nr. 33 von 1845 sowie Nr. 8 von 1847 in der Hauptreihe (Rep. 90a) fehlen. Vier Neufunde sind in den Beständen „Staatsministerium“, „Ministerium des Innern“ bzw. „Geheimes Zivilkabinett“ überliefert und protokollieren Sitzungen vom 12.6.1840, 30.11.1841 (Regest-Nr. 93), 8.10.1842 und 1.10.1844 (Regest-Nr. 266).

¹¹² Für die Jahre 1840 bis 1848 in: Rep. 89, Nr. 3675–3683.

¹¹³ Vom 6. und 10.10.1842 sowie vom 20.12.1846; alle im Bestand des Geheimen Zivilkabinetts (Rep. 89).

¹¹⁴ Die Beratungen der Landtags-Abschiede sind überwiegend als beglaubigte Teil-Abschriften im Bestand Ministerium des Innern (Rep. 77, Stände-Titel 523) jeweils nach Provinzen und Jahr in mehr als 20 verschiedenen Akten verstreut überliefert, wobei die Diskussionen um die Landtags-Abschiede für Brandenburg 1841 und 1845, für Schlesien 1843 und für Pommern 1845 nur teilweise bzw. gar nicht protokollarisch nachweisbar sind. Ebenso unauffindbar blieben bislang die vollzogenen Reinschriften von diesen gemeinsamen Sitzungen, nach denen die beglaubigten Abschriften gefertigt worden sind.

¹¹⁵ Vgl. Sitzungen am 20.2., 20. und 23.3.1847 sowie am 14.3.1848 (Vortragsverzeichnis) und am 1.3.1847 (Bericht).

der bürgerlichen Verhältnisse der Juden, sind die Sitzungsberichte vergleichsweise ausführlich und auch inhaltsreich.

Die **Sprache der Protokolle** dieser Jahre ist keineswegs nur bürokratisch umständlich und glättend, sondern trotz der üblichen Selbstkontrolle an zahlreichen anderen Stellen auch deutlich und zugespitzt. Dies trifft nicht nur für die Protokolle der regulären Sitzungen zu, sondern gerade auch für die Protokolle über die gemeinsamen Beratungen mit der ständischen Immediat-Kommission. Die 1842 und 1846/47 dort geführten Diskussionen um die weitere Ausgestaltung der ständischen Verfassung fanden sowohl mit den konträren Auffassungen als auch in der Härte der Auseinandersetzungen einen protokollarischen Niederschlag. Dies wiederum ermöglicht, Memoiren oder Tagebücher aus dieser Zeit nicht nur als Ergänzung der archivalischen Quelle hinzuziehen, sondern sie mitunter auch auf ihre Authentizität hin überprüfen zu können.

Die Behörde Staatsministerium im Vormärz wurde von Zeitgenossen mit Kritik und Kommentaren bedacht. Otto Camphausen referierte mehrfach für das Finanzressort im Gremium der Staatsminister. Seinem Bruder Ludolf gegenüber zeichnete er darüber ein wenig respektvolles Bild: „Zu den Beratungen im Staatsministerium pflegen die bei einer Frage zunächst beteiligten Ressortminister den betreffenden Rat mitzunehmen, die übrigen Minister hören zu und schwatzen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Mit den mündlichen Beratungen ist es im allgemeinen schlecht genug bestellt, die Hauptsache liegt immer in den schriftlichen Abstimmungen, wozu bei Gesetzentwürfen unter Mitteilung der Motive alle Minister aufgefordert werden.“¹¹⁶

Auch aus „zweiter Hand“ äußerten sich Zeitgenossen in gleicher oder ähnlicher Tonart über die Regierung. So notierte Varnhagen von Ense im März 1847 in seinem Tagebuch: „Vor längerer Zeit sagte der König einmal im Staatsministerium, sehr erzürnt über eine Sache, die er nicht gewußt, aber zufällig durch einen Brief erfahren, den er in der Hand hielt: ‘Aber das ist ja gar nicht auszuhalten, wie es hier hergeht, da erfahr’ ich eben, daß (...), und niemand hat hier mir ein Wort davon gesagt, ich bin ja hier wie in einem Schweinestall.“¹¹⁷ Den Protokollen kann man entnehmen, daß der König im Mai 1846 das letzte Mal im Staatsministerium war, am 20. Dezember noch ein Kronrat stattgefunden hatte. Worauf sich diese Tagebucheintragung Varnhagens bezieht, bleibt somit offen und verdeutlicht zugleich die Problematik von Tagebuch- und auch Memoirenliteratur: Ohne ihre Quelle preiszugeben, hielten oftmals Außenstehende ungeprüft Eindrücke Dritter fest, die heute als Primärquellen angesehen werden. In jedem Fall, ob Camphausen als Insider oder Varnhagen als Außenstehender, sind derartige zeitgenössische Kommentare mehr oder weniger stark subjektiv gefärbt und oftmals unkorrekt, was in dem vorliegenden Band jeweils vermerkt wurde.

Anders als beim Staatsrat waren Kompetenzen und Arbeitsweise des Staatsministeriums nicht in einer eigenen Geschäftsordnung, sondern seit 1808/1817 in verschiedenen Verordnungen über den **allgemeinen Geschäftsgang** festgeschrieben worden.¹¹⁸ Im Laufe des Vormärz vorgenommene Modifizierungen und Ergänzungen haben an diesem grundsätzlich vorgegebenen Rahmen nichts geändert. Somit bleibt für die vierziger Jahre bis zum Ausbruch der Märzrevolution zum Geschäftsgang im Staatsministerium folgendes festzuhalten: Zu regulären Sitzungen trat das Staatsministerium mit Ausnahme der Sommerpause meist dienstags wöchentlich zusammen.¹¹⁹ Von 1841 bis 1847 kamen schubweise die gemeinsamen Beratungen mit der ständischen Immediat-

¹¹⁶ Brief vom 6.11.1846, zit. nach: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Bd. 2, S. 114.

¹¹⁷ Notiz vom 12.3.1847, in: Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense, Bd. 4, Leipzig 1862, S. 39.

¹¹⁸ Zur Entstehung und Frühzeit des Staatsministeriums vgl. die Einleitung von Band 1 (1817–1829) dieser Edition.

¹¹⁹ In dem hier zu betrachtenden Zeitraum schwankte das jährliche Pensum zwischen 36 (1846) und 57 (1844) Beratungen, 344 reguläre Sitzungen waren es insgesamt. Die Sommerpause betrug in der Regel vier bis sechs Wochen. „Zur Erledigung sehr dringender und wichtiger Gegenstände aber sind extraordinäre Sitzungen abzuhalten“, Rep. 89, Nr. 3703, Bl. 15. So bestimmte es eine alljährliche KO (hier vom 18.7.1843), und so wurde 1846 wegen der Unruhen in Köln auch verfahren, vgl. Sitzungen am 19.8.1846, TOP 2, und am 1.9.1846.

Kommission hinzu. So informierte Boyen den König über die am 5.10.1841 beginnende Beratung der Landtags-Abschiede für die Provinzialstände von Preußen, Brandenburg und der Rheinprovinz, und daß „von diesem Tage ab und wahrscheinlich auf Dauer jener Beratungen die gewöhnlichen Versammlungen des Staatsministeriums ausgesetzt bleiben“.¹²⁰ Tatsächlich trat das Staatsministerium regulär erst wieder am 9. November zusammen. Die Diskussion und Abfassung der oftmals politisch brisanten Landtags-Abschiede beanspruchten das Staatsministerium in außerordentlich starkem Maße.¹²¹ Auch noch 1843 und 1845 legte die Vorbereitung der Landtags-Abschiede die routinemäßige Arbeit des Staatsministeriums phasenweise praktisch lahm und mußte dann durch einen verkürzten Tagungsrythmus wieder ausgeglichen werden.¹²² Anfang 1846 konnte für das Vorjahr gegenüber dem König resümiert werden, daß infolge der „von Zeit zu Zeit verdoppelten Staatsministerialsitzungen [...] die zur Beratung verbreiteten Gegenstände bis auf wenige Sachen [...] erledigt worden“ waren.¹²³

Der Tagungsort ist in der Regel nicht vermerkt worden, eine zweifelsfreie Lokalisierung konnte nicht erfolgen. Die Sitzungen fanden wohl kaum im Dienstgebäude des Staatsministeriums in der Leipziger Straße 55–56, sondern zum allergrößten Teil in einem auch vom Staatsrat genutzten Sitzungslokal im Berliner Stadtschloß statt.¹²⁴ Die Kronräte traten nachweislich in den königlichen Schlössern Charlottenburg, Potsdam-Sanssouci und Berlin zusammen. Für die Mehrzahl der 37 Staatsministerialsitzungen, die unter vollständiger oder teilweiser Teilnahme des Monarchen abgehalten wurden, bleibt dies ebenfalls zu vermuten.

Wesentlicher Bestandteil im Geschäftsgang des Staatsministeriums war die (schriftliche und mündliche) Beratung von Gesetzentwürfen. Die Verwaltung hatte zusehends an Effektivität verloren und 1842/43 im Staatsministerium angestellte Überlegungen zum Geschäftsgang sollten eine schnellere Bearbeitung hier und im Staatsrat bewirken.¹²⁵ Savigny schließlich regte im Herbst 1847 weitere Modifikationen an, da „die zu häufige Wiederholung der legislativen Beratungen über einen und denselben Gegenstand und durch die für diese Beratungen in den verschiedenen Stadien bestehenden komplizierten Einrichtungen die Vorbereitung größerer Gesetzentwürfe und damit die Befriedigung der dabei zu Grunde liegenden praktischen Bedürfnisse in einer, die Regierung wahrhaft kompromittierenden Weise verzögert“ hatte.¹²⁶ Die Vorschläge Savignys zum Abstellen dieser Behinderungen sahen vor, dem Staatsministerium eine gleichbleibende Bedeutung bei der Gesetzesberatung über das Hauptbedürfnis und Grundsatzfragen beizulegen, während der Staatsrat sein Verfahren deutlich abkürzen sollte.

Die **Entstehungsgeschichte der Protokolle** für den Vormärz unterscheidet sich von denen der folgenden historischen Abschnitte und sei deshalb hier kurz dargelegt: Nach einer Ende 1836 von Alvensleben entworfenen Instruktion sollte über alle Sitzungen ein „General-Protokoll“ geführt werden, das von „einem ein für allemal damit beauftragten Protokollführer“ zu konzipieren sei. „Die Protokolle müssen sobald als möglich nach der Sitzung entworfen und spätestens in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden“ und sollten „möglichst kurz gefaßt“ sein. Nur in

¹²⁰ Das Schreiben Boyens vom 3.10.1841 in: Rep. 89, Nr. 3716, n.f.

¹²¹ Für das Jahr 1841 konnten 31 derartige zusätzliche Sitzungen zur Beratung der Landtags-Abschiede nachgewiesen werden (plus 2 für die Ausarbeitung der königlichen Propositionsdekrete), für 1843 dann 25 und für 1845 schließlich 20 Sitzungen. Zur beschleunigten Bearbeitung beschloß das Staatsministerium, zweimal in der Woche zusammenzutreten, vgl. Sitzung am 16.10.1844, TOP 1.

¹²² Die Vortragsverzeichnisse des Staatsministeriums weisen die z.B. am Samstag abgehaltenen dann als außerordentliche Sitzungen aus, was jedoch nicht für eine besondere inhaltliche Brisanz stand und deshalb in den Regest-Köpfen nicht zu berücksichtigen war.

¹²³ So ein Schreiben Boyens vom 17.1.1846 in: Rep. 89, Nr. 3716, n.f.

¹²⁴ Das Staatsministerium berichtete am 5.7.1849 an den König, daß es das bis März 1848 im Stadtschloß genutzte Sitzungslokal mit Beizimmern nicht mehr benötige und dem Hausarchiv überlasse, vgl. Rep. 90, Tit. XIII Nr. 3, Bl. 70–73.

¹²⁵ Vgl. Sitzungen am 15.11.1842 und 2.1.1843.

¹²⁶ KO an Savigny vom 17.10.1847, zit. nach Schneider, Der preussische Staatsrat, S. 102.

besonders komplizierten, kontrovers diskutierten Punkten sollte dies im „Haupt-Protokoll“ lediglich erwähnt, aber zusätzlich „ein Separat-Protokoll“ – dem auch die Minister ihre Ausführungen beifügen könnten – „von dem Vortragenden aufgenommen und dem Protokollführer zur Mitzeichnung vorgelegt“ werden.¹²⁷ Alvensleben hielt die Gründe nicht für mitteilenswert¹²⁸, warum man sich in der Sitzung am 28. Februar 1837 dennoch für das bislang übliche Verfahren entschieden hatte. Ein Protokollant wurde nicht angestellt, und das äußere Erscheinungsbild der Protokolle gibt uns heute Auskunft über die Arbeitsweise der Behörde: Wie seit den zwanziger Jahren schrieben in aller Regel auch weiterhin die Referenten zu ihrem Vortrags- und Beratungsgegenstand das (Teil-) Protokoll, die dann zu einem Gesamtprotokoll über die jeweilige Sitzung zusammengeheftet wurden. Dies trifft auch auf die behandelten Disziplinar- und Pensionsachen zu.

Die Teilprotokolle sind oft lang, nicht wenige enthalten ausführlichere Passagen oder den gesamten Vortrag des Referenten. Die Spezifik der zahlreichen Entwürfe zur Revision der Provinzialgesetze, des Strafrechts, des Eherechts oder zur Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse erforderten Sachkompetenz bis ins Detail. Der Niederschrift durch den Referenten verdanken wir auch die teilweise ausführlichere Darlegung der Diskussion, vermochte dieser doch aufgrund seiner Sachkenntnis Kontroversen, Nuancen oder Alternativen in den Wortmeldungen der einzelnen Minister augenblicklich wahrzunehmen. Andere ebenfalls ausführliche, aber eher langatmige Protokolle tragen die Handschrift solcher Referenten, welche zugunsten von monotoner Vollständigkeit auf eine inhaltliche Schwerpunktsetzung verzichtet haben.

Das 1836 formulierte Ziel einer schnelleren Abfassung der Protokolle möglichst zur nächsten Sitzung wurde dennoch nicht erreicht. Die Minister konstatierten in der Sitzung am 17.11.1840, „daß die von den Referenten im Staatsministerium aufzunehmenden Protokolle und die dazu gehörigen Beschlüsse, Berichte, Gesetzesentwürfe usw. oft sehr spät [...] abgeliefert werden“. Dem sollte vor allem durch ein „zum 1. Vortrags-Tage in jedem Monate [vorzulegendes] Verzeichnis sämtlicher über einen Monat rückständig verbliebenen Protokolle“¹²⁹ Abhilfe geleistet werden. Mit dem Beschluß der Minister-Runde vom 26.10.1844, die Protokolle spätestens 14 Tage nach der Sitzung jeweils durch den Referenten vorlegen zu lassen¹³⁰, wollte man die zeitlichen Verzögerungen erneut einschränken. Dennoch blieben Zeitspannen von mehreren Monaten zwischen Sitzung und Protokollabfassung für die regulären Sitzungen normal.¹³¹

Die ständische Immediat-Kommission hatte eigens für ihre Beratungen einen Protokollführer¹³² zur Verfügung. Über die gemeinsamen Beratungen mit dem Staatsministerium lagen die Protokolle tatsächlich zur nächsten Sitzung vor, wurden dort verlesen und sofort vollzogen.

Die **Vollziehung** der Reinschriften der Teilprotokolle über die regulären Staatsministerialsitzungen hatte jeweils durch die Minister zu erfolgen, welche an der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes teilgenommen hatten. Das war mit Mehraufwand für die Minister verbunden; hatte man beispielsweise an einer Sitzung über sechs Beratungsgegenstände teilgenommen, so mußten sechs Teilprotokolle unterschrieben werden. Diese aufwendige Form blieb auch nach 1848 teilweise noch in Kraft.

¹²⁷ Entwurf einer Instruktion für einen Protokollführer des Staatsministeriums vom 29.12.1836, in: Rep. 90, Annex C Nr. 5, n.f. Der Entwurf war von Schaumann am 13.1.1837 stark kritisiert worden, weil der Protokollführer nunmehr auch auf den Geschäftsbetrieb hätte einwirken sollen, der in den Händen des vorsitzenden Ministers lag; vgl. Rep. 89, Nr. 3710, n.f.

¹²⁸ So berichtete er am 16.3.1837 dem vorsitzenden Minister Altenstein, er habe nicht geglaubt, „daß das Resultat der Beratung über Anstellung eines Protokollführers sich zur Aufnahme eines Protokolls eigne und mithin die Entwerfung desselben unterlassen“, Rep. 90, Nr. 1321, n.f. und Rep. 90, Tit. XIV B Nr. 23, Bl. 2–2v.

¹²⁹ Bd. 39, Bl. 46.

¹³⁰ Bd. 48, Bl. 323v.

¹³¹ Auf dem Protokoll vom 9.2.1847 (TOP 3) vermerkte man am 8.5.1847, „nachdem vorstehendes Protokoll bereits abgefaßt und zur Unterschrift in Zirkulation gesetzt war“, Bd. 55, Bl. 96.

¹³² Voß führte bis zu seinem Eintritt als Mitglied in die ständische Immediat-Kommission am 9.6.1841 Protokoll (Rep. 89, Nr. 13913, Bl. 23); ihm folgten Witzleben und ab 19.11.1844 Manteuffel (Rep. 89, Nr. 13909, n.f.).

Der zeitliche Abstand zwischen Sitzung und Vollziehung des Protokolls war durchaus unterschiedlich. Die Teilprotokolle zu den Disziplinar- und Pensionssachen sollten nach Möglichkeit gleich noch in der Sitzung vollzogen werden¹³³; bei den Protokollen zu Gesetzesberatungen war dies nicht möglich.

Bei Kenntnisnahme des Protokolltextes und Vollziehung hatten die Minister auch Gelegenheit, Korrekturen bzw. Nuancierungen hinzu zu setzen, wovon aber nur vereinzelt Gebrauch gemacht wurde. Eine Ausnahme gibt beispielsweise das Teilprotokoll (TOP 5) vom 3. Oktober 1843 hinsichtlich einer bereits am 1. Februar 1842 erstmals stattgefundenen, protokollarisch nicht nachweisbaren Beratung zur Finanzierung der Akademie von Eldena wieder, nämlich, daß „wegen der Bedenken der Minister der Finanzen und des Innern [...] weder das damals entworfene Protokoll, noch der demgemäß entworfene Immediatbericht zur Vollziehung gelangt“ seien.¹³⁴

Der fehlende protokollarische Beleg für jene Beratung am 1. Februar macht auf einen weiteren Aspekt der Quellenkritik aufmerksam, nämlich auf die Frage nach der **Vollständigkeit der Protokolle** sowie der Hauptreihe selbst. Im allgemeinen kann davon ausgegangen werden, daß die ganz überwiegende Zahl der Niederschriften alle behandelten Tagesordnungspunkte enthält. Es finden sich aber an einigen wenigen Stellen, ob in Voten, Immediatberichten, Vortragsverzeichnissen oder in den Protokollen selbst, Formulierungen oder Bemerkungen, die auf eine partiell unvollständige Protokollführung schließen lassen. Die Gründe dafür konnten verschiedene sein: Eine große Zeitspanne zwischen Sitzung und Protokollabfassung in turbulenten Arbeitsphasen, eine verweigerte Vollziehung des Protokolls wegen ernstlicher sachlicher Bedenken, eine routinemäßige bzw. unkomplizierte „Nachbesserung“¹³⁵ an eigenen Beschlüssen in einer späteren Sitzung oder eine nicht vorhersehbare Ergänzung¹³⁶ der Tagesordnung. All dies waren Abweichungen vom normalen Geschäftsgang, die zu Lücken in der Protokollreihe führen konnten. Auch die Tatsache, daß ein vollzogenes Teilprotokoll nicht in der Hauptreihe des Staatsministerial-Büros, sondern (aus welchen Gründen auch immer) in der Sachakte des betreffenden Fachministeriums abgeheftet worden ist, erklärt manche Lücke.¹³⁷ Nicht viel anders kann es sich auch mit Niederschriften von Beratungen im Beisein des Königs bzw. von Kronräten verhalten, die lediglich in Akten des Geheimen Zivilkabinetts, aber nicht in die des Staatsministeriums Eingang gefunden haben.¹³⁸ Weitere vereinzelte Funde sind demnach nicht auszuschließen, der hier vorliegende Band präsentiert aber doch in bislang nicht bekannter Vollständigkeit die Beratungsprotokolle für die acht Jahre bis vor Ausbruch der Märzrevolution.

Die Institution Staatsministerium verfügte im dargestellten Zeitraum nicht über einen (Unter-) Staatssekretär, sondern allein über **Vortragende Räte**.¹³⁹ Diese wurden den Protokollen zufolge in

¹³³ So beschlossen in der Sitzung am 19.11.1839, vgl. Bd. 36, Bl. 234–235.

¹³⁴ Bd. 46, Bl. 250 und 251.

¹³⁵ Vgl. z.B. den korrigierenden Beschluß zur Gemeinde-Ordnung der Rheinprovinz, der in der Sitzung am 30.7.1844 getroffen, aber im Protokoll vom 2.7.1844 lediglich am Rand ergänzt worden ist (vgl. Bd. 48, Bl. 123v–124) oder die am 1.12.1846 „in der heutigen Sitzung“ (lt. Schreiben Bodelschwings, vgl. Rep. 89, Nr. 29527, Bl. 61) beschlossenen Fassungsänderungen für die VO über die Arbeiter bei der Eisenbahn, die in dem dortigen Protokoll keinerlei Erwähnung gefunden haben. In solchen Fällen finden sich an inhaltlich geeigneter Stelle im Band, hier bei der ersten Beratung am 13.10.1846, ergänzende Anmerkungen über derartige Nachbesserungen.

¹³⁶ So vermerkt das Protokoll vom 16.10.1844 ausdrücklich, daß „für die Referenten [...] durch die Einschlebung außerordentlicher Vorträge zu Anfang der Sitzung“ Schwierigkeiten entstanden sind und deshalb beschlossen wurde, derartige „Vorträge künftig am Ende der Sitzung zu halten“, Bd. 48, Bl. 240v.

¹³⁷ So offenbar bei dem neu aufgefundenen Teilprotokoll vom 7.1.1845 (Duelle).

¹³⁸ Während die Kronrats-Protokolle vom 6. und 10.10.1842 und 20.12.1846 in Rep. 89 gefunden wurden, ist dies z.B. für eine immer wieder erwähnte Beratung mit dem König am 8.11.1842 bislang nicht gelungen. Hinweise darauf finden sich u.a. im Protokoll vom 15.11.1842 (Bd. 44, Bl. 291) und in Voten, vgl. dazu den Kronrat am 10.10.1842, Anm. 3 und in einer Vielzahl von Abhandlungen, die alle auf Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 5, S. 187–189, zurückgehen.

¹³⁹ Über den gesamten Zeitraum war das Schaumann, anfangs auch Stägemann (gest. 17.12.1840), Duncker (Mai 1842 ins Zivilkabinett gewechselt) und Bötticher (seit 1842 Oberpräsident der Provinz Preußen). Im Juni 1842 wurde Duesberg Vortragender Rat und nach dessen Berufung zum Finanzminister dann im November 1846 Costenoble.

den Beratungen selten aktiv und nahmen hauptsächlich bei Behandlung von Disziplinar- bzw. Pensionssachen teil. Offensichtlich waren die Vortragenden Räte vor allem dafür zuständig, den Geschäftsgang zu realisieren und die Teilprotokolle von den jeweiligen Referenten der Ministerien anzufordern. Sie selbst protokollierten im vorgestellten Zeitabschnitt kaum bei Gesetzberatungen, sondern eher noch bei den Personalfragen.

Seit Mitte der vierziger Jahre traten sie mehr in den Vordergrund. So nahm Duesberg während seiner Tätigkeit als Vortragender Rat deutlich häufiger an den Sitzungen teil als Schaumann und referierte hin und wieder auch zu Gesetzentwürfen. Er hatte auch die durchgängige Protokollführung in den gemeinsamen Sitzungen mit der ständischen Immediat-Kommission 1846/47. Mit Costenoble als Duesbergs Nachfolger setzte sich die Tendenz fort, daß Vortragende Räte des Staatsministeriums an den Sitzungen kontinuierlicher teilnahmen und jetzt auch häufiger als zuvor dort Vortrag hielten. Für Costenoble begann 1846 mit seiner Berufung zum Vortragenden Rat eine über zwanzig Jahre währende Tätigkeit im Staatsministerium.

4. Ergänzende Hinweise zur Einrichtung der Edition

Der Band erschließt über die Regesten und das Sachregister die Gegenstände der Staatsministerialberatungen sowie zumeist auch deren Ergebnisse und ermöglicht somit einen schnellen und systematischen Zugriff zu den Protokollen. Wie bei jeder Regesten-Edition, bei der eine Komprimierung der Diskussionsinhalte geboten ist, kann auch hier weder das Verknappen von Zusammenhängen und Beratungsabläufen umgangen werden. Die beigelegten Anmerkungen mit weiterführenden Quellenangaben über die Vor- wie Nachbereitung der Tagesordnungspunkte sowie die durch den Verlag Olms-Weidmann parallel erfolgte vollständige Verfilmung der Protokolle auf Mikrofiches sorgen hier für den Ausgleich, um bei weiterem spezielleren Informationsbedarf die intensive Hinwendung zum Detail zu erleichtern.

Nachfolgende Bemerkungen ergänzen die oben abgedruckten allgemeinen Editionsrichtlinien, die vor allem aus den Besonderheiten der vormärzlichen Quelle resultieren.

Die erläuterte **verstreute Überlieferung** für die Protokolle der gemeinsamen Sitzungen mit der Immediat-Kommission, die hier zum großen Teil erstmals vorgestellt werden können, zwang zum nachträglichen Zusammenführen der einzelnen Extrakte. Deshalb erscheinen vor allem in den Regesten, die Beratungen der Landtags-Abschiede erschließen, mehrere Fundorte im Regest-Kopf, die entsprechend der Sequenz der Tagesordnungspunkte ausgewiesen sind. Oft konnte der tatsächliche Ablauf der Sitzung mit Hilfe der auf den Extrakten erfolgten Aktenvermerke rekonstruiert werden. Aber es sei hier nochmals erwähnt, daß vor allem für diese gemeinsamen Sitzungen nicht immer zweifelsfrei die Abfolge der Beratungsgegenstände rekonstruiert und einige Beratungen von Landtags-Abschieden überhaupt nicht protokollarisch nachgewiesen werden konnten.

Alle 123 außerhalb der Protokoll-Hauptreihe aufgefundenen Beratungsniederschriften sind nachträglich auf 29 Mikrofiche-Supplements verfilmt worden; die entsprechende Nummer ist im Regest-Kopf vermerkt.

Die beschriebenen Eigentümlichkeiten der Protokollanfertigung im Vormärz bewirkten – verglichen mit den Protokollen der nachfolgenden Jahrzehnte – ein andersartiges äußeres Erscheinungsbild der Beratungsniederschriften, dem bei der Regestierung zu folgen war. Deshalb weisen die **Regest-Köpfe** dieses Bandes im Vergleich zur oben beschriebenen allgemeinen Editions-technik einige Abweichungen auf: Die Teilprotokolle werden samt der damals jahresweise intern vorgenommenen Numerierung ausgewiesen, um eventuelle Lücken der Überlieferung erkennbar werden zu lassen. Darüber hinaus steht die Anordnung der Teilprotokolle für die Abfolge der Tagesordnungspunkte in der Sitzung. Demgemäß sind bei der Regestierung zur Verdeutlichung des

Tagungsablaufes die einzelnen Beratungsabschnitte numeriert worden. Auch beim Nachweis über die Vollziehung durch die Minister mußte dem Prinzip der Teilprotokolle entsprochen werden, was sich in einer Auffächerung der einzelnen Unterschriftsleistungen zeigt. Auf den ansonsten in der Edition üblichen Nachweis, daß nicht anwesend gewesene Minister das Protokoll durch ihren „Gelesen“-Vermerk ebenfalls zur Kenntnis genommen haben, wurde hier aus zweierlei Gründen verzichtet: Zum einen ist mehrheitlich eine inhaltliche Relevanz dieser Unterschriftsleistungen nicht erkennbar; zum anderen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit und Entlastung des Anmerkungsapparates von dieser zusätzlichen Information abgesehen, sie kann durch den Interessenten jederzeit an der Quelle selbst erschlossen werden.

Unter der Rubrik der **Anwesenden** erscheinen in diesem Band neben den Staatsministern weiterhin der Präsident bzw. Vizepräsident des Staatsrats, die nach eigenem Ermessen berechtigt waren, an den Sitzungen des Staatsministeriums teilzunehmen.

Die separate Protokollierung machte eine Übertragung der jeweils in den Teilprotokollen hierarchisch vorgegebenen Nennung der **weiteren Teilnehmer** nicht möglich, bei mehrfacher Teilnahme an verschiedenen Tagesordnungspunkten einer Sitzung wären im Regest-Kopf Wiederholungen unvermeidbar gewesen. Deshalb sind in diesem Band die weiteren Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Die **Regestentexte** sind eine knappe Wiedergabe von Beratungsinhalt und -ergebnis. Die dazu dem Protokoll entnommenen und in recte gesetzten Einzelbegriffe oder Kernaussagen stehen im Regest nicht immer in der von der Quelle vorgegebenen Reihenfolge. Es sei auch darauf hingewiesen, daß im Regest verschiedene Interpunktionszeichen (Punkt, Semikolon, Doppelpunkt) zur Abtrennung von mehreren Quellenpassagen sowie zur Vermeidung von unzähligen Auslassungszeichen verwendet wurden.

Der **Quellennachweis zu neu aufgefundenen Protokollen** erfolgt in den **Registern** unter dem allgemeinen Begriff „Fundort“ und der jeweiligen Blattzahl. Mußte ein Protokoll aus mehreren Teilprotokollen zusammengesetzt werden, sind die Fundorte entsprechend dem Beratungsablauf mit römischen Ziffern numeriert und im Register beim Quellennachweis mit aufgeführt. Die Identifizierung der exakten Archivsignatur erschließt sich in jedem Falle über den Regest-Kopf.

Das **Sachregister** folgt bei den amtlichen Bezeichnungen der regionalen bzw. Verwaltungseinheiten dem Protokolltext und nicht der historisch-adäquaten Zuordnung. Somit sind auch politisch nicht mehr existente Territorien aufgeführt, deren Gesetzgebung aber nach 1815 in den neuen Strukturen teilweise noch lange in Kraft war.

Die in Klammern aufgeführten Daten beziehen sich auf erlassene Gesetze, Verordnungen, Kabinettsordres, Zirkulare oder ähnliche Schriftstücke.

Infolge der vielen Anträge und Petitionen der einzelnen Provinzialstände wurden zur besseren Übersichtlichkeit die Provinzen mit je zwei Stichworten bedacht: Eines beinhaltet die „normalen“ laufenden Gesetzesdiskussionen und Verwaltungsvorgänge; das zweite weist die ständischen Anträge, Vorschläge, Gutachten bzw. Petitionen aus, die alle unter dem Begriff „ständischer Antrag“ subsumiert wurden.

Allen mit der Wissenschaftslandschaft Vertrauten muß nicht erklärt werden, daß vorliegender Band ohne Förderung und Begleitung anderer nicht zu realisieren gewesen wäre. So hat das Editionsprojekt insgesamt und zuallererst der wohlwollenden Betreuung durch Projektleitung, akademischer Kommission und Akademie-Verwaltung zu danken. Weiterhin ist es der Bearbeiterin ein Bedürfnis, denjenigen Mitarbeitern des Geheimen Staatsarchivs Berlin-Dahlem Dank zu sagen, die mit ganz eigenem Engagement die jahrelangen Recherchen hilfreich und nicht selten über das

normale Maß an Arbeitsaufwand hinaus unterstützten. Dieser Dank sei ebenso gegenüber dem EDV-Beauftragten der BBAW, Herrn Giorgio Giacomazzi, ausgesprochen, der das Editionsprojekt als computergestützte Edition innovativ begleitet. Ganz besondere Dankbarkeit ist meinen Kolleginnen und Kollegen C. Rathgeber, R. Paetau, E. Schaffranke, G. Schulze, H. Spenkuch und R. Zilch vorbehalten: Ihre sachkundigen Kritiken und Hinweise waren mir während der Erarbeitung des Bandes wertvolle Hilfe, um Unkorrektheiten oder gar Fehler in der manchmal erdrückenden Menge von Sachverhalten, Daten und Aktensignaturen zu vermeiden.

Und nicht zuletzt sei es mir gestattet, ein persönliches Dankeswort an Karoline, Sebastian und Eberhard zu richten, die dafür sorgten, daß längst verstaubte Akten und Bücher aus dem Vormärz nicht vollends von mir Besitz ergriffen, und die mich mit liebevollem Nachdruck immer wieder in unsere Tage zurückholten.

Abkürzungsverzeichnis

a.D.	= außer Dienst
Abg.	= Abgeordneter
Abschr.	= Abschrift
Abt.	= Abteilung
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AG	= Aktiengesellschaft
AGO	= Allgemeine Gerichts-Ordnung
AK	= Armeekorps
ALR	= Allgemeines Landrecht
Altlib./ altlib.	= Altliberale/ altliberal
AMinr.	= Außenminister
Amtm.	= Amtmann
AmtsR	= Amtsrat
ao.	= außerordentlich
AppGer.	= Appellationsgericht
AppGerHof	= Appellationsgerichtshof
Ass.	= Assessor
[B]	= Beschluß
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerisch(er)
Bd./Bde.	= Band/ Bände
Begr.	= Begründer
BergAss.	= Bergassessor
BergHptm.	= Berghauptmann
BergR	= Bergrat
Bevollm.	= Bevollmächtigter
Bgm.	= Bürgermeister
bkF	= bei keiner Fraktion
BPH	= Brandenburg-Preußisches Hausarchiv
BundesR	= Bundesrat
Dept.	= Departement
ders.	= derselbe
DFP	= Deutsche Fortschrittspartei
Dir.	= Direktor
Div.	= Division
dt.	= deutsch(er)
Dtld.	= Deutschland
ev.	= evangelisch
Exz.	= Exzellenz
f./ ff.	= folgende (Seite/Seiten bzw. Blatt/Blätter)
FinMinm.	= Finanzministerium
FinMinr.	= Finanzminister

ForstR	= Forstrat
Frh.	= Freiherr
frz.	= französisch
Fst.	= Fürst
Fstm.	= Fürstentum
Geh.	= Geheimer
GehFinR	= Geheimer Finanzrat
GehOFinR	= Geheimer Oberfinanzrat
GehOJusR	= Geheimer Oberjustizrat
GehR	= Geheimer Rat
gen.	= genannt
Gen.	= General
Gen.d.Inf.	= General der Infanterie
Gen.d.Kav.	= General der Kavallerie
GenDir.	= Generaldirektor
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenSekr.	= Generalsekretär
GenStab	= Generalstab
Ger.	= Gericht
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Ges.	= Gesellschaft
Gf.	= Graf
Gfscht.	= Grafschaft
Ghzg.	= Großherzog
Ghzgtm.	= Großherzogtum
Gouv.	= Gouverneur
GS	= Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
hannov.	= hannoveranisch
HausMinm.	= Ministerium des Königlichen Hauses und der Königlichen Domänen
HausO	= Hausorden
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
hl.	= heilig(er)
HofR	= Hofrat
Hptm.	= Hauptmann
Hrsg./ hrsg.	= Herausgeber/ herausgegeben
Hs./ hs.	= Handschrift/ handschriftlich
Hzg.	= Herzog
Hzgtm.	= Herzogtum
i.e.R.	= in den einstweiligen Ruhestand (versetzt)
i.R.	= im Ruhestand
Inf.	= Infanterie
Inf.-Rgt.	= Infanterieregiment
interim.	= interimistisch

Jg./ Jgg.	= Jahrgang/ Jahrgänge
JMinbl.	= Justizministerialblatt
JMinm.	= Justizministerium
JMinr.	= Justizminister
JusKom.	= Justizkommissar
JusR	= Justizrat
Kab.	= Kabinett
KabR	= Kabinettsrat
KabMinr.	= Kabinettsminister
kais.	= kaiserlich
kath.	= katholisch
Kav.	= Kavallerie
Kdr.	= Kommandeur
Kfstm.	= Kurfürstentum
KG	= Kammergericht
KGAss.	= Kammergerichtsassessor
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kgr.	= Königreich
KO	= Kabinettsorder
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommand.	= kommandierender
kommissar.	= kommissarisch
kons.	= konservative
KonsR	= Konsistorialrat
konst.	= konstitutionell
KrR	= Kriegsrat
KrMinm.	= Kriegsministerium
KrMinr.	= Kriegsminister
Krs.	= Kreis
KrsGer.	= Kreisgericht
KrsGerR	= Kreisgerichtsrat
KuMinm.	= Kultusministerium
KuMinr.	= Kultusminister
LandMinm.	= Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandMinr.	= Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGR	= Landgerichtsrat
LibRP	= Liberale Reichspartei
LT	= Landtag
Ltg.	= Leitung
Ltn.	= Leutnant
MAA	= Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern
MdR	= Mitglied des Reichstags

MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MF	= Mikrofiche
MinBl.	= Ministerialblatt
MinDir.	= Ministerialdirektor
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
Minr.	= Minister
Minr.dI	= Minister des Innern
Minr. Kgl. Haus	= Minister des Königlichen Hauses
Mitarb.	= Mitarbeiter
Mitgl.	= Mitglied
n.f.	= nicht foliiert
NatVers.	= Nationalversammlung
NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
OAmtm.	= Oberamtmann
OB	= Oberbürgermeister
OBergA	= Oberbergamt
OBergR	= Oberbergat
Oberstltn.	= Oberstleutnant
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPostR	= Oberpostrat
OPräs.	= Oberpräsident
ORechR	= Oberrechnungsrat
ORegR	= Oberregierungsrat
ORevisionsR	= Oberrevisionsrat
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
pens.	= pensioniert
PolDir.	= Polizeidirektor
poln.	= polnisch(er)
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolR	= Polizeirat
PostR	= Postrat
Präs.	= Präsident
Prot.	= Protokoll
Prov./ prov.	= Provinz/ provinzial
provis.	= provisorisch
ProvLT	= Provinziallandtag
ProvSteuerverw.	= Provinzialsteuerverwaltung
RechR	= Rechnungsrat
Ref.	= Referendar
Reg./ reg.	= Regierung/ regierender
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat

RegRef.	= Regierungsreferendar
RegSekr.	= Regierungssekretär
Reinschr.	= Reinschrift
rhein.	= rheinisch(er)
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RJA	= Reichsjustizamt
RKrMinr.	= Reichskriegsminister
RT	= Reichstag
SchMinm.	= Schatzministerium
Sekr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Stadtger.	= Stadtgericht
StadtGerR	= Stadtgerichtsrat
StadtR	= Stadtrat
StAnw.	= Staatsanwalt
Stellv./ stellv.	= Stellvertreter/ stellvertretender
StMinm.	= Staatsministerium
StMinr.	= Staatsminister
StR	= Staatsrat
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement
TOP	= Tagesordnungspunkt
Univ.	= Universität
UnivBibl.	= Universitätsbibliothek
UStS	= Unterstaatssekretär
Verw.	= Verwaltung
Vizepräs.	= Vizepräsident
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogene
Vors.	= Vorsitzender
VotrR	= Vortragender Rat
Winkl.	= Wirklicher
Winkl.GehLegR	= Wirklicher Geheimer Legationsrat
Wiss./ wiss.	= Wissenschaft/ wissenschaftlich
Zivilgouv.	= Zivilgouverneur
Zivilkab.	= Zivilkabinett
Zivilkom.	= Zivilkommissar

Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 38, Bl. 66–68 [Teilprot. 16a–c]; MF 221.

Anwesend [U]: Kamptz [V], Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther, Rauch. — Prot.: [?].

1. Tod Friedrich Wilhelms III. Veröffentlichung der heute ergangenen Allerhöchsten Ordre¹ Sr. Majestät zur Landestruer. [B] — 2. Disziplinarsache; vertagt. [B] — 3. Gehaltssache. [B]

¹ GS, S. 121.

Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums im Schloß Charlottenburg am 12. Juni 1840.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1962, Bl. 6 [Prot. 16d]; MF-Suppl. 1.

Anwesend¹: Friedrich Wilhelm IV., W. L. v. Sayn-Wittgenstein [U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Werther [U], Rauch [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Stägemann [U].

Ableistung des Amtseides² der Minister auf Friedrich Wilhelm IV.

¹ Lottum war verhindert, hat aber das Protokoll und die Eidesformel unterschrieben.

² Die Eidesformel mit den Unterschriften aller, außer von Hausminister Sayn-Wittgenstein, in: Rep. 90, Nr. 1962, Bl. 7. Vgl. auch Rep. 80, I Gen. Nr. 24, Bl. 18–20.

Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 69–70 [Prot. 16d]; MF 221. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1964, n.f.; Rep. 77, Tit. 98 Nr. 33 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend [U]: Mühler [V], G. v. Rochow, Nagler, Rother. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Ladenberg [für den KuMinr.¹ U].

Modalitäten der Eidesleistung der Staatsdiener gemäß der Kabinettsorder² vom 9. Juni. [B]

¹ Der Posten des Kultusministers war seit dem Tod Altensteins im Mai 1840 und bis zur Amtseinführung Eichhorns im Oktober 1840 vakant, vgl. auch Einleitung, S. 17.

² Rep. 90, Nr. 1964, n.f. Dort auch weitere Materialien. Die Eidesleistungen in Ministerien, Landschafts-Direktorien usw. mit den jeweiligen Namenslisten, in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 33 Bd. 1 und Rep. 89, Nr. 354.

Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 38, Bl. 71–99v [Teilprot. 17a–e]; MF 221/222. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Kamptz [V, 1–4 U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [zu 1–4; U], Ph. Ladenberg [U], Rother [zu 1–4], Alvensleben [zu 2–5; U], Werther [zu 3; U], Rauch [zu 3 und 5; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Hesse [zu 1 und 3; 1 U], v. Könen [zu 5], A. W. Schulze [zu 4; U], Sotzmann [zu 2], Stägemann [zu 5], Tellemann [zu 1; U].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Pensionssache mit Grundsatzentscheidung,** bei der Pensionierung alter Rheinzollbeamter bei dem Jahre 1815 stehen zu bleiben. [B] — **3. Schul-Unterhaltungskosten.** *Nochmalige Beratung¹ des von der Regierung Münster erhobenen Kompetenzkonfliktes wegen Aufbringung der Kosten eines Schulhaus-Baues im ehemaligen Lippe-Departement; nach der fremdherrlichen Kommunal-Verfassung als Munizipalbedürfnis oder als Kommunallast nicht rechters.* Erhebung der Schul-Unterhaltungskosten gemäß ALR und der baldigen neuen Landgemeinde-Ordnung für Westfalen² als Sozietätslast. *Eine legislative Entscheidung ist nicht erforderlich.* [B]³ — **4. Ablösungen.** Entwurf⁴ einer Verordnung wegen Erleichterung freiwilliger Ablösungen von den auf dem Grundbesitz als Reallasten haftenden technischen Leistungen. *Angleichung einzelner Bestimmungen zur Ablösbarkeit zwischen dem Geltungsbereich der Ablösungs-Ordnung⁵ vom 7. Juni 1821 mit denjenigen Landesteilen, für welche die Ablösungs-Ordnung vom 13. Juli 1829 Gesetzeskraft hat. Alle vor Einführung der fremden Gesetze entstandenen Real-Lasten sind Gegenstand des Ablösungs-Verfahrens. Ermächtigung der Auseinandersetzungs-Behörden zur Herbeiführung eines Vergleichs.* [B] — **5. Dienstgelder.** *Votum⁶ Ladenbergs wegen einer Deklaration zur Rechtspraxis über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse in den vormals Westfälischen, Bergischen und Französischen Landesteilen nach den drei Gesetzen⁷ vom 21. April 1825. Grundsatzdiskussion zu Regelungen bei unabänderlicher Verwandlung der Dienste in eine Geldabgabe am Beispiel der Dörfer des vormaligen Domkapitels zu Magdeburg.*⁸ [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 29.8.1837. Referate, Voten und Berichte an den König aus den Jahren 1837/38, vor allem das Votum Rochows zur Frage über die fortdauernde Gültigkeit des Gesetzes der französischen Republik vom 11ten frimaire VII. in den vormals fremdherrlichen jetzt preußischen Landesteilen, v. 12.10.1839, in: Rep. 84a (M), Nr. 7351, Bl. 130–139 und 154–207v. Kamptz' Votum v. 17.2.1841 in: Rep. 84, II 2 K Nr. 3, Bl. 32–34v; ebd. weiteres Material.*

² *Vom 31.10.1841, GS, S. 297.*

³ *Als Reskript des Kultusministeriums an die Regierungen in Münster, Minden, Arnsberg und Düsseldorf v. 13.8.1840, gedr. in: Avenarius, E., Sammlung derjenigen Allerhöchsten Kabinetts-Ordres, die nicht in die Gesetz-Sammlung aufgenommen wurden, und der Reskripte der Ministerien, welche die innere Verwaltung des Preußischen Staats betreffen. Aus den Jahren 1817 bis 1844, Bd. 1, Leipzig 1845, S. 441 f.*

⁴ *Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 28 Bd. 1, Bl. 105–107, dort u.a. auch zahlreiche Voten. Der überarbeitete Entwurf in: Rep. 80, I Inneres Nr. 73, Bl. 6–7v; ebd., Bl. 2–5v der Bericht an den Staatsrat v. 16.7.1840. Dort auch die weitere Bearbeitung des Entwurfs durch einzelne Staatsminister und den Staatsrat sowie in: Ebd., Nr. 73a.*

⁵ *GS, S. 77, hingegen die Ablösungs-Ordnungen von 1829 die Landesteile des vormaligen Königreichs Westphalen, Großherzogtums Berg bzw. der französischen Departements betrafen, GS, Nr. 938–940, S. 65.*

⁶ *Vom 15.12.1839 in: Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 16 Bd. 1, Bl. 152–163v. Dort auch Voten vom Januar bis Mai 1840, Bl. 164–185v sowie 196–217v der Immediatbericht v. 24.8.1840.*

⁷ *GS, S. 74, 94 und 112.*

⁸ *Zum Kompetenzkonflikt in der Klage der Bauern von Dahlenwarsleben (Krs. Wolmirstedt) gegen den Domänenfiskus mehrere Voten vom Frühjahr 1840, in: Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 21–37 sowie Rep. 89, Nr. 17840, n.f.*

Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 100–114v [Teilprot. 18a–e]; MF 222. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.; Teildruck [TOP 3]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Werner Schubert und Jürgen Regge, Gesetzrevision (1825–1848), II. Abt., Bd. 11, Vaduz 1991, S. 1116–1120.

Anwesend: Kamptz [V, 1–3 U], Mühler [U], G. v. Rochow, Nagler [beide 1–3, 5 U], Ph. Ladenberg [U], Rother [zu 2–5], Alvensleben [zu 2–5; U], Werther [zu 2, 4–5; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Beurmann [zu 4–5], v. Duesberg [zu 3], Göschel [zu 1], A. Ladenberg [für den KuMinr.; 1, 3–5 U], G. v. Möller [zu 2], Paalzow [zu 1–2], Stägemann [zu 3–5].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Beamte.** Entwürfe¹ zu einer Verordnung über das gerichtliche und das Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte sowie Kabinettsordre zur Pensionierung der Zivilbeamten, letzterer Entwurf vertagt. Präzisierungen hinsichtlich der Abgrenzung zwischen gerichtlichen und Disziplinarverfahren; der Anwendung von Verjährungsklauseln; der Zuständigkeit der Dorfschulzen, vertagt; der Arreststrafe; zu Verlust von Titel und Rang; zur Bestimmung wegen Gewährung einer Unterstützung bei Entlassung sowie zur Unterscheidung von Entfernung aus dem Amte und Entfernung aus dem Dienste sowie zur Geldbuße. [B] — **4. Regulativ** zum Verfahren bei Chausseepolizei- und Chaussee-Geld-Kontraventionen; vertagt. — **5. Brakwesen** in den preußischen Seestädten. *Spezialdiskussion für den zu erarbeitenden Immediatbericht*².

¹ *Beide Entwürfe in: Rep. 90, Nr. 643, n.f.; dort auch zur Ausarbeitung, Beratung und Berichterstattung des Staatsministeriums seit 1835. Vgl. Sitzungen am 3.4. und 30.10.1838 sowie am 1., 8. und 15.10.1839. Vgl. generell Hartung, Fritz, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961, S. 223–275, bes. S. 242 f.; Rejewski, Harro-Jürgen, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973, S. 20 f. sowie allgemein auch zur Beratung im Staatsministerium und Staatsrat: Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, 3. Aufl., München 1989, S. 411–414. Die Entwürfe gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1121–1131.*

² *Vorausgegangene Voten Alvenslebens und Mühlers vom Januar/Februar 1840 sowie die auf dem Immediatbericht v. 20.8.1840 erfolgte KO, in: Rep. 84a (M), Nr. 6934, Bl. 90–107 und 118–120v.*

Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 115–125v [Prot. 19]; MF 222/223. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 643, n.f.; Rep. 89, Nr. 3675, n.f.; Druck: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1132–1139.

Anwesend [U]¹: Kamptz [V], Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther, Rauch. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, A. Ladenberg [U].

Beamte. Fortgesetzte Beratung über den Entwurf zu einer Verordnung über das Strafverfahren gegen Beamte, nämlich zur unfreiwilligen Entlassung der Dorfschulzen durch die Regierungen und nicht durch den Gutsherren; zur Befugnis für Provinzial-Behörden, gegen die Mitglieder dieser

¹ *Rothers Unterschrift auf dem Deckblatt des Protokolls.*

Behörden Ordnungsstrafen zu verfügen sowie zur Befugnis für den Verwaltungs-Chef [...], den Beschluß der Provinzial-Behörde zu mildern. *Stimmengleichheit zur Entfernung eines Richters aus dem Amte durch richterlichen Spruch oder durch Entscheidung der obersten Gerichtshöfe.* [B]

Nr. 7 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 126–133 [Prot. 20a]; MF 223. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 643, n.f.; Druck: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 1, Vaduz 1981, S. 1140–1145.

Anwesend [U]: Lottum, Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther, Rauch. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, A. Ladenberg [für den KuMinr. U].

1. Beamte. *Abschließende Beratung über den Entwurf zu einer Verordnung über das gerichtliche und das Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte. Bestimmungen über Auditeure sowie über Militär-Beamte; Zahlungen während des laufenden Verfahrens; Entlassungs- und Versetzungsverfahren auch für die Rheinischen Bürgermeister und Schöffen; Behandlung von Referendarien und Auskultatoren sowie von unmündigen Beamten.*¹ [B] — **2.** Beamte. *Vertagter Entwurf*² zu einer [...] Kabinettsorder zur Pensionierung der Zivilbeamten. Entlassung eines Beamten mit der vollen regulativmäßigen Pension ist keine Strafe, sondern ein Verwaltungsakt. Unzulässigkeit einer Pensionierung in Folge veränderter Einrichtungen der Behörden ist nur ein Verwaltungs-Grundsatz, aber kein Rechtssatz. Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienst bei Pensionierung. [B]

¹ *Der Immediatbericht v. 22.8.1840 als Teil der gedr. KO an den Staatsrat v. 23.2.1841 in: Rep. 90, Nr. 644, n.f. und gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1063–1070, Entwurf und Alternativentwurf ebd., S. 1071–1090. Der Entwurf zum Disziplinargesetz mit Material bis 1844 auch in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 190 Bd. 1, Bl. 63–158 sowie in: Rep. 80, I Justiz Nr. 175, Bl. 80–93; dort wie auch in: Rep. 90, Nr. 642, n.f. Schriftstücke bis 1846.*

² *Rep. 90, Nr. 643, n.f.*

Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1840.

Vollz. Reinschriften¹, Bd. 38, Bl. 134–148v [Teilprot. 21a–b] und Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 30, Bl. 32–35v; MF 223 und MF-Suppl. 1.

Anwesend [U]: Mühler [V], G. v. Rochow [zu 3], Rother [zu 2], Ph. Ladenberg, Werther [zu 1 und 3]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bode [zu 1], Jähnigen, Stägemann [beide zu 2].

1. Fideikommiß. *Infolge der KO² vom 25.1.1840 erneute Erörterung der Stiftung eines Majorats aus der Standesherrschaft Muskau: Die Errichtung eines Familien-Fideikommiß aus der Standes-*

¹ *Bl. 138 und 139 mit Textverlusten.*

² *Die KO, mehrere Voten, der gutachterliche Bericht an den König v. 31.7. sowie weitere KO v. 3.8./5.10.1840 in: Rep. 84a (M), Nr. 5807, Bl. 52–85. Vgl. dazu auch Arnim, Hermann Graf v. /Boelcke, Willi A., Muskau. Standesherrschaft zwischen Spree und Neiße, 2. Aufl., Frankfurt/M. /Berlin /Wien 1978, S. 204 f. und 217.*

herrschaft Muskau³ durch Fürst von Pückler-Muskau ist nicht zwingend. [B] — 2. Beamte. Kontroverse zwischen Mühler und Ladenberg⁴ zum Aggravationsrechtsmittel in Untersuchungssachen gegen Rheinische Förster, die Dienstvergehen [...] in ihrer Eigenschaft als gerichtliche Polizeibeamte verübt haben. Oberaufsicht und Disziplinargewalt über die Beamten der gerichtlichen Polizei, welche zugleich Administrativ-Beamte sind, erfolgen nach der französischen und der neueren Gesetzgebung. Stellung des Departement-Chefs in Kriminaluntersuchungen nach der KO⁵ vom 25.3.1834. Übergang der Disziplinargewalt [...] auf die Administration über jene Beamte, die seit der KO vom 2.8.1834 als Justizbeamte zu betrachten sind. Wunsch der Forstverwaltung nach Konzentrierung der Aufsicht und Disziplinargewalt über die Förster in der Verwaltung. — 3. Kompetenzkonflikt zwischen Rochow und Mühler in der Prozeßsache des Fischers Schulz gegen den Landrat Liedin. Das Staatsministerium schließt sich den zustimmenden Gründen Mühlers zur Zulässigkeit des Rechtsweges an und stellt dem König die Entscheidung bei Entwicklung der gegenseitigen Gründe anheim.⁶ [B]

³ Die nach der Standeserhöhung von 1822 im Jahre 1823 bereits erfolgten Voten und Beschlüsse des Staatsministeriums sowie dessen Korrespondenz mit Pückler-Muskau, in: Rep. 90, Tit. VII Nr. 2, n.f.

⁴ Die seit Dezember 1838 zwischen Mühler und Ladenberg geführte Korrespondenz sowie Voten vom Frühjahr 1840, in: Rep. 90, Tit. IX Gen. Nr. 25, Bl. 1–33v. Mühler erhob Einspruch gegen den Immediatbericht, weil auf der Sitzung zu wenig Minister anwesend waren und es somit kein gemeinschaftlicher Immediatbericht sein könnte. Dem widersprachen Rochow und Ladenberg in einem gemeinsamen Votum v. 20.11.1840, vgl. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1, Bl. 238–242v.

⁵ KO wg. des Aggravations-Rechtsmittels bei allen gegen Zivilbeamte eingeleiteten Kriminal-Untersuchungen, GS, S. 63. Die daraus erwachsende und bis 1842 andauernde Korrespondenz sowie Voten in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 201 Bd. 1, n.f. Zur KO v. 2.8.1834 betr. die Strafgesetze und das Untersuchungsverfahren gegen Beamte in der Rheinprovinz und deren Modifikationen im Jahre 1839, vgl. Rep. 84a (M), Nr. 3057.

⁶ Voten vom Frühjahr 1840 sowie der Entwurf des Immediatberichtes vom September 1840, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 30, Bl. 1–41v. Ein weiteres Votum Mühlers v. 24.2.1841 in: Rep. 84a (D), Nr. 4384, Bl. 154–155v.

Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums am 18. August 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 149–159¹ [Teilprot. 22a–g]; MF 223. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend [U]: Mühler [V], Nagler, Werther [zu 7], Alvensleben. — Prot.: [a–c, e–g] [?]; [d] [Voswinckel].

Weitere Teilnehmer: Hesse [zu 1–6; 2 U], Keller, A. Ladenberg [beide zu 7; U], Löwenberg [zu 1 und 3], Stagemann, Tellemann [zu 2, 5–6; 2 U], Voswinckel [zu 4].

1.–6. Zwei Gehaltssachen, drei Disziplinarsachen und eine Pensionssache. [B] — 7. Katholische Kirche. Vorläufige Beibehaltung der unter der Fremdherrschaft erfolgten Umpfarrung der katholischen Gemeinde zu Avenwedde [...] aus dem Pfarrverbande mit Gütersloh, da Regierungshandlungen eines Usurpators bei verfassungsmäßiger Ausübung volle rechtsverbindliche Kraft haben. Entschädigung von 800 Talern für den verbleibenden Pfarrsprengel.² [B]

¹ Nicht korrekt paginiert, denn Bl. 155 fehlt, die Blattzahlen 156–159 erscheinen zweimal hintereinander, also auch beim Protokoll zum 22.8.1840.

² Die Akte Rep. 76, IV Sekt. 10 Abt. VII Nr. 22 zur Trennung der Bauernschaft Avenwedde von dem Pfarrsprengel zu Gütersloh und Vereinigung derselben mit der Pfarre in Friedrichsdorf ist nicht überliefert.

Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums am 22. August 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 38, Bl. 156–162v¹ [Prot. 23a]; MF 223. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; Rep. 89, Nr. 3675, n.f.; Rep. 89, Nr. 18669, n.f.

Anwesend: Mühler [V, U], G. v. Rochow, Nagler [U], Ph. Ladenberg, Alvensleben, Werther [U], Rauch [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bode, Eichmann, Fleck, Hesse, A. Ladenberg [für den KuMinr. U], Stägemann.

Entwurf² einer im Zusammenhang mit dem Thronwechsel stehenden Amnestie-Ordre zur Begnadigung der sogenannten politischen sowie gewisser leichterer gemeiner Verbrechen und auch Strafmilderung für andere schwerere Vergehen. Die Begnadigung politischer Verbrechen ist bereits in der Allerhöchsten Ordre³ vom 10.8.1840 erfolgt. Die Begnadigung in leichteren Fällen richtet sich nicht nach dem Strafmaß, sondern nach der Vergehens- bzw. Verbrechenart. Auswahl der Gesetz-Übertretungen, die unter die Amnestie fallen. Die Begnadigung oder Strafmilderung bei schweren Verbrechen ist von einer vorgängigen Immediatberichtserstattung abhängig. Bekanntmachung der Ordre durch Extrablätter. [B]

¹ Die Blattzahlen 156–159 wurden zweimal paginiert, also auch für das Protokoll zum 18.8.1840 verwendet.

² Rep. 90, Nr. 1972, n.f. Dort ferner die Voten und der Immediatbericht, auch in: Rep. 89, Nr. 18669, n.f.

³ MinBl. innere Verw., 1840, S. 337.

Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 39, Bl. 1–3v [Prot. 24a]; MF 224. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; Rep. 89, Nr. 18669, n.f.

Anwesend [U]: Kamptz¹ [V], Nagler, Ph. Ladenberg, Werther. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Cosel [für Rauch U], Kuhlmeier [für Alvensleben U], A. Ladenberg [für KuMinr. U], v. Meding [für G. v. Rochow U], Ruppenthal [für Mühler U], Stägemann.

Ausführung der beiden Kabinettsorder² vom 10.9.1840 zur Amnestie wegen Begnadigung der Verurteilten verschiedener Kategorien: Bei Militär-Sträflingen ist der Kriegsminister zuständig. Die Regierungen werden zur schleunigen Publikation beider Orders durch die Amtsblätter, event. durch ein Extrablatt, beauftragt. Anweisung durch das Justizministerium und die betreffen-

¹ Kamptz äußerte sich in einem Promemoria v. 16.9.1840 darüber, ob die Ausfertigung von Patenten als Wirkliche Geheime Räte vom Staatsministerium oder vom jeweiligen Ressortministerium auszustellen ist, und bezog sich auf die Sitzung des Staatsministeriums vom Vortage – also auf diese hier –, wo diese Frage zur Sprache gekommen und dazu beschlossen worden war, daß in den vorliegenden Fällen nach den bisherigen Grundsätzen verfahren werden soll, und demnach durch das Staatsministerium zu erfolgen habe, vgl. Rep. 90, Nr. 1985, n.f. Das Protokoll enthält dazu keinerlei Bemerkungen.

² MinBl. innere Verw., 1840, S. 337–339. Ein Entwurf zur KO v. 10.9. sowie ein ausführlicher Immediatbericht von Mühler, G. v. Rochow, Ladenberg und Alvensleben über notwendige Präzisierungen v. 9.10.1840 und weiterer Schriftwechsel bis Dezember 1841, in: Rep. 89, Nr. 18669, n.f. Die diesbezügliche KO v. 24.10.1840, die einige Bestimmungen v. 10.9. präziser deutete, in: MinBl. innere Verw., 1840, S. 339 f.; ebd. eine darauffolgende Zirkular-Verfügung Ladenbergs v. 4.11., S. 426. Die Ausführung durch einzelne Minister in: Rep. 77, Tit. 349a Nr. 192 Bd. 1, n.f.

den Verwaltungs-Chefs *an deren* Unterbehörden zur sofortigen Vollstreckung *der Orders*. Verfügung wegen Niederschlagung der noch schwebenden, oder noch einzuleitenden Untersuchungen. Begnadigung von Zollvergehen *durch das betreffende Ministerium*.³ [B]

³ Entsprechende Zirkular-Verfügungen Alvenslebens an die Provinzial-Steuer-Direktoren und Regierungen v. 19.9., 2., 13. und 27.10.1840, in: *MinBl. innere Verw., 1840, S. 412 f.*

Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 4–13 [Teilprot. 25a–f]; MF 224. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1, 3–5], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–5; U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [zu 1–3; 2 U], Alvensleben [zu 3–4; 1–2 U], Werther [zu 1–2, 4–6; U], Schön. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Blomberg [zu 3; U], O. Camphausen [zu 1 und 5], Hesse [zu 4], Jähnigen [zu 4–5], A. Ladenberg [zu 1–2; für KuMinr. U], Löwenberg [zu 1], Tellemann, v. Wolff [beide zu 6; U].

1. Pensionssache. [B] — **2. Amtseinführung** des Wirkl. Geheimen Staatsministers von Schön in das Königl. Staatsministerium.¹ — **3. Gerichte.** Entwurf² einer Verordnung wegen Abhaltung der Dreidinge im Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz. *Rolle der Geistlichen in den Gemeinden.* Befugnisse des Dreidings in Beziehung auf die Kontrolle der Pflichterfüllung der Vormünder. [B] *Einführung der zu erlassenden Verordnung nur dort, wo das Dreiding abgeschafft worden war.* Diejenigen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs *zum Wirkungskreis des Dreidings sowie zur Zeit der Abhaltung desselben sind auch dort einzuführen, wo das Dreiding noch in Wirksamkeit besteht.* — **4.–6. Drei Disziplinarsachen.** [B]

¹ Schön wurde als einziger Oberpräsident zum Staatsminister (Sitz und Stimme) ernannt, vgl. *KO v. 10.9.1840, GS, S. 234.* Zum weiteren Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Schön vgl. *Einleitung, S. 15 f. mit Anm. 72.*

² *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 81, Bl. 82–126.* Vgl. auch *Sitzung am 4.2.1834 und Rep. 84a (M), Nr. 601, n.f.* Ein Dreiding war ein besonders in Schlesien gebräuchliches Dorfgericht, wo geringere Sachen verhandelt wurden.

Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 39, Bl. 14–15 [Prot. 26a]; MF 224. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Lottum [U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Werther [U], Rauch [U], Schön. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Ladenberg, v. Lamprecht.

Giro-Papiere. *Notwendigkeit einer nach § 1 der Verordnung¹ vom 17.6.1833 besonderen landesherrlichen Genehmigung für Giro-Quittungen der Königlichen Haupt-Bank Berlin. Eine Feststellung der Befugnis der Bank zur Anwendung von Giroquittungen, mittelst welcher die Giro-Folien-Inhaber über ihr Guthaben im Giro verfügen, soll durch den König² erfolgen.* [B] *Die Aufhebung der Stempelpflichtigkeit der fraglichen Papiere ist der Revision des Stempelgesetzes vorzubehalten.* [B]

¹ *Zur Ausstellung von Papieren, welche eine Zahlungsverpflichtung an jeden Inhaber enthalten, GS, S. 75. Vgl. dazu auch Sitzung am 30.4.1833 und Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 1.*

² *Vgl. KO wg. der im Giro-Verkehr der Bank auf jeden Inhaber ausgestellten Anweisungen v. 31.12.1840, die auch die Stempelfreiheit bereits verfügte, GS, 1841, S. 29.*

Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 16–27v [Teilprot. 27a–f]; MF 224. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [1–2 U], Kamptz [U], Mühler, G. v. Rochow [beide zu 3–6; 1–6 U], Ph. Ladenberg [U], Nagler [U], Rother [zu 1–3; 1–2 U], Alvensleben [zu 3–6; 1–6 U], Werther [zu 1–4; U], Thile, Eichhorn [beide zu 1–6; 2–6 U]. — Prot.: [a–c, e–f] [?]; [d] [Voswinckel].

Weitere Teilnehmer: Kisker [zu 5–6], Löwenberg [zu 3], Paalzow [zu 4], v. Raumer [zu 3], Ruppenthal [zu 5], Stägemann [zu 3, 5–6], Voswinckel [zu 4; U].

1.–2. *Amtseinführungen von Eichhorn als Kultusminister und von Thile als Kabinettsminister in das Königl. Staatsministerium.¹ — 3.–4.* *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **5.** *Strafrecht. Neue Instruktion² über die Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse, gegen welche Gesuche um Begnadigung oder um Aussetzung, Teilung oder Umwandlung der Strafe angebracht werden. Das Begnadigungsrecht bei gerichtlich erkannten Strafen für Departements-Chefs ist aufgehoben. Frist für das Begnadigungsgesuch und dessen Zurückweisung. Bekanntmachung durch die Gesetz-Sammlung³.* [B] — **6.** *Provinzialrechte in Schlesien. Entwurf⁴ einer Verordnung wegen Aufhebung der im Jurisdiktionsbezirk des Land- und Stadtgerichts Brieg geltenden besonderen Rechte wie die über Erbfolge und eheliche Güterverhältnisse geltenden Statuarrechte und Observanzen. Die Aufhebung ist nicht an die Revision der Provinzialrechte Schlesiens zu überweisen und soll am 1. Juli 1842⁵ in Kraft treten.* [B]

¹ *Die Amtseinführung Eichhorns als Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten (Kultus) beendete die seit dem Tod v. Altensteins (14.5.1840) herrschende Vakanz für diesen Posten. Zu Thiles Amtseinführung und zur Aufgabenzuweisung zwischen Lottum und Thile vgl. Rep. 87, ZV Nr. 101, n.f. sowie Einleitung, S. 18.*

² *Mehrere Entwürfe aus den Jahren 1839/40 in: Rep. 84a (D), Nr. 8150, Bl. 116–193 sowie Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 97^{II} Bde. 1 und 2. In Bd. 1, n.f. auch die nachfolgende schriftliche Beratung und der Immediatbericht v. 6.2.1841 mit der Neufassung der KO.*

³ *Konnte nicht nachgewiesen werden.*

⁴ *Die Begründung für den Gesetzentwurf in: Rep. 80, I Justiz Nr. 158, Bl. 9–22; dort auch der Immediatbericht, Bl. 2–3. Die weitere Behandlung durch den Staatsrat in: Rep. 80, I Justiz Nr. 158a.*

⁵ *Das Gesetz v. 30.6.1841 trat bereits am 1.1.1842 in Kraft, vgl. GS, 1841, S. 127.*

Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 28–45 [Teilprot. 28a–g]; MF 224/225. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 1–6; 2–6 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 1; U], Kisker [zu 2–4, 6], Schweder [zu 5], Tellemann [zu 1; U].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Lehen.** Grundlagen und Grenzen der zu veranlassenden Ermittlungen über die altmärkischen Bauernlehne sowie Erwägung und Vorbereitung eines Gesetzentwurfes¹ zur Regulierung der bei ihnen eintretenden Rechtsverhältnisse. — **3. Neuvorpommerns Justizverwaltung:** Einführung provisorischer Normal-Etats bei den königlichen Gerichtsbehörden in Neuvorpommern und die Aufhebung des Sportelgenusses der bei denselben angestellten Beamten.² [B] Vereinigung des Ober-Appellations-Gerichtes mit dem Hofgericht erst bei Reformierung des Neuvorpommerschen Gerichtswesens. — **4. Konfirmationsgebühren.** Spezialdiskussion, ob und wann die sogenannten Konfirmationskreuzer und ähnliche Gefälle und Gebühren in Schlesien und der Grafschaft Glatz als Grund-Abgaben oder als Gerichtssporteln zu betrachten sind.³ — **5. Reklamationssache⁴** wegen Mietsentschädigung. [B] — **6. Gläubigerkosten von Beamten.** Bewachung des für die Gläubiger eines Beamten in Abzug zu bringenden Gehaltsteils bei gleichzeitigen Stellvertretungs-Kosten für diesen wegen Dienstunfähigkeit. Klärung, ob dieser als aktiver Beamter oder als Pensionär zu betrachten ist.⁵ — **7. Notariats-Urkunden.** Gesetzentwurf⁶ zur näheren Bestimmung der Aufnahme der Notariats-Urkunden in fremden Sprachen. Sonderregelungen für das Großherzogtum Posen. [B]

¹ Rep. 80, I Justiz Nr. 136, Bl. 142–143. Vgl. auch Sitzung am 24.4.1838 sowie Rep. 80, I Justiz Nr. 136a und 136b.

² Mehrere Voten vom März bis Juli 1840, der Vortrag und der Immediatbericht v. 7.12.1840 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 3, Bl. 118–151.

³ Vgl. Sitzung am 13.9.1836. Verschiedene Voten seit 1836 und der Immediatbericht v. 17.1.1841 sowie die weitere Diskussion bis 1846 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 126, Bl. 98–103ff.

⁴ Rep. 90, Tit. XXXIV Spec. Litt. D Nr. 6, n.f.

⁵ Vgl. dazu die KO v. 21.4.1841, die festlegte, daß die Kosten seiner Stellvertretung nicht von dem ganzen Gehalt vorweg in Abzug gebracht, sondern aus dem abzugsfreien Teil des Gehalts entnommen werden sollen, vgl. Rep. 89, Nr. 3702, n.f.

⁶ Rep. 80, I Justiz, Nr. 134, Bl. 59–71v. Vgl. auch Nr. 134a und 134b, in letzterer auch der Immediatbericht v. 30.12.1840, Bl. 4v. Der schriftliche Vortrag mit Entwurf in: Rep. 151, I C Nr. 514, Bl. 62–77v.

Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1840.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 39, Bl. 46–57a [Teilprot. 29a–d]; MF 225. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend [U]²: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler, G. v. Rochow [zu 1–3], Nagler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Eichhorn, Thile. — Prot.: [?].

¹ Mühler regte zu TOP 1 die Kontrolle durch nur einen Beamten an, worauf der Beschluß dahingehend nochmals verändert wurde, Bl. 47.

² Wilhelm hat nur TOP 1 unterschrieben.

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Blomberg [zu 3; U], O. Camphausen [zu 2; U], v. Duesberg [zu 4], Jähnigen [zu 2; U], v. Meding [zu 3–4; 3 U].

1. Büro des Staatsministeriums. Maßnahmen gegen die verzögerte Ablieferung der Protokolle, der dazu gehörigen Beschlüsse, Berichte und Gesetzentwürfe an das Journal sowie zur Kontrolle solcher Rückstände.³ [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Provinzial-Landtage. Aufstellung**⁴ *einer für den König gedachten Nachweisung über die Gegenstände, die Anfang des künftigen Jahres den zusammenzubrufenden Provinzial-Landtagen als Propositionen vorzulegen sind. Die Propositionen sind danach zu ordnen, ob deren Erledigung vor Eröffnung der Landtage so weit beschafft werden könne, daß sie den letzteren zur Begutachtung vorgelegt werden oder nicht. Als Termin für die Eröffnung der Provinzial-Landtage ist der 15. Februar 1841 vorzuschlagen.* [B] — **4. Verwaltungsgerichtsbarkeit.** *Zu den Vorschriften der Verordnung*⁵ *vom 26.12.1808 über die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen soll eine Deklaration*⁶ *erlassen werden. Spezialdiskussion über einzelne Paragraphen. Ausdehnung des zu erlassenden Gesetzes auf die Rheinprovinz.* [B]

³ Vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2 Bd. 1, Bl. 44–46v, darunter das Protokoll mit starken Korrekturen. Vgl. weiter Einleitung, S. 26 f.

⁴ Übersichten von Gesetzentwürfen, unterschieden nach dem jeweiligen Stand der legislativen Beratung, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 1, Bl. 124–127v, 144–153v sowie 165–186v. Dort auch Voten vom September/Oktober 1840, Bl. 154–158 sowie 187–192v der Immediatbericht v. 20.12.1840. Die Verzeichnisse für die einzelnen Provinzen gedr. in den jeweiligen Bänden der Landtags-Verhandlungen von Rumpf/Nitschke, denen man auch die genauen Tagungsdaten (alle eröffnet am 28.2.1841, außer Rheinprovinz am 23.5.1841) entnehmen kann. Einen Gesamtüberblick für alle Provinzen bietet die regestenartige Zusammenstellung von Schubert, Preußen im Vormärz.

⁵ Die VO wg. verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanz-Behörden, GS, 1806–1810, S. 464.

⁶ Der Entwurf, Voten sowie der Immediatbericht v. 15.12.1840 in: Rep. 90, Nr. 324, n.f. Die Beratung des Staatsrats auch in: Rep. 90, Nr. 325, n.f. Darüber hinaus Gutachten und weitere Schriftstücke in: Rep. 80, I Justiz, Nr. 157 und 157a sowie in: Rep. 84, II 2 P Nr. 20. Das Gesetz v. 11.5.1842, GS, S. 192. Vgl. weiter Loening, Edgar, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914, S. 122–133, zum Beschluß des Staatsministeriums S. 125 f.

Nr. 17 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1840.

Vollz. Reinschr., Bd. 39, Bl. 59–60v [Prot. 30a]; MF 225. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2; U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

1. Einheitliche Verjährungsfristen. Auf Veranlassung der beiden Justizminister *ist die Anwendbarkeit des Gesetzes*¹ *wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen von 1838 und der Deklaration zum ALR zu prüfen. Dort sind die etwa entgegenstehenden provinzialrechtlichen oder statuarischen Vorschriften nicht aufgehoben. Einzelne Oberlandesgerichte sprechen sich je nach Landesteil für Verjährungsfristen nach dem Preußischen Landrecht von 1721 sowie nach dem Sachsenrecht aus.*

¹ Vom 31.3.1838, GS, S. 249, die Deklaration ebd., S. 252. Der Entwurf einer VO über die Aufhebung der in den bestehenden Gesetzen entgegenstehenden provinzialrechtlichen oder statuarischen Bestimmungen vom Februar 1841, den Provinzial-Landtagen von 1841 vorgelegt, in: Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 1, Bl. 5–14. Das gleichlautende Propositionsdekret für die 1841 abgehaltenen Landtage von Sachsen, Posen, Preußen, Pommern und Brandenburg z.B. gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 18 (Sachsen 1841), S. 20 f.

Vorlegung einer Proposition denjenigen Landtagen der Provinzen, in denen die Gesetze vom 31.3.1838 gelten. [B] — 2.² Gesetzentwürfe über Strom- und Uferpolizei der öffentlichen Flüsse und über das Deichwesen.

² *Das Teilprot. zu diesem TOP findet sich als Nr. 31b in der Sitzung am 1.12.1840, wo die hier begonnene Beratung über die Gesetzentwürfe fortgesetzt, aber nur ein gemeinsames Protokoll für den 24.11. und 1.12.1840 verfaßt worden war.*

Nr. 18 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 62–103 [Teilprot. 31a–b]; MF 225/226.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?]

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Duesberg [zu 1], Österreich [zu 2], Ruppenthal [zu 1].

1. Gemeinde-Ordnungen. Entwürfe¹ zu einem Gesetze über die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden in der Rheinprovinz und zu einer Verordnung über die Einrichtung der Gemeinde-Verfassung in den Städten der Rheinprovinz. *Abweichungen des ersten Entwurfs* zu dem für die Provinz Westfalen² *betreffen*: 1. die Auflösung des jetzt zwischen mehreren vormaligen Ortsgemeinden bestehenden Kommunal-Verbandes; 2. *das* Ausscheiden der Rittergüter aus dem Ortsgemeinde-Verbande; 3. *die* Zusicherung von Viril-Stimmen in der Gemeinde- und Amtsversammlung für noch anderen bedeutenden Grundbesitz; 4. die Einteilung der Meistbeerbten in Klassen; 5. *die* Teilnahmerechte an den Gemeindefitzungen *sowie* Verpflichtungen zu Kommunalbeiträgen; 6. *die* Befugnis zur Verhängung geringer Polizei- und Exekutiv-Strafen; 7. *die* Rechte der Standesherrn in Bezug auf die Gemeinde-Verwaltung; *vertagt.* [B] — **2. Gesetz-Entwürfe³** über Strom- und Uferpolizei der öffentlichen Flüsse und über das Deichwesen. *Grundsatzdiskussion über eine Trennung beider Gesetz-Entwürfe, einen beschränkten Geltungsbereich sowie eine gleichzeitige Publikation beider Gesetze.* [B] *Spezialdiskussion zu beiden Gesetzentwürfen.* [B]

¹ *Mit vielen Korrekturen in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 3, Bl. 8–34. Dort auch die Vorberatung zwischen Rochow, Bodelschwingh, Meding und Duesberg am 2.11.1840, die nochmals eine starke Überarbeitung der Entwürfe vornahm, Bl. 35–45. Vgl. Boberach, Heinz, Wahlrechtsfragen im Vormärz. Die Wahlrechtsanschauung im Rheinland 1815–1849 und die Entstehung des Dreiklassenwahlrechts, Düsseldorf 1959, S. 92–94 sowie Schütz, Rüdiger, Preußen und die Rheinlande. Studien zur preußischen Integrationspolitik im Vormärz, Wiesbaden 1979, S. 145–152. Bemerkungen, vermutlich von 1832/33, über das Verhältnis der Rittergüter in der Rheinprovinz und Westfalen zu den Orts- und Amtsgemeinden, in: Rep. 90, Annex Nr. 16, Bl. 18–23. Vgl. auch Sitzungen am 19. und 23.12.1837.*

² *Sitzung am 8.12.1840, Anm. 1.*

³ *Als Drucke in: Rep. 90a, N I Nr. 6 Bd. 2, n.f.*

Nr. 19 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 105–118 [Teilprot. 32a–b]; MF 226.

Anwesend [U]: Kamptz [V], Mühler, G. v. Rochow, Alvensleben, Werther. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

1. Gemeinde-Ordnungen. Gesetzentwurf¹ zur Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden in der Provinz Westfalen; dabei Angleichung an einzelne Bestimmungen des Entwurfes für die Rheinprovinz. Einwände des Oberpräsidenten Vincke gegen die Erhebung aller Ortsgemeinden zu selbständigen Korporationen sowie gegen die Ausscheidung der Rittergüter aus dem Verbandsverbande mit den Gemeinden². [B] — 2. Fortsetzung der Spezialdiskussion über den Entwurf eines Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden in der Rheinprovinz; Modifikation einzelner Bestimmungen.³ [B] — 3. Entwurf⁴ einer Verordnung über die Einrichtung der Gemeinde-Verfassung in den Städten der Rheinprovinz: Klassifizierung der Städte zwecks Einführung der Städte-Ordnung, [...] Beschickung des Kreistages durch die Städte sowie deren Viril-Stimmen auf dem Provinzial-Landtage; größere Einwirkung seitens der Regierung auf die Ernennung des Bürgermeisters; Modifikationen zur Anordnung eines Einkommens-Zensus [...] als Bedingung des Gemeinde- oder Bürgerrechts sowie zur Einteilung der Bürger in Klassen bei Stadtverordnetenwahlen⁵. [B]

¹ Rep. 84a (D), Nr. 9986, Bl. 7–28v. Rochows Votum v. 22.8.1840 in: Rep. 77, Tit. 738 Nr. 12 Bd. 3, n.f.; dort auch Vinckes Bemerkungen v. 10.11.1840 zum Entwurf. Die Landgemeinde-Ordnung v. 31.10.1841, GS, S. 297. Vgl. auch Behr, Hans-Joachim, Die preußische Verwaltung in der Provinz Westfalen im Spannungsfeld von Zentralismus und Regionalismus, in: Teppe, Karl und Epkenhaus, Michael (Hrsg.), Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991, S. 36–38; Meyer zum Gottesberge, Ruth, Die geschichtlichen Grundlagen der westfälischen Landgemeinde-Ordnung vom Jahre 1841, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Geschichte Ravensberg zu Bielefeld, 47 (1933), S. 3–198, bes. S. 144–151. Dort auch S. 191–195 Vinckes Eingabe v. 10.11.1840 mit seinen Einwänden gegen den Entwurf.

² Vgl. Sitzung am 16.7.1839.

³ Der die gesamte Beratung im Staatsministerium zur Verfassung der ländlichen Gemeinden in den westlichen Provinzen abschließende Immediatbericht (Auszug) v. 17.1.1841, in: Rep. 90a, V II 4 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 95–97.

⁴ Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 3, Bl. 31–34. Dort auch die weitere Beratung und Bearbeitung bis September 1842.

⁵ Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 44–62.

Nr. 20 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1840.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 39, Bl. 120–133v [Teilprot. 33a–b]; MF 226/227.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Frh. v. Blomberg, Nobiling [zu 1], v. Reuß, Voswinckel [beide zu 1].

1. Gesetzentwurf² wegen Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel und Forstdiebstähle: Nach Spezialdiskussion zur Terminologie des Entwurfs wird der Titel in Gesetz, den Diebstahl an Holz- und anderen Waldprodukten betr. geändert. Abgrenzung des einfachen Holzdiebstahles und Bemessung der Strafsätze. [B] — 2. Meinungsverschiedenheit zwischen Rochow und Ladenberg über die Kompetenz in Forst- und Jagdpolizei-Sachen³; Mehrheitsbeschluss zur Konzentrierung der gesamten Forst- und Jagdpolizei beim Hausministerium als geeignetste Obergabehörde. [B]

¹ Eine längere Ergänzung Ph. Ladenbergs, Bl. 132–132v.

² Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 24 Bd. 2, Bl. 201–229. Dort auch die 1838–40 verfaßten ausführlichen Voten Ladenbergs, Mühlers und Alvenslebens Bl. 8–95v sowie eine Zusammenstellung der Bemerkungen, die zum Entwurf beim Votenumwechsel der Minister gemacht worden sind, Bl. 101–132. Diese Materialien auch in: Rep. 90, Annex Nr. 23, n.f. und Rep. 84a (M), Nr. 15733. Vgl. zur Entstehung und Nivellierung der Holzdiebstahlgesetzgebung Blasius, Dirk, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, Göttingen 1976, S. 103–110.

³ Vgl. dazu ein Schreiben Rochows und Ph. Ladenbergs an die Regierung Potsdam v. 25.2.1839 in: Rep. 77, Tit. 1433 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1840.

Vollz. Reinschriften, Bd. 39, Bl. 134–138v [Teilprot. 34a–c]; MF 227. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [zu 2; U], Ph. Ladenberg [U], Rother, Alvensleben [zu 2; U], Werther [U], Eichhorn, Thile [beide zu 2; U]. — Prot.: [?]

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1 und 3], Paalzow [zu 1; U], v. Raumer [zu 3], Sotzmann [zu 2], Tellemann [zu 1; U].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Pensionssache.** [B] — **3. Zulässigkeit des Rechtsweges** hinsichtlich einer von der Stadt Elbing [...] erhobenen Klage *beim* Oberlandesgericht zu Marienwerder [...] auf Zurückgabe des ihr im Jahr 1703 entzogenen *Territoriums* und auf Aufhebung eines im Jahre 1826 deshalb errichteten Rezesses gegen den Fiskus¹; *Verweisung an den Staatsrat.* [B]

¹ *Die Klage v. 8.2.1837 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 162a, Bl. 118v–130; ebd., Bl. 116–117v der Vertrag von 1826 und Bl. 5–11v der schriftliche Vortrag im Staatsministerium über Entstehung und Geschichte des Konflikts sowie dessen weitere Behandlung im Staatsrat. Ferner ebd., Nr. 162, Bl. 247 auch eine Karte. Ausführliche Materialien zurückreichend bis 1700 für eine bereits 1810 vorgebrachte Klage, in: Rep. 84a (M), Nr. 6954, Bl. 1–35. Vgl. dazu Schwenke, Elisabeth, Der Elbinger Territorialstreit, in: Elbinger Jahrbuch, H. 11 (1933), S. 1–121, bes. S. 103–111 sowie Schneider, Hans, Der preußische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preußens, München /Berlin 1952, S. 185–190.*

Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1840.

Vollz. Reinschriften mit Ergänzungen Ph. Ladenbergs, Bd. 39, Bl. 139–157v [Teilprot. 35a–b]; MF 227. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3675, n.f.

Anwesend [U]¹: Mühler [V], G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther [zu 2], Eichhorn, Thile [zu 2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, Voswinckel [beide zu 2].

1. Vorschläge zur Ernennung neuer preußischer Spruchmänner für 1840 bis 1843 beim Schiedsgericht zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen den deutschen Bundes-Regierungen und deren Ständen. [B] — **2. Fortgesetzte Spezialdiskussion** über den Entwurf eines Gesetzes wegen Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevler und Forstdiebstähle: *einzelne Paragraphen; Holzdiebstahl und dessen Bestrafung*². [B]

¹ *Rother hat nur TOP 2 unterschrieben.*

² *Vgl. zur 1839 bis 1842 im Staatsministerium und Staatsrat stattgefundenen Diskussion über die Bestrafung des Holzdiebstahls, Rep. 84a (M), Nr. 15706 und 15707.*

Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1841.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 40, Bl. 1–28v [Prot. 1a] und vollz. Reinschr.¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 1, Bl. 196; MF 227/228 und MF-Suppl. 1. — Abschriften [TOP 1]: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 24 Bd. 2, Bl. 171–198; Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß, Voswinckel [alle zu 1].

1. Fortgesetzte Spezialdiskussion über den Entwurf eines Gesetzes wegen Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel und Forstdiebstähle: Zulässigkeit des Rechtsmittels; Glaubwürdigkeit von Forstbeamten und Förstern; Dienstentlassung der auf Lebenszeit angestellten Privatförster; Strafmaß bei wiederholtem Diebstahl; Untersuchung und Bestrafung der Entwendungen anderer Waldprodukte; Gebührenregelungen.² [B] — 2. Provinzial-Landtage. Wunsch nach Korrektur des Eröffnungstermins vom 14. auf den 28. Februar, weil die Propositionen noch nicht sämtlich soweit vorbereitet sind.³ [B]

¹ Zu TOP 2 liegt kein Protokoll vor, aber ein vollzogener Beschluß des Staatsministeriums gleichen Datums mit der Formulierung: Bei der heutigen Beratung haben wir uns zu der Überzeugung vereinigt [...]. Der Korrekturwunsch bezieht sich auf eine KO v. 31.12.1840, in der als Eröffnungstermin noch der 14. Februar festgelegt worden war, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 1, Bl. 194–194v.

² Der überarbeitete Entwurf eines Gesetzes, den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten betr., in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 24 Bd. 2, Bl. 271–296 sowie die im Januar 1841 formulierten Motive, Bl. 230–271. Der Gesetzentwurf als Druck in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.

³ Eine KO v. 31.12.1840 hatte den Beginn der Landtage auf den 14.2.1841 festgesetzt, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 1, Bl. 194–195. Der Beschluß v. 5.1.1841 sah zur beschleunigten Bearbeitung der LT-Vorbereitungen vor, die Sitzungen des Staatsministeriums zu verdoppeln, was aber beim Staatsrat wegen Gefährdung des eigenen Sitzungsmodus auf starke Bedenken stieß, Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 1, Bl. 85 und 87.

Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 29–41v [Teilprot. 2a–b]; MF 228. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Rother, Thile. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß, Voswinckel [alle zu 2].

1. Amtseinführung von Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode in das Königliche Staatsministerium.² — 2. Entwurf³ einer Verordnung über die Forst- und Jagdvergehen: Spezialdiskussion zur begriff-

¹ Wilhelm hat nur TOP 2 unterschrieben.

² Stolberg-Wernigerode galt als Vertrauter Friedrich Wilhelms IV. Er erhielt am 30.12.1840 Sitz und Stimme im Staatsministerium, wurde aber erst am 7.6.1842 zum Staatsminister ernannt, vgl. Rep. 89, Nr. 3155, Bl. 29. Zur Berufung 1840 in das Staatsministerium vgl. auch Stolberg-Wernigerode, Otto Gf. zu: Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode. Ein Freund und Ratgeber König Friedrich Wilhelms IV., München/Berlin 1926, S. 31–35.

lichen Klärung von Forstvergehen und Wilddiebstahl; Bestrafung von unbefugtem Jagen aus Gewinnsucht und anderen Jagdkonventionen. [B]

³ Ein Entwurf v. 31.1.1837 in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 12 Bd. 3, Bl. 3–5; dort auch Bl. 16–80 zahlreiche Voten, eine Zusammenstellung von Bemerkungen aus dem Votenwechsel, Bl. 177–198. Vgl. Sitzung am 5.11.1839. Ein gedruckter Entwurf von 1841 in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 1, n.f.

Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 43–55 [Teilprot. 3a–b]; MF 228/229. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Alvensleben [U], Nagler [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. W. Schulze [zu 1], Ruppenthal [zu 2], Thoma [für Ph. Ladenberg zu 1–2].

1. Ablösungen. Erinnerungen und Bemerkungen zum Gesetzentwurf¹ wegen Beschränkung der Ablösbarkeit der Erbpacht-, Erbzins- und Zins-Gerechsamkeit sowie zu den Motiven. Materielle Abänderungen sind vor dem baldigen Zusammentritt der Stände nicht ratsam. [B] — **2. Die Vorschläge² des letzten Rheinischen Provinzial-Landtages zur Anwendung der Zivil-Einrede bei Strafverfahren gegen Wald-, Feld- und Jagdfrevel werden abgelehnt;** Grundsätze eines den Ständen vorzulegenden Gesetzentwurfes³ für die Rheinprovinz. [B]

¹ Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 25, Bl. 52. Dort auch Bl. 41–51 frühere Fassungen des Entwurfs und mehrere Voten sowie Bl. 62–66 der Immediatbericht v. 9.2.1841. Vgl. Sitzung am 7.3.1837 sowie zur Diskussion im Staatsrat 1837–39 auch Rep. 80, I Inneres, Nr. 59 und 59a.

² Von 1837 gedr. in: Rumpf, Verhandlungen, Bd. 15 (Rheinprovinz 1837), S. 273 f.

³ Der Entwurf Mühlers von Ende Januar 1841 mit Erläuterungen in: Rep. 84a (M), Nr. 15728, Bl. 12–22 sowie als Entwurf des Staatsministeriums v. 9.2.1841, in: Rep. 89, Nr. 31759, n.f.; gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 266 f.

Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 56–77 [Teilprot. 4a–b]; MF 229. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [zu 2; U], Alvensleben [U], Eichhorn [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß, Voswinckel [zu 1].

1. Abschluß der Spezialdiskussion über den Entwurf einer Verordnung hinsichtlich der Jagdvergehen auf fremden Territorien.¹ — 2. Spezialdiskussion über den Entwurf² zu einer allgemeinen

¹ Immediatbericht, Motive und der überarbeitete Entwurf in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 12 Bd. 3, Bl. 175–176 und 247–254. Letzterer auch in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.

² Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 2, Bl. 80–192 und 194–234v ein weiterer Entwurf, Bl. 193–193v und 235–236v Entwürfe für den Immediatbericht vom Februar 1841.

Forst- und Jagdpolizei-Ordnung für die Preußischen Staaten: *Erhalt der Holz- und Waldbestände, Umfang und Ausübung der Servituten, Verabreichung von Bauholz und Freiholz*; vertagt. [B]

Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 40, Bl. 78–109v [Prot. 5a]; MF 229/230. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 2, Bl. 18–46v; Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß.

Fortgesetzte Spezialdiskussion über den Entwurf zur Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: Berechtigung zum Stämmen der Hölzer und Kostenerstattung dafür; Stämmung und Aufarbeitung des Nutz- und Geschirrholzes und die Provokationsbefugnis der Waldeigentümer; Bestimmungen zum Brennholz sowie zum Raff- und Legeholz; diverse Servitut-Berechtigungen; Rücksichten auf die Forstkultur bei der Haltung von Mastvieh und beim Weidewesen; Quoten für Schonungsflächen und Schonungsbefugnis; Schadenersatz; vertagt. [B]

Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 111–152v [Teilprot. 6a–b]; MF 230/231. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Kamptz [V], Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß.

1. *Fortgesetzte Spezialdiskussion zum Entwurf der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: Legitimationskontrolle der Holztransporte sowie der Sägeblöcke; Schonungen und die Rechte der Waldeigentümer, Verbote auszusprechen; Bestrafung von Forstkontraventionen; Brandschutz und Bekämpfung von Waldschädlingen; Jagdkontraventionen; Schonzeiten; Umgang mit Jagdwaffen, Zuständigkeit für Bestrafung von Jagdpolizei-Kontraventionen.¹ [B] — 2. Jagdwesen. Befugnis zur Festsetzung des Tages der Eröffnung und des Schlusses der niedern Jagd für diejenigen Regierungen², denen sie durch spezielle Bewilligungen bisher noch nicht erteilt worden ist. Handhabung der schon gesetzlich bestehenden Termine auch für die Ausübung der Jagd auf eigenem Grund und Boden; Einrichtung einer Wild-, Schon- und Hegezeit. [B]*

¹ *Der überarbeitete Entwurf in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 2, Bl. 194–234; dort auch der Immediatbericht, Bl. 235 sowie ein Entwurf zu Propositionsdekreten für die Stände der Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern, Sachsen, Schlesien, Westfalen und Posen, Bl. 236–236v. Ein undatierter überarbeiteter und gedruckter Entwurf in: Rep. 84a (M), Nr. 15734, Bl. 280–305.*

² *Das Zirkular an die Oberpräsidenten von Preußen, Schlesien, Pommern und Brandenburg v. 23.1.1842 zu Eröffnung und Schluß der niederen Jagd, ergangen von den Ministerien des Innern und des kgl. Hauses, in: Avenarius, Bd. 1, S. 109 f. und in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 45.*

Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 40, Bl. 153–156 [Prot. 7a]; MF 231. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, II. Sekt. 1 Gen. b Nr. 186 Bd. 1, n.f. mit drei Anlagen; Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Kamptz [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Gf. v. Beust, Karsten, Voswinckel.

Revidierter Entwurf des Bergrechts¹. Feststellung des Gesetzprinzips und dessen Anwendung auf das Recht zur Erwerbung unterirdischer Naturerzeugnisse; Erteilung der Schürfscheine *und* Rechte des ersten Finders; *selbständige* Führung des Grubenhaushaltes *durch* den Grundeigentümer; Beibehaltung der Rezeßgelder *sowie der modifizierten* Direktion des Betriebes *nach dem Allgemeinen* Landrechte; *Vorbereitung einer* Verbesserung der Gesetzgebung. [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 22.4.1839. Der 1841 gedruckte Entwurf des gemeinen preußischen Bergrechts und der Instruktion zur Verwaltung des Berg-Regals, in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 1, n.f. Die Diskussion in beiden Justizministerien über allgemeine oder provinzspezifische Aspekte des Bergrechts bis 1845, in: Rep. 84, II 4 XI Nr. 9 sowie Rep. 84a (D), Nr. 11079. Der Entwurf auch gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 8, Vaduz 1988, S. 533–630, zur Sitzung ebd., S. XXVI.*

Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 40, Bl. 157–166 [Prot. 7b]; MF 231. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Kisker, O. v. Manteuffel, v. Meding, v.u.z. Mühlen, A. W. Schulze.

Entwurf¹ eines Gesetzes über Parzellierung von Grundstücken sowie die dazu gehörige Instruktion. Einerseits *besteht die Notwendigkeit einer allgemeinen*, alle Grundstücke betreffende Verordnung *zum* Dismembrationsverfahren *bei gleichzeitiger* Bewahrung *spezieller* Beschränkungen der Befugnis zur Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes. Andererseits *ist auch die* Erhaltung des bäuerlichen Standes insbesondere durch ein der Volkssitte entsprechendes, die Erhaltung des Gutsannehmers in seinem Nahrungsstande sicherndes, bäuerliches Erbfolge-Gesetz *erforderlich*. *Spezialdiskussion zur Verfahrensweise und zu einzelnen Paragraphen.* [B]

¹ *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 1, Bl. 81–88. Dort auch Voten, Denkschriften, Relationen und Motive. Vgl. Sitzung v. 5.9.1837. Vgl. auch Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f.*

Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 167–185v [Teilprot. 8a–b]; MF 231/232. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Nagler [U], Eichhorn [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Kisker, O. v. Manteuffel [zu 2], v. Meding, v.u.z. Mühlen, A. W. Schulze.

1. Revision des bürgerlichen Erbfolge-Gesetzes¹ für die Provinz Westfalen von 1836. *Gemäß der Denkschrift² des Oberlandesgerichts-Präsidenten Lent ist man sich über die Absicht einig, nach Eingang des ständischen Gutachtens das ganze Gesetz neu zu redigieren. Anwendungskategorien des Gesetzes auch hinsichtlich des jetzt projektierten allgemeinen Gesetzes. [B] — 2.* Erbteilungen. *Gesetzentwurf³ wegen der bei Erbteilungen anzuwendenden gemäßigten Taxen ländlicher Besitzungen. Das Prinzip, daß nach der bestehenden Sitte bei Dispositionen unter Lebenden wie von Todes wegen dem Gutsannehmer ein stärkerer Anteil als dem abzufindenden Miterben zugeteilt wird, ist beizubehalten. Sonderregelungen für die Provinz Westfalen⁴; Diskussion einzelner Paragraphen zur Verfahrensweise der Erbteilung und Abfindung. [B]*

¹ Vom 13.7.1836, GS, S. 209.

² Rep. 90, Tit. XX C Nr. 8 Bd. 3, Bl. 109–142. Dort auch die Voten Rochows, Kamptz' und Ladenbergs, Bl. 145–181 und 355–355v sowie der Entwurf einer Deklaration, Bl. 192–214v. Vgl. auch Sitzung am 14.3.1837. Ein Extrakt aus der Denkschrift betr. die Resultate der in Westfalen und der Rheinprovinz vorgekommenen Parzellierungen v. 15.3.1837, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 1, Bl. 89–103v. Die weitere Beratung bis 1843 im Justizministerium mit Voten, Entwürfen für eine Deklaration des 1836er Gesetzes mit Motiven, Berichten der Provinzialbehörden, in: Rep. 84a (D), Nr. 9966, Bl. 28–330v. Die Fortsetzung bis 1848 in: Rep. 84, II 5 W Nr. 3 Bd. 2 Fasc. 2 und 3.

³ Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 1, Bl. 268–322v. Ebd. Bd. 2, n.f. der Immediatbericht v. 7.5.1841. Vgl. weiter Sitzung am 5.12.1843.

⁴ Dazu Voten aus dem Jahre 1840 in: Rep. 84a (M), Nr. 8305, Bl. 9–20; ferner Bl. 22–41 zur Ausarbeitung eines Entwurfs. Vgl. Sitzung am 3.6.1845, TOP 7.

Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 186–194 [Teilprot. 9a–c]; MF 232. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 3], Bötticher, Tenspolde [zu 2].

1. Hypotheken. *Die von Mühler beantragte Aufhebung der Bestimmungen des Preußischen Landrechts von 1721¹ hinsichtlich der Befriedigung an Kapital und Zinsen für Hypothekengläubiger ist notwendig, weil ansonsten der ganze Realkredit in Preußen und der Wohlstand dieser*

¹ Friedrich Wilhelms /Königes in Preußen /Verbessertes Land=Recht Des Königreichs Preussen..., Königsberg 1721.

Provinz erschüttert wird. Entwurf² einer Verordnung, *wonach* auch für die Provinz Preußen lediglich die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts *darüber anzuwenden sind*. [B] — **2.** Klassensteuer. Antrag³ der sächsischen Provinzialstände auf Kontingentierung der Klassensteuer in der Provinz Sachsen nach dem Vorbild der Rheinprovinz. Denkschrift und Entwurf eines Regulativs zur Verteilung der Kreis-Kontingente auf die Veranlagungs-Bezirke sowie zur Struktur der Verteilungskommission [B]; Individual-Verteilung der Steuer. — **3.** Haussteuer. Entwurf⁴ einer Verordnung zur Veranlagung der Haussteuer in den der Westpreußischen Grundsteuer-Verfassung unterliegenden Landesteilen. [B]

² Rep. 84a (D), Nr. 9563, Bl. 101–108; dort auch vorangegangene Voten, zahlreiche Korrespondenzen sowie weiteres Material. Der Entwurf zum Propositionsdekret in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 1, n.f. Zur Revision des Hypothekenrechts allgemein vgl. Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 1, 1. Halbbd., S. XXIX–XLII, 2. Halbbd., S. 757–1064.

³ Rep. 151, II Nr. 1723, n.f. Eine Denkschrift, der Entwurf eines Regulativs, diesbezügliche Übersichten, Gutachten, Voten und der Immediatbericht v. Februar 1841, in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 6–92 und 98–133v. Der Antrag von 1837 gedr. in: Rumpf, Verhandlungen, Bd. 14 (Sachsen 1837), S. 413–415. Die Denkschrift sowie der Entwurf gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 18 (Sachsen 1841), S. 49–77.

⁴ Der Entwurf mit Denkschrift v. 25.1.1841 in: Rep. 90, Tit. XL Abgaben Preußen Nr. 4, n.f.; dort auch Entwürfe des Immediatberichtes. Erstere Schriftstücke auch in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 1, Bl. 195–204 und gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 19 (Preußen 1841), S. 40–50.

Nr. 33 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 40, Bl. 195–207v [Teilprot. 10a–c]; MF 232. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Nagler [zu 1–2; U], Eichhorn [zu 3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1 und 3], Ruppenthal [zu 2], A. W. Schulze [zu 1 und 3], Schwink [zu 1].

1. Entwurf¹ einer Fischerei-Ordnung für die Binnengewässer der Provinz Preußen. — **2.** Friedensgerichte. Antrag² des letzten Rheinischen Provinzial-Landtages auf Kompetenzerweiterung der Friedensrichter, während jedoch alle rheinischen Gerichte für eine Reduktion der Friedensgerichtlichen Kompetenz sind. Strafmaß in Bagatellsachen; Befugnis zum Erkenntnis über die Räumungsklagen in Abhängigkeit von der Jahresmiete sowie zur Anlegung eines Arrestes; Gerichtsstand des Fiskus. [B] — **3.** Es ist eine Tax-Ordnung für die ländlichen Grundstücke der Provinz Westfalen zu entwerfen; dabei ist das Grundsteuer-Kataster als Anhaltspunkt bei Aufnahme aller Taxen zu betrachten. [B]

¹ Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 61 Bd. 1, n.f. Ebd. Bd. 2, n.f. die überarbeitete Fassung als Teil der gedruckten KO v. 4.8.1841; diese auch in: Rep. 84a (D), Nr. 9527, Bl. 130.

² Der Antrag von 1837 gedr. in: Rumpf, Verhandlungen, Bd. 15 (Rheinprovinz 1837), S. 270 f. Antrag, Voten aus dem Jahre 1840, mehrere Entwürfe für KO und Gesetz zur Kompetenz der Friedensrichter in der Rheinprovinz sowie Immediatberichte bis 1842, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 3 Bde. 1–2 sowie Rep. 89, Nr. 17294. Vgl. VO v. 11.5.1843, GS, S. 181.

Nr. 34 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 208–231 [Teilprot. 11a–f]; MF 232/233.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Paalzow [zu 1–2; U], A. W. Schulze [zu 3–6], Schwinck [zu 3], Tellemann [zu 1–2; U].

1.–2. *Zwei Disziplinarsachen.* [B] — **3.** *Entwürfe¹ zu den Fischerei-Ordnungen [...] für das Kuri-sche und für das Frische Haff. Sicherung des freien Zugs der Fische; Bestimmung angemessener Maschenweiten der Netze, Garne und der übrigen Fischzeuge; genauere Bezeichnung der Grenzen, der Zeit sowie der als gemeinschädlich bekannten Arten des Fischereibetriebes; Kontrolle und Bestrafung.* — **4.** *Entwurf² einer Fischerei-Ordnung für die Provinz Posen.* [B] — **5.** *Denkschrift³ des Innenministeriums zum Entwurf eines Nachtrages zur Gemeinheitsteilungs-Ordnung für Westfalen.* [B] — **6.** *Entwurf⁴ einer Kanal- und Graben-Ordnung für die Obra-Bruch-Gegenden. Die vollständige Feststellung der Überschwemmungsgebiete darf die baldige Vollziehung und Publikation des Statuts nicht verzögern. Spezialdiskussion.* [B]

¹ *Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 61 Bd. 1, n.f. sowie Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 1, Bl. 349–463.*

² *Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 62, n.f.; dort auch die überarbeiteten Fassungen und weitere Voten.*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁴ *Der Entwurf sowie Erläuterungen vom Sommer 1837 in: Rep. 87, C Nr. 5075, n.f.; dort auch die zweisprachig gedruckte Ordnung v. 16.8.1842.*

Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 232–255v [Teilprot. 12a–d]; MF 233. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Mühler [V], G. v. Rochow, Ph. Ladenberg [beide zu 1 und 3], Alvensleben, Eichhorn, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Könen [zu 3], v. Saldern [zu 1].

1. *Schankgewerbe. Grundsätzliche Handhabung der Entschädigungsansprüche bei Aufhebung der ausschließlichen Schankgerechtigkeiten in den Städten der Provinz Posen.*¹ [B] — **2.** *Disziplinar- und Pensionssache mit Grundsatzdiskussion, wie im Falle von unfreiwilliger Pensionierung aus Anlaß einer vorausgegangenen gerichtlichen Untersuchung zu verfahren ist.* [B] — **3.** *Dienste. Meßbarkeit der Baudienste bei Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in den Landesteilen des einstigen Königreichs Westphalen, Großherzogtums Berg sowie der französischen Departements. Verständigung darüber, unter welchen Umständen die Baudienste für gemessene Dienste zu erachten sind; ob das Bedürfnis des berechtigten Guts als Maßstab gilt oder kein Kriterium für die Gemessenheit der Dienste sein kann. Festsetzung eines Normaljahres auf das Jahr 1825.* [B] — **4.** *Ausschließung der Diffamationsklage gegen den Fiskus: Einigkeit darüber, daß die gedachte Klage gegen den Besitzer einer Sache oder eines Rechts nicht stattfindet. Die Vermeidung einer derartigen Deklaration ermöglicht die Verschiedenheit der Ansichten bei den*

¹ *Dazu Voten und der Immediatbericht v. 10.3.1841 in: Rep. 90a, II 2 Nr. 3 Bd. 1, n.f.*

Gerichtsbehörden, da die Grenzen des Besitzstandes nicht bestimmt angegeben sind, insbesondere die 2-Jahres-Regelung. Zu der von den Ackerleuten und Halbspännern zu Dahlenwarsleben gegen den Fiskus angestellten Diffamationsklage sind mehr Informationen für eine Beschlußfassung erforderlich.² [B]

² Vgl. Sitzung am 11.2.1840. Verschiedene vorausgegangene Voten und der Entwurf einer VO betr. die Deklaration des § 42 der VO v. 26.12.1808 wegen Ausschließung der Diffamationsklage gegen die exekutivischen Maßregeln der Verwaltungsbehörden sowie der Immediatbericht v. 26.3.1841, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 27, Bl. 43 und 56. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 17840, n.f. mit Material dazu bis 1843.

Nr. 36 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission¹ und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 22. Februar 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 21 Bd. 1, Bl. 72–82v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler, Ph. Ladenberg, Rother, Werther, Eichhorn, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: v. Cosel [für Rauch].

Propositionen für die bevorstehenden Provinzial-Landtage. Entwurf² zum Propositionsdekret für den Brandenburgischen [...] Landtag. Grundsätzliche Verständigung und Fassungsänderungen, u.a. nach der Äußerung Friedrich Wilhelms IV. dazu, daß hinsichtlich der zu gewährenden größeren Publizität der Landtags-Verhandlungen [...] statt des Wortes „Ordre“ das Wort: „Befehl“ gebraucht werden soll. Weiter zum Abdruck der Landtags-Protokolle und deren Verteilung, wobei der König legale Bekanntmachungen in den Zeitungen der betreffenden Provinz trotz größter Bedenken der Anwesenden aber zur Vermeidung eines größeren Übels für dringend notwendig hält und der Abdruck solcher Bekanntmachungen nur unter gewissen Bedingungen, wie z.B. der Zensur des Landtags-Kommissars, erfolgen sollte.³ Weiterhin zur besseren gegenseitigen Information zwischen Landtags-Kommissarien und Regierung. Wilhelm befürchtet, daß eine in Aussicht gestellte gemeinschaftliche Beratung durch die Ausschüsse von mehreren oder allen Provinzen bei den Ständen die Idee erwecken kann, daß darin der Keim einer reichsständischen Verfassung liegen soll.⁴ Diese Bedenken werden durch den König entkräftet. Fassung des den Ständen vorzulegenden Wahl-Reglements⁵. Diskussion der speziellen Propositionen zu verschiedenen Gesetzesprojekten, so u.a. zum Märkischen Kirchenrecht, wo Friedrich Wilhelm IV. verlangt, daß ihm zu diesem Provinzialrecht ein besonderes Propositionsdekret⁶ vorgelegt werden soll. Was die Beratung der Provinzialgesetze generell angeht, spricht er sich gegen die Wiedervorlage anderweitig gefaßter

¹ Zur Zusammensetzung der ständischen Immediat-Kommission und zu den gemeinsamen Sitzungen mit dem Staatsministerium allgemein vgl. Einleitung, S. 3–7.

² Verschiedene Fassungen in: Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 1, Bl. 386–423 und 427–430v.

³ Zur Meinungsdivergenz mit dem König vgl. mit Bezug auf die Sitzung Obenaus, Herbert, Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten als Instrument der preußischen Reaktion im Vormärz, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 439f. sowie ders., Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984, S. 537–540. Vgl. weiter ein Promemoria vom Februar 1841 zur ständischen Verfassung seit 1815 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 1 Bd. 2, Bl. 72–81 sowie ein Rundschreiben Rochows dazu an alle Oberpräsidenten v. 24.2.1841, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 5 Bd. 2, Bl. 117–119v.

⁴ Korrespondenzen und Voten ab Ende Januar 1841 zur Absicht Friedrich Wilhelms IV., ständische Ausschüsse einzurichten, in: Rep. 89, Nr. 13973, n.f.

⁵ Ein Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 1, Bl. 19–27v.

⁶ Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 2, Bl. 43–44v und 46–47.

Entwürfe an die Landtage aus.⁷ In der Fassung abweichende Stellen der Propositionsdekrete für die Schlesischen, Westfälischen, Pommerschen, Sächsischen, Preußischen und Posenschen Landtage. Für die letzten beiden ergehen besondere Einleitungen zu dem Propositionsdekrete.

⁷ Das Protokoll der Staatsministerialsitzung v. 2.3.1841 hielt fest, daß die Entwürfe zu jenen Propositionsdekreten wegen Beratung der Provinzialrechte für Preußen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Westfalen in der gemeinsamen Sitzung am 22.2.1841 nicht die königliche Genehmigung erhalten hatten, dort Bl. 264–264v.

Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Februar 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 256–263v [Teilprot. 13a–d]; MF 233. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [zu 4; U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [zu 4], Werther [U], Eichhorn [U], Thile [zu 4], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Cosel [für Rauch U], Frantz [zu 4], Hesse [zu 1–2], Löwenberg [zu 1–3], Philipsborn, v. Stein-Kochberg [beide zu 4].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 3. Pensionssache. [B] — 4. Regulativ¹ hinsichtlich der formellen Handhabung des Zensurwesens im Allgemeinen und der Reorganisation des Ober-Zensur-Kollegiums insbesondere: Kritik G. v. Rochows an der im Art. VI des Zensur-Edikts² von 1819 vorgegebenen Tätigkeit des Ober-Zensur-Kollegiums; Verweis Eichhorns dagegen, daß die Zensur-Ministerien selbst recht praktische Gesichtspunkte über die Stellung und das Verhältnis des Ober-Zensur-Kollegiums, auch zu den Oberpräsidenten sowie den Regierungspräsidenten und Zensoren, entwickeln müssen. Dann erst kann das Staatsministerium über die dem Ober-Zensur-Kollegium zu stellende Aufgabe beraten. Information an den König über den augenblicklichen Stande. [B]

¹ Das Regulativ als Entwurf mit der Instruktion für den Sekretär des Ober-Zensur-Kollegiums in: Rep. 77, Tit. 1 Nr. 34 Bd. 3, Bl. 69–84, dort auch die weitere Beratung im Staatsministerium. Gleiches in: Rep. 76, I. Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 4, n.f. Ein weiterer Entwurf aus dem Jahr 1839 und der Votenwechsel bis 1841 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 2. Voten und Korrespondenzen aus den Jahren 1838–41 ebd. in: Rep. 76, I. Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 3. Vgl. auch Sitzung am 6.11.1838 sowie Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 1 und Rep. 77, Tit. 1 Nr. 34 Bd. 2.

² Die nach den Bundesbeschlüssen aufgestellte VO v. 18.10.1819, GS, S. 224. Als Zensur-Ministerien fungierten Kultus-, Innen- und Außenministerium.

Nr. 38 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 23. Februar 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 21 Bd. 1, Bl. 83–84v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler, Ph. Ladenberg, Rother, Werther, Eichhorn, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [v. Voß].

Provinzial-Landtage. Entwurf¹ zum Propositionsdekret für sämtliche Landtage [...] wegen des Steuererlasses, der nach Erwartungen des Königs das Wohl der ärmeren Klassen besonders berücksichtigen soll. Promemoria² über die Hauptverwaltung der Staatsschulden.

¹ Ein Entwurf v. 24.1.1841 in: Rep. 89, Nr. 13936, Bl. 36–38v; das Dekret v. 23.2.1841 z.B. gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 16 (Pommern 1841), S. 23–27.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 39 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 2. März 1841.

Entwurf¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 21 Bd. 1, Bl. 85–88v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler, Rother, Eichhorn, Cosel, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Blomberg [zu 1], G. v. Möller [zu 2].

1. Kreisstände. Die Verordnung² wegen der Befugnisse der Kreisstände soll für Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen und Posen [...] sofort erlassen werden. Da die Landtage von Preußen und der Rheinprovinz sich gegen die Befugnis der Kreisstände, bei Notständen Unterstützungen zu bewilligen, ausgesprochen haben, sind die Entwürfe für beide Provinzen den dortigen Landtagen nochmals vorzulegen. Regelung für jene Kreise, die aus Teilen zweier verschiedener Provinzen zusammengesetzt sind. [B] — **2. Propositionen** wegen der Provinzialrechte. Kamptz beantragt trotz des Einwandes³ von Friedrich Wilhelm IV., es bei dem seit 1836 praktizierten Verfahren zu belassen. Die Versammlung bekräftigt hingegen die Vorgehensweise des jetzigen Königs, den Landtagen lediglich die Verhandlungen über die Provinzialrechte und nicht die neuen Entwürfe vorzulegen. Festlegungen, welche Gesetzentwürfe den Landtagen jeweils mit dem betreffenden Provinzialrecht zugleich [...] vorzulegen sind. [B]

¹ Es handelt sich eigentlich um eine Reinschrift. Das Protokoll muß auch vollzogen worden sein, da eine Teilabschrift zu TOP 2 dies so ausweist, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 2, Bl. 60v. Zu TOP 2 vgl. auch das Protokoll der Staatsministerialsitzung ebenfalls v. 2.3.1841, TOP 1.

² Die VO für die ersten fünf Provinzen v. 25.3.1841, GS, S. 53. Entwürfe sowie eine Übersicht der Bemerkungen der Stände sämtlicher Provinzen und der Landtags-Kommissare, in: Rep. 89, Nr. 13934, Bl. 29–44 sowie Rep. 90, Tit. XLVII Gen. Nr. 7 Bde. 1–2.

³ Vgl. gemeinsame Sitzung am 22.2.1841.

Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 264–297 [Teilprot. 14a–d, f]; MF 233/234.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [zu 1–2, 5; 1–4 U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 1–2, 4–5; 1–4 U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 2, 5–6], Bötticher, v. Cosel [für Rauch U], G. v. Möller, Frh. v. Müffling [beide zu 1], v. Stein-Kochberg [zu 3], Triedwind [zu 4], v. Voß [zu 1].

1. Entwürfe¹ von Propositionsdekreten wegen Beratung der Provinzialrechte an die Provinzial-Landtage der Provinzen Preußen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Westfalen: *Vortrag über die gegenwärtige Lage der Revision der Provinzialrechte und Grundsatzdiskussion, ob der seit 1836 praktizierte Ablauf in der legislativen Beratung der Entwürfe zu den Provinzialgesetzbüchern weiterhin nach dem gewöhnlichen Geschäftsgange erfolgen soll, auch unter dem Aspekt einer Konkurrenz der Provinzialstände bei der Anfertigung der Provinzial-Gesetzbücher*². Das Staatsministerium – zwar für die Beibehaltung der praktizierten Verfahrensweise – fühlt sich doch nicht ermächtigt, bei der vom König in der Sitzung am 22.2.1841 ausgesprochenen [...] Ansicht über das Verfahren bei der Provinzialrechts-Revision von dem in dem Protokolle vorgezeichneten Wege abzugehen und bei ihm anderweitige Anträge zu machen. *Veränderte Fassungen der Propositionsdekrete an die Landtage von Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Westfalen sowie spezifische Vorlagen für die einzelnen Landtage von Preußen, Brandenburg und Schlesien.* [B] — 2. *Katholische Kirche.* Entwurf³ zu einer Verordnung über die Verteilung der Einkünfte erledigter katholischer Kuratstellen zwischen den Erben der Kuraten und dem nachfolgenden Kuraten in den rechtsrheinischen Teilen der Diözesen Köln, Trier und Münster sowie in der Diözese Paderborn. *Eventuell auch Erstreckung der Verordnung auf die linksrheinischen Diözesen-Anteile und Regelungen zum Nachgenuß.* [B] — 3. *Eherecht.* Entwurf⁴ einer Verordnung über im Inlande einzugehende Ehen zwischen Fremden und Inländerinnen. [B] — 4. Stempelfreiheit der Gesuche um Befreiung von den Landwehrübungen.⁵ [B] — 5. *Katholische Kirche.* Auslegung eines Kabinettsbefehls⁶ hinsichtlich des Patronatsrechts der eingegangenen geistlichen Güter in Süd- und Neustpreußen vom 12. Februar 1798. [B] — 6. Gesuch⁷ des Dompropstes von Pryluski zu Gnesen um Entbindung von der ihm als Patron der Kirche zu Gozdowo auferlegten Bauverbindlichkeit.

¹ Diese Entwürfe, allgemein datiert auf März 1841 und vom gesamten Staatsministerium jeweils unterschrieben, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 82, Bl. 94–104. Dort auch Bl. 88–93 der *Immediatbericht v. 10.3.1841 mit vier Anlagen sowie die KO v. 13.3.1841, mit der die Konferenzbeschlüsse v. 22.2.1841 zu den Propositionsdekreten an die Provinzialstände von Preußen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Westfalen über die Provinzialrechte bekräftigt und vollzogen wurden*, Bl. 106. Vgl. weiter Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 1, Bl. 78–79 und 101–101v. Vgl. dazu auch Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 536–545 sowie Neugebauer, Wolfgang, *Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus*, Stuttgart 1992, S. 456–458. Reichhaltiges Material aus dem ersten Halbjahr 1841 zur ständischen Frage, u.a. ausführliche Promemoria von Rochow, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 1 Bde. 1–2. Ein eigenhändiges Schreiben Wilhelms an den König v. 18.4.1841 zum Politischen Testament Friedrich Wilhelms III., einschließlich zur ständischen Frage, in: BPH, Rep. 50, E 2 Nr. 2, Bl. 20–25.

² Vgl. Sitzungen am 8.1.1833, 15.11.1836 und 7.1.1837. Ein Schreiben Kamptz' v. 31.3.1841 an Ph. Ladenberg mit den revidierten Entwürfen der Provinzialrechte, in: Rep. 87, C Nr. 13, n.f.

³ Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XXI Gen. Nr. 2 Bd. 2, Bl. 12–14, dort auch die Korrespondenz des Kultusministeriums mit kirchlichen Stellen. Der Entwurf auch in: Rep. 84, II 2 K Nr. 11, Bl. 77–88 und 93–96 sowie Rep. 84a (M), Nr. 7392, Bl. 24–49v. Ein früherer Entwurf von 1840 und entsprechende Korrespondenzen dazu in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XXI Gen. Nr. 2 Bd. 1, Bl. 206–215.

⁴ Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 35 Bd. 2, n.f. Dort auch zahlreiche vorausgegangene Voten. Gleiches in: Rep. 90, Nr. 11894, Bl. 75–82v; die VO v. 28.4.1841, GS, S. 121. Zur weiteren Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XVI Gen. Nr. 10 Bd. 1.

⁵ Voten, die Relation von Triedwind v. 10.11.1840 sowie der *Immediatbericht v. 3.4.1841*, in: Rep. 90, Nr. 1531, n.f. Vgl. KO v. 24.4.1841, GS, S. 93.

⁶ Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XXV Gen. Nr. 1 Bd. 1, n.f. Der Kabinettsbefehl regelte für Süd- und Neustpreußen, daß nur das dingliche, nicht aber das personalische Patronatsrecht dem Fiskus zugeeignet wurde. Dort auch die Korrespondenz mit den betreffenden Regierungen seit 1800, Voten und die weitere Beratung im Staatsministerium. Gleiches in: Rep. 84, II 2 K Nr. 3.

⁷ Eine KO v. 18.7.1840 zum Gesuch, der Entwurf eines *Immediatberichts von Mitte März 1841, Voten sowie die KO v. 30.6.1841, durch die Pryluski einstweilen von den Bauverbindlichkeiten befreit wurde*, in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XXV Gen. Nr. 1 Bd. 1, n.f. Voten auch in: Rep. 84, II 2 K Nr. 3, Bl. 77–85. In einem Zirkular v. 31.3.1840 hatte der Kultusminister in Übereinstimmung mit dem Justizminister alle Regierungen informiert, daß ein Patron nach ALR höchstens ein Drittel der Kosten zu geistlichen Bauten zu bestreiten habe, vgl. Avenarius, Bd. 2, S. 111 f.

Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 298–309 [Teilprot. 15a–f]; MF 234.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [1–3 U], Boyen¹ [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Göschel [zu 5–6], Löwenberg [zu 1–3], G. v. Möller [zu 4], Paalzow [zu 1–2, 4], Schweder [zu 3].

1. Gehaltssache. [B] — **2.–4. Drei Disziplinarsachen.** [B] — **5.** Differenzen zwischen der Stadt Danzig und der Vorstadt Neufahrwasser [...] um Trennung aus dem Kommunalverbande.² [B] — **6. Neufassung und Vereinfachung des gerichtlichen Eides für Zeugen, Sachverständige und Taxatoren.**³ [B]

¹ *Boyen nahm hier nach seinem Wiedereintritt ins Staatsministerium zum 1. März als Kriegsminister erstmals wieder an einer Sitzung teil und rückte wegen seiner schon 1814 erstmals erfolgten Ernennung zum Staatsminister in der Anciennität ganz nach vorn, vgl. KO v. 1.3.1841 in: Rep. 90, Nr. 892, n.f. und Einleitung, S. 19.*

² *Der Votenwechsel seit März 1840, ein neuerliches Gesuch des Magistrats von Neufahrwasser auf Trennung v. 26.2.1841, der Immediatbericht v. 22.4.1841 sowie die abschlägige KO v. 6.2.1842, in: Rep. 90, Tit. XVII Prov. Preußen Nr. 2, Bl. 19–50.*

³ *Vorangegangene Korrespondenzen und Voten, der Entwurf einer VO zur Abänderung der Eidesformeln für Zeugen und Sachverständige sowie dessen weitere Beratung, auch im Staatsrat bis 1844, in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 49 Bd. 2. Vgl. weiter Rep. 84a (D), Nr. 10547, vor allem Bl. 95–104 und 137e–f sowie Bl. 145–157g ein Entwurf des Eides, Bl. 157h–i der Immediatbericht und ein weiterer Entwurf. Vgl. VO v. 28.6.1844, GS, S. 249.*

Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 16. März 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 310–317v [Teilprot. 16a–c]; MF 234/235. — Teildruck [TOP 1]: Reif, Heinz, Friedrich Wilhelm IV. und der Adel, in: ZfG, 43 (1995), S. 1099–1101.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Werther [U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2], Mathis [zu 1 und 3].

1. Adel. Aufforderung Friedrich Wilhelms IV.¹ über die Modifikationen, bei künftig zu erteilendem Adel zu berichten. *Das Staatsministerium hält das vom König beabsichtigte System beschränkter Vererblichkeit des Adels für äußerst bedenklich und sieht kein Bedürfnis, zur Stärkung des Adels neue Privilegien – insbesondere bei Nobilitierungen – aufzustellen. Bitte an den König, bei dessen Widerspruch legislative Maßregeln zu vermeiden.* [B] — **2. Pensionssache.** [B] — **3. Patrimonialgerichte.** Vereidung der Stellvertreter, welche die Patrimonial-Gerichtsherren bei Ausübung

¹ *Die KO v. 13.10.1840 in: Rep. 90, Nr. 2007, Bl. 28. Dort auch die Voten, der Immediatbericht v. 31.3.1841, Bl. 32–109v sowie die weitere Behandlung im Staatsministerium bis 1872. In: Rep. 89, Nr. 50, Bl. 131–134v ein Bericht über eine Konferenz beim König am 26.10.1843. Der Immediatbericht auch gedruckt bei Reif, Heinz, Friedrich Wilhelm IV. und der Adel, in: ZfG, 43 (1995), S. 1102–1111. Vgl. auch Sitzung am 8.6.1853. Vgl. weiter Barclay, David E., Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995, S. 117 sowie Reif, Heinz, Adelspolitik in Preußen zwischen Reformzeit und Revolution 1848, in: Restaurationssystem und Reformpolitik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich, hrsg. von Hans-Peter Ullmann u. Clemens Zimmermann, München 1996, S. 199–224, bes. S. 221.*

der Polizeigerichtsbarkeit [...] bestellen können; Majorität entscheidet sich für die Zweckmäßigkeit einer Verpflichtung.² [B]

² Entwürfe für eine KO v. 1840 sowie für den Immediatbericht in: Rep. 77, Tit. 349a Nr. 1 Adhib. 1 Bd. 2, n.f. Gleiches mit mehreren Voten auch in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1, Bl. 157–176. Vgl. auch VO v. 24.4.1846, GS, S. 167 sowie allgemein Werthmann, Sabine, Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ein Beitrag zur deutschen Justizgeschichte des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1995, S. 17–34.

Nr. 43 Sitzung des Staatsministeriums am 23. März 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 318–332v [Teilprot. 17a–g]; MF 235. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3, 5–7], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–7; U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [zu 2–7; U], Stolberg-Wernigerode [zu 1 und 4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Hesse, Jähnigen [beide zu 1], Kühne [zu 5], Messerschmidt [zu 2], Nobiling [zu 4 und 6], A. v. Pommer-Esche [zu 3], v. Raumer, Tellemann [beide zu 7; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Kostenvergütung für die Dienstreisen der Militär-Intendanten, Ausdehnung auch auf das Justizministerium für die Vizepräsidenten der Obergerichte. [B] — 3. Keine Bedenken gegen Gestattung der Eisenbahnanlage von Breslau über Liegnitz und Görlitz nach der sächsischen Grenze zum Anschlusse an die projektierte Bahn von dort über Bautzen nach Dresden.¹ [B] — 4. Jagd. Die Verordnung² vom 18.5.1839, wodurch die in der Holz-, Mast- und Jagd-Ordnung für das Herzogtum Magdeburg und das Fürstentum Halberstadt vom 3.10.1743 auf die Verletzung der Schonzeit des Wildes gesetzten hohen Strafen ermäßigt worden sind, ist auf die gesamte Monarchie auszudehnen. Aussetzung der näheren Beratung, bis sich die Provinzialstände [...] über den ihnen zur Begutachtung vorgelegten Entwurf zur Forst- und Jagdpolizei-Ordnung geäußert haben. [B] — 5. Erhöhung der Gehälter der Regierungen dritter Klasse zu Köslin, Stralsund und Gumbinnen und folgeweise auch der Oberlandesgerichte zu Köslin und Insterburg auf die für die Regierungen resp. Obergerichte zweiter Klasse angenommenen Sätze: Bewilligung einer Präsidial-Vertretungs-Zulage bei den Obergerichten abgelehnt. Die gemachten Vorschläge sollen zugleich auf die Obergerichte zu Hamm, Arnberg und Bromberg ausgedehnt werden.³ [B] — 6. Das von der vormaligen Kriegs- und Domänenkammer in Posen unterm 1. Mai 1794 erlassene Publikandum⁴ zur Untersuchung und Bestrafung der vorgekommenen Forst- und Jagd-Kontraventionen soll lediglich noch bis zum Inkrafttreten der ausgearbeiteten allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung gesetzliche Gültigkeit haben. [B] — 7. Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Vgl. die vorbereitenden Papiere, den Immediatbericht v. 22.4.1841 sowie die befürwortende KO v. 14.5.1841, in: Rep. 90a, K III 3 Nr. 12 Bd. 1, n.f.

² GS, S. 216.

³ Die Bearbeitung im Finanzministerium, Auflistungen für die einzelnen Regierungen, der Immediatbericht v. 29.4.1841 sowie die KO v. 30.5.1841, in: Rep. 151, I B Nr. 152, n.f.

⁴ Vgl. dazu das Reskript an die Pommersche Regierung wg. Statthaftigkeit fiskalischer Untersuchungen von Jagd-Kontraventionen v. 19.5.1794, in: N.C.C., Bd. 9, Sp. 2189.

Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums am 30. März 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 40, Bl. 333–347 [Teilprot. 18a–e]; MF 235.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3 und 5], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [zu 1–2, 4–5; U], Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Honig [zu 1], Kisker [zu 3], ORegR Köhler [zu 5], Löwenberg [zu 1], v. Raumer [zu 2], Scholz [zu 4], Voswinckel [zu 2–3].

1. Reklamationssache. [B] — **2. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **3. Konkurse.** *Die Notwendigkeit für einen neuen Entwurf¹ einer Deklaration zu Teilen der AGO, hinsichtlich das den persönlichen Pflichten und Abgaben im Konkurse eingeräumte Vorzugsrecht, ist zu prüfen. Klärung, was unter beständig fortlaufenden Lasten und Pflichten zu verstehen ist.* [B] — **4. Untersuchungskosten.** Entwurf² einer KO, betr. einige ergänzende Bestimmungen über den Kostenpunkt in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen, z.B. bei Einlegung der Aggravation. *Spezialdiskussion zur Übernahme der Kosten für das Verfahren verschiedener Instanzen sowie zur Ausdehnung der Verordnung auf alle Arten von Untersuchungen.* [B] — **5. Ostpreußisches Provinzialrecht.** *Die Aufhebung der Bestimmung des Zusatzes 8³, nämlich über Freiheit der Eigentümer zu Reparaturen, Um- und Neubauten auf ihren Grundstücken, ist bis zum Abschluß der Landtags-Verhandlungen aufzuschieben.* [B]

¹ *Der Entwurf (Druck) in: Rep. 151, I C Nr. 514, Bl. 33. Ebd. Voten, der Vortrag Mühlens v. 8.4.1840, Bemerkungen von Kamptz darauf vom Mai 1840 sowie die Diskussion im Staatsministerium bis zum Entwurf eines Immediatberichts vom Dezember 1841, auch in: Rep. 84a (M), Nr. 8510, Bl. 22–68, 80–89 und 194–245v. Die gutachterlichen Berichte der Landes-Justiz-Kollegien dazu in: Rep. 84a (M), Nr. 8513. Die letztgenannten Materialien zur Beratung im Staatsministerium einschließlich der KO v. 8.3.1842 auch in: Rep. 90a, X II 7 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 121–209.*

² *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 1, n.f. Dort auch die vorherigen Voten sowie der Immediatbericht v. 7.4.1841.*

³ *Dieser Zusatz enthielt die Bestimmungen für die Anlegung neuer bzw. die Verlegung alter Feuerstellen, vgl. Ostpreußisches Provinzialrecht, Berlin 1801/02, S. 7. Der Beschluß des Staatsministeriums in: Rep. 87, C Nr. 13, n.f.*

Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 6. April 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 1–24v [Teilprot. 19a–g]; MF 235/236.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3, 6–7; 7 U], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [zu 1, 3–7; U], Ph. Ladenberg [zu 1–6; 1–5 U], Rother [U], Alvensleben [zu 2–7; U], Werther [zu 1, 3–7; U], Eichhorn [zu 1–3, 6–7; U], Thile [zu 2–3, 6–7; U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [a] Voswinckel [U]; [b–g] [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 4–5], Bötticher, Neander [zu 3 und 7], Paalzow [zu 1, 4–5], Simon [zu 6], Voswinckel [zu 1].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Schutz der Geistlichen in Ehescheidungsprozessen vor Zeugenverhören über Beichtgeheimnisse;** Anweisung an die Pfarrer.¹ [B] — **3. Eherecht.** *Anläßlich der Wiederverheiratung eines katholischen Ehegatten nach dem Übertritt zur evangelischen Kirche sind Bedin-*

¹ *Mehrere Voten sowie der Beschluß des Staatsministeriums v. 1.11.1841 in: Rep. 84a (M), Nr. 9249, Bl. 60–71. Vgl. dazu Blasius, Dirk, Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive, Göttingen 1987, S. 56 f., die Verfügung des Justizministers v. 26.6.1841 dort abgedr. S. 240, Anm. 8.*

gungen zu formulieren, wonach der Konfessionswechsel nur aus innerer Überzeugung und nicht aus weltlichen Rücksichten vollzogen werden darf. Im Gesetzentwurf² über die Ehescheidungen ist eine Wartezeit für die Wiederverheiratung getrennter Ehegatten festzulegen. [B] — 4.–5. Zwei Gehaltssachen. [B] — 6. Förmlichkeiten bei Gerichtsverhandlungen gegen Wenden. Aufnahme eines wendischen Nebenprotokolls nur bei schweren Kriminalfällen; Verpflichtung eines Dolmetschers in den Gegenden, wo die wendische Sprache in Gebrauch ist.³ [B] — 7. Evangelische Kirche. Forderungen⁴ vom Magistrat der Stadt Berlin gegen die Übernahme von Nebenämtern durch Geistliche. Über die Annahme des Nebenamtes sollen sowohl der Patron als auch der Kirchenvorstand gehört werden. [B]

² Ein Entwurf von 1835 mit Mühlers Votum in: Rep. 100, Nr. 279, n.f. Ein weiterer Entwurf, vorgelegt vom Ministerium für die Gesetz-Revision im Juli 1842 mit Motiven und Beilagen, in: Rep. 84a (M), Nr. 9249, Bl. 124–173v. Die Wartezeit zur Wiederverheiratung war dort auf zwei Jahre nach Rechtskräftigkeit des Scheidungsurteils formuliert (§ 21), Bl. 128. Die KO v. 20.7.1840 sowie im Sommer/Herbst 1840 abgegebene Voten zum Problem des Konfessionswechsels, in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

³ Der vorherige Votenwechsel sowie die Beratung mit den Regierungen Liegnitz und Frankfurt/O., der Immediatbericht v. 14.6.1841, der Entwurf einer VO vom Juni 1841 und die Beratung im Staatsrat und bis hin zum Gesetz v. 11.5.1843 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 161, Bl. 1–94v.

⁴ Die Forderungen des Berliner Magistrats nach Verbot der Übernahme von Nebenämtern schon in einem Brief an den König v. 27.4.1832 formuliert, erneuert im Zusammenhang mit der im Protokoll erwähnten Berufung des Predigers Orth und festgehalten in einem Schreiben des Provinzialkonsistoriums an das Kultusministerium v. 17.2.1840, in: Rep. 76, III Sect. 12 Abt. XIX–XX Nr. 23 Bd. 1, n.f. Der Immediatbericht v. 14.6.1841 sowie die KO v. 25.8.1841, betr. die bei Genehmigung der Übernahme von Nebenämtern seitens der Geistlichen und öffentlichen Lehrern anzuwendenden Grundsätze, in: Ebd. Bd. 2, n.f. Vgl. auch Eichhorns Zirkular-Verfügung an alle Konsistorien v. 31.10.1841, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 10–12. Weiteres Material in: Rep. 76, III Sect. 1 Abt. XVII Nr. 22 Bd. 1 und ebd., Nr. 96.

Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 13. April 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 25–34 [Teilprot. 20a–d, f–g]; MF 236. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Nagler [zu 1–3, 5–6], Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther [zu 1, 3, 5–6], Eichhorn, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1–5], Marquard [zu 3], v.u.z. Mühlen [zu 2], Österreich [zu 5], Paalzow [zu 1–2, 4; 1 und 4 U], Gf. v. Schlieffen [zu 6], Tellemann [zu 1 und 4; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Gehaltssache. [B] — 3. Kaufstempel für die Brüdergemeinde zu Herrnhut. [B] — 4. Disziplinarsache. [B] — 5. Schiffahrt. Anwendbarkeit [...] des Allgemeinen Landrechts auf die [...] Rechtsverhältnisse zwischen Reedern, Schiffen und Befrachtern in der Stromschiffahrt.¹ — 6. Standesherrn. Das Gesuch² des Freiherrn Grote um Entschädigung für die, durch die Mediatisierung der vormals reichsunmittelbaren Herrschaft Schauen erlittenen Verluste mit einer Abfindung von zehntausend Thalern wird befürwortet. [B]

¹ Eine KO v. 2.9.1840, Voten, einzelne Beschwerden und Korrespondenzen zwischen Gerichten und dem Justizministerium über eine notwendige legislative Beratung der Rechtsverhältnisse, in: Rep. 84a (M), Nr. 8004, Bl. 144–174v.

² Das Gesuch v. 12.2.1840 in: Rep. 90, Nr. 58, n.f. Dort auch mehrere Voten, Immediatberichte v. 20.8.1841 und 3.3.1842 sowie die befürwortende KO v. 30.3.1842.

Nr. 47 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 20. April 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 35–58v [Teilprot. 21a–c]; MF 236/237.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [zu 3]¹, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Werther [zu 2–3; U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [a] Voswinckel [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Frh. v. Müffling [zu 3], Paalzow [zu 1], A. v. Pommer-Esche [zu 3], Seyffert [zu 2], Voswinckel [zu 1; U].

1. Reklamationssache. [B] — 2. Pensionssache. [B] — 3. Streckenverlauf und Finanzierung der Eisenbahn von Halle über Kassel nach Lippstadt in Hinblick auf eine kurze Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen sowie in Ansehung ihrer Benutzung für militärische Zwecke². Verständigung mit der Kurhessischen und den Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen Regierungen über eine Linie von Halle über Merseburg, Naumburg, Weimar, Erfurt, Gotha und Eisenach bis nach Frankfurt a.M.; zuvor jedoch Absicherung des Baus der Bahn von Eisenach nach Kassel und weiter bis Lippstadt.

¹ *Friedrich Wilhelm IV. ist in der Anwesenheitsliste nicht aufgeführt, aber aus dem Protokolltext auf Bl. 44 und 56 geht seine, zumindest zeitweilige Teilnahme hervor. Weiterhin belegt ein Schreiben Alvenslebens an Thile v. 30.4.1841 die Anwesenheit des Königs, vgl. Rep. 89, Nr. 3689, n.f. bzw. auch Einleitung, S. 21 f. mit Anm. 99.*

² *In einer auf den 30.9.1839 datierten Denkschrift hatte Nagler diese Strecke, auch mit Rücksicht auf militärische Interessen, als die allerwichtigste Eisenbahn-Anlage im Preußischen Staate bezeichnet, weshalb er sich für den Bau auf Staatsrechnung ausgesprochen hatte, vgl. BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 52, Bl. 6–11, bes. Bl. 8. Die Denkschrift enthielt ferner Naglers Vorstellungen über die Verhandlungen mit Kurhessen. Der Vertrag mit Kurhessen und den thüringischen Herzogtümern v. 20.12.1841 (Druck) in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 10, Bl. 21–23v. Die weiteren Verhandlungen und Verträge zum Bau der Bahnlinie im Jahre 1844 in: Rep. 93, E Nr. 3643. Der Immediatbericht v. 31.12.1841 wegen Benutzung der Eisenbahnen für militärische Zwecke in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 27, Bl. 17–20. Vgl. auch Sitzungen am 26.11.1836 und 21.3.1837.*

Nr. 48 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1841.

Vollz. Reinschriften mit Textverlusten und Korrekturen¹, Bd. 41, Bl. 59–75v [Teilprot. 22a–g]; MF 237. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler [beide zu 1, 3–7], Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Werther [beide zu 1, 3–7], Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1–4, 6], Bornemann [zu 1 und 3], Keller [zu 4], G. v. Möller [zu 1], Philipsborn [zu 5], A. v. Pommer-Esche [zu 6].

1. Stempel. Die Beschwerde² des fünften Rheinischen Provinzial-Landtages zur Auslegung der KO wegen der bei Erbauseinandersetzungen zu verwendenden Stempel wird als unbegründet zurück-

¹ *Die Textverluste bei TOP 1 durch Aktenbindung des Teilprot. 22a; die Korrekturen im Teilprot. 22b, wo Thile zu TOP 2 auf Bl. 62 ergänzte: Nicht bei der vorhergehenden, sondern bei der hier erwähnten Formel ist soweit mir erinnerlich, und wie es auch in der Sache selbst begründet ist, der Einwand erhoben worden, daß dadurch die spätere Begnadigung ausgeschlossen werde. Darunter noch Bestätigungen von Stolberg-Wernigerode und Eichhorn.*

gewiesen. [B] — 2. Todesstrafe. Auf Wunsch Friedrich Wilhelms IV. ist eine neue Bestätigungsformel für Todesurteile auszuarbeiten, welche nicht mehr zugleich den unmittelbaren Befehl zu deren Vollstreckung enthalten soll. [B] — 3. Kontroverse zwischen Mühler und Alvensleben über die weitere Verwendung von Diebesgeldern.³ [B] — 4. Ansiedlungen. Berücksichtigung des Kirchen- und Schulbedürfnisses bei der Gründung neuer Ansiedlungen⁴; wegen des Zusammenhangs zu dem gegenwärtig den Provinzial-Landtagen vorgelegten Parzellierungs-Gesetz; vertagt. [B] — 5. Amts- bzw. Berufszulassung. Für jeden preußischen Untertan besteht die Verpflichtung zum Studium auf einer Landesuniversität, bevor er sich um ein öffentliches Amt oder um die Zulassung zur medizinischen Praxis innerhalb Preußens bewerben kann. Notwendigkeit einer [...] gesetzlichen Regelung; Modalitäten zur Studienzeit; Möglichkeit der Dispensation.⁵ [B] — 6. Zulässigkeit einer Eisenbahn von Dürrenberg nach Leipzig frühestens nach erfolgtem Bau der Bahn von Halle nach Merseburg.⁶ [B] — 7. Kompetenz der Oberpräsidenten bei Ausleihung der Sparkassen-Bestände durch die Kommunen.⁷ [B]

² Rumpf, Verhandlungen, Bd. 15 (Rheinprovinz 1837), S. 299 und 445. Die KO zur Aufhebung von § 10 des Stempelgesetzes von 1822 und die Bestimmungen des bei Erbaueinandersetzungen von den übernommenen Nachlaßgegenständen zu entrichtenden Wertstempels v. 24.12.1834, GS, 1835, S. 3.

³ Der Bericht des Oberlandesgerichts Posen v. 23.11.1839 zum Fall des Diebes Aurelius Brzykowski sowie Korrespondenzen und Voten, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 158, n.f.

⁴ Der seit Mai 1839 erfolgte Votenwechsel über die gesetzlichen Vorschriften und zu beobachtenden Grundsätze in: Rep. 90, Tit. XXVI A Nr. 195, Bl. 60–91v sowie Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 89 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. dazu ein Promemoria vom Februar 1841 in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 2, Bl. 95–102 sowie Bemerkungen dazu vom April 1841 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 28, n.f. Die KO v. 30.6.1841, GS, S. 139.

⁶ Ein den Beschluß bekräftigendes Votum Arnims v. 3.10.1844 in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 34, n.f.

⁷ Vgl. KO v. 26.7.1841, GS, S. 287.

Nr. 49 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Mai 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 76–98 [Teilprot. 23a–f]; MF 237/238. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow [zu 1, 3–5], Rother, Alvensleben [beide zu 1–5], Werther [zu 3], Nagler [zu 1–2, 4–6], Eichhorn, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischof [zu 6], Bötticher [zu 1–2, 4–6], Mathis [zu 4–5], Paalzow [zu 6], GehRegR Schulz [zu 2], A. W. Schulze [zu 1].

1. Entwurf¹ eines Statuts für die in der Rheinprovinz zu errichtende [...] Hagel-Versicherungs-Anstalt. Festsetzung eines Maximi für die Versicherungssumme sowie Ausdehnung der Versicherungen auf Wein; den Provinzialständen ist dies in einer beigegefügtten Denkschrift zum Propositionsdekret für den 6. Rheinischen Provinzial-Landtag darzustellen. [B] — 2. Juden. Nichtzulassung der jüdischen Gutsbesitzer zu den landschaftlichen Kreisversammlungen [...] in Schlesien. [B] Kamptz² betont, daß er zwar für deren Teilnahme ist, aber daß die aktive und passive Wahlfähig-

¹ Der überarbeitete Entwurf mit Denkschrift in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 2, n.f.; gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 60–73 und 279–285, ebd. das Propositionsdekret v. 24.5.1841, S. 28. Die Denkschrift sprach sich gegen eine Versicherung des Weins aus.

² Vgl. auch sein Votum v. 26.1.1841 in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 3–4. Ein Votum Rochows v. 15.12.1840 in: Rep. 151, I C Nr. 534, n.f. Ansichten Friedrich Wilhelms IV. und des Staatsministeriums allgemein zur Judenpolitik nach dem Thronwechsel 1840 vgl. bei Brammer, Annegret H., Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987, S. 251–255.

keit zu landschaftlichen Ämtern den jüdischen Gutsbesitzern allerdings immer versagt sein muß. — **3.** *Im Zusammenhang mit einem Kompetenzkonflikt zwischen [...] Mühler und Rochow Grundsatzdiskussion darüber, daß in einem von der Majorität des Staatsministeriums erstatteten Immediatbericht individuelle Abweichungen möglichst zu vermeiden sind. Materiell besteht in der konkreten Prozeßsache keine Veranlassung zu einem Kompetenzkonflikt; allgemeine Verfahrensweise bei dessen Erhebung und Wiederaufnahme. Deckung der Kosten und Schäden aus einem öffentlichen Fonds.*³ [B] — **4.** *Beamtenbeleidigungen. Meinungsverschiedenheit zwischen [...] Mühler und G. v. Rochow zur Auslegung der KO*⁴ *über die Vorgehensweise gegen Beamtenbeleidigungen in Immediatbeschwerden.* [B] — **5.** *Eide. Recht der schlesischen Fürsten und Standesherrn auf einen Treueeid von ihren Untersassen sowie Fassung der Eidesformel.*⁵ [B] — **6.** *Disziplinar- und Pensionssache.* [B]

³ *Korrespondenzen, Schreiben und Voten seit Dezember 1840 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 30, Bl. 42–54.*

⁴ *Die KO v. 20.8.1831 hatte angewiesen, daß derartige Beleidigungen von Amtswegen fiskalisch nicht zu untersuchen sind, es sei denn, der König selbst hält dies für notwendig, vgl. Avenarius, Bd. 1, S. 76 (Auszug). Über das nun vorgeschlagene Verfahren vgl. die Zirkular-Verfügung Mühlers an sämtliche Gerichtsbehörden v. 9.2.1842, in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 52. Die Zirkular-Verfügung von Rochow und Alvensleben an sämtliche Regierungen v. 20.4.1842, in: Rep. 89, Nr. 3702, n.f. Vgl. weiter Rep. 76, II Sekt. 1 Gen. a Nr. 63, n.f.*

⁵ *Einige Berichte und Voten bis Mai 1841 sowie die weitere Behandlung dieser Frage im Staatsministerium bis 1848, in: Rep. 84a (M), Nr. 3395 sowie Rep. 84, II 2 S Nr. 9. Der Immediatbericht v. 8.6.1841 in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 4, n.f.; ein Auszug auch in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 3 Bd. 1, n.f., dort auch die KO v. 17.7.1841. Vgl. weiter Sitzungen am 20.2.1838 und 24.3.1840 sowie GS, 1838, S. 81 und Rep. 84a (M), Nr. 3394, n.f.*

Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 11. Mai 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 41, Bl. 99–125v [Prot. 24a]; MF 238.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Boyen [U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Werther, Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Ruppenthal.

Strafrecht: Ruppenthals Denkschrift¹ mit Kritik über die Angleichung der Rheinischen Strafrechtspflege an die landrechtlichen Strafbestimmungen gemäß der KO² vom 2.8.1834. Historische Abhandlung des Problems seit 1821; Kostenfrage; Notwendigkeit von zweifachen Untersuchungen [...] nach Preußischen und nach Rheinischen Gesetzen; Öffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen; Anwendung der Strafbestimmungen des Allgemeinen Landrechts auch auf die Rheinischen Justizbeamten. Konträre Voten hinsichtlich sowohl der materiellen Strafbestimmungen des Landrechts als auch der Form des Verfahrens nach der Kriminal-Ordnung von 1805. [B]

¹ *Die Denkschrift v. 31.8.1840 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 4, Bl. 43–101. Dort auch Voten vom Dezember 1840 bis April 1841, Bl. 107–142. Vgl. zum Problem auch Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 5, Bl. 1–13. Vgl. weiter VO v. 18.2.1842 wg. veränderter Vorschriften über die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen gegen den Staat und der Beamten im Bezirk des Appellationshofes zu Köln, GS, 1842, S. 86. Vgl. allgemein: Die Rheinprovinz 1815–1915. Hundert Jahre preußische Herrschaft am Rhein, bearb. u. hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 1, Bonn 1917, S. 165–175.*

² *KO wg. Deklaration der Gesetze von 1821, betr. Strafgesetze und Verfahren in den Rheinprovinzen bei Staatsverbrechen und Dienstvergehen der Beamten, GS, S. 148.*

Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 126–136v [Teilprot. 25a–b]; MF 238/239. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Kühne [zu 2], Triedwind [zu 1].

1. Militärbeamte. Gesuch¹ des Divisions-Auditeurs Weigelt zu Magdeburg, bei eventueller fixer Anstellung als Rat die unentgeltliche Nebenbeschäftigung im Justitiariat oder Militär-Departement [...] zu gestatten. [B] — **2. Kriegslastenforderungen aus der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz** für Lieferungen an kaiserlich-österreichische Truppen aus den Jahren 1794 und 1795²: Aufnahme in die Provinzialschuld des betreffenden Landesteils; Abgrenzung der Forderungen von nicht anerkennungsfähigen Ansprüchen; *Verfahrensweise* zur Liquidierung der fraglichen Lieferungsforderungen; Rücksprache mit dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. [B]

¹ *Das Gesuch v. 21.9.1840 in: Rep. 90, Tit. XXXV B Nr. 10, n.f. Dort auch der Votenwechsel und der Immediatbericht v. 15.6.1841 sowie die v. KO 7.7.1841.*

² *Im Protokoll irrtümlich 1795 und 1796 und dann mit Bleistift verbessert, in der Abschrift bereits die korrigierte Variante. Vgl. dazu Sitzung am 31.12.1839; die seitdem abgegebenen Voten und Korrespondenzen in: Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 6, Bl. 95–128. Zum Ergebnis vgl. den Westfälischen Landtags-Abschied v. 6.8.1841, gedruckt bei Nitschke, Verhandlungen, Bd. 21 (Westfalen 1841), S. 615–645 sowie die Denkschrift von Rother und Flottwell v. 1.12.1845, gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Provinz Westfalen 1845, S. 123 f.*

Nr. 52 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1841.

Vollz. Reinschriften mit Textverlusten¹, Bd. 41, Bl. 137–166 [Teilprot. 26a–e]; MF 239. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Werther [zu 3–4], Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 3], Bötticher, v. Meding, A. W. Schulze [beide zu 1, 4–5], Schweder [zu 2], Thoma [für Ph. Ladenberg 2 U].

1. Parzellierungen. Entwurf² zu einer neuen Verordnung wegen deren Beschränkung [...] in der Rheinprovinz nebst Motiven. *Diskussion der* von Bodelschwingh vorgeschlagenen Maßregeln auf 1. ein kreisweise festzusetzendes Maß für die Teilung einzelner Parzellen sowie 2. die Erleichterung zur Zusammenlegung und Vereinigung einzelner Parzellen. [B] — **2. Gewerbekonzessionen.** Erlaß einer [...] Verordnung³ zur Verbindlichkeit bei anderweiter Verleihung einer durch Geschäftsniederlegung oder Tod des Inhabers erledigten, persönlichen Konzession zum Apotheker-Gewerbe; *vertagt*. [B] — **3. Leitung und Beaufsichtigung der Verwaltung des katholischen**

¹ *Durch Aktenbindung, Bl. 145v und 146v.*

² *Der Entwurf in: Rep. 84a (M), Nr. 8048, Bl. 7–17v; dort ferner Bl. 1–6v ein Schreiben Rochows an Mühler mit seinem Votum v. 15.5.1841. Dieses mit einem Schreiben an Boyen auch in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f.; ebd. der ausführliche Immediatbericht v. 12.6.1841, der überarbeitete Gesetzentwurf sowie der Entwurf für das Propositionsdekret; letzteres auch in: Rep. 84a (M), Nr. 8048, Bl. 28–28v.*

³ *Der Entwurf einer VO, Voten und weitere Schriftstücke dazu bis 1846 in: Rep. 84, II 2 A Nr. 14; die KO v. 8.3.1842, GS, S. 111.*

Kirchen-Vermögens *durch die Bischöfe von Kulm und Ermland gleich den Bistümern* der übrigen Provinzen, in denen das ALR gilt. [B] — **4. Dismembrationen. Immediatschreiben**⁴ des Stadt- und Landgerichts Angerburg *über das Verfahren der Domänenverwaltung bei Dismembrationen von Grundstücken; strenges Vorgehen gegen Zerstückelung ganzer Bauernhöfe; Meinungsverschiedenheit [...]* über den eigentlichen Umfang der Befugnisse der Realberechtigten⁵ *und Verweis auf die Auseinandersetzungsbehörde [...], welche die Verteilung und resp. Ablösung der Reallasten zu bewirken und etwaige Streitigkeiten in dieser Beziehung definitiv zu entscheiden hat.* [B] — **5. Ablösungen.** Meinungsdivergenz *zwischen Innen- und Kultusministerium* über die Ablösbarkeit der nicht auf einem Erbpachtverhältnis beruhenden Leistungen an geistliche und ähnliche Institute. *Spezialdiskussion zur bestehenden Gesetzgebung, die nach der Ablösungs-Ordnung vom 7.6.1821 auch wider den Willen der Oberen und Vorsteher solcher Anstalten eine derartige Ablösung zuläßt; gegen eine Abänderung der bestehenden Vorschriften zu Gunsten der pia corpora sowie gegen eine allgemeine Abänderung des bei Kapital-Ablösungen zum Grunde zu legenden Zinssatzes.* [B]

⁴ *Die Immediatbeschwerde zur Prüfung des Verfahrens der Verwaltungsbehörden bei Dismembrationen der Grundstücke v. 27.11.1840 mit einem Bericht des Stadt- und Landgerichts dazu v. 6.10.1840, in: Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 30 Bd. 1, Bl. 122–128. Dort auch der vorherige Votenwechsel, Bl. 93–101, der Immediatbericht an den König v. 30.6.1841 sowie die weitere Beratung im Staatsministerium.*

⁵ *Vgl. § 29 der Ablösungs-Ordnung v. 7.6.1821, GS, S. 81 sowie § 2 des Landeskultur-Edikts v. 14.9.1811, GS, S. 301 f. Vgl. auch Sitzung v. 10.3.1840.*

Nr. 53 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 8. Juni 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 211–216v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß¹, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: W. v. Bonin.

Pommerscher Landtags-Abschied. Anhand der vom Landtage eingereichten Denkschriften² 25 Bescheids-Entwürfe zu verschiedenen, die ganze Monarchie betreffenden Gesetzentwürfen sowie zu Gesetzesprojekten speziell für die Provinz Pommern, wie z.B. zum Ober-Appellations-Gericht zu Greifswald und zur weiteren Unterstützung des Chaussebaues in Altpommern. [B]

¹ *Voß wird im Protokoll hier bereits unter den Anwesenden geführt, war aber bis zum 9.6.1841 noch Protokollführer und ab dann Mitglied der Immediat-Kommission, vgl. Rep. 89, Nr. 13913, Bl. 23. Vgl. auch Obenaus, Die Immediatkommission, S. 410–446, bes. S. 424 und 442 und Anm. 101.*

² *Die Denkschriften gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen, Stettin 1841, S. 19–98. Alle Bescheids-Entwürfe für den Pommerschen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 149–182.*

Nr. 54 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 12. Juni 1841.

Abschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 217–222v; [II] Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 85–87v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, W. v. Bonin, Flottwell.

1. *Vor Eintritt in die Tagesordnung zwei Festlegungen zum Geschäftsbetrieb.* Die Protokollführung bei der Kommission für die ständischen Angelegenheiten ist dem Regierungs- und Landrat von Witzleben¹ [...] übertragen. Die Beratungen über den Preußischen und Brandenburgischen Landtags-Abschied sind bis gegen Ende des Monats September auszusetzen. *Pommerscher Landtags-Abschied: Verlesung des Sitzungsprotokolls vom 8. Juni; nochmalige Diskussion und Modifikationen von Bescheids-Entwürfen, u.a. zur Erleichterung der Kriminalkosten, zur Verwendung der Tribunalsteuern, zur Beitragszahlung der acht Hinterpommerschen Städte [...] für das Zuchthaus in Naugard, zur Ergänzung des Servis-Regulativs² sowie zur Intestaterbfolge in die Bauerngüter.* [B] — **2.** *Sächsischer Landtags-Abschied. Zwölf Bescheids-Entwürfe³ anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften, u.a. zu ständischen Rechten⁴ sowie zur Gesetzgebung hinsichtlich der Ablösungen, zur öffentlichen Armenpflege, Vormundschaft sowie zum Gerichtsverfahren.* [B]

¹ Zur KO v. 9.6.1841 vgl. Rep. 89, Nr. 13913, Bl. 23; diese bei Obenaus, *Die Immediatkommission*, S. 442, Anm. 101 auf den 9.7.1841 datiert.

² *Allgemeines Regulativ über das Servis- und Einquartierungswesen v. 17.3.1810*, GS 1806–1810, S. 649.

³ *Sämtliche Bescheids-Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 1–81v. Die Denkschriften gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 18 (Sachsen 1841), S. 89–371.*

⁴ Hier auf Bl. 86 wurde u.a. auf die Sitzung der ständischen Immediat-Kommission vom 3. Juni. Bezug genommen; das Protokoll in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 205–210.

Nr. 55 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 15. Juni 1841.

Begl. Abschr. und Abschr., Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 223–223v; [II] Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 88–94v; MF-Suppl. 1/2.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

1. *Pommerscher Landtags-Abschied. Ergänzende Beschlüsse zum Protokoll vom 12. Juni hinsichtlich des Beitrags der acht Hinterpommerschen Städte für das Zuchthaus in Naugard.* [B] — **2.** *Sächsischer Landtags-Abschied. Fortsetzung der Beratung anhand der Denkschriften, u.a. zu verschiedenen Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten und zur Versicherung gegen [...] Kriegsfeuerschäden, zu territorialen Zuständigkeiten der Zwangsarbeits- und Besserungs-Anstalt zu Großsalze, wobei in diesem Zusammenhang betont wird, daß den Ständen eine sorgfältigere Vorberei-*

tung und Prüfung ihrer Petitionen anzuempfehlen *ist*. Weiterhin zur Reorganisation dieser Einrichtung; zur Befriedigung des Holzbedürfnisses und zum Forstwesen; vertagt. [B]

Nr. 56 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 16. Juni 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 95–102v; MF-Suppl. 2.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Rother, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungsprotokolls vom Vortag und Fassungsänderungen bzw. Ergänzungen. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer 15 Denkschriften des Sächsischen Landtags: u.a. wegen Ablösung der Reallasten; wegen Erlaß nötiger Feldpolizei-Ordnungen sowie anderer Gesetze für den ländlichen bzw. gewerblichen Bereich und wegen der Verwaltung und Verwendung der Straßenbau-Surrogat-Gelder. [B]

Nr. 57 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 22. Juni 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 103–111v; MF-Suppl. 2.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungsprotokolls vom 16. Juni und nochmalige Diskussion über die Einrichtungskosten des Ständehauses. Fortgesetzte Beratung der übrigen 14 Denkschriften des Sächsischen Landtages: u.a. wegen Belastung der Gemeinden mit der Unterhaltung von Landstraßen sowie wegen Aufhebung der Beschränkung der Gemeinden in den Entschädigungsansprüchen für ermäßigte Kommunikations-Abgaben¹. Weiterhin wegen Beschützung der inländischen Zuckerfabrikation mit grundsätzlicher Erörterung darüber, inwieweit die Stände überhaupt ein Recht haben, über Abänderungen in den allgemeinen direkten und indirekten Steuern gehört zu werden. Die Beantwortung dieser Frage ist auch für die Beratungen über den Preußischen Landtags-Abschied von der größten Wichtigkeit. Weiterhin Erörterung der Denkschriften, u.a. wegen Abstellung der mit dem Lotteriewesen verbundenen Übelstände; über die Errichtung der Provinzial-Irren-Anstalten sowie zu Gesetzesvorschlägen in verschiedensten Bereichen. [B]

¹ Im Sinne von Unterhaltungskosten für Straßen, Wege und Chaussees.

Nr. 58 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 23. Juni 1841.

Begl. Abschr. und Abschr., Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 112–115v; [II] Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 135–141v; MF-Suppl. 2/3.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

1. Sächsischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungsprotokolls vom Vortag. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer Denkschriften des Sächsischen Landtages. Die Beschlußnahme zum Provinzialrecht wird ausgesetzt. [B] — **2. Posenscher Landtags-Abschied.** Entwürfe¹ zur Einleitung des Landtags-Abschiedes dahingehend, daß die polnische Nationalität in keiner Weise als Grundlage einer politischen Sonderung geltend gemacht werden darf. Fassungsverschlage anhand verschiedener Denkschriften² des Landtages zu Gesetzesverschlagen von allgemeinem sowie von speziellem Interesse für die Provinz, wie z.B. wegen verschiedener Veränderungen in der Justizeinrichtung des Großherzogtums Posen sowie wegen Erleichterung des Grenzverkehrs für preußische Untertanen [...] mit Rußland, sofern diese in beiden Ländern Grundstücke besitzen. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 220–222v und 262–267v.

² Gedruckt in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 22 (Posen 1841), S. 52–192.

Nr. 59 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 29. Juni 1841.

Begl. Abschriften und Abschr., Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 224–224v; [II] Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 116–121; [III] Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 142–149v; MF-Suppl. 1–3.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

1. Pommerscher Landtags-Abschied: Ergänzung zu den Protokollen vom 8. und 12. Juni. [B] — **2. Sächsischer Landtags-Abschied.** Verschiedene Korrekturen zu den Protokollen vom 12., 15., 16. sowie 23. Juni und zum Bescheids-Entwurf¹ zum Provinzialrecht des Herzogtums Magdeburg und des Herzogtums Sachsen. [B] — **3. Posenscher Landtags-Abschied.** Verlesung des Beratungsprotokolls vom 23. Juni. Fortgesetzte Beratung über die Denkschriften des Posenschen Landtages, u.a. zu Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten, zur Wiedergewährung der Pension an diejenigen Offiziere des ehemaligen Herzogtums Warschau, welche an der polnischen Insurrektion teilgenommen haben, zu ständischen Angelegenheiten sowie zur Zweisprachigkeit von Straenschildern. [B]

¹ Im Protokoll der Vermerk Witzlebens' mit Bleistift: Ist von [...] Kamptz demnächst zurückgezogen worden, Bl. 118.

Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1841.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 41, Bl. 167–175v [Teilprot. 27a–b]; MF 239/240.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischof [zu 2], Bötticher, Mathis [zu 1], Thoma [für Ph. Ladenberg zu 2].

1. Kriegslastenforderungen. Kompetenzkonflikt in einer Prozeßsache *ehemaliger* sächsischer Untertanen gegen den Fiskus auf Ersatz der Pferdelieferungsgelder aus der Mobilmachung von 1806; Tilgung durch Kompensation sowie Zulässigkeit des Rechtsweges.² [B] — **2.** Entwurf³ eines Gesetzes über die Aktiengesellschaften mit Bestimmungen über deren Errichtung und Rechtsverhältnisse. Kontroverse zum Kriterium der Gemeinnützigkeit bei Erteilung des Privilegiums der Aktiengesellschaften; landesherrliche Verleihung; Beschränkung der Konzessionierung; Gültigkeit nur für die Landesteile, in denen das Allg[emeine] Landrecht Gesetzeskraft hat. [B]

¹ Eine längere Ergänzung Alvenslebens zu TOP 2, Bl. 174v.

² Vgl. auch Sitzung am 25.2.1840. Zahlreiche Korrespondenzen und der Votenwechsel seit Juli 1840 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 28, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 16.8.1841 und die weitere Behandlung bis hin zur Ausarbeitung eines Propositionsdekrets an den Sächsischen Landtag 1848 zur Kompensation der Vergütungen für Kriegseleistungen aus den Jahren 1805/15.

³ Mehrere Entwürfe v. 31.1.1840 in: Rep. 80, I Finanzen Nr. 37, Bl. 2–40v. Vgl. auch Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 24, n.f., dort das gemeinsame Votum von Kamptz, Mühler, G. v. Rochow und Alvensleben v. 5.1.1841.

Nr. 61 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 30. Juni 1841.

Begl. Abschr. und Abschr. mit Korrekturen¹, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 121v–123; [II] Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 150–161v; MF-Suppl. 2/3.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Nagler, Rother, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, Flottwell.

1. Sächsischer Landtags-Abschied. Nochmalige Verständigung über die weitere legislative Beratung der Provinzialrechte der Herzogtümer Sachsen und Magdeburg. [B] — **2. Posenscher Landtags-Abschied.** Nach Genehmigung des Protokolls vom Vortag Fortsetzung der Beratungen anhand der übrigen Denkschriften des Posenschen Landtages zu allgemeinen Gesetzesvorschlägen, wie der Beschränkung des Lizitations-Verfahrens beim Holzverkauf. Weiterhin zu provinzspezifischen Angelegenheiten, wie z.B. wegen Einrichtung und Dotation eines katholischen Gymnasiums in Ostrowo sowie wegen des Gebrauchs und der Erlernung der polnischen Sprache in den Lehranstalten. [B]

¹ Eine Ergänzung zum Bescheid betr. die Beseitigung des Holzmangels, Bl. 123.

Nr. 62 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 3. Juli 1841.

Begl. Abschriften¹, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 162–163; [II] Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 4–11v; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, v. Vincke.

1. Posenscher Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 30. Juni sowie nachgereichter Bescheids-Entwürfe². [B] — **2. Westfälischer Landtags-Abschied.** Beratung anhand der vom Landtage eingereichten Denkschriften³, u.a. wegen Verleihung der Dom-Kapitularischen Kurie des Erzbischofs von Droste-Vischering in Münster zum Ständehaus, welche zugunsten einer Verschmelzung der Sonderinteressen der verschiedenartigen Bestandteile, aus denen der Ständische Verband der Provinz Westfalen gebildet ist, abgelehnt wird. Ein Wechsel der Versammlungsorte wird empfohlen, auch um begünstigende Wirkungen auf den Ultramontanismus eines Teils der katholischen Landtags-Deputierten Westfalens zu vermeiden, die bei alleiniger Tagungsstätte in Münster eintreten könnten. Weiterhin Beratung der Petition⁴ wegen Aufnahme der, [...] katholischen Besitzern gehörenden Güter Hardehausen und Grafschaft in die Ritterguts-Matrikel, wobei das Staatsministerium gleiches für die evangelischen Besitzer der vormaligen Domänengüter Rothehof und Schlüsselburg im Fürstentum Minden befürwortet, was wegen der Parteilichkeit der Mehrzahl der katholischen Deputierten des Ritterstandes zuvor abgelehnt worden ist. [B]

¹ Der Beglaubigungsvermerk für Fundort II steht am Schluß des Protokolls v. 10.7.1841, dort Bl. 41v.

² Alle Bescheids-Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 164–219.

³ Gedruckt in: Der sechste westfälische Landtag, Münster 1841, S. 21–157.

⁴ Nitschke, Verhandlungen, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 326 f.; der daraufhin ergangene Bescheid ebd., S. 624.

Nr. 63 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 6. Juli 1841.

Begl. Abschr.¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 12–26; MF-Suppl. 3/4.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Nagler, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Westfälischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 3. Juli sowie zweier Bescheids-Entwürfe². Fortsetzung der Beratungen anhand weiterer Denkschriften des Westfälischen Landtags, u.a. wegen Abänderung der Bestimmungen zur Wählbarkeit im Stande der Landgemeinden sowie der Städte im Sinne der Aufrechterhaltung eines wesentlichen Grundprinzips der Ständischen Verfassung, nämlich der Vertretung der einzelnen Stände durch wirkliche

¹ Der Beglaubigungsvermerk steht am Schluß des Protokolls v. 10.7.1841, dort Bl. 41v.

² Sämtliche Bescheids-Entwürfe für 1841 in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 92–135.

Standesgenossen³. *Der Oberpräsident von Vincke argumentiert dagegen, daß in einigen Gegenden Westfalens jenes Prinzip wirklich Verlegenheiten herbeiführt, weil dort der Bauernstand in seiner Eigentümlichkeit und Reinheit kaum noch zu finden ist, da neben der Bodenbewirtschaftung noch andere Gewerbe betrieben werden und sich nur in sehr wenigen Fällen deutlich erkennen läßt, welche Beschäftigung das Hauptgewerbe bildet. Es ist zu untersuchen, ob in einzelnen Wahlbezirken die Zahl der Wahlberechtigten und wahlfähigen Grundbesitzer im Stande der Landgemeinden durch jenes Prinzip allzusehr beschränkt worden ist. Weiterhin Erörterung verschiedener Anordnungen zur Beschränkung des Branntweintrinkens sowie zu anderen Gesetzesvorschlägen provinzspezifischen und allgemeinen Charakters.* [B]

³ Vgl. dazu die VO v. 13.7.1839, vor allem § 1, GS, S. 225. Vgl. ferner allgemein Conrad, Horst, *Kommunaler Konstitutionalismus und preußischer Parlamentarismus. Die Revidierte Städteordnung in der Provinz Westfalen 1831–1850* in: Teppe, Epkenhaus (Hrsg.), *Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus*, S. 47–81.

Nr. 64 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 7. Juli 1841.

*Begl. Abschr.*¹, Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 27–36v; MF-Suppl. 4.*

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Westfälischer Landtags-Abschied: Nach Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom Vortag fortgesetzte Beratung anhand weiterer Denkschriften des Westfälischen Landtags, u.a. zum Ausbau des Wege-, Chaussee- und Eisenbahnnetzes, zur Förderung von Handel, Industrie und Gewerbe, zur Verwaltung des Kirchenvermögens², zu den Bereichen Wissenschaft und Kunst sowie zu den Provinzialrechten für verschiedene Landesteile der Provinz. [B]

¹ *Der Beglaubigungsvermerk steht am Schluß des Protokolls v. 10.7.1841, dort Bl. 41v.*

² *Ein 1843 daraufhin verfaßtes Promemoria Eichhorns in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 111 Bd. 1, Bl. 35–61.*

Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 176–184v [Teilprot. 28a–b]; MF 240. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Rother, Alvensleben [U], Eichhorn [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Müffling, Österreich, v. Vincke, v. Voß.

1. *Leinen-Industrie*. Entwürfe¹ zu Legge-Ordnungen für Tecklenburg und Ober-Lingen, für den Kreis Lübbecke sowie für die Grafschaft Ravensberg; bei Überarbeitung sind die Erinnerungen und Anträge der Stände sowie die des Oberpräsidenten Freiherrn von Vincke zu berücksichtigen. [B] — 2. Die Beratung des Entwurfs² einer allgemeinen Wege-Ordnung ist nicht bis zur Vorlegung der Entwürfe zu den provinziellen Wege-Gesetzen zu vertagen, sondern zu beschleunigen. [B]

¹ Der Zweck der Legge bestand darin, Qualität und Maße in der Leinenproduktion festzustellen. Die Entwürfe gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 21 (Westfalen 1841), S. 50–71. Die Vorbereitung der Beratung im Staatsministerium und das gemeinsame Votum Mühlens und Rochows v. 25.6.1841, in: Rep. 84a (M), Nr. 7915, Bl. 5–14v. Vgl. die erneuerten Ordnungen für die Grafschaften Tecklenburg und Ober-Lingen v. 31.3.1842 und deren Aufhebung am 3.5.1859, GS, S. 207. Die Legge-Ordnung für den landrätlichen Kreis Lübbecke v. 16.5.1853, GS, S. 233.

² Ein umgearbeiteter Entwurf mit Denkschrift, vermutlich Ende der 30er Jahre erarbeitet (Drucke) in: Rep. 84, II 2 W Nr. 15 Bd. 1, Bl. 169–170. Ebd. der seit Sommer 1840 verlaufene Meinungsbildungsprozeß im Staatsministerium zu der jetzt beschlossenen Verfahrensweise sowie in: Rep. 84, II 5 Gen. Provinz Preußen Nr. 6, Bl. 5–116 und Rep. 77, Tit. 79 Nr. 2 Bd. 5.

Nr. 66 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 10. Juli 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 37–41v; MF-Suppl. 4.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühlens, Nagler, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Beendigung der Beratungen über den Westfälischen Landtags-Abschied: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 7. Juli sowie mehrerer Bescheids-Entwürfe unter Abänderung desjenigen über die Domainen-Gefälle in Paderborn und Corvey. Spezialdiskussion darüber, ob und in welcher Art die Westfälischen Stände wegen Überschreitung ihrer Befugnisse zurechtzuweisen sind, nachdem sie sich nach der Abstimmung über die – auch auf die Folgen der Kölner Wirren eingehende – Dankadresse an den König der Beschwerde der Fürsten von Wittgenstein-Berleburg und von Wittgenstein-Wittgenstein verweigert hatten.¹ Den Ständen ist wegen ihres ungehörigen Verfahrens die königliche Mißbilligung bei Eröffnung des nächsten Landtags durch den Landtags-Kommissarius mitzuteilen. [B]

¹ Zu den Auseinandersetzungen um die vom Frh. v. Schorlemer (Stand d. Ritterschaft) verfaßte ständische Dankadresse an den König, nämlich ob darin die kirchliche Frage zu erwähnen sei, vgl. Keinemann, Friedrich, Die Affäre Westphalen. Der Protest des Grafen von Westphalen zu Fürstenberg und Laer gegen die preußische Kirchenpolitik auf dem Westfälischen Provinziallandtag 1841 und seine Folgen, in: Westfälische Zeitschrift, Bd. 123 (1973), S. 189–213, bes. S. 205 f. Vgl. dazu ein Immediatbericht Arnims vom Januar 1843 sowie ein Separat-Votum des Prinzen von Preußen v. 24.2.1843, in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 1, n.f.

Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1841.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 41, Bl. 185–192v [Teilprot. 29a–b]; MF 240.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [zu 1–2; 2 U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Alvensleben [U], Werther [zu 1–2; 1 U], Eichhorn [U], Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff, Bötticher [beide zu 2], Kette [zu 1; U], Frh. v. Müffling [zu 1], v.u.z. Mühlen [für Kamptz zu 1], v. Reuß [für Ph. Ladenberg zu 1], v. Vincke [zu 1].

1. Forstwesen. Entwurf² einer Verordnung wegen Beförderung der Holzkultur im südlichen Teil des Regierungsbezirks Arnberg: *Ausschließung des Kreises Iserlohn.* [B] — **2. Fortgesetzte Beratung** über den Entwurf einer Verordnung über die Aktiengesellschaften: Bestimmungen für das Patent sowie für das Statut; Wechselfähigkeit auch für auf gewerbliche Unternehmungen gerichtete Aktiengesellschaften; *Eintragungen im Aktienbuch sowie Ableistung der Eide.*³ [B]

¹ Eine Ergänzung Alvenslebens, Bl. 187.

² Am 30.4.1839 hatte der König in einer KO die Beratung des seit 1837 vorliegenden Entwurfs angemahnt. Der Entwurf mit Erläuterungen, die KO, die Voten seit 1838 sowie eine Denkschrift zur Übersicht der Resultate der Beratungen, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 43, n.f.

³ Der Immediatbericht v. 13.2.1842 in: Rep. 80, I Finanzen Nr. 37, Bl. 53–63; dort auch die nachfolgende Begutachtung durch den Staatsrat bis zum Gesetz v. 9.11.1843, dieses GS, S. 341.

Nr. 68 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 13. Juli 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523d Nr. 26 Bd. 3, Bl. 1–21v; MF-Suppl. 4/5.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Ph. Ladenberg, Rother, Werther, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: v. Merckel.

1. Landtags-Abschiede. Vorbereitung der Sitzung am 20. Juli, wo der König beabsichtigt, sich über die Entwürfe [...] für Pommern, Sachsen und Posen vortragen zu lassen. — **2. Schlesischer Landtags-Abschied.** Beratung anhand der Denkschriften¹, u.a. zu ständischen Angelegenheiten; zu Gesetzesentwürfen, die Regelungen für die gesamte Monarchie enthalten sowie zu Petitionen oder Entwürfen, die für die Provinz Schlesien von speziellem Interesse sind, z.B. zu einer allgemeinen Baupolizei-Ordnung für die Städte; zum Schlesischen Provinzialrecht; zur Abschaffung von geltendem Partikularrecht; zur Schutzgeldzahlung; zur Abhaltung der Dreidinge; zur Erweiterung des Kreutzburger Landarmen-Hauses sowie zur Erleichterung des Grenzverkehrs mit Rußland.

¹ Die Denkschriften des Landtages gedr. in: Verhandlungen des sechsten Provinzial-Landtages des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz, preußischen Anteils, Breslau o. J., S. 23–86. Alle Bescheids-Entwürfe für den schlesischen Landtags-Abschied 1841 in: Rep. 77, Tit. 523d Nr. 26 Bd. 3, Bl. 33–83.

Nr. 69 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 14. Juli 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523d Nr. 26 Bd. 3, Bl. 22–31; MF-Suppl. 5.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Merckel.

Schlesischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom Vortag sowie nachträgliche Vorlage einiger Bescheids-Entwürfe. [B] Fortsetzung der Beratungen über den schlesischen Landtags-Abschied anhand weiterer zwölf Denkschriften, u.a. wegen der Lehnshverhältnisse der in den Fürstentümern Schweidnitz und Jauer belegenen Rittergüter; wegen Anlage von Winterhäfen und Beseitigung einiger Wehre im Oderstrom; wegen des Baus von Kunststraßen in der Provinz sowie wegen einiger Gesetzentwürfe, welche die ganze Monarchie betreffen. [B]

Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juli 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 193–206v [Teilprot. 30a–c]; MF 240. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [zu 1–2]¹, G. v. Rochow [zu 2], Nagler [zu 1–2; U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Werther [zu 2; U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Könen [zu 3], v. Meding [zu 2; für G. v. Rochow U].

1. Eide. Stand der Vereidigung aller königl[ichen] Diener seit dem Thronwechsel. — 2. Gemeinde-Ordnungen. Entgegen der Meinung des Königs aus der KO² zu den Entwürfen für die Kommunal-Ordnungen für Westfalen und die Rheinprovinz ist das Staatsministerium für die gesetzliche Festschreibung des Unterschieds zwischen Stadt- und Landgemeinden der Rheinprovinz; Aufforderung an den Oberpräsidenten Bodelschwingh zur Meinungsäußerung. [B] — 3. Rechtsvereinheitlichung beim Heimfallsrecht. Meinungsverschiedenheit zwischen den Verwaltungsbehörden und dem Geheimen Ober-Tribunal über das gutsherrliche Heimfallsrecht an vormals eigenbehörigen Stätten in denjenigen Gebietsteilen, wo die Münstersche und ähnliche Eigentums-Ordnungen gelten; entsprechende Rechtszustände [...] vor Einführung der fremden und dann seit der preußischen Gesetzgebung; Fortdauer oder Aufhebung des Heimfallrechts.³ [B]

¹ Zu TOP 2 und 3: Für den Minister Mühler Ruppenthal [U].

² Die KO v. 10.3.1841, ein Entwurf Rochows zum Immediatbericht über die Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz vom Mai sowie der Bericht selbst v. 9.12.1841, in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 3, Bl. 133–158. Ebd., Bl. 181–184 der hier in der Sitzung angeforderte Bericht Bodelschwinghs v. 14.9.1841 sowie ein überarbeiteter Entwurf der Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz von 1842, Bl. 199–256v. Zur Genesis der rheinischen Gemeinde-Ordnung v. 23.7.1845 vgl. allgemein Buhl, Ludwig, Die Gemeinde-Verfassung der östlichen Provinzen des Preußischen Staates und der Rheinprovinz, Leipzig 1846, S. 59–99, bes. S. 62–73; Schütz, Preußen und die Rheinlande, S. 147–149.

³ Zu dieser Kontroverse abgegebene Voten sowie Korrespondenzen speziell zum Heimfallsrecht in Westfalen in: Rep. 84a (M), Nr. 8219, Bl. 1–126.

Nr. 71 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs im Schloß Sanssouci am 20. Juli 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 229–237; MF-Suppl. 2.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Werther, Eichhorn. — Prot.: [v. Witzleben].

Weitere Teilnehmer: v. Meding [zu 2].

1. *Provinzial-Landtage.* Entwurf¹ zu einem ablehnenden Bescheide der Rheinischen Stände hinsichtlich der namentlichen Nennung der Redner im Abdrucke der Landtags-Protokolle. — **2.** Entwurf² des Pommerschen Landtags-Abschiedes. *Abändernde Bemerkungen Friedrich Wilhelms IV. zu Zahl und Verteilung* der gedruckten Landtags-Protokolle; *weiter zum Zeitpunkt des Erlasses einer Verordnung*³ über die Einrichtung der außer den Landtagen zu berufenden Ständischen Ausschüsse sowie zu weiteren einzelnen Gesetzesprojekten. — **3.** Entwurf⁴ [...] des Sächsischen Landtags-Abschiedes. *Der König fordert eine weitgehende Übereinstimmung des Inhalts der Einleitungen dieser beiden Landtags-Abschiede und zukünftig eine gesonderte Prüfung der Einleitungen. Weiterhin Bemerkungen Friedrich Wilhelms IV. zum Sächsischen Landtags-Abschied, u.a. wegen Errichtung von Ober-Appellations-Gerichten und Befriedigung des Brennholz-Bedürfnisses.*

¹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Die Sitzung erwähnt bei Obenaus, Die Immediatkommission, S. 440, Anm. 95. Vgl. generell zum Problem der Publikation ständischer Verhandlungen Anfang der 40er Jahre: Ders., Anfänge des Parlamentarismus, S. 539–541 und Neugebauer, Wolfgang, Ständische Quellen zum preußischen Vormärz, in: JGMOD, 43 (1995), S. 45–58.*

² *Rep. 77, Tit. 523c Nr. 30 Bd. 2, Bl. 183–199v, ein überarbeiteter Entwurf, Bl. 235–247v. Der Landtags-Abschied v. 6.8.1841 in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen, Stettin 1841, S. 116–123.*

³ *Vgl. dazu die innerbehördliche Diskussion von 1841 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 47 Bde. 1–3; die VO für Pommern in Bd. 3, Bl. 130–133.*

⁴ *Rep. 77, Tit. 523f Nr. 28 Bd. 3, Bl. 241–282v.*

Nr. 72 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 21. Juli 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 268–276; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Werther, Eichhorn. — Prot.: [v. Witzleben].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim, v. Meding, v. Merckel, v. Vincke.

1. Entwurf¹ des Westfälischen Landtags-Abschiedes. *Friedrich Wilhelm IV. äußert sich gegen die Verleihung der Kurie des Erzbischofs von Droste-Vischering in Münster zum Ständehause, für allgemeinere Formulierungen hinsichtlich der geforderten Wiederherstellung der vormaligen*

¹ *Mehrere Entwurfsstadien in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3, Bl. 140–235v.*

Gewerkschaftskasse in der Grafschaft Mark², *gegen die geforderte Revision*³ der evangelischen Provinzial-Kirchen-Ordnung, *da er die allgemeinen Grundsätze dieses Gesetzes nicht billigen kann, sowie gegen eine Erweiterung der Wirksamkeit der philosophischen Fakultät der Akademie zu Münster.* — **2.** Entwurf⁴ des Schlesischen Landtags-Abschiedes. Bemerkungen [...] des Königs zur *Wählbarkeit städtischer Landtags-Abgeordneter, zur Aufbewahrung gerichtsamtllicher Akten, zu Abänderungen für das Gesindewesen sowie zur Erleichterung des Grenzverkehrs mit Rußland.* — **3.** Entwurf⁵ des Posenschen Landtags-Abschiedes. *Anerkennung des Königs für den in den Landtags-Verhandlungen gezeigten Eifer und Fleiß. Aber Einwände gegen den Inhalt des Landtags-Abschiedes für die Posenschen Stände, v.a. zur Unterrichtssprache, zur Aufhebung der Kartell-Konvention mit Rußland, zum Ankauf und Wiederverkauf größerer Privatbesitzungen in der Provinz Posen, gegen die Vermehrung der Zahl der Landtagsabgeordneten aus dem bauerlichen Stande sowie zu Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten.*

² Vgl. dazu *Alvenslebens Denkschrift v. 23.7.1841, gedruckt bei Nitschke, Verhandlungen, Bd. 21 (Westfalen 1841), S. 655–664.*

³ *Dazu 1842 erstellte Gutachten der Regierungen Arnberg, Minden und Münster in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 111 Bd. 1, Bl. 86–160.*

⁴ *Rep. 77, Tit. 523d Nr. 26 Bd. 3, Bl. 87–114.*

⁵ *Rep. 77, Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2, Bl. 223–253v und 277–306v.*

Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 207–236 [Teilprot. 31a–f]; MF 240/241. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Werther, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischof [zu 3], Bötticher [zu 1–4, 6], Löwenberg [zu 1], v. Meding [für G. v. Rochow U], Paalzow [zu 1 und 3], Philipsborn [zu 5], Pochhammer [zu 4], Seyffert [zu 6].

1. Disziplinarsache. [B] — **2.** Entwurf¹ einer Verordnung zur Aufhebung einzelner Paragraphen der Kriminal-Ordnung über Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigungen. [B] — **3. Gehalts-sache.** [B] — **4.** Mahlsteuer. Beseitigung der *aus der Mahlsteuerfreiheit für die Stärke-, Puder-, Gries- und Nudel-Fabrikation der Stadt Halle erwachsenden Nachteile für andere Städte; Erwägung einer zu bewilligenden Entschädigung für die Stadt Halle.*² [B] — **5. Rangverhältnisse im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Bestimmung von Rang und Titel** für die im Auslande sowie im Inlande [...] angestellten diplomatischen Personen.³ [B] — **6. Wege-Ordnungen.** Entwurf⁴ eines Regulativs zur Unterhaltung der durch die königlichen Waldungen in den Provinzen Westfalen und am Rhein führenden öffentlichen Wege mit *Spezialdiskussion u.a. zur Begriffsbestimmung der öffentlichen Wege, zu den Kosten sowie zum Anspruch an die Servitut-Berechtigten; mögliche Kontrolle über die von der königlichen Forstverwaltung übernommenen Verpflichtungen.* [B]

¹ *Dieser und die Beratung durch Staatsministerium und Staatsrat in: Rep. 89, Nr. 17731, Bl. 4–17v, der Entwurf, Bl. 12v.*

² *Dazu Voten von 1840 in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 283–293.*

³ *Dazu eine Ausarbeitung Schaumanns v. 8.7.1840 in: Rep. 89, Nr. 3930, Bl. 107–108; dort auch weitere Schreiben von 1840/41 zu den Rangverhältnissen. Eine aufschiebende KO v. 7.5.1842 sowie ein Votum Mühlens v. 19.8.1842, in: Rep. 84, II 2 T Nr. 2, Bl. 222–223v.*

⁴ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 74 Sitzung des Staatsministeriums am 4. August 1841.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 41, Bl. 237–280v [Teilprot. 32a–h]; MF 241.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Eichhorn, Thile. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Göschel [zu 3–5, 7], Kühne [zu 1], v. Meding [für G. v. Rochow U].

1. *Gehaltssache mit Grundsatzdiskussion darüber, daß bei Verfahren über Beschwerden wegen Gehaltsbeeinträchtigungen die protokollarische Vernehmung des Beteiligten nicht notwendig ist.* [B] — **2.** *Juden. Verbindlichkeit von jüdischen Grundbesitzern, zu christlich-kirchlichen Lasten und Abgaben beizutragen; Unterscheidung, ob es dingliche Lasten oder persönliche Abgaben an eine Kirche betrifft. Die Befreiung von dieser Last könnte als Benachteiligung für den Erwerb von Grundbesitz durch Christen verstanden werden.*² [B] — **3.** *Pensionssache.* [B] — **4.** *Kompetenzkonflikt in der Prozeßsache der Dreßlerschen Erben zu Singen gegen den königlichen Domänen-Fiskus³: Klage nicht auf Steuerfreiheit, sondern auf Entschädigung; Grundsatzdiskussion mit Majoritätsbeschluß zur juristischen Behandlung der Verwaltungsansprüche aus der Fremdherrschaft im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Steuererhebung.* [B] — **5.** *Zwei Kompetenzkonflikte zu der Frage, ob – dem Westfälischen Grundsteuersystem unbeschadet – der königliche Domänenfiskus aus einem Erbpachtsvertrage, in welchem er die Steuer- und Abgabefreiheit zu vertreten versprochen hat, auf Entschädigung rechtlich in Anspruch genommen werden kann oder ob der Rechtsweg ausgeschlossen ist.*⁴ [B] — **6.** *Forstwesen. Nochmals zum Entwurf⁵ einer Verordnung über die Beförderung der Waldkultur in einem Teile des Arnberger Regierungs-Departements; sofortiger Vollzug oder Überweisung an den Staatsrat zur Beratung.* [B] — **7.** *Richter. Änderung der KO⁶ für Verfahren in Justizbeschwerdesachen, vor allem hinsichtlich der Selbständigkeit des Richteramtes; Einrichtung einer obersten Rekursbehörde als Sektion beim Geheimen Ober-Tribunal zur Entscheidung materieller Beschwerden.* — **8.** *Ansiedlungen. Meinungsverschiedenheit zwischen Ladenberg und Eichhorn [...] über den Umfang der Landdotations für Schullehrer der neu errichteten Kolonien Carlshagen und Hammelstall; Vorschlag Ladenbergs nach einer zeitlich befristeten Verbindlichkeit der Kolonisten-Gemeinde gegenüber den Lehrern.*⁷ [B]

¹ *Von Alvensleben, Bl. 254–254v und 262–262v.*

² *Dementsprechende Beschwerden jüdischer Gemeinden, G. v. Rochows Votum v. 21.4.1841, die KO v. 1.10.1841 und die weitere Behandlung des Problems im Ministerium des Innern, in: Rep. 77, Tit. 30 Nr. 38, Bl. 41–42 und 44 ff.; Material dazu auch in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 32–41. Vgl. auch Rochows Zirkular-Verfügung an die [...] Oberpräsidenten der Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Posen und Sachsen v. 25.2.1842, in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 62 f.*

³ *Mehrere Voten sowie Schreiben auch über die Vorgeschichte des Rechtsstreits in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 33, Bl. 1–34. Ebd., Bl. 39–41 der Immediatbericht v. 8.10.1841 sowie die weitere Beratung im Staatsministerium bis zum 17.5.1842.*

⁴ *Mehrere Voten und der Bericht des Oberlandesgerichts Magdeburg v. 8.10.1840 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 32, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 8.10.1841 sowie die weitere Beratung im Staatsministerium bis zum 17.5.1842.*

⁵ *Eine Denkschrift des Staatsministeriums zur Beantwortung der Promemoria v. 11.7.1841, der überarbeitete Entwurf vom September 1841 und die übersandten Unterlagen an den Staatsrat im November 1841, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 43, n.f.*

⁶ *KO, betr. die Einwirkung der Chefs der Justiz in die formellen Verfügungen der Gerichtsbehörden v. 6.9.1815, GS, S. 198. Der vorherige Votenwechsel, der gedruckte Vortrag Mühlers v. 23.5.1841, dessen ausführliches Votum mit 16 Anlagen v. 14.5.1842 und der Immediatbericht v. 20.11.1842, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 164, Bl. 1–243v.*

⁷ *Vgl. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 89 Bd. 1, n.f.*

Nr. 75 Sitzung des Staatsministeriums am 10. August 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 41, Bl. 281–303 [Teilprot. 33a–c]; MF 242/243. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler¹, Nagler [zu 3; U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Werther [zu 2–3], Eichhorn [U], Thile [zu 3; U], Stolberg-Wernigerode [zu 1 und 3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1 und 3], Mathis [zu 1], v. Meding [für G. v. Rochow; 1–2 U], Starke [zu 3].

1. Strafrecht. Prüfung der Notwendigkeit eines Strafgesetzes gegen Mißbrauch und Betrug mit fremden Bürgerbriefen.² [B] — **2. Anerkennung** von Graf Severin v. Mielzynski als preußischer Untertan.³ [B] — **3. Beamte.** Entwurf⁴ einer neuen Verordnung zum Verfahren bei Feststellung und Verfolgung der Kassen- und Magazin-Defekte gegen die ersatzpflichtigen Beamten. *Spezialdiskussion u.a. zur Ausdehnung der Verordnung über die Rendanten hinaus; zur Trennung in administrative Exekution und administrative Sicherheitsmaßregeln je nach Schwere der Unterschlagung oder Veruntreuung; zur Befugnis der Provinzialbehörden; zur Vollstreckung der zulässigen Exekution; zur Beschreitung des Rechtsweges.* [B]

¹ Für den Minister Mühler: Ruppenthal [U].

² Die dazu seit Februar 1840 erstellten Voten, der Immediatbericht v. 15.9.1841 mit den kontroversen Standpunkten im Staatsministerium zur Ausdehnung der Bestrafung auch auf denjenigen, der seine Legitimationsurkunde zur Täuschung der Behörden zur Verfügung stellte, sowie die KO v. 31.10.1841, die eine Berücksichtigung dieses Tatbestandes bei der allgemeinen Revision des Kriminalrechts anordnete, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 165, Bl. 1–31. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 17738, n.f.

³ Konträre Voten von Rochow, Mühler und Werther, der Immediatbericht v. 8.10.1841 sowie der zustimmende Bescheid Friedrich Wilhelms IV. v. 4.12.1841, in: Rep. 90, Tit. LV Auswanderungen, Naturalisation Nr. 9, n.f. Vgl. zur Person Severin Graf Mielzynskis auch Laubert, Manfred, Der politische Charakter der Posener Landschaft, in: FBPG, Bd. 37 (1925), S. 245–270, bes. S. 257.

⁴ Der ausführliche Vortrag des Referenten, zahlreiche ausführliche Voten sowie der Entwurf als Druck, in: Rep. 89, Nr. 3676, n.f. Vgl. auch Sitzung am 12.3.1839 sowie die VO v. 24.1.1844, GS, S. 52.

Nr. 76 Sitzung des Staatsministeriums am 28. September 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 41, Bl. 304–324 [Prot. 34a]; MF 243.

Anwesend¹: Boyen [V, U], Kamptz [U], Mühler [U], Nagler [U], Alvensleben [U], Werther. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Meding [für G. v. Rochow], Österreich.

Entwurf² einer allgemeinen Wege-Ordnung. *Vorteile eines allgemein angelegten Gesetzes; Einarbeitung der ständischen Erinnerungen nach Begutachtung des Gesetzentwurfes in den nun vorlie-*

¹ Rochow [U].

² Der bereits 1839 überarbeitete Entwurf – im Protokoll als Entwurf II benannt –, eine Denkschrift dazu sowie eine Zusammenstellung der Bemerkungen und Anträge der Provinzstände zum umgearbeiteten Entwurf, in: Rep. 77, Tit. 79 Nr. 2 Bd. 4, Bl. 264–343. Entwurf und Denkschrift (Drucke) auch in: Rep. 84, II 2 W Nr. 15 Bd. 1, Bl. 169–170. Ebd. Bd. 2, n.f. der neue Entwurf sowie der Immediatbericht v. 2.12.1841 in der KO v. 13.12.1841 an den Staatsrat; dieses auch in: Rep. 77, Tit. 79 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 142–164.

genden Entwurf, z.B. zur Einteilung der öffentlichen Fahrwege. *Spezialdiskussion u.a. zur Klassifizierung der Landstraßen sowie zu Kosten und Lasten, zur Hilfeleistung nach Schneefall oder anderen Naturereignissen, zur Herstellung und Unterhaltung der gemeinen Wege, zu Entschädigungsansprüchen, zu chausseepolizeilichen Strafbestimmungen.* [B]

Nr. 77 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 5. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 106–115; MF-Suppl. 5.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Ph. Ladenberg, Nagler, Eichhorn, Schön. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Preußischer¹ Landtags-Abschied. Beratung anhand der vom Landtage eingereichten Petitionen und Anträge². Spezialdiskussion, u.a. über die Denkschrift³ zu Brücken- und Befestigungsbauten an der Weichsel, wobei die beabsichtigte ausdrückliche Belobigung der Stände [...] im Landtags-Abschiede wegen ihres gezeigten Interesses für die Beschützung und Erhaltung der Integrität des Staats und seiner Grenzen Verstimnungen seitens Rußlands hervorrufen kann. Weiter zur Revision der Provinzialrechte, welche die Stände erst nach Beendigung der Revision des Allg. Landrechts wünschen; zur Abänderung einiger Vorschriften für das gerichtliche Verfahren; zur Periodizität und Öffentlichkeit der Landtags-Verhandlungen, wobei außer Schön alle gegen die Öffentlichkeit sowie für den Vorbehalt zu einem zweijährigen Beratungsrhythmus stimmen⁴; zur Ausdehnung von Modifikationen über die bürgerlichen Rechte bescholtener Personen⁴; zur Veränderung eines ständischen Wahlbezirks sowie zur Erweiterung der kreisständischen Befugnisse.

¹ Die Reihenfolge der noch ausstehenden Beratungen hatte Friedrich Wilhelm IV. in einer KO v. 24.8.1841 folgendermaßen festgelegt, daß erst der Preußische, dann der Brandenburgische und zuletzt der Rheinische Landtags-Abschied vorzubereiten sind, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 3, n.f.

² Alle gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 19 (Preußen 1841), S. 188–446.

³ Ebd., S. 392–395.

⁴ Vgl. dazu einen Gesetzentwurf für die Provinz Preußen in: Rep. 90a, V II 4 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 110–111v sowie die VO v. 18.12.1841, GS, 1842, S. 30.

Nr. 78 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 9. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 116–125v; MF-Suppl. 5.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn, Maltzan, Schön. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Preußischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 5. Oktober bei gleichzeitiger Abänderung von Bescheids-Entwürfen¹, auch gemäß den jetzt von

¹ Alle Bescheids-Entwürfe für den Preußischen Landtags-Abschied 1841 in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 30–104.

Friedrich Wilhelm IV. geäußerten Bedenken. So kann z.B. der Vorbehalt zur zweijährlichen Berufung der Landtage auch weggelassen werden, wobei die Regierung auch ohne jenen Vorbehalt befugt bleibt, die Landtage erst nach einem längeren als zweijährigen Zwischenraum wieder zusammenzuberufen. Der durch Schön bekräftigte Wunsch der Stände, den Landgemeinden im Ständischen [...] Ausschuß [...] eine Vertretung durch wenigstens drei Mitglieder [...] zu bewilligen, wird vorerst vom König abgewiesen. Es ist zu prüfen, ob Besitzern Kölmscher Güter, welche bisher mit den übrigen Mitgliedern der Landgemeinden gemeinschaftlich durch Deputierte auf den Kreistagen vertreten werden, neben den Landgemeinden eine eigene abgesonderte Vertretung [...] auf den Kreis-Versammlungen zu gewähren ist. Fortsetzung der Beratungen anhand weiterer 13 Denkschriften zu Gesetzesinitiativen, u.a. für den gewerblichen und ländlichen Bereich. [B]

Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 42, Bl. 1 [Prot. 35a]; MF 243. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 891, Bl. 36; Rep. 89, Nr. 3676. n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Schön, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode, Maltzan. — Prot.: [?].

Ernennung¹ des [...] Grafen von Maltzan zum Staats- und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

¹ Die Ernennungs-KO datiert vom 30.8.1841, Maltzan weilte aber noch in Wien, vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 33.

Nr. 80 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 12. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 126–143; MF-Suppl. 5/6.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn, Schön. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Preußischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungsprotokolls vom 9. Oktober. Verfahrensweise, inwieweit im Allgemeinen die Äußerungen Friedrich Wilhelms IV., wenn er den Sitzungen beiwohnt, in die Protokolle eingehen sollen. Nochmalige Diskussion zum Vorbehalt einer zweijährlichen Berufung der Landtage sowie zur vorerst abgelehnten Vermehrung der Zahl der bäuerlichen Deputierten im Ständischen Ausschusse. Dazu schlägt Schön erneut vor, die Zahl der städtischen Deputierten zugunsten der bäuerlichen Deputierten um eine herabzusetzen. Über eine solche Abänderung kann erst entschieden werden, wenn die Stände [...] auf dem nächsten Landtage spezielle sowie motivierte Anträge stellen. Fortsetzung der Beratung anhand weiterer sechs Denkschriften des Preußischen Landtages, v.a. zur beklagten Nichtberücksichtigung ständischer Befugnisse beim Erlaß einiger Steuergesetze entgegen den gesetzlichen Vorgaben.¹ Einigung darüber, die 1823 erteilten Befugnisse in dem den preußischen Ständen zu erteilenden Bescheid gar nicht zu

¹ Die Stände beriefen sich vor allem auf Punkt III des Gesetzes wegen Anordnung der Provinzialstände v. 5.6.1823, GS, S. 129. Alvensleben hatte am 18.7.1841 ein umfangliches Promemoria über die ständischen Befugnisse hinsichtlich der Steuergesetzgebung verfaßt, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 36, n.f., dort auch das Votum Rothers dazu v. 15.9.1841.

berühren, *obwohl jene ihre* Mitwirkung bei den Steuergesetzen [...] als ein Recht gefordert haben. *Eine Beschränkung der freien Diskussion der Landtage über diejenigen Gesetze, welche zur ständischen Begutachtung gelangen, ist nicht ratsam. Dem Bedenken Alvenslebens wird beigestimmt, daß die* Regierungen [...] der übrigen Zollvereins-Staaten *sich beunruhigen könnten, weil nun* auch die preußische Regierung in Bezug auf die Verhältnisse des Zollvereins einer ständischen Kritik und Überwachung unterworfen *ist.* [B]

Nr. 81 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 16. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 144–154; MF-Suppl. 6.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn, Maltzan, Schön. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Fortsetzung der Beratungen zum *Preußischen* Landtags-Abschied: *Anweisung* des Königs, daß nur diejenigen *seiner* Äußerungen, welche entweder die wirkliche Entscheidung einer zur Erörterung gekommenen Frage oder doch eine bestimmte Direktion für das Verfahren der Ständischen Kommission, des Staatsministeriums oder eines einzelnen Departements-Chefs in *einer bestimmten* Angelegenheit enthielten, in die Protokolle *aufgenommen* werden. *Demgemäß Kürzung des Protokolls vom 9. Oktober.* Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 12. Oktober und *nachgereichter* Bescheids-Entwürfe. Diskussion *der verschieden abgefaßten* Bescheids-Entwürfe *auf* die Petition wegen Nichtberücksichtigung der ständischen Befugnisse beim Erlaß einiger Steuergesetze. *Die Majorität spricht sich dafür aus* – ohne auf die *prinzipielle* Frage zur Vorlegung der Steuergesetze auf den Landtagen [...] einzugehen – in dieser Beziehung nur eine bedingte Zusage zu erteilen, in der praktischen Ausführung dieser Zusage aber mit möglicher Liberalität zu verfahren und von dem Vorbehalt des Erlasses neuer Anordnungen im Steuerwesen ohne Ständischen Beirat nur in den dringendsten Fällen Gebrauch zu machen. [B] *Fortgesetzte Beratung über 16 weitere* Denkschriften des Preußischen Landtags, *u.a.* wegen des Schutzgeldes in Westpreußen, *zum Abgaben- und Finanzwesen, zum Chausseebau, zur* Errichtung der Provinzial-Irren-Anstalten, *zur* Verbesserung des Elementar-Unterrichtswesens *sowie zur* Beschleunigung des Erlasses mehrerer allgemeiner Gesetze. [B]

Nr. 82 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 19. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 166–172v; MF-Suppl. 6.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bodelschwingh.

Rheinischer Landtags-Abschied. Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 9., 12. und 16. Oktober; Bescheids-Entwürfe¹ auf verschiedene Denkschriften² der Rheinischen Stände, u.a. wegen des Provinzialrechts für das Herzogtum Berg. Dessen Entwurf³ ist von den Ständen ohne Prüfung und Begutachtung zurückgegeben worden, weil sie vermeinen, daß der Entwurf die Wiedereinführung veralteter durch das neue Rheinische Recht aufgehobener Provinzial- und statuarischer Rechte bezweckt. Kamptz plädiert deshalb für eine Belehrung der Stände über deren Pflicht zur genauen Prüfung, um so mehr, als man bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs nur beabsichtigt hat, die noch geltenden Provinzialrechte, Statuten und Gewohnheiten [...] festzustellen und unter dem Beirat der Stände zu erwägen, inwiefern deren Beibehaltung, Ergänzung oder Aufhebung angemessen ist. Weitere Bescheidung von 13 Denkschriften zu allgemeinen und provinzspezifischen Gesetzesvorschlägen zur Justizverwaltung, Gerichtsorganisation und zum Zivilrecht. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 51–164v.

² Der sechste Rheinische Landtag, Koblenz 1841, S. 25–184. Vgl. generell zu den Anträgen und zum Auftreten der rheinischen Stände im Vormärz: Croon, Gustav, *Der Rheinische Provinzial-Landtag bis zum Jahre 1874*, Düsseldorf 1918.

³ Der revidierte Entwurf von 1837 in: Rep. 84, II 5 D Nr. 2 Bd. 4 Fasc. 3, n.f. Eine Übersicht der Punkte, in welchen der Provinzial-Landtag mit dem ihn vorgelegten revidierten Entwurf [...] nicht übereinstimmt, in: Rep. 84, II 5 D Nr. 2 Bd. 5 Fasc. 3, Bl. 1–16v. Die ablehnende Äußerung des Landtages gedr. in: Nitschke, *Verhandlungen*, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 277 f.

Nr. 83 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 20. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 173–182; MF-Suppl. 6.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bodelschwingh.

Fortgesetzte Beratung über den Rheinischen Landtags-Abschied anhand weiterer 18 Denkschriften allgemeingültigen oder provinzspezifischen Inhalts: Spezialdiskussion u.a. wegen Überweisung der Zinsen des inzwischen angesammelten Fonds [...] zum Ankauf von Landwehrpferden bei einer Mobilmachung; weiter zum Erlaß eines Zensurgesetzes, welches nach Vorstellung der Stände den Gebrauch der Presse so frei wie möglich lassen und gegen jede willkürliche Beschränkung von Seiten der Zensur schützen soll. Der Vorschlag der Stände, zur raschen Entscheidung der Zensurstreitigkeiten neben dem Ober-Zensur-Kollegium noch Provinzial-Zensur-Kollegien zu errichten, wird abgelehnt. [B]

Nr. 84 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 23. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 183–194v; MF-Suppl. 6/7.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bodelschwingh.

Rheinischer Landtags-Abschied. *Genehmigung* der Sitzungsprotokolle vom 19. und 20. Oktober und mehrerer Bescheids-Entwürfe, u.a. zum beantragten Zensurgesetz, wo Friedrich Wilhelm IV. noch eine etwas veränderte Fassung dahingehend wünscht, daß die jetzt im Gange befindlichen Beratungen über die Revision der im Zensurwesen bestehenden Vorschriften nicht unmittelbar durch die Befehle seines Vaters, sondern durch seine eigenen angeordnet worden sind. Fortgesetzte Beratung über 20 weitere Denkschriften des Rheinischen Landtags *provinzspezifischen Inhalts*, wie: Verlegung des Sitzes des Rheinischen Provinzial-Landtages von Düsseldorf nach Koblenz¹; verschiedene steuerliche Angelegenheiten; Festsetzung des Notabilitäts-Steuersatzes zwecks Wählbarkeit zu den Landrats-Ämtern; Verteilung und Erhebung des Klassensteuer-Kontingents in der Rheinprovinz; Abänderung des Tarifs für die Rheinbrücke bei Koblenz sowie Trennung des Ruhr- und Lippe-Schiffahrts-Fonds. [B]

¹ Der Landtag versammelte sich bis 1851 in Koblenz, vgl. Croon, *Der Rheinische Provinzial-Landtag*, S. 49.

Nr. 85 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 25. Oktober 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 195–215; MF-Suppl. 7.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bodelschwingh.

Rheinischer Landtags-Abschied. *Genehmigung* des Sitzungsprotokolls vom 23. Oktober und mehrerer Bescheids-Entwürfe. Fortsetzung der Beratungen über 27 weitere Denkschriften des Rheinischen Landtags, u.a. zur Weinsteuer, zur vielfachen Beförderung von Industrie, Gewerbe, Handel und Schiffahrt in der Rheinprovinz sowie zu Petitionen über allgemeine Gesetzesvorschläge, wie die Revision des allgemeinen Witwen-Kassen-Reglements für Beamte, wobei die diesbezügliche Petition¹ [...] als unpassend bezeichnet wird, da die Rheinischen Stände, indem sie ohnehin schon eine ungehörige Tendenz verfolgt und die Grenzen ihrer Kompetenz überschritten haben, in jener Denkschrift auch noch die Vorlegung und Veröffentlichung der Berechnungen über die Resultate der Witwenkassen-Verwaltung zu ihrer Einsicht und Prüfung verlangen. [B]

¹ Nitschke, *Verhandlungen*, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 448 f.

Nr. 86 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 26. Oktober 1841.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 216–229; MF-Suppl. 7.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: [v. Witzleben].

Weitere Teilnehmer: v. Bodelschwingh.

*Rheinischer Landtags-Abschied. Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 23. und 25. Oktober und mehrerer Bescheids-Entwürfe. Fortsetzung der Beratungen zu verschiedenen Denkschriften des Rheinischen Landtags, so zur Behandlung derjenigen an die Ständeversammlung gelangenden Bitten und Beschwerden, die zu einem Immediat-Antrage nicht geeignet befunden wurden. Daraus erwächst eine Grundsatzdiskussion über Befugnis und Stellung des Landtags-Kommissarius sowie über die Erweiterung des Petitionsrechts der Landtage. Die Majorität ist für das zukünftige Recht der Landtage, mit Zweidrittelmehrheit unterstützte Petitionen an den Landtags-Kommissarius zur weiteren Veranlassung abzugeben. Beratung weiterer Petitionen, z.B. wegen Errichtung einer besonderen Zentralbehörde für die Handels-Verwaltung, was auf dem Rheinischen Landtage nicht von der vorgesehenen Majorität von Zweidritteln unterstützt, sondern von dem Stande der Städte als *Itio in partes* betrachtet wurde und grundsätzlich die Frage nach der formellen Behandlung solcher Petitionen aufwirft, da mit deren Bescheidung im Landtags-Abschied sich ein neuer Weg ergeben würde, um auch sehr ungehörige und gehässige Anträge doch an den König zu bringen. Nach genauer Prüfung, ob hier die Bescheidung der Landtagsabgeordneten der Rheinischen Städte [...] durch den Landtags-Abschied oder gesondert erfolgen soll, wird die inhaltliche Bescheidung ähnlich der an den Preußischen Landtag ergangenen Bescheidung ausfallen. [B]*

Nr. 87 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs¹ am 2. November 1841.

Abschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 155–157v; [II] Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 245–246v; MF-Suppl. 6/7.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben.

1. Entwurf² des Preußischen [...] Landtags-Abschiedes. *Wünsche bzw. Interventionen Friedrich Wilhelms IV., den Landtags-Abschied noch mit einer Anerkennung darüber zu ergänzen, daß die Stände mittlerweile die Hindeutung in dem Eröffnungsdekret des Landtages auf die gefährlichen Bestrebungen unserer Zeit, Mißtrauen zwischen den Landesherrn und seinen Untertanen auszusäen, überflüssig gemacht haben. Fassungsänderungen hinsichtlich der Zulassung von Zuhörern zu den Landtags-Verhandlungen bzw. der Petition wegen der ständischen Verhältnisse der in den Kirchspielen Tempen, Dombrowken und Jodlauken belegenen Rittergüter. Der König beabsichtigt zwar, den Landtagen künftig alle Gesetzentwürfe wegen Einführung neuer oder Abänderung der bestehenden Steuern zur Begutachtung vorlegen zu lassen, behält sich aber Ausnahmen vor.*

¹ Diese Beratung war vom König am 30.10.1841 angeordnet worden, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 46 Bd. 3, n.f.

² Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 165–241.

Schließlich bestimmt der König, daß die Bezeichnung der früheren Landtage nicht mit der jeweiligen Nummer erfolgen soll, sondern stets nach dem Jahre. — 2. Entwurf³ zum Rheinischen [...] Landtags-Abschied: Fassungsänderungen, u.a. zur Frage, ob und unter welchen Modalitäten den Landtagen die Abgabe von Petitionen an den Landtags-Kommissarius zur weiteren Veranlassung zukünftig zu gestatten ist. Nach Meinung Friedrich Wilhelms IV. ist hier der beste Ausweg [...], die Rückgabe der zu einem Immediatantrage nicht geeignet befundenen Petitionen an diejenigen Abgeordneten, welcher die Petition eingebracht hat, als Regel festzuhalten, diesem Abgeordneten aber in dem Falle, wenn deshalb ein bestimmter Wunsch von dem Landtage geäußert wird, die Weiterbeförderung der Bittschrift an den Landtags-Kommissarius zur Pflicht zu machen.

³ Mehrere Entwurfsstadien in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 252–361v.

Nr. 88 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 4. November 1841.

Abschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 26 Bd. 3, Bl. 158–158v; [II] Rep. 77, Tit. 523h Nr. 26 Bd. 3, Bl. 247–250; MF-Suppl. 6/7.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — *Prot.:* v. Witzleben.

1. Preußischer Landtags-Abschied. Friedrich Wilhelm IV. genehmigt die neue Eingangsformel. —
2. Fortgesetzte Verlesung des Entwurfs zum Rheinischen Landtags-Abschiede: Fassungsänderungen gemäß dem Willen des Königs auch zum Eingang sowie zu einigen Petitionen¹, u.a. wegen wirksamer Beschützung der inländischen Industrie; Befreiung des Haustrunks der Winzer von der Moststeuer; Beförderung des Dombaus in Köln sowie Wiederbesetzung des Bischofstuhls in Trier.

¹ Alle Petitionen gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 304–455. Dort auch der Landtags-Abschied v. 7.11.1841, S. 495–533.

Nr. 89 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 42, Bl. 3–7v [Teilprot. 36a–b]; MF 243. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Maltzan [1 U]. — *Prot.:* [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff, Bötticher [beide zu 2], Philipsborn [zu 1].

1. Vorschläge der Zensur-Minister zur Reorganisation des Ober-Zensur-Kollegiums: Vorlage einer

Verordnung¹, die konkrete Bestimmungen über Auswahl der besoldeten und der unbesoldeten Mitglieder des Ober-Zensur-Kollegiums enthalten soll. [B] — 2. Spezielle Verordnung über die Adelsrechte der in ungleichen Ehen erzeugten Kinder ist einstweilen unnötig und Verweisung der näheren Erörterung dieses Gegenstandes zur Revision des ALR.² [B]

¹ Ein Promemoria der Zensurminister v. 29.8.1841 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 2, Bl. 126–127. Dort auch die Voten, die KO v. 10.12.1841 bzw. 16.1., 4. und 14.10.1842 sowie der überarbeitete Entwurf. Dieser auch in: Rep. 77, Tit. 1 Nr. 34 Bd. 3, Bl. 212–222 und 319–330v. Vgl. die Zirkularverfügung an sämtliche Königl. Oberpräsidien zur Handhabung der Zensur v. 24.12.1841, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1841, S. 332 f.

² Dazu ein Votum Eichhorns v. 6.5.1842 sowie eine auf die Gesetzesrevision verweisende KO v. 13.4.1842, in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 94, n.f.

Nr. 90 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 16. November 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 3, Bl. 89–102v; MF-Suppl. 7/8.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz.

Brandenburgischer Landtags-Abschied. Beratung anhand von 22 Denkschriften¹ des Landtages; u.a. zu verschiedenen Petitionen, die Gesetzesprojekte für die ganze Monarchie betreffen, sowie zu Petitionen, die speziell die Provinz interessieren. Zum Beispiel über die Errichtung eines Handelsgerichts in der Stadt Berlin sowie zur Anlage einer Eisenbahn von Berlin nach Hamburg. Spezialdiskussionen zu den Petitionen wegen der den kleinen Patrimonialgerichten zu gebenden Einrichtung; zum Recht der städtischen Schuldeputationen [...], gegen die Elementarlehrer Ordnungsstrafen festzusetzen, wogegen sich die Mehrheit der Versammlung entscheidet, sowie zur Schulpflichtigkeit der Kinder auf dem platten Lande und den Schulversäumnisstrafen. [B]

¹ Die ständischen Gutachten und Petitionen gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1842, S. 31–264.

Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 42, Bl. 8–12v [Teilprot. 37a–b]; MF 243/244. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [V, U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Eichhorn [U], Maltzan [1 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Bornemann [beide zu 1], Hesse [zu 2].

1. Standesherrn. Die Ansprüche des Fürsten zu Wied auf einen Teil der rechtsrheinischen, innerhalb der Grenzen des früheren Herzogtums Berg belegenen Güter des vormaligen Kurfürsten und

Domkapitels zu Köln *sind* sehr zweifelhaft.¹ [B] — 2. *Ausdehnung der Amnestieordre*² auf diejenigen noch unvollstreckten Geldstrafen, die *statt* der Vermögenskonfiskation gegen diesseitige Untertanen wegen ihres Austritts nach Polen *verhängt* worden sind. [B]

¹ Die KO v. 30.11.1840, *Berichte, Denkschriften und Voten seit 1837 in: Rep. 90, Nr. 53, Bl. 5–114. Ebd., Bl. 118–127v und 129 der Immediatbericht v. 5.1.1842 sowie die abschlägige KO v. 17.8.1842. Vgl. ferner Rep. 84, II 2 W Nr. 27. Zur Rechtsstellung von Standesherrn wie Fürst zu Wied vgl. auch Schier, Rolf, Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), Karlsruhe 1978, S. 20–76.*

² *MinBl. innere Verw., 1840, S. 337.*

Nr. 92 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 23. November 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 3, Bl. 103–113; MF-Suppl. 8.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz.

Brandenburgischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 16. Oktober und zweier Bescheids-Entwürfe. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer 21 Denkschriften, u.a. zu speziell die Provinz betreffenden Gesetzesvorschlägen, wie z.B. zur Abgrenzung der Befugnisse städtischer und geistlicher Behörden in Schul- und Kirchenangelegenheiten. In diesem Zusammenhang ist eine Mißbilligung und Belehrung des nächsten Landtages hinsichtlich seiner Protestation um größere Einbeziehung ständischer Begutachtung des Entwurfs¹ des Märkischen Kirchen- und Schulrechts auszusprechen. Weiter zur Erstattung von entstandenen Kosten bei Bekämpfung der Cholera im Jahre 1837; zu verschiedenen, die ganze Monarchie betreffenden Gesetzentwürfen, u.a. zu diversen ständischen Rechten. [B]

¹ *Als Druck in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 8, n.f. Ein ausführliches Gutachten des Kultusministers über den Entwurf des Ministeriums für die Gesetzrevision in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 9, Bl. 1–44v.*

Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums¹ am 30. November 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 3, Bl. 114–115v; MF-Suppl. 8.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

¹ *Die Bezeichnung der Sitzung folgt hier streng dem Protokolltext (Bl. 114), obwohl aus mehreren Gründen (Beratungsinhalt, Protokollant und Fundort des Protokollstückes) die Vermutung naheliegt, daß es sich um eine gemeinsame Sitzung mit der ständischen Immediat-Kommission handelte.*

Brandenburgischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Protokolls vom 23. November unter Abänderung der Fassung zum gesetzlichen Umzugstermin für das Gesinde. Sechs weitere Bescheids-Entwürfe. [B]

Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1841.

Vollz. Reinschr., Bd. 42, Bl. 13–19 [Prot. 38a]; MF 244.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Ruppenthal.

Strafrecht. Beschränkung der Anwendbarkeit von einigen Paragraphen [...] des ALR in der Rheinprovinz [...] auf unmittelbare Verbrechen gegen den Staat; Spezialdiskussion zu den Paragraphen, welche in der Rheinprovinz auch ferner bzw. nicht zur Anwendung kommen sollen. Dementsprechend ist der Entwurf¹ einer Verordnung auszuarbeiten. [B]

¹ *Der Entwurf mit Bemerkungen in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 4, Bl. 163–167v. Dort auch die Bezeichnung derjenigen §§ des Tit. 20 Th. II des ALR, deren Anwendbarkeit in der Rheinprovinz ausgeschlossen sein soll, Bl. 154–162v sowie 168–205v der Votenwechsel seit Mai 1841.*

Nr. 95 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 7. Dezember 1841.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 3, Bl. 116–120; MF-Suppl. 8.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [teilweise], Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Kamptz, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Maltzan. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Entwurf¹ des Brandenburgischen Landtags-Abschiedes. Friedrich Wilhelm IV. ist damit einverstanden, daß die verständige ruhige Haltung, die Einigkeit und die Tätigkeit des Brandenburgischen Landtages ein ausgezeichnetes Lob verdienen. Einzelne Fassungsänderungen, auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Bemerkung, daß sowohl die genehmigenden als die ablehnenden Bescheide auf die ständischen Anträge mit möglichster Kürze und in ruhiger würdiger Sprache abzufassen sind. Nachdem der König die Sitzung verlassen hat, nochmalige Prüfung sowie Vergleichung mit den übrigen diesjährigen Landtags-Abschieden, namentlich mit denen für die Rheinprovinz und für Preußen hinsichtlich der Belobigung der Tätigkeit [...] des Brandenburgischen Landtags. Eine Bevorzugung des letzteren ist nicht erkennbar und eine veränderte Fassung deshalb nicht erforderlich. [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 42 Bd. 3, Bl. 121–150. Der Landtags-Abschied v. 20.12.1841 gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1842, S. 269–278.*

Nr. 96 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1841.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 42, Bl. 20–33 [Teilprot. 39a–c]; MF 244.

Anwesend [U]²: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3], Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Nagler, Eichhorn [zu 2–3], Thile, Stolberg-Wernigerode, Maltzan [alle drei zu 2–3]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Meding, A. W. Schulze [beide zu 1].

1. Gesetzentwurf³ nebst Motiven über die Altmärkischen Bauernlehne. *Behandlung dieser als lehnherrliches oder als gutsherrlich-bäuerliches Rechtsverhältnis; weitere Beratung vertagt.* [B] — **2.** *Eherecht.* Verhütung der Gesuche um Dispensation bei Ehen zwischen Stiefeltern und Stiefkindern. *Die Bestrafung eines bloßen Gesuchs ist unnötig, vielmehr ist die Belehrung durch die Geistlichkeit geeigneter, um die sittlich unerlaubten Wünsche Einzelner gleich bei ihrem Entstehen zu unterdrücken. Bei königlichem Wunsch ist aber auch Erlaß einer Verordnung⁴ denkbar.* [B] — **3.** *Kunstwerke.* Ablieferung von Freixemplaren von Druckschriften und Kunstwerken an die Königlichen Bibliotheken und Museen.⁵ [B]

¹ Die unleserliche Korrektur, vermutlich von Ph. Ladenberg, Bl. 22v, ist in die Abschrift des Teilprotokolls (Nr. 39a) bereits eingearbeitet worden, vgl. Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

² Wilhelm hat nur TOP 1 unterschrieben. Die Unterschrift Alvenslebens zu TOP 1 mit dem Bemerkten, daß er bei der Beschlußnahme nicht gegenwärtig war. Thile hat TOP 1–3 unterschrieben.

³ Rep. 80, I Justiz Nr. 136, Bl. 142–143. Ein Schreiben Rochows vom Herbst 1841 an W. L. v. Sayn-Wittgenstein mit der Bitte um möglichst baldige Beratung, da die Versammlung des Altmärkischen Kommunal-Landtages bevorstehe, in: Rep. 100, Nr. 314, n.f. Vgl. auch: Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preußens, hrsg. v. Dönniges, Bd. 2, Berlin 1845, S. 202–204.

⁴ Dazu eine KO v. 5.3.1842 an den Kultusminister, die Konsistorien und Geistlichen durch einen Erlaß an die Unstatthaftigkeit solcher Ehen zu erinnern. Die spätere VO v. 22.12.1843 in: GS, 1844, S. 47.

⁵ Das Votum Eichhorns v. 31.8.1842 mit Anlagen, u.a. eine Stellungnahme des Direktors der Akademie der Künste Johann Gottfried Schadow v. 5.3.1842, in: Rep. 90a, S I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 79–113v. Mehrere Voten vom Sommer 1841 in: Rep. 84a (M), Nr. 7007, Bl. 112–155v.

Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 42, Bl. 34–49v [Teilprot. 40a–e]; MF 244. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 5], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Rother [1–4 U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Maltzan [zu 2–5; 2–4 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2–4], Frh. v. Blomberg [zu 1], G. v. Möller [zu 2], Philipsborn [zu 5], v. Saldern [zu 3], A. W. Schulze, Thoma [beide zu 4].

1. Kreisstände. Entwurf¹ einer Verordnung über die Befugnisse der Kreisstände in der Provinz Schlesien, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingesessenen dadurch zu verpflichten; Erklä-

¹ Zwei Entwürfe vom Juli 1840 in: Rep. 90, Tit. XLVII Gen. Nr. 7 Bd. 1, Bl. 245–249, dort auch die Beratung seit 1836. Ein weiterer Entwurf vom Dezember 1841, der eine vorgeschlagene Modifikation der Stände zum § 5 bereits enthielt, sowie der Immediatbericht v. 24.12.1841 in: Rep. 90, Tit. XLVII Gen. Nr. 7 Bd. 2, Bl. 136–139v und 144–145v. Motive zum Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523d Nr. 26 Bd. 2, Bl. 34–49v. Die VO v. 7.1.1842, GS, S. 33.

zung der Schlesischen Stände zur zeitlichen Beschränkung der Beschlüsse über Beiträge oder Leistungen. [B] — 2. *Kommunal-Verfassungen*. Beschwerden und Gesuche² des Freiherrn von Haxthausen; höhere Remuneration für das ihm erteilte Kommissorium wegen der ländlichen Kommunal-Verfassung. [B] — 3. *Standesherrn*. Immediateingabe³ des Grafen zu Stolberg-Roßla zum Rechtsverhältnis seines Hauses zum Kurhause Sachsen. [B] — 4. *Fischerei-Ordnungen*. Erinnerungen⁴ des letzten Provinzial-Landtages sowie der schriftlichen Beratung zum Entwurf⁵ einer Fischerei-Ordnung für die Provinz Posen; Bestimmungen zur Beschränkung des Hanf- und Flachs-Röstens sowie zur Eisfischerei sind unnötig; Berechtigung zur Sperrung des Wassers und bessere Benutzung der fließenden Gewässer. [B] — 5. *Reklamationssache*. Beschwerde⁶-Angelegenheit des Hofrats Dorow auf Wiederanstellung abgelehnt. [B]

² Die Gesuche sowie der vorherige Votenwechsel, der Staatsministerialbeschuß vom selben Tage sowie ein Schreiben darüber an Haxthausen v. 31.12.1841, in: Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 12 Bd. 1, Bl. 116–143.

³ Die Immediateingabe v. 10.1.1839 in: Rep. 90, Nr. 88, n.f. Dort auch mehrere Entwürfe für die Konzessions-Urkunde für die Grafen Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, die Urkunde v. 28.3.1836 (Abschr.), die seit Ende 1840 abgegebenen Voten, der Immediatbericht v. 15.1.1842 sowie die KO v. 1.9.1842. Vgl. weiter Bornhak, Conrad, Die Mediation der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, in: FBPG, Bd. 19 (1906), S. 353–370, bes. S. 357f. und 363f.; Gollwitzer, Heinz, Die Standesherrn. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2. Aufl., Göttingen 1964, S. 16.

⁴ Gedruckt in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 22 (Posen 1841), S. 125 f.

⁵ Der Entwurf als Teil einer gedruckten KO v. 4.8.1841 in: Rep. 84a (D), Nr. 9527, Bl. 134 sowie überarbeitet in einer gedruckten KO v. 7.2.1842, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 61 Bd. 2, n.f. Vgl. dazu insgesamt auch Rep. 84a (M), Nr. 8235.

⁶ Das Immediatgesuch v. 30.9.1840 sowie die Voten, der Immediatbericht und die abschlägige KO v. 28.2.1842, in: Rep. 90, Tit. XXVIII Nr. 1, n.f. Zu einer früheren Beschwerde Dorows vgl. Sitzung am 26.5.1824, TOP 2.

Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 42, Bl. 50–52v [Teilprot. 41a–b]; MF 244.

Anwesend [U]¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Maltzan, Stolberg-Wernigerode [beide zu 2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Duesberg [zu 2], Löwenberg [zu 1], Frh. v. Müffling [zu 2], Paalzow [zu 1].

1. Pensionssache. [B] — 2. Dauernde Anstellung von Hilfsarbeitern beim Staatsrat.² [B]

¹ Wilhelm hat nur TOP 2 unterschrieben.

² Vgl. Sitzung am 12.5.1840. Ein abschriftliches Promemoria von Müffling v. 10.5.1840 sowie ein Regulativ v. 29.6.1840 über die Anstellung und die Dienstverhältnisse der Geheimen Referendarien des Staatsrats, in: Rep. 90a, B III 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 75–76v und 80–81. Vgl. dazu weiter Rep. 80, I Gen. Nr. 23 Bd. 1 sowie Schneider, Der preußische Staatsrat, S. 143.

Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1841.

Vollz. Reinschriften, Bd. 42, Bl. 53–54v [Teilprot. 42a–b]; MF 244/245. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3676, n.f.

Anwesend [U]¹: Boyen [V], Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn. — Prot.: [a] [?]; [b] Tellemann [U].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2], Hesse [U], Löwenberg [zu 1], Tellemann [zu 2; U].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionsachen. [B]

¹ *Rother hat nur TOP 1 unterschrieben.*

Nr. 100 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 1–38v [Teilprot. 1a–c]; MF 245.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Kamptz [1–2 U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [zu 1–2; 1–3 U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn, Thile [beide zu 3; U], Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Hesse, Löwenberg [beide zu 1–2], Schwinck [zu 3].

1.–2. Zwei Disziplinarsachen. [B] — 3. Fortgesetzte Spezialdiskussion über die Entwürfe¹ zu den neuen Fischerei-Ordnungen für das Frische und für das Kurische Haff unter Berücksichtigung der Denkschriften² des siebenten Provinzial-Landtages Preußens: Zum Beispiel über die landesherrliche Verleihung der Fischerei-Berechtigung auf dem Frischen Haff; zur Einschränkung der Befugnis für die Fischer, die Fische als Lohn für Arbeit zu geben; zu Vorschriften für den Gebrauch der Fischereigerätschaften; zur Fischerei in den in das Frische Haff einmündenden nicht öffentlichen Flüssen und Bächen; zu Strafbestimmungen bei Bernsteinkonventionen und die Stellung des Oberfischmeisters als Verwalter der Jurisdiktion in Verfahren bei Fischereikonventionen sowie die Höhe des durch ihn zu bestimmenden Strafmaßes; zu den Befugnissen der Fischerbauern zu Nidden. [B]

¹ *Mehrere Voten sowie die überarbeiteten Fassungen als Teil einer gedruckten KO v. 14.5.1842, in: Rep. 84a (D), Nr. 9527, Bl. 131 und Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 61 Bd. 2, n.f.*

² *Die Denkschriften v. 6.4.1841 zur Begutachtung des Entwurfs zur Fischerei-Ordnung für das Frische Haff bzw. das Kurische Haff, gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 19 (Preußen 1841), S. 285–293.*

Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 43, Bl. 39–58v [Teilprot. 2a–f]; MF 246. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [zu 1–4; 2–4 U], G. v. Rochow [U], Rother [6 U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1–2, 4–6], Ernst [zu 4], Hesse [zu 1 und 3], Jähnigen [zu 3], Kisker [zu 2 und 5], Schaffrinski [zu 6], Voswinckel [zu 1].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Befugnis der Provinzial-Verwaltungsbehörden, den Untergerichten [...] unmittelbare Aufträge zu erteilen¹ oder dies nach Meinung des Justizministers nur über die Obergerichte laufen zu lassen, da eine solche Kompetenz für das Ansehen und die Unabhängigkeit der Justiz nachteilig sein würde. Die Majorität unterstützt die gegenteilige Meinung des Innenministers.** [B] — **3. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **4. Patrimonialgerichtsbarkeit. Die Anregung Friedrich Wilhelms IV., den Erlaß² über die Abtretung der noch bestehenden Patrimonialgerichtsbarkeit über Mediatstädte oder über gewisse Grundstücke, Bürger und Einwohner in Immediatstädten aufzuheben, wird abgelehnt, da dies im Befehle vom 17. Oktober 1840 bereits enthalten ist.** [B] — **5. Zustand der Gesetzgebung und die Gerichtsverfassung im ostrheinischen Teile des Regierungsbezirks Koblenz bei fernerer Aussetzung der Einführung der allgemeinen Preußischen Gesetzbücher. Vorbemerkungen zur Gerichtsverfassung jenes Gebietes seit 1806; Vorschlag³ Mühlers auf Vereinigung des ostrheinischen Bezirks mit dem Oberlandesgericht zu Arnberg; Zurückverlegung des Justiz-Senats nach Ehrenbreitstein; Anforderung eines Gutachtens des Oberpräsidenten von Bodelschwingh zur Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse sowie der Interessen des ostrheinischen Landesteils.** [B] — **6. Schenkungen. Ein Entwurf⁴ einer Verordnung zur Modifikation gesetzlicher Bestimmungen für die Verteilung von Schenkungen an Anstalten und Korporationen ist zu erarbeiten.** [B]

¹ So bisher geregelt im § XII b der KO, betr. eine Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden v. 31.12.1825, GS, 1826, S. 5. Vgl. auch Rep. 84, II 2 P Nr. 20, Bl. 81–83.

² Der Erlaß v. 9.1.1810 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 168, Bl. 9. Dort Bl. 8 der kgl. Befehl v. 17.10.1840, die Graf von Hagensche Patrimonial-Gerichtsbarkeit in Möckern betr., Bl. 13–24 mehrere Voten sowie Bl. 30–37 der Immediatbericht v. 19.2.1842.

³ Bereits geäußert in einem Bericht an den König v. 7.6.1837 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 166, n.f. Ebd. ein ausführlicher weiterer Bericht Mühlers v. 2.7.1840, Voten, das Gutachten Bodelschwinghs v. 24.2.1842, der darauf erarbeitete Immediatbericht v. 8.4.1842 sowie KO v. 23.4.1842 über die Verlegung des Justiz-Senats von Koblenz nach Ehrenbreitstein. Diese Schriftstücke sowie ein Bericht Mühlers und Bodelschwinghs an den König v. 24.3.1843 auch in: Rep. 89, Nr. 17256, Bl. 99–144v.

⁴ Der Entwurf als gedruckte Vorlage für den Staatsrat in: Rep. 80, I Justiz Nr. 176, Bl. 7–7v bzw. ebd., Nr. 176a, Bl. 6v, dort jeweils auch der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 24.2.1842 und die weitere Beratung durch den Staatsrat. Vgl. das bislang gültige Gesetz v. 13.5.1833, GS, S. 49, und die VO, betr. die zusätzliche Bestimmung zum Gesetz von 1833 v. 21.7.1843, GS, S. 322.

Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Januar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 59–84v [Teilprot. 3a–g]; MF 246/247.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 4, 6–7], Boyen [V, U], Mühlner [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 5], Bötticher, Löwenberg [zu 1–3], G. v. Möller [zu 4], Paalzow [zu 1–3], v. Peucker [zu 7], Scholz [zu 6], Seiffart [zu 7].

1.–3. Drei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **4. Städte. Jurisdiktions-Berechtigung in den Immediatstädten der älteren Provinzen; die Entscheidung zwischen Staat oder [...] Stadtgemeinde hat lediglich theoretische Bedeutung, jedoch ist eine Erleichterung für die Verpflichtung der Städte**

zur Aufbringung der Kriminalkosten *wünschenswert*.¹ [B] — **5. Strafrecht.** Eine Aufhebung einzelner, in der Kriminal-Ordnung enthaltenen Bestimmungen über die gegen Verbrecher in der Untersuchung zu treffende Züchtigung bei Verweigerung der Aussage bleibt der Gesetzrevision vorbehalten.² Jetzt lediglich Belehrung der Gerichte. Auch für Neuvorpommern, wo keine speziellen Vorschriften dazu existieren, ist keine besondere Verordnung notwendig. [B] — **6. Allgemeine Erleichterung in den Lasten der Kriminalgerichtsbarkeit für die Städte** in den älteren Teilen der Monarchie *abgelehnt*; besondere Abkommen [...] mit einzelnen Städten *sind möglich*.³ [B] — **7. Berlin.** Bericht und Plan des Ober-Landes-Bau-Direktors Schinkel zur Verwendung des durch die Verlegung der Pulver-Fabrik disponibel gewordenen Terrains; *Bildung einer Kommission zur Regulierung eines vollständigen Bebauungsplans für das Pulvermühlen-Terrain*.⁴ [B]

¹ *Voten seit Mai 1840 über die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den Immediatstädten, wo die Städte-Ordnung v. 19.11.1808 galt, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 167, n.f.*

² *Voten seit Oktober 1840, die gedruckte Relation, der Immediatbericht v. 19.2.1842 sowie ein gleichartiger Beschluß des Staatsministeriums v. 23.6.1842, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 169. Dies alles sowie Materialien zurückreichend bis 1828 auch in: Rep. 89, Nr. 9732, Bl. 83–273v.*

³ *Die von Mühler am 20.10.1841 vorgelegte Relation (Druck) zum vorangegangenen Votenwechsel in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1, Bl. 114–127. Dort auch Bl. 128–129v eine Zusammenstellung der Ausgaben und Einnahmen der belasteten Städte und Bl. 132v–144v der Entwurf einer VO zur allgemeinen Erleichterung der Stadtgemeinden sowie der Immediatbericht v. 3.3.1842. Die KO v. 15.4.1842, welche die Abkommen mit einzelnen Städten befürwortete, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 184 f.*

⁴ *Ein Beschluß des Staatsministeriums bereits v. 13.5.1838 hatte festgelegt, die Pulverfabrik vom Unterbaum-Tor nach Spandau zu verlegen und das gesamte Terrain zu verkaufen, vgl. Rep. 89, Nr. 3702, n.f. Ein Immediatbericht des Staatsministeriums v. 22.4.1839 mit ersten Vorstellungen sowie die KO v. 18.5.1838 zur Beauftragung Schinkels, in: Rep. 89, Nr. 32161, Bl. 5–7 bzw. 8–8v. Dort auch die weitere Korrespondenz innerhalb des Staatsministeriums bzw. mit dem König bis Mitte der 40er Jahre.*

Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Januar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 85–108 [Teilprot. 4a–d], 2 Anlagen: Bl. 93–96v; MF 247.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3–4], Boyen [V, U], Kamptz [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 4], Bötticher, Hesse [zu 2; U], Nobiling [für Ph. Ladenberg zu 1], Paalzow [zu 1], Scholz [zu 1–2], Tellemann [zu 3].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3. Erbämter.** Modifikationen und Bedingungen über die Verleihung, Vererbung und den Verlust der Erbämter, *deren Beratung* bereits vor der Huldigung von 1840 *begonnen hatte*. Die Form der Verordnung *ist möglichst zu vermeiden*. *Vorschläge*¹ zu Normen für das Ministerium des Königlichen Hauses zur Behandlung der neuen Erbämter; strafrechtliche Vorschriften *als gesonderte Königliche Bestimmungen und nicht als Teil* der Verleihungs-Urkunde; *vertagt* auf den 8. Februar. [B] — **4. Hypotheken.** Grundsätze bei der Anlegung und Sicherstellung von Deposit- und Mündelgeldern. *Diese Kapitalien müssen nicht* zur ersten Hypothek stehen. *Der Grundsatz, den in den gerichtlichen Depositorien befindlichen Hypotheken dürfe keine Privathypothek vorstehen, soll nicht mehr unbedingte Vorschrift sein. Die Mehrheit ist für* den Erlaß einer *noch auszuarbeitenden* Verordnung. [B] *Beibehaltung des Grund-*

¹ *Dazu anliegend am Protokoll als Anlage A: Entwurf zu der die Stelle der Instruktion für das Ministerium des Königlichen Hauses vertretenden Kabinettsordre. Außerdem Anlage B: Entwurf zu dem Allerhöchsten Erlasse, die Privation der Erbämter zur Strafe betr., beides als Abschriften. Die KO v. 31.3.1841 sowie der darauf im April 1841 einsetzende Votenwechsel und ein vorläufiger Immediatbericht v. 11.1.1842, in: Rep. 84a (M), Nr. 3455, Bl. 69–112v.*

satzes, daß niemals über die Hälfte des Werts geliehen werden soll; *gesetzliche Sicherung des Depositall- und Pupillenvermögens bei Anlegung in Hypotheken.*²

² *Der Vortrag Mühlers v. 24.6.1841 mit vielen Anlagen, Berichte von mehreren Pupillen-Kollegien, der Immediatbericht des Staatsministerium v. 3.3.1842 sowie der Entwurf einer VO, betr. die Grundsätze bei hypothekarischer Sicherstellung von Depositall- und Mündelvermögen (Drucke), in: Rep. 80, I Justiz Nr. 174a.*

Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Februar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 109–111v [Teilprot. 5a–d]; MF 247.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, Alvensleben, Eichhorn, Thile. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 2; U], Frh. v. Blomberg [zu 4], Bötticher, Löwenberg [zu 1], v.u.z. Mühlen [zu 3], v. Stein-Kochberg [zu 1–2; 2 U], Thoma [für Ph. Ladenberg zu 1–3].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Adel. Korrekturen zum noch nicht vollzogenem Reglement** über die Stiftung von Präbenden für die Töchter aus den Familien des rheinischen ritterbürtigen Adels. [B] — **4. Domänen.** Meinungsverschiedenheit zur Heranziehung der königlichen Domänen zu den Kreis- und Kommunallasten, die in den verschiedenen Provinzen nach abweichenden Grundsätzen erfolgt. *Verallgemeinernde Grundsätze sind wünschenswert. Anfordern von Gutachten der Oberpräsidenten, um die jeweils bestehenden faktischen Verhältnisse und Grundsätze berücksichtigen zu können.*¹ [B]

¹ *Voten von 1840/42 in: Rep. 90a, F II Nr. 4 Bd. 1, n.f. Das Rundschreiben an die Oberpräsidenten vom gleichen Tag mit der Formulierung von vier Hauptfragen, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 27, Bl. 49–50v. Dort auch mehrere Berichte verschiedener Regierungen aus dem Jahre 1840 zur Verfahrensweise bei der Heranziehung der kgl. Domänen und Forsten zu den Kreislasten.*

Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 43, Bl. 112–123 [Teilprot. 6a–b]; MF 247/248. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz, Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Thile, Eichhorn. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Göschel [zu 2], Tellemann [zu 1].

1. Fortsetzung der Beratung über die bei den neuen Erbämtern zu befolgenden Grundsätze: *Majorität ist gegen allgemeine engere Verbindung von Erbämtern mit äußeren Ehren. Beim Entwurf¹ einer Instruktion für das Ministerium des Königlichen Hauses sollen die Besitzkonditionen für die erneuerten Erbämter sowie die Förmlichkeiten bei der Lehnserneuerung neu formuliert werden. Dem König ist mit dem Entwurf eines Allerhöchsten Erlasses über die Privation der Erbämter zur*

¹ *Als Anlage A zum Protokoll v. 25.1.1842, Bl. 93–94; dort als Anlage B, Bl. 95–96v der Entwurf des Erlasses. Vgl. auch Rep. 84a (M), Nr. 3455, Bl. 120–156v der Immediatbericht (Entwurf) sowie die überarbeiteten Fassungen für die Verordnungen.*

Strafe hinsichtlich der Abstufung der Straffälle als Felonien² erster und zweiter Klasse sowie zur Benennung von Ursachen für den Verlust des Erbambtes zu empfehlen, den Erlaß nicht zu vollziehen. [B] — 2. Verjährungsfristen. Erklärungen³ der Stände der Provinzen Pommern, Posen, Sachsen, Preußen und Brandenburg zur Zweckmäßigkeit des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der dem Gesetze vom 31. März 1838 wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen pp. entgegenstehenden provinzialrechtlichen und statuarischen Bestimmungen sowie Entwurf zur neuen Verordnung. [B]

² Hier: die Verletzung der Lehnstreu sowohl durch den Vasallen als auch durch den Lehnsherren bezeichnet.

³ Gedruckt jeweils bei Nitschke, Verhandlungen, Bd. 16 (Pommern 1841), S. 390 f.; Bd. 18 (Sachsen 1841), S. 244 f.; Bd. 19 (Preußen 1841), S. 254 f.; Bd. 22 (Posen 1841), S. 114–116; der Gesetzentwurf ebd. Bd. 16, S. 278 f. Die VO über die Aufhebung der entgegenstehenden provinziellen und statuarischen Bestimmungen v. 15.4.1842, GS, S. 114.

Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 124–132 [Teilprot. 7a–c]; MF 248.

Anwesend [U]: Boyen [V], Kamptz [zu 1–2], Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg [zu 1–2], Rother, Eichhorn, Thile. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Göschel [beide zu 2], v.u.z. Mühlen [zu 1], Paalzow [zu 3; U], Seydel [zu 1], Tellemann [zu 3; U].

1. Gehaltssache. [B] — 2. Patronat. Gesetzentwurf¹ über die näher zu bestimmende Verpflichtung der Patrone in den ehemals sächsischen Landesteilen zu Kirchen-, Pfarr- und Schul-Baulichkeiten beizutragen; *Beratungsverlauf seit 1827, auch mit den Sächsischen Landtagen. Eine Anlehnung an die Königlich-Sächsische Rechtsverfassung ist nicht erforderlich; die Klärung des Rechtsverhältnisses der Patrone kann durch ein Rechtsgutachten des Geheimen Ober-Tribunals erreicht werden und dieses ist anzufordern.* [B] — 3. Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Der Entwurf mit Vortrag, Nachtrag und Promemoria in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 122 Bd. 1, Bl. 38–96 und 105–122 (Druck). Die Beratung der Angelegenheit im Staatsministerium seit 1827, der Immediatbericht v. 31.3.1842, ein Bericht des Geheimen Ober-Tribunals über die Rechtsverhältnisse der Kirchen-Patrone in den ehemals königlich sächsischen Landesteilen bezüglich ihrer Beitragspflicht v. 31.10.1842 sowie die weitere Beratung bis zum Landtags-Abschied v. 27.12.1845, in: Rep. 89, Nr. 23414, n.f.

Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Februar 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 133–168v [Teilprot. 8a–e]; MF 248/249. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2, 4–5], Boyen [V, U], Kamptz [1–2 U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [zu 3–5; 1, 3–5 U], Eichhorn [U]. — Prot.: [a, b] Voswinckel; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Hesse [zu 1; U], H. v. Mühler [zu 4–5], Paalzow [zu 2], GehRegR Schulz [zu 3], Voswinckel [zu 1–2; U].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Landschaften. Erweiterung des landschaftlichen Posenschen Kredit-Vereins; Kündigungsverfahren für die [...] zur Einziehung bestimmten 3½-prozentigen Pfandbriefe; *Bedingungen für die Ablösbarkeit von 4-prozentigen Pfandbrief-Darlehen.*¹ [B] — **4.** Erneute Beratung des Eherechts zum Punkt der Wiederverheiratung von ehemaligen Katholiken bei vorher erfolgtem Konfessionswechsel²: Friedrich Wilhelm IV. fordert, daß eingewanderte Ausländer katholischen Glaubens, die dort von Tisch und Bett getrennt worden sind, vor einer Wiederverheiratung in Preußen einen förmlichen Ehescheidungsprozeß anstrengen müssen. Damit wäre dem Unterschied zwischen den kirchlichen und den bürgerlichen Vorschriften entsprochen. Die Entscheidung, ob der Trennung von Tisch und Bett die Wirkungen einer bürgerlichen Ehescheidung beizulegen sind, und welche Vorschriften daraus für die katholischen Ehegerichte des In- wie Auslandes erwachsen, ist in Verbindung mit der Revision des ganzen Eherechts erneut zu beraten. [B] — **5.** Patronat. Beschwerde³ des Berliner Magistrats auf Zuordnung der Vermögensverwaltung von städtischen Patronatskirchen und -schulen zur Verwaltung des städtischen Gemeinwesens und nicht deren Unterordnung unter landesherrliche Oberaufsicht; *Regelung der Aufsicht seit 1573 und nach der Städte-Ordnung 1808 für Kirchen, Schulen und städtische Stiftungen in Berlin; jetzt wieder stärkere Beachtung des Unterschiedes zwischen der kirchlichen Aufsicht über [...] das Kirchenvermögen und der landespolizeilichen Aufsicht, angesichts der Bemühungen von Stadtverordneten auch aus anderen Städten strikte Trennung der Verwaltung und Beaufsichtigung des städtischen Kirchen- und Schulvermögens von derjenigen des städtischen Gemeinvermögens.* [B]

¹ Die KO v. 5.7.1841 zur Prüfung der Erweiterung, das Sitzungsprotokoll der General-Versammlung des Kredit-Vereins v. 9.11.1840, Immediatberichte v. 20.6./20.7. und 12.10.1841 mit dem Entwurf der VO und Anlagen, in: Rep. 90, Nr. 1179, n.f. Dort weitere Voten und der abschließende Immediatbericht v. 3.3.1842. Vgl. VO v. 15.4.1842, GS, S. 180. Vgl. allgemein Laubert, *Der politische Charakter der Posener Landschaft*, S. 245–270.

² Die im Herbst 1841 durch KO v. 21.8.1841 wieder aufgenommene schriftliche Beratung in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 29.3.1842 sowie die KO v. 13.5.1842 mit dem Verweis zur Revision des Eherechts, aber auch mit der Forderung nach ständiger Beachtung möglicher Ehehindernisse bei Ausländern. Mühlers Votum zum überarbeiteten Entwurf des Ehescheidungsgesetzes vom Juli 1842, die weitere Beratung in der Gesetz-Kommission und ein neuer Entwurf vom Oktober 1842, in: Rep. 84a (M), Nr. 9249.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Eine KO dazu v. 11.11.1840 an Rochow und Eichhorn sowie ein Immediatbericht v. 30.3.1842 (Auszug), in: Rep. 90a, V II 4 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 117–118v. Ebd., Bl. 213–213v ein weiterer Immediatbericht (Auszug) dazu v. 6.3.1844 sowie die abschließende KO v. 19.4.1844. Die Beziehung der städtischen Kommune zum Kirchenwesen als Patronat seit 1808 vgl. bei Niedner, Johannes, *Die Entwicklung des städtischen Patronats in der Mark Brandenburg. Ein Beitrag zur kirchlichen Lokalverwaltung*, Stuttgart 1911, S. 182–254, speziell für Berlin S. 221 f.; sowie ders., *Die Besetzung der Diakonatsstellen an der Petri-Kirche in Berlin. Ein Beitrag zur Geschichte des städtischen Patronats*, Berlin 1909, S. 37–39.

Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 43, Bl. 169–186v [Teilprot. 9a–e]; MF 249.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3; U], Boyen [V, U], Mühlner [zu 1–4; U], G. v. Rochow [zu 2–4], Ph. Ladenberg [U], Rother [zu 1–3, 5; U], Alvensleben [zu 2–4; U], Eichhorn [U], Thile [zu 3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2–4], Göschel [zu 4], Hesse [zu 1], Löwenberg [zu 1–2], Schwinck [zu 3], Tellemann [zu 5].

¹ Streichungsvorschläge Alvenslebens und Mühlners beim Beschluß zu TOP 4, Bl. 185v.

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Zulässigkeit des Kontumazialverfahrens² im Falle des Mandatsprozesses, ausreichende Begründung in der bestehenden Gesetzgebung; Meinungsverschiedenheit über die richterliche Befugnis zur Festsetzung der Exekutionsfrist im Mandatsprozesse. [B] — 3. Domänen. Eine Entscheidung darüber, ob die Domänenzinse allgemein den Förmlichkeiten des Hausgesetzes³ unterliegen, wird vertagt. Abschreibung derjenigen Kapitalien [...] auf das genehmigte Staatsschulden-Tilgungs-Etat-Quantum, die von kölmischen und chatoul-kölmischen Grundbesitzern in Preußen an die Staatskasse [...] für abgelöste Domänenzinse [...] eingezahlt werden.⁴ [B] — 4. Anwendbarkeit des Landrechts auf märkische Lehnsverhältnisse: Konsens der eingetragenen Agnaten bei der Verpfändung der Substanz eines Lehngutes [...] in der Kurmark ist ausreichend⁵; vorläufige Beibehaltung der Abweichung im neumärkischen Lehnrecht; Vorlage beim nächsten Provinzial-Landtag. [B] — 5. Reklamationssache. [B]

² Im Zivilrecht: Versäumnisverfahren. Materialien der Ober- und Untergerichte, ein Bericht des Geheimen Ober-Tribunals v. 18.1.1841, Voten sowie der Entwurf einer KO, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 171, Bl. 1–44. Ebd., Bl. 61–64 der Immediatbericht v. 31.3.1842 sowie Bl. 68 die KO v. 27.4.1842.

³ Vgl. Edikt und Hausgesetz über die Veräußerlichkeit der kgl. Domänen v. 6.11.1809, GS, S. 604. Das Staatsministerium diskutierte hier auch die Anwendbarkeit von § 3 Litt. b auf die Kölmer und Chatoull-Kölmer.

⁴ Der vorangegangene Votenwechsel, der Immediatbericht v. 12.4.1842 sowie die entsprechende KO v. 27.4.1842, in: Rep. 90, Tit. XXX B Preußen Nr. 4, n.f. Der Anteil der Kölmischen Güter in der Provinz Preußen, mit einer besonderen Konzentration im Regierungsbezirk Gumbinnen, lag 1834 bei ca. 15 %; vgl. Hand-Matrikel der in sämtlichen Kreisen des Preußischen Staats auf Kreis- und Landtagen vertretenen Rittergüter, hrsg. v. K. Fr. Rauer, Berlin 1857, S. 3 f. Zur ständischen Positionsbestimmung der Kölmer vgl. auch Neugebauer, Politischer Wandel im Osten, S. 202–205.

⁵ Dazu Voten und der Immediatbericht v. 3.5.1842 in: Rep. 90, Nr. 1580, n.f. Vgl. Entwürfe der Deklaration vom Frühjahr 1842 in: Rep. 77, Tit. 523b Nr. 47 Bd. 1, n.f. Die Deklaration zur Notwendigkeit des Konsenses der Agnaten zur Verpfändung der Substanz eines Lehngutes in der Altmark, Prignitz, Mittel- und Uckermark sowie in den Kreisen Beeskow und Storkow v. 5.11.1843, GS, S. 339.

Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 187–193oov [Teilprot. 10a–g]; MF 249/250.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–4, 6–7; 1–2 U], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–7; 1–6 U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U]. — Prot.: [a–b] [?]; [c–e] Voswinckel.

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling [zu 6], v. Reuß [zu 6–7], Seydel, Voswinckel [beide zu 3–5].

1. Einführung Savignys in das Staatsministerium als Minister für die Gesetz-Revision.¹ — 2. Disziplinarsache² gegen den ordentlichen Professor der Philosophie Hoffmann von Fallersleben zu Breslau wegen seiner Gedichtsammlung „Unpolitische Lieder. Zweiter Teil“: Diskussion über

¹ Die Ernennung erfolgte mit KO v. 28.2.1842, GS, S. 83. Vgl. Einleitung, S. 16 f.

² Das Gutachten des Regierungsbevollmächtigten Heinke bei der Breslauer Universität v. 28.1.1842 und der Entwurf eines ausführlichen gutachterlichen Berichts des Staatsministeriums vom März 1842, in: Rep. 90, Tit. IX Litt. H Nr. 31, n.f. Dort auch die beiden Relationen, ausgearbeitet vom Geheimen Justizrat Tellemann bzw. Regierungsrat Schaffrinski. Vgl. zur Korrespondenz Hoffmanns mit Breslauer Behörden und dem Minister Eichhorn aus dem Zeitraum November 1841 bis Januar 1843 zur Disziplinaruntersuchung die Druckschrift: Zehn Aktenstücke über die Amtsenthebung des Professors (Heinrich) Hoffmann von Fallersleben, Mannheim 1843, sowie weiter: Klawitter, Willy, Geschichte der Zensur in Schlesien, Breslau 1934, S. 221–226.

die Anwendbarkeit der Gesetze³ zur Entlassung der bei öffentlichen Unterrichts-Anstalten angestellten Lehrer bzw. der Zivilbeamten. Eichhorn drängt auf eine möglichst schleunige Entlassung sowie auf Übergehung aller formalen Bedenken und auf eine baldige Ausarbeitung der zwei Relationen über den materiellen Inhalt der Sache. [B] — 3.–5. Drei Gehaltssachen. [B] — 6. Waldstreu. Spezialdiskussion zu den Erinnerungen⁴ der Stände gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs zur Waldstreu-Berechtigung wird nur bedingt für motiviert angenommen; Sicherung bereits verliehener Rechte und Erforderung des Nachweises bereits vollendeter Verjährung; Definition zum Objekt der Waldstreu sowie Terminsetzung für deren Einsammlung; Zweckbestimmungen über den Verbrauch der Waldstreu, wie z.B. beim Strohverkauf, gegen eine mißbräuchliche Ausdehnung der Streuberechtigung; Zuständigkeit der Forstgerichte für die Untersuchung aller Kontraventionen. Die Verordnung⁵ ist ohne vorgängige Beratung durch den Staatsrat für die Provinzen Sachsen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Preußen zu erlassen. [B] — 7. Forst- und Jagdpolizei-Ordnung. Spezialdiskussion über Bemerkungen und Anträge⁶ der Stände und der Herren Landtags-Kommissarien zum Entwurf einer allgemeinen Forst- und Jagd-Ordnung; Klärung der weiteren Gültigkeit mehrerer allgemeiner Gesetze bzw. der Notwendigkeit von provinziellen Gesetzen; polizeilicher Schutz auch für Privat- und Gemeinde-Waldungen; freie Dispositionsbefugnis des Grundbesitzers über sein Eigentum und die Erhaltung einer Waldung im Interesse des Gemeinwohls. [B]

³ Die KO zum Verfahren bei Amtsentsetzung der Geistlichen und Jugendlehrer und anderer Staatsbeamten v. 12.4.1822, GS, S. 105 sowie die KO zum Verfahren bei administrativ erfolgenden Dienstentlassungen der Zivilbeamten v. 21.2.1823, GS, S. 25. Vgl. dazu auch Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 30.

⁴ Die ständischen Erinnerungen, alle gedruckt bei Nitschke, Verhandlungen, Bd. 16 (Pommern 1841), S. 362 f.; Bd. 17 (Schlesien 1841), S. 347–352; Bd. 18 (Sachsen 1841), S. 147 f.; Bd. 19 (Preußen 1841), S. 223 f.; Bd. 22 (Posen 1841), S. 74–78. Der Entwurf der VO gedr. in: Ebd. Bd. 16, S. 125–128. Vgl. auch Sitzungen am 9.2.1838, 25.6. und 24.12.1839.

⁵ Vgl. vorläufige VO v. 5.3.1843, GS, S. 105.

⁶ Eine gedruckte Zusammenstellung der Bemerkungen und Anträge der Provinzialstände und der Herren Landtags-Kommissarien zu dem Entwurfe einer allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung, in: Rep. 80, I Inneres Nr. 84, Bl. 258–297v. Ebd., Bl. 239–257v der Entwurf, gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 16 (Pommern 1841), S. 64–124.

Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 194–206 [Teilprot. 11a–e]; MF 250.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3–5], Boyen [V, U], Mühler [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [zu 4–5; U], Rother [zu 1–3, 5; U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Savigny [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 3–4], Göschel [zu 3], Kisker [zu 4], G. v. Möller [zu 2], Paalzow [zu 1–2], Scholz [zu 1], Tellemann [zu 5].

1. Reklamationssache wegen Mietentschädigung. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache mit Grundsatzdiskussion darüber, daß die Regierung zu Trier keine Kompetenz zur Untersuchung und Entscheidung über die Dienstvergehen hat. [B] Die rheinischen Gerichte können gemeine Verbrechen der Beamten untersuchen. — 3. Alimente. Gegenseitige Alimentationsverpflichtung der Eltern, Kinder und Geschwister; im Falle des Prozesses darf der Kläger [...] nicht den Nachweis, daß der Verklagte Kräfte und Vermögen besitzt, führen. Eine Verordnung¹ ist auszuarbeiten. [B]

¹ Vgl. die Deklaration zur Alimentationspflicht der Verwandten nach ALR v. 21.7.1843, GS, S. 296.

— 4. Gerichte. *Entwurf² einer Verordnung über die Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte bei Vergehen gegen die Abgabengesetze.* [B] — 5. Kontumazialverfahren. *Zulässigkeit in den Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte wegen Dienstentlassung oder unfreiwilliger Pensionierung; analoge Anwendung der Vorschriften für fiskalische Untersuchungsprozesse [...] auf das Disziplinarverfahren gegen Beamte.* [B] *Rochow³ ist dagegen; Abschrift des Beschlusses an alle Ressortminister und Modifizierung⁴ der im Ministerialblatte für die innere Verwaltung bekannt gemachten Verfügung.* [B]

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. KO zur Kompetenz der Untergerichte in Untersuchungen wegen Defraudation landes- und grundherrlicher Nutzungen sowie überhaupt gegen Vergehen gegen Finanzgesetze v. 29.4.1842, GS, S. 116.*

³ *Vgl. eine Verfügung Rochows dazu v. 29.2.1840, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1840, S. 38 f.*

⁴ *Die Zirkular-Verfügung Rochows an alle Regierungen und Generalkommissionen v. 31.5.1842 gedr. in: Ebd., 1842, S. 175 f. Vgl. auch Rep. 90, Nr. 642, n.f.*

Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 22. März 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 207–223 [Teilprot. 12a–f]; MF 250/251.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, G. v. Rochow, Ph. Ladenberg, Rother, Alvensleben [zu 2, 5–6], Eichhorn, Savigny. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Göschel [zu 3–4], Hesse [zu 1–2], Jähnigen [zu 5], Löwenberg [zu 1], G. v. Möller [zu 2], Schaffrinski [zu 6].

1.–2. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Beamte. Einheitliche Regelungen zum Abzugsverfahren der Behörden bei Pensionen von Beamten, die an Gläubiger zu zahlen haben.* [B] — **4.** *Getreide. Antrag¹ der westfälischen Provinzialstände auf Aufhebung des [...] Verbotes, wonach es keinem Bauer erlaubt ist, seine Früchte auf dem Halme zu verkaufen. Eine entsprechende Verordnung² für alle Landesteile, wo das Allgemeine Landrecht gilt, ist auszuarbeiten.* [B] — **5.** *Beamte. Erneute Behandlung der Kontroverse zwischen Mühler und Ladenberg, wem von beiden das Aggravationsrechtsmittel in Kriminaluntersuchungssachen gegen rheinische Förster zusteht, die Dienstvergehen in ihrer Eigenschaft als gerichtliche Polizeibeamte verübt haben. Dazu Berichte³ der rheinischen Regierungen sowie der Ober-Prokuratoren und des General-Prokurators, die überwiegend die bisherige Behandlung durch die Justizbehörden bestätigen. Den Verwaltungsbehörden obliegt die Dienstdisziplin über die königlichen Verwaltungsbeamten sowie über die im Kommunal- oder Privatdienste stehenden Beamten der gerichtlichen Polizei; aus der Disziplinargewalt folgert nicht die Kompetenz der Verwaltung zur Einlegung des Aggravationsrechtsmittels.* [B] — **6.** *Kompetenzkonflikt im Prozeß des Erbscholtiseibesitzers⁴ Hahn zu Oderwitz gegen die Gemeinde wegen Abhaltung der Nachtwache.*

¹ *Der Antrag v. 30.4.1841 gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 21 (Westfalen 1841), S. 402–407. Ein diesbezügliches Gutachten des Oberpräsidenten Vincke in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 21⁴, n.f.*

² *Ebd. der Entwurf für eine VO, betr. die Aufhebung des Verbots des Verkaufs von Früchten auf dem Halm sowie die vom Juni bis Dezember 1841 erstellten Voten, der Immediatbericht v. 28.4.1842 mit dem überarbeiteten Entwurf sowie den Motiven. Vgl. KO für die Provinz Westfalen v. 22.5.1842, GS, 1842, S. 200 sowie die allgemeine VO v. 9.11.1843, GS, S. 347.*

³ *Diese Berichte vom April bis Oktober 1841 in: Rep. 90, Tit. IX Gen. Nr. 25, Bl. 73–144. Dort auch weitere Voten, der Immediatbericht v. 1.6.1842 sowie die KO v. 30.7.1842, in der die Einlegung des Aggravationsrechtsmittels ausschließlich den Justizbehörden zugesprochen wurde, Bl. 145–155.*

⁴ *Erbschulzengut. Der vorherige Votenwechsel in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 35, Bl. 1–28v.*

Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 43, Bl. 224–229v [Teilprot. 13a–d]; MF 251. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [zu 2–3; U], Ph. Ladenberg [U], Alvensleben [U], Eichhorn [zu 2; U], Thile [1–3 U], Savigny [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1, 3–4], Hesse [zu 1–2], Löwenberg [zu 1], Schaffrinski [zu 3–4; U], Tellemann [zu 3; U].

1.–2. *Zwei Disziplinar- und Pensionsachen; letztere mit grundsätzlicher Verständigung über die Gültigkeit des Allgemeinen Landrechts bei unfreiwilliger Dienstentlassung von beigeordneten Bürgermeistern in der Rheinprovinz. [B] — 3.* Disziplinaruntersuchung gegen den ordentlichen Professor der Philosophie Dr. August Heinrich Hoffmann von Fallersleben zu Breslau: *Bedenken hinsichtlich der Kompetenz des Staatsministeriums sind unbegründet; Majorität für Entlassung ohne Pension [B]¹; vorläufige Suspension vom Amt bereits vor der definitiven Entscheidung der Sache. — 4.* Fortsetzung der Beratung über den von der Regierung zu Breslau in der Prozeßsache der Gemeinde zu Oderwitz gegen den Erbscholtiseibesitzer Hahn: Zulässigkeit des Konflikts.² [B]

¹ *Der vollzogene Beschluß in: Rep. 90, Tit. IX Litt. H Nr. 31, n.f. Dort auch die Übersendung an den Staatsrat sowie dessen gedrucktes Gutachten vom 21. Mai, in dem der Staatsrat erneut Bedenken zur Kompetenz ausspricht. Die weitere Behandlung im Staatsministerium bis zu dessen Beschluß v. 4. Dezember und der KO v. 20.12.1842 mit der Bestätigung der pensionslosen Entlassung. Die Beratung im Staatsrat in: Rep. 80, I Personalia, Nr. 30 und 30a. Zum Konflikt zwischen Staatsrat und Staatsministerium in dieser Sache vgl. auch Schneider, Der preußische Staatsrat, S. 158.*

² *Der Immediatbericht v. 13.7.1842 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 35, Bl. 32–43v.*

Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 43, Bl. 230–261v [Teilprot. 14a–c]; MF 251/252.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Nagler [beide 1–2 U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 1 und 3; U], Savigny, Bülow [2–3 U], Stolberg-Wernigerode [1–2 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Hesse [beide zu 2], Nobiling, v. Reuß [beide zu 3], Scholz [zu 2].

1. Einführung Bülows in das Staatsministerium als Minister der auswärtigen Angelegenheiten.¹ — **2.** Reklamationssache. [B] — **3.** Entwurf der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: Fortgesetzte Beratung über die Erinnerungen der Stände und Landtags-Kommissarien bei dessen Begutachtung. *Spezialdiskussion zu Entschädigungsfragen, Nutzungsvorschriften für Weide- und Waldflächen sowie der Grenzstreifen, zur Wahrung der Nutzungs- und Servitutberechtigungen, zur Ausfuhr des Holzes sowie dessen Vergütung und Verwendung sowie zur Festsetzung der Strafsätze. [B]*

¹ *Vgl. KO wegen Ernennung Bülows zum Staats- und Kabinettsminister v. 21.3.1842, GS, S. 109.*

Nr. 114 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 43, Bl. 262–288v [Prot. 15a]; MF 252. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 3, Bl. 39–61v; Rep. 80, I Inneres Nr. 84, Bl. 154–177.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß.

Entwurf einer allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: *Fortgesetzte Beratung über die Erinnerungen der Stände und Landtags-Kommissarien. Spezialdiskussion zur Ausübung der Waldweide, zum Schonungswesen und den Weidekonventionen, zur Grasschnitt-Berechtigung sowie zur Einführung der Holzlegitimations-Kontrolle; vertagt.*¹ [B]

¹ *Das Protokoll erklärt den Abbruch der Beratung damit, daß andere dringendere Gegenstände in der heutigen Konferenz noch zur Erörterung zu bringen waren, worüber sich aber kein protokollarischer Nachweis ermitteln ließ. Vgl. hierzu auch Einleitung, S. 28. Eine Sitzung gleichen Datums, wie sie bei Strenge, Barbara, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München u.a. 1996, S. 53 erwähnt wird, war protokollarisch nicht nachweisbar; der dort angeführte Quellenbeleg ist Teil eines Votums von Rochow v. 12.4.1842.*

Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 43, Bl. 289–325 [Teilprot. 16a–b]; MF 252/253.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Nagler [2 U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 1], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß.

1. Entwurf der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: *Fortgesetzte Beratung über die gutachterlichen Äußerungen der Provinzialstände. Vorbeugen von unvermeidlichen Beeinträchtigungen des Forst- und Jagdschutzes bei der Errichtung von Gebäuden innerhalb oder in der Nähe von Waldungen; Verpflichtung zur Konkurrenz bei Löschung von Waldbränden; materielle, finanzielle und juristische Modalitäten zur Schädlingsbekämpfung; Erhaltung der Wildbestände, Wilddiebstahl; Voraussetzungen und Normen für die Ausübung der Jagd, Berechtigung zu Jagdverpachtungen, Behebung und Vermeidung von Jagdschäden, besonders auf Feldern sowie Verhütung und Ersatz der Wildschäden; Jagd- und Schonzeiten; Jagdkonventionen.* [B] — **2.** *Erlaß einer besonderen Verordnung*¹ *wegen Herabsetzung der Strafen für Verletzung der Schonzeit [...] für den ganzen Umfang der Monarchie und in Abstimmung mit der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung.* [B]

¹ *VO v. 9.12.1842, GS, 1843, S. 2.*

Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 43, Bl. 326–330v [Prot. 17a]; MF 253. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Bülow [U], Savigny [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Meding, A. W. Schulze.

Meinungsdifferenz¹ [...] zwischen Mühler und Rochow zur Regulierung und Kontrolle der Verwendung der Ablösungs-Kapitalien durch die Auseinandersetzungs-Behörde oder durch die Hypotheken-Behörden; Mühler ist gegen zu weite Auslegung von gesetzlichen Bestimmungen² zur Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden; Billigung von Rochows Ansichten sowie Erlaß einer Deklaration. [B]

¹ Die gedruckten Voten beider Minister, mit Extrakten aus der Beilage zum Protokoll des Staatsministeriums v. 20.3.1832, in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 3.

² Betrifft die §§ 10 und 62 der VO v. 30.6.1834 wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten, GS, S. 96. Die neue Deklaration, betr. die Auslegung dieser §§ zur Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden hinsichtlich der Verwendung von Abfindungs-Kapitalien v. 30.7.1842, GS, S. 245.

Nr. 117 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 26. April 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 160–170v; MF-Suppl. 8. — Begl. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 60–71.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Vereinigte Ausschüsse. Gemeinschaftliche Beratung¹ sowohl über die Frage wegen Zusammenberufung der auf den letzten Landtagen gewählten Ständischen Ausschüsse, welche Friedrich Wilhelm IV. mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der ständischen Äußerungen über den beabsichtigten² Steuererlaß [...] für angemessen erachtet, als auch über die den Ausschüssen vorzulegenden Gegenstände zur Art der Verhandlung mit einer solchen Versammlung. Ergebnisse der vorbereitenden Konferenz³. Grundsatzdiskussion über Verwendung des erwogenen Steuererlasses

¹ Die KO v. 19.4.1842 hatte die gemeinschaftliche Beratung von Staatsministerium und ständischer Immediat-Kommission wegen Zusammenberufung der Ausschüsse sowie über die denselben vorzulegenden Gegenstände angeordnet, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 95, wobei lt. einem Schreiben G. v. Rochows an alle Beteiligten v. 22.4.1842 die Angelegenheit wegen der Zusammenberufung der ständischen Ausschüsse mit strenger Rücksicht auf deren Geheimhaltung bis zur Ausführung behandelt werden sollte, ebd., Bl. 36. Vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 551.

² Der Steuererlaß war den Landtagen 1841 vom König für das Jahr 1843 in Aussicht gestellt worden. Das Staatsministerium resümierte in einem Immediatbericht v. 3.3.1842 über die ständischen Beratungsergebnisse zum verheißenen Steuererlaß und beantragte diesen zum 1.1.1843 durch Ermäßigung des Salzpreises, vgl. Rep. 90, Tit. XL A Nr. 38¹, Bl. 8–22, auch Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 1–12.

³ Das Protokoll der auf Bl. 160v erwähnten Konferenz am 17.4.1842 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 49–56.

sowie darüber, inwieweit diese zum Gegenstand einer Besprechung mit den Ausschüssen gemacht werden soll oder ob darin vielleicht eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Wirksamkeit der Landtage gefunden werden könnte. Rochow betont die Notwendigkeit von festen allgemeinen Normen über den Wirkungsbereich und das Verfahren dieser Ausschüsse, um weder Hoffnungen noch Unzufriedenheit zu nähren. Deshalb zuerst Verständigung über den Wirkungsbereich der versammelten Ausschüsse, über deren mögliche Beratungsgegenstände sowie über die Organisation des Geschäftsbetriebes mit ihnen. Die Gesamtheit der versammelten Ausschüsse kann lediglich solche Gesetze bzw. Regierungsmaßnahmen beraten, welche zuvor den Landtagen und dem Plenum des Staatsrats [...] vorgelegen haben. An diesen Beratungen, die jedoch nicht als eine neue besondere Instanz der Legislation zu betrachten sind, sollten unbedingt Staatsbeamte aus den betreffenden Abteilungen oder besondern Deputationen des Staatsrats teilnehmen. [B]

Nr. 118 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 1–25v [Teilprot. 18a–b]; MF 253/254.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2], Nagler [beide 1 U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [2 U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [zu 2; U], Stolberg-Wernigerode [1 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Nobiling, v. Reuß [alle zu 2].

1. Einführung des Wirklichen Geheimen Rats und Oberpräsidenten von Bodelschwingh als Finanzminister in das Staatsministerium.¹ — 2. Entwurf einer allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung: Fortsetzung und Abschluß² der Beratung über die von den Provinzialständen und den [...] Landtags-Kommissarien zum Entwurf aufgestellten Erinnerungen. Bestimmungen über die Jagdfolge, über die Wildlegitimations-Kontrolle sowie über Beaufsichtigung der Schäfer-, Hirten- und Jagdhunde jeglicher Art, über das Fangen und Töten der den Haustieren schädlichen Raubtieren in den Gehöften; Vorsichtsmaßregeln bei der Handhabung der Gewehre; Hilfe- sowie Prämienleistungen bei Wolfsjagden; Entscheidung über einen Entschädigungsanspruch der rheinischen Standesherrn bei Entziehung der ihnen bisher zustehenden Strafgefälle vertagt; Strafbestimmungen für Forst- und Jagdpolizei-Kontraventionen sowie Aufhebung oder Fortbestand aller älteren Forst- und Jagd-Ordnungen. [B]

¹ Vgl. KO zur Ernennung Bodelschwinghs zum Staats- und Finanzminister v. 24.3.1842, GS, S. 113. Bodelschwingh nahm die Geschäfte erst am 1.5.1842 auf, vgl. sein Schreiben gleichen Datums an Mühler, in: Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 63.

² Ein nach Abschluß der Beratung überarbeiteter Entwurf in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 3, Bl. 122–196.

Nr. 119 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 3. Mai 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 171–177; MF-Suppl. 8/9. — Begl. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 72–76.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim.

Vereinigte Ausschüsse. Fortsetzung der Beratungen über die Ausschuß-Versammlungen; *Boyens Vorschlag*, zur Beratung einzelner bestimmter Gegenstände engere Ausschüsse (Real-Ausschüsse) zu bilden, *wird wegen einer absehbaren Verschleppung der Gesetzesberatung abgelehnt; ebenso Thiles Bedenken, daß man der Regierung in der Auswahl jener der Gesamtheit der Ausschüsse vorzulegenden Gegenstände zu enge Schranken setzt. Die Majorität ist vielmehr für die Beibehaltung des* in der Sitzung vom 26. April gefaßten Beschlusses, wonach andere Regierungsmaßregeln als allgemeine Gesetze ebenfalls nur nach vorgängiger Beratung auf den Provinzial-Landtagen der Versammlung aller Ausschüsse vorgelegt werden sollen. [B]

Nr. 120 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 6. Mai 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 178–192v; MF-Suppl. 9. — Begl. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 77–89.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim.

Vereinigte Ausschüsse. Der Einwand des Prinzen von Preußen zum Beratungsprotokoll vom 3. Mai, *nochmals* engere Ausschüsse [...] zur vorbereitenden Beratung über solche Regierungsmaßregeln, welche vorher den Landtagen nicht vorgelegen hatten, zu erwägen, *wird einstimmig abgelehnt. Festlegung* derjenigen Gegenstände, die sich etwa zur Besprechung mit einer noch *in diesem Jahr* zu berufenden Versammlung sämtlicher Ausschüsse eignen dürften. Für eine *nachträgliche* Besprechung von Gesetzesprojekten mit den Ausschußversammlungen *benennt* Rochow als Kriterium, daß eine erhebliche Verschiedenheit der Ansichten zwischen der Majorität der Landtage und den höhern Instanzen der Legislation hervorgetreten sein muß. Grundsatzdiskussion über die schon am 26. April erörterte Frage [...], inwieweit eine Besprechung mit einer Versammlung aller Ausschüsse über den verheißenen Steuererlaß ratsam oder dieser einstweilig zu suspendieren ist. Die Würde des Thrones und der Regierung verlangt, daß die Zusicherung über den Steuererlaß [...] jetzt unbedingt erfüllt wird. Eine knappe Majorität von acht Stimmen gegen sieben verneint eine Beratung mit den Ständischen Ausschüssen über die Verwendung einer dem verheißenen Steuererlasse gleichen Summe zur Herstellung einer großen Eisenbahnverbindung der Hauptgrenzpunkte mit Berlin.¹ [B]

¹ Vgl. auch Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 553 f.

Nr. 121 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 10. Mai 1842.

Begl. Abschr. mit Korrekturen¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 193–197; MF-Suppl. 9. — Begl. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 94–97v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim.

Vereinigte Ausschüsse. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 6. Mai und Grundzüge eines für die Beratung mit der Gesamtheit der Ausschüsse zu entwerfenden Geschäfts-Reglements; v.a. Auswahl der Beratungsgegenstände für die Ausschüsse und deren Vorbereitung, die eher durch das gesamte Staatsministerium als durch den Staatsrat, welcher als bloß beratende Behörde mit den Ständen nicht in Berührung treten kann, erfolgen sollte; Leitung der mündlichen Beratung durch einen hochgestellten Staatsbeamten; weitere Teilnehmer, Protokollierung, Abstimmungsverfahren, Sitzverteilung, Kostenerstattung. Nach erfolgter Allerhöchster Entscheidung soll Ausarbeitung eines Entwurfs zum Geschäfts-Reglement folgen. [B]

¹ *Es handelt sich v.a. um die bei Vollziehung des Protokolls erfolgte Ergänzung durch den Prinzen von Preußen über die Majoritätsmeinung, daß auch die Anträge auf nachträgliche Besprechung gesetzlicher Bestimmungen mit den Ausschüssen in der Regel nicht vom Staatsrate, sondern nur vom Staatsministerium ausgehen müßten, damit es nicht im Staatsrat zur [...] Gewohnheit werde, bei zweifelhaften oder strittig gebliebenen Punkten auf eine Verhandlung mit den Ausschüssen zu rekurrieren, Bl. 195v.*

Nr. 122 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 12. Mai 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 198–204v; MF-Suppl. 9. — Begl. Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 98–104.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Arnim.

Vereinigte Ausschüsse. Berichterstattung an Friedrich Wilhelm IV. über die bisherigen Beratungen [...] wegen Zusammenberufung der Ausschüsse aller Provinzen. Zustimmung zur Verfahrensweise in der legislativen Beratung. Darlegung der abweichenden Ansichten zur Zweckmäßigkeit, die Verwendung des verheißenen Steuererlasses sowie dazu, den Plan einer Zinsen-Garantie für die Anlage der oben erwähnten Eisenbahnlinien von den Vereinigten Ausschüssen vorläufig beraten zu lassen. Der König möchte einerseits erfahren, welchen Eindruck der Plan, die außer dem Steuererlasse disponiblen Geldmittel des Staats zur Zinsen-Garantie für einzelne große Eisenbahn-Anlagen zu verwenden, im Lande hervorbringen wird. Andererseits will er sich zugleich gegenüber den Ausschüssen die Option offenhalten, daß später ebenso Zinsen-Garantie für die Anlage weiterer Eisenbahnverbindungen von Seiten des Staats gleichzeitig und selbst auf

die Gefahr *hin zu übernehmen wären*, daß im Notfalle nach einigen Jahren die Salzsteuer wieder erhöht werden müßte. *Wilhelm betont die Notwendigkeit, den Betrag der für die Beförderung der Eisenbahnanlagen disponiblen Geldmittel im Staatshaushalt genauer zu ermitteln. Friedrich Wilhelm IV. spricht sich definitiv dahin aus, daß eine Versammlung aller Ausschüsse noch in diesem Jahre nach Berlin berufen werden soll, um über den beabsichtigten Steuererlaß durch Ermäßigung der Salzpreise sowie über die staatliche Zinsen-Garantie für den Eisenbahnbau zu beraten.*¹

¹ Vgl. dazu Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 554 f.

Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1842.

*Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 26–47v [Teilprot. 19a–f]; MF 254. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1172–1175*¹.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Nagler [U], G. v. Rochow [zu 2 und 5; U], Schön [zu 2–6], Rother [zu 1, 3–6], Eichhorn [U], Thile [zu 5; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: K.W.L.R. v. Alvensleben [zu 1], Bötticher, Göschel [zu 4–6], G. v. Möller [zu 3], Seydel [zu 1], Voswinckel [zu 2].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Beamte.** Verfahren bei unfreiwilligen, *aber nicht nachteiligen* Versetzungen der im unmittelbaren Staatsdienste stehenden richterlichen und der höheren Verwaltungsbeamten; Zulassung eines formellen Verfahrens *lediglich für* Versetzungen richterlicher *Beamter*; *etwaige* Beschwerden von *anderen unmittelbaren* Staatsbeamten sind im gewöhnlichen Rekurswege zu erledigen. *Zusammenfassung dieser Grundsätze und Vorschläge in einem Entwurf*² zu einer [...] Kabinettsordre. [B] — **3. Kommunal-Verfassungen.** *Fragen bezüglich des Kommissoriums zur Ermittlung der ländlichen Verfassung in den einzelnen Provinzen; keine definitive Anstellung des Freiherrn von Haxthausen im Staatsdienste*³, *da* seine Arbeiten zum Teil unzuverlässig und ungenau, ja oberflächlich abgefaßt sind; *Oberaufsicht* über die Ausführung des Kommissoriums *soll* auf das Ministerium des Innern und der Polizei *übergehen*. [B] — **4. Anspruch**⁴ des Herzogs von Anhalt-Bernburg auf Befreiung der Gaterslebenschenschen Seeländereien von der Grundsteuer oder auf Entschädigung dafür: Nur das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hält *den* Anspruch auf Steuerfreiheit [...] für begründet. *Die Meinungsverschiedenheit zum Entschädigungsanspruch und die Zulässigkeit des Rechtswegs wird aus politischen Gründen*

¹ Das dort S. 1177–1179 anschließend gedruckte Protokoll v. 22.10.1842 gibt nicht – wie ausgewiesen – eine Sitzung des Staatsministeriums, sondern der Kommission zur Revision des Strafrechts wieder.

² Die KO v. 21.7.1842 mit dem Entwurf, der Bericht des Staatsministeriums v. 13.6.1842 und eine ausführliche Relation von Kamptz v. 29.11.1841, gedr. in: *Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1157–1171*; vgl. dort auch in der Einleitung, S. XXXIII f. zum weiteren Fortgang der Beratung und die schließliche Ablehnung im Sommer 1843 durch den Staatsrat.

³ Ein entsprechendes Gesuch Haxthausens v. 4.2.1842 in: *Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 12 Bd. 2, Bl. 12–15*. Dort weiter der ausführliche Immediatbericht über das von Haxthausen ausgeübte Kommissorium seit 1830, Bl. 25–39v. Vgl. zum damaligen Resultat seiner Tätigkeit auch: Haxthausen, August Freiherr v., *Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie, Bd. 1: Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen, 1. und 2. Abt., Königsberg 1839*.

⁴ Das Immediatgesuch v. 17.2.1842 in: *Rep. 90, Tit. XL Sachsen Nr. 9 Bd. 1, n.f. Ebd. u.a. Voten, Immediatbericht v. 23.6.1842, KO und abschriftliche Mitteilung des Königs an den Herzog von Anhalt-Bernburg (beides v. 30.7.1842), derzufolge beide Ansprüche abgelehnt und ein prozessuarisches Verfahren für möglich gehalten wurde, die Erhebung des Kompetenzkonflikts aber vermieden werden soll*.

zurückgestellt und die Zulassung des Rechtsweges empfohlen. [B] — **5. Königliches Haus.** Entwurf⁵ einer, von Mühler beantragten Verordnung über die Strafbarkeit ehrenkränkender Äußerungen gegen Verstorbene, und namentlich gegen verstorbene Mitglieder des königlichen Hauses an Friedrich Wilhelm IV. sowie zur Begutachtung an den Staatsrat. Mit Ausnahme des Justizministers Mühler wird ein dringendes Bedürfnis für solch eine Verordnung angezweifelt, worüber der König zu unterrichten ist. [B] — **6.** Die Entscheidung des Kompetenzkonflikts kann in [...] bereits zur Nichtigkeitsbeschwerde gediehenen Prozeßsachen den Gerichten selbst überlassen bleiben. Es bleibt die Entscheidung des Geheimen Ober-Tribunals darüber abzuwarten.⁶ [B]

⁵ Rep. 89, Nr. 17731, Bl. 24–24v; vgl. dort Bl. 18–19 den Immediatbericht des Staatsministeriums schon v. 3.11.1841, in dem die ablehnende Meinung bereits formuliert und auf die Revision des Strafrechts verwiesen worden war. Weitere Entwürfe und Voten vom Januar/Februar 1842, ein Bericht Mühlers (Entwurf) v. 23.5.1843 sowie die abschließende KO v. 4.7.1842, die sich dem Standpunkt des Staatsministeriums anschloß, in: Rep. 84a (D), Nr. 8212, Bl. 73–91. Vgl. weiter Rep. 80, I Justiz Nr. 166.

⁶ Die KO v. 18.12.1841 mit der Aufforderung zur Klärung der Kompetenzen der Gerichte sowie der darauf erfolgte Votenwechsel bis März 1842, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 33, Bl. 43–51; vgl. auch Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 32, n.f.

Nr. 124 Sitzungen des Staatsministeriums am 24. und 26. Mai 1842.¹

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen², Bd. 44, Bl. 48–75v [Teilprot. 20a–e]; MF 254/255.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3; 2 U], Boyen [V, zu 2–4; U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Alvensleben [zu 1–4; U], Schön [5 U], Eichhorn [zu 1–4; U], Thile, Savigny, Bülow [alle drei zu 1–4; U], Bodelschwingh [U]. — Prot.: [a] [Scholz]; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 4], Bötticher, Eichmann [zu 2], Göschel [zu 3], Scholz, Seydel [beide zu 1], Tellemann [zu 5].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Bedingungen für die Erneuerung der Kartellkonvention³ mit Rußland:** Auslieferung der Deserteure und Militärpflichtigen; öffentliche Meinung, insbesondere der Stände in den Grenzprovinzen ist gegen die Erneuerung des Kartells; Erleichterung des Grenzverkehrs und der Handelsbeziehungen zwischen den beiderseitigen Untertanen; Auslieferung flüchtiger Verbrecher sowie Ausweisungen. [B] Die Ausführung preußischer Stipulationen ist Rußland stets nur auf ein Jahr mit Maßgabe der Fortsetzung zu gewähren. — **3. Der Kompetenzkonflikt in der Prozeßsache der Gemeinde Alt-Manschnow gegen den königlichen Fiskus wegen Teilnahme an**

¹ TOP 2 wurde laut Protokoll, Bl. 50, an diesen beiden Tagen verhandelt.

² Eine Ergänzung Alvenslebens zur Bereitschaft Rußlands, Preußen Konzessionen zu machen, Bl. 54 sowie Bl. 55v eine Präzisierung Wilhelms, daß er sich nicht der Ansicht des Staatsministeriums angeschlossen hatte, nämlich in den Verhandlungen mit Rußland keine Konzessionen für preußische Untertanen, die in Rußland Zollvergehen begangen haben, zu verlangen.

³ Vgl. die Kartellkonvention v. 17./29.3.1830, GS, S. 85. Die Voten und Korrespondenzen des Staatsministeriums seit Juni 1841, der Bericht Bülows an den König v. 27.5.1842, der die Situation sowie die zu empfehlende weitere Politik zusammenfaßte, und weitere Materialien bis November 1842, in: Rep. 89, Nr. 13320, Bl. 39–148 sowie Rep. 76, II Sekt. 1 Gen. b Nr. 93, n.f. Für die öffentliche Meinung in den Ostprovinzen vgl. z.B. die ständischen Petitionen 1841 des 6. Schlesischen Provinzial-Landtages wegen der russischen Handelsperre bzw. des 5. Posenschen Provinzial-Landtages für die Aufhebung der Kartellkonvention, gedr. in: Nitschke, Verhandlungen, Bd. 17 (Schlesien 1841), S. 594 f. und Bd. 22 (Posen 1841), S. 140 f. Für die Prov. Preußen vgl. den Bericht Schöns v. 6.4.1841 zur vom Provinzial-Landtag beantragten Aufhebung der Konvention, in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 27 Bd. 1, Bl. 155–156v. Vgl. weiter Zimmermann, Alfred, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik aktenmäßig dargestellt, Oldenburg und Leipzig 1892, S. 232–235, dort erwähnt auf S. 234 eine Sitzung am 12.8.1842, die in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden konnte.

der Reparatur zweier auf dem alten Frankfurter Fahrdamm liegenden Brücken wird für begründet erklärt; somit Niederschlagung des Prozesses.⁴ [B] — 4. Erleichterungen bei Einrichtung der kleineren Patrimonialgerichte für die Provinz Brandenburg sind auf den ganzen Umfang der Monarchie auszudehnen; Kabinettsordre⁵ ist ausreichend. [B] — 5. Standesherrn. Angelegenheit des Grafen de Lannoy de Clerveaux, Fürsten von Rheina-Wolbeck; Gesuch⁶ um Ansprüche auf die standesherrlichen Rechte und Vorzüge des im Jahre 1827 verstorbenen Herzogs von Looz-Corswarem sowie auf die Rente. Staatsministerium folgte dem ablehnenden Gutachten Eichhorns. [B]

⁴ Die Voten und Korrespondenz von Mühler und Alvensleben sowie weitere Voten, alles aus der Zeit August 1841 bis April 1842, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 27, n.f. Zur generellen Problematik der Entscheidung über Kompetenzkonflikte durch das Staatsministerium vgl. Hintze, Otto, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 566 f.

⁵ Der KO-Entwurf, betr. die Erleichterung der Einrichtung bei kleinen Patrimonialgerichten hinsichtlich des Neubaus von Depositalgelassen, Zivil- und Kriminalgefängnissen, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 16–16v. Dort auch Bl. 1–15v Voten und der Immediatbericht v. 21.8.1842. Vgl. KO v. 16.9.1842, GS, S. 249.

⁶ Das Gesuch des Grafen v. 26.11.1840 in: Rep. 90, Nr. 206, n.f. Ebd. ein ablehnendes Rechtsgutachten von Karl Friedrich Eichhorn v. 28.12.1840, das gemeinsame Gutachten Heffters, Lancizolles und Savignys v. 10.6.1841, Voten und Berichte des Staatsministeriums bis 1845 sowie alle dazu ergangenen KO, die letztendlich die Rechte mit Ausnahme der Ebenbürtigkeit, des Teilnahmerechts an der Kuriatstimme sowie des Führens des Herzogtitels verliehen. Die Rentenfestsetzung für das Haus Looz-Corswarem in den Jahren 1821–22 in: Rep. 90, Nr. 205. Ein geschichtlicher Überblick zum Rechtsstand und Rentenanspruch des Fürsten von Rheina-Wolbeck, in: Rep. 90, Nr. 203, n.f.

Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Mai 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 44, Bl. 76–85v [Teilprot. 21a–d]; MF 255.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Alvensleben [zu 2 und 4], Eichhorn, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [a–b, d] [?]; [c] [Schaffrinski].

Weitere Teilnehmer: Hellwig [zu 2], Kette [zu 4], G. v. Möller, Paalzow [beide zu 1], Schaffrinski [zu 3].

1. Gehaltssache. [B] — 2. Nachdruck. Zulässigkeit des Beitritts Preußens zu einem vorgesehenen Bundesbeschlusse¹ über die Erteilung eines Privilegiums [...] zugunsten der Herderschen Erben wegen des Nachdrucks der Werke ihres Erblassers. Zum Schutz von inländischen Buchhändlern erfolgt die Zustimmung nur unter dem Vorbehalt, daß bereits erschienene bzw. gerade bearbeitete Werkausgaben mit diesem Bundesbeschluß keine Abfindungen nach sich ziehen. Ein Einwirken der preußischen Bundestags-Gesandtschaft ist erwünscht, in Zukunft neue Bundes-Privilegien zu vermeiden, wo nach der bestehenden Gesetzgebung² die Rechte der Autoren, resp. deren Erben und

¹ Der Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom Juni 1842 sicherte den Herderschen Erben eine Schutzfrist von 20 Jahren gegen Nachdruck der Werke Herders zu, vgl. auch einen Immediatbericht Mühlers, Eichhorns, Bülows und Arnims v. 20.9.1844, in: Rep. 89, Nr. 18747, Bl. 199–205v sowie die Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1842, Frankfurt/M. o.J., S. 274–277, 339 f. und 428 f.

² Vgl. das Gesetz zum Schutze des Eigentums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung v. 11.6.1837, GS, S. 165, wonach die Erben 30 Jahre nach dem Tod ihres Erblassers das ausschließliche Recht zur Herausgabe besaßen. Der wesentlich auf preußische Initiative zustande gekommene Bundesbeschluß v. 9.11.1837 billigte den Erben von Schiller, Goethe, J.P.F. Richter (Jean Paul) und Wieland ein ausschließliches Recht für den Umfang des Bundesgebietes und auf 20 Jahre zur Herausgabe der Werke ihrer Erblasser zu (im Protokoll Bl. 79), was die Herderschen Erben nun auch für sich einklagten. Vgl. weiter Wadle, Elmar, Der Weg zum gesetzlichen Schutz des geistigen und gewerblichen Schaffens. Die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in Deutschland. Festschrift, Bd. 1, Weinheim 1991, S. 93–183 mit weiterer Literatur, bes. S. 120–123.

Rechtsnachfolger bereits erloschen sind. [B] — 3. *Friedrich Wilhelms IV. mißbilligt die Verwendung des Begriffs „Standesherr“ für diejenigen* vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände, welche bis 1806 reichsständische Territorien besessen haben, in diesem Lehen aber oder seitdem der Souveränität eines deutschen Bundesfürsten unterworfen sind. *Anweisung an Behörden, den Ausdruck „mediatisierte vormals reichsständische und reichsunmittelbare Häuser“ zu verwenden*³. [B] — 4. *Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse*. Dispensationen der Gutsbesitzer im Großherzogtum Posen und dem Kulm-Michelauschen Kreise von der ihnen [...] auferlegten Verbindlichkeit, *erledigte Bauernhöfe mit Personen nichtbäuerlichen Standes zu besetzen, sind durch den Minister des Innern möglich*.⁴ [B]

³ Vgl. dazu ein *Votum Rochows* v. 30.11.1841 in: *Rep.* 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 96–98v.

⁴ Die hier diskutierte Verpflichtung zur Besetzung erledigter Bauernhöfe regelte der § 99 des Gesetzes zur Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Großherzogtum Posen sowie dem Kulm-Michelauschen Kreise v. 8.4.1823, *GS*, S. 69 f. *Voten, ein Schreiben Rochows* v. 6.7.1841 wegen der von ihm nachgesuchten Ermächtigung, in Einzelfällen die Gutsbesitzer in Posen von der Wiederbesetzung einiger erledigter Höfe mit Personen nicht bäuerlichen Standes zu entbinden, der *Immediatbericht* v. 4.7.1842 sowie die abschließende *KO*, die dem König die Entscheidung über Dispensationen vorbehielt und die o.g. Ermächtigung für den Minister des Innern aussprach, in: *Rep.* 90, Tit. XX C Nr. 11 Bd. 2, n.f.

Nr. 126 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 2. Juni 1842.

*Vollz. Reinschr.*¹, Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep.* 89, Nr. 27364, Bl. 105–121v; *MF-Suppl.* 9/10. — *Begl. Abschr.*: *GStAPK, I. HA, Rep.* 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 205–224v.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Mühler, Nagler, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — *Prot.:* v. Witzleben [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Blomberg, v. Massow.

Vereinigte Ausschüsse. Entwurf² des Immediatberichts und Kontroverse über die Frage, ob – wegen eventueller Deckung der Ausgaben für die Eisenbahn-Anlagen der Steuererlaß nur bedingungsweise bewilligt werden soll – bloß die Ausschuß-Versammlungen ohne den Vorbehalt einer Verhandlung mit den Landtagen zu vernehmen sind. Jedoch würden sowohl Suspension als auch nur bedingte Gewährung des einmal verheißenen Steuererlasses die Würde der Krone und der Regierung gefährden. Weiterhin Bedenken, daß man damit entgegen der Gesetzeslage³ die Kompetenz der versammelten Ausschüsse über die Kompetenz der Provinzial-Landtage stellt. Dennoch Majorität von neun Stimmen gegen drei dafür, die den Ausschüssen vorzulegende Frage danach den Landtagen gar nicht mehr zu unterbreiten. [B] — *Einwände Alvenslebens* gegen die in der Sitzung vom 10. Mai aufgestellten allgemeinen Prinzipien der Geschäfts-Ordnung für die

¹ Dies ist die einzige aufgefundene vollzogene Reinschrift dieser Protokollserie der gemeinsamen Sitzungen zur Frage der Vereinigten Ausschüsse. Zugunsten von Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit erfolgte sowohl die Einarbeitung in die Register als auch die Verfälschung dieses Protokolls nach der o.g. beglaubigten Abschrift aus dem Bestand des Ministeriums des Innern.

² Ein stark überarbeiteter, von Rochow unterzeichneter Entwurf in: *Rep.* 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 65–93v; ebd., Bl. 100–143v der Bericht v. 11.6.1842. Dieses Datum steht auch auf dem Entwurf und wurde wohl nachträglich dort vermerkt. Der Bericht mit einem *Votum Arnims* v. 12.6.1842, worin er starke Bedenken gegen die Berufung der sämtlichen Ausschüsse in eine Versammlung äußerte, in: *Rep.* 89, Nr. 27364, Bl. 17–59, bes. Bl. 25. Vgl. auch *Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus*, S. 552.

³ Vgl. die Bestimmungen zur künftigen Behandlung des Staatsschuldenwesens v. 17.1.1820, *GS*, S. 9 (bes. Art. II und IV) sowie wegen Anordnung der Provinzialstände v. 5.6.1823, *GS*, S. 129.

Vereinigten Ausschüsse, wie gegen die Leitung der Beratungen durch einen Staatsbeamten, die man aber beibehalten will; Alvensleben argumentiert weiter gegen die, eine äußere Sonderung der Stände bewirkende Sitzordnung, was allgemein als unerwünscht bezeichnet wird, sowie gegen das Abstimmungsverfahren nicht viritim, sondern nach Provinzen, was aber verworfen wird. [B] Abänderungen und Zusätze zum *Immediatbericht*. Entwurf⁴ der Geschäfts-Ordnung für die versammelten Ausschüsse.

⁴ Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 57–63v, ein dann überarbeiteter Entwurf Bl. 271–277 bzw. Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 122–127.

Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 7. und 8. Juni 1842.¹

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 86–106 [Teilprot. 22a–g]; MF 255/256.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 4], Boyen [V, U], Mühler [U], Alvensleben [zu 4–6; U], Eichhorn [U], Thile [zu 4; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–4, 6; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Hesse [beide zu 1–3], Kisker [zu 6], Löwenberg [zu 1–3], Ruppenthal [zu 5], v. Stein-Kochberg [zu 7].

1.–3. Drei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 4. Altlutheraner. Grundsatzdiskussion über die Stellung der Lutheraner in Verbindung mit den im Staatsrat stattfindenden Erörterungen zum Entwurf² einer Verordnung über die Verhältnisse der getrennten lutherischen Konfessionsverwandten; Beratung über das *Separat-Votum*³ des Prinzen von Preußen; eine besondere Allerhöchste Erklärung über die Union als Vereinigung zweier Bekenntnisse in einer Kirche ist nicht ratsam [B]; eine Besetzung der Konsistorien mit Lutheranern beider Konfessionen ist nicht zu empfehlen. [B] — 5. Handelsgerichte. Antrag⁴ des letzten rheinischen Provinzial-Landtages über Mandatariengebühren bei Handelsgerichten; Schwierigkeit bei Feststellung eines Tarifes; ein Entwurf ist durch einige Handelsgerichte auszuarbeiten. [B] — 6. Gerichtsgebühren. Spezialdiskussion zum Entwurf⁵ einer Verordnung über die Grundsätze zur Wertberechnung der Gegenstände eines Rechtsstreites sowie der Appellations- und Revisionssumme [...] in Zivilprozessen:

¹ Teilprot. 22d [TOP 4] ist auf den 8.6.1842 datiert.

² Vom März 1842 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 148 Bd. 1, n.f. Dort ebenso wie im Bd. 2, n.f. weiteres Material über die Beratung im Staatsministerium, so u.a. der Bericht Wilhelms v. 24.12.1841. Die Beratungen im Staatsrat und weiteres Material in: Rep. 80, I Geistliche Angelegenheiten Nr. 1 sowie Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 149. Vgl. weiter: *Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union*, Bd. 1, hrsg. v. J. F. Gerhard Goeters und Rudolf Mau, Leipzig 1992, S. 220–241 mit weiterführender Literatur.

³ Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 148 Bd. 2, n.f. Darin erwähnte der Prinz von Preußen, daß der König in der Sitzung am 15.3.1842 am Schlusse der Beratung über die Verordnung, betr. die Verhältnisse der getrennten lutherischen Konfessionsverwandten, bestimmt hatte, daß die neu zu redigierende VO noch dem Staatsrate vorgelegt werden solle, um dessen Gutachten über dieselbe zu vernehmen. Das Protokoll zum 15.3.1842 belegt aber weder die Anwesenheit des Königs noch solch einen TOP, vgl. dazu auch Einleitung, S. 28.

⁴ Der Antrag v. 22.7.1841 gedr. in: Nitschke, *Verhandlungen*, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 315–317. Voten sowie ein abschriftlicher Bericht des General-Prokurators Berghaus sowie des Präsidenten Schwarz v. 6.10.1841, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 28, Bl. 2–17v. Ebd. der im August 1842 ausgearbeitete Entwurf, Bl. 30–37v.

⁵ Der Entwurf gemeinsam mit dem Vortrag Mühlens v. 31.12.1841 sowie dem *Immediatbericht* v. 7.7.1842, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 180, Bl. 2–23. Dort wie auch in Nr. 180a die weitere Beratung im Staatsrat und überarbeitete Entwurfsfassungen bis Juli 1843. Vgl. VO v. 21.7.1843 über die Grundsätze, wonach der Wert des Streitgegenstandes in Zivilprozessen zu berechnen ist, GS, S. 297.

Zeitpunkt der Berechnung, *Gebrauch der* allgemeinen Gebührentaxe. [B] — 7. Entwurf⁶ einer [...] Verordnung *hinsichtlich der* Fortdauer der vor Publikation des Gesetzes vom 11.6.1837 entstandenen Verlagsrechte und deren Schutz gegen Nachdruck: Annahme der 30-jährigen Frist als Schutzfrist für Verlage bzw. Buchhändler; Vorlage an den Staatsrat. [B]

⁶ Entwurf, Voten sowie der *Immediatbericht des Staatsministeriums* v. 20.8.1842, in: *Rep. 90a, S I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 1–74*. Dies auch in: *Rep. 80, I Justiz Nr. 182, n.f.*; *Korrespondenzen und Berichte einzelner Minister* in: *Rep. 89, Nr. 18747, Bl. 162 ff.* Das Gesetz v. 11.6.1837, *GS, S. 165*; vgl. ferner *Sitzung am 31.5.1842, Anm. 2* sowie die *Sitzung am 1.10.1853*.

Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 107–108 [Teilprot. 23a–b]; MF 256. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1; U], Nagler [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 1; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [1 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Löwenberg, v. Stein-Kochberg [alle zu 2].

1. Einführung des Oberpräsidenten Graf von Arnim als Minister des Innern und der Polizei in das Staatsministerium.¹ [B] — 2. Gehaltssache. [B]

¹ Vgl. *KO betr. die Ernennung des Oberpräsidenten Grafen von Arnim zum Staatsminister und Minister des Innern* v. 13.6.1842, *GS, S. 202*. Rochow führte in einem Schreiben an Mühler v. 16.6. seinen angegriffenen Gesundheitszustand als Ursache für den Amtswechsel an, vgl. *Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 71–71v*. Der König legte Wert darauf, daß Arnim bereits an der Sitzung mit der ständischen Immediatkommission und somit an der Verfassungsdiskussion teilnahm, vgl. ein Schreiben Thiles an Arnim v. 13.6.1842, in: *Rep. 89, Nr. 13398, Bl. 173*. Ferner *Einleitung, S. 15 f.*

Nr. 129 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 14. Juni 1842.

*Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 225–236; MF-Suppl. 10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 129–144¹; BPH, Rep. 51, E Nr. 63a, Bl. 112–120v; Druck: Bahne, Siegfried, *Die Verfassungspläne König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen und die Prinzenopposition im Vormärz, Habilschrift, Bochum 1971 (Masch.), Anlage 12, S. 43b–53b.**

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

¹ Dieser Abschrift ist auf Bl. 128 ein Vermerk vorangestellt, daß gemäß einer Anordnung Alvenslebens, aus den anliegenden Akten das Original-Protokoll [...] v. 14. Juni herausgenommen und sofort [...] Arnim übersandt worden sei. Nach der weiteren Bestimmung Alvenslebens soll gedachtes Protokoll nicht wieder im Original, sondern in beglaubigter Abschrift zu den beifolgenden Akten gebracht werden. Außerdem dort Vermerk über revidierte Abschrift des Prot. v. 14. Juni.

Vereinigte Ausschüsse. Fortgesetzte Berichterstattung an Friedrich Wilhelm IV. Widerspruch zum Vorschlag des Königs, Gesetzentwürfe [...] nach der Beratung in den Landtagsversammlungen [...] in der Regel nicht wieder zur nochmaligen Bearbeitung an den Staatsrat zu geben. Der Staatsrat muß als höchste beratende Behörde auch nach der Errichtung der Ausschüsse und bei auftretenden erheblichen Differenzpunkten die förmlichen Beschlüsse über die letzte Redaktion gesetzlicher Bestimmungen fassen können. Arnim betont, daß bisher über die in der KO² vom 19. April d. J. angeregte Hauptfrage noch gar nicht beraten wurde, nämlich ob es [...] aus höhern und allgemeinen politischen Gründen und zur Belebung des Ständischen Instituts notwendig oder ratsam ist, die Ausschüsse überhaupt und besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt zusammen zu berufen. Ebenso wurde die notwendige Vorfrage, worin das eigentliche Wesen des Instituts der Ausschüsse bestehen und welche Bedeutung und Richtung demselben gegeben werden soll, noch nicht erörtert.³ Eine Zusammenberufung aller Ausschüsse, so hat man geglaubt, soll höchstens bei ungewöhnlichen großen Ereignissen (in einem Casus belli) stattfinden.⁴ Der König dagegen beabsichtigte von Anfang an, zur Ausgleichung divergierender Ansichten der Landtage Generalversammlungen der Ausschüsse zu berufen. Mit jenen soll dem wirklich vorhandenen und vielseitig gefühlten Bedürfnis eines vermittelnden und ausgleichenden ständischen Organs neben den acht Provinzial-Landtagen abgeholfen und eben dadurch dem Verlangen nach Reichsständen oder einer Konstitution begegnet werden. Hinzu kommt, daß die Mitglieder jener Ausschüsse keine Volksrepräsentanten, sondern Mitglieder der Landtagsversammlungen wären, die das Vertrauen des Landesherrn besäßen. Außerdem entscheidet der König über die in der Sitzung vom 2. Juni hervorgetretenen abweichenden Ansichten, ob die Verbindung des Steuererlasses mit der Eisenbahnfrage und die definitive Vernehmung der Ausschüsse darüber zulässig und notwendig ist, dahingehend, daß man den Ausschüssen bereits den bestimmten Entschluß der Regierung eröffnet, die besagten Eisenbahnverbindungen durch eine staatliche Zinsengarantie zu errichten und den Steuererlaß lediglich unter Vorbehalt eintreten zu lassen. Zur Meinungsverschiedenheit über den Vorsitz der Versammlung sämtlicher Ausschüsse verweist der König auf den zwischen den Landtagen und den Ausschüssen bestehenden Unterschied, daß letztere keine für sich bestehende ständische Körperschaft bilden sowie kein Petitionsrecht haben sollten, und äußert seine Absicht, einem Staatsbeamten den Vorsitz [...] zu übertragen; vertagt.

² Vgl. Sitzung am 26.4.1842.

³ Vgl. Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 555 f., auch zum Ergebnis der hier geführten Diskussion in Form der KO v. 22.6.1842. Diese als Entwurf in: Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 145–148.

⁴ Zur Opposition des Prinzen von Preußen gegen die Pläne seines Bruders Friedrich Wilhelm IV., die Vereinigten Ausschüsse bereits 1842 einzuberufen, vgl. Bahne, *Verfassungspläne und Prinzenopposition*, S. 47 f. Heinrich v. Treitschke sprach von einer Sitzung am 11.6.1842, wofür kein Protokoll ermittelt werden konnte; seine inhaltlichen Aussagen treffen aber auf dieses hier zu, vgl. ders., *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 5, Leipzig 1927, S. 181 f.

Nr. 130 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 16. Juni 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 237–249v; MF-Suppl. 10. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13936, Bl. 72–86v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Vereinigte Ausschüsse. Kontroverse Grundsatzdiskussion¹ der in der Sitzung vom 14. Juni angelegten Frage nach Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sowie dem Zeitpunkt für eine Versammlung der Ständischen Ausschüsse [...] noch im Laufe dieses Jahres: Arnim, Rochow sowie der Prinz von Preußen und Müffling äußern sich mit verschiedenen Argumentationen mehr ablehnend, wobei vor allem auch eine zu befürchtende öffentliche Diskussion über die Einführung einer reichsständischen Verfassung zu vermeiden ist. Voß mahnt die Notwendigkeit einer [...] innern Übereinstimmung des gesamten Staatsministeriums sowie die Geheimhaltung der Berufung der Ausschüsse an, damit der Plan zur Herstellung großer Eisenbahnverbindungen durch Beihilfen des Staats von Übelgesinnten nicht im Voraus so hämisch kritisiert und so herabgesetzt werden kann. Im Wesentlichen treten zwei verschiedene Ansichten [...] für die Generalversammlung der Ausschüsse hervor, zum einen, weil man diese Institution an sich für zweckmäßig und zeitgemäß erachtet; zum anderen, weil die Sache bereits eine gewisse Publizität erlangt hat und deshalb für nötig gehalten wird. Die Majorität des Staatsministeriums und Friedrich Wilhelm IV. sind für die Berufung sämtlicher Ausschüsse. Einstimmigkeit, daß der König während der Zusammenkunft der Ausschüsse, die nicht vor Oktober erfolgen sollte, in der Stadt anwesend sein muß.

¹ Vgl. Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 553 und 555 f.

Nr. 131 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 109–124v [Teilprot. 24a–f]; MF 256.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [1–3, 5–6 U], Nagler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [zu 2–5; U], Bodelschwingh [zu 2–5; 2–3, 5 U]. — Prot.: [a] [Voswinckel]; [b–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1–5], Hesse, Löwenberg [beide zu 2–3], Ruppenthal [zu 5], Scholz [zu 4], Seiffart [zu 6], Seydel [zu 1; U], Thoma [zu 3], Voswinckel [zu 1; U].

1. Reklamationssache. [B] — **2.–3. Zwei Gehaltssachen.** [B] — **4. Abschloß.** Entwürfe¹ von Verordnungen zur Erleichterung der Gerichtsobrigkeiten in den Lasten der Kriminalgerichtsbarkeit wegen der schon 1816 bei Aufhebung des inländischen Abschusses zugesicherten Entschädigung für die Privatjurisdiktionären; dies ist jedoch nach der bestehenden Gesetzgebung nicht zwingend und deshalb wird erwogen, die Übertragung der Untersuchungen wegen schwerer Verbrechen an größere königliche Gerichte zur Beratung bei der Gesetzrevision, namentlich bei den Erörterungen über die Strafprozeßordnung und die Gerichtseinrichtung, zu verweisen. [B] — **5. Gerichtsverfahren.** Antrag² des letzten rheinischen Provinzial-Landtages zum Entwurf der Einrede in Zivilprozessen zu Waldfrevelsachen; Spezialdiskussion und Vervollständigung mehrerer Punkte; Gesetz ist nur für die Rheinprovinz zu erlassen. [B] — **6. Ostpreußisches Provinzialrecht.** Zulässigkeit fortdauernder Anwendung der Bestimmung in Zusatz 8, wonach Eigentümer solcher ländlicher Besitzungen, die zu den bäuerlichen nicht gehören, der im Landrecht vorgeschriebenen

¹ Beide Entwürfe in: *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 2, n.f. Dort auch Voten und der Immediatbericht v. 16.8.1842 sowie die an die Gesetzrevision überweisende KO v. 1.9.1842.*

² *Die Landtags-Schrift v. 22.7.1841 zu den Zivil-Einreden in Waldfrevelsachen mit dem Gesetzentwurf gedruckt bei Nitschke, Verhandlungen, Bd. 20 (Rheinprovinz 1841), S. 264–266. Ein diesbezügliches Gutachten des Oberpräsidenten Bodelschwingh v. 9.8.1841, zahlreiche Berichte der Ober-Prokuratoren und des General-Prokurators, der Entwurf eines Immediatberichtes, der von Mühler Ende Juni 1842 überarbeitete Gesetzentwurf sowie das abschließende Gutachten des Staatsrats von 1844, in: Rep. 84a (M), Nr. 15728, Bl. 47–206v. Der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 16.8.1842 mit dem überarbeiteten Gesetzentwurf sowie die darauffolgende Beratung im Staatsrat auch in: Rep. 80, I Justiz Nr. 181 und 181a. Das Gesetz v. 31.1.1845, GS, S. 95. Es erfuhr Erweiterung auf die gesamte Monarchie mit dem § 49 des Gesetzes v. 2.6.1852, GS, S. 305.*

polizeilichen Erlaubnis zur Errichtung neuer oder Verlegung alter Feuerstellen nicht bedürfen; definitive Erledigung der Angelegenheit *soll* mit den Beratungen über den Entwurf des ostpreussischen Provinzialrechts *erfolgen*.³ [B]

³ Vgl. dazu Rep. 87, C Nr. 13, n.f. und Ostpreussisches Provinzialrecht, Berlin 1801/02, S. 7.

Nr. 132 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 6. Juli 1842.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 250–268; MF-Suppl. 10/11. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 158–175; BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1823–43, Bl. 10–28.

Anwesend: Müffling, Alvensleben, Voß, Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Arnim. — v. Witzleben [beglaubigt, U].

Vereinigte Ausschüsse. Gemäß der neuen Kabinettsordre¹ zur Berufung der sämtlichen Ständischen Ausschüsse nochmalige Erwägung folgender Fragen: Benennung der den versammelten Ausschüssen vorzulegenden Gegenstände mit Spezialdiskussion darüber, daß beim weiteren Beratungsgang des Gesetzes² über die Benutzung der Privatflüsse [...] auch der Ausschuß der Rheinischen Stände zuzuziehen ist, obwohl dieses in dem zum Bezirke des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln gehörigen Landesteile keine Gültigkeit erhalten soll. Die derzeit im Gesetz enthaltenen Hauptgrundsätze können nicht modifiziert werden. — Umgearbeitete Geschäfts-Ordnung³ für die Versammlung der Ständischen Ausschüsse: Trennung der materiellen und formellen Geschäftsleitung und Leitung der Beratungen durch den Departement-Chef; Ernennung des Protokollführers durch den König; der Minister des Innern fungiert als Zwischen-Organ zwischen dem Staatsministerium und den Ausschüssen; weiterhin zum Versammlungsablauf und zur Abfassung des Protokolls. Die Kompetenz für Eröffnung bzw. Schließung der Versammlung der Vereinigten Ausschüsse ist mit Stillschweigen zu übergehen. — Form der Einberufung der Ausschüsse: Diese sind in einer KO⁴ auf ihren eigentlichen Zweck sowie auf die Grenzen ihrer Befugnisse hinzuweisen. Das Institut der Ausschuß-Versammlungen soll öffentlich als ein gewichtiges positives Moment für die [...] Entwicklung der provinzialständischen Verfassung, jedoch zugleich als deren Schlußstein bezeichnet werden, woraus sich [...] von selbst als Schlußfolgerung die Unzulässigkeit der Einführung einer Reichsständischen Verfassung ergeben wird. Der Termin soll nicht vor der 2. Hälfte des Oktobers liegen. Auswahl von Beratungsgegenständen, die nur mit einigen der einberufenen

¹ Vom 22.6.1842 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 269–270.

² Vom 28.2.1843, GS, S. 41. In: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 56, Bl. 58–64 der Immediatbericht v. 22.2.1843 und eine Denkschrift mit dem Vermerk: Festgestellt nach den Beschlüssen des Hohen Staatsministeriums in der Sitzung vom 11ten Oktober 1842, Bl. 58. Dort weiter ein Schreiben Arnims v. 15.10.1842 zur Verteilung einer Denkschrift, wie sie nach den Beschlüssen des Hohen Staatsministeriums in der Sitzung am 11. d. M. abgeändert ist, Bl. 65. Das Protokoll vom 11.10.1842 enthält dazu nichts.

³ Der hier vorliegende Entwurf in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 1, Bl. 278–285. Dort weiter Bl. 286–293 die nach den hier gefaßten Beschlüssen überarbeitete Fassung. Die Geschäfts-Ordnung gedr. in: Lancizolle, Carl Wilhelm v., Rechtsquellen für die gegenwärtige landständische Verfassung in Preußen mit Einschluß der Landtags-Abschiede, Berlin 1847, S. 230–234.

⁴ Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 2, Bl. 79–82; ebd., Bl. 125–126v die KO an das Staatsministerium v. 19.8.1842, in der die Einberufung der Ausschüsse zum 18.10.1842 nach Berlin befohlen wurde. Mit deren Abdruck in der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“ am 1.9.1842 gelangte diese der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Die KO gedr. in: Lancizolle, Rechtsquellen, S. 229 f.

Ausschüsse zu verhandeln sind. Die Teilnahme der vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Herren in der Rheinprovinz und in Westfalen bleibt noch zu klären.⁵

⁵ Entwürfe für Schreiben an die Standesherrn in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 2, Bl. 70–76 und 134–141. Der die gesamte Beratung abschließende Immediatbericht v. 10.8.1842 in: Rep. 89, Nr. 27364, Bl. 149–157v; dort auch Bl. 176–197 die letzte Fassung der Geschäfts-Ordnung sowie die Entwürfe der KO an das Staatsministerium. Vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 552.

Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1842.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur¹, Bd. 44, Bl. 125–128v [Prot. 25a]; MF 256. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend [U]: Mühler [V], Rother, Alvensleben, Eichhorn, Savigny, Arnim. — Prot.: [?].

Befugnis des Lehns- bzw. Fideikommißbesitzers², Lehn- oder Fideikommißgüter ohne Zustimmung der Lehn- oder Fideikommißberechtigten in Erbpacht-Grundstücke umzuwandeln: Nachteile für die Lehn- und Fideikommißfolger diskutiert am Beispiel des Gesuchs³ zum Familien-Fideikommiß Grafschaft Dyhernfurt; ein Entwurf⁴ zu einer KO wegen Suspension dieser Befugnis ist zu erarbeiten. [B]

¹ Vermutlich eine Ergänzung Alvenslebens, Bl. 125v.

² Laut Edikt v. 9.10.1807, GS, S. 170, speziell § 5.

³ Das Gesuch der Gräfin v. Hohenthal, geb. Prinzessin Biron v. Curland, v. 27.5.1842 in: Rep. 84a (M), Nr. 4263, Bl. 73–73v. Dort auch Voten, Korrespondenzen, der Immediatbericht als Entwurf von Anfang 1843 sowie die abschlägig bescheidende KO v. 15.5.1843, Bl. 74–117; ferner die KO v. 23.7.1842, in der die Vererbpachtung allgemein ohne die o.g. Zustimmung suspendiert wurde, Bl. 83–83v.

⁴ Rep. 84a (M), Nr. 3444, Bl. 22; dort auch Bl. 18–21v der Immediatbericht v. 6.7.1842 sowie die aufgrund neuer Anträge nachfolgende Beratung bis in das Jahr 1844. Die KO zur Suspension der Vorschrift des § 5 im Oktoberedikt v. 28.7.1842, GS, S. 242.

Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 9. August 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 129–161v [Teilprot. 26a–d]; MF 256/257.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Thile, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling [zu 3–4], Seydel [zu 2], Voswinckel [für G. v. Möller zu 2].

1. Pensionssache im Zusammenhang mit der Bewilligung von Tantiemen sowie Holzdeputat. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 3. Lehen. Bedingungen für eine Bewilligung der Allodifikation des Lehngutes Ploetz und diesbezügliche Meinungsverschiedenheit zwischen Mühler und Ladenberg; Grundsatzdiskussion und Einigung darüber, daß die Allodifikation der Altvorpommerischen Lehngüter allgemein nicht unentgeltlich, sondern an eine angemessene Vergütung der dadurch aufzugebenden lehnherrlichen Rechte zu knüpfen ist¹ [B]; Entwerfung eines Regulativs²

¹ Dazu Voten und Gutachten in: Rep. 90, Nr. 1573, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 18.10.1842.

über die Allodifikation der landesherrlichen Lehen in der Provinz Altvorpommern; *die Lehnsvorfassung des benachbarten Hinterpommern ist für Vorpommern als die nächste Analogie anzusehen. Vorläufige Festsetzung der Allodifikationssumme auf ein Prozent des Lehnwertes des Gutes Ploetz*³. [B] — **4. Laudemien.** Entwurf⁴ zu einer Verordnung *über die Kaufpreisberechnung von laudemialpflichtigen Grundstücken mit bereits abgelösten Realkosten; nach Begutachtung durch die Provinzialstände jetzt Spezialdiskussion zur Berechnung des nach Maßgabe des Kaufpreises zu berechnenden Laudemien-Betrages unter Berücksichtigung der bereits gezahlten Ablösungskapitalien.* [B]

² Zu den hier erwähnten Allodifikationen von Lehen im Fürstentum Schweidnitz-Jauer vgl. Rep. 80, I Justiz Nr. 151 und 151a. Zur Beratung im Staatsministerium über die Allodifikation pommerscher Lehen überhaupt vgl. Rep. 84a (M), Nr. 3491. Dort Bl. 165 auch eine abschriftliche KO v. 11.11.1842, in der sich der König eine Einzelfallprüfung vorbehielt.

³ Diese Festsetzung wurde per KO v. 11.11.1842 bestätigt, vgl. Rep. 84a (M), Nr. 5060, Bl. 1; dort die Materialien zur Allodifikation von Ploetz bis zum Jahre 1844. Gleiches auch in: Rep. 84a (M), Nr. 3491.

⁴ Der Entwurf, Voten sowie der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 23.11.1842, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 19, Bl. 101–173v und Rep. 80, I Inneres Nr. 85, Bl. 2–11. Dort auch jeweils die weitere Beratung bis hin zum Erlaß der Deklaration zur Berechnung der Laudemien von Grundstücken, bei welchen Realkosten abgelöst worden sind, v. 25.4.1845, GS, S. 243, die allerdings nur den § 1 des hier diskutierten Entwurfs (ebd., bis Bl. 153) enthielt, da die §§ 2–3 laut Beschluß des Staatsministeriums gestrichen worden sind, Bl. 158v und 161–161v.

Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 16. August 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 162–178v [Teilprot. 27a–e]; MF 257.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Ph. Ladenberg, Alvensleben [zu 2–3], Eichhorn, Thile [beide zu 2–3], Savigny, Bülow [zu 2–3], Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [a] [Voswinckel]; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Hesse, Löwenberg [beide zu 2 und 4], Paalzow [zu 1], Voswinckel [zu 1 und 3], Zettwach [zu 5].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **3. Geschäftsgang und Adressierung** der beabsichtigten Bescheide an mehrere Mitglieder des Westfälischen Adels. Künftig erfolgt derartige Korrespondenz nur noch durch die beteiligten Staatsminister und nicht mehr durch das Staatsministerium. [B] — **4. Reklamationssache.** [B] — **5. Lehen.** Nochmalige Beratung des Hinterpommerschen Lehnrechts¹; Vorschläge und Anträge, um für die lehntragenden Familien Hinterpommerns eine größere Sicherheit in dem Besitz der Lehngüter herbeizuführen, u.a. durch Aufnahme einer Lehn-Taxe in das Hypothekenbuch sowie Bildung eines Amortisationsfonds für jedes Lehngut, durch Veräußerung der pommerschen Lehen nur innerhalb der Familie sowie durch Anfertigung von Stammbäumen von dem Senior der Familie; dies wird alles abgelehnt. Dafür wird aber die Eintragung der Lehns- und Sukzessionsrechte von Agnaten und Mitbelehnten [...] in die Lehns- und Sukzessionsregister vorgeschlagen. [B]

¹ Dazu Voten in: Rep. 90, Nr. 1573, n.f. Korrespondenzen und Beratungsmaterialien in: Rep. 84a (M), Nr. 3491. Vgl. auch Sitzungen am 8.10. und 31.12.1844, jeweils TOP 1.

Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 23. August 1842.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 44, Bl. 179–190 [Prot. 28a]; MF 257/258. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Ph. Ladenberg [U], Eichhorn [U], Thile [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Savigny [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Blomberg [U], v. Duesberg, Nobiling.

Entwürfe² der Verordnungen wegen Teilung gemeinschaftlicher Jagd-Distrikte für die Provinzen Westfalen, Brandenburg und Sachsen und der dazu gehörigen Ausführungs-Ordnungen bestimmten Konferenz: *Spezialdiskussion zu einzelnen Bestimmungen und Abweichungen zwischen den Entwürfen.* [B]

¹ Vermutlich eine Ergänzung Ph. Ladenbergs, Bl. 185v.

² Alle Entwürfe in mehreren Fassungen, der Votenwechsel sowie die Beratung mit den Ständen, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 42 Bd. 3. Eine gedruckte Zusammenstellung der Erinnerungen der Staatsminister mit den Entwürfen und einer Denkschrift, in: Rep. 84, II 2 I Nr. 11, Bl. 19–91. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Adhib. 1, Bl. 55–72; die VO für alle drei Provinzen, jeweils v. 7.3.1843, GS, S. 109, 125 und 130.

Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 191–218 [Teilprot. 29a–e]; MF 258.

Anwesend [U]¹: Mühler [V], Nagler, Ph. Ladenberg, Eichhorn, Thile, Savigny. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 4; U], Bischoff [zu 1], v. Duesberg, H. v. Mühler [zu 2 und 5], Seydel [zu 1 und 4; 4 U], Zettwach [zu 3].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Eherecht.** Entwurf² einer Verordnung zum Verbot der Ehe zwischen Stief- oder Schwiegereltern und Stief- oder Schwiegerkindern: *Diskussion über die Neufassung des Entwurfs [...]* auch mit Rücksicht auf die Gesetzgebung in der Rheinprovinz. [B] — **3. Lehen.** *Fortgesetzte Beratung* über die Maßregeln zur Ordnung und Feststellung der Hinterpommerschen Lehnverhältnisse; *Abfassung eines Gesetzentwurfs³* durch das Oberlandesgericht zu Stettin über die Verpflichtung der Agnaten und Mitbelehnten zur Eintragung der Agnations- und Lehns-Sukzessionsrechte in die Lehns-Sukzessions-Register resp. in die Huldigungs-Register in Alt-, Vor- und Hinterpommern. *Diskussion über Anforderungen zur Errichtung und Fortführung des Stammbaumes in den Familien sowie über Bedingungen für die Errichtung von Familienschlüssen: Die Grundsätze für die Aufnahme der Lehnstaxen soll ebenfalls das Oberlandesgericht zu Stettin vorbereiten.* [B] — **4. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **5. Ablösungen.** *Spezialdiskussion zum*

¹ Ladenberg hat nur TOP 1–4 unterschrieben.

² Rep. 80, I Justiz Nr. 185, Bl. 12–12v, dort auf Bl. 2–11 der Immediabericht v. 14.1.1843. Das Votum Arnims v. 19.7.1842 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 61 Bd. 1, Bl. 143–145. Die VO v. 22.12.1843, GS 1844, S. 47. Zur Problematik der Bearbeitung der Eherechtsreform durch das Ministerium für die Gesetzrevision im Spätsommer 1842 vgl. Kraus, Hans-Christof, Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen, Göttingen 1994, T. 1, S. 313–317.

³ Vgl. Voten in: Rep. 90, Nr. 1573, n.f. Entwürfe zu den Registern, Einrichtungen von Familienschlüssen sowie von Stamm bäumen in: Rep. 84a (M), Nr. 3491, Bl. 195–220, dort auch Voten und Korrespondenzen.

Gesetzentwurf⁴ wegen Ablösung der an Religions-, Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeits-Anstalten zu entrichtenden Abgaben und Leistungen durch Kapitalzahlung; Überweisung des Gesetzentwurfs an die nächsten Provinzial-Landtage [...] zur ständischen Begutachtung [B]; Erweiterung der bestehenden Rechte *dieser Anstalten*.

⁴ Mit Erläuterungen in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 72–91v sowie als gedruckte KO, die auch den Immediatbericht v. 31.12.1842 enthielt, v. 19.1.1843 für den Staatsrat mit allen Materialien, Bl. 118. Mehrere Voten in: Rep. 84a (M), Nr. 8152, Bl. 143–181v.

Nr. 138 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 219–264v [Teilprot. 30a–e]; MF 258/259.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow [zu 1, 3–5], Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [a–b] [Scholz]; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 3], v. Duesberg, Hesse [zu 1; U], Nobiling [zu 4–5], Paalzow [zu 2; U], Scholz [zu 1–2; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Zwei Pensionssachen.** [B] — **3. Lehrer.** Kontroverse über ein Besetzungs- oder Vorschlagsrecht der Provinzialbehörden bei der Besetzung der Direktoren- und Lehrerstellen an den Gymnasien, Schullehrer-Seminarien und höheren Bürger- und Realschulen. Eichhorn befürwortet die Erhaltung der dem Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten unumgänglich notwendigen Einwirkung auf die Besetzung. Rochow hingegen ist für das Recht der Anstellung durch die Provinzialbehörde, [...] weil dies dem System der gegenwärtigen Preußischen Verwaltungs-Ordnung entspricht, nach welchem die Provinzialbehörden sich möglichst frei und selbständig unter eigener Verantwortlichkeit bewegen sollen. Eichhorn ist gleichfalls gegen die Absicht einer vollkommenen Zentralisation des Anstellungsrechtes und für größere Eigenständigkeit der Provinzial-Behörden, aber zugleich für eine Kontrolle des Verfahrens. [B] Gleichstellung der Lehrer an zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten, höheren Bürgerschulen mit denen von Gymnasien sowie Prinzipien für die Besetzung dieser und aller Lehrerstellen; Erarbeitung eines Gesetzentwurfs¹. [B] — **4. Waldstreu.** Nochmalige Beratung über den von den Provinzialständen begutachteten Entwurf einer transitorischen Verordnung wegen Ausübung der Waldstreu-Berechtigung; Kontroverse mit Ladenberg zur von ihm geforderten Trennung und verschiedenartigen Behandlung der einzelnen Konventionen mit Festsetzung der Zuständigkeiten. [B] — **5. Forstwesen.** Antrag² des regierenden Grafen zu Stolberg-Wernigerode um Ausdehnung der polizeilichen Verordnung vom 31.3.1836 wegen des unbefugten Harzscharrens auch auf gesottenes Harz. [B] Spezialdiskussion zum diesbezüglichen Gesetzentwurf wegen Bestrafung des unbefugten Harzscharrens. [B]

¹ Vgl. KO und ein Votum von Kamptz in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 2, Bl. 106–107 sowie die VO über die Anstellung der Direktoren und Lehrer der Gymnasien usw. v. 9.12.1842, GS, 1843, S. 1.

² Das Immediatgesuch v. 27.3.1842 in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 14, n.f. Dort auch der Gesetzentwurf, der vorherige Votenwechsel, der Immediatbericht v. 30.11.1842 sowie die abschließende KO v. 21.4.1844, die den Gegenstand an die Gesetzentwürfe wegen Forstdiebstahl bzw. für die Forst- und Jagdpolizei-Ordnung verwies. Ebd. die polizeiliche VO v. 31.3.1836 wegen des unbefugten Harzscharrens.

Nr. 139 Sitzung des Kronrats¹ im Kabinett des Königs im Berliner Stadtschloß am 6. Oktober 1842.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13942, Bl. 107–110v; MF-Suppl. 11.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [V], Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [U], Mühler [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: v. Voß [U].

Vereinigte Ausschüsse. Entwurf² eines Manifestes anlässlich der Eröffnung der Ausschüsse sowie darüber, ob eine derartige Bekanntmachung [...] überhaupt zu erlassen und ob dazu als Zeitpunkt die bevorstehende Eröffnung der Versammlung der Ausschüsse zu wählen ist. Friedrich Wilhelm IV. spricht über sein bisheriges Bemühen, mit Offenheit und Wahrheit zu versuchen, mit den ständischen Institutionen vorwärts zu gehen, ohne diese Institutionen selbst in ihrem Wesen zu ändern; er fühlt sich an die Versprechungen seines Vaters über die Staatsschulden [...] gebunden. Radowitz hat dies aber für bedenklich erachtet, und daher eine Fassung gewählt, die zwar auf das Edikt³ vom 17. Januar 1820 Bezug nimmt, die Anordnung selbst aber als etwas Neues, aus des Königs Willen Hervorgehendes hinstellt. Friedrich Wilhelm IV. äußert sich gegen eine sofortige Bekanntmachung und für eine ledigliche Mitteilung an die Ausschüsse sowie für die Veröffentlichung dann bei Zusammentritt der Landtage. Sein Bruder Wilhelm ist schon seit Sommer 1842 für die Notwendigkeit einer solcher Bekanntmachung, und zwar als Gesetz an das ganze Volk.⁴ Boyen rät dem König, daß er die Ungültigkeit der Erklärungen Friedrich Wilhelms III., welchen er eine bindende Kraft nicht glaubt einräumen zu können, ausdrücklich aussprechen müßte. Gegen die Zusammenberufung aller 8 Landtage äußert Boyen Bedenken, weil zu erwarten steht, daß, wenn ihre Zustimmung zu der Aufnahme der neuen Schulden gefordert werden würde, sie über den Staatshaushalt Auskunft verlangen würden, und dann weil der Zeitpunkt der Aufnahme neuer Schulden aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein Zeitpunkt großer Kalamitäten sein würde und die

¹ *In den Einladungen v. 26.9.1842 war von einem Conseil über mehrere Gegenstände, die sich auf die Ständische Ausschuß-Versammlung beziehen, die Rede, vgl. Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Bd. 2, Bl. 211. Mit Bezug auf die Sitzung sowie zum eingeschränkten Teilnehmerkreis (ohne Rochow, Nagler, Rother, Ph. Ladenberg), vgl. auch: Vom Leben am preußischen Hofe 1815–1852. Aufzeichnungen von Caroline v. Rochow geb. v. d. Marwitz und Marie de la Motte-Fouque, bearb. von Luise v. d. Marwitz, Berlin 1908, S. 432–437.*

² *Der von Radowitz erarbeitete und am 30.9.1842 an den König übergebene Entwurf in: Rep. 92, NL Radowitz d. Ä., I. Reihe Nr. 45c, Bl. 1–4v. Vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 564 f. mit weiterer Literatur. Der Entwurf für den Kronrat am 6.10.1842 in leicht überarbeiteter Fassung, aber bereits wieder mit Korrekturen, auch in: Rep. 89, Nr. 13924, Bl. 10–13v. Weitere Fassungen in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 53 Adhib. 2, dort auch Bl. 17–18 Bemerkungen von Wilhelm zum Manifest; dieses gedr. in Hassel, Paul, Joseph Maria von Radowitz, Bd. 1, Berlin 1905, S. 369–375.*

In der Einladung v. 4.10.1842 für Bülow und Bodelschwingh bemerkte Thile, der beiliegende Entwurf einer Bekanntmachung, wie Seine Majestät sie für geeignet halten, soll der Beratung zum Grunde gelegt werden; ich habe mich daher beeilen müssen, ihn durch Abschrift zu Euer Exzellenzen persönlicher Kenntnis zu bringen, indem ich die Bemerkung nicht erst hinzufügen brauch, daß sie nur zu Eu. Exzellenzen persönlicher Einsicht unter sorgfältiger Geheimhaltung bestimmt ist. Die Eile hat nicht erlaubt, viele Abschriften von vertrauter Hand machen zu lassen, weshalb ich nicht jedem der Herrn Minister eine besondere habe zugehen lassen können. In: Rep. 89, Nr. 13924, Bl. 6. Ein überarbeiteter Entwurf zu einem königlichen Manifeste bei Eröffnung des Ausschußtages, in: Rep. 89, Nr. 13942, Bl. 111–114, der ebenso wie der Radowitzsche Entwurf als Kernaussagen enthielt, den Ständen keinen politischen Charakter beizulegen, sie nicht zur Mitregierung zu berufen und die deutsch-fürstliche Herrschaft in diesem Reiche nicht in eine konstitutionelle Souveränität umzuwandeln, Bl. 113v.

³ *VO wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens v. 17.1.1820, GS, S. 9.*

⁴ *Zu den Auffassungen des Prinzen von Preußen, auch in dieser Sitzung, vgl. Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, S. 47.*

Zusammenberufung einer so großen Versammlung dann doppelt gefährlich wäre. Thile ist für klare Worte, daß auf Bildung von Reichsständen nicht eingegangen werden kann. In die Gefahr eines Vetos seitens der Stände bei Aufnahme von Schulden kann man sich nicht setzen, und ihnen eine Auskunft über den Staatshaushalt, welchen die Bewilligung sicher zu geben, ist untunlich. Auch Mühler, Savigny und Eichhorn äußern größte Bedenken gegen die Bekanntgabe des Manifests.

Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1842.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13942, Bl. 115–115v; MF-Suppl. 11.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Mühler, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Bülow, Arnim. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: v. Voß [U].

Vereinigte Ausschüsse. Fortsetzung der [...] am 6. abgebrochenen Beratungen sowie Vorbereitung der auf den 10. Oktober vom König angeordneten Konferenz; *Verlesung des durch Arnim überarbeiteten Entwurfs des Manifestes, dadurch viele Bedenken beseitigt. Bei einer Veröffentlichung ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:* 1. daß zwar die bestehende Verfassung und namentlich die Anordnungen über die Provinzialstände in ihrer ganzen Kraft und ihrem ganzen Umfange festzuhalten sind, daß sie aber deshalb nicht als abgeschlossen betrachtet werden könnten, und daß dies ausdrücklich auszusprechen ist; 2. ferner, daß auch in Beziehung auf das künftige Verfahren bei Aufnahme neuer Staatsschulden diese Basis festzuhalten und daher auszusprechen ist, daß die zu diesem Zweck zu bildende ständische Versammlung aus den Provinzial-Landtagen hervorgehen und ihre Legitimation erhalten könnte; 3. daß es also sehr bedenklich ist, schon jetzt über die Art ihrer Formation etwas auszusprechen. *Der Erlaß dieser Bekanntmachung ist eigentlich schon mit der KO¹ vom 19. August erledigt. Jeder der Anwesenden erhält eine Abschrift des Entwurfs Arnims, der mit Bemerkungen zurückzuschicken ist. [B] Bodelschwingh nochmals zur königlichen Anregung, daß den Ausschüssen eine Vorlage über den Zustand des Staatshaushalts gemacht werden soll. Er ist jedoch für eine Beschränkung auf Auskunft, um unrichtige Behauptungen zum 3-jährigen Etat aus Bülow-Cummerows Buch² widerlegen zu können. [B]*

¹ Zu dieser KO zur Einberufung der Vereinigten Ausschüsse zum 18.10.1842, vgl. Sitzung am 6. Juli 1842, Anm. 4.

² Vgl. Bülow-Cummerow, Ernst v., *Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland*, Berlin 1842, bes. S. 156–190, auch mit grundsätzlichen Äußerungen zum Steuerbewilligungsrecht der Stände.

Nr. 141 Sitzung des Kronrats im Kabinett des Königs im Schloß Sanssouci am 10. Oktober 1842.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13942, Bl. 116–120; MF-Suppl. 11.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [V], Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [U], Mühler [U], Alvensleben [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [v. Voß].

Weitere Teilnehmer: zu Solms-Lich, v. Voß [U].

Vereinigte Ausschüsse. Fortsetzung der am 6. Oktober abgebrochenen Beratungen mit Friedrich Wilhelm IV., der sich erneut für die Bekanntmachung seiner Absicht ausspricht, bei Aufnahme neuer Schulden sämtliche Landtage zu einer Versammlung zu berufen. Dies erachtet er auch darum für nötig [...], weil dann die Wahlen mit Rücksicht auf diese neue, den Provinzial-Landtagen beigelegten, Befugnis geschehen könnten, und dadurch die Legitimation der Landtage zu einer solchen Erklärung festgestellt werden würde. Die Legitimation solch einer Erklärung ist auch schon jetzt nicht zweifelhaft. Bodelschwingh betont, daß eine Modifikation in dieser Beziehung durchaus notwendig ist, und daß, wenn man sich jetzt über die Art der Ausführung jenes Versprechens äußert, man sich den Weg abschneidet, aus dieser unhaltbaren Bestimmung jenes Gesetzes, nämlich des Staatsschuldenedikts von 1820, herauszukommen. Solms-Lich spricht sich bei Fortschreiten des Weges, ständische Institutionen weiter auszubauen, gegen die Erlassung eines solchen Manifests aus. Verlesen eines Promemoria¹ von Radowitz zum Manifest-Entwurf: Frage vom König nach Erlaß überhaupt und nach Art und Weise. Alle Minister sind aus verschiedenen Gründen gegen eine Bekanntmachung. Wilhelm hält die Erlassung eines solchen Manifests für notwendig und den gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet dafür: Seines Erachtens sind zwei Parteien vorhanden, die nicht wissen, wohin die Regierung gehen will; die eine ist voll Erstarrung, die andere voll Furcht. Die Presse artikuliert regierungsfeindliche Kräfte; deshalb hält er den Zeitpunkt für sehr geeignet, weil jetzt ein neues Glied in das ständische Verhältnis eintritt. Er ist für Arnims Entwurf und zwar in der Form eines an die ganze Nation gerichteten Manifests. Der König will den Erlaß bis zu den Landtagen aussetzen. Der Entwurf von Arnim wird bis auf weiteres zurückgelegt. Die Anfrage von Arnim [...], ob den Ausschüssen bei Beginn ihrer Beratung die Einreichung einer Dank-Adresse zu gestatten ist, wird abgelehnt. Der König erklärt sich damit einverstanden, daß den Ausschüssen über die Lage des Staatshaushalts etwas bestimmtes nicht vorgelegt wird. Ermächtigung an Bodelschwingh, wenn erforderlich, den Ausschüssen die Aufschlüsse zu geben, die zur Widerlegung der durch die Denkschrift des v. Bülow² verbreiteten unrichtigen Meinungen über die 3-jährig publizierten Etats dienen könnten. Die Entscheidung, ob das Manifest an die Landtage zu richten ist, wird bis zum Schluß der Verhandlungen der Ausschüsse ausgesetzt.³ Veröffentlichung der Ausschußverhandlungen nicht durch Abdruck des vollständigen Protokolls, sondern nur durch Resümées. Beratungen zwischen den Abgeordneten der einzelnen Provinzen vor dem Plenum sind zwar gestattet, aber nicht extra gebildete Kommissionen. Ernennung von Protokollanten und personelle Vorschläge⁴.

¹ Vermutlich das wahrscheinlich von Bodelschwingh verfaßte Promemoria zu der von Friedrich Wilhelm IV. für den 3. Okt. befohlenen Beratung in Beziehung auf die bevorstehende Zusammenkunft der Ständischen Ausschüsse, ohne Datum, in: Rep. 89, Nr. 13941, Bl. 16–18v.

² Vgl. Sitzung am 8.10.1842, Anm. 2.

³ Vermutlich hat am 8.11.1842 ein weiterer Kronrat zur Entwicklung der ständischen Institutionen stattgefunden, wovon kein Protokoll aufzufinden war, aber wofür mehrere Hinweise in den Akten sprechen. Fast alle Staatsminister formulierten im November auf Verlangen des Königs schriftliche Voten, vgl. Rep. 89, Nr. 13942, in denen auf die Sitzung vom 8.11. mehrfach Bezug genommen wurde. So z.B. Thile am 14.11.1842 in einem Votum über die Mitwirkung der Reichsstände bei Staatsanleihen, das er als Votum über die von seiner Majestät dem Könige dem Staatsministerio in der Sitzung vom 8. November 1842 zur schriftlichen Beantwortung gestellten Fragen betitelte, ebd., Bl. 20. Zu dem dort als Ministerrat bezeichneten Kronrat am 8.11.1843 vgl. auch Stolberg-Wernigerode, Otto Gf. zu: Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode, S. 45. Zur Frage über die Ausführbarkeit der 1820 verheißenen Reichsstände begann ein Promemoria v. 8.11.1842 mit den Worten: In der heutigen Versammlung des Staatsministerii geruhen der König sich in nachstehender Weise zu äußern [...], vgl. Rep. 89, Nr. 13924, Bl. 7–9v. Vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 565–567.

⁴ In der KO v. 16.10.1842 wegen der Protokollführer der vereinigten ständischen Ausschüsse ergab sich noch eine personelle Veränderung zu den hier getroffenen Festlegungen. Statt Tschirschky wurde der Städte-Feuer-Societäts- und Landarmen-Direktor Fröhner zu Berlin berufen, vgl. Rep. 77, Tit. 522a, Nr. 53 Bd. 2, Bl. 258.

Nr. 142 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 265–266 [Teilprot. 31a–b]; MF 259. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

*Anwesend [U]*¹: *Boyen [V], Mühler, Nagler, Ph. Ladenberg, Alvensleben, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [a] [Voswinckel]; [b] [?].*

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, G. v. Möller [zu 2; U], Paalzow [U], Voswinckel [zu 1; U].

1.–2. Zwei Reklamationssachen. [B]²

¹ *Ladenberg hat nur TOP 2 unterschrieben.*

² *Der große Teilnehmerkreis läßt die Behandlung eines weiteren TOP denkbar erscheinen, über die sich aber lediglich Hinweise und kein Protokoll fanden, vgl. Sitzung am 6.7.1842, Anm. 2.*

Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 267–268 [Teilprot. 32a–b]; MF 259. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 2], Costenoble, v. Duesberg, Scholz [zu 1; U], Seydel [zu 1].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Disziplinarsache. [B]

Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 44, Bl. 269–284 [Teilprot. 33a–e]; MF 259/260. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg [1–3, 5 U], Rother [U], Alvensleben [zu 2–5; U], Eichhorn [U], Thile [zu 2–5; U], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [2–5 U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1–2, 4–5], v. Könen [zu 3 und 5], Löwenberg [zu 1], G. v. Möller [zu 2], Schaffrinski [zu 4], Seydel [zu 1].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Erkundigung über die Spielbank zu Köthen. [B] — 3. Katholische Kirche. Differenz [...] zwischen der Regierung und dem Domkapitel zu Posen wegen dessen Weigerung zur Umschreibung der seit 1796 auf den Fiskus übergegangenen vormals

¹ *Vermutlich von Ph. Ladenberg, Bl. 269.*

geistlichen Zinse und Hebungen.² Zur Beseitigung *der bestehenden* Rechtsunsicherheit ist der Justizminister Mühler in jedem einzelnen Falle mit *der* erforderlichen Autorisation zu versehen. Das Domkapitel ist nicht berechtigt, die Vermögensstücke des Fiskus willkürlich anzugreifen. [B] — **4. Huldigungseid.** Abänderung der [...] Eidesformel für die Untersassen der vormals deutschen Reichsstände sowie *des* zu leistenden Huldigungseides.³ [B] Bescheidung des Fürsten von Bentheim-Steinfurt auf die *von ihm* angeregte Regulierung der Verhältnisse seines Hauses durch den Minister des Innern. [B] — **5. Dienste.** *Nochmalige Überprüfung der Kriterien für die Einstufung der Baudienste als gemessene oder ungemessene Dienste, nachdem die Begutachtung des Staatsrats zum vorgelegten Gesetzentwurf kontroverse Auffassungen hervorgebracht hat. Einigkeit darüber, daß* auch die Baudienste für gemessen zu erachten sind, sobald sie ihrer Anzahl nach oder nach der Zahl der Tage bestimmt werden. *Wichtig, ob die Baudienste zur Zeit der Einführung der fremden Gesetzgebung als ungemessene Dienste zu betrachten sind; Majorität gegen die Rückgabe der Sache an den Staatsrat.* [B]

² Vgl. dazu Korrespondenzen und Materialien, z.T. mit Abschriften aus dem Jahre 1805, in: Rep. 76, IV Sekt. 4 Abt. XX Nr. 1, Bl. 1–75 sowie in: Rep. 90, Nr. 2390, Bl. 101–139. Dort auf Bl. 142–150v der Immediatbericht v. 30.11.1842 sowie die KO v. 23.12.1842, die entgegen den gemachten Empfehlungen des Staatsministeriums bestimmte, daß gegen das genannte Domkapitel auf Erteilung des Umschreibungskonsenses im gerichtlichen Wege geklagt wird, Bl. 152–152v, bes. Bl. 152. Ein Votum Rochows v. 18.1.1841 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 34, Bl. 90–92.

³ Voten und der Immediatbericht v. 20.12.1842 in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 4, n.f.; ebd. die KO v. 11.2.1843 mit den Modifizierungen der Eidesformel. Vgl. weitere Voten in: Rep. 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 108–110v sowie ein Immediatbericht Arnims von Anfang 1843, in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 4, Bl. 59–67.

Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums am 1. November 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 285–289 [Teilprot. 34a–d]; MF 260. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Hesse [zu 2], Löwenberg [zu 1], v.u.z. Mühlen [zu 3–4], v. Steinkochberg [zu 1].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3. Pfändungen.** Propositionsentwurf¹ für alle Provinzial-Landtage mit Ausnahme des Rheinischen über die Unzulässigkeit von Abpfändung der unentbehrlichen Betten des Schuldners, dessen Ehegatten und der bei ihm befindlichen Kinder. [B] — **4. Gerichts-Ordnung.** Entwurf² einer Verordnung wegen Abänderung *der Frist zur* Anmeldung des Rechtsmittels, *wenn dies* irrtümlich [...] bei einer *nicht zuständigen* Behörde erfolgt ist. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 1, n.f. Der Gesetzentwurf, ein gemeinsames Votum von Mühler und Savigny v. 21.4.1842, weitere Voten sowie der Immediatbericht mit dem eingereichten Propositionsentwurf, in: Rep. 90a, X V 1 Nr. 1 Bd. 1, n.f. Vgl. VO v. 13.10.1843, GS, S. 336.

² Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 130, Bl. 191–191v; ebd. die Voten, der Immediatbericht v. 12.12.1842 sowie die weitere Beratung im Staatsrat im Jahre 1843. Der Entwurf, wie auch der Beschluß und weitere Materialien von 1841 bis September 1843 auch in: Rep. 84a (D), Nr. 10542, Bl. 11–166v. Gemeint ist der § 10 der VO wegen Einführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei der Insinuation der richterlichen Erkenntnisse und bei Einlegung der Rechtsmittel v. 5.5.1838, GS, S. 273, der durch die VO, betr. die Einlegung der Rechtsmittel v. 21.7.1843, GS, S. 294, aufgehoben wurde.

Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 290 [Prot. 35a]; MF 260. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: K.W.L.R. v. Alvensleben, Seydel.

Disziplinarsache.¹ [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 15.11.1842.*

Nr. 147 Sitzung des Staatsministeriums am 15. November 1842.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 44, Bl. 291–302v [Teilprot. 36a–b]; MF 260.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Ph. Ladenberg [1 U], Rother [U], Nagler [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Eichmann [zu 1].

1. Zwangsanleihen¹. Meinungsverschiedenheiten infolge des Vertrages² mit Hannover, Kurhessen und Braunschweig [...] über die Verbindlichkeit Preußens, die Ansprüche aus den drei westfälischen Zwangsanleihen von 1808, 1810 und 1812 anzuerkennen. Die Finanzminister Motz und jetzt Alvensleben sind gegen, andere Minister für eine prozentuale Anerkennung. Minderheitsvotum einschließlich des Prinzen von Preußen dazu, daß Preußen sich niemals als Rechtsnachfolger des vormaligen Königs von Westfalen betrachtet hat. Gebilligt wird, daß man der Gewinnsucht der Spekulanten aus den Mitteln des Staats keine Opfer bringt. — 2. Vorschläge³ zur zweckmäßigeren

¹ *Das Protokoll enthält die Aussage, daß der mündliche Vortrag und die Beratung bereits in den Sitzungen des Staatsministeriums vom 1. und 8. d.M. angefangen und [...] in der heutigen Sitzung vollendet wurden, Bl. 291. Ob es sich dabei um die regulären Sitzungen oder um Kronräte handelte, konnte nicht zweifelsfrei festgestellt werden, vgl. dazu Sitzung am 10.10.1842, Anm. 3.*

² *Vertrag über die Regulierung der Zentral-Schuldverhältnisse des vormaligen Königreichs Westphalen, v. 29.7.1842, GS, 1843, S. 78. Die Bearbeitung im Staatsministerium seit März 1841 in: Rep. 90, Tit. XXXIV A Nr. 4 Bd. 1, Bl. 45–110; die im Ministerium für die Gesetzrevision in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, Bl. 7–18v; die im Außenministerium seit 1840 in: Rep. 89, Nr. 25091. Darin u.a. Bl. 104–125 zwei Schriften von Jacobson, H., Die rechtlichen Ansprüche der Besitzer westfälischer Obligationen, Berlin 1842, sowie Bl. 131–152: Welche rechtlichen Ansprüche haben die Besitzer der aus den Zwangsanleihen des ehemaligen Königreichs Westphalen herrührenden Obligationen an die beteiligten Staaten?, Berlin 1842. Vgl. weiter Rep. 84a (M), Nr. 7671 und 7672 sowie die zur Ausführung des Vertrages ergangene KO v. 3.3.1843, GS, S. 77. Vgl. ferner Böhme, W., Untertänigste Denkschrift betr. das westfälische Zentralschuldenwesen, gewidmet den Mitgliedern des Hohen Preuß. Staatsministerii, Halberstadt 1844 (enthalten in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8 bzw. Rep. 84a (M), Nr. 7672) und allgemein Krug, Leopold, Geschichte der Preußischen Staatsschulden, Breslau 1861, S. 208 f.*

³ *Die Vorschläge in: Rep. 90, Nr. 195, n.f. und Rep. 84, II 2 S Nr. 6 Bd. 2, Bl. 119–122v. Ein vorheriger Votenwechsel wurde aus Zeitgründen nicht angesetzt, da der König in einer KO v. 4.11.1842 geäußert hatte, daß er dem Berichte des Staatsministeriums [...] in kürzester Frist entgegensteht, damit die beabsichtigten Verordnungen noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Staatsrats zur Verwendung kommen können, vgl. Rep. 87, ZV Nr. 101, n.f. Vgl. auch Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2 Bd. 1, Bl. 49–50 sowie Rep. 89, Nr. 3705, n.f.*

Einrichtung des Geschäftsganges im Staatsministerium und Staatsrate bei Bearbeitung legislativer Gegenstände: *Spezialdiskussion zu Gesetzentwürfen und -vorschlägen; vertagt*⁴. [B]

⁴ Vgl. Sitzung am 2.1.1843. In einem vom Ministerium des Innern angelegten Vortragsverzeichnis findet sich bereits bei den Sitzungen am 22. und 29.11.1842 sowie am 6., 13., 20. und 27.12.1842 dieser Beratungsgegenstand jeweils auf der Tagesordnung mit der Bemerkung: Schluß der in der Sitzung vom 15. d.M. stattgehabten Beratung; vgl. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 205v–208 und 211–218.

Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 22. November 1842.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 44, Bl. 303–317v [Prot. 37a]; MF 260. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 224–232; Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Ph. Ladenberg, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

*Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach*².

Vortrag zum Entwurf³ eines Ehescheidungsgesetzes, *erarbeitet von einer* Gesetzkommision *und vorgelegt* von dem Minister für die Gesetzrevision mit einer Denkschrift: *Bedürfnisfrage für solch ein Gesetz. Ursachen der hohen Scheidungsrate liegen im ALR, welches die Ehe fast nur als einen Kontrakt [...], nicht aber als fundamentale politische Institution behandelt. Verfall des Eherechts und der daraus bedingte Autoritätsverlust Preußens, auch durch den Mißbrauch des unterschiedlichen Eherechts in den einzelnen Provinzen. Die Eherechtsreform muß sich auf die Abstellung der schlimmsten Gebrechen des jetzigen Zustandes beschränken und sich von allem Rigorismus fern halten. Dadurch könnte das Eherecht mit dem des übrigen evangelischen Deutschlands und mit dem der Rheinprovinz [...] im Wesentlichen in Einklang gebracht werden. Die Heftigkeit der Opposition gegen den bekannt gewordenen Entwurf wird durch die schlechte Tagespresse noch verstärkt. Spezialdiskussion über das Verfahren und die Klärung zwischen Unter- bzw. Obergerichts-Kompetenz sowie über die Bestellung eines Eheverteidigers.* [B]

¹ Eine Ergänzung über die Bestrafung von Militärpersonen, Bl. 314v, die in der o.g. Abschrift bereits in den Protokolltext übernommen worden war.

² Gerlachs Eindrücke von dieser Sitzung beschrieben in: Ernst Ludwig v. Gerlach. *Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795–1877*, hrsg. von Jakob v. Gerlach, Bd. 1, Schwerin 1903, S. 321 f.

³ Mehrere Entwurfsfassungen vom Oktober 1842 sowie eine Denkschrift [...] als Grundlage zur Beratung des Staatsministeriums vom November 1842, in: Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 179–223; auch Rep. 84a (M), Nr. 9249, Bl. 250–258v und 260–269. Hier auch Bl. 271–277 der Abdruck aus der *Allgemeinen Preussischen Staats-Zeitung*. Entwurf und Denkschrift gedr. in: *Quellen zur preussischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 6, S. 807–848*, vgl. dort auch die Einleitung, S. XLV–XLVII. Zur Eherechtsreform und vor allem zu den Vorstellungen Friedrich Karl Savignys und der Kritik durch Karl Marx in der „*Rheinischen Zeitung*“; vgl. Blasius, *Ehescheidung*, S. 58–65. Ebd. wie auch bei Kraus, Hans-Christof, Ernst-Ludwig von Gerlach, T. 1, S. 308–329 zur Genesis des Entwurfs, zu den Reaktionen nach der Indiskretion des Abdruckes in der Presse sowie zur Beratung im Staatsministerium bis einschließlich 13.12.1842 im Einzelnen, S. 316–319. Vgl. mit Bezug auf diese wie auch auf die nachfolgenden Sitzungen zum Scheidungsrecht Stölzel, Adolf, *Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten*, neu hrsg. von Jürgen Regge, Bd. 2, Vaduz 1989, S. 542–544.

Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 29. November 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 318–323 [Prot. 38a]; MF 260/261. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 233–235v; Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach¹.

Fortsetzung von Vortrag und Spezialdiskussion zum Entwurf eines Ehescheidungsgesetzes: grundsätzlich soll der Ehescheidungsklage [...] ein geistlicher Sühneversuch vorangehen; trotz königlicher Bedenken wird eine viermonatige Frist für das Attest über die Fruchtlosigkeit des Sühneversuchs durch die Geistlichen gutgeheißen. Einführung der Prozeßform und knappe Majorität für die Notwendigkeit des persönlichen Erscheinens. [B]

¹ *Vgl. zu einzelnen Wortmeldungen während der Sitzung Ernst Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen, Bd. 1, S. 323.*

Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 324–335v [Teilprot. 39a–b]; MF 261.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–2; 1 U], Müffling, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach¹ [zu 1].

1. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs eines Ehescheidungsgesetzes: *Spezialdiskussion* über die Moralität des preußischen Volkes, über die Rechtsmittel, z.B. über die Beschränkung der Beweiskraft des Geständnisses sowie die Ausschließung des notwendigen Eides als Beweismittel gegen die Ehe; über den Zeitpunkt der Trennung von Tisch und Bett in Hinblick auf eine Wiederaussöhnung; über Strafen als Folgen der Ehescheidung. [B] — **2.** *Dienstentlassung und Pensionssache des Geheimen Hofrats Wedecke.* [B]

¹ *Vgl. zu einzelnen Wortmeldungen während der Sitzung Ernst Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen, Bd. 1, S. 323.*

Nr. 151 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1842.

Vollz. Reinschriften, Bd. 44, Bl. 336–356 [Teilprot. 40a–b]; MF 261.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [2 U], Müffling [zu 2], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2; U], Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode [beide zu 2], v. Duesberg.

1. Ehe¹. Rundschreiben² des Domherrn Ritter zu Breslau an die Diözesen-Geistlichkeit über die Behandlung der *Mischehen*, ohne dazu das landesherrliche Placet vorher einzuholen. Majorität ist dafür, die Reprobation des Rundschreibens [...] durch ein Reskript des Ministerii, und nicht durch ein Allerhöchstes Patent auszusprechen. Im Falle der königlichen Ablehnung wird es ratsamer sein, das gedachte Rundschreiben zu ignorieren; dennoch Erarbeitung und Vorlage eines Patents.³ [B] — 2. Entwurf⁴ einer Verordnung über die anderweite Organisation der Zensurbehörden: *Notwendigkeit einer Neuregelung; Spezialdiskussion zur Fachzensur*, welche gegenwärtig die erheblichsten Belästigungen der Schriftsteller mit sich führt; *zur Funktion der Zensoren sowie zu den Modalitäten ihrer Anstellung und Entfernung; zur Beaufsichtigung der Zensur durch die Oberpräsidenten sowie zur Entscheidungskompetenz des Ober-Zensur-Kollegiums.* [B]

¹ Diese Angelegenheit ist laut Protokolltext bereits in der Sitzung am 29.11.1842 vom König angesprochen, dann aber zur näheren Beratung an das Staatsministerium verwiesen worden, Bl. 336v–337.

² Das Rundschreiben v. 24.10.1842 als Abschr. in: Rep. 76, IV Sekt. 7 Abt. XVI Nr. 6 Bd. 3, Bl. 202–202v. Dort auch Berichte des Oberpräsidenten Merkel an Eichhorn, weitere Materialien zum Konflikt wegen Ritters eigenmächtigem Vorgehen, ein Immediatbericht Eichhorns dazu v. 16.11.1842 sowie die KO v. 21.12.1842 mit der Anweisung, daß diese von einem, von Mir nicht anerkannten Bistums-Verweser und mit Nichtachtung der Landesgesetze erfolgten Bestimmungen als nicht zu erlassen zu betrachten sind und denselben in keiner Weise Folge gegeben werden soll, Bl. 223–223v. Ebd., Bl. 302 die KO v. 24.2.1843 an das Domkapitel zu Breslau über die Behandlung der *Mischehen*.

³ Vgl. KO v. 21.12.1842, betr. die Ungültigkeit des ohne Staatsgenehmigung in der Diözese Breslau unter dem 24.10.1842 ergangenen Rundschreibens, wegen Behandlung der gemischten Ehen, in: MinBl. innere Verw., 1842, S. 417.

⁴ Rep. 77, Tit. 1 Nr. 34 Bd. 4, Bl. 118–128v, weitere Fassungen Bl. 211–234, 298–307v und 312–325v, die Motive Bl. 326–331. Ebd. auch weiteres Material bis zur Ausarbeitung des Entwurfs durch den Minister des Innern und Korrespondenzen zwischen den betreffenden Zensur-Ministern. Ein im Sommer 1842 vom Kultusministerium bearbeiteter Entwurf und frühere Fassungen, Voten sowie weiteres Material in: Rep. 76, I Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 4, n.f. Ebd. das Protokoll einer Beratung zwischen Eichhorn, Thile, Bülow, Arnim und Duesberg v. 27.8.1842.

Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 6. Dezember 1842.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur¹, Bd. 44, Bl. 357–360v [Prot. 41a]; MF 261. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 242–244v; Rep. 89, Nr. 3677, n.f.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Alvensleben [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach².

Fortgesetzte Beratung des [...] Entwurfs eines Ehescheidungsgesetzes: *Spezialdiskussion zur Frist einer möglichen Wiederverheiratung für den schuldigen Teil; Erarbeitung eines Vortrages bis zur nächsten Sitzung zum Erfordernis der landesherrlichen Dispensation der zweiten Ehe. Weiter zur Beschränkung der Scheidungsgründe unter der königlichen Maßgabe*, daß die Reform

¹ Wilhelm korrigierte an der Protokollstelle, wo über die einstimmige Zustimmung zur Aufhebung des die Ehe sogar einseitig auflösenden Scheidungsgrundes der unüberwindlichen Abneigung die Rede war, daß er diesem nicht zugestimmt hatte, Bl. 359.

² Zum Auftreten des Königs vgl. Ernst Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen, Bd. 1, S. 324.

des Eherechts hauptsächlich auf das Verfahren und die damit verbundenen Strafen, auf die Beschränkung der Scheidungsgründe aber nur insofern zu richten *ist*, als die Reform des Verfahrens es nötig *macht*. [B]

Nr. 153 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 13. Dezember 1842.

*Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur*¹, Bd. 44, Bl. 361–374v [Prot. 42a]; MF 261/262. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84 II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 245–255v; Rep. 89, Nr. 3677, n.f.*

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Alvensleben [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

*Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach*².

*Fortgesetzte Beratung des von dem Ministerium für die Gesetz-Revision vorgelegten Entwurfs eines Ehescheidungsgesetzes: Nochmal zur Frist einer möglichen Wiederverheiratung für den schuldigen Teil auch bei dem schwersten Scheidungsgrunde, dem Ehebruche des Weibes sowie die vorgeschlagene Aufhebung weiterer Scheidungsgründe. Der König spricht sich dahin aus, daß das zu erlassende Gesetz die stehengebliebenen Scheidungsgründe nicht neu sanktioniert oder ausdrücklich anerkennt, sondern so gefaßt werden soll, daß daraus deutlich hervorgeht, daß man sie nur nicht aufhebt. [B] Nach dem Vortrag zu den königlichen Vorschlägen, den Entwurf in zwei Gesetze zu zerlegen – nämlich zum Verfahren zur Aufhebung der Scheidungsgründe sowie zu den Strafen – und ob die Vorlegung des Entwurfs an die Provinzialstände rechtlich erforderlich ist, wird die Vorlegung des ungetrennten Entwurfs an die Stände einstimmig beschlossen. Stimmenmehrheit ebenfalls gegen derzeitige Modifikationen in der Beschränkung der Scheidungsgründe, weil solche Konzessionen [...] die ständische Opposition auch nicht vermindern würden. Abtrennung einiger Paragraphen sowie Umfang der Anwendbarkeit des Gesetzes.*³ [B]

¹ Wilhelm präziserte bei den Beschlüssen zur Aufhebung von Scheidungsgründen nochmals seine und Mühlers abweichende Meinung zur der von der Mehrheit im Staatsministerium vertretenen Auffassung, Bl. 371v.

² Vgl. Ernst Ludwig v. Gerlach, *Aufzeichnungen*, Bd. 1, S. 324 f., dort weiter über die Beratungen im Staatsrat, S. 326 ff.

³ Eine Übersicht der Abänderungen, welche das Staatsministerium in dem Entwurf der Gesetzkommission rätlich gefunden hat vom Dezember 1842, sowie eine Denkschrift (mehrere Fassungen) des Ministeriums der Gesetzrevision als Grundlage für die Beratung des Staatsrats vom Januar 1843, in: *Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1, Bl. 259–260v, 268–273v und 284–313v*. Savigny wandte sich im Ergebnis der Sitzung in einem Brief v. 16.12. an den König, um ihn doch noch für seinen Gesetzentwurf zu gewinnen, vgl. Stoll, Adolf: *Friedrich Karl v. Savigny. Ministerzeit und letzte Lebensjahre 1842–1861*, Berlin 1939, S. 58 f. Über den weiteren Fortgang der Beratung des Entwurfs im Staatsrat bis hin zum schließlichen Scheitern der Gesetzesvorlage und der 1844 dann doch erfolgten Abtrennung einer VO über das Verfahren in Ehesachen vgl. Kraus, Hans-Christof, *Ernst Ludwig von Gerlach*, T. 1, S. 319–329.

Nr. 154 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 375–381v [Prot. 43a]; MF 262. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 16–22v.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, G. v. Rochow, Nagler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg.

Fortgesetzte Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die anderweite Organisation der Zensur-Behörden: Spezialdiskussion zur Entscheidung über Fortdauer oder Aufhebung der Debitsuspension durch die Oberpräsidenten bzw. den Minister des Innern in Abhängigkeit von lokalen und provinziellen Verhältnissen, wobei dem Minister des Innern eine Befugnis – aber keine Verpflichtung – für eine Aufhebung oder Ausdehnung der ihm angezeigten vorläufigen Beschlagnahme zukommt. Weiter zur Befristung für Reaktionen von den betroffenen Schriftstellern und Verlegern sowie zur Zusammensetzung des Ober-Zensur-Kollegiums. [B]

Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 382–399v [Prot. 44a]; MF 262. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 23–40.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [V], G. v. Rochow, Nagler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Stolberg-Wernigerode, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg.

Fortgesetzte Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die anderweite Organisation der Zensur-Behörden: Majorität gegen eine Befugnis des Landesherren, Debits-Verbote für Zeitungen, welche innerhalb der deutschen Bundesstaaten herausgegeben werden, auszusprechen und dafür, daß die fragliche Kompetenz dem Ober-Zensur-Kollegium zu erteilen ist. [B] Spezialdiskussion u.a. zur Beschlußfähigkeit des Ober-Zensur-Kollegiums, zur Organisation und Leitung der Zensur-Verwaltung sowie zur Wahl für den Zeitpunkt des Erlasses der VO und zu den allgemeinen Grundlinien der Zensurpolitik.¹

¹ Vgl. VO über die Organisation der Zensurbehörden v. 23.2.1843, GS, S. 31.

Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 400–402v [Prot. 45a]; MF 262. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 41–43v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg.

Nochmalige Diskussion zum bereits beratenen Entwurf einer Verordnung über die anderweite Organisation der Zensurbehörden: über Verweise und Ordnungsstrafen gegen die Zensoren durch das Ober-Zensur-Kollegium sowie über die Disziplinargewalt der Zensur-Minister. [B] Beratung über den vorgelegten Entwurf¹ der Instruktion für die Zensoren, damit diese gemeinsam mit der Verordnung über die anderweite Organisation der Zensurbehörden erlassen werden kann.

¹ *Als Entwurf mit starken Korrekturen in: Rep. 77, Tit. 1 Nr. 34 Bd. 4, Bl. 194–206v. Vgl. weiter die Entwürfe für eine Instruktion zur Handhabung der Zensur, Bl. 253–276 (2 Expl.) und 332–346v, danach Entwürfe für eine KO. Gleiches auch in: Rep. 76, 1 Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 4, n.f.*

Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Dezember 1842.

Vollz. Reinschr., Bd. 44, Bl. 403–406v [Prot. 46a]; MF 262. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 44–45v.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg.

Fortsetzung und Abschluß der Beratung des Entwurfes der Instruktion für die Zensoren.¹ [B]

¹ *Alle im Dezember 1842 beratenen und danach überarbeiteten Entwürfe zur Organisation der Zensurbehörden, in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 46–82, der Immediatbericht v. 31.1.1843 über die im Dezember stattgefundene Beratungsphase zum Zensurwesen, Bl. 84–107v.*

Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1843.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 45, Bl. 1–6 [Prot. 1a]; MF 263. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 195, n.f.

¹ *Nach Kenntnisnahme des Protokolls erwirkte Müffling eine Ergänzung über die Ernennung von Mitgliedern des Staatsrates zu Beratungen der Gesetz-Kommission, Bl. 5v; seine Korrespondenz darüber mit Duesberg Ende Januar 1843, Bl. 7–8.*

Anwesend: Müffling, Boyen [V, U], G. v. Rochow [U], Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Fortgesetzte Beratung über die Vorschläge² zur zweckmäßigeren Einrichtung des Geschäftsganges im Staatsministerium und Staatsrat bei der Bearbeitung legislativer Gegenstände: *Spezialdiskussion über Kenntnissgabe sowie Beratung von anstehenden Gesetzentwürfen im Staatsministerium, über die Bestimmungen wegen Ernennung eines Korreferenten, über die Verfahrensweise bei abweichenden Gutachten der Staatsrats-Abteilungen, über ein dreigliedriges Verfahren und die Beratung im Staatsrat überhaupt sowie über die Modalitäten bei Beratungen der Gesetz-Kommission.* [B]

² Rep. 90, Nr. 195, n.f.

Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 9–16v [Teilprot. 2a–b], Anlage: Bl. 17–17v; MF 263.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2; 1–2 U], Alvensleben [U], Eichhorn, Thile [beide zu 2; U], Savigny [U], Bülow [zu 2; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bode [zu 2], v. Duesberg.

1. Fortgesetzte Beratung des neu ausgearbeiteten Regulativs¹ zur Geschäftsordnung des Staatsministeriums und des Staatsrats für die Bearbeitung legislativer Gegenstände: *Kenntnissgabe der in den Staatsrats-Abteilungen abgefaßten Relationen an die beteiligten Departements-Chefs; Modalitäten für die Zurückgabe von Gesetzentwürfen an die Verwaltung. Eine Bestimmung zur Befugnis des vorsitzenden Staatsministers, den Fortgang derjenigen legislativen Arbeiten zu kontrollieren, die dem Staatsministerium vom König unmittelbar befohlen wurden, ist nicht erforderlich.* [B] —
2. Disziplinierung von Justizbeamten. *Meinungsverschiedenheit zu der vom König geforderten² Disziplinaruntersuchung gegen den Justizkommissarius Crelinger wegen seines Auftretens beim Aufenthalt des Dichters Herwegh zu Königsberg.³ Beantragung der Dienstentlassung kann nach Mühlers Meinung im vorliegenden Falle wegen Mangels eines auf denselben passenden Strafgesetzes nicht erfolgen, und eine Versetzung erfordert eine vorgängige förmliche Disziplinaruntersuchung; die weitere Beschlußnahme wird vertagt.* [B]

¹ Rep. 90, Nr. 195, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 24.1.1843. Die KO v. 2.2.1843 verwies das Regulativ nicht nur zur weiteren Beratung an den Staatsrat, sondern ermächtigte das Staatsministerium auch, nur auf dieses bezogene Regelungen bereits anzuwenden. Die nachfolgende Beratung im Staatsrat in: Rep. 89, Nr. 3705, n.f.

² Die KO v. 28.12.1842 an den Minister des Innern Arnim mit der Aufforderung zur Disziplinaruntersuchung, weil Crelinger Gesinnungen an den Tag gelegt hatte, welche mit den Pflichten eines Staatsbeamten nicht vereinbar sind, als Anlage, Bl. 17–17v.

³ Vgl. dazu Rep. 90, Tit. IX Litt. C Nr. 11 und Rep. 89, Nr. 18476, n.f.

Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Januar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 18–21v und 24 [Teilprot. 3a–b], 2 Anlagen: Bl. 22–23v und 25–35; MF 263.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother [zu 1–2; 2 U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1; U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 2], Bode [zu 1], v. Duesberg.

1. Fortsetzung der Beratung über das gegen den Justizkommissarius Crelinger zu Königsberg einzuleitende Verfahren: *Grundsatzdiskussion zum Votum¹ Mühlers und seiner Ansicht, daß die unfreiwillige Versetzung eines Justizkommissarius nicht ohne Weiteres vom Justizminister verfügt, sondern nur unter Beobachtung des für die unfreiwillige Dienstentlassung vorgeschriebenen Verfahrens herbeigeführt werden kann. Anregung zur Abänderung dieses Grundsatzes im dem Staatsrate gegenwärtig zur Bearbeitung vorliegenden Gesetz über das Disziplinarverfahren gegen Beamte hinsichtlich der dem Departementschef zustehenden Disziplinalgewalt; Majorität lehnt unfreiwillige Dienstentlassung ab und befürwortet eine unfreiwillige Versetzung; darüber Bericht² an den König. [B] — 2. Vorlegung des Entwurfs³ des Strafgesetzbuchs bei den Provinzial-Landtagen: Zusammenstellung von 64 Fragen als diejenigen Punkte des Entwurfs, welche von besonderer praktischer Wichtigkeit sind und über welche die Landtage zunächst und hauptsächlich ihr Gutachten abzugeben haben.*

¹ *Als Anlage 1, Bl. 22–23v; diese auch in: Rep. 89, Nr. 18476, n.f., dort auch Voten.*

² *Der Bericht v. 10.2.1843 in: Rep. 90, Tit. IX Litt. C Nr. 11, Bl. 14–19. Ebd. die weitere Behandlung der Angelegenheit im Staatsministerium. Vgl. auch zur Entscheidung des Staatsministeriums: Conrad, Georg, Geschichte der Königsberger Obergerichte. Mit Benutzung amtlicher Quellen, Leipzig 1907, S. 373.*

³ *Der gedruckte Entwurf des Strafgesetzbuches in: Rep. 90a, X IV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 151–202v. Die Fragen zur ständischen Beratung, eine Denkschrift über die zur ständischen Beratung gestellten Fragen des Strafrechts sowie der Gesetzentwurf über die Einführung des Strafgesetzbuches, in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 1, n.f. Die Zusammenstellung der Fragen als Anlage 2, Bl. 25–35. Vgl. weiter Rep. 77, Tit. 522a Nr. 60 Bd. 1. Entwurf und Denkschrift gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, I. Abt., Bd. 5, S. 3–162. Vgl. auch Blasius, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität, S. 110–114.*

Nr. 161 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 45, Bl. 36 [Prot. 4a]; MF 263. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 195, n.f.; Rep. 84, II 2 S Nr. 6 Bd. 2, Bl. 133; Rep. 89, Nr. 3678, n.f.; Rep. 100, Nr. 110, n.f.

Unterzeichnet: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Mühler, Alvensleben, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

*Geschäftsgang im Staatsministerium. Verfahren bei Vorlegung der Gesetzentwürfe an den wirkll. Geheimen Ober-Justizrat v. Duesberg zur Revision der Fassung.*¹ [B]

¹ Ein diesbezüglicher Antrag Duesbergs v. 24.10.1842 in: Rep. 90, Nr. 195, n.f. Dort auch die KO v. 31.10.1842, welche die von Duesberg beantragte Verfahrensweise billigte. Zur Darlegung der bisherigen Verfahrensweise gegenüber den Neuerungen vgl. auch Rep. 84, II 2 S Nr. 6 Bd. 2, Bl. 115v–122. Eine Abschrift des betreffenden Extrakts aus dem Regulativ betr. die Geschäftsordnung des Staatsministeriums und des Staatsrats für die Bearbeitung legislativer Gegenstände, als Schreiben Boyens an Savigny v. 15.2.1843, in: Rep. 84, II 2 G Nr. 3 Bd. 1, Bl. 27–30. Vgl. auch spätere Korrespondenzen dazu in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2 Bd. 1, Bl. 52–63v.

Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Januar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 37–48v [Teilprot. 5a–c]; MF 263/264. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühlner [U], G. v. Rochow [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 3], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, A. W. Schulze [zu 1–2], Zettwach [zu 3].

1. Ablösungen. Entwurf¹ einer Verordnung wegen Aufhebung der auf Dienstfamilienstellen haftenden Handdienste sowie wegen Erleichterung der Ablösung der auf den Grundbesitz haftenden Spann- und Handdienste aller Art für diejenigen Landesteile der Provinz Sachsen, in denen die gedachte Ablösungs-Ordnung Anwendung findet. *Spezialdiskussion und Vorlegung bei den sächsischen Provinzialständen; Immediatbericht außerdem mit Anregung zur Vorlage eines ähnlichen Gesetzentwurfes*² an die schlesischen Provinzialstände. [B] — 2. Dienste. Im Anschluß an TOP I Verständigung über den Antrag Mühlners³, der Generalkommission zu Breslau die Vermittlung wegen Feststellung ungemessener Dienste in der Provinz Schlesien und die Entscheidung aller dabei entstehenden Streitigkeiten an die Stelle der gewöhnlichen Gerichte zu übertragen. [B] — 3. Weitere Behandlung der Provinzialgesetzgebung und dementsprechende Eröffnungen gegenüber den Provinzialständen: *Es ist zu betonen, daß nicht beabsichtigt wird, die früher erteilte Zusage wegen Anfertigung der Provinzialgesetzbücher unerfüllt zu lassen; aber es ist zugleich auch klarzustellen, daß die vollendete Bearbeitung der Provinzialgesetzbücher in nächster Zukunft nicht erwartet werden darf; verschiedene Verfahrensweise gegenüber einzelnen Provinzialständen.*⁴ [B]

¹ Der Entwurf sowie der Immediatbericht v. 16.2.1843 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 2, Bl. 32–38 und 51–89v. Dort auch Voten, weitere Fassungen des Entwurfs sowie der Entwurf für das Propositionsdekret. Die bisherigen Regelungen zu den Dienstfamilienstellen waren durch den § 2 der Ablösungs-Ordnung v. 7.6.1821 geregelt, vgl. GS, S. 77.

² Der Entwurf als Anlage A zum Immediatbericht in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 2, Bl. 39–43v. Dort auch Voten, Bl. 10–24, eine weitere Entwurfsfassung sowie das Propositionsdekret, Bl. 203–238.

³ Der Antrag v. 20.7.1841 in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 42–43.

⁴ Ein Verzeichnis der im Justizministerium für die Gesetzrevision bis zum Jahre 1842 bearbeiteten Provinzialrechtsentwürfe, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 82, n.f. Dort auch mehrere Voten vom September 1842 bis Januar 1843, darunter das sehr ausführliche Votum von Innenminister Arnim zur künftigen Beratung der Provinzial-Gesetzgebung vom 4.12.1842. Diese Materialien auch in: Rep. 84, II 5 Gen. Nr. 1 Bd. 5, Bl. 14–71v; dort auf Bl. 122–124 ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände aus dem Bereiche des Provinzialrechts von 1843, die beschleunigt erledigt werden sollten. Gleiches auch in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 60 Bd. 1, dort ferner Bl. 44–68v ein Protokoll der ständischen Immediat-Kommission v. 9.2.1843 zum Stand der Provinzialgesetzgebung sowie Bl. 69–93v mehrere Entwürfe des Eingangs der Propositionsdekrete für die sämtlichen Provinzial-Landtage.

Nr. 163 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 49–63v [Teilprot. 6a–c]; MF 264.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [2–3 U], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 2–3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 1], Brüggemann [zu 3–4], v. Duesberg, H. v. Mühler [zu 3–4].

1. Grundsteuer. Prinzipien, nach denen die Entwürfe¹ einer Verordnung wegen anderweiter Regulierung der Grundsteuer in der Provinz Posen *sowie* eines Grundsteuer-Remissions-Reglements *mit den dazugehörigen* Anweisungen in Folge der Bemerkungen des 4. Posenschen Provinzial-Landtages umgearbeitet worden sind. *Spezialdiskussion zu der, bei der* Spezialveranlagung der kontingentierten Summen in den Stadt- und Landgemeinden *angeordneten* Berücksichtigung der Reallasten bei Feststellung des steuerbaren Ertrages der einzelnen Besitzungen. [B] — Prinzipien *des* Entwurfs² einer Verordnung wegen periodischer Revision des Grundsteuer-Katasters der beiden westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen: Gemeinsame Beratung dieses Gegenstandes mit den Ständen *beider Provinzen* durch [...] zu *ernennende* Kommissionen; *Erarbeitung entsprechender* Propositionsdekrete³. [B] — **2.** *Volksschulen.* Der Entwurf⁴ einer Schulordnung für die Elementarschulen des Königreichs Preußen *erfordert eine* nähere Beratung [...] zwischen den Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern *über Beibehaltung oder* Revision der Bestimmungen über das Institut der Orts-Schulvorstände, *dementsprechendes* Propositionsdekret. [B] — **3.** Entwurf⁵ einer Verordnung über die Einrichtung von Orts-Schulvorständen: *Grundsatzdiskussion über* die zweckmäßige Beaufsichtigung der einzelnen Schulen [...] durch die kollegialische Vereinigung *der* Gerichtsobrigkeit des Orts [...] mit dem Prediger und den Schulvorstehern aus der Gemeinde; *bessere* Entsprechung *der im ALR der* Gerichtsobrigkeit *zugebilligten* Gerechten; *Beibehaltung der* Bestellung besonderer Schulvorsteher aus der Gemeinde anstelle der im ALR ausschließlich berufenen Kirchenvorsteher. Die Modalitäten *sind jeweils* nach den einzelnen

¹ *Beide Entwürfe als Druck in: Rep. 84, II 2 G Nr. 13 Bd. 1, Bl. 188–194v, mit Anlagen bis Bl. 232. Eine Denkschrift zu den umgearbeiteten Entwürfen in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 1, n.f., dort auch der Entwurf für das Propositionsdekret. Die VO sowie das Grundsteuer-Remissionsreglement, beide v. 14.10.1844, GS, S. 601 bzw. 609. Vgl. auch die Anweisung zur Feststellung der Grundsteuer-Kontingente der Stadtgemeinden der Provinz Posen und zur Spezialveranlagung der kontingentierten Steuersumme v. 18.10.1844, GS, S. 634 bzw. für die Landgemeinden, GS, S. 646.*

² *Der Entwurf mit einer Denkschrift von Bodelschwingh (Drucke) in: Rep. 90, Tit. XL (Westfalen, Niederrhein) Nr. 1 Bd. 3, Bl. 16–24. Vgl. VO v. 14.10.1844, GS, S. 596.*

³ *Vgl. Sitzung am 25.4.1843, TOP 3.*

⁴ *Der Entwurf, Voten und Gutachten (Druck) in: Rep. 77, Tit. 127 Preußen Nr. 2 Bd. 1, Bl. 84–125, 147–166 und 176–188, dort auch spätere Entwurfsfassungen. Vgl. auch Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 2, Bl. 115–164v. Zur Ausarbeitung des am 18.12.1842 ins Staatsministerium gelangten Entwurfs sowie dessen Beratung vgl.: Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens in Preußen, S. 100f. Zur Problematik allgemein vgl. Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der preußischen Geschichte, hrsg. v. Otto Büsch, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 688 f.*

⁵ *Dazu ein längeres Votum Arnims von Ende 1842 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 2, Bl. 1–11v. Voten auch in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 2, Bl. 165–175v. Die geltenden Vorschriften über Schulvorstände für einzelne Landesteile in: Rönne, Ludwig v. (Hrsg.), Das Unterrichtswesen des preußischen Staates, 1854/55 (ND Köln 1990, hrsg. von Hans-Jürgen Apel) Bd. 1, S. 328. Eichhorn teilte in einem Schreiben am 4.4.1843 an Arnim mit, daß von seiten seines Ministeriums Brüggemann und H. v. Mühler als Kommissare beauftragt worden sind, vgl. Rep. 77, Tit. 127 Preußen Nr. 2 Bd. 1, Bl. 195. Am 19.3.1844 willigte Eichhorn in den Vorschlag Arnims ein, die Instruktion v. 1.6.1840 für die Ortsschulvorstände für den Regierungsbezirk Merseburg auch auf die übrigen Provinzen auszudehnen, vgl. ebd., Bl. 201–202.*

Provinzen, unter Berücksichtigung der beteiligten Rechte und Interessen, *durch die Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern, zunächst für die Provinz Preußen, zu prüfen.* [B]

Nr. 164 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart der Oberpräsidenten am 9. Februar 1843.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 60 Bd. 1, Bl. 44–68v; MF-Suppl. 11.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh, Bülow. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: v. Beurmann, Bötticher, W. v. Bonin, Flottwell, v. Meding, v. Merckel, v. Schaper, v. Vincke.

Vorbereitung der Provinzial-Landtage. Angesichts der öffentlichen Meinung über die Ständepolitik der Regierung betont der Prinz von Preußen, daß Anweisungen für die Oberpräsidenten notwendig sind, damit diese als Landtags-Kommissarien [...] eine sichere Richtschnur [...] hinsichtlich einzelner besonderer wichtiger Gegenstände erhalten. Gemäß der vorbereitenden Beratung¹ der Ständischen Kommission mit dem König sind hierzu folgende acht Punkte zu benennen: 1. Die Behandlung des neuen Strafrechts anhand von 61 Hauptfragen, ohne daß die Stände [...] sich in der freien Äußerung ihrer Meinung zu sehr beschränkt finden sollten. 2. Das neue Ehescheidungsgesetz², wobei die Stände [...] über die Lage der Beratungen im Staatsrat [...] auf vertraulichem Wege zu unterrichten sind. Vinckes Vorstellung, den Entwurf noch den diesjährigen Landtags-Versammlungen vorzulegen, wird mit dem Bedenken abgewiesen, daß die Vorlegung eines so wichtigen Gesetzes womöglich erst kurz vor Abschluß der Landtage die gründliche Prüfung durch die Stände erschweren würde. 3. Das Verhalten der Landtags-Kommissarien, wenn auf den Landtagen die Einführung einer Konstitution oder Volksrepräsentation im Sinne des Gesetzes vom 22. Mai 1815³ beantragt werden sollte. Nach Arnim und dem Prinzen von Preußen geht die Meinung des Königs dahin, daß nach der Ordre vom 9.9.1840 die Erneuerung eines solchen Antrags nur das Banner der Opposition sein kann und Friedrich Wilhelm IV. fest entschlossen ist, nichts anderes zu gewähren, als bisher gesagt wurde, nämlich Belegung und Fortbildung der ständischen Verhältnisse auf ihren jetzigen Grundlagen und innerhalb der Grenzen der den Ständen jetzt zustehenden Befugnisse. Die Landtags-Kommissarien haben die Landtags-Marschälle auf die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über das ständische Petitionsrecht hinzuweisen, um so vielleicht der Diskussion ungehöriger Petitionen von Seiten der Landtage gleich vorzubeugen. Es ist aber auch nicht beabsichtigt, den Landtagen auf künstliche Weise jede Äußerung über die Verfassungsfrage zu verschränken. Auf Nachfrage von Bötticher ist für den Fall des Sammelns von Unterschriften zu Petitionen wegen

¹ *Entgegen den Bemerkungen im Protokoll konnte nur eine Konferenz mit den Oberpräsidenten am 6.2.1843 ermittelt werden, vgl. Rep. 77, Tit. 489 Nr. 33 Bd. 1, Bl. 262–265; Rep. 77, Tit. 522a Nr. 5 Bd. 3, Bl. 58–58v; Rep. 77, Tit. 522a Nr. 60 Bd. 1, Bl. 40–43v. Das Rundschreiben Arnims v. 27.2.1843 an alle Oberpräsidenten als Ergebnis dieser Sitzungen, in: Rep. 89, Nr. 13941, Bl. 95–99.*

² *Vgl. den Entwurf von 1842 in: Rep. 84a (M), Nr. 9249, Bl. 124–173v.*

³ *VO über die zu bildende Repräsentation des Volkes, GS, 1815, S. 103. Von dem darin enthaltenen Verfassungsvorsprechen hatte sich nach dem Thronwechsel Friedrich Wilhelm IV. mit der auch im Protokoll mehrfach erwähnten Ordre v. 9.9.1840 vorsichtig distanziert, dieser Landtags-Abschied (im Prot. Ordre genannt) v. 9.9.1840 für den Huldigungs-Landtag des Königreichs Preußen gedr. in: Lancizolle, Carl Wilhelm v., Rechtsquellen, S. 106–108. Vgl. dazu Neugebauer, Politischer Wandel, bes. S. 448 f. mit weiterer Literatur; vgl. weiter Niedzielska, Magdalena, „Was heißt liberal?“. Opozycja polityczna w Prusach Wschodnich w pierwszej połowie XIX wieku (do 1847 r.). Program i działalność, Toruń 1998, S. 182–193.*

Einführung einer Volksrepräsentation *eine angemessene Verfahrensweise zu erwägen*. 4. Keine Aufführung der Namen der einzelnen Landtags-Abgeordneten in den Protokollen sowie von Zeitpunkt und Anzahl der zu verteilenden Landtags-Protokolle. 5. Die Veröffentlichung gedrängter Darstellungen der Beschlüsse oder sonstiger Zeitungsartikel über die Landtags-Beratungen soll immer nur nach beendeter Diskussion über einzelne Teile oder Hauptfragen erfolgen, wobei 6. [...] die bei den Landtagen angebrachten Petitionen teilweise erwähnt werden können. 7. Der König hält eine 4-wöchentliche Dauer der Landtage für ausreichend, wobei eine gleichzeitige Abhaltung des rheinischen mit denen der übrigen Provinzen denkbar ist. 8. Bei den Landtags-Beratungen über umfassende und wichtige Gesetze sollen Mitglieder und Organe der Verwaltung an den Verhandlungen der Landtage teilnehmen.⁴ Mit Ausnahme des brandenburgischen Oberpräsidenten von Meding sprechen sich die anderen Oberpräsidenten gegen die projektierte Maßregel als eine neue organische Institution in die provinzialständische Verfassung aus. Um so mehr, als v. Beurmann erklärt, daß die Stellung der von Berlin entsandten erfahrenen Beamten [...] von selbst zu der Idee einer Teilung der öffentlichen Gewalten im Staate hin führen kann, aus der sich sehr leicht und fast mit innerer Notwendigkeit der Übergang [...] zu einer Verfassung im Sinne des konstitutionellen Liberalismus entwickeln dürfte. [B]

⁴ Entwürfe dazu in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 4, Bl. 112–121.

Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Februar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 64–82 [Teilprot. 7a–d]; MF 264. — Teildruck [TOP 4]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, Abt. II, Bd. 11, S. 1189–1195¹.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [2–4 U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Göschel [zu 3–4], Mathis [zu 1], H. v. Mühler [zu 2].

1. Schnellste Klärung der ständischen Verhältnisse der Grafen zu Dohna als Besitzer der vereinigten Grafschaft Dohna und Entwurf² einer Urkunde. [B] — **2. Regierungen.** Petition³ des 7. Pommerschen Provinzial-Landtages zum Verfahren bei Regulierung der Interimistika in geistlichen und Schulbausachen sowie der Entwurf eines Zirkulars⁴. *Spezialdiskussion zur bisherigen Verfahrensweise; zur Zulässigkeit des Rechtsweges; zur Entscheidung der Interimistika, die auch weiterhin durch die Abteilungen für die Kirchen-Verwaltung und das Schulwesen vorzunehmen sind sowie zur Befugnis der Regierungspräsidenten.* [B] — **3. Lehen.** Immediat Antrag⁵ der Freiherren von

¹ Das dort anschließend gedruckte Protokoll v. 5.5.1843 gibt nicht – wie ausgewiesen – eine Sitzung des Staatsministeriums, sondern der Kommission zur Revision des Strafrechts wider, S. 1197–1202.

² Die Entwürfe einer Urkunde über die vereinigte Grafschaft Dohna, für eine VO zur Bildung dieser Grafschaft sowie der, die Gründe für die Eile vor dem Zusammentreten des Provinzial-Landtages darlegende Immediatbericht v. 21.2.1843, in: Rep. 90, Nr. 42, n.f. In die vereinigte Grafschaft Dohna gingen die Herrschaften Schlobitten, Lauck, Reichertswalde und Schlodien ein. Vgl. auch KO betr. Verleihung einer Kollektivstimme im Provinzial-Landtag Preußen v. 24.2.1843, GS, S. 39. Vgl. ferner das Propositionsdekret v. 23.2.1843, wo im Punkt 8 die ständische Berechtigung beschrieben ist, gedr. in: Gutachten und Petitionen, welche die zum 8. Preußischen Provinzial-Landtag versammelten Stände Sr. kgl. Majestät eingereicht haben, Königsberg 1844, S. 6.

³ Nitschke, Verhandlungen, Bd. 16 (Pommern 1841), S. 492–512, die Petition ebd., S. 492–494.

⁴ Die Zirkular-Verfügung Eichhorns v. 12.12.1843 an alle Regierungen gedr. in: MinBl. innere Verw., 1843, S. 324–326 bzw. bei Rönne, Unterrichtswesen, Bd. 1, S. 856 f.

⁵ Das Immediatgesuch von 1842 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 36, n.f. Dort auch mehrere Voten, der Immediatbericht v. 15.3.1843 sowie die KO v. 31.3.1843. Ebd. die Druckschrift: Erstreckt sich der Rechtsverlust, welchen das Königl.

Plotho zu Parey auf Deklaration des Edikts vom 4. August 1763 und auf einstweilige Sistierung des gegen die Bittsteller von dem Baron von Montblanc angestellten Prozesses *um den Verlust ihres Sukzessionsrechts*. [B] — 4. *Disziplinierung der Justizbeamten. Meinungsdivergenzen zum königlichen Verlangen⁶ nach einer Verordnung zur Konstituierung der Landes-Justiz-Kollegien zu Ehrengerichten sowie deren Kompetenz zum Aussprechen von Verweis, Degradation und selbst Entlassung gegenüber den ihnen untergebenen Richtern. Bedenken des Prinzen von Preußen und des Ministers des Innern gegen die Einrichtung besonderer Ehrengerichte für den Richterstand. Die Majorität hält den gegenwärtig dem Staatsrat vorliegenden Entwurf⁷ über das Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte für ausreichend. Deshalb wird eine spezielle Prüfung des vorgelegten Gesetzentwurfs vertagt. Bei Zustandekommen einer speziellen Verordnung ist deren Vorlegung [...] auf den Provinzial-Landtagen nicht empfehlenswert.* [B]

Preußische Edikt vom 4. August 1763 gegen die ihre Eintragung versäumenden Lehnfolgeberechtigten anordnete, auch auf deren Abkömmlinge? Mit Rücksicht auf den Freiherrlich von Plotho-Parey'schen Sukzessionsfall erörtert vom Justizrat Derrendes zu Parey, Zerbst 1842, *worin auch das Edikt von 1763 als Beilage I auszugsweise abgedruckt ist.*

⁶ Die KO v. 7. und 14.11.1842 in: *Rep. 90, Nr. 644, n.f.* Dort auch ausführliche Voten, der Entwurf einer VO über die Ehrengerichte, der Immediatbericht v. 6.3.1843 sowie die Übersendung an den Staatsrat per KO v. 17.3.1843. Diese Materialien auch in: *Rep. 80, I Justiz Nr. 175, Bl. 176–181v und Rep. 84, II 2 E Nr. 18 Bd. 1, Bl. 22–29*; dort auch die Wiederaufnahme der Beratung infolge der Anregung zu einem Ehrenrat für Justizkommissarien im Jahre 1846. Der Immediatbericht gedr. in: *Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1186–1188. Zur Position des Königs vgl. auch Schneider, Der preußische Staatsrat, S. 183 f.*

⁷ Mehrere Fassungen sowie dessen Beratung im Staatsrat in: *Rep. 80, I Justiz Nr. 175. Vgl. auch die Zusammenstellung des wesentlichen Inhalts der von den Präsidien der Landesjustizkollegien und mehreren Justizkommissarien erstatteten Bericht zur Bildung von Kollegien oder Korporationen der Justizkommissarien v. 3.9.1842, in: Rep. 84, II 2 I Nr. 13, Bl. 4–29v. Das Gesetz v. 29.3.1844, GS, S. 77. Vgl. weiter die zeitgenössische Kritik der Mängel am Gesetz: Rheinbaben, Paul v., Die preußischen Disziplinar-gesetze. Unter Benutzung amtlicher Quellen, 2. neubearb. Aufl., Berlin 1911, S. 3 f.*

Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 45, Bl. 83–97 [Prot. 8a]; MF 264/265. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 131–135v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Stolberg-Wernigerode [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg, v. Gerlach.

Revidierter Entwurf¹ einer Verordnung über die Organisation der Zensur-Behörden wegen des Drängens von Friedrich Wilhelm IV.² auf baldige Einrichtung eines Ober-Zensur-Gerichts: Ver-

¹ *Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 57–74v; ein nach den Ergebnissen dieser Sitzung überarbeiteter Entwurf Bl. 114–121v sowie Bl. 137–148 der Immediatbericht v. 18.2.1843. Der Entwurf als Druck mit zahlreichen handschriftlichen Korrekturen auch in: Rep. 76, I Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 5, n.f. Die VO v. 23.2.1843, GS, S. 31. Bei Stolberg-Wernigerode, Anton Gf. zu Stolberg-Wernigerode, S. 44 f. ist eine Conseil-Sitzung am 20.2.1843 zum gleichen Problem erwähnt, die in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden konnte.*

² *Die KO v. 4.2.1843, die ein Ober-Zensur-Gericht einfordert, GS, S. 25. Ein weiterer Immediatbericht über dessen Einrichtung v. 8.5.1843 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 16, Bl. 3–9. Vgl. das Reglement über das Verfahren beim Ober-Zensur-Gericht v. 1.7.1843 gedr. in: MinBl. innere Verw., 1843, S. 193–195. Vgl. ferner Denkschriften, Instruktionen und weiteres Material in: Rep. 101, H Nr. 4 sowie zu den verschiedenen Auffassungen innerhalb der Ministerialbürokratie Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, S. 424–427.*

waltung des Zensurwesens *nur durch die Zensurminister und ganz getrennt vom Ober-Zensur-Gericht. Spezialdiskussion zu einer Aufhebung der Zensurgebühren in Rücksicht auf die Besoldung der Zensoren; zu einer, vom Minister des Innern angeregten alleinigen Beaufsichtigung der Presse durch ihn; zu Struktur, Kompetenzen, Unabhängigkeit und Termin der Errichtung des Ober-Zensur-Gerichts als eine wirklich mit richterlichen Funktionen bekleidete Behörde. Veröffentlichung der Verordnung mit der bereits genehmigten Instruktion³ für die Zensoren noch vor dem Zusammentritt der Landtage. [B]*

³ Die Zensur-Instruktion v. 31.1.1843, veröffentlicht am 25.2.1843, GS, S. 27.

Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 98–104v [Teilprot. 9a–c]; MF 265. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–3], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [a] [Scholz]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1–2; 1 U], v. Duesberg, Österreich [zu 3], Scholz [zu 1; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Ärzte. Meinungsverschiedenheit zwischen Bodelschwingh und Arnim über das Recht der Kreis-Physiker, für [...] Untersuchungen des Gesundheitszustandes von Beamten besondere Gebühren zu erheben¹; *Beschluß über Verpflichtung zur unentgeltlichen Übernahme solcher Untersuchungen vertagt. [B] — 3. Propositionen² bezüglich der allgemeinen Wege-Ordnung an die nächsten Provinzial-Landtage von Brandenburg und Sachsen: Notwendigkeit, diesen Ständen einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die baldige ständische Beratung zu ermöglichen; keine Zurückstellung der Beratung über die, für die übrigen Provinzen entworfenen Zusätze. [B]*

¹ Vgl. über die bisher geltenden Rechte und Verpflichtungen der Kreis-Physiker das Zirkular-Reskript v. 30.6.1832, gedr. in: *Annalen der Preußischen innern Staats-Verwaltung*, hrsg. vom wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rat v. Kamptz, Bd. 16 (1832), S. 484 f.

² Die Propositionen gedr. in: *Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, Magdeburg 1844*, S. 7. Der Entwurf einer allgemeinen Wege-Ordnung, Ende 1841 im Staatsministerium erarbeitet, in: *Rep. 84, II 2 W Nr. 15 Bd. 2, n.f. Über die Rechtssituation in Brandenburg und Sachsen ein Votum Savignys v. 16.1.1843 in: Rep. 84, II 5 Gen. Provinz Preußen Nr. 6, Bl. 177–178, weitere Voten Bl. 204–233v. Ebd., Bl. 182–203v* Entwürfe der provinziellen Zusätze zur allgemeinen Wege-Ordnung für die anderen Provinzen, von Bodelschwingh am 15.2.1843 zusammengestellt.

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 105–110 und 131–142 [Teilprot. 10a–b], 2 Anlagen: Bl. 111–130 und 140–156; MF 265/266. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1457–1464.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2], Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Honig [zu 1], Ruppenthal, Voswinckel [zu 2].

1. Verwaltungsansprüche. Form des administrativen Verfahrens [...] in der Angelegenheit wegen Abwicklung der Wegebau-Schulden der zur Bürgermeisterei Heyden vereinigten Gemeinden Richterich und Pannesheide. *Grundsatzdiskussion darüber, ob der Rechtsweg über Verwaltungsansprüche aus der Zeit vor 1815 für Gebiete, die der französischen Gesetzgebung zugehörten, zulässig ist. Ruppenthals Rechtsgutachten*¹ über die Reklamation der Gemeinde Heyden *hinsichtlich der Rückgabe zweier Straßen und Entschädigung für das entzogene Wegegeld; vertagt.*² [B] — **2.** Entwurf³ einer Verordnung über die Errichtung von Handelsgerichten: *Spezialdiskussion zu den Geltungsbereichen, zur Zusammensetzung und fachlichen Befähigung der Mitglieder sowie zur Kompetenz und Finanzierung der Handelsgerichte.* [B]

¹ *Das Rechtsgutachten Ruppenthals über die Reklamation der Gemeinde Heyden, betr. die Rückgabe zweier Straßen und Entschädigung für das entzogene Wegegeld, Anlage 1, Bl. 111–130.*

² *Der Bericht des Staatsministeriums zum grundsätzlichen Problem der Verwaltungsansprüche in Auszügen in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, Bl. 27–31v. Vgl. Sitzung am 28.11.1843.*

³ *Als Druck, Bestandteil der Anlage 2, Bl. 153–156, dort Bl. 140–153 die Relation Savignys v. 9.1.1843 zur Angelegenheit wegen Errichtung von Handelsgerichten in sämtlichen Provinzen der Monarchie. Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 24 Bd. 1, n.f., ferner der Immediatbericht v. 30.3.1843, Voten sowie eine überarbeitete Fassung des Entwurfs als Druck zur Vorlage für den Staatsrat, Berichte, Gutachten und weiteres Material für die bis 1846 andauernde Beratung im Staatsrat. Gleiches auch in: Rep. 80, I Justiz Nr. 187a, Bl. 23–49v sowie gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, Teil 3, S. 1455–1543. Vgl. das Gesetz v. 3.4.1847, GS, S. 182.*

Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1843.

Vollz. Reinschriften mit einer Ergänzung, Bd. 45, Bl. 157–187v [Teilprot. 11a–d]; MF 266/267.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–2, 4], Rother [U], Alvensleben [zu 1–2; U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1 und 4], v. Könen¹ [zu 4], G. v. Möller [zu 1], H. v. Mühler, Ruppenthal [beide zu 4], A. W. Schulze [zu 2], v. Stein-Kochberg [zu 1].

1. *Disziplinarsache.* [B] — **2.** *Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821. Der Antrag² des 5. Schlesischen Provinzial-Landtages auf Ausdehnung von deren Vorschriften [...] auf gewerbliche, handwerksmäßige und andere dort weder ausdrücklich als ablösbar bezeichnete, noch von der Ablösung ausgeschlossenen Leistungen wird vorerst abgelehnt. Diesbezügliche Denkschrift an die schlesischen Provinzialstände.* [B] — **3.** *Provinz Posen. Die Proposition³ an den jetzigen Posenschen Provinzial-Landtag über die Bildung eines Provinzial-Wegebau-Fonds [...] für das Großherzogtum Posen ist durch den Finanzminister auszuarbeiten.* [B] — **4.** *Exekutionen.* Meinungsverschieden-

¹ *Im Protokoll irrtümlich als Geheimer Oberregierungsrat bezeichnet.*

² *Die Petition gedr. in: Rumpf, Verhandlungen, Bd. 14 (Schlesien 1837), S. 226–228. Voten, der Immediatbericht v. 16.3.1843, die Denkschrift sowie der Entwurf eines Propositionsdekrets an den 6. Provinzial-Landtag, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 2, Bl. 137–164.*

³ *Ein Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 1, n.f. Die Proposition v. 27.3.1843 mit dem Entwurf des Regulativs gedr. in: Beilagen-Heft zu den Verhandlungen des 6. Provinzial-Landtages des Großherzogtums Posen. Der Provinzial-Straßen-Bau-Fond v. 21.7.1843 gedr. in: Rönne, Ludwig v. (Hrsg.), Die Wege-Polizei und das Wege-Recht des Preußischen Staates, Breslau 1852, S. 177 f. Vgl. auch einen Immediatbericht v. 24.3.1843 in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 24–26v.*

heit⁴ [...] zwischen Justiz-, *Haus- und Kultusministerium* wegen des von der Regierung zu Trier erhobenen Kompetenzkonfliktes in der Oppositionssache des Louis Vopelius und Genossen zu Duttweiler. *Grundsatzdiskussion über die Zulässigkeit des Rechtsweges zu Exekutionsmaßregeln* [...] wegen materieller Beschwerden und formeller Verstöße *im Zusammenhang mit der Exekutionsbefugnis der Regierungen in der Rheinprovinz sowie der Kompetenz der Gerichte. Die Mehrzahl, mit Ausnahme Mühlers, ist für die Aufrechterhaltung der in dem Ressort-Reglement⁵ gegebenen Vorschrift.* [B]

⁴ *Das gemeinsame Votum von Rochow, Ph. Ladenberg, Eichhorn und Bodelschwingh sowie die Voten von Mühler und Savigny, alle von Mitte 1842, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 10, Bl. 116–145v. Dort auch Bl. 162–187 der sehr ausführliche Immediatbericht v. 16.5.1843 sowie Bl. 189–189v die KO v. 30.5.1843, die eine endgültige Entscheidung auf die Zeit nach Beendigung des tagenden Rheinischen Provinzial-Landtages, mit Rücksicht auf die ständische Beratung des Entwurfs einer VO wegen exekutivischer Beitreibung der Steuern und öffentlichen Abgaben in der Rheinprovinz, verschob.*

⁵ *Die Anweisung für die Regierungen und Gerichte über die bis auf anderweite Verordnung von denselben zu beobachtenden Grenzen ihrer gegenseitigen Amtsbefugnis v. 20.7.1818 (genannt Ressort-Reglement), in: Kamptz, Annalen, Bd. 2 (1818), S. 619–632. Vgl. allgemein zum Ressort-Reglement Riefner, Wolfgang, *Verwaltungsrechtsschutz in Preußen von 1749–1842*, Bonn 1962, S. 146–166.*

Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 188–203v [Teilprot. 12a–d]; MF 267.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–4], Boyen [V, zu 2–4; U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2 und 4], Alvensleben, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 2–4; U], Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 4], v. Könen [zu 2 und 4], Mathis [zu 1], G. v. Möller, Ruppenthal [beide zu 3].

1. Bäuerliche Erbfolge. Entwurf¹ einer Proposition [...] an die Stände der Provinz Westfalen wegen des *betreffenden* Gesetzes von 1836. [B] — **2. Provinzial-Verwaltungsbehörden.** Meinungsverschiedenheit *zwischen mehreren Ministern über die Verpflichtung der Verwaltungsbehörden zur Vorlegung ganzer Aktenstücke und amtlicher Korrespondenzen in streitigen Rechtssachen. Einigkeit darüber, daß eine Herausgabe ganzer Aktenstücke ohne Bezeichnung der darin enthaltenen Schriftstücke sowie die Mitteilung amtlicher Korrespondenzen zu den Prozeßakten unstatthaft ist; Bekanntmachung eines diesbezüglichen vom Geheimen Ober-Tribunal erstellten Gutachtens*². [B] — **3. Strafrecht.** Überarbeiteter Entwurf³ zu einer Verordnung über die Vollstreckung rechtskräftiger Straferkenntnisse und das Begnadigungswesen. *Befugnis zur Entscheidung über die Aussetzung noch nicht angetretener Strafen sowie über die Unterbrechung bereits angetretener Freiheitsstrafen. Die Majorität ist für eine Entscheidung über [...] temporäre Entlassungen durch die Verwaltungsbehörde.* [B] — **4. Dienstgelder.** Erneute Beratung über eine *beabsichtigte* Deklaration der in dem Gesetz vom 21. April 1825 enthaltenen Bestimmungen über die Verwandlung gutsherrlich bäuerlicher Leistungen *nach gegensätzlicher* Begutachtung durch den Staatsrat. Ein

¹ *Rep. 90, Tit. XX C Nr. 8 Bd. 4, Bl. 9–13; ebd., Bl. 4–8 der Immediatbericht v. 15.5.1843. Ein Entwurf Arnims auch in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 1, n.f.*

² *Das Gutachten v. 18.1.1841 gedr. in: MinBl. innere Verw., 1843, S. 118–122.*

³ *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 97^{II} Bd. 2, n.f. Die Relation mit Nachtrag und Gesetzentwürfen in: Rep. 80, Justiz Nr. 191, Bl. 16–62. Zu diesen Gesetzentwurf als Teil des Entwurfs des Strafgesetzbuchs von 1843 vgl. auch allgemein: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, I. Abt., Bde. 5 und 6, Vaduz 1994/1996.*

*Vorschlag zum Schutz der Gutsherren gegen den Verlust der Dienstgelder ist erst zu erarbeiten. Deshalb Bitte, die vorgeschlagene Deklaration auf sich beruhen zu lassen.*⁴ [B]

⁴ Vgl. Sitzung am 5.12.1843, TOP 2.

Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 204–226 [Teilprot. 13a–f]; MF 267/268.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 5–6], Rother [zu 1–6; 1–5 U], Alvensleben [zu 1–3, 5–6; U], Eichhorn [U], Thile [zu 4; U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Göschel [zu 1–3], v. Könen [zu 2–3, 5–6], G. v. Möller [zu 4].

1. Juden. Mühlers Entwurf¹ zu einer gesetzlichen Bestimmung über den Majorennitäts-Termin der Juden in *einigen* Provinzen. *Festsetzung* auf das 24. Jahr; *Abfassung* der Verordnung zwar deklaratorisch, *allerdings mit dem Zusatz, daß* aus ihr kein Einwand gegen die Rechtsbeständigkeit der vor ihrer Publikation in den betreffenden Landesteilen von Juden nach zurückgelegtem 20. Lebensjahre eingegangenen Verbindlichkeiten entnommen werden kann. [B] — **2.** Legislative Regulierung² der Ableistung der Eide im Namen des Fiskus in Zivilprozessen: *Auswahl des Beamten durch die betreffende Oberbehörde.* [B] — **3.** Eide: Abänderung und Vereinfachung der Formeln für den Ignoranz-Eid.³ [B] — **4.** Strafrecht. Fortgesetzte Beratung über den Entwurf einer Verordnung wegen Vollstreckung rechtskräftiger Straferkenntnisse und des Verfahrens bei Begnadigungsgesuchen. *Spezialdiskussion anhand des gedruckten Nachtrages*⁴ Mühlers zu der früheren Relation, *u.a. zur Aufhebung* des dem Justizminister noch zustehenden Bestätigungsrechts *bei Todesurteilen; zur Frist für* das Begnadigungsgesuch, *zur Strafarbeit; zur Befugnis* der Departement-Chefs *auf Strafermäßigung* sowie *zur Umwandlung von Strafen.* [B] — **5.** Regierungen. *Deren Befugnis [...], rückständige Kaufgelder für Holz und andere Waldprodukte im Wege der Exekution beizutreiben.*⁵ *Spezialdiskussion über* das Recht des Verkäufers zum Wiederverkauf *sowie über die beizubehaltende Exekutionsbefugnis* der Regierungen [...] *vorbehaltlich der Rechte der Schuldner.* [B] — **6.** Hypotheken. Antrag⁶ *Ladenbergs über* das öffentliche Aufgebot *verloren gegangener Hypotheken-Dokumente über Domänen-Abgaben und Inventariengelder.* [B]

¹ Als Druck in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 62v, dort auch Voten und weitere Schriftstücke zur Beratung im Staatsrat. Vgl. die Deklaration über den Majorennitäts-Termin der Juden v. 24.1.1844, GS, S. 51.

² Vgl. dazu den Votenwechsel seit Februar 1842 einschließlich eines Gesetzentwurfes in: Rep. 84, II 2 E Nr. 4 Bd. 1, Bl. 73–108v sowie die weitere Behandlung nach dieser Sitzung. Der Immediatbericht v. 2.5.1843 mit dem neuen Entwurf in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 60–62v. Vgl. weiter Rep. 77, Tit. 114 Nr. 49 Bd. 2, Bl. 106–125 sowie die VO v. 28.6.1844, GS, S. 250, § 5.

³ Vgl. Entwürfe für verschiedene Eidesformeln in: Rep. 84, II 2 E Nr. 4 Bd. 1, Bl. 113–113v. VO vom 28.6.1844.

⁴ Der Nachtrag v. 9.11.1842 zu der Relation vom 25. Mai 1840 (Druck) in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 97^{II} Bd. 2, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 2.5.1843 und die weitere Beratung im Staatsrat. Gleiches auch in: Rep. 80, I Justiz Nr. 191, Bl. 2–11v und 32–55. Eine Zusammenstellung der Bemerkungen [der Staatsminister] zu dem Gesetz-Entwurf über die Kompetenz zur Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen, in: Rep. 90a, XI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f., gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, I. Abt., Bd. 5, S. 197–208.

⁵ Die bisherige und auch wieder bestätigte Verfahrensweise regelte § 42 Nr. 2 der VO wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden v. 26.12.1808, GS, S. 475. Dazu Voten in: Rep. 90, Nr. 1476, n.f. Der Immediatbericht v. 2.5.1843, die KO v. 30.5.1843 und weitere Materialien bis September 1843, in: Rep. 84a (M), Nr. 6872, Bl. 268–284. Vgl. auch Rep. 90a, B III 7a Nr. 10 sowie Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1.

⁶ Der Antrag in seinem ausführlichem Votum v. 7.4.1842 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 178, Bl. 2–50. Dort auch weitere Voten und der Immediatbericht v. 5.6.1843. Vgl. KO v. 3.7.1843, GS, S. 292.

Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 28. März 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 227–231v [Teilprot. 14a–c]; MF 268. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [a] [Scholz]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Birk, Bischoff [beide zu 2], v. Duesberg, Scholz, Schröner [beide zu 1; U], Werdeck [zu 3].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Reklamationssache.** [B] — **3. Domänen.** Der Einspruch *Ph. Ladenbergs* gegen den Beschluß des *Staatsministeriums vom 1.2.1842*, der eine Kommunikation mit sämtlichen Oberpräsidenten rücksichtlich der Beitragsverhältnisse der königlichen Domänen zu den Kreis- und Kommunallasten vorsah, wird abgelehnt.¹ [B]

¹ *Die Voten vom Sommer 1842 sowie ein Schreiben Arnims an Boyen v. 3.3.1843, worin er mitteilte, daß die Verfügung an die Oberpräsidenten bereits erlassen ist, in: Rep. 90, Tit. XXX A Gen. Nr. 27, Bl. 51–59 und 63.*

Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 232–236 [Teilprot. 15a–c]; MF 268.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [[V], U], Mühler [U], G. v. Rochow, Nagler, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 2; U], Savigny [U], Bülow [zu 2; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 2], Kisker [zu 1–2], Schröner, Starke [beide zu 1].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Besitztitel.** *Gesetzentwürfe*¹ zur Wiederherstellung des Zwangs zur Fortführung eines einmal berichtigten Hypotheken-Foliums sowie zur Besitztitelberichtigung. [B] — **3. Gehaltssache.** [B]

¹ *Der als Anlage 1 bezeichnete Entwurf einer Verordnung wegen Wiederherstellung des Zwanges zur Berichtigung des Besitztittels bei den im Hypothekenbuch bereits eingetragenen Grundstücken, in: Rep. 90a, X V 2 Nr. 1 Bd. 2, n.f. Dort auch Mühlens Vorschläge, schon vom November 1840, sowie die als Anlage B erwähnte Entwurfsfassung einer VO über die Berichtigung des Besitztittels bei dem im Hypothekenbuch bereits eingetragenen Grundstücken. Vgl. weiter das Gesetz zur Erleichterung des Verfahrens bei Berichtigung des Besitztittels v. 7.3.1845, GS, S. 160 sowie auch die §§ 4–7 und 25 des Gesetzes, betr. die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedlungen v. 3.1.1845, GS, S. 25.*

Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1843.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 45, Bl. 237–243v [Teilprot. 16a–b]; MF 268. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

¹ *Ergänzende Erklärung des Protokollanten zu den Bezeichnungen der beratenen §§ bei TOP 2, Bl. 238.*

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn, Thile [beide zu 2; U], Savigny [U], Bülow [zu 2; U] Bodelschwingh [zu 1–2; 1 U], Arnim [zu 2; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 2], Günther, Löwenberg [beide zu 1], E. v. Möller, v. Wedell [beide zu 2].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Gemeinde-Ordnung** für die Rheinprovinz. Vorschläge² Arnims wegen Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs. *Spezialdiskussion u. a. über Einkünfte verschiedenster Art, über Modalitäten hinsichtlich der Gemeinde-Abgaben und Dienste, über die Gemeinde-Repräsentation sowie über die Gemeinderäte; dementsprechende Umänderung des Entwurfs* der Gemeinde-Ordnung. Da die Vertretung aller Gemeinden durch gewählte Repräsentanten [...] wegen der zahlreichen sehr kleinen Gemeinden für unausführbar gehalten wird, soll die Repräsentation durch die Versammlung aller zur Ausübung des Gemeinderechts Befähigten für die kleineren Gemeinden beibehalten werden. Ablehnung der vorgeschlagenen Zulassung der Juden. [B]

² Enthalten im Votum v. 31.12.1842 sowie im Entwurf eines Immediatberichts von Anfang Februar 1843, vgl. Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 4, Bl. 127–132 und 143–168v. Dort auch der hier vorgelegte Entwurf der Gemeinde-Ordnung mit Erläuterungen (Druck), Bl. 242–262v und 308–350v. Bereits am 12.11.1842 hatte mit den Mitgliedern des ständischen Ausschusses der Rheinprovinz eine Beratung über den Entwurf stattgefunden, vgl. ebd., Bl. 38–47. Der den Ständen 1843 vorgelegte Entwurf gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages Koblenz 1843, S. 284–308. Zum persönlichen Wirken Arnims bei der weiteren Überarbeitung des Entwurfs vgl. auch Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 100 f.

Nr. 175 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 244–256v [Teilprot. 17a–d]; MF 268.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 4], Rother [U], Eichhorn [zu 2–4; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [1–2 U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 2 und 4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3], v. Duesberg, Löwenberg [zu 1], H. v. Mühler [zu 4], Ruppenthal [zu 2], Schröner [zu 1 und 3].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Strafrecht.** Entwurf¹ eines Gesetzes über Regulierung der Kompetenz der Rheinischen Strafgerichte. *Strafgattungen; Stellung der Friedensrichter, Befugnisse der Polizeigerichte und der Kriminalgerichte.* [B] — **3. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **4. Kirche.** Entwurf² einer Verordnung zur Gesetzesauslegung hinsichtlich der Aufbringung der Kultuskosten auf dem linken Rheinufer. *Grundsatzdiskussion, ob die Zivilgemeinde und alle einzelnen Mitglieder derselben zur Aufbringung der kirchlichen Bedürfnisse verpflichtet sind oder nur die zu den einzelnen Kirchen gehörigen Pfarrgenossen.* Entscheidung, den gegenwärtigen, faktischen Zustand festzuhalten sowie die Gemeindebudgets des laufenden Jahres als den Normalbetrag der Kommunal-Zuschüsse für die Zukunft gelten zu lassen. [B]

¹ Dieser und eine Denkschrift in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 31, n.f. Als Teil des Gesetzentwurfs über die Kompetenz zur Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen, auch in: Rep. 90a, XI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f. Der Immediatbericht v. 26.4.1843 in: Rep. 89, Nr. 17298, Bl. 1.

² Der Entwurf sowie das ausführliche Votum Eichhorns v. 21.3.1843 (Drucke) in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 8 Bd. 1, n.f. Dort auch die weitere Beratung in Staatsministerium und Staatsrat.

Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums am 25. April 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 45, Bl. 257–269v [Teilprot. 18a–e]; MF 268/269.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–3], Rother [1–4 U], Alvensleben [zu 1–3, 5; U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [zu 1–3; U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 5], Birck [zu 1], GehLegR v. Bülow [zu 4], v. Duesberg, Jähnigen, v. Könen [beide zu 1], Kühne [für Bodelschwingh zu 1–3; 1 U].

1. Exekutions-Ordnungen. Entwurf¹ einer Verordnung wegen *exekutivischer* Beitreibung der direkten und indirekten Steuern und anderer öffentlichen Abgaben und Gefälle in der Rheinprovinz; *Benennung der Gefälle, die in administrativen Exekutionen beizutreiben sind sowie Modalitäten und Sperrzeiten dafür. Die Intervention Müfflings, daß Gesetzentwürfe nicht vor ihrer Begutachtung durch den Staatsrat bereits bei den Provinzialständen vorgelegt werden sollten, wird abgewiesen; vielmehr ist das Staatsministerium bei diesem Entwurf für das Vorlegen* noch auf dem diesjährigen Landtag. [B] — **2.** Entwurf² eines den rheinischen Provinzialständen vorzulegenden *Weinsteuer-Gesetzes; ebenfalls* Vorlage bei dem rheinischen Landtag unter Abstandnahme von der vorgängigen Beratung im Staatsrat. [B] — **3. Grundsteuer-Kataster.** Entwurf³ zum *Propositionsdekret* für den rheinischen Provinzial-Landtag zur Vorlage einer Verordnung wegen periodischer Revision des Grundsteuerkatasters *in beiden westlichen* Provinzen. [B] — **4. Deutscher Bund.** *Benennung von Dr. Eichhorn als preußischen Spruchmann für das Bundesschiedsgericht; Publikation⁴ des Bundesbeschlusses vom 15.9.1842 über die Bildung einer richterlichen Instanz für Beschwerdesachen der mittelbar gewordenen vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen.* [B] — **5. Katholische Kirche.** *Eine Ausdehnung der Verordnung wegen Verteilung der Einkünfte erledigter katholischer Kuratstellen auf die linksrheinischen Teile der Bistümer Münster, Köln und Trier wird abgelehnt; Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf.⁵* [B]

¹ *Der Entwurf (Druck) sowie die Immediatberichte v. 30.4./2.5.1843 in: Rep. 90, Nr. 1476, n.f. Ein Schreiben Arnims v. 17.4.1843 zur Begründung der Notwendigkeit einer solchen VO in: Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 69–72v sowie Bl. 88–89 ein Promemoria Voswinckels zum Entwurf v. 22.4.1843. Der Entwurf mit Erläuterungen auch in: Rep. 84a (M), Nr. 7691, Bl. 50–176 sowie in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 2, n.f.*

² *Rep. 90, Nr. 1521, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 30.4.1843 und Entwürfe zum Propositionsdekret an den Rheinischen Provinzial-Landtag. Der Gesetzentwurf nach dem Gutachten des 7. Rheinischen Provinzial-Landtages, gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages, S. 436–439.*

³ *Der Entwurf in: Rep. 90, Tit. XL Abgaben (Westfalen, Niederrhein) Nr. 1 Bd. 3, Bl. 15–15v. Dort auch Bl. 10 ein Entwurf für den Provinzial-Landtag von Westfalen sowie Bl. 14–14v der Immediatbericht v. 30.4.1843. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 2, n.f. Der abgeänderte Gesetzentwurf, wie er den Ständen vorgelegt wurde, gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages, S. 374–377. Vgl. VO für die beiden westlichen Provinzen v. 14.10.1844, GS, S. 596.*

⁴ *Das Publikationspatent v. 7.6.1843, welches auch den erwähnten Bundesbeschluß v. 30.10.1834 mit abdruckte, GS, S. 269. Zur Auswahl eines zweiten Spruchmannes vgl. Rep. 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 118–124.*

⁵ *Der Entwurf von 1843 in: Rep. 84a (M), Nr. 7392, Bl. 51–54v sowie in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XXI Gen. Nr. 2 Bd. 2, n.f. Das Votum Eichhorns v. 14.4.1843 in: Rep. 84, II 2 K Nr. 11, Bl. 97–104v. Vgl. VO für das Bistum Paderborn und die rechtsrheinischen Teile des Erzbistums Köln und der Bistümer Münster und Trier v. 3.7.1843, GS, S. 289.*

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1843.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur¹, Bd. 46, Bl. 1–8v [Prot. 19a], Anlage: Bl. 9–58v; MF 269/270. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling, Voswinckel.

Diebstahl. Beginn der Beratung über die gedruckte Zusammenstellung² der Gutachten der Provinzialstände und Landtagskommissarien über den Gesetzentwurf³ zum Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten: Spezialdiskussion zu den verschiedenen Strafbestimmungen für Holzdiebstahl, u.a. zum Wertersatz, zur Beitreibung der Geldbußen sowie zur Strafarbeit.

¹ *Boyen setzte unter das Protokoll den Zusatz, daß der von ihm zur Sprache gebrachte Gegenstand wegen des zum Forstschutz kommandierten Militärs nicht aufgenommen ist und er deshalb um Ergänzung des Gesetzentwurfs bittet, daß in Hinsicht des Waffengebrauchs der zum Forstschutz kommandierten aktiven Militärs es bei den Bestimmungen des Gesetzes vom 20.3.1836 bleiben soll, Bl. 8v.*

² *Als Anlage dem Protokoll beigelegt. Diese Zusammenstellung v. 24.6.1842 hatte Savigny erarbeitet und war zu einzelnen Paragraphen von Ph. Ladenberg ergänzt worden.*

³ *Der Gesetzentwurf (Druck) in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.*

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Mai 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 59–68v [Prot. 20a]; MF 270. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Savigny, Bülow, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling, Voswinckel.

Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf zum Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten. Spezialdiskussion u.a. zum Verfahren bei Holzdiebstählen in Gemeinde- und Privatholzungen, zu spezifischen Bestimmungen für den Bezirk des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln, zur gegenseitigen Beaufsichtigung der Reviere sowie zu Modalitäten für die Haussuchung.

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 69–76v [Prot. 21a]; MF 270. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Savigny, Bülow, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling, Voswinckel.

Abschluß der Beratung über den Gesetzentwurf zum Diebstahl von Holz und anderen Waldprodukten: Spezialdiskussion u.a. zum Bedürfnis nach einer Vergrößerung der Zahl von vereidigten Forstschutzbeamten, zur Verwendung der Korpsjäger im Kommunal- oder Privatdienst, zur unfreiwilligen Dienstentlassung der unteren königlichen Forstbeamten, zur Bestrafung im Wiederholungsfall und zur Bestrafung im forstgerichtlichen Untersuchungsverfahren. [B]

Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1843.

Vollz. Reinschriften¹, Bd. 46, Bl. 77–113v [Teilprot. 22a–c], Anlage: Bl. 84–110v; MF 270/271. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend²: Mühler [V, U], G. v. Rochow [zu 2–3], Alvensleben [2–3 U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [2–3 U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling [zu 2], A. v. Pommer-Esche [zu 3], Voswinckel [zu 2].

1. Standesherrn. Ernennung v. Duesbergs zum Kommissarius zur Führung der Unterhandlungen [...] wegen Regulierung des Rechtsverhältnisses des fürstlichen Hauses Bentheim.³ [B] — **2. Jagdwesen.** Gedruckte Zusammenstellung⁴ der Gutachten der Provinzialstände und Landtagskommissarien über den Gesetzentwurf wegen der Jagdvergehen; *Spezialdiskussion über Vorschriften zum Durchwandern fremder Jagdreviere, über das Verbot der Jagdausübung in den angrenzenden Gärten sowie über verschiedene Strafsätze.* [B] — **3. Beschränkte Befugnis des Staatsministeriums zur Bestimmung der Fahrpreise der Eisenbahn-Gesellschaften am Beispiel der Berlin-Potsdamer Eisenbahn-Gesellschaft.**⁵ [B]

¹ *Teilprot. 22b wurde am 11.6.1843 mit dem vorangestellten Vermerk Savignys versehen: Als Konzept zu mundieren und mit Bezug auf den Schluß des Protokolls v. 6.6.1843 Geheimen Journal des Staatsministeriums zu befördern, vgl. Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.*

² *TOP 1: Eichhorn [U].*

³ *Die Eingabe des Erbprinzen v. 26.4.1843 in: Rep. 90, Nr. 71, n.f. Dort auch der Vorschlag Arnims v. 20.5.1843, Duesberg zu ernennen.*

⁴ *Anlage. Die Zusammenstellung hatte Savigny unter dem Datum des 30.6.1842 erarbeitet und Ph. Ladenberg teilweise ergänzt. Die Zusammenstellung wie auch der Gesetzentwurf (Drucke) in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.*

⁵ *Dazu ein Promemoria v. 17.5.1843 sowie der Immediatbericht von Mühler und Bodelschwingh v. 27.5.1843, in: Rep. 90a, K III 3 Nr. 8 Bd. 1, n.f. Dort die KO v. 7.6.1843, mit der die Fahrpreiserhöhung in die Verantwortung des Finanzministers gelegt wurde.*

Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Mai 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 114–129 [Prot. 23a]; MF 271/272. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 247–265.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter, Bode, v. Duesberg, Göschel, Philipsborn.

Zensurgesetzgebung. *Im Zuge der Revision der geltenden Vorschriften nunmehr Beratung des Gesetzentwurfs¹ über die Beaufsichtigung des Drucks und Debits literarischer Erzeugnisse. Zuvor Grundsatzdiskussion darüber, ob überhaupt der Erlaß neuer gesetzlicher Bestimmungen über die Zensur und Presse erforderlich ist. Vereinfachungen und Erleichterungen sowie auch Vertrauen zur Zensurgesetzgebung und Verwaltung sind wünschenswert, jedoch sollten die in dem vorgelegten Entwurf enthaltene Verschärfung der jetzigen Verfassung und Vorschriften sowie die zu erwartende vielfache Mißbilligung vermieden werden. Deshalb wird der umfangreiche Entwurf verworfen.* Um den Zensoren, der Zensur-Verwaltung und dem Ober-Zensur-Gericht die lediglich nötigen Anhaltspunkte zu gewähren, wird hingegen der vom Minister des Innern vorgelegte kurze Gesetzentwurf für angemessen und zweckentsprechend erachtet. *Spezialdiskussion dazu, u.a. zur Erteilung oder Versagung der Druckerlaubnis, ohne daß der Geist polizeilicher Kleinlichkeit vorherrscht; zur Zensur militärischer Schriften; zu Modalitäten und Folgen der Debitverbote sowie zur Gewährung von gesetzlichen Anhaltspunkten für den Innenminister bei Überwachung des Zeitungswesens.* [B]

¹ Der Entwurf v. 20.4.1843 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 200–234, dies auch mit dem Immediatbericht vom Juni 1843 in: Rep. 77, Tit. 1 Nr. 40 Bd. 2, Bl. 1–323v; der Entwurf mit starken Überarbeitungen in: Rep. 76, I Sekt. 22 Nr. 2 Bd. 5, n.f. Der Arnimsche Gesetzentwurf in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 242–245v. Vgl. die daraus hervorgegangene, die Presse und Zensur ergänzende VO v. 30.6.1843, GS, S. 257.

Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juni 1843.

Vollz. Reinschriften¹, Bd. 46, Bl. 130–139 [Teilprot. 24a–b]; MF 272. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend²: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Alvensleben [U], Eichhorn [zu 2; U], Savigny [U], Bülow [zu 1; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v.u.z. Mühlen [zu 2], Nobiling, Thoma, Voswinckel [alle zu 1].

1. Abschluß der Beratung über den Gesetzentwurf wegen der Jagdvergehen: *Spezialdiskussion u.a. zur Unterscheidung zwischen dem gewerbmäßig betriebenen und dem einfachen Wildddiebstahl und dessen Bestrafung sowie zur amtlichen Untersuchung von Jagdkontraventionen.* [B] — 2. Die Immediateingabe³ des Grafen zu Stolberg-Stolberg wegen der bei der Justiz-Kanzlei zu Stolberg in Anwendung zu bringenden Gebühren-Taxe wird abgelehnt. [B]

¹ Teilprot. 24a wurde am 11.6.1843 mit dem vorangestellten Vermerk Savignys, als Konzept zu mundieren und mit Bezug auf den Schluß des Protokolls vom 6.6.1843 Geheimes Journal des Staatsministeriums zu befördern, versehen, vgl. Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f. (Abschr.). In einem weiteren Schreiben an Boyen teilte Savigny am 13.7.1843 mit, daß ein entsprechender Zusatz inzwischen in die Gesetzentwürfe aufgenommen worden war, vgl. ebd. Dort weiterhin einige Voten, Auszüge aus den Gutachten der Rheinischen Provinzialstände zu beiden Gesetzentwürfen und ein Schreiben des Oberpräsidenten Schaper an Savigny v. 24.6.1843.

² TOP 1: Stolberg-Wernigerode [U].

³ Die Eingabe v. 24.8.1842 ist nicht bei den Akten. Aber dort abschriftlich eine ältere Eingabe v. 6.6.1836 von ähnlicher Problematik und als Anlage zum Votum des Justizministers Mühler v. 25.11.1842, vgl. Rep. 90, Nr. 88, n.f. Dort die Voten, der Immediatbericht v. 13.7.1843 sowie der abschlägige Bescheid, die Gebühren nicht nach der Taxe für die Stadt- und Landgerichte in größeren Städten zu liquidieren, v. 20.7.1843. Vgl. auch Rep. 84a (M), Nr. 765, Bl. 132.

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 140–155 [Teilprot. 25a–e]; MF 272.

*Anwesend*¹: Boyen [V, U], Mühlner [U], G. v. Rochow [zu 1, 3–5], Eichhorn [zu 1–2, 4–5; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 1, 3–5; U]. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister, Costenoble [beide zu 3], Jähnigen [zu 1, 3, 5], v.u.z. Mühlner [zu 2 und 4], Schröner [zu 1].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Gerichtsverfassung.** Entwurf² einer Verordnung über die Kompetenz der Spruchbehörden in Injurien-, fiskalischen und Untersuchungssachen *infolge des neuen Strafgesetzbuches vertagt*. — **3. Disziplinarsache.** [B] — **4. Justizbeamte.** *Verfahrensweise zur Beförderung der Oberlandesgerichts-Assessoren zu Obergerichts-Räten; Beibehaltung des Anciennitäts-Prinzips; keine Veröffentlichung.*³ [B] — **5. Justizbeamte.** Entwurf⁴ einer Verordnung zur Handhabung der Disziplin über Advokaten und Anwälte im Bezirke des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln: *Spezialdiskussion u.a. über die sitzungspolizeiliche Disziplinargewalt der Gerichte; über die Kompetenz des Disziplinarrats und dessen Zusammensetzung sowie zu Strafmaßen.* [B]

¹ TOP 2: Prinz von Preußen [U].

² Rep. 90a, XI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f.; ebd. ein Bericht Mühlners und Savignys v. 13.8.1842 zur Notwendigkeit dieser VO und Voten. Weitere Voten auch in: Rep. 89, Nr. 17721, Bl. 110–113v. Gleiches sowie Voten, Denkschriften und eine Zusammenstellung der Bemerkungen zum Entwurf von Mühlner v. 8.5.1843, in: Rep. 84a (D), Nr. 7765, Bl. 11–149v.

³ Der Votenwechsel in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 34, Bl. 1–75v. Eine KO dazu v. 31.3.1843 in: Rep. 84, II 2 T Nr. 2, Bl. 226. Vgl. Sitzung am 31.10.1843, TOP 3.

⁴ Der Entwurf, Savignys Votum sowie die KO v. 24.11.1843, in: Rep. 84, II 2 R Nr. 9, Bl. 49–57, 59–60 und 83. Vgl. die erlassene VO v. 7.6.1844, GS, S. 175.

Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juni 1843.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 46, Bl. 156–168 [Teilprot. 26a–c]; MF 272/273.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühlner [U], G. v. Rochow, Nagler [U], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [2–3 U], Bodelschwingh [U], Arnim [1 und 3 U]. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Adlung [zu 2], J. F. v. Pommer-Esche [zu 3].

1. Presserecht. Arnims Nachtrag² zum unterm 30. Mai beratenen Pressegesetz: *eine Veröffentlichung [...] über Gang und Inhalt der provinzialständischen Beratungen soll nur durch die offiziellen Landtagsberichte oder durch die Regierung selbst erfolgen.* [B] — **2. Münzen.** *Gesetz-*

¹ Ein Zusatz, vermutlich von Rother zu TOP 2 über Sonderregelungen für Kirchen, damit diese ihre, oftmals nur aus Kleinmünzen bestehenden Gelder so einzahlen können, Bl. 161v.

² Der Nachtrag, enthalten in einem gemeinsamen Votum (mit Anlagen) Arnims, Bülow's und Eichhorn's, v. 17.6.1843 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, Bl. 2–8v. Mehrere Entwürfe auch in: Rep. 77, Tit. 1 Nr. 40 Bd. 3, Bl. 452–669 sowie alle die Sitzung vorbereitenden Materialien, in: Ebd., Nr. 40 Adhib. Ein Immediatbericht v. 25.6.1843 zu beiden Beratungen mit dem hiernach überarbeiteten Gesetzentwurf in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 3, Bl. 266–289v; weitere Berichte zur Handhabung der Zensur über die Presse v. 31.7. und 23.8.1843, in: Ebd. Bd. 4, Bl. 36–63v und 67–73v. Vgl. auch VO v. 30.6.1843, GS, S. 257.

entwurf³ zur Ausgabe von 2 ¹/₂ Sgr. Scheidemünz-Stücke: Benennung der Summe, in welchem Betrag bisher Silbergroschen und halbe Silbergroschen im Umlauf sind; größere Ausdehnung für die neuen Scheidemünze; Präklusivtermin zur Einziehung der alten Münzen noch offen. [B] —
3. Gewerbescheine. Beschränkung des Verkehrs der zum Zweck des Suchens von Warenbestellungen und des Aufkaufs von Gegenständen zum Wiederverkauf umherziehenden Personen: Das Suchen von Warenbestellungen bei Konsumenten – mit Ausnahme des Weinhandels – sowie das Mitführen von Waren sind ausdrücklich zu untersagen; Bestimmungen zum Inhalt des Gewerbescheins, zu Strafvorschriften sowie zur Herausrückung der Altersgrenze.⁴ [B]

³ Dazu ein Promemoria von Thile v. 10.6.1843 in: Rep. 90a, E IV 1 Nr. 1 Bd. 1, n.f., dort auch Voten und der überarbeitete Entwurf. Ein diesbezügliches Schreiben des Staatsministeriums vom 26. Juni mit einem abschriftlichen Vermerk des Königs vom 28. Juni, in: Rep. 89, Nr. 27019, n.f. Vgl. auch VO v. 28.6.1843, GS, S. 255.

⁴ Der Immediatbericht v. 22.10.1843 in: Rep. 89, Nr. 28090, Bl. 27–30v. Vgl. die dazu ergangene KO v. 8.12.1843, GS, 1844, S. 15 sowie die Zirkular-Verfügung des Finanz- und des Innenministeriums an sämtliche Regierungen sowie an das Polizei-Präsidium und das Gewerbe-Steueramt betr. das Suchen von Warenbestellungen und den Warenaufkauf v. 22.12.1843, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1844, S. 19 f.

Nr. 185 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 27. Juni 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 213–221v; MF-Suppl. 11/12.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Westfälischer Landtags-Abschied. Anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften¹ Bescheidung der Stände zu ihren Petitionen über Angelegenheiten des Militärs, über Einzelheiten der Justizverwaltung und Gerichtsverfassung sowie über verschiedene schulische und kirchliche Angelegenheiten. Spezialdiskussion zu einer Petition², die eine gleichwertige Vertretung der verschiedenen Konfessionen im Provinzial-Schul-Kollegium zu Münster mittels der Bearbeitung der katholischen Gymnasial-Angelegenheiten und der Inspektion der katholischen Gymnasien durch ein katholisches Mitglied anregt. Die Stände sind daraufhin zurechtzuweisen, da eine Einwirkung durch sie auf die Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden unstatthaft ist. Die Mehrheit erkennt in dieser Petition das Streben [...], die Verwaltung der Schulen der weltlichen Regierung ganz zu entziehen und ausschließlich der bischöflichen Gewalt zu unterwerfen. [B]

¹ Alle ständischen Gutachten und Petitionen gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen, Münster 1844, S. 21–202. Sämtliche Bescheids-Entwürfe jeweils als Beilagen der Beratungsprotokolle vom 27.6., 1. und 4.7. im Anschluß des Protokolls v. 4.7.1843, in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2.

² Die Petition v. 8.4.1843 gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen, S. 135.

Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 169–175v [Prot. 27a]; MF 273.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Metzner.

Post. Beratung der durch Nagler vorgeschlagenen vorläufigen Ermäßigung der Briefporto-Taxe. Eine Angleichung an entsprechende Regelungen anderer Staaten Europas erscheint als notwendig. Eine Portosenkung ist lediglich für die für weite Entfernungen bestimmte Korrespondenz [...] bei einem Maximum von 6 Sgr. vorgesehen. Als Termin der Einführung wird 1.1.1844 vorgeschlagen. [B]

Nr. 187 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 1. Juli 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 222–239; MF-Suppl. 12.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Nagler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Westfälischer Landtag-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 27. Juni. Fortsetzung der Beratung über 24 weitere Denkschriften¹ des Landtags, u.a. zu verschiedenen Leistungen im Wege- und Straßen- bzw. Schiffahrtswesen, wie z.B. die Schneeberäumung von den Kunststraßen; zur Beförderung verschiedener Gewerke sowie des Bergbaus; zum Ausbau des Straßennetzes; zur Verbesserung der Lage der Spinner und Weber. Grundsatzdiskussion zu der erfolgten Sonderung des Landtags in Teile über den Antrag² eines Abgeordneten der Landgemeinden wegen Abänderung der Ständischen Verfassung, der wegen fehlender Unterstützung auf dem Landtag nicht zur Petition erhoben worden war, und darüber, ob in solchen Fällen überhaupt [...] die Itio in partes nachgelassen werden könne: Arnim ist, wie bereits in der Sitzung³ der Stände-Kommission vom 26. Juni dafür, daß diese als Ausnahme von der Regel dann gestattet werden kann, wenn der betreffende Stand bei dem Antragsgegenstand allein und ausschließlich interessiert ist. Alvensleben hingegen ist gemäß der ständischen Gesetzgebung der Ansicht, daß die Sonderung in Teile bei fehlender Unterstützung für eine Petition [...] als ganz ausgeschlossen anzusehen ist. Einigkeit besteht darüber, daß die Zulassung der Itio in partes [...] lediglich als ein Gnadenakt zu verstehen

¹ Alle gedr. in: *Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen*, S. 21–202.

² *Der Antrag des Abgeordneten Bracht auf Erhöhung der Stimmenzahl des Standes der Landgemeinden, auf Wegfall der bisherigen Bedingung zur Wählbarkeit in diesem Stand, ein Gut als Hauptgewerbe selbst zu bewirtschaften, sowie auf Herabsetzung des Wahlzensus in den Landgemeinden von bisher 25 Talern Prinzipal-Grundsteuer auf 15 Taler*, ebd., S. 168–170. Dort auch die Adresse des Landtages mit den Gutachten aller vier Stände zu dem Bracht'schen Antrag, S. 162–168.

³ Ein Protokoll unter diesem Datum ließ sich nicht ermitteln. Vgl. den Schriftverkehr des Ministeriums des Innern mit Oberpräsident v. Vincke vom August 1843, in: *Rep. 77, Tit. 522a Nr. 22 Bd. 2, Bl. 186–189v*.

ist, den der König kraft seiner Machtvollkommenheit erteilen kann. Die Bescheidung der einzelnen materiellen Anträge des Standes der Landgemeinden wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Auf Anraten v. Vinckes soll eine beruhigende Eröffnung an den Landtags-Marschall, Graf von Landsberg-Velen, erfolgen. [B]

Nr. 188 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 4. Juli 1843.

Begl. Abschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 240–252v; MF-Suppl. 12.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Vincke.

Westfälischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 1. Juli; Fortsetzung der dort abgebrochenen Beratung zu dem von dem Stande der Landgemeinden gestellten Antrage wegen Abänderung der Vorschriften über dessen Vertretung [...] auf den Landtagen: Gemäß den Beschlüssen¹ der Ständischen Kommission vom 26. Juni werden die Anträge auf Erhöhung der Zahl der Landtags-Abgeordneten dieses Standes sowie auf Wegfall der Bedingung zur Wählbarkeit in diesem Stand, nämlich der Selbstbewirtschaftung eines eigenen Grundbesitzes als Hauptgewerbe, abgelehnt. Für die drei Kreise Wittgenstein, Brilon und Siegen wird als Ausnahme die beantragte Herabsetzung des Wahlzensus im vierten Stande von 25 Thlr. auf 15 Thlr. bei jedesmaliger Einzelfallprüfung befürwortet, obwohl sich der Oberpräsident von Vincke für die unbedingte Herabsetzung des Wahlzensus in den genannten drei Kreisen ausspricht. [B] Anhand weiterer 25 Denkschriften Bescheidung der Stände, u.a. zu einzelnen ständischen Rechten, zu Öffentlichkeit, Kompetenz sowie Tagungsterminen und -stätten der künftigen Provinzial-Landtage; zu die Provinz Westfalen speziell betreffenden Gesetzesinitiativen vor allem in ländlichen und Verwaltungsangelegenheiten. [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 1.7.1843, Anm. 3.*

Nr. 189 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 12. Juli 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 2, Bl. 97–115; MF-Suppl. 12/13.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Thile, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: v. Beurmann.

Posenscher Landtags-Abschied. Zuvor Genehmigung des Sitzungsprotokolls¹ vom 5. Juli. Beratung über 36 Denkschriften² des Posenschen Landtags: So u.a. über das Schulwesen, wegen Errichtung einer Universität im Großherzogtum Posen sowie wegen Einrichtung eines neuen katholischen Schullehrer-Seminars in Krotoschin, wo auch evangelische Schulamts-Kandidaten ausgebildet werden könnten. Auch wenn dies abgelehnt werden muß, ist der hier von den Ständen gezeigte Geist der Einigkeit wohlgefällig anzuerkennen. Weiter zu verschiedenen Bereichen der Gesetzgebung; wegen Öffentlichkeit der Beratungen der Stadtverordneten, der Kreis- und Landtage, was für alle drei Gremien zurückzuweisen ist; wegen Beschränkung des geforderten 10-jährigen Grundbesitzes für die Wahlen der städtischen Landtags-Abgeordneten auf eine 3-jährige Besitzzeit; zur stärkeren Einbeziehung der polnischen Sprache in das Schul- und Verwaltungswesen; wegen Regulierung der Beiträge für die Provinzial-Feuer-Sozietät sowie wegen Ablösung der Jagdgerechtigkeiten, wobei beide Angelegenheiten auf dem Landtag nicht mit der erforderlichen Majorität³, um zur Petition erhoben zu werden, unterstützt worden sind und den Ständen die Unzulässigkeit der Itio in partes mitgeteilt werden soll. [B]

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Sämtliche Denkschriften gedr. in: *Der sechste Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1843, Posen 1844, S. 35–159. Beilagen zum Protokoll mit Beschlüssen für den Landtags-Abschied, Bescheids- bzw. Gesetzentwürfe, in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 2, Bl. 117–152v.*

³ Die Verabschiedung einer Petition erforderte eine Zweidrittelmehrheit.

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 5. September 1843.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur, Bd. 46, Bl. 176–203v [Teilprot. 28a–f]; MF 273.

Anwesend [U]¹: Boyen [V], Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [a–b] [?]; [c] [Baumeister].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3; U], v. Duesberg [zu 1–5], Günther [zu 1–3; 3 U], Kühne [zu 6], Lehnert [zu 2], Löwenberg [zu 1], v. Minutoli [zu 5], Reichenau [zu 4].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 3. Disziplinarsache. [B] — 4. Standesherrn. *Nach Kontroverse werden die neuerlichen Ansprüche des Fürsten zu Wied, ihm die Forststrafen aus Kommunal-Instituten und Privatwäldungen seines Standesgebietes, die er bis zum Jahre 1821 und resp. 1839 bezogen, wieder zu überweisen, oder ihn für den Verlust zu entschädigen, abgelehnt.² [B] — 5. Baupolizei. Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf³ wegen Einführung gleicher feuer- und baupolizeilicher Bestimmungen für ländliche, in unmittelbarer Nähe von städtischen Gebäuden belegene Grundstücke sowie deren Beaufsichtigung durch die städtische Behörde; unterschiedliche Rechtslage in den einzelnen Provinzen. Das dringendste Bedürfnis hat die Provinz Sachsen. Vorlegung des Entwurfs auf den nächsten Provinzial-Landtagen. [B] — 6. Beamte. Grundsätze zur Verleihung der Titel Amtmann, Oberamtman, Amts- und Domänenrat.⁴ [B]*

¹ TOP 6: Mühler [U].

² Die Voten seit 1841, der im Protokoll auf Bl. 179v erwähnte gutachterliche Bericht der Regierung in Koblenz von 1822, der Immediatbericht v. 22.10.1843 und der abschlägige Bescheid des Königs an den Fürsten zu Wied v. 1.12.1843, in: Rep. 90, Nr. 53, Bl. 135–182v. Vgl. auch Rep. 84, II 2 W Nr. 27, Bl. 12–27 sowie zur Rechtsstellung des Fürsten zu Wied im Vormärz allgemein Schier, *Standesherrn*, S. 20–73.

³ Im fortlaufenden Protokolltext auf Bl. 189v–190v enthalten. Vgl. VO v. 17.7.1846, GS, S. 399.

⁴ Dazu Voten vom Frühjahr/Sommer 1843, der Immediatbericht v. 9.11.1843 sowie die KO v. 15.12.1843 mit den demnächst geltenden Kriterien, in: Rep. 90, Nr. 2004, n.f.

Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 204–216 [Teilprot. 29a–e]; MF 273/274.

Anwesend [U]: Mühler [V], Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 1], Löwenberg [zu 1–3], Mathis [zu 5], v. Obstfelder [zu 4], Schröner [zu 2].

1.–2. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Ausarbeitung eines Befehls¹ durch Mühler wegen gleichzeitiger Amtsentsetzung von Beamten, die zu Zuchthausstrafen oder Festungsarbeit verurteilt wurden.* [B] — **4.** *Wiederaufnahme² der Beratung zur Ausschließung der Diffamationsklage gegen den Fiskus wegen dessen exekutivischen Maßregeln. Das Prinzip der Unzulässigkeit der Diffamationsklage gegen den Besitzer ist durchgesetzt; deshalb kann die Frage über die Unstatthaftigkeit der Klage in jenen Fällen der allgemeinen Revision der Gesetze vorbehalten bleiben.* [B] — **5.** *Standesherrn. Die Feststellung der Gerechtsame [...] des Grafen von Landsberg-Velen [...] als Besitzer der Standesherrschaft Gehmen wird abgelehnt.* [B]

¹ *Dieser als Anlage zum Immediatbericht v. 20.10.1843 in: Rep. 90, Nr. 642, n.f. Ein Votum Savignys v. 21.12.1842 in: Rep. 84, II 2 F Nr. 3 Bd. 1, Bl. 79–79v. Vgl. auch KO zur Bestimmung, daß gegen Beamte, welche zur Zuchthausstrafe oder Festungsarbeit verurteilt wurden, ausnahmslos zugleich auf Kassation anerkannt werden soll v. 5.11.1843, GS, S. 338.*

² *Der Immediatbericht v. 31.10.1843 sowie der Entwurf einer Verordnung zur Ausschließung der Diffamationsklage gegen die exekutivischen Maßregeln der Verwaltungs-Behörden, in: Rep. 89, Nr. 17840, n.f.*

Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 217–223v [Teilprot. 30a–f]; MF 274. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Thile, Savigny, Bülow [zu 1–4], Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [a–b] Scholz [U]; [c] [v. Duesberg]; [d–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 1], G. v. Möller [zu 5–6], Scholz [zu 1–2, 4; U], Schröner [zu 2 und 4; U].

1. *Disziplinarsache.* [B] — **2.** *Gehaltssache.* [B] — **3.** *Standesherrn. Vortrag¹ v. Duesbergs über die bei den Verhandlungen wegen der standesherrlichen Rechtsverhältnisse der Grafschaft Steinfurt zur Sprache gekommenen Präjudizialfragen zur Übertragung der unterherrlichen Gerechtsame des fürstlich Bentheim-Steinfurtschen Hauses [...] auf einige Ortschaften sowie über die Entschädigung des fürstlichen Hauses für verlorene Einnahmen; teilweise Zubilligung auf Entschädigung aus aufgehobenen [...] Rechten.* [B] — **4.** *Disziplinarsache.* [B] — **5.** *Neuerliche Erwägung eines Verbots des Spielens an der Bank zu Köthen für preußische Untertanen sowie einer Verhängung einer Disziplinarstrafe gegen dort spielende Beamte.²* [B] — **6.** *Antrag³ der Stände der Provinz*

¹ *Der Vortrag fußt auf einen schriftlichen Bericht Duesbergs v. 6.9.1843 in: Rep. 90, Nr. 71, n.f. sowie in: Rep. 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 128–131v.*

² *Vgl. VO v. 22.12.1843, betr. die Bestrafung des Spielens an der Spielbank zu Köthen, GS, 1844, S. 16.*

Preußen *auf* Festsetzung eines Normaljahres zum Schutze gegen fiskalische Ansprüche für die Stadt Danzig: *Einigung auf 1797* als Normaljahr für Danzig, Thorn und die mit der Provinz Preußen jetzt vereinigten vormals Süd- und Neustpreußischen Landesteile. [B]

³ Die KO v. 10.10.1842, Voten, Immediatberichte sowie Entwürfe für eine VO wegen Festsetzung des Jahres 1797 als Normaljahr für die genannten Gebiete, in: Rep. 84a (D), Nr. 9561, Bl. 98–126v. Die VO v. 24.11.1843, GS, 1844, S. 12.

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 26. September 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 224–240v [Teilprot. 31a–g]; MF 274.

Anwesend [U¹]: Boyen [V], Mühler, Alvensleben, Savigny, Bülow [zu 1, 3–4, 6–7], Bodelschwingh. — Prot.: [a–b] [?]; [c–d] [Scholz]; [e–g] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1 und 4], RegAss. Eichhorn [zu 7], v. Könen [zu 5], Lehnert [zu 1], H. v. Mühler [zu 2], Reichenau [zu 4], Scholz [zu 3–4; U], Schröner [zu 1 und 3], Zettwach [zu 6].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Erneute Beratung zum Kompetenzkonflikt** in Oppositionssachen des Louis Vopelius und Genossen zu Duttweiler; *wiederum Mehrheit für den, auch im Gesetzentwurf² [...] wegen exekutivischer Beitreibung der Steuern und andern öffentlichen Abgaben in der Rheinprovinz [...] ohne Widerspruch aufgenommenen Grundsatz der Nichtzulässigkeit eines gerichtlichen Verfahrens wegen angeblicher Formmängel einer administrativen Exekution.* [B] — **3. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **4. Gehaltssache.** [B] — **5. Exekutions-Ordnungen. Modifikationen³ des letzten Rheinischen Landtags zum Gesetzentwurf** wegen exekutivischer Beitreibung der direkten und indirekten Steuern und anderen öffentlichen Abgaben und Gefälle in der Rheinprovinz. [B] — **6. Entwurf⁴ einer Verordnung** wegen Aufhebung des Preußischen Landrechts von 1721. *Dessen Eigenschaft als Provinzial-Recht soll dabei nicht mehr als notwendig hervorgehoben werden. Bestimmungen, die noch ferner in gesetzlicher Kraft verbleiben sollen, daß z.B. der Fischfang in öffentlichen Gewässern sowie die Inseln in öffentlichen Flüssen kein Vorbehalt des Staats sind. Dazu Bedenken Boyens wegen derjenigen Inseln, welche im Bereich einer Festung liegen.⁵ Aussetzung des Immediatberichts bis nach dem Landtags-Abschied.* — **7. Eisenbahnaktien.** Gesetzentwurf⁶ wegen Annahme der unter Zinsgarantie des Staats zu

¹ TOP 2: Eichhorn [U].

² Der Entwurf, wahrscheinlich vom Frühjahr 1843, in: Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 73–87v. Die KO v. 30.5.1843, betr. die Klärung der Meinungsverschiedenheiten, ein Gutachten des Oberpräsidenten Schaper vom 3. August sowie Änderungsvorschläge, in: Rep. 84a (M), Nr. 7691, Bl. 180–190. Die Adresse der Stände in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages 1843, S. 19. Der Immediatbericht v. 10. November und die KO v. 5.12.1843, die eine rückwirkende Bescheidung auf den Rechtsstreit des Vopelius (vgl. auch Sitzung am 7.3.1843, TOP 4) allerdings ausschloß, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 10, Bl. 193–196.

³ Voten, ein Gutachten des Oberpräsidenten Schaper vom 3. August zu den Modifikationen des Rheinischen Provinzial-Landtages sowie der Immediatbericht v. 10.11.1843, in: Rep. 90, Nr. 1476, n.f. Vgl. VO v. 24.11.1843, GS, S. 351.

⁴ Mehrere Fassungen in: Rep. 84, II 5 P Nr. 4 Bd. 5, n.f.; als Druck in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1, Bl. 45–59v. Ebd., Bl. 65 beschloß das Staatsministerium lt. einem Votum Savignys v. 21.11.1843 in der heutigen Sitzung des hohen Staats-Ministerii – zu diesem Datum war nur eine gemeinsame Sitzung mit der ständischen Immediat-Kommission nachweisbar, die sich aber nicht diesem Thema widmete – einen Immediatbericht, der dann am 24.11. abgesandt worden war, dieser Bl. 66–67v. Daraufhin erging am 27.11.1843 eine KO zur Bildung einer Kommission, welche anstelle des Plenums des Staatsrats die Beratung des Westpreußischen Provinzialrechts vornehmen sollte, Bl. 68. Vgl. Sitzung am 12.12.1843, TOP 1.

⁵ Vgl. dazu die geltenden Bestimmungen lt. Regulativ zum Festungsbau v. 10.9.1828, GS, S. 120.

⁶ Vgl. KO v. 22.12.1843, GS, 1844, S. 45.

emittierenden Eisenbahnaktien oder Obligationen als depositalmäßige Sicherheit; *Fortdauern der vom Staat zu übernehmenden Zinsgarantie bis zur Rückzahlung des Kapitals; notwendige Genehmigung beim Ankauf, wenn der vom Staat garantierte Zinssatz [...] weniger als 3 ½ Prozent beträgt.* [B]

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 241–259v [Teilprot. 32a–e]; MF 274/275. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend [U]: Mühler [V], Alvensleben, Eichhorn, Thile [zu 1–2, 4], Savigny, Bülow, Bodelschwingh. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 1–2], Costenoble [zu 2], v. Duesberg, Eichmann [zu 4], Günther [zu 1], v.u.z. Mühlen [zu 3], Tschirner [zu 5].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Gerichte.** *Gesetzentwurf¹ wegen Aufhebung der geltenden Verordnung von 1823 über die streitig gewordene Auslegung von Staatsverträgen für die Arbeit der Gerichte.* [B] — **4.** *Gesetzentwurf² über die Bestrafung des Sklavenhandels in Ausführung des von Preußen mit Österreich, Großbritannien und Rußland geschlossenen Vertrages von 1841. Grundsatzdiskussion über die Beschränkung auf den Handel mit Negersklaven; über die Feststellung der Nationalität eines Schiffes sowie die Gerichtsbarkeit über das Schiff und dessen Mannschaft; über die Notwendigkeit, sich mit der Regierung von Großbritannien über Auslegung und Handhabung des Vertrages zu verständigen sowie über die zweckmäßige Kennzeichnung der Nationalität eines preußischen Schiffes. Spezialdiskussion zu den Strafsätzen für alle Beteiligten vom Rheeder bis zur Schiffsmannschaft.* [B] — **5.** *Bedenken gegen die fernerweite Verwendung der Fonds der Universität Greifswald für die landwirtschaftliche Akademie zu Eldena. Die nötigen Zuschüsse für Eldena sind nicht aus der Staatskasse zu erstatten. Eichhorn ist gegen eine förmliche Verpflichtung der Universität gegenüber der Akademie, aber Bodelschwingh für eine Verwendung der Universitätsmittel für Eldena [...], da die Landwirtschaft jetzt selbst eine Wissenschaft geworden ist. Mit besonderer Rücksicht auf die geringe Wirksamkeit der Universität Greifswald sowie auf die Nützlichkeit der Akademie zu Eldena sind die geäußerten Bedenken, aber auch die vorgeschlagene Errichtung einer zweiten Klasse zurückzuweisen.*³ [B]

¹ *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 2, Bl. 89–89v. Dort auch die KO v. 23.4.1842, der Votenwechsel sowie der Immediatbericht v. 3.11.1843 mit einem überarbeiteten Gesetzentwurf, Bl. 76–84v und 90–133v. Die VO v. 25.1.1823, GS, S. 19. Diese wurde aufgehoben mit der VO v. 24.11.1843, GS, S. 369. Vgl. dazu auch Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 107 f.*

² *Rep. 84, II 2 S Nr. 43, Bl. 2–18v; der Immediatbericht v. 21.1.1844 mit dem überarbeiteten Entwurf in: Rep. 80, I Justiz Nr. 194, Bl. 2–11. Die dt. Fassung des Vertrages v. 20.12.1841, GS, 1844, S. 371.*

³ *Die im Protokoll auf Bl. 249v–250 erwähnte Beratung zu dieser Frage am 1.2.1842 ist in der überlieferten Protokollfassung dieses Datums nicht enthalten, vgl. dazu Einleitung, S. 28. Der Immediatbericht v. 20.11.1843 in: Rep. 89, Nr. 21617, Bl. 130–137v. Dort ebenso ausführliche Nachweisungen und Berichte zur Finanzierung der Akademie seit 1840. Aufstellungen der Normal-Etats beider Einrichtungen und die darauf ergangene KO v. 18.5.1843, in: Rep. 76, Va Sekt. 7 Tit. XV Nr. 33, n.f.*

Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 260–268v [Teilprot. 33a–f]; MF 275. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

*Anwesend*¹: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–3, 5], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U]. — *Prot.*: [a] [Voswinckel]; [b–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 5], v.u.z. Mühlen [zu 3–4], H. v. Mühler [zu 6], Paalzow [zu 1–2], Scholz [zu 5], Voswinckel [zu 1–2].

1. Reklamationssache. [B] — **2. Pensionssache.** [B] — **3. Frauen. Gesetzentwurf**² wegen Aufhebung der für die weiblichen Bürgschaften in den bisherigen Gesetzen vorgeschriebenen gerichtlichen Verwarnung. *Über die Zweckmäßigkeit einer Vorlegung an die Stände soll der König entscheiden.* [B] — **4. Die Abänderung einiger Paragraphen der Kriminal-Ordnung ist nicht empfehlenswert.**³ [B] — **5. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **6. Kunstwerke.** Gesetzentwurf⁴ über eine Ausdehnung der Schutzfrist für Werke der Kunst gegen Nachbildung [...] von 10 Jahre bis auf 30 Jahre nach dem Tod des Künstlers sowie wegen Einführung der Abgabe von zwei Pflichtexemplaren [...] an königliche Institute. *Wegen Meinungsverschiedenheiten zum ersten Punkt hinsichtlich einer Annäherung sowohl an die Gesetzgebung anderer deutscher Bundesstaaten als auch an die Bundesgesetzgebung vorerst vertagt.* [B]

¹ TOP 4: Arnim [U].

² Als Teil des gedruckten Vortrags der Justizminister für das Staatsministerium in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 23, Bl. 121–141v. Ebd. die Verfügung v. 31.10.1840 sowie eine Zusammenstellung der gutachterlichen Ansichten der Gerichtshöfe. Die weitere Begutachtung in Staatsrat und Staatsministerium, die 1845 zu dem Schluß kamen, daß derzeitig kein Interesse an solch einem Gesetz besteht, was in der KO v. 9.5.1845 die königliche Billigung fand, Bl. 248.

³ Der vorherige Votenwechsel in: Rep. 90a, XVI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 132–146v; ferner Bl. 148–152v der Immediatbericht v. 10.11.1843 sowie Bl. 154 die KO v. 24.11.1844 mit dem Bescheid an Justizminister Savigny, diesen Gegenstand bei der Revision der Kriminal-Ordnung mitzubedenken.

⁴ Rep. 90a, SI Nr. 1 Bd. 2, Bl. 153, dort auch Voten und Gutachten von 1842/43, Bl. 115–142. Die weitere Beratung im Staatsrat bis zur KO v. 5.7.1844 über den Vollzug der VO, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 182, n.f. Vgl. VO v. 5.7.1844, GS, S. 261.

Nr. 196 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 269–285v [Teilprot. 34a–e]; MF 275.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 2–3], v. Duesberg, Günther [zu 2], Philipsborn [zu 1], Schröner [zu 3], Voswinckel [zu 4].

1. Festsetzung von Rang- und Titelverhältnissen bei Beamten. *Anwendbarkeit des Titels eines Hofrats nur auf die Hofstaats-Sekretäre und andere Hof-Beamte; Verleihung eines Ratsstitels „ohne Beisatz“ kann eine ungewollte Zurücksetzung bewirken; Festsetzung des Kanzlei-Rats als einheitlichen Rats-Titel für Expeditions-Registratur- und Kanzleibeamte. Besonderheiten für das Ministe-*

rium der auswärtigen Angelegenheiten bei Verleihung des Legationsrats-Titels¹. [B] — 2. Disziplinarsache. [B] — 3. Gehaltssache. [B] — 4. Konkurse. Gesetzentwurf² zum Verfahren bei eingetretener Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedern kaufmännischer Korporationen; Ausdehnung der Vorschriften über das gütliche Behandlungsverfahren; gerichtliche Bearbeitung der Konkurs-Prozesse durch Konkursgerichte; Spezialdiskussion u.a. über die Konkurs-Eröffnung, über die Rechte und Pflichten der Interims-Kuratoren sowie über die Modalitäten des Vergleichsverfahrens. Eine beschleunigte Beratung durch eine Staatsrats-Kommission ist erwünscht. [B] — 5. Rittergutsbesitz. Der Erlaß einer Verordnung über sämtliche mit dem Gutsbesitz verbundenen Rechte ist zur Zeit kein praktisches Bedürfnis. [B]

¹ Die KO v. 7.5.1842 über die Rangverhältnisse im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in: Rep. 84, II 2 T Nr. 2, Bl. 222. Eine weitere KO v. 1.12.1843 zu den Titel Hof- bzw. Kanzlei-Rat in: Rep. 89, Nr. 1548, Bl. 62.

² In mehreren Fassungen in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 180, n.f. Dort ebenso die Voten sowie der Immediatbericht v. 20.11.1843. Vgl. dazu mit Bezug auf die Sitzung: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 10, S. XIV.

Nr. 197 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 19. Oktober 1843.

Abschriften¹, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 40, Bl. 103–109; [II] Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 2, Bl. 153–154v; [III] Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 332–332v; MF-Suppl. 12/13.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: [v. Witzleben].

1. Pommerscher Landtags-Abschied. Friedrich Wilhelm IV. wünscht das Benehmen des diesjährigen Pommerschen Landtags [...] belobigend anzuerkennen, da auf diesem Landtage Nichts vorgekommen ist, was zu einer Rüge Veranlassung geben könnte. Dagegen empfiehlt Arnim, sich in Eingängen der Landtags-Abschiede jeder allgemeinen Äußerung von Lob oder Tadel zu enthalten und nur auf die ungehörigen, außerhalb der ständischen Kompetenz liegenden Anträgen einzugehen. Dem wird widersprochen, denn es entspricht der bisherigen Sitte und dem patriarchalischen Verhältnisse des Königs zu seinen Ständen, daß der König diesen gegenüber [...] offen ausspricht, ob dieselben bei ihren Beratungen und Anträgen eine seinen Wünschen entsprechende Gesinnung an den Tag gelegt und sein Vertrauen gerechtfertigt haben, wobei direkter Tadel, welcher immer leicht Mißstimmung erzeugen und eine unerwünschte Wirkung hervorbringen könnte, sich vermeiden läßt, wenn man denjenigen Landtagen, welche Lob verdient haben, Lob erteilt, gegen die anderen Landtage aber schweigt. Arnims Vorschlag unterstützend wird betont, daß es besser ist, wenn man ungehörige Anträge [...] kräftig und energisch beantwortet und die Verwirrungen einzelner Landtage recht entschieden berichtigt, die anderen Landtage hingegen nichts als ihre Pflicht getan haben. Der König will sich die weitere Erwägung und Beschlußnahme vorbehalten. — 2. Posenscher Landtags-Abschied. Verlesung des Entwurfs² und ergänzende Bemerkungen durch den König. — 3. Der Vortrag über den Westfälischen Landtags-Abschied wird bis zur Vorlage eines weiteren für eine andere Provinz vertagt.

¹ Alle drei o.g. Abschriften sind Extrakte. Vollständige Protokolle zur Beratung des Pommerschen Landtags-Abschiedes 1843 konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Verschiedene Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 25 Bd. 2, Bl. 155–202v, dort auch Bl. 117–152v die im Protokoll erwähnten Entwürfe für die Bescheide. Der Landtags-Abschied v. 30.12.1843 gedr. in: Der sechste Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1843, S. 21–34.

Nr. 198 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. Oktober 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523b Nr. 47 Bd. 2, Bl. 156–168; MF-Suppl. 13.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Meding.

Brandenburgischer Landtags-Abschied. Bescheidung anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften und Propositionen¹: Grundsätzliche Verständigung zur weiteren Bearbeitung des Märkischen Provinzialrechts, dessen Materialien erst durch den Ständischen Ausschuß zu prüfen sind, ehe sie dem nächsten Provinzial-Landtag zur Begutachtung vorgelegt werden. Entgegen der Ansicht Savignys soll den Ständen die Vorlage einer Zusammenstellung der in Beziehung auf das Provinzialrecht vorhandenen Differenzpunkte, die in den verschiedenen Behörden und beratenden Gremien existieren, in Aussicht gestellt werden.² Da voraussichtlich auch der revidierte Entwurf³ des Provinzial-Kirchen- und Schulrechts in seinen Prinzipien entschiedenen Widerspruch bei den Ständen finden wird, soll ebenfalls dem Ständischen Ausschusse lediglich eine Übersicht der zwischen den frühern Erklärungen der Ständischen Kommissarien und den Ansichten des Gouvernements bestehenden Differenzen vorgelegt werden. Weitere Bescheids-Entwürfe⁴ zu allgemeinen Gesetzesinitiativen und Petitionen von provinzspezifischem Interesse, z.B. wegen der Beitragspflicht der Kirchenpatrone in den vormals sächsischen Landesteilen zu den Kirchen- und Schulbauten; wegen Festsetzung des Wispelmaßes, zur Dampfmühlenanlage der Seehandlung bei Potsdam oder wegen Verhinderung der wucherischen An- und Verkäufe ländlicher Grundstücke. [B]

¹ Diese gedr. in: *Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1844, S. 18–211.*

² *Der Bescheids-Entwurf an die Märkischen Stände zum Provinzialrecht in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 1 Fasc. 6, Bl. 32–33v.*

³ *Ein Entwurf von 1842 in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 9, Bl. 45–67v.*

⁴ *Alle in: Rep. 77, Tit. 523b Nr. 47 Bd. 2, Bl. 171–200.*

Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 286–287 [Prot. 35a]; MF 275. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Duesberg, Horn.

Antrag¹ des Ostpreußischen General-Landtages und der dortigen General-Landschafts-Direktion auf Herabsetzung der von den Pfandbrief-Schuldnern zu zahlenden 4 ½ Prozent auf 4 Prozent befürwortet. [B]

¹ Zum Antrag des General-Landtages, dessen Bearbeitung und vor allem zur Rolle Böttichers vgl.: Hein, Max, *Geschichte der Ostpreußischen Landschaft von 1788 bis 1888*, Königsberg (Pr.) 1938, S. 145–148.

Nr. 200 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 28. Oktober 1843.

Begl. Abschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 256–265; [II] Rep. 77, Tit. 523b Nr. 47 Bd. 2, Bl. 169–170; MF-Suppl. 13/14.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1], v. Meding [zu 2].

1. Preußischer Landtags-Abschied. *Anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften¹ Spezialdiskussion u.a. wegen der militärischen Ausbildung des Volks und wegen Erweiterung der Volksbewaffnung durch Herabsetzung der Dienstzeit, vorgebracht in einer Denkschrift, die auf dem Landtag [...] nicht mit der gesetzlichen Majorität von Zweidritteln unterstützt worden ist und somit auf illegalem Weg zur Kenntnis des Königs gebracht worden ist. Dennoch spricht sich Boyen [...] dafür aus, den Ständen unter Anerkennung der gezeigten patriotischen Gesinnung die nähere Erwägung und Berücksichtigung dieser Angelegenheit in Aussicht zu stellen, während der Prinz von Preußen es für höchst bedenklich erachtet, den Ständen irgend eine Einwirkung auf die Organisation des Heeres und die Verwaltung der Militärangelegenheiten zu gestatten, da dies leicht zur Schwächung der Regierung und der Monarchie mißbraucht werden könnte. Die Mehrheit entscheidet sich dahingehend, die vorliegende Denkschrift in dem Landtags-Abschiede ganz mit Stillschweigen zu übergehen. Weitere Denkschriften und Petitionen, wie u.a. zur Befreiung der Städte von allen Lasten und Früchten der Kriminal-Gerichtsbarkeit, zur Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes, zur Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege sowie zu medizinischen und schulischen Einrichtungen der Provinz. [B] —* **2. Brandenburgischer Landtags-Abschied.** *Das Beratungs-Protokoll vom 21. Oktober wurde bereits in der Sitzung vom 24. Oktober² vollzogen. Nachträgliche Genehmigung mehrerer Bescheids-Entwürfe. [B]*

¹ *Achter Provinzial-Landtag der Stände des Königreichs Preußen, Bd. 2: Denkschriften, Königsberg 1843.*

² *Für dieses Datum ließ sich kein Protokoll nachweisen.*

Nr. 201 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 30. Oktober 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 333–335; MF-Suppl. 12.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Westfälischer Landtags-Abschied. Bemerkungen des Königs zum Entwurf¹, u.a. hinsichtlich der teilweisen Erhaltung der Provinzial- und Partikularrechte für den Bauernstand; Beifügung einer Denkschrift zur ständischen Petition wegen Verbesserung der Lage der Spinner und Weber. Kontroverse darüber, wie die gewünschte Erweiterung der Wahlbefugnisse des Standes der Landgemeinden, die auf dem Landtag unzulässig durch Sonderung in Teile beantragt worden war, prinzipiell zu bescheiden ist; definitive Entscheidung vertagt.

¹ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 30 Bd. 2, Bl. 339–430v sowie Bl. 433–440v die oben erwähnte Denkschrift. Der Landtags-Abschied v. 30.12.1843 sowie die Denkschrift gedr. in: *Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen*, S. 243–258 und 260–264.

Nr. 202 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 31. Oktober 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 266–275; MF-Suppl. 14.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

1. Preußischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungsprotokolls vom 28. Oktober und nachträgliche Genehmigung mehrerer Bescheids-Entwürfe¹. Fortsetzung der Beratungen zu der abgebrochenen Diskussion über die Errichtung einer hohen Volksschule, damit der Kreis derjenigen Stellungen im Staatsdienst und öffentlichen Leben, welche nach den jetzigen Bestimmungen nicht ohne die sogenannte klassische Schulbildung erlangt werden können, nicht beschränkt ist. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Bötticher und Eichhorn zur Abfassung des Bescheides sollen beide bis zur nächsten Sitzung ausräumen. Beratung weiterer ständischer Denkschriften und Propositionen, v.a. das Westpreußische Provinzialrecht betr., wobei der Bitte der Stände nach sofortiger Bearbeitung des Westpreußischen Provinzialrechts wegen Mangel an Zeit und an Arbeitskräften in den betreffenden Behörden, wegen Priorität der beschleunigten Revision der Zivil- und Kriminal-Prozeß-Ordnung sowie wegen befürchteter Bevorzugung gegenüber den anderen Provinzen nur bedingt entsprochen werden kann; vertagt. [B] — **2. Beschlußfähigkeit der Landtage.** Anregung des Grafen von Arnim [...], daß es mit Rücksicht auf die formelle Behandlung verschiedener von den diesjährigen Landtagen, namentlich aber von dem Rheinischen Landtage, eingebrachten Petitionen ratsam erscheinen dürfte, sich darüber zu einigen, wie die zu einem gültigen Beschlusse des Landtages erforderliche Majorität von Zweidrittel der Stimmen zu berechnen ist; nämlich bei Zweidrittelmehrheit der Anwesenden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß $\frac{3}{4}$ aller Deputierten der drei Stände zusammen bei der Abstimmung anwesend sind.² [B]

¹ Diese alle in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 153–248.

² Vgl. dazu ein Gutachten des Landtags-Kommissars von Pommern v. 29.4.1843 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 22 Bd. 2, Bl. 196–197, dort dazu weitere Schriftstücke auch für andere Provinzen.

Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 288–291v [Teilprot. 36a–c]; MF 275. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1 und 3], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [zu 2–3; U], Savigny [U], Bülow [zu 2–3; U], Bodelschwingh [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v.u.z. Mühlen [zu 2–3], A. v. Pommer-Esche [zu 1].

1. Bestätigung des in der General-Versammlung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft Anfang August 1843 beratenen Statuts¹ unter dem Vorbehalt, daß den Kritikern des Statutes die Möglichkeit zu einem ordentlichen Ausscheiden gewährt wird. [B] — **2.** Gerichtskosten. Mögliche Kostenfreiheit [...] bei Prozessen der Kirchen und Pfarreien wegen deren Zulassung [...] zum Armenrecht.² [B] — **3.** Justizbeamte. Erneute Beratung wegen Beförderung der Oberlandesgerichts-Assessoren: schriftliches Votieren durch die Oberlandesgerichte; Beachtung der Reihenfolge bei der Besetzung einzelner Ratsstellen sowie Ausnahme durch allerhöchste Entscheidung.³ [B]

¹ Das Statut enthalten in der Konzessions- und Bestätigungsurkunde für die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft v. 27.11.1843, GS, S. 371. Der Immediatbericht v. 13.11.1843 in: Rep. 90a, K III 3 Nr. 12 Bd. 1, n.f. Zum Verlauf und Ergebnis der Generalversammlung am 3.8.1843 vgl. auch: Demps, Laurenz, Der Schlesische Bahnhof in Berlin. Ein Kapitel preußischer Eisenbahngeschichte, Berlin 1991, S. 51.

² Voten Arnims, Bodelschwinghs und Savignys in: Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 1, n.f., ebd. der Immediatbericht v. 4.12.1843. Vgl. ferner KO zur Nichtanwendung von Bestimmungen der AGO auf unvermögende Kirchen und Pfarreien v. 22.12.1843, GS, 1844, S. 48.

³ Vorarbeiten im Ministerium für die Gesetz-Revision und ein Votum Savignys v. 8.9.1843 in: Rep. 84, II 2 T Nr. 2, Bl. 228–231. Der nach der Sitzung am 13.6.1843 ausgearbeitete Entwurf einer KO und der Immediatbericht v. 28.11.1843, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 34, Bl. 81–83 und 86–116v. Dort auch Bl. 122–122v die KO v. 17.1.1844, mit der die Anciennitäts-Urkunden der OLG-Assessoren nach Ablehnung einer angebotenen Stelle als erloschen angesehen werden sollen, Bl. 122.

Nr. 204 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 4. November 1843.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 276–286v; MF-Suppl. 14.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

Preußischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Beratungs-Protokolls vom 31. Oktober und nachträglich vorgelegter Bescheids-Entwürfe. Fortsetzung der Beratungen anhand weiterer 37 Denkschriften und Propositionen zu allgemeinen oder nur die Provinz Preußen betreffenden Gesetzesvorschlägen, wie u.a. zum Verkehrswesen zu Wasser, Land und Schiene; zur Ausbildung junger Leute für den Seedienst; zu Steuer- und Zollangelegenheiten; zur Entwicklung des Instituts der Ständischen Ausschüsse, was jedoch lediglich der Entscheidung [...] des Königs

vorbehalten bleiben *muß*, ob und inwieweit mit der Entwicklung der ständischen Institutionen vorzugehen *ist*. Weiter wegen Vermehrung der Zahl der Ausschußmitglieder für die Provinz Preußen, *was abgelehnt wird*; zur Teilnahme der Kreistags-Deputierten der Städte und Landgemeinden an den Landratswahlen, *was der Oberpräsident Bötticher befürwortet, aber insgesamt auf Ablehnung stößt, weil* vor allem auf Konsolidierung und Regelung der vorhandenen ständischen Institutionen hingearbeitet werden *muß*, die Basis dieser Institutionen aber in keiner Weise abgeändert werden *darf*. Weitere, oft *abschlägige Bescheids-Entwürfe zu Petitionen, u.a. wegen verschiedener Bedingungen* zur Ausübung ständischer Rechte; wegen Öffentlichkeit von Stadtverordneten-Versammlungen; *weiter* wegen des Erlasses einer Landgemeinde-Ordnung für Preußen *sowie* wegen Befreiung der Presse von der Zensur. [B]

Nr. 205 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 7. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 96–106v; MF-Suppl. 14.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Flottwell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Beratung von 17 Bescheids-Entwürfen¹ anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften² zu allgemeinen und provinzspezifischen Gesetzesprojekten und Problemen, wie u.a. wegen der Beiträge der Patrone in den ehemals sächsischen Landesteilen zu Kirchen- und Schulbauten³ sowie wegen Bewilligung einer permanenten Gerichts-Kommission für die Stadt Hornburg. Weiter zur Eichsfeldischen Kriegskontribution, zur ständischen Mitwirkung und Kontrolle [...] bei der Verwaltung der Institute und Stiftungen in der Provinz, zu Angelegenheiten der Irren-, Taubstummen- bzw. Blinden-Anstalten sowie zum Provinzialrecht für das Herzogtum Sachsen. [B]

¹ *Alle in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 24–95.*

² *Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, S. 29–234.*

³ *Dazu ein Gutachten des Landtags-Kommissars Flottwell v. 20.5.1843 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 122 Bd. 1, Bl. 244–246v.*

Nr. 206 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 10. November 1843.

[Konnte in den Akten nicht nachgewiesen werden]¹; MF-Suppl. 14.

¹ *In: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 287 unter dem pauschalen Anwesenheitsnachweis die Bemerkung: Das vorbemerktete Protokoll befindet sich unvollzogen bei dem Bd. 4 der ständischen H[ohen]. Immediat-Kommission. Abschrift hat davon, nach mündl. Abfassung des H. GehRegRats v. Witzleben, dem Minister des Innern nicht mitgeteilt werden sollen.*

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., [Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny.] — Prot.: [?].

Preußischer Landtags-Abschied.

Nr. 207 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 11. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 107–119v; MF-Suppl. 14/15.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Flottwell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 7. November sowie der Bescheids-Entwürfe. Fortgesetzte Beratung zu weiteren 28 ständischen Denkschriften, u.a. zum Regulativ für die Beaufsichtigung der Stein- und Braunkohlen-Gruben; weiter zu den Ansprüchen des Herzogtums Sachsen aus den Kriegsleistungen der Jahre 1805/15, zu verschiedenen Verkehrs- bzw. Steuerangelegenheiten, zu mehreren Petitionen in Ständesachen, u.a. zu einer vermehrten Vertretung der Städte auf den Kreistagen sowie wegen Modifikation der Grundbesitzzeit für die Wählbarkeit zum städtischen Landtags-Abgeordneten. [B]

Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 292–303v [Teilprot. 37a–g]; MF 275/276. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 5–6], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 1–6; U], Bodelschwingh [U]. — Prot. [a–b] Lehnert [U]; [c–g] [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 3], v. Duesberg, Günther [zu 1–2], Lehnert [zu 1–2; U], v.u.z. Mühlen [zu 4–6], H. v. Mühler [zu 7].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Ärzte.** Verpflichtung der künftig anzustellenden Kreismedizinal-Beamten zu unentgeltlichen Untersuchungen der Beamten; bereits im Amt befindlichen [...] Kreisphysiker können auf Verlangen [...] die taxmäßigen Gebühren bewilligt werden.¹ [B] — **4. Richter.** Erweiterung der bestehenden Einrichtung zur

¹ Die entsprechende Zirkular-Verfügung an alle Regierungen v. 16.2.1844 in: *MinBl. innere Verw., 1844, S. 51. Eine weitere Verfügung an die Regierung Bromberg, betr. den Arztlohn der Kreisphysiker für die Behandlung kommandierter Militärpersonen v. 14.12.1843, in: Ebd., 1843, S. 333.*

Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen *abgelehnt*.² [B] — 5. Anrechnung der Amtskautions eines Beamten, dem verschiedene Kassen übergeben sind, auf die eine oder andere dieser Kassen.³ [B] — 6. *Klärung, ob die an die Minden-Ravensbergische Ritterschaft gemäß dem vorgesehenen Erbfolgegesetz⁴ bestehende Auflage der Errichtung einer Stiftung für die nachgeborenen Kinder aufzuheben ist.* [B] — 7. Kalende. *Eine Entschädigung aus Staatskassen für die evangelischen Pfarreien in den Marienburger Werdern wegen eingebüßter Kalende und Stolgebühren von den mennonitischen Einsassen sowie die Wiederherstellung der alten Abgaben der Mennoniten werden abgelehnt. Anspruch auf Entschädigung der einzelnen, in ihren Einkünften verkürzten Pfarrer.*⁵ [B]

² Bisher geregelt nach der KO zur Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen v. 22.12.1843, GS, S. 218.

³ Die KO v. 28.4.1843 mit der Aufforderung an das Staatsministerium, ein Gutachten zu erstellen, in: Rep. 90, Nr. 2004, n.f., dort weiter Voten und der Immediatbericht v. 10.12.1843. Ein Promemoria v. 2.7. sowie das Votum Savignys v. 3.7.1843, auch in: Rep. 84, II 2 C Nr. 4, Bl. 47–50v. Vgl. KO wegen der Amtskautions derjenigen Rendanten, welche bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichten zugleich die Salarienkasse und die Depositalkasse verwalten v. 22.12.1843, GS, 1844, S. 44.

⁴ Der revidierte Entwurf eines Erbfolge-Gesetzes für die ritterschaftlichen Familien in dem Fürstentum Minden und in der Grafschaft Ravensberg mit Bemerkungen von Kamptz, in: Rep. 84, II 5 P Nr. 3 Bd. 10 Fasc. 1, Bl. 66–97. Dort auch als Extrakt das abschriftliche Gesuch der Ritterschaft um Entbindung von der zur Wiedergewährung der früher bestandenen ritterschaftlichen Erbfolge-Ordnung ihr zur Bedingung gemachten Errichtung einer solchen Stiftung von 1841, Bl. 206–206v; ferner Bl. 210–227v ein Votum Savignys v. 20.9.1842 und Bl. 229–229v die KO v. 10.5.1844, die dem Gesuch unter der Bedingung stattgab, daß statt des vorgesehenen Erbfolgegesetzes ein Real-Statut über die Vererbung der Rittergüter erlassen wird, Bl. 229. Dort weiter auch der Entwurf eines Schreibens des Staatsministeriums an die Ritterschaft, Bl. 232–237v.

⁵ Voten, Immediatbericht v. 5.1. sowie KO v. 5.2.1844, in: Rep. 90, Tit. XXVI B Preußen Nr. 7, n.f. Seit 1842 verfaßte Berichte, Voten, Nachweisungen, so über die Auswanderung der Mennoniten v.a. aus den Regierungsbezirken Marienwerder und Danzig nach Rußland, in: Rep. 90, Nr. 311, n.f.

Nr. 209 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 20. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 120–127; MF-Suppl. 15.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Boyen, Mühler, Rother, Savigny. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Flottwell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 11. November sowie der Bescheids-Entwürfe bei nochmaliger Erörterung des zu erweiternden Verkehrs des Braunkohlenbetriebes. Fortsetzung der Beratung anhand weiterer 10 ständischer Denkschriften, u.a. zur Aufhebung des Intelligenzblattzwanges, zu Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten, zur Kompetenz der Polizeibehörden zur Bestrafung der Bettler und Vagabunden sowie zur Regulierung gutsherrlich-bäuerlicher Verhältnisse. [B]

Nr. 210 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 164–181; MF-Suppl. 15.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Gemäß den von dem Landtage eingereichten Denkschriften¹ Spezialdiskussion zu 24, die Rheinprovinz zum Teil speziell betreffende Angelegenheiten, u.a. zur Benutzung der Mehlbestände in den Militär-Magazinen zwecks Linderung des in der Rheinprovinz herrschenden Notstandes; zur Prüfung der in der Rheinprovinz anzustellenden Assessoren bei Betonung, daß der König über die Prüfung und Anstellung der Beamten keine Vorschläge von den Ständen entgegennimmt. Weiter zur Gerichtsverfassung in einzelnen Teilen der Provinz; zur Aufbringung der Kultuskosten auf dem linken Rheinufer; zur Errichtung eines besonderen Lehrstuhls an der Universität zu Bonn², zur Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens auf der rechten Rheinseite; zu verschiedenen Schulangelegenheiten sowie zur Verwaltung der frommen Privatstiftungen. [B]

¹ *Alle ständischen Petitionen und Denkschriften gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages, S. 18–557.*

² *Lehrstuhl für Rheinisches Recht.*

Nr. 211 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 22. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 182–185; MF-Suppl. 15.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Alvensleben, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Fortgesetzte Spezialdiskussion zu weiteren Denkschriften des Landtages, u.a. zum Entwurf¹ des neuen Strafgesetzbuches, [...] den die Stände abgelehnt und die Ausarbeitung eines neuen, auf französischem Recht fußenden Entwurfs beantragt haben. Dieser Opposition ist am besten durch eine möglichst baldige Einführung des neuen Strafrechts auch in die Rheinprovinz zu begegnen. Die definitive Beschlußnahme dazu wird noch ausgesetzt. Weitere Bescheids-Entwürfe² u.a. zum Verfahren beim Revisions- und Kassationshof in Zivilsachen sowie zur Forderung rheinischer Städte an die Niederländische Regierung. [B]

¹ *Der Entwurf und die diesbezügliche Beratung der rheinischen Stände gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages, S. 23–28.*

² *Alle in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 40–162v.*

Nr. 212 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 25. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 186–198; MF-Suppl. 16.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Fortsetzung der Beratung nach vorheriger Verlesung und Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 21. und 22. November sowie nachträglich vorgelegter Bescheids-Entwürfe, wobei die Bescheide hinsichtlich der Prüfung der in der Rheinprovinz anzustellenden Assessoren, zur beantragten Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes in den Kreisen Rees und Duisburg sowie zum Strafgesetzbuch nochmals beraten werden. Zu letzterem fordert Voß wegen des allgemeinen aggressiven Charakters, den die Denkschriften der Rheinischen Stände gegen die altländischen Rechtsinstitutionen angenommen haben, eine zurechtweisende Erwidern. Weiterhin soll man, auch auf einem ähnlichen Antrag der Preußischen Stände hin, die Ausdrücke „Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens“ gar nicht wiederholen. Arnims Vorschlag, die Rüge an die Stände ausgewogener abzufassen, wird abgelehnt, weil jener faktischen Opposition mit deutlichem Mißfallen zu begegnen ist. Weitere acht Bescheids-Entwürfe zu Gesetzesvorschlägen vor allem im gewerblichen und steuerlichen Bereich. [B]

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 304–309v [Teilprot. 38a–b]; MF 276. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1], Rother [zu 1; U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 2; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Jähnigen [zu 2], Kisker [zu 1], v. Stein-Kochberg [zu 2].

1. Erbfolge. Maßregeln, mit denen bis zur endgültigen Beschlußnahme über das bauerliche Erbfolgesetz für Westfalen den durch dasselbe herbeigeführte Beschwerden¹ einigermaßen Abhilfe verschafft werden soll; Entwurf einer KO zur Vermeidung nachteiliger Dismembrationen von Bauerngütern und Spezialdiskussion über die Vermeidung einer gerichtlichen Regulierung, über Möglichkeiten zum Stempel-Erlaß, über die Kompetenzen der Gemeindebehörden und das Ermessen der Vormundschaftsbehörden bei Leitung und Bestätigung der Auseinandersetzungen. [B] —

¹ *Die Immediatvorstellung der ständischen Deputierten Meyer und Forckenbeck v. 11.11.1842 in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 8 Bd. 4, Bl. 19–20v. Dort auch Bl. 15–33v die Voten, Bl. 39–45v der Immediatbericht v. 23.12.1843 mit dem überarbeiteten Entwurf und Bl. 49–50v die KO v. 5.1.1844 mit dem Erlaß von Maßregeln zur einstweiligen Abhilfe der durch das Gesetz über die bauerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen v. 13.7.1836 veranlaßten Beschwerden. Die Kritik dargestellt in: Jürgens, Arnulf; „Freiwillige Vereinigung“ – „gesetzlicher Zwang“, S. 176–196, bes. S. 179 f. mit der Diskussion im Staatsministerium und mit weiterführender Literatur.*

2. Reklamation² der Gemeinden Richterich und Pannesheide wegen Rückgabe zweier Wegestrecken und Entschädigung. [B]

² Diese war in den vorliegenden Akten nicht nachweisbar, aber dazu mehrere Voten seit Juli 1842 in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, Bl. 19–24.

Nr. 214 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 28. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 199–201; MF-Suppl. 16.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 25. November sowie der nachgereichten Bescheids-Entwürfe. Fortgesetzte Beratung über jenen, den Rheinischen Ständen in Bezug auf das Strafgesetzbuch zu erteilenden Bescheid¹.

¹ Der Entwurf in: Rep. 89, Nr. 13925, Bl. 17–18.

Nr. 215 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 29. November 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 202–216v; MF-Suppl. 16.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Massow [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer 30 Denkschriften und Petitionen, u.a. gegen die Löhnung der Fabrikarbeiter durch Waren, zum Ausbau des Straßen-, Eisenbahn- sowie Wasserwegenetzes; zur Beförderung einzelner Industrien; zu verschiedenen Steuerangelegenheiten, so die Klassensteuer-Verteilung; auch zur Entschädigung der Stadt Düren für veräußerte Güter des ehemaligen Jesuiten-Kollegii und zum Verkauf von Staatswäldungen in der Rheinprovinz. [B]

Nr. 216 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 4. Dezember 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 217–224; MF-Suppl. 16.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Verlesung und Genehmigung des Beratungsprotokolls vom 29. November sowie nachgereichter Bescheids-Entwürfe. Neuer Bescheids-Entwurf¹ in Bezug auf das Strafrecht sowie eine dazu im Ministerium des Innern verfaßte Denkschrift. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer neun ständischer Adressen und Petitionen, wie z.B. zum Entwurf² der Gemeinde-Ordnung. Die Wünsche der Stände auf Vermehrung der Zahl der städtischen und ländlichen Landtagsabgeordneten, auf Herstellung einer gewissen Öffentlichkeit und Veröffentlichung der Landtags-Verhandlungen sowie auf Erweiterung der Befugnisse der ständischen Ausschüsse treffen weitgehend auf Ablehnung, wobei den Rheinischen ähnlich wie den Preußischen Ständen zu entgegen ist, daß sie mit den in Rede stehenden Anträgen aus den Grenzen der Schicklichkeit und ihrer Kompetenz herausgetreten sind. Auch wenn eine argumentative Stärkung der Opposition zu erwarten ist, muß eine nachdrückliche Zurechtweisung der Rheinischen Stände auch hinsichtlich ihrer widersprüchlichen Äußerungen erfolgen, indem sie einerseits den Wunsch auf Herstellung einer größeren Einheit der einzelnen Bestandteile der Monarchie aussprechen, andererseits aber das Streben nach Isolierung der Rheinprovinz nur zu deutlich zu erkennen geben. [B]

¹ Mehrere Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 47–54. Vgl. auch die dem Landtags-Abschied beigelegten Denkschriften gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages 1843, S. 607–621.

² Ebd., S. 283–308.

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 310–331 [Teilprot. 39a–d], 2 Anlagen: Bl. 312–315v; MF 276.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–2, 4], Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [zu 1–2, 4; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–2; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 3], v. Duesberg [zu 2–4], Lette [zu 1], v. Obstfelder [zu 2 und 4], v. Wedell [für Arnim zu 2–4].

1. Entwurf¹ zur Aufhebung der bestehenden Verschuldungs-Beschränkung der Bauerngüter. [B] — 2. Dienstgelder. Erneute Beratung² zur Deklaration einiger Bestimmungen wegen Verwandlung gutsherrlich bäuerlicher Leistungen. Ein Bedürfnis eines legislativen Auskunftsmittels zum Fortbestand der Rechte von Domänenfiskus und Privatberechtigten an Leistungen wird zwar [...] allseitig anerkannt, jedoch besteht Mangel eines anderweitigen wirksamen Vorschlages. Der Prinz von Preußen erhält für nochmalige Prüfung alle Materialien. [B] — 3. Meinungsdivergenz zwischen der königlichen Regierung zu Münster und der dortigen katholisch-bischöflichen Behörde über die Bestallung der katholischen Elementar-Schullehrer. Auch unter der Fremdherrschaft stand den katholischen Bischöfen ein gesetz- und verfassungsmäßiger Einfluß auf das Schulwesen [...] nicht zu; die Ansprüche des Bischofs zu Münster sind abzulehnen.³ [B] — 4. Gesetzentwurf⁴ zur Bestimmung der Höhe des Weinkaufs, sowohl bei den landesherrlichen als bei den privatgutsherrlichen Kolonaten im Minden-Ravensbergischen; dieser wird wegen der historisch gewachsenen Differenzen über den Maßstab zur Festsetzung des Weinkaufs und zugunsten einer natürlichen Entwicklung auf dem Wege der gerichtlichen Entscheidung abgelehnt. [B]

¹ Als Anlagen (Drucke) zum Protokoll Bl. 312 der Entwurf sowie Bl. 313–315v das gedruckte Votum Arnims v. 23.11.1843. Der Immediatbericht v. 16.12.1843, ein überarbeiteter Gesetzentwurf und die abschließende KO v. 29.12.1843, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f. Vgl. dazu eine, die bisherigen Bestimmungen aufhebende VO v. 29.12.1843, GS, 1844, S. 17.

² Erfolgte auch auf Wunsch des Prinzen von Preußen, der an der Sitzung am 14.3.1843 nicht teilnehmen konnte, vgl. ein diesbezügliches Schreiben Thiles an das Staatsministerium v. 28.6.1843, in: Rep. 89, Nr. 3692, Bl. 40 und Rep. 84, II 2 S Nr. 6 Bd. 2, Bl. 150.

³ Dazu Voten von Eichhorn v. 14.7.1843 mit Anlagen zur Vorgeschichte seit 1804 sowie von Savigny v. 4.9.1843, in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 2, Bl. 178–214v und Rep. 77, Tit. 123 Nr. 4, Bl. 2–33v.

⁴ Rep. 90, Tit. XX C Nr. 35, Bl. 61–82, dort auch Bl. 87–126 der Immediatbericht v. 14.4.1844 sowie die KO v. 10.5.1844, Bl. 128. Zur Beratung seit 1839 vgl. auch Rep. 84a (M), Nr. 7850, Bl. 165–192. Unter dem Begriff Weinkauf ist hier die pflichtgemäße Laudemial-Abgabe der vormals eigenbehörigen Kolonaten im Fürstentum Minden und in der Grafschaft Ravensberg [...] bei Besitzveränderungen zu verstehen, Bl. 325.

Nr. 218 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 5. Dezember 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 225–229; MF-Suppl. 16.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer elf verschiedener Denkschriften, u.a. zu den bürgerlichen Verhältnissen der Juden; zur Situation von Handel und Gewerbe und zur Lage des Ackerbaues in bezug auf den Verkehr mit dem Auslande. [B]

Nr. 219 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 11. Dezember 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 230–237v; MF-Suppl. 16/17.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Schaper.

Entwurf¹ des Rheinischen [...] Landtags-Abschiedes: *Die Bescheidung auf das Gutachten der Stände über das neue Strafrecht soll nach königlichem Willen das Bedauern betonen, bei den Rheinischen Ständen auf Widerstand gestoßen zu sein. Deren Wunsch nach einem auf französischem Recht gegründeten revidierten Entwurf ist um so unverständlicher, als man im Land das allgemeine Streben vorfindet, deutsches Wesen und deutsche Gesinnung und Einigkeit neu zu beleben. Um nicht die systematische, vorher überlegte Opposition gegen das Strafgesetz weiter zu nähren, soll die Frage wegen Vorlegung des Gesetzentwurfs bei den Ausschüssen [...] unerwähnt bleiben. Zur beantragten Weiterentwicklung des Instituts der Ständischen Ausschüsse bemerkt der König, die Stände haben sich unverkennbar viel Mühe gegeben, hinter diesen Antrag den Antrag auf Einführung einer Reichsständischen Verfassung zu verbergen. Er wird diesen ungehörigen, ihre Stellung als Provinzialstände und die heutige Lage der Ständischen Verfassung verkennenden Antrag ablehnen. Fassungsänderungen zu weiteren Bescheids-Entwürfen. Einigkeit darüber, die Stände am Schlusse des Landtags-Abschiedes darauf aufmerksam zu machen, daß der Rheinische Landtag gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gefehlt hat, indem er Adressen, welche unmittelbar an den Landtag gerichtet waren, angenommen und die Niederlegung derselben im Ständischen Archiv beschlossen hat.*

¹ *Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 5, Bl. 241–326, ein weiterer 334–407v. Eine nochmalige Diskussion des Entwurfs vgl. in der Sitzung am 19.12.1843, TOP 1. Der Landtags-Abschied v. 30.12.1843 gedr. in: Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages 1843, S. 584–607.*

Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1843.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 46, Bl. 332–349v und 359–365v [Teilprot. 40a–b], 4 Anlagen: Bl. 350–358v und 366–368v; MF 276/277 und MF-Suppl. 17. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1256–1260.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 1], v. Duesberg, Zettwach.

1. Revision des gesamten Westpreußischen Provinzialrechts: Bitte² des Preußischen Landtages um baldigste Vollendung. Grundsatzdiskussion zum Entwurf³ des Westpreußischen Provinzialrechts

¹ *Auf Bl. 349v eine, in Verbindung mit seiner Gelesen-Abzeichnung gegebene Äußerung Alvenslebens, in der er für die Aufnahme einer das Fortbestehen führende Bestimmung votiert.*

sowie zu dem Publikations-Patent und v.a. Klärung darüber, für welche Landesteile das zu entwerfende Provinzial-Gesetzbuch anwendbar sein soll, sowie Benennung als Provinzialrecht für Westpreußen. Fortlassung des früher beschlossenen Zusatzes über die Weichsel-Festungen gegen den Widerspruch⁴ des Kriegsministers. Spezialdiskussion zur Revision der adligen Erbfolge in Westpreußen, die wegen der dortigen Zersplitterung der adligen Güter und Dürftigkeit des Adels notwendig ist. Deshalb Majoritätsbeschluß für Aufhebung der besonderen, auf dem Jure terrestri nobilitatis Prussiae⁵ beruhenden Sukzessions-Ordnung, die jedoch nur in einem verhältnismäßig kleinen Teile der Provinz Preußen in gesetzlicher Kraft besteht. [B] Dieser Beschluß erfolgt unter entschiedenem Widerspruch Arnims, der zuvor eine besondere Vernehmung der einzelnen adligen Gutsbesitzer über die Aufhebung sowie ein anderes Gesetz zur Erhaltung des Grundbesitzes in den Familien für erforderlich hält. Wird ein solches Gesetz nicht gleichzeitig bei Aufhebung des anderen erlassen, handelt der Staat nach Arnims Meinung gegen sein eigenes Interesse. Die vorliegende Frage ist daher dem Prinzip nach von großer Bedeutung; vertagt. — 2. Staatsanwaltschaft. Entscheidung, ob die Einführung des Instituts der öffentlichen Anwälte unabhängig von der Revision der Kriminal-Ordnung gemäß dem Willen⁶ Friedrich Wilhelms IV. schon jetzt erfolgen soll; ein Beschluß darüber wird nach Darlegung der konträren Auffassungen über den Zeitpunkt zugunsten einer näheren Vorbereitung vertagt.⁷ [B]

² Die nach 1841 nun 1843 erneut vorgetragene Bitte enthalten in der Denkschrift v. 9.4.1842 zur Bearbeitung der Provinzialrechte, gedr. in: Achter Provinzial-Landtag der Stände des Königreichs Preußen, Bd. 2: Denkschriften, S. 65–73.

³ Der Entwurf, vorgelegt vom Minister der Gesetzrevision im November 1843 und bestehend aus den Entwürfen zu einem Patent wegen Publikation des Provinzialrechts für den westlichen Teil der Provinz Preußen sowie zu dem Provinzialrecht selbst, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1, Bl. 73–80v. Ebd., Bl. 81–122 die Konferenzprotokolle des Ministeriums der Gesetzrevision vom November 1843 dazu sowie der überarbeitete Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Preußischen Landrechts von 1721. Die Revision historisch dargestellt in: Westpreußisches Provinzialrecht, hrsg. v. A. C. Frh. v. Vegesack, 2 Bde., Danzig 1845, Bd. 1, S. 1–38, bes. S. 34–38.

⁴ Dieser datiert v. 23.12.1843, wurde dem Protokoll 40a nachträglich als Anlage 1, Bl. 350–355v angefügt, vgl. Bl. 152.

⁵ Jus terrestre nobilitatis Prussiae correctum... 1598. Die Sukzessions-Ordnung, als Teil (§ 13, Abschn. VII) der Instruktion für die westpreußische Regierung v. 21.9.1773, hatte für die drei Palatinat Kulm, Marienburg und Pommerellen besondere Vorschriften zur Erbfolge entsprechend dem vom König von Polen 1598 bestätigtem Landrecht für den Preußischen Adel festgeschrieben. Vgl. N.C.C., Bd. 5, 2. T., Nr. 52, S. 2125 bzw. 2207 auch v. Vegesack, Bd. 1, S. 55–62. Diese Erbfolge war z.T. neu geregelt worden, wonach nunmehr dem Adel in ehemaligen Palatinaten Westpreußens eine Verfügung von Todeswegen über unbewegliche Güter zugebilligt worden war, vgl. VO v. 29.5.1840, GS, S. 125. Ein Auszug aus den Akten des Justiz-Ministeriums für die Gesetzrevision zu Erklärungen der Kreisstände über die Abänderung der Erbfolgegesetze des preußischen Adels, ist dem Protokoll 40a als Anlage 2 beigelegt, Bl. 356–358v.

⁶ Die im Protokoll auf Bl. 359 erwähnte Sitzung vom 7.7.1843, wo der König erstmals mündlich den Auftrag erteilt hatte, konnte in den Akten nicht nachgewiesen werden. Die entsprechende KO v. 12.8.1843 begann der König ebenfalls mit der Feststellung, er habe bereits dem Staatsministerium mündlich in der bei mir stattgehabten Sitzung vom 7. Juli d. Js. die Beratung über die Einführung des Instituts der öffentlichen Anwälte in Kriminaluntersuchungen, unabhängig von der Revision der Kriminal-Ordnung aufgetragen, vgl. Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 1, Bl. 128; ebd. Voten, Entwürfe, Schreiben sowie Entwurfsvorlagen für die Stände. Vgl. auch Rep. 84a (D), Nr. 4526, wo in zwei Schreiben von Savigny eine Sitzung des Staatsministeriums am 7.7.1843 mit dem König erwähnt ist, auf der die Beratung über die Einführung des Instituts der öffentlichen Anwälte [...] unabhängig von der Revision der Kriminal-Ordnung befohlen worden war, Bl. 33 und 37. Auch Gustav Otto sprach von einer Sitzung am 7.7.1843, vgl. ders., Die preußische Staatsanwaltschaft. Aus Anlaß ihres 50-jährigen Bestehens als historisch-kritische Studie nach amtlichen Quellen bearbeitet, Berlin 1899, S. 9; dort weiter bis S. 22 der Meinungsbildungsprozeß bei den Justizministern bis zum Beginn der mündlichen Beratung im Staatsministerium. Auch in den Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. XXXV wird von einer Sitzung am 7.7.1843 gesprochen, aber ohne Quellenbeleg.

Dem Protokoll 40b als Anlagen beigelegt sind das Separat-Votum des Prinzen von Preußen, Bl. 366–366v sowie Mühlers Vorstellungen über die Staats-Anwaltschaft, Bl. 367–368v. Savignys Votum v. 22.9.1843, gleichfalls mit Bezug auf die Sitzung vom 7. Juli, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 81, n.f.

⁷ Dazu ein nachträgliches Votum von Savigny am 21.12.1843 über das Institut der Staatsanwaltschaft, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 1, Bl. 209–214. Ebd., Bl. 54–124 eine bereits im Mai 1842 vom Geheimen Oberrevisionsrat Heffter verfaßte Erörterung. Vgl. ferner mit Bezug auf die Beratung Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 556.

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1843.

*Vollz. Reinschriften*¹, Bd. 46, Bl. 369–390v [Teilprot. 41a–b]; MF 277/278. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette [beide zu 2].

1. Fortsetzung der Beratung über das Westpreußische Provinzialrecht unter Einverständnis mit den abändernden Beschlüssen zum bisherigen Entwurf durch die Staatsrats-Kommission. Spezialdiskussion zu einzelnen Gegenständen aus dem Bereich der Verwaltung, wie z.B. über das Brau- und Brennrecht und die Schankgerechtigkeit der adeligen Güter; über das vermeintliche Anspruchsrecht von Besitzern adeliger Güter [...] auf erblose Verlassenschaften; über das Bestehen einer Regalität der Fossilien mit Ausnahme des Eisenerzes in Westpreußen sowie über die Anwendung des Entwurfs auf diejenigen Teile von Westpreußen, welche zeitweise zum Herzogtum Warschau gehört haben.² [B] — **2.** Parzellierungen. Der Entwurf³ der definitiven Verordnung zum Dismembrationswesen soll wegen der Dringlichkeit durch den Staatsrat im abgekürzten Verfahren beraten werden. Beginn einer Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf sowie zum Entwurf der ergänzenden Instruktion, vor allem über die Bedingungen für eine Rechtswirksamkeit des Dismembrationsvertrages hinsichtlich der Notarität der Realverhältnisse, nämlich der Berichtigung des Hypothekenwesens und Besitztitels. [B]

¹ Dem Protokoll ist zu TOP 2 auf Bl. 380 folgende Bemerkung beigelegt: Zur Seite der Protokolle sind die §§ des nach den Beschlüssen des Hohen Staatsministeriums vom 18., 27. und 28. Dezember 1843 und 21. Januar 1844 redigierten und vervollständigten Gesetzentwurfs angegeben und weisen diese §§ auf dessen jetzige Fassung und Anordnung motivierenden Beratungen zurück.

² Der abschließende Kommissionsbericht aus dem Ministerium der Gesetzrevision v. 16.1.1844 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1, Bl. 156–161v. Dort weiter Bl. 298–301 ein separater Immediatbericht Savignys v. 6.3.1844 sowie die beiden KO v. 19.4.1844, die zum einen die Publikation des Provinzialrechts unter Ausnahme der Bestimmungen zur Erbfolge des Adels anordnet und den Oberpräsidenten Bötticher darüber in Kenntnis setzt, Bl. 155 und 304–304v. Vgl. das Patent wegen Publikation des Provinzialrechts für Westpreußen v. 19.4.1844, GS, S. 103.

³ Der Entwurf einer Instruktion zur Verordnung über das Dismembrationswesen, das Votum Arnims v. 6.12.1843, mehrere Anlagen, u.a. eine Relation zur ständischen Begutachtung des Entwurfs, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f. Ebd. der hier nicht beratene, von Arnim auch am 6.12.1843 vorgelegte Entwurf einer vorläufigen VO (alles Drucke). Alle Entwürfe mit Arnims Votum auch in: Rep. 84, II 2 D Nr. 11, Bl. 2–2v und 7–20v.

Nr. 222 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 19. Dezember 1843.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 288–295v; MF-Suppl. 14.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Alvensleben, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow. — Prot.: v. Witzleben.

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

1. *Nochmalige Verlesung* der den Rheinischen Ständen zu erteilenden Bescheide a) auf das Gutachten über die neue Strafgesetzgebung und Abwehr des ständischen Verlangens, einen umgearbeiteten auf die französische Gesetzgebung gegründeten Entwurf vorlegen zu lassen, sowie b) auf die Petition wegen Erweiterung der Befugnisse der Ständischen Ausschüsse. Hier verzichtet Friedrich Wilhelm IV. wie im Preußischen Landtags-Abschied darauf, die Stände auf die Überschreitung ihrer Befugnisse [...] aufmerksam zu machen. — 2. *Fortsetzung der am 10. November begonnenen Beratung zum Preußischen Landtags-Abschied*¹: die seitens der Stände geäußerten Bemerkungen über die Notwendigkeit einer erweiterten Volksbewaffnung sollen nun doch mit Wohlgefallen für den patriotischen Sinn der Stände beantwortet werden.² Weiterhin Bescheidung von Petitionen, u.a. wegen Erhöhung der Zahl der Ausschußmitglieder für die Provinz, wegen Vertretung der Handelsinteressen auf dem Landtage durch Abgeordnete der Städte Königsberg, Danzig, Memel, Tilsit und Elbing, deren Gewährung der König nicht abgeneigt wäre, während andere damit das Grundprinzip der heutigen Ständischen Verfassung gefährdet sehen. Deshalb ist zu prüfen, ob und in welcher Art in denjenigen Provinzen, wo die Stimmenzahl der ritterschaftlichen Deputierten auf den Landtagen durch zusätzliche Gewährung von Virilstimmen vermehrt wurden, auch eine entsprechende Vermehrung der Deputierten der Städte und Landgemeinden eintreten kann.³ Grundsätzliche Verständigung zum Bescheids-Entwurf⁴ auf die Petition, die Städte und Landgemeinden künftig an den Landratswahlen auf den Kreistagen teilnehmen zu lassen. Zum einen stimmt der König zu, daß, wo die Verfassung die Wahl jener Beamten seit Jahrhunderten in die Hände jenes, vor allem konservativ gesinnten Standes der Ritterschaft legt, hieran nichts zu ändern ist. Zum anderen räumt er ein, daß das Recht der beiden andern Stände aber, ihre Bedenken gegen die von der Ritterschaft vorgenommenen Wahlen geltend zu machen, deutlicher und lebendiger hervortreten soll. Weitere Bescheids-Entwürfe.

¹ Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 296–395.

² Vgl. Sitzung am 28.10.1843. Eine Schilderung dieses Beratungspunktes bei Meinecke, Friedrich, Das Leben des Generalfeldmarschalls von Boyen, Bd. 2, Stuttgart 1899, S. 500 f., die den Anlaß für die Diskussion – nämlich die ständische Denkschrift – nicht erwähnt und sich v.a. dem Konflikt zwischen Boyen und den Prinz von Preußen widmet.

³ Zur letztendlichen Ablehnung im Landtags-Abschied vgl. auch Rauer, 2. T., Berlin 1845, S. 32 und Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 575 f.

⁴ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2, Bl. 212–213.

Nr. 223 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 21. Dezember 1843.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 128–131; MF-Suppl. 15.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling [U], G. v. Rochow, Alvensleben [U], Thile [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Voß [U], Boyen [U], Mühlner [U], Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow. — Prot.: v. Witzleben [U].

Weitere Teilnehmer: Flottwell.

1. Entwurf¹ des Landtags-Abschiedes für die Sächsischen Stände: Abänderung des Bescheides hinsichtlich der Wählbarkeit zu Landratsämtern, weil sich nur allein der Pommersche Landtag für

¹ Mehrere Entwurfsfassungen in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3, Bl. 132–214. Der Landtags-Abschied v. 30.12.1843 gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, S. 238–250.

diesen *Gesetzentwurf*, die Stände aller übrigen Provinzen aber dagegen erklärt haben. *Auf Intention Friedrich Wilhelms IV. auch zu anderen Bescheids-Entwürfen verschiedene Fassungsänderungen.* — **2.** Fortgesetzte Verlesung des Landtags-Abschieds für die Westfälischen Stände: *Fassungsänderungen zur Erweiterung der Wahlbefugnisse des Standes der Landgemeinden, wonach für die Kreise Wittgenstein, Brilon und Siegen der vorgeschriebene Wahlzensus zu senken ist. Eröffnungstermin der künftigen Landtage.* — **3.** Entwurf² zum Brandenburgischen [...] Landtags-Abschied: *geringfügige Fassungsänderungen.*

² Rep. 77, Tit. 523b Nr. 47 Bd. 2, Bl. 202–227, der Landtags-Abschied v. 30.12.1843 gedr. in: *Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz*, S. 215–222.

Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1843.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 46, Bl. 391–393v und 397–401 [Prot. 42a], Anlage: Bl. 394–396²; MF 278.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Thile, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

Beleidigungen zwischen Militär- und Zivilpersonen: Vorlegung eines Entwurfs³ zu einer Kabinettsordre; *Bestrafung niemals durch Geldbuße, sondern durch Freiheitsstrafe ohne Ausnahme von Rang und Stand.* [B]

¹ Auf Bl. 392v zwei mit Bleistift geschriebene Ergänzungen, zum einen Arnims Hinweis auf eine von ihm gewünschte Ergänzung (s. Anlage), die eine Neufassung des Protokolls zur Folge hatte, Bl. 397–401, und zum anderen eine Ergänzung über Boyens Auffassungen, Bl. 399v. Die zweite Protokollfassung wurde durch den Prinzen von Preußen mitvollzogen.

² Arnims Ergänzung zur ersten Protokollfassung, wo das Moment der bestehenden Ungleichheit [...] in der Strafart und Strafhöhe fehlt, Bl. 394–395v; weiter Bl. 396 die Anweisung Mühlers, daß das Protokoll wegen des am 16.1.1844 erfolgten Vortrages im Staatsministerium [...] umzuschreiben ist.

³ Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 109, Bl. 109; die KO v. 1.3.1844, GS, S. 69.

Nr. 225 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1843.

Vollz. Reinschriften, Bd. 46, Bl. 402–419v und 421–434v [Teilprot. 43a–b]; MF 278/279. — Teildruck [TOP 1]: *Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1263–1271.*

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette [zu 2], v. Obstfelder [für Stolberg-Wernigerode], Zettwach [beide zu 1].

1. Fortsetzung der kontrovers geführten Beratung über eine sofortige Einführung [...] des Instituts des Staatsanwalts in Kriminaluntersuchungen. *Die Festlegung einer generellen Befugnis [...] des Staates zum Rechtsmittel der Aggravation im Interesse des Staates und der Gesetze wird mehrheitlich abgelehnt, da dies die Einführung des Rechtsmittels der Kassation bedingt, was vor vollendeter*

Revision der Kriminal-Ordnung *und vor* Einrichtung der dritten Instanz in Kriminaluntersuchungen *nicht möglich ist*. Die unverzügliche Einführung des Staatsanwalts *als wiedereingerichtetes* Institut des Fiskalats *wird durch die Majorität befürwortet*.¹ *Kompetenzen des Staatsanwalts; Vorlage eines überarbeiteten Gesetzentwurfes*² *durch den Minister der Gesetzrevision*. [B] — **2. Parzellierungen.** *Fortgesetzte Spezialdiskussion zu den Entwürfen über das Dismembrationswesen: Plazierung derjenigen Bestimmungen der Instruktion, welche nunmehr in die Verordnung selbst aufgenommen werden sollen, wie z.B. die Grundsätze für die Verteilung der Geld- oder Natural-Abgaben des dismembrierten Grundstücks; für den Fall, daß ein solches Gut dismembriert wird, mit welchem die Verwaltung des Schulzen- oder Dorfrichter-Amtes verbunden ist; für das anzuwendende schiedsrichterliche Verfahren bei Streitigkeiten sowie die Bestimmungen wegen Regulierung der Kommunal- und Abgaben-Verhältnisse bei der mit Dismembrationen in Verbindung stehenden Etablierung selbständiger neuer Wirtschaften unter Berücksichtigung der ständischen Gutachten.*³ [B]

¹ *Vgl. zu den gegensätzlichen Positionen von Mühler und Savigny, die eine Wiedereinführung des Fiskalats entschieden ablehnten, Schmidt, Eberhard, Fiskalat und Strafprozeß. Archivalische Studien zur Geschichte der Behördenorganisation und des Strafprozeßrechtes in Brandenburg-Preußen, München/Berlin 1921, S. 178 f.*

² *Der Entwurf zur VO wegen Einführung der Staatsanwälte, wie diese VO nach dem ersten Beschluß des Staatsministeriums zu fassen sein würde, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 1, Bl. 274–279; dort weiter Bl. 280–281v die Grundzüge zu einer VO wegen Einführung der Staatsanwälte (Anlage A), Bl. 282–288g die Grundzüge zu der KO wegen des in Kriminaluntersuchungen einzuführenden Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde (Anlage B) sowie Bl. 289–290v ein Bericht an den König als Entwurf. Vgl. mit Bezug auf die Sitzung: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. XXXVI.*

³ *Die Relation über die zum Entwurf erstellten Gutachten der 1841 versammelt gewesenen Provinzialstände, wie der Landtags-Kommissarien, und Beurteilung der Gutachten, in: Rep. 84, II D Nr. 11, Bl. 21–46. Dort auch Bemerkungen E. L. v. Gerlachs v. 22.12.1843 zum Entwurf der VO, Bl. 63–65v.*

Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1843.

Vollz. Reinschr., Bd. 46, Bl. 435–444v [Prot. 44a]; MF 279. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3678, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette.

Parzellierungen. Fortgesetzte Spezialdiskussion zu den Entwürfen über das Dismembrationswesen: Bedingungen für die Anlage neuer Etablissements oder Ansiedlungen¹ und damit zusammenhängend für die Bildung [...] eines eigenen Gemeinde- und Schul- oder anderen korporativen Systems; Verfahrensweg bei der landespolizeilichen Prüfung und Genehmigung und Einhaltung des Instanzenzuges; Befugnis des Landrats bei der Regulierung der Kommunal- und Abgaben-Verhältnisse. [B]

¹ *Die hier diskutierten Punkte sind im Gesetz, betr. die Zerteilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedlungen v. 3.1.1845 enthalten, GS, S. 25.*

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß am 2. Januar 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 1–22v [Teilprot. 1a–d]; MF 279/280.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Alvensleben, Eichhorn, Savigny [zu 1–2], Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 1–2, 4], Arnim [zu 3–4]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1–2], Lette [zu 3–4], Starke [zu 1–2].

1. Gerichtsgebühren. Entwurf¹ einer Verordnung wegen Abänderung der Vorschriften über die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen: *Beschränkung* auf gerichtliche Angelegenheiten; *Kriterien für Festsetzung der Höhe der Gebühren sowie der Reise- und Versäumnis-kosten.* [B] — **2. Justizbeamte.** *Grundsätze für die Verbindung des Ratstitels mit den etatmäßigen Mitgliederstellen lediglich bei den größeren kollegialisch formierten Untergerichten sowie für die Verleihung des Ratstitels an alle übrigen richterlichen Beamten bei den [...] Untergerichten.*² [B] — **3. Erbteilungen.** *Gesetzentwurf³ und Arnims Votum zur Ausdehnung von im Ostpreußischen Provinzialrecht aufgestellten Taxgrundsätzen auf die Erbteilungen bäuerlicher Nahrungen in den übrigen Teilen der Provinz Preußen. Gemäß der Intention der Stände soll der Reinertrag mit Sechs von Hundert zu Kapital berechnet werden.* [B] — **4. Parzellierungen und Ansiedlungen.** *Weitere Gegenstände zur Verordnung über das Dismembrationswesen: Für eine erneute Diskussion über die Dismembrationsbefugnis von Erbzinsbesitzern und Eigentümern⁴ sowie über den speziellen Gesetzentwurf⁵ hinsichtlich der Kontrolle und Beschränkung neuer Ansiedlungen [...] für Westfalen ist erst Beratung des Staatsrats über das Dismembrationsgesetz abzuwarten. Regulierung der Beiträge der Ansiedler entsprechend der jeweiligen Orts-Verfassung; Mitwirkung einer kreisständischen Kommission bei der Begutachtung der Widersprüche [...] gegen neue Etablissements.*⁶ [B]

¹ *Dieser sowie ein Entwurf des Immediatberichts in: Rep. 84a (M), Nr. 2805, Bl. 150–167v, dort auch Voten aus den Jahren ab 1842. Vgl. auch einen Bericht Mühlers dazu v. 8.8.1842 in: Rep. 84, II 2 G Nr. 31, Bl. 3–20 sowie weitere Materialien dazu bis Bl. 39v. Vgl. weiter VO v. 29.3.1844, GS, S. 73.*

² *Die im Protokoll mehrfach erwähnte KO v. 31.3.1843 in: Rep. 90, Nr. 2522, Bl. 123v–124. Der Immediatbericht v. 8.3.1844 in: Rep. 89, Nr. 1548, Bl. 63–66. Dort auch eine generelle Übersicht der etatmäßigen Richterstellen an Untergerichten vom Februar 1844, Bl. 71–80.*

³ *Der Entwurf und das auf den 29.11.1843 datierte Votum (Drucke) in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 33, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 12.3.1844 mit dem überarbeiteten Entwurf. Vgl. auch VO für Westpreußen v. 22.3.1844, GS, S. 70.*

⁴ *Die seit der Sitzung am 25.5.1841, TOP 4 zu diesem Teilaspekt stattgefundenen umfangliche Beratung im Staatsministerium mit KO, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 30 Bd. 1, Bl. 112–187v. Dort auch der von Arnim am 16.5.1844 vorgelegte Entwurf einer VO zur Erläuterung des § 29 der Ablösungs-Ordnung v. 7.6.1821, ingleichen des Landeskultur-Edikts v. 14.9.1811 sowie die Sicherstellung der Dienst- und Leistungs-Berechtigten bei Dismembrationen mit Erläuterungen, Bl. 191–214. Der Entwurf wurde im Januar 1846 durch den Minister des Innern Bodelschwingh zurückgezogen und die legislative Beratung darüber ausgesetzt, Bl. 216–218v.*

⁵ *Rep. 84, II 2 D Nr. 11, Bl. 52–54v.*

⁶ *Der am 6.3.1844 im Staatsministerium in Umlauf gesetzte überarbeitete Gesetzentwurf betr. die Dismembration von Grundstücken sowie der Entwurf einer Instruktion zur VO, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f.*

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1844¹.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 23–51 [Teilprot. 2a–e]; MF 280.

¹ *TOP 5 wurde lt. Protokoll im Berliner Stadtschloß verhandelt.*

Anwesend²: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 3–5], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [a] v. Duesberg [U]; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 2], E. W. F. v. Hagen [zu 2; U], Lette [zu 5], A. W. Schulze [zu 3–4].

1. Niederlassung und Armenpflege. In Anlehnung an die besondere KO³ für Berlin von 1824 zur Abwehr des verstärkten Zuzugs sowie an die Verhandlungen im Staatsrat von 1841⁴ ist ein Erlaß zum Fortbestand besonderer Bestimmungen [...] für Berlin dahingehend auszuarbeiten, daß die Niederlassung neuanziehender Personen an den Nachweis der Erwerbsfähigkeit und Unbescholtenheit geknüpft ist, da die eigentümlichen Verhältnisse einer großen Haupt- und Residenzstadt [...] besondere Vorsicht und Strenge erfordern. Berücksichtigung des Rechts auf Armenpflege; keine Publikation des Erlasses. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3. Pensionssache.** [B] — **4.** Gesuch⁵ des Magistrats und der Stadtverordneten zu Brüssow wegen Überlassung verschiedener zur Domäne Brüssow gehörigen Grundstücke; wegen Errichtung eines besonderen Gerichts in Brüssow; wegen Verbesserung des Schulwesens durch Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten Rektors sowie wegen des Baues einer Chaussee von Prenzlau nach Brüssow. [B] — **5. Altmärkische Bauernlehne.** Erneute Beratung des anderweit bearbeiteten Gesetzentwurfs⁶ von 1841. Kontroverse Debatte über besondere Ablösungsgrundsätze für das den Lehnherren zuständig gewesene Heimfallsrecht sowie darüber, die Entscheidung der obwaltenden Streitigkeiten den Gerichten anheimzugeben. Ein neuer Gesetzentwurf ist auszuarbeiten, der auch die für die Altmärkischen Bauernlehne geltende Aufhebung aller lehnherrlichen Rechte sowie das dagegen fortbestehende Heimfallsrecht des vormaligen Lehnsherren ausdrücklich erwähnen soll. [B]

² TOP 1: Stolberg [U].

³ Die KO v. 11.11.1824 in: Kamptz, *Annalen der Staatsverwaltung*, Bd. 16 (1832), S. 708.

⁴ Die Verhandlungen mit den überarbeiteten Entwürfen in: Rep. 80, I Inneres Adhib. Nr. 64 Drucksachen, Bl. 220–304 sowie in Adhib. Nr. 64 Beiheft 1841–1843. Besondere Überlegungen für Berlin gingen von dem im Staatsrat beratenen und am 31.12.1842 erlassenen Gesetzen über die Aufnahme neu anziehender Personen sowie über die Verpflichtung zur Armenpflege aus, GS, 1843, S. 5 bzw. 8.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Die gedruckte KO v. 22.3.1844 mit dem Immediatbericht v. 6.3.1844, der Relation über die gutachtlichen Bemerkungen des Kommunal-Landtages der Altmark sowie mit dem überarbeiteten Entwurf, in: Rep. 84, II 5 A Nr. 1 Bd. 16, Bl. 120–141.

Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1844.

Vollz. Reinschrift mit einer Korrektur¹, Bd. 47, Bl. 52–55dv [Teilprot. 3a–d]; MF 280. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 24–27v.

Anwesend: Boyen [V zu 3–4; U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1], Alvensleben [zu 1–3; 2–3 U], Eichhorn [zu 2–4; U], Thile [zu 1–3; 1–4 U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [a] [Scholz, U]; [b–d] [?].

¹ Auf Bl. 55c vermerkte Arnim zu TOP 4 mit Bleistift neben dem Abstimmungsergebnis (4:4): Nach dem Eingang des Protokolls sind 9 [...] anwesend gewesen, was aufzuklären ist. Tatsächlich sind aber 10 Staatsminister aufgeführt, wobei wohl später darunter der Zusatz erfolgte, daß Alvensleben sowie Thile [...] sich vor dem Beginn der Beratung entfernt [...] haben, Bl. 55.

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1], v. Duesberg, E. W. F. v. Hagen, Horn [beide zu 2; U], Mathis [zu 3], Scholz [zu 1; U].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Gerichte. Meinungsverschiedenheit zwischen Mühler und Arnim über die Befugnis der Untergerichte, für die im Auftrage der Regierungen veranlaßten Erörterungen über Kriegsentschädigungs-Forderungen gegen Provinzen, Kreise und Gemeinden Gebühren zu erheben; gebührenfreie Bearbeitung.² [B] — **4.** Verwaltungsgerichtsbarkeit. Meinungsverschiedenheiten über die Zulassung des Rechtsweges bei Rückerstattungsansprüchen auf Einzugs- und Bürgergelder, welche von einst zu Frankreich und zum Großherzogtum Berg gehörenden Gemeinden erhoben worden sind, sowie über eine mögliche Befreiung der Kommunen von diesen Ansprüchen. [B]

² Mehrere Voten in: Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 1, n.f., ebd. der Immediatbericht v. 24.4.1844 und die KO v. 13.5.1844 mit der Auflage zur gebührenfreien Bearbeitung.

Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 56–65 [Teilprot. 4a–e], Anlage¹: Bl. 61; MF 280/281. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 28–35v.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [1–3, 5 U], Thile [zu 3; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 4–5; 3–4 U]. — Prot.: [a–b] Lehnert [U]; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 1], Horn [zu 2; U], Kisker [zu 3–5], Lehnert [zu 1–2; U].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Pfändungen. Verfahren [...] bei Abpfändung von Mobilien [...] in den größeren Provinzial-Hauptstädten und Aufhebung der hiervon abweichenden bisherigen Praxis in Berlin.² [B] — **4.** Verjährungsfristen. Gesetzentwurf³ zur Einführung von kürzeren Verjährungsfristen [...] auch in den Landesteilen, wo noch gemeines Recht gilt: Festlegung der Fristen sowie Unterbrechung der Verjährung; Auswirkungen auf besondere Provinzial- oder Lokalrechte. [B] — **5.** Hypotheken. Entwurf⁴ einer Verordnung betr. ein allgemeines, nachträgliches Aufgebot der Reallasten zur Beförderung und zum Abschluß der Hypotheken-Regulierung im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Arnberg. [B]

¹ Separat-Votum des Prinzen von Preußen v. 17.12.1843 zu TOP 3.

² Voten, auch zur Verfahrensweise in Berlin sowie der Immediatbericht v. 18.2. und die KO v. 8.3.1844, die bisherige Sonderregelungen für Berlin aufhob, in: Rep. 90a, X V 1 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

³ Rep. 151, I C Nr. 515, Bl. 87–90. Vgl. VO v. 6.7.1845, GS, S. 483.

⁴ Rep. 90a, X V 2 Nr. 1 Bd. 3, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 9.3.1844 und die weitere Beratung im Staatsrat.

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 23.¹ und 30. Januar 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 66–86 [Teilprot. 5a–d]; MF 281.

¹ TOP 1 wurde lt. Protokoll am 23.1. beraten, erhielt aber die gleiche, intern im Büro des Staatsministeriums vergebene Nummer (Nr. 5) wie TOP 2 bis 4; vgl. auch die Abschr. in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f. Auch aufgrund der veränderten Anwesenheit im Vergleich zum 23.1.1844 wurde es hier dem 30. Januar zugeordnet.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [zu 1; U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [a–b] [v. Duesberg]; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Göschel [zu 3–4].

1. Eide der vormals unmittelbaren Reichsstände. Über das Recht der Häupter der vormals reichsständischen Familien sowie der souveränen Bundesfürsten, in hiesigen Gerichtsprozessen zugehobene oder notwendige Eide durch einen Bevollmächtigten abzuleisten, ist jeweils einzeln zu entscheiden.² [B] — **2. Standesherrn.** Vortrag³ v. Duesbergs zum Rezeß wegen der Rechtsverhältnisse des Fürstlich Bentheim-Steinfurtschen Hauses in Beziehung auf die vormals reichsunmittelbare Grafschaft Steinfurt und die vormals Münsterische Unterherrschaft Rüscha und Borghorst; die Genehmigung des Rezesses ist zu beantragen. [B] — **3. Juristen-Vereine.** Statt mit gesetzlichen Verboten soll besser durch disziplinarische Maßregeln und indirekte Vorkehrungen einer gefährlichen Richtung weiterer Assoziationen unter den Juristen, wie sie sich auf der Soester Versammlung⁴ in Äußerungen zur Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstandes zeigten, begegnet werden. Von bestimmten Vorkehrungen gegen die Fortsetzung und Ausbreitung inländischer Juristen-Versammlungen ist vorerst noch Abstand zu nehmen, die Teilnahme an den ausländischen Advokaten- und Juristen-Vereinen jedoch ausdrücklich zu untersagen.⁵ [B] — **4. Huldigungseid.** Immediatgesuche⁶ des Grafen York von Wartenburg sowie des Grafen von Dyhrn auf Reesewitz wegen der als Untersassen des Fürstentums Oels beim Huldigungseid zu schwörenden Untertanenpflicht, die gleichzeitig dem Landesherrn und auch dem Erbherren zu schwören ist; Möglichkeit einer Besitztittelberichtigung bzw. Offenhaltung des Rechtsweges. [B]

² Vgl. einen anderen Beschluß in der Sitzung am 16.11.1844, TOP 1. Der Immediatbericht v. 10.2.1844 sowie die KO v. 8.3.1844 in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f.

³ Der schriftliche Vortrag v. 13.1. wie auch der Vertrag v. 5.12.1844 in: Rep. 90, Nr. 71, n.f. Dort der Immediatbericht v. 18.2. und die KO v. 1.3.1844 über die Rechtsverhältnisse zu Steinfurt sowie zum Amt Rüscha und dem Gericht Borghorst. Vgl. weiter Rep. 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 158–172v.

⁴ KO, Voten, Berichte über mögliche Gegenmaßnahmen in: Rep. 77, Tit. 500 Nr. 17; der Immediatbericht v. 1.3.1844 in: Rep. 89, Nr. 17005, Bl. 10–13. Über die Versammlung in Soest vgl. auch die Denkschrift: Die Feier der Erinnerung des zehnjährigen Bestehens der Verordnung v. 1. Juni 1833 durch die am 1. Oktober 1843 in Soest versammelten westfälischen und zum Teil rheinländischen praktischen Juristen, Arnsberg 1843.

⁵ Die KO v. 15.3.1844 mit dem Verbot der Teilnahme an ausländischen Versammlungen und Vereinen bei Sonnenschmidt, F. H., Geschichte des Königlichen Geheimen Ober-Tribunals zu Berlin, Berlin 1879, S. 267. Zur Einschätzung durch das Staatsministerium vgl. auch v. Hodenberg, Die Partei der Unparteiischen, S. 167 f.

⁶ Das Gesuch York von Wartenburgs v. 15.3.1843 in: Rep. 84a (M), Nr. 6823, Bl. 160–164v, seine abschriftliche Beschwerde über das Herzoglich-Fürstentums-Gericht zu Oels an das Oberlandesgericht Breslau, Bl. 165–166. Vgl. auch Rep. 84, II 2 S Nr. 9, Bl. 137–141v ein Votum Mühlers v. 1.7.1843 und andere Schriftstücke.

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 13. Februar 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 47, Bl. 87–112 [Prot. 7a]; MF 281/282. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 186–202v; Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 39–52v.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler.

Evangelische Kirchenverfassung. Gesetzentwurf¹ wegen veränderter Einrichtung der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen: *Ableitend von der historischen Entwicklung seit der Reformation plädiert Eichhorn dafür, den Konsistorien die frühere ungeteilte Verwaltung des Kirchenwesens zurückzugeben, auch um so z.B. bei der Besetzung der landesherrlichen Patronatstellen, bei der Disziplin über die Geistlichen sowie bei der Vermögensverwaltung den Interessen der evangelischen Kirche zu entsprechen, die nach den Kölner Wirren [...] der anderen katholischen Kirche gegenüber ihre Selbständigkeit gewahrt sehen möchte. Ausgenommen von der Rückgabe sollen die Leitung des Elementar-Unterrichts sowie die geistliche Gerichtsbarkeit in Sponsalien und Ehesachen bleiben. Kontroverse Diskussion, auch über die Unterschiede zwischen einzelnen Provinzen; vertagt.* [B]

¹ Zwei Fassungen in: *Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 181–184v; dort auch Bl. 144–171v die im Kultusministerium verfaßte Denkschrift über die Modifikationen des gegenwärtigen Kompetenz- und Ressortverhältnisses der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchen- und Schulwesen und ein Auszug aus den Verhandlungen der dritten westfälischen Provinzial-Synode sowie mehrere Voten. Diese und weitere Materialien auch in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. I Nr. 2 Bde. 1–2, Rep. 84, II 2 P Nr. 20, Bl. 88–125 und Rep. 77, Tit. 123 Nr. 111 Bd. 1, Bl. 161–189v.*

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 47, Bl. 113–135v [Prot. 8a]; MF 282. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 203–216v; Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 53–62v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler.

Evangelische Kirchenverfassung. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen veränderter Einrichtung der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen: Nochmalige Erörterung der Bedenken zur Übertragung der Aufsicht über die kirchliche Vermögensverwaltung an die Konsistorien. Bodelschwingh hält eine vorgängige Begutachtung des Entwurfs insbesondere durch die Oberpräsidenten und die General-Superintendenten für erforderlich. Erneut kontroverse Diskussion über die Besetzung der landesherrlichen Patronatsstellen. Abwägung der öffentlichen Meinung, gegen die man nach Arnims Ansicht nicht regieren kann. Vor der Begutachtung durch die Provinzialbehörden nunmehr Spezialdiskussion, u.a. über die Charakterisierung der Konsistorien als Verwaltungsbehörden und Kompetenzabgrenzung gegenüber der Regierung, besonders wieder die Übertragung des Besetzungsrechts landesherrlicher Patronatstellen sowie Vermögensverwaltung bei den landesherrlichen Patronatkirchen; vertagt. [B]

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 27. Februar 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 47, Bl. 136–143v [Prot. 9a]; MF 282. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 213–216v; Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 63–66v.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [U], Mühler [U], Rother, G. v. Rochow [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler.

*Evangelische Kirchenverfassung. Fortgesetzte Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf wegen veränderter Einrichtung der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen: Regulierung des Interimistikums in Kirchen- und Pfarrbau-Sachen; Trennung des Amtes des Oberpräsidenten von dem eines Konsistorial-Präsidenten und der Befugnisse, was bei Vorlage zur Begutachtung sowohl den Oberpräsidenten als auch den General-Superintendenten nicht mitzuteilen ist.*¹ — *Der Gesetzentwurf*² *hinsichtlich des unveränderten Ressortverhältnisses der Provinzialbehörden in katholisch-kirchlichen Angelegenheiten beinhaltet die Tendenz, die Handhabung des landesherrlichen Jus circa sacra in der Hand des Oberpräsidenten zu verstärken. Die endgültige Fassung soll erst nach Begutachtung des Entwurfs über das evangelische Kirchenwesen durch die Provinzialbehörden erfolgen.* [B]

¹ Eine Zusammenstellung der Ressortverhältnisse der Provinzialkonsistorien und der Regierungen in evangelischen Kirchenangelegenheiten, in: Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 217–225v. Dort weiter ein diesbezügliches Reskript v. 15.5.1844 an alle Oberpräsidenten, Bl. 226–226v sowie Voten. Dieses und weiteres Material auch in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. I Nr. 2 Bd. 2, Bl. 100–446v. Vgl. auch VO v. 27.6.1845, GS, S. 440. Vgl. ferner: Friedrich, Martin, Die preußische Landeskirche im Vormärz. Evangelische Kirchenpolitik unter dem Ministerium Eichhorn (1840–1848), Waltrip 1994, S. 149–201.

² Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. I Nr. 2 Bd. 1, Bl. 181–181v und Rep. 84, II 2 P Nr. 20, Bl. 126–126v.

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 5. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 144–150e [Teilprot. 10a–c]; MF 282/283. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 67–74v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [1–2 U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [2–3 U]. — Prot.: [a] [v. Gerlach]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach¹ [zu 1], Lette [zu 2], Mätzke [zu 3].

1. Bei laufender Beratung des Entwurfes² des Ehescheidungsgesetzes und zugunsten einer gefälligeren Aufnahme in der öffentlichen Meinung Majoritätsbeschlüsse zum Streichen von vorgeschlagenen [...] Strafen des Ehebruchs. Eine Vorlegung des Entwurfs an die ständischen Ausschüsse ist nicht empfehlenswert. [B] — 2. Verordnung³ zur Aufhebung des im Markgrafentum Oberlausitz als Provinzialgesetz geltenden Oberamts-Patents vom 18.8.1727 wegen Wässerung der Wiesen, freien Wasserlaufs und Räumung der Flüsse. [B] — 3. Organisation, Dotierung und Vermehrung der Fräuleinstifter.⁴ [B]

¹ Zu Gerlachs erneuter Referententätigkeit in der Eherechtsreform, vgl. ders., Aufzeichnungen, Bd. 1, S. 348.

² Die revidierte Fassung vom Dezember 1843 nach den Beratungen im Staatsrat mit Erläuterungen in: Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 2, Bl. 232–245v. Dort auch Bl. 246–249v der Entwurf von Gerlachs Vortrag für diese Sitzung. Vgl. auch Entwürfe und andere Materialien in: Rep. 92, Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 1, n.f.

³ Der Entwurf, Motive und Voten in: Rep. 90a, N I Nr. 4 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rep. 84, II 5 O Nr. 2 Bd. 4, Bl. 2–21v. Vgl. weiter VO v. 26.4.1844, GS, S. 112.

⁴ Dazu Voten, Nachweisungen und andere Materialien in: Rep. 151, I C Nr. 8411, n.f.

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 151–168 [Teilprot. 11a–f]; MF 283. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 72–86v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], Rother [1–5 U], Eichhorn [zu 2–3, 5–6; U], Alvensleben [1–5 U], Thile [zu 2–3, 5–6; U], Savigny [U], Bülow [zu 2–3, 5–6; U], Bodelschwingh [zu 2–6; U], Stolberg-Wernigerode [zu 2–3, 5–6; 2–3, 5 U], Arnim [zu 2 und 6; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 4], v. Duesberg, Ernst [zu 3], Horn [zu 1 und 4], Löwenberg [zu 1], v. Oeynhausen [zu 5], v. Viebahn [zu 2 und 6; 6 U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Zwangsverkäufe.** Entwurf¹ einer Verordnung wegen Einführung des Herzoglich-Nassauischen Edikts vom 25./26.8.1812 über das bei unfreiwilliger Entäußerung des Eigentums aus Gründen des öffentlichen Nutzens zu beobachtende Verfahren in der Stadt Wetzlar und deren Feldmark. [B] — **3. Steuerbeamte.** Legislative Feststellung des ordentlichen Gerichtsstandes der preußischen Steuerbeamten, welche außerhalb *Preußens* im Zollvereins-Gebiet stationiert sind.² [B] — **4. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **5. Temporäre Schließung der Steinkohlen-Revier** im ober-schlesischen Bergamtsbezirk Tarnowitz. [B] — **6. Entwurf**³ eines Regulativs zum Verfahren bei Chausseepolizei- und Chaussee-Geld-Übertretungen. *Spezialdiskussion v.a. zur Kompetenzabgrenzung zwischen den Zoll- und Steuerämtern, den Ortspolizeibehörden und den Landräten; zur verschiedenen Behandlung der Chausseepolizei- und der Chaussee-Geld-Kontraventionen.* [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 114 Nr. 137 Bd. 1, Bl. 79; ebd., Bl. 73–73v das Edikt von 1812 sowie weiteres Material. Die KO v. 22.5.1844 gedr. in: Amts-Blatt der kgl. Regierung zu Koblenz, Jg. 1844, S. 179f. Die Zwangsverkäufe hatten die Schiffbarmachung der Lahn zum Hintergrund.*

² *Der Entwurf einer VO in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 120 Bd. 1, Bl. 62, dort auch überarbeitete Fassungen sowie der Immediatbericht v. 1.4.1844, Bl. 67–72v. Vgl. VO v. 26.4.1844, GS, S. 112.*

³ *Ein Entwurf vom Juli 1843 in: Rep. 84, II 2 C Nr. 7, Bl. 46–69v. Das Regulativ v. 7.6.1844, GS, S. 167.*

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 47, Bl. 169–176v [Prot. 12a]; MF 283. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 87–91v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Nobiling, Voswinckel.

*Überarbeitete Gesetzentwürfe*¹ über den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten sowie über die Jagdvergehen und die in der ministeriellen und ständischen Begutachtung geäußerten

¹ *Der Entwurf eines Immediatberichts, ein Separat-Votum des Prinzen von Preußen v. 1.8.1843 über die eingetretenen Abweichungen zu den früheren Entwürfen, weitere Voten vom August/September 1843, eine Übersicht der materiellen Abweichungen zwischen den bereits den Provinzialständen vorgelegten und jetzt neu erarbeiteten Entwürfen, in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f. Ebd. der Immediatbericht v. 8.4.1844 sowie die überarbeiteten Gesetzentwürfe.*

Bedenken: *unterschiedliche* provinzielle Gesetzgebung beim Jagdschutz, z.B. in den Rechten der Grundbesitzer; regelmäßige Anwesenheit der Förster an den Forstgerichtstagen. [B]

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 18. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 177–194 [Teilprot. 13a–d]; MF 283/284. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 92–103.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–4], Rother, Alvensleben [beide 1–3 U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 3], v. Könen [zu 2], Schmedding [zu 1], Schröner [zu 3].

1. Parochialrechte. Kontroverse, *ob die* Beisetzung eines fremden Konfessions-Verwandten auf dem Gottesacker sowie *durch einen Geistlichen der anderen Religionspartei einen* Eingriff in die Parochialrechte der Religionspartei des Verstorbenen darstellt. *Allgemeine Regelung.* [B] — **2.** Das Gesuch¹ der Neumärkischen Stände um Erlaß der Aufbringung eines jährlichen Aversums sowie die Erstattung der seit dem Jahre 1811 gezahlten Beiträge werden *abgelehnt.* [B] — **3.** *Disziplinierung von Justizbeamten. Die Disziplinaruntersuchung gegen den Justizkommissarius Crelinger zu Königsberg wegen seines Verhaltens bei einem dem Dichter Herwegh gegebenen Festmahle soll mit einem ernsten Verweis abgeschlossen werden.*² [B] — **4.** *Ausdehnung der gesetzlichen Vorschriften³ zur Regulierung des Judenwesens im Großherzogtum Posen auch auf die Fälle einer Übersiedelung aus einer Korporation in eine andere innerhalb der Provinz Posen.* [B]

¹ Das Gesuch aus dem Jahr 1840 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Voten sowie der Immediatbericht v. 27.4.1844 in: Rep. 90, Tit. XVII Prov. Brandenburg Nr. 9, Bl. 3–50v.

² Vgl. Rep. 90, Tit. IX Litt. C Nr. 11, dort weiter Bl. 25–32 ein Gutachten des Oberlandesgerichts Königsberg v. 11.7.1843, weiterhin Bl. 48–108 die Relationen der beiden Referenten Bischoff und Schröner und Bl. 111–124 der Immediatbericht v. 28.4.1844 und weitere Schriftstücke, wie ein Schreiben Crelingers vom 14. März und ein Separatvotum Wilhelms gegen einen bloßen Verweis vom 29.4.1844. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 18476, n.f.

³ Bezieht sich auf den § 20 der VO v. 1.6.1833 (GS, S. 69), der nun mit einer KO v. 24.6.1844 auf die Ablösung der Korporations-Verpflichtungen bei Änderung des Wohnsitzes erweitert wurde, GS, 1844, S. 259.

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 19. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 195–207 [Teilprot. 14a–b], Anlage¹: Bl. 208–211v; MF 284. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1272–1276.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [zu 2], Wilhelm Prinz von Preußen [2 U] Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Lette [zu 1], Müller, Uhden, v. Voß, Zettwach [alle zu 2].

1. *Parzellierungen. Die Änderungen² Arnims zum Gesetzentwurf über die Dismembration von Grundstücken werden genehmigt. Außerdem Erweiterung des Gesetzstitels um die Anlegung*

¹ Zu TOP 2: Grundzüge zu einer Verordnung wegen Einführung der Staatsanwälte.

neuer Etablissements sowie Nachbesserungen an einzelnen Paragraphen, u.a. zum Gegenstand des den Polizeibehörden obliegenden Regulierungsverfahrens bei öffentlichen Lasten und zur Übereinstimmung bei Ablösungen zwischen der Dismembrationsbefugnis einerseits sowie den Interessen der öffentlichen Ordnung und denen der mitbetroffenen Institute und Korporationen andererseits. Das Gutachten des Staatsrates ist anzufordern; weitere Beratung im abgekürzten Verfahren. [B] — 2. Staatsanwaltschaft. Auf Drängen³ Friedrich Wilhelms IV. erneute Beratung über die Einführung des Instituts der öffentlichen Anwälte in Kriminaluntersuchungen zum Zwecke, [...] in allen Untersuchungen ohne Unterschied des Gegenstandes ein Rechtsmittel im Interesse des Staats und der Gesetze einlegen zu können. Savigny ist nunmehr von einem wirklich vorhandenem Bedürfnis zu dessen Einführung [...] überzeugt. Beschränkung der Fälle, bei denen das einzuführende Rechtsmittel eingelegt werden kann. Eine Gestattung des Rechtsmittels lediglich gegen die Entscheidung erster Instanz kann in der öffentlichen Meinung den Eindruck erwecken, daß die Gesetzgebung [...] bloß das Bedürfnis des Staats ins Auge faßt und diesem, namentlich in den Untersuchungen wegen politischer Verbrechen, Schutz gewährt, dagegen das Bedürfnis, auch dem Angeklagten in dem Untersuchungsverfahren die vermißte größere Garantie zu gewähren, völlig unbefriedigt läßt. Dennoch entscheidet sich die Majorität dafür unter der Bedingung der näheren Erwägung und Prüfung. [B]

² Das Schreiben Arnims v. 6.3.1844 über Abänderungen infolge der Vernehmung einiger Oberpräsidenten und Landräte aus denjenigen Provinzen, in denen die Zerstückelung von Grundstücken, insbesondere von bäuerlichen Gütern, in neuerer Zeit am häufigsten vorgekommen waren, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 2, n.f. Ebd. die neuen Gesetzentwürfe. Der mit handschriftlichen Korrekturen überarbeitete und von allen Ministern eigenhändig vollzogene, gedruckte Gesetzentwurf betr. die Dismembration von Grundstücken (und die Anlegung neuer Etablissements – als handschriftliche Ergänzung im Titel, vermutlich von Arnim). Die Korrekturen im gedruckten Exemplar begründete Arnim am 22. März mit der bestehenden Dringlichkeit der Sache, der Immediatbericht datiert ebenfalls bereits v. 28.3.1844, vgl. ebd. Die Zusammenstellung der Beschlüsse des Plenums des Staatsrats mit überarbeitetem Entwurf vom Juni 1844, in: Rep. 80, I Inneres Nr. 87, Bl. 221–233v.

³ Die KO v. 15.3.1844 in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 1, Bl. 237. Dort auch Bemerkungen von Ministern und Referenten über die Einführung des Rechtsmittels der Aggravation sowie die weitere Beratung im Ministerium der Gesetzrevision mit Entwurf. Vgl. auch die dem Teilprotokoll beigefügte Anlage sowie jeweils mit Bezug auf die Sitzung: Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 556 f.; Otto, Die preußische Staatsanwaltschaft, S. 22 und Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. XXXVI.

Nr. 240 Sitzung des Staatsministerium am 25. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 212–230i [Teilprot. 15a–d]; MF 284/285.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U]¹, G. v. Rochow [zu 1 und 3], Alvensleben [zu 1–3; 1 U], Eichhorn [zu 1, 3–4; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Göschel [zu 1 und 3], Lette [zu 2], v. Mörner [zu 4].

1. Kinder. Auslegung der Vorschriften des ALR, welche die Vermutung für die Ehelichkeit eines während der Ehe geborenen Kindes auch gegen den Vater begründen². Möglichkeiten des Gegenbeweises vor Gericht durch den Ehemann oder Verwandte. Savigny ist für die Aufhebung der landrechtlichen Präsuntion und für die ausdrückliche Verstattung des Kindes zur negativen Filia-

¹ TOP 4: Ruppenthal [für Mühler U].

² Die Voten von Mühler und Savigny vom Juli 1843 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 185, Bl. 3–9. Dort auch Bl. 46–46v eine Zusammenstellung der im Votenwechsel zum Entwurf einer Deklaration des ALR geäußerten Bedenken, Bl. 16–29v der Entwurf sowie Bl. 55–60v der Immediatbericht v. 23.4.1844.

tionsklage. *Die Rechte des Kindes und dritter Personen müssen bei einer Revision des Landrechts klarer abgegrenzt werden; wegen übereinstimmender Praxis scheint eine deklaratorische Bestimmung und somit eine Veränderung der bestehenden Gesetzgebung kein dringendes Bedürfnis.* [B] — **2.** *Gemeinheitsteilungen und Ablösungen. Entwurf³ einer Verordnung wegen Aufbringung der bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen [...] auf Kirchen, Pfarren, Schulen und Küstereien fallenden Kosten: Vermögen des einen geistlichen Instituts kann nicht für die dem andern Institut zur Last fallenden Kosten [...] in Anspruch genommen werden. Bestimmung und Ausdehnung der Terminalzahlungen für die den Kirchenbeamten selbst treffende Kosten. Kosten-Beitragspflicht bei Anlegung von Wegen, Triften und Gräben im Sinne von Auseinandersetzungskosten; dementsprechende Wiederherstellung des früheren vom Staatsministerium bereits vollzogenen Entwurfs⁴.* [B] — **3.** *Urkunden. Ausdehnung von Bestimmungen der Allgemeinen Gerichtsordnung über die Befugnis zur Ausstellung und Glaubwürdigkeit von Urkunden.⁵ Festsetzung auf die Repräsentanten und Vorsteher aller öffentlich anerkannten Korporationen, auf Kirchenpatrone, [...] Schulen und milde Anstalten sowie mit Einschränkungen auch auf Privatpatrone.* [B] — **4.** *Zwei Disziplinarsachen; unfreiwillige Dienstentlassung zweier Bürgermeister in der Rheinprovinz.⁶* [B]

³ *Der Entwurf in: Rep. 80, I Inneres Nr. 89, Bl. 3–36.*

⁴ *Vgl. Sitzung am 31.10.1843, TOP 2.*

⁵ *Voten von Mühler und Eichhorn vom Mai/Juni 1843 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 189, Bl. 3–5, 8–8v. Dort auf Bl. 6 der Entwurf eines Erlasses auf Ausdehnung des § 415 der AGO auch auf andere Urkunden sowie die Voten anderer Minister dazu, weiter Bl. 25–25v ein überarbeiteter Gesetzentwurf vom Sommer 1844; die KO v. 23.7.1844 an den Staatsrat mit allem Material, Bl. 35–50.*

⁶ *Der Immediatbericht v. 31.5.1845, der u.a. auf die gesetzgeberischen Besonderheiten in der Rheinprovinz einging, in: Rep. 90, Tit. IX Litt. S Nr. 88, n.f.*

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 26. März 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 231–245v und 250–251 [Teilprot. 16a–c], Anlage¹: Bl. 246–249v; MF 285. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, Abt. II, Bd. 11, S. 1281–1281f.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [zu 1], Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1 und 3], Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [zu 1 und 3; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 1; U], Bodelschwingh [U], Arnim [zu 2–3]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v.u.z. Mühlen [zu 1 und 3], Zettwach [zu 2].

1. *Jagdgerechtigkeit. Immediatbeschwerde² [...] mehrerer Besitzer jagdberechtigter Güter im Fürstentum Minden und der Grafschaft Ravensberg wegen des Nachweises ihres früheren Besitzstandes hinsichtlich der Jagdgerechtigkeit; Einschreiten auf dem Wege der Legislation bedenklich und deshalb Einsichtnahme der damaligen Beratungsprotokolle der Staatsratskommission über das Gesetz vom 16.11.1839 durch das Geheime Ober-Tribunal, das in Ermangelung einer näheren Kenntnis der Verhandlungen die VO unrichtig ausgelegt hatte und nun ein Gutachten erstellen soll.* [B] — **2.** *Staatsanwaltschaft. Die Prüfung des Staatsministerial-Beschlusses vom 19. d. M. durch*

¹ *Zu TOP 2: Grundzüge zu der Verordnung wegen des in Kriminaluntersuchungen einzuführenden Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde.*

² *Das Gesuch v. 3.11.1843 in: Rep. 90, Tit. XXX B Westfalen, Rheinprovinz Nr. 12 Bd. 2, Bl. 3–11v, ferner Bl. 40–87 ein weiteres Gesuch v. 20.2.1844, auch Voten und der Immediatbericht v. 21.4.1844 sowie Bl. 104–111v das umstrittene Erkenntnis des Geheimen Ober-Tribunals v. 31.3.1843. Die Staatsratsprotokolle vom Oktober 1839 in: Ebd. Bd. 1, Bl. 141–163v.*

Savigny, nämlich daß dem Staate [...] nur gegen die Erkenntnisse erster Instanz ein Rechtsmittel eingeräumt werden soll, ergab erhebliche Bedenken. Im Interesse des Staates, aber auch in Rücksicht auf die öffentliche Meinung sowie hinsichtlich der Lage des Angeklagten schlägt Savigny deshalb vor, in Kriminaluntersuchungen die Nichtigkeitsbeschwerde sowohl für den Staatsanwalt als auch für den Angeklagten einzuführen und somit eine gewisse Rechtsgleichheit herzustellen.³ Die Majorität ist jedoch dafür, nur dem Staatsanwalt dieses Rechtsmittel [...] und auch nur gegen das erste Urteil zuzugestehen. [B] — 3. Justizbeamte. Besetzung der Subaltern-Posten bei den Ober- und Untergerichten in Ausdehnung der bisherigen Bestimmungen⁴ und gleichzeitige Festsetzung der Befugnisse für die Verwaltungschefs bei Ausnahmefällen. [B]

³ Siehe Anlage. Die im Protokoll auf Bl. 236 als Anlage B bezeichnete Zusammenstellung der Grundzüge zu der KO wegen des in Kriminaluntersuchungen einzuführenden Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 1, Bl. 282–288g. Dort auch der Entwurf zur VO wegen Einführung der Staatsanwälte, wie diese VO nach dem ersten Beschluß des Staatsministeriums, also nach dem 19.3.1844, zu fassen sein würde, Bl. 274–279. Ebd. die Grundzüge zu einer VO wegen Einführung der Staatsanwälte, Bl. 280–281v (Anlagen A, B); diese gedruckt bei Otto, Die preußische Staatsanwaltschaft, S. 22–26. Der Immediatbericht v. 30.4.1844 mit Anlagen in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 2, Bl. 3v–28v; vgl. weiter Rep. 80, I Justiz Nr. 195. Der Immediatbericht vom 30.4.1844 wurde bei Otto, S. 28–30 irrtümlich als Beratung bezeichnet und auszugsweise abgedruckt, die unrichtige Bezeichnung auch übernommen von Schmidt, Fiskalat und Strafprozeß, S. 179.

⁴ Vgl. KO v. 31.12.1827, GS, 1828, S. 6 und die neue, die Befugnisse der Chef-Präsidenten erweiternde KO v. 10.5.1844, GS, S. 115. Die Verfügung Mühlens v. 20.6.1844 zur Ausführung in: JMinbl., 1844, S. 156–158.

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 252–289v¹ [Teilprot. 17a–d]; MF 285/286.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–4], Alvensleben [1–3 U], Eichhorn [zu 2–4; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 2–4; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2–4; 2–3 U], Arnim [U]. — Prot.: [a] Costenoble [U]; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1; U], v. Duesberg, Jähnigen [zu 1], Lette [zu 2–4].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Kompetenz der Regierungen [...] bei Vertauschung einzelner Gutsparzellen ohne Einwilligung der Hypothekengläubiger und Realberechtigten, vor allem zur Erteilung des Konsenses zu einer solchen Vertauschung. [B] — 3. Präklusion. Gesetzentwurf² über das für Entwässerungsanlagen einzuführende Präklusions-Verfahren. Grundsatzdiskussion über die notwendige Ergänzung des Vorflutgesetzes³, vor allem die Einführung eines Aufgebots- und Präklusions-Verfahrens zur Sicherstellung umfassender Entwässerungsanlagen, da sich die nachteiligen Folgen der Entwässerung meist erst nach Jahren einstellen; Begutachtung durch den Staatsrat. [B] — 4. Gemeinheitsteilungen und Ablösungen. Fortgesetzte Beratung über die Verordnung der bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen [...] auf Kirchen, Pfarren, Schulen und Küstereien fallenden Kosten: Bei Aufbringung der Kostenbeiträge ist zwischen dem moralischen und dem prinzipiellen Aspekt zu unterscheiden. Gegenstände der Auseinandersetzung, deren anderweite Regulierung, Teilung oder Ablösung die Kosten veranlaßt haben. Geltungsbereich für alle Landesteile, in denen das ALR gilt; Anwendung [...] auf alle noch rückständigen und gestundeten Kosten.⁴ [B]

¹ Am Ende des Protokolls fehlerhafte Paginierung.

² Der Entwurf, Voten, der Immediatbericht v. 3.5.1844 sowie die Motive in: Rep. 90a, N I Nr. 3 Bd. 1, n.f., dort auch die weitere Beratung im Staatsrat. Vgl. das Gesetz v. 23.1.1846, GS, S. 26.

³ Gesetz wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorflut v. 15.11.1811, GS, S. 352.

⁴ Der Immediatbericht v. 20.5.1844 in: Rep. 80, I Inneres Nr. 89a, Bl. 3.

Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 290–299av [18a–f]; MF 286. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 118–125v.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [1–4 U], Alvensleben [zu 1–2, 5–6; U], Thile [zu 4; U], Eichhorn [zu 1–2, 5–6; U], Savigny [U], Bülow [zu 1–3, 5–6; U], Bodelschwingh [U]¹, Stolberg-Wernigerode [zu 1–3, 5–6; U], Arnim [zu 4–5; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 3], v.u.z. Mühlen [zu 3, 5–6], v. Saldern [zu 1–2], Triedwind [zu 4].

1. Immediatgesuch² der Stadtbehörden zu Chodziesen [...] um Befreiung der Stadt von der, für das aufgehobene Zwangsrecht der herrschaftlichen Walkmühlen zu zahlenden Entschädigungsrente, *abgelehnt*. [B] — **2.** Antrag³ *Bodelschwinghs*, ihn zu ermächtigen [...], Tarife zur Erhebung von Kommunikations-Abgaben für Rechnung von Gemeinde-Gesellschaften oder Privatpersonen zu regulieren, zu vollziehen und zur öffentlichen Kenntnis bringen zu lassen, *abgelehnt, weil die definitive Festsetzung des Tarifs als ein Akt der landesherrlichen Gewalt auch vom Landesherren ausgehen soll*. [B] — **3.** *Disziplinarsache*. [B] — **4.** *Gesetzentwurf*⁴ zur Verbindlichkeit der Militär-Vorspannpflichtigen zur Gestellung von Pferden zum Reiten aus dem Zugviehstande. [B] — **5.** Ahndung von *unentdeckten* Stempelkonventionen [...] bei den Gerichten durch die Provinzial-Steuer-Behörde; Verwandlung der Stempelstrafen in Gefängnisstrafen *eigentlich*⁵ *unzulässig*. [B] — **6.** Grundsätze für die Publikationen durch das [...] Justiz-Ministerial-Blatt. [B]

¹ Zu TOP 6 erfolgte seine Unterschrift mit dem Bemerkten, daß mein Gedächtnis nicht treu genug ist, um nach 3 Monaten die genaue Übereinstimmung des Protokolls und des darin bezogenen Berichts mit den Beschlüssen des Staats-Ministerii verbürgen zu können und ich daher meine Unterschrift nicht als ein Anerkenntnis dieser Übereinstimmung zu betrachten bitte, Bl. 299av.

² Das Gesuch vom 10.11.1841 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Dazu das *Votum Savignys* v. 30.6.1843 in Rep. 84, II 2 C Nr. 7, Bl. 42–43. Das *Gesuch Bodelschwings* v. 29.4.1843 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Dazu das *Votum des Kriegsministers Boyen* v. 13.5.1843 sowie des *Justizministers Mühler* v. 17.6.1843, in: Rep. 84a (M), Nr. 7999, Bl. 114–116v. Vgl. VO v. 10.5.1844, GS, S. 147.

⁵ Die Einschränkung bezieht sich auf die §§ 25–34 der VO v. 16.6.1838, vgl. KO betr. die Verwandlung von Stempelstrafen in Freiheitsstrafen, v. 24.5.1844, GS, S. 238. *Voten und der Immediatbericht* v. 13.5.1844 in Rep. 90, Nr. 1544, n.f.

Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 300–316v [Teilprot. 19a–e]; MF 286/287.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3–5], Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Alvensleben [zu 3–5; U], Eichhorn [zu 5; U], Thile [zu 3–5; U], Savigny [U], Bülow [zu 5; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 3–5; U]. — Prot.: [a] [Günther]; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 2], v. Duesberg, Günther [zu 1–2; 1 U], Jähnigen [zu 1], A. v. Pommer-Esche [zu 5], Zettwach [zu 3–4].

1.–2. Zwei *Disziplinar- und Pensions*sachen. [B] — **3.** Das Pfandrecht des Vermieters und Verpächters ist nicht auf die dritten Personen, *beispielsweise den Ehefrauen* gehörigen, in dem Miet-

oder Pachtlokal befindlichen Sachen und Effekten [...] auszudehnen.¹ [B] — 4. Votum² Savignys mit Gesetzentwurf, daß bei Feststellung von *Vertragssummen mit dem Goldwert, wie er in den preußischen Kassen angenommen wird, berechnet werden soll. Diese Abänderung des ALR wird mehrheitlich abgelehnt.* [B] — 5. *Eisenbahnaktien.* Maßregeln [...] zur Beschränkung des Verkehrs mit in- oder ausländischen Eisenbahn-Papieren [...] zur Vermeidung der nachteiligen Folgen, die aus der gleichzeitigen Einleitung und Ausführung zahlreicher und ausgedehnter Eisenbahn-Unternehmungen für den Grundbesitz und die Industrie *erwachsen.*³ [B]

¹ Die von Mühler und Savigny beantragte Deklaration in: Rep. 80, I Justiz Nr. 197, Bl. 18. Dort auch eine Denkschrift sowie zwei Berichte an den König vom Mai 1843, Bl. 2–17. Zur Diskussion dazu bereits 1836–38 vgl. auch Rep. 84, II 2 E Nr. 11.

² Sein Votum v. 6.9.1843 sowie weitere Voten in: Rep. 84, II 2 M Nr. 19, n.f. Dort auch der Immediatbericht vom April 1844. Das Votum mit dem Entwurf einer KO in: Rep. 77, Tit. 32 Nr. 17 Bd. 2, n.f.

³ Vgl. VO betr. die Eröffnung von Aktienzeichnungen für Eisenbahnunternehmungen und den Verkehr mit den dafür ausgegebenen Papieren v. 24.5.1844, GS, S. 117.

Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 15. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 317–340 und 343–347 [Teilprot. 20a–d], 2 Anlagen¹: Bl. 341–342v; MF 287.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [zu 2–3], Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3; U], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 2–3; U], Rother [U], Alvensleben [zu 2–3; U], Eichhorn, Thile, Savigny [alle drei zu 2–3; U], Bülow [zu 1–3; U], Bodelschwingh [zu 2–3; U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 2–3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 1], v. Duesberg, v. Gerlach [zu 3], Günther [zu 1], v. Obstfelder [zu 2], Paalzow, Starke [beide zu 4].

1. *Pensionssache.* [B] — 2. *Dienstgelder.* Erneut zur Abänderung der drei Gesetze² vom 21.4.1825 über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse und über die Real-Berechtigungen in denjenigen Landesteilen, welche vormals eine Zeit lang zum Königreich Westphalen, zum Großherzogtum Berg und zu den französischen Departements gehört haben. Das Staatsministerium hatte erklärt, daß eine unabänderlich erfolgte Verwandlung ungemessener Dienste in eine Geld- oder Naturalabgabe oder in gemessene Dienste auch dann *erfolgt ist*, wenn 50 Jahre oder länger vor Einführung der fremden Gesetzgebung ein bestimmtes Maß *dieser* Leistungen statt der ursprünglich ungemessenen Dienste stattgefunden hat; *wogegen* der Staatsrat *widersprach.* Ein legislatives Einschreiten *ist nun dringend, da nicht beabsichtigt war*, den Gutsherren das Dienstgeld oder die andern, dem ungemessenen Dienste substituierten Leistungen zu entziehen. *Nach Meinung Friedrich Wilhelms IV. müssen allerdings [...]* die Provinzialstände über die zu ergreifenden definitiven Maßregeln gehört werden. *Ausarbeitung der strittigen Punkte durch Mühler, die dann vom Plenum des Geheimen Ober-Tribunals begutachtet, aber zuvor im Staatsministerium nochmals beraten werden sollen. Vorerst keine Sistierung aller derzeit schwebenden Prozesse.* [B] —

¹ Zu TOP 2 zwei Entwürfe für eine Deklaration der genannten Gesetze von 1825 hinsichtlich der Verwandlung der ungemessenen in gemessene Dienste bzw. Dienstgelder, die sich bei der Unabänderlichkeit der Verwandlung unterscheiden. Der Entwurf A nimmt die Unabänderlichkeit dieser Verwandlung zurück, wenn der Verpflichtete sich vor der Fremdherrschaft, und somit vor dem Wegfall der ungemessenen Dienste, vertraglich das Recht vorbehalten hatte, auf die ungemessenen Dienste zurückgehen zu können, Bl. 341.

² Vgl. GS, 1825, S. 74, 94 und 112. Vgl. weiter Anlagen A und B dieses Protokolls sowie ferner zur weiteren Beratung 1844/45 im Staatsministerium: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 3; Rep. 84, II 2 W Nr. 4 Bd. 2 und Nr. 28.

3. Friedrich Wilhelm IV. bemerkt zum Entwurf des Ehescheidungsgesetzes, daß seitens der Landtage [...] ungünstige Erklärungen zu erwarten sind und er deshalb auf seine einstige Absicht zurückkehren wird, erst den formellen Teil sofort und ohne ständische Konkurrenz³ zu publizieren, während der materielle Teil später und vielleicht stückweise den Ständen zur Begutachtung vorzulegen ist. Eichhorn hält eine Aussetzung des materiellen Teils für sehr bedenklich, da die Zustände der evangelischen Kirche die materielle Reform dringend erforderten. Große Mehrheit für die Teilung des Entwurfs [B]; die Publikation der das Verfahren reformierenden Verordnung ist für Anfang Mai vorgesehen.⁴ — 4. Gehaltssache. [B]

³ Im Sinne von Mitarbeit, Beratung.

⁴ Zum Entscheidungsprozeß über die Teilung des Entwurfs während der Beratung durch den Staatsrat seit Anfang 1843 vgl. Kraus, Ernst Ludwig von Gerlach, T. I, S. 319–329. Ab Mitte März 1844 umgearbeitete Entwürfe auch in: Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 2, Bl. 255–290. Vgl. weiter Rep. 92, Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 1, n.f., dort außer Entwurfss Fassungen auch die Weisungen vom Mai 1844 zur Teilung des Entwurfs sowie Materialien über eine Beratung des Königs mit Rochow, Thile, Savigny und Bodelschwingh am 23.5.1844. Zur Sitzung vgl. auch Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 6, S. XLIX.

Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 16. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 348–350b [Teilprot. 21a–c]; MF 287.

Anwesend: Mühler [U], G. v. Rochow [zu 3], Rother [1 und 3 U], Alvensleben [zu 3], Eichhorn [zu 2–3; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 2–3; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2–3; 3 U], Arnim [U]. — Prot.: [a] [Scholz]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Cammerer [zu 3], v. Duesberg [zu 1 und 3], Mätzke [zu 3], Scholz [zu 1; U], Schröner [zu 1–2; U], Seidel [zu 3].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Erweiterung der Bestimmungen in Betreff des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes.¹ [B] — 3. Keine Abänderung der gegenwärtig bestehenden Intelligenzblatt-Einrichtung, so daß Staatsbehörden auch weiterhin die für den Geschäftsbedarf erforderlichen Exemplare der Gesetzsammlung aus ihren Fonds [...] bezahlen.² [B]

¹ Der Entwurf einer KO zur Ergänzung der v. 7.2.1835 wegen des Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und des Gast- und Schankwirtschafts-Betriebes [...] für alle Teile der Monarchie mit Erläuterungen, in: Rep. 84a (D), Nr. 11329, Bl. 101–107v; dort weiter Bl. 108–112v eine Übersicht der in der preußischen Monarchie bestehenden Schank- und Gastwirtschaften im Jahre 1842 und weitere Anlagen. Vgl. KO v. 21.6.1844, GS, S. 214.

² Dazu ein Promemoria von Seidel, Bemerkungen von Cammerer sowie ein Schreiben Boyens, alles von Ende 1844, in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 8, Bl. 85–104v.

Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 47, Bl. 351–355 [Prot. 22a]; MF 287/288.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Alvensleben [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach.

Aussonderung¹ derjenigen Teile des [...] Entwurfs des Ehescheidungsgesetzes, die ohne ständische Konkurrenz in die VO über das Verfahren in Ehesachen [...] aufzunehmen sind. Gleichzeitig mit der Verordnung ist die Publizierung einer KO über die bestehende Intention wegen der materiellen Reform anzuraten. [B] — Eingang zu der jetzt zu erlassenden Verordnung sowie Beginn der Spezialdiskussion einzelner Paragraphen; vertagt.

¹ Vgl. dazu Rep. 84, II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 2, Bl. 255–290 und die Abdrucke in: *Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 6, S. 977–1010 sowie die Einleitung, S. XLIX-LIV.*

Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 23. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 356–364v [Teilprot. 23a–c]; MF 288.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [3 U], Alvensleben [zu 3], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 3; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U]. — Prot.: [a] Voswinckel [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Gerlach [zu 3], Günther [zu 1–2], Heydemann [zu 2], Voswinckel [zu 1; U].

1.–2. Zwei Reklamationssachen. [B] — **3.** Fortgesetzte Spezialdiskussion zu einer von der materiellen Reform des Ehescheidungsgesetzes abgetrennten und zuerst zu erlassenden Verordnung über das formelle Verfahren: Beibehaltung von Bestimmungen über das Verfahren trotz Aussetzung der materiellen Reform bei fortgesetzter Anwendung von Vorschriften der Allgemeinen Gerichts-Ordnung; Geltungsregel für die mit Publikation dieser neuen VO anhängig gemachten Prozesse; Entwurf¹ der gleichzeitig zu erlassenden KO. [B]

¹ Im fortlaufenden Protokolltext auf Bl. 363–363v enthalten. Vgl. KO und VO v. 28.6.1844, GS, S. 183 f. Zur Bedeutung dieser Abtrennung des formellen Verfahrens für die Scheidungswirklichkeit und die Rolle der Kirche dabei vgl. Blasius, *Ehescheidung*, S. 64–77.

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1844.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 47, Bl. 365–394 [Teilprot. 24a–f]; MF 288.

Anwesend¹: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1, 3–6], Alvensleben [zu 3–5], Eichhorn, Thile [beide zu 1, 3–6; U], Savigny [U], Bülow [zu 1, 5–6; U], Bodelschwingh [U], Arnim [zu 3–4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 5], v. Duesberg, Eichmann [zu 6], Günther, L. Meyer [beide zu 2], v. Saldern [zu 3], v. Tenspolde [zu 4].

1. Nochmalige Beratung zur Auslegung des Vertrages vom 20.12.1841 zur Unterdrückung des Sklavenhandels, was die Feststellung der wahren Nationalität eines des Sklavenhandels verdäch-

¹ TOP 1: Prinz von Preußen [U].

tigen Schiffes und dessen Aufbringung betrifft.² — 2. Reklamationsache. [B] — 3. Kompetenzkonflikt in der Prozeßsache des Dominiums Prochnowo gegen den Fiskus wegen strittiger Verpflichtung zur Reparatur mehrerer [...] seine Grundstücke berührender Landstraßen.³ [B] — 4. Steuerbeamte. Ausdehnung von ausnahmsweiser Beschäftigung pensionierter Steuerbeamter als Lohnschreiber [...] auch auf die Pensionäre, die sich durch frühere Militärdienste Zivil-Versorgungsansprüche erworben haben.⁴ [B] — 5. Meinungsverschiedenheit darüber, ob [...] geistlichen Pensionären in den linksrheinischen Landesteilen die sogenannte Alterszulage des sechsten Hunderts Franken ab dem 60. Lebensjahr zusteht und sie diese auch rückwirkend einfordern können. Gemäß den Godesberger Verhandlungen von 1817 zwischen den Oberpräsidenten der westlichen Provinzen und Hardenberg zur Regulierung des Pensionswesens ist der Anspruch zu gewähren, eine rückwirkende Beantragung kann aber abgelehnt werden, was Eichhorn nochmals geprüft wissen will.⁵ [B] — 6. Schulden. Reklamationen⁶ der Knoodtschen Erben und des Grafen August von Leiningen-Neudenu zu Karlsruhe wegen Ansprüche an den vormaligen Kurstaat Trier. In Rücksicht der eingeschränkten Rechtsnachfolge und Verpflichtungen gegen Kurtriersche Gläubiger gemäß den einzelnen Verträgen mit Frankreich sind beide Gesuche abzulehnen. [B]

² Die Beratung im Staatsrat bis hin zur VO v. 8.7.1844 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 194; die VO in GS, 1844, S. 399.

³ Voten und Gutachten in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 39, n.f.

⁴ Die KO v. 10.6.1844, die nachdrücklich betonte, daß die Ansprüche durch die Tätigkeit in keiner Weise geschmälert werden dürfen, in: Rep. 90, Nr. 507, n.f. Zur Ausführung vgl. auch die allgemeinen Bestimmungen zur Belassung oder Einziehung bzw. Wiedergewährung des Gnadengehalts der im Zivildienst angestellten oder beschäftigten Militär-Invaliden, in: Rep. 89, Nr. 3702, n.f. Vgl. weiter Rep. 100, Nr. 337.

⁵ Mehrere Voten vom September bis November 1843, der Immediatbericht v. 18. Juni sowie die KO v. 5.7.1844, mit der die Entscheidung des Staatsministeriums bestätigt und für besonders würdige bzw. bedürftige Geistliche eine Ausnahmeregelung eingeräumt wurde, in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 26, n.f. Voten auch in: Rep. 84a (M), Nr. 7374, Bl. 23–34. Voten bereits seit 1841 zu den Gesuchen der im Protokoll erwähnten Pastoren Keller und Kuck in: Rep. 151, I C Nr. 8390, n.f. Zu den Godesberger Verhandlungen vgl. Schütz, Preußen und die Rheinlande, S. 63 f.

⁶ Das Gesuch der Knoodtschen Erben v. 1.11.1842 mit Anlagen sowie Gesuch, Denkschrift und Nachtragsgesuch des Grafen August von Leiningen-Neudenu zu Karlsruhe v. 5.11.1842 bzw. 30.3.1843, in: Rep. 90, Tit. XXXIV A Nr. 7, n.f. Dort auch die Voten, der Immediatbericht v. 11.6.1844 sowie die abschlägigen Bescheide. Vgl. auch Rep. 84, II 2 F Nr. 8, Bl. 65–71v.

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 30. April 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 47, Bl. 395–402v [Teilprot. 25a–c, e] und Fundort: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 82–83v [Teilprot. 25d]; MF 288/289 und MF-Suppl. 17.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–5], Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Alvensleben [zu 3–5], Eichhorn [zu 2–5; U], Savigny [U], Bülow [zu 3–5; U], Bodelschwingh [U]. — Prot.: [a–b] Scholz [U]; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Horn [zu 1–2; U], Kisker [zu 3–5], Scholz [zu 1–2; U].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 3. Pfandverträge. Entwurf¹ einer Verordnung über die in Altpommern über Grundstücke auf städtischen Feldfluren unter Herrschaft des Lübischen Rechts vor dem Jahre 1808 geschlossenen antichretischen Pfandverträge. [B] — 4. Obergerichte. Meinungsverschiedenheit zwischen Mühler und Arnim über die Befugnis der

¹ Rep. 151, I C Nr. 515, Bl. 142–143v, dazu Bl. 135–141v ein Votum Mühlens v. 17.10.1843 und Motive. Antichretische Pfandverträge regelten nach gerichtlicher Bestätigung die Gegennutzung bzw. den Austausch von Nutzungen in der Weise, daß der Gläubiger z.B. Einkünfte und Früchte aus dem verpfändeten Landgut bezog, während der Schuldner dagegen keine Zinsen bezahlte. Vgl. Sitzung am 24.6.1845, TOP 5.

Obergerichte, bei Patrimonialgerichten auf den Antrag der Gerichtsherren *und* mit Zustimmung der Mehrzahl der Gerichts-Eingesessenen *diesen vom Abhalten* der Lokal-Gerichtstage freizustellen. *Mühlers* Ansicht wird *zugestimmt*, daß eine Aufhebung der Ministerial-Verfügung² vom 12. Januar 1842 jetzt nicht zu *empfehlen* ist. [B] — 5. Entwurf³ einer Verordnung über die Publikation der Gesetze; *es erhalten* nur die in die Gesetz-Sammlung aufgenommenen Gesetze [...] verbindliche Kraft. *Der Abdruck lokaler oder prinzipieller Verordnungen in Amtsblättern besteht fort. Die Publikationsfristen* für die einzelnen Regierungs-Departements *staffeln sich* nach der räumlichen Entfernung *des jeweiligen Regierungssitzes* von der Hauptstadt. [B]

² Vgl. die Verfügung des Ministers der Justiz an das Kammergericht v. 12.1.1842, die Abhaltung von Gerichtstagen bei den Patrimonialgerichten betr., gedr. in: *MinBl. innere Verw.*, 1842, S. 19f. *Voten und der Immediatbericht* v. 12.7.1844 in: *Rep.* 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 58–81v und 84–84v.

³ *Rep.* 84, II 2 G Nr. 5, Bl. 91–91v, dort auch der Vortrag *Mühlers* dazu v. 20.12.1843, Bl. 92–103v sowie eine Übersicht mit Zeittabelle für die Versendung der Gesetzsammlung, Bl. 104–105. Vgl. *Sitzung* am 17.4.1845, TOP 3.

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 1–13v [Teilprot. 26a–g]; MF 289. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 156–165v.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1, 3, 5–7], Savigny [U], Bülow [zu 1–2, 5–7; U], Bodelschwingh [U], Arnim [zu 3, 5–7; U]. — Prot.: [a–c] [?]; [d–e] Scholz [U].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 3], v. Duesberg, v. Gerlach [zu 6], Günther [zu 1–2, 4–5], Kisker [zu 7], L. Meyer [zu 1–2], Scholz [zu 4–5; U].

1. *Pensionssache*. [B] — 2. *Reklamations-sache*. [B] — 3. *Der Kompetenzkonflikt zur Klage¹ der Erben des Oberleutnants von Reppichau auf Zahlung aufgelaufener Zinsen ist begründet*. [B] — 4.–5. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — 6. *Lehnsrecht*. Entwurf² einer Verordnung zur Erleichterung gewisser Dispositionen [...] über kurmärkische Lehen. *Die Meinung des ständischen Ausschusses für Märkisches Provinzialrecht ist zu ermitteln*. [B] — 7. Entwurf³ einer KO zur Kompetenz der Patrimonialgerichte in Prozeßsachen der Gerichtsherren *gegen ihre Gerichts-Eingesessenen, wonach in solchen Rechtsstreitigkeiten auch den Landes-Justiz-Kollegien die Kompetenz der Entscheidung zukommen kann. Verfahrensfragen. Die Anwendbarkeit ist vorerst auf die Provinzen Preußen und Schlesien zu beschränken*. [B]

¹ *Die Klage* v. 1.12.1842 in: *Rep.* 90, Tit. XXXIII C Nr. 40, n.f. *Dort auch Voten, die Erhebung des Kompetenzkonfliktes durch die Regierung zu Bromberg* v. 19.5.1843 sowie *Berichte des Oberlandesgerichtes Bromberg. Gleiches* in: *Rep.* 84a (M), Nr. 7621, Bl. 7a–27; vgl. auch *Rep.* 84, II 2 F Nr. 8, Bl. 76–77v.

² *Entwurf sowie Immediatbericht* v. 12.6.1844 in: *Rep.* 90, Nr. 1580, n.f. *Überarbeitete Entwurfsfassungen* in: *Rep.* 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 14 Fasc. 7, Bl. 53–58v.

³ *Rep.* 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 26. *Dort auch Voten, ein Auszug aus der Zusammenstellung der von mehreren Landesjustizkollegien über die zweckmäßigere Einrichtung und Verwaltung der Patrimonialgerichte erstatteten Gutachten, auszugsweise Denkschriften der Provinzial-Landtage von Preußen und Schlesien sowie der Immediatbericht* v. 13.6.1844, Bl. 27–43. Vgl. auch *Rep.* 151, I C Nr. 515, Bl. 167–174v. Vgl. *weiter KO* v. 5.7.1844, GS, S. 261.

Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 14–23 [Teilprot. 27a–e]; MF 289. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 166–172.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–3, 5], Eichhorn [zu 1, 3–4; U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [a, c–e] [?]; [b] [Scholz].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 5], v. Duesberg [zu 1, 3–4], Günther [zu 5], Ruppenthal [zu 3–4], Schede, Scholz [beide zu 2; U], Seiffart [zu 3].

1. Rochows Antrag¹, daß die Plenarberatung des Staatsrats zu Entwürfen des Forst-, Jagd- und des Wegewesens sich bloß auf Präjudizial- und Hauptfragen [...] richten soll, wird befürwortet. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 3. Überarbeiteter Entwurf² einer Gesinde-Ordnung für die Rheinprovinz: allgemeine Bedenken zu Inhalt und Form des Entwurfs, auch hinsichtlich der Erwartungen der Stände [...], daß das neue Gesetz von den Spezialitäten und der Kasuistik der Gesinde-Ordnung von 1810 frei bleibt. Begriffliche Bestimmung, wer in der Haushaltung zum Gesinde zu rechnen ist sowie rechtliche Stellung des Gesindes zu seiner Herrschaft. [B] — 4. Handelsgerichte. Vor Erarbeitung von Tarifen für Vertretungsgebühren in den bei den rheinischen Handelsgerichten anhängigen Prozessen sind noch die Gutachten der Handelskammern einzu- fordern.³ [B] — 5. Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Rep. 80, I Inneres Nr. 84, Bl. 312–312v und Rep. 80, I Justiz Nr. 196, Bl. 196. Ebd. Adhib. Bd. 1 die Vorträge für die Beratung in der Justiz-Abteilung bzw. der Abteilung des Innern des Staatsrats, Bl. 179–352v. Die Entwürfe wurden mit KO v. 26.5.1844 zur Begutachtung an den Staatsrat gesandt, vgl. Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1, n.f.

² Als Druck in: Rep. 90a, H III 3 Nr. 3 Bd. 1, n.f., dort auch die gedruckte Zusammenstellung des Votenwechsels über den 1842 vorgelegten Entwurf sowie der Immediatbericht v. 31.7.1844. Ein Votum Arnims v. 25.6.1844 betr. das den Dienstherrschaften gegen ihr Gesinde zustehende Recht der häuslichen Zucht, in: Rep. 84, II 2 G Nr. 12 Bd. 1, Bl. 140–143v. Vgl. auch Rep. 151, I C Nr. 12453, n.f., dort das Protokoll einer Beratung Arnims mit dem OAppGerR Götzte und dem GehORechR Wehrmann, zweier mit den Verhältnissen und den Bedürfnissen des Landesteils ganz genau bekannten Männer, v. 9.11.1843. Vgl. weiter die Gesinde-Ordnung für die Rheinprovinz v. 19.8.1844, GS, S. 410 sowie speziell dazu Vormbaum, Thomas, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin 1980, S. 177–187.

³ Voten sowie Gutachten der Handelskammern in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 28, Bl. 53–94v.

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Mai 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 24–42v [Teilprot. 28a–b]; MF 289/290.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [zu 2; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Horn [zu 1], Lehnert [zu 1; U], Lette [zu 2].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Entwurf¹ einer Verordnung zum Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungsbehörden: Grundsatzdiskussion zur Aufhebung der richterlichen Kompetenz des Ministeriums des Innern, zur Vereinfachung der Rechtsmittel durch Verschmelzung [...] des Rekurses und der Appellation sowie zur damit zusammenhängenden Einrichtung eines allgemeinen Revisions-Kollegiums an Stelle der jetzt bestehenden 8 Kollegien dieser Art. Spezialdiskussion zur Qualifikation der Mitglieder in den Spruchkollegien für landwirtschaftliche Angelegenheiten, zur Kompetenz der Spezial-Kommissarien, zu den Rechtsmitteln der Nichtigkeitsbeschwerde ebenso wie das der Revision. [B]

¹ Der Entwurf (Druck) in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 103. Vgl. ferner VO v. 22.11.1844, GS, 1845, S. 19 sowie generell: Jamin, Rainer, Aufbau, Tätigkeit und Verfahren der Auseinandersetzungsbehörden bei der Durchführung der preußischen Agrarreformen, Frankfurt/M. u.a. 1985.

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 43–55 [Teilprot. 29a–g]; MF 290. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 174–184.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1, 3–7], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [zu 1–6; 1, 3–6 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 6], Brüggemann [zu 5], v. Duesberg [zu 1, 3–7], Günther [zu 3 und 6], Horn [zu 4 und 7], Jähnigen [zu 3–4], Lette [zu 1].

1. Parzellierungen. Rückfragen¹ des Staatsrats zum Gesetzentwurf über die Dismembration von Grundstücken und die Anlegung neuer Etablissements; die Provinz Westfalen sowie die Verfahrensweise der Hypothekenbehörden bei bekannten uneingetragenen Real-Berechtigten bleiben einer besonderen Behandlung vorbehalten. [B] — **2. Einführung des Wirklichen Geheimen Rats und Oberpräsidenten Flottwell als Staats- und Finanzminister.**² — **3.–4. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.** [B] — **5. Servis.** Befreiung der Geistlichen und Lehrer in der Rheinprovinz von der Einquartierungslast im Sinne einer Gleichbehandlung der Geistlichen und Lehrer in der ganzen Monarchie. Da der faktische Zustand der Befreiung [...] in der Rheinprovinz bereits besteht, soll dieser durch eine Verfügung³ lediglich aufrecht erhalten werden. [B] — **6. Gehalts- und Disziplinarsache.** [B] — **7. Das Bedürfnis einer Verordnung hinsichtlich** das den Kriegsschulden-Steuer-Resten im Konkurse gebührende Vorzugsrecht, ist durch Rückfrage bei den betreffenden Oberpräsidien zu ermitteln.⁴ [B]

¹ Vgl. dazu die beiden Sitzungstage im Staatsrat in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 3, n.f. und Rep. 80, I Inneres Nr. 87.

² Vgl. KO v. 3.5.1844, GS, S. 114.

³ Dazu von 1817 bis 1839 erlassene Verfügungen sowie mehrere Voten vom Februar bis April 1844, in: Rep. 84a (M), Nr. 7360, Bl. 189–208v und Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 104, n.f.

⁴ Am 15.7.1845 erging dazu ein, im Auftrag des Ministers des Innern, von Patow verfaßtes Schreiben an das Staatsministerium, daß sich bei den angestellten Ermittlungen die Notwendigkeit der früher legislativen Maßregel [...] nicht herausgestellt hatte, Rep. 90a, XII 7 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 232–232v.

Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Mai 1844.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 48, Bl. 56–59 [Teilprot. 30a–b]; MF 290. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 185–187.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, W. L. v. Sayn-Wittgenstein [1 U], Boyen [V, U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [zu 2; U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U]. — Prot.: [a] Voswinckel [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [zu 1], v. Raumer [zu 2], Thoma [für Stolberg-Wernigerode zu 2], Voswinckel [zu 1; U].

1. Gehaltssache. [B] — **2.** Die Herrschaft Wusterhausen und das Amt Niegrip sind nach dem

¹ Korrektur des Beschlusses zu TOP 2 über die vereinbarte Vorgehensweise für die Restitution, Bl. 58v.

*Ableben des Prinzen August dem jetzt der Krone heimgefallenen königlichen Hausfideikommiß zuzurechnen; Modalitäten der Restitution.*² [B]

² *Die Nachlaßregelung des im Juli 1843 verstorbenen Prinzen August mit dem ausführlichen Immediatbericht v. 13.7.1844, in: Rep. 90, Nr. 1890, n.f. Materialien auch in: Rep. 90, Nr. 1891, n.f.; Rep. 84a (M), Nr. 3765–3766 sowie Rep. 100, Nr. 2909.*

Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 48, Bl. 60–71 [Prot. 31a]; MF 290. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 188–199.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, v. Duesberg, Kisker.

Gleichstellung der Etats der Oberlandesgerichte mit denen der Regierungen: *Bisher* Differenzpunkte *in der Besoldung beim Präsidium und der Direktion der Abteilungen*; die Majorität *spricht sich unter Widerspruch Mühlers für eine Einziehung aller Vizepräsidenten-Stellen bei den Obergerichten mit Ausnahmen aus. Weiter zu den etatmäßigen Assessoren bei den Obergerichten, während bei den Regierungen nur Ratsstellen etatmäßig sind; deshalb ist ein Zulagefonds für das Rats- und Assessoren-Personal zu beantragen, auch für die Stellung der Subaltern- und Unterbeamten.*¹ [B]

¹ *Dazu der ausführliche Votenwechsel, ein Promemoria Patows v. 14.3.1843 und ein gemeinsamer gutachterlicher Bericht Arnims, Flottwells und Mühlers an den König v. 6.10.1844 zu Verschiedenheiten in den Besoldungsverhältnissen der Regierungs- und Gerichtsbeamten, in: Rep. 151, I C Nr. 232, n.f.*

Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 72–81 [Teilprot. 32a–d]; MF 290/291. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 200–207.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1 und 4], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [zu 2–3], Mathis [zu 4], v. Saldern [zu 1].

1. Handel. Befugnis der Ministerien zur Festsetzung von Zahl, Zeit und Dauer der Jahr- und Wochenmärkte und Regelungen zu einem möglichen Entschädigungsanspruch.¹ [B] — **2. Standesherren.** Das Gesuch² des Fürsten zu Salm-Horstmar um Befreiung der ihm [...] bewilligten Rente [...] von der Exekution und dem Arrestschlage seiner Gläubiger wird zurückgewiesen. [B] — **3. Normierung des Etats für das Ober-Appellations-Gericht zu Greifswald, insbesondere in Bezug**

¹ *Vgl. dazu § 76 der Allgemeinen Gewerbeordnung v. 17.1.1845, GS, S. 55.*

² *Das Gesuch v. 8.5.1844 wie auch der Immediatbericht v. 6.7.1844 in: Rep. 90, Nr. 207, n.f. und Rep. 84a (M), Nr. 6045, Bl. 1–10.*

auf die Art der Verwendung der Tribunalsteuer *und* Zurückweisung der ständischen Petition³. [B] — 4. *Presserecht*. Maßnahmen⁴ wegen der jüngsten Haltung der Presse [...] mit Rücksicht auf die Unruhen der *schlesischen Baumwollweber* im Reichenbacher Kreise. [B]

³ Die Petition wegen Verwendung der Tribunalsteuer in Neuvorpommern v. 27.3.1843 gedr. in: *Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen*, S. 49. Eine Denkschrift Bodelschwinghs über die Entstehung, Bestimmung und Verwendung der in Neuvorpommern erhobenen Tribunalsteuer v. 29.1.1844, in: *Rep. 90, Tit. XL (Pommern) Nr. 5 Bd. 1, Bl. 28–35v; dort auch Bl. 36–44v und 49–66 Voten sowie der Immediatbericht v. 13.7.1844.*

⁴ Vgl. KO v. 14.6.1844 in: *Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f. und Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 71*, mit der angewiesen wurde, daß der Tendenz mehrerer schlesischer Zeitungen und Lokalblätter, die untern Stände gegen die höheren und die Armen gegen die Wohlhabenden aufzuregen, zu begegnen ist und in der Provinz Schlesien den Zeitungen usw. die Aufnahme oder Behandlung von Gegenständen dieser Art nicht gestattet sein soll. Die Entwürfe für den Immediatbericht und eine KO liegen dem Protokoll, wie auf Bl. 81 bemerkt, nicht bei. Der Immediatbericht v. 11.6.1844 in: *Rep. 89, Nr. 15132, Bl. 60–65v; ebd., Bl. 67–68 der Entwurf für die KO*. Vgl. zur Berichterstattung über den schlesischen Weberaufstand in der Presse mit Bezug auf die Sitzung: v. Hodenberg, Christina, *Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos*, Bonn 1997, S. 80–82. Ebd., S. 255 gedr. die KO v. 14.6.1844 sowie S. 257 ein Bericht vom Juli 1844 über die oppositionelle Tagespresse und deren Darstellung des Weberaufstandes.

Nr. 258 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1844.

Vollz. Reinschriften [Teilprot. 33a–d] und teilvollz. Reinschr.¹, Bd. 48, Bl. 82–104v sowie Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 4, Bl. 201–212v; MF 291 und MF-Suppl. 17.*

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 3–4], Rother [U], Savigny [U], Bülow [zu 3–4], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 1–2], v. Duesberg, Günther [zu 1], Lette [zu 3–4], Seiffart [zu 5].

1. *Disziplinar- und Pensionssache*. [B] — 2. *Wunsch der Untergerichte auf Modifikation des Verfahrens* [...] in summarischen Untersuchungssachen *dahingehend, daß ihnen die Abhaltung eines Schlußverhörs vor den Mitgliedern der erkennenden Deputation gestattet wird. Dem wird zugestimmt*, ohne jedoch die Ausdehnung dieser Maßregel auf andere [...] Untersuchungen zur Zeit *anzustreben*.² [B] — 3. *Ablösungen*. Relation³ des Ministers des Innern sowie spätere Vota zum Gesetzentwurf wegen Beschränkung der Ablösbarkeit der Erbpacht-, Erbzins- und Zins-Gerechtmäße. *Regelungen zur Unablösbarkeit; Vorlegen eines Gesetzentwurfes über die Ablösung resp. Verwandlung aller, während der Herrschaft fremder Gesetze und seit deren Aufhebung [...] entstandenen, nicht in festen jährlichen [...] Abgaben bestehenden Reallasten*. [B] — 4. *Laudemien*. Entwurf⁴ einer Verordnung wegen Ablösung der Laudemien: *Abänderungen der derzeit geltenden Ablösungs-Grundsätze, um hervorgetretenen Verletzungen seitens der Berechtigten wie der Verpflichteten, wie simulierter niedriger Kaufpreise, vorzubeugen*. Bedenken gegen eine Abände-

¹ Das neu gefundene Teilprot. zu TOP 5 ist lediglich durch Arnim vollzogen und auf den 11.6.1844 datiert worden. Die Zuordnung hier zum 18. Juni ergibt sich aus einem korrigierenden Schreiben Boyens v. 26.7.1844 an Arnim, vgl. *Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 5, n.f.*

² Der Votenwechsel in: *Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 156–165. Dort Bl. 170–175 der Immediatbericht mit dem Entwurf einer KO/VO*. Vgl. auch KO v. 4.8.1844, *GS*, S. 453.

³ Die gedruckte Relation in: *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 25, Bl. 109–122v, Voten sowie der Immediatbericht v. 16.7.1844 mit Gesetzentwurf*, Bl. 67–136.

⁴ *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 32, Bl. 2–31v und 38–40 der Immediatbericht v. 16.7.1844.*

nung der bestehenden Ablösungsgrundsätze, da die Verpflichteten aus den geltenden Gesetzen bereits Rechte erworben haben und mit veränderten lästigeren Ablösungsbedingungen [...] eine Unzufriedenheit bei ihnen fast unvermeidlich ist. Von den Oberpräsidenten, den General-Kommissionen sowie den Regierungen sind Gutachten zur Bedürfnisfrage der Abänderung bisheriger Vorschriften einzuholen, wobei die Oberpräsidenten auf einen zu befürchtenden Zwiespalt zwischen den verschiedenen Ständen achten sollten. [B] — 5. Gesetzentwurf⁵ über die Ableistung des Homagialeides und über die Erwerbung von Rittergütern und Domänen-Vorwerken durch Ausländer. Abgleichung mit Artikel 18 der Bundesakte⁶, wonach Untertanen anderer deutscher Bundesstaaten [...] bundesverfassungsgemäß das Recht der freien Grunderwerbung zusteht, ohne deshalb z.B. preußischer Untertan zu werden. Allerdings ist man sich darüber einig, daß der bloße Erwerb von Grundeigentum keinesfalls zugleich die Befugnis verleiht, die damit verbundenen politischen Rechte auszuüben, sondern dies von der Ableistung des Homagii abhängig bleibt. Für Ausländer, die nicht aus deutschen Bundesstaaten stammen, ist außerdem die Genehmigung durch den Minister des Innern erforderlich. Fassungsänderungen. [B]

⁵ Eine Entwurfsfassung von 1843, Gutachten und Voten in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 4, Bl. 100–199.

⁶ Vom 8.6.1815, GS, 1818, Anhang, S. 143, bes. S. 153 f.

Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 105–123v [Teilprot. 34a–e]; MF 291/292. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 209–217.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 3–4], Rother [zu 1–4; 1–2 U], Eichhorn [U], Thile [zu 3 und 5], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Bülow [U], Stolberg-Wernigerode [zu 3–5; U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Ernst [zu 1–2], Günther [zu 1], H. v. Mühler [zu 3–4], Schede [zu 2], v. Villers [zu 5], v. Wedell [zu 5; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Disziplinarsache. [B] — 3. Kirche. Zusatz¹ der Stände zum Gesetzentwurf wegen Aufbringung der Kultuskosten auf dem linken Rheinufer hinsichtlich der Heranziehung des Patrimonial-Vermögens der Kommunen zu den Kultuskosten. [B] — 4. Entwurf² einer Verordnung zur Beteiligung der Rittergutsbesitzer und anderer Grundbesitzer in den zur Provinz Sachsen gehörigen, vormals königlich sächsischen Landesteilen bei Aufbringung der zur Unterhaltung von Kirchen, Pfarren und Schulen bestimmten Parochialleistungen: Abweichungen von den Wünschen der Majorität der Stände; Spezialdiskussion. [B] — 5. Umgearbeiteter Entwurf³ der neuen Gemeinde-Ordnung [...] für die Rheinprovinz: Spezialdiskussion unter Einbe-

¹ Die Adresse des 7. Rheinischen Provinzial-Landtages, ein danach erstelltes Gutachten des Oberpräsidenten v. Schaper v. 17.7.1843 sowie ein Schreiben Eichhorns an Mühler und Arnim v. 4.10.1843, in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 8 Bd. 1, n.f., dort auch Voten, die Zusammenstellung der Monita, der Immediatbericht v. 31.7.1844 sowie die Verweisung an den Staatsrat. Der Entwurf in: Rep. 80, I Geistliche und Schulsachen Nr. 2, Bl. 3v–12v.

² Rep. 151, I C Nr. 8655, n.f. Ebd. das Votum Eichhorns v. 18.4.1844, nachträgliche Bemerkungen zum Gesetzentwurf und ein Gutachten zu der Denkschrift des 7. Provinzial-Landtages Sachsens v. 25.4.1843.

³ Der gedruckte und bereits wieder überarbeitete Entwurf als Anlage zum Promemoria v. 11.3.1844 in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 7, Bl. 198–210. Dort auch Bl. 186–192v eine Zusammenstellung der gegen den letzten Entwurf seitens mehrerer Staatsminister gemachten Erinnerungen v. 23.6.1844. Erläuterungen Arnims zum Gesetzentwurf und eine Zusammenstellung der Abweichungen dieses Entwurfs von jenem über die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden in der Rheinprovinz, in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 5, Bl. 8–80. Ebd. weitere der im Protokoll aufgeführten Materialien (schlecht lesbarer, fleckiger Zustand). Vgl. auch Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 100 f.

ziehung der Anträge der Stände, u.a. zu Veränderungen in den Gemeindeverbänden, zum Prinzip der Autonomie der Gemeinden und zu abweichenden Statutenbestimmungen; zur Gleichstellung der Beamten in den Landgemeinden mit denen in den Städten, zur Befreiung bzw. Regulierung von Gemeinde-Auflagen; vertagt. [B]

Nr. 260 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juli 1844.

Reinschr. mit einer Korrektur¹, Bd. 48, Bl. 123v–141 [Prot. 35a]; MF 292. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 7, Bl. 214–221.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Villers, v. Wedell.

Fortgesetzte Beratung des Entwurfs einer Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz unter Berücksichtigung der Anträge der Stände. Spezialdiskussion u.a. zu Grundsätzen über das Gemeinderecht in den Landgemeinden und den Gemeinderat; zur Abhängigkeit der Wahlfähigkeit eines Gemeindeverordneten von dessen Religionszugehörigkeit, gleiches bei der Ernennung zum Ortsvorsteher. Weiter zur Einteilung der Wähler in 3 Klassen nicht nach der Zahl der Wähler sondern nach den Einkommen- resp. Steuermassen sowie zu dem Wunsch, in den Städten die demokratischen Elemente von der Vertretung fern zu halten. Aussetzung² des Beschlusses über die Einteilung der Wähler, da der abwesende Bodelschwingh die Einteilung der Klassen nach der Wählerzahl vorgezogen hatte. Außerdem zur Vertretung der Gemeinde durch den Gemeinderat sowie zur Verwaltung der Gemeinde, zu Etatfragen sowie zur Stellung von Bürgermeister und Ortsvorsteher; vertagt. [B]

¹ In der Sitzung am 30.7.1844 wurde die Beibehaltung des Begriffs Meistbeerbter statt Meistbesteuerter beschlossen, was in dem dortigen Protokoll keinerlei Erwähnung und dafür hier diese Ergänzung fand, Bl. 123v–124.

² Vgl. Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 101.

Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juli 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 141–153 und 162–171v [Teilprot. 36a–b], 2 Anlagen¹: Bl. 154–161v und 172–176v; MF 292/293.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [zu 1–2; 2 U], Eichhorn, Savigny [beide 2 U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Villers, v. Wedell [beide zu 1].

1. Abschluß² der Beratung des Entwurfs einer Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz unter Berücksichtigung der Anträge der Stände: Spezialdiskussion u.a. zu den Gemeinde-Auflagen; zur

¹ Zu TOP 1 Bemerkungen Arnims wegen der Bildung von Klassen zur Wahl der Gemeindeverordneten v. 6.7.1844; zu TOP 2 Gesetzentwurf.

² Die den Gesetzentwurf genehmigende KO v. 18.8.1844 in: Rep. 90a, V II 4 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 215–215v. Der Entwurf einer Instruktion für die Einführung der Gemeinde-Ordnung in die Rheinprovinz mit Anlagen, in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 7, Bl. 246–256v. Zu den Anträgen der Stände vgl. Croon, Der Rheinische Provinzial-Landtag, S. 131–135.

Gemeinderechnung; zur Genehmigung bei Veräußerung von Grundstücken. *Nochmals zur Abstufung der Klassen nach den Einkommen- resp. Steuermassen jetzt mit der Ergänzung, daß jede Klasse wenigstens so viel Wähler enthalten muß, als von derselben Verordnete und Stellvertreter gewählt werden sollen.*³ Weiter zu Besoldungs- und Pensionierungsfragen; zu Maßstäben für die Verteilung der Beiträge der einzelnen Gemeinden; zur Zulässigkeit des Rechtsweges sowie zur Aufhebungsklausel für alle früheren Gesetze über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden. [B] — 2. *Presserecht.* Entwurf⁴ einer KO, wonach Zeitungsartikel und andere Schriften, welche Anschuldigungen gegen Behörden und Beamte in Beziehung auf amtliche Handlungen und Maßregeln enthalten, nur mit der Unterschrift des wahren Namen des Einsenders oder Verfassers zum Druck zuzulassen und die Herausgeber in dieser Hinsicht verantwortlich zu machen sind. Die Zensur wie auch die Strafgesetze erweisen sich als nicht ausreichend. In Bezug auf die öffentliche Meinung herrschen Differenzen über den günstigen Zeitpunkt für die Maßregeln sowie über deren Umfang. Durch Arnim ist bis zur nächsten Sitzung eine Fassung zu erarbeiten, die auch auf Privatpersonen ausgedehnt werden kann. [B]

³ Vgl. § 50 der Gemeinde-Ordnung v. 23.7.1845, GS, S. 523 sowie Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 101 f.

⁴ Anlage 2. Mehrere Fassungen auch in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f. Vgl. weiter Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 53–69v, dort u.a. dazu ein längeres Gutachten von Arnim. Zur Beratung im Staatsministerium vgl. auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 560 f.

Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juli 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 177–184, 190–201 [Teilprot. 37a–d]; MF 293. — Teildruck [TOP 3]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1334–1337.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [4 U], Eichhorn [2 und 4 U], Savigny [1 und 4 U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [2 und 4 U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Kisker [zu 2–3], v. Könen, L. Meyer [beide zu 1].

1. *Pensionssache.* [B] — 2. *Gerichtsgebühren.* Es ist eine Deklaration¹ der allgemeinen Gebühren-Taxe vom 23.8.1815 hinsichtlich der Kommissionsgebühren für gewisse Geschäfte, wenn sie von unbesoldeten richterlichen Beamten, Assessoren, Referendarien und Auskultatoren bei Untergeordneten in mittleren und kleinen Städten vorgenommen werden, zu erlassen. [B] — 3. *Gesetzentwurf*² über das Notariat zur Regulierung der Kompetenz der Notarien und des Verfahrens [...] in den Provinzen, wo die Allgemeine Gerichts-Ordnung gilt. Bedürfnis zur Aufhebung nicht gerechtfertigter Kompetenzbeschränkungen. *Spezialdiskussion u.a. über eine gewisse Trennung der Notariats- und Justizkommissariats-Geschäfte; vertagt.* [B] — 4. *Presserecht.* Fortgesetzte Beratung zum Erlaß einer Verordnung, wonach Zeitungsartikel und andere Schriften, welche Anschuldigungen gegen Behörden und Beamte [...] enthalten, nicht mehr unter Anonymität des Verfassers zum Druck zuzulassen und die Herausgeber in dieser Hinsicht verantwortlich zu machen sind. Zu große

¹ Dazu Voten in: Rep. 84, II 2 G Nr. 31, Bl. 42–45v. Die Gebühren-Taxe von 1815, GS, Beilage S. 1–104. Vgl. dazu auch die allgemeine Verfügung v. 19.9.1844, gedr. in: JMinbl., 1844, S. 218 f.

² Erste Überlegungen zu beabsichtigten gesetzlichen Änderungen wurden im Justizministerium als Erwiderung einer Anfrage der kgl. sächsischen Regierung angestellt und in einem gemeinsamen Schreiben der beiden Justizminister Mühler und Savigny am 12.4.1844 formuliert, vgl. Rep. 84a (M), Nr. 863, Bl. 73–91v, bes. Bl. 86–91v. Der nach dieser Beratung überarbeitete Entwurf in: Rep. 80, I Justiz Nr. 199, Bl. 66–105. Dort auch Bl. 6–37v eine Zusammenstellung von Berichten sämtlicher Oberlandesgerichte und mehrerer Untergeordnete an das Kammergericht sowie Bl. 46–65 die Relation der beim Votenwechsel vorgebrachten Erinnerungen.

Bedenken bei Ausdehnung der Bestimmung auf Privatpersonen. [B] — Wegen bisheriger Irreleitung der öffentlichen Meinung über Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung durch die Presse wird die Veröffentlichung über Beratungen und Beschlüsse der oberen Staatsbehörden erwogen, um somit die Opposition in ihren destruktiven Richtungen auf ihrem eigenen Gebiete zu bekämpfen. Dagegen stehen Bedenken, daß man dann eine unerträgliche gleichzeitige Erörterung in den obersten legislativen Stadien und in der Presse haben würde. [B] — Die Aufnahme falscher Zeitungs-Nachrichten ohne allen weiteren Zusatz in eine als Zeitungslügen zu bezeichnende Rubrik der Allgemeinen Preußischen Zeitung erscheint als nicht zweckmäßig.³ [B]

³ Vgl. Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f. Dort auch der Immediatbericht vom Januar 1845 zu den Beratungen am 9. und 16.7.1844 über die weitere Pressegesetzgebung. Vgl. ferner Immediatberichte Arnims v. 7./8.5.1844 in: Rep. 89, Nr. 15210, Bl. 48–57v.

Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juli 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 202 und 184–189v [Teilprot. 38a–b]; MF 293. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1338–1343.

Anwesend [U]¹: Boyen [V], Mühlner, Savigny, Bülow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell. — Prot.: [a] [Scholz]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Schede, Scholz [beide zu 1; U].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Fortgesetzte Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf über das Notariat; u.a. über die Privatschreiber der Notarien als Instruments-Zeugen, die Form der Ausfertigungen, die Aufnahme von Notariats-Urkunden in fremden Sprachen, die Zuziehung eines vereidigten Dolmetschers sowie zur Unterscheidung von gerichtlichen und Notariats-Instrumenten hinsichtlich ihrer Beweiskraft und Glaubwürdigkeit. Prozedur bei neuen Ernennungen von Justizkommissarien zu Notarien.² [B]

¹ TOP 2: Rother, Eichhorn, Arnim [U].

² Der Immediatbericht v. 30.9.1844 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 199, Bl. 2–5. Dort wie auch in Adhib. 199a die nachfolgende Begutachtung durch den Staatsrat. Vgl. das Gesetz v. 11.7.1845, GS, S. 487.

Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juli 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 203–221 [Teilprot. 39a–f]; MF 293/294.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühlner [1–4 U]¹, Eichhorn [1–4, 6 U], Savigny [6 U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [1–4, 6 U], Flottwell [U]. — Prot.: [a] [Scholz]; [b–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1, 4, 6], E. W. F. v. Hagen [zu 2–4], Horn [zu 1–2], v. Kotze [zu 3–4], Metzner [zu 5], A. v. Pommer-Esche [zu 6], Scholz [zu 1; U], Starke [zu 2].

1.–4. Vier Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 5. Post. Abermalige² Beratung wegen Einführung einer provisorischen ermäßigten Brief-Porto-Taxe. Eine einseitige Ermäßigung der Brief-

¹ Zu TOP 6 für Mühlner: Ruppenthal [U].

Porto-Taxe ohne Rücksicht auf das Paket- und Geldporto *kann* zu Mißverhältnissen *führen*; die *Gebührenerleichterung* richtet sich auf das Porto für geringe Entfernungen, die eintretende Vermehrung des Briefwechsels *läßt* die Deckung des Ausfalls *absehbar* werden. Eine Normierung des Gewichtssatzes für den einfachen Brief *ist nicht ratsam*. Die Brief-Porto-Taxe *soll* nur provisorisch gelten. Der Termin der Einführung *soll* der 1. Oktober sein.³ [B] — 6. Entwurf⁴ einer Instruktion zur Festsetzung von Grundsätzen, die bei Konzessionierung von Aktiengesellschaften leitend sein sollten. [B]

² Vgl. dazu die KO v. 11.8.1843, die einige der vom Staatsministerium früher formulierten Vorschläge zurückgewiesen hatte, in: Rep. 90, Nr. 2522, Bl. 143v. Vgl. ferner mehrere Voten sowie ein Gutachten des Staatsrats v. 30.4.1846 mit dem Entwurf einer allgemeinen Post-Ordnung, in: Rep. 84, II 2 P Nr. 14, n.f.

³ Vgl. KO zur Porto-Ermäßigung für Brief- und Schriftensendungen v. 18.8.1844, GS, S. 406, dort sowohl der provisorische Charakter der Ermäßigung als auch der beschlossene Termin. Ein gedr. Exemplar der Zirkulare Naglers v. 6.9.1844 an alle im In- und Auslande belegenen Preußischen Post-Anstalten, in: Rep. 103, Nr. 743, n.f. Vgl. ferner Stephan, Heinrich, *Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprunge bis auf die Gegenwart. Nach amtlichen Quellen*, Berlin 1859, S. 754.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 265 Sitzung des Staatsministerium am 1. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 222–230v [Teilprot. 40a–e]; MF 294. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 228–233v.

Anwesend [U]¹: Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile [zu 1–3, 5], Savigny, Bülow [zu 1–4], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 1–3, 5], Arnim, Flottwell, Uhden. — Prot.: [a–b, d–e] [?]; [c] [v. Duesberg].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 4], v. Duesberg, v. Könen [zu 2 und 4], H. v. Mühler [zu 5], Voswinckel [zu 2].

1. Einführung des Geheimen Kabinetts-Rats Uhden als Justizminister in das Staatsministerium.² — 2. Gehaltssache. [B] — 3. Nochmalige Beratung zum Entwurf³ einer Verordnung über die Beitragspflicht der Rittergutsbesitzer und anderer Grundbesitzer in den vormals königlich sächsischen Landesteilen der Provinz Sachsen zur Unterhaltung von Kirchen, Pfarren und Schulen. *Streichung* der Bestimmung, wonach die steuerfreien Forsten der Rittergutsbesitzer, welche nicht erweislich Pertinenz eines Rittergutes sind, bei Verteilung der Beiträge außer Ansatz bleiben sollen. [B] — 4. Gehaltssache. [B] — 5. Gesetzentwurf⁴ zur Unterhaltung der Schul- und Küsterhäuser: Befugnisse der Regierung; *Beitragsregelung*, wenn innerhalb der Parochie einzelne Ortschaften, Gemeinden usw. *enthalten sind*; Verhältnis des neuen Gesetzes zu den Provinzialrechten; Vorlegung [...] an die Stände. [B]

¹ Uhden hat nur 2–5 unterschrieben.

² Zum Amtswechsel von Mühler auf Uhden vgl. Rep. 84a (M), Nr. 94, Bl. 192–193v.

³ Der Entwurf sowie ein Votum von Eichhorn v. 11.4.1844 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 122 Bd. 1, Bl. 206–235. Vgl. KO v. 11.11.1844, GS, S. 697.

⁴ Rep. 151, I C Nr. 8373, Bl. 265–265v, dort auch Bl. 258–264v die Petition der zum 8. Pommerschen Provinzial-Landtag versammelten Stände v. 20.3.1843 und das Votum Eichhorns v. 12.6.1844. Der Immediatbericht v. 19.11.1844 in: Rep. 80, I Geistliche und Schulsachen Nr. 4, Bl. 13–13v. Dort weiter – ebenso wie in Nr. 4a – die Übersicht der von den Provinzial-Landtagen gemachten Bemerkungen zum Gesetzentwurf.

Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1844.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 33 Bd. 1, Bl. 33–39v; MF-Suppl. 29. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 37 Bd. 2, Bl. 43–49v.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn, Thile [U], Savigny [U], Bülow, Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Auch der Rheinische Landtag *soll* künftig *nicht mehr* zum Monat Mai, *sondern* immer gleichzeitig mit den übrigen Landtagen einberufen werden. Der Oberpräsident von Schaper *befürchtet*, daß der Wegfall der Sonderregelung einen üblen Eindruck bei den Rheinischen Ständen machen wird. Da aber dem Willen Friedrich Wilhelms IV. nach nunmehr die Landtage alle zwei Jahre einzuberufen und auch die Landtags-Abschiede möglichst bald nach Schließung der Landtage publiziert werden sollten, *zwingt* die Kürze der Zeit für die Vor- bzw. Nacharbeiten durch die Verwaltung zu einem gemeinsamen Tagungsrythmus. Abgesehen von diesen geschäftlichen Gründen *sind* auch noch politische Gründe *entscheidend*, würde doch damit der *ohnehin nicht unproblematische* Rheinische Landtag *seine* exzeptionelle Stellung gegen die übrigen Landtage *verlieren und nicht mehr so leicht* die Aufmerksamkeit des übrigen Inlandes und selbst des Auslandes *allein auf sich konzentrieren können*.¹ [B]

¹ Der Immediatbericht Arnims v. 7.10.1844 in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 33 Bd. 1, Bl. 47–60v. Ein Schreiben Arnims an Oberpräsident v. Schaper, in dem er ihm das Beratungsergebnis sowie die diesem zugrunde liegenden Argumente mitteilte, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 37 Bd. 2, Bl. 50–53; ebd., Bl. 55 die zustimmende KO v. 11.10.1844. Vgl. Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 537.

Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 231–239v [Teilprot. 41a–b]; MF 294. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 234–241.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Sulzer [zu 2], Zettwach [zu 1].

1. Lehnsrecht in Pommern. Die Vorlegung eines [...] Gesetzes wegen Anfertigung und Fortführung der Stammbäume von den pommerschen lehntragenden Familien *erscheint vorerst nicht erstrebenswert. Zunächst ist eine Erklärung¹ vom Pommerschen Landtag zum früheren Antrag der Abgeordneten der hinterpommerschen lehnbesitzenden Familien anzufordern.* Die Proposition für den nächsten Landtag *ist* in diesem Sinne vorzubereiten, daß dem Stammbaum keine unbedingte Beweiskraft über die Nächstigkeit, diese Beweiskraft vielmehr nur bis zur Führung des Gegenbeweises beizulegen sein wird. [B] — **2. Zensoren und Presserecht.** Der König *erwartet* wirksame

¹ Die Denkschrift v. 1.3.1845 der zum 9. Provinzial-Landtag versammelten Stände gedr. in: Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages Pommern, S. 16, wo diese die Gesetzeslücke nur überwindbar sahen, wenn die Gesetzgebung für die Agnaten und Mitbelehnten eine rechtliche Notwendigkeit zur Eintragung in die Sukzessionsregister und Hypothekenbücher einführt, da die Errichtung und Fortführung von Stammbäumen [...] als alleinige Maßregel für Ordnung der Agnationsverhältnisse nicht anzusehen ist. Ebd., S. 2 f. dazu das Propositionsdekret. Ein von Savigny im September 1844 vorgelegter Entwurf mit dessen Votum in: Rep. 84a (M), Nr. 3491, Bl. 208–221v.

Maßregeln und hält eine kritische KO zur erteilten Druckerlaubnis für einen Artikel der Vossischen Zeitung² [...] über die Herbstversammlung der sogenannten protestantischen Freunde für erforderlich. Da die Gesetzeslage ausreicht, sollen die Zensoren durch den Minister des Innern anhand des konkreten Artikels belehrt und ihnen zugleich die betreffende Bestimmung [...] der Zensur-Instruktion erläuternd eingeschärft werden.³ [B] — Aus Veranlassung einiger Artikel inländischer Zeitungen, insbesondere eines in der [...] Vossischen Zeitung abgedruckten *Leitartikels*⁴, fordert der König eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen, damit die Zensoren in den Stand gesetzt würden, alles was auswärtige befreundete Regierungen zu verletzen geeignet sei, vom Druck auszuschließen. Der Entwurf für eine sich auf Zeitungen und Flugschriften beschränkende KO ist in der nächsten Sitzung vorzulegen. [B] — Erwägung der von Friedrich Wilhelm IV. angeregten Frage, inwieweit Bestimmungen zu erlassen sind, mittels der die privilegierten Zeitungen strenger als die konzessionierten und geduldeten zur Ordnung zu halten sind und auf kürzerem Wege zur Entziehung von Zeitungsprivilegien und Konzessionen zu gelangen ist.⁵ Ein angemessenes Mittel zur Disziplinierung der Zeitungen ist die Gewährung oder Entziehung der Portoermäßigung bei Versendung der Zeitungen und Zeitschriften; eine vom General-Postmeister beim Zeitungsdebit geforderte Beschränkung auf die Post soll wegen bestehender Bedenken geprüft werden. [B]

² In der Königlich Privilegierten Berlinischen Zeitung, Nr. 230 v. 1.10.1844 war ein, als Privatmitteilung gekennzeichnete Artikel über die am 24.9.1844 in Köthen abgehaltene Versammlung der „Lichtfreunde“ erschienen, der u.a. die Meinung der Teilnehmer wiedergab, daß man über die lauten Anklagen in Berlinischen Blättern [...] nicht ganz schweigen kann und die Aufrufung der staatskirchlichen Behörde gegen die prot[estantischen] Fr[eu]nde große Glaubensschwäche verrät. Vgl. dazu auch einen Bericht des Konsistoriums der Provinz Sachsen v. 18.10.1844 in: Rep. 77, Tit. 416 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 12–55. Vgl. weiter zu den Köthener Versammlungen: Brederlow, Jörn, „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution 1848/49, München 1976, S. 26–36, dort weitere Literatur.

³ Ein Schreiben Arnims an das Staatsministerium v. 11.1.1845 zur erfolgten Belehrung an die Zensoren über die Unstatthaftigkeit von Zeitungsartikeln zu religiösen Gegenständen ähnlich der Darstellung der Vossischen Zeitung (Nr. 230), wie es das Staatsministerium am 8.10.1844 beschlossen hatte, in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, Bl. 86. Vgl. dazu auch einige Schreiben zwischen Arnim und Uhden bzw. an das Ober-Zensur-Gericht in: Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 171–177.

⁴ In der Königlich Privilegierten Berlinischen Zeitung, Nr. 219 v. 18.9.1844 war über die Opposition der Legitimisten in Frankreich gegen den Bürgerkönig ein Leitartikel erschienen, in dem das Vorgehen der Regierung als zögerlich beschrieben worden war.

⁵ Vgl. dazu Überlegungen von Arnim, die er am 29.5.1844 in einem Schreiben an Mühler formuliert hatte, in: Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 46–51v, dort dazu weiter Bl. 123–142 ein Gutachten des Ober-Zensur-Gerichts v. 15.8.1844.

Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 240–261v [Teilprot. 42a–f]; MF 294/295.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1, 3–6; 1 U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 1–4, 6; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–2, 4, 6; U], Arnim [U], Flottwell [1–3, 6 U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Kisker [zu 2], v. Könen [zu 3], Metzner [zu 6], Seiffart [zu 5], Sulzer [zu 4 und 6].

1. Notwendigkeit einer zweiten Sitzung des Staatsministeriums in jeder Woche wegen der großen Zahl der zum Vortrage angemeldeten Sachen sowie der Landtagsangelegenheiten. Einschiebung

außerordentlicher Vorträge [...] künftig am Ende der *Sitzungen*.¹ [B] — 2. *Pensionssache unter grundsätzlicher Klärung über das beim Staatsministerium anzuwendende Verfahren in Ergänzung der im März erlassenen Verordnung*.² [B] — 3. *Verzugszinsen. Gesetzentwurf*³ zur Aufhebung der Vorrechte des Fiskus bei der Zahlung von Zögerungszinsen. Alle auf diesen Gegenstand bezüglichen Vorschriften *sind* in ein Gesetz zu vereinigen. *Spezialdiskussion u.a. zu einzelnen Bestimmungen, um eine Übereinstimmung zwischen der Rheinprovinz und den übrigen Provinzen [...] zu erreichen, sowie zum Vorgehen bei noch aus Kriegszeiten herrührenden Forderungen*. [B] — 4. *Zensoren und Presserecht*. Entwurf⁴ einer *KO*, wonach Zensoren [...] alles, was auswärtige befreundete Regierungen zu verletzen geeignet *ist*, vom Drucke *ausschließen können, vor allem für diejenigen Staaten [...]*, bei welchen eine präventive Berücksichtigung der Presse eine derartige Besprechung *preußischer* Verhältnisse gesetzlich unstatthaft macht. [B] *Friedrich Wilhelm IV. erachtet* den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß *zur Belehrung der Zensoren durch Ministerial-Reskript über die Ungesetzlichkeit der Erteilung der Druckerlaubnis für einen Artikel der Vossischen Zeitung als unzureichend und fordert ein Gutachten*⁵ *des Ober-Zensur-Gerichts über die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen*. [B] — 5. *Revidierter Gesetzentwurf*⁶ über das polizeiliche Verfahren gegen das Gesinde: *Bedürfnis nach einer solchen Verordnung; Spezialdiskussion vor allem zur Straffestsetzung sowie zur Eingrenzung der den Gutsherrschaften beigelegten Strafbefugnis gegen das eigene Gesinde*. [B] — 6. *Presserecht. Notwendigkeit von Bestimmungen, wonach die privilegierten Zeitungen strenger als die konzessionierten und geduldeten Blätter diszipliniert werden können, z.B. durch Entziehung von Zeitungskonzessionen und Privilegien. Es ist eine Verordnung auszuarbeiten, wonach die Versendung der Zeitungen und Zeitschriften zum Postregale gemacht wird*.⁷ [B]

¹ Vgl. dazu einzelne Schriftstücke in: Rep. 84, II 2 S Nr. 6 Bd. 2, Bl. 202–207 sowie Rep. 87, ZV Nr. 101, n.f. Rochow äußerte zu verstärkten Sitzungsrhythmus in einem Schreiben an das Staatsministerium v. 14.10.1844 Bedenken, vgl. in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 1, Bl. 97–97v.

² VO zu dem bei Pensionierungen zu beobachtenden Verfahren v. 29.3.1844, GS, S. 90.

³ Der Entwurf in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 79, Bl. 66–73v. Der überarbeitete Entwurf mit Immediatbericht v. 14.11.1844, Bl. 79–95; auch in: Rep. 80, I Justiz Nr. 200, Bl. 2–11v.

⁴ Der neue Entwurf einer KO in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, Bl. 84. Dort auch Bl. 83 der Immediatbericht v. 30.10.1844.

⁵ Die gutachterliche Äußerung des Ober-Zensur-Gerichts v. 6.12.1844 in: Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 196–197.

⁶ Als Anlage zum Votum Arnims v. 25.6.1844 in: Rep. 84, II 2 G Nr. 12 Bd. 1, Bl. 152v sowie mit Voten und der gedruckten Relation des Votenwechsels, in: Rep. 84a (M), Nr. 7936, Bl. 37–122v.

⁷ Vgl. die gutachterliche Äußerung des Ober-Zensur-Gerichts v. 22.10.1844 in: Rep. 84a (M), Nr. 7008, Bl. 161–165v.

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 262–298v [Teilprot. 43a–c]; MF 295.

Anwesend: Boyen [V, U], Eichhorn [zu 1 und 3; U], Savigny [U], Bülow [zu 1 und 3; U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [1–2 U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 3], Lette [zu 2], Seiffart [zu 3], Zettwach [zu 1].

1. Lehnrecht in Pommern. *Revidierter Gesetzentwurf*¹ über die Grundsätze und das Verfahren bei Aufnahme der Lehnstaxen von Pommerschen Lehen: *Dieser weicht von den Anträgen des sechsten*

¹ Der von Savigny mit seinem Votum v. 14.9.1844 vorgelegte Entwurf in: Rep. 84a (M), Nr. 3502, Bl. 81–92v. Vgl. auch allg. Zettwach, *Das pommersche Lehnrecht nach seinen Abweichungen von den Grundsätzen des Preußischen Allgemeinen Landrechts*, Leipzig 1832 sowie Wilmowski, Gustav v., *Beiträge zum Pommerschen Lehnrecht*, Berlin 1870. Die Denkschrift gedr. in: *Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages Pommern 1845, Anhang*.

Pommerschen Provinzial-Landtages hinsichtlich der Anwendung derjenigen Grundsätze darüber ab, welche bei Aufnahme der Subhastationstaxen und nicht der sogenannten Pfandbriefs-Bewilligungs-Taxe [...] maßgebend sind. *Es ist eine Denkschrift für den Landtag auszuarbeiten, um auch die Bedenken zu äußern, die zur Aufhebung des im Pommerschen Lehnrecht wurzelnden Prinzips der unbedingten Verschuldbarkeit sowie zur Beseitigung der die Agnaten [...] begünstigenden Taxprinzipien bestehen.* Erwägung grundsätzlicher Bemerkungen, u.a. zur Prüfung und Bestätigung der Taxen durch die General-Landschafts-Direktion und zur Bezugnahme des Gesetzes auf alle Lehnstaxen. [B] — **2. Wasserrecht.** Bedürfnis nach Einführung des Gesetzes² vom 28.2.1843 über die Benutzung der Privatflüsse auch in die zum Bezirke des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln gehörenden Landesteile. *Der Rheinische Landtag ist nur bei Berücksichtigung einiger Modifikationen, der Oberpräsident der Provinz aber für die unveränderte Einführung.* Daraufhin wird der Gesetzentwurf³ mit den im Votenwechsel aufgetretenen strittigen Punkten zur Beschränkung der Rechte der Triebwerksbesitzer erörtert sowie allgemein zur Unvereinbarkeit des Gesetzes vom 28.2.1843: teils I. mit den in der Rheinprovinz geltenden Rechten des Staates und der Privaten an den Gewässern, teils II. mit der rheinischen Gerichtsverfassung, und endlich III. mit dem Zustande [...] des Gewerbes sowie der Agrikultur bei neu entstehenden Be- und Entwässerungsanlagen. Die Publikation dieser Verordnung kann nur nach erfolgter Reform⁴ der bestehenden Revisions-Kollegien für Auseinandersetzungsangelegenheiten erfolgen. [B] — **3. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf** wegen polizeilicher Bestrafung des Gesindes. *Den Dienstherrschaften steht ein Züchtigungs- oder Strafrecht gegen das Gesinde nicht zu. Schutz der Dienstherrschaften vor unbegründeten Injurienklagen des Gesindes sowie Einverständnis darüber, [...] auch das Gesinde vor einer inhumanen, kränkenden Behandlung zu schützen.* Das Bedürfnis nach solch einem Gesetz soll auch das Gutachten der Provinzialstände klären.⁵ [B]

² Vgl. GS, 1843, S. 41.

³ Der Entwurf (Druck) in: Rep. 90a, N I Nr. 4 Bd. 2, n.f. Dort auch Bl. 99 das Votum Arnims v. 15.3.1844, eine Petition der Rheinischen Stände v. 20.6.1843 und Bemerkungen des 7. Rheinischen Provinzial-Landtages zu einigen §§ des Gesetzes v. 28.2.1843 (alles Drucke). Das ablehnende Votum Mühlers v. 24.5.1844 in: Rep. 84a (M), Nr. 8042, Bl. 100–102v, ferner Bl. 102a–115v weitere Voten sowie die Korrespondenz zwischen Arnim und Mühler im Juli 1844. Vgl. auch das Gesetz zur Einführung v. 9.1.1845, GS, S. 35.

⁴ Vgl. Sitzung am 14.5.1844, TOP 2 mit der Beratung des Gesetzentwurfes betr. den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungsbehörden.

⁵ Zur Diskussion um das Züchtigungs- und Strafrecht in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. Vormbaum, Politik und Gesinderecht, S. 85–115.

Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur¹, Bd. 48, Bl. 299–322 [Teilprot. 44a–e]; MF 295/296.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1–4], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow, Stolberg-Wernigerode [beide zu 1–3; U], Arnim [U], Flottwell [1, 3–5 U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Kisker [zu 3], H. v. Mühler [zu 2], v. Patow [zu 1], Seiffart [zu 4–5].

¹ Der Beschluß zu TOP 5 wg. Nichtvorlage des Entwurfes an die Stände erfuhr in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsministeriums mit der ständischen Immediat-Kommission am 3.12.1844 eine inhaltliche Korrektur, auf Bl. 321v vermerkt.

1. Juden. Arnims Denkschriften² hinsichtlich der in das Gewerbepolizei-Gesetz [...] über den Gewerbebetrieb der Juden sowie über die Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Getränken aufzunehmenden Bestimmungen. [B] — 2. Ablösungen. Der weitere Gang der legislativen Beratung zum Gesetzentwurf³ über die Ablösung der an Kirchen, Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeits-Anstalten zu entrichtenden Abgaben und Leistungen ist wegen des Einspruchs der vereinigten Abteilungen des Staatsrats⁴ gegen das zu Grunde gelegte Prinzip zu klären, nämlich die Ablösung [...] durch Kapitalzahlung, aber nur unter vertragsmäßiger Einwilligung der Vertreter der Anstalten, zu gestatten. Beibehaltung der Umwandlung von Naturalabgaben in eine Rente. [B] — 3. Testamente. Kontroverse Beratung über den Entwurf⁵ sowie über die Zweckmäßigkeit einer Verordnung wegen An- und Aufnahme letztwilliger Verfügungen durch die westfälischen Gemeindebeamten. Dadurch Anpassung der abweichenden Gemeindeverhältnisse in Westfalen. Dies bedeutet für die Amtmänner und Gemeindevorsteher die Ausdehnung ihrer Befugnis über Notfälle hinaus. Eine Abänderung der im ALR vorgeschriebenen Formalitäten über die richterliche Mitwirkung bei Testamenten nur für eine Provinz ist unstatthaft. [B] — 4. Revidierter Entwurf⁶ einer Verordnung wegen Einführung von Gesindebüchern: Ein wirklich dringendes Bedürfnis wird bezweifelt. Begutachtung durch Provinzialstände. Spezialdiskussion u.a. zur Aufbewahrung der Dienstbücher, Eintragung des Zeugnisses und zur Ausfertigung eines neuen Dienstbuches. [B] — 5. Gebühren. Revidierter Entwurf⁷ zu einer Verordnung über die Erhebung von Sporteln bei den polizeilichen und administrativen Unterbehörden: Keine Ausnahmebestimmungen für die Grafschaft Stolberg-Wernigerode, für Neuvorpommern und die Rheinprovinz; Gebühren für Aufenthaltskarten. Eine Vorlage des Entwurfs an die Stände ist unnötig. [B]

² Beide Denkschriften v. 12.10.1844 in: Rep. 90, Nr. 1649, Bl. 158–170. Vgl. die Allgemeine Gewerbeordnung v. 17.1.1845, GS, S. 41, bes. die §§ 58 und 60 sowie Brammer, Judenpolitik, S. 321 f. Mit Bezug auf die Sitzung vgl. auch Strenge, Juden im preußischen Justizdienst, S. 53, Anm. 105.

³ Gedruckte Vorträge für die Beratung im Staatsrat vom März 1844 in: Rep. 84a (M), Nr. 8152, Bl. 191. Ein Votum Eichhorns v. 12.1.1844 und eine Denkschrift in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 182–194v.

⁴ Ließ sich in den Akten des Staatsrats nicht finden, sondern lediglich ein Schreiben Rochows v. 22.11.1844 an Voß mit der Mitteilung, daß weder nach Ausweis des eingereichten Journal-Extrakts pro Oktober, als auch nach mündlicher Erklärung des mit der Sache beauftragten Referenten Mathis, ein Zeitpunkt bekannt ist, wann Mathis bereit sein wird, darüber in den Abteilungen Vortrag zu halten. Rochow entzog ihm deshalb die Bearbeitung der Angelegenheit und betraute O. v. Manteuffel damit, vgl. Rep. 80, I Inneres Nr. 89a, Bl. 8. Eine Äußerung des Staatsrats läßt sich in diesen Akten demnach erst mit der gemeinsamen Konferenz der Abteilungen für die inneren und für die geistlichen Angelegenheiten am 15.5.1845 ausmachen.

⁵ Rep. 89, Nr. 17671, Bl. 28–33v, dort Bl. 34–34v der Immediatbericht v. 28.11.1844. Savignys Votum v. 18.9.1844, das sich für eine Sonderbehandlung Westfalens aussprach, um die Bauerngüter in den Familien ihrer Besitzer erhalten zu helfen, was durch das Erbfolge-Gesetz v. 13.6.1836 jedoch gefährdet sei, in: Rep. 84, II 2 T Nr. 1, Bl. 183–184. Vgl. auch Rep. 84, II 5 W Nr. 3 Bd. 2 Fasc. 3.

⁶ Dieser sowie eine Zusammenstellung des Votenwechsels in: Rep. 90a, H III 3 Nr. 4 Bd. 1, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 12.12.1844. Vgl. weiteres Material auch in: Rep. 84, II 2 G Nr. 12 Bd. 1, Rep. 77, Tit. 303 Nr. 6 Bd. 3 und Rep. 151, I C Nr. 12453, n.f.

⁷ Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 15–17. Dieser auch mit einer Zusammenstellung des Votenwechsels sowie einer Übersicht vom Zustande des Sportelwesens bei den polizeilichen und administrativen Unterbehörden der verschiedenen Provinzen v. 1.3.1844, in: Rep. 100, Nr. 288, n.f. Spätere Entwürfe und Voten in: Rep. 80, I Inneres Nr. 96 und Adhib. 96a.

Nr. 271 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 323–354 [Teilprot. 45a–g]; MF 296/297.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile [beide zu 1, 4–7], Savigny, Bülow [zu 1, 4–7], Stolberg-Wernigerode [zu 1, 3–4], Arnim [zu 1, 3–7], Flottwell, Uhden [zu 1, 3–7]. — Prot.: [a] v. Duesberg; [b–g] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1–3], Lette [zu 5–7], Zettwach [zu 2–4].

1. Vorlegung der Protokolle der Staatsministerial-Sitzungen binnen 14 Tagen.¹ [B] — 2. Lehen. Die Petition² des siebenten Provinzial-Landtages von Schlesien, daß an die Stelle des Lehnsverlustes infolge versäumter Lehnserneuerung bei den Schweidnitz-Jauerschen Lehen Geldstrafen treten sollen, wird befürwortet. [B] — 3. Laudemien. Der Antrag³ des siebenten Schlesischen Provinzial-Landtages auf eine legislative Entscheidung zur Wertveranlagung eines Grundstückes bei Berechnung von Laudemien wird abgelehnt. [B] Beweispflicht durch den Laudemialberechtigten oder den Laudemialverpflichteten. — 4. Rechtsvereinheitlichung zur ehelichen Gütergemeinschaft. Die Verschmelzung der verschiedenen provinziellen und statuarischen Güterrechte in der Provinz Westfalen und in dem zum Oberlandesgerichtsbezirk Hamm gehörigen Teile der Rheinprovinz zu einem System⁴ ist ein dringendes Bedürfnis. Modalitäten der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes, Bildung einer Kommission. [B] — 5. Ablösung bei Dienstfamilienstellen. Anderweitiger Entwurf⁵ einer Verordnung wegen Aufhebung des § 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7.6.1821 sowie wegen Erleichterung der Ablösung der auf dem Grundbesitz haftenden Spann- und Handdienste aller Art für diejenigen Landesteile der Provinz Sachsen, in denen die gedachte Ablösungs-Ordnung Anwendung findet. Eine Ausdehnung [...] auf die anderen Provinzen ist später zu entscheiden. Grundsatzdiskussion über die Notwendigkeit und Art der Vergütung für den Fall, wenn der Wert der Gegenleistungen den Wert der Dienste übersteigen sollte. [B] — 6. Bezug nehmend auf den vorherigen TOP anderweitiger Entwurf⁶ einer Verordnung wegen Aufhebung des § 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7.6.1821 für die Provinz Schlesien. [B] — 7. Entwurf⁷ eines Gesetzes über die den Mitgliedern der Land- und Stadtgemeinden an Grundstücken und Gerechtigkeiten zuständigen Rechte. Geltungsbereich sowie Spezialdiskussion zu einzelnen Paragraphen. [B]

¹ Vgl. Einleitung, S. 27.

² Die in der gutachterlichen Äußerung der schlesischen Stände v. 11.4.1843 zum Provinzialrecht enthaltene Petition gedr. in: Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages, S. 55. Vgl. zu deren Bearbeitung durch den Minister des Innern auch Rep. 77, Tit. 146 Nr. 43, Bl. 1–8v sowie das Votum Savignys v. 29.7.1844, in: Rep. 84a (M), Nr. 3507, Bl. 58–66v; dort umfangreiches Material zur Behandlung Schweidnitz-Jauerscher Lehen von 1841 bis 1868. Vgl. dazu auch Rep. 84, II 5 S Nr. 4 Bd. 2 Fasc. 69.

³ Der Antrag gleichfalls in dem in Anm. 2 genannten ständischen Gutachten v. 11.4.1843, S. 54 f. Der Votenwechsel sowie der Immediatbericht v. 19.11.1844 in: Rep. 90, Tit. XXX B Posen und Schlesien Nr. 7 Bd. 1, Bl. 178–206v. Vgl. ferner die Druckschrift: Schlesische Laudemial- und Urbarienangelegenheiten, Breslau 1844.

⁴ Der in Form einer Denkschrift von Savigny formulierte Vorschlag in: Rep. 84, II 5 H Nr. 3 Bd. 5, Bl. 24–39v. Petitionen aus Westfalen, mehrere Fassungen von Savignys Denkschrift vom Oktober 1844, Voten und anderes Material in: Rep. 84, II 5 W Nr. 3 Bd. 5 Fasc. 1.

⁵ Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 3, Bl. 2–12v. Dort auch Bl. 19–20 der Immediatbericht v. 23.12.1844, der überarbeitete Entwurf sowie die nachfolgende Beratung im Staatsrat. Dieses auch in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 159–177 und 232–250. Der § 2 der Ablösungs-Ordnung v. 7.6.1821 regelte, daß und wie die auf Dienstfamilienstellen haftenden Handdienste nur mit beiderseitiger Einwilligung aufgehoben werden können, GS, S. 77 f.

⁶ Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 3, Bl. 54–59. Ebd., Bl. 61–81v der Immediatbericht v. 23.12.1844 sowie der überarbeitete Entwurf. Gleiches auch in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 145–157v und 252–259v.

⁷ Der Entwurf in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 23 Bd. 1, Bl. 150–195, dort Bl. 199–200 der Immediatbericht v. 23.12.1844 sowie auch die Vorgeschichte seit 1836. Weiteres Material in: Ebd. Bd. 2; Rep. 84, II 2 G Nr. 21, Bl. 148–193 und Rep. 84a (M), Nr. 8194, Bl. 180–182 auch mit umfangreichen Anlagen. Vgl. weiter die Deklaration v. 26.7.1847, GS, S. 327.

Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 48, Bl. 355–369 [Teilprot. 46a–e]; MF 297.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [a, c–e] [?]; [b] Schede [U].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3], A. Beyer [zu 4], v. Duesberg [zu 2–5], Kisker [zu 1–2, 4], Schede [zu 2 und 5].

1. Rechtsvereinheitlichung der ehelichen Gütergemeinschaft. Der Entwurf¹ eines Gesetzes wegen Aufhebung der in der Stadt Duisburg geltenden statuarischen Bestimmungen über die Güterverhältnisse der Eheleute *ist bis zur beschlossenen² Vereinheitlichung* der verschiedenen [...] ehelichen Güterrechte in der Provinz Westfalen und in Teilen der Rheinprovinz *zurückzustellen*. Die Kreisstände von Rees und Duisburg *sollen* an der [...] Vorberatung mit dem Ständischen Ausschuß der Provinz Westfalen *teilnehmen*. [B] — **2. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **3. Zum Vorschlag Friedrich Wilhelms IV.,** dem Chef-Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Breslau, Kuhn, den Charakter eines Wirklichen Geheimen Rats mit dem Prädikat Exzellenz zu erteilen, *Grundsatzdiskussion wegen Nichtbeachtung der Stufenfolge der Rangklassen.* [B] — **4. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **5. Zwei verschiedene** Gesetzentwürfe³ über die Erbverpachtung von Grundstücken, welche unter Lehns- oder Fideikommißverband stehen, *die in der näheren Bezeichnung derjenigen Gutsteile, bei denen die Erbverpachtung auch ferner zu begünstigen sein wird, voneinander differieren.* [B]

¹ *Rep. 84, II 5 H Nr. 3 Bd. 5, Bl. 9–16v, ebd. Voten sowie ein Extrakt aus der Übersicht über noch nicht erledigte Punkte des letzten Landtags-Abschiedes.*

² *Vgl. Sitzung am 26.10.1844, TOP 4.*

³ *Entwürfe sowie Zusammenstellung, Voten und Immediatbericht v. 5.1.1845, in: Rep. 90, Nr. 1571, n.f. Dies auch sowie nachfolgende Voten bis September und ein neuer Gesetzentwurf, in: Rep. 84a (M), Nr. 3444, Bl. 124–226v. Vgl. weiter Rep. 100, Nr. 288, n.f.*

Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1844.

Vollz. Reinschr., Bd. 49, Bl. 1–2v [Prot. 47a]; MF 297. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 270–271v.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Zettwach.

Entwurf¹ zu einer Deklaration der §§ 2 und 3 des Patents wegen Einführung des Allgemeinen Landrechts in die ehemals sächsischen Provinzen und Distrikte *vom 15.11.1816*: Prinzip der Unan-

¹ *Rep. 84, II 5 S Nr. 1 Bd. 12, Bl. 21–31, dort auch ältere Entwürfe, Voten, ein Promemoria, die weitere Beratung in der Gesetzkommission sowie die Begutachtung durch das Geheime Ober-Tribunal. Das Patent v. 15.11.1816, GS, S. 233. Der Plenarbeschluß des Geheimen Ober-Tribunals v. 24.12.1845 gedr. in: JMinbl., 1845, S. 237–242. Am 16.12.1847 beschloß das Staatsministerium, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, vgl. Rep. 84, II 5 S Nr. 1 Bd. 12, hier n.f.*

wendbarkeit des *ALR* auf schon bestehende Rechtsverhältnisse sowie *Wahrung* des dem Besitz vorher zugesicherten Schutzes. [B]

Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 3–22v [Teilprot. 48a–e]; MF 297/298.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1–2], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Arnim [zu 1–2, 5; U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Göschel [zu 5], E. W. F. v. Hagen [zu 1], v.u.z. Mühlen [zu 2], v. Obstfelder [zu 1], Schede [zu 3–4], Schröder [zu 4], Starke [zu 3].

1. Beschwerden¹ der Ritterschaft der Provinz Schlesien über Beeinträchtigung ihrer Laudemialge-rechtsame. *Notwendigkeit einer legislativen Bestimmung über die Beweiskraft des Vermerkes der Laudemialpflicht, auch wegen der die Rittergutsbesitzer beeinträchtigenden Beschlüsse* des Geheimen Ober-Tribunals. [B] — 2. *Nochmalige Beratung zur Oberaufsicht über Familienstiftungen in Verbindung mit dem Antrag² des Kommunal-Landtages der Oberlausitz zur behördlichen Oberaufsicht über die sogenannten gemischten [...] Stiftungen. Formulierung der Verwaltungsgrundsätze, besonders der Ressortverhältnisse, denen aber keine legislative Anordnung beizumessen ist. Die Umarbeitung des Gesetzentwurfs wegen nunmehr veränderter Voraussetzungen für die gemischten Stiftungen ist notwendig, der Erlaß eines neuen Gesetzes ist zur Zeit jedoch nicht ratsam.* [B] — 3. *Disziplinar- und Pensionssache.* [B] — 4. *Reklamationssache.* [B] — 5. *Der Kompetenzkonflikt³ zum Prozeß der Kolonisten zu Schiffmühl gegen den Fiskus wegen geforderter Verpflichtung zur Armenpflege wird als begründet angesehen, da die Kolonisten [...] keine Gemeinde bildeten und deshalb klaglos zu stellen sind.* [B]

¹ *Die Immediatbeschwerde, unterzeichnet vom Präsidenten und von den Direktoren des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien, v. 31.12.1843 in: Rep. 90, Tit. XXX B Posen und Schlesien Nr. 7 Bd. 1, Bl. 111–114. Dort weiter Bl. 120–172 und 209–224v Beschwerden einzelner Rittergutsbesitzer sowie die im Protokoll erwähnten Denkschriften Massows vom Dezember 1843 zur Nichtanerkennung schlesischer Urbarien durch das Geheime Ober-Tribunal; dessen Plenarbeschluß v. 26.2.1844 mit Bericht und Motiven gedr. in: JMinbl., 1844, S. 52 und 84–88.*

² *Der Antrag v. 30.12.1841, enthalten in dem dazu von Mühler und Arnim am 23.3.1843 verfaßten Immediatbericht, in: Rep. 84a (M), Nr. 3732, Bl. 89–98v. Ebd., Bl. 318–343v die zu diesem Antrag im März/April 1844 abgegebenen Voten sowie der Immediatbericht v. 23.12.1844. Dieser mit der KO v. 3.1.1845 gedr. in: JMinbl., 1845, S. 26–31. Vgl. zur Problematik allgemein auch die umfangreiche Ausarbeitung v. Daniels v. 10.12.1843, in: Rep. 84a (M), Nr. 3732, Bl. 147–299v, dem sich Mühler mit Votum v. 22.1.1844 anschloß, Bl. 300–315v.*

³ *Die Immediatvorstellung des Oberlandesgerichts Frankfurt/O. v. 22.11.1841 in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 42, n.f. Dort ein weiteres Immediatgesuch der Kolonisten v. 28.4.1844, Voten, der Immediatbericht v. 16.12. sowie die KO v. 27.12.1844.*

Nr. 275 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 23–55v [Teilprot. 49a–d]; MF 298.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [zu 3–4; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Uhden [U]. — Prot.: [a] [v. Duesberg]; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1–2], Lette [zu 3–4], v.u.z. Mühlen, Nobiling [beide zu 2], v. Obstfelder [zu 4], Seiffert [zu 2].

1. Eide der vormaligen unmittelbaren Reichsstände. Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung¹, wonach den Häuptionern der vormaligen reichsständischen Familien gestattet sein soll, in Prozessen, welche ihre Domainen[!] betreffen, die *Eidesleistung* nicht selbst, sondern durch ihre Domänenbeamten abzuleisten. [B] — **2. Jagdgerechtigkeit.** *Angeforderter Bericht*² des Geheimen Ober-Tribunals über die Auslegung der *VO vom 16.11.1839* wegen der Jagdgerechtigkeiten in der Provinz Westfalen. *Entwurf einer Ordre.* [B] — **3. Parzellierungen.** *Arnims Votum*³ über die fernere legislative Behandlung des im Staatsrat bereits *beratenen* Gesetzentwurfs wegen Zerteilung von Grundstücken und Gründung neuer Ansiedlungen. *Seine Bedenken*, gegen die nochmalige Vorlegung des Gesetzentwurfs an die *Provinzialstände wegen der vorgenommenen materiellen Änderungen des Entwurfs, sind dem König zu berichten.* [B] — **4. Entwurf**⁴ einer Feldpolizei-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen: *Geltungsbereich* für alle diejenigen Landesteile, in denen das ALR Gesetzeskraft hat; *Beginn der Spezialdiskussion.* [B]

¹ Eine Denkschrift, Voten sowie der *Immediatbericht* v. 28.11.1844 in: *Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f. Die KO v. 3.1.1845, GS, S. 37. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 114 Nr. 49 Bd. 2, Bl. 129–132.*

² Vgl. *Sitzung am 26.3.1844, TOP 1. Das Gutachten v. 16.9.1844 in: Rep. 90, Tit. XXX B Westfalen, Rheinprovinz Nr. 12 Bd. 2, Bl. 152–180. Dort auch die im Protokoll auf Bl. 162 erwähnten Eingaben, Voten, Berichte der Landesgerichte Münster, Hamm und Paderborn, der Immediatbericht v. 23.11.1844 sowie der Entwurf für die am 3.1.1845 erlassene KO; letztere in GS, S. 38.*

³ *Das Votum v. 24.9.1844 als Druck in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 3, n.f. Dort ebenso die Juni 1844 erfolgte Beratung im Staatsrat mit überarbeitetem Entwurf, einer Zusammenstellung der Beschlüsse des Plenums des Staatsrats sowie der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 16.12.1844.*

⁴ *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 33 Bd. 1, Bl. 115–120v. Dort auch Bl. 121–148 das gedruckte Votum Arnims v. 24.10.1844 mit den Anlagen A (Übersicht der Anträge der verschiedenen Provinzen und Landesteile) und B (Zusammenstellung der Voten und Bemerkungen der [...] Staatsminister zu den 1841 vorgelegten Entwürfen für einzelne Provinzen).*

Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums am 19. November 1844.

*Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur*¹, Bd. 49, Bl. 56–96 [Teilprot. 50a–c]; MF 298/299.

Anwesend [U]: Boyen [V], Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow [zu 2], Bodelschwingh, Arnim. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette [zu 2–3], Zettwach [zu 1].

1. Keine weitere Drucklegung der Sammlung² der für die einzelnen Territorien in der Rheinprovinz und Westfalen erlassenen Provinzial- und Partikulargesetze. [B] — **2. Fortgesetzte Spezialdiskussion** des Entwurfs der Feldpolizei-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen, Sachsen: *Schadenersatzleistung bei durch fremdes Vieh verursachten Schäden; Strafen* für Frevel innerhalb der Gemeindefeldmark; *ständische Gutachten sind anzufordern.*³ [B]

¹ Eine Ergänzung des Protokolls zum TOP 2, Bl. 83.

² Die bisher geltende Instruktion v. 28.4.1839 in: *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 106 Bd. 2, n.f. Dort auch das Votum Savignys v. 9.9.1844, der Nachweis über die Geschäftsverteilung, die Beschwerde des Justizrats Sittel v. 7.12.1845 auf den hier gefaßten Beschluß des Staatsministeriums und deren Abweisung im Juli 1846.*

³ Der *Immediatbericht* v. 22.12.1844 mit überarbeitetem Gesetzentwurf und dem Entwurf für das *Propositionsdekret* in: *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 33 Bd. 1, Bl. 169–262v.*

— 3. Entwurf⁴ der Feldpolizei-Ordnung für die Provinz Westfalen. *Die Notwendigkeit zum Gesetz soll ein Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsrats zu ernennenden Kommission klären.* [B]

⁴ Der Entwurf sowie das dazu erstellte Votum Arnims v. 24.10.1844 mit Anlagen, u.a. die ständische Petition v. 29.3.1843 und ein Gutachten von Vincke, in: *Rep.* 90, Tit. XX A Nr. 33 Bd. 1, Bl. 270–296. Dort weiter Bl. 300–407 der *Immediatbericht* v. 22.12.1844 mit überarbeitetem Entwurf.

Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums am 23. November 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 97–111 [Teilprot. 51a–d]; MF 299/300.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3–4; 3 U], Boyen [V, U], Rother [1–3 U], Eichhorn [zu 2–4; U], Thile [zu 3–4; U], Savigny [U], Bülow [zu 2–4; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Arnim [beide zu 2–4; U], Uhdn [U]. — Prot.: [a] [Ernst]; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1], Ernst, Schede [beide zu 1; U], A. W. Schulze [zu 2, 4].

1.–2. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen mit Grundsatzdiskussion zur Kompetenz des Staatsministeriums für unfreiwillige Pensionierungen gemäß der Verordnung¹ vom 29.3.1844. [B] — 3. Presserecht. Aus dem Entwurf² einer Verordnung über die Versendung und den Debit von Zeitungen und Zeitschriften erwachsen Bedenken dahingehend, daß die Kompetenz des [...] Oberzensur-Gerichts zugunsten des Ministers des Innern beschränkt werden könnte. Zu der von Friedrich Wilhelm IV. geforderten Zügelung³ der Presse muß der Verwaltung mehr Macht gegeben [...] werden. Anfordern eines vom General-Postmeister erstellten Gutachtens über den gegenwärtigen Zustand des Zeitungs-Debits. [B] — 4. Einzugsgelder. Die im Gesetzentwurf⁴ wegen der Befugnis der Städte der Provinz Westfalen zur Erhebung von Eintrittsgeldern vorgesehene spezielle Bestimmung zu Gunsten der pensionierten Offiziere scheint bedenklich. [B]

¹ VO über das bei Pensionierungen zu beobachtende Verfahren, GS, S. 90.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Kompetenzabgrenzung zwischen denjenigen Behörden, die über die Debitsfähigkeit von Druckerzeugnissen entscheiden konnten, vgl. auch Ausführungen im gemeinsamen *Immediatbericht Arnims und Uhdens* v. 4.12.1844, in: *Rep.* 84a (M), Nr. 7008, Bl. 185–191v.

³ Vgl. Sitzung am 16.10.1844, TOP 4 mit Anm. 5.

⁴ Vom Mai 1844 in: *Rep.* 109, Tit. XVI Nr. 108, n.f. *Der Antrag der westfälischen Stände* v. 8.4.1843 gedr. in: *Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen*, S. 174 f.

Nr. 278 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 25. November 1844.

Teilabschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 26, Bl. 45–49v; [II] Rep. 77, Tit. 523h Nr. 33 Bd. 2, Bl. 51–54v; MF-Suppl. 17. — Teildruck [TOP 3]: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13931, Bl. 89v–90v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß. — Prot.: [?].

2.¹ *Oberpräsidenten und Ständische Ausschüsse.* Stellung der Landtags-Kommissarien zu den vorbereitenden ständischen Ausschüssen, *damit deren besonders wichtige Einwirkung [...] auf die Beratungen der Ausschüsse auch gesetzlich geregelt ist. Klärung, für welche Arten ständischer Ausschüsse der Entwurf überhaupt in Frage kommt. Einzelfragen, u.a. zum Verhältnis und Kompetenzen von Landtags-Kommissar und Landtags-Marschall zueinander. Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs.*² [B] — **3.** *Oberpräsidenten und Provinzial-Landtage.* Entwurf³ zu einer den Oberpräsidenten als Landtags-Kommissarien in Beziehung auf die Abfassung und Veröffentlichung für die nächsten Landtage zu erteilenden Instruktion. *Da es vor allem beim letzten Rheinischen Landtage zu einigen Überschreitungen der Grenzen, die der Veröffentlichung der Landtags-Mitteilungen gesetzt sind, gekommen war, sollen den Landtags-Kommissarien [...] in ihrer Eigenschaft als Zensoren der ständischen Schriften entsprechende Bestimmungen zur selbständigen Handhabung überlassen und eingeschärft werden; vertagt.* [B]

¹ Die Abschrift aus Rep. 77, Tit. 522a Nr. 26 beginnt, ohne Auslassungen zu vermerken, mit II., was wohl für TOP 2 steht. Auch in anderen Teilabschriften, so Rep. 77, Tit. 522a Nr. 35, Bl. 59–62, ist dies der Fall. Das Protokoll zu TOP 1 konnte nicht nachgewiesen werden, ebenso nicht, ob noch weitere als die hier aufgeführten Tagesordnungspunkte behandelt worden sind.

² Vgl. KO v. 27.12.1844, GS, 1845, S. 33.

³ Rep. 77, Tit. 522a Nr. 5 Bd. 4, Bl. 122–129v. Dort auch Bl. 205–226 die als Vorlage für die Sitzung dienende Denkschrift Arnims über die Eingabe des Rheinischen Landtages vom 22. Februar d. J. in Betreff der Veröffentlichung der LT-Berichte.

Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 112–119v [Teilprot. 52a–c]; MF 300.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [zu 3; U], Savigny [U], Bülow [zu 2–3; U], Bodelschwingh [U], Arnim [zu 3; U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 1–2], v. Duesberg [zu 2–3], Günther [zu 1], Schede [zu 2], Starke [zu 3].

1.–2. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Verfahren bei Ehescheidungen.* Beseitigung der Anstände, die sich bei dem Oberlandesgericht zu Bromberg¹ hinsichts der Ausführung der Verordnung vom 28.6.1844 über das Verfahren in *Ehesachen* ergeben haben. [B]

¹ Vgl. dazu ein *Votum Uhdens* v. 10.11.1846 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 135. Vgl. weiter GS, S. 184.

Nr. 280 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß am 30. November 1844.

Teilabschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 33 Bd. 2, Bl. 55–56; MF-Suppl. 17. — Teildruck: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13931, Bl. 91.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Boyen, Rother, Eichhorn, Savigny, Bülow, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

Um weiteren Mißbrauch der Tagespresse durch die Stände zu verhindern, wird einer Instruktion an die als Landtags-Kommissarien agierenden Oberpräsidenten zugestimmt. [B]

Nr. 281 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 3. Dezember 1844.

Teilabschriften, Fundorte: [I] GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 26, Bl. 81–82; [II] Rep. 77, Tit. 522a Nr. 40, Bl. 116–119; [III] Rep. 77, Tit. 522a Nr. 35, Bl. 71–71v; MF-Suppl. 17/13/18.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Arnim, Voß, Boyen, Eichhorn, Savigny, Bülow, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Massow [zu 2].

2.¹ Provinzial-Landtage. *Es wird eine sachgemäße Einwirkung der Landtags-Kommissare und deren Verständigung mit dem Landtags-Marschalle und dem Landtage erwartet, was die Mitteilung sämtlicher beim Landtag eingehenden Petitionen betrifft. [B] — 3. Entwurf² einer Allerhöchsten Instruktion für das Staatsministerium über das Verfahren der Verwaltung zwecks Vorbereitung und während der Dauer der Landtagsverhandlungen. Spezialdiskussion. [B] — 5. Tagungsort für den vorberatenden Ausschuß des Preußischen Provinzial-Landtages soll Danzig bleiben.³ [B]*

¹ *Es konnten nur Teilabschriften zu den TOP 2, 3 und 5 ermittelt werden.*

² *Verschiedene Fassungen in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 40, Bl. 124–128v; dort auch ein erstes Beratungsprotokoll der ständischen Immediat-Kommission dazu vom 6.7.1844, Bl. 112–115 und weiter Bl. 139–140 die Instruktion zur Vorbereitung der den Provinzial-Landtagen vorzulegenden Propositionen und das Verfahren der Verwaltung während der Dauer der Landtags-Verhandlungen, vollzogen am 28.12.1844. Diese auch in: Rep. 90a, V II 2 Nr. 1 Bd. 2, n.f. Vgl. Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 591.*

³ *Ein dementsprechendes Schreiben Arnims v. 31.12.1844 an Bötticher, der Königsberg als Tagungsort beantragt hatte, mit dem Befehl, daß Ausschüsse dort zusammentreten müßten, wo auch die Landtage sich versammeln, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 35, Bl. 72–73.*

Nr. 282 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1844.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 49, Bl. 120–127v [Teilprot. 53a–b]; MF 300.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Müffling, G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [a] [v. Kotze; U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Kotze [zu 1; U].

1. Gesetzentwurf¹ *über die Befugnis der Kreisstände in der Provinz Brandenburg, Ausgaben zu beschließen, um hinsichtlich der Dispositionsbefugnis eine Gleichstellung [...] mit den übrigen*

¹ *Rep. 90, Tit. XLVII Gen. Nr. 7 Bd. 3, n.f. In Ergänzung zur VO v. 25.3.1841 vgl. VO v. 7.3.1845, GS, S. 159.*

Provinzen zu erreichen. [B] — 2. Grundstücksverkäufe an Ausländer. *Gesetzentwurf² über die erforderliche Genehmigung des Staats [...] bei Veräußerung inländischer Grundstücke an juristische Personen des Auslandes. Diese Verkäufe sind von der landesherrlichen Genehmigung abhängig zu machen; keine speziellen Bedingungen für Veräußerung von Rittergütern.* [B]

² Der Entwurf mit dem *Votum Arnims* v. 19.5.1844 in: *Rep.* 100, Nr. 288, n.f. Der nach den Beschlüssen dieser Beratung redigierte Entwurf in: *Rep.* 80, I Inneres Nr. 92, Bl. 32–32v, ferner Bl. 24–28v der *Immediatbericht* v. 24.2.1845; dort sowie in *Adhib.* 92a die nachfolgende Begutachtung durch den Staatsrat. Vgl. das Gesetz über die Erwerbung von Grundeigentum für Korporationen und andere juristische Personen des Auslandes v. 4.5.1846, *GS*, S. 235.

Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 128–136v [Teilprot. 54a–b]; MF 300.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 1], Seiffart [zu 2].

1. *Servissteuer.* Entwurf¹ eines Gesetzes über die anderweite Aufbringung der Servisabgabe in den Städten der östlichen Provinzen: allgemeine Umwandlung der Servisabgabe in eine Grundsteuer; Provinzialausgleichung der bisherigen Servisabgabe; Aufhebung aller Exemtionen des innerhalb der servispflichtigen Städte im Privatbesitz befindlichen Grundeigentums. [B] — 2. *Gesetzentwurf² wegen Aufhebung des Abdeckereizwanges: Bedingungen der Entschädigungsansprüche für die aufzuhebenden Gerechtsame; Feststellung des Betrags; Aufbringung des Entschädigungsquantis.* [B]

¹ *Rep.* 90, Tit. XL A Nr. 39, Bl. 2–11v. Dort auch Bl. 20–32v der *Immediatbericht* v. 5.1.1845 mit dem Entwurf für ein *Propositionsdekret* sowie dem überarbeiteten *Gesetzentwurf*. Dort weiter Bl. 48–69 *Flottwells Schreiben über die Gutachten der Stände* v. 1.6.1846 sowie die *KO* v. 26.9.1846, die wegen zu großen Widerspruchs der Stände den Entwurf einstweilen zurückstellte, dann n.f. Vgl. auch *Petitionen, Denkschriften und Verfügungen einzelner Regierungen dieser Provinzen seit 1841*, in: *Rep.* 77, Tit. 332cc Nr. 19 Bd. 2, n.f.

² Der Entwurf von 1844 mit der im Protokoll erwähnten *Denkschrift* sowie einer tabellarischen Übersicht zum *Abdeckereiwesen* in den einzelnen Regierungsbezirken, in: *Rep.* 89, Nr. 28061, Bl. 23–101 und 108–186, ferner Bl. 187–190 der *Immediatbericht* v. 9.1.1845. Der den Ständen im Jahre 1845 vorgelegte Entwurf in: *Rep.* 80, I Inneres Nr. 98, Bl. 24v. Dort auch die weitere Beratung. Mit § 8 der *Gewerbe-Ordnung* v. 17.1.1845 blieben die in den einzelnen Landesteilen geltenden Vorschriften bis zur beendeten Revision in Kraft, vgl. *GS*, S. 43.

Nr. 284 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs im Berliner Stadtschloß am 12. Dezember 1844.

Teilabschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 3 Bd. 2, Bl. 57–58; MF-Suppl. 17/18. — Teildruck: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13931, Bl. 91v.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Arnim, Boyen, Mühler, Rother, Savigny, Bülow, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

5.¹ *Friedrich Wilhelm IV. ist mit dem Entwurf der an die Oberpräsidenten zu erlassenden Instruktion² für ihr Verhalten zu dem durch die Tagesblätter zu veröffentlichenden Landtagsberichten [...] einverstanden.*

¹ *Die Teilprotokolle zu den TOP 1–4 konnten nicht nachgewiesen werden.*

² *Die Instruktion des Ministers des Innern v. 12.12.1844 (Druck) in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 33 Bd. 2, Bl. 79–80. Ein Entwurf Arnims für das Zirkular an alle Oberpräsidenten auch v. 12. Dezember in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 5 Bd. 4, Bl. 130–135.*

Nr. 285 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 134–150v [Teilprot. 55a–d]; MF 300/301. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3679, Bl. 294–302v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling [zu 1, 4], Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [zu 1, 3–4; U], Savigny [U], Bülow [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 4], v. Duesberg, v. Könen [zu 2], H. v. Mühler [zu 1 und 4], Zettwach [zu 3].

1. Ablösungen. Entscheidung der KO¹ vom 6.12.1844 zum Gesetzentwurf wegen Ablösung der Abgaben und Leistungen an Kirchen, Schulen, Erziehungs- und Wohltätigkeits-Anstalten in denjenigen Landesteilen, wo die Ablösungs-Ordnung vom 7.6.1821 gilt. Deshalb Vorlage eines umgearbeiteten Entwurfs, der schleunigst dem Staatsrat vorzulegen ist. [B] — **2. Exekutions-Ordnungen.** Gesetzentwurf² zur Ausdehnung der wegen Beitreibung der direkten und indirekten Steuern und anderer öffentlichen Abgaben in der Rheinprovinz geltenden Bestimmungen [...] auf die Provinz Westfalen; unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Gerichtsverfassung sind spezielle Bestimmungen festzulegen. [B] — **3. Aufgelöste Gütergemeinschaften nach Lübischem Recht.** Entwurf³ einer Deklaration zur Frage, ob in den Städten von Alt-, Vor- und Hinterpommern, wo Lübisches Recht gilt, die Veräußerungsverträge hinsichtlich derjenigen Grundstücke, welche der Ehemann bei Eingehung der Ehe besessen oder während derselben erworben hat, zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zuziehung und Einwilligung der Ehefrau bedürfen. [B] — **4. Volksschulen.** Revidierter Entwurf⁴ einer Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen entsprechend den Monita von 1842, die vor allem die Organisation der Schulvorstände auf dem Lande, die nun zugunsten einer selbständigen Aufsichtsberechtigung der Gutsherren verändert wurde, sowie die Übertragung der bei den Schulen vorkommenden Aufsichtsrechte [...] von den Gerichtsherrschaften auf die Gutsherrschaften betrafen. Differenzen noch zu Leistungen des landesherrlichen Fiskus und zum Widerspruchsrecht der Gutsherrschaften [...] bei den künftigen Kooptionswahlen der Schulvorstände. [B]

¹ *Die KO an den Staatsrat mit Gesetzentwurf in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 198–203v.*

² *Rep. 90, Nr. 1473, n.f. Dort auch Flottwells Votum v. 8.12.1844 und der Immediatbericht v. 9.1.1845. Vgl. ferner Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 109 und 113–119v.*

³ *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 40 Bd. 1, Bl. 70–82v. Ebd., Bl. 85–89 das Votum Savignys v. 20.9.1844 und ein weiterer Entwurf und weiter Bl. 93–111 der Immediatbericht v. 14.1.1845, eine Denkschrift und die vom Staatsministerium vollzogene Deklaration; ferner Bl. 115–120 ein Votum Savignys v. 26.3.1846, das sich für die Zurücknahme der Deklaration aussprach und Bl. 190–196 ein weiterer Immediatbericht v. 13.7.1846 sowie die KO v. 7.8.1846 mit dem Auftrag an den Staatsrat, die Begutachtung der Deklaration auf sich beruhen zu lassen.*

⁴ *Zwei Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 127 Preußen Nr. 2 Bd. 1, Bl. 215–273 und 501–531. Dort auch Bl. 274–452 und 532–746 ein ausführliches Votum Eichhorns von 1844. Die Motive in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 1, Bl. 122–139. Vgl. mit Bezug auf die Sitzung auch: Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens, S. 101.*

Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Dezember 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 151–188v [Teilprot. 56a–c]; MF 301.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–2], Müffling [zu 1, 3], Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 2–3; U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [zu 2–3; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 1], v. Könen [zu 2], v. Obstfelder [zu 3], v. Saldern [zu 1].

1. Meinungsverschiedenheit mit Stolberg-Wernigerode¹ über das Recht der Einwohner Neufahrwassers, einer Vorstadt Danzigs, in Berücksichtigung der Verhältnisse der alten Handelsstadt Danzig den Groß- und Seehandel von dieser Vorstadt aus zu betreiben. [B] — **2.** Die Gerichtsbehörden haben den Anträgen der Regierung und Provinzial-Steuer-Direktoren wegen Sistierung einer schon angetretenen Steuerstrafe Folge zu leisten.² [B] — **3.** Dienstgelder. *Unterschiedliche Entwürfe³ für eine Deklaration von gesetzlichen Bestimmungen⁴ zur Fortdauer der an Stelle ungemessener Dienste bedungenen Geld- und Naturalleistungen und gemessenen Dienste in den vormals zum Königreich Westphalen gehörenden Landesteilen und besonders in der Altmark und im Herzogtum Magdeburg. Die Notwendigkeit legislativer Maßregeln wird allseits anerkannt, jedoch muß eine Anhörung der Stände erfolgen und dürften die Vorschläge nicht einseitig nur das gutsherrliche Interesse berücksichtigen, sondern müßten, um von vornherein eine Itio in partes auf dem Landtage zu vermeiden, auch etwas zu Gunsten der Pflichtigen in die Waagschale legen. Erarbeitung eines diesen Prinzipien folgenden Gesetzentwurfes, der demnächst zur weiteren Beratung vorzulegen ist.* [B]

¹ Das vom Entwurf zu dem Immediatbericht abweichende Votum Stolberg-Wernigerodes v. 25.10.1844 in: Rep. 90, Tit. XVII Prov. Preußen Nr. 2, Bl. 91; die anderen Voten Bl. 54–90 und 92–92v, weiter Bl. 96–102 der Berichtsentwurf v. 11.1.1845, die Meinung Stolberg-Wernigerodes gesondert dargelegt auf Bl. 103–106. Ebd., Bl. 107–120v Schreiben der Stadtorgane von Danzig v. 9.12.1843 bzw. vom Oberpräsidenten v. 28.1.1845. Die KO v. 1.1.1845, in der den Einwohnern Neufahrwassers das Betreiben des Groß- und Seehandels von ihrem Orte aus zugesichert wurde, Bl. 122.

² Vgl. dazu die allgemeine Verfügung des Justizministers v. 7.2.1845 in: JMinbl., 1845, S. 32.

³ Die verschiedenen Entwürfe, Immediatengaben, Voten, die im Protokoll erwähnten Rechtsgutachten verschiedener Obergerichte, des Geheimen Ober-Tribunals und der General-Kommission zu Stendal sowie die gedruckte Übersicht der bisherigen legislativen Beratung, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 3, Bl. 30–194. Diese Materialien auch in: Rep. 84, II 2 W Nr. 28, Bl. 25–78.

⁴ Das betraf die §§ 4–6, 44 und 46 des Gesetzes v. 21.4.1825 hinsichtlich der an die Stelle der Naturaldienste getretenen Dienstgelder und anderen Leistungen in den vormals zum Königreich Westphalen gehörenden Landesteilen, GS, S. 74.

Nr. 287 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1844.

Vollz. Reinschriften, Bd. 49, Bl. 189–205, 231–237v und 242–254 [Teilprot. 57a–d], 3 Anlagen: Bl. 206–230v, 238–241 und 255–255v; MF 301–303.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling [zu 4], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [zu 2–4; U], Savigny [U], Bülow [zu 2–4; 3–4 U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2–4; U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette [zu 2–3], v. Obstfelder [zu 4], Zettwach [zu 1].

1. *Lehnsrecht* in Pommern. Entwürfe¹ a) zu einem Gesetz wegen Einrichtung und Fortführung von Lehns- und Sukzessionsregistern für Altvor- und Hinterpommern und b) zu einer Deklaration über die Zuziehung der Söhne von lebenden Lehnberechtigten bei Errichtung von Familienschlüssen über Altvor- und Hinterpommersche Lehen: *Bekräftigung der früheren Beschlüsse*², beispielsweise der Eintragung in die Lehns- und Sukzessionsregister gegenüber dem Hypothekenbuch [...] den Vorzug zu geben, und *Spezialdiskussion zu beiden Entwürfen*; das Gutachten des Staatsrats *ist anzufordern*. [B] — 2. *Laudemien*. Votum³ Arnims zum Gesetzentwurf wegen Ablösung der *Laudemien mit den gutachtlichen Berichten der Oberpräsidenten und Auseinandersetzungsbehörden*: Bedürfnis einer Abänderung der geltenden Ablösungsgrundsätze über *Laudemialabgaben*, was besonders für Schlesien *unbestritten ist, soll im Entwurf zum [...] Propositionsdekret nur unbestimmt formuliert werden, um sich die Entschliebung über eine Abänderung des Gesetzes erst nach erfolgtem Gutachten der Stände vorzubehalten*. [B] — 3. *Promemoria*⁴ des Ministers des Innern über *Pensionsbestimmungen* zu Gunsten der bei den Auseinandersetzungsbehörden beschäftigten Feldmesser, *um durch Vergünstigungen dem sehr fühlbar gewordenen Mangel qualifizierter Feldmesser für die wichtigen Gemeinheitsteilungsgeschäfte zu begegnen*. [B] — 4. *Dienstgelder*. Entwurf⁵ einer für die vormals westfälischen Landesteile der Provinz Sachsen einschließlich der Altmark zu erlassenden Verordnung [...] hinsichtlich der *Dienstgelder*. *Wegen vielfacher Bedenken zum Vergleich zwischen 2 Ständen mit kollidierenden Interessen soll zunächst durch den Oberpräsidenten Wedell erkundet werden, ob eher auf die Zustimmung der Stände zu rechnen oder entschiedener Widerspruch zu besorgen ist*. [B]

¹ Beide Entwürfe in: Rep. 84a (M), Nr. 3491, Bl. 195–205v. In Nr. 3492 der *Immediatbericht* v. 24.1.1845, Bl. 1 mit überarbeiteten Entwürfen und Anlagen sowie die KO zur Verweisung in den Staatsrat; dessen Beratungen in: Rep. 80, I Justiz Nr. 202. Vgl. das Gesetz über die Lehns- und Sukzessionsregister in Altvorpommern und Hinterpommern (und Anlagen) v. 11.7.1845, GS, S. 474.

² Vgl. Sitzung am 16.8.1842, TOP 5 und 8.10.1844, TOP 1.

³ Das Votum des Ministers des Innern v. 4.12.1844 mit den eingearbeiteten Äußerungen von Provinzialbehörden und Staatsministern sowie mit dem danach überarbeiteten Entwurf für VO und Propositionsdekret als Anlage, Bl. 206–230v. Letztere Materialien auch in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 32, Bl. 42–66v, dort weiter Bl. 77–89 der *Immediatbericht* v. 22.1.1845 mit dem Gesetzentwurf sowie Bl. 91 die KO v. 29.1.1845, die den Gesetzentwurf wegen zu großer möglicher Verschiedenheiten in den Grundsätzen über die Ablösung jener Abgabe [...] auf sich beruhen lassen wollte.

⁴ Anlage Bl. 238–241. Voten und der *Immediatbericht* v. 30.1.1845 in: Rep. 90, Tit. XXI Gen. Nr. 25¹, n.f. Zur Rolle der Feldmesser bei den Auseinandersetzungsbehörden vgl. Jamin, *Aufbau, Tätigkeit und Verfahren*, S. 91–93.

⁵ Anlage Bl. 255–255v sowie in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 3, Bl. 230–230v. Ein Votum von Ende Dezember 1844 auch in: Rep. 92, Dep. G. v. Rochow A IV Nr. 32, n.f. Vgl. Sitzung am 30.1.1845.

Nr. 288 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 1–18 [Teilprot. 1a, c–e] und Reinschr. mit Korrekturen [Teilprot. 1b] Fundort: Rep. 84, II 2 D Nr. 12, Bl. 80–83v; MF 303 und MF-Suppl. 18.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–5], Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [zu 2–4; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Hasselbach [zu 3], L. Meyer [zu 2], Seiffart [zu 1 und 4], Zettwach [zu 2].

1. *Polizeisachen*. Verwaltungs-Ministerien *sind befugt*, polizeiliche Anordnungen und Strafbestimmungen innerhalb der Grenzen der polizeilichen Strafgewalt zu erlassen und deren Erlaß von

Seiten der Regierungen zu genehmigen.¹ [B] — 2.² Duelle. Entwurf³ der Verordnung über die Bestrafung des Zweikampfes. *Eine Klärung der Bedürfnisfrage kann erst nach Beseitigung der Differenzen zwischen dem Kriegs- und dem Justizminister über die rechtliche Behandlung der gemischten Duelle erfolgen; vertagt.* [B] — 3. Die Frage, ob die Patrimonialgerichte, wenn sie keine Kriminaljurisdiktion besitzen, zur Führung und Entscheidung fiskalischer Untersuchungen für kompetent zu erachten sind, wird für die Landesteile jenseits der Elbe, welche eine Zeit lang zum Königreich Westphalen gehörten, verneint.⁴ [B] — 4. Grundbesitz in der Provinz Posen. Ein Antrag⁵ Stolberg-Wernigerodes wegen Auflösung des für die Provinz Posen gebildeten besondern Fonds zum An- und Wiederverkauf von Privatgütern wird dahingehend modifiziert, daß dazu nunmehr hauptsächlich der Fonds der General-Staats-Kasse „zum Ankauf und zur Entlastung von Domänen“ [...] zu verwenden ist. *Abweichende Meinung des Prinzen von Preußen, da der besondere Fonds die Wiederveräußerung der Güter an deutsche Erwerber sichern sollte und die Polen dessen Auflösung als eine neue Konzession ansehen könnten.* [B] — 5. Ausarbeitung eines neuen Trauer-Reglements ist nicht notwendig; Aufstellung von normativen Bestimmungen und Grundsätzen ausreichend.⁶ [B]

¹ *Voten von Mühler, Savigny und Stolberg-Wernigerode vom Januar bis März 1844 in: Rep. 90, Nr. 1808, n.f. Ebd. eine durch v.d. Heydt verfaßte Denkschrift v. 26.3.1849 über die damalige (1844/45) zwischen dem Justiz-Ministerium einerseits und den Ministerien des Innern und den Finanzen andererseits hervorgetretene Meinungsverschiedenheit. Im Votenwechsel von 1849 schlossen sich die Minister jener von Heydt entwickelten Ansicht an, daß in Folge der Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 5.12.1848 die 1845 anerkannte Befugnis der Verwaltungs-Ministerien allgemein für aufgehoben zu betrachten ist, vgl. ebd. den Beschluß des Staatsministeriums v. 15.5.1849.*

² *Zum Protokollteil ist vermerkt, daß die Beratung dieses TOP auf dem Königlichen Schloß stattgefunden hat.*

³ *Rep. 84, II 2 D Nr. 12, Bl. 41^{1f}-41¹³. Dort auch die im Protokoll erwähnte Denkschrift Savignys v. 18.9.1844, Bl. 41²-41^{7v}; weiter Bl. 91⁸-91⁹ Voten, eine Zusammenstellung der Abweichungen des Militär-Duell-Gesetzes v. 20.7.1843 und des Entwurfs des projektierten Duellgesetzes sowie Bl. 93-96 eine Protokollnotiz über eine Sitzung von Kriegs- und Justizminister am 28.1.1845. Vgl. KO v. 27.9.1845, GS, S. 681.*

⁴ *Voten, Gutachten und der Immediatbericht v. 9.3.1845 in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 88-117v. Zur legislativen Beratung 1843 bis 1845 über die Kompetenz der Gerichte zur Führung der Kriminal- und fiskalischen Untersuchungssachen und zur Abfassung der Erkenntnisse allgemein sowie der Patrimonialgerichte ohne Jurisdiktion vgl. die Entwürfe, Voten und ein Promemoria, in: Rep. 84a (D), Nr. 7765.*

⁵ *Vom 12.11.1844 in: Rep. 90a, H II 3d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 29-37. Dort auch Bl. 46-52 der Immediatbericht v. 19.2.1845. In der KO v. 28.2.1845 schloß sich der König der Meinung des Staatsministeriums an, Bl. 56.*

⁶ *Vgl. KO v. 28.11.1845, GS, S. 830.*

Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 19-45v [Teilprot. 2a-g]; MF 303/304.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1, 3, 5-7], Eichhorn [U], Thile [U], Bülow [zu 2-4, 7; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2-4, 7; U], Arnim [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Lette [zu 1, 5-6], H. v. Mühler [zu 2], Seiffart [zu 3 und 7].

1. Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse. Entwurf¹ zur Verordnung, eine Präklusivfrist zwecks Anmeldung von Eigentumsansprüchen vormaliger Besitzer regulierungsfähiger bäuerlicher Stellen

¹ *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 35, Bl. 3-6v. Dort weiter Bl. 10-14 der Immediatbericht v. 20.1.1845 mit überarbeitetem Entwurf, eine KO v. 31.1.1845 zur Bestätigung der Vorlegung an die Stände sowie der Entwurf für ein Propositionsdekret für Preußen und Posen. Vgl. auch das Regulierungsgesetz für diese Gebiete v. 8.2.1846, GS, S. 219.*

und deren Erben aus *den Bestimmungen² von 1819 und 1823 für Posen sowie für die mit Westpreußen vereinigten Distrikte anzuordnen. Dieser ist gemeinsam mit dem Propositionsdekret den Landtagen der Provinzen Preußen und Posen vorzulegen.* [B] — **2. Kirche.** *Übereinstimmung mit dem Gutachten³ der Staatsrats-Abteilungen zum Gesetzentwurf wegen Aufbringung der Kultuskosten auf dem linken Rheinufer und somit Ablehnung des von den Ständen beantragten Zusatzes, bei der Heranziehung des etwa vorhandenen Gemeindevermögens beide Konfessionen paritätisch zu berücksichtigen.* [B] — **3. Homagialeid.** *Erneute Beratung zum überarbeiteten Entwurf⁴ einer Verordnung wegen Ableistung des Homagialeides, da einige Bedenken auftraten. Die Eidesleistung soll weiterhin als Bedingung des Erwerbes und Besitzes am rittermäßigen Grundeigentum und zwar allgemein vor den Obergerichten erfolgen, so daß der vorliegende Gesetzentwurf demgemäß umzuarbeiten ist.* [B] — **4. Volksschulen.** *Der Vorschlag des Oberpräsidenten Bötticher zur Bildung eines Hilfsfonds für das Elementar-Schulwesen in der Provinz Preußen wegen erhoffter Beförderung des Volksunterrichts wird wohlwollend begrüßt; die Stände der Provinz sollen sich zunächst über die Art und Weise der Aufbringung von Mitteln äußern.* [B] — **5. Gemeinheitsteilungen.** *Entwurf⁵ zur Verordnung, durch welche in dem Allensteiner Kreis die noch geltende Verordnung wegen Beschränkung des Provokationsrechts auf Gemeinheitsteilung außer Kraft gesetzt wird.* [B] — **6. Lehnsrittergüter.** *Entwurf⁶ einer Verordnung über die Aufhebung der Unfähigkeit der Bauern in den ehemals sächsischen Landesteilen zum Erwerb von Lehnsrittergütern. Den brandenburgischen und schlesischen Provinzialständen muß der Gesetzentwurf wegen der Ober- und Niederlausitz nicht vorgelegt werden.* [B] — **7. Bettelei.** *Gesetzentwurf⁷ zur Aufbringung und Erstattung der Aufgreifungs-, Detentions- und Transportkosten bei Bettlern, Vagabunden und legitimationslosen Personen. Herstellung eines möglichst gleichmäßigen Rechtszustandes auch für diejenigen Landesteile, wo noch keine Land-Armen-Verbände existieren.* [B]

² Gemeint sind die KO über die Rechte und Pflichten der bäuerlichen Wirte im Großherzogtum Posen und in den mit Westpreußen vereinigten Distrikten v. 6.5.1819, GS, S. 153 und das Regulierungsgesetz für die Kulm-Michelauschen Kreise und das Landgebiet der Stadt Thorn v. 8.4.1823, GS, S. 49.

³ Das Gutachten, allerdings datiert auf den 15.1.1845, mit einer neuen Fassung für den Gesetzentwurf sowie Fragen für die Abstimmung im Plenum des [...] Staatsrates, in: Rep. 80, I Geistliche und Schulsachen Nr. 2, Bl. 48–109. Zum Zusatz der Stände vgl. Sitzung am 25.6.1844, TOP 3 sowie Rep. 80, I Geistliche und Schulsachen Adhib. 2a, Bl. 21–27, dort auch ein Gesuch der 4. Rheinischen Provinzial-Synode v. 5.11.1844. Vgl. weiter das Gesetz v. 14.3.1845, GS, S. 163.

⁴ Mit Voten in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 5, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 26.1.1845 mit der neuen Entwurfsfassung der VO, der Entwurf zum Propositionsdekret, die weitere innerbehördliche Beratung bis hin zur KO v. 31.5.1847 mit der Anordnung, die früher beabsichtigte VO über Ableistung des Homagialeides und den Erwerb von Rittergütern durch Ausländer für jetzt auf sich beruhen zu lassen. Gleiches auch in: Rep. 80, I Inneres Nr. 92, Bl. 2–12v, 16–17 und 85. Vgl. ebd. Adhib. 92a.

⁵ Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 206–209v. Die noch geltende VO v. 28.7.1838, GS, S. 429 wurde durch die VO v. 3.2.1845, GS, S. 94, außer Kraft gesetzt.

⁶ Rep. 90a, H II 3b Nr. 6 Bd. 2, n.f., dort auch vorher ergangene Berichte, Gutachten usw. Vgl. das Gesetz v. 7.2.1845, GS, S. 96.

⁷ Mit Erläuterungen in: Rep. 100, Nr. 288, n.f. bzw. der den Ständen vorgelegte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 1, n.f.

Nr. 290 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 14. Januar 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 50, Bl. 46–72 [Prot. 3a], Anlage: Bl. 73–76v; MF 304/305.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

*Weitere Teilnehmer: v. Beurmann, Bötticher, W. v. Bonin, v. Meding, Mellin, v. Peucker, A. v. Pommer-Esche, v. Rönne*¹.

Vortrag² über die Ergebnisse der Terrain-Untersuchungen zur Wahl der angemessensten Richtung für die Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Königsberg, *also für die Ostbahn: Übergang über die Weichsel; Streckenführung bis zur Weichsel unter Berücksichtigung der militärischen und kommerziellen Interessen sowie Überlegungen in staatswirtschaftlicher Hinsicht; Fortführung der Strecke jenseits der Weichsel. Mehrheitsbeschluß für einen Streckenverlauf* von Berlin [...], über Küstrin, Landsberg, Driesen, Schneidemühl bis nach Dirschau. [B]

¹ *Die Teilnahme an Sitzungen durch v. Rönne als Präsident des Handelsamtes erklärt sich aus § 9 der KO v. 7.6.1844, GS, S. 148.*

² *Als Anlage der Vortrag des militärischen Referenten v. Peucker. Eine Denkschrift über die in Folge der KO v. 31.12.1842 untersuchten Richtungen einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg in Pr[eußen] und ihrer Verzweigungen (mit Karte) v. 2.11.1844, von Mellin und Major Fischer (Generalstab) erarbeitet, in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 46 Bd. 1, Bl. 66–112, dort auch die weitere Behandlung bis 1851.*

Nr. 291 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Januar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 77–98v [Teilprot. 4a–b], Anlage: Bl. 99–100; MF 305.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 2], Eichhorn [2 U], Thile [zu 2], Savigny [U], Bülow [1 U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Cammerer [zu 2], Costenoble [zu 1], v. Duesberg, v. Patow, Seidel [beide zu 2].

1. Verzugszinsen. Nochmalige¹ Erwägung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Vorrechts des Fiskus wegen Zahlung von Zögerungszinsen. *Die Differenzen zur Meinung des Staatsrats, was die Rechtssituation in der Rheinprovinz anbelangt, sind beseitigt.* [B] — **2. Aufhebung der Intelligenzblätter bzw. Einstellung des Intelligenzblattzwanges.** *Die Bekanntmachung der Gesetze erfolgt im öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter. Abführung einer noch zu bemessenden Abgabe von den jetzt dem Intelligenzzwange unterworfenen Provinzen [...] an die Staatskasse, die dem Militär-Waisenhaus zu Potsdam zugute kommen soll. Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes*². [B]

¹ *Die KO v. 17.1.1845 zur nochmaligen Beratung, der Bericht und die Sitzungsprotokolle des Staatsrats sowie ein Schreiben des Staatsministeriums v. 26.1.1845 an den Präsidenten des Staatsrats, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 79, Bl. 99–141v. Vgl. auch Rep. 80, I Justiz Nr. 200 sowie Adhib. 200a. Das Gesetz über die Verpflichtung des Fiskus zur Zahlung von Zögerungszinsen v. 7.3.1845, GS, S. 158.*

² *Arnims Vorschläge für die anderweite Regulierung der Intelligenzblatt-Einrichtung als Anlage sowie in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 8, Bl. 122–124. Gleiches auch in: Rep. 89, Nr. 15172, Bl. 136–139v und 152–153v. Das Große Militär-Waisenhaus zu Potsdam hatte nach dem Willen seines Stifters, Friedrich Wilhelms I., das Intelligenzblatt-Privilegium inne. Der Gesetzentwurf mit Erläuterungen v. 1.2.1845 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 8, Bl. 130–134. Vgl. weiter Sitzung am 8.12.1849, TOP 2 sowie zu den historischen Wurzeln Ost, Günther, Das preußische Intelligenzwerk, in: FBPG, Bd. 43 (1930), S. 44–75.*

Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 101–131 und 175–191 [Teilprot. 5a–c], 2 Anlagen: Bl. 132–174v, 192–192v; MF 305–307.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 3], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [zu 3; U], Bodelschwingh [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Lette [zu 1–2], Mellin, A. v. Pommer-Esche, v. Rönne [alle zu 3].

1. Entwurf¹ zu einem Propositionsdekret *an den bevorstehenden Rheinischen Landtag bezüglich zweier Denkschriften, was 1. den Erlaß einer Gemeinheitsteilungs- und Servitut-Ablösungs-Ordnung sowie 2. die Bearbeitung einer Feldpolizei-Ordnung für die Rheinprovinz betrifft.* [B] — **2.** *Anderweiter Gesetzentwurf² wegen Abwendung der Versandungen und Befestigung der Sandschellen im Binnenland: Bedürfnisfrage und Geltungsbereich; Spezialdiskussion u.a. zur Zuständigkeit der Auseinandersetzungsbehörden beim Verfahren sowie zur Anwendung aller dort geltenden Vorschriften, zur Berücksichtigung von Sonderinteressen und zur öffentlichen Bekanntmachung. Ein Gutachten des Staatsrats ist anzufordern. Pflicht der Waldeigentümer zur Verhinderung von Sandschellen.* [B] — **3.** *Streckenführung für die Köln-Mindener Eisenbahn zwischen Dortmund und Bielefeld³ [...] über Lippstadt. Nach Abwägung aller Momente, auch weil die Köln-Mindener Eisenbahn die große Hauptverbindung zwischen den östlichen und den westlichen Provinzen bildet, entscheidet sich die Majorität für die Richtung von Dortmund über Hamm auf Lippstadt. Zwischen Dortmund und Hamm soll die Linie über Kamen und von Hamm auf Lippstadt [...] über Lippborg [...] führen.* [B]

¹ *Rep. 84, II 2 R Nr. 24, Bl. 24–24v; dort ebenso Bl. 4–87v die beiden Denkschriften v. 11.1.1845, der Entwurf einer Feldpolizei-Ordnung für die Rheinprovinz mit Ausnahme der Kreise Rees und Duisburg und eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse, über Realberechtigungen und deren Ablösung, insbesondere über Gemeinheitsteilung und Servituten-Ablösung in der Rheinprovinz; ferner der Entwurf einer Gemeinheitsteilungsordnung für die Rheinprovinz mit Motiven, letzterer n.f. Dieses auch in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 1, Bl. 117–197v.*

² *Dieser Entwurf mit Erläuterungen und einer Zusammenstellung der ständischen Erklärungen als Anlage 1. Gleiches sowie Voten und der Immediatbericht v. 13.2.1845 mit revidiertem Gesetzentwurf, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 24, Bl. 93–169, vgl. auch Rep. 80, I Inneres Nr. 93, Bl. 2–10v.*

³ *Ein spezielles Promemoria dazu vom Dezember 1844 in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 3 Bd. 1, Bl. 131–145v. Eine KO v. 3.4.1844, daß Hamm auf jeden Fall berührt werden soll, als Anlage 2 zum Protokoll, Bl. 192v. Die realisierte Streckenführung ließ Lippstadt unberücksichtigt.*

Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 50, Bl. 193–213 [Prot. 6a], Anlage¹: Bl. 214–217v; MF 307/308. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XX Gen. Nr. 16 Bd. 4, Bl. 9–22.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Obstfelder.

¹ *Vier Gesetzentwürfe (A–D), deren Unterschiede im Protokoll auf Bl. 201v–202 genannt sind.*

Dienstgelder. Bedenken *der* Oberpräsidenten von Meding und von Wedell zu den bisherigen legislativen Vorschlägen² für eine Deklaration des § 44 der Verordnung vom 21.4.1825 hinsichtlich der Dienstgelder für die *vormals westfälischen Landesteile* der Provinz Sachsen. *Spezialdiskussion der verschiedenen Gesetzentwürfe. Die Majorität ist dafür*, daß das Gesetz das Dienstgeld für gemessene und ungemessene Dienste umfassen und nur für die Altmark und das Herzogtum Magdeburg vorgeschlagen [...] werden soll. *Annahme des aber noch zu modifizierenden Entwurfs A.* [B]

² *Die Bedenken der Oberpräsidenten Meding und Wedell in: Rep. 84, II 2 W Nr. 28, Bl. 221–221v und 223–223v, dort Bl. 214–220 und 224–273v weitere Entwürfe wie der von Uhden, Voten und andere Materialien. Der Immediatbericht v. 20.2.1845 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 4, Bl. 29–65v; ebd. weitere Schriftstücke.*

Nr. 294 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1845.

Vollz. Reinschriften mit einer Korrektur, Bd. 50, Bl. 218–227v [Teilprot. 7a–b]; MF 308. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling [zu 1], G. v. Rochow, Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [I U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Götze, Kisker [zu 1], v. Könen [zu 2].

1. Befugnisse des Konsistoriums zu Greifswald als Spezialgericht für *bestimmte* Sponsalien und Ehesachen und zwar als ein Attribut der geistlichen Gerichtsbarkeit. [B] — **2.** *Der Antrag¹ der Stände des Herzogtums Pommern und Fürstentums Rügen, die Tribunalsteuer nur für die Besoldungen der Räte und Subalternen des Ober-Appellations-Gerichts zu Greifswald [...] zu verwenden, wird als eine Einmischung in die Besoldung der Beamten abgelehnt.* [B]

¹ *Der Antrag v. 27.3.1843 in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages Pommern 1843, Stettin 1844, S. 49. Flottwells Votum v. 14.12.1844 in: Rep. 90, Tit. XL (Pommern) Nr. 5 Bd. 1, Bl. 70–78, dort weiter Bl. 84–129 zwei Immediatberichte vom Februar/März 1845 sowie Bl. 137–137v eine KO v. 18.4.1845, die dem Antrag der Stände weitestgehend stattgab, das Gehalt des Präsidenten aber davon ausschloß.*

Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 228–241 [Teilprot. 8a–c]; MF 308. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [zu 1 und 3; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [Seiffart]¹.

Weitere Teilnehmer: Götze [zu 1 und 3], Kisker [zu 3], Seiffart [zu 1].

1. Entwurf² einer Gesinde-Ordnung für Neuvorpommern und Rügen unter Berücksichtigung der besonderen und eigentümlichen Verhältnisse der Provinz. [B] — **2.** *Wegen Bedenken Friedrich*

¹ *Vermerk des vermutlichen Protokollanten Seiffart auf Bl. 228: Die Redaktion des Protokolls ist im Einverständnis mit dem Präsidenten des Ober-Appellations-Gerichts Dr. Götze erfolgt.*

Wilhelms IV. nochmalige³ Beratung zum Pfandrecht des Vermieters und Verpächters an den von dem Mieter und Pächter eingebrachten Gegenständen. [B] — 3. Vereinigung der Advokatur mit dem Richteramt in Neuvorpommern und Rügen, ist nur in den Städten wünschenswert.⁴ [B]

² *Rep. 90a, H III 3 Nr. 2 Bd. 1, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 3.4.1845. Vgl. die Gesinde-Ordnung v. 11.4.1845, GS, S. 391 sowie Vormbaum, Politik und Gesinderecht, S. 187–190.*

³ *Vgl. KO an den Staatsrat v. 16.2.1845 mit der Nachricht, daß der Entwurf den Provinzialständen zur Begutachtung vorgelegt werden soll, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 197, Bl. 77. Jener Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 1, n.f.*

⁴ *Voten, Gutachten und der Immediatbericht v. 31.3.1845, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 38, Bl. 92–115.*

Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Februar 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 50, Bl. 242–247v [Prot. 9a], Anlage¹: Bl. 248–249; MF 308/309. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. v. Pommer-Esche, v. Rönne.

Entwürfe² wegen Erteilung der Konzession für die projektierten Eisenbahnen 1. von Schwedt nach Passow und 2. von Brieg nach Neiße. Bei der Konzessionierung für die Bahn von Schwedt nach Passow besteht Stimmgleichheit zwischen den Befürwortern, um die Stadt Schwedt wieder an die Verkehrsstraße zwischen Berlin und Stettin anzubinden, und den Gegnern, die aus Kostengründen diese Nebenbahn nicht genehmigen wollen, während die Bahn von Brieg nach Neiße als eine der in der Bekanntmachung vom 11.4.1844 vorgesehenen Ausnahmen anzusehen und somit zu genehmigen ist. [B]

¹ *Bekanntmachung des Finanzministers Bodelschwingh v. 11.4.1844 über die gebotene Beschränkung des Handels mit Eisenbahn-Aktien, u.a. wegen Kapital- und Arbeitskräfteentzug aus dem gewerblichen Sektor sowie wegen verderblichen Aktienspiels, Bl. 248.*

² *Arnims Votum zum Entwurf der Linie Schwedt-Passow v. 28.1.1845 in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 2–6v. Der Immediatbericht hierzu v. 23.3.1845 in: Rep. 89, Nr. 29689, n.f. Vgl. auch eine KO v. 18.4.1845 an das Staatsministerium, die eine Entscheidung über die Erteilung der Konzession für die Strecke Schwedt-Passow noch hinausshob, in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 16, n.f. Thiles Votum zur Konzessionierung der Linie Neiße-Brieg v. 11.11.1844 sowie der Immediatbericht v. 23.3.1845, in: Rep. 89, Nr. 29580, n.f., die bestätigende KO v. 4.4.1845 für diese Strecke in: Rep. 77, Tit. 258a Nr. 38, n.f.*

Nr. 297 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Februar 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 50, Bl. 250–257 [Prot. 10a]; MF 309. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 1b, Bl. 280–282v; Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [Zettwach].

Weitere Teilnehmer: Zettwach.

Grundsätze des Märkischen Kirchenrechts und deren Anwendung in der Verwaltung für die Regierungen zu Potsdam, Frankfurt und Magdeburg sowie für das Konsistorium in Berlin. Beibehaltung des bestehenden Rechtszustandes sowie Erlass einer Instruktion¹, mit der u.a. das Oberaufsichtsrecht des Staats über die Verwaltung des Kirchenvermögens in mehrfacher Beziehung enger begrenzt werden soll. Kontroverse Meinungen über das dort enthaltene Prinzip der Märkischen Kirchenverfassung, wonach die Kirchen als besondere, von den Kirchengemeinden getrennte, selbständig berechnete Vermögens-Stiftungen zu betrachten sind. [B]

¹ Vorarbeiten zur Instruktion und ein Schreiben Arnims v. 6.2.1845 an Savigny sowie der Entwurf zum Immediatbericht, in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 1b, Bl. 247–279 und 284–286. Die Instruktion zur Vermögensverwaltung der Kirchen, Pfarren und kirchlichen Stiftungen nach Märkischem Provinzialrecht v. 6.8.1845, gedr. in: MinBl. innere Verw., 1845, S. 210–217. Ein Votum von Savigny und Eichhorn v. 3.2.1845 zum Märkischen Provinzial-Kirchen- und Schulrecht sowie dazu ein 28-seitiger Bericht Eichhorns von 1845, in: Rep. 87, C Nr. 13, n.f. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 123 Nr. 82 Bd. 1, Bl. 11–13v, dort darüber hinaus ein Zirkular des Ministers des Innern bzw. des Kultusministers an die Regierungen v. 23.12.1845. Vgl. weiter KO v. 11.7.1845, GS, S. 485.

Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Februar 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 258–274v [Teilprot. 11a–b]; MF 309. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow, Bodelschwingh [beide zu 2; U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 2; U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler, Wentzel [beide zu 2], Zettwach [zu 1].

1. Entwurf² einer VO zur Beitragspflicht der Büdner und der mit Grundstücken nicht angesessenen Eingepfarrten in der Kur- und Neumark zu den Kirchen- und Pfarrbauten. Die Angelegenheit ist noch nicht zureichend vorbereitet, deshalb soll erst eine nähere Feststellung der faktisch in der Mark in Beziehung auf die Kommunallasten bestehenden Verhältnisse erfolgen. [B] — 2. Altlutheraner. Revidierter Entwurf³ einer VO zur Regulierung der Verhältnisse der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner. Grundsatzdiskussion darüber, daß den getrennten Lutheranern trotz ihrer abweisenden Haltung – z.B. zur Anmeldung ihrer Trauungen, Geburten und Sterbefälle bei den evangelischen Kirchenbüchern sowie zur Unterwerfung ihrer Predigtamtskandidaten unter die Prüfung der evangelischen Kirche – ebenso eine rechtliche Stellung zusteht wie den evangelischen Brüdergemeinden, die in gleicher Weise als Augsburgische Konfessionsverwandte anerkannt und demgemäß mit dem Recht einer freien Religionsausübung in eigenen Gemeinden begnadigt worden sind. Spezialdiskussion u.a. über Notwendigkeit eines förmlichen Gesetzes sowie über einzelne Paragraphen. [B]

¹ TOP 2: Mühler [U].

² Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 1b, Bl. 203–208.

³ Der Entwurf mit einer von Eichhorn ausgearbeiteten Denkschrift sowie dessen Instruktion von 1842, in: Rep. 80, I Geistliche Angelegenheiten Nr. 1, Bl. 135–146v. Einige Voten von 1845 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 148 Bd. 2, n.f. Vgl. weiter die am 23.7.1845 in Kraft getretene Generalkonzession für die von der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner, GS, S. 516: sowie Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Bd. 1, S. 240.

Nr. 299 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 275–286v [Teilprot. 12a–b]; MF 309. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [beide zu 2], A. v. Pommer-Esche, v. Rönne [beide zu 1].

1. Erneute¹ Beratung zu dem von Sachsen gewünschten Bau der Eisenbahn von Leipzig nach Dürrenberg, der aber erst nach Fertigstellung der Eisenbahnstrecke von Halle nach Weißenfels sowie deren Anschluß an die thüringische Eisenbahn erfolgen soll, um die preußischen Interessen im Personen- und Gütertransport gegenüber der königlich sächsischen Regierung wahren zu können. [B] — 2. Entwurf² eines Reglements für die neu zu errichtende Tilgungskasse zur Erleichterung der Ablösung der Reallasten im Eichsfeld: regionaler Geltungsbereich; Anwendung auch auf das veraltete Schafhütungs-, Pferch- und Milchnutzungsrecht der Rittergüter; Ausschluß der Domänen-Einsassen; Schaffung einer in Heiligenstadt ansässigen besonderen Behörde; Höhe des Ablösungskapitals und Modus der Abzahlung. Das Provokationsrecht soll gegenwärtig nur den Berechtigten beigelegt werden. [B]

¹ Vgl. Sitzung am 27.4.1841, TOP 6.

² Rep. 90a, D III 4f Nr. 4, n.f., dort auch Voten sowie der Immediatbericht v. 9.4.1845. Vgl. das Reglement für die Kreise Mühlhausen, Heiligenstadt und Worbis v. 9.4.1845, GS, S. 410.

Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 50, Bl. 287 [Prot. 13a]; MF 309. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer, v. Duesberg, Jähnigen.

Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Die große Teilnehmerzahl sowie Hinweise (vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 1, Bl. 103–109) stützen die Vermutung, daß an diesem Tag nach Beratung dieses TOP eine gemeinschaftliche Konferenz der Immediat-Kommission für die Stände-Angelegenheiten und des [...] Staatsministeriums zwecks Beratung über einige dringende ständische Angelegenheiten stattgefunden hat, Bl. 103.

Nr. 301 Sitzung des Staatsministeriums am 18. März 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 50, Bl. 288–295v [Teilprot. 14a–b]; MF 309/310. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [zu 1; U], Flottwell [U], Uhden [zu 1; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler [zu 2], Wentzel [zu 1].

1. Eheliche Gütergemeinschaft. Entwurf¹ eines Gesetzes wegen Aufhebung der im Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz geltenden besonderen Rechte über die ehelichen Güterverhältnisse und die gesetzliche Erbfolge. *Vereinheitlichung des derzeit höchst mangelhaften Rechtszustands in der Provinz. Jedoch bleiben für die Erbfolge in Allodial-Rittergüter besondere provinzialrechtliche Normen noch in Geltung, sofern sie nicht bereits aus der Praxis verschwunden sind.* [B] — **2. Gesetzesentwurf**² über die Zusammenberufung der Kirchengemeinden in denjenigen Landesteilen, in welchen das ALR Gesetzeskraft hat. [B]

¹ *Mit den in der Sitzung vorgenommenen Korrekturen in: Rep. 84, II 5 S Nr. 4 Bd. 1 Fasc. 41^{all}, Bl. 21–22, dort sowie auch ebd. Fasc. 41^{al} Voten und mehrere Fassungen des Entwurfs; ebd. Fasc. 41^b, Bl. 1–355 eine Denkschrift zum Gesetzesentwurf (1844). Vgl. das Gesetz v. 11.7.1845, GS, S. 471.*

² *Vom November 1844 in: Rep. 90, Tit. XXVI A Nr. 31, Bl. 2–6, ferner Bl. 10–11 der Immediatbericht v. 15.4.1845. Gleiches auch in: Rep. 84, II 2 K Nr. 4, Bl. 13–17, dort auch Bl. 24–26 eine Korrespondenz zwischen Savigny und Eichhorn. Vgl. ferner das Gesetz v. 23.1.1846, GS, S. 23.*

Nr. 302 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1845.

Vollz. Reinschriften mit Korrektur¹, Bd. 50, Bl. 296–312v [Teilprot. 15a–c], Anlage: Bl. 313–313v; MF 310.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile¹ [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer [zu 2], v. Duesberg, E. W. F. v. Hagen [zu 1–2], Sulzer [zu 3].

1. Immediatbeschwerde² des Grafen von Bismarck-Bohlen [...] in der Dienstablösungssache des Lehnrittergutes Uenglingen wird befürwortet. [B] — **2. Disziplinarsache.** [B] — **3. Presserecht.** Erneute Beratung über die Forderung, für gedruckte Anschuldigungen gegen Behörden und Beamte in Beziehung auf deren Amtshandlungen die Anonymität des Verfassers aufzuheben. Trotz gebotener Rücksicht auf die große Reizbarkeit der öffentlichen Meinung gegen Beschränkungen der Presse hält Wilhelm die vorgeschlagene VO und zwar in ihrer Ausdehnung auch auf Privatper-

¹ *Eine Ergänzung von Thile, in der er darauf hinwies, daß er zur Beratung von TOP 4 später hinzugekommen war und sich für die vom Herrn Minister des Innern vorgeschlagene Maßregel ausgesprochen hatte, Bl. 309v.*

² *Die Beschwerde v. 28.12.1842 in: Rep. 90, Tit. L Nr. 12, n.f., dort der Votenwechsel, der Immediatbericht v. 15.4.1845 sowie die KO v. 25.4.1845 mit der Anordnung, daß der die Dispositionsbefugnis des Grafen von Bismarck-Bohlen einschränkende Vermerk im Hypothekenbuch [...] gelöscht wird. Die Behandlung der Immediatbeschwerde auch in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 14 Fasc. 7, Bl. 60–104; Rep. 84, II 2 W Nr. 28, Bl. 181–193 sowie Rep. 84, II 2 L Nr. 7, n.f.*

sonen für vollkommen gerechtfertigt.³ — 4. Katholische Kirche und Presserecht. Vor dem Hintergrund des sich konstituierenden Deutschkatholizismus wird die Notwendigkeit [...] einer Bestimmung⁴, wodurch die den konfessionellen Frieden gefährdende Besprechung der religiösen Kontroversen und Tagesfragen – besonders in den politischen Zeitungen – zurückgedrängt würde, verneint. Der katholischen Bevölkerung soll zwar der eingeforderte Schutz des Staats in ihrem Glauben zukommen, aber die Frage [...], ob man die Spaltung in der katholischen Kirche gewähren lassen oder sie niederhalten will, wird dahingehend beantwortet, daß diese Tendenz sich frei entwickeln sollte, umso mehr als man sich seit langem die böswilligsten Angriffe seitens der römischen Hierarchie in den ausländischen Blättern gefallen lassen mußte. [B]

³ Der Immediatbericht v. 15.5.1845 in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f.

⁴ Ein von Arnim ausgearbeiteter Entwurf als Anlage sowie in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f.

Nr. 303 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 1–13v [Teilprot. 16a–b]; MF 310.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Kotze [zu 1], H. v. Mühler [zu 2].

1. Disziplinarsache mit Grundsatzdiskussion über die Förmlichkeiten der Entlassung von rheinischen Kommunalbeamten, die von der französischen Verwaltung nur für fünf Jahre angestellt gewesen sind, dann aber länger im Amt waren. [B] — 2. Erneute¹ Beratung zum Gesetzentwurf wegen Veränderung der Ressorts der Regierungen und der Konsistorien in evangelischen Kirchenangelegenheiten nach Eingang der Gutachten durch die Provinzialbehörden. Grundsatzdiskussion zur Kräftigung des konsistorialen Elements bei angemessener Ausbildung des presbyterialen und synodalen Elements; die erwünschte Gleichförmigkeit der Kirchenverfassung in Preußen und in den übrigen deutschen Staaten könnte dadurch annäherungsweise wieder herbeizuführen sein. Spezialdiskussion u.a. zur Disziplinarbefugnis. [B]

¹ Vgl. Sitzungen am 13., 20. und 27.2.1844. Der Entwurf in: Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 246–247. Dort auch Bl. 240–245v eine Zusammenstellung der von den Oberpräsidenten und General-Superintendenten angeforderten Gutachten und Voten. Diese auch in: Rep. 84, II 2 P Nr. 20, Bl. 147–152v, weiter Bl. 157–170 Ergänzungen von Bötticher und Wedell sowie Voten. Die einzelnen Gutachten und Äußerungen von Oberpräsidenten, General-Superintendenten sowie Regierungspräsidenten, in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. 1 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 134–446v.

Nr. 304 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 8. April 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 51, Bl. 14–20v [Prot. 17a]; MF 310/311. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 254–257v.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [U], Rother, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler.

Evangelische Kirchenverfassung. Fortgesetzte Beratung des Gesetzentwurfs wegen veränderter Ressortverhältnisse der Regierungen und Konsistorien in evangelischen Kirchenangelegenheiten: Kompetenzbestimmung zur Ausübung der Kirchenzucht, zur Vermögensverwaltung, zur Regulierung des Stol- und Parochialwesens sowie zum Berufungs- und Besetzungsverfahren für geistliche Stellen. Majoritätsbeschluß zum Grundprinzip des Gesetzentwurfs, das landesherrliche Kirchenregiment in seiner wesentlichen Gesamtheit den Konsistorien zu überlassen. [B]

Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums am 15. April 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 21–35 [Teilprot. 18a–e]; MF 311.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1–4], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–4; U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer [zu 2], v. Duesberg, Horn [zu 4], Jähnigen [zu 5], Koch [zu 2], H. v. Mühler [zu 1, 3, 5].

1. Urkunden. Ausdehnung der Beweiskraft der von den Vorständen der Kirchen, Schulen und milden Anstalten [...] ausgefertigten Urkunden.¹ [B] — **2.** Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **3.** Evangelische Kirchenverfassung. Abschließende Grundsatzdiskussion zum Gesetzentwurf wegen veränderten Ressortverhältnisses der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen: Bedürfnis und Bedenken, zum gegenwärtigen Zeitpunkt [...] eine Veränderung in der kirchlichen Verfassung herbeizuführen. Eine knappe Majorität ist für den Erlaß einer VO, welche den Grundsatz an die Spitze stellt, daß die gesamte Leitung der evangelischen Kirchenangelegenheiten mit wenigen Ausnahmen auf die Konsistorien übergeht, wogegen die Minorität unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zeitumstände ihre Bedenken für so gewichtig hält, daß sie eher die Zurücklegung des ganzen Gesetzentwurfs als dessen Publikation mit jenem an die Spitze gestellten Grundsatz befürworten muß. [B] — Billigung des bereits beratenen Gesetzentwurfs wegen veränderten Ressortverhältnisses der Provinzialbehörden in katholisch-kirchlichen Angelegenheiten.² [B] — **4.** Pensionssache. [B] — **5.** Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Vgl. dazu die nachfolgende Beratung im Staatsrat in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 189, Bl. 51–60.

² Vgl. VO v. 27.6.1845, GS, S. 443.

Nr. 306 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 36–61v [Teilprot. 19a–e]; MF 311/312.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling [zu 1 und 4], G. v. Rochow [zu 1, 3–5], Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [1–2, 4 U], Arnim [zu 1, 3–5; U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Horn [zu 2], Jähnigen [zu 1], Kisker [zu 3], Koch [zu 2], v. Kotze [zu 5], Schede [zu 1], Voswinckel [zu 4].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 3. Nachträgliche Erörterung des Entwurfs einer neuen VO über die Publikation der Gesetze.¹ Alle landesherrlichen Erlasse, welche Gesetzeskraft erlangen sollen, sind in die Gesetz-Sammlung aufzunehmen. [B] — 4. Grundsatzdiskussion zu einem Gutachten² wegen Vereidung und Glaubwürdigkeit der angestellten Privatförster: Auf Lebenszeit angestellte Förster, aus deren Dienstvertrag überzeugend hervorgeht, daß die auf Lebenszeit lautende Anstellung dem Wesen nach nur als simulierte lebenslängliche Anstellung anzusehen ist, erscheinen wegen fehlender finanzieller Unabhängigkeit als nicht glaubwürdig und sollen zum gesetzlich vorgeschriebenen Eid nicht zugelassen werden. Befugnisse der Regierungen zur Pensionierung. [B] — 5. Expropriation. Vorbereitung von legislativen Maßregeln zur Regulierung der Entschädigungsansprüche von Eigentümern wegen bloßer Beschränkung in ihrer Baubefugnis und notwendiger Expropriation zugunsten öffentlicher Bauten. [B]

¹ Eine Relation von Jähnigen v. 15.8.1845 in: Rep. 84, II 2 G Nr. 5, Bl. 109–134, dort ferner Bl. 148–151 weitere Schriftstücke zur Genesis des Gesetzes über die Publikation der Gesetze v. 3.4.1846, GS, S. 151.

² Der Immediatbericht v. 21.6.1845 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 196 Adhib. Bd. 1, Bl. 149–156v.

Nr. 307 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 62–70 [Teilprot. 20a–e]; MF 312. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1, 3, 5], Boyen [V, U], Eichhorn [zu 1, 3, 5; U], Thile [U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [2 und 5 U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Kisker [zu 1 und 3], v. Kotze [zu 4], Schede [zu 1 und 5; 1 U], Starke [zu 4].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 2. Reklamationssache. [B] — 3. Die Befugnis der Obergerichte, bei Patrimonialgerichten von Abhaltung der Lokalgerichtstage zu dispensieren, ist nicht von genereller Art, sondern lediglich zur Kontrolle über die Zahl der jährlich abzuhaltenden Gerichtstage. — 4. Gehaltssache. [B] — 5. Ausschließung unwürdiger oder untüchtiger Kreisdeputierter von der Vertretung des Landrats sowie Vorschläge für das hierbei zu beobachtende Verfahren [...] unter Anerkennung einer derartigen Befugnis der Verwaltung. [B]

Nr. 308 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 71–85v [Teilprot. 21a–d]; MF 312.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 4], Thile [zu 2–4; U], Savigny [U], Bülow [U], Bodelschwingh [2–4 U], Arnim [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [zu 2], Lette [zu 4], Schede [zu 1], Starke [zu 1 und 3].

1. *Gehaltssache*. [B] — 2. Exekutions-Ordnung. *Spezialdiskussion zum Entwurf*¹ einer VO wegen Ausdehnung der die Beitreibung der direkten und indirekten Steuern und anderen öffentlichen Abgaben und Gefälle in der Rheinprovinz betreffenden Bestimmungen auf die Provinz Westfalen unter Beachtung der Bemerkungen der Stände. [B] — 3. *Pensionssache*. [B] — 4. Entwurf² zur VO über die neuen Ansiedlungen in der Provinz Westfalen. *Grundsatzdiskussion über* Bedürfnis sowie Notwendigkeit besonderer Vorschriften, um eine Begünstigung der Ansiedlung und Eigentumserwerb hinsichtlich der Fabrikarbeiter zu erreichen und somit die Belästigung der Gemeinden bei der Armenpflege zu verringern. *Spezialdiskussion u.a. zur Berücksichtigung etwaiger Widersprüche* gegen die Ansiedlung, zur Definition des Begriffs der neuen Ansiedlung nach erfolgtem Wege der Dismembration sowie zur weiteren legislativen Behandlung des Gesetzentwurfs. [B]

¹ Rep. 90, Nr. 1473, n.f. Dort ferner Voten, ein Guachten zur Petition der westfälischen Stände sowie der Immediatbericht v. 10.6.1845. Voten von Flottwell v. 8.12.1844 und 20.4.1845 sowie der Vortrag Voswinkels v. 26.4.1845 als Ausarbeitung für diese Sitzung, in: Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 103–122v. Die Bestimmungen für die Rheinprovinz in der VO v. 24.11.1843, GS, S. 351; die VO für Westfalen v. 30.6.1845, GS, S. 444.

² Der Entwurf mit der Relation über die Gutachten der Provinzialstände und Landtagskommissarien zum 1841 vorgelegten allgemeinen Entwurf (Drucke), in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 3, n.f. Vgl. das Gesetz v. 11.7.1845, GS, S. 496.

Nr. 309 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Mai 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 86–99 [Teilprot. 22a–d]; MF 312.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1–2], Savigny [U], Bülow [U], Arnim [zu 1–2; U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 2], Günther [zu 4], Österreich [zu 2], Schede [zu 3], Schröner [zu 1], Starke [zu 3–4].

1. *Viehseuchen*. Erlaß einer VO¹ für die Provinz Preußen wegen Errichtung von Zwangs-Versicherungs-Anstalten für das zur Abwehr und Unterdrückung der Rinderpest getötete Rindvieh. In Rücksicht einer gleichmäßigen Behandlung aller Provinzen kann der Ersatz aus der Staatskasse nur vorläufig und bis zur Errichtung besonderer Sozietäten erfolgen. [B] — 2. *Gutachten der Stände zu den Entwürfen*² eines Gesetzes über das Deichwesen sowie einer Strom- und Uferpolizei-Ordnung: Bei der weiteren Begutachtung ist die Trennung beider Entwürfe empfehlenswert. *Spezialdiskussion der geäußerten Einwände der Provinzialstände* gegen den Entwurf des Gesetzes über das Deichwesen. [B] — 3.–4. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

¹ Eine Denkschrift des Ministeriums des Innern zum Erlaß einer solchen VO mit dem Gesetzentwurf in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 100¹ Bd. 1, n.f., ebd. der Immediatbericht v. 6.6.1845. Vgl. KO v. 22.6.1845, die eine Verteilung der Kosten auf sämtliche Viehbesitzer der Provinz Preußen anordnete, im Amts-Blatt der kgl. Preußischen Regierung zu Königsberg, 1845, S. 211.

² Die Erinnerungen der Provinzialstände zum 1841 vorgelegten Entwurf in: Rep. 90a, N I Nr. 6 Bde. 1 und 2. Dort auch mehrere Fassungen beider Gesetzentwürfe, die Anträge des 7. Rheinischen Provinzial-Landtages über den Entwurf zur Strom- und Uferpolizei (April 1845) sowie der Immediatbericht v. 10.6.1845. Außer diesen Schriftstücken in Bd. 1 sowie in Rep. 90a, N I Nr. 7 Bd. 1 und Rep. 80, I Finanzen Nr. 43 auch die folgende Begutachtung durch den Staatsrat. Vgl. weiter das Gesetz über das Deichwesen, v. 28.1.1848, GS, S. 54.

Nr. 310 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 100–119 [Teilprot. 23a–f]; MF 312/313.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1, 4, 6], Boyen [V], Thile [beide zu 1, 4, 6; U], Savigny [1–4, 6 U], Bülow [1–4 U], Bodelschwingh [1–4, 6 U], Stolberg-Wernigerode [zu 1, 4, 6; U], Arnim [zu 1, 4–5; 1 und 4 U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3, 5–6; 5 U], v. Duesberg [zu 1–2, 4–6], Jähnigen [zu 1], v. Könen [zu 1 und 4], A. W. Schulze [zu 2].

1. Meinungsdivergenz zur Auslegung der KO¹ vom 14. Juli 1843 als Kompetenzstreit zwischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Die Befugnis zur Versiegelung der Amtspapiere und Gelder soll sowohl der Dienstbehörde als auch dem Friedensrichter erteilt werden. [B] — **2.** Disziplinar- und Pensionssache mit Grundsatzdiskussion über das Verfahren [...] bei unfreiwilligen Entlassungen oder Pensionierung rheinischer Bürgermeister. [B] — **3.** Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **4.** Entwurf² einer KO wegen Fideikommißstiftungen als Deklaration des Tarifs zum Stempelgesetz, um die bestehende rechtliche Ungleichheit in der Besteuerung zu beheben. Der Stempel, der bishernach dem Tarife zur Bestätigung genommen wurde, soll künftig zur Stiftungs-Urkunde verwendet werden. — **5.** Kriminalkosten. Verpflichtung der Zivilgerichte zur Aufnahme und Feststellung des Tatbestandes verübter Verbrechen in den wieder vereinigten Provinzen sowie in den ehemals sächsischen Landesteilen: Generell gilt der Grundsatz der Kostenpflichtigkeit nicht für die Zivilgerichts- [...] sondern für die Kriminalgerichts-Obrigkeit, weshalb der Entwurf einer Deklaration³ des § 20 der Kriminal-Ordnung auszuarbeiten ist. [B] — **6.** Entwurf⁴ einer VO über die Beweiskraft der Aussagen von Militärpersonen in Strafsachen. [B]

¹ Eine KO bestimmte, wie im Bezirk des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln bei dem Ableben eines Staats- oder anderen öffentlichen Beamten, welcher Akten oder Gelder in amtlicher Verwahrung hat, hinsichtlich der Versiegelung zu verfahren war, v. 14.7.1843, GS, S. 321.

² Rep. 90, Nr. 1542, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 5.7.1845. Gemeint war das Gesetz zur Stempelsteuer v. 7.3.1822, GS, S. 57. Vgl. KO v. 18.7.1845, GS, S. 506.

³ Vgl. die Deklaration zur Verpflichtung zur Tragung der Kosten in den Fällen des § 20 der Kriminal-Ordnung, v. 21.12.1846, GS, 1847, S. 45.

⁴ Entwurf, Votenwechsel sowie Immediatbericht v. 23.9.1845 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 195, Bl. 3–54v. Vgl. das Gesetz zur Glaubwürdigkeit der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kommandierten Militärpersonen v. 8.4.1847, GS, S. 196.

Nr. 311 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Mai 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 120–134 [Teilprot. 24a–f]; MF 313.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–3], Boyen [V, U], Rother [1–5 U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Arnim [U], Uhden [1–3, 5–6 U]. — Prot.: [a] [Ernst; U]; [b] [Koch; U]; [c] [v. Duesberg]; [d–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, LGAss. Eichhorn [zu 5], Ernst [zu 1; U], Günther [zu 2], Koch [zu 2; U], H. v. Mühler [zu 3 und 5], Ruppenthal [zu 6], v. Stein-Kochberg [zu 1; U].

1.–2. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — 3. *Redaktionelle Abgleichung* des Gesetzentwurfs¹ [...] über die Ressortverhältnisse der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen mit den Protokollfassungen der Staatsministerialverhandlungen vom 1., 8. und 15. April, was die Aufsicht über die Vermögensverwaltung sowie die Regulierung des Stol- und Parochialwesens [...] betrifft. [B] — 4. *Gleichförmiges Verfahren zur weiteren Behandlung* von Beschlüssen über unfreiwillige Pensionierungen. [B] — 5. *Disziplinar- und Pensionssache.* [B] — 6. *Nach Prüfung der Gutachten*² der rheinischen Handelskammern zu den Vertretungsgebühren in den bei den Handelsgerichten der Rheinprovinz anhängigen Prozessen erfolgt keine Abänderung der seit drei Jahrhunderten bestehenden Lage. [B]

¹ Vgl. Sitzung am 1.4.1845, TOP 2 mit Anm. Der Immediatbericht v. 15.6.1845 in: Rep. 90a, B III 7b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 273–289. Vgl. weiter VO v. 27.6.1845, GS, S. 440.

² Vgl. Sitzung am 7.5.1844, TOP 4, Anm 3. Der Immediatbericht v. 10.7.1845 und das Gutachten des Staatsrats vom April 1847, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 28, n.f.

Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 135–150 [Teilprot. 25a–g]; MF 313/314. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend¹: Rother [1 U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bülow [zu 2 und 6; 1 U], Arnim [zu 1–6; 1–5 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer [zu 1, 3–5], v. Duesberg, Günther [zu 6], Kette [zu 7], H. v. Mühler [zu 2], Scholz [zu 3], Sibeth [zu 4–5], Wentzel [zu 1].

1. *Gehaltssache.* [B] — 2. *Redigierter Entwurf*² einer VO zum Bau von Schul- und Küsterhäusern entsprechend den ständischen Gutachten: *Es ist immer nur eine Küsterei für einen Parochialbezirk zu errichten.* Vorschriften für die Erhaltung der gemeinen Schulen. [B] — 3.–6. *Vier Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — 7. Entwurf³ zu einer Tax-Ordnung ländlicher Grundstücke für die Provinz Westfalen nebst den Kreisen Duisburg und Rees: Hauptgrundlage der Taxen ist das Grundsteuer-Kataster. *Spezialdiskussion.* Die Bedenken des Staatsministeriums sollen dem Oberpräsidium der Provinz zur nochmaligen Beratung sowie zur Ergänzung und Umarbeitung des Entwurfs mitgeteilt werden. [B]

¹ TOP 6: Uhden [U].

² Der Entwurf in: Rep. 151, I C Nr. 8374, Bl. 11–12v. Ebd., Bl. 3–10v das Votum Eichhorns v. 27.4.1845, in dem die ständischen Erinnerungen zusammengestellt sind. Dort wie auch in Rep. 80, I Geistliche und Schulsachen Nr. 4a die Übersicht der von den Provinzial-Landtagen gemachten Bemerkungen zum Gesetzentwurf. Ebd. Nr. 4, Bl. 2–5 der Immediatbericht v. 30.6.1845 mit überarbeitetem Entwurf sowie die nachfolgende Begutachtung durch den Staatsrat. Vgl. auch Rep. 84, II 2 K Nr. 3 und das Gesetz v. 21.7.1846, GS, S. 392.

³ Rep. 84a (M), Nr. 8305, Bl. 42, ferner gleichfalls mehrere Gutachten der westfälischen Oberlandesgerichte seit 1841 sowie Berichte Vinckes zu den Entwürfen. Ebd., Bl. 50–55 das Schreiben des Staatsministeriums an das Oberpräsidium zu Münster v. 19.7.1845 mit seinen Einwendungen gegen den vorgelegten Entwurf und dem Wunsch nach Umarbeitung. Eine umfassende Neuregelung trat erst mit dem Gesetz v. 4.6.1856, GS, S. 550, in Kraft.

Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 151–158v, 163–164 [Teilprot. 26a–e], Anlage: Bl. 159–162v; MF 314.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1], Savigny [U], Bülow [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [a] [Koch; U]; [b] [Lehnert; U]; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer [zu 1], v. Duesberg [zu 3], Jähnigen [zu 5], Koch [zu 1; U], Lehnert [zu 2; U], v. Oeynhausens [zu 4], Ruppenthal [für Uhden zu 1–3, 5], v. Stein-Kochberg [zu 5], v. Villers [zu 3].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Gehaltssache.** [B] — **3.** Bedenken¹ des Oberpräsidenten von Schaper gegen den Entwurf der Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz, nämlich die Ausübung des Gemeinderechtes von einem Zensus abhängig zu machen sowie die Vertretung der Landgemeinden in der Regel durch sämtliche Meistbeerbten und nicht durch einen gewählten Gemeinderat ausüben zu lassen. Die Regel soll aber immer [...] der höhere Zensus bilden, damit die ganz gering begüterten Gemeindeglieder vom Gemeinderecht ausgeschlossen bleiben. Bei der Vertretung der Gemeinden sind gewählte Gemeindeverordnete nach den zu bildenden Steuerklassen als Regel anzuordnen, während die Landgemeinden [...] durch sämtliche Meistbeerbten vertreten werden sollen, wenn deren Zahl nicht mehr als 18 beträgt. [B] — **4.** Die Immediatbeschwerde² des S. W. Wulff zu Werden zur verweigerten Annahme seiner am 9. Dezember 1839 eingelegten Mutung Rehmarkmannsbank in Osten wird abgewiesen. [B] — **5. Disziplinar- und Pensionssache.** [B]

¹ Die von den rheinischen Regierungen eingeforderten Gutachten zu Schapers Bedenken von Anfang 1845, das Votum Arnims dazu v. 23.5.1845 (auch Anlage) sowie der Entwurf eines Immediatberichts, in: Rep. 77, Tit. 314 Nr. 7 Bd. 8. Vgl. auch Boberach, Wahlrechtsfragen im Vormärz, S. 102f. und die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz v. 23.7.1845, GS, S. 523.

² Das Gesuch v. 27.6.1844 in: Rep. 90, Tit. XXV Nr. 13, n.f. Dort auch Voten, Immediatberichte und die letztlich ablehnende KO v. 11.12.1845. Eine Mutung bedeutet im Bergrecht das Gesuch des Bergbautreibenden an den Bergherren bzw. die Bergbaubehörde als jeweiligen Inhaber des Bergregals auf Erteilung des Bergwerkseigentum. In diesem Fall wurde die Mutung wegen des fehlenden Nachweises eines Fundes abgewiesen.

Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 165–176v [Teilprot. 27a–e]; MF 314. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Eichhorn [zu 1–3, 5; U], Thile [U], Savigny [U], Arnim [U], Flottwell [U]. — Prot.: [a] [Ernst; U]; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 3–5], Ernst [zu 1; U], Günther [zu 1], E. W. F. v. Hagen [zu 3], Jähnigen [zu 2], v. Kotze [zu 3], A. v. Pommer-Esche [zu 4], Schede [zu 2; U], Seiffart [zu 5].

1.–3. Drei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **4.** Gestattung der Anlage einer Eisenbahn

¹ TOP 3: Uhden [U].

von Metz nach Saarbrücken *unter möglicher Vernachlässigung der militärischen Bedenken*.² [B] — **5. Polizeigerichtsbarkeit.** Gutachten³ des Staatsrats vom 15. November 1843 über die Vereidigung der Stellvertreter der Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit *sowie die geäußerten Bedenken Arnims dazu, diese Vereidigung lediglich zur Handhabung der Polizeistrafgewalt und nicht auch zur Ausübung der Polizeiverwaltung vorzunehmen. Ablehnung der Einschränkung und Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes.* [B]

² Vgl. Sitzung am 3.12.1836. Die Bedenken sowie die Notwendigkeit einer solchen Bahnlinie waren zusammenfassend in einem von Bülow und Arnim unterzeichneten Immediatbericht v. 6.1.1845 dargelegt worden, vgl. Rep. 89, Nr. 29645, Bl. 25–26, dort ferner Bl. 31–34 der Immediatbericht v. 21.7.1845 sowie weitere Denkschriften, Kostenvoranschläge usw. Vgl. auch den Staatsvertrag zwischen Preußen und Bayern über die Fortsetzung der pfälzischen Ludwigsbahn in westlicher Richtung nach Saarbrücken v. 30.3.1850, GS, S. 357.

³ Dazu ergangene Voten sowie der Immediatbericht v. 4.9.1845 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 2, n.f. Ebd. die Beratung im Staatsrat 1845/46 sowie sein Gutachten v. 8.4.1846. Vgl. VO v. 24.4.1846, GS, S. 167.

Nr. 315 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 14. Juni 1845.

*Begl. Abschr. mit Korrekturen*¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 2, Bl. 68–90; MF-Suppl. 18.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Boyen, Mühler, Eichhorn, Thile, Savigny, Bülow, Arnim, Flottwell, Voß. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Beurmann, v. Duesberg, O. v. Manteuffel, v. Massow, v. Patow, Thoma.

*Posenscher Landtags-Abschied. Beratung anhand von 39 Denkschriften*² des 7. Posenschen Landtags, v.a. zu mehreren Schul- und geistlichen Angelegenheiten, die oftmals aus der besonderen Situation hinsichtlich der verschiedenen Konfessionen, Nationalitäten und Sprachen in der Provinz Posen erwachsen und auf die man größtenteils zwar abschlägig, aber zur Vermeidung eines weiteren Konflikts auch ausweichend reagieren sollte. Weitere Debatte zu allgemeinen Gesetzesprojekten; zum Streckenverlauf der Eisenbahn von Berlin nach Königsberg; zu verschiedenen Steuergesetzen und zu ständischen Angelegenheiten; zur beantragten Verbesserung des Dienst Einkommens der Bürgermeister in den kleinen Städten, welche zwar in den häufigsten Fällen unmoralische, für einen andern Lebensberuf schon verdorbene Subjekte und dabei zu hochmütig wären, um neben ihrem Amte noch ein Gewerbe zu treiben, aber als Prinzipienfrage wohlwollend zu verheißend ist; vertagt. [B]

¹ Betrifft die Erörterungen wegen Aufhebung der Braumalzsteuer, die aus diesem Protokoll aufgrund der diesbezüglichen späteren Beratungen am 21.6.1845 abstrahiert worden sind.

² Sämtliche Denkschriften gedr. in: Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, Posen 1846, S. 53–195.

Nr. 316 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 177–178 [Teilprot. 28a–b]; MF 314. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Savigny, Arnim, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann, v. Duesberg, E. W. F. v. Hagen, Schede [zu 2], v. Stein-Kochberg [zu 1].

1. Gehaltssache. [B] — 2. Disziplinarsache. [B]

Nr. 317 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 17. Juni 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 2, Bl. 91–106; MF-Suppl. 18.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Beurmann.

Posenscher Landtags-Abschied: Fortsetzung der Beratungen anhand weiterer 22 Denkschriften, hauptsächlich zu allgemeinen Gesetzesprojekten. Spezialdiskussionen zu vornehmlich die Provinz betreffende Angelegenheiten, wie z.B. der gewünschte Gebrauch der polnischen Sprache neben der deutschen in Geschäftssachen, was ebenso abzulehnen ist wie die beantragte Aufhebung der Befugnis zur Errichtung von Familienfideikommissen. Weiterhin ist die gewünschte Nichtanwendbarkeit der Gesetze¹ vom 29. März 1844 auf den Richterstand [...] unzweifelhaft zurückzuweisen, über die Art und Weise des Bescheides herrscht zunächst jedoch eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob dem Landtage nach dem ständischen Gesetz² die Befugnis zugebilligt werden soll, gegen Organisations-Verordnungen im Justiz- und Verwaltungswesen zu petitionieren. Den Ständen ist trotz übereinstimmender Ansicht zum Prinzip der Unabhängigkeit des Richterstandes deutlich zu machen, daß insbesondere die Anträge³ wegen Anstellung und Besoldung der richterlichen Beamten eindeutig Prärogative der Krone berühren und Vorstellungen seitens der Stände nicht angenommen werden könnten. Weitere Bescheids-Entwürfe.⁴ [B]

¹ Gesetz zum gerichtlichen und Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte sowie die VO für das Verfahren bei Pensionierungen, GS, 1844, S. 77 bzw. 90.

² Allgemeines Gesetz zur Anordnung der Provinzialstände v. 5.6.1823, GS, S. 129.

³ Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, S. 171–175, bes. S. 175.

⁴ Sämtliche Bescheids-Entwürfe zum Posenschen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 2, Bl. 125–207.

Nr. 318 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 19. Juni 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2, Bl. 84–100; MF-Suppl. 19.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: du Vignau.

Westfälischer Landtags-Abschied. Beratung von 45 Bescheids-Entwürfen¹ anhand der vom Landtage eingereichten Denkschriften². Spezialdiskussionen zur beantragten Anstellung eines katholischen Militär-Geistlichen bei der Garnison in Berlin, wobei abzuwarten bleibt, ob nach dem Bau einer zweiten katholischen Kirche dieses Bedürfnis weiterhin vorhanden ist. Weiter zum Wunsch nach einer allgemeinen Regelung für Begräbnisse auf den Kirchhöfen fremder Konfessionen, worüber erst die Meinung der Behörden und der Geistlichkeit der Provinz einzuholen ist; vertagt. [B]

¹ *Sämtliche Bescheids-Entwürfe für den Westfälischen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2, Bl. 142–258v.*

² *Alle ständischen Denkschriften und Petitionen gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Provinz Westfalen 1845, Münster 1846, S. 19–155.*

Nr. 319 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. Juni 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2, Bl. 101–124v; MF-Suppl. 19.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Arnim, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: du Vignau.

Westfälischer Landtags-Abschied. Verlesung der Protokolle über die Sitzungen vom 14., 17. und 19. Juni; Vorlage von Bescheids-Entwürfen und geringe Korrekturen. Fortgesetzte Beratung von weiteren 37 Denkschriften des Westfälischen Landtages zu verschiedenen Steuerangelegenheiten, u.a. zur beantragten Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung der Klassensteuer; zum Ausbau des Straßennetzes. Die gewünschte großzügigere Gestattung der steuerfreien Bereitung des Bieres zum Haustranke und damit zusammenhängend die weitgreifende Petition¹ des Posenschen Landtages [...] wegen Aufhebung der Braumalzsteuer sind beide abzulehnen. Weitere Beratung zu verschiedenen Anträgen zwecks Beförderung von Industrie und Handwerk und zur beantragten Besetzung der Beamtenstellen in der Provinz Westfalen durch Eingeborene, was auf allgemeine Mißbilligung stößt, sowie zu mehreren Aspekten der Justizpflege. [B]

¹ *Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, S. 169–171.*

Nr. 320 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juni 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 51, Bl. 179–190 [Teilprot. 29a–g]; MF 314/315.

Anwesend: Boyen [V, 1, 5–7 U], Eichhorn [U], Savigny [U], Flottwell [1, 5–7 U], Uhden [U]. — Prot.: [a] [Schede; U]; [b–g] [?].

Weitere Teilnehmer: A. Beyer [zu 2], v. Duesberg [zu 2, 4–7], Kisker [zu 5–6], v. Rohr [zu 2–4], Schede, Wenzel [beide zu 1; U], Zettwach [zu 7].

1.–2. Zwei Gehaltssachen. [B] — 3.–4. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 5. Pfandverträge. Die Bemerkungen¹ der Pommerschen Stände zum Gesetzentwurf hinsichtlich der in Altpommern über Grundstücke auf städtischen Feldfluren unter Herrschaft des Lübischen Rechts vor dem Jahre 1808 geschlossenen antichretischen Pfandverträge werden befürwortet. [B] — 6. Gesetzentwurf² über die Verurteilung von Beamten [...] wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens, die zugleich deren Entlassung zur Folge haben. [B] — 7. Nochmalige³ Beratung über das Grundprinzip bei Aufnahme der Taxen von adeligen Lehnen in Hinterpommern und in Altvorpommern nach positiver Begutachtung jenes Gesetzentwurfes durch die Stände, der die Grundsätze der Subhastationstaxen aufzeigt. Verweisung an den Staatsrat. [B]

¹ Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages Pommern 1845, S. 21 f. Ebd. im Anhang der Gesetzentwurf. Vgl. VO v. 26.9.1845, GS, S. 678.

² Rep. 90, Nr. 645, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 5.9.1845. Kassation hier im Sinne von Amtsentsetzung. Vgl. KO v. 26.9.1845, GS, S. 677.

³ Vgl. Sitzung am 19.10.1844, TOP 1. Der Immediatbericht v. 16.10.1845 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 208, Bl. 2–5. Dort Bl. 6–9v auch die den Ständen vorgelegte Denkschrift mit den verschiedenen Gesetzentwürfen als Anlagen A/B und die Begutachtung durch den Staatsrat sowie Bl. 89 die KO v. 4.4.1846, die dessen Gutachten bestätigte.

Nr. 321 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 26. Juni 1845.

Teilabschr.¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2, Bl. 125–126; MF-Suppl. 19/20.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Arnim, Voß, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: [O. v. Manteuffel].

Weitere Teilnehmer: v. Meding.

Brandenburgischer Landtags-Abschied.¹ Zuvor Abänderungen am Protokoll der Sitzung vom 21. Juni zum Westfälischen [...] Landtags-Abschied hinsichtlich des Fortbaues der Wittgensteiner Straße. [B]

¹ Das Original-Protokoll liegt lt. Verweis im Aktenband Rep. 77, Tit. 523b Nr. 50, der jedoch nicht überliefert ist. Für die Beratungen des Brandenburgischen Landtags-Abschiedes 1845 konnten in den vorliegenden Akten keine Protokolle nachgewiesen werden. Ein von Arnim im Juni 1845 angefertigtes Vortragsverzeichnis für die Beratung der vom 9. Brandenburgischen Provinzial-Landtag eingereichten Denkschriften, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 30 Bd. 3, Bl. 106–108v.

Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 1–25v [Teilprot. 30a–b]; MF 315.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [V, U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [2 U], Bülow [zu 2; U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Arnim, Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Österreich [zu 1], A. W. Schulze [zu 2].

1. Die Entwürfe¹ der provinziellen Zusätze zur allgemeinen Wege-Ordnung werden unter Berücksichtigung der Verhältnisse der verschiedenen Provinzen im Wegebauwesen geprüft. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache. [B]

¹ Als Bestandteil eines überarbeiteten Gesetzentwurfs in: *Rep. 84, II 2 W Nr. 15 Bd. 1, n.f.*; dort auch die weitere Beratung und Entwürfe bis 1847.

Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 27¹–65 [Teilprot. 31a–d]; MF 315/316.

Anwesend: Boyen [V, U], Mühler [U], Thile [1, 3–4 U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2–3; U], Arnim, Flottwell [zu 1–3; 1, 3–4 U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 1], v. Duesberg, Kisker [zu 4], v. Obstfelder [zu 2–3], Senfft v. Pilsach [zu 3].

1. Änderung² des Verfahrens bei Kompetenzkonflikten: Gegen rechtskräftige Erkenntnisse ist ein Kompetenzkonflikt nunmehr unzulässig. Die Entscheidung über den Kompetenzkonflikt soll eine zu ernennende Staatsrats-Kommission treffen. Eine entsprechende Verordnung ist zu entwerfen. [B] — 2. Dienstgelder. Abschließende Beratung des durch die KO³ vom 21.2.1845 vorläufig genehmigten Gesetzesvorschlages zur Fortdauer der Dienstgelder und ähnlicher an Stelle des Naturaldienstes getretenen Prästationen in den zum vormaligen Königreich Westphalen gehörig gewesenen Teilen des Herzogtums Magdeburg und der Altmark. Hierbei sind die von den brandenburgischen und sächsischen Provinzialständen verfaßten Monita und Anträge zu berücksichtigen. Wegen der in beiden Landesteilen besonderen [...] bestehenden Verhältnisse sollen zwei getrennte Verordnungen entworfen werden. [B] — 3. Expropriation. Nach kontroverser Diskussion Gestattung⁴ einer unbeschränkten Expropriation für die Überrieselungs-Anlagen am Schwarzwasser und an der Brahe in Westpreußen zum Fortgang der fiskalischen Meliorationsanlagen. Das Bedenken, daß dadurch zu sehr in das Privateigentum eingegriffen werden würde, muß hinter dem angestrebten Zweck, nämlich das gemeine Wohl der ganzen Gegend durch Hebung des Kulturzustandes und Eröffnung neuer Nahrungsquellen zu befördern, zurücktreten. [B] — 4. Die Beschränkung des

¹ Das dem Protokoll vorgeschaltete Bl. 26 ist eine Abschrift des schwer leserlichen Vermerks Rochows auf Bl. 27.

² Mehrere Voten in: *Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 46, Bl. 58–85.* Das ausführliche Votum Uhdens v. 9.2.1845 auch in: *Rep. 100, Nr. 289, n.f.* Zu den unterschiedlichen Auffassungen der Justizminister Uhden, Savigny und Mühler sowie zur Entscheidungsfindung im Staatsministerium vgl. auch Loening, *Gerichte und Verwaltungsbehörden*, S. 224–229. Vgl. ferner zum Problem und mit Bezug auf die Sitzung Stölzel, *Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung*, Bd. 2, S. 577, Anm. 1, der sie irrtümlich auf den 5.6.1845 datierte.

³ Die KO mit der Anweisung, die Gesetzentwürfe beiden Provinzial-Landtagen zur Begutachtung vorzulegen – und zwar aus Zeitgründen ohne die beantragte vorläufige Besprechung der Landtagskommissarien mit einzelnen Mitgliedern der Landtage vorausgehen zu lassen, in: *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 4, Bl. 86.* Dort weiter Bl. 87–93v eine Denkschrift zur Fortdauer der Dienstgelder und ähnlicher Leistungen im Herzogtum Magdeburg und in der Altmark mit Entwurf einer Deklaration sowie Bl. 96–113v das Votum Stolberg-Wernigerodes v. 25.5.1845 mit den zwei Entwürfen (A und B). Ebd., Bl. 126–187 ein redigierter Gesetzentwurf wegen Abänderung mehrerer Paragraphen, der Immediatbericht v. 21.7.1845, die Denkschriften beider Landtage v. 19.3.1845 und die dazu Ende März/Anfang April 1845 angefertigten Gutachten beider Oberpräsidenten sowie Gesetzentwürfe für beide Landesteile. Vgl. auch die Verordnungen v. 23.7.1845, *GS*, S. 518 und 520.

⁴ Ein Votum Stolberg-Wernigerodes v. 5.7.1844 in: *Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 161, n.f.* Die allgemeine Verfahrens-Instruktion für größere Meliorationen v. 5.8.1842 in: *Rep. 87, F Nr. 2892, n.f.*

eximierten Gerichtsstandes *soll nicht* getrennt von allgemeinen Bestimmungen über Gerichtseinrichtung und Patrimonialgerichtsbarkeit *modifiziert werden*.⁵ [B]

⁵ *Der vorherige Votenwechsel, der Immediatbericht v. 4.11.1845 sowie der Entwurf einer KO, derzufolge die Beschränkung des eximierten Gerichtsstandes mit der allgemeinen Gesetz-Revision erfolgen soll, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 120 Bd. 1, Bl. 95–125. Dieses auch in: Rep. 84a (M), Nr. 805, Bl. 226–248.*

Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 66–99v [Teilprot. 32a, c–d], 2 Anlagen; Bl. 100–103; MF 316/317.

Anwesend: Boyen [V, U], Müffling, Thile [zu 2–3; 2 U], Bodelschwingh [zu 1–2; 1–3 U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–2; U], Arnim [zu 2–3], Flottwell [zu 1–3; 2–3 U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Koch [zu 1], v. Kotze [zu 2], A. v. Pommer-Esche, v. Rönne [beide zu 3].

1. Pensionssache. [B] — **2. Unbescholtenheit ist kein notwendiges Kriterium für die Fähigkeit, Rittergüter zu erwerben.**¹ *Die Nachprüfung der persönlichen Qualifikation des Erwerbers zur Verwaltung der Polizeijurisdiktion bedarf legislativer Abhilfe.* [B] — **3. Unter Beachtung von kommerziellen wie militärischen Interessen werden verschiedene Eisenbahnprojekte [...]** in der Rheinprovinz befürwortet, um eine bessere Verbindung unter den verschiedenen Handelsplätzen und Fabrikdistrikten [...] mit den Kohlenrevieren sowie mit Belgien und Holland zu erreichen. — **4. Anlage einer Eisenbahn von Maastricht nach Aachen.** [B] — **5. Herstellung einer Verbindung zwischen der Köln-Mindener Eisenbahn und der Amsterdam-Arnheimer Bahn [...]** mittelst einer Seitenbahn von Oberhausen über Wesel nach Arnheim, wobei wegen der unterschiedlichen Spurweite [...] die Bahn bis Emmerich das preußische Gleis und von dort weiter bis Arnheim [...] die niederländische Spurweite erhalten soll.² [B]

¹ *Der Beratung vorausgegangene Korrespondenzen und Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 96 Bd. 2, Bl. 106–151, dort auch Bl. 157–164v der Immediatbericht v. 4.9.1845 sowie eine KO v. 10.10.1845, womit die Meinung des Staatsministeriums, auch Personen bescholtenen Rufes die Fähigkeit zur Erwerbung von Rittergütern zu gewähren, zurückgewiesen und die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs gefordert wurde.*

² *Dazu als Anlagen ein Immediatbericht von Bülow und Flottwell v. 15.2.1845 und die Antwort Friedrich Wilhelms IV. v. 28.2.1845, in der er die Konzessionierung der fraglichen Bahn in Aussicht stellte.*

Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 104–127 [Teilprot. 34a–e]; MF 317. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Eichhorn, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 2–5], Flottwell, Uhden, Canitz [für Bülow zu 3–5]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Canitz [für Bülow zu 1; U], Ernst, Günther [beide zu 4], Nobiling [zu 5], v. Patow [zu 1], Stiehl [zu 3].

1. *Nähere Bestimmung*, welche Beamte zu den unteren zu rechnen sind, [...] gegen die entsprechend dem Disziplinalgesetz¹ vom 29. März 1844 [...] auch Arreststrafen festgesetzt werden [...] können.² — 2. *Für den erkrankten Außenminister Bülow wird vertretungsweise Canitz auf unbestimmte Dauer mit Sitz und Stimme im Staatsministerium tätig sein.*³ — 3. *Volksschulen.* Entwurf⁴ einer allgemeinen Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen unter Berücksichtigung der Äußerungen der Provinzialstände: Finanzierung der in Folge der Schulordnung notwendig werdenden Einrichtungen des Elementarschulwesens; *Spezialdiskussion u.a. zum Einschulungsalter, zur Dispensationsbefugnis für den Schulbesuch, zu Strafen für Schulversäumnisse, zum Berufungsrecht sowie zur Überschreitung des Züchtigungsrechtes.* — 4. *Gehaltssache.* [B] — 5. *Antrag*⁵ auf Ergänzung [...] des Entwurfs der allgemeinen Forst- und Jagdpolizei-Ordnung gegen den Handel mit Wild während der Schonzeit, um der aus dem gewerbsmäßigen Betrieb des Wilddiebstahls hervorgehenden Demoralisierung der niederen Volksklasse entgegen zu wirken. [B]

¹ Bezieht sich auf § 15 des Gesetzes zum gerichtlichen und Disziplinarverfahren gegen Beamte v. 29.3.1844, GS, S. 77, der die nähere Bestimmung durch das Staatsministerium angekündigte.

² Dazu Voten und ein Immediatbericht v. 20.10.1845 (Auszug) in: Rep. 90, Nr. 645, n.f. Mühlens auf den 9.5.1844 datierte Vorschläge in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 190 Bd. 1, Bl. 191–193, dort ferner Bl. 187–190v das Votum Flottwells v. 26.4.1845 sowie Bl. 204 der im Protokoll erwähnte Beschluß des Staatsministeriums.

³ Vgl. KO v. 11.8.1845 in: Rep. 90, Nr. 891, Bl. 50.

⁴ Der entsprechend den Erinnerungen der Stände der Provinz Preußen revidierte Entwurf in: Rep. 77, Tit. 127 Preußen Nr. 2 Bd. 2, Bl. 58–65v; dort auch Bl. 5–30 der frühere Entwurf sowie Bl. 35–67 das Votum Eichhorns v. 26.7.1845 zu den ständischen Anträgen.

⁵ Die beantragte Ergänzung v. 16.6.1845 in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 23 Bd. 3, Bl. 202–203, dort weiter Bl. 204 der Entwurf eines Zusatzes und Bl. 210–215 der Immediatbericht v. 23.11.1845 sowie der neue Entwurf.

Nr. 326 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 128–143v [Teilprot. 35a–c]; MF 317/318. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz. — Prot.: [a] [Schröner; U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Maetzke [zu 2], Schröner [zu 1; U], Stiehl [zu 3].

1. Entwurf¹ einer Verordnung, wodurch die Juden in denjenigen Landesteilen, wo noch keine gesetzliche Bestimmungen dazu bestehen, zur Annahme fester Familiennamen verpflichtet werden sollen. [B] — 2. *Beamte.* Meinungsverschiedenheit [...] wegen der Benefizien der Staatsdiener, welche den Feldzug 1812/13 als Freiwillige mitgemacht haben.² [B] — 3. *Volksschulen.* Abschluß der *Spezialdiskussion* über die vom 9. Preußischen Provinzial-Landtag zu dem Entwurf einer allgemeinen Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen beantragten Modifikationen; u.a. über Finanzierungs- und Pensionierungsfragen; über die Stellung des Pfarrers sowie über den Schulvorstand. *Beschleunigte* Publikation [...] des Gesetzes.³ [B]

¹ Der Entwurf sowie eine Denkschrift des Ministers des Innern dazu in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 132–133v. Die KO v. 31.10.1845, GS, S. 682.

² Vgl. dazu Voten sowie den Immediatbericht v. 4.11.1845 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 55, n.f.

³ Vgl. die Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen v. 11.12.1845, GS, 1846, S. 1 sowie mit Bezug auf die abschließende Beratung im Staatsministerium: Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, S. 101.

Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 144–162v [Teilprot. 36a–f]; MF 318.

*Anwesend*¹: Boyen [V, 1, 3–6 U], Eichhorn, Thile, Savigny [alle drei 1, 3–6 U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1–3, 5; 1, 3, 5 U], Uhden [1, 3–6 U], Canitz [1, 5–6 U]. — *Prot.:* [a, c–f] [?]; [b] [v. Duesberg].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 2–3, 6], Günther [zu 3–4], Lette [zu 1], Sibeth [zu 4], Starke [zu 3].

1. Altmärkische Bauernlehne. Entwurf² [...] eines Erlasses sowie eines Berichts. [B] — **2. Standesherren.** Dem Gesuch³ des Fürsten zu Salm-Horstmar wegen Befreiung der ihm vertraglich aus der Staatskasse gebührenden Rente [...] von Exekution wird teilweise stattgegeben, so daß dieser bis zu einer endgültigen Festlegung vorläufig eine von den Ansprüchen der Gläubiger befreite Kompetenz von 10 000 Thalern jährlich aus der Staatsrente erhalten soll. [B] — **3. Reklamationssache.** [B] — **4. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **5. Besondere Bestimmungen zur Bestrafung der Rückkehr ausgewiesener fremder Landstreicher sind vor Publikation des neuen Strafgesetzbuches [...]** nicht wünschenswert.⁴ [B] — **6. Begnadigungssache mit Grundsatzdiskussion** über die Grenzen des bei Privatverbrechen [...] dem Grafen [...] zu Stolberg-Wernigerode [...] zustehenden Begnadigungsrechts.⁵ [B]

¹ TOP 1: Prinz von Preußen [U].

² Die vorherige Beratung durch Staatsministerium, Staatsrat und Kommunal-Landtag der Altmark mit mehreren Entwurfsfassungen, Gutachten und weiteres Material, in: Rep. 84, II 5 A Nr. 1 Bd. 16, Bl. 120–141 sowie in: Rep. 80, I Justiz Nr. 136, 136a und 136b. Das Staatsministerium berichtete am 14.10.1845 dem König über die Rechtsverhältnisse der altmärkischen Bauernlehen, worauf am 8.11.1845 eine KO erging, GS, S. 721.

³ Das Gesuch v. 6.8.1845, Gutachten, Voten sowie die KO v. 26.9.1846, in: Rep. 90, Nr. 207, n.f. Die Rentenansprüche waren in den Verträgen v. 8.2. bzw. 31.10.1829 geregelt worden. Weitere Schriftstücke auch in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f. und Rep. 84a (M), Nr. 6045, Bl. 28–49, u.a. die gedruckte Darlegung und rechtliche Würdigung der Dispositionen, welche der Herr Fürst zu Salm-Horstmar im Jahre 1845 über sein Vermögen getroffen hat, Münster im Oktober 1846.

⁴ Vgl. dazu die Verfügungen des Justizministers v. 28.10.1843 und 10.1.1844 gedr. in: JMinbl., 1843, S. 274 f. und 1844, S. 13.

⁵ Korrespondenzen, Voten, Gutachten zur Justizverfassung der Grafschaft Wernigerode in dieser Angelegenheit seit Mai 1844 sowie der Immediatbericht v. 18.2.1846, in: Rep. 84a (M), Nr. 6428, Bl. 71–118. Dort weiter Bl. 145–188 eine Denkschrift von v.u.z. Mühlen über das den Grafen zu Stolberg-Wernigerode zustehende Begnadigungsrecht v. 17.5.1847 sowie Bemerkungen zu dieser Denkschrift.

Nr. 328 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 27. September 1845.

*Begl. Abschr. mit Korrektur*¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 80–104v; MF-Suppl. 20.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Uhden, Canitz. — *Prot.:* O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

¹ Ein sich aus der Sitzung am 1.10.1845 ergebender Nachtrag zur Bescheidung auf die beantragte Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen aus dem Befreiungskriege, Bl. 82v.

Weitere Teilnehmer: v. Wedell.

Schlesischer Landtags-Abschied. Beratung von 49 vom Landtag eingereichten Denkschriften² zu allgemeinen sowie provinzspezifischen Gesetzesprojekten. Spezialdiskussion, u.a. über die gewünschte Zuziehung stimmberechtigter Laien zu den Synoden der evangelischen Kirche, die zu verheißt ist, um das im Volke bestehende Mißtrauen gegen [...] Beschlüsse der Synoden zu beseitigen, und damit zusammenhängend die beschränkte Gewährung vorheriger ständischer Begutachtung von Bestimmungen, die von der General-Synode [...] erlassen werden sollen. Zwar ist die Kirche in sich von ständischer Einwirkung frei zu halten, die Stände müssen aber verfassungsmäßig mitzusprechen haben, soweit die Kirchenverfassung in äußeren Einrichtungen hervortritt und den Staat berührt. Diskussion weiterer Bescheids-Entwürfe³, so u.a. zum Oberlausitzschen Provinzialrecht und zur Ausdehnung der Wählbarkeit im Stande der Städte schon ab fünfjährigem Grundbesitz, was gegenwärtig von sieben Provinzen erbeten wird. Dennoch ist dies zurückzuweisen, um nicht ein wesentliches Grundprinzip in der ständischen Vertretung zu ändern, nach dessen Beseitigung man bald noch weitere Konzessionen beanspruchen würde. Weiterhin verschiedene Angelegenheiten der ständischen sowie der Gemeindevertretungen, der allgemeinen Verwaltung und der Feuer-Sozietäten. [B]

² *Sämtliche ständische Denkschriften und Petitionen gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz 1845, Breslau 1846, S. 14–190.*

³ *Diese alle in: Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 142–231v.*

Nr. 329 Sitzung des Staatsministeriums am 30. September 1845.¹

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 163–194 [Teilprot. 37a–g]; MF 318/319.

Anwesend [U]: Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 6–7], v. Duesberg, v. Könen [zu 4], v. Kotze [zu 6–7], Kühne [für Flottwell zu 1–4, 6–7; 4 U], Lette [zu 2; U], v. Saldern [zu 4], Schröner [zu 5], Starke [zu 6–7], Wentzel [zu 1].

1. Entwurf² für eine Deklaration zum ALR, daß die Gültigkeit eines dorfgerichtlich errichteten Testaments nicht davon abhängt, ob alle das Dorfgericht bildenden Personen gemeinschaftlich das aufgenommene Testament dem Richter überbringen. [B] — **2.** Ablösung bei Dienstfamilienstellen. *Nochmalige Beratung³ des überarbeiteten Gesetzentwurfs* wegen Aufhebung des § 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7.6.1821 für die Provinz Schlesien nach erfolgter Begutachtung durch den Staatsrat und wiederholter Erklärung des Provinzial-Landtages, daß die baldige Auflösung des Frondienstverhältnisses der Dorfgärtner- und Dienstfamilienstellen zur Beseitigung der neuerdings in Schlesien so vielseitig hervorgetretenen Mißhelligkeiten und Prozesse zwischen den Gutsherrschaften und Landgemeinden [...] beitragen wird. [B] — **3.** Kompetenzkonflikt in der Prozeßsache der bäuerlichen Einsassen von elf Ortschaften im Regierungsbezirk Königsberg [...] gegen den

¹ *Auf dem Teilprot. 37c (TOP 3) ist vermerkt, daß diese Sitzung im königlichen Schloß stattfand.*

² *Der Entwurf zur Deklaration des § 95 Tit. 12 Tl. 1 des ALR in: Rep. 84, II 2 T Nr. 1, Bl. 117–117v. Dort weiter Bl. 189–196v ein von Uhden und Savigny unterzeichnetes Votum v. 3.12.1844, zahlreiche vorher erstellten Entwürfe und Gutachten; ferner Bl. 216 eine überarbeitete Fassung der Deklaration sowie die weitere Beratung im Staatsrat. Dieses auch in: Rep. 89, Nr. 17671, Bl. 41–73. Vgl. die Deklaration v. 10.7.1846, GS, S. 263.*

³ *Dazu das Votum Bodelschwinghs v. 16.9.1845 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 28 Bd. 3, Bl. 185–188. Dort auch Bl. 160–183v die vorherige Begutachtung durch den Staatsrat sowie Bl. 195–196 der Immediatbericht v. 16.10.1845. Vgl. das Gesetz für die Provinz Schlesien v. 31.10.1845, GS, S. 682.*

Fiskus wegen Leistung der Hand- und Spanndienste bei dem Bau und der Unterhaltung von Brücken.⁴ [B] — 4. Immediatgesuch⁵ des Fürsten Alexander zu Sayn-Wittgenstein um Revision der über seine Regierungsrechte in der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein und über die grund- und gutsherrlichen Abgaben ihrer Bewohner geltenden Verträge. Wahl von zwei Kommissarien, die mit dem Fürsten [...] in Unterhandlungen zu treten und gutachtlich darüber zu berichten haben. [B] — 5. Ausdehnung der Militärpflicht der Juden auf alle Landesteile. Den 12 Jahre gedienten jüdischen Unteroffizieren ist eine Anstellung auf Zivilämter ohne obrigkeitlichen Charakter nicht mehr zu versagen.⁶ [B] — 6. Gehaltssache. [B]

⁴ Der gesamte Vorgang seit der Klage v. 19.3.1844 bis zum abschließenden Immediatbericht v. 28.2.1847, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 47, n.f.

⁵ Das Gesuch v. 30.12.1844 in: Rep. 90, Nr. 95, n.f. Die Voten und ein Etatentwurf der Salarien-Kasse des Land- und Stadtgerichts Laasphe für die Jahre 1846 bis 1849 mit Gutachten, Voten auch in: Rep. 84a (M), Nr. 6775, Bl. 59–76v. Die Bestimmungen waren durch die Verträge v. 6.5.1828 und 28.10.1838 festgeschrieben worden, der erstere ebd., Bl. 31–49; vgl. weiter Sitzung am 21.4.1846, TOP 3.

⁶ Dazu das Votum des Ministers des Innern v. 15.9.1845 in: Rep. 84, II 2 I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 136–147v. Der Immediatbericht v. 8.11.1845 in: Rep. 90a, Y I Nr. 6 Bd. 1, n.f. Vgl. KO v. 31.12.1845, die allgemeine Militärpflicht der Juden betr., GS, 1846, S. 22 sowie das Gesetz über die Verhältnisse der Juden, v. 23.7.1847 (bes. § 2), GS, S. 263. Vgl. auch Fischer, Horst, Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik, Tübingen 1968, S. 151–171 sowie Brammer, Judenpolitik, S. 323–327. Unmittelbar zur Beratung dieses Themas im Staatsministerium seit dem Thronwechsel sowie mit Bezug auf die Sitzung vgl. Strenge, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918, S. 52–56; die hier in Anm. 111 irrtümlich für den 8.11.1845 erwähnte Sitzung gab es nicht, die Quellenbelege beziehen sich vielmehr auf den genannten Immediatbericht.

Nr. 330 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 1. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 105–126; MF-Suppl. 20/21.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Bodelschwingh, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Wedell.

Schlesischer Landtags-Abschied. Verlesung des Sitzungs-Protokolls vom 27. September und Fassungsänderungen zu zwei Bescheids-Entwürfen. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer 31 Denkschriften des Schlesischen Landtages. Spezialdiskussion u.a. zu dem ständischen Verlangen, ein Preßgesetz zu erlassen und Preßfreiheit zu bewilligen sowie legislativ gegen die Anonymität der Presse und um Aufhebung der Monopole und Privilegien der periodischen Presse vorzugehen. Die Stände sind eher hinhaltend zu bescheiden, auch weil es der Stellung Preußens angemessener sein wird, beim Deutschen Bunde nicht auf Einführung der Preßfreiheit, sondern auf strenge Handhabung der Bundes-Zensurgesetze hinzuwirken. Weiter zu verschiedenen Chaussee-Angelegenheiten; zum Deich- und Stromwesen; zu allgemeinen Gesetzesprojekten, zur Hebung [...] der schlesischen Leinen-Industrie, zur beantragten Erleichterung der unteren Stände in den Steuern durch Herabsetzung der Klassensteuer, was abzulehnen ist¹. Weiter zum Braunkohle-Bergbau in der Provinz Schlesien sowie zu verschiedenen Teilen der Gerichtsverfassung. Die Beratung des Sächsischen Landtags-Abschiedes soll am 6. Oktober stattfinden. [B]

¹ Vgl. dazu auch die Denkschrift Flottwells v. 1.12.1845 zu dieser ständischen Petition gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags des Herzogtums Schlesien, S. 216 f.

Nr. 331 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 6. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 2, Bl. 2–29; MF-Suppl. 21.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: G. v. Bonin, v. Wedell.

1. Schlesischer Landtags-Abschied: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 1. Oktober sowie des veränderten Bescheids über die Verpflichtung der Kommunen zur Bewachung der Inquisitoriams-Gefängnisse. [B] — 2. Sächsischer Landtags-Abschied. Beratung anhand von 26 vom Landtage eingereichten Denkschriften¹: Spezialdiskussion u.a. zum Kollaturrecht der Stände über den Halle-schen Universitäts-Freitisch-Fonds für das Herzogtum Magdeburg, zur Finanzierung und Verwaltung der Provinzial-Irren-Anstalt sowie zur Reduzierung der Taubstummen-Anstalten der Provinz. Weiterhin zu verschiedenen Schul- und kirchlichen Angelegenheiten, zur Hilfe für die bedrohte Waffen- und Eisenfabrikation im Amte Schleusingen, zu allgemeinen Verwaltungs- sowie zu ständischen Angelegenheiten. [B]

¹ *Sämtliche ständische Denkschriften und Petitionen gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, Magdeburg 1846, S. 18–113.*

Nr. 332 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Oktober 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 52, Bl. 195 [Prot. 38a]; MF 319. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 891, Bl. 59; Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

Einführung des Freiherrn von Canitz als Staats- und Kabinettsminister in das Staatsministerium.¹

¹ *Canitz hatte den kranken Bülow gemäß der KO v. 11.8.1845 mit Sitz und Stimme vertreten, vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 50. Vgl. auch Sitzung am 9.9.1845, TOP 2 sowie die KO v. 29.9.1845, GS, S. 599.*

Nr. 333 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 8. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 2, Bl. 30–51v; MF-Suppl. 21/22.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: G. v. Bonin, v. Wedell.

Sächsischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 6. Oktober sowie der nachgereichten Bescheids-Entwürfe¹, u.a. zur Finanzierung der Provinzial-Irren-Anstalt sowie der Taubstummen-Anstalten. Beratung von weiteren 37 ständischen Denkschriften, u.a. zur Beschränkung der Gemeinheitsteilungen hinsichtlich des Gemeinde-Vermögens; zu beantragten Modifikationen in der gesetzlichen Verpflichtung zur Armenpflege sowie hinsichtlich des Gesetzes² über die Aufnahme neu anziehender Personen, die abzulehnen sind. Weiterhin zu den ständischen Petitionen zur Wiesen-Kultur durch Berieselungs-Anlagen; zur Umzugszeit des Landgesindes sowie zur gewünschten Unterstützung der Industrie des Eichsfeldes. Mit dem Antrag³ zur Salzsteuer hat der Landtag die den Provinzialständen angewiesene Stellung und Wirksamkeit überschritten. Weitere Bescheids-Entwürfe zum Steuer- und zum Straßenwesen, zur Justizpflege sowie zur Petition über das gerichtliche und Disziplinarverfahren gegen Beamte, welches andere Stände doch heftiger angreifen, während die Sächsischen Stände dessen Weisheit und Gerechtigkeit dankbar anerkennen. Beratung des Pommerschen Landtags-Abschieds am 11. Oktober. [B]

¹ *Sämtliche Bescheids-Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 2, Bl. 56–135.*

² *Vom 31.12.1842, GS, 1843, S. 5.*

³ *Bestandteil der ständischen Denkschrift v. 22.3.1845 zu verschiedenen Bitten und Wünschen der Provinz in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen 1845, S. 89 f.*

Nr. 334 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 11. Oktober 1845.

Teilabschr.¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 2, Bl. 52–52v; MF-Suppl. 22.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: [O. v. Manteuffel].

Weitere Teilnehmer: W. v. Bonin.

Beratung des Pommerschen Landtags-Abschieds. Vorweg Vorlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 8. Oktober zum Sächsischen Landtags-Abschied². [B]

¹ *Das Original soll lt. Vermerk auf Bl. 52 in Rep. 77, Tit. 523c Nr. 28 sein, diese Akte wie auch die Beratung zum Pommerschen Landtags-Abschied ist jedoch nicht überliefert.*

² *Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 37 Bd. 2, Bl. 136–216v. Der Landtags-Abschied v. 27.12.1845 gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, S. 120–131.*

Nr. 335 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 20. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 81–100v; MF-Suppl. 22.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Eichmann, v. Schaper.

1. Pommerscher Landtags-Abschied. Beendigung der Beratung nach Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 14. Oktober sowie nachgereichter Bescheids-Entwürfe.¹ — **2. Rheinischer Landtags-Abschied.** Beginn der Beratung anhand der vom Landtag vorgelegten Denkschriften und Petitionen². Spezialdiskussion zur gewünschten Revision [...] der Militär-Kirchen-Ordnung³ sowie zu der Vermehrung der katholischen Militär-Geistlichen unter Berücksichtigung, daß die Einigkeit der verschiedenen Konfessionen in der Armee erhalten bleibt, man dabei auch auf Anstellung eines von den Bischöfen unabhängigen katholischen Feldpropstes Bedacht nimmt, aber allgemein bei der Revision nicht von paritätischen Grundsätzen ausgehen will. Weitere Petitionen z.B. zur Verbesserung der Truppenverpflegung, zum Postverkehr, zur beantragten Beschränkung des gewerblichen Verkehrs der Seehandlung⁴, zur Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen, zur Wiederbesetzung der katholischen Professur der Philosophie an der Universität in Bonn sowie zur Ausführung der päpstlichen Bulle⁵ de salute animarum vom Jahre 1821, wobei jene ständische Petition die Grenzen ihrer Kompetenz überschreitet. [B]

¹ Hierzu konnten in den vorliegenden Akten keine Protokolle nachgewiesen werden. Ein Vortrags-Verzeichnis für die Beratung der vom neunten Pommerschen Provinzial-Landtage [...] eingereichten Denkschriften, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 30 Bd. 3, Bl. 178–180v.

² Diese alle gedr. in: Der achte Rheinische Landtag 1845, Koblenz 1846, S. 24–302.

³ Vom 12.2.1832, GS, S. 69.

⁴ Dazu ein Gutachten des Oberpräsidenten Schaper v. 16.4.1845, ein Votum Rothers v. 3.6.1845 und andere Materialien, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 30 Bd. 3, Bl. 41–51.

⁵ Dieses Kirchenverfassungsgesetz mit der billigenden und sanktionierenden KO v. 23.8.1821, GS, S. 113. Die Petition dazu in: Der achte Rheinische Landtag, S. 147.

Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 196–206 [Teilprot. 39a–b]; MF 319.

Anwesend [U]: Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile [zu 1], Savigny, Bodelschwingh, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, A. W. Schulze [zu 2], Starke [zu 1].

1. Pensionssache. [B] — **2. Promemoria¹ des Ministeriums** des Innern über die Meinungs differenzen zum Entwurf eines Regulativs über die Befähigung zu den höheren Ämtern der Verwaltung: Modalitäten für die Staatsprüfungen und für die Zulassung sowie Ausbildung der Referendarien. [B]

¹ Die Denkschrift v. 16.9.1845 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 203, n.f. Das Regulativ v. 14.2.1846 in der bestätigenden KO v. 27.2.1846, GS, S. 199.

Nr. 337 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 22. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 101–127; MF-Suppl. 22/23.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Eichmann, v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 20. Oktober sowie der nachgereichten Bescheids-Entwürfe¹. Fortsetzungen der Beratung anhand weiterer 33 Denkschriften, u.a. zu provinziellen Einrichtungen sowie zum Medizinal- und Veterinärwesen in der Rheinprovinz. Spezialdiskussionen zur Pension der Mitglieder der französischen Ehrenlegion, die man trotz aller Billigkeitsgründe nicht gewähren will, sowie zur beantragten Aufhebung von Real-lasten [...] in den ehemals Nassauischen Landesteilen. Weiterhin zu Denkschriften über verschiedene ständische Rechte, über mehrere Verwaltungsangelegenheiten, zur Bewilligung von Volks-versammlungen zur Beratung von Kollektiv-Petitionen an die Stände, was abzulehnen ist, zu Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, zur beantragten Gewährung der Preßfreiheit, worauf ein nicht ablehnender, aber auch nicht direkt zusichernder Bescheid zu erteilen ist.² Abhaltung des Landtages künftig zu Koblenz und Düsseldorf in alternierender Abfolge. [B]

¹ *Alle Bescheids-Entwürfe für den Rheinischen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 170–280v.*

² *Eine Denkschrift Arnims v. 6.3.1845 zur Petition der Rheinischen Stände hinsichtlich der Veröffentlichung der Landtags-Berichte mit vielen Anlagen, in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 30 Bd. 3, Bl. 3–23.*

Nr. 338 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 27. Oktober 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 128–159; MF-Suppl. 23/24.

Anwesend: Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Voß, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Eichmann, v. Schaper.

Rheinischer Landtags-Abschied. Nach geringfügigen Änderungen Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 22. Oktober. Fortgesetzte Beratung anhand weiterer 45 Denkschriften. Spezialdiskussion zur beantragten Neuverteilung des Klassensteuer-Kontingents der Rheinprovinz auf die einzelnen Regierungsbezirke, die man bis auf etwaige weitere Anregung seitens der Stände vorerst auf sich beruhen lassen wird.¹ Weitere Petitionen, u.a. zur Aufnahme der Güterwechsel-Erklärungen durch Fortschreibungsbeamte und nicht durch die Bürgermeister; zur Förderung des Berg- und Hüttenwesens der Provinz, z.B. durch steuerliche Entlastungen, die zumeist abzulehnen sind. Außerdem zu weiteren allgemeinen und provinzspezifischen Gesetzesprojekten, wie zum Ausbau

¹ *Vgl. dazu Voten in: Rep. 90a, F III 3 Nr. Bd. 2, Bl. 141–153.*

des Straßennetzes, zur Justizverwaltung sowie zur beantragten Beförderung des Handels, der Schifffahrt und der Industrie, womit ein erneutes Mal die Grenzen der ständischen Kompetenz überschritten wurden. Darüber sind die Stände zu belehren. Die gewünschte Förderung ist abzulehnen; ebenso die beantragte Aufhebung der Disziplinalgesetze² gegen Beamte bzw. rheinische Anwälte und Advokaten. Die von Hansemann beantragte³ Sicherung der Unabhängigkeit des Richteramtes und der persönlichen Freiheit ist größtenteils abzulehnen und nur in dem Teil eventuell zu gewährleisten, wo über die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und der Beamten im Bezirke des Appellations-Gerichts-Hofes zu Köln die Rede ist. [B]

² Gesetze v. 29.3.1844, GS, S. 77 bzw. 90; die VO betr. die Ausübung der Disziplin über Advokaten und Anwälte im Bezirk des Appellations-Gerichts-Hofs zu Köln v. 7.6.1844, GS, S. 175.

³ David Hansemanns Anträge sowie die entsprechenden Ausschuß- bzw. Plenarberatungen gedr. in: Der achte Rheinische Landtag 1845, S. 302–329.

Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 52, Bl. 207–226 [Prot. 40a]; MF 319/320.

Anwesend: Boyen [V, U], Müffling, G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Grein, Schmückert [für Nagler].

Postwesen. Keine Ausdehnung des Verbots des Pferdewechsels [...] auf Frachtfuhr-Unternehmen.¹ — Entwurf² zu einem neuen Postgesetz für die preußische Monarchie: Grundsatzdiskussion zur Notwendigkeit und zum Zeitpunkt mit Rücksicht auf zu erwartende Wirkungen der Eisenbahnen sowie zu wesentlichen Änderungen im Postregal und Postzwang. Die weitere Beratung darüber wird vorläufig ausgesetzt. Spezialdiskussion zu den Abschnitten über Umfang des Postregals und Postzwangs sowie über die Versendung von Briefen, Geldern und anderen durch die Post.

¹ Vgl. dazu Rep. 84, II 2 P Nr. 14, n.f.

² Ebd. ein Entwurf von 1843 in: Rep. 84a (D), Nr. 3695, Bl. 165–266. Eine, auf die Beschwerde v. Rönnes v. 7.3.1846, daß er als Präsident des Handelsamtes nicht zur Beratung zugezogen worden war, ergangene KO v. 7.3.1846 an das Staatsministerium, um einige Hindernisse für v. Rönnes Wirksamkeit aus den Wege zu räumen, in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 5, Bl. 26v.

Nr. 340 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 1. November 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 1–23v; MF-Suppl. 24.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, v. Meding, v. Schaper.

1. Rheinischer Landtag-Abschied. *Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 27. Oktober sowie einiger umgearbeiteter Bescheids-Entwürfe.* — 2. Brandenburgischer Landtags-Abschied. *Spezialdiskussion zur Petition¹ wegen Ermäßigung der bislang zehnjährigen Besitzzeit für die Wahlfähigkeit zum städtischen Landtags-Abgeordneten auf fünf Jahre, die von den Oberpräsidenten Meding und Bötticher bekräftigt wird, aber zur Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der ständischen Verfassung abzulehnen ist.* — 3. *In den Westfälischen und Posenschen Landtags-Abschieden ist der geäußerte Wunsch abzulehnen, daß eine Wählbarkeit zum Stadtverordneten zugleich die zum städtischen Landtags-Abgeordneten ermöglicht. Weitere Bescheide an den Westfälischen Landtag zur Vorbereitung, Öffentlichkeit, Publizität und zum Abstimmungsverfahren der Landtagssitzungen, zur Bestätigung der Landtags-Abgeordneten-Wahlen sowie zur möglichen Wahl zweier Stellvertreter für jeden Abgeordneten der Landgemeinden.* — 4. *Preußischer Landtags-Abschied. Beratung anhand der von dem Landtage eingereichten Denkschriften², u.a. wegen Unterstützung hilfsbedürftiger Veteranen, wegen militärischer Dislokations-Veränderungen, wegen verschiedener Schul- und kirchlichen Angelegenheiten mit Spezialdiskussion zum Sprachenproblem in den Elementarschulen Pommerellens und der Bitte, den Religionsunterricht nicht ausschließlich in polnischer Sprache, sondern auch in kassubischer und in deutscher Sprache abzuhalten, was vor allem von der dortigen katholischen Geistlichkeit abgelehnt wird; vertagt.* [B]

¹ Die Petition v. 18.4.1845 gedr. in: *Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1846, S. 323–326.*

² *Sämtliche Denkschriften gedr. in: Neunter Provinzial-Landtag der Stände des Königreichs Preußen, Bd. 2, Danzig 1845, S. 1–211.*

Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 227–260v [Prot. 41a]; MF 320/321.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Müffling, G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Grein, Schmückert [für Nagler].

*Fortgesetzte Spezialdiskussion über den Entwurf zu einem Postgesetz: u.a. über die Zustellung und die Behandlung nicht zustellbarer Gegenstände; die Garantie und Haftbarkeit der Postbeamten; über das Porto; die Personenbeförderung. Die Beratung über die besonderen Rechte der Posten wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.*¹ [B]

¹ *Vgl. dazu allgemein Stephan, Geschichte der Preußischen Post, S. 667–679.*

Nr. 342 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 5. November 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 24–46; MF-Suppl. 24/25.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

1. Preußischer Landtags-Abschied. *Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 1. November nach Fassungsänderungen eines Bescheides an die Stände Westfalens. Nochmalige Spezialdiskussion zur Bescheidung der Preußischen Stände wegen Unterstützung der hilfsbedürftigen Veteranen¹ und unter Betonung des enormen Kostenaufwandes, aber auch des Strebens der Stände, sich durch Anträge wie diesen ohne Rücksicht auf ihre Ausführbarkeit eine Popularität zu erwerben. Das Sprachenproblem ist dahingehend zu bescheiden, daß der Religionsunterricht den Kindern litauischer und polnischer Herkunft nur so lange in ihrer Muttersprache erteilt wird, bis deren Kenntnis der deutschen Sprache ausreicht, um dem Religionsunterricht in dieser Sprache folgen zu können. Fortgesetzte Beratung zum Preußischen Landtags-Abschied anhand weiterer 17 Denkschriften, u.a. zu verschiedenen Aspekten der Gesetzgebung, zur Gerichtsverfassung sowie zu einer Revision der Ritterguts-Matrikeln. Spezialdiskussion zur Art der Bescheidung auf die wiederholt gewünschte Einführung einer allgemeinen ständischen Verfassung, die aber keinen Antrag darstellt und deshalb ganz mit Stillschweigen zu übergehen ist. Zugleich Belehrung des Posenschen Landtages, daß dessen Petition wegen Gewährung einer allgemeinen Staatsverfassung [...] das provinzialständische Petitionsrecht überschreite. Weiterhin Bescheidung der Preußischen Stände in verschiedenen ständischen Angelegenheiten; Spezialdiskussion zum erneut vorgetragenen Wunsch wegen vermehrter Vertretung der Städte und Landgemeinden auf den Kreistagen, dem man sich einerseits wohl nicht länger entziehen kann, andererseits es überhaupt bedenklich ist, das demokratische Element in der Verfassung zu verstärken. Deshalb ist den Ständen lediglich die genaue Erörterung dieses Gegenstandes allgemein in Aussicht zu stellen. [B] — **2. Posenscher Landtags-Abschied.** Fortgesetzte Beratung einiger Denkschriften zu verschiedenen ständischen Angelegenheiten, wobei die auch hier beantragte vermehrte Vertretung der Landgemeinden auf den Land- und Kreistagen abzulehnen ist. [B]*

¹ Vgl. dazu Rep. 90a, Y V 2e Nr. 1 Bd. 1, wo die Diskussion bis in die 60er/70er Jahre hinein nachvollziehbar ist. Vgl. auch Sitzung am 22.1.1863, TOP 1.

Nr. 343 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 8. November 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 47–62; MF-Suppl. 25.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: Bötticher.

Preußischer Landtags-Abschied. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 5. November sowie nachgereichter Bescheids-Entwürfe¹. Fortsetzung der Beratung anhand weiterer 29 Denkschriften des Preußischen Landtages zu allgemeinen und provinzspezifischen Gesetzesprojekten, u.a. zur

¹ Die Bescheids-Entwürfe für den Preußischen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 72–132.

Vorbereitung einer ländlichen Kommunal-Ordnung [...] für die Provinz; zur sehnlichst erwünschten Preßfreiheit, geregelt durch ein Preßgesetz, worauf ähnlich dem Schlesischen und dann auch dem Posenschen Landtags-Abschied ein nicht ablehnender, aber auch nicht direkt zusichernder Bescheid ergehen soll². Weiterhin auch zu verschiedenen Zöllen und Steuern und zum Übergang der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zur Klassensteuer, zur Eisenbahn von Berlin nach Königsberg. — Beratung der früher zurückgelegten Denkschriften des Schlesischen und des Posenschen Landtages zum Disziplinargesetz vom 29. März 1844. [B]

² Dazu der Entwurf einer Denkschrift von Bodelschwingh und Uhden in: Ebd., Bl. 166–171v. Diese und ein auf den Antrag der preußischen Stände am 11.5.1845 verfaßtes Gutachten des Oberpräsidenten, in: Rep. 84a (M), Nr. 7010, Bl. 53–71v.

Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 261–295 [Teilprot. 42a–c]; MF 321.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Müffling [zu 1, 3], G. v. Rochow, Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Grein [zu 3], Lischke [zu 2], Nobiling [zu 1], Schmückert [für Nagler zu 3].

1. Antrag¹ der sächsischen Stände sowie Gesetzentwurf wegen Ausdehnung der Bestimmungen über die an die Stelle der Naturaldienste getretenen Dienstgelder und anderer Leistungen [...] auf sämtliche ehemals westfälischen Landesteile der Provinz Sachsen mit Ausnahme der Altmark. [B] — 2. Entsprechend einer KO² anlässlich der Versammlung und Vereine der sogenannten Lichtfreunde wird erwogen, den Bundesbeschluß vom 5.7.1832 auch in den nicht zum deutschen Bund gehörigen Provinzen [...] Preußen und Posen zum Gesetz zu erheben. [B] — 3. Fortsetzung der Spezialdiskussion über den Entwurf zu einem Postgesetz: die besonderen Vorrechte der Posten; die Strafbestimmungen [...] bei Postkonventionen. Das Erscheinen eines neuen Porto-Tax-Regulativs ist in Aussicht gestellt. Zur Vermeidung von neuen Verzögerungen ist die Begutachtung des Gesetzentwurfs durch den Staatsrat zu beschleunigen. [B]

¹ Der Antrag v. 19.3.1845 gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, S. 66–69. Der Entwurf zur VO wegen Ausdehnung der am 23.7.1845 ergangenen VO zu den Dienstgeldern, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 4, Bl. 211–211v, dort auch Bl. 200–230 ein Votum des Hausministeriums v. 29.10.1846, Korrespondenzen zwischen Boyen und Stolberg, der Immediatbericht v. 1.12.1845 mit dem überarbeiteten Gesetzentwurf sowie die bewilligende KO v. 11.12.1845. Vgl. auch VO v. 11.12.1845, GS, S. 832.

² Die KO v. 5.8.1845 in: Rep. 77, Tit. 416 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 269–270v. Dort auch Bl. 264–265 und 272–275v Mitschriften über Besprechungen der Oberpräsidenten v. 2. und 10.8.1845 sowie weiteres Material. Zur Politik Friedrich Wilhelms IV. gegenüber den „Lichtfreunden“ vgl. Barclay, Anarchie und guter Wille, S. 144–148 mit weiterer Literatur sowie Brederlow, „Lichtfreunde“, S. 26–81. Zum Vorgehen der Regierung vgl. weiter Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz, S. 224–237. Der Bundesbeschluß enthielt die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe in Deutschland, vgl. GS, 1832, S. 216. Der Entwurf einer VO für Preußen und Posen, Voten sowie der Immediatbericht v. 25.11.1845, in: Rep. 90, Tit. XLIV A Nr. 2, Bl. 21–47; die VO v. 5.12.1845, GS, S. 831.

Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1845.

Vollz. Reinschr., Bd. 52, Bl. 296–323 [Prot. 43a]; MF 321/322.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher, Mellin, A. v. Pommer-Esche, v. Rönne.

Erneute¹ Beratung über den zu wählenden Streckenverlauf für die Eisenbahn zwischen Berlin und Königsberg: Entscheidung für die Linie von Berlin über Küstrin, Landsberg, Schneidemühl, Bromberg usw. nach Dirschau. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen mit den Vereinigten ständischen Ausschüssen Grundsatzdiskussion über den Anschluß der Bahn nach Rußland oder Polen. Finanzierungsfragen. [B]

¹ *Vgl. mit Bezug auf das Protokoll Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 5, S. 497.*

Nr. 346 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 324–355 [Teilprot. 44a–e]; MF 322/323.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–2, 4–5], Boyen [V, 1, 3–4 U], G. v. Rochow, Eichhorn, Thile [beide zu 1–2, 4–5; U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [zu 1, 3–4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 1], v. Duesberg, Kalisky [zu 1], Schede [zu 5], A. W. Schulze [zu 4], Zettwach [zu 1].

1. Fortführung des Zivilbeamten-Pensions-Fonds [...] unter Verwaltung des Finanz-Ministeriums zur gemeinsamen Benutzung der verschiedenen Zentralverwaltungen.¹ [B] — **2. Lehnsrecht. Spezialdiskussion über die abweichenden Ansichten² des Provinzial-Landtages [...]** der Mark Brandenburg zum Entwurf einer Verordnung über die Erleichterung gewisser Dispositionen über kurmärkische Lehen; speziell zur Rechtsverbindlichkeit sowie zu Kriterien für eine Auswahl unter mehreren gleich nahe berechtigten Anwärtern und Sukzessionsberechtigten. [B] — **3. Gerichtsgebühren. Äußerungen³ der Provinzialstände, außer der Provinz Posen, zum Gesetzentwurf** über den Ansatz von Stempeln und Gerichtskosten in Vormundschaften [...] über minderjährige und geistes-

¹ *Vgl. dazu die KO v. 5.7.1846 über die weitere Verfahrensweise hinsichtlich der kgl. Genehmigung, in: Rep. 90, Nr. 504, n.f.*

² *Das Gutachten des Landtags-Kommissarius v. 30.5.1845 in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 14 Fasc. 7, Bl. 137–144v. Dort auch Bl. 106–178v mehrere Fassungen seit der Sitzung am 6.5.1844 sowie die ablehnende KO v. 12.7.1844 mit erneuter Vorlage an die Stände, Voten und ein Entwurf zum Bescheid für die Brandenburgischen Stände zum Märkische Provinzialrecht. Der Immediatbericht v. 24.12.1845 in: Rep. 90, Nr. 1571, n.f. und Nr. 1580, n.f. sowie in Rep. 80, I Justiz Nr. 212, Bl. 2–3v; dort und in Adhib. 212a die weitere Beratung im Staatsrat. Ein wohl von Savigny überarbeiteter Gesetzentwurf in: Rep. 84, II 5 M Nr. 4 Bd. 14 Fasc. 7, Bl. 183–185, dort weiter Bl. 190–205 dazu ein Vortrag von Alvensleben im Staatsrat v. 29.4.1846 sowie das Votum des Korreferenten Rochow v. 2.7.1846. Vgl. weiter das Gesetz v. 15.5.1852, GS, S. 290.*

³ *Zusammengefaßt im Votum Uhdens v. 16.7.1845 in: Rep. 100, Nr. 289, n.f., dort auch die einzelnen Landtags-Propositionen. Der Gesetzentwurf sowie mehrere Gutachten in: Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 1, n.f. Vgl. das Gesetz v. 23.12.1846, GS, 1847, S. 3.*

krankte Personen, *Spezialdiskussion*. [B] — **4. Disziplinar- und Pensionssache mit Grundsatzdiskussion über unfreiwillige Entlassungen und Pensionsansprüche der provisorisch angestellten Bürgermeister in der Rheinprovinz.** [B] — **5. Erbpacht. Spezialdiskussion zu den Gutachten der Provinzialstände über den Gesetzentwurf⁴ über die Erbverpachtung von Grundstücken, welche unter Lehns- oder Fideikommiß-Verband stehen.** [B]

⁴ *Rep. 80, I Justiz Nr. 211, Bl. 15–18, ferner Bl. 2–14v der Immediatbericht v. 24.12.1845. Zu den Gutachten der Stände vgl. Rep. 90, Nr. 1571, n.f. In Rep. 80, I Justiz Nr. 211a die weitere Beratung im Staatsrat bis 1848.*

Nr. 347 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 25. November 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 2, Bl. 120–124; MF-Suppl. 19.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

1. Landtags-Abschiede an die Posenschen¹, die Brandenburgischen² und die Westfälischen³ Stände. *Im ersteren Landtags-Abschied sind die Anträge⁴ auf Gewährung einer Staatsverfassung sowie auf Gestattung der Wiederholung zurückgewiesener Petitionen auch ohne neue Veranlassung abzulehnen. Dabei ordnet Friedrich Wilhelm IV. eine Zurechtweisung der Stände wegen jenes ungebührlichen Antrages an, obwohl Bodelschwingh das Bestreben verteidigt, keine Empfindlichkeiten [...] in den Landtags-Abschieden zu zeigen. Fassungsänderungen an den abschlägigen Bescheiden wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache in Geschäftssachen [...], wegen Herstellung der früheren Grenzen des Großherzogtums Posen sowie wegen Nichtanwendung der Disziplinargesetze vom 29. März 1844 auf den Richterstand. — Keine Einwände zum Brandenburgischen [...] Landtags-Abschied. — 2. Im Westfälischen [...] Landtags-Abschied ist dem Wunsch auf Nutzung des Schlosses zu Münster [...] für die folgenden Provinzial-Landtage nach einem Einspruch von Bodelschwingh doch zu entsprechen. Fassungsänderungen; vertagt.* [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 523e Nr. 28 Bd. 2, Bl. 208–282. Der Landtags-Abschied v. 27.12.1845 gedr. in: Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, S. 25–50.*

² *Die Beratung zum Brandenburgischen Landtags-Abschied 1845 ist in den vorliegenden Akten nicht überliefert, derselbe v. 27.12.1845 gedr. in: Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, nach S. 343.*

³ *Der Entwurf zum Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2, Bl. 259–372; der Abschied v. 27.12.1845 gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Provinz Westfalen 1845, S. 201–222.*

⁴ *Beide Anträge v. 12. bzw. 10.3.1845 gedr. in: Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, S. 116f. bzw. 118f.*

Nr. 348 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 27. November 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 131–138; MF-Suppl. 21.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Boyen, Mühler, Rother, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

1. Fortgesetzte Beratung des Westfälischen Landtags-Abschiedes bei Fassungsänderungen für einige Bescheids-Entwürfe, wobei die Stände auf die von ihnen beantragte Vorlegung einer Zusammenstellung der Staatseinnahmen und Ausgaben [...] lediglich auf ihre Inkompetenz zu dieser Forderung hinzuweisen sind. — **2.** Einzelne Bescheids-Entwürfe für den Schlesischen Landtags-Abschied¹. Nach königlicher Intervention erfolgt nun eine allgemeine Ablehnung auf das gewünschte ständische Mitspracherecht bei organischen Bestimmungen, die von künftigen General-Synoden verabschiedet werden, und dessen Berücksichtigung nur bei diesbezüglichen Anordnungen über öffentliche Steuerverhältnisse. Weitere Fassungsänderungen für die Bescheide zur beantragten Beschleunigung der Gesetzrevision und Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in Strafsachen² sowie zur Verminderung der gerichtlichen Eide. — **3.** Im Pommerschen Landtags-Abschied erfolgt eine Fassungsänderung zum Bescheid wegen Ausschließung der Ziekurschen Eheleute vom heiligen Abendmahle.³ Beratung des Sächsischen, des Rheinischen und des Preußischen Landtags-Abschiedes am 2. Dezember.

¹ Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2, Bl. 232–316. Der Schlesische Landtags-Abschied v. 27.12.1845 gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages 1845, S. 199–215.

² Ein Entwurf in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 2, Bl. 240a–240av.

³ Voten und eine Denkschrift Eichhorns v. 22.8.1845 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 170, n.f. Näheres dazu im Antrag der Stände v. 15.3.1845 sowie dem Schreiben Eichhorns an das Konsistorium in Stettin v. 14.12.1842, gedr. in: Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages Pommern 1845, S. 58–61 und 100 f.

Nr. 349 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 2. Dezember 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 162–168v; MF-Suppl. 24.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

1. Bescheide auf die einzelnen Denkschriften¹ des Sächsischen Landtages mit nochmaliger Beratung, u.a. zum Wechselrecht, dessen Gleichstellung [...] in den sämtlichen Bundesstaaten durch Preußen angestrebt wird. — **2.** Bescheide auf die einzelnen Denkschriften des Rheinischen Landtages. Nochmalige Diskussion u.a. zur Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen, wobei Eichhorn wiederholt wegen der jetzt bei der über konfessionelle Fragen bestehenden Aufregung für eine behutsame Regelung plädiert. Auf die Petition um Schutz für die Landwirtschaft ist des Königs Mißfallen darüber einzufügen, da die Landwirtschaft in der Provinz sich in einem blühenden Zustande befindet.² Zur Bescheidung wegen der Rechtspflege im ostrheinischen Teile

¹ Sämtliche Denkschriften gedr. in: Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, S. 18–113.

² Vgl. auch die Denkschrift von Bodelschwingh und Flottwell v. Dezember 1845 gedr. in: Der achte Rheinische Landtag 1845, S. 365–369.

des Regierungsbezirks Koblenz *verlangt der König den Zusatz, daß es keineswegs seine Absicht ist, in irgendeinem Landesteile, in welchem bisher deutsches Recht gegolten, französisches Recht einzuführen. Vertagung eines umgearbeiteten Bescheides für den Schlesischen Landtags-Abschied.* [B]

Nr. 350 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 4. Dezember 1845.

Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 63–69; MF-Suppl. 25.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, G. v. Rochow, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Voß, Boyen, Mühler, Eichhorn, Savigny, Flottwell, Uhden, Canitz. — Prot.: O. v. Manteuffel [beglaubigt, U].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

1. Rheinischer Landtags-Abschied¹. *Der Bescheid wegen Unabhängigkeit des Richteramtes und der persönlichen Freiheit wird durch den König genehmigt. — 2. Preußischer Landtags-Abschied*². *Nach der Intention Friedrich Wilhelms IV. sind die Stände darüber zurechtzuweisen, daß sie nicht das Organ sind, von dem Anträge auf Einführung einer Presbyterial-Verfassung ausgehen könnten. Wegen vielfacher Bedenken erneute Erörterung der gewünschten vermehrten Vertretung der Städte und der Landgemeinden auf den Kreistagen. Nach Abwägen aller Gründe und Gegengründe stellt Friedrich Wilhelm IV. abschließend fest, daß man für die Provinz Preußen keine generelle Lösung, sondern eher nur Einzelentscheidungen beabsichtigt. Ebenfalls entsprechend seinem Willen soll den Preußischen Stände nun doch über die von ihnen erbetene Einführung einer allgemeinen ständischen Verfassung geantwortet werden.*

¹ *Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 34 Bd. 2, Bl. 281–344. Der Landtags-Abschied v. 27.12.1845 gedr. in: Der achte Rheinische Landtag 1845, S. 343–364.*

² *Zwei Entwürfe zum Preußischen Landtags-Abschied in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 34 Bd. 3, Bl. 134–165 und 172–205.*

Nr. 351 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1845.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen, Bd. 52, Bl. 356–381v [Teilprot. 45a–d]; MF 323. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 6, S. 1257–1260.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 2 und 4], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 2 und 4; U], Flottwell [U], Uhden [zu 2; U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 4], v. Duesberg, Lette [zu 3; U], Philipsborn [zu 1], Zettwach [zu 2].

1. Sowohl Militär- als auch Zivilpersonen müssen um die allerhöchste Erlaubnis zur Annahme der ihnen von fremden Souveräns verliehenen Orden [...] selbst nachsuchen. [B] — **2. Gesetzentwurf**¹

¹ *Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 6, S. 1217–1231. Vgl. auch das Gesetz v. 24.5.1854, GS, S. 193.*

über die aus der unehelichen Geschlechtsgemeinschaft entspringenden Rechte und Verbindlichkeiten. Zweck des neuen Gesetzes ist es, die Ansprüche der Geschwängerten und der unehelichen Kinder von der übermäßigen Ausdehnung zu befreien, welche dieselben in dem Allgemeinen Landrecht erhalten haben. [B] — 3. Gemeinheitsteilungen und Ablösungen. Nachdem die vereinigten Staatsrats-Abteilungen für die inneren und die geistlichen Angelegenheiten das Bedürfnis nach einer Verordnung wegen Aufbringung der bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen [...] auf Kirchen, Pfarren, Schulen und Küstereien fallenden Kosten bezweifelt² und den Entwurf [...] an die Verwaltung zurückgegeben hatten, verbleibt das Staatsministerium bei seiner Position und verweist den Entwurf trotz dieser Meinungsverschiedenheit nunmehr an die Plenarberatung des Staatsrats. [B] — 4. Der Wunsch³ der ständischen Immediat-Kommission nach Vorbereitung einer speziellen Verordnung über das Verfahren bei den Landratswahlen wird – dem Votum Arnims folgend – abgewiesen, da eine analoge Verfahrensweise wie bei den ständischen Wahlen die Einführung der absoluten Stimmenmehrheit erfordern, dies aber die verfassungsmäßige Befugnis der Rittergutsbesitzer beschneiden würde, bei Abwesenheit in den Wahlversammlungen auch Stimmzettel einzuschicken. Auch zur Vermeidung von Diskussionen über die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts soll die Angelegenheit für jetzt auf sich beruhen bleiben um abzuwarten, ob etwaige Petitionen künftiger Provinzial-Landtage darauf zurückkommen. [B]

² Das Protokoll der Staatsrats-Abteilungen v. 15.5.1845 als Anlage zum Votum Bodelschwings v. 22.11.1845, in: Rep. 80, I Inneres Nr. 89a, Bl. 33. Ebd. wie auch in Nr. 89, Bl. 100 die weitere Behandlung im Staatsrat, der das Bedürfnis eines Gesetzes sowie die Zweckmäßigkeit der Maßregel des Entwurfs, wie es vom Staatsministerium hier am 9.12.1845 beschlossen worden war, bezweifelte und dem König am 11.7.1846 in einem Gutachten empfahl, das vorliegende Gesetz nicht zu erlassen, Bl. 109. Dem schloß sich der König in einer KO am 7.8.1846 an, vgl. Bl. 111.

³ Vgl. den Protokollauszug der ständischen Immediat-Kommission v. 30.5.1842, als Anhang zu Arnims Votum v. 18.3.1843 enthalten, in: Rep. 90, Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1, Bl. 195–220. Arnim war dort ausführlich auf die bisherige Verfahrensweise eingegangen und hatte sich gegen ein besonderes Reglement für Landratswahlen ausgesprochen. Dort Bl. 221–230 Voten, Bl. 237–244 der Immediatbericht v. 4.2.1846, und Bl. 246 eine dem Vorschlag des Staatsministeriums folgende KO v. 13.2.1846, daß, um die Personalunion von Wahlvorsitzendem und gleichzeitigem Bewerber für die Position eines Kreisdeputierten zu vermeiden, künftig ein von der Regierung ernannter Kommissarius den Vorsitz führen soll.

Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 382–387 [Teilprot. 46a–c]; MF 323.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [zu 1; U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [zu 1; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Schröner [zu 1; U], A. W. Schulze [zu 3].

1. Eine gesetzliche Beschränkung der Juden beim Gewerbebetrieb der Schank- und Gastwirtschaften wie des Kleinhandels mit Getränken [...] würde dem Wortlaut der Bundesakte entgegenstehen. Ersatzweise ministerielle Instruktion¹ an die betreffenden Regierungen, [...] bei Erteilung der Konzessionen jeweils mit besonderer Vorsicht zu verfahren. [B] — 2. Weber-Unruhen. Statutenentwurf² zur Reorganisation der Gemeinde- und Polizeiverwaltung zu Langenbielau, um die

¹ Der Ministerial-Erlass vom 31.1.1846 an den Oberpräsidenten Bötticher in: XX. HA, Rep. 2, II Nr. 2133, Bl. 97–102v.

² Der Statutenentwurf, der Immediatbericht v. 4.1.1846 sowie die bestätigende KO v. 16.1.1846, in: Rep. 90, Tit. XVII Polen und Schlesien Nr. 6, n.f. Ein Immediatbericht Bodelschwings v. 24.7.1844 über die polizeilichen Zustände in: Rep. 89, Nr. 15132, Bl. 103–105v; dort weiter Bl. 124–124v ein gemeinsamer Untersuchungsbericht von Arnim und Uhden v. 11.12.1844. Das Statut gedr. in: Amts-Blatt der kgl. Regierung zu Breslau für das Jahr 1846, S. 97–107.

großen Mängel, *die sich besonders grell mit den daselbst im vorigen Jahr stattgefundenen Exzessen herausgestellt haben, zu beseitigen.* [B] — **3. Standesherrn.** Eingabe³ des Fürsten zu Wied wegen seiner Befugnis zur Erteilung der Konzessionen zu Mühlen-Anlagen an nicht schiffbaren Flüssen. Ähnliche Zugeständnisse an den Fürsten zu Solms-Braunfels, *jedoch nicht an den Fürsten zu Solms-Lich.* [B]

³ Die Eingabe v. 31.7.1844 in: Rep. 90, Nr. 34, Bl. 80–81v. Dort weiter Bl. 82–112v Voten, der Immediatbericht v. 1.2.1846. Mehrere Anlagen in: Rep. 84, II 2 W Nr. 27, Bl. 45–47v und weiter n.f. Zum Haus Solms-Braunfels vgl. Rep. 90, Nr. 93, Bl. 3–13v. Ein Erlaß vom 23.12.1846 über die allgemeinen Rechte der Fürsten zu Wied und zu Solms Braunfels in: Rep. 90, Nr. 53 und Nr. 93, Bl. 24–25. Vgl. dazu – auch mit Bezug auf die Beratung im Staatsministerium – Schier, Standesherrn, S. 66f.

Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1845.

Vollz. Reinschriften, Bd. 52, Bl. 388–408 [Teilprot. 47a–f]; MF 323/324. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3680, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1–2, 4], Rother [U], G. v. Rochow [zu 1, 4], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhdn [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Günther [zu 5–6], Jacobi [zu 2], Sibeth [zu 5–6; U], Zettwach [zu 1, 4].

1. Rechtsvereinheitlichung bei der Frage der ehelichen Gütergemeinschaft. Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs¹ über die beabsichtigte Verschmelzung der verschiedenen in der Provinz Westfalen hinsichtlich des ehelichen Güterrechts bestehenden Rechtsnormen zu einem System. [B] — **2.** Entschädigung für den durch Aufhebung des Mahlzwangs erlittenen Verlust *in der Erbsache der verstorbenen Erbpachts-Müller Freytagschen Eheleute zu Neumühl [...] in Ostpreußen.*² [B] — **3.** *Von einer allgemeinen Verordnung wegen Verhinderung der Konkubinate ist ganz abzusehen, um in Beziehung auf die Rheinprovinz [...] eine ständische Diskussion über diesen Gegenstand zu vermeiden.*³ [B] — **4.** *Dem früher⁴ gefaßten Beschluß hinsichtlich der Einführung der Staatsanwaltschaft und wegen des, dem Staate beizulegenden Rechtsmittels steht Uhdens Forderung entgegen, daß die Kriminalpolizei möglichst dem Staatsanwalt zu unterstellen und diesem die Kontrolle über die Tätigkeit der Polizeibehörden zu übertragen ist.*⁵ *Wegen Ablehnung dieser Forderung*

¹ Gutachten, Denkschriften, Voten und Grundzüge für ein Gesetz, alles vom Sommer 1846, in: Rep. 84, II 5 W Nr. 3 Bd. 6 Fasc. 2; die fortgesetzte Gesetzesberatung bis Februar 1848, in: Ebd. Fasc. 3.

² Die seit 1825 schwebende Angelegenheit – vgl. Sitzung am 24.8.1825 TOP 5 – sehr ausführlich in: Rep. 90a, I 1 2 Nr. 6 Bd. 4, n.f. Dort auch mehrere Voten von 1845 sowie die Anfrage von Oberpräsident Bötticher wegen bestehender Zweifel v. 23.12.1845.

³ Die im Protokoll auf Bl. 392 erwähnte erste Beratung vom 10.7.1845 ließ sich nicht nachweisen.

⁴ Vgl. Sitzung am 26.3.1844, TOP 2.

⁵ Zu Uhdens Vorstellungen vgl. dessen ausführliches Votum vom Juli 1845 in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 2, Bl. 244–266v. Dort auch die Konferenz-Protokolle des Ministeriums für die Gesetz-Revision von 1845 sowie dort entwickelte Grundzüge zu einer VO wegen Einführung des Staatsanwalts und der in Kriminal-Untersuchungen einzuführenden Rechtsmittel der Appellation und Nichtigkeitsbeschwerde, letzteres Bl. 332–335v.

möchte Uhden [...] die Sache für jetzt ganz ruhen lassen und der Revision der Kriminal-Ordnung vorbehalten.⁶ [B] — **5.–6. Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.** [B]

⁶ Der Forderung Uhdens, der an den Beratungen 1843/44 zur Einführung der Staatsanwaltschaft noch nicht teilgenommen hatte, schloß sich nur Savigny an, vgl. dessen Votum v. 17.12.1845 wegen Einführung des Instituts der Staatsanwaltschaft, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 2, Bl. 314–315; dort auch Bl. 194/1–194/27v weiteres Material, wie Denkschriften, Voten sowie eine Übersicht des Inhalts der gutachtlichen Berichte über den Vorschlag, in Untersuchungsachen dem Staate allgemein ein Rechtsmittel der Aggravation zu geben und das Institut der Staatsanwaltschaft einzuführen, vermutlich vom Dezember 1844. Savignys Votum gedruckt bei Otto, Die preußische Staatsanwaltschaft, S. 36–39, dort auch Bezug auf die Sitzung. Ebd. das gemeinsame Promemoria von Savigny und Uhden v. 23.3.1846, S. 40–52. Vgl. weiter mit Bezug auf die Sitzung Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 581 f. mit Anm. 6. Einen Gesetzentwurf wegen Einführung der Staatsanwaltschaft und der in Kriminal-Untersuchungen einzuführenden Rechtsmittel der Appellation und Nichtigkeitsbeschwerde sowie eine Zusammenstellung, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 4, n.f. sowie Rep. 100, Nr. 289, n.f. Die KO v. 3.5.1847 setzte die Beratung über die allgemeine Einführung der Staatsanwaltschaft in Kriminal-Untersuchungen so lange aus, bis die weitere Ausdehnung des vorläufig auf Berlin beschränkten Kriminal-Prozedur-Gesetzes vom 17.7.1846 in nähere Erwägung gezogen wird, in: Rep. 84, II 2 O Nr. 14 Bd. 4, n.f., ebenfalls gedruckt bei Otto, Die preußische Staatsanwaltschaft, S. 58 f.

Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 1–8v [Teilprot. 1a–h]; MF 324. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [zu 1–6, 8; U], Savigny [U], Bodelschwingh [zu 1–6, 8; U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 3], Ernst [zu 4; U], Günther, v. Kitzing [beide zu 5], Koch [zu 1; U], L. Meyer [zu 3], v. Rohr [zu 8], v. Schleinitz [zu 2–3; 2 U], Starke [zu 6–7; 7 U], v. Stein-Kochberg [zu 6; U].

1.–2. Zwei Pensionssachen. [B] — **3. Reklamationssache.** [B] — **4. Pensionssache.** [B] — **5. Gehaltssache.** [B] — **6. Reklamationssache.** [B] — **7.–8. Zwei Pensionssachen.** [B]

Nr. 355 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 9–18 [Teilprot. 2a–e]; MF 324. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [zu 3], Savigny [U], Bodelschwingh [zu 3], Flottwell [U], Uhden [zu 3; 2–4 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 4–5], v. Duesberg [zu 3], v. Kitzing [zu 1–2], v. Könen [zu 2], Wenzel [zu 4], Zettwach [zu 3].

1.–2. Zwei Pensionssachen. [B] — **3. Keine Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzes über den Personalarrest in Zivilsachen. Ausnahmen bei der Zulässigkeit der Schuldhaft gegen pensionierte oder auf Wartegeld stehende Militärpersonen und Zivilbeamte.** [B] — **4. Gehaltssache.** [B] — **5. Pensionssache.** [B]

Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 19–27 [Teilprot. 3a–d]; MF 324/325.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow, Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz¹ [zu 2–4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3], v. Duesberg, Kisker [zu 4], Ruppenthal [zu 1], A. W. Schulze [zu 3], Sibeth [zu 2; U], Wenzel [zu 2].

1. Die Rheinischen Stände wünschen eine Vervollständigung der Verordnung vom 18.2.1842 hinsichtlich des Verfahrens in Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults und die dabei anzuwendenden Strafen.² [B] — **2.** Pensionssache. [B] — **3.** Disziplinarsache. [B] — **4.** Zwangsversteigerung. Gesetzentwurf³ zur Abänderung der bestehenden Vorschrift für das notwendige Subhastationsverfahren, wonach der Subhastationstermin den ganzen Tag bis 6 Uhr abends dauern soll. [B]

¹ Bei TOP 4 abgereist vor der Abstimmung (Vermerk mit Bleistift auf Bl. 24).

² Der Entwurf einer VO, Voten und der Immediatbericht v. 17.3.1846 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 5, Bl. 39–55. Die VO v. 18.2.1842, GS, S. 86, die ändernde VO v. 6.4.1846, GS, S. 156.

³ Rep. 90a, XV 3 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

Nr. 357 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 28–50 [Teilprot. 4a–c]; MF 325.

Anwesend: Mühler [zu 2–3; U], Rother [zu 1–2; 1–3 U], Eichhorn [zu 2; 2–3 U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?]

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Ernst [zu 1; U], v. Mörner [zu 3], Zettwach [zu 2].

1. Disziplinarsache. [B] — **2.** Kirchen- und Schulbausachen. Entwurf¹ einer Verordnung zur Beitragspflicht zur Unterhaltung von Kirchen, Pfarr- und Schulgebäuden im Markgrafentum Oberlausitz: Die damit eintretende Verschiedenheit der Gesetzgebung bringt keinen Nachteil [...], da die Oberlausitz einen in sich völlig abgeschlossenen Landesteil bildet, so daß den von dem Oberlausitzschen Kommunal-Landtag ausgegangenen Vorschlägen, was das Prinzip des Entwurfs betrifft, zugestimmt werden kann. Fassungsänderungen. [B] — **3.** Landschaften. Zur Umschreibung schlesischer [...] landschaftlicher [...] Pfandbriefe, die einer regelmäßigen Amortisation unterliegen, in gewöhnliche Hypotheken ist eine Genehmigung der hinter den Pfandbriefen eingetragenen Gläubiger nicht erforderlich. Dieser Rechtsgrundsatz kann aber nicht als eine allgemeine gesetzliche Deklaration für alle landschaftlichen Kredit-Systeme festgestellt werden, so daß in Betreff des Posenschen und des königlichen Kredit-Instituts für Schlesien [...] die Einwilligung der postlozirten Gläubiger erforderlich ist.² [B]

¹ Die Fassung v. 30.6.1845 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 122 Bd. 2, Bl. 36–39v, dort auch die Vorschläge des Kommunal-Landtages von 1844, Bl. 40–42v. Vgl. das Gesetz v. 11.4.1846, GS, S. 164.

² Dazu ein Votum Uhdens v. 17.11.1845 in: Rep. 84a (M), Nr. 7569, Bl. 43–48v.

Nr. 358 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Februar 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 53, Bl. 51–99v [Prot. 5a]; MF 325/326. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, D III 3 Nr 1 Bd. 1, Bl. 227–275v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling, G. v. Rochow, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Lamprecht, v. Rönne, Seydel.

Antrag¹ *Rothers* auf Verstärkung des Betriebsfonds der Königlichen Bank durch Ausgabe von Banknoten [...] bis zu einem Betrag von 10 Millionen Thalern. *Erhobene Bedenken beziehen sich vor allem* auf das Staatsschuldengesetz vom 17. Januar 1820, auf das Verhältnis der zu emittierenden Banknoten zu den bereits umlaufenden Kassenanweisungen sowie auf den Mangel eines [...] Stammkapitals der Königlichen Bank, *weshalb* aus politischen und finanziellen Gesichtspunkten [...] die *sofortige* Errichtung einer auf Aktien gegründeten Landesbank *geeigneter wäre*. *Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten und ablehnenden Ansichten, u.a. beim Prinzen von Preußen, entschied sich dennoch* die überwiegende Mehrheit *für den Antrag, auch um* die Selbstständigkeit der Monarchie *wegen* der immer mehr anwachsenden Geldmacht *nicht zu gefährden*. *Die Zustimmung erfolgt jedoch nur unter den Bedingungen, daß* die Königliche Bank zuvor in Stand gesetzt werden *muß*, den Status ihres Vermögens ohne Defizit zu veröffentlichen *und* zugleich mit der *königlichen* Genehmigung der Befehl erteilt *wird*, alsbald einen Plan zur Erweiterung der Königlichen Bank durch Beteiligung von Privatpersonen und Privatkapital sowohl in Berlin als in den Provinzen *beim König vorzulegen*.² [B]

¹ *Rothers gedruckte Denkschrift über die Verstärkung der Betriebsfonds der Königlichen Bank durch Ausgabe von Banknoten v. 14.11.1845, in: Rep. 92, NL v. Rother Nr. E h, n.f. sowie in Rep. 90a, D III 3 Nr. 1 Bd. 1. Dort weitere Gutachten, u.a. des Präsidenten des Handelsamtes v. Rönne, Voten, Flottwells Bemerkungen zu der Denkschrift v. 30.11.1845 sowie die Protokolle des Handelsrates v. Dezember 1845, Bl. 41–124v und 202–226v. Zu den damaligen Verhältnissen der Königlichen Bank, den weiterführenden Überlegungen *Rothers*, zur Meinung einzelner Minister sowie zur bewilligenden KO v. 11.4.1846 (Abdruck) vgl. Poschinger, Heinrich v., *Bankwesen und Bankpolitik in Preußen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet*, 3 Bde., Berlin 1878, Bd. 1, S. 224–233, die KO auch in GS, 1846, S. 153. Zum Bargeldmangel Mitte der 40er Jahre vgl. auch allgemein Radtke, Wolfgang, *Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung*, Berlin 1981, S. 276–340. Mit Bezug auf die Sitzung *Varnhagen v. Ense*, Bd. 3, S. 306 f.*

² *Der Immediatbericht v. 15.3.1846 in: Rep. 90a, D III 3 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 280–298. Vgl. KO v. 11.4.1846, GS, S. 153.*

Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 100–103 [Teilprot. 6a–b]; MF 326. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Müffling, G. v. Rochow [zu 1], Boyen [V, U], Mühler, Rother [beide zu 1; U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [zu 1; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 1], v. Duesberg, A. W. Schulze [zu 2], Wentzel [zu 1].

1. *Gehaltssache*. [B] — 2. *Gebühren*. Erklärungen¹ der Provinzialstände über den ihnen vorgelegten Entwurf einer Verordnung wegen Aufhebung des Sportulierens der unteren Verwaltungsbehörden. [B]

¹ Eine Zusammenstellung mit neuem Entwurf in: *Rep. 80, I Inneres Nr. 96, Bl. 19v–22; ebd., Bl. 2–15v die Immediatberichte v. 11.1.1845/31.3.1846, eine Denkschrift sowie das Votum Bodelschwings v. 24.12.1845.*

Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 107–119v [Teilprot. 7a–c]; MF 326/327. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Boyen [V, 1 und 3 U], G. v. Rochow [zu 2–3], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Günther [zu 1], v. Kitzing [zu 2; U], v. Lauer-Münchhofen [zu 1].

1. *Gehaltssache*. [B] — 2. *Pensionssache*. [B] — 3. *Gesetzentwurf*¹ wegen Pensionierung der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten mit Ausschluß der Universitäten: *Grundsatzdiskussion zu den Hauptgrundsätzen des Entwurfs über den Anspruch auf Pension sowie hinsichtlich der Verpflichtung zur Übernahme der Pensionslast durch die Anstalt, und wo dies zur Beeinträchtigung der Lehrzwecke führen würde, durch denjenigen, welcher zur Unterhaltung der Anstalt verpflichtet ist. Spezialdiskussion und Fassungsänderungen*. [B]

¹ *Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 3, Bl. 2–5v, dort weiter Bl. 6–19v auch die im Protokoll erwähnte Denkschrift Eichhorns v. 13.12.1845 und Savignys Votum v. 9.1.1846. Vgl. auch Sitzung am 14.5.1839; vgl. ferner VO v. 28.5.1846, GS, S. 214.*

Nr. 361 Gemeinsame Sitzung¹ der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 11. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 161–170; MF-Suppl. 25.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Entwurf² eines Gesetzes über die Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses: *Wilhelm betont zu Beginn*

¹ *Mit dieser beginnt eine neue Serie von gemeinsamen Sitzungen beider Gremien, die sich der weiteren Ausformung der Stände- und letztendlich der Staatsverfassung zu widmen hatte. Vorbereitet wurde sie von einer vom König im Juli 1845 eingesetzten engeren Sonderkommission; vgl. Einleitung, S. 6f.*

² *Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 171–176. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 13950, Bl. 2–7. Zur Vorgeschichte und Ausarbeitung dieses Entwurfs sowie zur Sitzung vgl. Obenaus, *Anfänge des Parlamentarismus*, S. 649–655. Adolf Stölzel bezeichnete diese Sitzung als „Wendepunkt zur konstitutionellen Monarchie“ in Preußen, ders., *Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung*, Bd. 2, S. 587; das dort zitierte Schlußwort des Prinzen von Preußen ist im Protokoll nicht enthalten.*

seines Vortrages³, es handelt sich um die ganze Zukunft, ja um die Existenz des Throns u[nd] des Vaterlandes, wenn man jetzt über die beiden Hauptforderungen berät, nämlich daß eine gewisse Öffentlichkeit in allen Verhältnissen erreicht und den Untertanen eine gewisse Teilnahme an den Angelegenheiten der Regierung gewährt werden soll. Auch wenn die ersten Ratgeber der Krone und der König selbst diese Überzeugung nicht teilten, sieht er keine Notwendigkeit, eine Zentral-Versammlung der Stände einzurichten. Die Prüfung des vorliegenden Gesetzentwurfes muß zeigen, daß die Macht nicht aus den Händen des Monarchen in die der beratenden Versammlung übergeht. Sonst wird er diesem Gesetz seine Zustimmung versagen. Dies ist er seinen Nachkommen schuldig, da es nach dem unerforschlichen Willen der Vorsehung beschlossen scheine, daß die Krone sich in seiner Linie vererben soll. In der von ihm geforderten Einzeläußerung bejahen außer Gustav und Adolf von Rochow alle Anwesenden die Bedürfnisfrage nach einer solchen Zentral-Versammlung, vor allem um das jetzt ungünstige Verhältnis der Regierung zum Lande in ein günstigeres umzugestalten, wie es Canitz ausdrückt. Damit würde man der wahren öffentlichen Meinung genügen, nämlich den Gutgesinnten u[nd] Verständigen, die Garantien einer geordneten Staatsverwaltung, nicht gemäß einer für Preußen unmöglichen modernen Konstitution [...], sondern in der Art, daß nicht willkürlich neue Lasten auf die Untertanen gelegt u[nd] dem Lande die Überzeugung verschafft wird, daß es eine Zerrüttung der Finanzen nicht zu befürchten hat. Dagegen kommt es beim ständischen Steuerbewilligungsrecht sowie Petitionsrecht zu verschiedenen Ansichten. Abschließend bejaht zwar auch Wilhelm die Bedürfnisfrage, spricht sich aber ganz entschieden gegen das im Gesetzentwurf vorgesehene Steuerbewilligungsrecht, gegen die periodische Vorlage des Staatshaushalts und Budgets sowie gegen die Vereinigung der acht Provinzial-Landtage zu einer Versammlung aus, denn Preußen befindet sich in der glücklichen Lage, die Fehler anderer Staaten noch vermeiden zu können.

³ Als Anlage 17 auch bei Bahne, *Verfassungspläne und Prinzenopposition*, S. 75b–77b; Ausführungen dazu ebd., S. 76 und 79 f. sowie bei Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, S. 607.

Nr. 362 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 14. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 177–183; MF-Suppl. 25/26.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Grundsatzdiskussion zur Art der Organisation der ständischen Zentral-Versammlungen. Das System zweier Kammern hat bei den Vorberatungen¹ nirgends Anklang gefunden, was Wilhelm zu der Aufforderung veranlaßt, daß die gegenwärtige Versammlung hier nicht, wie die vorberatende Kommission, an die vom König bezeichneten Gesichtspunkte gebunden ist, sondern jetzt nach ihrer eigenen selbständigen Ansicht sich gutachtlich zu äußern hat. Der Meinung Wilhelms, nämlich daß nicht die acht Provinzial-Landtage selbst, sondern nur Ausschüsse derselben und ein erweiterter Herrenstand zum allgemeinen Landtag zusammenzuberufen sind, schließen sich neben Müffling

¹ Bezieht sich auf die Arbeit der, den vorliegenden Gesetzentwurf ausarbeitenden Sonderkommission, die vom König unter Ausschaltung des Prinzen von Preußen im Juli 1845 gebildet worden war. Vgl. Sitzung am 11.3.1846 mit Anmerkungen.

auch Mühler, Rother und Flottwell sowie G. v. Rochow an. Boyen betont, daß der zu bildenden ständischen Zentral-Repräsentation lediglich der Charakter einer beratenden Körperschaft zu Teil werden darf. Dem vom König favorisierten Vorschlag, daß der allgemeine Landtag [...] aus den vereinigten Provinzial-Landtagen [...] zu bilden ist, stimmen Eichhorn, Thile, Savigny, Graf zu Stolberg und Frh. v. Canitz zu. Sie befürchten, daß bei einer allgemeinen Ausschuß-Versammlung die Wahl leicht auf Männer der Opposition falle und außerdem die Taktik der Inkompetenz-Erklärung möglich werde, da es sich nicht um das Plenum der einzelnen Landtage handelt. Außerdem befriedigt die im Entwurf vorgeschlagene Einrichtung eher das Drängen der Stände nach größeren Berechtigungen. Dem entgegnet Wilhelm, daß bei dominierender Opposition immer noch das Korrektiv in einer Auflösung der Versammlung und in der Anordnung neuer Wahlen besteht. Bodelschwingh bekräftigt nochmals, daß die beabsichtigte Vermehrung des Herrenstandes für eine Ausschuß-Versammlung beim 3. und 4. Stande [...] auf den entschiedensten Widerspruch stoßen wird.

Nr. 363 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit mehreren Korrekturen¹, Bd. 53, Bl. 120–133 [Prot. 8a]; MF 327.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Zettwach.

Pfandrecht. Kontroverse zum Beschluß² [...] des Staatsrats sowie zu den Gutachten der Provinzialstände wegen beabsichtigter Deklaration der landrechtlichen Bestimmung, daß die dem Vermieter und Verpächter beigelegten Rechte eines Pfandgläubigers sich nur auf solche Rechte und Effekten erstrecken, welche dem Mieter oder Pächter selbst gehören, oder welche derselbe ohne Einwilligung des Eigentümers zu verpfänden befugt ist. [B]

¹ *Die Korrekturen zur Situation der Offiziere auf Bl. 127–127v resultieren aus einer kritischen Bemerkung Boyens von Bl. 133, der das Protokoll zwar unterzeichnet, darin aber seine in der Sitzung erhobenen Bedenken vermißt hatte.*

² *Der Immediatbericht des Staatsrats v. 28.12.1844 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 197, Bl. 74–75v. Dort auch Bl. 85–133a die Erklärungen der Provinzial-Landtage zum Entwurf der Deklaration sowie der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 16.6.1846, der den Majoritätsbeschluß gegen eine solche Deklaration darlegte; ferner Bl. 147–149 mehrere Entwürfe sowie die vollziehende KO v. 21.7.1846. Einzelne Schriftstücke dazu auch in: Rep. 89, Nr. 17588. Vgl. die Deklaration über die Anwendung des § 395 Titel 21 Teil 1 des ALR v. 21.7.1846, GS, S. 326.*

Nr. 364 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 17. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 184–189; MF-Suppl. 26.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Weiterhin Grundsatzdiskussion zur Organisation der ständischen Zentral-Versammlungen, in der sich Uhden sowie Voß [...] für die Bildung des allg[emeinen] Landtages aus den vereinigten acht Prov[inzial-] Landtagen äußern, wobei letzterer zur Beruhigung der Stände für ein auf Grund- und Personen-Steuern beschränktes Bewilligungsrecht plädiert. Hofmarschall A. v. Rochow ist gegen das beabsichtigte Projekt überhaupt und wird sich bei dessen Umsetzung eher Flottwells Vorschlag anschließen, die allgemeinen Landstände in ungeteilter Versammlung aus den Vereinigten Ausschüssen, jedoch mit einer vermehrten Anzahl von Mitgliedern, zu bilden. Dafür hat sich auch bei den Vorberatungen der Fürst zu Solms-Lich ausgesprochen. Der St[aa]tsminister G. v. Rochow wünscht, von einer Mitwirkung an diesem Projekt [...] verschont zu bleiben und hält eine kleinere Versammlung für mindergefährlich. Dem entgegnet Bodelschwingh, daß es kaum extremer Maßregeln bedarf, da sich der allgemeine Landtag wohl nicht in einen Zustand der Rebellion versetzen lassen wird. Darauf bemerkt Boyen [...], daß man nicht wieder der Treue und der Klugheit der Stände vertrauen darf, um so mehr als der positive Widerstand [...] unter dem Einflusse der Presse und des Parteienzwistes sich immer mehr ausbreiten und verstärken und das Alleinregieren erheblich erschweren würde. Resümee der Diskussion durch den Prinzen von Preußen unter Benennung der verbliebenen Amendements.

Nr. 365 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 190–194; MF-Suppl. 26.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung des Gesetzentwurfs wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Weiterhin Grundsatzdiskussion anhand eines Gegenvorschlages von Flottwell, der neben den unverändert fortbestehenden Provinzial-Landtagen auch eine einzige ständische Zentral-Versammlung vorsieht, welche sich aus den ständischen Ausschüssen mit der verdoppelten Anzahl von Mitgliedern bildet. Dies wird durch Müffling und Rother befürwortet, letzterer äußert sich jedoch gemeinsam mit G. v. Rochow für eine kleinere und somit minder gefährlichere Versammlung. Der Prinz von Preußen wünscht, sich so viel als möglich der Ansicht [...] des Königs zu nähern, aber auch die innere Zweckmäßigkeit zu berücksichtigen. Er schlägt deshalb die Bildung einer zweifachen Zentral-Versammlung vor, wobei die größere Versammlung sich aus den unveränderten Ausschüssen vereinen und weder Bewilligungsrecht noch ein periodisches Zusammentreten zugebilligt werden soll. Die kleinere Versammlung dagegen soll sich aus dem Herrenstande sowie aus den Ausschüssen mit einer verdoppelten Anzahl von Mitgliedern zusammensetzen, von denen die eine Hälfte weiterhin von den Provinzial-Landtagen zu wählen, die andere aber vom König als wesentliches Korrektiv gegen die Opposition [...] zu ernennen sein werden. Diese kleinere Versammlung soll periodisch einberufen und ihr die Beratung allgemeiner Gesetze und das Petitionsrecht beigelegt werden. Der Staatshaushalt- und Finanz-Etat jedoch sind ihr nicht vorzulegen, um dessen Kontrolle zu verhindern. Die Bildung einer ständischen Zentral-Versammlung aus dem Plenum der vereinigten acht Prov[inzial-]Landtage lehnt Wilhelm wegen der Unlenksamkeit und des übermächtigen Gewichts dieser sehr großen Versammlung ab. Dem wird entgegengehalten, daß die im Gesetzent-

wurf vorgesehene Art der Bildung der Zentral-Stände *lediglich* ein einfaches Zusammenfügen dessen *bedeutet*, was in der ständischen Verfassung der verschiedenen Provinzen schon vorhanden *ist, da dies den Intentionen* [...] des Königs *entspricht und* jeder der verschiedenen Körperschaften das *gewährt*, was die Umstände gestatten und dadurch Anerkennung gewinnen und Befriedigung bewirken *wird. Kontroverse zur völligen Ausschließung des Plenums von der Gesetzesberatung. Knappe Mehrheit von neun Stimmen gegen sieben Stimmen für den im Entwurf vorgesehenen allg[emeinen] Landtag aus dem Plenum der vereinigten acht Prov[inzial]-Landtage sowie für die Bildung eines allg[emeinen] ständischen Ausschusses.*¹ [B]

¹ *Dafür stimmten Boyen, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz und Voß; dagegen Wilhelm, Müffling, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Flottwell sowie A. v. Rochow, vgl. Bl. 194.*

Nr. 366 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission des Staatsministeriums am 24. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 195–201v; MF-Suppl. 26.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Einige Teilnehmer sind zum Abschluß der Grundsatzdiskussion dafür, im Entwurf mit dem allg[emeinen] ständischen Ausschusse als der gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Versammlung zu beginnen, und hierauf erst den allg[emeinen] Landtag als eine außerordentliche Versammlung nachzustellen. Auch Wilhelm ist dafür, um den allgemeinen Landtag nicht als die ordentlichen Reichsstände hinzustellen. Andere, wie Bodelschwingh, widersprechen dem, weil dadurch das Prinzip des [...] Entwurfes, wonach der allg[emeine] ständische Ausschuß nur eine von dem allg[emeinen] Landtage delegierte und denselben vertretende Versammlung sein sollte, verloren gehen würde. Der Beschluß darüber wird bis zum Ende der Beratungen ausgesetzt. — Prüfung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes: Die Majorität¹ ist dafür, den Kollektiv-Stimmberechtigten des Herren- oder Ritterstandes, unbeschadet ihres Verhältnisses zu den Prov[inzial]-Landtagen, Viril-Stimmen auf dem allg[emeinen] Landtage beizulegen, um eine Kräftigung des konservativen Elements zu erreichen. Einzelregelungen, bei denen provinzielle Rücksichten auf dem allg[emeinen] Landtage in den Hintergrund treten können, bleiben vorbehalten. Bodelschwingh gibt die Absicht des Königs zur Kenntnis, sämtlichen Prinzen des königlichen Hauses [...] Viril-Stimmen im Herrenstande des allg[emeinen] Landtages beizulegen. Kontroverse Spezialdiskussion zu den ständischen Steuerbewilligungsrechten, denen vor allem Wilhelm vehement widerspricht und das Besteuerungsrecht als ein ausschließliches Recht der Krone, wovon auch die Selbständigkeit und Kraft der Regierung wesentlich abhängt, erhalten will, um so mehr, als in konstitutionellen Staaten dort die Stände besonders bemüht sind, den Militär-Etat zu beschneiden. Diese Position wird im wesentlichen von G. v. Rochow, Mühler sowie Müffling mit getragen. Dagegen betont Bodelschwingh, der König beabsichtigt, daß den Ständen zur Erzielung eines beruhigten Zustandes etwas Befriedigendes gewährt werden muß, und dieses in dem Bewilligungsrecht sich findet, welches unter den vorgeschlagenen Beschränkungen die Macht der Krone nicht schwächt.

¹ *Dagegen stimmten nur sechs Mitglieder, nämlich Müffling, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Flottwell sowie Voß, Bl. 196v.*

Dies wird von Canitz unterstützt, da das Odium einer Steuererhöhung jetzt lediglich auf die Krone und deren nächste Ratgeber fällt, sowie von Boyen bekräftigt, weil ein ständisches Bewilligungsrecht nebst Vorlage des Staatshaushalts nicht mehr zu umgehen ist. Beschränkung auf bestimmte Steuern und Zölle. Mitwirkung der Stände im Fall eines Krieges; vertagt.

Nr. 367 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission des Staatsministeriums am 28. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 202–209; MF-Suppl. 26.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen [V], Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden, Canitz, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Flottwell, Eichhorn, Thile sowie Bodelschwingh befürworten das Steuerbewilligungsrecht des allgemeinen Landtages in der vorgeschlagenen Beschränkung auf neue und erhöhte Steuern sowie das Bewilligungsrecht der Stände bei neuen Anleihen, so daß die Krone [...] freie Hand fast bei allen indirekten Steuern, Grund- und Personensteuern behält. Die Vorlegung des Staatshaushalts ist von keiner sonderlichen Bedeutung. Gegen das ständische Steuerbewilligungsrecht erklären sich Uhden und die beiden Rochows, denn damit werde das Prinzip der bestehenden Verfassung verlassen und das fragliche Recht nach einer Konstitution genährt. Nach Müfflings Ansicht soll das Steuerbewilligungsrecht auf den jetzt regierenden Monarchen beschränkt bleiben, ansonsten muß zuvor die Bestimmung des ALR wegen des Majestätsrechts der Besteuerung abgeändert werden; dem widersprechen [...] Bodelschwingh sowie Canitz. Voß ist für ein beschränktes Bewilligungsrecht auf die Grund- und Personal-Steuern, wobei zu beachten ist, daß die von den Ständen der westlichen Provinzen mehrfach beantragte allgemeine Grundsteuer-Ausgleichung eine vollkommene Revolution in den Verhältnissen des Grundbesitzes der östlichen Provinzen hervorbringen würde. Wilhelm spricht sich erneut gegen das ständische Bewilligungsrecht aus, da er an dem Majestätsrechte der Besteuerung unerschütterlich festhalten will. Ob dies gestrichen werden soll, hat der König mit den Prinzen des königlichen Hauses abzumachen. Er selbst will das Staatsministerium nicht für kompetent ansehen, über das Aufgeben eines Majestätsrechts zu debattieren. Die Abstimmung über das Steuerbewilligungsrecht ergibt eine bejahende Entscheidung mit einer Mehrheit von neun Stimmen gegen sieben.¹ [B]

¹ *Dafür stimmten Boyen, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Canitz und Voß; dagegen Wilhelm, Müffling, Mühler, Rother, die beiden Rochows und Uhden, vgl. Bl. 209.*

Nr. 368 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission des Staatsministeriums am 31. März 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 210–215v; MF-Suppl. 26.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [U], Rother, Eichhorn [U], Thile, Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß [U], A. v. Rochow [U]. — Prot.: v. Duesberg [U].

*Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses. Nach kontroverser Diskussion über die vorgesehenen Bestimmungen zum Staatsschuldenwesen wird mit überwiegender Stimmenmehrheit und entgegen der Auffassung von Wilhelm, Rother und Voß beschlossen, daß bei Kriegsanleihen eine ständische Mitwirkung eintreten und diese in Vertretung des allg[emeinen] Landtages durch einen von demselben besonders zu wählenden Ausschuß ausgeübt [...], in den Verhältnissen der Hauptverwaltung der Staatsschulden jedoch nichts geändert werden soll. Allerdings muß die Regierung freie Hand behalten, nach Umständen auch das Plenum des allg[emeinen] Landtages einzuberufen und über das Anleihe-Geschäft zu hören. Allgemeines Einverständnis herrscht darüber, den erwähnten Ausschuß alljährlich einzuberufen und demselben die Kontrolle über die eingelösten Staatsschulden-Dokumente sowie die Revision der Staatsschulden-Rechnungen zu übertragen.*¹ [B]

¹ Die Beratung zum Staatsschuldenwesen war wegen der bevorstehenden Abreise des Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden und Staatsministers Rother vorgezogen worden, Bl. 210. Vgl. Sitzung am 27.4.1846.

Nr. 369 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission des Staatsministeriums am 6. April 1846.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 216–220; MF-Suppl. 26.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß [U], A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Ergänzungen durch Voß zum Personal der Hauptverwaltung der Staatsschulden sowie durch Bodelschwingh zum ständischen Steuerbewilligungsrecht. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses: Der Prinz von Preußen will den allgemeinen [...] Landtag lediglich zu Finanzfragen einberufen, da bei umfänglicher Gesetzesberatung durch jenen Landtag dessen baldiges Drängen auf regelmäßige Einberufung und auf Erweiterung seiner Befugnisse zu befürchten ist. Dem wird entgegnet, daß nicht in der Zahl der Mitglieder, sondern in der Art der Organisation und der periodischen Einberufung [...] die Gefahr liegt, und daß man dem Ausschusse, wenn ein Weitergreifen desselben vorgebeugt werden soll, nicht die ganze Fülle ständischer Attributionen verleihen darf. Gegen die Stimmen Wilhelms und Mühlers entscheidet sich die Majorität für das Prinzip, daß der allg[emeine] ständische Ausschuß nur eine, durch Delegation des allg[emeinen] Landtages bestehende, Versammlung bilden soll und die Beratung von Gesetzen in der Regel durch den allg[emeinen] Ausschuß und nur ausnahmsweise in ganz besonderen Fällen durch den allg[emeinen] Landtag zu bewirken ist. Schließlich ist noch eine Mehrheit¹ von acht Stimmen gegen sechs dagegen, daß der Regierung vorbehalten bleiben soll, auch weiterhin allg[emeine] Gesetze den Prov[inzial-] Landtagen zur Beratung vorzulegen. Denn sonst könnte

¹ Dagegen stimmten Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh und Flottwell; dafür Wilhelm, v. Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Voß sowie A. v. Rochow, Bl. 220.

gegen die Regierung *leicht* die Verdächtigung [...] erhoben werden, *daß* sie die allg[emeinen] Stände [...] umgehen *will*. Der Prinz von Preußen *ist beim* ständischen *Petitionsrecht* für Beschränkungen, *vor allem* in Betreff der Gegenstände der auswärtigen Politik; *vertagt*. [B]

Nr. 370 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 7. April 1846.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 221–228v; MF-Suppl. 26/27.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß [U], A. v. Rochow. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages *sowie* eines allgemeinen ständischen Ausschusses *und zwar* mit der in der vorigen Sitzung abgebrochenen Diskussion *des* ständischen Petitionsrechts: *Dies möchte Wilhelm bei den* Angelegenheiten der höheren äußeren Politik, *bei den* militärischen *Verhältnissen, beim* Verhältnis der Stände zur Regierung *sowie bei den* Finanzen *beschränken, wobei nach dem unlängst hier getroffenen* Majoritäts-Beschluß¹ *zum* Steuerbewilligungsrecht der Stände *ein eingeschränktes ständisches* Petitionsrecht *hinfällig ist. Einigkeit besteht darüber, daß* das Petitionsrecht die bedenklichste Seite der ganzen Institution *bildet, denn bei einer* mächtigen *Versammlung liegt die* Gefahr nicht fern, daß man allmählich in die Bahn einer Konstitution *gerät. Trotz Wilhelms entschiedener* Forderung, daß Gegenstände der äußeren höheren Politik *vom* Petitionsrecht ausdrücklich ausgeschlossen werden, *sind alle anderen Anwesenden dafür. Denn* wenn man Vertrauen bei den Ständen erwecken *will, muß* man ihnen auch mit Vertrauen entgegenkommen. *Auch hinsichtlich* der Ausschließung der militärischen Verhältnisse *vom* ständischen Petitionsrecht findet der Prinz von Preußen *keinen Fürsprecher. Seine weitere* Auffassung, daß den Ständen grundsätzlich [...] nicht gestattet werden *kann, ihr* Verhältnis zum König irgend in Frage zu stellen, *erhält keine* weitere Unterstützung.² *Weitere* Debatte *zu* Bestimmungen über die Veröffentlichung des Haupt-Finanz-Etats *sowie zu einer klaren* Darlegung des Staatshaushalts. Vorlegung des Etats [...] fürs nächste Jahr; *vertagt*. [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 28.3.1846.*

² *Vgl. mit Bezug auf die Sitzung Varnhagen v. Ense, Bd. 3, S. 331 f.*

Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1846.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 53, Bl. 134–158 [Teilprot. 9a–b]; MF 327.

Anwesend [U]²: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 2], v. Duesberg, Thoma [zu 1].

¹ *Nachträgliche Anmerkung zu den Domänen-Ortschaften auf Bl. 146–146v.*

² *Stolberg-Wernigerode hat nur TOP 1 unterschrieben.*

1. *Stolberg-Wernigerodes Plan*³ zur neuen Einrichtung der Domänenverwaltung in den Kreisen des Regierungsbezirks Gumbinnen, wo die jetzt dort bestehende Organisation [...] von der Einrichtung dieses Verwaltungszweiges in allen anderen Landesteilen wesentlich abweicht. *Die Position* der Landräte als Spezial-Domänenverwaltung soll besonderen Beamten [...] übertragen werden, denen die Benennung von Domänen-Intendanten beizulegen ist. *Plan der Regierung in Gumbinnen bezüglich der Kosten der neuen Einrichtung und Bedenken hinsichtlich der Polizeiaufsicht.* [B] —

2. *Flottwells Vorschläge*⁴ hinsichtlich der Mahl- und Schlachtsteuer: *Wegen zu hoher Ausfälle [...]* für die Staatskasse ist die Ermäßigung der Mahl- und Schlachtsteuer *vorerst nicht zu beantragen, aber der Übergang der kleineren mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zur Klassensteuer zu erleichtern. Möglichkeit, den Bäckern und Schlächtern in dem äußeren Stadtbezirk die Klassensteuer, welche sie jetzt neben der Mahl- und Schlachtsteuer entrichten müssen, unter gewissen Bedingungen zu erlassen.* [B]

³ Als Teil seines *Votums* v. 5.2.1846 in: *Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 44, n.f.*; dort ferner ein *Gutachten* G. v. Rochows v. 29.12.1841, worin dieser ausführlich die seit längerem bestehende Differenz mit Ph. Ladenberg über die Herstellung einer geordneten Polizei-Verwaltung in den Domänen des Regierungsbezirks Gumbinnen darlegt.

⁴ *Flottwells Denkschrift* v. 8.9.1845 mit der *Übersicht über die Resultate der Mahl- und Schlachtsteuer für die Jahre 1842–44*, in: *Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 41–103*. Dort weiter *Bl. 104–121* *Voten und Flottwells Denkschrift* v. 17.1.1846, mit der er einige seiner *Vorschläge* v. 8.9.1845 bereits wieder zurückgenommen hatte, und *Bl. 154–163* der *Immediatbericht* v. 14.5.1846 sowie die *KO* v. 8.6.1846 mit der *Aussetzung einer grundsätzlichen Entscheidung über die Mahl- und Schlachtsteuer, aber der Möglichkeit, die Klassensteuer von Bäckern und Schlächtern in den äußeren Stadtbezirken gegebenenfalls zu erlassen.*

Nr. 372 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 14. April 1846.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 229–230; MF-Suppl. 27.

*Anwesend*¹: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Müffling, Boyen [U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß [U]. — *Prot.:* v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses *und zwar mit der in der vorigen Sitzung abgebrochenen Erörterung zu einer Übersicht des Staatshaushalts und des Haupt-Finanz-Etats, die dem all[emeinen] Landtag nur dann vorzulegen sein werden, wenn dieser wegen Finanzfragen einberufen worden ist. Klare Gesetzesformulierung dahingehend, daß die Verwendung sämtlicher Staatseinnahmen [...] lediglich von der Bestimmung des Königs abhängt und den Ständen keine Kontrolle darüber zusteht. Boyens neuerlicher Vorschlag, zur besseren Lenkung aus der Mitte des all[emeinen] Landtages eine erste Kammer zu konstituieren, wird vertagt.* [B]

¹ *Gelesen:* Rochow [U].

Nr. 373 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 15. April 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 231–238v; MF-Suppl. 27.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Boyen [U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß [U]. — Prot.: v. Duesberg [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortgesetzte Beratung über den Gesetzentwurf wegen Einführung eines allgemeinen Landtages sowie eines allgemeinen ständischen Ausschusses und zwar mit dem in der vorigen Sitzung angeregten Vorschlag Boyens wegen Bildung einer Art von ersten Kammer im allg[emeinen] Landtage. Dieser wird von Wilhelm befürwortet, weil somit für ein Gegengewicht gegen die überwiegende Macht der Versammlung der Volksrepräsentanten durch eine die hauptsächlichsten konservativen Elemente enthaltenen ersten Kammer gesorgt wäre. Gegen das Zweikammer-System erklären sich Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Flottwell, Uhden und Canitz sowie [...] Voß, weil dies mit der bestehenden provinzial-ständischen Verfassung, welche die Grundlage der allg[emeinen] ständischen Verfassung bilden soll, unvereinbar ist, da es sich hier um bloß beratende Stände handelt, ein Zweikammer-System bei unterschiedlichen Voten mehr hemmend, als fördern wirken würde und der allg[emeine] Landtag [...] durch Aussonderung des Herrenstandes einen wesentlichen Teil seiner konservativen Elemente verlustig ginge. Daraufhin findet Boyens Vorschlag [...] keine weitere Unterstützung. Vier sind gegen, die übrigen acht Mitglieder [...] für die Zulassung der Itio in partes nach Provinzen.¹ Im Geschäfts-Reglement² muß lt. Voß beachtet werden, daß die Regierung nicht durch Veröffentlichung der Verhandlungen über ungehörige Petitionen [...] in Verlegenheit gesetzt wird. Fassungsänderungen und Diskussion, u.a. über die periodische Einberufung des allg[emeinen] Ausschusses in Verbindung mit der Vorlage des Staatshaushalts und Budgets. [B] — Entwurf eines Reglements über den Geschäftsgang bei dem allg[emeinen] Landtage und dem allg[emeinen] ständischen Ausschusse, u.a. zum Protokoll sowie zu den Adressen. [B]

¹ Dagegen stimmen Wilhelm, Boyen, Mühler und Flottwell.

² Der Entwurf in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 240–246; Rep. 89, Nr. 13950, Bl. 8–16 mit Notizen aus der Beratung.

Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 159–170v [Teilprot. 10a–c]; MF 328.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3], Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 2], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [zu 2–3; U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [zu 3], H. v. Mühler [zu 2], Starke, Wenzel [beide zu 1].

1. *Disziplinarsache*.¹ [B] — 2. *Vorbereitung des Religions-Patents*. Entwurf² eines königlichen Patents zur Duldung neuer Religionsgesellschaften [...] in Verbindung mit der Zusammenstellung der im *ALR* enthaltenen Bestimmungen über Glaubens- und Religionsfreiheit. *Hinsichtlich* der auf dem kirchlichen Gebiet entstandenen Bewegungen *besteht* das Bedürfnis [...], sich der Prinzipien des Allgemeinen Landrechts über Gewissensfreiheit und Duldung einer neuen Religionsübung klar bewußt zu werden und deren konsequente Handhabung *zu sichern*. Als notwendige Folge *bedarf es ferner einer* Verordnung wegen bürgerlicher Beglaubigung *des Personenstandes, wie bei* Geburten, Heiraten, und Sterbefällen. Der Prinz von Preußen *befürchtet, daß mit einigen Paragraphen dieser Zusammenstellung das* landesherrliche Ermessen in Erteilung der Spezialkonzession über das bestehende Maß hinaus erweitert *wurde und* man sich in diesen Stücken von der Basis des *ALR* entfernt *hat; vertagt*. [B] — 3. *Standesherrn*. Verträge³ [...] mit dem [...] Fürsten Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein über die Rückgabe der Regierungsrechte in der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein und über die Regulierung verschiedener finanzieller Verhältnisse: *Regelungen zu einzelnen Verwaltungsproblemen sowie zu rechtlichen und Entschädigungsansprüchen des Fürsten*. [B]

¹ Erneute Disziplinarsache 1868/69, vgl. Sitzung am 19.1.1869.

² Mehrere Fassungen in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 86 Bde. 1 und 2, n.f., dort auch Denkschriften und Korrespondenzen dazu seit 1845, Entwürfe für die Zusammenstellung sowie für die VO über die bürgerliche Beglaubigung usw. Ebd. Bd. 2, n.f. ein längeres Votum von Rochow v. 3.5.1846, weil seinen Äußerungen in der Sitzung am 21.4. die Aufnahme in das betreffende Protokoll nicht vergönnt worden ist; dieses auch in: Rep. 92, Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 15, n.f. und Rep. 89, Nr. 23634, Bl. 29–32v. Vgl. auch das gemeinsame Votum von Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh, Uhden und Canitz v. 6.3.1846 zur Vorlage aller drei Entwürfe (Patent, Zusammenstellung, VO) in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f. Ebd. der Entwurf zur VO über die bürgerliche Beglaubigung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen bei bloß geduldeten Religionsgesellschaften. Zur Vorgeschichte der hier einsetzenden mündlichen Beratung bis zur Publikation des Religions-Patents vgl. weiter Rep. 77, Tit. 416 Nr. 38 Bd. 1 und Rep. 89, Nr. 22800 sowie Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz, S. 387–410. In: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt. Bd. 6, S. LXX werden die vorbereitenden Konferenzen vom Oktober 1845 als Conseil bezeichnet.

³ Der Vertrag wegen Regulierung verschiedener finanzieller Verhältnisse des fürstlichen Hauses Wittgenstein-Wittgenstein v. 7.2.1846, in: Rep. 84a (M), Nr. 6775, Bl. 85–98, dort auf Bl. 100–121 die von Duesberg und Patow erarbeitete Denkschrift v. 24.2.1846 hinsichtlich der mit dem Herrn Fürsten Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein I. über dessen Regierungsrechte in der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein, II. wegen Regulierung verschiedener finanzieller Verhältnisse des fürstlichen Hauses abgeschlossenen Verträge. Ebd., Bl. 125–136 weiter die bestätigende KO v. 7.8.1846 sowie die Bestätigungs-Urkunde. Ein weiteres Immediatgesuch des Fürsten v. 7.2.1846 sowie der umfängliche Immediatbericht v. 16.7.1846, in: Rep. 90, Nr. 95, n.f.

Nr. 375 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission des Staatsministeriums am 27. April 1846.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 247–248v; MF-Suppl. 27.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [V, U], Boyen [U], Müller [U], G. v. Rochow [U], Rother [U], Eichhorn [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U], Voß. — Prot.: [?].

Staatsschulden und Ständepolitik. Entwurf¹ zu dem in Folge der Beschlüsse vom 31. März d. J. in die ständischen Gesetze aufzunehmenden Bestimmungen über das Staatsschuldenwesen: *Kompetenzen, Mitgliedsdauer und Zusammensetzung der Landesdeputation für das Staatsschuldenwesen.* [B]

¹ *Anliegend Bl. 249–252; der Entwurf für eine VO über die Bildung einer ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 31–32v; Rep. 89, Nr. 13928, Bl. 2–3v. Die VO v. 3.2.1847, GS, S. 43. Der Immediatbericht, der diese Phase der gemeinschaftlichen Beratung der ständischen Gesetzentwürfe abschloß, in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 315–325v. Eine Übersicht der einzelnen Abstimmungen im März/April 1846 dazu in: BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1846–47, Bl. 86.*

Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 28. April 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 171–195 [Teilprot. 11a–b]; MF 328.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [zu 1], Wilhelm Prinz von Preußen [zu 1], Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow [zu 1], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [zu 1; U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, H. v. Mühler [beide zu 1], Sibeth [zu 2].

1. *Fortgesetzte Beratung über die Duldung neuer Religionsgesellschaften in Verbindung mit der Zusammenstellung der im ALR enthaltenen Bestimmungen über Glaubens- und Religionsfreiheit: Grundsatzdiskussion über Kriterien zur Unterscheidung zwischen öffentlich aufgenommenen und geduldeten Kirchengesellschaften, über Bedürfnis und Form der zu beschließenden Maßregel. Der Staat benötigt feststehende Rechtsgrundsätze, um bei der Entstehung neuer Religionsgesellschaften entscheidungsfähig zu sein. Deshalb fordert Friedrich Wilhelm IV. u.a. klare Rechtsprinzipien anknüpfend an die Grundsätze des Westfälischen Friedens [...], damit die eingerissene Unordnung und Verspottung bürgerlicher und kirchlicher Ordnung sich nicht weiter ausbreitet. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen.*¹ [B] — **2.** *Disziplinar- und Pensionssache.* [B]

¹ *Vgl. das Patent v. 30.3.1847, das zugleich die im Protokoll erwähnte Zusammenstellung der im ALR enthaltenen Bestimmungen über Glaubens- und Religionsfreiheit enthält, GS, S. 121. Vgl. weiter Nauwerck, Karl, Das preußische Religionspatent v. 30. März 1847, Leipzig 1847.*

Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Mai 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 196–205 [Teilprot. 12a–c]; MF 328/329.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 3], Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1, 3], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Flottwell [U], Uhden [U], Canitz [U]. — Prot.: [a, c] [?]; [b] [v. Duesberg].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Ernst [zu 1], H. v. Mühler [zu 3], v. Tenspolde [zu 1].

1. *Pensionssache*. [B] — 2. *Schulden*: Entwurf¹ zu einer Verordnung wegen Aufhebung der *lex Anastasiana* im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein und in Neuvorpommern und Rügen. [B] — 3. *Fortgesetzte* Beratung über die Duldung neuer Religionsgesellschaften *vor allem am Entwurf einer Verordnung über die bürgerliche Beglaubigung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen: Die bürgerliche Gültigkeit bei Heiraten beginnt erst ab der Eintragung in die gerichtlichen Register. Fassungsänderungen. Die Mitwirkung der Stände an allen drei Entwürfen ist verfassungsmäßig nicht notwendig. Kontroverse Diskussion, ob eine Mitwirkung durch den Staatsrat erforderlich ist.*² [B]

¹ *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 198, Bl. 3–5v. Ebd., Bl. 2–2v das Votum Uhdens v. 19.12.1845 sowie Bl. 9–9v der Immediatbericht v. 31.5.1846. Das Gesetz, erlassen von Kaiser Anastasius im Jahr 506, schrieb zur Eindämmung von Wuchereien vor, daß die Käufer einer Geldforderung vom Schuldner nicht mehr fordern durften, als sie selbst dafür gegeben hatten. Die Aufhebung erfolgte am 1.2.1864, vgl. GS, S. 33.*

² *Alle drei überarbeiteten Entwürfe sowie der Immediatbericht v. 31.5.1846, in: Rep. 76, III Sect. 1 Abt. XIV Nr. 86 Bd. 2, n.f. Der Immediatbericht auch in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f. sowie in: Rep. 89, Nr. 23634, Bl. 5–6v.*

Nr. 378 Sitzungen des Staatsministeriums in Gegenwart des Königs am 12. und 13. Mai 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 53, Bl. 206–219v [Prot. 13a], Anlagen¹: Bl. 220–225v; MF 329. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 321–334v; Rep. 84a (M), Nr. 9768, Bl. 338–349; Rep. 89, Nr. 17722, Bl. 121–134.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV., Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [U], Mühler [U], G. v. Rochow, Rother [U], Eichhorn² [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhdens [U], Canitz² [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann, v. Duesberg, Kisker, Mathis.

Strafverfahren. Entwurf³ einer Verordnung für das beim Kriminal- und Kammergericht zu Berlin einzuleitende Strafprozeß-Verfahren. Konzentration der jetzigen Beratung [...] auf folgende vier Hauptpunkte: Entwicklung der Hauptgrundsätze der entworfenen VO, wie Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens; Anklageprozeß und Staatsanwaltschaft; Verlassen der positiven Beweistheorie und Wegfall der außerordentlichen Strafe und vorläufigen Freisprechung. Erörterung der Art des Verfahrens [...] nach seinen Hauptmomenten, der auf die Gerichte in Berlin beschränkten Einführung sowie der Anwendung auf schon schwebende Sachen. Bei sonstiger Übereinstimmung entscheidet sich die Majorität für die Beibehaltung der vorläufigen Freisprechung gegen die Stimmen der beiden Justizminister [B]

¹ *Eine Denkschrift über die Notwendigkeit eines Spezialgesetzes zum Strafprozeß-Verfahren, vermutlich von Uhdens, mit drei KO vom März bis Mai 1846.*

² *Teilnahme nur am 12.5.1846.*

³ *Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 184–189v; dort weiter Bl. 190–320 dazu eine gedruckte Denkschrift sowie die von Savigny am 3.5.1846 vorgelegte Druckschrift: Die Prinzipienfrage in Beziehung auf eine neue Strafprozeß-Ordnung, Berlin 1846; ferner Bl. 342–343 der Immediatbericht v. 8.6.1846. Gleiches auch in: Rep. 89, Nr. 17722, Bl. 120, 135–159 sowie in: Rep. 84a (M), Nr. 9768. Der Gesetzentwurf kam auf Drängen des Königs zustande, da die wegen der hochverrätherischen Verschwörung in den vormals polnischen Landesteilen eingeleiteten Untersuchungen beschleunigt werden sollten (vgl. Anlage). Vgl. dazu auch Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 145 f. Vgl. weiter zu den Rivalitäten zwischen Savigny und Uhdens anhand der Entstehungsgeschichte dieses Entwurfes und zur Sitzung selbst Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 586–592.*

Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 226–234v [Teilprot. 14a–c]; MF 329. — Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 11, S. 1683–1687.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], G. v. Rochow, Rother [U], Savigny [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 3], Bornemann [zu 2], v. Duesberg, Günther, L. Meyer [beide zu 1], v. Rönne [zu 3].

1. Reklamationssache. [B] — **2.** Entwurf¹ einer Verordnung über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und anderen Behörden *sowohl in Zivilrechts-Streitigkeiten als auch* in Prozessen gegen den Fiskus. [B] — **3.** *Sofortige Überweisung* des Gesetzentwurfs² über die Handelsfirmen *an jene Staatsrats-Kommission, die auch den Entwurf der Wechselordnung begutachtet.* [B]

¹ *Der Entwurf in: Rep. 92, Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 14, n.f. Dort auch die Denkschrift zum Entwurf über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und anderen Behörden v. 8.2.1846, Voten von Uhden, G. v. Rochow sowie die Begutachtung durch den Staatsrat. Die Denkschrift mit Entwurf auch in: Rep. 100, Nr. 289, n.f. Vgl. mit Bezug auf die Sitzung Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 229. Vgl. ferner das Gesetz über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden, v. 8.4.1847, GS, S. 170, wodurch der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte eingerichtet wurde.*

² *Ein den Ständen vorgelegter Entwurf, der Vortrag von Patow und Bischoff v. 27.2.1846, das Votum Savignys v. 6.4.1846, der Immediatbericht v. 5.6.1846 sowie die im März 1847 stattgefundenen Verhandlungen der Kommission des Staatsrats, in: Rep. 90, Tit. XXIII Nr. 19 Bd. 1, Bl. 164–241v. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 28111, n.f.*

Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 235–242v [Teilprot. 15a–c]; MF 329.

Anwesend: Boyen [V, U], Thile [1–2 U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Reuß [zu 3], v. Schleinitz [zu 1], Starke [zu 2].

1. Entwurf¹ einer Verordnung wegen Anwendung der in den Städten geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden *ländlicher* Grundstücke innerhalb der Städte. *Das Gesetz soll für den ganzen Umfang der Monarchie gelten.* [B] — **2.** *Pensionssache des ersten Direktors der Oberrechnungskammer, des Regierungspräsidenten Heuer.* [B] — **3.** Bedingungen und Modalitäten, *unter welchen Zivilbeamten [...]* nach ihrer Entlassung aus dem Staatsdienst *das Tragen ihrer Uniform nicht zu gestatten ist, z.B. bei Übertritt in andere Dienstverhältnisse, bei unehrenhafter Pensionierung oder Entlassung bzw. späterer Betätigung im Gewerbe. Vorschriften zum Tragen von Abzeichen allgemein und von Beamten-Abzeichen.* [B]

¹ *Konnte in den vorliegenden Aktien nicht nachgewiesen werden. Vgl. VO v. 17.7.1846, GS, S. 399.*

Nr. 381 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 53, Bl. 243–259 [Teilprot. 16a–d]; MF 329/330.

Anwesend: Boyen [V, U], G. v. Rochow [zu 1–2], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [1 U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Könen [zu 4], H. v. Mühler [zu 1], Nobiling [zu 4], Starke [zu 3].

1. Ablösungen. *Nochmalige¹ Beratung zum Gesetzentwurf wegen Ablösung der an Kirchen, Pfarren, Schulen, Erziehungs- und Wohltätigkeits-Anstalten zu entrichtenden Abgaben und Leistungen in den Landesteilen, in welchen die Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 gilt. Die Majorität äußert sich gegen die Auffassung des Staatsrats, die Verordnung in Form einer Deklaration und ohne deren vorherige Vorlegung [...] an die Stände zu erlassen.* [B] — **2.** *Die Beratung zum Entwurf² einer Verordnung über die nähere Feststellung der Grenzen zwischen den Kriminal- und den fiskalischen Untersuchungssachen wird vorläufig wegen der bevorstehenden Verordnung über ein neues Strafprozeß-Verfahren ausgesetzt.* — **3.** *Gerichtsgebühren.* Zulässigkeit der Erhebung von Dolmetschergebühren bei gerichtlichen Verhandlungen in denjenigen Landesteilen, in denen ein Teil der Einwohner nicht der deutschen Sprache mächtig ist. *Vorläufige Verfahrensweise bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörden; ein Entwurf zur Einführung einer gleichmäßigen Maßregel bei den Privatgerichten ist den Ständen der Provinzen Preußen, Schlesien, Pommern und Brandenburg vorzulegen.*³ [B] — **4.** *Neuregelung zur Verabreichung des Bauholzes aus den Staatsforsten für Staatsbauten, indem jede fiskalische Station nunmehr verpflichtet ist, das zu den Bauten ihres Ressorts erforderliche Holz [...] aus ihren Fonds anzukaufen.*⁴ [B]

¹ *Der redigierte Entwurf mit Voten, Gutachten und weiteres Material in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 189–279.*

² *Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 29, Bl. 127–134v und 138–142v. Dort auch Bl. 120–160 Voten sowie der Immediatbericht v. 10.7.1846 bis hin zur KO v. 29.3.1847, die sowohl den Erlaß der VO als auch die Entscheidung [...] über die Kompetenz der Patrimonialgerichte zur Führung fiskalischer Untersuchungen vorerst aussetzte, Bl. 160.*

³ *Dazu Voten in: Rep. 90a, XVII Nr. 1 Bd. 2, n.f. und Rep. 84, II 2 G Nr. 31, n.f. In ersterer Akte auch der Immediatbericht v. 20.7.1846.*

⁴ *Vgl. Rep. 80, I Justiz Nr. 196, Bl. 213, wonach einer Notiz von Bode v. 21.11.1846 zufolge dieses Problem der Begutachtung des Staatsrats über den Gesetzentwurf über die Jagdvergehen und den Wilddiebstahl zu bringen und mit denselben zur weiteren Verfügung vorzulegen ist.*

Nr. 382 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 53, Bl. 260 [Prot. 17a]; MF 330. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, XVI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 350; Rep. 89, Nr. 368I, n.f.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Uhden, Canitz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg.

Strafverfahren. *Der Vorschlag¹ des Staatsrats wird befürwortet, keine bedingte Öffentlichkeit für die mündliche Verhandlung in dem bei den Gerichten in Berlin einzuführenden, auf Anklage, Prozeß und Mündlichkeit beruhenden Strafverfahren zu gestatten.* [B]

¹ *Dazu ein Bericht Rochows als Vizepräsident des Staatsrats v. 11.6.1846 mit Protokollauszug der Staatsrats-Sitzung v. 3.6.1846, in: Rep. 90a, XVI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 346–349. Dort auch Bl. 351 das Schreiben des Staatsministeriums an den Staatsrat v. 30.6.1846. Vgl. das Gesetz v. 17.7.1846, GS, S. 267.*

Nr. 383 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 54, Bl. 1–35v [Prot. 18a]; MF 330/331. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 1, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile, Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, v. Lamprecht, v. Rönne [U], Seydel.

Rothers revidierter Entwurf¹ zu einer neuen Bank-Ordnung zwecks Erweiterung der Wirksamkeit der königlichen Bank durch Beteiligung von Privatpersonen und Privatkapitalien unter Beibehaltung ihres bisherigen Charakters als selbständiges, von der allgemeinen Verwaltung des Staats unabhängiges, im Interesse des Staats und der Gesamtheit verwaltetes öffentliches Institut. Grundsatzdiskussion über den Charakter des Bank-Instituts, die Grundzüge der inneren Verfassung sowie die Stellung desselben in dem Staatsverwaltungs-Organismus, sowie über die Bestimmungen des Entwurfs zur Noten-Ausgabe der Bank und zur Gewinn-Verteilung zwischen Staat und privaten Bank-Anteils-Eignern. Spezialdiskussion zu allgemeinen und prinzipiellen Bemerkungen und Einwendungen in Reihenfolge der Paragraphen. [B]

¹ *Entwurf, Denkschriften und ein Immediatbericht Rothers v. 15.6.1846 in: Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 1, n.f. Zwei Entwürfe vom Mai/Juni 1846, ein dritter v. 2.7.1846 auch in: Rep. 151, I A Nr. 155, Bl. 247–289. Dort weiter Bl. 290–314 eine Denkschrift Rothers an Flottwell v. 4.7.1846 sowie Rönnes v. 4.7.1846; ferner Bl. 315–349 der nach den Beschlüssen des [...] Staatsministeriums von Rother erneut redigierte Entwurf mit den Bestimmungen über die Beteiligung von Privatpersonen bei der Bank. Die Bank-Ordnung v. 5.10.1846, GS, S. 43; zur Entstehung der Preußischen Bank vgl. auch Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen, Bd. 2, S. 15–20 mit weiterer zeitgenössischer Literatur.*

Nr. 384 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 35a–58v [Teilprot. 19a–d]; MF 331.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [zu 1; U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U], Uhden [zu 1–2; U¹]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Friedberg [zu 2], Lette [zu 3], v. Schleinitz [zu 4], A. W. Schulze [zu 1], Starke, Wenzel [beide zu 2].

¹ *TOP 3–4: Ruppenthal [für Uhden U].*

1. Gemäß einer Anzeige² des Oberpräsidenten [...] von Beurmann soll eine beschleunigte Erstellung der deutsch-polnischen Ausgabe [...] der Gesetzsammlung angeordnet werden. [B] — 2. Disziplinarsache. [B] — 3. Revidierter Entwurf³ zu einer Feldpolizei-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen und Zusammenstellung der gutachtlichen Bemerkungen der Provinzialstände. Der Vorschlag zur Verschmelzung mit dem Entwurf zur Feldpolizei-Ordnung für die Provinz Westfalen bleibt der Kommission des Staatsrats [...] überlassen. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen, u.a. über Strafbestimmungen sowie Kompetenzverhältnisse. [B] — 4. Meinungsverschiedenheit darüber, ob eine Klage auf Fortschaffung einer landespolizeilich genehmigten Mühlenanlage zulässig gewesen ist. Bei den erhobenen Kompetenzkonflikten in den Prozeßsachen [...] des Ölmüllers Brauer zu Kutzdorf gegen das Tuchmachergewerk zu Neudamm sowie mehrerer Einwohner zu Güntersberg gegen den Fabrikbesitzer Scheiffgen soll die Entscheidung jeweils dem Geheimen Ober-Tribunal [...] übertragen werden.⁴ [B]

² Die Anzeige v. 23.4.1846 erfolgte als Reaktion auf das am 3.4.1846 erlassene Gesetz zur Publikation der Gesetze. Das Votum Bodelschwinghs v. 5.5.1846, weitere Voten sowie die Anweisungen an Beurmann v. 31.7.1846, in: Rep. 90, Nr. 145, n.f. Eine nach dem Tod des vormaligen Dolmetschers Raabski zu Posen vorgenommene Modifikation v. 7.2.1848, in: Rep. 89, Nr. 3702, n.f.

³ Dieser Entwurf mit einer Zusammenstellung der Bemerkungen der Stände in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 33 Bd. 2, Bl. 18–93, dort auch der Immediatbericht v. 16.8.1846 mit überarbeiteter Entwurfsfassung Bl. 100–112v sowie die nachfolgende Begutachtung durch den Staatsrat, dann n.f. Vgl. die Feldpolizei-Ordnung für alle Landesteile, in denen das ALR Gesetzeskraft hat, mit Ausschluß der Kreise Rees und Duisburg, v. 1.11.1847, GS, S. 376.

⁴ Voten zu beiden Fällen, Berichte und Gutachten z.B. der Regierung und des Oberlandesgerichts Frankfurt/O., der Immediatbericht v. 20.8.1846 sowie die KO v. 27.8.1846, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 49, n.f.

Nr. 385 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juli 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 59–76 [Teilprot. 20a–e]; MF 331/332.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [zu 1; U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [zu 1–3; U], Uhden¹. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg, Ernst, Friedberg [beide zu 2], Günther [zu 1], Kalisky [zu 3], L. Meyer [zu 1], v. Rohr [zu 5], Schröner [zu 4].

1. Reklamationssache. [B] — 2. Pensionssache. [B] — 3. Festsetzung der Grundsätze bei Pensionszulagen für jene Zivil-Staatsdiener, welche wegen der als Freiwillige 1812/13 im Felde erworbenen Ehrenzeichen in den Genuß der höheren Pension kommen sollen. Kriterien für eine Gnadenbewilligung auch bei Besitz von Ehrenzeichen [...] in Folge einer nachträglich Gestattung, aus der Wahl der Regimenter hervorgegangenen erblichen Ehrenzeichen sowie für weitere Varianten damaliger militärischer oder ziviler Laufbahnen. Eine diesbezügliche Reklamation des Regierungsrats Kretschmer zu Danzig wird unterstützt.² [B] — 4. Die von der Regierung zu Oppeln erhobenen Kompetenzkonflikte in drei Untersuchungssachen gegen Inhaber resp. Verwalter der Polizeigerichtsbarkeit sollen von derselben zurückgenommen werden.³ Vorzeitige Publikation der-

¹ TOP 2–4: Ruppenthal [für Uhden U]; TOP 5: Bornemann [für Uhden U].

² Die KO v. 21.11.1845, Voten, das Promemoria Kretschmers zu seiner Pension v. 14.7.1846, der Immediatbericht v. 11. August sowie die KO v. 4.9.1846, die u.a. im Fall Kretschmer entgegen der Empfehlung des Staatsministeriums ablehnend ausfiel, in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 55, n.f.

³ Voten zu den Kompetenzkonflikten, der Immediatbericht v. 18.10.1846 sowie die KO v. 8.1.1846, wonach gegen jene Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit oder deren Stellvertreter [...] Untersuchungen durch die Gerichte nur auf Antrag der betreffenden Landespolizei-Behörde eingeleitet werden dürfen, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 46, Bl. 57–118, bes. Bl. 115.

jenigen Vorschriften aus dem Strafgesetz, denen zufolge die Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit und deren Stellvertreter hinsichtlich der in dieser Eigenschaft begangenen Vergehen den königlichen Beamten gleichgestellt werden. [B] — 5. Der Antrag⁴ des 9. Pommerschen Provinzial-Landtages, daß den Städten gestattet werden soll, die ihnen obliegende Verbindlichkeit zur Unterhaltung der Kriminalgefängnisse durch eine an den Staat zu entrichtende, verhältnismäßige feste Rente abzulösen, wird befürwortet. Derartige Ablösungsverträge können nur mit Zustimmung des Finanzministers abgeschlossen werden. [B]

⁴ Der Antrag v. 8.3.1845, Voten, der Immediatbericht v. 25.8.1846 sowie die bewilligende KO v. 5.10.1846, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1, Bl. 149–178.

Nr. 386 Sitzung des Staatsministeriums am 4. August 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 77–90v [Teilprot. 21a–e]; MF 332.

Anwesend¹: Boyen [V, U], Eichhorn [zu 2 und 5; 2 U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Flottwell [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 1], v. Duesberg, Mathis [zu 4], H. v. Mühlner [zu 2], Ruppenthal [für Uhden; U], Wenzel [zu 1].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Wegen Einwände² Friedrich Wilhelms IV. nochmalige Beratung der verwiesenen Entwürfe eines Patents wegen Bildung neuer Religionsgesellschaften und einer Verordnung wegen der bürgerlichen Beglaubigung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen. Fassungsänderungen u.a. zur Beglaubigung der Taufen sowie zur bürgerlichen Geltung der Ehen. Ebenfalls erneute Beratung zum Entwurf einer Zusammenstellung der landesrechtlichen Vorschriften. [B] — 3. Revidierter Gesetzentwurf³ zur Einführung von Gesindedienstbüchern unter Berücksichtigung der Bemerkungen der Provinzialstände: Entgegen der Auffassung Savignys wird die Angabe der Religion im Gesindedienstbuch als unnötig betrachtet. Bei Entlassung von Gesinde ist von der Dienstherrschaft ein vollständiges Zeugnis [...] einzutragen. [B] — 4. Ergänzung der Zensurvorschriften [...], um sie mit denen der ständischen Gesetzgebung in Einklang zu bringen, was z.B. die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen betrifft.⁴ [B] — 5. Differenzen⁵ zwischen dem Bischof von Paderborn und der Regierung zu Erfurt wegen des Besetzungsrechts mehrerer

¹ TOP 5: Thile [U].

² Die auf den Immediatbericht v. 31.5.1846 ergangene KO v. 27.6.1846 widersprach dem Staatsministerium und forderte, daß die bürgerliche Gültigkeit der Ehe bei Mitgliedern bloß geduldeter Religionsgesellschaften, wenn die Trauung nicht durch einen Geistlichen einer der öffentlich aufgenommenen Kirchen vollzogen worden, unbedingt an die Eintragung in die gerichtlichen Register zu knüpfen ist, in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f.; Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 86 Bd. 2, n.f. sowie Rep. 89, Nr. 23634, Bl. 39–40, dort weiter Bl. 41–53 der Immediatbericht v. 23.8.1846 mit neuen Entwürfen für Patent bzw. VO.

³ Dieser mit einem Votum Bodelschwinghs v. 20.4.1846 (Drucke) in: Rep. 90a, H III 3 Nr. 4 Bd. 1, n.f. Ebd. der Immediatbericht v. 15.9.1846. Ständische Petitionen sowie Gutachten verschiedener Landtags-Kommissarien in: Rep. 77, Tit. 303 Nr. 6 Bd. 3. Vgl. auch Rep. 84, II 2 G Nr. 12 Bd. 2, n.f. und die VO v. 29.9.1846, GS, S. 467. Vgl. ferner, u.a. auch zum Protest der rheinischen Stände, Vormbaum, Politik und Gesinderecht, S. 67–71, 185.

⁴ Die Voten in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 4, n.f., ebd. der Entwurf des Immediatberichts mit den Korrekturen, mit denen er am 16.9.1846 erstattet wurde. Vgl. die KO zu Druckschriften, welche Veröffentlichungen über die Verhandlungen der Preußischen Ständeversammlungen enthalten, v. 11.12.1846, GS, 1847, S. 2.

⁵ Dazu das Votum Bodelschwinghs v. 8.3.1846 in: Rep. 77, Tit. 132 Nr. 21, Bl. 4–8v sowie die KO v. 31.3.1847 über die weitere Verfahrensweise. Die Differenzen zum bischöflichen Besetzungsrecht, zwar nicht am Beispiel des Eichsfeldes, sondern einer anderen katholischen Pfarrstelle im Regierungsbezirk Erfurt, dargelegt auch in den Äußerungen des Oberpräsidenten v. Bonin bzw. des Bischöflich-Geistlichen Gerichts zu Erfurt, in: Rep. 76, IV Sekt. 8 Abt. VII Nr. 3 Bd. 3, Bl. 40–45v.

katholischer Pfarreien des Eichsfeldes *sollen möglichst im Wege des Vergleichs und wechselseitigen Nachlassens ausgeräumt werden.* [B]

Nr. 387 Sitzung des Staatsministeriums am 11. August 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 91–129v [Teilprot. 22a–f]; MF 332/333.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn [zu 4], Thile, Savigny, Bodelschwingh, Flottwell. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 2–3], v. Duesberg, Kette [zu 6], Lehnert [zu 4], Ruppenthal [für Uhden; U], Wenzel [zu 1, 3].

1. *Der redigierte Gesetzentwurf¹, das polizeiliche Verfahren gegen das Gesinde wird für sämtliche Provinzen mit Ausnahme der Rheinprovinz und gemäß den gutachtlichen Erklärungen der Provinzialstände gebilligt. Der Entwurf ist noch den Kreisständen der Kreise Rees und Duisburg [...] vorzulegen.* [B] — **2.** *Patrimonialgerichtsbarkeit. Der in Beratung befindliche Gesetzentwurf² zur Verpflichtung zur Tragung der Kosten in bestimmten Fällen der Privat-Kriminal-Jurisdiktionen ist den Ständen aller Provinzen vorzulegen. In den neu und wieder vereinigten Provinzen, wo die Kriminal-Jurisdiktion überall dem Staat vorbehalten ist, erscheint eine administrative Anordnung zur Regelung der Kostenübernahme nicht rätlich.* [B] — **3.** *Gehaltssache.* [B] — **4.** *Gewerbekonzessionen. Entwurf³ einer Verordnung zur Anlage neuer Apotheken und die Dispositionsbefugnisse der Besitzer von Apotheken über dieselben: Erteilung der Konzession soll künftig nur zur Anlage einer neuen Apotheke erfolgen; ansonsten besteht Veräußerungsbefugnis für Apotheker bei Verhinderung von Apothekenwucher; Bedingungen der Anlage neuer Apotheken sowie das dabei zu beobachtende Verfahren. Spezialdiskussion.* [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf⁴ zur polizeilichen Kontrolle über das Immobilien-Feuer-Versicherungswesen ist den Provinzialständen vorzulegen, da derselbe Beschränkungen der Eigentümer von Gebäuden in der Versicherungsnahme enthält.* [B] — **6.** *Spezialdiskussion und Fassungsänderungen zum Entwurf⁵ einer Wiesen-Ordnung für den Kreis Siegen.* [B]

¹ *Der gedruckte Entwurf einer Verordnung zur näheren Feststellung des Verhältnisses zwischen Dienstherrschaften und ihrem Gesinde sowie das Votum von Bodelschwingh dazu vom 16.3.1846, in: Rep. 84, II 2 G Nr. 12 Bd. 2, n.f. Dort weiter Notizen von Wenzel mit dem Vermerk: In der Sitzung des StMinm. am 11.8.1846 vorgetragen; der Immediatbericht v. 4.9.1846 sowie die folgende Begutachtung durch den Staatsrat. Das Protokoll über die Vorlage an die Kreisstände von Rees und Duisburg v. 26.11.1846 in: Rep. 90a, H III 3 Nr. 3 Bd. 1, n.f. Wegen der Revolution von 1848 kam es vorerst nicht zur Gesetzesverabschiedung. Vgl. weiter spätere Entwürfe in: Rep. 151, I C Nr. 12453, n.f. sowie Vormbaum, Politik und Gesinderecht, S. 191 f.*

² *Der Entwurf erlangte nicht als Gesetz, sondern lediglich als Deklaration zur Verpflichtung zur Tragung der Kosten in den Fällen des § 20 der Kriminalordnung am 21.12.1846 Rechtskraft, GS, 1847, S. 45.*

³ *Der gedruckte Entwurf mit einer umfangreichen Denkschrift, einem Votum Eichhorns v. 19.3.1846 sowie einer Zusammenstellung von Fällen, in denen sich das durch die KO v. 8.3.1842 und die Zirkularverfügung v. 13.8.1842 vorgeschriebene Verfahren als unpraktisch oder nachteilig gezeigt hat, und ein Promemoria Eichhorns v. 14.6.1846, in: Rep. 84, II 2 A Nr. 14, Bl. 4–110. Vgl. dazu auch Rep. 100, Nr. 289, n.f.*

⁴ *Der Entwurf enthalten in einem gedruckten Votum Bodelschwinghs v. 4.5.1846 in: Rep. 84, II 2 F Nr. 3 Bd. 1, Bl. 369–400.*

⁵ *Der Entwurf v. 10.5.1846 in: Rep. 89, Nr. 30144, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 12.10.1846. Vgl. die Wiesen-Ordnung v. 28.10.1846, GS, S. 485.*

Nr. 388 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 130–134v [Teilprot. 23a–b]; MF 333. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Flottwell, Duesberg [zu 2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Ruppenthal [für Uhden; U].

1. Einführung von Duesberg als Staats- und Finanzminister [...] in das Staatsministerium.¹ — 2.² Maßregeln wegen der Vorgänge in Köln infolge des dortigen Tumultes am 3. und 4. August: Rasche Prüfung des Verhaltens der Behörden und vor allem dazu, ob zur Bildung von unbewaffneten bürgerlichen Schutzwachen eine behördliche Genehmigung [...] erfolgt ist. Konsequenzen sind sowohl für den Kommandanten und den Regierungspräsidenten denkbar, ebenso eine Disziplinaruntersuchung gegen den Oberbürgermeister sowie einige Mitglieder des Stadtrats. Generelle Regelung zum Waffengebrauch des Militärs.³ [B]

¹ Vgl. KO v. 18.8.1846, GS, S. 350.

² Dieser TOP wurde in einer außerordentlichen Sitzung behandelt, vgl. Bl. 131.

³ Telegraphische Depeschen und Berichte Raumers, Eichmanns und städtischer Behörden über die Tumulte nach unerlaubtem Feuerwerk während einer Kirmes in Köln, die das Militär zum Einschreiten zwangen, in: Rep. 77, Tit. 505 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 14–35. Dort weiter die Verständigung zwischen den Ministerien über die zu ziehenden Konsequenzen, wie sie Friedrich Wilhelm IV. in einer KO v. 15.8.1846 gefordert hatte, Bl. 48–48v. Ebd. die umstrittenen Bekanntmachungen des 2. Kommandanten von der Lund und des Regierungspräsidenten v. Raumer sowie des General-Prokurators Berghaus v. 5.8.1846. Vgl. ferner die bereits Anfang September 1846 erschienene Darstellung: Die Kölner Ereignisse vom 3. und 4. August nebst ihren Folgen. Übersichtlich dargestellt von Franz Raveaux, Mannheim 1846, mit zahlreichen Dokumenten.

Nr. 389 Außerordentliche Sitzung des Staatsministeriums am 1. September 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 54, Bl. 135–137v [Prot. 24a]; MF 333. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 505 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 163–165; Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [V, U], Müffling, Mühler [U], Rother [U], Eichhorn, Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Flottwell [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Ruppenthal [für Uhden; U].

Berichte¹ über das Verhalten der Behörden zu Köln während der dortigen Tumulte. Erlaß einer öffentlichen Bekanntmachung; Mißbilligung des Verhaltens einzelner Behörden; Einleitung von Kriminaluntersuchungen. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 505 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 111–121, 145–151v und 193–199. Dort auch Bl. 166–183v der Immediatbericht v. 3.9.1846 mit Vorschlägen zu Maßregeln und weiter Bl. 207–213v eine Verfügung der Kriegs-, Innen- und Justizminister v. 5.9.1846. Eine Darstellung der Ereignisse aus der Sicht von der Lunds v. 22.9.1846, in: Ebd. Bd. 4, Bl. 16–20. Mit Bezug auf die Sitzung und die Meinungsdivergenzen zwischen König und Staatsministerium mit dem Prinz von Preußen vgl. Varnhagen v. Ense, Bd. 3, S. 432f. Vgl. weiter auch mit Bezug auf die Sitzung: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 2: 1846–1850, Erste Hälfte (Januar 1846–April 1848), Bonn 1942, S. 73–89, bes. S. 82.

Nr. 390 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 12. September 1846.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 255–263v; MF-Suppl. 27. — Vollz. Abschr.¹: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 13947, Bl. 116–125v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling [U], Boyen [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [O. v. Manteuffel].

Vereiniger Landtag und Ständepolitik. Neuester Entwurf² eines Gesetzes über die Einführung allgemeiner Landstände und Vorlage des Protokolls vom 24.7.1846. Entgegen den dort getroffenen Aussagen plädiert der Prinz von Preußen für wesentliche Beschränkungen des ständischen Petitionsrechts, so daß Veränderungen in der ständischen Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen bleiben sollten. Die Mehrheit ist jedoch für die Streichung der beschränkenden Klausel aus dem Gesetz, um der großen Stände-Versammlung nicht von vornherein Mißtrauen und ihr gegenüber Ängstlichkeit zu zeigen. Da eine Einigung nicht zu erzielen ist, sollen die Klausel im Gesetzentwurf stehen bleiben und die Meinungsdivergenzen im Immediatbericht dargelegt werden. Der von Friedrich Wilhelm IV. angeordneten Ernennung eines Beamten der Krone zum Landtags-Marschall ist zu widerrufen. Auf die Bedenken Müfflings, daß das Gesetz eingangs Hoffnungen erregt und solche später niederschlägt, wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Vereinigten ständischen Ausschüsse nur als eine – nicht selbständige – Deputation der großen Versammlung darzustellen. Spezielle Prüfung des vorgelegten Gesetzentwurfs: Dem Widerspruch Wilhelms, nämlich daß das Gesetz wegen des den Ständen zuzugestehenden Steuerbewilligungsrechtes [...] eine wesentliche Beschränkung der Rechte der Krone enthält, wird entgegengehalten, daß dies keine neue Konzession [...], sondern nur eine Herstellung des älteren deutschen Rechtszustandes ist. Fassungsänderungen. Der wiederholte Widerspruch Wilhelms gegen die Vorlage des Etats und einer Übersicht des Staatshaushaltes an die Ausschüsse wird erneut einhellig abgelehnt, da das Gesetz bei dem wohlgesinnten Teile der Ständemitglieder eine gute Aufnahme finden soll. [B] — Entwurf³ eines Geschäfts-Reglements. Erneute Redaktion beider Entwürfe [...] durch die Staatsminister Savigny, Bodelschwingh und Duesberg und dann Weiterleitung an den König. Eine Äußerung derjenigen, die heute durch Abwesenheit verhindert sind, über die angesprochenen neuen Fragen ist wünschenswert. [B]

¹ Diese Abschrift wurde im Unterschied zur vollz. Reinschrift am 20.11.1846 auch vom Prinzen von Preußen unterschrieben.

² Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 264–275v. Ebd., Bl. 253–254 das Protokoll v. 24.7.1846, das hier keine Aufnahme fand, weil es keine gemeinsame Sitzung war. Der weiter unten erwähnte Immediatbericht v. 14.9.1846 in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 8–11, Bl. 11 ein eigenhändiges Gegenvotum des Prinzen von Preußen v. 27.11.1846. Vgl. auch BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1846–47, Bl. 90–101 sowie Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 655. Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, S. 83 spricht außerdem in Auswertung der Literatur von Sitzungen am 23.6. – diese auch erwähnt in der Denkschrift des Prinzen von Preußen, S. 89b – und am 30.6.1846, die sich protokollarisch nicht nachweisen ließen.

³ Rep. 77, Tit. 496 Nr. 2, Bl. 81–111, als Druck Bl. 121–140.

Nr. 391 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 54, Bl. 138–139v [Prot. 25a]; MF 333. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 500 Gen. Nr. 1 Bd. 1, Bl. 260–261; Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Müffling, Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [für Uhden; U], Mathis.

Entwurf¹ einer KO über amtliche Bekanntmachungen aus Veranlassung von Aufläufen und Tumulten. [B]

¹ Der von Bodelschwingh erarbeitete Entwurf mit seinem Votum von Anfang September 1846 in: Rep. 77, Tit. 500 Gen. Nr. 1 Bd. 1, Bl. 250–254v. Dort weiter Bl. 255–284v Fassungsänderungen durch Savigny v. 9.9.1846, mehrere Entwürfe sowie andere Schreiben. Vgl. KO v. 29.9.1846, GS, S. 470.

Nr. 392 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1846.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 54, Bl. 140–161v [Teilprot. 26a–d]; MF 333/334.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh [zu 1, 3–4], Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 2], H. M. v. Rohr [zu 4], Schröner [zu 1 und 3; U].

1. Revidierter Gesetzentwurf² zur Aufhebung des Abdeckereizwanges: Spezialdiskussion u.a. zur Erteilung von Gewerbekonzessionen und Gewährung von Entschädigungen sowie zur Art der Vertretung der zwangspflichtigen Viehbesitzer. [B] — 2. Disziplinierung von Justizbeamten. Entwurf³ einer Verordnung über die Bildung eines Ehrenrats unter den Justizkommissarien, Advokaten und Notarien: Grundsätzlich ist damit gegen jede Pflichtwidrigkeit und jeden Mißgriff die Möglichkeit der Remedur gegeben. Andererseits ist in Hinblick auf die politische Richtung des Advokatenstandes zu beachten, daß dieses Gesetz keinerlei Veranlassung oder Vorwand bietet, den gedachten Stand auch politisch als Korporation auftreten zu lassen. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen. [B] — **3. Entwurf⁴ einer Verordnung hinsichtlich der Handarbeiter, welche bei den im Bau begriffenen Eisenbahnen und bei anderen öffentlichen Bauten beschäftigt werden:**

¹ Zur konkreten Verfahrensweise der Beitragseintreibung durch die Gemeinden, Bl. 150v.

² Rep. 80, I Inneres Nr. 98, Bl. 25–33. Dort auch Bl. 4–23v das Votum Bodelschwinghs v. 25.7.1846, Bl. 2–3v der Immediatbericht v. 19.1.1847 sowie Bl. 46–55v der erneut überarbeitete Entwurf. Der Abdeckereizwang wurde erst mit dem Gesetz v. 31.5.1858, GS, S. 333, aufgehoben.

³ Rep. 84, II 2 I Nr. 13, Bl. 132–136. Ferner Bl. 144–167v ein von Uhden und Savigny am 14.2.1846 vorgelegter Entwurf mit ihrer Denkschrift, weitere Voten und Promemoria. Rep. 84, II 2 E Nr. 18 Bd. 1, n.f. die KO v. 24.5.1846 zur Notwendigkeit solch einer VO, ein Votum Uhdens v. 8. September sowie die den Entwurf ablehnende KO v. 4.12.1846, weil dem König die vorgesehenen Funktionen des Ehrenrates für Justizkommissarien zu umfänglich schienen, und er um Wirksamkeit und Autorität der Gerichte fürchtete. Uhden bat daraufhin am 19.12.1846 Savigny, den befohlenen Bericht über die Bildung der Ehrengerichte für die richterlichen Beamten bis zur ausstehenden Beschlußnahme über die Bildung der Landes-Justiz-Kollegien auszusetzen. Zur Disziplinierung der Justizbeamten allgemein vgl. v. Hodenberg, Die Partei der Unparteiischen, S. 129–141. Mit Bezug auf die Sitzung auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 596 f.

⁴ Ein Entwurf nach den Vorschlägen der Ministerial-Kommission sowie ein weiterer des Ministeriums des Innern mit dem Votum Bodelschwinghs v. 27.7.1846 und Anlagen, in: Rep. 89, Nr. 29527, Bl. 6–23v. Der Entwurf entstand aus der Erwägung heraus, daß auch während der Arbeit das Zusammendrängen so großer Arbeiterhaufen ohne genaue Beaufsichtigung die öffentliche Sicherheit gefährden könne, Bl. 6; ebd., Bl. 24–25v der Immediatbericht v. 14.11.1846. Der vortragende Rat im Zivilkabinett, Costenoble, regte in einem Schreiben v. 22.11.1846 mehrere Fassungsänderungen an, die laut einem von Bodelschwingh unterzeichneten Schreiben v. 1.12.1846 in der heutigen Sitzung des [...] Staatsministeriums vorgetragen und einstimmig genehmigt worden sind, vgl. Rep. 89, Nr. 29527, Bl. 61. Das Protokoll vom 1.12.1846 enthält dazu keinerlei Aussage.

Spezialdiskussion u.a. zu den Beiträgen für die Krankenkassen seitens der Eisenbahn-Gesellschaften. [B] — 4. Ausführung der in der Disziplinaruntersuchung gegen den Justiz-Kommissarius, Oberlandesgerichtsrat Crelinger zu Königsberg unter dem 18. März 1844⁵ beschlossenen Versetzung [...] an ein minder großes Untergericht, *nachdem* mit stillschweigender Genehmigung *desselben* die Schrift: „Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. Drittes Heft“⁶ erschienen ist. Allein Uhden vertritt die Ansicht, Crelinger solle an das Geheime Ober-Tribunal versetzt werden. [B]

⁵ *Der Immediatbericht v. 8.1.1847, der die Strafversetzung an ein anderes minder großes Untergericht einfordert, in: Rep. 89, Nr. 18476, n.f. Dort auch ein Separat-Votum des Prinzen von Preußen v. 9.1.1847, in dem er ein neues Strafverfahren gegen Crelinger sowie eine eventuelle gerichtliche Untersuchung beantragt. Crelinger wurde laut KO v. 22.1.1847 an das Stadtgericht Tempelburg versetzt, reichte daraufhin seine Entlassung ein; infolge der Märzrevolution wurde er im August 1848 beim Geheimen Ober-Tribunal angestellt.*

⁶ *Erschienen bei H. L. Voigt in Königsberg 1845, vgl. dazu Esau, Lotte, Flugschriften und Broschüren des Vormärz in Ost- und Westpreußen, in: Altpreußische Forschungen 19 (1942), S. 250–270, bes. S. 263 f.*

Nr. 393 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 162–178 [Teilprot. 27a–d]; MF 334.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 4], Günther [zu 2], Lette [zu 1], Schröner [zu 3].

1. *Auseinandersetzungs-Angelegenheiten:* Meinungsverschiedenheit¹ zwischen [...] Uhden einerseits sowie Bodelschwingh und Savigny andererseits, *veranlaßt durch die* Beschwerde des Pfarrers Jaworski. *Die* Entscheidung der Präjudizialfrage, ob das Separatverfahren *hier* noch zulässig *ist*. *wird* in den Rechtsweg beziehungsweise vor die *betreffenden* Auseinandersetzungsbehörden *verwiesen*. [B] — 2. *Gehaltssache.* [B] — 3. *Juden. Aufhebung der Bestimmungen² über die* Beseitigung der Mißverhältnisse, welche in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Höxter aus der Ansiedlung der Juden auf dem platten Land und deren Verkehr mit den Landbewohnern bäuerlichen Standes entsprungen sind, *da* das frühere wucherische Treiben der Juden *dort* als vollständig gebrochen angesehen werden kann. [B] — 4. *Verfügung³ des Kultusministers* wegen ausschließlicher Verwendung des Bergischen Schulfonds für das katholische Schulwesen: *Rückblick auf Zusammensetzung und bisherige Verwendung des Fonds. Bei Beibehaltung der geltenden Verwendungsprinzipien sollten die evangelischen Schulanstalten jedoch von einer Teilnahme am Fonds nicht ausgeschlossen sein.* [B]

¹ *Ein Immediatbericht der drei Minister v. 12.9.1845, Voten vom Oktober 1845 bis April 1846, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 200, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 17.11.1846 sowie die Immediatbeschwerde des Andreas Jaworski v. 18.12.1844; letztere auch in: Rep. 84, II 2 G Nr. 8 Bd. 3, Bl. 217–220v, vgl. dort weiter Bl. 306–307 ein Votum Arnims v. 11.3.1845.*

² *Vgl. KO v. 20.9.1836 bzw. 5.1.1839, GS, 1836, S. 248 bzw. 1839, S. 73. Das Votum Bodelschwinghs v. 4.5.1846 in: Rep. 77, Tit. 1012 Westfalen Nr. 14 Bd. 2, Bl. 46–49, dort weiter Bl. 65–66v sein Entwurf für den Immediatbericht. Die KO zur Aufhebung der Bestimmungen v. 4.12.1846, GS, S. 528. Vgl. dazu auch Brammer, Judenpolitik, S. 301–306.*

³ *Die Verfügung v. 6.10.1844, enthalten in einem Schreiben Eichhorns an den Oberpräsidenten Schaper gleichen Datums, in: Rep. 76, VII neu Sekt. 25 F IV Nr. 7 Bd. 9, n.f. Dort auch die im Protokoll erwähnten Immediatberichte Schapers über die Verwendung des Bergischen Schulfonds v. 13.7.1845 und seines Amtsnachfolgers Eichmann v. 14.11.1845 sowie das umfangliche Votum Eichhorns v. 26.4.1846. Zu den einzelnen Etats vgl. auch Rep. 76, VII neu Sekt. 25 F IV Nr. 2 Bd. 2, n.f.*

Nr. 394 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 179–184 [Teilprot. 28a–d]; MF 334. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend [U]: Eichhorn, Savigny, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: KGAss. Eichhorn [zu 2], Günther, v. Schaper [beide zu 4], Sibeth [zu 3–4; U], Thoma [für Stolberg-Wernigerode zu 1; U].

1. Die bei der Ober-Rechnungs-Kammer auf Einnahmen gezahlten Tantieme müssen im Fall einer Rückzahlung der Einnahmen nicht erstattet werden. [B] — **2.–3.** Zwei Pensionsachen. [B] — **4.** Disziplinar- und Pensionsache. [B]

Nr. 395 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1846.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 54, Bl. 185–205v [Teilprot. 29a–e]; MF 334/335.

Anwesend [U]: Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 2, 4–5], Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 5], Brüggemann [zu 4], Ernst [zu 3; U], v.u.z. Mühlen [zu 2], Wenzel [zu 1; U], Wohlers [zu 1].

1. Pensionsache. [B] — **2.** Eine Feststellung der Besitzverhältnisse der in den Jahren 1772 bis 1776 mit königlichen Meliorations-Geldern auf Rittergütern in Pommern angelegten Etablissements durch legislative Akte scheint nicht ratsam.² [B] — **3.** Pensionsache. [B] — **4.** Forderungen [...] des Gymnasiums zu Emmerich nach Vermehrung der Fonds teilweise bewilligt.³ [B] — **5.** Meinungsverschiedenheit [...] zwischen den Ministern der geistlichen Angelegenheiten und der Justiz über die Frage, ob gemäß dem Disziplinargesetz⁴ vom 29. März 1844 die gerichtliche Untersuchung gegen Geistliche [...] von den Gerichtsbehörden ex officio eingeleitet werden kann. Erörtert wird dies am Fall des katholischen Kaplan Kuhnert, der einer auf Beleidigung der evangelischen Kirche abzielenden Predigt beschuldigt ist. Die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung ist nur auf vorherigen Antrag des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zulässig. [B]

¹ Ergänzungen bei TOP 5 zur Zweckmäßigkeit einer zeitweiligen deklaratorischen Bestimmung bis zum neuen Strafgesetzbuch, Bl. 204.

² Ein Immediatbericht Arnims und Uhdens v. 7.7.1845, der als Anlage einen längeren Bericht des Oberpräsidenten v. Bonin v. 23.3.1844 enthält, in: Rep. 90, Tit. XX B Nr. 40, n.f. Dort weiter Voten, der Immediatbericht v. 13.12.1846 und die KO v. 22.2.1847, die sich der abschlägigen Entscheidung des Staatsministeriums anschloß.

³ Ein Votum Eichhorns v. 2.7.1846, frühere KO und weitere Materialien in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, n.f. Der Etat für 1847 bis 1849 in: Rep. 76, VI Sekt. XXV Düsseldorf g Etats-Sachen Nr. 8, Bl. 4.

⁴ GS, 1844, S. 77. Dazu Voten aus dem Jahr 1845 in: Rep. 90, Nr. 645, n.f.

Nr. 396 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 206–212v, 218–219 [Teilprot. 30a–b], Anlage¹: Bl. 213–217v; MF 335.

Anwesend [U]: Boyen [V], Rother, Eichhorn [zu 1], Thile, Savigny, Bodelschwingh, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Rönne, v. Schaper, Schmückert [alle zu 1], Starke [zu 2].

1. Gesetzentwurf² über das Post-Taxwesen: *um das Zustandekommen des in Rede stehenden deutschen Post-Vereins nicht zu gefährden, soll die Publikation neuer preußischer Postgesetze einstweilen ausgesetzt und für jetzt nur eine Änderung der nachteiligsten Bestimmungen beispielsweise im Geldverkehr herbeigeführt werden.*³ [B] — **2. Pensionssache.** [B]

¹ *Zu TOP 1 eine Denkschrift Uhdens v. 7.12.1846, in der er sich gegen eine Verzögerung der neuen preußischen Postgesetze aussprach.*

² *Die Entwürfe des im Protokoll auch erwähnten neuen Post-Gesetzes und des Porto-Tax-Regulativs mit Voten sowie der Immediatbericht v. 27.12.1846, in: Rep. 84, II 2 P Nr. 14, n.f.*

³ *Vgl. KO v. 24.12.1847 zur Gleichstellung des Porto für ausländisches Papiergeld mit dem Porto für inländisches Papiergeld, GS, 1848, S. 14.*

Nr. 397 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 220–222 und 224–244 [Teilprot. 31a–f], Anlage¹: Bl. 223; MF 335/336.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 4], Rother [1–4 U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3; U], Bischoff [zu 4], Costenoble [zu 2–6], v. d. Recke, v. Rönne [beide zu 2], Schröner [zu 5], Starke [zu 6], v. Stein-Kochberg [zu 3; U].

1. Mitteilung über die Ernennung Costenobles zum vortragenden Rat im Staats-Ministerio mit der Befugnis, den Sitzungen desselben beizuwohnen. — **2. Geld- und Aktienverkehr.** Abänderung der Verordnungen² vom 13. Mai 1840 und vom 24. Mai 1844 bzw. Aufhebung der letzteren. Vor definitiver Beschlußnahme soll eine gründliche Begutachtung durch die Vorstände der Kaufmannschaft an den ersten Handels- und Börsenplätzen des Staates die Frage nach dem Einfluß beider Verordnungen auf den Geld- und Effekten-Markt beantworten. — **3. Gehaltssache.** [B] — **4. Duelle.** In Verbindung mit dem Gesetzentwurf³ zur Bestrafung des Zweikampfes scheint der Erlaß eines solchen Spezialgesetzes nicht empfehlenswert. [B] — **5.** Bei Anstellung von Agenten der Feuer-Versicherungs-Gesellschaften ist weiterhin die Bedürfnisfrage zu prüfen.⁴ [B] —

¹ *Zu TOP 2 beiliegende Bemerkungen Rothers v. 25.11.1846 über die Begutachtung durch die Handelskammern, denen Bodelschwingh mit seiner Unterschrift ausdrücklich beitrug.*

² *Die VO v. 13.5.1840 zum Verkehr mit ausländischen Papieren, GS, S. 123; die VO v. 24.5.1844 über Eröffnung von Aktienzeichnungen für Eisenbahn-Unternehmungen und den Verkehr mit den dafür ausgegebenen Papieren, GS, S. 117. Beide VO sind erst mit dem Gesetz v. 1.6.1860, GS, S. 220 außer Kraft gesetzt worden.*

³ *Rep. 84, II 2 D Nr. 12, n.f., dort auch Savignys Votum v. 27.7.1846 und der Immediatbericht als Entwürfe sowie die KO v. 8.1.1847, die dem Beschluß des Staatsministeriums entsprach.*

⁴ *Das Votum Bodelschwinghs in: Rep. 84, II 2 F Nr. 3 Bd. 1, Bl. 402–410. Die KO v. 5.1.1847, GS, S. 32.*

6. Gerichtsgebühren. Bestimmungen über Schreibgebühren und andere anfallende Kosten der Justizkommissarien und Notare sind der neuen Gebühren-Taxe vorzubehalten. *Gesetzentwurf*⁵ über die Verbindlichkeit zur Erstattung der Mandatariengebühren: *Kontroverse Debatte, ob diese Erstattungsverbindlichkeit auch auf alle Bagatell-Prozesse sowie auf die Injurien-Prozesse der Leute gemeinen Standes auszudehnen sind. Die Majorität ist für die Festlegung einer Mindestsumme. Ausarbeitung eines neuen Entwurfs.* [B]

⁵ Ein im Sommer 1846 revidierter Entwurf zur VO über die Erstattung der Gebühren eines Anwalts der Gegenpartei, die Schreibgebühren der Justizkommissarien in Bagatellsachen und die Reise- und Zehrungskosten der Justizkommissarien und Notarien sowie ein Votum Uhdens v. 16.6.1846, in: Rep. 84, II 2 I Nr. 12, n.f. Vgl. auch Rep. 84, II 2 G Nr. 31, n.f. zu den Punkten 8–9 der KO über die Anwendung der bestehenden Sporteltaxen auf die neueren Prozeßverordnungen v. 26.7.1847, GS, S. 321.

Nr. 398 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1846.

Vollz. Reinschr., Bd. 54, Bl. 245–253v [Teilprot. 32a–c]; MF 336.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [zu 1; U], Uhdens [U], Duesberg [U]. — Prot.: [a] [Voswinckel]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 2], Costenoble, Günther [zu 1], v.u.z. Mühlen [zu 3], Voswinckel [zu 1].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Grundsteuer.** Entwurf¹ eines Reglements über die Bewilligung von Grundsteuererlassen in denjenigen Landesteilen der Provinz Sachsen, die zum vormaligen Königreiche Westphalen gehört haben: Normierung der zukünftig anzuwendenden Remissionsätze. *Spezialdiskussion.* Begutachtung durch die Landtage der Provinzen Sachsen und Brandenburg. [B] — **3. Bauerngüter.** *Gesetzentwurf*² wegen Abschätzung bäuerlicher Grundstücke; *Fassungsänderungen.* [B]

¹ Der Entwurf des Reglements mit Anlagen in: Rep. 90, Tit. XL Abgaben Sachsen Nr. 4, n.f. Dort weiter der Immediatbericht v. 10.12.1846 sowie die Entwürfe zu Propositionsdekreten für die sächsischen bzw. märkischen Provinzialstände.

² Der Entwurf mit der im Protokoll erwähnten Denkschrift in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 37, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 9. Januar sowie die KO v. 25.1.1847 über die Vorlage des Entwurfs an die Provinzial-Landtage zur Begutachtung.

Nr. 399 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 28. November 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 276–283v; MF-Suppl. 27.

Anwesend [U]¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Canitz, Duesberg, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: Costenoble [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Gemäß der Ordre² vom 7. November jetzt genaue Prüfung der im Kabinett ausgearbeiteten neuesten Entwürfe der Verordnungen wegen Fortbildung der ständischen Verfassung. Teilweise Verlesung der Protokolle vom 24. Juli sowie vom 12. September diesen Jahres; die bei letzterer Sitzung nicht anwesenden Personen äußern sich, ob es ratsam ist, Abänderungen der jetzt zu erlassenden ständischen Gesetze von dem Petitionsrechte des Vereinigten Landtages auszuschließen. Diese erneute Diskussion hält Wilhelm für notwendig, da er wegen der geringen Anzahl der damaligen Teilnehmer die dortige Abstimmung [...] nicht für bindend anzuerkennen vermag. Zugleich besteht er darauf, daß im Entwurf über die Bildung des Vereinigten Landtages [...] das Recht, die jetzt zu erlassenden ständischen Gesetze auch ohne ständischen Beirat abzuändern, allein dem König vorbehalten bleiben soll. Dazu Grundsatzdiskussion, weil jenes Recht nicht den Grundsätzen der bestehenden ständischen Gesetzgebung entspricht. Ein Beschluß wird bis zur Prüfung des Entwurfs über die Bildung des Vereinigten Landtages ausgesetzt. Bei der [...] nachträglichen Abstimmung sind Gustav v. Rochow sowie Rother [...] für die gedachte Beschränkung des ständischen Petitionsrechts; danach referiert Wilhelm noch über neue Momente zur Vorbeugung von verderblichen Anträgen sowie zur beabsichtigten Separat-Abstimmung des Herrenstandes. Mühler, Eichhorn, Voß und Adolf v. Rochow äußern sich wie die Majorität gegen die vorgeschlagene Beschränkung. Einigkeit herrscht darüber, daß der Landtags-Marschall kein Staatsbeamter sein sollte. [B] — Beratung des Entwurfs³ zum Patent: Wilhelms Einspruch, daß mit der Verleihung des Steuerbewilligungsrechtes die Rechte der Krone nicht mehr unversehrt auf die Nachfolger Seiner Majestät übergehen würden, wird abgelehnt. Fassungsänderungen. Vertagung der weiteren Beratung auf den 2. Dezember. [B]

¹ Gelesen: Uhden [U].

² Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 16–16v. Darin erklärte Friedrich Wilhelm IV. die neue Form des Gesetzes, nämlich daß es in ein Patent und drei verschiedenen Verordnungen zerfällt, weil er jede Ähnlichkeit mit einem sogenannten Staats-Grundgesetz vermeiden will. Deshalb soll für die größere Versammlung nur der Ausdruck „Vereinigter Landtag“ gebraucht werden, Bl. 16. Dort weiter Bl. 17–33v auch die Entwürfe für das Patent zur Fortbildung der ständischen Korporationen, für eine VO über die Bildung des Vereinigten Landtages, für eine VO über die periodische Zusammenberufung der Vereinigten ständischen Ausschüsse und deren Befugnisse sowie für eine VO zur Bildung einer ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen.

³ Ein weiterer, stark korrigierter Entwurf in: BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1846–47, Bl. 104–111v; dort ferner die anderen o.g. Entwürfe, Bl. 112–115v.

Nr. 400 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 254–278kv [Teilprot. 33a¹–c]; MF 336/337.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh², Stolberg-Wernigerode [zu 3], Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [für Uhden], Costenoble, Krug [zu 2], H. v. Mühler [zu 1], v. Schleinitz [zu 3].

¹ Über diesem Protokollteil befindet sich der Vermerk Anlage A, ohne daß ersichtlich wird, worauf sich dies bezieht, Bl. 254.

² TOP 3: Mathis für Bodelschwingh [U].

1. Vermögen der katholischen Kirche. *Generelle* Behandlung des Vermögens von erloschenen Parochien³ aufgrund des *Immediatgesuchs* der evangelischen Gemeinde zu Seifersdorf. Ausführung eines Staatsgesetzes *unabhängig von Rom, aber im Einvernehmen mit dem* bischöflichen Stuhl in Breslau, *der seinerseits nicht ohne vorgängige* Autorisation von Rom *vorgehen möchte*. [B] — 2. Ablöslichkeit der Realabgaben. Entwurf⁴ eines Gesetzes wegen der Zulässigkeit von Verträgen über unablösliche Geld- und Getreideabgaben sowie die Ablösung neu entstandener Realabgaben, *um möglichst eine Gleichstellung der Ablösungsgrundsätze in der ganzen Monarchie zu erreichen. Beibehaltung der unablöslichen* Getreiderente. *Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen*. [B] — 3. *Entwürfe*⁵ einer Baupolizei- sowie einer Feuer- und Lösch-Ordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg und der Kreise Dramburg und Schievelbein: *Die* Publikation derselben *scheint, da derartige* Polizei-Verordnungen *nicht selten* mehrfacher Abänderungen bedürfen, [...] durch die *Gesetzsammlung nicht ratsam und durch die Amtsblätter*⁶ der betreffenden Regierungen *ausreichend*. Die *Strafbestimmungen sind mit [...]* dem neuesten Entwurf des allgemeinen Strafgesetzes [...] *in Übereinstimmung zu bringen. Spezialdiskussion*. [B]

³ *Geregelt durch das Gesetz über erloschene Parochien v. 13.5.1833, GS, S. 51. Das Immediatgesuch der evangelischen Gemeinde wegen Überlassung des Glockenturms und des Geläutes der dortigen, für erloschen erklärten katholischen Parochie v. 3.8.1844, in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XX Nr. Bd. 7, Bl. 134–139v. Eine von Eichhorn verfaßte umfangliche geschichtliche Darstellung vom April 1842 zur bisherigen Ausführung des Gesetzes, in: Rep. 89, Nr. 23387, Bl. 11–65v. Dort Bl. 107e–135 zum Immediatgesuch Seifersdorf ein Immediatbericht Eichhorns v. 26.5.1845, weitere Papiere zum Verhältnis Preußen – katholische Kirche – Rom von 1844 bis 1846 sowie der Immediatbericht v. 9.1.1847. Die KO v. 26.2.1847 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 86, Bl. 6.*

⁴ *Rep. 90, Tit. XX A Nr. 25, Bl. 135–136, ferner die Beratung im Staatsrat seit Sommer 1844 und Bl. 78–78v das Gesetz (hs.) v. 31.1.1845. Ebd., Bl. 182–244v ein weiterer Entwurf (Druck) vom Januar 1846 für die Landesteile, in welchen die Ablösungs-Ordnungen v. 13.7.1829 und 18.6.1840 und das Ablösungs-Gesetz v. 4.7.1840 Gesetzeskraft haben, der Immediatbericht v. 19.1.1847 mit einer neuen Fassung des Entwurfs und die Proposition (Entwurf) an die Stände der Provinzen Brandenburg, Sachsen und Westfalen. Dort weiter Bl. 246 die KO v. 1.2.1847 mit Verweisung an die Landtage, auch neben den o.g. noch an die Rheinprovinz.*

⁵ *Verschiedene Entwurfsfassungen mit Erläuterungen und Voten zur Feuer-Lösch- bzw. Baupolizei-Ordnung in: Rep. 84, II 5 M Nr. 19 bzw. 20. Revidierte Entwürfe zum Strafgesetzbuch vom November/Dezember 1846 in: Rep. 84, II 4 I Nr. 19, Bl. 263–366.*

⁶ *Die Baupolizei-Ordnung v. 11.10.1847 z.B. gedr. in: Amts-Blatt der kgl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, 17.12.1847 (Nr. 51), S. 383. Dort auch S. 395 die Feuer- und Lösch-Ordnung v. 11.12.1847.*

Nr. 401 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 2. Dezember 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 284–293v; MF-Suppl. 27/28.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: Costenoble [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Vollziehung des Sitzungsprotokolls vom 28. November. Fortgesetzte Beratung über die neuesten Entwürfe der Verordnungen wegen Fortbildung der ständischen Verfassung. *Der* Prinz von Preußen *fordert, seine gegenteiligen* Ansichten über die wesentlichsten Bestimmungen *diesem* Protokolle *beizufügen*¹. *Gesetzentwurf* wegen Bildung des Vereinigten Landtages: *Fassungsänderungen* zum Eingang der Verordnung sowie zu einzelnen Paragra-

¹ *Diese Erklärung v. 2.12.1846 als Costenobles Abschr. v. 5.12.1846 in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 294–295. Vgl. dazu auch Sitzung am 21.1.1847, Anm. 3.*

phen. Spezialdiskussion, u.a. darüber, daß dem Vereinigten Landtag nicht der gesamte Staatshaushalt vorgelegt werden soll, um den Staatsschatz sowie den Betrag desselben auch weiterhin als Geheimnis zu bewahren. Der Protest von Voß, daß den Ständen dennoch ein Kontrollrecht über den Staatshaushalt eingeräumt werden soll, findet keine überwiegende Unterstützung; vertagt. [B]

Nr. 402 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 3. Dezember 1846.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 296–299v; MF-Suppl. 28.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen, Mühler, G. v. Rochow, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Voß. — Prot.: Costenoble [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Verlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung und nochmalige Feststellung durch Voß, daß es den Landtagsdeputierten nicht erlaubt sein darf, ihren Wählern Versprechungen über ihre Wirksamkeit auf den Provinzial-Landtagen zu erteilen. — Prüfung des Entwurfs der Verordnung über die periodische Zusammenberufung der Vereinigten ständischen Ausschüsse und deren Befugnisse: Voß widerspricht erneut der beabsichtigten Periodizität. Fassungsänderungen. Allgemeine Gesetze können ausnahmsweise auch den getrennten Provinzialständen zur Begutachtung vorgelegt werden. — Prüfung des Entwurfs der Verordnung zur Bildung einer ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen. — Die Publikation der zu erlassenden Verordnungen ist Anfang Februar günstig, die Eröffnung des Vereinigten Landtages soll nicht vor Ende März sein. [B]

Nr. 403 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 279–283v [Teilprot. 34a–c]; MF 337.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [zu 1 und 3], Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 2–3; 3 U], Bornemann [zu 1], Costenoble, v. Schleinitz [zu 3; U], A. W. Schulze [zu 1].

1. Die Immediatbeschwerden¹ der Magistrate zu Berlin und Stettin in Betreff der Kommunal-Besteuerung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft sind zurückzuweisen. [B] — **2.** Pensions-sache. [B] — **3.** Disziplinarsache. [B]

¹ Dazu zahlreiche Voten, ein ausführlicher Immediatbericht v. 19.5.1847 sowie die bestätigende KO v. 17.10.1847, in: Rep. 90a, F II Nr. 4 Bd. 1, n.f.

Nr. 404 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 284–287 [Teilprot. 35a–b]; MF 337.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther, Starke [beide zu 1], v. Villers [zu 2].

1. Gehaltssache. [B] — **2. Meinungsdifferenz** zwischen den Ministerien des Innern und der Finanzen zum Wunsch der Stadt Wesel nach Beschreitung des Rechtsweges in Betreff ihres Anspruchs auf Wiedergewährung der aus der Akzise-Kasse bis zum Jahre 1806 bezogenen Kompetenz. Anspruch abgewiesen.¹ [B]

¹ *Voten, Immediatbericht v. 31.1.1847 und die KO v. 26.7.1847 in: Rep. 90, Tit. XVII Westfalen u. Rheinprovinzen Nr. 13, n.f. Ein gemeinsamer Bericht von Bodelschwingh, Flottwell und Uhden v. 5.7.1846 sowie ein Votum Savignys v. 12.11.1846, in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, n.f.*

Nr. 405 Sitzung des Kronrats im Schloß Charlottenburg am 20. Dezember 1846.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 22799, Bl. 93–94v; MF-Suppl. 28.

Anwesend: Friedrich Wilhelm IV. [V], Eichhorn, Thile [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Voß.

Geduldete Religionsgesellschaften. Eingabe¹ des Ober-Landes-Gerichts-Präsidenten von Gerlach [...] über die im Staatsrat beratene Verordnung zur bürgerlichen Beglaubigung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen bei bloß geduldeten Religionsgesellschaften und über das dieser Verord-

¹ *Die Eingabe v. 14.12.1846 in: Rep. 89, Nr. 22799, Bl. 80–90v. Gerlach hatte gegen die Fassung des Staatsrats insofern interveniert, als man darin stillschweigend davon ausgegangen war, daß jede sich abspaltende Religionsströmung als geduldete Religionsgesellschaft Anerkennung finden würde, der Entwurf somit eine ebenso gefährliche als unbegründete Begünstigung des Dissidententums enthält und dadurch Kirche und Staat zu schwächen und zu erschüttern droht. Dies bezog v. Gerlach vorzüglich auf die Deutsch-Katholiken, auf die „freien“ Gemeinen Ruppis und Wislicenius' und auf die Reform-Juden, ebd., Bl. 80v–81. Dazu kommt, daß das Patent den Ausdruck „bürgerliche Rechte und Ehren“, die bei Übertritt in eine geduldete Religionsgesellschaft unbeschadet bleiben sollten, als Gegensatz von kirchlichen Verhältnissen braucht und somit die politischen Rechte bei den bürgerlichen mit einschließt, also die Fähigkeit der Gerichtsbarkeit, des Kirchenpatronats und der Lehrämter an Schulen und Universitäten, der Kreis- und Landstandschaft, der Kommunal- und der Militär- und Zivil-Staatsämter, ebd., Bl. 88–89. Dort weiter Bl. 97–106 ein Promemoria Costenobles v. 23.12.1846 mit einer Neufassung für das Patent sowie das Protokoll einer Konferenz zwischen Thile, Bodelschwingh, Eichhorn, Savigny, Uhden und v. Voß am 1.1.1847. Diese Konferenz hatte Thile am 25.12.1846 angeregt und zur Diskussion gestellt, das Patent mit einem noch aufzunehmenden Absatz zur Bestrafung des inneren Aufbegehrens der Kirche zu nutzen. Wegen weiteren Klärungsbedarfs darüber wurde das Kronrats-Protokoll nicht vollzogen; Thiles Vorstoß lehnten die Minister in der Besprechung am 1. Januar ab.*

Zu dieser Auseinandersetzung um die Jahreswende 1846/47 und zur Vorgeschichte von Gerlachs Eingabe vgl. auch Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz, S. 404–406. Bei Kraus, Ernst-Ludwig von Gerlach, T. 1, S. 365–370 ist allgemein von Gerlachs Abneigung zum Religions-Patent die Rede, jedoch wird diese Denkschrift mit ihren Auswirkungen dort nicht erwähnt. In Gerlachs Tagebuch datiert dessen Intervention beim König auf dem 19.12., der Kronrat schien ihm nicht bekannt geworden zu sein, vgl. ders., Aufzeichnungen, Bd. 1, S. 463 und 478–480. Vgl. weiter auch mit Bezug auf das Protokoll Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 5, S. 359.

nung zum Grunde liegende *Religions-Patent*. *Friedrich Wilhelm IV. erklärt grundsätzlich*, daß von einer Zurücknahme oder einer Änderung des Patents in seinem Prinzip nicht die Rede sein kann. *Präzisere Formulierungen hingegen sind bei der Verordnung für die Zwischenzeit von der Trennung [...] bis zu dem Moment, da die Duldung ausgesprochen wird, vonnöten. Änderungen:* Von einer der anerkannten Kirchen sich *getrennt haltende Personen* haben in Beziehung auf die Anmeldung der Geburten, Ehen, Todesfälle lediglich den Zivilstand. So lange dieses Verhältnis dauert, ruhen auch die politischen und Ehrenrechte, welche sonst mit ihrer bürgerlichen Stellung verbunden sein würden. Erst *nach Erlangung der gesetzlichen Duldung ihrer Religionsgesellschaft [...] treten für deren Mitglieder* die Bestimmungen des Patents und der Verordnung *in Kraft, wobei der Genuß der politischen und Ehrenrechte von den entsprechenden Bestimmungen [...] in der Konzessions-Urkunde für die betreffende Religionsgesellschaft geregelt wird.* [B]

Nr. 406 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Dezember 1846.

Vollz. Reinschriften, Bd. 54, Bl. 288–297 [Teilprot. 36a–b]; MF 337. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3681, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Köhnemann, Sibeth [beide zu 2; U], Stiehl [zu 1].

1. Schulordnungen für die Volksschulen. Mit Ausnahme der Provinz Preußen besteht die *Notwendigkeit zu neuen Provinzial-Schulordnungen, wobei die Fassung der Schulordnung¹ für die Provinz Preußen das Vorbild abgeben soll.* Entwurf² der Schulordnung für die Provinz Brandenburg: *Spezialdiskussion, auch zu einzelnen Abweichungen von der preußischen Schulordnung durch die notwendige Rücksicht auf die verschiedenen provinziellen Verhältnisse, zur Besoldung der Lehrer sowie zur Schulaufsicht; vertagt.* [B] — **2. Pensionssache.** [B]

¹ Gesetz v. 11.12.1845, GS, 1846, S. 1.

² Der von Eichhorn am 10.12.1846 vorgelegte Entwurf mit seinem umfänglichem Votum in: Rep. 90, Nr. 1746, Bl. 9–62v. Dort auch ein Votum Eichhorns vom gleichen Tage über den Erlaß von Provinzial-Schul-Ordnungen überhaupt, Bl. 2–8v. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 124 Nr. 4, Bl. 3–59v sowie Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 3, Bl. 26–83v.

Nr. 407 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 1–10 [Prot. 1a]; MF 337. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1746, Bl. 197–206; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Rother, Eichhorn, Savigny, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, O. v. Manteuffel.

Fortgesetzte Beratung des Entwurfes einer Schulordnung für die Provinz Brandenburg: Spezialdiskussion u.a. zum Schulvorstand, zur Befugnis der Regierungen zur Einrichtung neuer Schulen und Schulklassen auch nach Maßgabe der konfessionellen Verhältnisse zu entscheiden sowie zur Unterhaltungsverpflichtung der Schulen beider Konfessionen seitens der bürgerlichen Gemeinden; vertagt. [B]

Nr. 408 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 11–30 [Prot. 2a]; MF 337/338. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1746, Bl. 207–226; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Stiehl.

Schulordnungen für Volksschulen. Abschluß der Beratung über den Entwurf einer Schulordnung für die Provinz Brandenburg. Spezialdiskussion u.a. zur Verteilung der Kosten unter den Gemeinden oder Ortschaften; Festsetzung der eigentümlichen Verhältnisse der Gutsherren in den ehemals sächsischen Landesteilen der Provinz hinsichtlich ihrer Leistungen zu Kirchen- und Schulbauten in einer speziellen Verordnung¹. Die Gründung eines Unterstützungs-Schulfonds für die Provinz Brandenburg sollten die Stände, auch in den anderen Provinzen, in Erwägung [...] ziehen. [B] — Entwurf² der Schulordnung für die Provinz Sachsen: Beschränkung der Spezialdiskussion auf provinzielle Eigentümlichkeiten, u.a. zum Berufsrecht der Schullehrer, zum Institut der Lehrerinnen sowie zu den Unterhaltungskosten. [B] — Entwurf der Schulordnung für die Provinz Posen: Spezialdiskussion u.a. zum Problem der Simultanschulen hinsichtlich der dortigen konfessionellen und nationalen Verschiedenheit; zur Berufung der Schullehrer durch die Regierung. [B] — Entwurf der Schulordnung für die Provinz Westfalen: Spezialdiskussion u.a. zum Berufsrecht [...] des Schulvorstandes [...] auf dem Lande sowie zur Einwirkung des Bischofs bei der Ernennung der katholischen Schullehrer im Fürstentum Münster. [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 4.1.1848, TOP 4.*

² *Rep. 90, Nr. 1746, Bl. 104–117v, ein Votum v. Dezember 1846, Bl. 104–124v. Ebd., Bl. 64–103v die Entwürfe für Posen bzw. Bl. 125–144v für Westfalen mit den Voten Eichhorns. Ausarbeitungen Voswinckels dazu jeweils hinter den Voten in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 3, Bl. 103–179.*

Nr. 409 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 31–44v [Teilprot. 3a–b]; MF 338. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.; Teildruck [TOP 2]: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, I. Abt., Bd. 6, S. 480–484.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Uhden [U], Canitz [zu 1; U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 2], Costenoble, Mathis [zu 2], H. v. Mühler [zu 1].

1. Geduldete Religionsgesellschaften. Nach Begutachtung durch den Staatsrat und der Eingabe¹ des Oberlandesgerichtspräsidenten Gerlach nochmalige Beratung des Entwurfs² einer Verordnung

¹ *Vgl. Sitzungen am 4.8.1846, TOP 2 und am 20.12.1846.*

² *Der Fortgang der Beratung seit September 1846, dann auch im Staatsrat sowie weitere Entwürfe bis hin zum Erlaß der VO, in: Rep. 90a, D VI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f., Rep. 89, Nr. 23634, Bl. 59–191 und Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 86 Bd. 2, n.f. Die vom Dezember 1846 bis März 1847 vorgenommenen Überarbeitungen gemäß der Eingabe Gerlachs in: Rep. 89, Nr. 22799. Die VO betr. die Geburten, Heiraten und Sterbefälle, deren bürgerliche Beglaubigung durch die Ortsgerichte erfolgen muß, v. 30.3.1847, GS, S. 125. Vgl. auch Nauwerck, Das preußische Religionspatent vom 30. März 1847, Leipzig 1847.*

über die bei geduldeten Religionsgesellschaften vorkommenden Geburten, Heiraten und Todesfälle: Hinzufügung zweier Zusätze über die Ausdehnung [...] auch auf die Zwischenzeit, ehe eine neu sich bildende Religionsgesellschaft die förmliche Duldung erhalten hat, sowie wegen Einschaltung einer Bestimmung über die Sühneversuche in Ehescheidungsklagen. Um eine Ordnung der Zivilstandsverhältnisse zu ermöglichen, soll der erste Zusatz nicht auf einzelne Personen, sondern nur auf die Mitglieder einer neu sich bildenden Religionsgemeinschaft Anwendung finden. [B] — 2. Bedenken³ seitens des Kriegsministers zum Entwurf⁴ des Strafgesetzbuchs: Einigung u. a. zur Zuchthausstrafe, die den Verlust der Ehrenrechte, einschließlich des Waffendienstes, nach sich ziehen soll, sowie zur Beibehaltung der Vermögenskonfiskation als Kontumazialstrafe für flüchtige Hoch- und Landesverräter. [B]

³ Boyens am 10.1.1847 schriftlich formulierte Bedenken in: Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 2, Bl. 22–28, dort auch Bl. 2–16v mehrere Voten. Diese und weitere Materialien auch in: Rep. 84, II 4 I Nr. 17, Bl. 247–327. Die Bedenken gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, I. Abt., Bd. 6, S. 485–491.

⁴ Ein Entwurf vom Dezember 1846 in: Rep. 84, II 4 I Nr. 19, Bl. 184–245. Ebd., Bl. 246–368 auch Fragen zur Beratung im Plenum des Staatsrats sowie weitere Fassungen.

Nr. 410 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. Januar 1847.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A, Bl. 306–312; MF-Suppl. 28.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen², Mühler, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Uhden, Canitz, Duesberg, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: Costenoble [U].

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Infolge der vom Prinzen von Preußen geäußerten Bedenken³ gegen verschiedene Bestimmungen der neuen ständischen Gesetzentwürfe sind einige, von Friedrich Wilhelm IV. vorgenommene Modifikationen zu beraten und darüber abzustimmen: 1. Die wichtigste der vom König beschlossenen Modifikation der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtages sieht den Herrenstand als eine für sich bestehende Abteilung, die in absonderlicher Versammlung beratschlagen und abstimmen soll, vor. Einigkeit darüber, daß bestimmte Teilnehmer von Kollektivstimmen dem Herrenstand [...] hinzutreten sollen, um diesen zu verstärken. 2. Die Majorität widerspricht dem Vorschlag des Königs und plädiert weiterhin dafür, daß der Herrenstand gesondert vom Vereinigten Landtag über die Aufnahme neuer Staatsanleihen oder über die Erhebung neuer oder eine Erhöhung der bestehenden Steuern beraten und beschließen soll und bei abweichendem Votum ein vermittelndes Gutachten zu erstellen ist. Die unter 3. angeordnete Modifikation findet nur teilweises Einverständnis, nämlich darin, daß die Mitglieder des Herrenstandes sich durch Bevollmächtigte vertreten [...] lassen können. Dagegen macht die Mehrheit, einschließlich des Prinzen von Preußen, ihre Entscheidung über die Vertretungsbefugnis der

¹ Unter anderem abschwächende bzw. einschränkende Korrekturen des Prinzen von Preußen bei einzelnen Beschlüssen. Ein von Costenoble erstelltes Konzept des Protokolls anliegend, Bl. 300–305v.

² Später hinzugekommen.

³ Vgl. dazu die Denkschriften von Ende 1846/Anfang 1847 in: BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1846–47, Bl. 41–57v, teilweise gedruckt bei Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, Anlage 18, S. 78b–97b. Friedrich Wilhelm IV. hatte am 27.12.1846 eine KO mit Modifikationen zu den Gesetzentwürfen erlassen, vgl. Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 129–129v; dort auch Bl. 177–178 die jeweils namentliche Abstimmung dieser Sitzung zu den einzelnen königlichen Modifikationen. Zum Konflikt zwischen dem König und dem Prinzen von Preußen um den Jahreswechsel 1846/47 vgl. auch Bahne, Verfassungspläne und Prinzenopposition, S. 86–93 und Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 655 f.

königlichen Prinzen von der Entscheidung des Königs zu 2. abhängig. Unter 4. zieht Wilhelm seinen Vorschlag zur Stimmenverstärkung der Ritterschaft [...] vorläufig zurück. Die unter 5. angeordnete wesentliche Modifikation der Zusicherung regelmäßiger Mitteilung des Haupt-Finanz-Etats und einer Übersicht des Staatshaushalts an den Vereinigten ständischen Ausschuß findet keinen Widerspruch. Die zu 6. vom König vorgeschlagene Variante zur Verstärkung des konservativen Elements auf dem Vereinigten ständischen Ausschusse kann als Meinungsverschiedenheit nicht ausgeräumt werden. Bezeichnung und Teilnahme [...] des Herrenstandes an den Wahlen hinsichtlich der Hauptverwaltung der Staatsschulden sowie zur ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen. [B]

Nr. 411 Sitzung des Staatsministerium am 26. Januar 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 45–61v [Teilprot. 4a–b]; MF 338/339. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [zu 2; U], Savigny [U], Bodelschwingh [zu 2], Uhden [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 2], Costenoble, Stiehl [zu 1].

1. Schulordnungen für Volksschulen. Entwurf¹ der Schulordnung für die Rheinprovinz. Angleichung an den Entwurf für Brandenburg bzw. Westfalen. [B] – Entwurf einer Schulordnung für die Provinz Pommern: Wegen der rechtlichen Besonderheiten für Neuvorpommern bzw. den Regierungsbezirk Stralsund soll der Entwurf lediglich für Altpommern bzw. die Regierungsbezirke Stettin und Köslin zutreffen. [B] — Entwurf der Schulordnung für die Provinz Schlesien: Spezialdiskussion zu deren Notwendigkeit; zum Verhältnis des Fürstbischofs zu den katholischen Schulen; zur Besoldungsfrage und zur Unterhaltungsverpflichtung. [B] — 2. Entwurf² einer Verordnung über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens in den auf der rechten Rheinseite gelegenen zu den Regierungsbezirken von Köln und Düsseldorf gehörigen Landesteilen mit Ausschluß der Kreise Rees und Duisburg. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen. [B]

¹ Der Entwurf mit Eichhorns Votum in: Rep. 90, Nr. 1746, Bl. 149–173v. Ebd., Bl. 176–190v die Entwürfe mit Votum für Pommern sowie Bl. 233–239v der Immediatbericht v. 17.3.1847. Der Entwurf für Schlesien mit Votum in: Rep. 84, II 2 E Nr. 6 Bd. 3, Bl. 225–245v. Ebd., Bl. 206–206v und 246–247v die Zuarbeiten Voswinkels für die jeweiligen Entwürfe.

² Der Entwurf v. 27.12.1846 in: Rep. 84, II 2 K Nr. 1a, n.f.

Nr. 412 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 62–75v [Teilprot. 5a–b]; MF 339.

Anwesend [U]: Boyen [V], Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 2], Costenoble, Friedberg, Horn [zu 1; U].

1. *Pensionssache*. [B] — 2. Entwurf¹ einer Verordnung zum Kultus- und Unterrichtswesen der Juden: *Grundsatzdiskussion über die Notwendigkeit einer baldigen Regulierung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden, wobei die jüdische Religion stets ihren Charakter einer bloß geduldeten behalten wird. Weitere Debatte über den Geltungsbereich des Gesetzes unter Ausschluß des Großherzogtums Posen. Savignys Bedenken, daß der christliche Staat mit diesem Gesetzentwurf die Grenzlinie der Duldung überschreitet, finden keine Mehrheit. Vielmehr wird als Grundlage des ganzen Entwurfs die Verpflichtung der Juden zur Bildung von Synagogen-Vereinen bestätigt. Spezialdiskussion und Fassungsänderungen u.a. zur Bildung neuer Synagogen-Gemeinden und deren Rechtsfähigkeit sowie zur Bildung eines [...] Organs für die Abgabe der erforderlichen Gutachten, wobei der Eindruck einer Einmischung in die inneren Kultus-Angelegenheiten der Juden zu vermeiden ist*. [B]

¹ Mehrere Fassungen des Gesetzentwurfs mit Beilagen sowie einer 1845 umfänglich verfaßten Darstellung des jetzt bestehenden faktischen und rechtlichen Zustandes des jüdischen Kultus- und Unterrichtswesens in der preußischen Monarchie, in: *Rep.* 77, *Tit.* 30 Nr. 128, *Bl.* 14–324. Vgl. auch das Gesetz über die Verhältnisse der Juden v. 23.7.1847, *GS*, S. 263, wo der Titel II (S. 270–277) die Kultus- und Unterrichts-Angelegenheiten der Juden regelte.

Nr. 413 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 76–95v [Teilprot. 6a–c], Anlage¹: Bl. 96–96v; MF 339.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3], Boyen [V, U], Rother [zu 1 und 3; U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [2–3 U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 3], Costenoble, v. Lauer-Münchhofen [zu 1], H. v. Mühler [zu 2], v. Tenspolde [zu 1].

1. *Pensionssache*. [B] — 2. *Parochialrechte*. Entwurf² einer Verordnung für die Provinz Westfalen über die Beerdigung auf fremden Kirchhöfen. [B] — 3. *Weitere Verfahrensweise bezüglich der höheren katholischen Unterrichtsanstalten in der Provinz Posen: Die Anwendung des königlichen Befehls³ zur Auflösung und Wiederherstellung des Marien-Gymnasiums zu Posen [...] auch auf die anderen Gymnasien der Provinz [...], in welchen sich Spuren der Teilnahme an den revolutionären Bestrebungen gezeigt hatten, ist nicht erforderlich*. Fortbestehen katholischer Gymnasien in der Provinz Posen. Zweckmäßigkeit der Errichtung einer Realschule in der Stadt Posen und deren

¹ Zu TOP 3. Der am 8.5.1847 von Eichhorn abgezeichnete Zusatz bezieht sich auf eine erfolgte Modifizierung des *Immediatberichts*.

² Entwurf v. 23.12.1846 in: *Rep.* 89, Nr. 23501, n.f. Vgl. *VO* v. 15.3.1847, *GS*, S. 116.

³ Die *KO* v. 18.4.1846 an das Staatsministerium hatte befohlen, daß das genannte Gymnasium sofort aufgelöst, demnächst aber, und möglichst bald in einer solchen Einrichtung wieder hergestellt wird, welche die nötigen Garantien für die Zukunft gewährt, vgl. *Rep.* 90a, *Q III 2 Nr.* 6 *Bd.* 1, *Bl.* 25–26, bes. *Bl.* 25. Mit dieser *KO* hatte der König auf einen *Immediatbericht* des Staatsministeriums v. 14.4.1846 zur weiteren Verfahrensweise reagiert, worin Vorschläge des Oberpräsidenten v. Beurmann abgelehnt worden waren, vgl. *ebd.*, *Bl.* 9–22v. Dieser hatte in einem Bericht v. 5.4.1846 über die Organisation der Gymnasien des Großherzogtums Posen, die Aufhebung der konfessionellen, mithin auch der nationalen Trennung der Gymnasien, die Vereinigung von Marien-Gymnasium und Friedrich-Wilhelms-Gymnasium sowie die Gründung einer Realschule in Posen vorgeschlagen, vgl. *Rep.* 77, *Tit.* 343a Nr. 62, *Bl.* 17–21, bes. *Bl.* 17v–18.

Finanzierung.⁴ Änderungen⁵ im Gebrauch der deutschen und der polnischen Sprache [...] als Unterrichtssprache. [B]

⁴ *Ein Bericht v. Beurmanns an Eichhorn v. 5.12.1846 über die katholischen Gymnasien Trzemeszno und Ostrowo, in: Rep. 76, VI Sekt. VI Z Nr. 32 Bd. 2, Bl. 2–7v. Dort auch Bl. 29–36v der Entwurf zum Immediatbericht vom März 1847. Eine KO v. 6.8.1847, wonach die Trennung beider Gymnasien in der Stadt Posen beizubehalten war sowie die dortige Gründung einer Realschule auf Staatskosten bei gleichzeitigem Verzicht der städtischen Behörden in Personalangelegenheiten in Aussicht gestellt wurde, in: Rep. 77, Tit. 343a Nr. 62, Bl. 102–103. Ein Zusatz von Bodelschwingh und Duesberg zum Immediatbericht, was die Finanzierung der Realschule anging, ein weiterer Immediatbericht v. 6.7.1847 sowie die KO v. 6.8.1847, in: Rep. 90a, Q III 2 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 58–73.*

⁵ *Bezieht sich auf die Instruktion v. 24.5.1842 in: Rep. 76, VI Sekt. VI Z Nr. 32 Bd. 2, Bl. 61–65.*

Nr. 414 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 97–106 [Teilprot. 7a–c]; MF 339/340. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther [zu 1; U], v.u.z. Mühlen [zu 3], Starke [zu 2].

1. Pensionssache. [B] — 2. Definitive und spezielle Bestimmung von Gruppen der unteren Beamten, die im Sinne des § 15 des Disziplinalgesetzes¹ mit Arreststrafen als Ordnungsstrafen zu verschonen sind. [B] — 3. Verjährungsfristen für die Rückforderung irrtümlich gezahlter Abgaben aus gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen: Die Vorschläge² für Maßregeln zur Beschränkung der *condictio indebiti* aufgrund der zahlreichen anhängigen Prozesse sowie notwendiger Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Laudemien in Schlesien sind problematisch.

¹ *Der § 15 des Gesetzes v. 29.3.1844, GS, S. 77, sah vor, daß durch das Staatsministerium näher bestimmt wird, welche Beamte zu den unteren zu rechnen sind, S. 80. Eine Aufstellung der einzelnen Gruppen, Voten und der Beschluß des Staatsministeriums in: Rep. 90, Nr. 645, n.f. Der Beschluß mit der Aufführung der jeweiligen Gruppen in: Rep. 89, Nr. 3702, n.f.*

² *Diese enthalten im Vortrag Uhdens zur Beschränkung der *condictio indebiti* bei grundherrlichen Abgaben und Leistungen v. 5.11.1846 mit Gesetzentwurf, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 201, n.f.*

Nr. 414a Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1847.

Vortragsverzeichnis¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 25–26; MF-Suppl. 29.

Anwesend: Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: Costenoble.

Weitere Teilnehmer: Costenoble.

¹ *Es handelt sich um ein Vortragsverzeichnis, in dem jeweils gleich am Sitzungstag auch die Anwesenden und die Beratungsergebnisse nachgetragen worden sind.*

Geschäfts-Reglement für den Vereinigten Landtag. *Abbruch der Beratung.*

Nr. 415 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 21. Februar 1847.¹

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 235, Bl. 20–26; MF-Suppl. 28.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Voß, A. v. Rochow. — Prot.: [Costenoble, U].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [U], O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh U], v. Massow.

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Umgearbeiteter Entwurf² eines Reglements über den Geschäftsgang bei dem Vereinigten Landtage: Spezialdiskussion u.a. über die Ausgliederung der Bestimmungen über den Geschäftsgang auf dem Vereinigten ständischen Ausschuß; Modalitäten zur Eröffnung des Vereinigten Landtages; Stellung des Kommissarius zu den einzelnen Ministern. Es wird erwogen, die Überreichung einer Adresse auf die königliche Eröffnungsrede zu verhindern. Dem König soll von einer Sitzordnung nach Ständen dringend abgeraten werden, um das Gewicht der Opposition nicht noch zu vergrößern, da die Verschiedenheit der provinziellen Interessen von weit geringerer Bedeutung sein wird als die Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Stände. Modalitäten zur Veröffentlichung der Verhandlungen; vertagt. [B]

¹ *Das Vortragsverzeichnis des Staatsministeriums weist für den 20.2. eine Sitzung (ohne den Prinzen von Preußen) aus, auf der lt. Vermerk Costenobles vom gleichen Tag die Beratung des Reglements aber nicht zu Ende geführt werden konnte, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 25–26. Offensichtlich wurde dies dann am 21. Februar erledigt.*

² *Rep. 89, Nr. 235, Bl. 2–15v, Bl. 16–17v Bemerkungen zu dem Entwurf und Bl. 41–107 weitere Entwurfsfassungen. Vgl. dazu auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 663–666. Vgl. außerdem zwei Schreiben des Kabinettsministers Thile an das Staatsministerium v. 24./29.3.1847, worin die Modalitäten für die Eröffnung des Vereinigten Landtages geregelt waren, in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 220–221v und 223–224.*

Nr. 416 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 23. Februar 1847.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 235, Bl. 33–39; MF-Suppl. 28.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Voß, A. v. Rochow. — Prot.: [Costenoble, U].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [U], O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh U], v. Massow.

Vereinigter Landtag und Ständepolitik. Fortsetzung und Abschluß der Beratung über den Entwurf des Reglements über den Geschäftsgang bei dem Vereinigten Landtage. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen, u.a. über das Verfahren bei der Beschlußnahme über die Anträge auf Peti-

tionen und bei der Überreichung derselben sowie über den Vorschlag Friedrich Wilhelms IV. zur Errichtung einer Disziplinarbehörde für die Mitglieder des Vereinigten Landtages.¹ [B]

¹ Die nach den Beratungen vom 20. und 23.2.1847 umgearbeitete Fassung des Entwurfs in: Rep. 89, Nr. 235, Bl. 108–122 bzw. als Druck Bl. 123–127. Das Reglement v. 9.4.1847 gedr. in: Lancizolle, Rechtsquellen, S. 242–251.

Nr. 417 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 23. Februar 1847.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 55, Bl. 107–114 [Prot. 9a]; MF 340. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 10–17; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Müffling [U], Boyen [U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, A. v. Rochow [U], v. Voß [U].

Vorbereitung des Vereinigten Landtages. Grundsätzliche Verständigung² darüber, daß solche Gesetzentwürfe, welche bloß einzelne Provinzen betreffen, [...] den nächsten Provinzial-Landtagen, die dann allerdings spätestens im nächsten Winter zusammentreten sollen, vorzubehalten sind, dagegen dem Vereinigten Landtage bloß solche Gesetzentwürfe, welche sämtliche Provinzen betreffen, vorzulegen. Damit wird das Petitionsrecht auf dem Vereinigten Landtage lediglich den allgemeinen, den ganzen Staat betreffende Angelegenheiten vorbehalten. Danach wird das Verzeichnis von den bisher vorbereiteten Gesetzentwürfen gemäß dieser Kriterien durchgegangen. Auswahl der vorzulegenden Entwürfe, wobei u.a. vermieden werden soll, einen Gegenstand, der in das konfessionelle Gebiet einschlägt, vor den Vereinigten Landtag zu bringen. [B]

¹ Einschub auf Bl. 113 zur Vorlage eines weiteren Gesetzentwurfs durch den Justizminister.

² Diese hatte Friedrich Wilhelm IV. durch KO v. 15.1.1847 eingefordert, vgl. Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 9. Der Immediatbericht v. 12.3.1847 mit einem Verzeichnis der für die Provinzial-Landtage vorbereiteten [...] Propositionen, in: Rep. 89, Nr. 232, Bl. 97–109v, Bl. 110–111 die Zustimmung v. 31.3.1847. Bericht und Zustimmung auch in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 29–39v und 73–73v bzw. ebd., Tit. 522a Nr. 74, Bl. 11–13v. Vgl. dazu weiter Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 666–668.

Nr. 418 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1847.

Vollz. Reinschr.¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 232, Bl. 63–67; MF-Suppl. 28.

Anwesend: [Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Bodelschwingh, Canitz].

Weitere Teilnehmer: [O. v. Manteuffel].

¹ Hierbei handelt es sich um einen Bericht Manteuffels v. 5.3.1847 über eine Sitzung. Dieser beschrieb darin detailliert eine, in der Protokollreihe von Rep. 90a nicht überlieferte, Beratung des Staats-Ministerii (Bl. 63v) mit der dort kontrovers geführten Diskussion mit Abstimmung. Vorweg hatte das Staatsministerium entschieden, daß der Gegenstand streng genommen wohl zunächst zur Kognition der Immediat-Kommission für die Stände-Angelegenheiten gehören dürfte, daß dessen ungeachtet darüber doch sogleich hier beraten wurde, ebd.

Ritterschaftliche Stellvertreter auf dem Vereinigten Landtag z.B. bei Gutsbesitzern aus Schlesien, die als Teilnehmer der ritterschaftlichen Kollektiv-Stimmen und zugleich als ritterschaftliche Deputierte erscheinen werden. Wenn der Herrenstand in abgesonderter Versammlung sich berät, während gleichzeitig die übrigen 3 Stände zusammentreten, wird die Ausübung beider Funktionen unmöglich. Der Prinz von Preußen hat diese Angelegenheit namentlich mit Rücksicht auf die Wahl des Fürsten Lichnowski zur Sprache gebracht. Canitz' Vorschlag zu einer neuen Wahl wird abgelehnt und Bodelschwings Anordnung² zur Einberufung des Stellvertreters zugestimmt. Jedoch herrscht Meinungsverschiedenheit darüber, in welcher Weise die Stellvertretung ausgeübt werden soll. Wegen Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden zugunsten der Ansicht, nach welcher der einzuberufende Stellvertreter die Funktionen des Abgeordneten vollständig und in ihrem ganzen Umfange zu übernehmen haben wird. Abgelehnt wird die Modifikation, wonach der Stellvertreter zwar allen Beratungen des Vereinigten Landtags beiwohnen, [...] aber nur dann mitstimmen soll, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, welche nicht von den Standesherrn in Gemeinschaft mit den übrigen Ständen zu beraten sind.³ [B]

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Ein Immediatbericht Bodelschwings v. 5.3.1847 über das Stellvertretungs-Problem für den ritterschaftlichen Stand, worin er für eine nur eingeschränkte Stellvertretung plädierte, in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 301–306.

³ Der Entwurf einer KO v. 12.3.1847 an das Ministerium des Innern, wonach nur die eingeschränkte Stellvertretung vorzusehen ist, in: Rep. 89, Nr. 232, Bl. 68–68v.

Nr. 419 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1847.

Reinschr., Bd. 55, Bl. 115–122v [Prot. 10a]; MF 340. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 197–204v; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.; Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 70–73v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [O. Camphausen]¹.

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen, Costenoble, Kühne, O. v. Manteuffel.

Steuerreform. Gesetzentwürfe² wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer: Grundsätzliche Verständigung über die von der Staatsregierung dem Vereinigten Landtage gegenüber bei Vorlegung der beabsichtigten Finanzvorschläge einzunehmende Stellung. Mit der in Vorschlag gebrachten durchgreifenden Umgestaltung der bestehenden Steuergesetzgebung werden weder die Erhöhung der Einnahmen, noch die Ermäßigung der Steuern bezweckt. Sowohl bei einer ablehnenden als auch bei einer zustimmenden Entscheidung des Vereinigten Landtages wird die jetzt lediglich auf der Staatsregierung lastende Verantwortlichkeit zu alten oder neuen Ungerechtigkeiten von den Ständen mit

¹ Die protokollarische Tätigkeit Otto Camphausens erschließt sich aus den Konzepten für dieses und die folgenden Protokolle, in: Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 70–81. Camphausen äußerte sich in Briefen an seinen Bruder Ludolf zur inhaltlichen Vorbereitung sowie über diese und die nachfolgenden Sitzungen des Staatsministeriums zur Steuerreform, vgl. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. 2, S. 153 mit Anm., S. 170 f. und 178.

² Die gedruckten Entwürfe und eine Denkschrift aus dem Finanzministerium vom Januar 1847 in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 175–195v. Die gedruckten Entwürfe mit zahlreichen Korrekturen in: Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 82–91 und 97–104. Ebd., Bl. 28–69v nachfolgend die Berechnung, eine weitere Denkschrift und Voten. In einer KO v. 7.11.1846 an Rother, Bodelschwingh und Duesberg vermerkte Friedrich Wilhelm IV., dem Vereinigten Landtag mindestens einen Gegenstand seiner Beratung zu unterlegen, welcher seine Einberufung bedingt. Neben dem möglichen Eisenbahnbau auf Staatskosten verwies der König auch auf die mehrfach eingegangenen Anträge auf Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in die Klassensteuer, vgl. Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 1–1v.

getragen. *Die Streitfrage zur beabsichtigten Heranziehung der Offiziere zur Einkommensteuer wird nur durch die Stimme des vorsitzenden Ministers mit Majorität verneint, zumal man auch keinen Anlaß zu unangenehmen Erörterungen über das Militärbudget geben will. Der Immediatbericht muß wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes jedoch die beiderseitigen Ansichten ausführlich enthalten. Die vorzulegenden Gesetzentwürfe sind in doppelter Fassung, je für die eine oder andere Alternative zu überreichen; vertagt.* [B]

Nr. 420 Sitzung¹ des Staatsministeriums am 6. März 1847.

Reinschr., Bd. 55, Bl. 123–134 [Prot. 11a]; MF 340. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 205–216; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.; Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 73v–78.

Anwesend: [Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz], Mühler. — Prot.: [O. Camphausen]².

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen, Costenoble, Kühne, O. v. Manteuffel.

Steuerreform. Fortgesetzte Beratung über die Zweckmäßigkeit [...], dem Vereinigten Landtage den Gesetzesvorschlag zu einer Steuerreform vorzulegen oder ob nicht erst die Anträge der Stände abgewartet werden könnten. Kühne zu den Vor- und Nachteilen einer allgemeinen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, die nur durch eine kombinierte Klassen- und Einkommensteuer ersetzbar wäre, wobei bereits gewichtige Bedenken gegen eine Einkommensteuer geltend gemacht worden sind. Die Staatsregierung darf sich aber durch die allerdings der Finanz-Verwaltung erwachsende Unbequemlichkeit nicht abhalten lassen, einen Versuch zu machen, die stärkere Heranziehung der wohlhabenderen und die Entlastung der ärmeren Volksklassen zu bewirken. Beratung von Detailbestimmungen der vorgelegten Gesetzentwürfe: u.a. zu Steuererleichterungen für die Steuerpflichtigen in der untersten Klassensteuerstufe; zur Erhebung von Verbrauchssteuern; zur Exemption des Militärs; zur Möglichkeit einer Besteuerung gestaffelt nach dem Einkommen; vertagt.

¹ *Das Einladungsschreiben Boyens zur Sitzung an den Prinzen von Preußen v. 4.3.1847 bezeichnete diese als extraordinaire Sitzung, vgl. BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1847 Bd. 1, Bl. 108.*

² *Vgl. Sitzung am 2.3.1847, Anm. 1.*

Nr. 421 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 134–144 [Teilprot. 12a–b]; MF 340. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]¹: [Wilhelm Prinz von Preußen, Müffling, Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz [zu 1–2].] — Prot.: [O. Camphausen]².

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen, Costenoble, Kühne, O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh; U], A. v. Pommer-Esche, v. d. Reck [beide zu 2].

¹ *Canitz hat nur TOP 1 unterschrieben.*

² *Vgl. Sitzung am 2.3.1847, Anm. 1.*

1. *Fortsetzung und Abschluß der Beratung über die vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer: Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung, daß die Steuerpflichtigen die erforderlichen detaillierten Angaben geheim [...] halten und versiegelt einreichen und in einer besonderen Nachweisung lediglich die ermittelten Gesamtergebnisse angeben können. Weitere Spezialdiskussion zur Behandlung der aktiven Militärpersonen sowie sämtlicher Militärbesoldungen. Baldige Vorlage von Entwürfen³ für Proposition und Immediatbericht. Dabei soll dem Gesetzentwurf wegen Erhebung einer Einkommensteuer eine doppelte Fassung gegeben und Friedrich Wilhelm IV. anheim gestellt werden, ob nach dem Antrag der Majorität die Freilassung des Militärs hinsichtlich der Besoldungen oder nach dem Antrage der Minorität dessen Heranziehung sowohl wegen der Besoldungen als wegen des sonstigen Einkommens stattfinden soll. [B] — 2. Entscheidung, daß gemäß der von Duesberg vorgelegten Denkschrift⁴ dem Vereinigten Landtag eine Proposition wegen Beschaffung der zum Bau der Eisenbahn von Berlin nach Danzig und Königsberg erforderlichen Geldmittel zu machen ist. Zwei Finanzierungsvarianten, wobei die Preußische Ostbahn vermittelt einer Anleihe in angemessener kurzer Frist herzustellen ist, und die Regierung schon deshalb die Aufnahme einer Anleihe befürworten muß. [B]*

³ *Der Immediatbericht v. 16.3.1847 mit einer Beilage des Kriegsministers sowie der Propositionsentwurf in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 229–241v; dort weiter die KO v. 26.3.1847, die gedruckten Gesetzentwürfe sowie eine erneute Denkschrift von Duesberg vom März 1847, Bl. 242–292. Der Entwurf war von Camphausen bereits am 11.3. abgezeichnet und laut Mundierungsvermerk in der Sitzung vom 16.3. vollzogen worden, vgl. Rep. 151, II Nr. 1918, Bl. 93. Zur Aufhebung der Mahlsteuer vgl. die provisorische VO v. 4.4.1848, GS, S. 77.*

⁴ *Die auf März 1847 datierte Denkschrift zur Ausführung des Eisenbahnnetzes in Preußen in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 134–145, dort auch die Königliche Botschaft an den Vereinigten Landtag [...], wegen einer aus dem Eisenbahn-Fonds zu verzinsenden und zu amortisierenden Anleihe zur Ausführung der großen Preußischen Ostbahn, v. 28.3.1847, Bl. 133–133v. Dort weiter Entwürfe zum Propositionsdekret v. 11.4.1847, Bl. 226–227 und 275–279v. Dies alles gedruckt bei Bleich, Eduard (Hrsg.), Der Erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847, Erster Teil, Berlin 1847, S. 65–82. Vgl. weiter Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 121–123, bes. Anm. 319.*

Nr. 422 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1847.

Reinschr., Bd. 55, Bl. 145–151 [Prot. 13a]; MF 340/341. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 29, Bl. 115–139; Rep. 77, Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 173–182v.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann, Costenoble, O. v. Manteuffel, Mathis [beide für Bodelschwingh], Schröner.

Gesetzentwurf¹ über die Regulierung der staatsbürgerlichen Rechte und allgemeine Stellung der Juden: Grundsatzdiskussion darüber, daß keine Revision der bestehenden Partikular-Gesetzgebung

¹ *Rep. 90, Nr. 29, Bl. 82–87. Dort weiter ein Extrakt der Denkschrift des Ministers des Innern, der sich auf die früher vom König geäußerte Absicht, die Juden zu Kooperationen zu vereinigen, bezog, Bl. 90–112. Ein Votum Bodelschwinghs von Ende 1846/Anfang 1847 in: Rep. 77, Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 135–153. Ebd., Bl. 158–160v der gedr. Entwurf einer Verordnung betr. die bürgerlichen Verhältnisse der Juden. Der Entwurf und die Denkschrift von A. Ladenberg und Mathis gedruckt bei Bleich, Der Erste Vereinigte Landtag, 1. Teil, S. 232–278, die Beilagen dazu S. 279–362. Ein Entwurf, vermutlich von Anfang 1847, in: Rep. 77, Tit. 30 Nr. 128, Bl. 334–340v. Zu den Positionen vom König und Ministerium des Innern vgl. auch Fischer, Judentum, S. 177–178; vgl. weiter mit Bezug auf diese und die folgende Sitzung Brammer, Judentum, S. 330–332 sowie auch Strenge, Juden im preußischen Justizdienst,*

erfolgen soll, und daß man den vom König vorgegebenen Grundzügen für die Behandlung der Gesetzgebung über das Judenwesen nicht entsprechen kann. Vielmehr will man im Punkt über Bildung und Rechte der Korporationen, [...] von einer Organisation jüdischer Gemeinden von politischer Bedeutung absehen, aber die Freizügigkeit der Juden bei ihrer Niederlassung auf dem Lande und in den Städten gewähren. [B] Sofortige Bildung einer Kommission² von Räten aus verschiedenen Ministerien zur näheren Prüfung des Entwurfs. Spezialdiskussion zu den einzelnen Bestimmungen, wie z.B. über die Zulassung der Juden zu akademischen Lehrämtern mit Beschränkung [...] auf das Lehramt als Privatdozenten und außerordentliche Professoren. [B]

S. 62–67. Zum Beschluß des Staatsministeriums in dieser Sitzung vgl. auch Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt. Bd. 6, S. LXXVI.

² Der Kommission gehörten die Räte v. Saldern, Voßwinckel, Brüggemann, H. M. v. Rohr und Schröner an.

Nr. 423 Sitzung des Staatsministeriums am 16. März 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 151v–158 [Teilprot. 14a–b]; MF 341.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühlner [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhdn [U], Canitz [zu 1; U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 1], Costenoble, O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh], Mathis [zu 1; für Bodelschwingh U], v.u.z. Mühlen [zu 2], Schröner [zu 1].

1. Abschluß der Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf über die Regulierung der staatsbürgerlichen Verhältnisse der Juden unter Berücksichtigung der Vorschläge¹ der bereits gebildeten Ministerial-Kommission. Der Gesetzentwurf soll dem Vereinigten Landtage vorgelegt werden, wobei die königliche Zustimmung ausbleiben könnte, da der jetzige Gesetzentwurf nicht allen vom König angeordneten Grundzügen gefolgt ist. Deshalb soll Kabinettsminister Thile die königliche Beschlußnahme einholen.² [B] — 2. Standesheren. Gesuch des Fürsten zu Salm-Horstmar³ um Bewilligung einer Kompetenz aus den auf den Andrang der Gläubiger in Beschlag genommenen Revenuen seiner Standesherrschaft: Das Staatsministerium folgt nicht dem Antrag des Prinzen von Preußen, statt der bereits interimistisch auf 10 000 Thalern festgesetzten Kompetenz sogar 15 000 Thalern zuzubilligen. [B]

¹ Die Beratungsprotokolle der Kommission vom 15. und 17.3.1847 in: Rep. 77, Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 190–215.

² Vgl. dazu Brammer, Judenpolitik, S. 332.

³ Rep. 90, Nr. 207, n.f. Dort das im Protokoll erwähnte Votum Uhdens v. 13.11.1846, weitere Voten sowie der ausführliche Immediatbericht v. 14.4.1847, dem Friedrich Wilhelm IV. jedoch nicht mit einer Bestätigung folgte, da die Sache durch das dem Fürsten zu Salm-Horstmar aus dem Krontresor bewilligte Darlehen von 400.000 Thlr. sich erledigt hat, ebd.

Nr. 423a Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 20. März 1847.

*Vortragsverzeichnis*¹, Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 39–40; MF-Suppl. 29.*

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Müffling, Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Voß, A. v. Rochow. — Prot.: Costenoble.

Weitere Teilnehmer: Costenoble, O. v. Manteuffel.

Auf königlichen Befehl Vortrag in ständischen Angelegenheiten. Abbruch der Beratung.

¹ *Es handelt sich um ein Vortragsverzeichnis, in dem jeweils gleich am Sitzungstag auch die Anwesenden und die Beratungsergebnisse nachgetragen worden sind.*

Nr. 423b Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 23. März 1847.

*Vortragsverzeichnis*¹, Fundort: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 41–42; MF-Suppl. 29.*

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen, Müffling, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, A. v. Rochow. — Prot.: Costenoble.

Weitere Teilnehmer: Costenoble.

Fortsetzung und Abschluß der auf königlichen Befehl am 20. März begonnenen Beratung zu ständischen Angelegenheiten.

¹ *Es handelt sich um ein Vortragsverzeichnis, in dem jeweils gleich am Sitzungstag auch die Anwesenden und die Beratungsergebnisse nachgetragen worden sind.*

Nr. 424 Sitzung des Staatsministeriums am 30. März 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 159–168 [Prot. 15a]; MF 341.

*Anwesend [U]*¹: *Wilhelm Prinz von Preußen, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].*

Weitere Teilnehmer: Bornemann.

¹ *Mühlers Abzeichnung des Protokolls erfolgte mit dem ehrerbietigem Bemerkem, daß nach meiner Ansicht der Zeitpunkt eingetreten ist, dem Advokatenstande durch die Bildung eines eigenen Ehrenrats eine größere Selbständigkeit zu gewähren. Ich schließe mich daher den Anträgen der beiden Herren Justiz-Minister aus voller Überzeugung an, Bl. 168.*

*Disziplinierung der Justizbeamten. Nochmalige Beratung über den Entwurf einer Verordnung zu dem unter den Justizkommissarien zu bildenden Ehrenrat: Die Majorität entscheidet sich für die königliche Intervention und gegen das Anliegen der Justizminister, den Ehrenrat mit Disziplinargewalt über die Justizkommissarien auszustatten und somit notwendig die Wirksamkeit und Autorität der bisher dafür zuständigen Gerichte und der vorgesetzten Dienstbehörden zu beschneiden. Ebenfalls ist die Majorität dafür, das ganze Projekt vorläufig aufzugeben.*² [B]

² Vgl. VO v. 30.4.1847, GS, S. 196. Mit Bezug auf die Sitzung auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 597, der sie irrtümlich auf den 29.3.1847 datierte.

Nr. 425 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 169–179 [Prot. 16a]; MF 341. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 29, Bl. 162–173.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz, Duesberg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann, Costenoble, Mathis, Schröner.

*Staatsbürgerliche Rechte und allgemeine Stellung der Juden. Nach erfolgter Umarbeitung der beiden Gesetzentwürfe vor allem unter Berücksichtigung der vom König als maßgebend angedeuteten Gesichtspunkte jetzt Vorlage eines Entwurfs¹, welcher nunmehr die gesamte Regulierung des Judenwesens beinhaltet. Grundsatzdiskussion über die vorgesehene Vertretung der Judenschaften in den städtischen Gemeinden gemäß den beiden Städte-Ordnungen sowie unter Beachtung, daß den Juden – einer nur tolerierten, nicht rezipierten Religionsgesellschaft – damit eine besondere Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung zugestanden würde, was dann den rezipierten Religionsgesellschaften auch nicht versagt werden könnte. Dies wird wegen erheblicher Bedenken gegen jede derartige legislative Maßregel abgelehnt. Dagegen kann die Wahl zu Schiedsmännern bei Schlichtung von Streitigkeiten unter ihren Glaubensgenossen gestattet werden. Fassungsänderungen. Vortrag beim König, damit im Falle seines Einverständnisses noch die Vorlage des Gesetzentwurfs beim Vereinigten Landtage veranlaßt werden kann.*² [B]

¹ Rep. 77, Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 220–249v und Rep. 90, Nr. 29, Bl. 150–160v. Vgl. mit Bezug auf diese und die folgende Sitzung Brammer, Judenpolitik, S. 335–337.

² Vgl. auch die Auswertung der Sitzung bei Fischer, Judentum, S. 178.

Nr. 426 Sitzung des Staatsministeriums am 6. April 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 180–192 [Teilprot. 17a–c], Anlage¹: Bl. 193–201v; MF 341/342.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [zu 2–3], Müffling [zu 2], Boyen [V, U], Mühler [U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

¹ Zu TOP 3: Abschnitt II über die Verhältnisse der Juden im Großherzogtum Posen.

Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 2], Brüggemann [zu 3], Costenoble, Schröner [zu 3], Zettwach [zu 1].

1. *Eheliche Gütergemeinschaft. Der revidierte Entwurf² des Gesetzes über das eheliche Güterrecht für die Provinz Westfalen und die Kreise Rees und Duisburg soll wegen der Dringlichkeit den Ständen der Provinz Westfalen bei deren bevorstehenden Zusammentritt in Berlin, wenn diese den Wunsch äußern, vorgelegt werden. [B] — 2. Gesetzentwürfe³ zur Einführung der Gerichts-Öffentlichkeit im Zivilprozeß sowie zur Erweiterung der nach dem Gesetz vom 17. Juli 1846 zulässigen Öffentlichkeit des mündlichen Kriminal-Verfahrens. [B] — 3. Staatsbürgerliche Rechte und allgemeine Stellung der Juden. Weitere königliche Bestimmungen zum umgearbeiteten Gesetzentwurf⁴, nämlich den Juden den Eintritt in Staatsämter weitergehend, als der bisherige Entwurf, sowie die Ehen zwischen Juden und Christen bedingt zu gestatten. Dies wird vom Staatsministerium aus den früher bereits geltend gemachten Gründen mit überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt. Zustimmung zur bereits entworfenen Fassung des Abschnittes II. Fassungsänderungen. [B]*

² *Rep. 84, II 5 W Nr. 3 Bd. 6 Fasc. 3.*

³ *Diese sowie das im Protokoll erwähnte Votum Uhdens v. 4.4.1847 und andere Materialien in: Rep. 84a (M), Nr. 9769, Bl. 148–163. Seit 1845 erstellte Berichte und Gutachten sowie eine 1846 erarbeitete Denkschrift zu der von Uhdens entworfenen Verordnung über den Zivilprozeß, in: Rep. 90a, X V 1 Nr. 1 Bd. 1, n.f. Das Gesetz v. 17.7.1846, GS, S. 267. Die beiden Verordnungen v. 7.4.1847, GS, S. 130 bzw. 131.*

⁴ *Rep. 77, Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4, Bl. 245–249v und 265–278v sowie Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 328–366v. Die Entwürfe mit Denkschrift und Anlagen auch in: Rep. 90, Nr. 29, Bl. 194–423.*

Nr. 427 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 202–203v [Prot. 18a]; MF 342.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Kisker.

[Besprechung über ständische Angelegenheiten.]¹ — Bestimmungen *zum Ausscheiden* der Mitglieder des Ober-Zensur-Gerichts nach mehrjähriger Amtsdauer. *Die* ernannten Mitglieder richterlicher Qualifikation *sollen nach sechsjähriger* Amtsdauer *bei möglicher Neuernennung* ausscheiden. *Dies ist ebenfalls* auf die [...] erwählten Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Universität zu Berlin *anzuwenden.* [B]

¹ *Diese außerhalb der Tagesordnung stattgefundene Beratung, die inhaltlich nicht weiter beschrieben wurde und an der auch der Prinz von Preußen, Müffling und Bodelschwingh teilgenommen hatten, geht aus dem Vortragsverzeichnis hervor, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A, Nr. 33, Bl. 49–50.*

Nr. 428 Sitzung des Staatsministeriums am 13. April 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 204–209 [Teilprot. 19a–c]; MF 342. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh [zu 2–3], Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Ernst, Horn [beide zu 2], Kisker [zu 3], O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh zu 1 und 3], Sibeth [zu 1].

1. Pensionssache. [B] — 2. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — 3. Kompetenz der rheinischen Handelsgerichte. Die Herbeiführung einer Übereinstimmung zwischen den abweichenden Bestimmungen der Allgemeinen Gerichts- und der Rheinischen Zivil-Prozeß-Ordnung über den Gerichts-ort gemäß einer Petition¹ des letzten westfälischen Provinzial-Landtages ist nur mittels einer baldigen umfassenden Revision möglich. [B]

¹ Die Petition v. 3.4.1845 gedr. in: *Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen 1845, S. 152 f. Das auf alles sich beziehende und auch im Protokoll erwähnte Ministerial-Reskript v. 28.9.1819 in: Sammlung sämtlicher Verordnungen, Bd. 2, Berlin/Breslau 1830, S. 46 f. Eine Zusammenstellung der von den obern Gerichtsbehörden gemachten Vorschläge sowie der Immediatbericht v. 11.8.1847, in: Rep. 90a, XV 1 Nr. 1 Bd. 1, n.f.*

Nr. 429 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 210–217v [Prot. 20a]; MF 342. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, G I Nr. 8 Bd. 2, Bl. 140–149.

Anwesend [U]: Boyen [V], Mühler, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Beust, Costenoble, v. Ellerts.

Vierter Entwurf¹ eines Allgemeinen Bergrechts, einer Instruktion zur Verwaltung des Bergregals und der beizubehaltenden provinzial-bergrechtlichen Vorschriften. Auch in Rücksicht der darüber vernommenen Provinzialstände Diskussion u.a. über Beibehaltung und Umfang des Bergregals; über Schürffreiheit und Vorzugsrecht für Grundeigentümer bei der Erteilung von Schürfscheinen; über die den Grundeigentümern zugestandene selbständige Führung ihres Grubenhaushaltes. Weiter über die Leitung des Betriebs von Staats wegen, soweit solche in bergpolizeilicher und staatswirtschaftlicher Hinsicht notwendig ist. Fernere Bearbeitung der Sache [...] durch eine von Friedrich Wilhelm IV. zu diesem Zwecke besonders einzusetzende Immediatkommission unter eventueller Hinzuziehung von Sachverständigen aus den Provinzen. [B]

¹ *Die Entwürfe für das Bergrecht, die Instruktion sowie die Zusammenstellung der ständischen Gutachen, in: Rep. 90a, G I Nr. 8 Bd. 2, Bl. 7–139. Gleiches und die provinzialrechtlichen Bestimmungen in: Rep. 84, II 4 XI Nr. 10, n.f., dort auch der Entwurf zum Publikationspatent dieser drei Schriftstücke. Die Entwürfe auch gedr. in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung, II. Abt., Bd. 8, S. 1545–1674, ebd. zur Sitzung S. XXVIII.*

Nr. 430 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 218–228 [Teilprot. 21a–c]; MF 342.

Anwesend [U]¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V], Rother, Eichhorn, Thile, Savigny, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: [?].

¹ *Wilhelm hat nur TOP 2 unterschrieben.*

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 2], Costenoble, Günther [zu 1], v. Lauer-Münchhofen, v. Schleinitz [beide zu 2], v. Viebahn [zu 3].

1. Pensionssache. [B] — **2. Disziplinarsache.** [B] — **3. Entwurf² eines Gesetzes zum Schutze der Fabrikzeichen an Eisen- und Stahlwaren in der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz. Spezialdiskussion mit Fassungsänderungen.** [B]

² Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 201, n.f. Vgl. Sitzung am 14.2.1827, TOP 1. Ein Entwurf vom Jahre 1843 in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 31 Bd. 2, n.f. Vgl. weiter VO v. 18.8.1847, GS, S. 335.

Nr. 431 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Mai 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 229–231v [Teilprot. 22a–c]; MF 342.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U]¹, Stolberg-Wernigerode, Uhden [beide 1–2 U]². — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther [zu 1; U], v. Reitzenstein [zu 3], Sibeth [zu 2].

1.–2. Zwei Pensionssachen. [B] — **3. Definitive Feststellung der 1820 genehmigten Dotation³ des an Stelle des vormaligen Matthias-Hospitals vom Fiskus eingerichteten Elisabeth-Hospitals in Breslau.** [B]

¹ Zu TOP 3 mit der einschränkenden Bemerkung, daß er sich bei der später erfolgten Vollziehung nicht mehr genau an den Beschluß erinnern kann, Bl. 231v.

² TOP 3: Ruppenthal [für Uhden U].

³ Die Dotation war festgelegt in der KO v. 11.4.1822, in: Rep. 90a, P II 2 Nr. 2 Bd. 1, n.f. Ein detailliertes Votum des Finanzministers Klewiz v. 31.8.1823 in: Rep. 84a (M), Nr. 7349, Bl. 191–195v. Vgl. auch Sitzungen am 15.3.1824, TOP 7 und 7.7.1824, TOP 8. In den Jahren 1844/1845 zusammengestellte Nachweisungen sowie Voten von 1845/46, in: Rep. 90a, P II 2 Nr. 2 Bd. 2, n.f., dort auch der Immediatbericht v. 30.8.1847.

Nr. 432 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 232–238 [Teilprot. 23a–c]; MF 342/343.

Anwesend: Boyen [V, 1–2 U], Rother, Eichhorn [beide zu 3; U], Savigny [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [für Uhden; 1–2 U], Costenoble, Frantz [zu 3], A. Fr. v. d. Hagen [zu 1–2], Messerschmidt [zu 2], v. Tenspolde [zu 1].

1.–2. Zwei Pensionssachen. [B] — **3. Niederlassungsrecht.** Antrag¹ des Ministeriums des Innern [...] auf Beschränkung der Umzugsfähigkeit der naturalisierten Ausländer *innerhalb* der ersten 3 Jahre nach der Naturalisation. [B]

¹ Der Antrag enthalten in einem Votum Bodelschwinghs v. 24.9.1846 in: Rep. 77, Tit. 227 Nr. 4 Bd. 5, Bl. 284–290v. Vgl. den Immediatbericht v. 27.12.1847 in: Ebd. Bd. 6, Bl. 81–86v sowie die KO zum Verfahren bei der Aufnahme von Ausländern in den diesseitigen Untertanenverband v. 10.1.1848, GS, S. 25.

Nr. 433 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 239–243v [Teilprot. 24a–c]; MF 343. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]: Boyen [V], Thile, Savigny, Stolberg-Wernigerode. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff [zu 1], Bornemann [für Uhden; U], Starke [zu 2–3].

1. Entschädigungsansprüche aus der Zeit der französischen Herrschaft: Reklamation¹ der verwitweten von Mees-Leudersdorff wird für begründet erachtet. [B] — **2.–3. Zwei Pensionssachen.** [B]

¹ KO v. 11.1.1847 wegen Entschädigung der 1813 unter frz. Herrschaft erfolgten Befestigung der Rhein-Insel Oberwerth b. Koblenz, die im Besitz ihres Mannes, des vormaligen Kurtrierischen Truchseß Albert v. Mees-Leudesdorff zu Koblenz war. Der umfängliche Bericht Uhdens und Duesbergs v. 18.12.1846 sowie ein Votum Savignys v. 15.2.1847 in: Rep. 84, II 2 F Nr. 8, n.f.

Nr. 434 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 55, Bl. 244 [Prot. 25a]; MF 343. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother, Thile [U], Savigny [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Sibeth.

Pensionssache. [B]

Nr. 435 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 55, Bl. 245–247 [Teilprot. 26a–b]; MF 343. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Boyen [V, U], Rother, Eichhorn [zu 2; U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Lewald, v. Schleinitz [beide zu 1], Wenzel [zu 2].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — **2. Form der Veröffentlichung von polizeilichen Vorschriften, welche die Errichtung von Gebäuden und Lagerung von Materialien in der Nähe der Eisenbahnen betreffen.** Königliche Entscheidung, ob diese der Allerhöchsten Sanktion zu unterstellen und durch die Gesetzsammlung zu publizieren, oder nur *im Namen* der beiden betreffenden Verwaltungs-Ministerien durch die Amtsblätter der Regierungen zu veröffentlichen *sind.* [B]

Nr. 436 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 1–4 und 9–10 [Teilprot. 27a–c], Anlage¹: Bl. 5–8v; MF 343.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, U], Mühler [1–2 U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [1 und 3 U], Bodelschwingh [zu 1; 1 und 3 U], Stolberg-Wernigerode [1 U], Uhden [U], Canitz [zu 1; U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 1], Costenoble, O. v. Manteuffel, Mathis [beide zu 1], Mothes [zu 2–3], Schröner [zu 1].

1. Staatsbürgerliche Rechte und allgemeine Stellung der Juden. Abänderungen² des Gesetzentwurfs nach Begutachtung durch die Kurien des Vereinigten Landtages: Fassungsänderungen und Modifikationen, u.a. über die Ausschließung von Juden vom Justiz-Kommissariat und Notariat sowie über die Zulassung von Juden zu unmittelbaren und mittelbaren Staats- und Kommunalämtern, zu Ehefragen und zur Naturalisation. Vorlage des überarbeiteten und gedruckten Gesetzentwurfs in einer der nächsten Sitzungen. [B] — **2.–3. Zwei Pensionssachen.** [B]

¹ Zu TOP 1 die Abänderungen des Gesetzentwurfs.

² Diese und Voten in: Rep. 90, Nr. 29, Bl. 424–434. Vgl. weiter zu Diskussionen über den Entwurf im Innen- und Staatsministerium sowie auf dem Vereinigten Landtag Fischer, Judentum, S. 178–190.

Nr. 437 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 11–24 [Teilprot. 28a–c]; MF 343.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [V, 1 und 3 U], Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U]¹, Stolberg-Wernigerode [zu 3], Bodelschwingh [zu 1; U], Uhden [U]¹, Canitz [zu 2–3; U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Brohm [zu 2–3], Brüggemann, O. v. Manteuffel, Mathis [alle zu 1], Schröner [zu 1; U].

1. Staatsbürgerliche Rechte und allgemeine Stellung der Juden. Abänderungen und geringfügige Fassungsänderungen am redigierten Gesetzentwurf². Grundsätzliche Verständigung über die Rechtsverhältnisse der Synagogen-Gemeinden und über das Verhältnis des Vorstandes und der Repräsentanten gegeneinander und gegen die Synagogen-Gemeinde. Nochmalige Betonung, daß die korporativen Verbände keine politische Bedeutung [...] mehr haben und sich auf die Kultuszwecke zu beschränken haben. [B] — **2.–3. Zwei Pensionssachen.** [B]

¹ Zu TOP 3: Zettwach [für Savigny U]; Ruppenthal [für Uhden U].

² Als Druck in: Rep. 90, Nr. 29, Bl. 448–463v; ferner Bl. 490–546 der Immediatbericht v. 20.7.1847 und der Endentwurf; das Gesetz v. 23.7.1847, GS, S. 263. Vgl. auch Fischer, Judentum, S. 179 f.

Nr. 438 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juli 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 56, Bl. 25–33 [Prot. 29a]; MF 343/344. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 62, Bl. 151–159.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [U], Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile, Savigny [U], Bodelschwingh [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, O. v. Manteuffel [U].

Ständepolitik: *Redigierter Entwurf¹ einer Verordnung wegen Ausschließung bescholtener Personen aus ständischen Versammlungen entsprechend der von den beiden Kurien des Vereinigten Landtages dazu gemachten Bemerkungen. Bedingungen für den Verlust ständischer Rechte für Offiziere unter starken Bedenken des Prinzen von Preußen befürwortet. Erforderliche Voraussetzungen zur Einleitung des Verfahrens, Zusammensetzung der Rekurs-Instanz, keine Beeinträchtigung des königlichen Begnadigungsrechts.* [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 522a Nr. 62, Bl. 144–150. Dort auch auf Bl. 90–98 der frühere Entwurf mit Denkschrift sowie Bl. 109–114 das Gutachten der 3. Abt. der drei Stände des Vereinigten Landtages; weitere Entwurfsfassungen sowie der Immediatbericht v. 21.7.1847, Bl. 160–177v. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 92–93v einen Entwurf mit Korrekturen sowie BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1847 Bd. 2, Bl. 115–121. Vgl. weiter Obenaus, Die Immediatkommission, S. 443 mit Anm. 104 und ders., Anfänge des Parlamentarismus, S. 284 und die VO v. 23.7.1847, GS, S. 249.*

Nr. 439 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juli 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 34–36v [Teilprot. 30a–b]; MF 344.

Anwesend: Prinz von Preußen [zu 2], Boyen [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [zu 1], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Uhden [zu 1; U]¹, Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther [zu 1], Mellin, Sibeth [beide zu 2].

1. Disziplinar- und Pensionssache. [B] — [Ständische Sachen.² Der dem Vereinigten Landtage zu erteilende Landtags-Abschied wurde beraten und, vorbehaltlich der Fassung, nach den Vorschlägen des Ministers des Innern angenommen.] — **2. Bedingungen zur Anlage und Bedienung von elektromagnetischen Telegraphen durch die Eisenbahngesellschaften, besonders Kontrollierung der Eisenbahn-Telegraphen durch königliche Telegraphen-Beamte.**³ [B]

¹ *TOP 2: Ruppenthal [für Uhden U].*

² *Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, das zu diesem TOP auch alle im Protokoll aufgeführten Anwesenden nennt, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 74–75.*

³ *KO v. 12.6.1846 zum wünschenswerten Einsatz von Telegraphen, allerdings mit Staatsbeamten als Personal, in: Rep. 77, Tit. 813 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 34–34v. Dort auch die zur Beratung im Staatsministerium von Duesberg ausgearbeitete Denkschrift über die Anlage und Benutzung elektromagnetischer Telegraphen auf Eisenbahnen v. 5.7.1847, Bl. 37–41. Dort weiter Bl. 46–77 ein Immediatbericht sowie protokollierte Expertenberatungen vom Sommer 1847.*

Nr. 440 Gemeinsame Sitzung der ständischen Immediat-Kommission und des Staatsministeriums am 22. Juli 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 56, Bl. 37–44 [Prot. 31a]; MF 344. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 65–68v und 71–74v; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Boyen [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Voß. — Prot.: O. v. Manteuffel [U].

Weitere Teilnehmer: Costenoble.

Entwurf¹ des Landtags-Abschieds an die zum ersten Vereinigten Landtag versammelt gewesenen Stände: *Abfassung auch in Hinsicht auf die Gutachten und Erklärungen der Stände sowie unter Beachtung der formalen Aspekte, so z.B., wenn von den Ständen gegen die Form verstoßen worden und ihnen deshalb kein materieller Bescheid zu erteilen ist. Inhaltliche Abänderungen bzw. Fassungs-Änderungen zu den Bescheiden hinsichtlich der Preußischen Ostbahn, zur Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, zur Übernahme der Garantie des Staats für die zu errichtenden Rentenbanken sowie in Betreff der Bestätigung der Mitglieder des ständischen Ausschusses. Genehmigung der Bescheide auf die ständischen Petitionen. Entwurf² einer Kabinettsordre wegen der zu genehmigenden Öffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten. Fassungsänderung dahingehend, daß auch anderen Personen der Zutritt gestattet werden darf. [B] Zu einer etwa noch nötig werdenden wiederholten Beratung des Entwurfs des Landtags-Abschieds ergeht besondere Einladung.*

¹ *Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 18–23 und 50–63v; Bl. 75–82v die Fassung nach der Sitzung. Ebenfalls eine redigierte Fassung in: Rep. 89, Nr. 234, Bl. 1–7v. Zum Gehalt des Landtags-Abschieds v. 24.7.1847 vgl. auch Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 695 f. Der Landtags-Abschied v. 24.7.1847 gedr. in: Bleich, Der Erste Vereinigte Landtag, 1. Teil, S. 747–750.*

² *Mehrere Fassungen in: Rep. 77, Tit. 496 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 28–30, die nach der Sitzung redigierte Fassung, Bl. 83–83v und in: BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1847 Bd. 2, Bl. 120. Vgl. KO v. 23.7.1847, GS, S. 282.*

Nr. 441 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 56, Bl. 45–45v [Prot. 32a]; MF 344. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX A Gen. Nr. 63, n.f.

Anwesend¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [U], Uhden, Canitz [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Krug, O. v. Manteuffel [für Bodelschwingh].

Entwurf² einer Fischereiordnung für die Binnengewässer der Provinz Pommern mit Ausnahme der Haffe und der Oder. *Der Gesetzentwurf ist dem nächsten Pommerschen Provinzial-Landtag [...] vorzulegen. [B]*

¹ *Bodelschwingh [U]; Ruppenthal [für Uhden U].*

² *Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 63, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 10.9.1847.*

Nr. 442 Sitzung des Staatsministeriums am 10. August 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 46–50 [Teilprot. 33a–d]; MF 344.

Anwesend: Boyen [V, 1–3 U], Eichhorn [U], Bodelschwingh [U], Duesberg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Horn [zu 2–3], v. Luck [zu 4], v. Rabe [zu 1], Ruppenthal [zu 1–3; für Uhden U].

1. Handel. Entwurf¹ einer Verordnung *hinsichtlich* der Marktstandsgelder, *Fassungsänderungen*. [B] — **2. Einbürgerung.** *Ernennung zum Regierungsassessor im Zusammenhang mit einer Naturalisation.*² [B] — **3. Beschränkende** Maßregeln zur Anstellung von naturalisierten [...] Ausländern. [B] — **4. Pensionssache.** [B]

¹ *Vom 15.3.1847 und mit einer Denkschrift des Ministeriums des Innern in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 76, n.f.*

² *Vgl. dazu die Personalakte des v. Braunbehrens (aus Anhalt-Köthen) mit seinem Gesuch, mehrere Voten über die Zulassung von Ausländern im preußischen Staatsdienst und dem Ernennungsschreiben Rep. 77 (D), Nr. 577, Bl. 7–36v. Vgl. weiter Rep. 151, I B Nr. 3156.*

Nr. 443 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 51–62 [Teilprot. 34a–d]; MF 344.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen [1 U], Savigny [V, U], Eichhorn [U], Thile [U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Rohr [zu 2–4; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther [zu 4], v. d. Reck [zu 3], v. Rönne [zu 3; U], Starke [zu 4], Wenzel [zu 2].

1. Einführung des Generalleutnants von Rohr [...] in das Staatsministerium *als* Staats- und Kriegsminister.¹ — **2. Öffentlichkeit** der Hinrichtungen. *Meinungsverschiedenheit zur Vollstreckung der Hinrichtungen von zum Tode verurteilten Verbrechern aus Berlin und Potsdam auf der Richtstätte zu Spandau; vertagt.* — **3. Aktienhandel.** *Änderungen² zum Handel mit ausländischen und inländischen Papieren, um die derzeit herrschende übertriebene Spekulation, namentlich in nicht voll eingezahlten Eisenbahnpapieren einzugrenzen. Der diesbezügliche Antrag des Finanzministers auf Wiederherstellung der Klagbarkeit solcher Zeitgeschäfte wird in Rücksicht auf das öffentliche Interesse von der Majorität abgelehnt.* [B] — **4. Reklamationsache.** [B]

¹ *Vgl. KO v. 7.10.1847, GS, S. 354 und das Entlassungsschreiben an Boyen v. 22.8.1847, in: Rep. 90, Nr. 892, n.f.*

² *Diese bezogen sich vor allem auf die §§ 2 und 3 der VO über die Eröffnung von Aktienzeichnungen für Eisenbahn-Unternehmungen und den Verkehr mit den dafür ausgegebenen Papieren v. 24.5.1844, GS, S. 117.*

Nr. 444 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 63–74v [Teilprot. 35a–d]; MF 344/345.

Anwesend [U]: Savigny [V], Eichhorn, Thile, Bodelschwingh, Uhden, Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Friedberg [zu 1], Krug [zu 2], Mellin, v. Rönne [beide zu 4], Starke, Wenzel [beide zu 3].

1. Kriminaluntersuchungen und mündliches Gerichtsverfahren. *In der Meinungsverschiedenheit zwischen den Justizministern und dem Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts zur Auslegung des § 85¹ im Gesetz vom 17.7.1846 wird die Meinung der Justizminister befürwortet, daß der Appellationsrichter nur nach neuer oder teilweiser Wiederholung der in erster Instanz erhobenen Beweisaufnahme befugt ist, die Tatfrage anders als die erste Instanz zu entscheiden. Die teilweise Befürchtung, daß die Appellationsrichter [...] fortan stets die ganze Verhandlung vor sich wiederholen lassen, was doch namentlich in dem Polenprozesse in hohen Grade wichtig sein würde, wird nicht geteilt. [B] — 2. Abwendung der Versandungen und Befestigung der Sandschellen im Binnenlande. Zustimmung zum Schreiben² von Voß als Vorsitzender der vereinigten Staatsrats-Abteilungen für innere Angelegenheiten sowie für Finanz- und Justizsachen, der den revidierten Gesetzentwurf auf eigentliche Sandschellen sowie auf Aussagen zur Leistung von Entschädigung beschränken will. [B] — 3. Reklamationssache. [B] — 4. Streckenverlauf der Ostbahn von Driesen [...] über Bromberg oder [...] durch Pommern direkt auf Dirschau. Rücksichten auf den Kostenaufwand, auf militärische Interessen sowie vor allem darauf, daß in der dem Vereinigten Landtag mitgeteilten [...] Denkschrift³ jene Richtung der Bahn [...] über Bromberg [...] als feststehend und als die zweckmäßigste bezeichnet ist. Deshalb ist die Mehrheit trotz höherer Kosten der Meinung, aus politischen Rücksichten [...] bei der Bromberger Linie zu bleiben. [B]*

¹ *Der § 85 des Gesetzes zum Verfahren in den beim Kammer- bzw. Kriminalgericht zu führenden Untersuchungen regelte die Aufnahme von Beweismitteln sowie die Wiederholung des Zeugenverhörs durch die Appellationsinstanz, GS, S. 282. Ein Votum Uhdens v. 28.10.1847, die Denkschrift beider Justizminister, worin die Meinungsunterschiede ausführlich dargelegt sind, sowie ein Gutachten des Kammergerichts in: Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 3–18v; dort weiter Bl. 23–27v der Immediatbericht v. 10.11.1847. Vgl. Sitzung am 23.12.1848, TOP 2 und die VO v. 3.1.1849, GS, S. 14.*

² *Das Schreiben v. 30.7.1847 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 24, n.f. Ein Gutachten der Staatsrats-Abteilungen mit einem neuen Gesetzentwurf von Ende 1847/Anfang 1848 in: Rep. 80, I Inneres Nr. 93, Bl. 116–127. An beiden Standorten auch frühere Entwürfe.*

³ *Bleich, Der Erste Vereinigte Landtag, I. Teil, S. 66–82. Vgl. zu dem Konflikt zwischen Regierung und Vereinigten Landtag um die Bewilligung der Eisenbahnleihe: Obenaus, Anfänge des Parlamentarismus, S. 692 und 707. Vgl. ferner den Erlaß, der dann doch den Bau der Ostbahn von dem Anschlußpunkt an der Stargard-Posener Eisenbahn nahe Driesen bis Dirschau vorsah, v. 14.6.1848, GS, S.154.*

Nr. 445 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 75–97 [Teilprot. 36a–b]; MF 345.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [V, U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Rohr [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, v. Ellerts, Günther [beide zu 1], Österreich [zu 2], v. Rönne [zu 2; U].

1. *Gehalts- und Pensionssache*. [B] — [Vorbereitung der ständischen Ausschüsse.¹ Das Geschäftsreglement für den Vereinigten ständischen Ausschuß wurde beraten und soll *beim König* eingereicht werden.] — 2. Handelskammern. Entwurf² einer Verordnung über die Errichtung von Handelskammern und deren Einrichtung. *Spezialdiskussion u.a. zur vorgeschlagenen Erweiterung der Wählbarkeit, zur Wahlberechtigung für handeltreibende Frauen, was man beides nicht zubilligen möchte, zur Gewährung einer größeren Selbständigkeit in den Beratungen und Beschlüssen der Handelskammern sowie zu einer Berichtspflicht an die Provinzial-Verwaltungs-Behörden, einer eingeschränkten Öffentlichkeit und Publizität der Sitzungen der Handelskammern*. [B]³

¹ Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 85–86.

² Rep. 109, B Tit. XIV Nr. 18, n.f., dort auch die Bemerkungen des [...] Präsidenten des Handelsamts zum Entwurf. Vgl. VO v. 11.2.1848, GS, S. 63.

³ Eigentlich noch weiterer TOP zum Geschäfts-Reglement; vgl. Einleitung, S. 28.

Nr. 446 Sitzung des Staatsministeriums am 23. November 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 98–109 [Teilprot. 37a–c]; MF 345. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]: Eichhorn, Thile [zu 1, 3], Savigny [V], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz [zu 2], Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Günther [zu 2], H. v. Mühler [zu 3], Rathmann [zu 2], Zettwach [zu 1].

1. *Lokale Gewohnheitsrechte*. Die Ansprüche durch den Magistrat zu Danzig auf Beibehaltung gewisser, von den Vorschriften des Westpreußischen Provinzialrechts abweichenden, angeblich in der Herrschaft Oliva und in den Städten Stolzenburg, Scheidlitz, St. Albrecht und Schottland bestehenden Lokalobservanzen werden abgelehnt.¹ [B] — 2. *Disziplinarsache*. [B] — 3. Restitution einiger bei der vormaligen Stifts- und Pfarrkirche zu Rellinghausen bestanden Memoriensiftungen. [B]

¹ Dazu ein Votum Savignys v. 21.6.1847 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 204, n.f.

Nr. 447 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 110–114 [Teilprot. 38a–c]; MF 345.

Anwesend [U]: Thile [zu 1–2], Savigny [V], Bodelschwingh, Uhden, Duesberg, Rohr [zu 1–2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 3; U], Costenoble.

1. Eine sachkundige Prüfung der Entwürfe¹ zu den beabsichtigten Strom- und Ufer-Ordnungen für die öffentlichen Flüsse der Provinz Westfalen soll durch die Kreisstände erfolgen. Deshalb wird die Beschlußnahme wegen Vorlegung der Entwürfe beim Provinzial-Landtag einstweilen vorbe-

¹ Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

halten. [B] — **2.** *Trotz der Bestimmung², wonach alle landesherrlichen Erlasse mit Gesetzeskraft [...] durch die Gesetzsammlung publiziert werden müssen, soll dies auf jene Kabinettsordres, durch welche die Expropriation von Grundstücken zum Zweck öffentlicher Anlagen angeordnet wird, keine Anwendung finden.* [B] — **3.** *Pensionssache.* [B]

² Vgl. das Gesetz zur Publikation der Gesetze v. 3.4.1846, GS, S. 151, v. a. § 1.

Nr. 448 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 115–117 [Teilprot. 39a–c]; MF 345/346. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend [U]: Thile, Savigny [V], Bodelschwingh, Uhden, Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, v. Ellerts [zu 2–3], Günther [zu 1–2; 1 U], Horn [zu 3].

1. *Pensionssache.* [B] — **2.** *Reklamationssache.* [B] — **3.** *Gehaltssache.* [B] — [Verminderung der gerichtlichen Eide.]¹

¹ Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 91–92.

Nr. 449 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1847.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 56, Bl. 118–129 [Teilprot. 40a–c]; MF 346.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Thile [zu 1–2; U], Savigny [V, U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Canitz [zu 1–2; U], Duesberg [U], Rohr [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Mellin, v. d. Reck [beide zu 3], v. Rönne [zu 3; U].

1. *Savignys Votum² über notwendige Reformen im Geschäftsgang des Staatsrats sowie beantragte Zusätze zu den die Bearbeitung legislativer Gegenstände (...) betreffenden Regulativen. Spezialdiskussion.* [B] — **2.** *Die Wahl der Abgeordneten zum Preußischen Provinzial-Landtag im Stande der Ritterschaft im Alt-Braunsberger Wahlbezirk hat trotz geringer Teilnahme [...] volle Gültigkeit. Beantragung der Dispensation von der Bedingung des 10-jährigen Grundbesitzes in zwei Fällen, weil dadurch eine Erneuerung der Wahl vermieden werden kann, was hier mit Rücksicht auf die bei den früheren Wahlakten hervorgetretenen Partei-Spaltungen gewiß wünschenswert erscheint.³* [B] — **3.** *Berliner Verkehrswesen. Anlage einer Pferde-Eisenbahn zur Verbindung der verschiedenen Berliner Bahnhöfe: Streckenverlauf, Kosten, weitere Verfahrensweise. Die schon mehrfach*

¹ Zu TOP 3 Nuancen der Standpunkte vom Präsidenten des Handelsamtes und vom Staatsministerium, Bl. 127v.

² Das Votum Savignys mit Anlagen, nämlich die im Protokoll erwähnte KO v. 17.10.1847, sowie seine Zusätze v. 27.11.1847 in: Rep. 90, Nr. 195, n.f. Dort auch die Zusätze zu den die Bearbeitung legislativer Gegenstände betreffenden Regulative sowie der Immediatbericht des Staatsministeriums v. 28.12.1847. Vgl. die KO zur Vereinfachung der Beratungen des Staatsrats v. 6.1.1848, GS, S. 15.

³ Zur Prüfung der Wahlen vgl. ein Schreiben Bodelschwinghs an Bötticher v. 5.8.1847 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 13 Bd. 5, n.f.

angeregte Abtragung des südwestlichen Teils der Stadtmauer und die Hinausrückung der Steuer-
grenze bis zum neuen Schiffahrts-Kanal *ist* wünschenswert.⁴ [B]

⁴ *Voten, Korrespondenzen sowie die den Beschlüssen des Staatsministeriums folgende KO v. 4.2.1848, in: Rep. 77, Tit. 283a Nr. 47 Bd. 1, Bl. 17–28.*

Nr. 450 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1847.

Vollz. Reinschriften, Bd. 56, Bl. 130–133 [Teilprot. 41a–b, d]; MF 346.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Thile [U], Savigny [V, U], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode [U], Uhden [U], Duesberg [U], Rohr [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 2], Costenoble, v. Ellerts, Günther [beide zu 1], v. Schleinitz [zu 3].

1. Gehalts- und Pensionssache. [B] — **2.** Entwurf¹ eines Reglements über die Bewilligung von Grundsteuer-Erlassen in der Provinz Schlesien mit Ausnahme der Oberlausitz: *Zukünftig erfolgt die Bemessung der stattgehabten Beschädigung sowie des dafür zu gewährenden Grundsteuer-Erlasses rücksichtlich des gegenwärtigen wirklichen Ertrags der Besitzung. Die nun eintretenden Ersparnisse [...] zu Gunsten der beteiligten Regierungsbezirke sollen zu gemeinnützigen Zwecken genutzt werden.* [B] — **3. Pensionssache.** [B] — [Entwurf einer Verordnung wegen des Haltens von Feldtauben in der Provinz Sachsen].²

¹ *Rep. 90, Tit. XL Abgaben (Posen, Schlesien) Nr. 2, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 19.1.1848 sowie ein Entwurf zum Propositionsdekret für die schlesischen Provinzialstände.*

² *Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 95–96.*

Nr. 451 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1847.

Vollz. Reinschr., Bd. 56, Bl. 134–135 [Prot. 42a]; MF 346. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXIII Nr. 19 Bd. 1, Bl. 245–246; Rep. 89, Nr. 3682, n.f.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Mühler [U], Eichhorn [U], Thile [U], Savigny [V, U], Bodelschwingh [U], Uhden [U], Canitz [U], Duesberg [U], Rohr [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bischoff, Costenoble, v. Rönne [U].

Der von der Staatsrats-Kommission neu verfaßte Gesetzentwurf¹ über die Handelsfirmen *soll* noch zur Plenarberatung des Staatsrats gelangen. [B] — [Beratung über die zu machenden Vorschläge zu Auszeichnungen bei Gelegenheit des bevorstehenden Ordensfestes. — Vereinfachung und Abkürzung der Bearbeitung legislativer Gegenstände im [...] Staatsministerium und Staatsrat: *Die Entwürfe der VO wegen Vereinfachung der Beratungen des Staatsrats und eines Reglements wegen deren Ausführung wurden angenommen.*]²

¹ *Rep. 90, Tit. XXIII Nr. 19 Bd. 1, Bl. 242–243. Dort ferner Bl. 200–201v ein Votum Savignys v. 22.12.1847. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 28111, n.f.*

² *Die Ergänzungen des Protokolls ergeben sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 97–98.*

Nr. 452 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1848.

Vollz. Reinschriften, Bd. 57, Bl. 1c–9v [Teilprot. 1a–d]; MF 346. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3683, Bl. 1 und 3–9v.

Anwesend [U]: Savigny [V], Bodelschwingh, Eichhorn [zu 2–4], Stolberg-Wernigerode [zu 1, 3–4], Duesberg, Rohr, Canitz [zu 2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bornemann [für Uhden; U], Costenoble, H. v. Mühler [zu 3–4], Starke [zu 1], Sulzer [zu 2].

1. Pensionssache. [B] — **2. Presserecht.** Entwurf¹ einer Verordnung gegen den Mißbrauch der Anonymität bei Zeitungs-Artikeln, deren tatsächlicher Inhalt Behörden, Beamte oder auch Privatpersonen in der öffentlichen Meinung herabwürdigt. *Antrag an den König, die Verordnung nicht zu erlassen und dies der Pressegesetzgebung vorzubehalten. Eine Verordnung über die Pflicht zur Namhaftmachung der Verfasser von Presseartikeln ist aufzusetzen.* [B] *Abstimmung des Presserechts mit den Beschlüssen der Bundesversammlung.*² — **3. Entschädigung wegen Deichbauten.** Meinungsverschiedenheit [...] zwischen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und dem Minister der Justiz einerseits und dem Finanzminister andererseits *zur Verfahrensweise bei Erledigung eines Entschädigungsanspruchs der Pfarre zu Stüblau infolge von notwendigen Deichbauten bei Danzig. Die ablehnende Haltung des Finanzministers zu einer Verbindlichkeit des Staats findet Zustimmung.*³ — **4. Kirchen- und Schulbausachen.** Entwurf⁴ einer Verordnung hinsichtlich der kirchlichen und Schulgebäude in vormaligen sächsischen Landesteilen des Zauch-Belziger und des Jüterbog-Luckenwalder Kreises. [B]

¹ Entwurf sowie Voten von Bodelschwingh, Savigny und Uhden in: Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7 Bd. 5, n.f. Die KO v. 29.10.1847 mit der Aufforderung, einen Entwurf auszuarbeiten, in: Rep. 84a (M), Nr. 7011, Bl. 133.

² Vgl. Sitzung am 8.3.1848 mit Anmerkungen.

³ Zu der seit 1846 obwaltenden Meinungsverschiedenheit vgl. Gutachten, Berichte und Voten in: Rep. 90, Tit. XXVI B Preußen Nr. 9.

⁴ Der Entwurf von 1847 in: Rep. 151, I C Nr. 8655, n.f., dort auch ein Votum Eichhorns sowie Verhandlungsprotokolle mit den Ständen der beiden Kreise aus dem Jahre 1846. Vgl. dazu weitere Voten, Gutachten und eine KO v. 15.2.1848 mit der Genehmigung zur Vorlage des Entwurfs an die betreffenden Stände sowie der überarbeitete Entwurf, in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 122 Bd. 2, Bl. 64–87v und 104–106v.

Nr. 453 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1848.

Vollz. Reinschr., Bd. 57, Bl. 10–15 [Prot. 2a]; MF 346. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 6 Nr. 8 Bd. 1, Bl. 24–29; Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. I Nr. 4 Bd. 1, Bl. 58–65; Rep. 89, Nr. 3683, Bl. 10–15.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny [V], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, H. v. Mühler [U].

Entwurf¹ einer Verordnung zur Errichtung eines evangelischen Ober-Konsistoriums. [B] *Abgrenzung der Kompetenzen von staatlichen und kirchlichen Behörden.* — [Vortrag über diejenigen Gegenstände, welche sich auf die bevorstehende Eröffnung des Ausschusstages beziehen.]²

¹ Entwurf, der Immediatbericht von Eichhorn v. 24.9.1847 und die KO v. 7.1.1848 zur beschleunigten Erledigung, in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 8 Bd. 1, Bl. 3–11v, vgl. ferner Rep. 77, Tit. 182 Nr. 62, Bl. 1–9v, Rep. 100, Nr. 459, n.f. sowie Rep. 76, III Sekt. I Abt. 1 Nr. 4 Bd. 1, dort die gesamte Bearbeitung vom Januar 1847 bis Juli 1848. Das Ober-Konsistorium als Zentralbehörde für die gesamte kirchliche Verwaltung war am 28.1.1848 gebildet und am 16.3.1848 eröffnet worden, konnte aber infolge der politischen Veränderungen seine Tätigkeit nicht aufnehmen und mußte am 15.4.1848 wieder aufgelöst werden, vgl.: Rep. 90a, B III 6 Nr. 8 Bd. 1, Bl. 35–37 sowie GS, S. 114. Vgl. weiter Friedrich, Die preußische Landeskirche im Vormärz, S. 444–449, wobei die auf S. 445 getroffene Feststellung zur Mitunterzeichnung der VO v. 28.1.1848 durch das Staatsministerium jene auch sonst übliche Verfahrensweise überbetont.

² Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 101–102.

Nr. 454 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1848.

Vollz. Reinschriften, Bd. 57, Bl. 16–24 [Teilprot. 3a–c]; MF 346/347.

Anwesend [U]: Wilhelm Prinz von Preußen, Savigny [V], Rother, Eichhorn, Thile, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: O. Camphausen [zu 1], Costenoble, v. Könen [zu 3], Rathmann, v. Schleinitz [beide zu 2], v. Villers [zu 1].

1. Pensionen. Zur Petition¹ des achten Rheinischen Provinzial-Landtages um Pensions-Ansprüche für Erheber der direkten Steuern wird auf eine Verpflichtung der Gemeinden zur Pensionierung der Kommunalrendanten verwiesen. [B] — 2. Disziplinarsache. [B] — 3. Ausdehnung der Exekutions-Ordnung der Rheinprovinz² und Westfalens auf die sechs östlichen Provinzen. Spezialdiskussion. Benennung der behördlichen Zuständigkeiten sowie provinzspezieller Sperrzeiten.³ [B]

¹ Verhandlungen des achten Rheinischen Provinzial-Landtages 1845, S. 237f. Die Darlegung der Motive zu dem Gesetzentwurf, die Beilegung von Pensions-Ansprüchen an die Steuer-Empfänger in den Provinzen Rheinland und Westfalen betr., in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 1 Bd. 1, n.f.

² Vom 24.11.1843, GS, S. 351. Die VO v. 30.6.1845, GS, S. 444.

³ Entwurf, ein Votum Duesbergs v. 24.12.1847 und der Immediatbericht v. 29.2.1848, in: Rep. 90, Nr. 1473, n.f. Eine schriftliche Vorbereitung der Sitzung durch Voswinkel in: Rep. 84, II 2 E Nr. 7 Bd. 1, Bl. 145–146v.

Nr. 455 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Februar 1848.

Vollz. Reinschriften, Bd. 57, Bl. 25–33v [Teilprot. 4a–b]; MF 347. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3683, Bl. 17–28v.

Anwesend [U]¹: Wilhelm Prinz von Preußen, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny [V], Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode [beide zu 1], Uhden, Canitz [zu 1], Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Aulike, Baumeister [beide zu 2], Costenoble, H. v. Mühler [zu 1].

¹ Bodelschwingh, Stolberg und Canitz waren bei beiden TOP anwesend, sind jedoch inzwischen aus ihrem Amte ausgeschieden und deshalb konnte ihnen das Protokoll zu TOP 2 nicht vorgelegt werden, Bl. 33v.

[Ständische Sache. Bei Bestimmung der Reihenfolge der bei Absendung von *westfälischen* Landtags-Abgeordneten alternierenden Städte *ist der Vereinigte Landtag nicht zu berücksichtigen*. Bestätigung *mehrerer ständischer* Wahlen.]² — **1.** Entwurf³ eines neuen Stolgebühren-Reglements für die Provinz Schlesien: Beseitigung aller Observanzen; Art und Weise der Übertragung der Stolgebühren-Klassen *in Anlehnung an lokale Verhältnisse*. Verweisung an die schlesischen Stände. [B] — **2.** *Eherecht. Gewährung des durch die Bundesgesetze zugestandenen Rechts auf Wiederverheiratung für Katholiken durch das Oberlandesgericht Breslau; Rücksichtnahme auf die dogmatischen Bedenken des Fürstbischöflichen Konsistoriums Breslau als geistlicher Gerichtsbehörde bei derartigen Anträgen.*⁴ [B]

² Die Ergänzung des Protokolls ergibt sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 105–106.

³ Rep. 77, Tit. 123 Nr. 90 Bd. 1, Bl. 82–111v. Dort ebenso die, eine Tax-Ordnung fordernde Petition des Provinzial-Landtages 1843, Schriftverkehr, ein umfangliches Promemoria des Kultusministeriums sowie der Entwurf einer Instruktion zur Regulierung (beides von 1844) und die noch geltende Tax-Ordnung von 1750, Bl. 23–81.

⁴ Zur Diskussion der im Protokoll behandelten Ehesache Lachetta vgl. Rep. 84, II 2 E Nr. 5, Bl. 273–289, dort Voten und ein Schreiben des Breslauer Konsistoriums an den Fürstbischof von 1847.

Nr. 456 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1848.

Vollz. Reinschriften, Bd. 57, Bl. 34–54 [Teilprot. 5a–e]; MF 347.

Anwesend [U]: Eichhorn, Savigny [V], Bodelschwingh, Uhden, Canitz, Duesberg. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Brohm [zu 3], Costenoble, Fleck [zu 4], Horn, Messerschmidt [beide zu 5], Simons [zu 4], Zettwach [zu 2].

1. Begutachtung der *entworfenen* allgemeinen deutschen Wechselordnung durch die *diesjährigen* Provinzialstände aller Provinzen. [B] — **2.** Abänderung des § 44 des Westpreußischen Provinzialrechts¹ mit einer Modifikation zur Verteilung der Deichpflicht gemäß § 17 des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848². [B] — **3.** *Pensionssache*. [B] — **4.** *Legislativer Handlungsbedarf bei Schadenersatzansprüche wegen Wildverseuchung durch Felddienstübungen der Truppen*. [B] — **5.** *Beamte*. Entwurf³ eines neuen Diäten- und Fuhrkosten-Regulativs; Pauschsätze für die *verschiedenen* Rangklassen, Diätensätze für das Staatsministerium, Umzugs-Entschädigung für verheiratete Beamte. [B]

¹ Vorangehende Korrespondenzen seit Mitte 1847 sowie ein gemeinsames Votum von Eichhorn, Savigny und Duesberg v. 17.1.1848, in: Rep. 84a (D), Nr. 9564, letzteres Bl. 131.

² GS, S. 54.

³ Der von Duesberg im Dezember 1847 vorgelegte Entwurf in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 209, n.f. Zum im Protokoll erwähnten Organisationsplan des Land- und Stadtgerichts Wanzleben vgl. den Bericht Uhdens v. 11.11.1846, in: Rep. 90a, X I 2 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 4–10v, Bl. 52–55v der Plan; vgl. auch BPH, Rep. 51, E Nr. 63a Mappe 1847 Bd. 1, Bl. 89–97.

Nr. 457 Sitzung des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß am 8. März 1848.

Vollz. Reinschr., Bd. 57, Bl. 55–62 [Prot. 6a]; MF 347. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2409, Bl. 8–13.

Anwesend: Wilhelm Prinz von Preußen, Rother, Eichhorn, Thile, Savigny [V], Bodelschwingh [U], Stolberg-Wernigerode, Uhden, Canitz, Duesberg, Rohr. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Costenoble, Friedberg, Mathis, Sulzer.

Der Entwurf¹ eines provisorischen Pressegesetzes wird abgelehnt, auch weil die Preßgesetzgebung als Bundessache unter Beachtung Preußens hervorragender Stellung in Deutschland zu behandeln ist. Wilhelm lehnt erneut entschieden die Preßfreiheit ab, weil diese Preßfreiheit hervorbringt und das der Weg zur Republik ist. Einig ist man sich darüber, eine Beratung durch die Bundesversammlung nicht abzuwarten, sondern sofort eine offizielle Erklärung hinsichtlich einer Änderung der Preßgesetzgebung zu veröffentlichen. Es wird einstimmig beschlossen, dem preußischen Bundesgesandten schnellstens die mit Sachsen vereinbarte Erklärung als Vorlage bei der Bundesversammlung [...] zuzusenden, gleichzeitig aber bei Friedrich Wilhelm IV. den sofortigen Erlass einer zu veröffentlichenden Allerhöchsten Ordre² an das Staatsministerium zu beantragen. Diese KO soll sich auf die früher beim Bunde gemachten Anträge sowie die gegenwärtige Lage beziehen und darauf hinweisen, daß neben der Preßgesetzgebung auch andere Gegenstände der Gesamtverfassung Deutschlands die deutsche Nationalität kräftigen sollen und die dazu erforderlichen Schritte bereits geschehen sind. Die KO soll weiter das Staatsministerium anweisen, falls eine Vereinbarung der Bundesversammlung über ein gemeinsames Preßgesetz nicht zustande kommt, ein solches Gesetz, beruhend auf Zensurfreiheit mit den nötigen Garantien, ungesäumt in Beratung zu nehmen und vorzulegen. [B] — [Legislative Feststellung der Grundsätze bei Einführung der Paßkarten als Legitimationsmittel anstelle der Pässe. — Ständische Sachen: Entwurf eines Gesetzes wegen Zulassung der königlichen Kommissarien zu den Sitzungen der Provinzialstände. Entwurf einer Verordnung wegen der Abbüßung der anstatt einer Geldbuße für den Vermögensfall auferlegten polizeilichen Gefängnisstrafen durch Gemeindefreiwirtschaft in der Rheinprovinz.]³

¹ Der Entwurf vor dem 14.3.1848 in: Rep. 76, I. Sekt. 22 Nr. 33, Bl. 77–85. Voten sowie Berichte und Gutachten über den Diskussionsstand innerhalb des Deutschen Bundes in: Rep. 84a (M), Nr. 7011, Bl. 147–171v; mehrere Entwürfe eines Bundesbeschlusses über die Presse von 1847/48 in: Rep. 84a (M), Nr. 7018; ebd. die Vorbereitung der Erklärung mit Sachsen und diese selbst; vgl. dazu auch Rep. 77, Tit. 1 Nr. 40 Bd. 3, Bl. 323–327. Zur Genesis des Entwurfes im Kontext der Bundesgesetzgebung vgl. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 597–604; die hier auf S. 621 erwähnte Sitzung des Staatsministeriums am 14.3.1848 leitete Stölzel aus einer am 13. März ausgesprochenen Einladung Bodelschwinghs an Uhden zum 14.3. ab, vgl. Rep. 84a (M), Nr. 7018, Bl. 438 (alte Signatur P 50).

² Die KO v. 8.3.1848, die anlehnend an den Beschluß der Bundesversammlung v. 3.3.1848 die Aufhebung der Zensur und Einführung der Pressefreiheit in Erwägung zog, in: Rep. 90, Nr. 2409, Bl. 5; gedr. in: Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. 2, S. 536 f. Vgl. das Gesetz über die Presse v. 17.3.1848, GS, S. 69.

³ Die Ergänzungen des Protokolls ergeben sich aus dem Vortragsverzeichnis, vgl. Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 109–110.

Nr. 458 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1848.

Vortragsverzeichnis¹, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XIV A Nr. 33, Bl. 111–112; MF-Suppl. 29.

Anwesend: Savigny [V], Rother, Eichhorn, Bodelschwingh, Stolberg-Wernigerode, Uhden, Duesberg. — Prot.: Costenoble.

¹ Es handelt sich um ein Vortragsverzeichnis, in dem jeweils gleich am Sitzungstag auch die Anwesenden und die Beratungsergebnisse nachgetragen worden sind. Ein TOP zum Pressegesetz, vgl. Anm. 1 der vorherigen Sitzung, ist hier nicht mit aufgeführt.

Weitere Teilnehmer: Baumeister [zu 1–2], Costenoble, Krug [zu 3], v. Schleinitz [zu 4].

1.–2. *Zwei Pensionssachen.* [B] — **3.** Entwurf² einer Gemeinheitteilungs-Ordnung für die Rheinprovinz. [B] — **4.** Entwurf³ einer Baupolizei-Ordnung der Provinz Schlesien. [B] — Ferner wurde über einige ständische Wahlen Vortrag gehalten. Ebenso über die Wiederbesetzung der vakanten *Präsidentenstellen der Oberlandesgerichte* zu Ratibor, Naumburg und Halberstadt und *der des Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts* zu Ratibor.

² *Rep. 84a (D), Nr. 9601, Bl. 62–128v.*

³ *Mit einer Denkschrift v. 15.1.1848 in: Rep. 109, B Tit. XVI Nr. 247, n.f.*

Sachregister

Die Bezeichnung der regionalen bzw. Verwaltungseinheiten erfolgt wie im Protokolltext, so daß auch politisch nicht mehr existente Territorien aufgeführt sind, deren Gesetzgebung aber nach 1815 in den neuen Strukturen teilweise noch lange in Kraft war. Die in Klammern aufgeführten Daten beziehen sich auf erlassene Gesetze, Verordnungen, Kabinettsordres, Zirkulare o.ä.

Die Bezeichnung „ständischer Antrag“ subsumiert gleichermaßen ständische Petitionen, Anträge, Vorschläge usw. Infolge der vielen ständischen Anträge sind zur besseren Übersichtlichkeit die einzelnen Provinzen mit je zwei Stichworten vertreten, wobei das erste immer die allgemeinen Gesetzesdiskussionen und Verwaltungsangelegenheiten, das zweite alle ständischen Anträge ausweist.

Aachen (Landgericht) 33/40 200

Aachen (Regierung) 168/45 107; 249/47 376v

- Gemeinderecht, Zensus 313/51 154v–155

→ Rheinprovinz, Regierungen

Aachen (Regierungsbezirk) 84/Fundort 185v; 254/48 49; 337/Fundort 103; 338/Fundort 149v

- Eisenbahn, Ausbau 324/52 73–91v

Aachen (Stadt) 371/53 154v; 420/55 125v

- Eisenbahnanbindung 324/52 73–92v

- Handelskammer 311/51 128v–129

Aachener Zeitung 267/48 236

Abdeckerei

- Abdeckereizwang, Aufhebung (31.5.1858)

- - Entwürfe 283/49 134–136v; 392/54 140–151v

- - ständische Anträge 56/Fundort 100v–101; 317/Fundort 92v–93; 318/Fundort 93; 328/Fundort 100; 333/Fundort 34v; 337/Fundort 119v; 343/Fundort 50v

Abgaben

→ [einzelne Abgaben]; Ablösungen; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Verjährungsfristen

Ablösungen

- Auseinandersetzungen/Prozeßkosten 351/52 366v–372

- Dienstfamilienstellen

- - Sachsen 162/45 37–42v; 271/48 332–345v; 329/52 168, 174

- - Schlesien 162/45 41–42v; 271/48 346–347; 329/52 166–174v

- Dreschgärtnerstellen in Schlesien, ständischer Antrag 68/Fundort 17v–18

- Erbpacht-, Erbzins- u. Zins-Gerechsamte, Entwurf/Relationen f. beschränkte Ablösbarkeit 25/40 43–50; 258/48 88–94

- - allg. ständische Anträge 61/Fundort II 151v; 63/Fundort 20v; 68/Fundort 17–18; 78/Fundort 124v; 92/Fundort 111

- - Erbpacht in Pommern, ständischer Antrag 53/Fundort 214v–215

- - Leistungen aus Erbpachts-Kontrakten, ständischer Antrag Sachsen 56/Fundort 97–98v

- freiwillige Ablösungen von technischen Leistungen, Entwurf 4/38 78–81

- Gewerbeberechtigungen, ständischer Antrag 69/Fundort 28–28v

- Jagdgerechtigkeiten (rechtsrheinisch), ständischer Antrag 337/Fundort 124–125

- Kirchen, Pfarren, Schulen, Küstereien bzw. Erziehungs- u. Wohltätigkeits-Anstalten
- - Kontroverse zur Möglichkeit d. Ablösbarkeit 52/41 150–166
- - Leistungen, Entwürfe 137/44 210–218; 270/48 301–304v; 285/49 137–137v; 381/53 243–248
- - Regulierungskosten, Entwurf 240/47 223–230av, 242/47 278–289v; 351/52 365–373
- Realabgaben/-kosten/-lasten
- - allg. Entwurf f. unablösliche Geld-/Getreideabgaben bzw. neue Realabgaben 400/54 259–278v
- - Berechnung bei laudemialpflichtigen Grundstücken (24.4.1845), Entwurf 134/44 145–161v
- - Eichsfeld (9.4.1845), Entwurf 299/50 281–286v
- - Nassau (Hzgtm.), ständischer Antrag 337/Fundort 110–112v
- - Posen, ständischer Antrag 189/Fundort 114–114v
- - Sachsen, ständischer Antrag 54/Fundort II 86–86v; 56/Fundort 97–98v
- Altmark; Auseinandersetzungsbehörden; Dienste; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Heimfallsrecht, gutsherrliches; Landrentenbanken; Laudemien; [einzelne Provinzen]
- Ablösungs-Ordnung** (7.6.1821)
- § 29, Deklaration 227/47 15–16v
- Ablösbarkeit von Leistungen an kirchliche Einrichtungen 52/41 156–159, 161v–163v
- Aufhebung bzw. Ausdehnung einzelner Bestimmungen für
- - Sachsen (18.7.1845), Entwurf/Anträge 162/45 37–42v; 209/Fundort 124v–125; 271/48 332–345v; 329/52 168, 174
- - Schlesien (31.10.1845), Entwurf/Anträge 162/45 41–42v, 169/45 158–160; 271/48 346–347; 328/Fundort 104; 329/52 166–174v
- Erbpacht-, Erbzins- u. Zins-Gerechsamte 25/40 45v, 47v
- Geltungsbereich 4/38 78v–79v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse
- Ablösungs-Ordnungen** (21.4.1825)
- Baudienste, Gemessenheit 35/40 241–248v
- Bauernlehne, Rechtsverhältnisse 96/42 20v–22
- Dienste, Verwandlung 4/38 78–99v
- Altmark; Berg (Ghzgtm.); Französische Departements; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Westphalen (Kgr.)
- Ablösungs-Ordnung** (13.7.1829)
- Begünstigungen der Ablösung für Kirchen 52/41 159, 163
- Erbpacht-, Erbzins- u. Zins-Gerechsamte 25/40 46–46v, 48
- Ergänzungen, ständischer Antrag Sachsen 209/Fundort 125v–126v
- - Geltungsbereich, allgemein 4/38 78v–80v
- - sächs. Landesteile 162/45 38, 40
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse
- Abschoß/Abzugsgelder** (inländische)
- Aufhebung (21.6.1816), Entschädigung für Privatjurisdiktionären 131/44 114–115
- Adel/Adelsrechte**
- allg. Bestimmungen zur Vererblichkeit
- - Beschränkung, Reformvorschlag 42/40 310–313
- - Kinder aus ungleichen Ehen 89/42 5–7v
- Huldigungs-/Untertaneneid an Standesherrn 231/47 79–86
- Präbenden, Entwurf z. Stiftung f. Töchter rhein. ritterbürtiger Adelsfamilien 104/43 111–111v
- Westpreußen/Prov. Preußen
- - Erbfolge 220/46 338–349v, 356–358v, 221/46 369–369v
- - erblose Verlassenschaften, Anspruch 221/46 372v–374
- - Kreistags-Vertretung d. Freidörfer, ständischer Antrag Prov. Preußen 204/Fundort 282–282v
- Erbämter; Rittergutsbesitz(er)

Adelnau (Kreis) 61/Fundort II 158–158v

Advokaten

→ Anwälte; Justizbeamte; Vereine/Vereinigungen

Agrarreformen

→ Ablösungen; Dienste; Gemeinheitsteilungen; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Lehen

Akademie (landwirtschaftl.) **zu Eldena**

- Zuschüsse aus Fonds d. Universität Greifswald 194/46 249–259v

Akademie der Künste

- Ablieferung von Kunstwerken als Freixemplare 96/42 30v, 32v–33

Akademie der Wissenschaften

- deren Mitglieder beim Ober-Zensur-Gericht 166/45 84v; 427/55 203–203v

Aktien/Aktiengesellschaften

- Gesetz (9.11.1843), Entwurf 60/41 172–175v, 67/41 189–192v

- - ständische Mitwirkung 117/Fundort 161; 120/Fundort 179

- Industrie- u. Eisenbahnaktien, Bank-Ordnung 383/54 20–21

- Konzessionierung, Grundsätze in einer Instruktion 264/48 219–221

- ständischer Antrag 53/Fundort 215v

→ Eisenbahnaktien

Alkoholismus

→ Branntwein

Allenstein (Kreis)

- Gemeinheitsteilungen, Provokationsrecht (3.2.1845), Entwurf 289/50 36–36v

- Meliorationen, Kreis-Kooperation 323/52 61

Allgemeine Gerichts-Ordnung (AGO)

→ Gerichts-Ordnung, Allgemeine

Allgemeine Preußische Zeitung 262/48 199–201v

Allgemeines Landrecht (ALR) (1794)

- Ehesachen, keine Deklaration wg. Ehelichkeit der Kinder 240/47 212–222v

- ehemals sächs. Landesteile, Deklaration von Bestimmungen des Einführungspatents 273/49 1–2v

- Gültigkeit im ehem. Lippe-Departement 4/38 75–75v

- Umarbeitung, ständischer Antrag Prov. Preußen 202/Fundort 273v; 204/Fundort 276v

- Verjährungsfristen in acht Provinzen 17/39 59–60v

→ [einzelne Gesetze]; Preußisches Landrecht (1721)

Altena (Kreis) 63/Fundort 14

Altlutheraner 409/55 34v

- Generalkonzession (23.7.1845), Entwurf 127/44 89–94v; 298/50 261–274v

- staatliche Maßregeln 376/53 176v–177

Alt-Manschnow (Gemeinde)

- Klage gegen Fiskus 124/44 61–62; 249/47 369

Altmark 55/Fundort II 91–92v; 57/Fundort 111; 74/43 179; 398/54 246

- Bauernlehne (8.11.1845) 15/39 30–31v; 96/42 20–23v; 228/47 40–41v; 327/52 144–145

- Dienstgelder (23.7.1845), Entwurf 245/47 319v–321, 325v–327; 286/49 156–188, 287/49 242–255v; 293/50 193–217v

- - Ausdehnung 344/52 261–264v

- - ständische Anträge 323/52 30–30v, 32–38, 40–41v; 331/Fundort 21–22, 333/Fundort 33

- Kommunal-Landtag, Begutachtung 398/54 250v–251

- Stände, Begutachtung zum Pensionswesen 267/53 109

Amerika

→ Vereinigte Staaten von Amerika

Amnestien

- 1809, 1814, 1815, 1839 *10/38* 157
- 1840 wg. Thronwechsel (10.9.1840), Entwurf *10/38* 156–156v, 159–162v; *11/39* 1–3v
- - auf unvollstreckte Vermögensstrafen wg. Übertritts nach Polen *91/42* 11–12v

Amtmänner (allgemein)

- Testamente, Aufnahme *270/48* 305, 310–311
- Westfalen, ständische Anträge *318/Fundort* 95v–96v

Amts- bzw. Berufszulassung

- Inlandsstudium vor Bewerbung um öffentliche Ämter bzw. Zulassung als Arzt *48/41* 69–72

Amtsblätter (allgemein)

- Fabrikzeichen, Veröffentlichung *430/55* 221–222v, 223v
- Intelligenzblatt, Aufhebung *291/50* 84, 96
- Publikation von Gesetzen *250/47* 399v–400v, 401v

→ Eisenbahnen

Angerburg (Stadt- u. Landgericht)

- Immediatbeschwerde zum Verfahren d. Verw.-Behörden b. Dismembrationen *52/41* 147–148v

Angerburg (Taubstummen-Anstalt) *200/Fundort* I 262v–263; *202/Fundort* 266v

Angermünde (Stadt) *90/Fundort* 93

Anhalt-Bernburg (Herzogtum)

- Ansprüche, Grundsteuerbefreiungen f. Ländereien *123/44* 37–44

Anhalt-Dessau (Herzogtum) *192/46* 221

Anhalt-Köthen (Herzogtum)

- Spielbank u. Bestrafung f. preuß. Untertanen (22.12.1843) *192/46* 221–221v

Anklam (Stadt) *272/48* 363–364

Anleihen

- Gebertsche Anleihe *319/Fundort* 104v–105; *347/Fundort* 123v
- Staatsanleihen, Eisenbahn *421/55* 134–140v
- ständische Mitwirkung b. Staats-/Kriegsanleihen *361/Fundort* 165v–166, 167; *362/Fundort* 178, 179v, 182v; *365/Fundort* 190v, 193v; *367/Fundort* 204; *368/Fundort* 210–215v

→ Staatsschulden

Ansiedlungen

- Neugründungen nach Parzellierung (3.1.1845)
- - Abgaben, Regulierung *225/46* 427–434v
- - allg. Bedingungen *226/46* 435–444v
- - Beiträge d. Ansiedler *227/47* 16v–18
- - Brandenburg, ständische Anträge *92/Fundort* 111; *198/Fundort* 166v–168; *200/Fundort* II 169v–170
- - Kirchen- u. Schulbedürfnis *48/41* 67–68v
- - Landdotationen f. Schullehrer *74/41* 272–280v
- Pommern, Anlegung auf Rittergütern aus kgl. Meliorationsgeldern *395/54* 186–187v
- Westfalen, Anlegung neuer (11.7.1845)
- - Entwurf *308/51* 77–85v
- - Kontrolle/Beschränkung *227/47* 18v–20

→ Parzellen/Parzellierungen

Anwälte

- Disziplinarverhältnisse (7.6.1844), ständischer Antrag auf Rücknahme *338/Fundort* 155–155v
 - Vereinigung der Advokaten mit Richteramt, Neuvorpommern/Rügen *295/50* 239–241
- Justizkommissarien

Apotheken/Apotheker

- Juden, Ausschließung 270/48 299
- Konzessionen (13.8.1842), Entwurf 387/54 98–123v; 417/55 112–112v
- - ständ. Anträge Rheinprovinz/Westfalen 210/Fundort 175–176v; 214/Fundort 199v; 318/Fundort 91
- persönliche Konzession/Verbindlichkeiten bei deren Erledigung (8.3.1842) 52/41 144–144v

Arbeiter

- b. Eisenbahnen u. öffentlichen Bauten, Entwurf 392/54 156–158v
- Entlohnung durch Naturalien, Rheinprovinz ständ. Antrag 215/Fundort 203–205; 216/Fundort 217v

Armenpflege 55/Fundort II 92; 205/Fundort 101v–102

- allg. Gesetz über Verpflichtung zur (31.12.1842)
- - ständ. Anträge, u.a. Aufhebung § 14 81/Fundort 152v–153; 318/Fundort 96; 333/Fundort 40–41
- - ständ. Mitwirkung 117/Fundort 161; 120/Fundort 181–181v, 183v–184; 126/Fundort 218v–219
- - Verwehrung des Zuzugs wg. evtl. Armenpflege, Berlin 228/47 23v–24
- Armenhäuser (Westfalen/Schlesien), ständ. Anträge 63/Fundort 17v; 68/Fundort 16v–17
- England 289/50 33v
- Landarmen-Verbände
- - Entwurf zu Kosten für Aufgreifung/Transport von Bettlern 289/50 43–45v
- - Westfalen, Posen, Rheinprovinz 188/Fundort 246v; 189/Fundort 110v; 216/Fundort 219v–220
- Landarmen-Wesen
- - allg. Einrichtung von Landarmen-Häusern 289/50 33, 44v–45
- - diverse ständische Anträge 204/Fundort 283v; 207/Fundort 115v–116; 328/Fundort 100v; 333/Fundort 35–35v; 343/Fundort 50v
- - einzelne Landarmen-Häuser in Benninghausen/Kreutzburg/Tapiau 63/Fundort 17v; 68/Fundort 16v–17; 200/Fundort I 261v
- Landstreicher, Bestrafung bei Rückkehr ausgewiesener fremder 327/52 155–157v
- Pflicht oder Befreiung v. Kommunallast, Kolonie Schiffmühl 274/49 16–22v
- Schlesien, Anstellung unverschuldet Verarmter, ständischer Antrag 328/Fundort 80–81v
- Westfalen, Entlastung der Gemeinden b. Ansiedlungen 308/51 79, 84–84v
- Niederlassung; Stempel; Zwangsarbeits- u. Besserungs-Anstalten

Arnsberg (Hofgericht) 101/43 52

Arnsberg (Oberlandesgericht) 191/46 209; 230/47 59v, 240/47 216v; 319/Fundort 122v–123; 329/52 184v, 186

- Etatssätze, Erhöhung 43/40 326–327
- Hypotheken-Regulierung, nachträgliches Aufgebot d. Reallasten 230/47 64–65
- Zuständigkeit, f. ostrhein. Gebiete des RegBez. Koblenz 101/43 50, 51v–54v

Arnsberg (Regierung) 387/54 125, 128; 430/55 223v

- Anträge, Steuererhebung 285/49 140, 141–141v
 - Kompetenzkonflikt, Klage gegen kgl. Domonialfiskus 74/41 253, 258
 - Parochialzwang bei Bestattungen 238/47 179–179v
 - Regulierung d. gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse 337/Fundort 110v–111, 112
- Arnsberg** (Regierungsbezirk) 185/Fundort 220v; 250/47 401v; 318/Fundort 98; 319/Fundort 104v; 337/Fundort 111, 112; 374/53 170; 408/55 28v, 430/55 222–222v
- Justizverfassung, ALR u. gemeines Recht bei Ehelichkeit d. Kinder 240/47 217, 222
 - Waldkultur im südl. Teil, Entwurf 26/40 65v; 67/41 186–187v, 74/41 265–265v

Ärzte

- Gebühren, ständischer Antrag 331/Fundort 20–20v
- Kreis-Physiki, Gebühren f. Untersuchungen von Beamten 167/45 99–100; 208/46 295–296v
- Amts- bzw. Berufszulassung

Auseinandersetzungs-Angelegenheiten

- Abschätzung bäuerlicher Grundstücke 417/55 112v
- Revision als Rechtsmittel 253/48 40–42
- ständische Anträge Westfalen/Brandenburg 185/Fundort 216; 198/Fundort 156v; 200/Fundort I 259
- Zustellung der Erkenntnisse, Separatverfahren 393/54 162–163
- Ablösungen; Parzellen/Parzellierungen, Gutsparzellen

Auseinandersetzungsbehörden

- allg. Geschäftsgang/Instanzenzug (22.11.1844), Entwurf 253/48 25–42v
- - Publikation wichtig f. andere Gesetzesvorlagen 269/48 290v–291
- Feldmesser, Pensionsvergünstigungen 287/49 231–241
- Gutachten, Ablösungsgrundsätze f. Laudemien 287/49 197–197v, 206–227
- Kompetenzen
- - bei Versandungen im Binnenland 292/50 103–131
- - Verwendung von Ablösungs-Kapitalien 116/43 326–330v
- General-Kommissionen

Ausländer

- Anstellung als Lehrer 360/53 118v
- Grundstückserwerb, ständischer Antrag 56/Fundort 96–96v
- Hausierhandel, ständischer Antrag auf Ausschluß 330/Fundort 116v–117
- Niederlassung/Umzugsrecht, Beschränkung 432/55 234–238; 442/56 49–49v
- Homagialeid

Bäcker

- Gewerbesteuer, ständische Anträge 215/Fundort 210v–211; 343/Fundort 55v–56
- Klassensteuer 371/53 157v–158

Baden (Großherzogtum) 314/51 172

Balde (Land- u. Stadtgericht)

- Errichtung, ständischer Antrag 319/Fundort 122v–123v

Banken (einzelne)

- Bank von England 358/53 76
- Bank von Frankreich 358/53 86–86v
- Banque Belgique 383/54 19v
- Dessauer Bank 358/53 82v, 83v
- (kgl.) Haupt-Bank zu Berlin
- - allg. Bank-Ordnung (5.10.1846), Entwurf 383/54 1–35v
- - Bank-Komtoir Stettin 358/53 59, 88v
- - Eisenbahnaktien als Sicherheit, Verpflichtung zur Annahme strittig 193/46 239v–240
- - Giro-Papiere 13/39 14–15
- - Notenemission 358/53 51–99v
- österreichische Nationalbank 358/53 88v
- Provinzialbanken Posen, ständischer Antrag 315/Fundort 70–70v
- Ritterschaftliche Privatbank Stettin 358/53 59, 88–88v, 91, 93v, 94v
- Wiener Bank 358/53 88v–89
- Kassenanweisungen

Barby (Amt) 55/Fundort II 94v

Barby (Grafschaft) 207/Fundort 108v

Barmen (Stadt)

- Klassensteuer 420/55 125v

Bauern

- Bauerngüter
- - Abschätzung, Entwurf 398/54 252–253v
- - Regulierung, ständischer Antrag wg. Präklusivfrist 343/Fundort 51
- - Veräußerung in Westfalen u. Vermeidung nachteiliger Dismembrationen (5.1.1844), Entwurf 213/46 304–306v
- - Verschuldungsbeschränkung, Aufhebung (29.12.1843), Entwurf 217/46 310–315v
- - Verkaufsverbot f. Getreide, Aufhebung (22.5.1842/9.11.1843), ständische Anträge
- - allg. und für Westfalen 66/Fundort 38v–39; 111/43 211–215
- - Prov. Preußen 200/Fundort I 259
- Erbfolge; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Heimfallsrecht, gutsherrliches

Baupolizei

- ALR, ständischer Antrag Posen 317/Fundort 92v, 94v–96
- bau- u. feuerpolizeiliche Vorschriften (17.7.1846), Entwurf 190/46 185–199v; 380/53 235–236v
- - ständische Anträge 78/Fundort 122v–123; 318/Fundort 93; 328/Fundort 100; 333/Fundort 34v; 337/Fundort 118–118v; 343/Fundort 50
- Bau-Polizei-Ordnungen
- - Brandenburg (plattes Land), Kreise Dramburg/Schievelbein (11.10.1847), Entwurf 400/54 278a–278ev, 278k–278kv
- - Schlesien 68/Fundort 4–4v; 458/Fundort 111v–112

Bausachen

- Bauholz
- - Berechtigung f. Bauten, Tischler- u. Treppenarbeiten 26/40 73v–77
- - Finanzierung f. Staatsbauten 381/53 254–259
- Forst- u. Jagd-Polizei-Ordnung; Kirche (allgemein); Schulbauten

Bautzen (Ober-Amts-Regierung) 357/53 30

- Bayern (Königreich) 299/50 279; 319/Fundort 115v; 337/Fundort 108v; 358/53 82v; 370/Fundort 225; 373/Fundort 232–232v**
- Presse/Presserecht 452/57 2
- - Berichterstattung über Preußen 268/48 250–250v

Beamte

- Amtskaution, Regulierung b. Rendanten, die verschiedene Kassen verwalten 208/46 299–299v
- Besoldung, Tribunalsteuer in Neuvorpommern 294/50 220–227v
- Diäten- u. Fuhrkosten-Regulativ, Entwurf 456/57 41–54
- Dienstentlassungen
- - Dorfschulzen, Verfahren 6/38 116–119v
- - Hoffmann von Fallersleben 109/43 188–190v, 112/43 227–228v
- - Lehrkräfte, Grundsatzdiskussion über KO (1822/23) 109/43 188v–189v, 112/43 227–228v
- - Rheinprovinz, Bürgermeister/Kommunalbeamte 240/47 230h–230i; 303/51 1–8v
- - Richter, Verfahren 6/38 122v–125v
- gerichtliches u. Disziplinarstrafverfahren (29.3.1844)
- - Entwurf/ständische Anträge 5/38 103–110, 6/38 116–125v, 7/38 126–129v; 82/Fundort 171–171v; 84/Fundort 183v; 165/45 79–80v, 81v; 330/Fundort 125v–126; 333/Fundort 51–51v; 338/Fundort 152v–153v
- - Kompetenz des Staatsministeriums 277/49 99–102
- - Nichtanwendung auf Richterstand, ständische Anträge 317/Fundort 101–103v; 343/Fundort 61v–62; 347/Fundort 122–122v
- - Zuordnung von Beamtengruppen zu Subalternbeamten 325/52 104–105

- Disziplinarmaßnahmen/-strafen/-untersuchungen/-verfahren
- - Aggravation bei Verfahren in Rheinprovinz, Kontroverse 8/38 138–148v; 111/43 216–220
- - Amtsentsetzung wg. strafrechtlicher Verfolgung (5.11.1843/26.9.1845) 191/46 206; 320/51 185–186v
- - gegen Geistliche 395/54 193–205v
- - Kontumazialverfahren, Zulässigkeit 110/43 202–206
- - wg. öffentlicher Sympathiebekundung f. Herwegh 159/45 11–17v; 238/47 188–191
- - wg. Spielen an Spielbank Köthen 192/46 221v
- Konduitenlisten, ständischer Antrag 328/Fundort 98
- Pensionen/Pensionierung
- - Forstbeamte, Berücksichtigung von Tantiemen/Deputat 134/44 129–134
- - höherer Lehrstand bzw. höhere Unterrichtsanstalten, Reglement/ständische Anträge 16/39 51; 53/Fundort 216v; 54/Fundort I 222–222v; 58/Fundort I 114v–115; 61/Fundort II 161–161v; 62/Fundort I 163; 64/Fundort 34–34v; 68/Fundort 19–19v; 72/Fundort 272–272v; 81/Fundort 150v; 86/Fundort 228–228v; 90/Fundort 99; 92/Fundort 103; 315/Fundort 71v; 360/53 106–119v
- - Rheinzoll-Beamte, Berechnung d. Dienalters (wg. Zeit vor 1815) 4/38 72–72v
- - Steuererheber, Ansprüche 454/57 16–18v
- - unfreiwillige, Verfahrensweise bei vorheriger gerichtlicher Untersuchung (4.9.1827) 35/40 238–240; 311/51 124–125
- - Zivilbeamte (29.3.1844), u.a. Entwurf f. KO 5/38 103, 7/38 129v–133; 268/48 242
- - Zivilbeamten-Pensions-Fonds 346/52 324–329v
- - Zulagen wg. freiwilliger Teilnahme am bzw. Orden für Feldzug (1812/13) 326/52 129–129v; 385/54 61–67
- Prüfungen f. höhere Ämter (14.2.1846), Entwurf 336/52 197–206
- Rang- u. Titelverhältnisse
- - diverse Rangklassen 456/57 43v, 48–49, 50–51
- - Domänenrat, Hofbeamte, Kanzlei- bzw. Legationsrat 196/46 269–272v
- - im Ministerium d. ausw. Angelegenheiten 73/41 216–219
- - Wirklicher Geheimer Rat mit Prädikat Exzellenz 272/48 358–364
- Schadenersatz, ständischer Anträge 200/Fundort I 259
- u. Schulden
- - Abzugsverfahren wg. Gläubigerkosten 15/39 41–42v; 111/43 209–210
- - Schuldhaft bei pensionierten Beamten oder Wartegeld 355/52 11–16
- ständische Beamte
- - Pensionierung, ständische Anträge 63/Fundort 22–23; 66/Fundort 38
- - Zulassung zu Witwen-Kassen 90/Fundort 92; 95/Fundort 118v
- u. Strafrechtsverfahren in Rheinprovinz (18.2.1842) 50/41 106v–107, 111–114, 116–122v, 124v; 94/42 18–19
- Subalternbeamte 196/46 269–272; 456/57 43v
- - Klassifizierung wg. Arreststrafen als Ordnungsstrafen 414/55 98–102v
- Versetzungen, Verfahren bei unfreiwilligen, aber nicht nachteiligen 123/44 27–32v
- Veruntreuung und Verfahren gegen Beamte (24.1.1844), Entwurf 75/41 289–303
- Vorteile bei medizinischen Untersuchungen 167/45 99–100; 208/46 295–296v
- Westfalen, ständischer Antrag wg. Stellenbesetzung in Provinzial-Anstalten 318/Fundort 96–96v; 319/Fundort 118v–120
- Zivilbeamte, Tragen von Uniform/Abzeichen nach Entlassung 380/53 238–242v
- [einzelne Beamtengruppen]; Beleidigungen; Eide/Eidesleistung; Juristen-Assoziationen; Kompetenzkonflikte; Offiziere

Beeskow (Kreis) 74/43 179v

Beleidigungen

- Beamtenbeleidigungen
- - in Immediatbeschwerden, Auslegung der KO (20.8.1831) 49/41 94–95
- - Rheinprovinz, unterschiedliches Strafrecht 50/41 110, 111
- zwischen Militär- u. Zivilpersonen und Bestrafung (1.3.1844), Entwurf 224/46 391–401
- Kirche (allgemein); König/Königliches Haus; Presse/Presserecht

Belgien 83/Fundort 174v; 335/Fundort 96; 337/Fundort 108v

- Bahnverbindung der Häfen mit Rheinprovinz 324/52 73v, 75, 76–76v, 77v–78v, 79v–80, 82v, 85v, 91v–92

Belgische Departements 249/47 378, 379

Bentheim-Steinfurt (Grafschaft)

- Rechtsverhältnisse, Steinfurt 180/46 77–77v, 192/46 219–219v; 231/47 68–68v

Berg (Herzogtum/Großherzogtum) 91/42 8; 318/Fundort 90

- Bürger- u. Einzugsgelder, Rückerstattungsansprüche 229/47 55b–55dv
- Eherecht, Unterschiede zw. rhein. u. altpreuß. Provinzen 148/44 307
- Grundsteuer allgemeine, Einführung 74/41 254v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 4/38 78–99; 35/40 241–248v; 239/47 198; 258/48 92
- - Verwandlung ungemessener Dienste (21.4.1825), Unabänderlichkeit 245/47 318–342v
- Pfandschaften, ständischer Antrag 82/Fundort 167; 84/Fundort 183v
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270v
- - ständischer Antrag 82/Fundort 166v–167; 84/Fundort 183v; 87/Fundort II 245v
- Schulwesen, auch ständische Anträge 86/Fundort 229; 210/Fundort 178v–180; 393/54 166–178
- Wiedereinlösungsfristen (16.1.1842) 250/47 398; 320/51 184

Bergbau und Hüttenwesen

- allgemein
- - Bahnanbindung im Saargebiet 314/51 168–172
- - Wasserbedarf 215/Fundort 212v–213v
- Berggesetz f. die preuß. Staaten (24.6.1865), Entwürfe 16/39 51; 29/40 153–156; 429/55 210–217v
- - ständische Anträge 57/Fundort 110; 63/Fundort 26; 69/Fundort 29–29v; 85/Fundort 206v–207; 87/Fundort II 245v; 212/Fundort 191v–192v; 219/Fundort 232
- Bergregal
- - Zeche Rehmarkmannsbank (Krs. Duisburg), Antrag auf Mutung 313/51 163–163v
- - Westpreußen 221/46 375–377
- französisches Bergrecht (1810), Revision 210/Fundort 168v–169
- Knappschafts-Reglements
- - Bergreviere Commern/Brühl 215/Fundort 206v–207; 216/Fundort 217v
- - Rheinprovinz, ständische Anträge 338/Fundort 150v–151
- Rheinprovinz, ständische Anträge 85/Fundort 211v–212; 338/Fundort 138–142
- Sachsen, ständische Anträge 207/Fundort 108–108v; 331/Fundort 22–23v
- Schlesien, ständischer Antrag 330/Fundort 122v–123v
- Westfalen, ständische Anträge 187/Fundort 229v–230, 231; 319/Fundort 121–121v
- Bodenschätze; Gewerkschafts-Kassen; Kohle

Bergen (Kreisgericht) 258/48 84v–85

Berlin (Stadt) 371/53 154v; 443/56 52, 53v

- Amtsblatt, Einführung 291/50 96
- Friedrichswerdersche Gemeinde 45/41 21v
- Invalidenhaus (Berlin) 318/Fundort 86v

- Magistrat 92/Fundort 105v; 101/43 56
- - Kommunallasten 403/54 279, 280v–281v
- - Nebenämter bei Geistlichen 45/41 21–24v
- - Patronatskirchen u. -schulen u. Vermögensverwaltung von städtischen 107/43 154–168v
- Pferde-Eisenbahn, Anlage 449/56 124–128v
- Pulvermühlen-Terrain, Plan zur städtischen Bebauung 102/43 73–84v
- Stadtgericht 108/43 171; 363/53 131–131v
- - Pfändungen v. Mobiliar, Sonderregelungen 230/47 58–61
- Steuergrenze 449/56 123v–129
- Zuzug u. Armenpflege, Bedingungen 228/47 23–24v
- Bernstein** 100/43 18–19; 193/46 237v–238
- Bescholtenheit**
- Ausschluß von Ständeversammlungen (23.7.1847), auch Entwurf 438/56 25–33, 440/56 37v
- - Einzelfall, Brust 337/Fundort 113–113v
- u. bürgerl. Rechte 78/Fundort 120–120v; 132/Fundort 254v–255
- - ständische Anträge 77/Fundort 112v–113v; 81/Fundort 145; 189/Fundort 111; 198/Fundort 165; 207/Fundort 115v
- u. Bürgerrechtsgelder, ständischer Antrag 188/Fundort 246v
- Besitztitel**
- Berichtigung, Erleichterung des Verfahrens (7.3.1845), Entwurf 173/45 233, 235–235v
- - Notarität bei Parzellierungen 221/46 383–384v, 386
- Zwang zur Fortführung im Hypothekenbuch (3.1.1845), Entwurf 173/45 233–235
- Bettelei/Bettler**
- Bestrafung (6.1.1843), ständische Anträge wg. Revision 188/Fundort 248v; 209/Fundort 123–124; 218/Fundort 227
- Kosten für Aufgreifung/Transport für Bettler u.a., Entwurf 289/50 43–45v
- - ständische Anträge 317/Fundort 93; 318/Fundort 93–93v; 328/Fundort 100; 333/Fundort 34v; 343/Fundort 50v
- Rheinprovinz, ständische Anträge 84/Fundort 188–188v; 85/Fundort 196
- Armenpflege
- Bielefeld** (Kreis) 64/Fundort 28
- Bier**
- Bier-, Braumalz- bzw. Haustrunksteuer, ständische Anträge
- - Posen 189/Fundort 112; 315/Fundort 82v–84v; 319/Fundort 101v–102, 114–117v
- Braurecht für adlige Güter in Westpreußen 221/46 370
- Rheinprovinz ständischer Antrag 338/Fundort 150v; 349/Fundort 167–167v
- Bilstein** (Amt) 318/Fundort 98
- Blinden-Anstalten/-Institute**
- Halle/S., ständischer Antrag 205/Fundort 102v–104; 207/Fundort 107v
- Westfalen, ständische Antrag wg. Errichtung (Vinckesche) 318/Fundort 88–88v
- Bocholt** (Stadt)
- Eisenbahnanbindung 324/52 96v–97
- Bochum** (Bergamts-Bezirk) 187/Fundort 233
- Bodenschätze**
- Besitz/Förderung, Berggesetz 29/40 153–154
- Regalität in Ost- u. Westpreußen 221/46 374–378
- Bergbau und Hüttenwesen
- Böhmen** (Königreich) 330/Fundort 116
- Eisenbahnanbindung 299/50 275v, 279
- frühere Lehnsverhältnisse u. Untertaneneid 231/47 84

- Borghorst** (ehem. Münsterische Unterherrschaft) 231/47 68
- Braetz** (Stadt) 35/40 232v
- Brake**
- Seestädte Prov. Preußen 5/38 113–114
- Brandenburg** (Kurfürsten/-tum) 194/46 253v
- Religions-Rezeß mit Pfalz-Neuburg (1672) 238/47 178v–179, 180–180v
- Brandenburg** (Provinz) 315/Fundort 70
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
 - - bau- bzw. feuerpolizeiliche Bestimmungen 190/46 187; 400/54 278a–278kv
 - - Intelligenzblattzwang 291/50 96–97
 - Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93
 - Finanzen/Steuern
 - - Exekutions-Ordnungen, Ausdehnung auf Brandenburg 454/57 20–24
 - - Servisabgabe, Entwurf 283/49 128–133v
 - Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse
 - - Details 137/44 212v; 253/48 32v, 271/48 333–333v
 - - diverse Entwürfe, Dienstgelder 293/50 193–217v; 323/52 30–30v, 32, 33v 38v, 40–41v
 - Jagdwesen, Teilungs-Ordnung gemeinschaftl. Jagd-Distrikte (7.3.1843), Entwurf 136/44 179, 183v–184, 189–189v
 - Kreisstände, Befugnisse (25.3.1841) 39/Fundort 85
 - - Ausgaben beschließen (7.3.1845), Entwurf 282/49 120–122v
 - Landtag 452/57 9v
 - - Propositionen (1841) 16/39 51v–52; 36/Fundort 72v–81v
 - Oberpräsidium, Gutachten 107/43 155, 159v
 - Provinzialrechte
 - - kurmärkische Lehen (15.5.1852), Entwurf f. Erleichterungen 251/48 8–10; 346/52 330–335, 353v–354, 355
 - - Kur- u. Neumark, Entwurf zur Revision 16/39 51v–52; 102/43 63–63v, 69v–70
 - - Märkisches Kirchen- u. auch Schulrecht 36/Fundort 80v–81; 40/40 264v, 271–272, 273v, 279v–280v
 - Schul- u. geistliche Angelegenheiten
 - - Unterstützungs-Schulfonds 408/55 16–17v
 - - Volksschulordnung, Entwurf 406/54 288–296v; 407/55 1–10, 408/55 11–17v, 20–20v, 22v–23, 24v, 411/55 45, 46v–47, 50
 - Ständische Angelegenheiten
 - - Ausschuß f. Märkisches Provinzialrecht 251/48 9v–10
 - - Virilstimmen, Verleihung 366/Fundort 196v
 - Weinbau 454/57 22–22v
- Altmark; Kirchen- und Schulrechte; Kurmark; Landschaft(en); Landtags-Abschiede; Neumark; Provinzial-Landtage/-Stände (allgemein)
- Brandenburg** (ständische Anträge bzw. Gutachten) 57/Fundort 110v
- Beamtenfragen 90/Fundort 92; 92/Fundort 103; 95/Fundort 118v
 - Eisenbahnen 90/Fundort 91v–92; 198/Fundort 162v
 - Feldpolizei-Ordnung 384/54 41–41v
 - Feuer-Sozietäten 92/Fundort 111v; 198/Fundort 166–166v
 - Finanzen/Steuern 90/Fundort 91; 198/Fundort 161–161v; 371/53 151, 153–153v; 398/54 250v–251
 - Fluß- u. Deichangelegenheiten 90/Fundort 91–91v, 93–93v; 95/Fundort 118; 198/Fundort 161v; 309/51 91v–92, 93v–94, 95v–96

- Forst- u. Jagdwesen 27/**40** 94–94v; 90/Fundort 94; 92/Fundort 112; 109/**43** 193b–193bv, 193e–193f, 193m–193n, 193rv, 193vv–193w, 193xv–193y, 193z, 193bb, 193ii–193iiv, 193ll, 193mm; 113/**43** 233v–234v, 239v, 243, 245, 246–246v, 248, 249–249v, 251, 252, 253v–254, 257, 261, 114/**43** 263, 265v, 267–267v, 269v–270, 272, 273, 274v, 277–277v, 279v–280, 281–284v, 285v, 286v, 115/**43** 293, 295, 297v, 298v, 299v, 300v, 305v–306, 308, 314v, 315v–316; 118/**44** 2v, 3v, 6, 7–7v, 20v, 22v–23, 24, 138/**44** 235v–236; 275/**49** 30–30v, 37, 42v–43, 45v
- Gebühren/Stempel 90/Fundort 90v–91, 93v–94; 92/Fundort 103v–104
- Gerichtskosten 346/**52** 336v–338; 381/**53** 253
- Gerichtsorganisation/Justizverwaltung 90/Fundort 89v–90v, 94–99; 92/Fundort 103; 95/Fundort 117–117v; 124/**44** 63–64
- Gesindewesen 92/Fundort 110v–111; 93/Fundort 114–114v; 95/Fundort 118
- Gewerbe-Polizei 90/Fundort 92–92v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 90/Fundort 89v–90; 92/Fundort 111–111v; 134/**44** 145–146, 158v–159; 198/Fundort 156v–157, 166v–168; 200/Fundort II 169v–170; 221/**46** 386v; 242/**47** 279–279v; 289/**50** 39v, 41v, 292/50 108–108v, 293/50 212v; 323/**52** 30–30v, 32–38v, 40, 346/52 330–335, 353–353v, 351/52 366–366v; 400/**54** 259–259v, 278v
- Handel/Gewerbe 90/Fundort 90v, 92–92v; 92/Fundort 110; 95/Fundort 118; 198/Fundort 162v–165; 200/Fundort II 169v; 339/**52** 207v
- Maße/Gewichte 198/Fundort 161–162v; 200/Fundort II 169v
- Pensionsberechtigungen/-wesen 198/Fundort 165v–166; 200/Fundort II 169v; 360/**53** 109–109v
- Provinzialrechte 39/Fundort 88; 40/**40** 264, 266–266v, 272v–273v, 275v, 276v–277, 280v–281v; 92/Fundort 111v; 108/**43** 184, 185–185v; 162/**45** 48; 198/Fundort 157v–160; 200/Fundort II 169v
- Provinzielle Angelegenheiten 90/Fundort 92v–93; 92/Fundort 104–106v, 110–110v; 93/Fundort 115
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 90/Fundort 99–102v; 93/Fundort 115–115v; 95/Fundort 118v–119v; 198/Fundort 158v–160v; 200/Fundort II 169v; 312/**51** 137
- Ständische Angelegenheiten 92/Fundort 112–113; 93/Fundort 115; 95/Fundort 116v; 198/Fundort 165; 340/Fundort 2v–7
- - Bescholtenheit 198/Fundort 165
- Ständischer Ausschuß 198/Fundort 165v
- Strafrecht 198/Fundort 160; 223/Fundort 131
- Verjährungsfristen 90/Fundort 89v–90; 105/**43** 120
- Wechselrecht 92/Fundort 112
- Wegeangelegenheiten 167/**45** 101–104v; 198/Fundort 161; 322/**52** 4v–5v, 17v–20v
- zivilrechtliche Bestimmungen 198/Fundort 156v; 363/**53** 120v–121, 128–128v
- Branntwein**
- Besteuerung, ständische Anträge 189/Fundort 112; 197/Fundort II 154v; 319/Fundort 114v–117
- Brennerei
- - adlige Güter in Westpreußen 221/**46** 370–371
- - Maßnahmen gegen Alkoholismus d. niederen Volksmassen 246/**47** 349v–350v
- Handelsbeschränkung, ständische Anträge Prov. Preußen/Sachsen 78/Fundort 123; 204/Fundort 286–286v; 209/Fundort 122v
- Mißbrauch, ständischer Antrag Westfalen 63/Fundort 19–20v
- Braumalzsteuer/Braurecht**
- Bier
- (Alt-) Braunsberg (Kreis)**
- LT-Wahlen, Ritterschaft 449/**56** 122–123v

Braunschweig (Herzogtum)

- Kunstwerke, Schutzfrist gegen Nachdruck 195/46 266v, 267v
- westfäl. Zwangsanleihen (1808/1810/1812) u. Vertrag (29.7.1842) 147/44 291v–293, 294v, 296, 297v

Brauweiler (Arbeits-Anstalt) 82/Fundort 172–172v

Bremen (Freie Stadt und Hansestadt) 57/Fundort 107v; 69/Fundort 29v

Breslau (fürstbischöfliche Diözese) 217/46 321

- fürstbischöfl. Konsistorium 455/57 25
- - als geistliche Gerichtsbehörde b. Wiederverheiratung 455/57 27–33v
- u. kath. Schulen 411/55 50v–52
- Rundschreiben Ritters über Mischehen u. Reaktion Preußens 151/44 336–342v
- u. Vermögen erloschener Parochien 400/54 254v–258v

Breslau (Land- u. Stadtgericht) 230/47 58v

Breslau (Oberlandesgericht) 133/44 128; 191/46 208v; 455/57 27v–28v, 29v–30, 31–33v

- Besoldungsetat, Gleichstellung mit Regierungen 256/48 61
- Chefpräsident, Rangerhöhung 272/48 358–364
- Huldigungseid, Formular f. Fürstentum Oels 231/47 80–80v, 83

Breslau (Regierung) 111/43 221, 222

Breslau (Regierungsbezirk) 250/47 401

Breslau (Stadt)

- Lokalrechte b. Erbfolge 301/50 293v–294v

Breslauer Zeitung 302/50 305v–306v

Brief-Porto

→ Post

Brieg (Land- u. Stadtgerichtsbezirk)

- Aufhebung der dort geltenden besonderen Rechte, Entwurf 14/39 26–27v
- Partikularrecht 68/Fundort 11

Brilon (Kreis)

- Wahlzensus, Ausnahmeregelung 188/Fundort 241v; 223/Fundort 130v

Broich (Herrschaft) 82/Fundort 167

Bromberg (Land- u. Stadtgericht) 279/49 118–118v

Bromberg (Liquidations-Kommission) 251/48 3

Bromberg (Oberlandesgericht) 17/39 59v; 251/48 3–3v

- Ehesachen, Verfahren (28.6.1844) und Probleme d. Ehegerichte 279/49 114–119v
- Gehaltssätze, Erhöhung 43/40 326–327

Bromberg (Regierung) 228/47 27, 28, 29, 31v–32v; 422/55 149

- Kompetenzkonflikt 249/47 368–368v; 251/48 3v–5
- zum Entwurf einer Fischerei-Ordnung 34/40 223v–224

Bromberg (Regierungsbezirk) 250/47 401; 384/54 35cv

Bronzefabrikation

- Westfalen, ständischer Antrag 319/Fundort 118–118v

Brotpreise

- Rheinprovinz 210/Fundort 164v–165

Brücken/-bau

- alter Frankfurter Fahrdamm 124/44 61
- Ostpreußen, durch Hand- u. Spanndienste 329/52 175–178v
- Saale 333/Fundort 48–48v
- Weichsel 77/Fundort 108–108v; 290/50 46–47

Brückengelder 344/52 267v

Brüdergemeinde 298/50 264v

- Herrnhuter Brüdergemeinde, Kaufstempel 46/41 27

Brühl (Revier) 338/Fundort 150v

Brüssow (Stadt u. Amtsbezirk)

- Magistrat u. Stadtverordnete, Gesuche 228/47 34–39

Buchhändler

→ Urheberrecht

(**Neu-)Büderich** (Stadt) 84/Fundort 184v–185; 211/Fundort 184v

Büdner

- Beitragspflicht zu Kirchen- u. Pfarrbauten i. d. Kur- u. Neumark, Entwurf 298/50 258–260

Bundesfürsten

- Verhältnisse, Eidesleistung in Gerichtsprozessen (3.1.1845) 231/47 66–67v

Burbach (Amt) 40/40 273; 101/43 51

→ Arnsberg (Regierungsbezirk)

Büren (Kreis)

- Juden 262/48 182; 393/54 165–165v

Bürgerbriefe/-recht

- Mißbrauch/Betrug, Notwendigkeit eines Strafgesetzes 75/41 282–284

Bürgergelder

- Rückerstattungsansprüche, Zulassung des Rechtsweges 229/47 55b–55dv

Bürgermeister

- Prov. Posen, Gehalt in kleinen Städten, ständischer Antrag 315/Fundort 88v–90

- Rheinprovinz

- - Aufgaben/Vergütung, ständischer Antrag 338/Fundort 153v–155

- - Begriffsdiskussion 19/39 113v–114v

- - Entlassung, Grundsätzliches 112/43 225–226; 240/47 230h–230i; 346/52 350–351

- - Ernennung 19/39 116v–117

- - Pensionsansprüche, auch in Westfalen 310/51 106–109v; 322/52 24v–25v

Bürgerwachen

→ Vereine/Vereinigungen

Bürgschaften

→ Frauen

Burtscheid (Stadt/Kommune) 371/53 154v

Bütow (Kreis)

→ Lauenburg-Bütow

Celle (Ober-Appellations-Gericht) 249/47 386v–387, 390–390v, 391v–393

Charlottenburg (Stadt/Kommune) 371/53 154v

Chatoukölmer

→ Kölmer

Chausseen

- einzelne Chausseebauten, v.a. ständische Anträge

- - (Alt-)Pommern 53/Fundort 216–216v; 54/Fundort I 222; 71/Fundort 232v

- - Prenzlau-Brüssow 228/47 38–38v

- - Prov. Preußen 81/Fundort 149v–150; 204/Fundort 277v–278

- - Rheinprovinz 85/Fundort 203v–204; 215/Fundort 205v–206, 207–208v, 211–212; 338/Fundort 140–141, 145v–149v

- - Sachsen 56/Fundort 101–102v; 57/Fundort 109v; 207/Fundort 110v; 333/Fundort 48–48v

- - Schlesien 69/Fundort 28v–29; 330/Fundort 111–112, 115v–116

- - Westfalen 64/Fundort 29v–32; 187/Fundort 222v–223v, 227–227v, 229v–230v, 231v–232v; 319/Fundort 108v–111; 321/Fundort 125v–126
- Chausseegelder
- - Kontraventionen (7.6.1844), Entwurf 5/38 111–111v; 236/47 159–168
- - Postvergehen 344/52 288v–290v
- - Westfalen/Schlesien 63/Fundort 25v–26; 64/Fundort 29v–30v; 330/Fundort 112v–113
- Polizeibehörden; Straßen; Straßenbau-Fonds
- Chodziesen** (Gerichts-Kommission) 58/Fundort II 138–138v; 72/Fundort 272v
- Chodziesen** (Kreis) 58/Fundort II 138–138v
- Chodziesen** (Stadtbehörden) 243/47 290–292
- Cholera** 92/Fundort 110–110v
- Christburg** (Gerichtsbezirk) 106/43 124
- Coesfeld** (Schloß) 423/55 155–155v
- Commern** (Bergbau-Revier) 338/Fundort 139v, 150v
- Corvey** (Fürstentum) 63/Fundort 23v; 66/Fundort 38; 70/41 206
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 273
- Cottbus** (Kreis) 240/47 222
- Crossen** (Emeriten-Stift/Krs. Braunsberg) 449/56 122
- Crossen** (Kreis) 271/48 333v

- Dänemark** 215/Fundort 214; 343/Fundort 54v
- Danzig** (Freie Stadt) 147/44 298v
- Handelsrechte 286/49 151–152
- Magistrat zu Ansprüchen wg. Provinzialrechte 446/56 98–103
- Normaljahr (24.11.1843) 192/46 222–223v
- Partikularrecht 202/Fundort 269v–270
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270
- ständische Vertretung auf LT 204/Fundort 282v; 222/Fundort 291–292
- Vorstädte
- - Loslösung v. Neufahrwasser 41/40 302–309
- - Steuererlaß f. Bäcker, Müller, Schlächter, ständische Antrag 343/Fundort 55v–56
- Danzig** (Kommerz- u. Admiralitätsgericht) 46/41 30v
- Danzig** (Land- u. Stadtgericht) 230/47 58v–59
- Danzig** (Regierung) 28/40 145, 34/40 211; 323/52 56; 371/53 136v; 442/56 48
- Danzig** (Regierungsbezirk) 250/47 401v
- Deiche 452/57 5–8
- Darfeld** (Kirchspiel) 275/49 25
- Darkehmen** (Kreis) 77/Fundort 114; 87/Fundort I 156; 132/Fundort 266v
- Deiche**
- allg. Gesetz (28.1.1848), Entwurf 16/39 50v, 17/39, 18/39 68–71v, 92v–103
- - u. Bildung von Uferbau-Verbänden 18/39 85v–88v
- - Modifikationen d. Deichpflicht in Westpreußen 456/57 35–37
- - ständische Anträge/Gutachten 53/Fundort 215v; 56/Fundort 100v; 61/Fundort II 153–153v; 64/Fundort 27v–28; 69/Fundort 24v; 81/Fundort 149–149v; 85/Fundort 202–202v; 90/Fundort 91–91v; 95/Fundort 118–118v; 212/Fundort 191v; 309/51 89–97; 330/Fundort 113v–115; 333/Fundort 49
- Deichbruch, Entschädigung (allg. und Einzelfall) 452/57 5–8
- Deichrolle, Ober-Oderbruch 90/Fundort 93–93v; 95/Fundort 118; 198/Fundort 161v
- Flüsse

Demagogenverfolgungen

- u. Anstellung von Lehrern *138/44* 221v–232

Depositalgelder

- Anlegung/Sicherstellung, Grundsätze *103/43* 97–108
- Bank-Ordnung (5.10.1846) *383/54* 27–28v

Deutsche Bundesakte (1815)

- Grunderwerb u. Homagialeid *258/Fundort* 201–203

Deutsche Bundesversammlung

- Presserecht *452/57* 2–2v, *457/57* 55, 56, 57v–59, 60, 62

Deutscher Bund

- Bundesgesetzgebung, Privilegien f. Erben/Rechtsnachfolger dt. Schriftsteller (9.11.1837) *125/44* 78–81
- Bundesschiedsgericht
- - Personaländerungen b. preuß. Spruchmann *22/39* 140; *176/45* 267
- - richterliche Instanz f. Beschwerden vormals unmittelbarer Reichsstände *176/45* 267–267v
- Post-Verein, Vorverhandlungen *396/54* 209–212v
- Wechselrecht *349/Fundort* 163–164

Deutscher Orden (Westpreußen) *221/46* 374–374v, 376, 377v**Deutschkatholiken**

→ Kirche (katholische); Presse/Presserecht

Deutz (Stadt/Kommune) *371/53* 154v**Diebstahl**

- allg. geringer, ständischer Antrag wg. Bestrafung *68/Fundort* 15–15v; *69/Fundort* 22v
 - Holzdiebstahl *22/39* 142–148, 153–154v; *27/40* 89–89v; *118/44* 17v–21
 - - Gesetz (7.6.1821), Revision *16/39* 50v, *20/39* 120–122; *252/48* 14; *306/51* 40–50v
 - - ständische Anträge *54/Fundort* II 85v; *59/Fundort* III 149–149v; *62/Fundort* II 4v–5; *68/Fundort* 5v; *77/Fundort* 108v
 - - u.a. Waldprodukte, Entwurf/ständische Gutachten *20/39* 120–129v, *22/39* 142–157v; *23/40* 1–28v, *24/40* 32–41v, *28/40* 114v–115v; *92/Fundort* 112; *177/46* 1–58v, *178/46* 59–68v, *179/46* 69–76v; *237/47* 169–170, 174–176v; *306/51* 47v, 51–56
 - Pferdediebstahl (4.8.1832), Entwurf zur Modifikation *16/39* 50v
 - Wildddiebstahl *16/39* 50v; *24/40* 33–35v, 37v–38, 41–41v; *118/44* 5v, 12–13v
 - - Entwurf (1843) *180/46* 78–110v, *182/46* 130–137
 - - in Schonzeit, Benneckenstein u. (Neu-)Haldensleben *325/52* 124v
- Forst- und Jagdpolizei-Ordnung; Jagdwesen

Dienste

- Baudienste, gemessene oder ungemessene, Kriterien
 - - Entwurf *144/44* 277–284
 - - Landesteile Kgr. Westphalen, Ghzgtm. Berg u. frz. Depts., Normaljahr *35/40* 241–248v
 - Einzelfall, Lehnsrittergut Uenglingen *302/50* 296–297v
 - Hand- u. Spanndienste in Ostpreußen, Kompetenzkonflikt *329/52* 175–178v
 - ungemessene Dienste in Schlesien, Feststellung *162/45* 43–46v
- Ablösungen; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse

Dienstgelder

- Schutz d. Gutsherren vor Verlust (21.4.1825), Entwurf *170/45* 200–203v; *217/46* 316–319
- - Altmark/Hzgtm. Magdeburg (23.7.1845), Entwurf/ständischer Antrag *170/45* 200–203v; *217/46* 316–319; *245/47* 318–342v; *286/49* 156–188, *287/49* 242–255v; *323/52* 30–41
- - Dörfer des ehem. Domkapitels Magdeburg *4/38* 83–95v
- - übrige ehem. westfäl. Landesteile der Prov. Sachsen (11.12.1845), ständischer Antrag/Entwurf *287/49* 242–255v; *293/50* 193–217v; *331/Fundort* 21–22; *333/Fundort* 33; *344/52* 261–264v

Diffamationsklage

- Ausschließung gegen d. Fiskus, (Einzelfall Dahlenwarsleben) 35/40 250–255v; 191/46 207–212

Dismembrationen

- Befugnis und Übereinstimmung mit öffentlichen Interessen 239/47 197v–199v

- Kritik am Verfahren d. Verwaltungsbehörden 52/41 147–148v

- Westfalen (5.1.1844), Entwurf 213/46 304–304v

→ Angerburg (Stadt- u. Landgericht); Ansiedlungen; Bauern; Parzellen/Parzellierungen

Disziplinar- und Pensionsachen 35/40 238, 37/40 256–257, 43/40 318, 332–332v, 44/40 334–335; 46/41 25, 49/41 98; 99/42 53, 54–54v; 101/43 39–39v, 44, 102/43 59–61, 103/43 85–86, 104/43 109, 106/43 132, 107/43 133–134, 108/43 169, 110/43 195–196, 111/43 207–208, 112/43 224–226; 123/44 26, 127/44 86–88, 134/44 135–135v, 135/44 163, 137/44 209–209v, 138/44 219, 143/44 267, 144/44 269, 145/44 285–286; 167/45 98, 172/45 227, 175/45 244, 249; 183/46 140–140v, 190/46 176–177, 191/46 204–205, 193/46 224, 226, 195/46 265; 208/46 292; 229/47 52–53, 230/47 56–57, 236/47 151, 156, 244/47 300–301, 246/47 348, 250/47 395–396; 251/48 6–7v, 252/48 15, 23, 254/48 46–47, 258/48 82, 259/48 105, 263/48 202, 264/48 203–206, 272/48 357, 363–364; 274/49 14, 277/49 97–102, 279/49 112–113; 300/50 287; 305/51 24, 35, 306/51 37, 307/51 62–62v, 309/51 98–99, 310/51 106–110, 311/51 120–121, 126–126v, 312/51 139–142, 313/51 164, 314/51 165–167, 320/51 181–182; 322/52 21–25v, 327/52 154, 346/52 347–351, 353/52 407, 408; 376/53 195; 394/54 184; 428/55 205–207v, 435/55 245; 439/56 34, 450/56 133

- Hoffmann von Fallersleben 112/43 227–228v

- Kompetenz des StMinms. 110/43 195–195v; 277/49 99–102

→ Beamte

Disziplinarsachen 1/38 67, 5/38 100–100v, 9/38 150, 151, 154; 12/39 11, 12, 13, 14/39 19, 21/39 134–136; 34/40 208–209, 41/40 299–301; 46/41 28, 73/41 207; 100/43 1–2; 124/44 48–48v, 137/44 191, 143/44 268, 146/44 290; 159/45 11–17v, 160/45 18–21v, 169/45 157, 174/45 237; 183/46 142, 190/46 178, 192/46 217, 220, 194/46 241, 196/46 273; 242/47 252, 243/47 296–296v; 253/48 24–24v, 259/48 106; 302/50 298; 303/51 1, 306/51 36–36v, 307/51 66, 313/51 151, 316/51 178; 356/53 23, 357/53 28, 374/53 159; 384/54 36, 386/54 77, 403/54 283–283v; 430/55 219; 446/56 104; 454/57 19

→ Beamte

Dohna (Grafschaft) 165/45 64–64v; 366/Fundort 197

Domänen

- einzelne Domänen/Domänenämter

- - Brüssow 228/47 35–35v

- - Christburg 192/46 222v

- - Heiligenstadt 299/50 282

- - Neuenhagen 274/49 16–16v

- - Worbis 299/50 282

- Feuerversicherung, ständischer Antrag Prov. Preußen 202/Fundort 267v–268v

- Fiskus, Pflicht von Gemeinden zur Armenpflege 274/49 16–22v

- Gefälle, ständischer Antrag Westfalen 63/Fundort 23v–24v; 66/Fundort 38–38v

- Gutsherrlich-bäuerliche Leistungen (21.4.1825), Verlustvermeidung 217/46 316–319

- Heranziehung zu Kreis- u. Kommunallasten 104/43 111a–111cv; 172/45 229–231v

- Krugsverlagsrechte 189/Fundort 111v

- Verwaltung landesherrlicher Kolonate, Laudemialabgaben 217/46 325–331

- Zinsen, Unterordnung unter Förmlichkeiten des Hausgesetzes 108/43 174v–178

→ Gumbinnen (Regierungsbezirk); Kriegs- und Domänenkammer Posen

Dombrowken (Kirchspiel) 77/Fundort 114v; 87/Fundort I 156; 132/Fundort 266v

Dortmund (Stadt)

- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270, 272v

Dramburg (Kreis) 287/49 194; 400/54 278a

Drausen-See

- schiffbahre Verbindung, ständischer Antrag 204/Fundort 277v

Dreidinge

→ Gerichte

Dreiklassenwahlrecht

- Rheinprovinz, allg. Erwägung 19/39 117v–118

- - u. Gemeinde-Ordnung (23.7.1845), Entwurf 260/48 128v–131v, 261/48 146–148, 154–161v; 313/51 153, 156–156v

Dreschgärtner 271/48 333–333v, 335, 338v

→ Ablösungen

Dresden (Ober-Appellations-Gericht) 249/47 392

Druckerlaubnis

→ Zensoren; Zensurbehörden; Zensurgesetzgebung

Duell

- Bestrafung, Gesetzentwurf 288/Fundort 80–83v; 397/54 225

Duisburg (Kreis) 16/39 52v, 17/39 60v, 18/39 71; 52/41 142v; 214/Fundort 199v; 269/48 284v; 285/49 139–139; 337/Fundort 119v–121v, 122v, 125; 387/54 91v

- eheliches Güterrecht, Vereinheitlichung 271/48 328–331v; 353/52 389v; 426/55 180–182

- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 48v–49

- Land- u. Stadtgemeinden, Rechte d. Mitglieder 271/48 349–349v

- westfäl. Tax-Ordnung, Anwendung 312/51 143, 149v–150

→ Gerichtsstand, eximierter

Duisburg (Stadt)

- eheliches Güterrecht, Vereinheitlichung 272/48 355–356; 353/52 389–389v

- Gütergemeinschaft, ständischer Antrag auf Aufhebung 210/Fundort 173; 219/Fundort 235v

- Handelskammer 324/52 97v

- Verkehrsanbindung 324/52 82–82v

Duisburger Katechismus 302/50 304

Düren (Kreis) 254/48 49

Düren (Stadt) 215/Fundort 214v–215v; 216/Fundort 217v

Düsseldorf (Landgericht) 310/51 107v

Düsseldorf (Oberlandesgericht) 430/55 220

Düsseldorf (Regierung) 83/Fundort 177; 193/46 227; 240/47 230hv; 306/51 49; 430/55 223v; 446/56 106

- Einquartierungslast f. Geistliche/Schullehrer 254/48 49v–50v

- Gutachten zur Klassenabstufung d. Wähler 260/48 129v–130

- Schulaufsicht 393/54 169–169v, 172, 173

- Zensus und Gemeinderecht 313/51 154v

→ Rheinprovinz, Regierungen

Düsseldorf (Regierungsbezirk) 50/41 108; 215/Fundort 207v–208; 337/Fundort 103; 393/54 170v, 400/54 269v; 430/55 222–222v

- ALR, Gültigkeitsbereich 111/43 211v–212, 214–215

- Einquartierungslast f. Geistliche/Schullehrer 254/48 49v–50v, 52–52v

- Eisenbahn, Ausbau 324/52 73–91v

- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 411/55 45v

- - kath. Kirche, Vermögensverw. 411/55 59–61v

- - Kultuskosten, Aufbringung (14.3.1845), Entwurf 175/45 251v–252

- Wegeangelegenheiten, ständische Anträge 338/Fundort 148–148v

Düsseldorf (Stadt) 83/Fundort 175; 84/Fundort 186v

- Handelskammer 311/51 129v–130, 131v
- Jesuiten, Klöster u. Schulen 393/54 166v–167, 172v, 173v–175, 176v, 177v
- Mahl- u. Schlachtsteuer 420/55 125v

Eberswalde-Neustadt (Stadt)

- Cholera, Kosten 92/Fundort 110–110v

Eherecht/Ehesachen

- Gebehochzeiten Westfalen, ständischer Antrag 188/Fundort 248v–249
- geistliche Gerichtsbarkeit f. Konsistorium Greifswald 294/50 218–219v
- Juden, bürgerl. Verhältnisse (23.7.1847) 436/56 2v–3v
- - Juden u. Christen 425/55 178–178v, 426/55 187–188
- Mischehen
- - Kindererziehung (17.8.1825), ständischer Antrag Rheinprovinz 335/Fundort 97v–99; 349/Fundort 164v–165v
- - Rundschreiben Ritters u. Reaktion der Regierung 151/44 336–342v
- uneheliche Geschlechtsgemeinschaften (24.4.1854), Entwurf 351/52 358–364v
- Wiederverheiratung u. vorheriger Konfessionswechsel 45/41 4–13v; 107/43 148–153v
- - Katholiken, Einzelfall 455/57 27–33v
- zw. adligen u. bürgerlichen bzw. bäuerlichen
- - Dispensation als ungleiche Ehen 89/42 5–7v
- zw. Fremden mit Inländerinnen (28.4.1841), Entwurf 40/40 287–288
- zw. Stiefverwandten (22.12.1843), Entwurf 137/44 192–194v
- - keine Dispensation 96/42 24–29v
- Gütergemeinschaft; Kinder; Konkubinat

Ehescheidungen

- allg. Entwurf (1842) 148/44 303–317v, 149/44 318–323, 150/44 324–331, 152/44 357–360, 153/44 361–374v
- - Abtrennung des formellen (28.6.1844) vom materiellen Teil 245/47 343–346v, 247/47 351–355, 248/47 358–364v
- - Katholiken 153/44 373v–374
- - ständische Ausschüsse, keine Vorlage 164/Fundort 46v–47v; 235/47 144, 147–149
- - Strafen wg. Ehebruchs 235/47 144–147
- allg. formelles Verfahren (28.6.1844)
- - Ausführung, Probleme beim OLG Bromberg 279/49 114–119v
- - ständische Mitwirkung bei Gesetzesberatung 328/Fundort 89–89v
- - ständischer Antrag Prov. Preußen 342/Fundort 29v–30v
- u. Autoritätsverlust Preußens im Ausland 148/44 306, 307v–308
- u. Beichtgeheimnis in Prozessen 45/41 2–3v
- kirchliche u. bürgerliche Vorschriften 107/43 149v–153v
- Sühneversuche 409/55 31–32v

Ehrenbreitstein (Justiz-Senat, Ostrhein) 101/43 50v, 53v–54v; 310/51 111

- lex Anastasiana, Aufhebung 377/53 197
- ostrhein. Teile vom RegBez. Koblenz, Untergerichte 101/43 50, 52
- Verjährungsfristen (6.7.1845), Entwurf 230/47 62–63v

Ehrenbreitstein (Stadt/Kommune) 371/53 154v**Eichsfeld** (Fürstentum) 56/Fundort 97v–98; 57/Fundort 110, 111; 209/Fundort 121

- Ablösungen u. deren Erleichterung durch Tilgungskasse (9.4.1845), Entwurf 299/50 281–286v
- Industrie, ständischer Antrag auf Unterstützung 333/Fundort 44–44v
- kath. Pfarreien, Besetzungsrecht 386/54 87–90v

- Kriegskontributionen, ständischer Antrag 205/Fundort 100–101v; 207/Fundort 107v–108
- Provinzialrecht, Revision 40/40 270; 205/Fundort 105v–106v

→ Heiligenstadt

Eide/Eidesleistung

- Amtseide, nach Thronwechsel (1840) 2/Fundort 6; 3/38 69–70; 70/41 193–194v
- Gerichtseide allgemein
- - Eidesleistung fürstlicher Personen (3.1.1845) 231/47 66–67v; 275/49 23–24
- - ständischer Antrag Schlesien 330/Fundort 124–124v; 348/Fundort 136v–137
- Treueeide f. schles. Fürsten/Standesherrn durch deren Untertanen 49/41 96–97v
- Zivilprozesse (28.6.1844), Entwurf
- - Eidesformel f. Zeugen/Sachverständige 41/40 307–309
- - im Namen des Fiskus zu leistende Eide/Ignoranzseide 171/45 207–210

→ Homagialeid; Huldigungseid

Einkommensteuer (inkl. Klassensteuer)

- allg. Einführung, Entwurf 417/55 113, 419/55 115–122v, 420/55 123–134, 421/55 134–140v; 440/56 40v
- Klassensteuer, u.a. ständische Anträge
- - allg. Beschränkung, Entwurf (1847) 417/55 113, 419/55 115, 117, 420/55 123–130
- - Aufhebung/Erleichterung für den untersten Stand 315/Fundort 82–82v; 330/Fundort 120–122v; 333/Fundort 47v
- - Beschwerden wg. Kontrolle durch Kreisstände 227/47 21–21v
- - Einführung, Prov. Preußen bzw. Jülich 204/Fundort 278–278v; 338/Fundort 144–144v; 349/Fundort 166v–167
- - Frauenberg, Klassensteuerliste 346/52 347–351
- - Kontingent/Kontingentierung, Sachsen/Rheinprovinz 32/40 189–192; 57/Fundort 109v; 84/Fundort 191v–193; 85/Fundort 196v; 215/Fundort 209v–210v; 338/Fundort 129–136
- - u. Mahl- u. Schlachtsteuer 343/Fundort 56–56v; 371/53 151, 152–158
- - Veranschlagung/Einführung, Westfalen 319/Fundort 105–107v, 112v–114, 118, 121

Einzugselder

- Befugnis der Städte in Westfalen auf Erhebung, Gesetzentwurf 277/49 107–111
- Rückerstattungsansprüche, Zulassung des Rechtsweges 229/47 55b–55dv

Eisen

→ Fabriken; Industrien; Zoll

Eisenbahnaktien

- Gesetz (22.12.1843), Entwurf 193/46 239–240v
- Spekulationen, Bekanntmachung d. Finanzministers (11.4.1844) 296/50 242–249
- Verkehr mit in- u. ausländischen, Beschränkung (24.5.1844)
- - Aufhebung (1860) 397/54 221–223
- - Maßregeln zur Eröffnung von Aktien-Zeichnungen 244/47 309–316v; 443/56 55–60v

Eisenbahnen

- allgemein
- - Eisenbahnbeamte 439/56 35v
- - Gesetz (3.11.1838), Änderung, ständischer Antrag 85/Fundort 209–209v
- - polizeiliche Vorschriften zur Geländenuutzung, Publikation 435/55 246–247
- - Preise/Tarife 180/46 111–113v; 456/57 42v, 43, 44
- - Prov. Preußen, Netzausbau/Ostbahn, u.a. Denkschrift 204/Fundort 278v; 417/55 113, 421/55 134–140v; 440/56 38v–39
- - staatl. Finanzierung/Zins-Garantie u. Steuererlaß (f. 1843) 120/Fundort 184v–192v; 122/Fundort 200–204v; 126/Fundort 205v–214; 129/Fundort 229v, 231–234v
- - Wirkung auf Postwesen 339/52 208, 209–209v, 215v, 221

- einzelne (auch erwogene) Linien (Finanzierung/Streckenverlauf usw./auch ständische Anträge)
- - Aachen-Gladbach-Ruhrort 324/52 81v, 82v–83, 84–84v, 85v
- - Aachen-Herzogenrath-Rheydt 324/52 88v, 90v–91
- - Aachen-Maastricht 244/47 315–315v; 324/52 88v–89v, 91v–93v
- - Amsterdam-Arnheim 324/52 94, 97v, 100–103v
- - bayer. Grenze-Saarbrücken-frz. Grenze 314/51 170v–171
- - Belgische 324/52 73v, 76v, 92
- - Berlin-Hamburg 90/Fundort 91v–92; 345/52 321–321v
- - Berlin-Königsberg (Ostbahn) 198/Fundort 162v; 290/50 46–76v; 315/Fundort 79v–80; 343/Fundort 59; 345/52 296–323; 444/56 69–74v
- - Berlin-Köthen-Magdeburg 290/50 56, 66
- - Berlin-Potsdam 345/52 302
- - Breslau-Liegnitz-Görlitz-Dresden 43/40 321–321v
- - Brieg-Neiße, Konzessionserteilung 296/50 245v–247v
- - Cosel-Oderberg 299/50 279–279v
- - Doesburg-Lingen 324/52 95
- - Dortmund-Bielefeld 292/50 175–192v
- - Dortmund-Elberfeld 292/50 186v
- - Dresden-Görlitz 244/47 315
- - Dresden-Prag 299/50 279v
- - Duisburg-Kaiserswerth-Uerdingen 324/52 82v
- - Duisburg-Uerdingen-Krefeld-Rheydt 324/52 74v, 81v
- - Dürrenberg-Leipzig 48/41 73–73v
- - Düsseldorf-Gladbach-Aachen 324/52 73v, 75, 77–80, 81, 82v–83, 84–84v, 85v, 86v–87, 89–91, 93–93v
- - Düsseldorf-Gladbach-Düren 324/52 74v–75, 81, 86v, 91
- - Düsseldorf-Heinsberg-Landesgrenze (b. Sittard) 324/52 73, 75, 77v, 78v–79v
- - Düsseldorf-Jülich-Eschweiler 324/52 74, 75, 79v–80, 81–81v, 86v, 91
- - Düsseldorf-Sittard-Hasselt 215/Fundort 212
- - Elberfeld-Düsseldorf 292/50 186v
- - Eschweiler-Kohlscheid 324/52 74, 80
- - Frankfurt/O.-Breslau 61/Fundort II 156
- - Frankfurt/O.-Küstrin 345/52 302–303
- - französische 244/47 314v
- - Görlitz-Reichenberg 299/50 279
- - Halle/S.-Kassel-Lippstadt 47/41 44–58v, 48/41 73
- - Halle/S.-Weißenfels-Erfurt-Eisenach (thüringische Eisenbahn) -Frankfurt/M. 47/41 47–48, 55–55v, 57–58, 48/41 73–73v; 299/50 275, 276–276v, 277v
- - Heinsberg-Jülich-Düren 324/52 74, 77v, 83, 84, 85
- - Heinsberg-Jülich-Eschweiler 324/52 74, 77v, 83, 84
- - Kaiser-Ferdinands-Nordbahn 299/50 279v
- - Kassel-Lippstadt 292/50 175–175v, 178v–180v, 181v–182, 183v, 186v–187
- - Köln-Aachen 324/52 85v
- - Köln-Amsterdam 324/52 94v–95
- - Köln-Bonn 324/52 87
- - Köln-Minden 324/52 81v–82v, 83v, 87, 94, 100–103
- - Köln-Neuß-Krefeld 324/52 75, 83v–84, 86v–87
- - Leipzig-Dresden 244/47 312v
- - Leipzig-Dürrenberg 299/50 275–280
- - Metz-Saarbrücken 314/51 168–172

- - Niederschlesisch-Märkische 345/52 298
- - Oberhausen-Wesel-Arnheim 324/52 94–103
- - Oberschlesische 296/50 246
- - pfälzische Ludwigs-Bahn 314/51 168v
- - Rhein-Weser mit Zweigbahnen 64/Fundort 33–33v
- - Rheinische 324/52 73v–74, 75, 76v, 80–80v, 83v, 85–87, 89v, 93v
- - Ruhrort-Krefeld-Viersen-Gladbach-Rheydt 324/52 74v, 76v–77, 78, 81v, 82v, 87v, 90–90v
- - Ruhrort-Lipperheide 324/52 81v, 87v
- - Ruhrort-Uerdingen-Krefeld-Gladbach 324/52 91
- - Sachsen 207/Fundort 110v–111
- - Schwedt-Passow, Konzessionsfrage 296/50 242–245v
- - Schweidnitz-Böhmisch-Trübau 330/Fundort 115v–116
- - Stargard-Posen 345/52 312v, 314; 421/55 141
- - Taunus-Eisenbahn 244/47 312v
- - Werl-Hamm-Münster 292/50 176v
- - Westfalen 318/Fundort 99–100

→ Arbeiter

Eisenbahngesellschaften

- allgemein
- - elektromagnetische Telegraphen 439/56 35–36v
- - Krankenkassen-Zuschüsse 392/54 156v–158
- einzelne
- - Aachen-Düsseldorfer 324/52 79, 89
- - Berlin-Potsdamer, Regulierung d. Fahrpreise 180/46 111–113v
- - Berlin-Stettiner, Kommunallasten 403/54 279–281
- - Brieg-Neiße 296/50 247
- - Köln-Mindener 292/50 176v, 178–178v, 186–186v, 187v, 189, 190v; 324/52 81v
- - Niederschlesische, Direktorium 150/44 332–332v, 334v
- - Niederschlesische-Märkische 203/46 288–288v; 345/52 302
- - Oberschlesische 296/50 247
- - Potsdam-Magdeburger 345/52 302
- - Rheinische 215/Fundort 212–212v, 324/52 85–86v, 91
- - Thüringische 299/50 278

Eisenerz

→ Bergbau und Hüttenwesen; Bodenschätze

Elberfeld (Landgerichtsbezirk) 50/41 108; 85/Fundort 205v–206

Elberfeld (Stadt) 420/55 125v

Elbing (Stadt) 168/45 132v; 204/Fundort 278v

- Domänen-Intendantur, Ahndung v. Fischerei-Kontraventionen (Prov. Preußen) 34/40 221–221v
- Handelskammer 311/51 129–130
- Rückforderung von Territorien 21/39 138–138v
- ständische Vertretung auf LT 204/Fundort 283; 222/Fundort 291–292

Elementarschulen

→ Volksschulen

Elsaß 314/51 172

Elten (Grafschaft/Reichsstift) 82/Fundort 167

Emmerich (Stadt) 211/Fundort 184v; 337/Fundort 117v–118

- Eisenbahnanbindung 324/52 94, 95–97v
- - Haupt-Zoll-Amt 324/52 96, 99
- - Gymnasium, Mittelforderungen 395/54 189–192

Ems (Fluß)

- Schifffahrt 64/Fundort 31–31v

→ Kanäle

Entwässerung/Entwässerungsanlagen

- Aufgebots- u. Präklusionsverfahren (23.1.1846), Entwurf 242/47 258–277

- Emsniederung, ständischer Antrag 187/Fundort 231v–232

- Privatflüsse in Rheinprovinz, Nutzung 269/48 281v–282

→ Meliorationen

Erbämter

- Lehnbarkeit u. Verbindung mit äußeren Ehren 105/43 112–113

- Verleihung/Vererbung/Verlust, Bedingungen 103/43 87–96v, 105/43 112–119

→ Ministerium des Kgl. Hauses u. der kgl. Familie

Erbfolge/Erbfolgegesetz(e)

- adlige

- - Minden-Ravensbergische Ritterschaft 208/46 300–300v

- - Westpreußen, Revision 220/46 338–349v, 356–358v, 221/46 369–369v

- Allodial-Rittergüter Schlesien 301/50 290–292v

- Antritt von Erbschaften, ständischer Antrag 333/Fundort 50–50v

- bäuerliche, Prov. Westfalen (13.7.1836) 30/40 158

- - allg. Revision, Denkschrift Lent 31/40 167–179, 180v

- - Beschwerden u. Abhilfe (5.1.1844), u.a. Altenteilsverträge 213/46 304–308v

- - ständische Anträge 188/Fundort 250v–251; 201/Fundort 333v

- bäuerliche Intestaterbfolge, ständische Anträge

- - Pommern/Sachsen 53/Fundort 215; 54/Fundort I 221–222; 56/Fundort 98v; 59/Fundort I 224v, Fundort III 146–146v

- gesetzliche im Hzgtm. Schlesien/Gfscht. Glatz (11.7.1845), Entwurf 301/50 288–294v

- gutsherrliches Heimfallsrecht bei Bauergütern, Westfalen 70/41 199v–205

- Rittergüter, Revision f. Prov. Preußen 77/Fundort 108v–109v; 220/46 339, 343v

Erbpacht

- Befreiung von Grundsteuer u.a. (vor 1815), Rechtsweg 74/41 260–263

- Befugnis d. Lehns- u. Fideikommißbesitzer, Aufhebung (28.7.1842) 133/44 125–128v

- Erbverpachtung, Grundstücke unter Lehns- o. Fideikommißverband

- - Entwürfe 272/48 365–369

- - ständische Anträge/Gutachten 92/Fundort 111–111v; 317/Fundort 99–100; 318/Fundort 92; 328/Fundort 90; 331/Fundort 24v–25; 337/Fundort 112v; 342/Fundort 30v–31; 346/52 352–355

→ Ablösungen

Erbteilung

- bäuerlicher Grundstücke, ständischer Antrag Pommern 71/Fundort 231–231v

- Taxen

- - allg. Gesetz, Entwurf 31/40 180–185v

- - bäuerliche Grundstücke in Prov. Preußen (22.3.1844), Entwurf 227/47 12–14v

- - Brandenburg ständischer Antrag 92/Fundort 111

→ Taxen/Taxation

Erfurt (Regierung) 329/52 191v–192, 193v

- Ablösungen, Eichsfeld 299/50 282v

- Differenzen mit Bischof v. Paderborn, Besetzungsrecht f. Pfarreien in Eichsfeld 386/54 87–90v

Erfurt (Regierungsbezirk) 138/44 236–236v; 250/47 401; 264/48 203

Erfurt (Stadt) 57/Fundort 111

- Handelskammer 445/56 76–76v

- Rechtspartikularität, Aufhebung (1817) 171/45 204v

Ermland (Bistum)

- Geltung des ostpreuß. Provinzialrechts 44/40 344
- Verwaltung von Kirchenvermögen 52/41 145–146v

Erste Kammer

→ Vereinigter Landtag

Erzgebirge 299/50 276v

Essen (Grafschaft) 82/Fundort 167

Essen (Stadt)

- Beschwerde, Wassermangel durch Bergbau 215/Fundort 212v–213v
- Gymnasium 393/54 173v

Exekutionen

- administrative Pfändungen
- - Ausschließung d. Diffamationsklage 191/46 207–212
- - kein gerichtliches Verfahren wg. Formmängel 193/46 225–225v
- Befugnisse der Regierungen u. Gerichte, Abgrenzung 169/45 162–187v, 171/45 215–221
- Gebührentarif 454/57 23v
- Sperrfristen (auch lokale) 176/45 260v–261; 454/57 22–22v
- Steuereintreibung, ständischer Antrag Rheinprovinz 212/Fundort 194v–195
- Zwangsverfahren 454/57 21v–22

→ Pfändungen

Exekutions-Ordnungen (exekutivische Beitreibung der Steuern und Abgaben)

- Rheinprovinz (24.11.1843) 308/51 72; 454/57 20, 22v
- - Ausdehnung 285/49 138–141v; 308/51 72–75; 454/57 20–24
- - Entwurf/ständischer Antrag 176/45 257–264v; 193/46 225–225v, 228–230; 212/Fundort 194v–195
- Sachsen, ständischer Antrag 57/Fundort 107
- Westfalen (30.6.1845) 454/57 20–20v, 22
- - Entwurf/ständischer Antrag 285/49 138–141v; 308/51 72–75; 319/Fundort 108

Expropriation

- u. Entschädigung bei
 - - Deichbauten in Danziger Niederung 452/57 5–8
 - - öffentlichen Bauten, legislative Regulierung 306/51 57–61v
 - f. Meliorationen in Westpreußen, Grundstücke u. Wassernutzungsrechte 323/52 42–63v
 - per KO, Publikation 447/56 112–113
 - Rechtsverbindlichkeit gegenüber märkischen Lehen 346/52 331
 - Zwangsverkauf wg. öffentl. Nutzung, Wetzlar 236/47 152–154v
- Subhastationen

Fabriken

- Arbeiter in Westfalen, Eigentumserwerb bei Ansiedlungen 308/51 79
- Fabrikengerichte, ständischer Antrag f. LG-Bez. Elberfeld 85/Fundort 205v–206
- Fabrikzeichen, Schutz
- - Eisen- u. Stahlwaren in Westfalen/Rheinprovinz (18.8.1847), Entwurf 430/55 220–228
- - Entwurf/ständischer Antrag 212/Fundort 193
- Schankkonzessionen für Fabrikbesitzer, Meister
- - ständischer Antrag gegen Mißbrauch 215/Fundort 203–205

Fährtarife

- Sachsen, ständischer Antrag 207/Fundort 115–115v

Familie

- Alimente
- - Patente f. d. Mark bzw. Pommern (8.9.1804) 110/43 197v
- - Pflicht d. Verwandten (21.7.1843), Vorbereitung 110/43 197–199v
- - Zwangseinzahlung f. bedürftige Personen 189/Fundort 110v–111; 197/Fundort II 154–154v
- Ehe; Frauen; Kinder

Färberei 18/39 79v–80v**Feiertage**

- Buß- u. Betttag, ständischer Antrag wg. Verlegung 68/Fundort 19v–20

Feldmesser

- Juden, Ausschließung 270/48 299
- Pensionen, Vergünstigungen 287/49 231–241

Feld-Polizei-Ordnungen

- allg. Entwurf, ständische Anträge 56/Fundort 98v–99; 218/Fundort 228v–229; 317/Fundort 93–93v; 328/Fundort 100v; 333/Fundort 34; 343/Fundort 51
- Halberstadt 384/54 42–42v
- Rheinprovinz
- - Denkschrift 292/50 101–102
- - ständischer Antrag 337/Fundort 119v–122
- sechs östliche Provinzen (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–95; 384/54 37–48v
- Westfalen, Entwurf 276/49 93–96; 384/54 38–39v
- - ständischer Antrag 188/Fundort 250–250v

Festungen

- allg. Verteidigungsfähigkeit u. nahegelegene Deiche 309/51 96v–97
- Danzig 444/56 72
- Graudenz 345/52 305v, 312v
- Jülich, u.a. ständischer Antrag 210/Fundort 165v–166; 324/52 85
- Koblenz 210/Fundort 165v
- Köln 210/Fundort 165v
- Küstrin 290/50 50; 345/52 299v, 312v; 444/56 72
- Oder-Festungen 220/46 353v
- Posen 444/56 72
- Saarlouis 314/51 169
- Stettin 444/56 72
- Thorn 345/52 312v; 444/56 72
- Weichsel-Festungen 77/Fundort 106v–108; 78/Fundort 116v–117
- - Regalität u. Provinzialgesetz 193/46 233v–236v, 220/46 336v–338, 350–355

Feuer- und Lösch-Ordnungen

- Brandenburg (plattes Land), Kreise Dramburg/Schievelbein (11.12.1847), Entwurf 400/54 278a–278b, 278ev–278kv

Feuer-Polizei-Ordnung

- ständischer Antrag Westfalen 63/Fundort 19
- Baupolizei

Feuer-Sozietäten

- Brandenburg, ständische Anträge 92/Fundort 111v; 198/Fundort 166–166v
- Halberstädtische Ritterschaftliche 71/Fundort 235v–236
- Magdeburgische Landfeuersozietät 398/54 247v
- Posen, ständische Anträge 59/Fundort III 143–145v; 72/Fundort 274–274v; 189/Fundort 112v–114, 115; 197/Fundort II 154v; 317/Fundort 93v–94
- Prov. Preußen, ständischer Antrag 202/Fundort 267v–268v; 204/Fundort 276v

- Rheinprovinz, ständische Anträge 82/Fundort 172; 83/Fundort 173v; 218/Fundort 226, 227–227v; 337/Fundort 118v–119, 122v–123
- Sachsen, ständische Anträge 55/Fundort II 88v–89, 90v–92v; 56/Fundort 95–96; 333/Fundort 35v–36v
- Sachsen (Hzgtm.), ständischer Antrag 209/Fundort 121v–122v
- Schlesien, ständische Anträge 68/Fundort 15v–16; 328/Fundort 100v–102
- Westfalen, ständische Anträge 63/Fundort 17, 18–18v; 188/Fundort 248–248v

Feuerversicherungen

- allg. Versicherung, ständische Anträge
- - Posen/Westfalen 59/Fundort III 144–144v; 317/Fundort 94–94v; 318/Fundort 97
- Feuerschäden/Kriegsfeuerschäden, ständische Anträge
- - Sachsen/Schlesien 55/Fundort II 89–89v; 68/Fundort 11v–12; 71/Fundort 235v
- Feuerversicherungs-Gesellschaften, Konzessionierung von Agenten (5.1.1847) 397/54 226–227
- Immobilier-Feuer-Versicherung, polizeiliche Kontrolle 387/54 124–124v

Fideikomnisse

- Errichtungen
- - Aufhebung d. Befugnis, ständischer Antrag Posen 317/Fundort 100–101
- - Pückler-Muskau 8/38 135–136v
- Dyhernfurt (Grafschaft) 133/44 127v–128
- Oberaufsicht b. Familienstiftungen 274/49 6–13v
- Stiftungs-Urkunde, Stempel 310/51 111–112v
- Erbpacht; König/Königliches Haus

Filehne (Herrschaft) 387/54 95

Fischerei-Ordnungen

- Frisches Haff (7.3.1845), Entwurf 33/40 196–196v, 34/40 210–221v; 100/43 3–32
- - Ordnung v. 22.2.1787 34/40 212, 214, 221
- - ständischer Antrag 80/Fundort 132v
- Frisches u. Kurisches Haff 447/56 110v
- Kurisches Haff (7.3.1845), Entwurf 33/40 196–196v, 34/40 210–221v; 100/43 3v, 32–38v
- - (11.6.1792) 34/40 212, 213v–214, 221
- - ständischer Antrag 80/Fundort 132v–133
- Ostpreußen (7.3.1845) 276/49 96
- Pommern, Entwurf für Binnengewässer 441/56 45–45v
- Posen (7.3.1845) 276/49 96
- - Entwurf/ständischer Antrag 34/40 223–226v; 61/Fundort II 152; 97/42 44–47v
- Preußen, Entwurf für Binnengewässer (7.3.1845) 33/40 195–196v
- - ständischer Antrag 78/Fundort 124v
- Regalität nach Preuß. Landrecht (v. 1721) 193/46 233–233v

Fiskus

- Pflichten bei Zahlung von Verzugszinsen (7.3.1845), Entwurf 268/48 244–248; 291/50 77–78
- Steuerfreiheitsgewährung bei Ansprüchen aus Fremdherrschaft 74/41 255–258, 260–263
- (fiskalische) Untersuchungen, Entwurf einer KO wg. Kosten 44/40 338–341
- u. zu leistende Eide im Zivilprozeß (28.6.1844), Entwurf 171/45 207–209
- Kriminalgerichtsbarkeit; Patrimonialgerichte

Flößerei

- Strom- u. Uferpolizei, Entwurf 18/39 74v–78v, 80v, 82–83v
- Westpreußen, Provinzialrecht 221/46 371v–372

Flüsse

- öffentliche

- - allg. Gesetz f. Strom- u. Uferpolizei, Entwurf 18/39 68–92v

- - Inseln, Preuß. Landrecht (1721) Fortbestehen u. Regalität 193/46 233–236v, 220/46 336v–338, 350–355

- - Litauen u. Ostpreußen, Strom-, Deich- u. Uferordnung (14.4.1806) 18/39 69v

- - Schlesien, Strom-Ordnung (12.9.1763) 18/39 69v

- Privatflüsse, allg. Benutzungsvorschriften (23.2.1843)

- - Beaufsichtigung, ständischer Antrag Westfalen 318/Fundort 98–98v

- - Einführung im Bezirk des AppGerHofes Köln (9.1.1845) 269/48 270–293

- - ständische Beratung bzw. ständischer Antrag 132/Fundort 250v–254v; 218/Fundort 227v

- Privatflüsse Krs. Konitz, Expropriation wg. Meliorationsanlagen 323/52 42–63v

→ Bernstein; [einzelne Flüsse]; Strom- und Uferpolizei

Forst- und Jagdpolizei-Ordnung 36/Fundort 79–80; 63/Fundort 23v

- allg. Gesetz, Entwürfe 16/39 50v; 24/40 41, 26/40 61–77, 27/40 78–109v, 28/40 111–144v, 43/40 323–324, 329v–330, 331; 109/43 193b–193cv, 193xv, 193ccv, 193ee–193oov, 113/43 232–261v, 114/43 262–288, 115/43 289–320v, 321v–322, 323–325; 118/44 2–25v, 138/44 240–246; 292/50 127v–131

- - Beratung durch Staatsrat 252/48 14

- - Ergänzung, Wildhandel während Schonzeit 325/52 124–127

- - Jagd- u. Wildschäden 115/43 306–313

- - ständische Anträge 61/Fundort II 152v; 69/Fundort 23; 80/Fundort 132–132v; 84/Fundort 188v–189v; 90/Fundort 94; 331/Fundort 22

- einzelne Forst-Ordnungen

- - Magdeburg/Halberstadt (3.10.1743), Ausdehnung d. Strafsätze (18.5.1839) auf gesamte Monarchie 43/40 322–324

- - Mark Brandenburg (20.5.1720) 28/40 146v

- - Ostpreußen/Litauen (3.12.1775) u. Gültigkeit f. Posen (1841) 27/40 101v–102, 28/40 146v, 43/40 328v–329

- - Pommern (24.12.1775) 27/40 101v–102, 28/40 146v

- - Schlesien (19.4.1756) 28/40 146v

- - Westpreußen/Netzedistrikt (8.10.1805) 28/40 146v

- zu Holzdiebstahl bzw. Jagdvergehen, ständische Anträge 53/Fundort 211v, 215v; 59/Fundort II 117–117v, Fundort III 149–149v; 68/Fundort 5v; 82/Fundort 166–166v

→ Diebstahl; Jagdwesen

Forstwesen 61/Fundort II 152v, 156–158; 62/Fundort II 4v–5; 83/Fundort 174v; 315/Fundort 79–79v; 384/54 57–57v

- Forstbeamte

- - Dienstländereien 27/40 103v–104

- - Dienstvergehen als gerichtliche Polizeibeamte, Rheinprovinz 8/38 138–148v; 111/43 216–220

- - gerichtliche Glaubwürdigkeit 22/39 156–156v; 23/40 6v–10; 306/51 40v, 45, 52, 54v–55v

- Förster

- - Anwesenheit b. Forstgerichten u. gerichtliche Glaubwürdigkeit 23/40 9–10; 237/47 174v–176v

- - Privatförster, Dienstentlassung u. Kriterien für Pensionierung 23/40 10v–13v; 306/51 40–56

- kgl. Forste/Waldungen

- - Konventionen (5.3.1843), Entwurf u. Untersuchungskompetenz 138/44 234v–247

- - Unterhaltung d. Wege, ständischer Antrag 84/Fundort 189v–190

- Forste, Colbitzer und Letzlinger 55/Fundort II 94–94v

- Forst- u. Jagdvergehen, Entwurf 24/40 32–41v

- - Rheinprovinz, Einrede bei Strafverfahren 25/40 51–55

- Harzscharren, Entwurf zur Bestrafung 138/44 248–264v
- Holzkultur in Teilen vom RegBez. Arnsberg, Entwurf 67/41 186–187v, 74/41 265–265v
- Staatsforste
- - Bauholz 381/53 254–259; 397/54 224, 400/54 278kv
- - Rheinprovinz 215/Fundort 216; 216/Fundort 217v
- Verwaltung d. Gemeinde-Instituten- u. Marken-Waldungen (24.12.1816) 26/40 65v–66
- Waldeigentümer, Pflichten 292/50 127v–129
- Beamte; Diebstahl; Jagdwesen; Rheinprovinz; Waldstreu; Westfalen (Provinz)
- Frankfurt/Oder** (Oberlandesgericht) 17/39 59v; 106/43 127; 191/46 208v; 256/48 70v
- zur Ehelichkeit d. Kinder 240/47 215v, 216v
- Kolonisten zu Schiffmühl, Immediatgesuch 274/49 16–22v
- Weigerung von Bestimmungen vom LT-Abschied (1841) 124/44 63–64v
- Frankfurt/Oder** (Regierung) 40/40 273v; 238/47 187; 269/48 289; 297/50 250
- Kompetenzkonflikte 124/44 61–62; 274/49 17
- Frankfurt/Oder** (Regierungsbezirk) 250/47 401; 271/48 333v; 400/54 278c
- Frankfurter Journal** 389/54 137
- Frankreich** 83/Fundort 174v; 130/Fundort 238; 189/Fundort 104; 211/Fundort 184v; 335/Fundort 96; 337/Fundort 106v; 358/53 82, 86–86v, 362/Fundort 179v, 180; 363/53 122–122v; 368/Fundort 211; 370/Fundort 221v–222, 223, 225; 373/Fundort 231v; 393/54 166v; 416/Fundort 37v
- Entschädigungsansprüche an 433/55 240v
- gerichtliche Polizei 353/52 398, 401v
- Gesetzgebung 186/46 169v; 249/47 378, 379; 262/48 200
- - Befugnisse d. Verwaltung 169/45 175–175v
- - Entschädigungsansprüche f. Bauten vor 1789 168/45 121–128v
- Kriegskontributionen, Abtragung 147/44 298
- Kurtrier, Rechtsnachfolger d. Schuldenansprüche 249/47 385v–393v
- Regierung, Verhandlungen wg. Eisenbahn- und Kanalbau 314/51 170–170v, 172
- Franzburg** (Kreisgericht) 258/48 84v–85
- Französische Departements** (frühere)
- Bürger- u. Einzugsgelder, Rückerstattungsansprüche 229/47 55b–55dv
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 4/38 78–99; 35/40 241–248v; 239/47 198
- - Verwandlung ungemessener Dienste (21.4.1825), Unabänderlichkeit 245/47 318–342v
- Frauen**
- ALR zu Vormundschaft über volljährige Ehefrauen 346/52 337–337v
- u. Eisenbahnbau, öffentliche Bauten 392/54 156–156v
- Lehrerinnen, Pensionierung/Gehaltsfestsetzung 360/53 114v–115; 408/55 19v–20v
- Mobilien v. Ehefrauen, keine Pfändung durch Vermieter 244/47 302–304v
- u. unehelicher Beischlaf, Rechte (24.4.1854) 351/52 358–364v
- Wahlrecht, Handelskammern 445/56 81v–82
- weibl. Bürgschaften, keine Aufhebung d. vorgeschriebenen Verwarnung 195/46 262–263
- Eherecht; Ehescheidung; Kinder
- Frauenberg** (Bürgermeisterei)
- Amtsführung, Klassensteuerliste 346/52 347–351
- Fräuleinstifter**
- allg. Organisation, Dotierung u. Vermehrung 235/47 150b–150e
- Altenburg 235/47 150cv
- Soest, Vorschlag 235/47 150dv–150e
- Freiheit, persönliche**
- ständische Anträge auf Sicherung 338/Fundort 156–159; 340/Fundort 2; 349/Fundort 167v–168; 350/Fundort 63v

Freyburg (Amt, Krs. Querfurt) 60/41 169

Friedensgerichte

→ Gerichte

Fuhrgewerbe

- ständische Anträge 56/Fundort 100–100v; 61/Fundort II 152–152v; 78/Fundort 125; 90/Fundort 93v–94

Galbitz (Gut/Besitz v. Dyhrn) 231/47 80v

Garnisonen

- Berlin 318/Fundort 84v; 319/Fundort 102; 335/Fundort 88v–89, 93v
 - Conitz 340/Fundort 17v–18
 - Jülich 210/Fundort 165–165v; 212/Fundort 186v
 - - Vermehrung, ständischer Antrag 84/Fundort 190v–191
 - Köln 335/Fundort 93v
 - Potsdam 335/Fundort 93v
 - Prov. Posen, ständischer Antrag 315/Fundort 68v–69v
 - rheinische, ständischer Antrag wg. Verpflegung 335/Fundort 94v–95v; 337/Fundort 101v–102

Gastwirtschaften

- Kleinhandel mit Getränken 246/47 349–350v
 - Konzessionen
 - - Beschränkung f. Juden 270/48 299, 300; 352/52 382–383v
 - - Entschädigung bei Aufhebung d. alleinigen Schankberechtigung, Prov. Posen 35/40 232–237

Gebühren

- bei administrativen u. polizeilichen Unterbehörden, revidierter Entwurf 270/48 317–322
 - - ständische Anträge/Gutachten 317/Fundort 91v–92; 318/Fundort 92v; 328/Fundort 99v; 333/Fundort 34; 337/Fundort 118; 343/Fundort 49v; 359/53 101–103
 → [einzelne Gebühren und Taxen]

Gefälle (Bergwerks-, Hütten- bzw. Postgefälle) 454/57 20–20v

Gefängnisse

→ Zuchthäuser

Gehalts- und Disziplinarsache 254/48 54–54v

Gehalts- und Pensionssachen 445/56 75, 450/56 130

Gehaltssachen 1/38 68, 4/38 71, 5/38 101, 9/38 149, 153; 16/39 48; 41/40 298; 45/41 1, 14–15, 46/41 26–26v, 73/41 210–210v, 74/41 238–239v; 104/43 110, 106/43 124, 109/43 191–193; 125/44 76–76v, 128/44 108, 131/44 110–111, 135/44 162; 173/45 232, 236; 192/46 218, 193/46 227, 194/46 242, 196/46 274; 228/47 25, 245/47 347; 255/48 56, 265/48 223, 226; 308/51 71–71v, 312/51 135, 313/51 152–152v, 316/51 177, 320/51 179–180; 325/52 121–123v, 329/52 190–194; 354/53 5, 355/53 17–17v, 359/53 100–100v, 360/53 104; 387/54 97, 393/54 164, 397/54 224, 398/54 245, 404/54 284; 448/56 115

- Beschwerdeverfahren, keine protokollarische Vernehmung 74/41 238–239v
 - Entschädigung wg. Haltung eines Dienstpferdes 208/46 293–294v

Geheime-Ober-Hof-Buchdruckerei 70/41 194

Geheimes Ober-Tribunal 74/41 256v, 263; 198/Fundort 160v; 217/46 316v

- Begutachtung

- - Beitragspflicht d. Patrone zu Kirchen-/Schulbauten 106/43 130–131v
 - - Dienste, Fortdauer gemessener im Kgr. Westphalen 286/49 156v, 157v, 158v, 159v, 164, 168, 172, 173v–174, 183–183v, 184v
 - - Dienste, Verwandlung ungemessener 245/47 320, 321–321v, 322v, 324v, 337–340
 - - Ehelichkeit der Kinder 240/47 212, 213v, 215, 216–218, 220–220v, 222
 - - Gemessenheit der Dienste 35/40 242–243, 245–245v

- - Jagdgerechtigkeit, Nachweis des früheren Besitzstandes Westfalen 241/47 231, 233v–234v; 275/49 25–26
- - Kompetenzkonflikte 384/54 51v–52, 53v–55, 58
- - Nichtigkeitsbeschwerde 123/44 47–47v; 241/47 237–237v, 243
- - Stromschiffahrt, Rechtsverhältnisse 46/41 30–30v
- - Verwaltung, Pflicht zur Vorlegung von Dokumenten im Rechtsstreit 170/45 193v–197v
- - Weinkauf, Festsetzung 217/46 325v–326, 327v, 328v–329v
- Beschlüsse über
- - Laudemialgerechtes Ritterschaft Schlesien 274/49 3–5v
- - Wegebau in einzelnen Provinzen 322/52 2–2v
- Kontroverse mit Verwaltungsbehörden wg. gutsherrlichem Heimfallsrecht 70/41 199–206v
- zur Versetzung d. Justizkommissars Crelingers 392/54 160v–161v

Gemeinden (allgemein)

- Abgaben
- - Domänen, Heranziehung zu Kreis- u. Kommunallasten 104/43 111a–111cv; 172/45 229–231v
- - Einquartierungslast, Rheinprovinz 254/48 48–53
- - Entschädigungsansprüche, ständischer Antrag Sachsen 57/Fundort 105–107
- - Lehrer, Befreiung 411/55 46–46v
- - Militär allgemein, Beitragspflicht 419/55 118v–120
- - Militär u. Geistliche, ständischer Antrag auf Heranziehung (Posen) 315/Fundort 88–88v
- - Parochialverhältnisse, Kur- u. Neumark 298/50 258v–260
- - Regulierung b. Parzellierungen/neuen Ansiedlungen 225/46 427–434v, 226/46 437, 443–444v
- - Schulen, Unterhaltungskosten 408/55 15–15v, 18–29v
- Gemeindebeamte, richterliche Mitwirkung in Westfalen 270/48 305–311
- Gemeindebildung und landesherrliche Genehmigung 274/49 16v, 17v–18, 21–22
- Gemeindevermögen, ständischer Antrag Rheinprovinz 337/Fundort 123–125v
- Niederlassungsbefugnis 120/Fundort 182–182v; 126/Fundort 218v–219
- Polizeistrafgelder f. Gemeinde, ständischer Antrag Rheinprovinz 216/Fundort 220v–221
- Vertretung vor Gericht, ständischer Antrag Westfalen 62/Fundort II 10–10v
- Widerspruchsrecht b. Aufnahme bescholtener Personen 132/Fundort 254v–255

→ Landgemeinden; [einzelne Provinzen]; Städte

Gemeinde-Ordnungen/Gemeinde-Verfassungen

- Prov. Preußen, Landgemeinden
- - ständische Anträge 204/Fundort 283v–284v; 222/Fundort 295–295v; 343/Fundort 48–49
- Rheinprovinz (23.7.1845), Entwurf 18/39 62–66, 19/39 106–106v, 109–118; 70/41 196–197v; 259/48 116–123v, 260/48 123v–141, 261/48 141–161v
- - Abänderungen Arnims 174/45 238–243v
- - Amtmann, Begriffsdiskussion 19/39 113v–114v
- - Bedenken des OPräs. Schaper 313/51 153–162v
- - ständische Anträge 84/Fundort 184v; 216/Fundort 218v–218v
- - Zensus 313/51 153–155v
- Sachsen, Landgemeinden, ständischer Antrag 207/Fundort 116–116v
- Schlesien, Landgemeinden, ständischer Antrag 328/Fundort 98
- Westfalen 259/48 119, 122, 261/48 150v; 313/51 155, 157v–158
- - Landgemeinden (31.12.1841), Entwurf/ständische Anträge 18/39 62v–66, 19/39 105–107v, 117–117v; 70/41 196; 185/Fundort 217v–218; 318/Fundort 96v–97

Gemeinheitsteilungen

- Beschränkungen b. Gemeindevermögen, ständischer Antrag 333/Fundort 37v–40; 334/Fundort 52v
- Feldmesser, Funktion 287/49 231–241

- Kirchen/Pfarren/Schulen/Küstereien, Entwurf z. Regulierungskosten (1844) 240/47 223–230av, 242/47 278–289v; 351/52 365–373
- Ordnungen bzw. Nachtragsentwürfe
- - Kreise Duisburg/Rees 16/39 52v
- - Rheinprovinz, Entwurf 458/Fundort 111v–112
- - Westfalen, auch ständischer Antrag 34/40 227–228v; 63/Fundort 21–21v; 66/Fundort 37v
- Prov. Preußen, ständischer Antrag 204/Fundort 286
- Provokationsrecht
- - Krs. Allenstein (3.2.1845), Entwurf 289/50 36–36v
- - ständischer Antrag 222/Fundort 295
- - Westfalen (15.3.1847) 413/55 77–78
- u. Servitut-Ablösungen, Entwurf f. Rheinprovinz
- - Denkschrift/ständischer Antrag 292/50 101–102; 337/Fundort 122–122v
- u. unfreiwilliger Grundstückstausch, ständischer Antrag 318/Fundort 98v–99

Gendarmerie

- Sachsen, ständischer Antrag 209/Fundort 123
- Westfalen, ständischer Antrag 188/Fundort 249v

General-Kommissionen (allgemein)

- Aufgaben 56/Fundort 99
- Auseinandersetzungssachen
- - Geschäftsgang/Instanzenzug bei Behörden (22.11.1844), Entwurf 253/48 30v–33v, 39v
- Gutachten z. Abänderung der Ablösungsgrundsätze b. Laudemien 258/48 103–104v
- Vertauschungs-Konsens f. Gutsparzellen 242/47 256–256v

General-Kommissionen (einzelne)

- Breslau 162/45 41v; 258/48 99v; 287/49 198v
- - Berichte zur Frondienstablösung 329/52 169–169v
- - Feststellung ungemessener Dienste 162/45 43–46v
- Frankfurt/O. 253/48 33v
- Münster, Festsetzung bei Weinkauf 217/46 327v–328, 329
- Posen 289/50 20v; 393/54 163
- Prov. Preußen 253/48 33v
- Soldin, Vereinigung mit Regierung Frankfurt/O. 269/48 289
- Stendal 137/44 214v; 162/45 40; 253/48 32v–33, 258/48 99v; 286/49 158–159, 168, 169, 183v–184; 299/50 282–282v, 302/50 296–297v; 331/Fundort 21v
- - Auflösung, ständischer Antrag 333/Fundort 37–37v
- - Vorschläge, u.a. wg. Dienste 217/46 317v–318; 245/47 319–319v, 327

Gerberei 18/39 79v–80v

Gerichte/Gerichtsorganisation/-verfassung

- diverse Gerichte, v.a. ständische Anträge
- - Dorfgerichte, Testamente 270/48 305, 309v–310v; 329/52 163–165v
- - Dreidinge, Entwurf 12/39 8–10v; 68/Fundort 16–16v; 69/Fundort 23
- - Geschworenengerichte, (Prov. Preußen) 342/Fundort 29–29v
- - Ober-Appellations-Gerichte, Errichtung 36/Fundort 80–80v; 53/Fundort 211v–212, 213–214; 54/Fundort I 218–218v, Fundort II 86v; 58/Fundort II 138–139v; 59/Fundort III 143; 62/Fundort II 5; 68/Fundort 7–7v, 9v–10; 71/Fundort 234v–235; 90/Fundort 89v–90
- Fremdsprachen/Sprachen
- - Wenden (11.5.1843), Erarbeitung von Formalien 45/41 16–20v
- - Notariats-Urkunden in (9.7.1841), Entwurf 15/39 44–45

- Friedensgerichte/Friedensrichter
- - allg. Bestimmungen (11.5.1843), Entwurf 33/40 197–202v; 82/Fundort 167v
- - Befugnis zur Versiegelung 310/51 100–105v
- - u. Entwurf für rheinische Strafgerichte 175/45 245–245v, 246v–247
- Gerichtsakten, ständischer Antrag (Schlesien) z. Aufbewahrung 72/Fundort 270v
- Gerichtsbehörden, Verhältnis zu Verw.-Behörden 101/43 41–41v, 43; 286/49 153–155
- Gerichtsgebühren/-kosten
- - Dolmetschergebühren 227/47 3–3v; 343/Fundort 60v–61; 381/53 250–253
- - Gerichtsschreiber, ständischer Antrag Posen 189/Fundort 98
- - Justiz-Kanzlei Stolberg 182/46 138–139
- - Kostenfreiheit für arme Kirchen/Pfarreien (22.12.1843) 203/46 289–289v
- - Sachverständige u. Zeugen (29.3.1844), Entwurf 227/47 1–3v
- - u. Stempelkosten in Vormundschaften (23.12.1846), ständische Anträge 188/Fundort 242v–243; 319/Fundort 122; 333/Fundort 49; 338/Fundort 151v; 343/Fundort 60; 346/52 336–346v
- - ständische Anträge, diverse 54/Fundort I 218v–219; 84/Fundort 190v; 185/Fundort 216v–217v
- - Taxe (23.8.1815), Gebühren f. unbesoldete richterliche Beamte 262/48 178–179v
- - Wertberechnung des Streitgegenstandes (21.7.1843), Entwurf 127/44 100–102v
- Gerichts-Kommissionen, ständische Anträge f. Posen/Hornburg/Sachsen 72/Fundort 272v; 205/Fundort 99–99v; 333/Fundort 49v–50
- Justizbeschwerdesachen, Verfahrensweise/Kompetenzen 74/41 267–270v
- Spruchbehörden 183/46 141
- Untergerichte
- - Befugnisse, Gebührenerhebung bei Kriegsentschädigungs-Forderungen 229/47 54–55a
- - Kompetenzen bei Finanzvergehen (29.4.1842), Entwurf 110/43 200–201
- - Ratstitel, Verbindung mit Assessorstellen 227/47 4–11v
- - Schlußverhör in summarischen Untersuchungssachen (4.8.1844), Modifikation 258/48 83–87v
- [einzelne Gerichte]: Gerichtsverfahren (allgemein); Kompetenzkonflikte; Kriminalgerichtsbarkeit; Mandatariengebühren; Patrimonialgerichte; Stempel; Tribunalsteuer
- Gerichts-Ordnung, Allgemeine (AGO)**
- Aggravation als Rechtsmittel
- - Befugnis des Staates in Kriminaluntersuchungen 225/46 402v–407v, 417v–418; 239/47 201–211v
- - Kostenübernahme 44/40 338, 339v–340v
- - Untersuchungen gegen Beamte in Rheinprovinz 8/38 138–148v; 111/43 216–220
- Angleichung mit rheinischer Gesetzgebung 428/55 208–209v
- Bestimmungen über einzelne Paragraphen
- - T. 1, Tit. 23, § 40 (22.12.1843) 203/46 289–289v
- - Ehescheidung, Verfahren 248/47 358v–362
- Kassation, Einführung als Rechtsmittel 225/46 406
- Modifizierung, ständischer Antrag 189/Fundort 103–103v
- mündliches summarisches Prozeßverfahren (1.6.1833) 231/47 70, 72–72v
- Nichtigkeitsbeschwerde
- - in Auseinandersetzungssachen 253/48 40–42
- - u. Kompetenzkonflikte, Entscheidung durch Gerichte 123/44 47–47v
- - als Rechtsmittel f. Staatsanwalt gegen 1. Instanz in Kriminaluntersuchungen 241/47 235–249v
- Rechtsmittel einlegen, gleichmäßiges Verfahren (21.7.1843), Entwurf 145/44 288–289

Gerichtsstand, eximierter

- Aufhebung f. Duisburg/Rees, ständischer Antrag 210/Fundort 172–172v; 212/Fundort 187v–188; 214/Fundort 199v; 219/Fundort 235v–236
- Beschränkung, ständische Anträge 200/Fundort I 260–261; 202/Fundort 266v; 205/Fundort 97–98; 207/Fundort 107v; 323/52 64–65

Gerichtsverfahren (allgemein)

- Benachrichtigung d. Verklagten, ständischer Antrag 201/Fundort 334
 - Einreden
 - - Sachsen, ständischer Antrag 331/Fundort 27–27v
 - - Verfahren über Wald-, Feld- u. Jagdfrevel, Rheinprovinz 25/40 51–55; 82/Fundort 167v–169
 - - Westfalen, Städte, ständischer Antrag auf Befugnis zur Erhebung 188/Fundort 247–247v
 - - Zivil-Einreden in Untersuchungssachen (31.1.1845), Entwurf 131/44 116–121v
 - Mandatsprozesse 108/43 170–173
 - - zu Bagatellsachen, ständischer Antrag 319/Fundort 123v–124
 - transitorische Bestimmungen
 - - ständische Anträge 54/Fundort II 87v; 77/Fundort 109v–110v; 78/Fundort 117v; 80/Fundort 127; 189/Fundort 98–98v, 103–103v
- Gemeinden; Kriminalgerichtsbarkeit

Gesecke (Provinzial-Heilanstalt) 63/Fundort 17v

Gesetzrevision

- allg. Beschleunigung, ständische Anträge 342/Fundort 29–29v; 348/Fundort 135–135v
- [einzelne Gesetze u. Provinzialrechte]; Ministerium für die Gesetz-Revision

Gesetz-Sammlung

- Exemplare f. Behörden, Bezahlung 246/47 350a–350b
- Publikation der Gesetze (3.4.1846), Entwurf 250/47 399–402v; 306/51 38–39v
 - - deutsch-polnische Ausgabe 384/54 35a–35g
 - - landesherrliche Erlasse 447/56 112–113
 - - Prov. Preußen, ständischer Antrag 343/Fundort 59v–60

Gesinde

- Dienstbücher (29.9.1846), Entwurf 270/48 312–316v; 386/54 83–84v
 - - ständische Anträge 68/Fundort 4v–5v; 189/Fundort 111v; 209/Fundort 122v–123; 317/Fundort 92–92v; 318/Fundort 92v; 328/Fundort 99v; 333/Fundort 34; 337/Fundort 119–119v; 343/Fundort 50
- polizeiliches Verfahren gegen
 - - revidierter Entwurf 268/48 254–259v, 269/48 294–298v; 387/54 91–92
 - - ständische Anträge 317/Fundort 92; 318/Fundort 92v; 328/Fundort 99v; 333/Fundort 34; 343/Fundort 50
- ständische Anträge wegen
 - - Lastenbefreiung 315/Fundort 76–76v
 - - Umzug 92/Fundort 110v–111; 93/Fundort 114–114v; 95/Fundort 118; 333/Fundort 42v–43v

Gesinde-Ordnungen

- allgemeine (8.11.1810) 252/48 16v–17
 - - Abänderungen f. Schlesien, ständischer Antrag 72/Fundort 270v–271
 - - Mängel und Abänderung 295/50 228v, 229v–230
- allgemeine (19.8.1844), ständischer Antrag wg. Aufhebung 337/Fundort 125v–126
- Neuvorpommern/Rügen (11.4.1845), Entwurf 295/50 228–235v
- Rheinprovinz (19.8.1844) 295/50 231v–232v
 - - Entwurf 252/48 16–19v

Getreide

- Früchte auf dem Halm, Verkaufsverbot (22.5.1842/9.11.1843)
- - ständische Anträge 185/Fundort 215v–216; 189/Fundort 98; 198/Fundort 156v; 200/Fundort 259; 205/Fundort 96v–97
- Marktpreise in Berlin, ständischer Antrag 198/Fundort 162
- Mehlvorräte gegen Not, ständischer Antrag 210/Fundort 164v–165; 219/Fundort 235–235v
- Ablösungen; Maße

Gewässer/-schutz

→ Flüsse, Strom- u. Uferpolizei; Umwelt

Gewerbe

- Förderung i. Westfalen/Rheinprovinz, ständische Anträge 64/Fundort 32–32v; 85/Fundort 199v–200; 187/Fundort 234–234v
- Gewerbeberechtigung/-konzessionen
- - Apotheken/Apotheker (8.3.1842) 52/41 144–144v; 387/54 98–123v; 417/55 112–112v
- - Warenbestellungen (8.12.1843), Entwurf/ständische Anträge 184/46 166–167v; 187/Fundort 230v–231; 319/Fundort 107v–108
- Gewerbe-Polizei-Gesetz, neues 56/Fundort 101
- - baldige Publikation, ständische Anträge 69/Fundort 28; 90/Fundort 92v
- - ständische Anträge, Preußen/Sachsen 81/Fundort 152v–153; 207/Fundort 111v–112
- - ständische Mitwirkung allgemein 117/Fundort 161; 120/Fundort 180–180v
- Gewerbesteuer, v.a. ständische Anträge
- - Gesetz v. 2.11.1810, Einführung in Städten d. Prov. Posen 35/40 233v–234
- - Gesetz v. 30.5.1820, Revision/Abänderungen 61/Fundort II 154v–155; 189/Fundort 104v; 198/Fundort 161–161v; 215/Fundort 210v–211
- - Handelsleute im Ausland 85/Fundort 212v–213
- - Rheinprovinz, u.a. Mühlheim 84/Fundort 190v; 215/Fundort 206–206v; 338/Fundort 142v–143, 144
- - Sachsen, Kaufleute bzw. Bäcker u. Schlächter 207/Fundort 111v–112; 333/Fundort 46v–47v
- - Schlesien 69/Fundort 30
- Hausiergewerbe
- - Westfalen, ständischer Antrag 64/Fundort 32–32v
- u. Nutzung der Flüsse, Rheinprovinz 269/48 270–273, 282v–283, 286–286v
- Ablösungen; Ausländer; Fabriken; Fuhrgewerbe; Handel; Saar

Gewerbe-Ordnung (17.1.1845)

- Abänderung, ständischer Antrag 328/Fundort 103v–104
- Juden, Denkschrift 270/48 299–300
- Marktverkehr, Entwurf 257/48 72–74

Gewerkekammern

- Westfalen, ständischer Antrag 187/Fundort 233

Gewerkschafts-Kassen

- Grafschaft Mark, ständischer Antrag 64/Fundort 28v; 72/Fundort 269–269v

Gewohnheitsrechte

→ Westpreußisches Provinzialrecht

Giro-Papiere 13/39 14–14v**Gladbach** (Kreis)

- Eisenbahnanbindung 324/52 76, 86
- Fabrikanten u. deren Schuldner 311/51 131, 133

Gladbach (Stadt)

- Eisenbahnanbindung 324/52 73v–75v
- Handelskammer 311/51 130v–131, 132v–133

Glatz (Grafschaft)

- Dreidinge, Entwurf 12/39 8–10v
- Konfirmationsgebühren 15/39 36–37
- Provinzialrecht
- - allg. Revision, Entwurf 40/40 272v
- - Gütergemeinschaft u. Erbfolge (11.7.1845), Entwurf 301/50 288–294v

Glaubensfreiheit

→ Kirche/auch Konfessionen (allgemein); Altlutheraner

Gläubiger

→ Hypotheken; Konkurse

Glogau (Kammer-Justiz-Deputation) 192/46 222

Glogau (Oberlandesgericht) 106/43 127, 108/43 176v; 240/47 216v

Gnesen (Diözese/Dompropstei)

- Patronatsrechte 40/40 290, 292v–297

Gold/Goldwert

- Feststellung d. Vertragssummen, Berechnung nach preuß. Wert 244/47 305–308v

Gommern (Amt) 55/Fundort II 94v; 207/Fundort 108v

Gottesgnaden (Fähranstalt) 207/Fundort 115–115v

Graditz (Hauptgestüt) 209/Fundort 126v–127

Grafschaft (Gut) 62/Fundort II 8v–10; 63/Fundort 12v

Gramzow (Amtsbezirk) 228/47 35v–36v

Greifswald (Hofgericht) 8/Fundort 32; 53/Fundort 213v

Greifswald (Konsistorium) 294/50 218–219v

Greifswald (Kreis)

- Kreisgericht 258/48 84v–85
- Landrat, Klage wg. Besitzstörung 8/Fundort 32–35v; 49/41 82–82v, 86–89, 90v, 92v–93v

Greifswald (Ober-Appellations-Gericht) 8/Fundort 32v; 49/41 87, 91; 71/Fundort 231v

- Bericht über Züchtigungen 102/43 67v–68

- Besoldung aus Tribunalsteuer 294/50 220–227v

- Einkommens-/Rangverhältnisse, ständische Anträge 53/Fundort 213–214; 54/Fundort I 219–219v

- Etat, Normierung 257/48 77–80v

Griefstädt (Stiftsgut) 329/52 192

Grimmen (Kreisgericht) 258/48 84v–85

Großbritannien 85/Fundort 208v; 335/Fundort 96; 358/53 76, 82, 86; 362/Fundort 179v, 180; 365/Fundort 193v; 368/Fundort 211; 370/Fundort 221v–222, 223, 225; 373/Fundort 231v; 416/Fundort 37v; 419/55 118, 420/55 126v, 424/55 167

- Portoermäßigung 186/46 169–169v, 170v

- Regierung 318/Fundort 92

- Sklavenhandel, Bestrafung lt. Vertrag (20.12.1841) 194/46 245, 246–247; 249/47 365–366

Grundbesitz und -besitzer/Grundstücke

- Parochialleistungen (11.11.1844), Sachsen 259/48 111–115

- Veräußerungen/Verkauf

- - An- u. Wiederverkauf, ständischer Antrag Posen 72/Fundort 273–273v

- - inländische Grundstücke u. deren Verkäufe ans Ausland (4.5.1846), Entwurf 282/49 123–127v

- - in Prov. Preußen, ständische Anträge 204/Fundort 285–286

- - Teilverkauf, ständischer Antrag Westfalen 62/Fundort II 10v–11

- - Wucher, ständischer Antrag Brandenburg 198/Fundort 166v–168; 200/Fundort II 169v

→ Bauern; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse; Rittergutsbesitz(er)

Grundsteuer

- Aus- bzw. Angleichung, ständische Anträge 338/Fundort 145–145v; 367/Fundort 206v–207
- bei bäuerlicher Erbfolge 31/40 171–171v, 174–174v
- Deckungsfonds, ständische Anträge (Westfalen/Rheinprovinz) 64/Fundort 34; 212/Fundort 196–198
- Erlassung
 - - sächs., ehemals westfäl. Teile, Reglement-Entwurf 398/54 246–251
 - - Schlesien, Entwurf 450/56 131–132v
- Gesetze
 - - Posen, Entwurf/ständischer Antrag 163/45 49–51v; 315/Fundort 81v; 319/Fundort 101v–102
 - - Westfälisches Grundsteuergesetz (21.8.1808) 74/41 261–262
 - - Westpreußen, Geltungsbereich 32/40 193
- Grundsteuer-Kataster
 - - Grundlage f. Taxen ländlicher Grundstücke in Westfalen 33/40 204v–206; 312/51 143v–146v
 - - Katastral-Abschätzungen, ständischer Antrag Rheinprovinz 84/Fundort 191
 - - Kataster-Kosten, Westfalen 63/Fundort 25; 319/Fundort 104v
 - - periodische Revision Rheinprovinz/Westfalen (14.10.1844), Entwurf/ständische Anträge 163/45 51v–52v, 176/45 266–266v; 187/Fundort 231–231v; 188/Fundort 240v; 201/Fundort 333–333v; 212/Fundort 193–194; 319/Fundort 103–104v
 - - Regulierung, ständische Anträge (Posen/Prov. Preußen) 189/Fundort 105; 204/Fundort 279v–280
- Tribunalsteuer 294/50 220v–221v
- Umwandlung aus Servisabgabe 283/49 128–133v

Gumbinnen (Regierung) 381/53 257

- Anträge, vernichtete Hypotheken-Dokumente 171/45 223v–224
- Gehaltssätze, Erhöhungen 43/40 325–327v
- Gutachten/Vorschläge 34/40 211; 124/44 51v; 454/57 23
- Kostenplan Domänenverwaltung 371/53 142–146

Gumbinnen (Regierungsbezirk) 81/Fundort 151; 190/46 187; 250/47 401v

- Abbrand des 4. landrätlichen Büros 171/45 222v
- Domänenverwaltung und Polizeiaufsicht, Neueinrichtung 371/53 134–150
- Litauen, Geltung des Ostpreuß. Provinzialrechts 44/40 343v–344
- Polizeiverwaltung, ständische Anträge 81/Fundort 153–154; 342/Fundort 30v

Gummersbach (Stadt)

- Schulen 393/54 170v–171, 173v–174, 175

Gütergemeinschaft, eheliche

- aufgelöste, Veräußerung nach Lübischem Recht 285/49 142–143
- Duisburg, ständischer Antrag wg. Aufhebung 210/Fundort 173, 219/Fundort 235v
- u. Erbfolge i. Hzgtm. Schlesien/Gfscht. Glatz (11.7.1845), Entwurf 301/50 288–294v
- Rechtsvereinheitlichung, Westfalen/Teile der Rheinprovinz 271/48 328–331v, 272/48 355–356; 318/Fundort 91; 353/52 388–389v; 426/55 180–182
- Schlesien, Partikularrecht, ständische Anträge 62/Fundort II 5–5v; 68/Fundort 10v–11v

Gütertransport

- Fluß und Bahn 299/50 275v–276

Güterwechsel

- Erklärungen, ständischer Antrag Rheinprovinz wg. Aufnahme 338/Fundort 136–138

Gutsbesitzer/Gutsherren

- Dienstgelder; Rittergutsbesitz(er); Schulbauten; Schutzgelder

Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse

- Abgaben u. öffentl. Lasten
- - Regulierung von Geld-/Naturalabgaben b. Parzellierungen 225/46 421v–425; 239/47 196–197
- - Rückforderung irrtümlich gezahlter (condictio indebiti) 414/55 103–106
- Eigentumsansprüche vormaliger Besitzer, Präklusionsfrist
- - Posen/Westpreußen (8.2.1846), Entwurf/ständischer Antrag 289/50 19–21; 317/Fundort 93v
- Erbrechts-, Erbzins- u.a. Verhältnisse, Entwurf f. beschränkte Ablösbarkeit 16/39 50v
- Realberechtigungen u. Rechtsverhältnisse im Kgr. Westphalen/Ghzgtm. Berg/frz. Depts. (21.4.1825), Modifikation 4/38 78v–80v, 83–83v, 90, 94v, 96v–98; 245/47 318–342v
- Ablösungen; Ablösungs-Ordnungen; Altmark; Auseinandersetzungs-Behörden; Dienste; Dienstgelder; Gemeinheitsteilungen; General-Kommissionen; Grundbesitz; Kulm-Michelauer Gebiet; Lehen/Lehnsrecht

Gymnasien

- Schulen

Hagel-Versicherung

- Rheinprovinz (8.8.1831), Entwurf 16/39 53; 49/41 76–78v
- - ständischer Antrag wg. Errichtung 83/Fundort 175v–176
- Schlesien, ständische Anträge 68/Fundort 18–18v

Hagen (Kreis) 430/55 225

Hagen (Stadt)

- Fabrikengericht 430/55 222
- Handelskammer 445/56 76–76v

Halberstadt (Fürstentum) 331/Fundort 21; 398/54 246

- Dienstgelder, Geltungsbereich 323/52 38v–39v
- Forst- u. Jagdwesen 28/40 131, 43/40 322; 115/43 321
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270; 205/Fundort 105v–106v
- Ritterschaftliche Feuer-Sozietät 55/Fundort II 90v–91v

Halberstadt (Oberlandesgericht) 325/52 124v; 458/Fundort 111v–112

- Ehelichkeit der Kinder 240/47 215–215v, 216v
- Dienste, Fortdauer gemessener im Kgr. Westphalen 286/49 157v, 158–159

(Neu-)Haldensleben (Kreis) 207/Fundort 113v–114

Halle/Saale (Land- u. Stadtgericht)

- summarische Untersuchungssachen, Verfahren 258/48 83

Halle/Saale (Stadt)

- Handelskammer 445/56 76–76v
- Oberbergamt 429/55 217
- städtische Behörden zur Eisenbahnanbindung 299/50 276
- Steuern/Abgaben, Privilegien b. Mahlsteuer 73/41 212–214v

- Ständesachen, Kollaturrecht

Halle/Westfalen (Kreis) 64/Fundort 28

Hamburg (Freie und Hansestadt) 53/Fundort 216; 57/Fundort 107v; 69/Fundort 29v; 71/Fundort 232

Hamm (Oberlandesgericht) 430/55 220, 225v

- Ehelichkeit der Kinder 240/47 213v
- Etatssätze, Erhöhung 43/40 326–327
- Kirchen- u. Schulrecht im Dept. 40/40 275v
- summarische Untersuchungssachen, Verfahren 258/48 83–83v

Hamm (Oberlandesgerichtsbezirk) 272/48 355

- eheliches Güterrecht, Vereinheitlichung 271/48 328–331v

Hamm (Stadt) 292/50 177**Handel**

- Branntwein, ständischer Antrag 204/Fundort 286–286v
- Falliments-Agenten, ständischer Antrag wg. Gebühren 210/Fundort 168v
- französisches Handelsgesetzbuch 196/46 277
- Getränke-Kleinhandel 189/Fundort 112; 246/47 349–350v; 270/48 299, 300; 352/52 382–383v
- - Prov. Posen, ständischer Antrag 61/Fundort II 151
- Groß- u. Seehandel, Recht Neufahrwassers gegenüber Danzig 286/49 151–152
- Handelsfirmen, Entwurf 379/53 234–234v; 451/56 134–135
- - ständische Anträge 315/Fundort 79v; 319/Fundort 108–108v; 330/Fundort 110v–111; 333/Fundort 43v; 338/Fundort 142; 343/Fundort 54v
- Handelsrecht, ständischer Antrag auf Revision 342/Fundort 30v
- Märkte
- - Jahrmärkte, Schlesien, ständischer Antrag 68/Fundort 20v–21
- - Standgelder, Entwurf 442/56 46–47v
- - Verminderung (17.1.1845, § 76) 257/48 72–74
- - Wollmärkte Ratibor, Schlesien 69/Fundort 29
- Polen/Rußland, ständischer Antrag 315/Fundort 81
- Rheinprovinz, ständische Anträge
- - Förderung 338/Fundort 150
- - Schleichhandel 85/Fundort 197–197v; 218/Fundort 226–226v
- Verträge mit
- - Großbritannien, ständischer Antrag 85/Fundort 208v
- - Niederlande und Hamburg, ständische Anträge 53/Fundort 216; 69/Fundort 29v–30; 71/Fundort 232–232v
- - Rußland (1842) 124/44 52–54v
- Westfalen, Beförderung, ständischer Antrag 64/Fundort 31–31v
- Wild, Verbot während Schonzeit 325/52 124–127
- Eisenbahnen; Getreide; Gewerbe; Sklavenhandel

Handelsgerichte (allgemein)

- Errichtung, Kompetenz u. Verfahren (3.4.1847), Entwurf 168/45 131–156
- - ständische Anträge f. Berlin, Posen, Westfalen 90/Fundort 90v; 315/Fundort 78v–79; 348/Fundort 131v–132
- Konkursprozesse, Bearbeitung hier durch Konkursgerichte 196/46 275v–276
- Mandatariengebühren, Rheinprovinz
- - ständischer Antrag 82/Fundort 170–171; 127/44 95–99
- - Tarifsetzung 252/48 20–22; 311/51 127–134
- rheinische, Rechtsangleichung bei Kompetenzen 428/55 205–207v
- - ständischer Antrag 319/Fundort 124–124v

Handelskammern (allgemein)

- Errichtung (11.2.1848), Entwurf 445/56 76–97
- - ständische Anträge 90/Fundort 92v–93; 95/Fundort 118
- Geld- u. Aktienverkehr, Begutachtung d. Gesetze 397/54 221v–223
- - Rheinische, Gutachten z. Mandatariengebühren b. Handelsgerichten 252/48 21v–22; 311/51 127–134
- [einzelne Handelskammer]

Handelsministerium

- Bildung, ständische Anträge auf 53/Fundort 216; 71/Fundort 231v–232; 80/Fundort 133–133v; 86/Fundort 225–228; 164/Fundort 50v; 204/Fundort 277v; 215/Fundort 205v; 219/Fundort 236v–237; 330/Fundort 116v

Handelsrat

- zur Umgestaltung der Haupt-Bank 358/53 54–54v, 56v, 58, 59, 61–63v, 65–65v, 80, 93–96; 383/54 2–3

Hanf- und Flachsherstellung 97/42 45–45v

Hannover (Königreich) 64/Fundort 31v; 129/Fundort 232v

- Anerkennung der westfäl. Zwangsanleihen (1808, 1810, 1812) 147/44 291v–293, 296

- - Vertrag (29.7.1842) 147/44 292v–293, 294v, 297v

- Kirchenverfassung 303/51 11

Hardehausen (Gut) 62/Fundort II 8v–10; 63/Fundort 12v

Haupt-Finanz-Etat

- Veröffentlichung 370/Fundort 227–228v; 372/Fundort 229–229v

Hauptverwaltung der Staatsschulden

- Personal 369/Fundort 216

- Promemoria (1841) 38/Fundort 84v

→ Staatsschulden

Haussteuer

- Veranlagung, Geltungsbereich in Prov. Preußen, Entwurf 32/40 193–194

Hebammen

- Lehrinstitut Köln, ständischer Antrag 337/Fundort 104–104v

Heidekrug (Kreis) 371/53 141

- Grenzexzesse 124/44 57v

Heilanstalten

→ Irren-Anstalten

Heiligenbeil (Kreis) 44/40 343v

Heiligenstadt (Kreis und Stadt) 333/Fundort 45–45v

- bischöfl. Kommissariat, z. Besetzungsrecht f. kath. Schulen im Eichsfeld 408/55 21v

- Martini-Propstei 386/54 87v

- Tilgungskasse, Geltungsbereich 299/50 281v

Heimfallsrecht

- Bauernlehne, Altmark (8.11.1845) 96/42 21, 22v; 160/47 49–51

- gutsherrliches, bei Münsterscher u. ähnlichen Eigentums-Ordnungen 70/41 199–206v

- Westfalen, Anwendung 31/40 171

Hellerthal (Rheinprovinz) 338/Fundort 140

Henneberg (Grafschaft) 55/Fundort II 93v; 171/45 204v

Herford (Kreis) 64/Fundort 28

Herrengosserstädt (Gemeinde) 57/Fundort 104v–105v

Hessen-Darmstadt (Großherzogtum) 64/Fundort 35v; 66/Fundort 38; 303/51 11

- Advokaten-Vereine 231/47 69, 71v

Hessen-Kassel (Kurhessen) 337/Fundort 108v; 373/Fundort 233

- Anerkennung d. westfälischen Zwangsanleihen (1808, 1810, 1812) 147/44 291v–293, 296

- Eisenbahn Kassel-Lippstadt 47/41 44v, 47, 48v, 49v, 53v–54v, 57–58v

- Vertrag (29.7.1842) 147/44 292v–293, 294v, 297v

Hohen-Limburg (Grafschaft) 46/41 32v

Hohenstein (Grafschaft) 205/Fundort 100; 207/Fundort 107v

- Provinzialrecht 205/Fundort 105v–106v

Hohenstein (vermutl. Krs. Osterode/Ostpreußen)

- Schulen, ständischer Antrag 200/Fundort I 263–264

Holstein (Herzogtum) 412/55 75

Holz

- Brennholz
- - f. Hüttenindustrie 331/Fundort 22–23v
- - Mangel/Verkauf, ständische Anträge 55/Fundort II 92v–94; 56/Fundort 96; 59/Fundort II 117–117v; 61/Fundorte I 123, Fundort II 156–158; 62/Fundort I 162–162v; 71/Fundort 236–236v
- Verkauf 328/Fundort 89v–90
- - administrative Exekutionsbefugnis bei Nichtzahlung 171/45 215–221
- Diebstahl; Forst- und Jagdpolizei-Ordnung

Homagialeid

- u. Erwerb v. Rittergütern durch Ausländer, Entwurf 258/Fundort 201–212v; 282/49 124v, 126v–127; 289/50 26–30v

Homburg a.d. Mark (Reichsherrschaft) 46/41 32v

Hornburg (Stadt) 205/Fundort 99–99v

Hospitäler

- Elisabeth-Hospital Breslau, Dotation 431/55 231–231v

Höxter (Kreis) 262/48 182; 393/54 165–165v

Hufschmiedegewerbe 187/Fundort 228v–229, 233–233v

Huldigungseid

- Landsassen gegenüber d. Landes- u. Standesherrn, Beschwerden wg. Eid auf Untertanenpflicht 231/47 79–86
- vormals reichsunmittelbare Häuser, Abänderung 144/44 275–276v
- Homagialeid

Hypotheken

- Amt Elberfeld, ständischer Antrag 84/Fundort 190; 85/Fundort 196
- Besitztitel u. deren Fortführung/Berichtigung (7.3.1845), Entwürfe 173/45 233–235v
- Deposital- u. Mündelgelder, Anlage in Hypotheken 103/43 97–108
- Gläubiger
- - ALR, Anwendung 32/40 186–188
- - Sicherung 283/49 129v–130v
- Hypotheken-Behörden, Kompetenz b. Verwendung v. Ablösungskapitalien 116/43 326–330v
- Hypotheken-Bücher/-Dokumente
- - Berichtigung, Notarität bei Parzellierungen 221/46 382–383v, 388
- - kurmärkische Lehen 346/52 331–334, 353
- - öffentl. Aufgebot verloren gegangener (3.7.1843), Antrag Ph. Ladenbergs 171/45 222–226
- Lehnswesen Altvor- u. Hinterpommern 287/49 189v–193
- nicht eingetragene Realberechtigte, Verfahrensweise bei Parzellierungen 254/48 43–44
- Reallasten, Regulierung im OLG-Bez. Arnberg 230/47 64–65
- Schuldner, ständischer Antrag zum Entwurf 77/Fundort 109v; 78/Fundort 117
- Landschaft(en); Pfandbriefe

Immediat-Kommission für die ständischen Angelegenheiten

- Protokollführung
- - Aufnahme der Äußerungen des Königs 80/Fundort 127v–128; 81/Fundort 144v–145
- - Wechsel Voß-Witzleben 54/Fundort I 217v
- Vereinigter LT, Vorbereitung 415/Fundort 20–26; 417/55 107–114
- Verfahren bei Landratswahlen 351/52 374–375
- Landtags-Abschiede; Provinzial-Landtage/-Stände; Vereinigte Ausschüsse

Impfzwang

- Medizinalwesen

Industrien

- Rheinprovinz, ständischer Antrag zum Schutz inländischer (auch Eisen-)Produktion 85/Fundort 210–210v; 215/Fundort 205v–206

- Westfalen, ständischer Antrag auf staatl. Schutz 64/Fundort 32; 319/Fundort 118–118v
→ Zoll

Inowrazlaw (Stadt)

- Bürgermeister, Pensionsansprüche lt. Städte-Ordnung 228/47 28v–29v, 31, 32, 33–33v

Inquisitoriate/Inquisitoriats-Gefängnisse

→ Zuchthäuser

Insterburg (Kreis) 77/Fundort 114; 87/Fundort I 156; 132/Fundort 266v

Insterburg (Land- u. Stadtgericht) 108/43 174, 177v

Insterburg (Oberlandesgericht)

- Etatssätze, Erhöhung 43/40 325–327

Intelligenzblatt/-zwang

- Aufhebung, ständische Anträge 209/Fundort 121–121v; 315/Fundort 86; 318/Fundort 92–92v; 331/Fundort 25; 342/Fundort 33

- Gesetz-Sammlung, Bezahlung der Exemplare f. Behörden 246/47 350a–350b

- Insertionszwang, Aufhebung (21.12.1849) u. Entschädigung f. Militär-Waisenhaus Potsdam 291/50 79–100

- ständischer Antrag 56/Fundort 96v; 77/Fundort 106v

Irren-Anstalten

- allg., Einrichtung in den Provinzen 289/50 33

- Posen 331/Fundort 8v, 10, 13v

- Prov. Preußen, ständischer Antrag 81/Fundort 151–151v

- - Westpreußen, Schwetz 200/Fundort I 262–262v; 202/Fundort 266v

- Sachsen, ständische Anträge 57/Fundort 111–111v; 205/Fundort 102–102v; 331/Fundort 6–15; 333/Fundort 30v–31v

- - Halle/S. 36/Fundort 82–82v; 207/Fundort 107v

- Schlesien 331/Fundort 8–8v, 10, 13v

- - Brieg, Steuerentlastung, ständischer Antrag 330/Fundort 120

- Westfalen, ständischer Antrag 63/Fundort 17v–18

Iserlohn (Kreis) 67/41 187

Isselburg (Krs. Rees)

- Eisenbahnanbindung f. Hüttenwerk 324/52 96v

Jagdwesen 28/40 126v

- Jagd- u. Schonzeiten 115/43 313–319

- - Strafen (18.5.1839), Ausdehnung auf gesamte Monarchie 43/40 322–324

- - Terminierung, Befugnis 28/40 128v–130, 145–152v

- - Verbot d. Wildhandels 325/52 124–127

- - Verletzung, Strafermäßigung (9.12.1842) 115/43 321–325

- Jagd-Distrikte gemeinschaftliche, Teilungs-Ordnung (7.3.1843) 132/Fundort 266

- - Entwürfe für Brandenburg, Sachsen, Westfalen 136/44 179–190

- - Sachsen, ständischer Antrag 207/Fundort 116

- - Westfalen (14.9.1844), ständischer Antrag 188/Fundort 246v–247

- Jagdgerechtigkeit/-recht

- - Ablösung, ständische Anträge Posen/Prov. Preußen/Rheinprovinz 189/Fundort 114v–115; 202/Fundort 268v–269v; 204/Fundort 276v; 218/Fundort 228v

- - Nachweis des früheren Besitzstandes in Westfalen (3.1.1845) 241/47 231–234v; 275/49 25–26

- Jagdvergehen, Entwurf *180/46* 78–110v, *182/46* 130–137; *237/47* 169–174
- - ständische Anträge/Beratung Staatsrat *77/Fundort* 108v; *92/Fundort* 112; *252/48* 14
- - Forst- u. Jagdvergehen, Entwurf *24/40* 32–41v; *115/43* 299v–320v; *118/44* 2–25v
- Forstwesen
- Jerichow** (Kreise) *55/Fundort* II 92; *205/Fundort* 102
- Jesuitengüter**
- Revenüen *393/54* 166v, 172, 176–176v
- Verkauf ehemaliger *215/Fundort* 214v–215v; *216/Fundort* 217v
- Jodlauken** (Kirchspiel/Krs. Insterburg) *77/Fundort* 114; *87/Fundort* I 156; *132/Fundort* 266v
- Johanniter-Orden** *73/41* 210
- Juden**
- allg. staatsbürgerliche/bürgerliche Rechte, Regulierung *262/48* 182; *376/53* 181v
- - Gesetz (23.7.1847), Entwurf *412/55* 63v–66, *417/55* 112v, *422/55* 145–151, *423/55* 151v–153v, *425/55* 169–179, *426/55* 187–201v; *436/56* 1–8v, *437/56* 11–22v, *440/56* 37v–38
- - Familiennamen (31.10.1845), Entwurf *326/5* 128–128v
- - Kultus-/Unterrichtswesen, Entwurf zur Regulierung (T. II) *412/55* 63–75v, *425/55* 169
- - Majorennitäts-Termin (24.1.1844), Entwurf *171/45* 204–206v
- - Militärpflicht u. Recht auf Zivil-Amt nach 12-jähriger Militärzeit *329/52* 188–189v
- Ansiedlung Westfalen (4.12.1846), u.a. Entwurf *318/Fundort* 95–95v; *393/54* 165–165v
- bürgerl. u. kirchl. Verhältnisse, Entwurf *218/Fundort* 225–226
- - ständische Anträge *328/Fundort* 98–98v; *343/Fundort* 49v; *348/Fundort* 135v–136
- Gewerbe
- - Handel/Gewerbe, ständischer Antrag Posen *189/Fundort* 112
- - Konzessionsbeschränkungen *270/48* 299–300; *352/52* 382–383v
- - Korporationsverpflichtungen, Ausdehnung von Vorschriften in Posen *238/47* 192–194
- Rittergutsbesitzer, Teilnahme-/Wahlrecht zu landschaftlichen Kreistagen Schlesiens *49/41* 79–81v
- Schul- u. Kirchenangelegenheiten
- - Abgaben f. christliche Kirchen- u. Pfarrbauten *74/41* 241–246v
- - Gleichstellung mit Christen, ständischer Antrag Posen *315/Fundort* 87
- Wählbarkeit, Gemeinde-Repräsentation in Rheinprovinz *174/45* 241
- Jülich** (Herzogtum) *105/43* 115; *393/54* 166v
- Jülich** (Stadt) *318/Fundort* 90
- Garnison u. Gewerbesteuer, ständische Anträge *84/Fundort* 190v–191
- Juristen-Assoziationen**
- disziplinarische Maßregeln d. Staates nach Soester Versammlung *231/47* 69–78
- Vereine/Vereinigungen
- Jus terrestris nobilitatis Prussiae** (1598) *221/46* 369–369v; *301/50* 292v
- adlige Erbfolge in Westpreußen *220/46* 338–349v, 356–358v
- Justizbeamte**
- allg. Grundsätze b. Rangverhältnissen *82/Fundort* 171
- - Landgerichtsräte, ständischer Antrag Rheinprovinz *340/Fundort* 1v–2
- - Ratstitel an Untergerichten *227/47* 4–11v
- Assessoren
- - Anciennität u. Beförderung von OLG-Assessoren *183/46* 143v–146v, *203/46* 290v–291
- - Gleichstellung von rheinischen u.a., ständischer Antrag Rheinprovinz *210/Fundort* 169–172; *212/Fundort* 186v–187v; *214/Fundort* 199v; *219/Fundort* 236
- Disziplinierung
- - Disziplinalgewalt f. Dept.-Chef *159/45* 11–16, *160/45* 18–23v; *392/54* 159–161v
- - Ehrengerichte f. Richterstand, Entwurf *165/45* 74–82

- - Ehrenrat f. Justizkommissarien u.a. (30.4.1847), Entwurf 392/54 152–155v; 424/55 159–168
- - Fall Crelinger 159/45 11–17v, 160/45 18–23v; 238/47 188–191; 392/54 159–161v
- - Gerichtsbezirk Köln (7.6.1844), Entwurf 183/46 148–155
- Subalterne bei Ober- u. Untergerichten, Kriterien f. Besetzung 241/47 250–251

Justizkommissarien

- Befugnisse, ständischer Antrag 90/Fundort 90–90v
- Ehrenrat, auch f. Anwälte/Notare (30.4.1847), Entwurf 392/54 152–155v; 424/55 159–168
- Kollegien und Gleichstellung, ständischer Antrag Westfalen 319/Fundort 123v
- u. Notarien, Trennung (11.7.1845) 262/48 183v–184, 263/48 189v
- Anwälte; Mandatariengebühren

(Immediat-)Justiz-Examinations-Kommission zu Berlin

- Prüfungsort 210/Fundort 169v, 171–171v

Justiz-Ministerial-Blatt 243/47 299–299v

Justiz-Ministerium

- Dienstreisen, Kostenvergütung 43/40 319v–320
- Kompetenz JMinr. z. Aufhebung gerichtlicher Straferkenntnisse, Entwurf 171/45 211–211v
- z. Kompetenz d. Staatsanwaltschaft 353/52 394–406v
- Kontroverse mit FinMinm. über Verwendung von sichergestellten Diebesgut (Geld) 48/41 65–66v
- Ministerwechsel
- - Mühler – Uhden 265/48 222

Jüterbog-Luckenwalder-Kreis 452/57 9

Kadettenanstalten

- Bensberg 335/Fundort 84v, 88v, 93v
- Berlin 335/Fundort 84v, 93v
- Wahlstadt 335/Fundort 84v

Kalende 200/Fundort I 264–264v

- Mennoniten im Marienburger Werder 208/46 301–303v

Kammer- und Admiralitätskollegien

- Danzig und Königsberg 168/45 132v

Kammergericht zu Berlin 307/51 64v; 363/53 131–131v

- Besoldungsetat 256/48 61, 64, 70v
- Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte 320/51 185
- Gerichtshof f. polit. Verbrechen (25.4.1838), ständischer Gegenantrag 330/Fundort 125
- Kompetenz als Appellationsinstanz (17.7.1846) 444/56 63–65v
- Kontumazialverfahren, Auslegung d. Prozeßordnung 108/43 171, 172, 173
- Ober-Appellations-Senat, Beleidigungen zw. Militär- u. Zivilpersonen 224/46 391–392v, 397–398, 400
- u. Stadt- u. Landgericht Brüssow 228/47 35v–36v
- Kriminalgerichtsbarkeit; Strafrecht

Kanäle/Kanalbauten

- Bromberger Kanal 345/52 321; 444/56 69v, 71
- Drewenz- u. Drausen-See (Prov. Preußen) 80/Fundort 133
- Kanal- u. Graben-Ordnung Obra (16.8.1842), Entwurf 34/40 229–231v
- Nordkanal, ständische Anträge 85/Fundort 206–206v; 86/Fundort 216v; 88/Fundort II 248v–249; 215/Fundort 209
- Rhein-Ems, ständischer Antrag 215/Fundort 208
- v. Saarbrücken zum Rhein-Marne-Kanal 314/51 170, 172

- Schifffahrtskanal Berlin 449/56 128v
- Süd-Wilhelms-Kanal 324/52 91v
- Karger Bruch** 34/40 229v
- Kassenanweisungen**
- Straf-Agio, Wegfall
- - ständische Anträge Posen/Sachsen 61/Fundort 153v–154; 207/Fundort 112v
- Zwangszahlungen, Aufhebung, ständische Anträge 85/Fundort 210v–21v; 88/Fundort II 248v; 187/Fundort 227v–228v; 189/Fundort 104v–105; 204/Fundort 277
- Banken
- Kataster**
- Grundsteuer
- Kaufleute**
- Gesellschafts- u. Ehekontrakte 210/Fundort 167v–168v; 212/Fundort 186v
- Korporationen
- Kinder**
- Ehelichkeit, Legitimität u. Zeitpunkt d. Zeugung 240/47 212–222v
- uneheliche, Rechte 351/52 358v, 359v–360, 361–361v, 363v–364
- Eherecht
- Kirche/auch Konfessionen (allgemein)**
- Geistliche
- - Einkommen, ständischer Antrag 328/Fundort 86v–87
- - gerichtliche Untersuchungen wg. Beleidigung anderer Konfessionen 395/54 193–205v
- - Rheinprovinz, Befreiung v. Einquartierungslast 254/48 48–53
- Gesangbuch, Freiburger 58/Fundort I 113v
- Godesberger Punktation (25.10.1817), Alterszulage f. geistliche Pensionäre in linksrhein. Teilen 249/47 375v–384v
- Kirchenbeamte, Auseinandersetzungs- bzw. Regulierungskosten 240/47 223v–226, 242/47 278v–279, 283–287v
- Kirchengemeinden, Zusammenberufung (23.12.1846), Entwurf 301/50 295–295v
- Kirchengzucht, Aufrechterhaltung der äußeren 303/51 13, 304/51 14v–15v
- Konfessionswechsel zwecks Wiederverheiratung 45/41 4–13v; 107/43 148–153v
- Kultuskosten
- - linkes Rheinufer (14.3.1845), Entwurf/ständischer Antrag 175/45 250–256v; 210/Fundort 173v–174v; 212/Fundort 186v; 259/48 107–110v; 289/50 22–25
- - rechtes Rheinufer, ständischer Antrag 214/Fundort 199v
- Opposition der Kirche gegen Bundesgesetze 455/57 29
- Parochialrechte
- - allg. Regulierung (27.6.1845), Entwurf 304/51 16v–17, 311/51 123–123v
- - bei Beisetzungen 238/47 177–183; 318/Fundort 88v–90v; 319/Fundort 102v–103; 413/55 77–78
- Pfarrbauten/Pfarreien/Pfarrer/Pfarrverbände 340/Fundort 19v
- - einzelne (Friedrichsdorf/Gütersloh) 9/38 157–159v
- - Entschädigungen (Marienburger Werder Bzw. Danzig) 208/46 301–303v; 452/57 5–8
- - Prozesse gegen unvermögende Pfarreien (22.12.1843), Entwurf 203/46 289–289v
- - Sachsen (11.11.1844) bzw. Oberlausitz (11.4.1846) 259/48 111–115, 265/48 224–225; 357/53 29–39
- Prozesse gegen unvermögende Kirchen (22.12.1843), Entwurf 203/46 289–289v
- Religionsgesellschaften, Entwürfe über Duldung neuer (30.3.1847) 374/53 160–165v, 376/53 171–194v; 386/54 78–82; 405/Fundort 93–94

- Schulen, Berufung d. Lehrer 325/52 114v–115v
- Urkunden, Ausdehnung der Beweiskraft 305/51 21–23v
- Ablösungen; Eherecht; Ehescheidung; Militär-Kirchenwesen; Pensionen; Personenstand; Schulen; Schulordnungen
- Kirche (evangelische)**
- Bausachen
- - Interimistika (12.12.1843), Entwurf u. Regulierung 53/Fundort 216v; 54/Fundort I 222v; 165/45 65–72v; 234/47 136–137v
- - Kur- u. Neumark, Brandenburg (sächs. Landesteile) 298/50 258–260; 452/57 9–9v
- - Oberlausitz (11.4.1846), Entwurf 357/53 29–38
- - Sachsen (11.11.1844) 259/48 111–115, 265/48 224–225
- Ehescheidungsverfahren, Notwendigkeit einer materiellen Reform 245/47 344–345
- Konsistorien
- - diverse Ober-Konsistorien (frz. bzw. lutherisches) 232/47 89, 90
- - Kriegskonsistorium, Ehesachen 148/44 314v
- Provinzial-Konsistorien
- - allgemein, Stellenbesetzung von Direktoren/Lehrern (9.12.1842) 138/44 221–221v
- - Berlin-Brandenburg 5/38 100–100v; 45/41 21–22; 297/50 250
- - Bielefeld 232/47 88v
- - Breslau 232/47 88v; 455/57 25
- - Brieg 232/47 88v
- - Glogau 232/47 88v
- - Greifswald, Ehesachen 148/44 306–306v
- - Koblenz 232/47 102v
- - Köln 393/54 169–170
- - Königsberg 232/47 88v
- - Küstrin 232/47 88v
- - Magdeburg 232/47 88v
- - Stettin 232/47 88v
- Superintendenten, Gutachten
- - Ressortverhältnisse d. ev. Provinzialbehörden (27.6.1845), Entwurf 233/47 116–117, 120v, 128v–130v, 234/47 139v; 303/51 9–12
- - Gebühren f. Schulen 408/55 20v–21v
- Synoden, ständische Anträge 340/Fundort 19v–20; 348/Fundort 132v–135; 350/Fundort 64–64v
- - General-Synode 453/57 13v
- - Zuziehung von Laien, ständische Anträge 328/Fundort 83v–86v; 330/Fundort 106–106v; 349/Fundort 168–168v
- Übertritt vom Katholizismus, Wartefrist f. Wiederverheiratung 45/41 5, 6–6v, 13–13v
- Union und Altlutheraner (23.7.1845), Entwurf 127/44 89–94v; 298/50 261–274v
- Verfassung und Verwaltung
- - brandenburgisch-preußische, seit Reformation 232/47 87–90v, 96v–98v, 107v–108v
- - Oberkonsistorium (28.1.1848), Entwurf 453/57 10–15
- - Presbyterial-Verfassung, ständischer Antrag 340/Fundort 19v–20; 350/Fundort 64–64v
- - Provinzialbehörden (27.6.1845), Entwurf 232/47 87–112, 233/47 113–135v, 234/47 136–141v; 303/51 9–13v, 304/51 14–20v, 305/51 25–33, 311/51 122–123v
- - ständische Einwirkung auf, ständische Anträge 328/Fundort 85–86v; 330/Fundort 106–106v; 331/Fundort 18v–19; 348/Fundort 132v–135; 349/Fundort 162v–163
- - Westfalen/Rheinprovinz (5.3.1835) 64/Fundort 34v–35; 72/Fundort 269v–270
- Verwaltungs-Ordnung, Westfalen ständischer Antrag 185/Fundort 220v–221
- Altlutheraner; Konfirmationsgebühren; Lichtfreunde; Patronat/Patrone

- Kirche** (katholische) 455/57 28, 31v
- Abendmahl, Ausschluß (Einzelfall Pommern) 348/Fundort 137–138
 - Besetzungsrecht f. Lehrer 408/55 21v, 29–29v, 411/55 51–52
 - Deutschkatholiken, staatlicher Schutz vor Pressepolemik 302/50 303v–313v
 - Domkapitel, Oberaufsicht 274/49 9, 10
 - Eherecht/Ehescheidung 107/43 152v–153
 - - Beichtgeheimnis in Scheidungsprozessen 45/41 2–3v
 - - Unterschiede zwischen rhein. u. altpreuß. Provinzen 148/44 307–307v, 309
 - - Vorschriften z. Ehescheidung 107/43 149v–153v
 - - u. Wiederverheiratung 455/57 27–33v
 - Klöster
 - - Meer 215/Fundort 207v
 - - Oliva 41/40 302–302v; 446/56 100, 101
 - Kuratstellen (erledigte) und Verteilung von deren Einkünfte (3.7.1843)
 - - linksrhein. Teile 176/45 268–268v
 - - rechtsrhein. Teile, Entwurf 40/40 283–286v; 176/45 268–269v
 - Papst (Vatikan)
 - - Bulle (1821), ständischer Antrag 335/Fundort 100–100v; 337/Fundort 102–102v
 - - u. Militär-Kirchenwesen 335/Fundort 87–87v; 337/Fundort 101v–102
 - Patronatsrechte eingegangener Güter, Süd- u. Neuostpreußen 40/40 290–292v
 - Restitutionsansprüche aus Memorienstiftungen 446/56 105–109v
 - Rheinprovinz, ständische Anträge 335/Fundort 82–94v, 99–100v; 337/Fundort 101v–102v
 - Umpfarrungen im RegBez. Minden (vor 1815) 9/38 157–159v
 - Verfassung und Verwaltung (27.6.1845), Entwurf 234/47 141v–143v; 305/51 32v–33
 - Vermögen/-sverwaltung
 - - erloschener Parochien, Papst dazu 400/54 254–258v
 - - rechte Rheinseite, ständischer Antrag/Entwurf 210/Fundort 177–177v; 219/Fundort 236v; 411/55 59–61v
 - - Säkularisation, Rechtsunsicherheiten in der Vermögensverwaltung 144/44 271–274
 - - Westpreußen, Bischöfe von Kulm/Ermland 52/41 145–146v
 - Westfalen, Schulwesen 217/46 320–324
 - - Vertretung im Provinzial-Schul-Kollegium Münster, ständischer Antrag 185/Fundort 218–220v
 - Militär-Kirchenwesen; Münster (Diözese bzw. Stadt); Posen (Großherzogtum/Provinz); Stifte
- Kirchen- und Schulrechte**
- Kasparisches Kirchenrecht 39/Fundort 88v; 40/40 281v; 301/50 228v
 - Märkisches Kirchen- u. auch Schulrecht 36/Fundort 80v–81; 39/Fundort 86v–87
 - - Entwurf 40/40 264v, 271–272, 273v, 279v–280v
 - - Kirchenvermögen, Oberaufsichtsrecht/Verwaltungsgrundsätze 297/50 250–257
 - - ständische Anträge 92/Fundort 104–106v, 111v; 95/Fundort 118v–119; 198/Fundort 157–159v; 200/Fundort II 169v
 - Rheinprovinz, diverse, ständische Anträge 82/Fundort 167
 - Wenzeslaisesches, auch ständischer Antrag 39/Fundort 88v; 40/40 281v; 68/Fundort 10v–11v; 301/50 228v
 - Provinzialrechte
- Klassensteuer**
- Einkommensteuer
- Kleinkinder-Bewahranstalten**
- Einrichtung, ständischer Antrag Posen 315/Fundort 77v–78v
- Kleve** (Herzogtum) 82/Fundort 167
- Städtekreis ostwärts des Rheins, Provinzialrecht, Entwurf z. Revision 40/40 270v

- Kleve** (Stadt) 318/Fundort 90; 367/Fundort 203
 - Handelsgericht 311/51 130
- Koblenz** (Friedensgericht) 456/57 39
- Koblenz** (Regierung) 190/46 179v; 236/47 153v–154v; 269/48 288v; 313/51 154
 → Rheinprovinz, Regierungen
- Koblenz** (Regierungsbezirk) 27/40 88; 52/41 138, 73/41 223; 210/Fundort 172v; 212/Fundort 188v; 254/48 49; 311/51 131; 337/Fundort 111, 112; 338/Fundort 132, 137; 400/54 260v, 269v
 - Gerichtsverfassung/Justizorganisation, Ostrhein 101/43 50–55; 338/Fundort 151v–152
 - - ständischer Antrag 349/Fundort 167v
 - Provinzialrechte, Entwürfe zur Revision 40/40 262, 270v
 - Ständische Angelegenheiten, Sicherung d. Virilstimmen f. Grundbesitz 18/39 64–64v
- Koblenz** (Stadt) 337/Fundort 126v–127; 371/53 154v
 - Handelsgericht 252/48 20, 21v; 311/51 127, 129v–130, 131v, 132v
- Kohle/-gruben/-reviere**
 - allgemein, ständische Anträge
 - - Bahnanbindung in Rheinprovinz (Ruhrkohle-, Wurm- u. Inderevier) 324/52 75v–77v, 80–82, 83, 86, 88, 91–92v, 96v
 - - Beaufsichtigung, Sachsen 207/Fundort 108–108v; 209/Fundort 120–120v
 - - Braunkohle 85/Fundort 211v–212
 - - Kohletransport u. Eisenbahnbau im Saargebiet 314/51 169–170, 172
 - einzelne
 - - Brühl 215/Fundort 206v–207; 216/Fundort 217v; 338/Fundort 150v
 - - Commern 338/Fundort 139v, 150v
 - - Essen-Werden 338/Fundort 141
 - - niederländische (b. Kirchrath) 324/52 92–92v
 - - Saynsches 338/Fundort 140
 - - Tarnowitzer Bergamtsbezirk, zeitweilige Schließung 236/47 157–158v
 → Bergbau und Hüttenwesen
- Kölmer/Chatoulkölmer**
 - Grundbesitzer 108/43 174–178
 - - ständische Vertretung in Kreistagen 78/Fundort 121–121v
- Köln** (Erzdiözese/-bistum) 88/Fundort II 247v
 - Domkapitel, Säkularisierung 91/42 8
 - domkapitularische Kurie 188/Fundort 245v–246
 - Einkünfte erledigter Kuratstellen (3.7.1843), Entwurf 40/40 283–286v; 176/45 268–269v
 - Kölner Wirren 232/47 101–101v
 - - u. Dankadresse des Westfälischen LT (1841) 66/Fundort 39–41v
- Köln** (Landgericht) 310/51 107; 346/52 348
 - Statistik d. strafrechtl. Untersuchungen 50/41 109–109v
- Köln** (Regierung) 346/52 347–347v, 348v; 393/54 174–174v
 → Rheinprovinz, Regierungen
- Köln** (Regierungsbezirk) 254/48 49–49v; 337/Fundort 103, 104v; 393/54 170v, 400/54 269v
 - Eisenbahn-Ausbau 324/52 73–91v
 - kath. Kirche, Vermögensverwaltung 411/55 59–61v
- Köln** (Stadt) 371/53 154v
 - Dombau, ständische Anträge 86/Fundort 228v; 88/Fundort II 249v
 - Handel/Gewerbe, Eisenbahnanbindung 324/52 76–76v, 86v–87v
 - Handelsgericht 252/48 21v; 311/51 134
 - Handelskammer 311/51 129; 324/52 97v
 - Tumulte (1846), Maßregelung v. Behörden 388/54 131–134v, 389/54 135–137v

Kölnische Zeitung 388/54 133, 389/54 137

Kolonien

→ Ansiedlungen

Kommunal-Landtage

→ Altmark; Pommern; Niederlausitz; Oberlausitz

Kommunal-Verfassungen (ländliche)

- Gesetzrevision, Kommissorium f. Frh. v. Haxthausen 97/42 38–39v; 123/44 33–36

→ Gemeinde-Ordnungen/-Verfassungen

Kompetenzkonflikte

- allg. Verfahren zw. Gerichten und Verwaltungsbehörden (8.4.1847)

- - Anregungen/Entwurf 323/52 27–29; 379/53 227–233

- - ständischer Antrag Prov. Preußen 343/Fundort 61

- - vorherige Verfahrensweise, Erhebung/Wiederaufnahme 8/Fundort 32–35v; 49/41 89–91

- Einzelfälle, Zulässigkeit bzw. Zurücknahme 384/54 49–58v, 385/54 68–70v

- - Gemeinde Oderwitz, Freistellung von Nachtwache 111/43 221–223, 112/43 229–229v

- - zw. JMinm. u. MdI, Klage wg. Besitzstörung 8/Fundort 34–35v; 49/41 82–89, 91–93v

- - Kolonie Schiffmühl gegen den Fiskus wg. Armenpflege 274/49 16–22v

- - Wegebauast, Klage gegen den Fiskus 249/47 368–370v

- - Westfalen, wg. Steuerfreiheit bzw. westfäl. Grundsteuersystem 74/41 255–263

Konfirmationsgebühren

- Konfirmationskreuzer in Schlesien 15/39 36–37

König/Königliches Haus (Landesherr)

- Adel, Beschränkung d. Vererblichkeit u. Differenzen mit StMinm. 42/40 310–313

- Aggravationsmittel f. Staat 225/46 402v–404v; 239/47 201

- Begnadigungsrecht 438/56 31v–33

- - u. oberster Richter, Überarbeitung d. Bestätigungsformel f. Todesurteile 48/41 61–64

- Eherecht/Ehescheidung, Entwurf (1842) 153/44 362–371v

- - Abtrennung des formellen (28.6.1844) vom materiellen Teil 245/47 343–346v, 247/47 351–352

- - Wiederverheiratung, auch kath. Ausländer 107/43 148, 149–149v

- Gesetzgebungssachen allg.

- - Bedenken, Pfandrecht der Vermieter oder Verpächter 295/50 236–238

- - Gemeinde-Ordnung, gegen Unterscheidung v. Stadt-/Landgemeinde Rheinprovinz 70/41 196–197v

- - Provinzialgesetzbücher, Beratung durch die ProvLT 40/40 265–274v

- - Zensur, Kompetenz f. ausländische dt. Zeitungen 155/44 382–387

- Hausfideikommiß, Herrschaft Wusterhausen u. Amt Nigripp 255/48 57–59

- Hausgesetz (6.11.1809) 108/43 174v–178; 291/50 92v

- Hoftrauer und Trauer-Reglement (7.10.1797) 288/50 15v–18

- Hoheitsrechte, Ausbildung des Kriegsheeres 456/57 39v

- Huldigung (1840), Begnadigungen/Amnestie 10/38 159–162v

- Kirchensachen

- - Jus circa sacra, kath. Kirchensachen 234/47 141v–143

- - Kirchenregiment, ev. Kirche 232/47 109–110

- Kritik an ungenauer Verwendung des Begriffs „Standesherr“ 125/44 82

- Landestrauer, Ableben Friedrich Wilhelms III. 1/38 66

- Majestätsbeleidigungen, Untersuchung

- - auch bei Angriffen gegen verstorbene Mitglieder d. Hauses 73/41 208–209; 123/44 45–46v

- Residenzen, Schloß Koblenz 84/Fundort 186–186v

- Ständepolitik 219/Fundort 232v–233v; 423a/Fundort 39v–40; 423b/Fundort 41v–42
- - Erweiterung ständischer Institutionen 117/Fundort 160–162v; 122/Fundort 198–204v; 129/Fundort 225v–236; 130/Fundort 237–249v; 141/Fundort 116–120
- - LT-Abschiede, Lob bzw. Tadel der Stände 66/Fundort 39–41v; 197/Fundort I 103–109
- - Steuerbewilligungs- oder Besteuerungsrecht 364/Fundort 184v–185v, 188–189; 366/Fundort 197v–200; 367/Fundort 202–209; 399/Fundort 281v
- - u. Verfassungsfrage 347/Fundort 120v–121; 361/Fundort 161–163, 168v–170; 362/Fundort 177–180, 181v–182; 365/Fundort 190–191v, 193–194; 368/Fundort 213v–214; 369/Fundort 216v–217, 219, 220; 370/Fundort 221–228v; 373/Fundort 231–232, 233–234, 235v; 390/Fundort 255v–256, 260v–261; 399/Fundort 276v–277, 278v–280; 401/Fundort 285; 410/Fundort 306–312
- Landtags-Abschiede; Patronat
- Königsberg/Pr.** (Land- u. Stadtgericht) 230/47 58v
- Königsberg/Pr.** (Oberlandesgericht) 240/47 215v
- Gutachten in Disziplinarverfahren wg. Sympathiebekundung f. Herwegh 238/47 188, 191
- Untersuchung gegen Walesrode 225/46 410
- Königsberg/Pr.** (Regierung) 34/40 211; 371/53 136v
- Kompetenzkonflikt 329/52 175–178v
- Königsberg/Pr.** (Regierungsbezirk) 81/Fundort 151; 190/46 187; 250/47 401v
- Königsberg/Pr.** (Stadt)
- Brakverhältnisse 5/38 113–113v
- Handelsdeputation 168/45 132v
- Standbild Friedrich Wilhelm III., ständischer Antrag 81/Fundort 152–152v
- ständische Vertretung auf LT 204/Fundort 282v; 222/Fundort 291–292
- Königsberger Taschenbuch** 392/54 159v–160
- Königsberger Zeitung** 181/46 120v; 267/48 237
- Vorabdruck, Entwurf Ehescheidungsgesetz (1842) 153/44 372v
- Konitz** (Kreis)
- Expropriation wg. Meliorationsanlagen 323/52 42–63v
- Konkubinät**
- bürgerl. Beurkundung des Personenstandes 377/53 199v–200; 409/55 33v–34
- Gesetz unnötig 353/52 392–393
- Konkurse**
- Konkurs-Ordnung, Revision, ständischer Antrag 342/Fundort 30v
- Konkursprozesse, Bearbeitung durch Konkurs- oder Handelsgerichte 196/46 276
- Kuratoren, Interims-Kuratoren 196/46 278v–279v, 280v–281
- b. Mitgliedern kaufmännischer Korporationen, Entwurf z. Verfahrensweise 196/46 275–283v
- Vorzugsrecht
- - f. Kriegsschuldensteuerreste 254/48 55
- - f. persönliche Pflichten u. Abgaben 44/40 336–337
- Korporationen
- Kontumazialverfahren**
- Zulässigkeit
- - Disziplinaruntersuchung gegen Beamte wg. Entlassung 110/43 202–206
- - Mandatsprozesse, Entwurf 108/43 170–173
- Konzessionen**
- Eisenbahnen; Gewerbe
- Korporationen** (allgemein)
- Ablösung d. Verpflichtungen bei Umzug, Juden in Posen 238/47 192–194
- Kaufmännische Korporationen
- - Geld- u. Aktienverkehr, Begutachtung der Gesetze 397/54 221v–223

- - Korporationsrechte (Ostpreußen) 240/47 230c
- - Zahlungsunfähigkeit d. Mitglieder, Entwurf zur Verfahrensweise 196/46 275–283v
- Oberaufsicht 274/49 9, 10–11
- Rechte
- - Glaubwürdigkeit von Urkunden, Entwurf 240/47 230b–230gv
- - Stettin, Walzmühle 53/Fundort 215v
- - Verleihung als Hoheitsrecht 274/49 19v–22
- Vereine/Vereinigungen
- Köslin** (Oberlandesgericht) 17/39 59v; 240/47 215v; 287/49 191v
- Etatssätze, Erhöhung 43/40 325–327
- Köslin** (Regierung) 287/49 194; 400/54 278kv
- Gehaltssätze, Erhöhung 43/40 325–327v
- Köslin** (Regierungsbezirk) 250/47 401
- Forstwesen, Untersuchung von Forstkontraventionen 138/44 236–236v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 411/55 47v–50
- Kosten** (Korrekptionsanstalt) 317/Fundort 96
- Krankenkassen**
- Rheinprovinz, ständischer Antrag 218/Fundort 226v–227
- Eisenbahngesellschaften
- Krefeld** (Stadt)
- Handelsgericht 311/51 132
- Klassensteuer 420/55 125v
- Kreisdeputierte**
- Vertretung des Landrats 307/51 67–70
- Kreis-Ordnungen**
- Kreisstände, Kompetenz zur Ausschließung 324/52 71–71v
- Rheinprovinz, Westfalen (13.7.1827) 63/Fundort 16v–17
- Kreisstände/Kreistage**
- allg. Befugnisse/Erweiterung, ständische Anträge Prov. Preußen/Rheinprovinz 77/Fundort 114v–115; 81/Fundort 145; 83/Fundort 179–179v; 84/Fundort 187v–188
- Befugnisse, Ausgaben zu beschließen
- - allg. (25.3.1841), Entwurf 16/39 53v; 39/Fundort 85–86
- - Brandenburg (7.3.1845), Entwurf 282/49 120–122v
- - Kontrolle neuer Ansiedlungen 227/47 20v–22v
- - Schlesien (7.1.1842), Entwurf 97/42 35–37
- Befugnisse beim Wegebau, Bewilligungen 322/52 11v–13v
- Landratswahlen 351/52 376–378
- - ständischer Antrag Schlesien zu Befugnissen 328/Fundort 97–97v
- Pommern, ständischer Antrag wg. Bevollmächtigung 53/Fundort 214
- Posen, ständische Anträge 317/Fundort 96–96v
- - Recht z. Landratswahl 189/Fundort 109v; 197/Fundort II 154
- - Vertretung der Städte/Landgemeinden 342/Fundort 45–46
- Prov. Preußen, ständische Anträge wegen
- - 3./4. Stand, Vermehrung 204/Fundort 281v, 283; 222/Fundort 292–294v; 342/Fundort 38–43; 350/Fundort 64v–67v
- - adlige Freidörfer, ständische Vertretung 204/Fundort 282–282v; 343/Fundort 48
- - Deputierte als Vertretung d. Landräte 315/Fundort 86v–87
- - kulmische Güter, Vertretung 343/Fundort 47v–48
- - Zusammensetzung 78/Fundort 120v–121v

- Rheinprovinz, ständische Anträge 337/Fundort 103–103v, 116–117, 125
- Sachsen, ständischer Antrag wg. Vertretung der Städte 207/Fundort 116v–117v; 223/Fundort 129v–130
- Ständesachen; Wahlen
- Kreuznach** (Stadt) 215/Fundort 205v
- Kreuznach** (Wahlbezirk) 337/Fundort 116
- Kriegs- und Domänenkammer Posen**
- Bestrafung v. Jagd-/Forstkonventionen (Publikandum 1794), Gültigkeit 43/40 328–331
- Kriegsentschädigungs-Forderungen/Kriegslastenforderungen**
- Eichsfeldische, ständischer Antrag 205/Fundort 100–101v; 207/Fundort 107v–108
- Sachsen, Herzogtum, ständischer Antrag 207/Fundort 109v–110v; 209/Fundort 121
- ehemals sächsische Landesteile, Pferdelerungsgelder (1806) 60/41 167–170v
- Untergerichte, Befugnisse z. Gebührenerhebung 229/47 54–55a
- Westfalen/Rheinprovinz, f. Lieferungen an kais.-österr. Truppen (1794/95) 51/41 129–136v
- Westfalen, ständischer Antrag 63/Fundort 24v–25; 318/Fundort 87v
- Kriegs-Ministerium**
- Hoheitsinteresse an Weichsel-Festungen und Bedenken zum Provinzialrecht in Westpreußen 193/46 234–236v, 220/46 337–338, 350–355
- Ministerwechsel
- - Boyen – Rohr 443/56 51
- Strafgesetzbuch
- Kriegsschulden/-steuer**
- Steuerreste im Konkurs, Vorzugsrecht 254/48 55
- u. Konkursverfahren 44/40 337
- Kriminalgerichtsbarkeit/-untersuchungen**
- allg. Verfahren, Einführung der Mündlichkeit und Öffentlichkeit beim Kammer- bzw. Kriminalgericht Berlin (17.7.1846) 440/56 42v–43
- - Appellationsinstanz, Kompetenz (3.1.1849) 444/56 63–65v
- - Entwurf/ständische Anträge 200/Fundort I 261–261v; 202/Fundort 266v; 210/Fundort 172v–173; 212/Fundort 188v–189; 219/Fundort 235v–236; 318/Fundort 91v; 328/Fundort 88v–89; 333/Fundort 50; 348/Fundort 135–135v; 378/53 206–225v, 381/53 249; 440/56 42v–43
- - keine Öffentlichkeit 382/53 260
- - spätere Einführung bei Gerichten (7.4.1847), Entwürfe 426/55 183–186v
- Gerichtsobrigkeiten, Erleichterung 131/44 112–115
- Immediatstädte 102/43 62–63, 70
- Kriminal-Ordnung (11.12.1805), Änderung bzw. Aufhebung von Bestimmungen 195/46 264–264v
- - § 20, Kostenübernahme (21.12.1846) 310/51 113–116v; 387/54 93–96
- - Revision u. vorherige Einführung d. Staatsanwaltschaft 220/46 359–368v, 225/46 404v–405v, 408; 239/47 201–211v; 353/52 406–406v
- - Untersuchungen von Majestätsbeleidigungen 73/41 208–209
- - Untersuchungskosten, Übernahme 44/40 338–339, 340
- Lasten
- - Befreiung f. Städte, ständischer Antrag Prov. Preußen 200/Fundort I 259–260; 202/Fundort 266v
- - Berechtigung/Erleichterung f. Städte d. alten Provinzen 102/43 69–72v
- Untersuchungen
- - Abgrenzung zu fiskalischen Untersuchungssachen 381/53 249
- - Fiskalat, Wiedereinführung 220/46 362, 364–365; 225/46 407v, 411v–412v, 415, 416v–417

- Untersuchungs- (Kriminal-)Kosten
- - Detentionskosten bestrafter Verbrecher 200/Fundort I 261–262; 202/Fundort 266v
- - Pommern, ständischer Antrag 54/Fundort 218v–219
- - Übernahme, Entwurf einer KO u. ständischer Antrag Prov. Preußen 44/40 338–341; 81/Fundort 153
- - Zivilgerichte, Kostenübernahme in Kriminalsachen 310/51 113–116v
- Patrimonialgerichte; Staatsanwaltschaft; Strafrecht
- Krotoschin** (Kreis) 61/Fundort II 158–158v
- Krotoschin** (Stadt) 61/Fundort II 158v; 189/Fundort 101–102v
- Krotoschin/Krotoszyn** (Fürstentum) 231/47 67v; 317/Fundort 100v; 450/56 130
- Krugsverlagsrecht**
- adlige Güter in Westpreußen 221/46 370v–371
- Posen, ständischer Antrag 61/Fundort II 151; 189/Fundort 111v
- Kulm** (Bistum) 52/41 145–146v
- Kulm** (Kreis) 204/Fundort 279v
- Kulmische Güter**
- Vertretung auf Kreistagen 342/Fundort 38–43; 343/Fundort 48
- Kulmisches Recht**
- Regalität in Westpreußen 221/46 374–374v, 376–377v
- Kulm-Michelauer Gebiet**
- Gutsbesitzer 78/Fundort 123v
- - Wiederbesetzung erledigter Bauernhöfe 125/44 84–85v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 78/Fundort 124v–125
- - Präklusionsfrist (8.2.1846), Entwurf 289/50 19–21
- Kunstwerke**
- Freixemplare bzw. Pflichtabgaben 96/42 30–33; 195/46 266
- Rückforderungen gegenüber Hessen-D. 66/Fundort 38
- Schutzfrist und deren Ausdehnung (5.7.1844), Entwurf 195/46 266–268v
- Westfalen (Herzogtum)
- Kupfer** 319/Fundort 117v–118
- Kurisches Haff**
- Fischerei 34/40 210–221v; 100/43 3v, 32–38v
- Fischerei-Ordnungen
- Kurmark**
- ALR u. gemeines Recht, Gültigkeit von Bestimmungen 240/47 222
- Haupt-Ritterschafts-Direktion 108/43 179v, 181v
- Kirchen- u. Pfarrbauten, Beitragspflicht 298/50 258–260
- Lehnsrecht, Verpfändung, Konsens d. eingetragenen Agnaten 108/43 179–185v
- Brandenburg (Provinz); Kreisstände
- Küstereien**
- Unterhaltung (21.7.1846), Entwurf 265/48 227–230v; 312/51 136–138
- - ständische Anträge 315/Fundort 71; 318/Fundort 87v; 328/Fundort 83v; 331/Fundort 4; 335/Fundort 97–97v; 340/Fundort 18–18v
- Ablösungen

- Laasphe** (Land- u. Stadtgericht) 329/52 179v, 184
- Laasphe** (Stadt) 374/53 170
- Ladekopp** (Kirchspiel) 208/46 301v
- Lallier und Delamarre** (Handlung in Rouen) 168/45 122v

Landarme/Landarmen-Verbände

→ Armenpflege

Landes-Justiz-Kollegien (allgemein)

- Chef-Präsidenten, Rangverhältnisse 272/48 359v–360
- Kompetenz bei Prozessen zw. Patrimonialgerichtsherren u. Gerichtseingessenen (5.7.1844), Entwurf 251/48 11–13v
- Konstituierung zu Ehrengerichten, Entwurf 165/45 74–82

Landeskultur-Edikt (14.9.1811) 25/40 48, 27/40 95v

- § 2, Ausdehnung 227/47 15–15v
 - freie Benutzung des Waldes 26/40 66–66v
- Flüsse; Meliorationen; Parzellen/Parzellierungen; Umwelt

Landgemeinden

- Rechte der Mitglieder an Grundstücken/Gerechtigkeiten (26.7.1847), Entwurf 271/48 348–354
 - ständische Vertretung (Stimmzahl), ständische Anträge
 - - Posen 59/Fundort III 148; 72/Fundort 273v–274; 342/Fundort 45–46; 343/Fundort 48
 - - Prov. Preußen 78/Fundort 119v–120, 120v–121; 80/Fundort 130–132; 204/Fundort 283; 342/Fundort 38–43; 350/Fundort 64v–67v
 - - Rheinprovinz 84/Fundort 185–185v; 216/Fundort 221–221v; 219/Fundort 234v–235; 440/56 40v–41v
 - - Westfalen 63/Fundort 13–15; 66/Fundort 37v; 187/Fundort 235–239; 188/Fundort 240v–242; 201/Fundort 334–335; 223/Fundort 130v; 318/Fundort 93v–94; 340/Fundort 14v–15
 - u. ständisches Wahlverfahren, ständische Anträge
 - - Rheinprovinz/Posen 84/Fundort 185–185v; 315/Fundort 84v–85v
- Gemeinde-Ordnungen/-Verfassung; Kreistage; Landräte

Landgerichte

- Rangverhältnisse, ständischer Antrag Rheinprovinz 82/Fundort 171; 84/Fundort 183v
- [einzelne Landgerichte]

Landrat/-räte (allgemein)

- Befugnisse
 - - Chausseegeld-Kontraventionen 236/47 159v, 163v–164v
 - - neue Ansiedlung u. Regulierung d. Kommunal- u. Abgabenverhältnisse 226/46 443–444v
 - Domänenverwaltung Prov. Preußen 371/53 135v–139v, 140v
 - Vertretung durch Kreisdeputierte 307/51 67–70
 - Wahlen
 - - auch durch Kreisversammlungen Schlesien, ständischer Antrag 328/Fundort 97–97v
 - - ständische Anträge 189/Fundort 109; 197/Fundort II 154
 - - Teilnahme der Stadt- u. Landgemeinden, ständischer Antrag Prov. Preußen 222/Fundort 292–294v
 - - Wahlrecht, ständischer Antrag 204/Fundort 281v–282; 315/Fundort 86v–87
 - Wählbarkeit zum Landrat
 - - Ergänzung, ständischer Antrag Westfalen 188/Fundort 244
 - - ständische Anträge allg. 84/Fundort 187v–188; 85/Fundort 196; 187/Fundort 238v–239; 198/Fundort 165; 204/Fundort 280; 207/Fundort 115v; 223/Fundort 128–128v
- Kreistage

Landrecht

→ Allgemeines Landrecht; Preußisches Landrecht

Landschaft(en) (landschaftliche Kredit-Systeme)

- Kredit-Anstalten/-Institute
 - - Prov. Posen Errichtung, ständischer Antrag 317/Fundort 91v
 - - Schlesien, ständischer Antrag wg. Einrichtung 328/Fundort 98v–99

- Kredit-Ordnungen
- - Posen (15.12.1821) 107/43 135v, 137, 141v–142
- - Kur-/Neumark, Ost-/Westpreußen, Pommern 357/53 47–47v, 48v, 50
- Landrentenbanken, ständischer Antrag Schlesien 328/Fundort 104
- Ostpreußen, Senkung d. Beiträge von Pfandbrief-Schuldnern (15.12.1843) 199/46 286–287
- Posenscher Kredit-Verein Erweiterung (15.4.1842), Entwurf 107/43 135–147
- Schlesien/Posen, Umschreibung v. Pfandbriefen 357/53 39–50
- Westpreußische 59/Fundort III 145–145
- Juden
- Landstreicherei**
- Armenpflege
- Landtage**
- Provinzial-Landtage/-Stände (allgemein); [Stände/Landtage einzelner Provinzen]
- Landtags-Abschiede**
- allgemein
- - Grundsatzdiskussion (1843) z. Lob und Tadel an die Stände 197/Fundort I 103–109
- - Huldigungs-LT (1840) 164/Fundort 48–49
- Brandenburg
- - (1841) 54/Fundort I 217v–218; 90/Fundort 89–102v; 92/Fundort 103–113; 93/Fundort 114–115v; 95/Fundort 116–120
- - (1843) 198/Fundort 156–168; 200/Fundort II 169–170; 223/Fundort 131
- - (1845) 321/Fundort 125v; 340/Fundort 2–7; 347/Fundort 123
- Pommern
- - (1841) 53/Fundort 211–216v; 54/Fundort I 217–222v; 55/Fundort I 223–223v; 59/Fundort I 224–224v; 68/Fundort 1–2v; 71/Fundort 230–233, 233v–234; 164/Fundort 50v, 55v
- - (1843) 197/Fundort I 103–104
- - (1845) 335/Fundort 81–82; 348/Fundort 137–138
- Posen
- - (1841) 58/Fundort II 136–141v; 59/Fundort III 142–149v; 61/Fundort II 150–161v; 68/Fundort 1–2v; 72/Fundort 271v–276
- - (1843) 189/Fundort 97–115
- - (1845) 315/Fundort 68–90; 317/Fundort 91–106; 319/Fundort 101, 114–117v; 340/Fundort 2, 7v–8v; 342/Fundort 36–36v, 44v–46; 343/Fundort 54, 61v–62; 347/Fundort 120v–123
- Prov. Preußen
- - (1841) 54/Fundort I 217v–218; 77/Fundort 106–115; 78/Fundort 116–125v; 80/Fundort 126–143; 81/Fundort 144–154; 87/Fundort I 155–157v; 88/Fundort I 158–158v; 95/Fundort 119v–120; 164/Fundort 50v
- - (1843) 200/Fundort I 256–265; 202/Fundort 266–275; 204/Fundort 276–286v; 206/Fundort 287; 222/Fundort 289v–295v
- - (1845) 340/Fundort 15v–23v; 342/Fundort 24–44v; 343/Fundort 47–61v; 350/Fundort 64–69
- Rheinprovinz
- - (1841) 54/Fundort I 218; 71/Fundort 229–230; 82/Fundort 166–172v; 83/Fundort 173–182; 84/Fundort 183–194v; 85/Fundort 195–215; 86/Fundort 216–229; 87/Fundort II 245–246v; 88/Fundort II 247–250; 95/Fundort 119v–120; 164/Fundort 53v
- - (1843) 210/Fundort 164–181; 211/Fundort 182–185; 212/Fundort 188–198; 214/Fundort 199–201; 215/Fundort 202–216v; 216/Fundort 217–224; 218/Fundort 225–229; 219/Fundort 230–237v; 222/Fundort 288–289v
- - (1845) 335/Fundort 82–100v; 337/Fundort 101–127; 338/Fundort 128–159; 340/Fundort 1v–2; 349/Fundort 164v–168; 350/Fundort 63v

- Sachsen
- - (1841) 54/Fundort II 85–87v; 55/Fundort II 88–94v; 56/Fundort 95–102v; 57/Fundort 103–111v; 58/Fundort I 112–115v; 59/Fundort II 116–121; 61/Fundort I 121v–123, Fundort II 158; 62/Fundort I 162–163; 68/Fundort 1–2v; 71/Fundort 233–237; 72/Fundort 268v; 80/Fundort 140–140v
- - (1843) 205/Fundort 96–106v; 207/Fundort 107–119v; 209/Fundort 120–127; 223/Fundort 128–130
- - (1845) 331/Fundort 4–29; 333/Fundort 30–51v; 334/Fundort 52–52v; 349/Fundort 162v–164v

- Schlesien

- - (1841) 68/Fundort 1–21v; 69/Fundort 22–31; 164/Fundort 55v
- - (1845) 328/Fundort 80–104v; 330/Fundort 105–126; 331/Fundort 2v–4; 343/Fundort 61v–62; 348/Fundort 132v–137; 349/Fundort 168–168v; 350/Fundort 64–64v

- Westfalen

- - (1841) 62/Fundort II 4–11v; 63/Fundort 12–26; 64/Fundort 27–36v; 66/Fundort 37–41v; 72/Fundort 268v–270; 83/Fundort 175; 164/Fundort 53v, 55v
- - (1843) 185/Fundort 213–221v; 187/Fundort 222–239; 188/Fundort 240–252v; 197/Fundort III 332–332v; 201/Fundort 333–335; 219/Fundort 235; 223/Fundort 130–131
- - (1845) 318/Fundort 84–100; 319/Fundort 101–124v; 321/Fundort 125v–126; 340/Fundort 2, 7–7v, 8v–15v; 342/Fundort 24v–25; 347/Fundort 123–124; 348/Fundort 131v–132v

Landtags-Kommissare

→ Oberpräsidenten

Landtags-Marschälle (allgemein)

- Aufgaben 36/Fundort 76–77
- Stellung gegenüber Ständischen Ausschüssen 278/Fundort I 48v–49v

Landwehr

- Befreiung, Stempelfreiheit f. Gesuch 40/40 289–289v
- Rheinprovinz, Zinsen aus Pferdeankauf-Fonds 83/Fundort 177v–178v
- Westfalen, ständische Anträge 63/Fundort 17–17v; 185/Fundort 213v–214, 214v–215

Landwirtschaft (allgemein)

- eigenständige Wissenschaft mit praktischer Ausbildung, Akademie Eldena 194/46 252v–253, 257v–259v
- Förderung/Schutz in Rheinprovinz, ständischer Antrag 84/Fundort 187–187v; 337/Fundort 123–124; 349/Fundort 166–166v
- Landwirtschaftsschulen, ständische Anträge (Sachsen/Rheinprovinz/Westfalen) 209/Fundort 125; 218/Fundort 227; 318/Fundort 97–98

→ Bauern; Getreide; Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse

Langenbielau (Krs. Reichenbach)

- Reorganisation d. Verwaltung nach Weber-Unruhen (1844) 352/52 384–384v

Lassan (Magistrat) 294/50 218v

Laudemialabgaben/Laudemien

- Ablösungsgrundsätze, Entwurf zu Abänderungen 258/48 95–104v; 287/49 197–230v
- Berechnungsgrundlage für Ablösungen
- - bei Grundstücken mit abgelösten Realkosten (25.4.1845), Entwurf 134/44 145–161v
- - Schlesien 271/48 326–327v
- - verschiedene ständische Anträge 53/Fundort 212v; 58/Fundort II 137; 62/Fundort II 5; 68/Fundort 7v; 78/Fundort 117; 90/Fundort 89v–90
- Gerechtsame, Ritterschaft Schlesien 274/49 3–5v
- Weinkauf, Entwurf z. Festlegung d. Höhe f. Minden-Ravensberg 217/46 325–331

Lauenburg (Herzogtum) 412/55 75

Lauenburg-Bütow (Kreis) 220/46 333v–334

Lehen/Lehnsrecht

- allgemein
- - Erbämter *103/43* 88–88v, 90v
- - Erbverpachtung u. Befugnis d. Lehnsbesitzer, Aufhebung (28.7.1842) *133/44* 125–128v
- - Lehnserneuerung/Lehnseid *105/43* 115–115v, 117v
- - Altmark Bauernlehne (8.11.1845), Entwurf *15/39* 30–31v; *228/47* 40–51; *327/52* 144–145
- - Kurmark *302/50* 297v
- - Erleichterungen (15.5.1852), Entwurf *251/48* 8–10; *346/52* 330–335, 353v–354, 355
- - Familienschlüsse (15.2.1840), Modifikationen *346/52* 330–335
- - Konsens der eingetragenen Agnaten bei Verpfändung *108/43* 179–185v
- - ständische Anträge *92/Fundort* 111–111v; *198/Fundort* 156v–157
- Pommern
- - Agnaten *269/48* 264–264v; *320/51* 188–189v
- - Familienschlüsse (11.7.1845), Entwurf *287/49* 189, 194v–195v
- - Hinterpommersches Lehnrecht, Beratung *135/44* 168–178v, *137/44* 195–208
- - Lehns- u. Sukzessionsregister (11.7.1845), Entwurf *287/49* 189–194v
- - Lehnstaxen, u.a. Entwurf *137/44* 206–207; *269/48* 262–269; *320/51* 187–190
- - lehntragende Familien *269/48* 262v–263v; *320/51* 188v
- - Stammbäume von lehntragenden Familien *267/48* 231–233
- - Sachsen, ständische Anträge wg. Sterbelehngelder *55/Fundort II* 94v; *71/Fundort* 236
- - Schweidnitz-Jauer *69/Fundort* 23v–24; *271/48* 324–325
- - Sukzessionsrecht, Einzelfall (Frh. Plotho zu Parey) *165/45* 73–73v
- Erbpacht; Rittergüter

Lehngüter

- Leistenow *134/44* 137v
- Ploetz *134/44* 136–144v
- Schweidnitz-Jauer *134/44* 140v, 142–142v

Lehrer

- allgemein
- - Dotation, Landdotationen in neuen Ansiedlungen *74/41* 272–280v
- - höhere Lehranstalten u. Pensionierung (28.5.1846), Entwurf *360/53* 106–119v
- - Stellenbesetzung (9.12.1842), Verfahrensweise/Prinzipien *138/44* 221–233
- Brandenburg
- - Besoldung *406/54* 291v–294
- - Vokation/Vereidigung, ständischer Antrag z. Befugnis märkischer Städte *92/Fundort* 104–106v; *93/Fundort* 115
- - Posen, ständische Anträge *315/Fundort* 71–71v, 77v–78v
- Prov. Preußen
- - Landschullehrer, Gehalt *285/49* 146v
- - Volksschulen (11.12.1845), Entwurf *325/52* 112v, 114v–120, *326/52* 130v–133
- Rheinprovinz
- - Befreiung von Einquartierungslast *254/48* 48–53
- - Einkommen d. Volksschullehrer *210/Fundort* 176v–177; *214/Fundort* 199–200
- - Sachsen, ständischer Antrag z. Witwen-Kasse *331/Fundort* 18v
- - Schlesien, ständischer Antrag wg. Einkommen *328/Fundort* 86v–87
- Westfalen
- - Gymnasien, ständischer Antrag wg. Einkommen *318/Fundort* 90v–91
- - kath. Volksschullehrer, Konflikt zw. Reg. u. Bischof Münster *217/46* 320–324
- Beamte; Schulordnungen

Lehrerinnen

- Gehaltsfestsetzung 408/55 19v–20v
- Pensionierung 360/53 114v–115

Leinen-Industrie

- Legge-Ordnungen
- - Bielefeld/Halle/Herford (15.5.1853), ständischer Antrag 64/Fundort 28
- - Lübecke (Kreis) (16.5.1853), Entwurf/ständische Anträge 64/Fundort 28; 65/41 177, 178v–179; 187/Fundort 233v–234; 188/Fundort 251v
- - Ravensberg (Grafschaft), Entwurf 65/41 177, 178–179v
- - Tecklenburg/Ober-Lingen (31.3.1842), Entwurf 64/Fundort 28; 65/41 177, 178v
- Schlesien, ständischer Antrag auf Förderung 330/Fundort 118
- Westfalen, ständischer Antrag 319/Fundort 120–120v

Lennep (Handelskammer) 311/51 128v

Liberalismus

- Aktivitäten in Königsberg 238/47 189v–290; 392/54 159v–160
- Volksversammlungen/Kollektiv-Petitionen an die Stände, Rheinprovinz 337/Fundort 123

Lichtfreunde

- Bundesbeschluß (5.7.1832), Ausdehnung auf Preußen/Posen 344/52 265–266
- Zeitungsartikel über Herbstversammlung in Köthen 267/48 234–235v, 268/48 252–253

Liegnitz (Regierung) 171/45 224; 357/53 31v

Liegnitz (Regierungsbezirk) 190/46 187v; 250/47 401

Lingen/Ober-Lingen (Grafschaft) 40/40 270v; 64/Fundort 28

- Legge-Ordnung (31.3.1842), Entwurf 65/41 177, 178v

Lippe (Fluß)

→ Ruhr- und Lippe-Schiffahrts-Fonds; Schiffahrt

Lippe (Fürstentum)

- ständische Anträge 187/Fundort 226v–227v

Lippstadt (Kreis) 64/Fundort 32v

Lippstadt (Stadt) 40/40 270v, 272v; 292/50 178

→ Eisenbahnen

Litauen

→ Gumbinnen (Regierungsbezirk)

Löcknitz (Amtsbezirk, Krs. Randow) 228/47 36–36v

Looz-Corswarem (Herzogtum) 124/44 66

Lotterie

- Abschaffung, ständischer Antrag 315/Fundort 81–81v; 338/Fundort 150–150v; 349/Fundort 167
- Modifizierung, ständische Anträge (1841) 57/Fundort 110v; 72/Fundort 268v; 81/Fundort 148v–149; 85/Fundort 212–212v

Lübbecke (Kreis) 64/Fundort 28; 187/Fundort 233v; 188/Fundort 251v

- Jagd, Prozesse um Jagdgerechtigkeiten 241/47 233
- Legge-Ordnung, Entwurf 65/41 177, 178v–179
- - ständische Anträge 64/Fundort 28; 187/Fundort 233v–234; 188/Fundort 251v

Lübisches Recht

- Pfandverträge 250/47 397–398v; 320/51 183–184v
- Veräußerungsverträge bei aufgelöster Gütergemeinschaft 285/49 142–143

Luxemburg 338/Fundort 148

Magdeburg (Domkapitel)

- Dienstpflicht d. Dörfer (seit 1621) 4/38 83–95v

- Magdeburg** (Herzogtum) 205/Fundort 106; 398/54 246
- Erbämter 105/43 113v
 - Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten 333/Fundort 35v–36
 - Forst- u. Jagdwesen
 - - Holz-, Mast- u. Jagd-Ordnung (3.10.1743) 43/40 322
 - - Schonzeiten, Verletzung (18.5.1839) 28/40 131; 115/43 321, 325
 - Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Dienstgelder (23.7.1845)
 - - Ausdehnung 344/52 261–264v
 - - Entwurf 170/45 200–203v; 217/46 316–319; 245/47 319v–320v, 325v–327; 286/49 156–188, 287/49 243–255v; 293/50 193–217v; 323/52 30–33v, 38v–41
 - - ständischer Antrag 331/Fundort 21–22; 333/Fundort 33
 - Kollaturrechte (ständische)
 - - (Magdeburgischer) Freitisch-Fonds der Univ. Halle, ständischer Antrag 58/Fundort I 113; 205/Fundort 104–105; 207/Fundort 107v; 223/Fundort 129; 331/Fundort 4v–5v
 - Provinzialrecht 58/Fundort I 115–115v; 59/Fundort II 118–121; 61/Fundort I 122–123
 - - Entwurf zur Revision 40/40 272v
- Magdeburg** (Land- u. Stadtgericht) 230/47 58v
- Magdeburg** (Oberlandesgericht) 191/46 208–208v, 210v; 325/52 124v, 327/52 155v
- Fortdauer gemessener Dienste im Kgr. Westphalen 286/49 157v, 158v–159, 168, 173v–174
 - Klagezulassungen gegen Fiskus auf Steuerfreiheit 74/41 260, 261v
- Magdeburg** (Regierung) 35/40 255v, 40/40 273v; 74/41 260v; 297/50 250; 381/53 257
- Magdeburg** (Regierungsbezirk) 190/46 187v; 250/47 401; 282/49 124
- Gutsbesitzer, Patrimonialgerichte u. fiskalische Untersuchungen 288/50 3–9v
- Magdeburg** (Revisions-Kollegium) 286/49 158v–159, 173v–174
- Magdeburg** (Stadt)
- kaufmännische Korporation 196/46 275–275v
- Magdeburger Zeitung** 267/48 237
- Mahl- und Schlachtsteuer**
- allg. Aufhebung
 - - Entwurf (1847) 417/55 113, 419/55 115–116, 117, 122v, 420/55 123–130
 - - LT-Abschied (1847) 440/56 39–40
 - - Modifizierungen 371/53 151–158
 - Mahlsteuer (30.5.1820), Steuerfreiheit f. einzelne Gewerbe in Halle/S. 73/41 212–214v
 - Prov. Preußen, ständische Anträge
 - - Erlaß f. Vorstädte Danzigs 343/Fundort 55v–56
 - - pflichtige Städte und Klassensteuer 204/Fundort 278–278v
 - Rheinprovinz 338/Fundort 144–144v
 - Sachsen, ständische Anträge wg. Steuererleichterungen 333/Fundort 47v–48
 - Schlesien, ständischer Antrag wg. Befreiung d. Anstalt Brieg 330/Fundort 120
 - Westfalen, ständischer Antrag wg. Veranschlagung 319/Fundort 105–107v, 112v–114
- Einkommensteuer
- Mahlzwang**
- Aufhebung/Entschädigung, Ostpreußen 353/52 390–391
- Maischsteuer**
- Sachsen, ständischer Antrag 207/Fundort 114v–115; 209/Fundort 121
- Majestätsbeleidigungen**
- König/Königliches Haus
- Majorenitäts-Termin**
- Juden (24.1.1844), Entwurf 171/45 204–206v

Mandatariengebühren

- f. Justizkommissare/Notare in Bagatell- u. Injurienprozessen 397/54 228–244
- Westfalen, ständische Anträge 185/Fundort 216–216v
- Gerichte; Handelsgerichte

Mannheim (Appellationsgericht) 249/47 392

Mansfeld (Grafschaft) 205/Fundort 98; 207/Fundort 108v; 331/Fundort 21

- Dienstgelder, Geltungsbereich 323/52 38v–39v
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 272v

Mansfelder Kreise 55/Fundort II 89v

Marienburg (Palatinatum)

- westpreuß. Provinzialrecht (19.4.1844), Revision d. adligen Erbfolge 220/46 338–349v

Marienburg (Taubstummen-Anstalt) 200/Fundort I 263

Marienburger Werder

- Kirche (allgemein), Pfarreien

Marienwerder (Kreis) 44/40 344

Marienwerder (Oberlandesgericht) 17/39 59v, 21/39 138–138v; 46/41 30v; 191/46 209, 220/46 347v–348; 452/57 6

- Kinder, Ehelichkeit 240/47 213v, 215v, 222
- Preuß. Landrecht (1721), Zweifel an Gültigkeit 32/40 186v–187

Marienwerder (Regierung) 371/53 136v; 454/57 23

Marienwerder (Regierungsbezirk) 250/47 401

- Juden, Instruktionen 352/52 382v–383v

Mark (Grafschaft) 40/40 272v; 64/Fundort 28v, 31v; 91/42 8; 238/47 178v; 319/Fundort 119; 367/Fundort 203

- Berg-Amts-/Gewerkschaftskasse 72/Fundort 269–269v
- Dortmund
- - Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270, 272v
- - Unterschiede zw. rhein. u. altpreuß. Provinzen 148/44 307
- als ständischer Wahlbezirk 318/Fundort 90, 94v

Marsch- und Molestien-Kasse 53/Fundort 214v; 54/Fundort 221

Maße

- Haspelmaß, ständische Anträge wg. Festsetzung 187/Fundort 229–229v; 198/Fundort 161
- - Vereinheitlichung der Handhaspel, ständischer Antrag Brandenburg 90/Fundort 92
- im Privatverkehr, ständischer Antrag Schlesien 330/Fundort 117–117v
- Wispelmaß, ständischer Antrag Brandenburg 198/Fundort 161v–162v; 200/Fundort II 169v

Mayen (Wahlbezirk) 337/Fundort 116

Mecklenburg 129/Fundort 232v; 373/Fundort 233

Medizinal- und Sanitäts-Polizei 167/45 99v

Medizinalwesen

- Impfwang, ständischer Antrag (Sachsen) wg. Einführung 205/Fundort 105; 207/Fundort 107v; 223/Fundort 129–129v
- Pharmakopöe, ständischer Antrag Rheinprovinz z. Einführung einer allg. dt. 337/Fundort 103–104
- Rheinprovinz, diverse ständische Anträge 337/Fundort 104–104v
- Ärzte

Meistbeerbte/Meistbesteuerte

- Verhältnisse in Landgemeinden, Rheinprovinz 313/51 153, 155–162v

Meliorationen (allgemein/individuelle)

- Emsniederung, ständischer Antrag 187/Fundort 231v–232
- Entschädigungen, ständischer Antrag 204/Fundort 285

- Fonds in Prov. Preußen, ständische Anträge 78/Fundort 123v–124v; 81/Fundort 145
- Privatflüsse in Rheinprovinz, Nutzung 269/48 273, 279v–280, 286–286v
- Seen Prov. Preußen, ständischer Antrag 87/Fundort I 157v
- Westpreußen, Expropriationen im Krs. Konitz 323/52 42–63v
- Wiesen-Kultur, ständischer Antrag Sachsen 333/Fundort 42–42v
- Wiesenordnung in Krs. Siegen, Entwurf 387/54 125–129v
- Ansiedlungen; Entwässerung
- Memel** (Fluß) 343/Fundort 59v
- Memel** (Kreis) 124/44 57v
- Memel** (Stadt)
- Handelsdeputation 168/45 132v
- ständische Vertretung auf LT 204/Fundort 282v; 222/Fundort 291–292
- Mennoniten**
- Abgabenregelung im Marienburger Werder 208/46 301–303v
- Merseburg** (Regierung) 331/Fundort 12v
- Gutachten wg. Ansprüche d. Gemeinden auf Pferdlieferungs-Gelder 60/41 169–169v
- Schulvorstände Landschulen (1.6.1840), Instruktion 163/45 61v; 285/49 145
- Merseburg** (Regierungsbezirk) 138/44 236–236v; 190/46 188; 250/47 401
- Michelau** (Kreis) 204/Fundort 279v
- Mietsteuer**
- Berlin 44/40 336v–337
- Milchnutzungsrecht**
- Rittergüter Eichsfeld 299/50 281v, 282v
- Militär**
- Annahme ausländischer Orden 351/52 356–357
- Ärzte, ständische Anträge 185/Fundort 214–214v
- Ausbildung, Sprachproblematik f. poln. Soldaten 315/Fundort 73v
- Beleidigungen zw. Militär- u. Zivilpersonen u. Strafe (1.3.1844), Entwurf 224/46 391–401
- Besteuerung, auch b. Pensionären 419/55 117–122v, 420/55 129v–131, 421/55 138v–140v
- Budget/Etat und ständische Kontrolle 366/Fundort 198; 419/55 118, 119v
- Departements-Ersatz-Kommissionen, ständischer Antrag (Rheinprovinz) 337/Fundort 116–117
- Deserteure
- - Auslieferung, Kartellkonvention mit Rußland 124/44 50v–51v, 55–57
- - u. Strafrecht, Eingriff in eheliche Güterverhältnisse 94/42 16v–17v
- Invaliden-Versorgung (29.5.1820), ständischer Antrag wg. Aufhebung 204/Fundort 283v
- - Zivil-Versorgungs-Scheine 249/47 371–372
- Militärbeamte
- - Auditeure, Nebenbeschäftigung im zivilen Bereich 51/41 126–127
- - Dienstreisen 43/40 319–320
- - Militär-Reise-Reglement (1845), Diäten- u. Fuhrkosten-Regulativ 456/57 41v–42
- Militärpflicht 187/Fundort 228v–229
- - Auslieferung wg. Kartellkonvention mit Rußland 124/44 50v–51v, 55v–57
- - Hufschmiede, ständischer Antrag
- Pension, Berechnung 433/55 242–242v
- Ehrenlegionen 189/Fundort 104–104v; 211/Fundort 184; 337/Fundort 106–110
- - Pensionäre, Schulhaft oder Wartegeld 355/53 11–16
- Quartiere bei Schießübungen, ständischer Antrag (Rheinprovinz) 83/Fundort 173v–174v
- Reservedienst, ständischer Antrag 82/Fundort 171v–172

- Truppen 456/57 39
- - Verlegungen, ständischer Antrag (Preußen) 340/Fundort 17–18
- - Verpflegung, ständische Anträge 210/Fundort 166–166v; 335/Fundort 94v–95v; 337/Fundort 101v–102
- - Verschiebung d. Übungen d. 4. AK, ständischer Antrag (Sachsen) 205/Fundort 96v
- Veteranen, ständische Anträge wg. Unterstützung 328/Fundort 81v–82v; 330/Fundort 105v–106; 340/Fundort 15v–17; 342/Fundort 25–27v; 343/Fundort 47v
- als Zeugen in Strafsachen 310/51 117–119
- (Großes Militär-)Waisenhaus zu Postdam; Juden; Landwehr; Offiziere; Pferde; Umwelt

Militär-Kirchenwesen

- kath. Feld-Geistliche 417/55 113v–114
- kath. Geistliche f. Garnisonen, ständische Anträge
- - Berlin 318/Fundort 84v–87; 319/Fundort 102–102v
- - Posen (Prov.) 315/Fundort 68v–69v
- - Rheinprovinz 335/Fundort 82, 83v–94v; 337/Fundort 101v
- Militär-Kirchen-Ordnung (12.2.1832) 453/57 13v
- - Revision, ständischer Antrag Rheinprovinz 335/Fundort 82–83v, 91v–93v; 337/Fundort 101v

Minden (Fürstentum) 40/40 272v; 62/Fundort II 9v; 188/Fundort 246

- Jagdgerechtigkeit, Nachweis des früheren Besitzstandes 241/47 231–234v
- Laudemialabgaben, Höhe 217/46 325–331

Minden (Regierung) 238/47 178–178v, 179v; 285/49 139v–140; 408/55 28v

- Laudemialabgaben, Bericht über Höhe 217/46 326, 327v–328

Minden (Regierungsbezirk) 64/Fundort 33; 65/41 177, 178v; 250/47 401

- Umpfarrung d. kath. Gemeinde Avenwedde 9/38 157–159v

Minden-(Ravensberg) (Wahlbezirk) 318/Fundort 94v

Minden-Ravensbergische Eigentums-Ordnung (1741) 217/46 325–325v, 328v–329, 330

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten

- Ministerwechsel
- - Werther – Maltzan 76/42 1
- - Maltzan – Bülow 113/43 230
- - Bülow – Canitz 325/52 106, 332/52 195
- Rangverhältnisse, Diplomaten im In- u. Ausland 73/41 216–219
- Titelverhältnisse, Legationsrats-Titel 196/46 269, 270, 272–272v
- Zensurbehörden

Ministerium der Finanzen

- Kommunikations-Abgaben, Kompetenz des Finanzministers b. Tariffestsetzung 243/47 293–295
- Kontroverse mit JMinm. über Verwendung von sichergestellten Diebesgut (Geld) 48/41 65–66v
- Ministerwechsel
- - Bodelschwingh – Flottwell 254/48 45
- - Flottwell – Duesberg 388/54 130
- Verwaltung d. Zivilbeamten-Pensions-Fonds 346/52 324–329v

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten

- Dienstentlassung Hoffmann von Fallersleben, Drängen Eichhorns 109/43 190
- Kompetenzen/Zuständigkeiten
- - Antrag auf gerichtliche Untersuchungen gegen Geistliche 395/54 193–205v
- - Immediat-Ernennung von Lehrern (9.12.1842) 138/44 222v–233
- Minister, Kompetenz auf gerichtliche Untersuchung 453/57 14
- Ministerwechsel
- - Eichhorn 14/39 17
- Zensurbehörden

Ministerium des Innern (bis 1842: und der Polizei)

- Bedenken z. Revision d. adligen Erbfolge in Westpreußen 220/46 346–349v
- Kommissorium zur Ermittlung d. ländlichen Kommunalverfassungen 123/44 34v–35
- Kompetenzen
- - Dispensationen von Gutsbesitzern im Kulm-Michelauer Gebiet 125/44 84–85v
- - richterliche bei Auseinandersetzungssachen, Entwurf z. Aufhebung (22.11.1844) 253/48 27–28
- - Streit mit Domänen- u. Forstverwaltung 20/39 131–133v
- Minister als Zwischenorgan zw. StMinm. und Vereinigten Ausschüssen 132/Fundort 258v–259
- Ministerwechsel
- - Rochow – Arnim-Boitzenburg 128/44 107
- Zensur
- - Leitung d. Zensurverwaltung 154/44 380v, 155/44 388v–389, 156/44 400–401v; 166/45 84–84v, 87v–89
- - Revision (30.6.1843), Vorlage eines Entwurfs 181/46 115, 118–129
- Zensurbehörden

Ministerium des Kgl. Hauses und der kgl. Familie bzw. der kgl. Domänen

- Erbämter, neue/erneuerte
- - Normen/Konditionen, Vorschläge 103/43 89v, 93–94, 105/43 113–116, 119
- - strafrechtliche Vorschriften 103/43 95–96v, 105/43 116–119
- Kompetenzstreit mit MdI 20/39 131–133v
- als Oberaufsichtsbehörde f. Jagd- u. Forst-Polizei 20/39 132–133v
- Titelverhältnisse, Domänenrat 196/46 271v

Ministerium für die Gesetz-Revision

- Ehescheidungsgesetz, Entwurf/Denkschrift 148/44 303–317v
- Geschäftsgang, Modalitäten bei Beratung 158/45 5–6
- Ministerwechsel
- - Kamptz – Savigny 109/43 187
- Staatsanwaltschaft, Einführung 220/46 359–361, 225/46 420v
- Westpreuß. ProvRecht (19.4.1844), Entwurf u. Differenzen zum StMinm. 220/46 332–349v

Morand (Compagnie zu Lyon) 168/45 121v–122

Mosel (Fluß) 85/Fundort 203–203v

- Brückenbau, ständischer Antrag 338/Fundort 146v–147

Mühlen

- Dampfmühle der Seehandlung bei Potsdam, ständischer Antrag 198/Fundort 162v–165; 200/Fundort II 169v
- Klagen u. Rechtsweg 384/54 49–58v
- Konzessionsvergabe durch Fürst zu Wied 352/52 385–387
- Ordnung (28.10.1810), ständischer Antrag auf Einführung 315/Fundort 80v–81

Mühlhausen (Kreis) 299/50 281v; 333/Fundort 45–45v, 48v

Mühlhausen (Stadt) 205/Fundort 100; 207/Fundort 107v

- Gewerbesteuer 215/Fundort 206–206v

Mühlheim 393/54 175

Mühlwitz/Ober- und Nieder- (Güter/Fürstentum Oels) 231/47 80v

Mülheim/Ruhr (Stadt) 324/52 87v–88v

Mündelgelder

- Anlegung u. Sicherstellung, Grundsätze 103/43 97–108
- Veräußerung, ständischer Antrag 82/Fundort 169v

Münster (Diözese/Erzbischof)

- Domkapitularische Kurie als Ständehaus, ständischer Antrag 62/Fundort II 6v–8v; 72/Fundort 268v–269

- Einkünfte erledigter Kuratstellen (3.7.1843), Entwurf 40/40 283–286v; 176/45 268–269v
- kath. Volksschullehrer, Anspruch bei Bestallung 217/46 320–324
- Münster** (Fürstentum) 40/40 270v; 275/49 25; 318/Fundort 94v; 408/55 29–29v
- Münster** (Oberlandesgericht) 70/41 205; 429/55 217–217v
- Münster** (Regierung) 322/52 22; 408/55 28v
- Anträge, Steuererhebung 285/49 140–141v
- Konflikt mit bischöfl. Behörde wg. Bestallung kath. Volksschullehrer 217/46 320–324
- Münster** (Regierungsbezirk) 4/38 73; 64/Fundort 33; 250/47 401v; 324/52 99
- Münster** (Stadt- u. Landgericht) 185/Fundort 216v
- Münster** (Stadt) 72/Fundort 270; 185/Fundort 221–221v; 292/50 177; 322/52 11v
- Prov.-Schul-Kollegium u. Vertretung d. Konfessionen, ständischer Antrag 185/Fundort 218–220v
- Verleihung akademischer Würden 64/Fundort 35–35v
- Münzen**
- Einführung d. Dezimalsystems, ständischer Antrag 85/Fundort 196v–197; 86/Fundort 216v; 88/Fundort II 247v
- einzelne 85/Fundort 212; 189/Fundort 103
- - 2½ Silbergroschenstücke (28.6.1843), Entwurf 184/46 159–163v; 205/Fundort 105–105v
- - fremde, ständischer Antrag 85/Fundort 212
- Mutung**
- Bergbau und Hüttenwesen

- Nachdruck**
- Schutz des Eigentums an Werken d. Wissenschaft u. Kunst
- - (11.6.1837) 125/44 78–81, 127/44 103–106
- - (9.11.1837), Bundesbeschluß 125/44 79
- Kunstwerke
- Nachtigallen**
- Umwelt
- Nägelstädt** (Stiftsgut) 329/52 192
- Nakel** (Gerichts-Kommission) 58/Fundort II 138–138v; 72/Fundort 272v
- Nassau** (Herzogtum) 337/Fundort 108v
- Gerichtsverfassung (nach 1806), Justiz-Senat Ehrenbreitstein 101/43 50v
- Gesetzgebung
- - Rechtsnachfolge kurtrierischer Schulden 249/47 385v, 390–390v, 391v
- - Zwangsverkauf (25./26.8.1812), Einführung in Wetzlar 236/47 152–154v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Ablösung v. Reallasten 269/48 288v
- - ständischer Antrag 337/Fundort 110–112v
- Regierung 85/Fundort 208v–209
- Nassau-Oranien** (Fürstentum) 74/41 253v–255v
- Naturalabgaben/-dienste**
- Dienstgelder
- Naturalisation**
- Niederlassung
- Naugard** (Strafanstalt) 53/Fundort 214; 54/Fundort I 219v, 55/Fundort I 223v
- Naumburg** (Oberlandesgericht) 106/43 127, 108/43 171; 258/48 83; 286/49 158–159, 168, 183v; 307/51 64v–65; 458/Fundort 111v–112
- Naumburg** (Stadt- u. Landgericht) 108/43 171
- Neers** (Bach/Fluß)
- Regulierung, ständische Anträge 83/Fundort 177–177v; 84/Fundort 183v

Neudamm (Gemeinde)

- Tuchmachergewerk, Rechtsstreit 384/54 49, 56–56v, 58v

Neuenkirchen (Amt) 40/40 273

→ Arnsberg (Regierungsbezirk)

Neufahrwasser (Vorstadt u. Hafen von Danzig)

- Handelsrechte 286/49 151–152

- Trennung vom Kommunalverband Danzig 41/40 302–309

Neumark 74/43 179; 198/Fundort 162v; 240/47 222; 290/50 47v, 56, 66–66v

- Kirchen- u. Pfarrbauten, Beitragspflicht 298/50 258–260

- Lehnsrecht 108/43 179, 184v–185

- Stände, Gesuch auf Erlaß/Rückerstattung d. jährlichen Aversums 238/47 184–187v

→ Brandenburg (Provinz), Kreisstände

Neusalz/O. (Stadt)

- Oderufer-Geld-Tarif, ständischer Antrag 330/Fundort 115–115v

Neustadt (Rheinprovinz) 83/Fundort 179v

Neuvorpommern 292/50 104; 339/52 210v; 425/55 175v

- Gebühren/Stempel, Sportelerhebung bei Unterbehörden 270/48 318–319v

- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 15/39 33–34; 102/43 67–68v, 110/43 200v; 294/50 218v, 295/50 239–241

- Gesetzgebung, gemeines Recht u. Angleichung 242/47 262; 310/51 111; 428/55 208v

- Gesinde-Ordnung (11.4.1845), Entwurf 295/50 228–235v

- Grundsteuer und Verwendung 294/50 221–222

- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 411/55 47–50

- Stände über Zuschüsse d. Univ. Greifswald f. Akademie Eldena 194/46 256–256v

- summarische Untersuchungssachen, Verfahren 258/48 84v–85

- Verfassungen, Wahrung althergebrachter 257/48 77–80v

→ Pommern (Provinz); Tribunalsteuer

Neuwied 393/54 173v

Nichtigkeitsbeschwerden

→ Gerichts-Ordnung, Allgemeine

Niederlande 57/Fundort 107v; 64/Fundort 30v, 31v; 69/Fundort 29v; 71/Fundort 232; 83/Fundort 174v; 319/Fundort 110, 111v; 335/Fundort 96; 337/Fundort 108v; 338/Fundort 141v

- Eisenbahnen, Verbindung mit Rheinprovinz 292/50 179v, 181, 182, 185; 324/52 73v, 78–78v, 91v–94v, 97v–103

- Forderungen rhein. Städte an 211/Fundort 184v–185

- Handelsvertrag 53/Fundort 216

- Zuzug und Aufnahme, ständischer Antrag 81/Fundort 152v–153; 333/Fundort 41–42

Niederlassung

- Ausländer, allg. Bedingung und Zulassung zu Ämtern 432/55 234–238; 442/56 49–49v

- Berlin, Bedingungen wg. Armenpflege (31.12.1842) 228/47 23–24v

- Juden (23.7.1847) 436/56 3v

→ Staatsangehörigkeit

Niederlausitz (Markgrafentum)

- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, ALR und Provinzialrechte 289/50 38, 39v–41v

- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 272v, 281–281v

- - Kommunal-Landtag dazu 39/Fundort 88

- Ständische Angelegenheiten 366/Fundort 197

→ Brandenburg (Provinz); Provinzialrechte

Niederung (Kreis) 371/53 141

Niegrip (Amt)

- Heimfall an die Krone 255/48 57–59

Nordhausen (Kreis) 333/Fundort 45–45v, 48v

Nordhausen (Stadt) 205/Fundort 100; 207/Fundort 107v

Notariat

- Aufnahme d. Urkunden in Fremdsprachen (9.7.1841), Entwurf 15/39 44–45

- Kompetenzen u. deren Regulierung (11.7.1845), Entwurf 262/48 180–184, 263/48 184–189v

→ Justizkommissarien; Mandatariengebühren

Obergerichte/Obergerichtspräsidenten (allgemein)

- Befugnisse, Dispensation von Gerichtstagen 250/Fundort 82–83v; 307/51 64–65

- Homagialeid, Ableistung 289/50 29v

- Rangerhöhung, Stufenfolge 272/48 358–364

- Staatsprüfungen 336/52 198v–199v, 204v

Oberlandesgerichte (allgemein) 203/46 290v

- Besoldungsetat

- - Etaterhöhungen 43/40 325–327v

- - Gleichstellung mit Regierungen 256/48 60–71

→ Juristen-Assoziationen; [einzelne Oberlandesgerichte]

Oberländische Seen (Prov. Preußen) 204/Fundort 277v

Oberlausitz (Markgrafentum) 328/Fundort 87–88v

- Grundsteuer-Erlasse, keine 450/56 131–132v

- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, ALR und Provinzialrechte 289/50 38, 39v–40v

- Kommunal-Landtag/-Stände

- - Oberaufsicht f. gemischte Stiftungen 274/49 6v, 11v

- - Unterhaltung v. kirchl. u. Schulgebäuden 357/53 29–39

- Provinzialgesetz 289/50 39v–40v; 328/Fundort 87–88v

- - in Flußangelegenheiten, Aufhebung (26.4.1844) 235/47 150a–150av

Oberpräsidenten/Oberpräsidien (allgemein)

- Befugnisse

- - bei Ausleihung d. Sparkassen-Bestände durch Kommunen 48/41 74–75v

- - Entscheidung z. Vertretung des Landrats 307/51 69v–70

- Gutachten zu Gesetzesprojekten

- - Kreis- u. Kommunallasten, Beitragsverhältnisse d. kgl. Domänen 104/43 111b–111c; 172/45 229–231v

- - Laudemien, Änderung d. Ablösungsgrundsätze 258/48 103–104v; 287/49 197–197v, 206–227

- - ev. Provinzialbehörden und Ressortverhältnisse (27.6.1845), Entwurf 233/47 116–117, 120v, 128v–130v, 234/47 139v; 303/51 9–12

- als Landtags-Kommissare 36/Fundort 75v, 77

- - Beratung mit Immediat-Kommission im Vorfeld der Landtage (1843) 164/Fundort 44v–68v

- - Petitionsrecht und Itio in partes, ständischer Antrag Rheinprovinz 86/Fundort 217–228; 87/Fundort II 245v–246v

- - deren Stellung zu den Ständischen Ausschüssen 278/Fundort 45–49v

- - Umgang mit den Petitionen 281/Fundort I 81–82

- - Zensur der LT-Schriften (Instruktion) 278/Fundort II 51–54v; 280/Fundort 55–56; 284/Fundort 57–58

- Schul- u. geistliche Angelegenheiten

- - Ämtertrennung vom Konsistorialpräsidenten 233/47 123v–124v, 126v, 234/47 137v–139v

- - Bedürfnis einer VO über Kriegsschuldensteuerreste 254/48 55

- - Leitung d. kath. Kirchenangelegenheiten 234/47 141v–143

- Zensur, Beaufsichtigung *151/44* 349–356, *154/44* 375–378
- Zuständigkeiten
- - Feststellung v. Pensionsverbindlichkeiten *360/53* 116v–117
- - Konzessionserteilung *387/54* 100v, 104–104v, 106, 107v–108
- Ober-Rechnungs-Kammer**
- Direktor, Pensionierung *380/53* 237
- Tantiemen *394/54* 179–181v
- Oberschlesien** *352/52* 382v–383
- Schlesien (Provinz)
- Oberschlesien** (Herzogtum)
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision *40/40* 275v
- Ober-Zensur-Gericht/-Kollegium**
- Zensurbehörden
- Obra-Bruch**
- Kanal- u. Graben-Ordnung (16.8.1842), Entwurf *34/40* 229–231v
- Oder** (Fluß)
- Brücken, ständischer Antrag f. Maltzsch und Steinau *330/Fundort* 111v
- Deichverbände diverse, ständische Anträge *198/Fundort* 161v; *330/Fundort* 114–115
- Ufer-Geld *330/Fundort* 115–115v
- Winterhäfen/Wehre *69/Fundort* 26–27v
- Oels** (Fürstentum)
- dort Huldigungs- u. Untertaneneid an Standesherrn *231/47* 80–86
- Öffentlichkeit** (Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung)
- Ehescheidungsgesetz, Entwurf *235/47* 145v–146
- Einführung d. Staatsanwaltschaft *239/47* 206–206v
- bei Kirchensachen *233/47* 121–123, 124v–127v
- Kriminaluntersuchungen, Einführung d. Nichtigkeitsbeschwerde *241/47* 235v–236, 238–238v
- Notenemission der kgl. Bank *358/53* 68–68v, 70, 71, 77, 82, 83v, 93
- u. Ständepolitik der Regierung *164/Fundort* 44–68v
- Gerichtsverfahren; Kriminalgerichtsbarkeit; Presserecht; Provinzial-Landtage; Stadtverordneten-Versammlungen; Strafrecht
- Offiziere**
- Bescholtenheit *438/56* 26v–28v, 32v
- Duelle, Bestrafung *288/Fundort* 82–83v
- Natural-Quartiere *328/Fundort* 82v–83
- pensionierte, Befreiung v. Einzugsgeldern *277/49* 109–111
- u. Pfandrecht des Vermieters/Verpächters *363/53* 127–127
- Militär; Warschau (Herzogtum)
- Ohlau** (Stadt) *68/Fundort* 10v–11v
- Oliva** (Herrschaft) *446/56* 98, 101
- Oppeln** (Regierung) *72/Fundort* 271; *110/43* 202v; *395/54* 193v–194; *443/56* 61–61v
- Kompetenzkonflikte *385/54* 68–68v, 69v–70
- Oppeln** (Regierungsbezirk) *250/47* 401
- Ordenssachen**
- Eisernes Kreuz 2. Klasse, Pensionszulagen *385/54* 61v–66v
- Verleihung durch fremde Souveräne u. kgl. Erlaubnis zur Annahme *351/52* 356–357
- Orsoy** (Stadt) *211/Fundort* 184v
- Ortelsburg** (Stadt)
- Bürgermeister, unfreiwillige Pensionierung *277/49* 99–102

Ostbahn

→ Eisenbahnen

Österreich 63/Fundort 24v; 186/46 170v; 317/Fundort 97; 335/Fundort 87; 358/53 82, 86, 88v–89

- Regierung 299/50 279; 330/Fundort 116; 396/54 209v–210

- Sklavenhandel, Bestrafung (20.12.1841) 194/46 245; 249/47 365–365v

- Todesurteile, Bestätigungsformel 48/41 61v

- u. westfäl./rhein. Lieferungen während des 1. Koalitionskrieges 51/41 129–132v

Ostfriesland 367/Fundort 203

Ostpreußen 44/40 343–344

- Homagialeid, Regelung 258/Fundort 205–205v

→ Landschaft(en); Preußen (Provinz); Remissions-Reglements

Ostpreußisches Provinzialrecht (1801/02)

- Ausdehnung, Taxgrundsätze f. Erbteilungen bäuerlicher Grundstücke (22.3.1844), Entwurf 227/47 12–14v

- Erbfolgerecht, Beibehaltung 220/46 339v

- Lehrer, Berufung an kirchlichen Schulen 325/52 114v–115v

- Neuentwurf (1841) 44/40 346–347v

- Revision, ständischer Antrag 77/Fundort 108v–109v

- Zusatz 8 über Freiheit d. Grundstückseigentümer zur Bebauung, Abänderung 44/40 342–347v; 131/44 123–124v

Ostrhein

→ Ehrenbreitstein (Justiz-Senat); Koblenz (Regierungsbezirk)

Ostrowo (Stadt) 61/Fundort II 158–158v; 62/Fundort I 162v

Owinsk (Irren-Anstalt) 317/Fundort 96

Paderborn (Bistum/Diözese)

- Besetzungsrecht, Pfarreien Eichsfeld 386/54 87–90v

- Einkünfte erledigter Kuratstellen (3.7.1843), Entwurf 40/40 283–286v; 176/45 268–269v

Paderborn (Fürstentum) 70/41 206; 187/Fundort 223v

- Parochialzwang bei Bestattungen oder Aufhebung 238/47 177–183

- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 272v

Paderborn (Kreis) 63/Fundort 20v, 23v; 66/Fundort 38; 318/Fundort 94v

- Gemeinheitsteilungen und Mangel an Feldmessern 287/49 232v–232v

- Juden, Ansiedlung 393/54 165–165v

- Notariatsurkunden, Schuldbekennnisse an Juden 262/48 182

- Tilgungskasse, auch ständischer Antrag 188/Fundort 252–252v; 285/49 140; 299/50 281, 283v–284, 285

Paderborn (Oberlandesgericht) 329/52 190

- Eingabe 426/55 181–181v

- Glaubwürdigkeit der Privatförster 306/51 40–42, 43–43v, 47

- Jagdgerechtigkeit, Nachweis des früheren Besitzstandes 241/47 231, 233v

Pannesheide (Gemeinde) 213/46 309–309v

Papiergeld

- Geldverkehr mit ausländ. (13.5.1840), Abänderungen 396/54 221–223

Partikulargesetze/-rechte

→ Kirchen- und Schulrechte; [einzelne Partikularrechte]; Provinzialrechte

Parzellen/Parzellierungen

- allg. Gesetz z. Zerteilung von Grundstücken u. Gründung neuer Ansiedlungen (3.1.1845)

- - Entwurf 16/39 51; 30/40 157–166; 221/46 380–390v, 225/46 421–434v, 226/46 435–444v; 227/47 15–22v, 239/47 195–200

- - Entwurf und dessen weitere legislative Behandlung 275/49 27–46
- - Kirchen- u. Schulbedürfnisse 48/41 68–68v
- - Staatsrat, Rückfragen zum Entwurf 254/48 43–44v
- - ständische Anträge 53/Fundort 215; 54/Fundort 221–222; 56/Fundort 98v; 59/Fundort I 224v, Fundort III 146–146v; 62/Fundort II 11–11v; 68/Fundort 17; 78/Fundort 123–123v; 83/Fundort 176v–177; 209/Fundort 127
- Beschränkung, Rheinprovinz, Entwurf/ständischer Antrag 52/41 137–143; 84/Fundort 183v
- Gutsparzellen, Kompetenz d. Regierungen z. Vertauschungs-Konsens 242/47 253–257v
- wucherischer An- u. Verkauf, ständischer Antrag Brandenburg 198/Fundort 166v–168
- Ansiedlungen

Patrimonialgerichte/-gerichtsbarkeit

- Abhaltung von Gerichtstagen 250/Fundort 82–83v; 307/51 64–65
- Einrichtung kleinerer (16.9.1842), Entwurf zu Erleichterungen 124/44 63–64v; 132/Fundort 266v
- - ständischer Antrag Brandenburg 90/Fundort 94–99; 92/Fundort 103; 95/Fundort 117–117v
- fiskalische Untersuchungen, Westfalen 288/50 3–9v
- Gerichtsherren gegen Gerichtseingesessene (5.7.1844), Entwurf 251/48 11–13v
- Homagialeid, Ableistung 289/50 29v
- Kriminal-Jurisdiktion, Kostenübernahme (21.12.1846) 387/54 93–96
- über Mediatstädte oder Grundstücke, Bürger und Einwohner in Immediatstädten
- - Abtretung an den Staat 101/43 46–49v
- Nachteile und deren Beseitigung, ständischer Antrag Prov. Preußen 202/Fundort 273v–274
- Polizeigerichtsbarkeit und deren Ausübung, Vereidigung d. Stellvertreter (24.4.1846) 42/40 316–317v
- Stempel- u. Gerichtskosten 346/52 336
- Umgestaltung, Entwurf 417/55 113
- Verwaltung, ständischer Antrag 330/Fundort 125–125v

Patronat/Patronen/Kirchenpatronat

- Beitragspflicht zu Kirchen- u. Schulbauten, Entwurf/ständischer Antrag
- - ehemals sächsische Landesteile 106/43 125–131v; 198/Fundort 160–160v; 200/Fundort II 169v; 205/Fundort 98–99
- - Oberlausitz 328/Fundort 88
- Besetzung von Pfarrstellen, ständischer Antrag Sachsen 331/Fundort 19–20; 333/Fundort 32v–33
- Brandenburg, ständische Anträge 92/Fundort 104–110; 93/Fundort 115–115v; 95/Fundort 118v–119
- Ressortverhältnisse d. Konsistorien/Regierungen (27.6.1845), Entwurf 232/47 94–95, 103–103v, 107, 233/47 118–119v, 133v–134v
- städt. Patronat f. Kirchen/Schulen, städt. o. landesherrliche Vermögensverw. 107/43 154–168v
- Gnesen; Kirche (evangelische); Lehrer; Schulbauten

- Pensionssachen** 4/38 72–72v, 9/38 152; 12/39 4, 14/39 20; 36/40 258–258v, 42/40 314–315; 47/41 36–42, 74/41 248–251; 98/42 50; 134/44 129, 138/44 220, 150/44 332–335v; 195/46 261–261v; 228/47 26–33v, 245/47 317; 251/48 1, 262/48 177, 268/48 242; 305/51 34, 308/51 76; 324/52 66, 336/52 196; 354/53 1–2, 4, 7–8, 355/53 9–10, 356/53 22, 360/53 105, 377/53 196–196v, 380/53 237; 385/54 60, 394/54 182, 183, 395/54 185, 188, 396/54 218, 403/54 282, 406/54 297; 412/55 62, 413/55 76, 414/55 97, 428/55 204, 430/55 218, 431/55 229–230, 432/55 232–233, 433/55 242–243v, 434/55 244, 435/55 245; 436/56 9–10, 437/56 23–24, 442/56 50, 447/56 114, 448/56 116–116v; 452/57 1c, 456/57 38; 458/Fundort 111v–112
- Bergsches Pensionsreglement (26.1.1807) 74/41 248–249v
- f. Empfänger direkter Steuern in westlichen Provinzen 338/Fundort 146; 454/57 16–18v
- Feldmesser, Vergünstigungen 287/49 231–241

- Geistliche in linksrhein. Landesteilen, Alterszulage 249/47 373–384v
- Beamte; Disziplinar- u. Pensionssachen; Militär

Personenstand

- bürgerl. Beurkundung f. geduldete Religionsgesellschaften (30.3.1847), Entwurf 374/53 163–165v, 377/53 198–205; 386/54 78–82; 405/Fundort 93–94; 409/55 31–36

Petitionsrecht

- Ständeversammlung

Pfandbriefe

- Ausleihe zur ersten Stelle 103/43 99v, 101–101v
- Kündigungsverfahren in verschiedenen Landschaften 107/43 136v–145v
- ostpreußische, von Pfandbrief-Schuldnern zu zahlende Beiträge (15.12.1843) 199/46 286–287
- schlesische, Umschreibung in Hypotheken 357/53 39–50
- Zwangs-Amortisation, ständischer Antrag auf Aufhebung 204/Fundort 282v
- Landschaft(en); Lehen/Lehnsrecht

Pfandrechtl/-verträge

- antichretische und Auflösung der in Altpommern vor 1808 geschlossenen (26.9.1845), Entwurf 250/47 397–398v; 320/51 183–184v
- Vermieter/Verpächter (21.7.1846)
- - Entwurf zum Pfandrecht 363/53 120–133
- - nicht auf Gegenstände dritter Personen (z.B. Ehefrauen) 244/47 302–304v; 295/50 236–238
- - ständische Anträge bzw. Gutachten 317/Fundort 101; 319/Fundort 122–12v; 330/Fundort 124; 333/Fundort 49v; 343/Fundort 60
- Berg (Herzogtum)

Pfändungen

- von Bettwerk, Freilassung des nötigen Bettwerks (13.10.1843)
- - Propositionsentwurf 145/44 287–287v
- - ständische Anträge 185/Fundort 215–215v; 189/Fundort 98; 198/Fundort 156v; 200/Fundort I 259; 205/Fundort 96v–97; 210/Fundort 167; 212/Fundort 186v
- Hütungs-Konventionen, ständischer Antrag 204/Fundort 286
- von Mobilien
- - Rechtsverhältnisse 244/47 302–304v
- - Verfahren, Sonderregelung f. Berlin 230/47 58–61
- Exekutionen

Pferchrecht

- Rittergüter Eichsfeld 299/50 281v, 282v

Pferde

- Gestüt Leubus, ständischer Antrag 328/Fundort 104–104v
- Pferdehandel, ständische Anträge 53/Fundort 214v, 56/Fundort 96v–97; 59/Fundort III 146; 63/Fundort 18v–19; 68/Fundort 3v; 78/Fundort 122v; 83/Fundort 174v–175; 92/Fundort 110
- Pflicht zur Gestellung von Reitpferden (10.5.1844), Entwurf 243/47 297
- Post 339/52 207v, 222–223v, 344/52 270–272, 292
- Remonte, ständische Anträge 185/Fundort 214v; 315/Fundort 69v–70
- Zucht, ständische Anträge 56/Fundort 98v; 71/Fundort 235–235v; 188/Fundort 251–251v

Pflastergelder

- Straßen

Pharmakopöe

- Medizinalwesen

Pleschen (Kreis) 61/Fundort II 158–158v

Polen (Königreich) 221/46 374, 376v–377; 315/Fundort 81

- Bahnanschluß 345/52 307, 308v–311
- Gerichte, Zusammenarbeit bei Auslieferung von Verbrechern 124/44 54v–55
- Verfassung (1588) u. Erbfolge d. preuß. Adels 220/46 340v–341, 343, 345v, 221/46 372v
- Viehseuchen 309/51 87v

Polenpolitik

→ Posen (Großherzogtum/Provinz)

Polenprozeß (1847) 444/56 64v

Polizei (allgemein)

- Einwirkung auf Gerichte 225/46 409–410, 413v–414
- Erstattung v. Transportkosten, ständische Anträge Westfalen/Posen 188/Fundort 249–249v; 189/Fundort 111
- Polizeigerichtsbarkeit, Vereidigung der Stellvertreter (24.4.1846) 42/40 316–317v; 314/51 173–176v
- Straf-Kodex, ständischer Antrag auf Erlaß 328/Fundort 102v–103
- Vorschriften zur Geländennutzung an Eisenbahnen 435/55 246–247
- [einzelne Polizeien]; Strafrecht

Polizeibehörden

- Dismembrationen, Regulierungsverfahren 239/47 196–197
- Distrikte/Kommissarien, ständischer Antrag auf Aufhebung (Posen) 59/Fundort III 148–148v
- Kompetenzen, ständischer Antrag 209/Fundort 123–124
- Orts-Polizei-Behörden 68/Fundort 15–15v; 236/47 160v–164v
- Polizei-Verordnungen, Erlaß durch Verwaltungs-Ministerien 288/50 1–2v
- Rechtsweg, Zulässigkeit gegen polizeiliche Verfügungen (11.5.1842), Entwurf 16/39 55–57a
- Gemeinden; Staatsanwaltschaft

Pommerellen (Palatinatum)

- westpreuß. Provinzialrecht (19.4.1844), Revision der adligen Erbfolge 220/46 338–349v
- Westpreußen

Pommern (Herzogtum) 90/Fundort 101v; 287/49 194

- Provinzialrechte, Entwurf zur Revision f. Altvor- u. Hinterpommern 40/40 270

Pommern (Provinz) 290/50 61–61v; 315/Fundort 70

- Allg. Verwaltungsangelegenheiten, Intelligenzblattzwang 291/50 96–97
- Auswärtige Beziehungen, Kartellkonvention mit Rußland 124/44 53v, 59v
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 322/52 2v
- Eisenbahnangelegenheiten
 - - Eisenbahnanschluß/-bau 290/50 69; 345/52 313, 320–323; 444/56 69–74v
 - - Hinterpommern, Belegung 345/52 304v–305
- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93
- Finanzen/Steuern
 - - Ausdehnung v. Exekutions-Ordnungen 454/57 20–24
 - - Finanzierung d. Bauholzes durch Fiskus 381/53 254
 - - Servisabgabe, Entwurf 283/49 128–133v
- Fischerei-Ordnung f. Binnengewässer 441/56 45–45v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 271/48 333
- Justizverfassung, Aufhebung d. lex Anastasiana 377/53 197
- Kommunallandtag Altpommern über Marsch- u. Molestien-Kasse 53/Fundort 214v
- Kreisstände, Befugnisse (25.3.1841) 39/Fundort 85
- Ländliche Verhältnisse
 - - Ansiedlungen auf Rittergütern 395/54 186–187v
 - - Kommunalverfassung, Gutachten Haxthausen 123/44 36

- Lehnsverhältnisse
- - Allodifikation, Altvorpommern *134/44* 135–144v
- - Familienschlüsse Altvor- u. Hinterpommern (11.7.1845), Entwurf *287/49* 189, 194v–195v
- - Hinterpommersches Lehnsrecht, Beratung *135/44* 168–178v, *137/44* 195–208
- - Lehns- u. Sukzessionsregister Altvor- u. Hinterpommern (11.7.1845), Entwurf *287/49* 189–194v
- - Lehnstaxen, Grundsätze *269/48* 262–269; *320/51* 187–190
- - lehntragende Familien, Stammbäume *267/48* 231–233v
- - Zettwach, Pommersches Lehnsrecht *134/44* 141
- Oberpräsidium
- - Akademie Eldena, Gutachten *194/46* 249v
- - baupolizeiliche Bestimmungen *190/46* 187
- - Vermögensverwaltung städt. Patronatskirchen, Gutachten *107/43* 155
- - Westpreuß. Provinzialrecht (19.4.1844), Ausschluß *220/46* 333v–334
- Provinzialrechte (Lübisches Recht)
- - Auflösung d. vor 1808 geschlossenen antichretischen Pfandverträge in Altvorpommern (26.9.1845), Entwurf *250/47* 397–398v; *320/51* 183–184v
- - Veräußerungsverträge nach Ehescheidung in Altvor- u. Hinterpommern *285/49* 142–143
- Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf *411/55* 45, 47–50
- Landschaft(en); Neuvorpommern; Pfandbriefe; Rügen; Ständesachen
- Pommern** (ständische Anträge bzw. Gutachten) *93/Fundort* 114v; *117/Fundort* 161v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten *53/Fundort* 216v; *54/Fundort* I 222v; *55/Fundort* I 223v; *71/Fundort* 232v–233; *165/45* 65, 76v
- Beamtenfragen *53/Fundort* 213–214, 216v; *54/Fundort* I 222–222v
- Chausseen/Wege *53/Fundort* 216–216v; *54/Fundort* I 222; *322/52* 3v–4, 17
- Finanzen/Steuern/Zölle *53/Fundort* 215v, 216; *54/Fundort* I 219–219v; *71/Fundort* 231v;
- Fluß- u. Deichangelegenheiten *53/Fundort* 215–215v
- Forst- u. Jagdwesen *53/Fundort* 211v, 215v; *109/43* 193bv, 193xv, 193bb–193bbv, 193ii–193kk, *113/43* 233v, 236–236v, 240, 250, 253v, 254v, 257v, 260–261, *114/43* 265, 266v, 267v, 269v, 280v, 282v, *115/43* 290v–291, 299v, 313v; *118/44* 15v
- Gebühren/Stempel *53/Fundort* 212v, 212; *54/Fundort* I 219v–220v; *346/52* 344–344v; *381/53* 253
- Gemeinde-Angelegenheiten *53/Fundort* 214–214v; *54/Fundort* I 219v–221; *55/Fundort* I 223v; *335/Fundort* 81v–82
- Gerichtsorganisation/-verfassung *53/Fundort* 211v–212; *54/Fundort* I 218–219; *257/48* 77–80; *294/50* 220–227v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse *53/Fundort* 212v, 214v–215; *54/Fundort* I 221–222; *59/Fundort* I 224v; *71/Fundort* 231; *134/44* 145–145v, 148v; *346/52* 353
- Handel/Gewerbe *53/Fundort* 214v, 215v, 216; *71/Fundort* 232–232v
- Handelsministerium *53/Fundort* 216; *71/Fundort* 231v–232; *164/Fundort* 50v
- Kreistage *351/52* 377v–378
- Landtag *53/Fundort* 214
- Lehnsverhältnisse *267/48* 233–233v, *269/48* 262–263, 264v–265v; *320/51* 187–190
- Pensionswesen *360/53* 109
- Provinzialrechte *40/40* 266–266v; *53/Fundort* 212; *162/45* 48–48v; *320/51* 183–184v
- Provinzielle Angelegenheiten *53/Fundort* 214, 214v; *377/53* 197
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten *312/51* 136v; *348/Fundort* 137–138
- Schutzgelder *335/Fundort* 81v
- Ständische Angelegenheiten *53/Fundort* 214; *71/Fundort* 230–231; *223/Fundort* 128v

- Verjährungsfristen (15.4.1842), Entwurf 105/43 120; 230/47 63–63v
- zivilrechtliche Bestimmungen 242/47 261; 363/53 120v–121v, 132–132v
- Posen** (Domkapitel)
 - Vermögensverwaltung, Konflikt mit Fiskus wg. 1796 verlorener Zinsen 144/44 271–274
- Posen** (Großherzogtum/Provinz) 393/54 162
 - Allg. Verwaltungsangelegenheiten 15/39 44v
 - - Intelligenzblattzwang 291/50 96–97
 - Aufstand (1846), gerichtliche Untersuchung 307/55 42–42v
 - - ehemals polnische Landesteile, Hochverratsprozesse 378/53 206–206v, 217–217v, 220–225v
 - Auswärtige Beziehungen, Kartellkonvention mit Rußland 124/44 49v, 52–52v, 53v, 59v
 - baupolizeiliche Bestimmungen 190/46 187–187v
 - Chaussee- u. Wegeangelegenheiten
 - - Provinzial-Straßenbau-Fonds (21.7.1843) 169/45 161–161v
 - - Wegebau 322/52 2, 6v, 17–17v
 - Eisenbahnanschluß/-bau 290/50 51–52, 66v–67; 345/52 312, 319–319v; 444/56 70v
 - Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93
 - Finanzen/Steuern
 - - Ausdehnung v. Exekutions-Ordnungen 454/57 20–24
 - - Grundsteuer (14.10.1844), Entwürfe 163/45 49–51v
 - - Fischerei-Ordnung (7.3.1845), Entwurf 34/40 223–226v; 97/42 44–47v
 - Flußangelegenheiten, Entwurf f. Kanal- u. Graben-Ordnung Obra-Bruch 34/40 229–231v
 - Gemeinde-Angelegenheiten, Aufnahme v. Testamenten 270/48 309
 - Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 33/40 198v; 346/52 336
 - - Ehegerichte 279/49 114v–119v
 - - Gerichte, Kompetenz 110/43 200–200v
 - - Öffentlichkeit der Verhandlungen 426/55 183–183v
 - Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse
 - - Kulm-Michelauer Gebiet, Wiederbesetzung erledigter Bauernhöfe 125/44 84–85v
 - - Präklusionsfrist (8.2.1846), Entwurf 289/50 19–21
 - Handel/Gewerbe, Entschädigung b. Aufhebung d. Schankberechtigung (Städte) 35/40 232–237
 - Jagdwesen, Rechtszustand bei Bestrafung von Jagd- u. Forstkontraventionen 43/40 328–331
 - Juden 412/55 66–67v, 69, 426/55 190, 193–201v; 436/56 3v
 - - (23.7.1847) Entwurf 437/56 12, 21v–22
 - - Gewerbebetrieb 270/48 299v–300; 352/52 382v–383v
 - - kommunale Vertretung 425/55 175v–176
 - - Notariatsurkunden 262/48 182
 - - Regulierungsedikt, Ausdehnung 238/47 192–194
 - Kreisstände, Befugnisse (25.3.1841) 39/Fundort 85
 - Landtag, Propositionen (1841) 36/Fundort 82v
 - Mediatstädte, Regulierung von Entschädigungsansprüchen 243/47 290v–291v
 - Polenpolitik
 - - dt.-poln. Ausgabe d. Gesetz-Sammlung 384/54 35a–35g
 - - kath. Gymnasien (1846ff.), Organisation bzw. Unterrichtssprache 413/55 79–96v
 - - Sonderfonds zum Güterankauf bzw. -verkauf an dt. Bewohner 288/50 10–14
 - Provinzialrechte, Westpreuß. Provinzialrecht (19.4.1844) und Geltungsbereich 220/46 333v–334
 - Schul- u. geistliche Angelegenheiten 91/42 11v–12v
 - - Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf 408/55 23–28, 411/55 45
 - Landschaft(en); Lichtfreunde; Ständesachen
- Posen** (Ober-Appellations-Gericht) 228/47 30
 - Ehesachen, Verfahren (28.6.1844) 279/49 114v–115, 117–117v, 119v

- Posen** (Oberlandesgericht) *108/43* 171; *240/47* 216v; *262/48* 182; *279/49* 117
 - z. Verwendung von als Diebesgut sichergestellten Geldern *48/41* 65–66v
- Posen** (Regierung) *422/55* 149
 - Fischerei-Ordnung, Bemerkungen zum Entwurf *34/40* 223v–224
 - Juden, Bericht z. Ablösung d. Korporationsverpflichtungen *238/47* 193v–194
 - Konflikt mit Domkapitel *144/44* 271–274
- Posen** (Regierungsbezirk) *250/47* 401; *380/53* 236; *384/54* 35cv
- Posen** (Stadt)
 - Marien-Gymnasium, Reorganisation bzw. Schließung *413/55* 79, 80–84, 86–86v, 89v–90
 - - ständische Anträge (1845) *315/Fundort* 71–71v, 75v–76, 76v–77v, 78v
- Posen** (ständische Anträge bzw. Gutachten) *93/Fundort* 114v; *117/Fundort* 161v; *289/50* 21
 - Abdeckerei *317/Fundort* 92v–93
 - Ausdehnung und Grenzen *315/Fundort* 87v–88; *347/Fundort* 121v–122
 - Auswärtige Beziehungen, Verhältnis zu Rußland *58/Fundort* II 139v–141v; *72/Fundort* 272v–273
 - Bau- u. auch Feuerpolizei *317/Fundort* 92v, 94v–96
 - Beamtenfragen *61/Fundort* II 16–161v; *62/Fundort* I 163; *72/Fundort* 272–272v; *315/Fundort* 71v, 88v–90; *317/Fundort* 101–103v; *343/Fundort* 61v–62; *347/Fundort* 122–122v
 - Chaussee- u. Wegeangelegenheiten *189/Fundort* 105–105v; *315/Fundort* 80v, 81v–82; *322/52* 3v, 4v
 - Eisenbahnen *61/Fundort* II 155v–156; *315/Fundort* 79v–80
 - Feldpolizei-Ordnung *317/Fundort* 93–93v
 - Feuer-Sozietäten/bzw. -Versicherungen *59/Fundort* III 143–145v; *72/Fundort* 274–274; *189/Fundort* 112v–114; *197/Fundort* II 154v; *317/Fundort* 93v–94v
 - Fideikommiß *317/Fundort* 93v, 99–101v
 - Finanzen/Steuern *61/Fundort* II 152v–153, 154v–155v; *189/Fundort* 104v–105, 111–111v, 112; *315/Fundort* 81v, 82–84v; *319/Fundort* 101v–102, 114–117v
 - Fischerei-Ordnungen *61/Fundort* II 152; *97/42* 44–46, 47
 - Fluß- u. Deichangelegenheiten *61/Fundort* II 153–153v; *309/51* 95v–96
 - Forst- u. Jagdwesen *59/Fundort* III 149–149v; *61/Fundort* II 152v, 156–158; *62/Fundort* I 162–162v; *109/43* 193bv, 193k, 193rv, 193v–193w, 193z, 193ii; *113/43* 235v, 242, 243v–244, 247–247v, 251, 256, 259, *114/43* 267v, 277v, 280, 284, 287, *115/43* 295v, 299v, 300v, 305v, 311, 320v; *118/44* 16, 21v, *138/44* 235v–236; *315/Fundort* 79–79v
 - Gebühren/Stempel *189/Fundort* 98; *317/Fundort* 91v–92
 - Gemeinde-Angelegenheiten *315/Fundort* 88–88v
 - Gerichtsverfassung/Justizverwaltung *58/Fundort* II 138–139v; *59/Fundort* III 143; *72/Fundort* 272v, 274v–275; *189/Fundort* 103–103v; *317/Fundort* 93
 - Gesinde *189/Fundort* 111v; *317/Fundort* 92–92v
 - Gutsherrliche-bäuerliche/ländliche Verhältnisse *58/Fundort* II 137; *59/Fundort* III 146–146, 147v–148; *61/Fundort* II 151v; *134/44* 145–146, 158v–159; *189/Fundort* 114–114v;
 - Handel/Gewerbe *59/Fundort* III 146; *61/Fundort* II 151, 152–152v; *189/Fundort* 112; *315/Fundort* 81
 - Handelsfirmen/-gerichte *315/Fundort* 78v–79, 79v
 - Intelligenzblatt *291/50* 85v; *315/Fundort* 86
 - Juden *189/Fundort* 112; *315/Fundort* 87
 - Landschaften *317/Fundort* 91v
 - Lebensumstände (u.a. Kleinkinder-Bewahranstalten) *189/Fundort* 112; *197/Fundort* II 154v; *315/Fundort* 77v–78v
 - Lotterie *315/Fundort* 81–81v
 - Mühlen-Ordnung *315/Fundort* 80v–81

- Münzen 189/Fundort 103
- Pensionswesen f. Offiziere 59/Fundort III 146v–147v; 189/Fundort 104–104v; 360/53 108v–109
- Polen-/Sprachen-/Nationalitätenpolitik 58/Fundort II 136v–137; 59/Fundort III 149; 61/Fundort II 158–161; 62/Fundort I 162v; 72/Fundort 272–272v, 273–273v, 275–276; 189/Fundort 99–100, 109v–110; 197/Fundort II 153v–154; 288/50 11, 12; 315/Fundort 68v–69v, 72–75v, 76v–77v, 87v; 317/Fundort 97v–99; 347/Fundort 121v
- Polizei-Angelegenheiten 59/Fundort III 148–148v
- Presserecht 317/Fundort 96v–97v; 343/Fundort 54
- Provinzialrechte 58/Fundort II 137v
- Provinzielle Angelegenheiten 189/Fundort 110v–111; 197/Fundort II 154–154v; 315/Fundort 70–70v, 87–87v; 317/Fundort 96–96v, 105v–106
- Remontemärkte 315/Fundort 69v–70
- Schul- u. geistliche/konfessionelle Angelegenheiten 61/Fundort II 158–161; 62/Fundort I 162v; 72/Fundort 275–276; 189/Fundort 99–103; 197/Fundort II 153v–154; 315/Fundort 71–71v, 75v–76v, 77v–78v
- Staatsverfassung 342/Fundort 36–36v; 347/Fundort 120v–121
- Stadtverordneten-Versammlung 342/Fundort 44v
- Ständische Angelegenheiten 72/Fundort 273v–274; 189/Fundort 105v–109v, 114v–115; 197/Fundort II 154; 315/Fundort 84v–85v, 86v–87; 340/Fundort 7v–8v; 342/Fundort 44v–46; 343/Fundort 62; 347/Fundort 121–121v
- - Bescholtenheit 189/Fundort 111
- Ständische Gremien 59/Fundort III 145v–146, 148, 148v–149; 61/Fundort II 150v–151; 315/Fundort 86v
- Strafrecht 189/Fundort 104; 317/Fundort 103v–104v
- Universitäten/Fakultäten 189/Fundort 100–101; 315/Fundort 78v
- Verjährungsfristen 58/Fundort II 137v–138; 105/43 120, 121
- Verzugszinsen 189/Fundort 103v–104; 315/Fundort 80–80v
- Viehzucht 189/Fundort 114
- Wechselrecht 315/Fundort 78v
- zivilrechtliche Bestimmungen 61/Fundort 153v–154; 62/Fundort I 162v; 189/Fundort 98–99, 104v–105; 315/Fundort 76–76v, 85v–86; 317/Fundort 101, 104v–105; 363/53 120v–121
- Posen** (Taubstummen-Anstalt) 317/Fundort 96
- Post**
- allg. Gesetz, Entwurf 339/52 207v–226, 341/52 227–260v, 344/52 267–295
- - Angleichung mit dt. Staaten 396/54 210v–212v
- - ständischer Antrag 318/Fundort 87v
- Gebühren, ständische Anträge 61/Fundort II 152v; 90/Fundort 93v–94
- Porto-Taxe
- - allg. Entwurf (1846) 396/54 206–212v
- - Briefe, Ermäßigung (18.8.1844), Entwurf 186/46 169–175v; 264/48 207–218v
- - Pakete 328/Fundort 83–83v
- - ständische Anträge 63/Fundort 23–23v; 68/Fundort 18v–19; 200/Fundort I 262; 210/Fundort 173v; 335/Fundort 95v–96;
- Postregal, politische Zeitungen 267/48 239v
- - u. Zeitschriften, VO f. Versand u. Debit notwendig 268/48 260v–261v; 277/49 105v–106v
- Postverwaltung, Intelligenzblatt 291/50 88v, 98
- Rheinprovinz, ständischer Antrag 335/Fundort 95v
- Stempel
- Potsdam** (Jurisdiktions-Bezirk) 443/56 52, 53v

Potsdam (Regierung) 40/40 273v; 90/Fundort 101v; 92/Fundort 107v–108; 110/43 202v, 206; 400/54 278kv

- Abdeckerei 392/54 147–147v
- Berichte 228/47 34v, 36v, 38v–39; 381/53 257
- Gutsparzellen, Anfrage zum Vertauschungs-Konsens 242/47 253, 257v
- u. Vereidigung der Kirchenvorsteher 95/Fundort 119–119v
- Vermögensverwaltung städtischer Patronatskirchen 107/43 158, 159v
- Verwaltungsgrundsätze für Kirchenvermögen 297/50 250

Potsdam (Regierungsbezirk) 250/47 401; 400/54 278c

Präklusion

- Frist für Eigentumsansprüche Posen/Westpreußen (8.2.1846), Entwurf 289/50 19–21
- Verfahrensweise b. Entwässerungsanlagen (23.1.1846), Entwurf 242/47 258–277

Prenzlau (Stadt) 90/Fundort 93

- Magistrat 92/Fundort 107v
- - baupolizeiliche Vorschriften, Beschwerde 190/46 185v–186
- - Patron des städtischen Gymnasiums, Befugnisse 107/43 162v

Presse/Presserecht

- allg. Gesetzgebung
- - in Dtl. u. dt. Bundesversammlung dazu 452/57 2, 457/57 55–56, 57v–59, 60, 62
- - Ergänzungen (30.6.1843), Entwurf zur Revision 181/46 111–129, 184/46 156–158v
- - prov. Pressegesetz (8.3./14.3.1848), Entwurf 457/57 55–62
- - ständische Anträge auf Pressefreiheit/-gesetz 204/Fundort 284v; 330/Fundort 106v–110v; 337/Fundort 126–126v; 340/Fundort 14v; 343/Fundort 51v–54; 348/Fundort 136
- Anonymität des Verfassers, Aufhebung bei Anschuldigungen
- - gegen Beamte/Behörden, Entwurf 261/48 162–176v; 302/50 299–303v
- - wg. Mißbrauch bei Zeitungsartikeln, Entwurf 452/57 2–4
- - gegen Privatpersonen 262/48 190–196
- Beleidigungen befreundeter Regierungen 268/48 249–252
- Disziplinierungsversuche gegen die Presse, u.a. durch Debit
- - Kompetenz f. Debitsverbot ausländischer dt. Zeitungen 155/44 382–387
- - polit. Zeitungen/Zeitschriften 267/48 236v–239v, 268/48 260–260v; 277/49 103–106v
- - Presse wg. Berichterstattung über Weberaufstand in Schlesien 257/48 81
- - Verbot d. Königsberger Taschenbuchs (1846) 392/54 159v–160
- Druckschriften als Freixemplare 96/42 30v–33
- Konfessionsfragen, Deutschkatholizismus und Pressepolemik 302/50 303v–313v
- Regierungspolitik und deren Darlegung in der Presse 262/48 196–199
- Intelligenzblatt; Zensurbehörden; Zensurgesetzgebung

Preußen (Provinz)

- Aktiengesellschaften, Zwangs-Versicherungs-Anstalten für Ersatz bei Rinderpest 309/51 86–88v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
- - Domänenverwaltung 371/53 134–150
- - Intelligenzblattzwang 291/50 96–97
- Auswärtige Beziehungen, Kartellkonvention mit Rußland 124/44 49v, 52–52v, 53v, 59v
- baupolizeiliche Bestimmungen 190/46 187
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 322/52 2, 6v
- Eisenbahn 290/50 66v–67; 315/Fundort 80; 345/52 312, 313, 316v–317, 318–319; 421/55 141v, 143v; 444/56 69–74v
- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93

- Finanzen/Steuern
 - - Ausdehnung v. Exekutions-Ordnungen 454/57 20–24
 - - Haussteuer u. deren Veranlagung, VO 32/40 193–194
 - - Provinzial-Hilfsfonds, Antrag auf Bildung 325/52 109–109v
 - - Servisabgabe, Entwurf 283/49 128–133v
- Fischerei/Fischerei-Ordnungen
 - - Binnengewässer, Entwurf 16/39 51v; 33/40 195–196v
 - - Frisches u. Kurisches Haff, Entwürfe 34/40 210–221v; 100/43 3–38v
- Gerichtsorganisation, Patrimonialgerichtsherren gegen Gerichtseingessene (5.7.1844) 251/48 13v
- Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse
 - - adlige Erbfolge in Westpreußen, Revision 220/46 338–349v
 - - Bauerngüter 398/54 253v
 - - Gemeinheitsteilung, Provokationsrecht im Krs. Allenstein 289/50 36–36v
 - - Kölmer/Chatoulkölmer, Zins-Ablösungs-Kapitalien 108/43 174–178
 - - Kommunalverfassung, Gutachten Haxthausens 123/44 33v, 35v–36
- Homagialeid b. Grunderwerb 258/Fundort 205–205v, 207v–208
- Kreistage/-stände, Vernehmung zur Revision über adlige Erbfolge 220/46 339, 340, 341v, 347, 356–358v
- Landtag
 - - Königstreue 81/Fundort 152–152v
 - - LT-Abschied (1843) 193/46 232v, 238v
 - - mutmaßliche Opposition 399/Fundort 279
 - - Propositionen 1841, vom StMinm. vorzulegen 16/39 51–51v; 36/Fundort 82v
 - - Protokolle 204/Fundort 282
- Oberpräsident/-präsidium
 - - städt. Patronatskirchen, Gutachten zur Vermögensverwaltung 107/43 155
 - - Volksschulen, Vorschlag auf Bildung eines Hilfsfonds 289/50 31–35
- Provinzialrechte, Entwurf zur Revision 16/39 51
 - - kgl. Propositions-Dekrete (1841) 40/40 264–266v, 280v–281
 - - Ostpreußen 40/40 270, 272, 274, 281, 44/40 346–346v
 - - Preuß. Landrecht (1721), Gültigkeit 32/40 186–188
 - - Westpreußen 40/40 270, 272, 274, 281
- Provinzielle Angelegenheiten, Normaljahr f. diverse Landesteile (24.11.1843) 192/46 222–223v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten
 - - Hilfsfonds für Volksschulen, Bildung 289/50 31–35
 - - Orts-Schulvorstände, Einrichtung erwogen 163/45 63–63v
 - - Volksschulen, Schulordnung (11.12.1845), Entwurf 163/45 53–54v; 285/49 144–150v; 289/50 31; 325/52 107–120, 326/52 130–143v; 408/55 11–11v, 12v, 13v–14v, 17v–18, 22v–23, 24–24v, 25v, 411/55 50v, 57v
- Ständische Angelegenheiten
 - - Erbfolge in Rittergütern, Entwurf 16/39 51–51v; 40/40 281
 - - Virilstimmen, Verleihung 366/Fundort 196v
 - - vorberatender ständischer Ausschuß, Tagungsort 281/Fundort III 71–71v
- Landschaft(en); Landtags-Abschiede; Lichtfreunde; Ständesachen
- Preußen** (ständische Anträge bzw. Gutachten d. Provinz) 57/Fundort 108v, 110v; 93/Fundort 114v; 289/50 20v–21
- Abdeckereizwang 343/Fundort 50v
- Adel 220/46 338–340, 349v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten 343/Fundort 48–49v, 61
- - Domänenverwaltung, Petitionen 371/53 134v–135, 139v, 142v–143

- - Intelligenzblätter 77/Fundort 106; 291/**50** 85v; 342/Fundort 33
- Armenpflege 81/Fundort 1552v–153; 204/Fundort 283v; 343/Fundort 50v
- Auswärtige Beziehungen, Kartell-Konvention mit Rußland 78/Fundort 122
- Beamte 81/Fundort 150v; 343/Fundort 61–61v
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 81/Fundort 149v–150, 152v–153; 204/Fundort 277v–278, 280; 322/**52** 3v, 11; 342/Fundort 43–44
- Eisenbahn 204/Fundort 278v; 290/**50** 55; 343/Fundort 59
- Feldpolizei-Ordnung 343/Fundort 51
- Feuer-Sozietäten 202/Fundort 267v–268v; 204/Fundort 276v
- Finanzen/Steuern/Zölle 81/Fundort 147v–149, 150–150v; 87/Fundort I 156v–157v; 204/Fundort 277v, 278–278v–280, 284v; 343/Fundort 54–58; 350/Fundort 67v; 371/**53** 151, 153
- Fischerei 78/Fundort 124v; 80/Fundort 132v–133; 97/**42** 46
- Fluß- u. Deichangelegenheiten 81/Fundort 149–149v, 152v–153v; 343/Fundort 59v
- - Gewässer/Kanäle 80/Fundort 133
- Forst- u. Jagdwesen 77/Fundort 108v; 80/Fundort 132–132v; 109/**43** 193bv, 193vv–193w, 193z; 193ee–193eev, 193iiv–193kk, 113/43 233v, 240, 242v, 246–246v, 247v, 114/43 265v, 267v, 277, 279v–280, 281, 282v, 286v, 115/43 299v, 314v, 318; 118/**44** 5v–6, 7, 8v, 15, 138/44 235v–236
- Gebühren/Stempel 200/Fundort I 262; 343/Fundort 49v, 58–59, 60; 346/**52** 338v–339; 381/**53** 253
- geistliche/konfessionelle Angelegenheiten 16/**39** 51v; 350/Fundort 64–64v
- Gemeinde-Angelegenheiten 200/Fundort I 259–260; 202/Fundort 266v; 204/Fundort 283v–284v; 222/Fundort 295–295v
- Gerichtsverfahren 77/Fundort 109v–110; 78/Fundort 117v; 80/Fundort 127; 200/Fundort I 261–261v; 202/Fundort 266v; 342/Fundort 29–29v
- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 81/Fundort 153; 200/Fundort I 260–262; 202/Fundort 266v; 251/**48** 11
- Gesetzgebung/-publikation 81/Fundort 152v–154; 343/Fundort 59v–60
- Gesinde 343/Fundort 49v–50
- Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 78/Fundort 123–123v, 124v–125; 81/Fundort 147–147v; 134/**44** 145–145v, 146v–147, 158v–159; 200/Fundort I 264–264v; 204/Fundort 285–286; 222/Fundort 295, 295v; 227/**47** 12v–14v; 292/**50** 108–108v; 342/Fundort 30v–31; 343/Fundort 51; 350/Fundort 65
- Handel/Gewerbe 78/Fundort 122v, 125; 204/Fundort 286–286v
- Handelsfirmen 343/Fundort 54v–55v
- Handelsministerium 80/Fundort 133–133v; 164/Fundort 50v; 204/Fundort 277v
- Juden 343/Fundort 49v
- Kreisstände, Befugnisse 39/Fundort 85–86
- Kreisversammlungen 351/**52** 377–377v, 380v–381
- Kriegsveteranen, Unterstützung 340/Fundort 15v–17; 342/Fundort 25–27v; 343/Fundort 47v; 417/**55** 113v–114
- landwirtschaftliche Nutzung 81/Fundort 148v
- Lotterie 81/Fundort 148v–149
- Meliorationen 78/Fundort 123v–124v; 87/Fundort I 157v
- Militärische Angelegenheiten/Volksbewaffnung 77/Fundort 106v–108v; 78/Fundort 116v–117; 80/Fundort 126v; 200/Fundort I 256v–259; 222/Fundort 289v–290v; 340/Fundort 17–18
- Pensionswesen 360/**53** 106v, 108v
- Pressefreiheit/-gesetzgebung 204/Fundort 284v; 343/Fundort 51v–54
- Provinzialrechte 39/Fundort 86v, 88; 77/Fundort 108v–109v; 78/Fundort 117; 162/**45** 48–48v; 193/**46** 231v–232, 233v, 237v–238; 202/Fundort 269v–273; 204/Fundort 276v–277; 220/**46** 332, 335–335v, 341v–342

- Provinzielle Angelegenheiten 77/Fundort 112–112v; 78/Fundort 120–120v, 122v–123; 81/Fundort 150v–151v, 153–153v; 192/46 222; 200/Fundort I 262–263; 202/Fundort 266v; 342/Fundort 30v; 343/Fundort 60v–61
- Schifffahrt/Marine 204/Fundort 277v, 278v–279
- Schulangelegenheiten 81/Fundort 151v–152, 153–153v; 200/Fundort I 263–264, 264v–265; 202/Fundort 266v–267v; 204/Fundort 276v; 289/50 31–32v, 34–35; 325/52 107–120, 326/52 130–143v; 340/Fundort 18–23v; 342/Fundort 28–29; 408/55 16v–17
- Stadtverordneten-Versammlungen 204/Fundort 283–283v; 342/Fundort 44–44v
- Ständische Angelegenheiten 39/Fundort 88; 77/Fundort 110v–112, 113v–115; 78/Fundort 120v–121v, 123v; 80/Fundort 127, 128–132, 133v–143; 81/Fundort 145–146v, 148; 87/Fundort I 155v–157v; 92/Fundort 103v; 202/Fundort 268v–269v, 273v–274; 204/Fundort 276v, 280–283v; 216/Fundort 222v–223; 222/Fundort 290v–294v; 342/Fundort 31–32v, 33–36, 36v–43; 343/Fundort 47v–48; 350/Fundort 65–69
- - Bescholtenheit 77/Fundort 112v–113v; 81/Fundort 145
- Strafrecht 202/Fundort 269v
- Verjährungsfristen 78/Fundort 121v–122; 105/43 120
- Verzugszinsen 200/Fundort I 262
- Viehzucht 309/51 86–88v; 343/Fundort 51–51v
- zivilrechtliche Bestimmungen 77/Fundort 109v, 110–110v; 78/Fundort 117; 80/Fundort 126; 200/Fundort I 259, 260; 204/Fundort 277, 282v, 285; 208/46 299–299v; 242/47 261; 342/Fundort 29v–30v; 343/Fundort 50, 60–60v; 363/53 120v–121
- Preußisches Landrecht** („Verbessertes Land=Recht des Königreiches Preussen“) (1721)
- Aufhebung 204/Fundort 277
- - Entwurf 193/46 231–238v, 220/46 332–332v, 336v, 350–355
- - betr. Hypotheken-Gläubiger, Entwurf 32/40 186–188
- - ständische Anträge, Pommern/Posen 53/Fundort 212; 58/Fundort II 137v
- Beibehaltung einzelner Bestimmungen 220/46 336
- Verjährungsfristen 17/39 59v; 208/46 303
- Vorkaufs- oder Verkaufsrecht 193/46 237–237v
- Prignitz** 74/43 179
- Prochnowo** (Dominium)
- Prozeß gegen Fiskus 329/52 178
- Prozeß gegen Fiskus wg. Reparatur v. Landstraßen 249/47 368–370v
- Propositionen**
- Provinzial-Landtage/-Stände
- Provinzial-(Verwaltungs)-behörden** (allgemein)
- Dokumente/Urkunden f. Rechtsstreit, Verpflichtung zur Vorlegung 170/45 189–197v
- Exekutionsverfahren, Rheinprovinz 176/45 257–264v
- Organisation (31.12.1825) u. Kompetenz zur Auftragserteilung an Untergерichte 101/43 40–43
- Requisition, zwischen Verwaltungs- u. Gerichtsbehörden 101/43 41–41v, 43
- Kirchenverfassung/-verwaltung; Regierungen (allgemein)
- Provinzial-Arbeits-Anstalten**
- Rheinprovinz, Brauweiler 82/Fundort 172
- Provinzialgesetze**
- Provinzialrechte
- Provinzial-Hilfskassen**
- LT-Abschied (1847) 440/56 40v
- Westfalen, ständische Anträge 63/Fundort 20v, 21v; 187/Fundort 235; 318/Fundort 95v

Provinzial-Landtage/-Stände (allgemein)

- Huldigungs-LT (1840) 164/Fundort 48–49
- Konflikte mit Regierung
- - Kompetenzüberschreitung u. staatl. Gegenmaßnahmen 278/Fundort II 51–54; 280/Fundort 55–56; 284/Fundort 57–58
- - Opposition zum Entwurf über Ehescheidungen (1842) 153/44 365–373v
- Öffentlichkeit/Publizität/Geschäftsgang/Tagungsrythmus, v. a. ständische Anträge
- - allgemein 16/39 50–53v; 23/Fundort 196; 36/Fundort 73–77v; 71/Fundort 229v–230v; 164/Fundort 44–68v; 184/46 156–158v; 266/Fundort 33–39v; 386/54 85–86
- - Beschlußfähigkeit 202/Fundort 274–275
- - Brandenburg 92/Fundort 112–112v
- - Pommern 53/Fundort 214
- - Posen 342/Fundort 45
- - Prov. Preußen 77/Fundort 110v–112; 78/Fundort 118v–119v; 80/Fundort 127, 128–130; 81/Fundort 145; 87/Fundort I 155v–156; 204/Fundort 282; 342/Fundort 36v–38
- - Rheinprovinz 54/Fundort II 85v–86; 83/Fundort 178v–179; 84/Fundort 185v–186v; 86/Fundort 217–225; 216/Fundort 220–220v, 221v–222v; 219/Fundort 233v–234v; 337/Fundort 113v–114
- - Sachsen 54/Fundort II 85v–86
- - Schlesien 68/Fundort 2v; 328/Fundort 91v–92v, 99–99v
- - Westfalen 62/Fundort II 6; 188/Fundort 243–243v, 244–244v, 245v–246v; 223/Fundort 130v–131; 340/Fundort 8v–10
- Petitionsrecht, Erweiterung 164/Fundort 47v–52v
- - Rheinprovinz, ständischer Antrag 87/Fundort II 245v–246v
- - des Vereinigten LT zu provinziellen Gegenständen 417/55 108–111v
- Propositionen (1841) 16/39 50–53v; 36/Fundort 72–82v; 38/Fundort 83–84v; 39/Fundort 86–88v
- Rechte b. Steuergesetzgebung, ständischer Antrag Sachsen 57/Fundort 107v–109
- u. Vereinigte Ausschüsse, Abgrenzung durch Regierung 117/Fundort 163, 169v–170; 119/Fundort 174–177; 120/Fundort 178–178v, 182v–183; 122/Fundort 198v–199; 126/Fundort 206–214; 129/Fundort 225v–228
- Zwiespalt zwischen den Ständen wg. Ablösungsgrundsätzen f. Laudemien 258/48 101v–104
→ Landtags-Abschiede; [einzelne Provinzen (ständische Anträge)]; Ständesachen; Ständeverfassung; Vereinigter Landtag

Provinzial-Landtage/-Stände (diverse Anträge bzw. Gutachten)

- Abdeckerei, Aufhebung 283/49 134–135, 136v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
- - exekutive Beitreibung von Steuern (u. a. in Rheinprovinz) 176/46 263v–264v
- - Intelligenzblattzwang 291/50 80–79v, 83v, 84v, 91v, 98v
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten, allg. Wege-Ordnung 322/52 1–20v
- Finanzen/Steuern, Mahl- u. Schlachtsteuer 371/53 151, 153–153v
- Fluß- u. Deichangelegenheiten 18/39 70–71; 309/51 89–97
- Eherecht/Ehescheidung
- - Ehescheidungsgesetz, Entwurf 235/47 147v–148v, 245/47 343–346v, 247/47 351–355, 248/47 363v–364
- - Konkubinate 353/52 392–392v
- Feuer-Sachen, Immobilier-Feuerversicherung 387/54 124–124v
- Feld-Polizei-Ordnung 276/49 92–92v, 94v–95; 384/54 37–48v
- Forst- u. Jagdwesen, Entwürfe
- - Diebstahl an Holz- u. a. Waldprodukten (1843) 177/46 1–58v, 178/46 59–68v, 179/46 69–76v; 237/47 169–170, 174v
- - Jagdvergehen, (1843) 180/46 78–110v, 182/46 135; 237/47 169–170, 172, 173v

- Gebühren/Stempel
 - - Gebühren der unteren Verwaltung 359/53 101–103
 - - Portoermäßigung (1841) 186/46 170v
 - - Stempel- u. Gerichtskosten in Vormundschaften 346/52 336–346v
 - Gesindebücher, Einführung 270/48 312v–313, 316
 - Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 217/46 310v, 313–314v; 245/47 330v, 336v–337; 258/48 88–88v
 - - Ablösungen, diverse 270/48 301–304v; 381/53 243–248; 400/54 260
 - - Dismembrationen/Parzellierungen u. neue Ansiedlungen 225/46 432–434v; 227/47 17–17v
 - - Erbverpachtung von Grundstücken unter Lehns- u. Fideikommiß-Verband 346/52 352–355
 - - Laudemien, Änderung d. Ablösungsgrundsätze 287/49 197v, 198v–200, 202, 203–204
 - Kirchliche Angelegenheiten, Ressortverhältnisse d. ev. Provinzialbehörden (27.6.1845), Entwurf 233/47 120v–121
 - legislative Behandlung von Entwürfen 275/49 27–46
 - Pensionen f. Lehrer/Beamte 360/53 108–109v
 - Provinzialgesetzgebung, Verzögerung d. Ausarbeitung 162/45 47–48v
 - Schul-Angelegenheiten, diverse Entwürfe 265/48 230v; 312/51 136–137v; 407/55 6, 9v, 408/55 19, 25–25v, 27, 411/55 46v–47, 49v, 58
 - Ständische Angelegenheiten, Homagialeid, Entwurf 289/50 30v
 - Strafgesetzbuch 409/55 42v–43
 - Umweltschutz, Abwendung von Versandungen 292/50 103v–104
 - Verzugszinsen, Zahlung durch Fiskus 268/48 244–244v, 247v
 - zivilrechtliche Bestimmungen, Pfandrecht des Vermieters 295/50 236v–238; 363/53 120–133
- [einzelne Provinzen, Landtage]; Staatsministerium

Provinzialrechte

- allg. Beratung (Propositionen) 36/Fundort 80v–81; 39/Fundort 86–88; 40/40 264–281v; 220/46 335
 - - deren Verzögerung bei gleichzeitiger Zusicherung gegenüber den Ständen 162/45 47–48v
 - Berg (Hzgtm.), ständischer Antrag 82/Fundort 166v–167; 84/Fundort 183v; 87/Fundort II 245v
 - Magdeburg (Hzgtm.), ständische Anträge 58/Fundort I 115–115v; 59/Fundort II 118–121; 61/Fundort I 122–123
 - Niederlausitz 39/Fundort 88; 289/50 39v–41v
 - - ständischer Antrag 92/Fundort 111v; 198/Fundort 160
 - Oberlausitz, auch ständischer Antrag 289/50 39v–40v; 328/Fundort 87–88v
 - Posen, ständischer Antrag 58/Fundort II 137v
 - Prov. Preußen, Revision 77/Fundort 108v–109v
 - Rheinprovinz/Westfalen, Sammlung 276/49 56–57
 - Sachsen (Hzgtm.), ständische Anträge 58/Fundort I 115–115v; 59/Fundort II 118–121; 61/Fundort I 122–123; 205/Fundort 105v–106; 223/Fundort 128v
 - Westfalen, ständische Anträge 64/Fundort 36–36v; 185/Fundort 221v
 - - u. Partikularrechte 201/Fundort 333v
- Brieg; Glatz; Kirchen- und Schulrechte; [einzelne Partikular- bzw. Provinzialrechte]; Preußisches Landrecht (1721); Schlesien (Herzogtum)

Provinzial-Schul-Kollegien

- Begutachtung f. Pensions-Reglement 360/53 106–106v
 - Stellenbesetzung v. Direktoren/Lehrern (9.12.1842) 138/44 222–233
- Kirche (katholische)

Provinzial-Steuer-Direktoren (allgemein)

- Befugnisse, Strafunterbrechung b. Steuerstrafen 286/49 153–155v

Provokations-Befugnis

- Waldeigentümer 27/40 81–82v

Provokationsrecht

→ Gemeinheitsteilungen

Przygodzice (Grafschaft, im Besitz der Radziwills) 366/Fundort 197

Pupillengelder

- Westfalen, ständischer Antrag 62/Fundort II 5v

Pupillen-Kollegien

- Breslau, Grundsätze zur Anlegung von Depositalgeldern 103/43 98–98v, 107v

- Kurmärkisches, Depositall- u. Mündelgelder, Grundsätze zur Anlegung, Anträge 103/43 98–98v, 101v, 107v–108

Putziger Wyck 204/Fundort 279

Rastenburg (ständischer Wahlbezirk)

- Veränderung, ständischer Antrag 77/Fundort 113v–114

Ratibor (Oberlandesgericht) 385/54 68–68v, 395/54 193v–194; 458/Fundort 111v–112

- Huldigungs- u. Untertaneneid 231/47 79–80, 83

Ratingen (Stadt) 338/Fundort 142v

Ravensberg (Grafschaft) 40/40 272v; 238/47 178v

- Jagdgerechtigkeit, Nachweis des früheren Besitzstandes 241/47 231–234v

- Laudemialabgaben, Höhe 217/46 325–331

- Legge-Ordnung, Entwurf 65/41 177, 178–179v

- Wahlbezirk 318/Fundort 90, 94v

Realabgaben/-lasten

→ Ablösungen

Realberechtigungen

→ Grundbesitz

Reckerberg (Amt)

- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 272v

Rees (Kreis) 214/Fundort 199v; 269/48 284v; 337/Fundort 117v–118, 119v–121v, 122v, 125

- ALR, Geltungsbereich 52/41 142v

- Allg. Gerichts-Ordnung 285/49 139–139v

- Deichwesen/Strom- u. Uferpolizei 18/39 71

- eheliches Güterrecht, Vereinheitlichung 271/48 328–331v, 272/48 355–355v; 353/52 389v; 426/55 180–182

- eximierter Gerichtsstand, ständischer Antrag 219/Fundort 235v–236

- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 48v–49

- Gemeinheitsteilungs-Ordnung 16/39 52v

- Land- u. Stadtgemeinden, Rechte d. Mitglieder 271/48 349–349v

- Stände, Begutachtung z. Gesindewesen 387/54 91v

- Verjährungsfristen, geltendes Recht 17/39 60v

- westfäl. Tax-Ordnung, Anwendung 312/51 143, 149v–150

Rees (Stadt) 211/Fundort 184v; 212/Fundort 184v

Reesewitz (Gut/Fürstentum Oels)

- Rechtsverhältnisse, Eid auf Untertanenpflicht 231/47 79–86

Regierungen (allgemein)

- Befugnisse und Zuständigkeiten, diverse 397/54 226v

- - Berufsrecht f. Lehrer 408/55 25v–27

- - Exekutionen u. dagegen eingelegte Rechtsmittel 169/45 162–187v, 171/45 215–221

- - Gutspartellen, Vertauschungs-Konsens (13.4.1841) 242/47 253–257v

- - Kirchen- u. Schulbausachen, Interimistika (12.12.1843) 53/Fundort 216v; 71/Fundort 232v–233; 165/45 65–72v; 234/47 136–137v
- - Konzessionserteilung 330/Fundort 116v–117; 387/54 98v
- - Ressort-Reglement (20.7.1818) 169/45 168–187v
- - Strafunterbrechung b. Steuerstrafen 286/49 153–155v
- - unfreiwillige Pensionierungen 306/51 52–56
- - Vertretung des Landrats 307/51 67–70
- - Verwaltung der ev. Provinzialbehörden (27.6.1845), Entwurf 232/47 91v–112, 233/47 113–135v, 234/47 136–141v
- Besoldungsetat
- - Etaterhöhungen 43/40 325–327v
- - Gleichstellung mit Oberlandesgerichten 256/48 60–71
- Gutachten z. Abänderung d. Ablösungsgrundsätze f. Laudemien 258/48 103–104v
- Kompetenzen b. Einrichtung neuer Schulen 407/55 4–7v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten, Entwurf z. Verwaltung der ev. Provinzialbehörden (27.6.1845) 303/51 9–13v, 304/51 14–20v, 305/51 25–33, 311/51 122–123v
- ständische Mitglieder, ständischer Antrag Westfalen 318/Fundort 94

Reichenbach (Kreis)

- Unruhen d. Baumwollweber 257/48 81

→ Langenbielau

Reichskammergericht

- Ämtertrennung in Kurtrier u. Schadenersatz, Urteil 249/47 385v, 386v

Reichsstände

→ Standesherrn; Ständeversammlung; Vereinigte Ausschüsse; Vereinigter Ständischer Ausschuß; Vereinigter LT

Reklamationssachen 15/39 39–39v; 44/40 333; 47/41 35; 97/42 48–49v; 108/43 186, 110/43 194, 113/43 231; 131/44 109, 135/44 167, 142/44 265–266; 172/45 228; 195/46 260; 248/47 356–357, 249/47 367; 251/48 2; 274/49 15; 307/51 63; 354/53 3, 6, 379/53 226; 385/54 59; 444/56 68–68v, 448/56 117

- Fuhr- u. Reisekosten 327/52 152–153v; 443/56 61–62

Rellinghausen (Stift) 210/Fundort 180v

- Restitutionsansprüche 446/56 105–109v

Remissions-Reglements

- Ostpreußisches (23.3.1779) 81/Fundort 147v–148

Remscheid (Stadt) 19/39 115v; 430/55 222

Rentenbanken

- LT-Abschied (1847) 440/56 40v

Restitutionsfrist

- Entwässerungsanlagen, Präklusion 242/47 273–275

Reussische Fürstentümer 299/50 276v

Revisions-Kollegien

- Berlin, f. Landeskultursachen, Einrichtung (22.11.1844), Entwurf 253/48 28–42v
- Berlin, Revisionshof als höchste Instanz f. Ostrhein 101/43 51
- Köln, Revisions- u. Kassations-Hof 211/Fundort 184–184v; 310/51 107–107v
- Magdeburg 162/45 38
- Posen 253/48 30v

Rheda (Standesherrschaft) 46/41 30v

Rhein (Fluß)

- Brückentarif bei Koblenz, ständischer Antrag 84/Fundort 193–194; 86/Fundort 216v
- Brücken- u. Schifffahrtsabgaben, ständischer Antrag 338/Fundort 143–143v

- Festungen/Befestigungen (vor 1815), Oberwerth, Insel 433/55 239v–240v
- Kanal zur Ems, ständischer Antrag 215/Fundort 208
- Sicherheitshafen, ständischer Antrag 85/Fundort 204–204v
- Schifffahrt; Zoll/Zolltarife
- Rheine** (Haupt-Zoll-Amt) 319/Fundort 120v
- Rheinische Zeitung** 155/44 398v; 181/46 120v
- Rheinischer Appellations-Gerichts-Hof zu Köln** 82/Fundort 171; 209/Fundort 123v; 210/Fundort 169v, 171; 430/55 226v
- Geschäftsgang, ständische Anträge 82/Fundort 169v–170; 84/Fundort 183v
- Instanz f. Ostrhein 101/43 51
- 2. Instanz f. Strafrechtsprozesse, Statistik 50/41 109v
- 3. Instanz 94/42 18v–19
- Justizverwaltung, ständischer Antrag 338/Fundort 152–152v, 158–158v
- Mandatariengebühren bei Handelsgerichten 252/48 21v; 311/51 134
- Wegebau-Schulden aus d. Zeit vor 1815, Rechtsstreit 168/45 105v
- Rheinischer Appellations-Gerichts-Hof zu Köln** (Gerichtsbezirk) 227/47 4; 436/56 3
- Aufruhr/Tumult, Untersuchungsverfahren (6.4.1846) 356/53 19–21
- Chausseegeld-Konventionen 236/47 166–167
- Diebstahl an Holz- u.a. Waldprodukten, allg./spezielle Bestimmungen 178/46 63–64v
- Disziplargesetz f. Advokaten/Anwälte (7.6.1844), Entwurf 183/46 148–155
- Präklusionsverfahren f. Entwässerungsanlagen, Ausschluß 242/47 262, 275v
- Privatflüsse, Vorschriften über Benutzung (23.2.1844) und deren Übernahme (9.1.1845) 269/48 270–293
- Stempel bei Fideikommißstiftungen 310/51 111v–112
- Strafgesetzbuch, Geltungsbereich 175/45 245
- Versiegelungs-Befugnis, Kompetenzstreit mit Verwaltungsbehörden 310/51 100–105v
- Rheinprovinz** 250/47 401v; 256/48 63–63v, 66v, 67v, 271/48 349; 340/Fundort 17v; 429/55 216
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
- - Bürgermeister, Entlassung 240/47 230h–230i; 346/52 347–351
- - Exekutions-Ordnung (24.11.1843), Entwurf/Ausdehnung 176/45 257–264v; 193/46 225–225v, 228–230; 285/49 138–141v; 454/57 20–24
- - Sportelerhebung bei Unterbehörden 270/48 318–318v
- - Versiegelungs-Befugnis 310/51 100–105v
- bau- u. feuerpolizeiliche Bestimmungen 190/46 186v–187, 196v; 380/53 235v–236
- Beamte, preuß. Gesetzgebung bei Dienstvergehen 8/38 138–148v; 111/43 216–220
- Chaussee- u. Wegewesen 322/52 6v, 16
- - Ansprüche (vor 1815), Rechtsstreit um Entschädigung 168/45 105–130; 213/46 309–309v
- - Ausbau/Unterhaltung, ständische Anträge 338/Fundort 145v–149v
- - Baulasten, ständische Anträge 85/Fundort 204v–205v; 88/Fundort II 248v
- - Unterhaltung d. Wege durch kgl. Forste, Regulativ 73/41 221–236
- Ehe- u. Familien-Angelegenheiten 148/44 306v–307; 353/52 392v–393
- - Ehe zwischen Stiefverwandten 137/44 192v–194v
- - eheliches Güterrecht, Vereinheitlichung 271/48 328–331v, 272/48 355–355v; 426/55 180–182
- Eisenbahnen, Netz, Ausbau 324/52 73–103
- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf/Denkschrift 275/49 48v–49; 292/50 101–102
- - Viehhütung 276/49 64v
- Finanzen/Steuern 16/39 53; 163/45 51v–52v; 268/48 245v–246
- Fluß- u. Deichangelegenheiten, Nutzung d. Privatflüsse 269/48 270–293
- Forstwesen 138/44 258
- - Erhalt d. Waldungen trotz Eisenhütten 26/40 65v–66v

- Gemeinde-Angelegenheiten
 - - Einquartierungslast, Befreiung f. Geistliche/Lehrer 254/48 48–53
 - - Gemeinde-Ordnung (23.7.1845), Entwürfe 16/39 53v, 18/39 62–66, 19/39 106–106v, 109–114v; 70/41 196–197v; 174/45 238–243v; 259/48 116–123v, 260/48 123v–141, 261/48 141–161v; 313/51 153–162v
 - - Rittergüter u. deren Stellung zum Gemeinde-Verband 18/39 63v–64
 - - Städte und Einrichtung d. Gemeinde-Verfassung (23.7.1845), Entwurf 18/39 62, 19/39 114v–118
 - - Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 22/39 151–151v; 101/43 51v; 291/50 77v; 377/53 197
 - - Advokaten, Ehrenrat u. polit. Opposition 392/54 152; 424/55 163v–164v, 165v–166v
 - - ALR, Gültigkeit bei Dienstentlassung beigeordneter Bürgermeister 112/43 225–226
 - - Friedensgerichte (7.5.1821) bzw. Friedensrichter 16/39 53; 33/40 197–202v
 - - Ostrhein, Einführung preuß. Gesetzgebung u. Gerichtsbezirk 101/43 50–55
 - - Prokuratoren, bisherige Anwendung d. Aggravationsrechtsmittels 111/43 216v–218
 - - Rhein. Zivil-Prozeß-Ordnung, Angleichung des Gerichtsstandes mit AGO 428/55 208–209
 - - rhein. Strafgerichte, Entwurf z. Kompetenz 175/45 245–248
 - - Zensurkonventionen 151/44 353–353v
 - - Gesinde-Ordnung (19.8.1844), Entwurf 252/48 16–19v; 295/50 231v–232v
 - - Handel/Gewerbe, Schutz d. Fabrikzeichen (18.8.1847), Entwurf 430/55 220–228
 - - Handelskammern 445/56 76–77v, 85
 - - Jagdwesen, Entwurf 16/39 52v–53; 28/40 128v, 152
 - - Juden 423/55 152
 - - Ländliche Verhältnisse 292/50 101–102; 458/Fundort 111v–112
 - - Kommunalverfassung, Gutachten Haxthausen 123/44 33–36
 - - Parzellierung, Entwurf z. Beschränkung 52/41 137–143
 - - Landtag
 - - Einzelfälle 337/Fundort 113–113v
 - - Geschäftsgang/Öffentlichkeit/Periodizität/Tagungsort/Zeitpunkt 83/Fundort 178v–179; 84/Fundort 185v–186v; 85/Fundort 196; 266/Fundort 33–39v; 337/Fundort 113v–114, 126v–127
 - - Itio in partes und Petitionsrecht 86/Fundort 217–228; 87/Fundort 245v–246v
 - - mutmaßliche Opposition 399/Fundort 279
 - - Propositionen 16/39 52v–53v; 292/50 101–102
 - - Überschreitung der Zensur f. LT-Schriften 278/Fundort II 51–53v
 - - Oberpräsident/-präsidium
 - - Bergischer Schulfonds u. kath. Schulwesen 393/54 166, 171–174v
 - - Gemeinde-Ordnung (23.7.1845), Bedenken zum Entwurf 313/51 153–162v
 - - Katholiken, Schutz durch Staat 302/50 305v–306
 - - Unterscheidung von Stadt- u. Landgemeinden 70/41 197–197v
 - - Post 339/52 210–210v, 215–217v, 344/52 268v, 271
 - - Provinzialrechte
 - - Bergisches Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 16/39 53
 - - Sammlung der Provinzial- u. Partikulargesetze 276/49 56–57
 - - Westrheinisches Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 16/39 53
 - - Provinzielle Angelegenheiten, Entwurf z. Hagel-Versicherung 16/39 53; 49/41 76–78v
 - - Regierungen
 - - Aggravationsrechtsmittel, Berichte zu bisheriger Anwendung 111/43 216v–218v
 - - Exekutionen, Befugnisse 169/45 162–187v
 - - Schul- u. Kirchen-Angelegenheiten 407/55 5v
 - - kath. Kirchenvermögen, Entwurf 411/55 59–61v
 - - Kirchenverwaltung 232/47 102v–103, 106–107

- - Kultuskosten linkes Rheinufer (14.3.1845), Entwurf 175/45 250–256v; 259/48 107–110v; 289/50 22–25
- - Pensionäre, Alterszulage in linksrhein. Gebieten 249/47 373–384v
- - Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf 408/55 18, 20, 411/55 45–47
- - Schulden/Forderungen, Regulierung d. linksrhein. Schulden 249/47 385v–393v
- - Ständische Angelegenheiten
- - ausländische Rittergutsbesitzer, Rechte 289/50 27v
- - Gemeinde-Verwaltung, Rechte d. Standesherrn 18/39 65v–66, 19/39 114v–118
- - Forst- u. Jagdpolizei-Strafen, Anträge 118/44 17v–18
- - Klassensteuer, Kontingentierung 32/40 189, 190
- - Standesherrn und Vereinigte Ausschüsse 132/Fundort 267–268
- Strafrecht
- - ALR, Angleichung (18.2.1842) u. Denkschrift bzw. Abkehr 50/41 99–121; 94/42 13–19
- - Einrede, Entwurf zur Anwendung 25/40 54–55
- zivilrechtliche Bestimmungen 210/Fundort 166v; 306/51 58v–59
- Adel; Bürgermeister; Ehrenbreitstein; Gütergemeinschaft; Landgemeinden
- Rheinprovinz** (ständische Anträge bzw. Gutachten)
- Abdeckerei 337/Fundort 119v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten 338/Fundort 136–138, 153v–155; 340/Fundort 1v
- Aufruhr/Tumult, Untersuchungsverfahren 356/53 19–19v
- Beamte/Justizbeamte 82/Fundort 171–171v; 84/Fundort 183v, 186v; 85/Fundort 213–215; 86/Fundort 216v, 228–228v; 210/Fundort 169–172; 212/Fundort 186v–187v; 214/Fundort 199; 219/Fundort 236; 338/Fundort 152v–153v, 155–159; 340/Fundort 1v–2; 349/Fundort 167v–168; 350/Fundort 63v
- Bergbau/Hüttenwesen 85/Fundort 206v–207, 211v–212; 210/Fundort 168v–169; 212/Fundort 191v–193; 215/Fundort 206v–207, 212v–213v; 216/Fundort 217v; 338/Fundort 138–142
- - Knappschafts-Reglements 338/Fundort 150v–151
- Bergrecht/-gesetz 29/40 156; 87/Fundort II 245v; 219/Fundort 232
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 85/Fundort 203v–204, 204v–205v; 88/Fundort II 248v; 215/Fundort 205v–206, 207–209, 211–212; 322/52 3v–4, 7v; 338/Fundort 140–141, 145v–149v
- Dombau Köln 86/Fundort 228v; 88/Fundort II 249v
- Ehesachen 335/Fundort 97v–99; 349/Fundort 164v–165v
- Eisenbahnen, allg. 85/Fundort 209–209v; 215/Fundort 212–212v; 324/52 77v, 79v
- Feld-Polizei-Ordnung 218/Fundort 228v–229; 337/Fundort 119v–122
- Feuer-Sozietäten 82/Fundort 172; 83/Fundort 173v; 218/Fundort 226, 227–227v; 337/Fundort 118v–119, 122v–123
- Finanzen/Steuern/Zölle 84/Fundort 186v–187, 190v–193; 85/Fundort 196–196v, 197v–198v, 199v–200v, 207–208, 210v–211v, 212v–213; 88/Fundort II 247v–248, 249; 212/Fundort 193–195, 196–198; 215/Fundort 202v–203, 206–206v, 209v–211, 213v–214v; 216/Fundort 217v; 338/Fundort 129–136, 142v–145v, 149v–150; 349/Fundort 166v–167; 371/53 151, 153
- Flüsse/Deiche/Kanäle/Schifffahrt 83/Fundort 177–177v; 84/Fundort 183v, 194–194v; 85/Fundort 202–204v, 206–206v; 86/Fundort 216v; 88/Fundort II 248v–249; 212/Fundort 191–191v, 194; 215/Fundort 205–205v, 208v–209; 216/Fundort 217v; 218/Fundort 227v; 269/48 270–270v, 279, 285v–286; 309/51 90v–94v, 95v; 338/Fundort 143–143v, 150
- Forst- u. Jagdwesen 82/Fundort 166–166v; 83/Fundort 174v, 175–175v; 84/Fundort 188v–190; 113/43 234v–235, 241–242, 249v, 257v, 259, 114/43 266, 275, 115/43 291, 292v, 299–299v, 300v, 303v–306, 313–314, 317v, 320v; 118/44 3, 4v, 8v, 11v–12, 16–17, 18v–19, 21v–22, 24v–25; 215/Fundort 216–216v; 216/Fundort 217v

- Gebühren/Stempel 48/41 59–60; 82/Fundort 170–171; 84/Fundort 191–191v, 193–194; 210/Fundort 173v; 212/Fundort 195–196; 214/Fundort 200; 215/Fundort 202–202v; 337/Fundort 118; 338/Fundort 151v; 346/52 340v–341, 344v–345
- geistliche Angelegenheiten 86/Fundort 228v; 88/Fundort II 247v, 249v; 259/48 107–110v; 289/50 22–25; 337/Fundort 101v–102v; 411/55 59
- Gemeinde-Angelegenheiten 84/Fundort 184v; 216/Fundort 218v–219v, 220v–221; 259/48 116–123v, 260/48 123v–141, 261/48 141–153; 271/48 349–349v; 313/51 153v–154; 337/Fundort 125–125v
- Gerichtsorganisation/Justizverwaltung 33/40 197; 82/Fundort 167v, 169v–170, 171; 84/Fundort 183v; 210/Fundort 172–173; 212/Fundort 187v–188; 214/Fundort 199v; 219/Fundort 235v–236; 338/Fundort 151v–152v; 349/Fundort 167v
- Gerichtsverfahren 82/Fundort 167v–169
- Gesetze, Begutachtung von Entwürfen trotz frz. Rechts 132/Fundort 251–252
- Gesinde 337/Fundort 119–119v, 125v–126
- Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 337/Fundort 110–112v, 122–122v; 400/54 265v, 271v–272, 278v
- Handel/Gewerbe 83/Fundort 174v–175; 85/Fundort 197–197v, 198v–202, 208v; 210/Fundort 175–176v; 214/Fundort 199v; 215/Fundort 211; 218/Fundort 226–226v; 338/Fundort 142, 144v, 150–150v; 349/Fundort 167–167v
- Handelsgerichte, Mandatariengebühren 127/44 95–99; 252/48 20; 311/51 127, 128v–130, 131–131v
- Handelsministerium 86/Fundort 225–228; 215/Fundort 205v; 219/Fundort 236v–237
- Industrie 85/Fundort 198–198v, 210–210v; 88/Fundort II 247v–248v; 212/Fundort 193; 215/Fundort 205v–206; 338/Fundort 150
- Juden 218/Fundort 225–226; 337/Fundort 117–117v; 349/Fundort 165v–166
- Konfessionelle Angelegenheiten 302/50 305–305v; 335/Fundort 82–94v, 97v–99; 337/Fundort 101v; 349/Fundort 164v–165v
- Kreisstände, Befugnisse 39/Fundort 85–86
- Ländliche Verhältnisse 83/Fundort 176v–177; 84/Fundort 183v
- Landwirtschaft, Förderung 84/Fundort 187–187v; 218/Fundort 228–228v; 337/Fundort 123–124; 349/Fundort 166–166v
- Lebensumstände 210/Fundort 164v–165; 215/Fundort 203–205; 216/Fundort 217v; 218/Fundort 226v–227, 228v; 219/Fundort 235; 237/47 174v–175v; 338/Fundort 142–142v, 144v–145
- Lotterie 85/Fundort 212–212v; 338/Fundort 150–150v; 349/Fundort 167
- Medizinalangelegenheiten 337/Fundort 103v–104v
- Militärische Angelegenheiten 82/Fundort 171v–172; 83/Fundort 173v–174v, 177v–178v; 84/Fundort 190v–191; 210/Fundort 165–166v; 212/Fundort 186v; 335/Fundort 94v–95v; 337/Fundort 101v–102, 116–117
- Münzen 85/Fundort 196v–197, 212; 86/Fundort 216v; 88/Fundort II 247v
- Pensionen 454/57 16, 18v
- - Ehrenlegion 337/Fundort 106–110; 338/Fundort 146; 360/53 108v–109
- Polizeikosten 83/Fundort 175
- Post 335/Fundort 95v–96
- Provinzialrechte 40/40 272; 82/Fundort 166v–167; 84/Fundort 183v; 87/Fundort II 245v
- Provinzielle Angelegenheiten 82/Fundort 172–172v; 83/Fundort 175v–176, 179v; 84/Fundort 184v–185, 190; 85/Fundort 205v–206, 208v–209; 210/Fundort 173–173v, 180–181; 211/Fundort 184–185; 215/Fundort 214v–216; 216/Fundort 217v, 219v–220; 218/Fundort 227v; 219/Fundort 235v–236; 337/Fundort 102v–103v, 123; 377/53 197

- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 86/Fundort 229; 210/Fundort 173v–174v, 176v–180; 212/Fundort 186v; 214/Fundort 199v–200; 219/Fundort 236–236v; 335/Fundort 97–97v, 100–100v
- Seehandlung 335/Fundort 96–97
- Ständische Angelegenheiten 71/Fundort 229v–230; 84/Fundort 185–185v, 187v–188; 85/Fundort 196; 86/Fundort 217–225; 87/Fundort II 245v–246v; 92/Fundort 113; 216/Fundort 220–224; 218/Fundort 228v; 219/Fundort 232–235, 237; 222/Fundort 289–289v; 337/Fundort 113–116v, 117v–118, 124–125; 338/Fundort 128v–129, 143v–144; 349/Fundort 166v
- Ständische Institutionen 83/Fundort 178v–180; 337/Fundort 112v–114
- Strafgesetzbuch/Strafrecht 120/Fundort 179v–180; 211/Fundort 182–184; 212/Fundort 188–191; 214/Fundort 200–201; 216/Fundort 217v–218v; 219/Fundort 230v–232; 222/Fundort 288v–289
- Universitäten 210/Fundort 174v–175; 335/Fundort 99–100; 337/Fundort 102
- Verjährungsfristen 230/47 63–63v
- Viehzucht/Tierhaltung 84/Fundort 183v, 190; 337/Fundort 104v–106
- Weidewesen 83/Fundort 176–176v, 177v; 84/Fundort 184
- Weinbau 338/Fundort 142–142v
- Zensurgesetzgebung 83/Fundort 180–182; 84/Fundort 184–184v; 85/Fundort 195v–196
- zivilrechtliche Bestimmungen 25/40 51–54; 82/Fundort 167, 169–169v; 84/Fundort 183v, 188–188v; 85/Fundort 196, 202v; 88/Fundort II 248v; 131/44 116–121v; 210/Fundort 166v–168v; 212/Fundort 186v; 218/Fundort 227; 337/Fundort 118–118v, 126–126v; 338/Fundort 151–151v

Rhinbruch

- Entwässerung, Entschädigungsprozesse gegen Fiskus 242/47 262v–263

Richter (allgemein)

- u. Disziplargesetze (29.3.1844), ständische Anträge z. Unabhängigkeit des Amtes 317/Fundort 101–103v; 338/Fundort 153v, 156–159; 340/Fundort 2, 14v; 343/Fundort 61–62; 347/Fundort 122–122v; 349/Fundort 167v–168; 350/Fundort 63v
- Dorfrichter, Parzellierung eines mit dem Amt verbundenen Grundstücks 225/46 425–426
- Ehrengerichte für Richter, Vorschlag des Königs 165/45 74–82
- Kompetenzen
 - - Rheinisches Strafrecht 50/41 110–111, 119v, 121–122
 - - Selbständigkeit des Amtes 74/41 267v–268, 269
 - - Verlängerung d. Exekutionsfrist in Mandatsprozessen 108/43 171v–173
- Rechtsgrundsätze, Einheit in richterlichen Entscheidungen 208/46 297–298
- städt. Richteramt, Vereinigung mit Advokatur in Neuvorpommern/Rügen 295/50 239–241
- Stellen bei Untergerichten 227/47 4–11v
- Testamente, Mitwirkung 270/48 305v–309
- Versetzungen, Verfahren bei unfreiwilligen, aber nicht nachteiligen 123/44 27–32v

Richterich (Gemeinde) 213/46 309–309v

Rietberg (Grafschaft) 292/50 187v

Rinder

→ Viehseuchen/-zucht

Rittergüter

- Ablösungen von Reallasten, Rechte im Eichsfeld 299/50 281v–285
- Lehnsrittergüter
 - - Erwerb durch Bauern in ehemals sächs. Landesteilen (7.2.1845), Entwurf 289/50 37–42
 - - Uenglingen, Ablösung 302/50 296–297v
- Preußen, Erbfolge (Ost- u. Westpreußen), Entwürfe 39/Fundort 88
- Prov. Preußen, ständische Antrag wegen ständischer Verhältnisse 77/Fundort 113v–114; 87/Fundort I 156–156v
- - Vereinigung mit Landgemeinden 132/Fundort 266v

- Sabinenkloster (Rittergut) 190/46 185v–186v
- Steuerfreiheit 283/49 129, 132v–133
- Verkäufe ans Ausland 282/49 124–124v, 126v–127
- Verleihung d. Ritterguts-Qualität, ständische Anträge Westfalen 188/Fundort 243v–244; 318/Fundort 95

→ Ansiedlungen; Erbfolge; Homagialeid; Patronat/Patrone; Schweidnitz-Jauer

Rittergutsbesitz(er)

- Erwerb
- - Homagialeid, Entwurf 289/50 26–30v
- - Kriterium der Unbescholtenheit 324/52 67–71
- Jurisdiktions-Lasten, Erleichterung 53/Fundort 213
- u. Landratswahlen, Befugnisse 351/52 376–376v
- Rechte, ständische
- - Beibehaltung bei Konkurs 196/46 284–285v
- - Berufung der Schullehrer, Prov. Preußen 325/52 107
- - Jagdrecht, Festlegung der Jagdzeiten 28/40 129v–130, 145v–149v
- - Laudemialabgaben, Höhe 217/46 326–326v, 328, 329–330
- - u. Polizeijurisdiktion 78/Fundort 123v; 324/52 71–72
- - Schulaufsicht 285/49 144v–150
- Ritterguts-Matrikel, ständischer Antrag wg. Revision 342/Fundort 31–32v
- Schulen, Schul-, Bau- u. Unterhaltungskosten
- - Beitragspflicht 408/55 11v–13v, 411/55 53–57v
- - Posen, ständischer Antrag 315/Fundort 76v
- - Sachsen, Parochialleistungen (11.11.1844) 259/48 111–115; 265/48 224–225
- Steuerfreiheit, Saalkreis, Mansfelder Kreis 74/41 255v

→ Ständesachen

Ritterschaft

- Minden-Ravensbergische, Auflage wg. Stiftung f. die nachgeborenen Kinder 208/46 300–300v

Ritterstand

→ Vereinigter Landtag

Römisches Recht

- zur Ehelichkeit d. Kinder, Zeitpunkt d. Zeugung 240/47 212–212v, 214–214v

Rondorf (Bürgermeisterei)

- Mängel in Amtsführung 303/51 1–8v

Rosenberg (Groß- u. Klein-Rosenberg/Fähranstalt) 207/Fundort 115

Rothehof (Gut) 62/Fundort II 9, 10

Rügen (Fürstentum) 90/Fundort 101v; 292/50 104

- Gesinde-Ordnung (11.4.1845), Entwurf 295/50 228–235v
- Justizverwaltung/Gerichtsverfassung, Vereinigung v. Advokatur u. Richteramt 295/50 239–241
- Verjährungsfristen (6.7.1845), Entwurf 230/47 62–63v
- Wegebau 322/52 8–8v

→ Pommern (Provinz)

Ruhr- und Lippe-Schiffahrts-Fonds

- Trennung, ständische Anträge 84/Fundort 194–194v

Ruhrort (Stadt) 324/52 82, 87v–88

Rüschau (ehem. Münsterische Unterherrschaft) 192/46 219; 231/47 68

Rußland 77/Fundort 107v; 186/46 170v; 309/51 87v; 315/Fundort 81; 317/Fundort 97; 343/Fundort 59v

- Bahnanschluß 345/52 307–309, 310v–311
- Grenzverkehr 58/Fundort II 140–141v; 68/Fundort 21; 69/Fundort 23; 72/Fundort 271–271v

- Kartellkonvention (17./29.3.1830), für und gegen eine Verlängerung
- - Meinung d. Grenzprovinzen 78/Fundort 122–122v; 124/44 49v, 52–52v, 53v
- - preuß. Forderungen 124/44 49–60
- - ständische Anträge (1841) 58/Fundort II 139v–140; 72/Fundort 272v–273
- Sklavenhandel, Vertrag zur Bestrafung (20.12.1841) 194/46 245; 249/47 365–365v

- Saale** (Fluß) 56/Fundort 100v; 333/Fundort 48–48v
- Saalkreis** 55/Fundort II 89v; 123/44 40
- Saar** (Fluß) 215/Fundort 214v
- Saarbrücken** (Kreis) 311/51 131
- Einquartierungslast f. Geistliche/Schullehrer 254/48 49
- Saarbrücken** (Landgericht) 169/45 163; 193/46 225v
- Saarbrücken** (Stadt) 314/51 169, 172
- Sachsen** (ehemals kgl. Landesteile)
- Kirchenpatrone u. deren Beitragspflicht, Entwurf/ständischer Antrag 106/43 125–131v; 198/Fundort 160–160v; 200/Fundort II 169v; 205/Fundort 98–99
- Kohlegruben 207/Fundort 108–109v
- Lehnsrittergüter, Entwurf z. Erwerb durch Bauern (7.2.1845) 289/50 37–42
- Rechtszustand 273/49 1–2v; 310/51 113
- Schulordnung, Brandenburg 408/55 13–14, 22–22v
- Schulbauten
- Sachsen** (ehemals westfäl. Landesteile) 408/55 22v–23
- Dienstgelder
- Sachsen** (Herzogtum [?]) 55/Fundort II 92–92v; 205/Fundort 98, 105v–106; 333/Fundort 35v, 36v
- Feuer-Sozietäten 209/Fundort 121v–122v
- Grundsteuer-Remissionen 57/Fundort 107–107v
- Kriegsentschädigungen (v. 1805/15), ständischer Antrag wg. Ansprüche 207/Fundort 109v–110v; 209/Fundort 121
- Patrone, Beitragspflicht in geistlichen u. Schul-Angelegenheiten 106/43 127v
- Provinzialrecht 58/Fundort I 115–115v; 59/Fundort II 118–121; 61/Fundort I 122–23
- Sachsen** (Königreich) 56/Fundort 99v–100, 101v; 106/43 127; 207/Fundort 109v; 209/Fundort 124v
- Eherecht, Überarbeitung (1834–38) 148/44 312
- Eisenbahn Leipzig-Dürrenberg 299/50 275, 276–276v, 278v–279v
- Kirchenverfassung 303/51 10v–11
- Presserecht 452/57 2–2v, 457/57 55v, 58, 59, 61
- Sachsen** (Kurfürstentum)
- Konsistorialverfassung seit Reformation 232/47 87v–88v
- Sachsen** (Provinz)
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
- - Intelligenzblattzwang 291/50 96–97
- - Kreisordnung 324/52 71–71v
- baupolizeiliche Bestimmungen 190/46 187v–188
- Eisenbahnbau 299/50 278v
- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93
- Finanzen/Steuern
- - Ausdehnung v. Exekutions-Ordnungen 454/57 20–24
- - Grundsteuer, Erlaß in ehem. westfäl. Landesteilen, Entwurf 398/54 246–251
- - Klassensteuer, Kontingentierung 16/39 52; 32/40 189v–192; 338/Fundort 133
- - Servisabgabe, Entwurf 283/49 128–133v

- Forstwesen, Kontrolle d. Hölzer (30.6.1839) 138/44 258
- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 33/40 198v; 182/46 138–139
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 137/44 212v; 253/48 32v–33; 287/49 232–232v
- - Ablösungen, Entwurf z. Erleichterungen (18.7.1845) 162/45 37–42v, 44–46; 271/48 332–346v
- - Ablösungen, Rechtsungleichheit 400/54 270v–271
- - Dienste/-gelder, Fortdauer aus Kgr. Westphalen (23.7./11.12.1845) 286/49 156–188, 287/49 242–255v; 293/50 193–217v; 323/52 30–33v, 38v–41, 344/52 261–264v
- - Laudemien, Ablösung 258/48 95v; 287/49 198, 201v
- Jagdwesen 28/40 128v, 152
- - Teilungs-Ordnung gemeinschaftl. Jagd-Distrikte (7.3.1843), Entwurf 136/44 179, 184–185, 189v–190
- Landtag 188/Fundort 246
- - Propositionen (1841) 16/39 52–52v; 36/Fundort 81–81v
- Ländliche Verhältnisse, gesetzliche Ausnahmen b. Parzellierungen 225/46 434v
- Oberpräsident/-präsidium
- - Dienste/-gelder, Bedenken zur Fortdauer 293/50 193–193v, 196–196v
- - Vereinigter LT u. Petitionsrecht d. Provinzialstände 417/55 109–109v
- Post 344/52 270v
- Provinzialrechte
- - Entwurf zur Revision 40/40 273
- - kgl. Propositions-Dekrete (1841) 40/40 264, 280v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten
- - Parochialleistung b. Grundbesitz (11.11.1844) 16/39 52v; 259/48 111–115, 265/48 224–225
- - Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf 408/55 15v, 17v–23, 27v, 411/55 45
- Sonstige Angelegenheiten, Entwurf z. Gebäudeversicherung in Städten 16/39 52v
- Ständische Angelegenheiten, Verleihung v. Virilstimmen 366/Fundort 196v
- Kirchen- und Schulrechte; Oberlausitz; Ständesachen
- Sachsen** (ständische Anträge bzw. Gutachten) 90/Fundort 90; 93/Fundort 114v
- Abdeckerei 333/Fundort 34v
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten
- - Intelligenzblattzwang 56/Fundort 96v; 209/Fundort 121–121v; 291/50 79, 85v; 331/Fundort 25
- Armenpflege 207/Fundort 115v–116; 333/Fundort 34v, 40–41
- Ausländer 56/Fundort 96–96v
- Beamtenfragen 58/Fundort 114v–115; 333/Fundort 50–50v
- Bergbau 29/40 156; 57/Fundort 110; 207/Fundort 108–108v; 209/Fundort 120–120v; 429/55 212
- Buchhändler, Befürwortung einer Petition 181/46 122v
- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 56/Fundort 101–102v; 57/Fundort 104v–107, 109v; 167/45 101–104v; 207/Fundort 110v; 322/52 4v–5v, 11; 333/Fundort 48–49
- Eisenbahnen 207/Fundort 108, 110v–111
- Feld-Polizei-Ordnung 56/Fundort 98v–99; 333/Fundort 34; 384/54 42v, 44–44v, 46v
- Feuer-Sozietäten/-Versicherung 55/Fundort II 88v–89v, 90v–91v; 56/Fundort 95v–96; 71/Fundort 235v–236; 209/Fundort 121v–122v; 333/Fundort 35v–36v
- Finanzen/Steuern/Zölle 32/40 189; 57/Fundort 107v, 110; 71/Fundort 236v–237; 73/41 212; 207/Fundort 111–115; 209/Fundort 121; 333/Fundort 43v–48; 371/53 151, 153v; 398/54 250v–251
- Fluß- u. Deichangelegenheiten 56/Fundort 100v; 309/51 91–91v, 95v–96; 333/Fundort 49
- Forst- u. Jagdwesen 54/Fundort II 85v; 55/Fundort II 92v–94v; 56/Fundort 96; 61/Fundort I 123, Fundort II 156v–158; 331/Fundort 22
- - Forst- u. Jagd-Polizei-Ordnung, Erinnerungen zum Entwurf 109/43 193ffv–193hh, 193ll–193mmv, 113/43 237–237v, 238v–239, 242, 243v, 252, 253v–254v, 257, 258–258v, 259v–260,

- 114/43 264–264v, 270v–272, 273–273v, 276v, 277v, 279v–280, 115/43 297v, 299v, 305v–306, 307v, 313, 316v–317, 318v–319, 118/44 2–3, 4, 7, 18v–19
- - Waldstreu-Berechtigung, Entwurf 109/43 193bv, 193ev–193g, 193lv–193m, 193xv–193y, 193bbv
 - Gebühren/Stempel 54/Fundort II 86v–87v; 55/Fundort II 88v; 207/Fundort 111v; 331/Fundort 20–20v
 - Geistliche Angelegenheiten 349/Fundort 162v–163
 - Gemeinde-Angelegenheiten 207/Fundort 116–116v, 117v–118; 331/Fundort 25v–28v; 333/Fundort 33v, 41–42, 43v
 - Gendarmerie 209/Fundort 123
 - Gerichtsorganisation/Justizverwaltung 54/Fundort II 86v; 71/Fundort 234v–235; 205/Fundort 97–98, 99–99v; 207/Fundort 107v; 323/52 64v; 333/Fundort 49v–50
 - Gerichtsverfahren 54/Fundort II 87v; 55/Fundort II 88v; 333/Fundort 50
 - Gesinde 209/Fundort 122v–123; 333/Fundort 34, 42v–43v
 - Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 55/Fundort 94v; 56/Fundort 97–99; 71/Fundort 236; 209/Fundort 124v–126v, 127; 292/50 108–108v; 331/Fundort 21–22, 24v–25; 333/Fundort 33, 37–40; 334/Fundort 52v
 - - Ablösungen 162/45 37v–38v; 258/48 101v, 271/48 332v, 334, 336; 400/54 278v
 - - Dienstgelder, Fortdauer 287/49 245v–246, 252–254; 293/50 212v; 323/52 30–32, 34v–35, 38v–40v, 344/52 261–264v
 - - Laudemien 134/44 145–146, 153–154v, 160–160v; 287/49 198, 200, 204
 - Handel/Gewerbe 56/Fundort 96v–97, 100–101; 57/Fundort 109v; 209/Fundort 122v; 333/Fundort 43v; 387/54 111v
 - Industrien 57/Fundort 107v–109v; 58/Fundort I 113; 331/Fundort 22–23v; 333/Fundort 43v–44v
 - Kriegskontributionen 209/Fundort 121
 - Landwirtschaftliche Vereine bzw. Lehranstalten 56/Fundort 97; 209/Fundort 125
 - Lebensumstände (u.a. Steuererleichterungen) 59/Fundort II 117–117v; 71/Fundort 236–236v; 333/Fundort 47v–48
 - Lotterie 57/Fundort 110v; 72/Fundort 268v
 - Medizinalangelegenheiten 205/Fundort 105; 207/Fundort 107v; 223/Fundort 129–129v
 - Meliorationen 333/Fundort 42–42v
 - Militärische Angelegenheiten 205/Fundort 96v
 - Münzen 205/Fundort 105–105v
 - Pensionswesen 360/53 109
 - Polizei u. Bettler/Vagabunden 209/Fundort 123–124
 - Provinzialrechte 58/Fundort I 115–115v; 59/Fundort II 118–121; 61/Fundort I 122–123; 162/45 48; 205/Fundort 105v–106; 223/Fundort 128v
 - Provinzielle Angelegenheiten 36/Fundort 82–82v; 56/Fundort 99v–100; 57/Fundort 111; 60/41 167–168, 169; 205/Fundort 98–104; 207/Fundort 107v–108, 109v–110v, 223/Fundort 115–115v, 128v–129; 331/Fundort 6–17v; 333/Fundort 30v–32v, 36–36v
 - Schul- u. geistliche Angelegenheiten 58/Fundort I 113v–114v; 331/Fundort 4, 17v–20; 333/Fundort 32v–33
 - - Beitragspflicht d. Patrone zu Kirchen- u. Schulbauten 106/43 125–128
 - - Parochialleistungen des Grundbesitzes (11.11.1844), Wünsche 259/48 111v–114v
 - Schutzgelder 331/Fundort 23v–24v; 333/Fundort 33v
 - Stadtverordneten-Versammlungen 207/Fundort 117v; 223/Fundort 130
 - Ständische Angelegenheiten 56/Fundort 99v; 57/Fundort 103v–104v, 110; 58/Fundort I 113; 59/Fundort II 117–117v; 71/Fundort 233–234; 92/Fundort 113; 205/Fundort 104–105; 207/Fundort 107v, 115v–119v; 223/Fundort 128–130; 331/Fundort 4v–6, 18v–19, 28–29
 - - Bescholtenheit 207/Fundort 115v
 - Ständische Institutionen 207/Fundort 116; 331/Fundort 25

- Strafrecht 205/Fundort 105v
- Verjährungsfristen 54/Fundort II 86v; 105/43 120–121
- Viehzucht, u.a. Pferde 56/Fundort 98v, 100v–101; 71/Fundort 235–235v; 209/Fundort 126v–127
- Wechselrecht 331/Fundort 20v–21; 349/Fundort 163–164v
- westfälische Zwangsanleihen, Petitionen 147/44 292v, 294
- Zensurgesetzgebung 209/Fundort 124–124v
- zivilrechtliche Bestimmungen 54/Fundort II 87; 205/Fundort 96v–97; 207/Fundort 112v; 333/Fundort 34v, 49v–50v; 346/52 339–339v, 340v–343v; 363/53 120v
- Sachsen-Altenburg** (Herzogtum)
 - Eherecht (1837) 148/44 311v–312
 - Eisenbahnanbindung u. Gütertransport 299/50 276v
- Sachsen-Coburg und Gotha** (Herzogtum)
 - Regierung über Bahnlinie Erfurt-Eisenach-Frankfurt/M. 47/41 55–55v, 57–57v
- Sachsen-Weimar-Eisenach** (Großherzogtum)
 - Nachdruck, Schutzfrist 195/46 266v, 267v
 - Regierung über Bahnlinie Erfurt-Eisenach-Frankfurt/M. 47/41 55–55v, 57–57v
- Salz**
 - Besteuerung, Sachsen, ständischer Antrag 333/Fundort 44v–46
 - Preisermäßigungen/-nachlässe, ständische Anträge
 - - Rheinprovinz, f. Gewerbe 85/Fundort 201–202
 - - Sachsen, f. einzelne Kreise 207/Fundort 111–111v
 - - Westfalen, f. Fabrikanten 63/Fundort 25–25v
 - Siedsalz, Einkauf, ständischer Antrag Schlesien 330/Fundort 118–118v
 - Verbrauchs-Kontrolle Sachsen, ständischer Antrag auf Aufhebung 207/Fundort 113v
 - Werke in Westfalen 63/Fundort 23; 66/Fundort 38
 - Steuererlaß
- Schankgewerbe**
 - Gastwirtschaften
- Schauen** (Standesherrschaft)
 - Mediatisierung u. Entschädigung 46/41 32–34
- Scheidlitz** (Stadt) 446/56 93
- Schelde** (Fluß)
 - Schifffahrt
- Schenkungen**
 - an Anstalten/Gesellschaften (13.5.1833) u. Zusatzbestimmungen (21.7.1843), Entwurf 101/43 56–58v
- Schiedsmänner**
 - Einführung, ständischer Antrag Posen 189/Fundort 98v–99
 - Erweiterung, ständische Anträge Schlesien/Preußen 68/Fundort 8v–9v; 77/Fundort 110–110v; 78/Fundort 117v–118v
 - Instruktionen, ständische Anträge Posen/Sachsen 317/Fundort 104v–105; 333/Fundort 4
- Schievelbein** (Kreis) 400/54 278a
 - Verwaltung, Zuordnung 287/49 194
- Schifffahrt**
 - allgemein
 - - Nationalschifffahrt, ständischer Antrag 215/Fundort 205–205v; 216/Fundort 217
 - - Schifffbarkeit d. Flüsse 18/39 72–77, 85
 - - Schiffe f. Sklavenhandel, Feststellung von Nationalität u. Gerichtsbarkeit 194/46 245v–247
 - - Stromschifffahrt, Rechtsverhältnisse zw. Eigentümer u. Schiffer 46/41 29–31
 - Binnengewässer zw. Rhein u. Schelde, Abgaben ständischer Antrag 85/Fundort 202v–203

- einzelne Flüsse
- - Lippe, Abgaben/Tarife, ständische Anträge 187/Fundort 226v–227; 319/Fundort 112–112v
- - Oder 345/52 299
- - Rhein 324/52 87, 94v, 96, 99
- - Ruhr 324/52 87v–88v
- - Saar 314/51 169v
- - Warthe 345/52 299
- Prov. Preußen, ständische Anträge 204/Fundort 277v, 278v–279
- Rheinprovinz, Förderung, ständischer Antrag 338/Fundort 150
- Schifffahrts-Ordnung, Königsberg (14.3.1822) 34/40 218
- Schiffmühl** (Kolonie)
- Prozeß gegen den Fiskus wg. Armenpflege 274/49 16–22v
- Schildberg** (Kreis) 61/Fundort II 158–158v
- Schlächter**
- Klassensteuer 371/53 157v–158
- Danzig (Vorstädte)
- Schlachtsteuer**
- Stücksätze, ständischer Antrag Sachsen 207/Fundort 112–112v
- Mahl- und Schlachtsteuer
- Schleibitz** (Herrschaft/Fürstentum Oels)
- Rechtsverhältnisse, Eid auf Untertanenpflicht 231/47 79–86
- Schleichhandel**
- Handel
- Schleiden** (Kreis)
- Berg- u. Hüttenwesen 337/Fundort 115v; 338/Fundort 138–140
- Schlesien** (Herzogtum) 147/44 297v–298, 299
- Gütergemeinschaft u. Erbfolge (11.7.1845), Entwurf 301/50 288–294v
- Provinzialrecht, ständischer Antrag/Entwurf zur Revision 39/Fundort 88–88v; 40/40 272v; 68/Fundort 6–7
- Brieg
- Schlesien** (Provinz) 61/Fundort II 156; 190/46 187v; 309/51 87
- Auswärtige Beziehungen, Kartellkonvention mit Rußland 124/44 49v, 52–52v, 53v, 59v
- Bergbau, zeitweilige Schließung v. Steinkohle-Revier 236/47 157–158v
- Ehe-Angelegenheiten, Rundschreiben Ritters über Mischehen u. Reaktion Preußens 151/44 336–342v
- Eisenbahnanschluß/-bau 290/50 66v, 299/50 275v; 315/Fundort 80; 345/52 312
- Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 47–55v, 276/49 58–93
- Finanzen/Steuern 319/Fundort 107
- - Exekutions-Ordnung, Ausdehnung auf Schlesien 454/57 20–24
- - Grundsteuer, Erlasse 450/56 131–132v
- - Servisabgabe, Entwurf 283/49 128–133v
- Gebühren/Stempel
- - Konfirmationskreuzer in Grafschaft Glatz 15/39 36–37
- - Stolgebühren-Ordnung, Entwurf 455/57 25–26v
- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung
- - Dreidinge, Entwurf z. Abhaltung im ehem. Herzogtum 12/39 8–10v, 16/39 52
- - Patrimonialgerichtsherren gegen Gerichtseingessene (5.7.1844) 251/48 13v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse
- - Ablösungen, Erleichterungen (31.10.1845), Entwurf 162/45 41–42v, 44–46; 271/48 333–333v, 338–338v, 345v–347; 329/52 166–174v

- - Dienste, Feststellung ungemessener *162/45* 43–46v
- - Laudemien, Rückforderung bzw. Ablösung *258/48* 95v, 101v; *287/49* 198–199, 201v; *414/55* 103v–106
- Kirchliche Angelegenheiten *298/50* 265, *302/50* 305v
- - Beisetzung auf fremden Kirchhöfen *318/Fundort* 89–89v
- Landtag *4/38* 78; *16/39* 52; *53/Fundort* 213; *164/Fundort* 53v
- - Abgeordnete mit Doppelfunktion beim Vereinigten LT *418/Fundort* 63
- Lebensumstände, Notlage der Weber *308/51* 78v–79
- Oberpräsidium, Gutachten z. Vermögensverwaltung städt. Patronatskirchen *107/43* 155
- Provinzialrechte *271/48* 324–327v
- - Gütergemeinschaft u. Erbfolge, Vereinheitlichung *301/50* 288–294v
- - f. Schlesien/Glatz, Entwurf zur Revision *16/39* 52
- - u. Statuarrechte, allg. Revision *14/39* 26–27
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten *163/45* 62v; *407/55* 5v
- - Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf *411/55* 45, 50–57v
- Sonstige Angelegenheiten, Feuer-Sozietäts-Ordnung *16/39* 52
- Ständische Angelegenheiten
- - Fürsten u. Standesherrn, Treueeid ihrer Untertanen *49/41* 96–97v
- - Homagialeid, Regelung *258/Fundort* 205v
- - Huldigungs- u. Untertaneneide seit Piastenzzeit *231/47* 79–86
- - jüdische Rittergutsbes., Teilnahme- u. Wahlrecht zu landschaftlichen Kreistagen *49/41* 79–81v
- - Kreisstände, Entwurf über Befugnis z. finanziellen Verpflichtung d. Kreiseingessenen (7.1.1842) *97/42* 35–37
- - Ritterschaft, Laudemialgerechtsame *274/49* 3–5v
- - Virilstimmen, Verleihung *366/Fundort* 196v–197
- Weber-Unruhen (1844) *257/48* 81; *352/52* 384–384v
- Breslau (Fürstbistum); Landschaft(en); Ständesachen
- Schlesien** (ständische Anträge bzw. Gutachten)
- Abdeckerei *328/Fundort* 100
- Armenpflege *328/Fundort* 80v–81, 100v
- Ausländer *330/Fundort* 116v–117
- Bau-Polizei-Ordnung f. Städte *68/Fundort* 3v–4v
- Beamtenfragen *68/Fundort* 19–19v; *328/Fundort* 98; *330/Fundort* 125v–126; *343/Fundort* 61v–62
- Bergbau/-recht *29/40* 156; *69/Fundort* 29–29v; *236/47* 157v–158; *330/Fundort* 122v–123v
- Chausseeangelegenheiten *69/Fundort* 28v–29; *322/52* 3v–4v, 11, 17; *330/Fundort* 111–113, 115v–116
- Eisenbahnen *330/Fundort* 115v–116
- Feld-Polizei-Ordnung *328/Fundort* 100v; *384/54* 44–44v
- Feuer-Sozietäten *68/Fundort* 15v–16; *328/Fundort* 100v–102
- Finanzen/Steuern/Zölle *68/Fundort* 21–21v; *69/Fundort* 30; *330/Fundort* 118, 120–122v
- Fluß- u. Deichangelegenheiten *69/Fundort* 24–27v; *309/51* 91v; *330/Fundort* 113v–115
- - Gewässer *68/Fundort* 17v
- Forst- u. Jagdwesen *68/Fundort* 5v; *69/Fundort* 23; *328/Fundort* 89v–90
- - Forst- u. Jagd-Polizei-Ordnung, Erinnerungen zum Entwurf *109/43* 193ff–193ffv, 193ll, *113/43* 232–233, 234–235, 236–237, 239v, 241v–242, 243, 247v, 248v–249v, 251, 252–252v, 253v, 254v–255v, 256v, 257v–259, *114/43* 262v–263v, 266, 268–269, 270v–270v, 273v, 274v, 277v, 279v–280, 284–284v, *115/43* 290v, 299v, 305v–306, 313, 314, 315v; *118/44* 2, 3v, 12v, 15, 16, 17–17v, 18v, 22–22v

- - Waldstreu-Berechtigung, Entwurf z. VO 109/43 193bv, 193d–193dv, 193g–193h, 193kv–193lv, 193r–193rv, 193xv, 193cc
- Gebühren/Stempel 68/Fundort 14v–15; 328/Fundort 96–96v, 99v; 330/Fundort 118v–120, 123v; 381/53 253
- Geistliche/konfessionelle Angelegenheiten 330/Fundort 106–106v; 348/Fundort 132v–135; 349/Fundort 168–168v
- Gemeinde-Angelegenheiten 328/Fundort 98; 330/Fundort 110v, 124v; 331/Fundort 2v–4
- Gerichtsverfahren 328/Fundort 88v–89; 348/Fundort 135–135v, 136v–137
- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung 68/Fundort 7–7v, 9v–10v, 16–16v; 69/Fundort 22v–23; 72/Fundort 270v; 251/48 11–11v, 12v; 328/Fundort 100; 330/Fundort 124–125v
- Gesetzespublikation 348/Fundort 135–135v
- Gesindewesen 68/Fundort 4v–5v; 72/Fundort 270v–271; 328/Fundort 99v
- Gewerbe-Polizei-Gesetz 69/Fundort 27v–28
- Grenzverkehr bzw. Verhältnis zu Rußland 68/Fundort 21; 69/Fundort 23; 72/Fundort 271–271v
- Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 68/Fundort 7v, 12–14v; 69/Fundort 23–24v; 225/46 432–432v; 328/Fundort 90, 104
- - Ablösungen 162/45 42, 169/45 158–160; 287/49 204; 329/52 166v–170v, 172–172v, 174v
- - Laudemien 134/44 145–145v, 158v–159; 202/48 326–327v
- Hagel-Assekuranz, Schlesien 68/Fundort 18–18v
- Handelsministerium 330/Fundort 116v
- Handel/Gewerbe 68/Fundort 3v; 69/Fundort 28–30; 328/Fundort 103v; 330/Fundort 110v–111, 118–118v
- Industrie 330/Fundort 117v–118
- Juden 348/Fundort 135v–136
- Landschaften, Kreditanstalten 328/Fundort 98v–99
- Lebensumstände/Steuerentlastung 330/Fundort 120–122v
- Lehen/Lehnsrecht 271/48 324–325; 346/52 352–352v
- Maße/Gewichte 330/Fundort 117–117v
- Pensionswesen 360/53 109
- Polizei-Straf-Kodex 328/Fundort 102v–103
- Post/Porto 68/Fundort 18v; 328/Fundort 83–83v, 96–96v
- Presserecht 330/Fundort 106v–110v; 348/Fundort 136
- Provinzielle Angelegenheiten 68/Fundort 11v–12, 16v–17, 20v–21; 328/Fundort 80v; 330/Fundort 113–113v, 115–115v, 120
- Provinzialrechte 40/40 264, 273, 280v, 281v; 68/Fundort 6–7; 162/45 48; 328/Fundort 87–88v
- - Lokalrechte 39/Fundort 88–88v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 68/Fundort 20–20v; 328/Fundort 83v–87, 88v
- Ständische Angelegenheiten 68/Fundort 2v–3v; 72/Fundort 270v; 328/Fundort 90–95v, 97–97v, 99–99v
- - Lehnsrittergüter in ehemals sächs. Landesteilen 289/50 39v, 41v
- Strafrecht 68/Fundort 7v–8v, 15–15v; 69/Fundort 22v
- Veteranen 328/Fundort 81v–83; 330/Fundort 105v–106
- Viehzucht/Tierhaltung 69/Fundort 30; 328/Fundort 103–104v
- Wechselrecht 328/Fundort 89
- Wegeangelegenheiten 330/Fundort 116–116v
- zivilrechtliche Bestimmungen 68/Fundort 8v–9v, 10v–11v; 328/Fundort 89–89v, 100; 330/Fundort 123v–124v; 346/52 338v–340v, 343v–344, 345–345v; 363/53 120v
- Schleswig** (Herzogtum) 412/55 75
- Schleusingen** (Amt)
- Waffen- u. Eisenproduktion, ständischer Antrag auf Förderung 331/Fundort 22–23v

Schleusingen (Kreis) 207/Fundort 111–111v

Schleusingen (Stadt)

- Wahlrecht 331/Fundort 28–28v

Schlüsselburg (Gut) 62/Fundort II 9, 10

Schneeräumung

- Straßen 322/52 13v–15v

Schorlau (Gemeinde) 58/Fundort I 113v

Schornsteinfeger 328/Fundort 103v–104

Schottland (Danziger Vorstadt)

- Gewohnheitsrechte 446/56 93

Schulbauten

- Interimistika in geistlichen und Schulbausachen (12.12.1843)

- - Entwurf 165/45 65–72v

- - ständische Anträge 53/Fundort 216v; 54/Fundort I 222v

- Unterhaltungskosten

- - allg. (21.7.1846), Entwurf 265/48 227–230v; 312/51 136–138

- - Brandenburg (ehem. sächs. Landesteile), Entwurf 452/57 9–9v

- - im ehem. Lippe-Departement 4/38 73–76v

- - Oberlausitz (11.4.1846), Entwurf 357/53 29–39

- - Prov. Preußen 285/49 147–150

- - Sachsen (11.11.1844) 259/48 111–115, 265/48 224–225

- - Schlesien 411/55 53–55

- - ständische Anträge zum allg. Entwurf 315/Fundort 71, 76–76v; 318/Fundort 87v; 328/Fundort

83v; 331/Fundort 4; 335/Fundort 97–97v; 340/Fundort 18–18v

- Urkunden, Ausdehnung der Beweiskraft 305/51 21–23v

→ Ablösungen; Kirche (allgemein); Patronat/Patrone

Schulden

- kurtrierische 249/47 385–394

- lex Anastasiana, Aufhebung 377/53 197

- linksrheinisches, Regulierung u. Ansprüche 249/47 385–394

- Mainzer 249/47 392

- pfälzische 249/47 392

- Rheinprovinz/Westfalen, Forderungen wg. Lieferungen (von 1794/95) 51/41 129–136v

- Saarbrücker 249/47 392

- Trinkschulden, ständischer Antrag 200/Fundort I 260; 202/Fundort 266v; 317/Fundort 105

→ Beamte; Militär; Warburg (Kreis)

Schulen (allgemein/einzelne)

- Bergischer Schulfonds

- - ständischer Antrag 210/Fundort 178v–180; 214/Fundort 199v; 219/Fundort 236v

- - Verwendung f. ev./kath. Schulen 393/54 166–178

- Gleichstellung von Realschule u. Gymnasien, ständische Anträge 210/Fundort 177v–178;

214/Fundort 199v; 219/Fundort 236

- Gymnasien, Prov. Posen 315/Fundort 71–75v, 76v–77v

- - katholische, Reorganisation (1846 ff.) 413/55 79–96v

- - Ostrowo 61/Fundort II 158–159; 62/Fundort I 162v

- Landschulen u. deren Beaufsichtigung, Entwurf über Orts-Schulvorstände 163/45 55–63v

- Posen (Provinz)

- - kath. poln. Mädchenschule, ständischer Antrag 315/Fundort 75v–76

- - Simultanschulen 408/55 23v–24v

- Prov. Preußen, ständische Anträge
- - Hilfsfonds 289/50 31–35
- - höhere Volksschulen, Errichtung in Hohenstein bzw. Schwetz 200/Fundort I 262v–264; 202/Fundort 266v–267v; 204/Fundort 276v
- - Volksschulen 81/Fundort 151v–152, 153–153v
- Schulamts-Seminarien, ständischer Antrag Schlesien wg. Vermehrung 68/Fundort 20–20v
- Schullehrer-Seminarien, ständischer Antrag zu Krotoschin 189/Fundort 101–102v
- Schulpflicht u. Mindestalter, ständische Anträge 90/Fundort 101v–102v; 93/Fundort 115; 331/Fundort 17v–18v; 333/Fundort 32v
- Ablösungen; Gymnasien; Kirche (allgemein); Schulbauten; Sprachen
- Schulordnungen**
- Orts-Schulvorstände, Entwurf über deren Einrichtung 163/45 55–63v
- Schulbeamte, Auseinandersetzungs- bzw. Regulierungskosten, Nutzung v. Grundstücken durch Amts-Nießbrauch 240/47 225–226, 242/47 278v–279, 283–287v
- Schuldeputationen städtische, ständischer Antrag wg. Ordnungsstrafen f. Volksschullehrer 90/Fundort 99–101v; 93/Fundort 115
- Schulgeld i. Regierungsbezirk Arnberg, ständischer Antrag 185/Fundort 220v
- Volksschulen, Entwürfe
- - Brandenburg 406/54 288–296v; 407/55 1–10, 408/55 1–10, 20–20v, 22v–23, 24v, 411/55 45, 46v–47, 50
- - Pommern 411/55 47–50
- - Posen 408/55 23–28, 411/55 45
- - Prov. Preußen (11.12.1845), u.a. Entwurf/ständische Anträge 163/45 53–54v; 200/Fundort I 264v–265; 285/49 144–150v; 289/50 31–31v; 325/52 107–120, 326/52 130–143v; 340/Fundort 18v–19; 406/54 288, 289–290v, 292v–296; 407/55 1–10, 408/55 11–11v, 12v, 13v–14v, 17v–18, 22v–23, 24–24v, 25v, 411/55 50v, 57v
- - Rheinprovinz 411/55 45–47
- - Sachsen 408/55 15v, 17v–23, 27v, 411/55 45
- - Schlesien 411/55 50–57v
- - Westfalen 408/55 28–30, 411/55 45–46
- Volksschulunterricht, Leitung durch Staat oder Kirche 232/47 95v–96, 101v–102, 233/47 113v, 118v–119, 128
- Kirchen- und Schulrechte
- Schutzgelder**
- Domonial-Schutzgelder, ständischer Antrag Sachsen 331/Fundort 23v–24v; 333/Fundort 33v
- Domänendörfer, ständischer Antrag Pommern 335/Fundort 81v
- Schlesien, ständischer Antrag 68/Fundort 12–14v
- Westpreußen, ständischer Antrag 81/Fundort 147–147v
- Schweden** 48/41 61v; 63/Fundort 24v
- Herrschaft über Pommern, Einrichtung des Gerichts in Greifswald 257/48 77–77v
- Verwaltung Neuvorpommerns 294/50 222v, 224
- Schwedt** (Stadt)
- Cholera, Kosten 92/Fundort 110–110v
- Verkehrsanbindung 296/50 244–245v
- Schweidnitz-Jauer** (Fürstentum)
- Lehen, auch Allodifikation von Lehen 134/44 140v, 142–142v; 271/48 324–325
- Rittergüter u. Lehnsverhältnisse, ständischer Antrag 69/Fundort 23v–24
- Schweiz** 314/51 172
- Schwelm** (Stadt) 64/Fundort 33v
- Schwetz** (Landkranken-Anstalt) 200/Fundort I 262–262v

Seehandlung

- Beschränkung im gewerblichen Verkehr, ständischer Antrag Rheinprovinz 335/Fundort 96–97
- Dampfmühle bei Potsdam, ständischer Antrag 198/Fundort 162v–165; 200/Fundort II 169v
- kgl. Interesse am ehem. Pulvermühlen-Terrain Berlin 102/43 81v
- u. Notenemission der kgl. Bank 358/53 59v–60, 98v

Seifersdorf (Kirchgemeinde) 400/54 254

Sekten

- Rongesche 409/55 33v
- Ruppische Sekte, Königsberg 376/53 181; 409/55 33v
- Kirche/auch Konfessionen (allgemein)

Servis/Servissteuer

- Einquartierungslast, Befreiung d. Geistlichen/Lehrer in Rheinprovinz 254/48 48–53
- Kommunallast, ständischer Antrag Pommern 53/Fundort 214; 54/Fundort I 220v–221
- Städte d. östl. Provinzen, Entwurf 283/49 128–133v
- - ständischer Antrag 330/Fundort 110v; 333/Fundort 43v; 343/Fundort 54–54v
- ständischer Antrag Prov. Preußen 204/Fundort 179v

Siegen (Bergamts-Bezirk) 187/Fundort 233

Siegen (Fürstentum) 40/40 273; 74/41 255v; 101/43 51; 318/Fundort 99v

- Ehescheidungsgesetz, Anwendbarkeit 153/44 374–374v
- territoriale Zugehörigkeiten bis 1815 74/41 253v–254
- Arnsberg (Regierungsbezirk)

Siegen (Kreis) 63/Fundort 14; 64/Fundort 31v, 33; 319/Fundort 110–110v; 321/Fundort 126

- Forstwesen, Siegensche Haubergs-Ordnung 26/40 65v, 67
- Wahlzensus, Ausnahme 188/Fundort 241v; 223/Fundort 130v
- Wiesenordnung (28.10.1846), Entwurf 387/54 125–129v

Sklavenhandel

- Bestrafung lt. internat. Vertrag (20.21.1841)
- - preuß. Strafbestimmungen (8.7.1844), Entwurf 194/46 245–248v; 249/47 365–366

Soest (Kreis) 64/Fundort 32v

Soest (Stadt) 40/40 270, 272v; 318/Fundort 97

Soester Versammlung (1843)

→ Juristen-Assoziationen

Solingen

- Fabrikengericht 430/55 222
- Handelskammer 311/51 130–130v

Sonntagsruhe

- Nichtachtung durch Holzdiebstahl 20/39 128–128v

Spandau (Magistrat/Stadt)

- Hinrichtungen, keine öffentlichen 443/56 52–54v

Sparkassen

- Ausleihung d. Bestände durch Kommunen, Bestimmungen bezüglich d. Hypothek 48/41 74–75v
- Überweisung u. Verzinsung, Entwurf/ständischer Antrag Rheinprovinz 338/Fundort 149v–150

Spenersche Zeitung 267/48 237

Spielbanken

- Aufhebung, ständische Anträge
- - Rheinprovinz 338/Fundort 150–150v; 349/Fundort 167
- - Sachsen wg. Köthen 205/Fundort 99v

- einzelne
- - Aachen *192/46* 221v
- - Köthen *144/44* 270; *192/46* 221–221v
- - Spa *349*/Fundort 167
- Spinner/Spinnereien** *64*/Fundort 32v–33
- Maße; Weber
- Sporteln**
- Gebühren; Gerichte; Stempel
- Sprachen**
- Litauisch, Polnisch, Wallonisch *58*/Fundort II 136v–137
- Polnisch in Prov. Posen, diverse ständische Anträge *315*/Fundort 68v–69v, 72–75v, 76v–77v, 87v; *317*/Fundort 97v–99; *347*/Fundort 121v
- - Straßenschilder, zweisprachig *59*/Fundort III 149
- - in Unterricht bzw. Verwaltung *189*/Fundort 99–100v, 109v–110; *197*/Fundort II 153v–154
- - Unterrichtssprache *61*/Fundort II 159–161; *62*/Fundort I 162v; *72*/Fundort 272–272v, 275–276; *413/55* 79v, 85v, 88–88v, 90–95v
- Polnisch/Kassubisch/Deutsch als Unterrichtssprache in Westpreußen, ständischer Antrag *340*/Fundort 20–23v; *342*/Fundort 28–29
- Dolmetscher; Gerichte
- St. Albrecht (Stadt)** *446/56* 93
- Staatsangehörigkeit**
- Graf v. Mielzynski *75/41* 286–287v
- preußische (31.12.1842), ständische Mitwirkung *117*/Fundort 161; *120*/Fundort 179
- Ausländer; Niederlassung
- Staatsanwaltschaft**
- Einführung
- - in Kriminaluntersuchungen *220/46* 359–368v, *225/46* 402–419v; *239/47* 201–211v; *378/53* 215–215v
- - u. Rechtsmittel d. Staates, u.a. Kompetenzen gegenüber Verwaltungs- u. Polizeibehörden *241/47* 235–249v; *353/52* 394–406v
- Rheinprovinz *356/53* 20–20v
- Strafverfahren am Kammer- bzw. Kriminalgericht Berlin *378/53* 206v, 207v–209
- Staatshaushalt**
- Militäretat *419/55* 118, 119v
- ständische Kontrolle *361*/Fundort 164v, 167v, 168v–169; *365*/Fundort 190v–193; *366*/Fundort 197v–201v; *367*/Fundort 203v; *373*/Fundort 235v–236; *390*/Fundort 262v–263; *401*/Fundort 288–290v
- Westfalen, ständischer Antrag *348*/Fundort 132–132v
- Veröffentlichung *370*/Fundort 227–228v; *372*/Fundort 229–229v
- Ständesachen
- Staatskasse**
- u. Akademie Eldena *194/46* 251v–252, 254–254v, 255v–256v
- Staatsministerium**
- Amtseid d. Staatsminister auf Friedrich Wilhelm IV. *2*/Fundort 6
- Amtseinführung von
- - Arnim-Boitzenburg *128/44* 107
- - Bülow, Heinrich v. *113/43* 230
- - Canitz *325/52* 106, *332/52* 195
- - Duesberg *388/54* 130
- - Eichhorn *14/39* 17

- - Flottwell, Eduard Heinrich v. 254/48 45
- - Maltzan 79/42 1
- - Rohr 443/56 51
- - Savigny 109/43 187
- - Schön 12/39 6
- - Thile 14/39 18
- - Uhden 265/48 222
- Befugnisse, Vorbereitung d. Vereinigten Ausschüsse 121/Fundort 194v–195v
- Bürobetrieb, Ausfertigung d. Protokolle/Berichte 16/39 46–47; 271/48 323–323v
- Diätensätze für Staatsminister 456/57 53v
- Differenzen mit König wg. Beschränkung d. Vererblichkeit d. Adels 42/40 310–313
- Ernennungen, Costenoble als VortrR 397/54 220
- Geschäftsgang
- - Bearbeitung legislativer Gegenstände, Vorschläge 147/44 300–302v; 158/45 1–6, 159/45 9–10
- - gleichförmiges Verfahren b. unfreiwilligen Pensionierungen 311/51 124–125
- - Pensionierungen (29.3.1844), Ergänzung 268/48 242–243
- - Sitzungen zweimal wöchentlich (ab Okt. 1844) 268/48 240–241
- - Verfahrensweise bei Vorlegung zu revidierender Entwürfe 161/45 36
- - Immediatberichterstattung, Homogenität oder individuelle Abweichungen 49/41 83–85
- Kompetenzen
- - Bestimmung von Eisenbahn-Fahrpreisen 180/46 111–113v
- - Gehaltsreklamationen 325/52 121–122
- - keine Debatten über Majestätsrechte 367/Fundort 208v
- - Korrespondenz mit Bittstellern, Regelung 135/44 164–166
- - Kompetenzstreit zwischen MdI u. Domänen- u. Forstverw. 20/39 131–133v
- u. legislative Mitwirkung ratgebender Organe, Provinzialstände und Staatsrat 377/53 200–205
- Minister, Leitung d. Sitzungen d. Vereinigten Ausschüsse 132/Fundort 255v–256v, 259v–261
- Provinzialrechte, Revision 40/40 264–281v
- Verfahren z. Vorbereitung u. Dauer der LT-Verhandlungen (28.12.1844) 281/Fundort II 116–119
- [einzelne Ministerien]; Staatsrat
- Staatsrat**
- Befugnisse 56/Fundort 96v, 101
- - Vorbereitung d. Vereinigten Ausschüsse 121/Fundort 194v–195v
- Begutachtung bzw. Beratung von Entwürfen 90/Fundort 90; 195/46 266v, 196/46 283–283v; 305/51 21, 23–23v; 379/53 234–234v; 444/56 66–67
- - allgemein: ständische Mitwirkung b. Beratung 120/Fundort 179, 180–182; 122/Fundort 199; 129/Fundort 225v–228
- - Armenpflege 228/47 23–23v; 327/52 155v–156
- - Ehefragen 164/Fundort 46v–47v; 235/47 144–146, 248/47 360v–364v
- - Ehrenrat f. Justizkommissarien u.a. 392/54 155v; 424/55 167v–168
- - Feldpolizei-Ordnung 384/54 38v–39v
- - Fluß- u. Deichangelegenheiten 269/48 291–293; 309/51 90
- - Forstwesen/Forst- u. Jagd-Polizei-Ordnung 252/48 14; 292/50 127v–128, 130v–131; 306/51 47v, 51
- - Gebühren/Stempel 346/52 336, 338
- - Gemeinde-Angelegenheiten 271/48 349v, 354
- - Gutsherlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 25/40 43, 45; 217/46 317v–318, 319, 221/46 381; 227/47 15v–16v, 19v–20, 228/47 40v–41, 42v–43, 44, 50, 239/47 199v–200, 242/47 289–289v; 258/48 88v, 271/48 345v, 346v–347; 275/49 27–27v, 31, 33v, 43–44, 285/49 137–137v,

- 286/49 159, 174, 182, 287/49 195v–196; 308/51 78v, 84v–85, 320/51 190; 329/52 166–166v, 170, 172v, 174–174v, 346/52 334v–335, 355; 400/54 264, 266v–267
- - Handelsfirmen 451/56 134–135
 - - Holzdiebstahl (7.6.1821), Revision 252/48 14
 - - Konfessionelle Fragen 298/50 261, 263v, 266v, 270v–272; 335/Fundort 98v–99; 405/Fundort 93; 409/55 31–31v
 - - Polizeigerichtsbarkeit, Vereidigung der Stellvertreter 314/51 173–176v
 - - Postgesetz 344/52 294v–295
 - - Provinzialrechte 193/46 238, 220/46 332v–333, 336v–337
 - - Schul- u. geistl. Angelegenheiten 265/48 230v; 289/50 22–25; 312/51 137v–138; 360/53 119v
 - - ständische Angelegenheiten 241/47 231, 234–234v
 - - Strafrecht 310/51 113, 114; 387/54 94
 - - Umweltschutz 292/50 127v, 130v–131
 - - Verzugszinsen 268/48 247v
 - - Wege-Ordnung, allgemeine 322/52 5, 20v
 - - zivilrechtliche Bestimmungen 242/47 276v–277; 320/51 184v; 329/52 164v, 351/52 364v
 - Bürobetrieb, dauernde Anstellung von Hilfsarbeitern 98/42 51–52v
 - Differenzen mit StMinm. bei Begutachtung diverser Entwürfe 144/44 277–284; 245/47 318v, 321v–322v, 330–330v, 335v; 270/48 301–304v; 291/50 77–78; 351/52 365–372; 363/53 120, 124, 127–128v, 130–130v, 132–133, 381/53 243–248, 382/53 260
 - Geschäftsgang (6.1.1848) 353/52 395, 400v–401, 406v; 449/56 118–121v
 - - Bearbeitung legislativer Gegenstände, Vorschläge 147/44 300–302v; 158/45 1–6, 159/45 9–10
 - - Sitzungen in Abstimmungen zum Staatsministerium 268/48 240–240v
 - Kommissionen, Entscheidung über Kompetenzkonflikte 323/52 29–29v; 379/53 227v–229, 230v–231
 - Kompetenzen, Begutachtung d. Entwürfe vor den Ständen 176/45 263v–265v
 - u. ständische Ausschüsse 117/Fundort 165, 167v–170; 119/Fundort 173–173v; 126/Fundort 219
 - Verweisungen von Vorgängen an den 21/39 138–138v
- Staatsschatz**
- ständische Kontrolle 401/Fundort 288–290v
- Staatsschulden**
- Edikt (17.1.1820), Zustimmung der Stände zur Aufnahme einer Staatsanleihe 139/Fundort 107–110v, 140/Fundort 115–115v, 141/Fundort 116–120
 - Staatsschulden-Tilgungs-Etatquantum, Abschreibung d. Ablösungs-Kapitalien b. Domänenzinsen 108/43 174–178
 - Staatsschuldenscheine
 - - Eisenbahnaktien, Gleichstellung 193/46 239v
 - - Zinsenreduktion 122/Fundort 201–204; 126/Fundort 206v–207; 129/Fundort 232v–233
 - ständische Deputation (3.2.1847)
 - - Entwurf 375/Fundort 247–248v; 402/Fundort 298v–299v; 410/Fundort 312
 - - Grundsatzdiskussion 368/Fundort 210–215v
 - u. ständische Kontrolle 361/Fundort 169
 - u. ständische Steuerbewilligungsrecht 367/Fundort 202–202v, 204v, 208v
 - westfälische Zentralschulden 147/44 292–292v, 296v–297
 - Anleihen; Hauptverwaltung der Staatsschulden
- Staatsverfassung**
- Einführung einer allgemeinen, Posen, ständischer Antrag 342/Fundort 36–36v; 347/Fundort 120v–121
 - Ständeversammlung

Staatsverträge

- Auslegung (24.11.1843), Entwurf 194/46 243–244v

Staatswissenschaften

- Studium mit praktischer Ausbildung, Akademie Eldena 194/46 250–250v, 252v–253, 254v–255

Städte/Stadtgemeinden (allgemein)

- Erwerbsrecht f. Grundstücke, Pommern ständischer Antrag 335/Fundort 81v–82
 - Gerichtsbarkeit, Prov. Preußen, ständischer Antrag wg. Kosten 202/Fundort 266v
 - Immediatstädte, Jurisdiktionsberechtigung 102/43 62–63v, 69v–71v
 - Magistrate, Aufnahme von Testamenten 270/48 305
 - Mediatstädte, Patrimonialgerichtsbarkeit 101/43 46–49v
 - Mitglieder, Rechte an Grundstücken/Gerechtigkeiten (26.7.1847), Entwurf 271/48 348–354
 - Stadtbehörden u. deren selbständige Stellung, ständischer Antrag Sachsen 207/Fundort 117v–118
 - ständische Vertretung, dazu diverse ständische Anträge 343/Fundort 48
 - - Bedingungen, u.a. Besitzzeit 189/Fundort 109; 204/Fundort 282v–283; 223/Fundort 130
 - - f. Handelsstädte Prov. Preußen 204/Fundort 282v–283
 - - Petitionsrecht, Rheinprovinz 86/Fundort 225–228
 - - Vermehrung auf Kreis- o. Landtagen 204/Fundort 283; 207/Fundort 116v–119v; 216/Fundort 221–221v; 219/Fundort 234v–235; 328/Fundort 90v–91v, 92v–93; 340/Fundort 2v–8v; 342/Fundort 38–43, 45–46; 350/Fundort 64v–67v
 - Wahlfähigkeit, Preußen 342/Fundort 37–38
 - Wählbarkeit, diverse ständische Anträge 63/Fundort 15–16v; 66/Fundort 37v; 72/Fundort 270v; 83/Fundort 179v–180; 92/Fundort 112v–113; 93/Fundort 115; 95/Fundort 116v; 331/Fundort 28; 340/Fundort 2v–7; 342/Fundort 37–37v
- Einzugsgelder; Gemeinden; Kreistage; Landräte; Zuchthäuser

Städte-Ordnung (17.3.1831)

- Einführung in Rheinprovinz 19/39 106v, 111v–112, 114, 115–117v
- Modifikation § 48, ständischer Antrag 331/Fundort 25v–26v; 333/Fundort 33v

Stadtverordneten-Versammlungen (allgemein)

- Juden, eigene Vertretung 425/55 170v–175
 - öffentliche Sitzungen (23.7.1847), Entwurf 440/56 42, 43–44
 - - ständische Anträge Prov. Preußen/Sachsen/Schlesien 204/Fundort 283–283v; 207/Fundort 117v; 130; 223/Fundort 130; 328/Fundort 97v; 342/Fundort 44–44v
 - Stellvertreter, ständischer Antrag Sachsen wg. Zulassung 331/Fundort 26v–27
- Ständesachen

Ständehaus (einzelne)

- Sachsen, Einrichtung, ständischer Antrag 56/Fundort 99v; 57/Fundort 103v–104v; 59/Fundort II 117v
- - Merseburg 331/Fundort 25v
- Schlesien, ständischer Antrag auf Zuschuß 328/Fundort 95–95v; 331/Fundort 7v–8
- Westfalen, ständischer Antrag 62/Fundort II 6v–8v; 72/Fundort 268v–269

Ständesachen (allgemein/einzelne) 423a/Fundort 39v–40v; 423b/Fundort 41v–42

- Ausübung ständischer Rechte, Bedingungen
- - Ausschluß bzw. Verlust wg. Bescholtenheit (23.7.1847), Entwurf 417/55 112v–113; 438/56 25–33
- - Dauer d. Besitzzeit f. Wählbarkeit, ständische Anträge 63/Fundort 13–16v; 72/Fundort 270v; 85/Fundort 196; 187/Fundort 234v; 198/Fundort 165; 204/Fundort 280, 282–283; 207/Fundort 115v, 116v–119v; 223/Fundort 130; 331/Fundort 28 337/Fundort 114–115v; 338/Fundort 128v–129

- - diverse ständische Anträge 53/Fundort 214; 54/Fundort II 86; 59/Fundort II 117; 66/Fundort 37v; 68/Fundort 2–3v; 189/Fundort 108v–109; 216/Fundort 220; 328/Fundort 90v–91v
- Kollaturrechte
- - (Magdeburgischer) Freitisch-Fonds der Univ. Halle, ständischer Antrag 58/Fundort I 113; 205/Fundort 104–105; 207/Fundort 107v; 223/Fundort 129; 331/Fundort 4v–5v
- Kreis-/Landtage/Stadtverordneten-Sitzungen, ständischer Antrag Posen wg. Öffentlichkeit 189/Fundort 106–108v
- Mitverwaltung an Stiftungen/Instituten, ständischer Antrag Sachsen 331/Fundort 5v–6
- Petitionsrecht, wiederholtes 342/Fundort 33v–35v, 45; 350/Fundort 68–69
- - Posen, ständischer Antrag 347/Fundort 121–121v
- ständische Vertretung (Einzelfälle), ständische Anträge Rheinprovinz 337/Fundort 113–113v, 117v–118
- - Vertretung einzelner Korporationen, ständischer Antrag Prov. Preußen 204/Fundort 282v–283
- Ständischer Beirat 456/57 34
- Viril- u. Kollektivstimmen
- - Ausgleich der Virilstimmen, ständischer Antrag Prov. Preußen 222/Fundort 291–292
- - Vereinigter LT bzw. Ständischer Ausschuß, Stärkung des konservativen Elements 366/Fundort 195v–197
- Wahlen, Verfahren bei ständischen (22.6.1842) 16/39 50v
- - ständische Anträge 54/Fundort II 85v–86; 59/Fundort III 145v–146; 62/Fundort II 6–6v; 63/Fundort 12v; 68/Fundort 2v–3
- Westfalen, Aufnahme in Ritterguts-Matrikel u. Konfessionskonflikt 62/Fundort II 8v–10; 63/Fundort 12v–13
- Immediat-Kommission für die ständischen Angelegenheiten; Kreisstände/Kreistage; Landgemeinden; Provinzial-Landtage/-Stände (allgemein); Rittergüter; Städte; Ständeverfassung; Ständische Ausschüsse; Steuererlaß; Wahlen
- Standesherren** (allgemein)
- Begnadigungsrecht 327/52 158–162v
- Begriffsklärung 125/44 82–83v
- u. Eide
- - Eidesformel d. Untersassen, Abänderung 144/44 275–276v
- - Eidesleistung in Gerichtsprozessen (3.1.1845) 231/47 66–67v; 275/49 23–24
- - Huldigungseid 144/44 275v–276
- - Huldigungs- u. Untertaneneid im Fürstentum Oels 231/47 79–86
- u. Patent (3.2.1847), Entwurf 402/Fundort 299; 410/Fundort 306v–309v
- Post, Vergünstigungen 344/52 273v–274v
- Stimmrecht auf Landtagen, ständischer Antrag Schlesien 328/Fundort 93–95
- Teilnahme an Vereinigten Ausschüssen 132/Fundort 267–268
- Vereinigter Landtag; Vereinigter Ständischer Ausschuß
- Standesherren/Standesherrschaften** (einzelne)
- Bentheim-Steinfurt, Rechtsverhältnisse 180/46 77–77v, 192/46 219–219v; 231/47 68–68v
- Grote, Entschädigungen 46/41 32–34
- Landsberg-Velen, Gerechtsame 191/46 213–216
- Lannoy de Clerveaux (Grafschaft), standesherrliche Ansprüche als Fürsten v. Rheina-Wolbeck 124/44 66–74v
- Rheina-Wolbeck (Fürstentum), Ansprüche wg. Looz-Corswarem 124/44 66–75v
- Salm-Horstmar, Pfändung der Einkünfte/Rente 257/48 75–76; 327/52 146–151; 423/55 154–158
- Salm-Kyrburg/Salm-Salm, Rentenansprüche an Salm-Horstmar 327/52 146–147, 148v, 150
- Sayn-Wittgenstein/bzw. -Hohenstein, Gerechtsame 329/52 179–187v; 374/53 166–170v
- Solms-Braunfels bzw. -Lich 352/52 387

- Stolberg-Roßla, Rechtsverhältnis zum Kurhaus Sachsen 97/42 41–42
- Stolberg-Wernigerode, Begnadigungsrecht 327/52 158–162v
- westfälische, Entwurf z. Revision d. Provinzialrechts 40/40 270v
- Wied, Ansprüche bzw. Konzessionsbefugnis 91/42 8–9; 352/52 385–387
- Wied-Neuwied bzw. Wied-Runkel, Forstgerichtsbarkeit 190/46 179–184v

Ständeverfassung

- Einführung einer allgemeinen Ständeverfassung
- - ständische Anträge 342/Fundort 33v–35v; 350/Fundort 67v–69
- u. Gewaltenteilung 164/Fundort 61v–68
- Itio in partes 201/Fundort 334–335; 219/Fundort 234v–235
- - f. Abänderung d. Ständeverfassung 338/Fundort 128v–129; 340/Fundort 10v–12
- - Rheinprovinz, Stand der Städte 86/Fundort 225–228; 87/Fundort II 245v–246v
- - u. § 47 v. Gesetz (27.3.1824), ständischer Antrag (1845) 331/Fundort 28v–29
- - Vereinigter LT 365/Fundort 192v; 366/Fundort 197; 373/Fundort 233v–234v
- - Westfalen LT, ständischer Antrag 187/Fundort 235–239; 188/Fundort 240v–242; 340/Fundort 10v–12
- Patent (3.2.1847), Entwurf 399/Fundort 276–283v
- Rechte
- - Staatshaushalt und dessen Vorlegung, ständischer Antrag Westfalen 319/Fundort 118v
- - wg. Staatsschuldenwesen 368/Fundort 210–215v; 375/Fundort 247–248v
- - Steuerbewilligungsrecht v. Reichsständen 367/Fundort 202–209
- Reichsstände 36/Fundort 77v–79; 219/Fundort 232v–233v
- - Petitionsrecht in äußeren, militärischen u. ständischen Dingen 370/Fundort 221–228v
- - Petitions- bzw. Steuerbewilligungsrecht 361/Fundort 163v–170; 365/Fundort 190v–194; 366/Fundort 197v–201v; 369/Fundort 216, 220; 390/Fundort 255–258, 260v–261; 399/Fundort 276v–281v
- Volks-Repräsentation, ständische Forderungen u. Regierung dazu 164/Fundort 47v–52v
- Landtags-Abschiede; Ständesachen; Steuererlaß; Vereinigter Landtag; Vereinigter Ständischer Ausschuß

Ständische Ausschüsse

- Befugnisse, ständischer Antrag wg. Erweiterung Rheinprovinz 216/Fundort 222v–224v; 222/Fundort 288v–289v
- Ehescheidungsgesetz, keine Vorlage des Entwurfs (1844) 235/47 144, 147–149
- Einrichtung, ständische Anträge 62/Fundort II 6; 68/Fundort 2v; 71/Fundort 230v–231, 234–234v; 81/Fundort 145
- Eisenbahnbau 290/50 48, 56v
- Gesetzesvorlagen allgemein 417/55 112v
- als Keim für Reichsstände 36/Fundort 77v–79
- Mitglieder, Bestätigung im LT-Abschied (1847) 440/56 40v
- Prov. Preußen, ständische Anträge
- - Entwicklung/Zusammensetzung 78/Fundort 119v–120; 80/Fundort 130–132; 204/Fundort 280v–281v
- - Vermehrung 222/Fundort 290v–291
- Wahlen und ständische Anträge dazu
- - Brandenburg 92/Fundort 112–112v; 132/Fundort 266–266v; 198/Fundort 165v
- - Pommern 53/Fundort 214
- - Posen 59/Fundort III 145v–146; 189/Fundort 105v–106; 315/Fundort 86v
- - Preußen 77/Fundort 110v–111v; 87/Fundort I 156–156v; 132/Fundort 266v; 204/Fundort 280–280v; 342/Fundort 33–33v
- - Rheinprovinz 83/Fundort 178v–179; 216/Fundort 220; 219/Fundort 232–232v; 337/Fundort 112v–113, 114–115v

- - Sachsen 54/Fundort II 85v–86; 132/Fundort 266; 207/Fundort 116; 331/Fundort 25
- - Schlesien 328/Fundort 90, 92v
- - Westfalen 188/Fundort 242v–243; 318/Fundort 92v, 94v, 95
- Wahl-Reglement 36/Fundort 79; 77/Fundort 111v–112; 78/Fundort 120; 83/Fundort 179; 92/Fundort 112v
- Armenpflege; Oberpräsidenten; Vereinigte Ausschüsse; Vereinigter Ständischer Ausschuß
- Stargard** (Korrekations-Anstalt) 54/Fundort I 220–220v; 55/Fundort I 223v
- Steele** (Stadt) 337/Fundort 115v
- Steinfurt** (Grafschaft)
- Bentheim-Steinfurt
- Stempel**
- allg. Gesetzgebung/Gesetze
- - (7.3.1822) und Modifikationen bzw. Revision, ständische Anträge 68/Fundort 14v–15; 207/Fundort 111v; 330/Fundort 118v–120
- - (24.12.1834) und Deklaration (21.6.1844), Entwurf 16/39 50v
- - neues Gesetz, ständischer Antrag 319/Fundort 118v
- Erbaueinandersetzungen 48/41 59–60
- Erbschaft, ständische Anträge 333/Fundort 46–46v; 343/Fundort 58v–59
- - Erbschaftsstempel f. Witwer 212/Fundort 195–196; 214/Fundort 200
- Fideikommiß- u. Familienstiftungen, Stiftungs-Urkunden 310/51 111–112v
- Giro-Papiere, Stempelpflicht 13/39 14v–15
- Kontraventionen/Stempelstrafen
- - unentdeckte bei Gerichten, Ahndung 243/47 298–298v
- - Untersuchung/Bestrafung (7.3.1822) 138/44 236v–237
- - Verwandlung in Freiheitsstrafen (24.5.1844) 243/47 298v–299
- u. Porto-Freiheit, Landtagssachen 328/Fundort 96–97
- Stempel- u./o. auch Sportelfreiheit bzw. Befreiungen, v.a. ständische Anträge
- - Armenpflege 53/Fundort 212v; 54/Fundort I 219v–220v, Fundort II 86v–87; 84/Fundort 191
- - bei Grundstücksverkäufen bzw. freiwilligem -tausch 213/46 305, 306v; 319/Fundort 122
- - Gerichtsvollzieher 215/Fundort 202–202v
- - Gesuche wg. Landwehr und Militär 40/40 289–289v; 90/Fundort 90v–91
- - Vormundschaften 54/Fundort II 87–87v; 55/Fundort II 88v; 62/Fundort II 5v
- Wechselstempel, ständische Anträge 84/Fundort 191–191v; 187/Fundort 230v
- - Aufhebung, Westfalen 63/Fundort 25v
- Gerichte, Gerichtsgebühren/-kosten
- Stendal** (Land- u. Stadtgericht)
- Immediatbeschwerde Bismarck-Bohlen 302/50 296–297v
- General-Kommissionen (einzelne)
- Stenographie**
- bei LT-Verhandlungen, ständischer Antrag 342/Fundort 37v–38; 415/Fundort 24v
- Stephan Witte & Comp.** (Handelsfirma in Iserlohn) 318/Fundort 92
- Stettin** (Land- u. Stadtgericht) 230/47 58v
- Stettin** (Oberlandesgericht) 191/46 208v
- Allodifikation Altvorpommerscher Lehnsgüter 134/44 137–137v
- Lehnshof 137/44 198–199, 201–201v, 204v–205, 207v
- Lehnskurie f. Altvor- u. Hinterpommern 287/49 191v–192
- Lehnstaxen, Gutachten 269/48 263–263v
- Stettin** (Regierung) 403/54 279v
- Exekutions-Ordnung, Vorschläge 454/57 21–22

- Schul- u. Kirchenangelegenheiten
- - Landdotation f. Lehrer 74/41 274–274v, 276v–277
- - Verfahren in geistlichen und Schulbausachen, Beschwerde 165/45 70
- Stettin** (Regierungsbezirk) 250/47 401
- Forstwesen, Untersuchung von Forstkontraventionen 138/44 236–236v
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 411/55 47v–50
- Stettin** (Stadt)
- kaufmännische Korporation 196/46 275–275v
- Magistrat, Beschwerde wg. Kommunallasten 403/54 279–280v, 281v
- Zölle 343/Fundort 55–55v
- Steuerbeamte**
- pensionierte, als Lohnschreiber 249/47 371–372
- im Zollverein tätige, Feststellung des ordentlichen Gerichtsstandes (26.4.1844) 236/47 155–155v
- Beamte
- Steuerbewilligungsrecht**
- König/Königliches Haus; Ständeversammlung
- Steuererlaß** (für 1843)
- Mitwirkung der Stände oder Suspension 117/Fundort 161v–163; 120/Fundort 184–192v; 122/Fundort 199v–204v; 126/Fundort 206–214; 129/Fundort 229v, 231–234v
- Propositionen (1841) 36/Fundort 73; 38/Fundort 83v–84v
- u. Salzsteuer 117/Fundort 161v; 120/Fundort 186v–187, 191; 122/Fundort 199v–204; 126/Fundort 206–214; 129/Fundort 229v, 231–234v
- - durch Ermäßigung des Salzpreises, ständischer Antrag 204/Fundort 277v
- verschiedene ständische Anträge (1841) 53/Fundort 215v; 57/Fundort 110; 61/Fundort II 152v–153; 63/Fundort 26; 68/Fundort 21–21v; 81/Fundort 148; 85/Fundort 197v–198; 90/Fundort 91
- Steuergesetzgebung**
- gleichmäßigere Steuerbelastung i. Rheinprovinz, ständischer Antrag 338/Fundort 144v–145
- Modifikationen, ständischer Antrag Schlesien 68/Fundort 14v–15
- ständische Befugnisse bzw. Mitbestimmung/-wirkung
- - Ausschließung u. Kritik von preuß. Ständen 80/Fundort 133v–143v; 81/Fundort 145v–146v; 87/Fundort I 156v–157v
- - Sachsen 57/Fundort 108–109
- Steuerfreiheit, Klagen wg. Verträgen (vor 1815) 74/41 255v–256, 260–263
- Steuerreform, Entwürfe an den Vereinigten LT 419/55 115–122v, 420/55 123–134, 421/55 134–140v
- Steuerstrafen, Unterbrechung durch Verwaltung 286/49 153–155v
- [einzelne Steuern]
- Steuern**
- Geflügel/Obstwein/Wild, ständischer Antrag Rheinprovinz 84/Fundort 186v–187; 85/Fundort 196
- Exekutions-Ordnungen; [einzelne Steuern]
- Stifte/Stiftungen**
- allg. Obergaufsicht, Ressortverhältnisse 274/49 6–12
- fromme Privat-Stiftungen, ständischer Antrag Rheinprovinz 210/Fundort 180–181
- Sachsen, ständische Mitkontrolle 205/Fundort 101v–102
- Säkularisation, Matthias-Stift Breslau 431/55 231–231v
- Westfalen 36/Fundort 81v–82; 63/Fundort 23; 66/Fundort 38
- Adel; Fideikomnisse; Fräuleinstifte; Kirche/auch Konfessionen (allgemein)
- Stolberg-Roßla** (Grafschaft)
- Rechtsverhältnis zum Kurhaus Sachsen 97/42 41–42

Stolberg-Wernigerode (Grafschaft) 182/46 138v

- Begnadigungsrecht 327/52 158–162v
- Justiz-Kanzlei, Gerichtskosten 182/46 138–139
- Sportelerhebung bei Unterbehörden 270/48 318, 319v–320

Stolgebühren

- allg. Regulierung (27.6.1845), Entwurf 304/51 16v–17, 311/51 123–123v
- - ständischer Antrag Sachsen 331/Fundort 19
- Aufhebung, ständischer Antrag Brandenburg 92/Fundort 103v–104
- Mennoniten im Marienburger Werder 208/46 301–303v
- Schlesien, Entwurf f. neues Reglement 455/57 25–26v

Stolzenburg (Stadt)

- Gewohnheitsrechte 446/56 93

Storkow (Kreis) 74/43 179**Strafgesetzbuch** (14.4.1851)

- allgemeiner Entwurf (1842/43)
- - allg. ständische Beratung/Anträge 117/Fundort 161; 120/Fundort 179v–180; 160/45 24–35; 164/Fundort 45v–46v; 185/Fundort 221v; 189/Fundort 104; 198/Fundort 160; 202/Fundort 269v; 205/Fundort 105v; 223/Fundort 131
- - Bedenken d. Kriegsministers 409/55 37–44v
- - Gegenvorschlag d. rheinischen Stände 211/Fundort 182–184; 212/Fundort 188–191; 214/Fundort 199–201; 216/Fundort 217v–218v; 219/Fundort 230v–232; 222/Fundort 288v–289
- u. Ehebruch, Entwurf 167/47 144–145
- Hochverrat, Entwurf (1846) 409/55 39–43v
- Vollstreckung/Begnadigung, Instruktion
- - Entwürfe (1840/1843) 14/39 21–24; 170/45 198–199v, 171/45 211–214
- Armenpflege; Kriminalgerichtsbarkeit

Strafrecht/-verfahren

- Begnadigungen
- - Begnadigungsrecht f. Departement-Chefs, Gesuche/Fristen 14/39 21–23v
- - bei Steuerstrafen 286/49 153–155v
- Beleidigungen zwischen Zivil- u. Militärpersonen 224/46 391v–393, 397v–398, 400
- Einrede, Anwendung 25/40 51–55
- Polizeigerichtsbarkeit, Vergehen d. Inhaber 385/54 68v–70v
- rhein. Strafgerichte/Strafrecht 110/43 196
- - Angleichung bzw. Abkehr vom ALR (18.2.1842) 50/41 99–125v; 94/42 13–19
- - Regulierung d. Kompetenzen, Entwurf 175/45 245–248
- - Staatsverbrechen, Ahndung 94/42 13–13v, 14v–16v
- Straf- u. Besserungs-Anstalten 77/Fundort 112–112v; 78/Fundort 120
- Strafen/Strafgattungen 175/45 246–247
- - Begnadigungsrecht 327/52 158–162v
- - bei Diebstahl v. Holz- u.a. Waldprodukten 22/39 148–155v; 23/40 14–25v; 177/46 6–7
- - bei Ehebruch 235/47 144–147
- - bei Jagdkontraventionen 24/40 33v–41
- - bei Mißbrauch von fremden Bürgerbriefen 75/41 282–284
- - Personalarrest 355/53 11
- - bei Schulversäumnissen 325/52 113–114
- - Todesstrafe/öffentliche Hinrichtungen 48/41 61–64; 171/45 211–211v; 443/56 52–54v
- - Umwandlung, Vollstreckung rechtskräftiger Straferkenntnisse, Entwurf (1843) 171/45 212, 213v
- - Verlust d. Nationalkokarde bzw. Ehrenrechte 23/40 23v–25; 320/51 185v; 409/55 37v–38v

- Verfahren
- - summarische Untersuchungssachen, Schlußverhör vor erkennenden Richtern (4.8.1844) 258/48 83–87v
- - Vorstellungsfrist vor Richter, ständischer Antrag 317/Fundort 103v–104v
- Züchtigungen
- - gegen nichtaussagende Verbrecher, keine besondere VO 102/43 64–68v
- - Wollstein, Beschwerde 317/Fundort 105v–106
- Amnestie; Kriminalgerichtsbarkeit; Staatsanwaltschaft; Zuchthäuser
- Stralsund** (Regierung) 294/50 218
- Etat, Erhöhung d. Gehaltssätze 43/40 325–327v
- Kompetenzkonflikt, Erhebung 8/Fundort 33–33v, 35; 49/41 82v, 88v–89, 93
- Stralsund** (Regierungsbezirk) 250/47 401; 381/53 254v–255; 411/55 47–50
- Strasburg** (Stadt/Uckermark) 90/Fundort 93
- Straßen**
- Pflastergeld, ständische Anträge Westfalen/Sachsen 57/Fundort 106; 64/Fundort 33v–34; 71/Fundort 236v; 318/Fundort 97
- Radfelgen, ständischer Antrag Rheinprovinz 215/Fundort 208v–209
- Schneeberäumung, ständischer Antrag Westfalen 187/Fundort 223v–226v; 188/Fundort 240v
- Unterhaltungskosten, ständische Anträge 57/Fundort 104v–107; 64/Fundort 29v–30v
- Wege-Gesetz, Vorüberlegung zur Definition von Landstraßen 18/39 72
- Chausseen; Kompetenzkonflikte; Wege-/Ordnungen
- Straßenbau-Fonds**
- Posen u. Provinzial-Straßenbau-Fonds (21.7.1843), Bildung 169/45 161–161v
- - ständischer Antrag 189/Fundort 105–105v; 315/Fundort 81v–82
- Prov. Preußen, ständischer Antrag auf 342/Fundort 43–44
- Strehlen** (Stadt) 68/Fundort 10v–11v
- Strom- und Ufer-Polizei der öffentlichen Flüsse**
- allg. Entwurf 16/39 50v, 17/39, 18/39 68–92v; 309/51 89–90, 96
- - ständische Anträge 53/Fundort 215–215v; 56/Fundort 100v; 61/Fundort II 153–153v; 64/Fundort 27v–28; 69/Fundort 24v–26; 81/Fundort 149–149v; 85/Fundort 202–202v; 90/Fundort 91–91v; 212/Fundort 194
- Weser-Ufer-Polizei-Reglement 319/Fundort 111–111v
- Westfalen, Entwürfe, legislativer Gang 447/56 110–111v
- Stromberg** (Stadt) 337/Fundort 116
- Subhastationen**
- Auseinandersetzungen, ständischer Antrag 205/Fundort 96v–97
- Entwurf z. Zwecke d. Auseinandersetzungen, ständische Anträge 210/Fundort 166v
- Immobilien, ständischer Antrag Rheinprovinz 82/Fundort 169–169v
- Termin 356/53 24–27
- verschiedene ständische Anträge Posen/Brandenburg 189/Fundort 98; 198/Fundort 156v
- Auseinandersetzungen; Lehen/Lehnsrecht
- Süd- und Neustpreußen**
- Patronatsrecht eingegangener kirchlicher Güter 40/41 290–292v
- Preußen (Provinz)
- Suhl** (Stadt) 205/Fundort 102; 331/Fundort 28–28v
- Sukzessionen**
- Erbfolge; Lehen/Lehnsrecht

Tabak

- Anbau, Prov. Preußen 81/Fundort 148v
- Steuerklasse f. Krs. (Neu-)Haldensleben 207/Fundort 113v–114
- Tabaksteuer, ständischer Antrag Posen 61/Fundort II 155–155v

Tagelöhner

- Domanial-Schutzgelder, ständischer Antrag Sachsen 331/Fundort 23v–24v
- Lastenbefreiung, ständischer Antrag Posen 315/Fundort 76–76v

Tarnowitz (Bergamtsbezirk)

- Steinkohle-Revier, zeitweilige Schließung 236/47 157–158v

Taubstumme/Taubstumm-Anstalten

- ständische Anträge
- - Prov. Preußen, Angerburg 81/Fundort 150v–151; 200/Fundort I 262v–263; 202/Fundort 266v
- - Rheinprovinz 337/Fundort 102v–103
- - Sachsen 58/Fundort I 114–114v; 205/Fundort 102v–104; 223/Fundort 128v–129; 331/Fundort 15–17v; 333/Fundort 31v–32v

Taufe

→ Personenstand

Steuern/Taxation

- (30.11.1840) u. Abänderung, ständischer Antrag 315/Fundort 85v–86
- Tax-Ordnung f. ländliche Grundstücke Westfalen (4.6.1856)
- - Entwurf/ständischer Antrag 33/40 204–207v; 312/51 143–150; 319/Fundort 118v

→ Erbteilungen; Gebühren; Lehen/Lehnsrecht

Tecklenburg (Grafschaft) 64/Fundort 28

- Legge-Ordnung (31.3.1842), Entwurf 65/41 177, 178v
- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 270v

Telegraphie

- Eisenbahn, Nutzungsbedingungen 439/56 35–36v

Telgte (Stadt) 63/Fundort 21v–22; 64/Fundort 27v

Tempen (Kirchspiel) 87/Fundort I 156

Templin (Stadt) 90/Fundort 93

Testamente

- dorfgerichtliche, Rechtsgültigkeit 329/52 163–165v
- mystische, ständischer Antrag Rheinprovinz 210/Fundort 166v
- richterliche Mitwirkung 270/48 305v–309
- Westfalen, Aufnahme durch Gemeindebeamte 270/48 305–311; 319/Fundort 121v

Thorn (Stadt)

- Landgebiete 204/Fundort 279v
- - Präklusionsfrist (8.2.1846), Entwurf 289/50 19–21
- Normaljahr (24.11.1843) 192/46 222–223v

Tiegenhoff (Amtsbezirk) 208/46 301v

- ev. Pfarreien, Entschädigung wg. verlustiger Abgaben d. Mennoniten 208/46 301v–302v

Tierquälerei 69/Fundort 30–31; 84/Fundort 190

Tierseuchen/-zucht

→ Abdeckerei; Viehseuchen/-zucht

Tilgung/Tilgungskassen

- Eichsfeld 299/50 281–286v
- - ständischer Antrag 209/Fundort 125
- Paderborn 188/Fundort 252–252v; 285/49 140; 299/50 281, 283v–284, 285
- Posen, ständischer Antrag 189/Fundort 114–114v

- Wittgenstein 285/49 140
- Staatsschulden
- Tilsit** (Kreis) 124/44 57v
- Tilsit** (Stadt)
- kaufmännische Korporation 196/46 275–275v
- ständische Vertretung auf LT 204/Fundort 283; 222/Fundort 291–292
- Tippelskirchen** (Fähranstalt) 207/Fundort 115
- Todesstrafe**
- Strafrecht
- Treffurt** (Stadt) 299/50 281v
- Trempen** (Kirchspiel, Krs. Darkehmen) 77/Fundort 114; 132/Fundort 266v
- Tribunal zu Königsberg**
- Besoldungsetat 256/48 64, 70v–71
- Tribunalsteuer**
- Neuvorpommern, ständischer Antrag 71/Fundort 231v
- Verwendung beim OAppGer. Greifswald 257/48 77–80v; 294/50 220–227v
- - ständischer Antrag 53/Fundort 213–214; 54/Fundort I 219–219v
- Triebwerksbesitzer**
- Nutzungsrechte d. Privatflüsse i. Rheinprovinz 269/48 271–273v, 276v–277, 278v, 283, 284–285, 286–286v
- Trier** (Bistum/Diözese) 88/Fundort II 247v
- Bischofs-Stuhl, ständischer Antrag zu dessen Besetzung 86/Fundort 228v; 88/Fundort II 249v
- Einkünfte erledigter Kuratstellen (3.7.1843), Entwurf 40/40 283–286v; 176/45 268–269v
- Schulden, Rechtsnachfolge u. Ansprüche 249/47 385–394
- Trier** (Landgericht) 33/40 200
- Trier** (Regierung) 176/45 183v–184; 183/46 140; 240/47 230hv
- Bericht z. Anwesenheit d. Förster bei Forstgerichten 237/47 175
- Kompetenzen b. Disziplinar- u. Pensionsachen 110/43 195–196
- Kompetenzkonflikt, Exekutionsmaßregeln 169/45 162–163, 176/45 259v
- Trier** (Regierungsbezirk) 85/Fundort 203v; 311/51 131; 338/Fundort 137
- Einquartierungslast, Befreiung d. Geistlichen/Schullehrer 254/48 49
- Parzellierung u. starke Bodenzerstückelung 52/41 138
- ständische Anträge wegen
- - Klassensteuer-Kontingent 338/Fundort 131–132v
- - Wegebau 338/Fundort 146, 147v
- Virilstimmen f. Grundbesitz, Sicherung 18/39 64–64v
- Trier** (Stadt)
- Handelsgericht 252/48 20, 21v; 311/51 127, 132v–133
- Tumulte**
- Bekanntmachungen (29.9.1846), Entwurf 389/54 135v, 391/54 138–139v
- Köln (1846) 388/54 131–134v, 389/54 135–137v
- Weber-Unruhen im Reichenbacher Kreis (1844) 257/48 81

- Uckermark** 74/43 179
- Uenglingen** (Rittergut) 302/50 296–297v
- Umwelt** (auch -schutz)
- Fischbestände, Schutz
- - Binnengewässer Prov. Preußen 33/40 195v
- - Fischerei-Ordnungen 34/40 212v–214v, 216v–217v, 218v–219, 225

- Flüsse u. deren Ufer sowie Gewässernutzung 53/Fundort 215–215v; 81/Fundort 152v–153v
- - Entwurf Strom- u. Uferpolizei 18/39 68–92v
- Forstkultur
- - Bestrafung von unbefugtem Harzscharren, Entwurf 138/44 249–253, 256–258
- - Erhalt d. Waldungen in Rheinprovinz/Westfalen trotz Eisenhütten 26/40 65v–66v
- - Forst- u. Jagdpolizei, Entwurf (1842) 26/40 64v–74v, 27/40 78v–90v, 28/40 111–111v, 120–125v; 109/43 193mm–193oo, 113/43 232–261v, 114/43 262–288v, 115/43 289–299v
- Versandungen, Gesetzentwurf 292/50 103–174v; 444/56 66–67
- Vorflut (15.11.1811) 242/47 258–259v, 261v–262, 265v–266v, 271, 272–272v, 275v–276
- Wild- u. Tierbestand
- - Entschädigung nach militärischen Truppenübungen 456/57 39–39v
- - Forst- u. Jagd-Polizei, Entwurf (1842) 115/43 299v–305v, 313–319
- - Nachtigallen 83/Fundort 175–175v
- - Schon- u. Jagdzeiten 28/40 128v–132, 146v–147v, 150–151, 43/40 322–324; 115/43 321–325; 325/52 124–127
- - ständische Anträge 55/Fundort II 94–94v; 331/Fundort 22
- Tierquälerei
- Universitäten** (allgemein)
- Oberaufsicht 274/49 9, 10
- Staatsprüfungen 336/52 199–199v
- Universitäten** (einzelne)
- Berlin, Mitglieder beim Ober-Zensur-Gericht 166/45 84v; 427/55 203–203v
- Bonn, ständische Anträge
- - kath. Professur der Philosophie 335/Fundort 99–100; 337/Fundort 102
- - Lehrstuhl f. Rheinisches Recht 210/Fundort 174v–175
- Breslau, Disziplinarsache Hoffmann von Fallersleben 109/43 188–190v, 112/43 227–228v
- Duisburg 393/54 168v
- Düsseldorf, geplante 393/54 168v
- Greifswald, Zuschüsse f. Akademie Eldena 194/46 249–259v
- Halle, Freitisch-Fonds 58/Fundort I 113; 205/Fundort 104–105; 207/Fundort 107v; 223/Fundort 129; 331/Fundort 4v–5v
- Posen (Ghzgtm.), ständischer Antrag 189/Fundort 100–101
- - Errichtung theol./philos.-kamer., ständischer Antrag 315/Fundort 78v
- Unruhen**
- Tumulte
- Urheberrecht**
- Nachdruck schriftstellerischer Werke (11.6.1837) 125/44 78–81
- - Schutzfrist vorheriger Verlagsrechte (5.7.1844), Entwurf 127/44 103–106
- Urkunden**
- Beweiskraft außergerichtlicher U. (kirchliche/schulische/milde Anstalten) 305/51 21–23v
- Glaubwürdigkeit, Entwurf z. Ausdehnung d. AGO-Bestimmungen 240/47 230b–230gv
- Notariats-Urkunden in Fremdsprachen (9.7.1841), Entwurf 15/39 44–45
- Schlesien, ständischer Antrag 328/Fundort 80v

- Varlar** (Schloß) 423/55 155–155v
- Vereine/Vereinigungen**
- Advokaten 392/54 152–153
- Köln (1846), Bürgerwachen 388/54 131–134v
- landwirtschaftliche 56/Fundort 97

- nichtpolitische Vereine (1843) 231/47 71v–72, 73v

→ Juristen-Assoziationen; Lichtfreunde

Vereinigte Ausschüsse

- Einberufung/Kompetenzen (19.8.1842) 141/Fundort 119–120

- - Grundsatzdiskussion 117/Fundort 160–170v; 119/Fundort 171–177; 120/Fundort 178–192v; 122/Fundort 198–204v; 126/Fundort 205v–214; 129/Fundort 225–236; 130/Fundort 237–249v; 132/Fundort 250–255v, 262–268

- Geschäfts-Ordnung (1842)

- - Entwurf 126/Fundort 205v, 214–224v; 129/Fundort 234v–236; 132/Fundort 255–263

- - Grundsätze 121/Fundort 193–197

- Kompetenzen, Erweiterung oder Beibehaltung

- - kgl. Manifest, Entwurf (Okt. 1842) 139/Fundort 107–110v, 140/Fundort 115–115v,

141/Fundort 116–120

Vereinigte Staaten von Amerika 365/Fundort 193v

- Verkehr und Eisenbahn 290/50 54, 65–65v; 345/52 317, 318

Vereinigter Landtag 452/57 3, 456/57 34v

- Begutachtung, Ausschließung bescholtener Personen (23.7.1847) 438/56 25–33

- Bildung (3.2.1847)

- - allg. Grundsatzdiskussion 361/Fundort 161–170; 362/Fundort 177–183; 364/Fundort 184–189; 365/Fundort 190–194; 366/Fundort 195–197v

- - Entwurf 366/Fundort 197v–201; 367/Fundort 202–209; 368/Fundort 210–215v; 369/Fundort 216–220; 370/Fundort 221–228v; 372/Fundort 229–230; 373/Fundort 231–238v; 390/Fundort 255–263v; 401/Fundort 285–293; 402/Fundort 296; 410/Fundort 306–309v

- Denkschrift wg. Ostbahn 444/56 72v–74

- Erste Kammer, Vorschläge zur Bildung 372/Fundort 229v–230; 373/Fundort 231–233v

- Geschäfts-Ordnung (9.4.1847), Entwurf 373/Fundort 235, 236v–238v; 390/Fundort 263; 414a/Fundort 25v–26; 415/Fundort 20–26; 416/Fundort 33–39

- Herrenstand 362/Fundort 177–182v; 365/Fundort 190v; 415/Fundort 25v–26; 416/Fundort 33, 38v; 418/Fundort 63–67

- - Separat-Abstimmung 399/Fundort 279–280; 410/Fundort 306v–311v

- - u. Ritterstand, Viril-Stimmen 366/Fundort 195v–197

- LT-Abschied, Entwurf 440/56 37–44

- Ritterschaft, Stellvertretung bei Doppelfunktion 418/Fundort 63–67

- Vorbereitung des Vereinigten LT

- - Eisenbahnanleihe, Denkschrift 421/55 141–144v

- - Gesetzesvorlagen 419/55 115–122v, 420/55 123–134, 421/55 134–140v, 423/55 153–153v, 425/55 178v–179, 426/55 197

- - Petitionsrecht u. Gesetzesvorlagen 417/55 107–114

→ Ständeversammlung

Vereinigter Ständischer Ausschuß

- Ausschußtag (1848) u. dessen Einberufung 456/57 34–34v

- z. Eisenbahnanschluß nach Polen/Rußland 345/52 307–308v, 311

- Geschäfts-Reglement/Ordnung, Entwurf 373/Fundort 235, 236v–238v; 390/Fundort 263

- Periodizität/Befugnisse (3.2.1847) 456/57 34

- - allg. Grundsatzdiskussion 361/Fundort 161–170; 362/Fundort 177–183; 364/Fundort 184–189; 365/Fundort 190–194; 366/Fundort 195–197v

- - Entwurf 366/Fundort 197v–201v; 367/Fundort 202–209; 368/Fundort 210–215v; 369/Fundort 216–220; 370/Fundort 221–228v; 372/Fundort 229–230; 373/Fundort 231–238v; 390/Fundort 255–263v; 402/Fundort 296–298v; 410/Fundort 309v–311v

Verfassung(en) (allgemein)

- Vergleich mit anderen Staaten 370/Fundort 221v–222, 223, 225; 373/Fundort 231v–233
- Ständeversammlung

Verjährungsfristen 62/Fundort II 5v–6; 185/Fundort 217

- Aufhebung d. provinziellen/statuarischen (15.4.1842), Entwurf 105/43 120–123
- - Einführung kürzerer (31.3.1838), Anwendbarkeit in Provinzen 17/39 59–60v
- - ständische Anträge 53/Fundort 212; 54/Fundort II 86v; 58/Fundort II 137v–138; 78/Fundort 121v–122; 90/Fundort 89v–90; 338/Fundort 151–151v
- Einführung kürzerer in Landesteilen mit gemeinem Recht (6.7.1845), Entwurf 230/47 62–63v
- Rückforderung f. irrtümlich gezahlte Abgaben, *condictio indebiti* 414/55 103–106

Verlagsrecht

- Urheberrecht

Vermieter/Verpächter

- Pfändungen

Versandungen

- Umwelt

Versicherungen/Versicherungs-Anstalten

- Feuerversicherungen; Hagel-Versicherung; Viehseuchen

Versteigerungen

- Holz, ständischer Antrag Posen 62/Fundort I 162v
- Manufakturwaren, ständischer Antrag wg. Beschränkung 85/Fundort 202v

Verwaltungsgerichtsbarkeit

- Zulässigkeit des Rechtsweges
- - gegen polizeiliche Verfügungen (11.5.1842), Entwurf 16/39 55–57a
- - bei Rückerstattungsansprüchen v. Einzugsgeldern 229/47 55b–55dv
- Kompetenzkonflikte

Verzugszinsen

- Befreiung des Fiskus, ständische Anträge 85/Fundort 207–208; 189/Fundort 103v–104; 200/Fundort I 262; 210/Fundort 167v; 212/Fundort 186v; 315/Fundort 80–80v
- Zahlung durch Fiskus (7.3.1845), Entwurf 268/48 244–248; 291/50 77–78

Viehseuchen/-zucht

- Rheinprovinz, ständischer Antrag 337/Fundort 104v–106; 338/Fundort 144v
- Rinderpest u. Bekämpfung
- - ständische Anträge 204/Fundort 284v; 328/Fundort 103–103v; 343/Fundort 51–51v
- - Zwangs-Versicherungs-Anstalten Prov. Preußen 309/51 86–88v
- Westfalen, Zugtiere mit Hufeisen 187/Fundort 233–233v
- - Zuchtstier-Kör-Ordnung 188/Fundort 251–252; 318/Fundort 93v
- Zucht, ständischer Antrag Posen 189/Fundort 114

Volksbewaffnung/Militärische Ausbildung

- Erweiterung, ständischer Antrag (1843) 200/Fundort I 256v–259; 222/Fundort 289v–291

Volksschulen

- Lehrer; Münster (Regierung); Schulen; Schulordnungen

Vormundschaft

- Auseinandersetzungen über Bauerngüter, Autorisation in Westfalen 213/46 307–308
- Frauen; Gerichtsgebühren; Stempel

Vossische Zeitung 267/48 234–235v, 237; 268/48 252–253

Waffen

- u. Eisenproduktion, ständischer Antrag Sachsen wg. Förderung 331/Fundort 22–23v
- Waffengebrauch durch Förster 306/51 45v–47, 53v

Wagenspur (Fuhrwerke)

- Breite (7.4.1838), ständische Anträge Schlesien/Sachsen 330/Fundort 113–113v; 333/Fundort 48v–49

Wahlbezirke (ständische)

- Rastenburg, ständischer Antrag auf Veränderung 77/Fundort 113v–114
- Rheinprovinz, ständische Anträge 337/Fundort 116
- Schlesien, Glogau 328/Fundort 97
- Westfalen 318/Fundort 94–94v

Wahlen

- Kreisstände und deren Wahlrecht, ständische Anträge 59/Fundort III 148v–149; 61/Fundort II 150v–151
- Landtage, ständische Anträge
 - - Bestätigung, Westfalen 340/Fundort 12–14
 - - Offenlegen d. Wahllisten 188/Fundort 245–245v
- Prov. Preußen, Notstands-Kommission 342/Fundort 38
- Verfahren bei ständischen Wahlen (22.6.1842), Entwurf 16/39 50v
- Wahlrecht
 - - aktives, Gemeinden Rheinprovinz 313/51 153–155v
 - - Rheinprovinz, Einkommenszensus f. Gemeinde- u. Bürgerrecht 19/39 117v–118
- (Alt-) Braunsberg; Dreiklassenwahlrecht; Landrat/Landräte; Ständesachen; Ständische Ausschüsse

Waisenfonds

- Suhl 205/Fundort 102

(Großes Militär-)Waisenhaus zu Potsdam 209/Fundort 121

- Privilegien, Aufhebung d. Intelligenzblattzwanges 291/50 79v–100
- Reklamationssache 15/39 39–39v; 110/43 194

Waldbröl (Kreis) 215/Fundort 208

Waldeck (Fürstentum)

- Beamte, Dienstleid 1840 70/41 193v–194

Waldstreu

- transitorische Bestimmung (5.3.1843), ständische Anträge zum Entwurf 55/Fundort 94; 61/Fundort II 152v; 69/Fundort 23; 80/Fundort 132–132v; 90/Fundort 94; 109/43 193b–193dd; 138/44 234–247

Wandersleben (Krs. Erfurt)

- Rechtspartikularität, Aufhebung (1817) 171/45 204v

Wansen (Stadt)

- Partikularrecht 68/Fundort 10v–11v

Wanzleben (Land- u. Stadtgericht)

- Organisationsplan 456/57 52v

Wappen

- Landeswappen im Dienstsiegel, ständischer Antrag Posen 315/Fundort 87–87v

Warburg (Kreis)

- Juden, Ansiedlung 393/54 165–165v
- Kapitalschulden, Verein z. Regulierung, ständischer Antrag 188/Fundort 247v–248
- Notariatsurkunden, Schuldbekennnisse an Juden 262/48 182

Warendorf (Stadt) 340/Fundort 12v

Warschau (Herzogtum) 352/52 382

- Pensionen an Offiziere, ständischer Antrag Posen 59/Fundort III 146v–147v
- westpreuß. Provinzialrecht, Anwendung 221/46 378–378v

Warthe (Fluß)

- Eisenbahnbrücke 290/50 53v; 345/52 298, 299v, 321v; 444/56 69v, 71

Wasserrecht

→ Flüsse; Meliorationen

Weber

- u. Spinner, ständische Anträge wg. soziale Lage
- - Eichsfeld 333/Fundort 44–44v
- - Westfalen 187/Fundort 234–234v; 201/Fundort 334; 319/Fundort 118
- Unruhen Reichenbacher Kreis 257/48 81; 352/52 384–384v

Wechselrecht

- allg. dt. Wechselordnung, Entwurf 379/53 234–234v; 456/57 34–34v
- - ständische Anträge, u.a. wg. Revision 315/Fundort 78v; 318/Fundort 91v–92; 328/Fundort 89; 331/Fundort 20v–21; 349/Fundort 163–164v
- beschleunigte Publikation, ständischer Antrag 92/Fundort 112

Wege-/Ordnungen

- allgemeiner Entwurf 65/41 181–184v, 76/41 304–324
 - - baldige Erlassung, ständische Anträge 330/Fundort 116v
 - - Beratung durch Staatsrat 252/48 14
 - - Propositionsentwürfe Brandenburg/Sachsen (1843) 167/45 101–104v
 - - provinzielle Zusätze 167/45 102v; 322/52 1–20v
 - - ständische Anträge 64/Fundort 28v–29v; 81/Fundort 152v–153; 198/Fundort 161; 207/Fundort 108; 315/Fundort 80v; 318/Fundort 99
 - Kurmark, Chaussee-Bau-Edikt (18.4.1792) 76/41 319
 - Mark (Gfscht.), Chaussee-Reglement (31.5.1796) 76/41 319
 - Posen (21.7.1843) 322/52 6v
 - Preußen 322/52 6v
 - Rheinprovinz (20.1.1841) und ständischer Antrag 215/Fundort 211v; 322/52 6v
 - Rheinprovinz/Westfalen (17.11.1841) 322/52 16
 - - Unterhaltung d. Wege durch kgl. Forste, Regulativ 73/41 221–236; 84/Fundort 189v–190
- Chausseen; [einzelne Provinzen]

Weichsel (Fluß) 204/Fundort 277v

- Befestigungs-Anlagen u. Brückenbau, ständische Anträge 77/Fundort 106–108v; 78/Fundort 116v–117; 80/Fundort 126v; 87/Fundort I 156v; 222/Fundort 290v

Weidewesen

- Forst- u. Jagdpolizei, Entwurf 27/40 95–109v; 114/43 262–288v
- Rheinprovinz (5.7.1844), Einzelhütung u. Nachtweide 276/49 96
- - ständische Anträge, u.a. wg. Servituten 83/Fundort 176–176v, 177v; 84/Fundort 184
- Schafe, Rittergüter Eichsfeld 299/50 281v, 282v
- Vieh, Feldpolizei-Ordnung (1.11.1847), Entwurf 275/49 49–55v

Wein/Weinbau

- u. Exekutions-Ordnung 454/57 22–22v
- Hagel-Versicherung in Rheinprovinz 49/41 77
- Handelsbeschränkung b. Warenbestellungen (8.12.1843), Entwurf 184/46 165v
- Not, ständischer Antrag 218/Fundort 228v; 338/Fundort 142–142v
- Sachsen 57/Fundort 109v, 111
- Steuer bzw. Preis, Entwurf f. Rheinprovinz 176/45 265–265v
- - ständische Anträge 85/Fundort 198v–200v; 88/Fundort II 249; 212/Fundort 194v–195
- Westfalen 285/49 140

Weinkauf

→ Laudemien

Wenden

- Formalia bei Gerichtsverhandlungen gegen (11.5.1843), Erarbeitung 45/41 16–20v

Werden (Grafschaft) 82/Fundort 167

Wesel (Stadt) 211/Fundort 184v

- Ansprüche aus Zeit der Fremdherrschaft 404/54 285–287

- Eisenbahnanbindung 324/52 94, 95, 97v

Weser (Fluß)

→ Strom- und Ufer-Polizei d. öffentl. Flüsse

Westfalen (Herzogtum) 62/Fundort II 10v; 63/Fundort 24v; 185/Fundort 217v; 187/Fundort 222v–223v; 318/Fundort 94v, 99v; 400/54 260v

- Ablösungs-Ordnung (18.6.1840) 25/40 48–48v

- Ehescheidungsgesetz, Anwendbarkeit 153/44 374–374v

- Einführung preuß. Gesetzgebung 101/43 51–51v

- Kunstschätze, ständischer Antrag wg. Rückforderungen an Ghzgtm. Hessen 64/Fundort 25v–26; 66/Fundort 38

- Provinzialrecht, Entwurf zur Revision 40/40 271v

- Wegebau 64/Fundort 29v–30v; 322/52 7

→ Arnberg (Regierungsbezirk)

Westfalen (Provinz) 209/Fundort 124v; 398/54 253

- Allg. Verwaltungsangelegenheiten

- - Exekutions-Ordnung (30.6.1845), Entwurf/Ausdehnung 285/49 138–141v; 308/51 72–75; 454/57 20, 21, 24

- - Intelligenzblattzwang 291/50 96–97

- - polizeiliche Strafgerichtsbarkeit, Handhabung 236/47 159v–160

- bau- u. feuerpolizeiliche Vorschriften 190/46 186v, 196v; 380/53 235v–236

- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 322/52 7, 16

- - Unterhaltung d. Wege durch kgl. Forste, Regulativ 73/41 221–236

- Feldpolizei-Ordnung, Entwurf 275/49 47v–48v, 276/49 82v, 91, 93–96; 384/54 38–39v

- Finanzen/Steuern

- - Grundsteuer-Kataster, Revision (14.10.1844) 163/45 51v–52v

- - Hypotheken-Regulierung im OLG-Bez. Arnberg, VO/Instruktion 230/47 64v

- - Hypotheken u. Grundsteuer-Kataster, Antrag auf Verbindung 16/39 52v

- Forstwesen 138/44 258

- - Erhalt d. Waldungen trotz Eisenhütten 26/40 65v–66v

- Gemeinde-Angelegenheiten

- - Einzugsgelder, Entwurf wg. Befugnis zur Erhebung 277/49 107–111

- - Gemeindebeamte, An- u. Aufnahme von Testamenten 270/48 305–311; 319/Fundort 121v

- - Gemeinderecht, Ausübung 313/51 155, 157v–158

- - Gemeinde-Verfassung in Städten, Einrichtung 16/39 53v; 70/41 196

- - Landgemeinde-Ordnung (31.10.1841), Entwurf/Publikation 4/38 76; 16/39 53v, 18/39 62v–66, 19/39 105–106, 117–118; 70/41 196

- - Rittergüter und deren Stellung zum Gemeinde-Verband 18/39 63v–64

- - Schulbauten, Finanzierung vor 1815 4/38 73–76v

- Gerichtsverfassung/Justizverwaltung, Befugnisse d. Einzelrichter 33/40 198v

- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 258/48 95v

- - bäuerliche Erbfolge 31/40 167–179, 180v; 170/45 188–188v; 213/46 304–308v

- - Dienstgelder zurück in Naturalgelder 245/47 328–328v, 331v

- - Lehns- u. Heimfallsrecht, auch in Altmark 228/47 44–49v

- Handel/Gewerbe, Entwurf z. Schutz d. Fabrikzeichen (18.8.1847) 430/55 220–228

- Jagdwesen 28/40 128v, 151v–152
- - Teilungs-Ordnung gemeinschaftl. Jagd-Distrikte (7.3.1843), Entwurf 136/44 179–183v, 185–189
- Kreisstände, Befugnisse (25.3.1841) 39/Fundort 85
- - Gesetzesbegutachtung 447/56 110v–111v
- Ländliche Verhältnisse 217/46 330
- - Anlegung neuer Ansiedlungen (11.7.1845), Entwurf 308/51 77–85v
- - Gemeinheitsteilungs-Ordnung f. Provinz u. Kreise Duisburg/Rees, Nachtragsentwurf 16/39 52v; 34/40 227–228v
- - Kommunalverfassung, Gutachten Haxthausens 123/44 33–36
- - Parzellierungen u. neue Ansiedlungen 225/46 434v; 254/48 43–44
- - Tax-Ordnung, Entwurf 33/40 204–207v; 312/51 143–150
- Landtag
- - Geschäftsgang/Öffentlichkeit/Periodizität/Tagungsort 62/Fundort II 6; 188/Fundort 243–246v; 223/Fundort 130v–131; 347/Fundort 123–123v
- - Itio in partes 187/Fundort 235–239; 188/Fundort 240v
- - Mißbilligung durch König (1841) 66/Fundort 39–41v
- - Propositionen (1841) 16/39 52v; 36/Fundort 80–82
- Oberpräsident/Oberpräsidium
- - z. Ansiedlungen, Kontrolle/Beschränkung (Entwurf) 227/47 19–20v
- - Eisenbahn Köln-Minden, Bericht 292/50 176v–177, 178, 183–183v, 189, 190v
- - Landgemeinde-Ordnung, Einwände zu Entwurf 19/39 106v–107v
- - Legge-Ordnungen, Entwürfe 65/41 177–179v
- - Minden-Ravensbergische Ritterschaft, Klärung d. Erbfolge 208/46 300v
- - Tax-Ordnung, Umarbeitung des Entwurfs 312/51 149–149v
- Provinzial- u. Partikulargesetze, Sammlung 276/49 56–57
- Schul- u. geistliche Angelegenheiten 407/55 5v
- - Beisetzungen auf fremden Kirchhöfen (15.3.1847) 413/55 77–78
- - Kirchenverwaltung 232/47 106–106v, 233/47 127–127v
- - Schulordnung f. Volksschulen, Entwurf 408/55 20, 28–30, 411/55 45–46
- Sonstige Angelegenheiten, Hagel-Versicherung (8.8.1831) u. Modifizierung 49/41 76–76v
- Ständische Angelegenheiten
- - Gesuch von Mitgliedern d. westfäl. Ritterschaft 135/44 164–166
- - Jagdgerechtigkeit 241/47 231–234v; 275/49 25–26
- - Standesherrn, diverse Rechte 18/39 65v–66; 132/Fundort 267–268
- - Virilstimmen, Verleihung 366/Fundort 196–196v
- zivilrechtliche Bestimmungen, Vereinheitlichung b. ehelichem Güterrecht 271/48 328–331v, 272/48 355–355v; 426/55 180–182
- Bürgermeister; Gütergemeinschaft; Juden
- Westfalen** (ständische Anträge bzw. Gutachten) 57/Fundort 110v; 447/56 110–111v
- Abdeckerei 318/Fundort 93
- Allg. Verwaltungsangelegenheiten 270/48 305, 311; 319/Fundort 121–121v
- - Intelligenzblattzwang 291/50 85v; 318/Fundort 92–92v
- Armenpflege 318/Fundort 96
- Beamtenfragen 63/Fundort 22–23; 64/Fundort 34–34v; 66/Fundort 38; 319/Fundort 118v–120, 123v; 340/Fundort 14v
- Bergbau/Gewerkschaftskasse 64/Fundort 28v; 72/Fundort 269–269v; 187/Fundort 229v–230, 231, 233
- Berggesetz/-recht 29/40 156; 63/Fundort 26; 429/55 213v

- Chaussee- u. Wegeangelegenheiten 64/Fundort 28v–32; 187/Fundort 222v–227v, 229v–230v, 231v–232v; 188/Fundort 240v; 318/Fundort 99; 319/Fundort 108v–111; 321/Fundort 125v–126; 322/52 3v–4, 7, 11v, 16–17
- Eisenbahnen 64/Fundort 33–33v; 318/Fundort 99–100
- Feld-Polizei-Ordnung 188/Fundort 250–250v
- Feuer-Polizei/-Sozietäten/-Versicherungen 63/Fundort 17, 18v–19; 188/Fundort 248–248v; 318/Fundort 97
- Finanzen/Steuern/Zölle 63/Fundort 21v–22, 25; 64/Fundort 33v–34; 187/Fundort 227v–228v, 231–231v; 188/Fundort 240v, 249–249v; 201/Fundort 333–333v; 285/49 141v; 308/51 72–75; 319/Fundort 103–107v, 112v–118, 120v; 371/53 151, 153
- Fluß- u. Deichangelegenheiten 18/39 71–71v; 64/Fundort 27v–28; 318/Fundort 98–98v; 319/Fundort 111–111v
- Forst- u. Jagdwesen 62/Fundort II 4v–5; 63/Fundort 23v; 318/Fundort 98
- - Forst- u. Jagd-Polizei-Ordnung 109/43 193hh–193ii, 193llv–193mmv, 113/43 233, 237, 239, 245v, 246v–247v, 249v, 251, 256, 258v–260, 114/43 262, 266v, 268, 271, 277v, 282v, 283v, 284v, 285v, 287, 115/43 293, 299v, 305v–306, 313v–314, 317v, 320v; 118/44 4v, 17, 21–21v, 24
- - Waldstreu-Berechtigung, VO, Entwurf 109/43 193rv
- Gebühren/Stempel 63/Fundort 25v–26; 185/Fundort 216–217v; 187/Fundort 230v; 318/Fundort 92v; 319/Fundort 118v, 122; 397/54 229
- Gemeinde-Angelegenheiten 62/Fundort II 10–10v; 188/Fundort 247–247v; 318/Fundort 96v–97
- Gendarmerie 188/Fundort 249v
- Gerichtsorganisation 62/Fundort II 5; 319/Fundort 122v–124v; 428/55 208
- Gerichtsverfahren 201/Fundort 334; 318/Fundort 91v; 319/Fundort 123v–124
- Gesinde 318/Fundort 92v
- Gutsherrlich-bäuerliche/ländliche Verhältnisse 62/Fundort II 5, 10v–11v; 63/Fundort 20v–21v; 66/Fundort 37v–39; 111/43 211–215; 187/Fundort 233–233v; 188/Fundort 249v–250; 292/50 108–108v; 318/Fundort 92, 98v–99; 346/52 353
- - Ablösungen 258/48 92v–93; 400/54 261–261v, 265, 278v
- - Ansiedlungen/Parzellierungen 213/46 307v–308; 227/47 18v–20v; 308/51 77–80
- - Erbfolgegesetz 188/Fundort 250v–252; 201/Fundort 333v
- - Laudemien 134/44 145–145v, 158v–159
- Handel/Gewerbe 63/Fundort 18v–19; 64/Fundort 32–32v; 185/Fundort 214v, 215v–216; 187/Fundort 228v–229, 230v–231, 233–234v; 318/Fundort 91, 92; 319/Fundort 107v–108, 120v–121
- Handelsfirmen 319/Fundort 108–108v
- Handelsgerichte 348/Fundort 131v–132
- Industrien 63/Fundort 25–25v; 64/Fundort 32; 319/Fundort 118–118v, 120–121v
- Juden 318/Fundort 95–95v
- Justizkommissarien, Kollegien 424/55 160v
- Landwirtschaft 318/Fundort 97–98
- Lebensumstände (u.a. Alkoholismus; Spinner/Weber) 63/Fundort 19–20v; 187/Fundort 234–234v; 201/Fundort 334; 319/Fundort 118
- Legge-Ordnungen 64/Fundort 28; 65/41 177
- Maße/Gewichte 187/Fundort 229–229v
- Meliorationen/Entwässerung 187/Fundort 231v–232
- Militärische Angelegenheiten 63/Fundort 17–17v; 185/Fundort 213v–215
- Pensionswesen 360/53 108v–109
- Postgesetz 63/Fundort 23–23v; 318/Fundort 87
- Pressefreiheit 340/Fundort 14v
- Provinzial-Hilfs-Kasse 63/Fundort 20v

- Provinzialgesetze/-rechte 40/40 264, 266–267, 273, 280v; 62/Fundort II 10v; 64/Fundort 36–36v; 162/45 48; 185/Fundort 221v
- Provinzielle Angelegenheiten 63/Fundort 12v, 17v–18, 23–25; 64/Fundort 27v, 35v–36; 66/Fundort 38; 185/Fundort 217v–218, 221–221v; 187/Fundort 235; 188/Fundort 252–252v; 318/Fundort 87v–88v, 95v–97; 319/Fundort 104v–105, 111v–112; 347/Fundort 123v–124
- Schifffahrt 187/Fundort 226v–227; 319/Fundort 112–112v
- Schul-, geistliche/konfessionelle Angelegenheiten 62/Fundort II 6v–8v; 64/Fundort 34v–35; 72/Fundort 269v–270; 185/Fundort 218–220v; 318/Fundort 84–87v, 88v–91; 319/Fundort 102–103
- Staatshaushalt 348/Fundort 132–132v
- Ständische Angelegenheiten 62/Fundort II 8v–10; 63/Fundort 13–16v, 26; 66/Fundort 37v; 72/Fundort 268v–269; 92/Fundort 113; 187/Fundort 234v–239; 188/Fundort 240v–244, 246v–247; 201/Fundort 334–335; 223/Fundort 130v–131; 318/Fundort 93v–95; 319/Fundort 118v; 340/Fundort 7–7v, 9–15v; 342/Fundort 24v
- - Bescholtenheit 188/Fundort 246v
- Ständische Gremien/Versammlungsort 62/Fundort II 6–6v; 72/Fundort 268v–269; 318/Fundort 92v, 94, 95; 342/Fundort 24v–25
- Strafrecht 185/Fundort 221v; 188/Fundort 248v
- Tax-Ordnung 312/51 144, 149v
- Universitäten/Akademien 64/Fundort 35–35v
- Verein zur Schuldenregulierung 188/Fundort 247v–248
- Verjährungsfristen 62/Fundort II 5v–6; 185/Fundort 217
- Verwaltungsorganisation (Provinz/Kreis) 63/Fundort 16v–17
- Viehzucht 63/Fundort 20v–21; 188/Fundort 251–252; 318/Fundort 93v
- Wechselrecht 318/Fundort 91v–92
- zivilrechtliche Bestimmungen 62/Fundort II 5–5v; 185/Fundort 215–216; 188/Fundort 248v–249; 318/Fundort 91, 93–93v; 319/Fundort 108, 122–122v; 363/53 120v, 128
- Westfalen (Königreich) 287/49 249**
- Auflösung u. Zwangsanleihen 147/44 291–299
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 4/38 78–99
- - Gemessenheit d. Baudienste 35/40 241–248v
- - Reallasten, Ablösung 239/47 198
- - Verwandlung ungemessener Dienste (21.4.1825), Unabänderlichkeit 245/47 318–342v
- Patrimonialgerichte, Kompetenzen 288/50 3v–7v
- Altmark; Dienstgelder; Sachsen (Provinz); Zwangsanleihen
- Westpreußen 290/50 61–61v; 340/Fundort 17v**
- bau- u. feuerpolizeiliche Vorschriften 380/53 236
- Besitzverhältnisse, ständischer Antrag 204/Fundort 285
- Bodenschätze, Regalität 221/46 374–378
- ehemals polnische Landesteile, Hochverratsprozesse 378/53 206–206v, 217–217v, 220–225v
- Eisenbahnanbindung 444/56 69v, 71
- Erbfolge, adlige 220/46 338–349v, 356–358v
- Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse u. Präklusionsfrist (8.2.1846), Entwurf 289/50 19–21
- Homagialeid, Regelung 258/Fundort 205v
- Kassuben in Pomerellen, ständischer Antrag wg. Sprachenproblem 340/Fundort 20–23v
- Kirchliche Angelegenheiten, Verwaltung von kath. Kirchenvermögen 52/41 145–146v
- Meliorationen, Expropriationen im Krs. Konitz 323/52 42–63v
- Normaljahr (24.11.1843) 192/46 222–223v

- Provinzialgesetzgebung 193/46 231v–238v
- - ostpreuß. Provinzialrecht, Ausdehnung b. Erbteilungstaxen bäuerlicher Grundstücke 227/47 12–14v
- Regierungs-Instruktion (21.9.1773) 220/46 340v, 346–346v, 221/46 373
- Schutzgelder, ständischer Antrag 81/Fundort 147–147v
- Wegeangelegenheiten, Wege-Reglement 249/47 368v
- Adel; Preußen (Provinz)
- Westpreußisches Provinzialrecht** (19.4.1844) 301/50 292–292v
- Entwurf 220/46 332–358v, 221/46 369–379
- Wohnheitsrechte, örtliche als Abweichungen 446/56 98–103
- Modifikation (§ 44), Deichpflicht 456/57 35–37
- Regalität 193/46 233–235
- Revision des alten, ständische Anträge/Bescheidung 77/Fundort 108v–109v; 202/Fundort 269v–273; 204/Fundort 276v–277
- Wettin** (Kgl. Haus)
- Rechtsverhältnis der Gfscht. Stolberg-Roßla zum Kurhaus Sachsen 97/42 41–41v
- Wetzlar** (Stadt)
- Gemeinde-Ordnung d. Rheinprovinz (14.3.1845), keine Einführung 259/48 117v
- Gymnasium 393/54 172
- Post 339/52 210v
- Reallasten, Ablösung 269/48 288v
- Zwangsverkauf, Einführung d. Naussauer Gesetzgebung (v. 25./26.8.1812) 236/47 152–154v
- Wied-Neuwied** (Fürst/Fürstentum)
- Ansprüche, Forstgerichtsbarkeit 190/46 179–184v
- Mediatisierung u. Entschädigung 91/42 8–9
- Wiesbaden** (Hofgericht)
- Appellationsgericht f. Ostrhein nach 1806 101/43 50v–51
- Wild**
- Diebstahl; Forstwesen; Jagdwesen; Umwelt
- Wildenburg** (Herrschaft) 400/54 269v
- Windmühlen**
- Aufnahme in Feuer-Sozietät, ständischer Antrag Sachsen 333/Fundort 36v
- Wirsitz** (Kreis) 58/Fundort II 138v
- Wispelmaß**
- Maße
- Witte & Comp.** (Iserlohn) 318/Fundort 92
- Wittenberg** (Hauptamtsbezirk) 250/47 395
- Wittgenstein** (Grafschaften) 63/Fundort 24v
- Anwendbarkeit des Ehescheidungsgesetzes 153/44 374–374v
- Arnsberg (Regierungsbezirk)
- Wittgenstein** (Kreis) 63/Fundort 14
- Tilgungskasse 285/49 140
- Wahlzensus, Ausnahme 188/Fundort 241v; 223/Fundort 130v
- Wittgenstein-Wittgenstein** (Grafschaft)
- Regierungsrechte u. Abgabenverhältnisse 329/52 179–187v
- Rezeß (7.2.1846) 374/53 166–170v
- Witwen-Kassen** 90/Fundort 92; 95/Fundort 118v
- Reglement (28.12.1775), ständischer Antrag wg. Revision 85/Fundort 213–215; 86/Fundort 216v
- Lehrer

Wohltätigkeits-Anstalten

- Ablösungen von Leistungen, Entwürfe *137/44* 210, 231v; *270/48* 301–304v; *285/49* 137–137v; *381/53* 243–248

- öffentliche, Kostenfreiheit bei Prozessen *203/46* 289–289v

- Urkunden, Beweiskraft *305/51* 21–23v

Wollstein (Stadt- u. Landgericht)

- Steuerstrafen, Recht d. Regierung auf Unterbrechung *286/49* 153, 154, 155v

- Züchtigung, ständische Beschwerde *317/Fundort* 105v–106

Worbis (Kreis) *333/Fundort* 45–45v, 48v

- Tilgungskasse, Geltungsbereich *299/50* 281v

Worbis (Stadt)

- Advokaten-Vereine *231/47* 69, 71v

- Kirchenverfassung *303/51* 10v–11

- Tilgungskasse, Geltungsbereich *299/50* 281v

- Verkehrsanbindung *314/51* 172

Wünschelburg (Stadt) *330/Fundort* 124**Württemberg** (Königreich) *373/Fundort* 232–232v**Wusterhausen** (Herrschaft)

- Heimfall an die Krone *255/48* 57–59

Zauch-Belziger-Kreis

- Kirchen- u. Schulbausachen *452/57* 9

Zechen

→ Bergbau und Hüttenwesen; Kohle

Zehntschnitter *271/48* 335, 338v**Zeitschriften/Zeitungen**

→ Presse/Presserecht; [einzelne Zeitungen]

Zensoren

- Instruktion (31.1.1843), Entwurf *156/44* 401v–402v

- - Druckerlaubnis, Artikel über die „Lichtfreunde“ *267/48* 234–235v, *268/48* 252–253

- - Vermeidung v. Beleidigungen befreundeter Regierungen *267/48* 235v–236v, *268/48* 249–252

Zensurbehörden

- allg. Organisation (23.2.1843), Entwurf *151/44* 343–356, *155/44* 382–399v, *156/44* 400–402v; *166/45* 83–97

- Instruktion (31.1.1843), Entwurf *156/44* 401v–402v, *157/44* 403–406v

- - Modifikationen *267/48* 234v, 236–236v

- Kompetenzabgrenzung *277/49* 103–105v

- Ober-Zensur-Gericht/-Kollegium

- - Abänderungen, Entwurf (1841) f. Regulativ *37/40* 260–263v

- - Einrichtung (4.2.1843) und Organisation (23.2.1843), Entwürfe *155/44* 387–388, 392–393; *166/45* 83–97

- - Gutachten z. Druckerlaubnis f. einen Artikel d. Vossischen Zeitung *268/48* 252v–253

- - Kompetenzen *151/44* 350, *154/44* 376–379v, *155/44* 382–387, *156/44* 400–401v; *277/49* 103–105v

- - Zusammensetzung (Entwurf/Mitglieder) *89/42* 3–4v; *154/44* 379v–381v; *427/55* 202–203v

- Stärkung ihrer Position gegenüber Zeitungsinhabern *267/48* 238

- „Zensurministerien“, Reorganisation d. Ober-Zensur-Kollegiums *89/42* 3–4v

Zensurgesetzgebung

- Aufhebung bzw. Lockerung 457/57 55, 56–57, 58v, 59v, 61, 62
 - - ständische Anträge 83/Fundort 180–182; 84/Fundort 184–184v; 85/Fundort 195v–196; 317/Fundort 96v–97v
 - Bundesbeschlüsse (1819, 1824) 37/40 261–262
 - Druckerlaubnis allg. u. Debit (30.6.1843), Entwurf 181/46 118v–126v
 - einzelne Titel, Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. 392/54 159v–160
 - Gebühren, Entwurf z. Aufhebung (23.2.1843) 166/45 85v–87v
 - Hoffmann von Fallerleben 109/43 188–190v, 112/43 227–228v
 - literarische bzw. milit. Schriften (30.6.1843), Entwurf 181/46 111–129
 - Öffentlichkeit der LT-Verhandlungen 386/54 85–86
 - Prov. Preußen, Bezirks-Zensor 343/Fundort 53–53v
 - Revision/Ergänzungen (30.6.1843), Entwurf 37/40 260–263v; 181/46 111–129
 - VO (23.2.1843), ständischer Antrag wg. Ergänzung 209/Fundort 124–124v
- Presse/Presserecht

Ziegenrück (Kreis) 207/Fundort 111–111v

Zinsen

→ Ablösungen; Eisenbahnen

Zivilgerichtsbarkeit

- Immediatstädte 102/43 62–63

Zivilgesetzbuch, Rheinisches

- Modifikationen, ständischer Antrag 210/Fundort 166v

Zivilrecht

→ Ehescheidung; Exekutions-Ordnungen; Gerichtsverfahren; Gütergemeinschaft; Hypotheken; Pfandrecht; Schiedsmänner; Schulden

Zobten (Stadt) 68/Fundort 10v–11v

Zoll/Zolltarife

- Einfuhr, ständische Anträge wegen
 - - Eisen 204/Fundort 279–279v; 343/Fundort 57–58
 - - Garne/Wolle 207/Fundort 112v–113; 330/Fundort 118; 333/Fundort 43v–44
 - - Leinen 319/Fundort 120–120v
 - - Zucker 57/Fundort 107v–109; 71/Fundort 237
 - Kontrolle durch Stände 366/Fundort 200v; 367/Fundort 202v–203, 207; 369/Fundort 216–216v
 - Revision d. Tarife u. ständische Mitwirkung
 - - Rheinprovinz, ständischer Antrag 338/Fundort 143v–144; 349/Fundort 166v
 - Rheinzoll, ständischer Antrag 215/Fundort 213v–214; 216/Fundort 217v
 - Rußland 124/44 52–55v
 - Schutz d. inländischen Industrie, ständische Anträge 85/Fundort 198–198v, 210–210v; 88/Fundort II 248–248v
 - Schutzzölle i. Prov. Preußen, ständischer Antrag 343/Fundort 56v–57; 350/Fundort 67v
 - Sundzoll, ständische Anträge 53/Fundort 216; 81/Fundort 150–150v; 204/Fundort 279v; 215/Fundort 214; 216/Fundort 217v; 343/Fundort 54v–55v
 - Zollvergehen
 - - Amnestie 11/39 3–3v
 - - u. Post 344/52 285–286
 - - Untersuchung/Bestrafung (23.1.1838) 138/44 237–237v
 - Zollverein, Deutscher (1834)
 - - Steuergesetzgebung u. ständische Mitwirkung 80/Fundort 134–143
 - - Thüringische Länder u.a. 319/Fundort 116v
- Steuerbeamte; Zucker

Zuchthäuser

- Kostenübernahme, ständischer Antrag Schlesien 330/Fundort 124v; 331/Fundort 2v–4
- Unterhaltungskosten f. Städte, Ablösungsverträge 385/54 71–76

Zucker

- Rübenzucker, ständische Anträge
- - Beförderung durch Zölle 85/Fundort 198–198v; 88/Fundort II 247v–248
- - Besteuerung 69/Fundort 29v–30; 207/Fundort 114–114v; 209/Fundort 121; 215/Fundort 202v–203
- Schutz inländischer Fabrikation, ständische Anträge 57/Fundort 107v–109; 58/Fundort I 113; 71/Fundort 237

Züllichau (Kreis) 271/48 333v

Zwangsanleihen (westfälische v. 1808/1810/1812)

- ständische Anträge 57/Fundort 110; 63/Fundort 24v; 207/Fundort 113–113v; 319/Fundort 111v–112
- Verbindlichkeit Preußens zur Anerkennung, Kontroverse 147/44 291–299

Zwangsarbeits- und Besserungs-Anstalten

- Groß-Salze
- - Disziplinar- u. Pensionssache 252/48 23
- - ständische Anträge 55/Fundort II 89v–90, 91v–92; 333/Fundort 36–36v
- Zeitz, Landarmen- u. Besserungs-Anstalt 55/Fundort II 89v

Personenregister

Die Umlaute ä, ö, ü werden computertechisch bedingt im Alphabet wie a, o, u und nicht wie ae, oe, ue behandelt.

Abegg Bruno Erhard (1803–1848), seit 1822 Studium der Rechte in Heidelberg und Königsberg, danach Tätigkeit in Danzig und Königsberg, 1833 LandR Fischhausen, 1835–45 PolPräs. Königsberg, liberal gesinnt, 1845 zeitweilig FinMinm., 1846 GehORegR und kgl. Kom. der oberschlesischen Eisenbahn in Breslau, 1848 Mitgl. Vorparlament, Vizepräs. Fünzigerausschuß, Mitgl. preuß. NatVers. 159/45 13

Abegg, Julius Friedrich Heinrich (1796–1868), dt. Rechtsgelehrter, 1824 o. Prof., 1826 Univ. Breslau, GehJusR, 1846 Abg. Landessynode, 1856 Teilnehmer ev. Kirchenkonferenz 378/53 218v

Abresch, F.W., 1836 JusR, Land- u. StadtGerR Unna, seit 1839 Soest, 1841 Gehaltssache 45/41 1

Abresch, Kammerrat, Bevollm. des Fürsten Sayn-Wittgenstein in den Verhandlungen um die Revision der Regierungsrechte in der Grafschaft Wittgenstein-Wittgenstein 329/52 180–180v

Adamski, Michael (geb. um 1790), Ober-Steuer-Kontrolleur Chodziesen, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 127/44 88

Adelung, Friedrich Wilhelm (geb. 1787), 1806 Volontär Seehandlungs-Sozietät, 1817 Rechnungs-Beamter SchMinm., 1823 RechR, 1831 GehFinR Verw. Staatsschatz und Münze, 1838 GehOFinR und bis 1857 VotrR Verw. Staatsschatz und Münze, 1857 a.D. 184/46

Ahlemann, Johann Friedrich, Steuer-Aufseher Ludweiler, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 43/40 318

Altenstein, Karl Frh. v. Stein zum (1770–1840), 1793 Ref. Kriegs- u. Domänenkammer Ansbach, 1795 Ass., 1797 Kriegs- u. Domänenrat, 1798 Hilfsarb. Generaldirektorium, 1801 KrR, 1803 GehOFinR und Mitgl. Generaldirektorium, 1807 Mitgl. Immediatkomm., unter Hardenberg mitbeteiligt an der Ausarbeitung des Reformwerkes für den preuß. Staat, 1808–10 FinMinr., 1813 Zivilgouv. Schlesien, 1817 MdStR, 3.11.1817–14.5.1840 KuMinr. 40/40 290–290v; 48/41 69v, 52/41 144; 138/44 222v; 217/46 322v; 360/53 106v

Alvensleben (-Erxleben), Albrecht Graf v. (1794–1858), Rittergutsbes., Freiwilliger in den Befreiungskriegen, 1817 Auskultator Stadtger. Berlin, 1822 Ass. KG, 1826 KGR, 1827 Verwalter der väterlichen Güter im Magdeburgischen und in der Altmark, 1828 Feuersozietätsdir. Hzgtm. Magdeburg, 1828 MdStR, 1831–35 GehJusR JMinm., 1833 MdStR, interim. Verwalter FinMinm., 1834 Teilnehmer Wiener Konferenzen, 23.1.1835–1.5.1842 FinMinr. (Entbindung auf eigenen Wunsch), 24.3.1842–44 KabMinr., 1844 i.R., Dez. 1850 Bevollm. Dresdener Konferenzen, 1849–53 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Alvensleben), 1854 MdH 1/38; 2/Fundort; 3/38 69v, 4–7/38, 9–10/38; 12–22/39; 23–26/40, 28–35/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–44/40; 46–50/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–76/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–98/42; 100–105/43, 107–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119/Fundort; 124–125/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 132/Fundort; 133–135/44; 139–141/Fundort; 142–145/44, 147–148/44, 151–157/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–173/45, 176/45; 177–182/46, 184/46; 185/Fundort; 187–189/Fundort; 191/46, 193–195/46; 197–198/Fundort;

200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 218–219/Fundort; 221/46; 222–223/Fundort; 224/46, 226/46; 227–229/47, 232–250/47; 291/50

Alvensleben, Karl Wilhelm Ludwig Rudolf v. (1803–1854), 1841 Ass. KG und Hilfsarb. Stadtger. Berlin, 1842 zeitweilig Minn. für die Gesetz-Revision, 1843 KGR, 1849–54 GehJusR JMinn. 123/44, 146/44 290; 172/45 228

Amelang, Karl Ludwig (1755–1819), Juskom., 1792 GehKrR und Dir. Stadtger. Berlin, 1797 plötzliche Entlassung und nach Magdeburg verwiesen, 1808 wieder KG, gemeinsam mit K. A. Gründer Herausgeber des „Archivs des preußischen Rechts“ bzw. „Neuen Archivs der preußischen Gesetzgebung und Rechtsgelehrsamkeit“ (1799–1805) 32/40 186v

Amelunxen, Theodor v. (geb. 1796), Steuer-Aufseher Soest, 1844 Disziplinar- und Pensions-sache 263/48 202

Ammon, Friedrich Ferdinand v. (1794–1874), 1814–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, Studium der Rechte in Göttingen und Heidelberg, Burschenschaftler, 1820 RegRef. Kleve, 1820–24 Richter in Emmerich, Altena und Hamm, 1824–25 Hospitant KG, 1825 Ass. bzw. Land- u. AppGerR Hamm, Trier und Köln, 1832 Ober-Prokurator Düsseldorf, seit 1835 OAppGerR Köln, 1839 Präs. Rhein. Eisenbahndirektion, zugl. 1841 Mitbegr. und 1842–69 Mitgl. Vorstand des Vereins zur Vollendung des Kölner Doms, Nov. 1848–Jan. 1849 Reichskom. für Anhalt-Bernburg, 1851 Senatspräs. Rhein. AppGerHof Köln, 1856 GehJusR, 1826–31 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1859–61 MdA (v. Vincke) 50/41 104v, 105v

Anhalt-Bernburg

- **Alexander Karl Herzog v.** (1805–1863), 1834 reg. Hgz., diese Linie starb mit ihm aus 123/44 37, 39, 40v, 42

- **Alexius Friedrich Christian Herzog v.** (1767–1834), 1796 Fürst, 1806 reg. Hgz. 123/44 38

- **Viktor Amadeus Fürst v.** (1634–1718), 1656 reg. Fst. 123/44 37

Anhalt-Bernburg-Schaumburg-Hoym

- **Adelheid Prinzessin v.** (1800–1820) 123/44 38

- **Emma Prinzessin v.** (1802–1858) 123/44 38

- **Hermine Prinzessin v.** (1797–1817) 123/44 38

- **Ida Prinzessin v.** (1804–1828) 123/44 38

Arenberg, Prosper Ludwig Herzog v. (1785–1861), 1793–1849 Domherr Köln, 1803 reg. Hgz., Hgz. von Meppen, Duc d'Aerschot, Fst. v. Recklinghausen, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 144/44 275; 215/Fundort 216

Arnim-Boitzenburg, Adolf Heinrich Graf v. (1803–1868), seit 1825 Herr der Waldgrafschaft Boitzenburg (Uckermark), Studium der Rechts- u. Staatswiss., Eintritt in den Staatsdienst, 1827 Kammerherr, 1828–31 Ref. bzw. Ass., 1831 LandR Templin, 1833–34 Vizepräs. Reg. Stralsund, 1834 RegPräs. Aachen, 1837 MdStR, 1838 RegPräs. Merseburg, 1840–42 OPräs. Posen, 1841 LT-Kommissar Sachsen, 13.6.1842–7.7.1845 Minr.dI, 1846 Amt des FinMinr. abgelehnt, 19.3.–29.3.1848 MinPräs. u. AMinr., Sept. 1848 erneute Ablehnung des Amtes des FinMinr., Mai 1849 als neuer MinPräs. im Gespräch, 1852–54 Mitgl. Staatsschuldenkomm., seit 1839 Mitgl. ProvLT Brandenburg und 1854–68 LT-Marschall, 1847–48 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (fraktionslos), Mitgl. „Junkerparlament“, Mitgl. Vorstand „Verein für König und Vaterland“, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (äußerste Rechte), 1849 und 1852–54 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854 MdH 54/Fundort; 55/Fundort I, Fundort II 91, 92v; 56/Fundort; 57/Fundort 104v, 105v; 58/Fundort I 114, Fundort II; 59/Fundort I/III, Fundort II 118v, 120v; 61/Fundort I 122v, Fundort II 156v; 62/Fundort; 71/Fundort 236v; 72/Fundort 277v; 107/43 135–136, 140, 144v, 145v, 146v, 109/43 193m, 193rv, 193vv, 193yv, 193hh, 193vv, 193ii, 113/43 238v, 242, 256, 257, 114/43 264v, 273v, 286, 115/43 306, 307v; 118/44 3; 119–122/Fundort; 124/44 51v, 128/44 107, 129–130/Fundort; 132/Fundort; 133/44; 134/44 153v–154v, 160v, 135–136/44, 138/44; 139–141/Fundort; 142–145/44, 147–157/44; 158–160/45, 162–163/45, 164/Fundort; 165–176/45; 177–181/46, 184/46, 185/Fundort; 187–189/Fundort; 190–193/46,

195–196/46; 197–198/Fundort; 199/46, 200–202/Fundort; 204–207/Fundort; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46, 219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–243/47, 245–249/47; 251–258/48, 260–262/48, 264–265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 274–277/49; 278/Fundort; 279/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288–301/50; 303–314/51; 315/Fundort; 316/51; 317–319/Fundort; 321/Fundort; 322–324/52, 329/52 180v; 371/53 140v

August, Prinz von Preußen (1779–1843), Gen.d.Inf., Chefinspekteur d. Artillerie 255/48 57

Arnoldi, Wilhelm (1798–1864), 1821 Priesterweihe, 1821 Seminarprofessor für Literatur, orientalische Sprachen u. biblische Archäologie, 1831 Pfarrer und Dechant Wittlich, 1834 Domkapitular Trier, 1839 Bischof von Trier, aber wegen staatlicher Ablehnung Verzicht, 1842–64 nach erneuter Wahl Bischof von Trier, Initiator der Wallfahrt zum Heiligen Rock in Trier 1844, die einen nachhaltigen Konfessionsstreit zur Folge hatte 302/50 304

Auer, Hubert (1780–1838), tätig im Pfarrwesen Aschaffenburg und Wetzlar, dann Reg. Koblenz, Propst von St. Hedwig Berlin, 1827 Dompropst Trier, 1834 General-Administrator 40/40 286

Aulike, Matthias (1807–1865), Dr., 1833 Ass. LG Münster, 1837 LGR Kleve, 1839 Hilfsarb. und dann RegR KuMinm., 1841 GehRegR, 1843 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 GehORegR und Dirigent (kath. Abt.), Ende 1848 als OPräs. Westfalen im Gespräch, 1854 MdStR, 1855 Wirkl.GehORegR, 1858 MinDir., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (fraktionslos) 176/45; 208/46; 249/47; 395/54; 411/55; 455/57

Baesch, Johannes (geb. um 1788), Chausseegelderheber Westhemmerde, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 252/48 15

Baetge, Johann Gustav Gotthilf (geb. 1785), seit 1822 Briefträger Anklam, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 251/48 6

Ballerstaedt, August Heinrich Wilhelm, 1812–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1828 Förster Linowick, pensionierter Förster Oliva, 1847 Pensionssache 433/55 242–242v

Baltzer, Johann Heinrich, GehKanzleiSekt. OLG Stettin, 1842 Disziplinarsache 143/44 268

Bardtke, Aktuarius Stadtger. Ratibor, 1844 Gehaltssache 265/48 226

Bartels, Friedrich, RegSekt. Oppeln, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 311/51 120

Bassewitz, Magnus Friedrich v. (1773–1858), 1795 Ref. Kriegs- u. Domänenkammer, 1797 Ass., 1800 Rat, 1808 1. Dir. und Vizepräs. Regierungskollegien in Potsdam unter Vincke, 1810–24 RegPräs. Potsdam, 1825–42 OPräs. Brandenburg, 1831 Wirkl.GehR (Exz.), 1835 Ehrenbürger Potsdams, 1842 a.D. 54/Fundort I 217v; 90/Fundort; 92/Fundort; 107/43 159v, 109/43 193ev, 113/43 252; 177/46 14v, 22, 39, 43v, 48, 180/46 93v, 97v, 100v

Bauerdorff, Johann Friedrich Christian (geb. um 1785), Haupt-Steuer-Amtskontrolleur Liegnitz, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 37/40 257

Baumeister Georg Ottomar (geb. 1800), 1826 Ass. LG Glogau, 1829 Dir. Land- u. Stadtger. und KrsJusR Hirschberg, 1832 OLGR Breslau, 1839 GehJusR und 1844–72 GehOJusR JMinm., 1846 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1872 Wirkl.GehOJusR und i.R. 102/43 64, 103–104/43; 124/44, 137/44 209; 175/45 249; 183/46, 190/46; 236/47, 244/47; 252/48, 254/48, 258/48 83v, 272/48 358; 279/49; 310/51; 329/52; 355–356/53, 359/53; 387/54, 397/54, 403/54; 447/56; 455/57; 458/Fundort

Becker, pensionierter Postschirmmeister, 1847 Pensionssache 434/55 244

Beermann, Heinrich Gottlieb, seit 1834 Aktuarius Land- u. Stadtger. Putzig, 1843 Gehaltssache 196/46 274

Behrnauer, Karl Friedrich Emil (1784–1842), Justizkom. Görlitz, dann Landsyndikus Bautzen, 1816 RegR Liegnitz, 1826 Hilfsarb. und 1827 GehRegR KuMinm., 1833 GehORegR 40/40; 52/41

Bentheim-Steinfurt

- **Alexis Friedrich Fürst v.** (1781–1866), Standesherr, 1817 reg. Fürst, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 144/44 276

- **Ludwig Fürst zu** (1812–1890), Standesherr, 1866 reg. Fürst, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1867 MdH 180/46 77
- Bentheim-Tecklenburg-(Rheda), Moritz Kasimir Fürst v.** (1795–1872), Standesherr, 1837 reg. Fürst, Immediatgesuch wegen Eisenbahnlinie, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH 46/41 32v; 292/50 176
- Berger, Carl** (geb. um 1785), Chausseegeld-Erheber Nietleben, 1842 Disziplinar- und Pensions-sache 135/44 163
- Berger, Julius Rudolph** (geb. um 1800), 1836 PolR Danzig, 1843 Disziplinar- und Pensions-sache 190/46 176
- Berger, v.** (geb. um 1779–1848), RechR u. Dir. Geheime Kalkulation Oberrechnungskammer, 1815 FinMinm., GehFinR, 1819 GehOFinR, 1837 Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1842 Wirkl.GehOFinR u. Dir. FinMinm. 346/52
- Berghaus,** 1831 GehJusR und 2. GenAdvokat Rhein. AppGerHof Köln, 1. GenAdvokat, 1840 GehOJusR und General-Prokurator Köln, 1846 i.R. 82/Fundort 172; 127/44 99; 178/46 64v; 237/47 174v, 175v; 252/48 20, 388/54 133–133v, 389/54 136
- Berkholz,** Salarien-Kassen-Rendant Lobsens, 1843 Gehaltssache 173/45 236
- Bernstorff, Christian Günther Graf v.** (1769–1835), 1788 dän. MAA, 1789 LegSekr. und 1791 dän. Geschäftsträger und Gesandter Berlin, 1791 bevollm. Minr., 1794 Gesandter Stockholm, 1797 StS auswärtige Angelegenheiten u. Mitgl. Geheimes Conseil, 1800 AMinr., 1810 a.D., 1811–16 Gesandter Wien, seit 1818 in preuß. Diensten, 1818–32 AMinr. u. KabMinr. 217/46 322v
- Bernuth, Julius August v.** (1782–1847), Ref. Kriegs- u. Domänenkammer Cleve-Mark, 1806 Ass. Kriegs- u. Domänenkammer Münster, 1808 GenSekr. Präfektur Weser-Dept. Osnabrück, 1809 Unterpräfekt Bielefeld, 1813–16 Leitung „Provisorische Königlich-Preußische Regierungskommission für die Grafschaft Ravensberg“, 1816 RegR Aachen, 1816 GehRegR MdI, 1819 GehORegR, 1831 MdStR, 1842 Wirkl.GehORegR, 1844 i.R. 351/52
- Bertling** (geb. um 1790), Steuereinnahmer Laasphe, 1842 Gehaltssache 131/44 110
- Beurmann, Carl Moritz v.** (1802–1870), 1829 Ass. OLG Naumburg, 1830 RegAss., 1832 RegR Potsdam, dann FinMinm., 1837 GehFinR FinMinm., 1840 Vizepräs. Reg. Posen, 1842 RegPräs. Posen, Juni 1842–Febr. 1843 kommissar. und 1843–50 OPräs. Posen, Vors. Regierungskommission zur nationalen Reorganisation der Prov. Posen, Kurator Univ. Halle, später LT-Marschall Sachsen, 1863 MdH 5/38; 164/Fundort 64v; 189/Fundort 113v; 290/50; 315/Fundort; 317/Fundort; 384/54 35b, 35d–35e, 35f; 408/55 23–24, 25v–26, 413/55 79v, 81v–82
- Beust, Ernst August Graf v.** (1783–1859), Studium in Freiberg und Göttingen, GenInspektor des Hütten-, Salinen u. Bergwesens im Kgr. Westfalen, 1812 GenDir. der Salinen im Ghzgtm. Frankfurt, 1815 preuß. FinMinm., 1816 BergHptm. OBergA Bonn, 1840–48 OBergHptm. und Abt.-Dir. (Berg-, Hütten- und Salinenwesen) FinMinm., 1842 MdStR, hatte maßgeblichen Anteil an der Berggesetzgebung von 1851, 1851 Wirkl.GehR (Exz.) 29/40 153, 155v; 429/55 210, 217
- Beuthen und Tarnowitz,** (vermutl.) **Karl Lazarus** (1772–1864), seit 1827 Freier Standesherr von Beuthen, Erbe d. Tarnowitz-Neudecker Fideikommisses und d. Erdmann-Gustav'schen Majorats (seit 1813), preuß. Oberst, Kommendator und Ordens-Senior d. Johanniter-Ordens 231/47 79
- Beyer, v.,** JusKom., 1841 Land- u. Stadtger. Brandenburg, 1843 OLG Breslau, 1846 JusR OLG Frankfurt/O., 1842 Disziplinarsache 137/44 191
- Beyer, Alexander** (1813–1878), 1831–34 Studium der Rechte in Berlin, 1836 Ref. KG, 1837 RegRef. Frankfurt/O., 1841 RegAss., 1842 Magdeburg, 1842 Düsseldorf, 1844 Hilfsarb. FinMinm., 1845 Reg. Potsdam, 1847 Hilfsarb. MdI, 1849 RegR, 1849 PolPräsidium, danach RegR Sigmaringen, 1851 1. Bgm. Potsdam, 1852 OB, 1852–54 unter Reservierung seiner OB-Stelle Verwaltungs-Chef Fstm. Waldeck, 1854 MdH 272/48; 300/50, 302/50; 305/51, 312–313/51, 320/51
- Biergans, Wilhelm Joseph,** GehOJusR, 1821 Ober-Prokurator LG Aachen, 1835–40 General-Prokurator Rhein. AppGerHof Köln 168/45 113v–114

- Biermann, Carl** (geb. um 1794), Grenz-Aufseher Getmold, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 279/49 113
- Birck**, bis 1835 Prokurator LG Köln, 1836 RegR u. Justitiar Reg. Köln, 1844 ORegR und Dirigent Reg. Aachen, 1851–nach 1868 Reg. Köln 172/45, 176/45
- Birkenbeul, Peter**, 1806–15 Spießförster in nassauischen Diensten, 1819 Unterförster, zuletzt Förster Altenkirchen, 1847 Pensionssache 433/55 243
- Biron v. Curland**
- **Luise Charlotte**, geb. Prinzeß Biron (1808–1845), Gräfin von Hohenthal 133/44 127v
 - **Prinz Karl v.** (1811–1848), Bruder von Luise Charlotte 133/44 127v
- Bischof, Ludwig**, Dr., 1823 Gymnasial-Direktor Wesel, 1845 unfreiwillige Pensionierung, 1847 Disziplinar- und Pensionssache 435/55 245
- Bischoff, Wilhelm August** (1804–1857), Dr. jur., 1833 Ass. KG, 1838 LGR für die Rheinischen Landgerichte, 1842 GehRef. StR, 1842–57 GehJusR Minm. für die Gesetz-Revision und JMinm., 1848 VortrR, 1854 MdStR 45/41, 49/41 98, 60/41, 67/41, 73/41; 89/42; 137/44 191, 143/44; 160/45, 172/45; 194/46, 196/46; 238/47 188, 245/47; 265/48; 379/53; 386/54, 397/54; 409/55 37v, 430/55, 433/55; 451/56
- Bismarck-Bohlen, Theodor Graf** (seit 1818: v.) (1790–1873), auf Karlsburg, 1805 Fähnrich, 1806 Schlacht bei Auerstedt, 1808 Sekondeltn., 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1813 Premierltn., 1815 Kapitän, 1816 Garnison Stralsund, 1819 Maj., 1828 Oberstltn. und a.D., danach Verwaltung der Güter, 1843 Oberst der Landwehr, 1854 GenMaj. und a.D., 1863 GenLtn. (Charakter), 1832 Abg. Ritterschaft Greifswalder Krs. auf Kommunal- und ProvLT Pommern, 1842 LT-Marschall Pommern, 1851 Landkasten-Bevollm. 302/50 296–297v
- Bisping, Hubert** (geb. um 1775), Oberförster Wolbeck, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 102/43 60
- Bissong, Franz Peter** (geb. um 1776), 1812 Feldhüter, später Polizeiagent und Nachtwächter Prüm, 1847 Pensionssache 447/56 114
- Bitter, Ernst Wilhelm** (um 1809–1845), 1830 RegRef. Posen, 1832 (kommissar.) LandR Bomst, 1834 RegAss., 1835 LandR Bomst, 1836 RegR Posen, 1842 Hilfsarb. MdI, 1843 GehRegR 151/44, 154–157/44; 166/45; 181/46
- Bitkow, Heinrich Samuel** (geb. 1797), JusR, Kriminalrichter Breslau, 1846 unfreiwillige Pensionierung, 1847 Pensionssache 431/55 229
- Blan(c)ensee, Graf v.** (vermutl.) **Georg Friedrich Alexander** (1792–1867), Besitzer der Herrschaft Filehne u. Inhaber der Patrimonialgerichtsbarkeit, 1825 Kammerherr 387/54 95
- Blell, Frh. v.**, Gutsbes. auf Tingen, 1847 für den Stand der Ritterschaft als stellv. Abg. im Wahl-Bezirk Alt-Braunsberg aufgestellt 449/56 122v–123v
- Bloem, Anton Jakob Ludwig** (geb. um 1812), 1838 Steuer-Aufseher, 1841 provis. Ober-Kontrollleur Beverungen, 1844 Ostbevern, 1845 Ober-Grenz-Aufseher Südlohn, 1846 Disziplinarsache und wegen Verletzung seiner Amtspflichten zum Assistenten eines Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Amtes degradiert, 1869 als Haupt-Steuer-Amtes-Assistent zu Lippstadt erneute Disziplinarsache u. Dienstentlassung 374/53 159
- Blomberg, Ludwig Sigmund Frh. v.** (1784–1855), 1831 RegR Magdeburg, 1834 Hilfsarb. MdI, 1835 GehRegR, 1835 Kammerherr, 1835 MdStR, 1837 GehORegR, 1842 i.R. 12/39, 16/39, 20/39; 39/Fundort 85; 97/42; 104/43; 126/Fundort 219v; 136/44
- Blumenthal, Robert Ludwig Werner v.** (1806–1892), 1827 Auskultator Stadtger. Berlin, 1828 Ref., 1831 Ass. KG, 1831 Reg. Stettin, 1832 RegAss., 1833 RegR Köslin, 1835 Königsberg, 1838 ORegR, 1841–63 RegPräs. Danzig, 1863–73 RegPräs. Sigmaringen, 1874 i.R. 150/44 333
- Bober, Carl Friedrich Wilhelm** (geb. 1799), bis 1830 Artillerie-Brigade Königsberg, seit 1835 Büroassistent Präsidialbüro Königsberg, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 354/53 4
- Bocholtz**, (vermutl.) **Dietrich Werner Graf v.** (1797–1861), Besitz in Westfalen RegBez. Arnsberg, 1854 MdH 177/46 31

Bock, Franz Carl, ehem. Domänen-Rentmeister Rahden, 1845 Gehaltssache 329/52 190; 359/53 100

Bode, Friedrich (1793–1877), 1813–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 Premierltn., 1818 Ref. KG, 1820 dort Ass., JusR Stadtger. Berlin, 1825 KGR, 1832 GehJusR JMinm., 1835 zugleich Mitgl. Justiz-Examinations-Komm., 1836 GehOJusR, 1840 Chef-Präs. OLG Stettin, 1842 Dir. Revisionskollegium, 1842 Wirkl.GehORegR und MinDir. MdI, 1844 MdStR, 1845 StS und Präs. Ober-Zensur-Gericht, Wirkl.GehOJusR, 1845 Mitgl. Gesetz-Komm., Okt. 1848 z.D. gestellt, Nov. 1848–52 UStS (interim.) LandMinm., Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1857 Vors. Justiz-Examinations-Komm. mit den Charakter „Präs.“, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), Vors. Zentral-Komm. für die Rentenbanken, 1870 i.R., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1855–58 MdA (bkF) 8/38, 10/38; 151/44, 154–157/44; 159–160/45, 166/45; 181/46

Bodenschwingh-Velmede, Ernst Frh. v. (1794–1854), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 RegRef., 1817 Münster, 1820 RegAss. Münster und dann Kleve, 1821 FinMinm., 1821 Reg. Arnsberg, 1822 LandR Tecklenburg, 1831 ORegR Köln, 1831 RegPräs. Trier, 1834 OPräs. Rheinprovinz, 1841 Wirkl.GehR (Exz.), 24.3./1.5.1842–3.5.1844 FinMinr., 1842 MdStR, 3.5.1844 KabMinr., 8.7.1845 (interim.) und ab 10.7.1846–19.3.1848 Minr.dI, März 1848 Entlassung aus dem Staatsdienst, 29.9.1849–9.3.1850 Vors. des Verwaltungsrates der Union, 1851–54 RegPräs. Arnsberg, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus 5/38 111v; 18/39 62v, 19/39 106, 115v, 22/39 140; 40/40 284v, 286v; 51/41 135, 52/41 137–138v, 141v; 82–83/Fundort; 84/Fundort 185, 188, 189, 189v, 190, 193v; 85/Fundort 198, 199, 200, 200v, 204v, 207, 211v; 86/Fundort 219v, 222v, 223v; 88/Fundort 249; 101/43 55, 109/43 193rv, 113/43 242, 115/43 300v, 303v–304v; 118/44 1; 119–122/Fundort; 123–125/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 131/44, 134–136/44, 138/44; 139–141/Fundort; 142–143/44, 146–157/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–175/45; 177/46 7v, 13v, 16v, 22v, 23v, 25v, 26v, 28v, 29v, 30v–31, 32, 35v–36, 37, 38, 42, 43, 45, 46v, 49, 50v, 180/46 84v–85, 88v, 90, 94, 95v, 96v, 97v, 98v, 101, 102v, 103v, 184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 190–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–250/47; 251–259/48, 261–265/48; 266/Fundort; 267–268/48; 273–277/49; 278/Fundort; 279/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 286–287/49; 288–302/50; 303–308/51, 310/51; 321/Fundort; 322–327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376/53, 378/53, 380–382/53; 383–389/54; 390/Fundort; 391–393/54, 395–398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54; 405/Fundort; 406/54; 409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55; 418/Fundort; 424–426/55, 428/55, 430–431/55, 435/55; 436–440/56, 442–451/56; 452/57, 453–457/57; 458/Fundort

Bodmann, (vermutl.) **Franz Joseph** (1754–1820), Stifter von sechs Pfarreien im Eichsfeld 386/54 87v

Boesges, Arnold (geb. 1794), 1829 (provis.) und 1839 Grenz-Aufseher Herzogenrath, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 236/47 156

Bogedain, Joseph Bernhard (1810–1860), Studium der Theologie in Breslau, 1834 Priesterweihe in Posen, Vikar Grätz, 1836 Religionslehrer Gymnasium Bromberg und 1837 auch an kath. Lehrerbildungsanstalt Posen, 1840 Dir. kath. Lehrerbildungsanstalt Paradies/b. Meseritz, 1844 Reg- u. SchulR Reg. Posen, 1849 Reg. Oppeln, 1857 Titularbischof von Hebron und Weihbischof von Breslau, 1849 Mitgl. 2. Kammer (Rechte) 413/55 92

Bojanowski v., Kanzlei-Inspektor beim Stadt- und LG Thorn, 1842 Gehaltssache 109/43 193

Bonin, Gustav v. (1797–1878), 1820 RegRef. Stettin, 1824 RegAss., 1825 Vertretung Landratsamt Stolp, 1825 RegR Köslin, 1828 Reg. Magdeburg, 1832 Kammerherr, 1835 Generalkommission

Sachsen, 1842 Vizepräs. Reg. Magdeburg, GehORegR, 1844 RegPräs. Köln, 1845 OPräs. Sachsen, 21.9.–8.11.1848 FinMinr. u. Mitverwaltung HandMinm., Nov. 1848 erneut OPräs. Sachsen, 1850 OPräs. Posen, 1851 z.D. gestellt, 1860 Rückberufung als OPräs. Posen u. dort zugl. RegPräs., 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1863 i.R., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1850–55 und 1859–67 MdA (bkF, altlib.), MdR Norddt. Bund, 1871–78 MdR (LibRP, bkF) 331/Fundort 21v; 333/Fundort; 344/52 263; 417/55 109

Bonin, Wilhelm v. (1786–1852), RegAss. Stettin, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 RegR Koblenz, 1819 Vizepräs. Stettin, 1832 RegPräs. Köslin, 1834 Merseburg, 1835–52 OPräs. Pommern, 1843 Wirkl.GehR (Exz.), 1850–52 Mitgl. 1. Kammer 53/Fundort; 54/Fundort I 218v–222, Fundort II; 97/42 39; 109/43 193iiv, 113/43 244v, 260v; 164/Fundort 55, 64; 177/46 23, 26v, 41v, 48, 180/46 84v, 90v, 95, 96, 101v–102, 194/46 249v, 259v; 290/50; 334/Fundort; 395/54 186; 411/55 48–48v

Bonte, Louis Friedrich, 1. Inspektor der Zwangs-Arbeits-Anstalt Groß-Salze, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 252/48 23

Borchardt, seit 1836 Advokat-Anwalt Rhein. AppGerHof Köln, 1846 wegen führender Beteiligung an Kölner Unruhen Kriminaluntersuchung gegen ihn eingeleitet 389/54 136v–137

Borgast, Frh. v., (vermutl.) **Bongart, Ludwig Frh. v. d.** (1819–1878), Erbkämmerer Hzgtm. Jülich 168/45 111v

Bormann, Kriminal-Polizei-Kommissar PolPräsidium Berlin, 1847 Disziplinarsache 446/56 104

Bornemann, Friedrich Wilhelm Ludwig (1798–1864), 1815 Freiwilliger in den Befreiungskriegen, seit 1819 im Justizdienst, 1820 Ref. KG, 1823 Ass., OLG Stettin, 1825–31 Hilfsarb. OAppGer. Greifswald, 1831 KGR, 1837 GehFinR FinMinm., 1841 GehOFinR, 1842 MdStR, 1843 StS StR und Wirkl.GehOJusR, 1843–46 Mitgl. Gesetz-Komm., 1843 Präs. Ober-Zensur-Gericht, 1844 Dir. JMinm., 20.3.–20.6.1848 JMinr., 5.7.1848–64 Vizepräs. Ober-Tribunal, 1860 Kronsyndikus, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), Vors. d. preuß. Komm. zur Revision des Zivilprozeßrechts, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1860 MdH 32/40; 48/41; 91/42; 163/45 49; 240/47 218–218v; 316/51; 323/52 27; 378–379/53; 391/54, 392/54, 400/54, 403/54; 424/55, 426/55, 432–433/55; 452/57 1

Böttcher, Wilhelm (geb. um 1792), 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1825 Grenz-Aufseher, seit 1839 Neustadt, 1840 Disziplinar- und Pensionssache 37/40 256

Böttcher, Karl Wilhelm (1864: v.) (1791–1868), Dr. jur., 1817 Ass. OLG Glogau, 1819 OLGR Naumburg, 1820 KGR, 1824 Hilfsarb. JMinm., 1826 Chef-Präs. OLG Insterburg, 1831 Vizepräs. OLG Frankfurt/O., 1831 Präs. OLG Stettin, 31.10.1840–3.6.1842 Wirkl.GehOJusR und VortrR StMinm., 1840 MdStR, Juni 1842–30.3.1848 OPräs. Preußen u. zugl. 1844–50 RegPräs. Königsberg, 1850 Bundeskom. Frankfurt/M., 1851 RegPräs. Frankfurt/O., 1855–68 Präs. Oberrechnungskammer, 1855 Wirkl.GehR (Exz.), Mitgl. Staatsschuldenkomm., 1849–53 Mitgl. 1. Kammer, 1854–55 MdA (bkF) 17–18/39, 20–22/39; 23–24/40, 26–35/40, 37/40, 40–44/40; 45–52/41, 60/41, 67/41, 70/41, 73–76/41; 89/42, 91/42, 94/42, 96–98/42; 100–116/43; 117/Fundort 160v; 118/44, 123–124/44, 127–128/44; 159/45 11–11v, 13; 164/Fundort 52, 55, 65; 199/46; 200/Fundort I 260v, 261v–262, 263, 264–264v; 202/Fundort 266v, 267v, 272; 204/Fundort 280v–281v, 284v, 285v; 220/46; 222/Fundort; 281/Fundort III 71; 289/50 31, 32, 34–34v, 290/50; 325/52 108, 109; 340/Fundort 5v, 19, 22v; 342/Fundort 28v; 343/Fundort 52v; 345/52, 353/52 388v; 363/53 131v

Boyen, Hermann v. (1771–1848), 1788 Sekondeltn., 1794 Gen.-Adjutant bei General v. Wildau bzw. v. Günther, 1794/95 Feldzug in Polen, 1796 Hptm., 1799 Stabskapitän, 1806 u.a. Schlacht bei Auerstedt (schwer verwundet), 1808 im GenStab unter Scharnhorst tätig, 1808 Maj., 1810 Dir. 1. Abt. d. Allg. Kriegs-Dept., 1812 Oberst und a.D., 1812 in russ. und 1813 wieder in preuß. Diensten, 1813 GenMaj., 1814–19 KrMinr., 1817 MdStR, 1818 GenLtn., 1819 a.D., 1840 Gen.d.Inf., 1841 Chef Direktorium Großes Militär-Waisenhaus Potsdam, 1.3.1841–7.10.1847 erneut KrMinr. und Vors. StMinm., weiterhin bis zu seinem Tod (15.2.1848) GehStMinr., 1847 GenFeldmarschall

u. Gouv. d. Invalidenhauses Berlin 41–44/40; 45–52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–76/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–85/Fundort; 87–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–99/42; 100–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123–125/44, 127–128/44; 129–130/Fundort; 131/44, 134–136/44, 138/44; 139–141/Fundort; 142–154/44, 156–157/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–176/45; 177–179/46, 181–184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 190/46, 192/46, 195–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–212/Fundort; 213/46; 214–215/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–234/47, 238–245/47, 247–250/47; 251–265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 273–277/49, 279/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 285–286/49; 288–292/50, 294–300/50, 302/50; 303–311/51, 313–314/51; 315/Fundort; 316/51; 317–319/Fundort; 320/51; 322–327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–352/52; 354–356/53, 358–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–382/53; 383–389/54; 390/Fundort; 391–393/54, 396/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54, 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55; 418/Fundort; 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 425–435/55; 436–440/56, 442/56

Bracht, Franz August (1773–1862), Steuereinnahmer, Landwirt, RegR a.D. Dillenburg, 1830–33 und 1843–45 LT-Abgeordneter (4. Stand) f. Recklinghausen, dort 1843 Antrag auf Abänderung der Ständeversammlung, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. 1. Kammer 187/Fundort 235

Brauer, Ölmüller Kutzdorf, 1846 Kompetenzkonflikt im Rechtsstreit mit Tuchmachergewerk Neudamm 384/54 49, 56, 58v

Braunbehrens, Dodo Carl Adolph v. (1817–1870), aus Anhalt-Bernburg stammend, Ass. OLG Halberstadt, 1843 Ref. OLG Danzig, 1843 RegRef. Danzig, 1845 Naturalisation, 1847 RegAss., 1847 in herzoglich anhaltinischen Diensten, wollte 1849 wieder in preuß. Dienste treten, später RegPräs. Anhalt 442/56 48

Braunschweig (-Oels), Wilhelm Herzog v. (1806–1884), 1826 Hzg. von Oels, 1830 reg. Herzog, mit dem die ältere Linie der Welfen ausstarb, hannov. Feldmarschall, Gen.d.Kav., 1854 MdH 231/47 80, 81, 82–83, 85–85v

Bremer, Gottfried (geb. um 1798), Gefangenenwärter Lindlar, 1845 Disziplinar- und Pensionsache 309/51 99

Brenn, Gustav Adolf Ewald Frh. v. (1772–1838), 1825–30 RegPräs. Merseburg, 1830 PolMinr., 28.4.1834–20.8.1838 (gemeinsam mit Rochow) Minr.dI, 1835–38 Leiter Gewerbe-Abt. MdI 6/38 116–116v

Brese (-Winiary), Johann Ludwig Leopold (1856: v.) (1787–1878), Festungsbauer, 1807 Sekondeltn., 1813 Premierltn., 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 Kapitän, 1816 Mitgl. und 1819 Dirigent Ingenieur-Abt. Kriegs-Dept., 1820 Maj., 1835 Oberstltn., 1837 Oberst, u.a. Gutachter für die Streckenführung der Eisenbahn Halle-Kassel-Lippstadt, 1849 GenInspektor der Festungen und Chef der Ingenieure u. Pioniere, 1849 GenLtn., 1854 1. Kurator der Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschulen, 1854 MdStR, 1858 Gen.d.Inf., 1860 a.D. 47/41 50v, 53

Brettner, Prof. Dr., Reg- u. kath. SchulR Reg. Posen, Mitgl. ProvSchulKollegium Posen, seit Nov. 1847 Dir. Marien-Gymnasium Posen 413/55 92

Brockhoff, RegSekr. Düsseldorf, 1843 Gehaltssache 173/45 232

Broecker, Carl Gottlieb (geb. um 1787), seit 1822 KrsSekr. Bromberg, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 102/43 61

Brohm (gest. vor 1877), 1847 Ass. OLG und Gehilfe des StAnw. beim KG für Untersuchungssachen, nach 1848 StAnw. KrsGer. Berlin, seit 1852 OStAnw. AppGer. Halberstadt, 1853–58 MdA (v. Arnim) 437/56; 456/57

Brüggemann, Theodor (1796–1866), Dr. phil., 1814 Lehrer f. alte Sprachen und 1823 Dir. Gymnasium Düsseldorf, 1831 RegR sowie Mitgl. ProvSchulKollegium Koblenz, 1837–39 Unterhändler im Kölner Bistumsstreit, 1839 Hilfsarb. KuMinm. 1841 GehRegR, 1843 VortrR (Referat kath. Schulen, Gymnasien und Universitäten), 1849–65 Mitgl. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 1851 GehORegR, 1865 Wirkl.GehORegR und a.D., 1849–54 Mitgl. und 1850–55 Vizepräs. 1. Kammer (gemäßigte Rechte), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854 MdH *138/44* 221; *163/45*; *217/46* 320–320v, 322; *254/48* 48–50v; *285/49*; *393/54*, *395/54*; *412/55* 63–63v, *413/55* 79–79v, 81v, 84, 90–90v, 93v, *422–423/55*, *425–426/55*; *436–437/56*

Bruns, kath. Pfarrer Borgentreich *238/47* 177v–178

Brust, Joseph Friedrich, seit 1834 Mitgl. (für Boppard) ProvLT Rheinprovinz, 1845 wegen Bescholtenheit vom 8. ProvLT ausgeschlossen *337/Fundort* 113–113v

Brzykowski, Aurelius, Dieb *48/41* 65–66

Büchner, verheiratete: Freisleben, Wolmirstedt *74/41* 261

Büllesbach, Joseph (geb. um 1779), seit 1823 Gerichtsschöffe des Amts Altenwied Plag, 1843 Disziplinarsache *194/46* 241

Bülow, Frh. v. (gest. 1854), 1828 Wirkl.LegR MAA, 1832–54 GehLegR *176/45*

Bülow, Heinrich Frh. v. (1792–1846), Studium der Rechts- und Kameralwiss. in Jena und Heidelberg, 1815–17 unter W. v. Humboldt tätig und während der Konstituierung des Bundestages in Frankfurt/M. mit der Grenzordnung der Kleinstaaten betraut, 1817 Gesandtschaftssek. London, 1819 VortrR MAA und führend beteiligt am Zustandekommen des Zollvereins, 1827 Gesandter London, 1841 Bundesgesandter Frankfurt/M., 21.3.1842–29.9.1845 AMinr., 1842 MdStR, Wirkl.GehR *113/43* 230, *114/43*, *115–116/43*; *117/Fundort*; *118/44*; *119–122/Fundort*; *123–125/44*; *126/Fundort*; *127–128/44*; *129–130/Fundort*; *131/44*; *132/Fundort*; *134–136/44*, *138/44*; *139–141/Fundort*; *142–157/44*; *158–163/45*; *164/Fundort*; *172–176/45*; *177–184/46*, *190–196/46*; *197–198/Fundort*; *201/Fundort*; *203/46*; *204/Fundort*; *207/Fundort*; *208/46*; *210–212/Fundort*; *213/46*; *214–216/Fundort*; *217/46*; *218–219/Fundort*; *221/46*; *222–223/Fundort*; *224–226/46*; *227–250/47*; *251–254/48*, *256–265/48*; *266/Fundort*; *267–271/48*; *273–277/49*, *279/49*; *280–281/Fundort*; *284/Fundort*; *285–287/49*; *288–302/50*; *303–310/51*, *312–313/51*; *315/Fundort*; *322/52*, *325/52* 106

Bülow-Cummerow, Ernst v. (1775–1851), preuß. Publizist, 1788–90 Ltn. hannov. Dienste, 1790 Studium in Jena und Rostock, seit 1804 Güter in Pommern, 1811 Mitgl. Generalkommission zur Regelung der Kriegsschulden, Verfasser zahlreicher Schriften über die Finanzen und das Staatswesen Preußens *130/Fundort* 239v; *140/Fundort* 115v, *141/Fundort* 119

Burchardt, 1819–25 Justitiarius d. ehem. St. Johanniter-Ordens-Kommandarien Lagow und Burschen, bis 1839 KrsJusR Zielenzig, 1841 Gehaltssache *73/41* 210–210v

Cammann, Kanzlist, 1844 Pensionssache *251/48* 1

Cammerer, 1824–52 Wirkl.GehKrR KrMinm., Mitgl. Ober-Examinations-Komm. u. Direktorium Großes Militär-Waisenhaus Potsdam *246/47*; *291/50*

Camphausen, Eduard (geb. um 1794), 1814–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1821 bei Steuerverw. tätig, seit 1834 Obersteuerkontrolleur Neuwied, 1840 Pensionssache *21/39* 135–136

Camphausen, Otto (1896: v.) (1812–1896), 1834 RegRef. Köln, 1837 RegAss. Magdeburg, 1840 Koblenz, 1842 Trier, 1844 dort RegR, 1845 GehFinR FinMinm., 1853 GehOFinR, 1854 Präs. Preuß. Seehandlung, 1868 Wirkl.GehR, 1869–78 FinMinr. und 1873–78 Vizepräs. StMinm., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (bkF), 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte, Centrum), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1860 MdH, 1867–69 MdR Norddt. Bund (altlib., bkF) *12/39*, *15/39*, *16/39*; *283/49*; *371/53*; *398/54*; *419–421/55*; *450/56*; *454/57*

Canitz und Dallwitz, Carl Frh. v. (1787–1850), 1812–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, Ende 1821 1. Adjutant des Prinzen Wilhelm, 1828/29 in Konstantinopel u. Petersburg, dann

Gesandter Kassel und Hannover, 1841 ao. Gesandter Wien, 1844 GenLtn., seit 11.8.1845 Krankheitsvertretung f. AMinr. Bülow und 29.9.1845–18.3.1848 AMinr. und KabMinr., 18.6.–29.9.1849 Vors. des Verwaltungsrates der Union, 1849 Mitgl. 1. Kammer 325–327/52; 328/Fundort; 330–331/Fundort; 332/52 195; 340/Fundort; 342–343/Fundort; 344–345/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 356/53, 358–359/53; 361–362/Fundort; 364–370/Fundort; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–378/53, 382/53; 390/Fundort; 391/54; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 403–404/54; 409/55; 410/Fundort; 413–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55; 418/Fundort; 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–425/55, 429/55, 430/55 221v; 434–435/55; 436–441/56, 443/56, 445–446/56, 449/56, 451/56; 452–457/57

Carmer, Johann Heinrich Casimir (1788: v.) (1798: **Graf**) (1721–1801), Studium der Rechte in Jena und Halle, 1749 Ref. KG, 1750 Dir. und 1763 Präs. der Oberamts-Reg. Breslau, Vorsitz in Gesetz-Komm., 1779–95 Großkanzler und Chef de justice 90/Fundort 97, 98v; 103/43 105v–106

Chlapowski, Dezydery Adam v. (1788–1879), Rittergutsbes., Publizist, Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 91/42 12

Claassen, Adolph Bernhard (geb. 1793), Ltn. a.D., seit 1839 Tor-Kontrollleur Sagan, 1845 unfreiwillige Pensionierung, 1846 Pensionssache 355/53 18

Cosel, Karl Wilhelm Gustav v. (1789–1876), 1805 Kornett, 1806/07 Teilnehmer an den Feldzügen, 1807 Sekondeltn., 1812 Premierltn., 1812–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1813 Maj., 1815 GenStab, 1822 Oberstltn., 1827 Mitgl. Komm. zur Revision der Militärgesetze, 1829–40 VortrR KrMinm., 1835 GenMaj., 1840 Dir. Militär-Ökonomie-Dept. KrMinm. und Präses Ober-Examinations-Komm. für Intendantur-Beamte, März–Juni 1840 u. Nov. 1840–41 Geschäftsführung für den erkrankten KrMinr. v. Rauch, 1842 MdStR, 1843 GenLtn., Mai 1848 z.D. gestellt, 1860 Gen.d.Kav. (Charakter) 11/39; 36/Fundort; 37/40; 39/Fundort; 40/40

Costenoble, August (1803–1881), Jurist, 1838 Reg- u. OPräsR Magdeburg, dann Hilfsarb. StR, Mai 1842 GehFinR FinMinm., 1844–48 VortrR KabMinm., 1844 MdStR, 1845 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 GehOFinR, 1846 Mitgl. Kuratorium Preuß. Bank, 7.11.1846 bis nach 1868 VortrR StMinm. und Zivilkab., Wirkl.GehORegR, Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1853–70 KabR Zivilkab., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer 143/44; 167/45; 183/46, 194/46; 229/47, 242/47 252; 251/48, 256/48; 291/50; 397/54 220, 398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54, 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 425–432/55, 434–435/55; 436/56 3v, 437–448/56, 450–451/56; 452–456/57, 457/57 55; 458/Fundort

Crudelius, ehemalige Besitzerin eines Grundstücks zu Potsdam (Brandenburger Vorstadt), worauf die Seehandlung eine Dampfmühlen-Anlage errichten lassen will 198/Fundort 163v

Crelinger, Ludwig (1798–1853), 1821 Auskultator Stadtger. Berlin, 1822 Ref. KG, 1826 dort Ass., 1831 KrsJusR Neustadt, 1831 Dir. Land- u. Stadtger. Neustadt, 1833 OLGR Breslau, wegen Unstimmigkeiten bei Amtsführung i.R., 1835 Wiederanstellung als Justizkommissarius, OLGR Königsberg, seit 1843 Disziplinaruntersuchung wegen Verhalten bei Herwegh-Aufenthalt Ende 1842 in Königsberg, 1847 Strafversetzung an das Stadtger. Tempelburg, daraufhin Entlassungsgesuch und Übersiedelung nach Berlin, Verteidiger im Polen-Prozeß, seit August 1848 Rechtsanwalt Geheimes Ober-Tribunal und JusR (Titel) 159/45 11–17v, 160/45 18, 20–21v; 238/47 188–191; 392/54 159–161v

Croy, Alfred Herzog v. (1789–1861), 1822 reg. Hzg., 1854 MdH 144/44 275; 275/49 25

Cuno, Matthias (1551–1624), dt. Rechtsgelehrter, kurbrandenburgischer Rat, Prof. Univ. Frankfurt/O. 198/Fundort 157v–158

Czapski, Dolmetscher Reg. Bromberg 228/47 27

Czerwinski, Kreisbote Wollstein (Krs. Bomst), 1843 Gehaltssache 208/46 293

- Dalberg, Karl Anton** (1744–1817), 1787 Koadjutor von Mainz und Worms, 1788 Konstanz, 1800 Bischof von Konstanz, 1802 Bischof von Worms, 1805 Erzbischof von Regensburg, 1806 Fürstprimas des Rheinbundes, 1810–13 Großherzog von Frankfurt 393/54 172
- Dambski**, (vermutl.) **Arnold Graf v. Lubraniec-** (1802–1866) 91/42 12
- Damerow, Heinrich Philipp August** (1798–1866), Prof. Dr. med., Univ. Greifswald, 1835–66 (zuerst designierter) Dir. der sächs. Provinzial-Irren-Anstalt Halle/S., 1840 in Berlin und zeitweise KuMinm., 1841 MedizinalR., 1845 GehMedizinalR. 57/Fundort 111v
- Danckelmann, Wilhelm Heinrich August Graf v.** (1768–1830), 1792 OAmtsRegR Breslau, 1800 Präs. Reg. Warschau, danach Präs. OLG Brieg und Glogau, 1825–30 JMinr., 1828 MdStR 50/41 102, 74/41 256; 127/44 95v–96; 311/51 129v
- Daniels, Alexander Edler v.** (1800–1868), Richter, 1843 Rat am Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1844 o. Prof. Berlin und Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1854 Kronsyndikus, Mitverfasser des „Handbuches der für die Königlich Preußischen Rheinprovinzen verkündeten Gesetze, Verordnungen und Regierungsbeschlüsse aus der Zeit der Fremdherrschaft“ (8 Bde., Köln 1833–45) und Autor zahlreicher juristischen Schriften, Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 269/48 277v, 281v
- Day, Philipp** (geb. um 1801), Schumacher, seit 1827 Feld- und Waldhüter Bernkastel, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 34/40 209
- Decker, Rudolf Ludwig** (1863: v.) (1804–1877), Buchdrucker u. Buchhändler, seit 1828/29 Eigentümer der Geh. Oberhofbuchdruckerei 70/41 194
- Deetz** (geb. 1786), seit 1807 im Justizdienst, 1808 OLGR Köslin, 1842 Frankfurt/O., 1844/45 Pensionssache 268/48 242; 307/51 62, 311/51 124
- Dellmar** (geb. um 1799), Gendarm, 1838 zeitweilig Grenz-Aufseher, 1839 Steuer-Aufseher Kempen (Krs. Schildberg), dann Schwerin, 1843–45 Steuer-Aufseher Reichenbach, dann Pensionierung, 1846 Pensionssache 360/53 105
- Denant**, Berliner Bankier 449/56 125
- Descours**, Land- u. Stadtger.-Rendant, vermutl. zu Spandau, 1844 Reklamationssache 248/47 357
- Dessoneck, Friedrich Romanus v.** (geb. um 1804), 1840–42 Bgm. Garnsee, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 336/52 196
- Dettmann**, Aktuaris Justizamt Schwirgslauken, 1847 Disziplinar- u. Pensionssache 450/56 133
- Deuster, Heinrich Balthasar**, 1828 Ass. LG Trier, 1832 Prokurator LG Koblenz, 1838 Ober-Prokurator LG Saarbrücken, 1839–48 Trier 237/47 175
- Diepenbrock, Melchior v.** (1845: Frh.) (1798–1853), 1812 Ltn., 1812–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1819–23 Studium der kath. Theologie, 1823 Priesterweihe, 1823 Sekr. b. Koadjutor bzw. seit 1829 b. Bischof von Regensburg, 1830 Domkapitular, 1835 Domdechant, 1842–44 (Amtsniederlegung) GenVikar Regensburg, 1845–53 Fürstbischof von Breslau, 1848 führend am Aufschwung des polit. Katholizismus beteiligt, 1849–53 apostolischer Delegat für die Militärseelsorge in Preußen, 1850 Kardinal, Mai–Aug. 1848 Mitgl. dt. NatVers. (fraktionslos) 400/54 256v, 258–258v; 455/57 25, 27, 28
- Diestel, Richard Theodor** (geb. 1802), Studium der Rechte, 1834 Ref. OLG Marienwerder, dann bis 1836 LG Posen, 1836 Bgm. Krotoschin, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 106/43 132
- Dietrich, Karl** (geb. um 1794), 1828 Grenz-Aufseher, später Steuer-Aufseher Olpe, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 175/45 244
- Dingerkus**, StadtGerR Münster, 1847 Pensionssache 436/56 10
- Dittmann, Friedrich Ludwig** (geb. um 1807), Aktuaris und Salarien-Kassen-Rendant Land- u. Stadtger. Köpenick, dann bis 1842 Aktuaris Land- u. Stadtger. Beeskow, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 123/44 26
- Doazan**, ehem. frz. Präfekt in Koblenz 433/55 240v
- Doerk, Albert Ludwig Eduard** (geb. um 1813), 1836 Stadtkämmerer Drengfurth, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 190/46 177

- Dohna-Lauck, Friedrich Graf zu** (1799–1873), Fideikommißbes., 1817–34 Militär, 1840 Kammerherr, Oberburggraf im Kgr. Preußen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850–54 Mitgl. 1. Kammer, 1850–61 Marschall ProvLT Preußen, Landhofmeister im Kgr. Preußen, 1854 MdH 165/45 64
- Dohna-Schlobitten, Wilhelm Heinrich Maximilian Graf zu** (1773–1845), Gesandter am dän. Hof, Landhofmeister des Kgr. Preußen, Wirkl.GehR 165/45 64
- Dohna-Schlodien, Karl Graf zu** (1814–1890), Obermarschall des Kgr. Preußen, Kammerherr und Rittmeister a.D., 1878 Vors. ProvLT Ostpreußen, 1854 MdH 165/45 64
- Dohna-Wundlacken, Heinrich Ludwig Adolf Graf zu** (1777–1843), 1791–95 Studium der Staatswiss. in Königsberg, 1802 Kriegs- u. Domänenrat Königsberg, 1809 MdStR, 1815 RegPräs. Köslin, 1831 Königsberg, 1834 Oberhofmarschall, 1843 Präs. ProvKonsistorium Königsberg mit dem Rang eines OPräs. 232/47 108v, 234/47 139
- Dönhoff (-Friedrichstein), August Graf v.** (1797–1874), Rittergutsbes., 1815 Freiwilliger am Feldzug gegen Frankreich, 1821 Kammerherr, seit 1821 im diplom. Dienst, 1823 LegSekr. Gesandtschaft Paris, 1825 Madrid, 1828 London, 1833 Gesandter München, 1842–April 1848 Bundesgesandter Frankfurt/M., 1844 Wirkl.GehR (Exz.), 21.9.–1.11.1848 (interim.) AMinr., Obergewandkammerer, 1849–54 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Gaffron-Rumpf), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854 MdH 457/57 59, 61
- Dorenburg, Johann Andreas** (geb. um 1792), seit 1825 Kämmerer-Kassen-Rendant Seehausen, 1841 Pensionssache 98/42 50
- Dorow, Friedrich Ferdinand Wilhelm v.** (1790–1846), Schriftsteller und Archäologe, durch Hardenbergs Einfluß 1811 Attaché Gesandtschaft Paris, 1813 Freiwilliger in den Befreiungskriegen, 1816 LegSekr. Dresden, 1817 Kopenhagen, dann Publizist für Hardenberg, Gründer des Museums für vaterländische Altertümer Bonn, 1820 Dir. Verw. f. Altertumskunde in Rheinland/Westfalen, HofR, 1822–24 Expedient MAA, nach Hardenbergs Tod pensioniert, 1827 Ausgrabungen etruskischer Altertümer in Italien und Überführung nach Berlin 97/42 48–49v
- Drepper, Johann Franz** (1787–1855), Studium d. Philosophie u. Theologie in Münster, 1809 Priester Münster, 1811 Kaplan und Lehrer Arnsberg 1819 Ruf an Univ. Bonn abgelehnt, 1824 Domkapitel Paderborn, 1843 Dompfarrer, 1845–55 Bischof von Paderborn 386/54 87–90v
- Droste zu Vischering**
- **Kaspar Maximilian Frh. v.** (1770–1846), 1793 Priesterweihe, 1795 Weihbischof Münster, 1823 Domdechant Münster, 1826–46 Bischof von Münster 40/40 286; 72/Fundort 268v
 - **Klemens August Frh. v.** (1773–1845), 1798 Priesterweihe, 1807–20 Kapitularvikar Münster, 1808 Gründung der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern („Klemensschwwestern“), 1827 Weihbischof Münster, 1836–45 Erzbischof von Köln, mit seiner Haltung im Mischehenstreit Auslöser der „Kölner Wirren“ 62/Fundort II 6v; 66/Fundort 39v; 181/46 125
- Droste-Senden, Maximilian Friedrich Frh. v.** (1777–1847), Rittergutsbes., Bgm., 1837–41 Vertreter für Fst. zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg im ProvLT Westfalen 66/Fundort 39v
- Duesberg, Franz** (1840: v.) (1793–1872), Dr., 1813 Mitgl. d. garde d'honneur, 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 preuß. Premierltn., 1817 Ref. OLG Münster, 1819 Ass. OLG Ratibor, 1821 OLGR Paderborn, 1826 Mitgl. Gesetzgebungs-Komm., 1831–32 GehJusR JMinm., 1832 GehFinR, 1834 GehOJusR und ORevisionsR, 1836 MdStR, 1837 stellv. StS, 1838 StS, 1841 Wirkl.GehOJusR, 1841–46 Dir. (kath. Abt. sowie der Abt. Medizinal-Angelegenheiten) KuMinm., 1842 Mitgl. Gesetz-Komm., Juni 1842–Nov. 1846 VortR StMinm. und Zivilkab., 1846 zugl. Vors. Immediat-Komm. f. d. Kontrolle der Banknoten-Ausgabe u. Mitgl. Bank-Kuratorium, 16.8.1846–19.3.1848 FinMinr., 19.3.1848–1.7.1849 pens., 1849 Kom. der preuß. Krone und Vors. des provis. Bundesschiedsgerichts des Erfurter Unionsparlaments, 1850–71 OPräs. Westfalen, 1855 Kom. f. d. Regulierung der Rechte vormals unmittelbarer dt. Häuser, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1851–54 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Alvensleben), 1854 MdH, Kronsyndikus 5/38, 6/38 119v, 7/38 128v; 16/39, 18/39 62–62v, 19/39 105; 98/42 51v; 117/Fundort 160v; 120/Fundort 181v; 131/44, 134–138/44, 142–145/44, 147–153/44, 154/44 375, 155/44 382, 156/44, 157/44 403; 159/45 9, 11,

160/45, 161/45 36, 162–163/45, 165–176/45; 177–179/46, 180/46 77, 181/46, 186/46 169, 190–196/46, 199/46, 203/46, 208/46, 213/46, 217/46, 220–221/46, 224/46 391, 397, 225–226/46; 227–237/47, 240–250/47; 251–265/48, 267–272/48; 273–277/49, 279/49, 282/49, 285–287/49; 291–294/50, 298–302/50; 303–314/51; 315/Fundort; 316/51, 320/51; 322–323/52, 327/52, 329/52 180v–181, 187v, 336/52, 339/52, 341/52, 344/52, 346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–359/53, 363/53; 365–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53, 376–382/53; 383–389/54; 390/Fundort; 391–398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54, 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419/55, 422–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–430/55, 434–435/55; 436–444/56, 445–451/56; 452–457/57; 458/Fundort

Duve, Wilhelm (geb. um 1788), seit 1810 im Staatsdienst, Expedient beim westfäl. FinMinm., 1812 Domänenbeamter Corvey, seit 1823 Domänenrentmeister und 1834 Domänenrat Paderborn, 1840 Disziplinar- und Pensionssache 14/39 19

Dyhrn (auch: Dyherrn), **Konrad Adolf Graf v.** (1803–1869), 1831 Rittergutsbes., seit 1842 Herr auf Reesewitz, 1842 GenSekr. „Landwirtschaftlicher Central-Verein für Schlesien“, 1843 dessen Vizepräs., 1843 ff. Mitgl. ProvLT Schlesien, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 u. 1854 Mitgl. 1. Kammer, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Linke), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854 (1861 eingetreten) MdH, 1867 Mitgl. Konstituierender RT 231/47 79, 80v–81v, 86

Dziadek, Prof. Dr., Dir. Gymnasium Trzemeszno 413/55 93v

Eckstein, Johann (gest. 1841), 1823–41 Land- u. Stadtger. Hohenstein, 1844 Reklamationssache 248/47 356

Eidler, Tischlergeselle Wernigerode, wegen Straßenraub zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und Begnadigungsgesuch eingereicht 327/52 158

Eger, Ludwig, seit 1823 Kirchenkassen-Rendant Hettstedt, 1844/45 Disziplinar- und Pensionssache 251/48 7–7v; 314/51 165

Egidy, Christoph Moritz v. (1809–1848), 1830 Auskultator Stadtger. Berlin, 1830 Landratsamt Merseburg, 1833 RegRef. Merseburg, 1835 RegAss., Reg. Aachen, 1837 LandR Düren, beschäftigt f. d. Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft, 1841 RegR Aachen, 1843 Reg. Potsdam 449/56 125

Ehrenfeldt, Thure Gustav Friedrich v. (geb. 1792), 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1826 Hptm., dann im Steuerdienst, 1834 Ober-Steuerkontrolleur Strzalkowo, dann Lobsens und Mogilno, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 272/48 357

Ehrenreich, Carl, Tischlermeister, unbesoldeter Ratmann Biesenthal, 1843 Disziplinarsache 192/46 217

Ehrenström, sog. Förderer der Altlutheraner 225/46 411, 414v

Eichendorff, Joseph Frh. v. (1788–1857), dt. Dichter und Schriftsteller, 1805–10 Studium der Rechte in Heidelberg, Berlin und Wien, Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Eintritt in preuß. Verw.-dienst in Breslau, Ass., 1821 Mitgl. ProvSchulKollegium Preußen, 1824 RegR Danzig, 1832 Berlin, seit 1839 als möglicher Anwärter auf eine besoldete Mitarbeiterstelle im Ober-Zensur-Kollegium im Gespräch, 1841 GehRegR, 1844 KuMinm., 1845 a.D. 37/40 263v

Eichhorn, Johann Albrecht Friedrich (1779–1856), 1800 Auskultator Reg. Kleve, später Hildesheim, 1806 Ass. KG, 1810 KGR, 1811–19 zugl. Syndikus Univ. Berlin, 1813 Mitgl. Zentralverw. unter Stein, 1816 GehLegR MAA, 1817 MdStR, 1831–40 Abt.-Dir. MAA, Wirkl. GehLegR, 8.10.1840–19.3.1848 KuMinr., 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus 14–18/39, 20–22/39; 23/40, 26/40, 31/40, 33–35/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–42/40, 44/40; 45–50/41, 52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–75/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–99/42; 100/43, 101–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123–125/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 131/44; 132/Fundort; 135–138/44; 139–140/Fundort; 143–148/44, 154–156/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–176/45; 177–179/46, 181–184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 194–196/46; 197–198/Fundort;

199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 210–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–229/47, 231–250/47; 252–257/48, 259–262/48, 264–265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 273–277/49, 279/49; 280–281/Fundort; 282–283/49, 285–287/49; 288–302/50; 303–307/51, 311–312/51, 314/51; 315/Fundort; 316/51; 317–319/Fundort; 320/51; 321/Fundort; 322/52, 325–327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 345–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–355/53, 357–358/53, 360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–378/53; 381–382/53; 383/54, 385–389/54, 392–398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54; 405/Fundort; 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–432/55, 435/55; 436–446/56, 451/56; 452–457/57; 458/Fundort

Eichhorn, Karl Friedrich (1781–1854), Sohn des Orientalisten J. G. Eichhorn, Dr. jur., dt. Rechtsgelehrter, 1805 ao. Prof. Univ. Frankfurt/O., 1811 Prof. Univ. Berlin, Freiwilliger in den Befreiungskriegen, 1817–29 Univ. Göttingen, Entlassung auf eigenen Wunsch aus gesundheitlichen Gründen, 1832 erneut Univ. Berlin und GehLegR MAA, 1834–42 (Entlassung auf eigenen Wunsch) Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1838 MdStR, 1838–46 preuß. Spruchmann (nominell) am Bundesschiedsgericht, 1842 Mitgl. Gesetz-Komm., 1843 GehOJusR, 1843–44 (Entlassung auf eigenen Wunsch) zugleich Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 i.R. 22/39 140; 124/44 66v–68; 176/45 267

Eichhorn, Karl Friedrich Hermann (1856: v.) (1813–1892), Sohn des J.A.F. Eichhorn, 1834 Auskultator KG, 1834 Stadtger. Berlin, 1836 GerRef., 1837 Wechsel in den Staatsdienst u. Referendar Reg. Frankfurt/O., 1841 RegAss. Magdeburg, 1843 zeitweilig Hilfsarb. (Abt. Handel, Gewerbe, Bauwesen) FinMinm., 1846 Reg. Breslau, 1849 RegR, 1863 ORegR u. Abt.-Dirigent Reg. Oppeln, 1872 RegPräs. Minden, 1881 i.R., 1866–72 MdA (kons.) 193/46

Eichhorn, Ass. KG, zeitweilig LG Koblenz 311/51; 394/54

Eichmann, Franz August (1793–1879), Dr. jur., 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 Auskultator, 1817 Ref. KG, 1819 Ass. OLG Stettin, 1822 OLGR Marienwerder, 1824 KGR, dem kons. Kreis der Brüder Gerlach zugehörig, 1835 Kommissarius bei der Bundes-Zentral-Behörde Frankfurt/M., 1835 Justitiar u. GehFinR FinMinm., 1836 GehOFinR, 1837 MdStR, 1840 Wirkl.GehLegR (Charakter) u. MinDir. MAA, 1842 zugl. Mitgl. Gesetz-Komm., 1845 OPräs. Rheinprovinz, 21.9.–8.11.1848 Minr.dI u. LandMinr., Nov. 1848 erneut OPräs. Rheinprovinz, 1850 OPräs. Preußen, 1853 Wirkl.GehR (Exz.), 1860 Nobilitierung abgelehnt, 1868 i.R., 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1867–70 MdR Norddt. Bund (kons.) 10/38; 124/44, 147/44 291; 194/46; 249/47; 335/Fundort 93v; 337/Fundort 110; 338/Fundort 130–130v, 132v, 136v; 352/52 386v; 388/54 132, 389/54 135, 393/54 174v

Eichstädt, Dr., Syndikus Univ. Greifswald, äußerte große Bedenken wegen Finanzierung der Akademie Eldena aus dem Greifswalder Universitätsfonds, 1844 i.R. 194/46 249–250, 253v, 259

Ellerts, Joseph v. (1802–1857), 1822 Auskultator, 1824–26 Ref. beim Märkischen BergA Bochum, bis 1829 Ass. OLG Hamm, HofGer. Arnberg, AppGer. Köln, LG Aachen und OLG Hamm, 1829 BergR und 1830 OBergR und Justitiar beim Westfäl. OBergA Dortmund, 1844 Hilfsarb. Minm. für die Gesetz-Revision, 1847 GehJusR, 1848 Wartegeld, 1849 VortrR (kommissar.) KuMinm., 1853 GehRegR, 1855 GehORegR 429/55; 445/56 75, 448/56 116, 117, 450/56

Engel, Rheinzoll-Kontrollleur Koblenz, 1840 Pensionssache 4/38 72

Engelmann, Peter, bis 1816 Domänen-Dir. Saar-Dept. Trier, 1816–19 Hilfsarb. Reg. Trier, danach RegR Arnberg, 1841/42 Gehaltssache 74/41 238–239v; 104/43 110

Enger, Robert, Dr., Dir. Gymnasium Ostrowo, 1866 Marien-Gymnasium Posen 413/55 93v

Enslin, Theodor Christian Friedrich (1787–1851), seit 1817 Buchhändler in Berlin, ab 1834 mehrfach Vorsteher des Börsenvereins der dt. Buchhändler 127/44 105

- Ernst, August Gottlob** (geb. um 1784), seit 1806 Säckler bei der Petrikirche Berlin, 1840 Disziplinarsache 5/38 100
- Ernst, Carl Wilhelm** (geb. 1797), 1823 Ass. OLG Königsberg, 1827 OLGR Halberstadt, 1837 GehJusR und 1844 GehOJusR JMinm., 1850 i.R. 101/43 46; 236/47; 259/48; 277/49; 311/51, 314/51; 325/52; 354/53, 357/53, 377/53; 385/54, 395/54; 428/55 205
- Etschreit, Johann Baptist** (geb. um 1785), seit 1806 Advokat-Anwalt Ehrenbreitstein, 1842 Disziplinarsache 146/44 290
- Fahle, Caspar** (geb. um 1782), 1825 Holzwärter, Flurschützer und Polizei-Offiziant Behringhausen, 1842 Kommunal-Waldwärter, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 312/51 140
- Falkenhausen, Karl Frh. v.** (1760–1835), (vermutl. schon vor) 1818–35 Chef-Präs. OLG Breslau 272/48 359v–360
- Fecht**, 1831 Geh. expedierender Sekr. und Kalkulator KrMinm., 1840/41–52 KrR 142/44 266
- Feller, Benjamin Ehrenfried**, Ober-Bau-Inspektor Gleiwitz, 1843 Disziplinarsache 192/46 220
- Fiedler, August**, Rittergutsbes. auf Zacharzowitz, Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit 385/54 68
- Fiedler, Ernst Friedrich Erasmus** (geb. 1794), 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1816 im Postdienst, 1824 PostSekr. Neusalz, 1830 Marienburg, 1834 Liegnitz und seit 1834 Oppeln, 1846 Disziplinar- und Pensionssache 394/54 184
- Fiedler, Friedrich Eugen Albert** (geb. 1809), 1828 Postschreiber Neumarkt, dann in Gleiwitz, Stolpe, Havelberg, Garz, Posen, Friedeberg und Landsberg/W., 1836 PostSekr. Heiligenbeil, dann Griefswalde, 1837 Landsberg/W., 1841 Stargard, 1843 Gleiwitz, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 310/51 110
- Fleck, Eduard** (1804–1879), Dr., 1826 Auskultator, 1828 Ref., 1829 Garnisonsauditeur Magdeburg, 1835 Mitgl. GenAuditoriat KrMinm., Wirkl.JusR, 1846 GehJusR, 1848 GehKrR, Wirkl.GehKrR. 1854 MdStR, 1857 GenAuditeur der Armee (Rang GenLtn.) und 1876 auch der Marine, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1853–54 Mitgl. 1. Kammer, 1854–58 MdA (Büchtemann), 1872 MdH 10/38; 456/57
- Flinzer, Andreas Friedrich** (geb. 1779), in sächs., ab 1815 in preuß. Diensten als Chaussee-Geld-Erheber Meineweh, seit 1833 Bruckdorf, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 108/43 169
- Flömer, Friedrich Wilhelm**, Kolone Alswede 217/46 325v
- Flottwell, Eduard Heinrich** (1861: v.) (1786–1865), Dr. jur., 1807 GerRef., 1808 GerAss. Reg Königsberg, 1808 Ass. OLG Königsberg, 1812 OLGR, 1812 RegR und Justitiar Reg. Gumbinnen, 1816 ORegR Danzig, 1817 GehRegR, 1826 RegPräs. Marienwerder, 1830 OPräs. Posen, 1840 Wirkl.GehR (Exz.), 1840 OPräs. Sachsen (erst im Frühjahr 1841 nach ProvLT Posen wirksam), 1844 MdStR, 3.5./18.5.1844–15.7./16.8.1846 FinMinr., weiterhin bis 18.3.1848 StMinr., 15.7.1846 OPräs. Westfalen und zugl. RegPräs. Münster, 1849 (kommissar.) OPräs. Preußen, 1850 OPräs. Brandenburg, 6.11.1858–3.7.1859 Minr.dI, 1859 erneut OPräs. Brandenburg, 1862 i.R., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Café Milano, Casino), 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (bkF), Ehrenbürger von Posen, Hamburg und Berlin 34/40 223–224; 54/Fundort; 55/Fundort I, Fundort II 90; 56–58/Fundort; 59/Fundort I/II, Fundort III 144; 61/Fundort I, Fundort II 157; 138/44 249; 164/Fundort 63v; 167/45 104; 192/46 221; 205/Fundort 96v; 207/Fundort; 209/Fundort 121v–122; 223/Fundort; 228/47 29; 254/48 45, 256–259/48, 261–265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 273/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288/50, 290–302/50; 303–310/51, 313–314/51; 315/Fundort; 318–319/Fundort; 320/51; 321/Fundort; 322–325/52; 331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–380/53; 383–389/54, 400/54 272v, 275
- Fragstein, v.**, Rittergutsbes. zu Wittendorf, Inhaber der Polizeigerichtsbarkeit 385/54 68
- Frankenberg-Ludwigsdorf, Leopold v.** (1785–1878), OLGR Glogau, 1827 Vizepräs. OLG Rati-bor, 1830–31 Vizepräs. OLG Breslau, 1832–48 Chef-Präs. OAppGer. und 1835 zugleich OLG

Posen, 1840 Wirkl.GehR (Exz.), um 1855 a.D., 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH und Vizepräs., Kronsyndikus, 1867–74 MdR (kons.) 272/48 359v–360

Frantz, Carl (geb. um 1801), Ref. OLG Magdeburg, 1829 Ass. KG, 1830 RegAss. Magdeburg, 1833 RegR, 1835 GehRegR Mdl, GehORegR, 1864 i.R. 37/40; 432/55

Freitag

- **Johann Wilhelm** (gest. 1844), Müller Neumühl, dazu 1845 Erbenfall 353/52 390–391
 - **Sophie Rebecca** (gest. 1840), geb. Winckler, verwitwete Nehbel Neumühl, dazu 1845 Erbenfall 353/52 390–391

Friedberg, Heinrich (1888: v.) (1813–1895), Dr. jur., 1841 Ass. KG, 1845 StAnw.-Gehilfe Oberzensur-Gericht Berlin, dann KG, 1848 2. StAnw. KG, 1850 OStAnw. AppGer. Greifswald, 1850 JMinm., 1854 GehJusR, 1857 GehOJusR, maßgeblich an der Ausarbeitung des Strafgesetzbuches des Norddeutschen Bundes sowie an der Militär-Strafgesetzgebung beteiligt, 1870 Präs. Justizprüfungskomm., 1872 Bevollm. z. BundesR, 1872 Wirkl.GehOJusR, 1873 UStS JMinm., 1875 Kronsyndikus, 1876 StS RJA und Wirkl.GehR (Exz.), 1879–89 JMinr., 1889 a.D., 1872 MdH 384–385/54; 412/55; 444/56; 457/57 55

Friedrich (1676–1751), 1720–51 König von Schweden und 1730 Landgraf v. Hessen-Kassel 294/50 224–224v

Friedrich I. (1657–1713), 1688 Kurfürst v. Brandenburg, 1701–13 König in Preußen 123/44 37

Friedrich II. „der Große“ (1712–1786), 1740–86 König von Preußen 144/44 280v, 147/44 298; 232/47 107v; 290/50 49v

Friedrich Wilhelm gen. „der große Kurfürst“ (1620–1688), 1640–88 Kurfürst von Brandenburg 419/55 118

Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), 1713–40 König in Preußen, auch „Soldatenkönig“ genannt 255/48 57–57v; 289/50 31v, 291/50 89, 91–92v; 327/52 158; 335/Fundort 84

Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), 1797–1840 König von Preußen 1/38 66; 16/39 53v; 56/Fundort 99v; 81/Fundort 152; 123/44 45v; 255/48 58v; 335/Fundort; 360/53 106v, 108; 361/Fundort 166; 367/Fundort 208v

Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), 1840–57/61 König von Preußen, seit Okt. 1857 wegen Krankheit regierungsunfähig und Stellvertretung durch seinen Bruder Wilhelm 2/Fundort; 36/Fundort; 38/Fundort; 42/40 310–313; 50/41; 71–72/Fundort; 78/Fundort; 84/Fundort; 87–88/Fundort; 95/Fundort; 122/Fundort; 129/Fundort; 139/Fundort; 141/Fundort; 148–149/44, 152–153/44; 197/Fundort; 201/Fundort; 206/Fundort; 219/Fundort; 222–223/Fundort; 232/47, 234/47, 239/47, 241/47, 245/47; 284/Fundort; 290/50; 304/51; 347–350/Fundort; 376/53, 378/53; 405/Fundort 93v

Fritzen, Gotthardt, Stadt- u. LG-Registrator und Kanzlist Danzig, 1841 Reklamationsache 47/41 35–35v

Frömbling, Friedrich Wilhelm (geb. 1797), bis 1827 Militärdienst und 1822–24 Forstakademie, 1829 Oberförster Stettin, 1834 Neu-Sternberg, seit 1840–45 Rothebude, 1845/46 Disziplinar- und Pensionssache 306/51 37; 354/53 5

Fürst Primas von Wetzlar

→ Dalberg

Fürstenberg zu Borbeck, Klemens Frh. v. (1791–1844), großherzoglich-hessischer Kammerherr und Maj., 1834 preuß. Anerkennung des Freiherrenstandes 215/Fundort 213

Fürstenberg, v., prozessiert in der Prozeßsache der Dreßlerschen Erben zu Singen gegen den Fiskus auf Entschädigung 74/41 256

Ganzer, 1828–39 Dir. Eichungs-Komm. Minden, GehReg- u. BauR Minden, 1847 Reklamationsache 444/56 68

Geritz, Joseph Ambrosius (1783–1867), 1801–06 Studium der kath. Theologie in Braunsberg und Warschau, 1806 Priesterweihe in Frauenburg und dort Domvikar, 1812 Domprediger, 1823

Domkapitular, 1835 Domdechant, 1840 Weihbischof der Diözese Ermland, 1842–67 Bischof von Ermland, Mitbegr. des kath. Vereinswesens, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (fraktionslos) *81/Fundort 151v; 302/50 310*

Gerlach, Ernst Ludwig v. (1795–1877), Rittergutsbes., kons. Politiker und als Mitglied der „Kamarilla“ maßgeblicher Einfluß auf Friedrich Wilhelm IV., 1810–13 Studium der Rechte in Berlin, Göttingen und Heidelberg, 1813–14 Freiwilliger in den Befreiungskriegen, 1823 OLGR Naumburg, 1829 Dir. Land- u. Stadtger. Halle, Mitarbeiter am „Politischen Wochenblatt“, 1835 Vizepräs. OLG Frankfurt/O., 1842 MdStR, 1842 GehOJusR Minm. für die Gesetz-Revision, 1844–74 Präs. OLG/AppGer. Magdeburg, 1846 Immediateingabe zum Entwurf des Religions-Patents, 1848 Mitbegr. Kreuzzeitung, 1874 i.R., 1846 ff. Mitgl. General-Synode, 1848 Mitgl. „Junkerparlament“, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1851–57 Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1852–58 und 1872–77 MdA (Gf. Schlieffen, v. Gerlach), 1877 MdR (Hospitant) *148/44 303–312v, 149–150/44, 152–153/44; 166/45; 235/47, 245/47, 247–248/47; 251/48; 405/Fundort 93–94*

Gessler, Gutsbes. auf Wittenfelde *173/45 233*

Giese, Johann Friedrich (geb. um 1783), 1818 Hilfspwärtter, seit 1828 Kommunal-Waldwärtter Stargard, 1845 Disziplinarsache *312/51 139*

Girardin [?], Deputierter ProvLT Rheinprovinz *175/45 253*

Glaeser (geb. 1794), 1822 KrsSekr. Friedberg, dann Zielenzig, 1838 BüroAss. Reg. Frankfurt/O., 1846 Gehaltssache *397/54 224*

Godziszewski, Johann (geb. 1788), bis 1822 Konsumtions-Steuer-Erheber und seit 1822/23 Kreissteuer-Einnehmer Pleschen, 1842 Disziplinar- und Pensionssache, 1845 noch Gehaltssache *145/44 286; 308/51 71*

Goerke, Carl Heinrich (geb. um 1804), 1832 Grenz-Aufseher im RegBez. Minden, 1841 Tor-kontrollleur Berlin, 1844 Disziplinar- und Pensionssache *264/48 205*

Gossler, OLGR Ratibor, 1848 Pensionssache *458/Fundort 111v–112*

Goethe, Johann Wolfgang v. (1749–1832), dt. Schriftsteller *125/44 79*

Goetze, Johann Carl Gottlieb (geb. 1783), 1822 Grenz-Aufseher Krs. Heiligenstadt, seit 1835 Torkontrollleur Nordhausen, 1842 Disziplinar- und Pensionssache *103/43 86*

Gombert, Diätarius *307/51 63*

Göschel, Carl Friedrich (1783–1862), Dr., 1807 Notar und Advokat Langensalza, 1811 StadtR, 1818 OLGR Naumburg, 1834–45 GehOJusR JMinm., 1839 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium und 1843–45 Ober-Zensur-Gericht, 1845 MdStR, 1845 Präs. ProvKonsistorium Sachsen, 1848 i.R. *5/38; 41/40; 74/41; 105–106/43, 108/43, 110–111/43; 123–124/44; 165/45, 171/45; 181/46; 231/47, 240/47; 274/49 16–19*

Götze, August Wilhelm (1792–1876), Dr. jur., 1819 Ass. KG, 1821 OLGR Magdeburg, 1835 GehJusR JMinm., 1838 Vizepräs. OAppGer. Greifswald, beteiligt an der Redaktion des altmärki-schen Provinzialrechts, 1844 MdStR, 1846 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal und Vizepräs., 1854 Kronsyndikus, 1856 Wirkl.GehOJusR, 1863 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 i.R., 1854 MdH *108/43 179v; 198/Fundort 157v–158; 257/48 78; 294/50 219, 220, 222–222v, 295/50 240*

Graevius, Daniel Gotthard (geb. um 1782), 1817–39 Protokollführer, Dolmetscher u. Depositäl-Rendant Justiz-Amt Winge, dann Dolmetscher u. Kanzlei-Direktor-Gehilfe Tilsit, 1842 Reklama-tionssache *131/44 109*

Grassmann, Wilhelm (geb. 1790), 1808 Dienst im Korps von Schill, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1837 Unterförster, zuletzt Hagelfelde, 1840 Disziplinarsache *15/39 28*

Grein, (vermutl.) **Franz Carl Anton** (geb. 1800), StadtGerR Berlin, 1843–nach 1865 KGR und zugl. 1845 GehPostR General-Post-Amt, nach 1848 HandMinm., 1853–61 GehOPostR, 1862 a.D. *339/52, 341/52, 344/52*

Gries, Anton (geb. 1802), 1832 berittener Grenz-Aufseher, 1836 Ober-Grenz-Kontrolleur Hauptamtsbezirk Halberstadt, seit 1840 Ober-Steuer-Kontrolleur Schmiedeberg, 1846 Disziplinarsache 356/53 23

Griga, Garde-Landwehrmann, wegen Zollvergehen gegen Rußland nach Sibirien verbannt 124/44 49–49v, 54v–55

Grimm, Franz Wilhelm (geb. 1797), frz., dann preuß. Militärdienst, seit 1826 Steuer-Aufseher Freiburg, dann Frankenstein, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 193/46 224

Groos, Wilhelm (1801–1874), 1822 Auskultator, 1824 GerRef. AppGer. Münster, 1825 HofGerAdvokat, 1826 OLG Münster, 1828 Ass. Justizamt Siegen, 1831 LandR Wittgenstein, 1847 GehRegR, 1850–59 (kommissar.) LandR Wetzlar, 1859 i.R., Mitgl. preuß. NatVers. 329/52 184, 185v; 374/53 169

Groß, Samuel Bernhard v. (geb. 1790), 1813–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, dann Gewürzkrämer Willenberg, 1825–27 Grenz-Aufseher Nimmersatt, 1829 Steuer-Aufseher Königsberg, seit 1836 Torkontrolleur Memel, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 230/47 57

Großhans, Johann August (geb. um 1791), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1820 berittener Steuer-Aufseher Regenwalde, 1823 Ober-Steuer-Kontrolleur, Dabern, dann Massow und Naugard, seit 1829 Kulm, 1846 Disziplinarsache 357/53 28

Grote, Julius Frh. v. (1808–1872), Reichsfreiherr, Rittergutsbes., 1852–54 Mitgl. 1. Kammer 46/41 32, 33–34

Gruner, Justus v. (1777–1820), seit 1801 im preuß. Staatsdienst, 1809 PolPräs. Berlin, 1811 GehStR preuß. Polizeiverw. u. Chef preuß. Staatspolizei, 1812 als Anhänger Steins entlassen, 1813 GenGouv. Berg, 1814 GenGouv. Mittelrhein, 1816–19 Gesandter in der Schweiz 393/54 168v

Günther, William (1881: v.) (1815–1892), 1841 RegAss. Frankfurt/O., dann Magdeburg, 1843–48 Hilfsarb. FinMinm., 1848 Reg. Stettin, 1849 RegR, 1853 Oberrechnungskammer, 1854 GehFinR und Mitgl. Generaldirektorium d. Seehandlung, 1856 Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1859 GehOFinR, 1861 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1863 Wirkl.GehOFinR und MinDir. FinMinm., 1867 Bevollm. z. BundesR, 1870 Präs. Seehandlung, 1873 OPräs. Posen, 1875 Wirkl.GehR (Exz.), 1886 i.R., 1872 MdH 174/45; 190–192/46, 194–196/46, 208/46; 228/47, 230/47, 243/47 296, 244/47 300, 245/47, 248–249/47; 251–252/48, 254/48, 258–259/48; 279/49; 309/51, 311–312/51, 314/51; 325/52, 327/52, 353/52; 354/53, 360/53, 379/53; 385/54 59, 393–394/54, 398/54, 404/54; 414/55, 430–431/55; 439/56, 443/56, 445–446/56, 448/56, 450/56

Gustav III. (1746–1792), Hzg. von Holstein-Gottorp, 1771–92 König von Schweden 294/50 224–224v

Haber, Wegebaumeister Neuenburg, 1841 der Unterschlagung von Geldern beschuldigt und 1842–43 suspendiert, 1844 Wegebaumeister z Köslin, 1846 Gehaltsreklamation 355/53 17

Hadamczyk, Libor (geb. 1790), 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1828 Forst-Kontroll-Assistent Reg. Oppeln, 1830 KrsSekr. Lublinitz, seit 1832 Grottkau, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 137/44 209

Hagen, Albrecht Friedrich v. d. (1801–1878), 1824 Auskultator, Stadtger. Berlin, 1830 Ref. KG, 1833 Ass. Untergerichte Siegen und Arnsberg sowie OLG Hamm, 1842 Bromberg, 1845 Hilfsarb. beim Revisions-Kollegium für Landeskultursachen und OLGR (Charakter), 1846 GehJusR und 1851–57 GehOJusR JMinm., 1852–53 Mitgl. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 1853 MdStR, 1857 Vizepräs. Ober-Tribunal, 1866 Wirkl.GehOJusR, 1875 Wirkl.GehR (Exz.) und i.R. 432/55

Hagen, Christoph Friedrich Wilhelm Graf v. (1754–1813), Sitz in Möckern (Krs. Jerichow) 101/43 46–46v

Hagen, Eugen Wolf Ferdinand Graf v. (1806–1868), 1840 Ass. OLG Magdeburg, 1854 Stadt- und KrsGerR Magdeburg 228–229/47; 264/48; 274/49; 302/50, 298; 314/51, 316/51

- Hager**, 1823 Aktuarius Friedensgericht Birnbaum, 1835 Land- u. StadtGerSekt. und Kanzlei-Dir. Birnbaum, 1842 Gehaltssache *125/44* 76
- Hahn**, Sekr. Fürstentumsgericht Neisse, zeitweilig Bgm. Ziegenhals, Hptm. (22. Landwehr-Rgt.) Neustadt (Oberschlesien), 1845/47 Reklamation wegen verauslagter Reisekosten in der Barfuschen Untersuchungssache *327/52* 152–153v; *443/56* 61–62
- Hahn**, Inhaber des Erbschulzengutes Oderwitz *111/43* 221, 222, *112/43* 229
- Hahn**, Kanzlist Stadt- und LG Thorn, 1842 Gehaltssache *109/43* 193
- Hansemann, David** (1790–1864), 1828–30 und 1846–48 Mitgl. Gemeinderat Aachen, 1836–39 u. 1843–48 Präs. Handelskammer Aachen, 1837–43 Vizepräs. Rheinische-Eisenbahn-Gesellschaft, 29.3.–21.9.1848 FinMinr., Sept. 1848–51 Chef Preuß. Staatsbank, 1851 Gründer der Discontogesellschaft in Berlin, 1862 Gründer der Ersten Preuß. Hypotheken-AG, 1861 u. 1862 Präs. des Dt. Handelstages, 1845 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer *338/Fundort* 156
- Hansen** (geb. um 1778), 1804 angestellt bei Verwaltung der vereinigten Rechte Trier, 1812 als frz. Beamter in Lübeck, dann Steuereinnahmer Kreuznach und Haupt-Steueramts-Rendant Trier, Okt. 1843 vom Amt suspendiert, März 1844 Wiedereinsetzung, 1846 Pensionssache *355/53* 10
- Hardenberg, Carl August v.** (1814: **Fürst**) (1750–1822), bis 1782 in hannov. Staatsdienst, 1783–90 Mitgl. Geheimratskollegium Braunschweig, 1790 Minr. Ansbach-Bayreuth, 1792 nach Rücktritt des Markgrafen dirigierender preuß. StMinr., 1798 nach Berlin berufen, 1803 vertretungsw. und 1804/06 definitiv AMinr., April 1807 leitender Minr., Juli 1807 nach dem Tilsiter Frieden auf Verlangen Napoleons entlassen, 4.6.1810–26.11.1822 Staatskanzler, 1819 Entwurf zu einer landständischen Verfassung *50/41* 101, 102, 114, 124; *217/46* 320v–321, 322–323; *249/47* 375v
- Harelau**, Deichnachbar im Marienburger Werder *452/57* 5v
- Hartel, Peter Joseph** (geb. um 1787), seit 1820 Polizeidiener Oberwesel, 1844 Disziplinar- und Pensionssache *244/47* 300
- Hasse**, Bgm. Gorzawa, 1841 Disziplinarsache *41/40* 300
- Hasselbach, Karl** (1809–1882), 1834 RegAss. Stettin, 1836 Magdeburg, 1839 RegR Gumbinnen, 1842 Hilfsarb. HausMinm., 1845 ORegR Minden, 1851 OB Magdeburg, Titel GehORegR, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1854 MdH (zweitw. 2. Vizepräs.) *288/50*
- Hatzfeld, Edmund Graf v.** (1798–1874), Besitzer der Standesherrschaft Wildenburg-Schönstein, der Rittergüter Merten (Siegkrs.) und Kawicz und Zakrzewo (Posen), Mitbesitzer Fstm. Trachenberg, 1817 Kammerherr *177/46* 18v
- Hausding, Carl Wilhelm** (geb. um 1786), 1818–34 Mitpächter der Domäne Sorau, 1834–45 Domänen-Rentmeister und OAmtm. Sorau, 1845 Disziplinar- und Pensionssache *305/51* 24
- Hausburg, Johann Gottlieb**, seit 1820 Aktuarius Land- u. Stadtger. Tiegenhof, 1843 Gehaltssache *194/46* 242
- Haxthausen, August Frh. v.** (1792–1866), Mitwirkung an der Märchen- und Sagensammlung der Gebrüder Grimm, nach 1819 Studium der Agrarverhältnisse Norddeutschlands, ab 1834 auf Wunsch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Untersuchung der Agrarverfassung preuß. Provinzen, 1835 GehRegR JMinm., Autor von Abhandlungen über die ländliche Verfassung Preußens und Pommerns, 1843–44 im Auftrag des Zaren wiss. Studienreise in Rußland (später dreiteilige „Studien über die inneren Zustände, das Volksleben und insbesondere die ländlichen Einrichtungen Rußlands“), 1847–48 Mitgl. Vereinigter LT, 1852–54 Mitgl. 1. Kammer, nach 1853 i.R. *97/42* 38–39v; *123/44* 33–35v
- Heffter, Wilhelm** (1796–1880), Dr., dt. Rechtsgelehrter, 1816 Auskultator Stadtger. Jüterbog, 1817 Stadtger. Berlin, 1817 Ref. KG, 1820 Ass. Rhein. AppGerHof Köln, GehORevisionsR Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1832 Prof. Univ. Berlin, VortrR Minm. für die Gesetz-Revision, Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1863 MdH *124/44* 66v, 67v

Heinke, Ferdinand Wilhelm (geb. um 1781), GehORegR, RegBevollm. bei der Univ. Breslau, verfaßte 1842 ein Gutachten im Disziplinarverfahren gegen Hoffmann von Fallersleben 109/43 188

Heinrich Herzog v. Anhalt-Köthen (1778–1847), 1830 reg. Hzg. 192/46 221

Heinrich, Friedrich Wilhelm (geb. um 1791), 1811 Protokollführer u. litauischer Dolmetscher Justiz-Amt Ragnit, 1817 Justiz-Amtmann Heydekrug, 1826 Ass. OLG Insterburg, 1830 Amtsentsetzung wegen Untreue, später ansässig in Tilsit, 1844 Reklamationsache 249/47 367

Heintzmann, 1824 Ober-Prokurator Trier, 1832 GehJusR, 1841–nach 1868 Präs. LG Köln 50/41 105

Hellwig, Friedrich (1808–1862), 1834 Ass. KG, 1838 MAA, 1839 LegR, 1844 Wirkl. LegR, 1849 GehLegR, 1857–61 Wirkl. GehLegR 125/44

Herder, Johann Gottfried v. (1744–1803), dt. Schriftsteller 125/44 78–81

Heringhausen, Ludwig, 1831–35 Kanzlist beim Friedensgericht Strzelnow, seit 1835 Registratur-Assistent Schubin, 1843 Reklamationsache 195/46 260

Herwegh, Georg (1817–1875), dt. Schriftsteller, 1835–36 Studium der Theologie in Tübingen, 1837 Mitarbeit an der Zeitschrift „Europa“ unter August Lewald, 1839 vom Militärdienst in die Schweiz geflohen, 1841–42 und 1844 erneut in Paris lebend, führte April 1848 einen Zug deutscher Arbeiter über die Grenze nach Baden, mußte aber wieder nach Frankreich fliehen 159/45 11–12, 14; 238/47 188, 189

Hesse, Franz Hugo (geb. um 1804), 1837 RegAss. u. Hilfsarb. MdI, 1838 RegR, 1843 Reg. Merseburg, 1848–51 GehFinR FinMinm., 1851 GenKonsul f. Mittelamerika, Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (bkF), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus 4/38, 9–10/38; 12/39; 37/40, 43/40 318; 91/42, 99/42; 100/43 44, 101/43 39, 44, 103/43, 107/43, 108/43 169, 111–113/43; 127/44, 131/44, 135/44, 138/44, 145/44

Hesse, Johann Friedrich (geb. um 1795), seit 1827 Polizei-Inspektor Halle/S., 1843 Disziplinar- und Pensionssache 195/46 265

Heuer, Johann Friedrich (1778–1852), 1825–31 RegPräs. Gumbinnen, seit 1831 1. Dir. Oberrechnungskammer, 1846 i.R. 380/53 237

Heyboldt, Wilhelm (geb. 1807), 1828 Postschreiber, seit 1840 PostSekt. Berlin, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 312/51 142

Heydemann, Ludwig Erhard (1805–1874), Dr. jur., 1837 Ass. KG, 1845 o. Prof. Univ. Berlin und Inhaber des ersten Lehrstuhls für Allgemeines Landrecht, VotrR Minm. für die Gesetz-Revision, mitbeteiligt an der Ausarbeitung des revidierten Entwurfs zum Strafgesetzbuch v. 1845, 1858 GehJusR 248/47

Heyden

- **Karl v.** (1822–1888), Kammerherr, Generallandschaftsrat, Gesuch auf Allodifikation des Lehn-gutes Ploetz 134/44 136–144v

- **Wichard v.** (1823–1882), Ltn., Gesuch auf Allodifikation d. Lehngutes Ploetz 134/44 136–144v

Heyne, Johann Friedrich (geb. um 1791), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1822 Grenz-Aufseher, seit 1832 Torkontrolleur Salzwedel, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 274/49 14

Hiddessen, Wilhelm v. (1797–1890), 1829 RegRef. Minden, 1831 LandR Warburg, 1840 Suspendierung, 1847 Pensionssache 412/55 62

Hill, Rowland Baronet (1795–1879), engl. Reformator des Postwesens und „originator of the penny postal system“, 1840 in England nach seinen Vorstellungen ein einheitliches Porto eingeführt und Freimarken verwendet, 1846 Sekr. und 1854–64 OSekt. des britischen GenPostmeisters 186/46 169

Hobe, August Frh. v. (1791–1867), Herr auf Dyrotz, LandR Osthavelland, 1828–41 Disziplinar- und Pensionssache 43/40 332–332v

Hochsteden, Graf v. 168/45 111v

Hoffmann (v. Fallersleben), August Heinrich (1798–1874), Germanist, 1823 Kustos UnivBibl. Breslau, 1830 ao. und 1835 o. Prof. Univ. Breslau, 1842 Aberkennung der Professur wegen seiner „Unpolitischen Lieder“, 1848 Gesuch auf Wiedereinstellung, 1854–57 Mithrsg. des „Weimarischen Jahrbuches“, seit 1860 Bibliothekar d. Herzogs v. Ratibor in Corvey 109/43 188–190v, 112/43 227–228v

Hoffmann, David Wilhelm (geb. um 1787), 1818 Kassenkontrolleur u. später Steuereinnahmer Bublitz, seit 1833 Torkontrolleur Stettin, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 191/46 205–206

Holder-Egger, Maj., Vater des Studenten Holder-Egger 224/46 391, 397

Holder-Egger, Student in Berlin, wegen Beleidigung zweier Militärpersonen zu Festungsarrest verurteilt 224/46 391, 397

Honig, Gustav, Mitbes. des Gutes Grahlow, 1838 Ass. KG, 1839 auf 1 Jahr vom Justizdienst beurlaubt u. bei Reg. Stettin, Febr. 1841 RegAss., Juni 1841–45 LandR Landsberg/W., wegen Erbteilung Besitzverlust u. Wunsch auf Amtsentbindung, 1846 RegR 44/40; 168/45

Hoppe, Gottlieb (geb. um 1780), 1813–15 Teilnehmer an den Feldzügen, seit 1826 Steuer-Aufseher Koblenz, 1840 Disziplinar- und Pensionssache 12/39 11

Horn, Karl (1865: v.) (1807–1889), Dr., 1829 Auskultator Stadtger. Berlin, 1832 Ref., 1835 Ass. KG, März 1840 RegAss., Sept. 1840 RegR u. Justitiarius PolPräsidium Berlin, 1843 Hilfsarb. MdI, 1844 GehFinR FinMinm., 1849–62 MinDir. FinMinm., 1853 MdStR, 1853 Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1854 Wirkl.GehOFinR, 1862–69 OPräs. Posen, zugl. RegPräs. Posen, 1868 Wirkl.GehR (Exz.), 1869 OPräs. Preußen bzw. (1878) Ostpreußen, 1869–80 zugl. RegPräs. Königsberg, 1882 i.R. 199/46; 229–230/47, 236/47, 250/47; 253–254/48, 264/48; 305–306/51; 412/55, 428/55 205; 442/56, 448/56; 456/57

Horn, RegSekr. Marienwerder 44/40 333

Horst, Karl v. d. (1780–1861), 1802 Ref. Kriegs- u. Domänenkammer Minden, 1805 LandR Rahden, 1813 interim. Verwalter von Minden u. Ravensberg, Präs. Dept.-Rat, 1814 Übernahme Generalgouvernement Belgien, 1815 Organisations-Kom. f. d. künftigen RegBez. Minden und dann RegPräs., 1825 i.e.R., 1842 Entlassung 217/46 325v

Hoym, Karl Georg Heinrich Graf v. (1739–1807), 1762 Kriegs- u. Domänenrat, 1767 GehR und Kammerdir., 1770 leitender Minister Prov. Schlesien und 1793–98 Verw. Südpreußens, Wirkl. Geh. u. StMinr. 133/44 127v

Hueck, Ass. OLG Duisburg, 1846 Reklamationssache 385/54 59

Hundt (geb. 1794), 1814 freiwilliger Jäger, 1815 Sekondeltn., 1815–32 Bgm. Groß-Salze, seit 1842 PolR Potsdam, 1846 Gehaltssache 393/54 164

Illing, Hilfskanzlist Reg. Oppeln, 1843 Disziplinarsache 169/45 157

Jacobi, Gottfried Heinrich (geb. 1783), 1801–03 Studium der Rechte in Halle, 1804 RegRef. Münster und LG Hamm, 1805 Rgt.-Quartiermeister Münster, 1807 MdI Ghzgtm. Berg Düsseldorf, 1808 VortrR MdI, dort 1813 GenSkr., 1814/15 GenIntendantur, Hilfsarb. Reg. Potsdam, 1817 RegR Potsdam, 1819 Hilfsarb. MdI, 1821 GehRegR, 1823 GehORegR, 1855 i.R. 353/52

Jähnigen, Franz Ludwig (1801–1866), 1825 Ref. KG, 1829 Ass. OLG Magdeburg, 1831 Staats-Prokurator LG Trier, RegR, 1835 GehJusR Minm. für die Gesetz-Revision, 1835 Mitgl. Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1841 dort GehOJusR und GenAdvokat, 1845 MdStR, 1847 General-Prokurator Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1852 Vizepräs. Ober-Tribunal, Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1857 Wirkl.GehOJusR, 1860 MdH 8/38; 12/39, 16/39; 35/40 238, 43/40 318; 101/43 44, 111/43; 176/45; 183/46 140, 142, 148, 213/46; 242/47 252, 244/47 300; 254/48; 300/50; 305–306/51, 310/51, 313/51, 314/51 166

Jaenich, August Ferdinand (geb. um 1785), Polizeidiener Sonnenburg, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 302/50 298

- Jagow, Matthias v.** (1480–1544), 1525 Domherr in Magdeburg, 1526–44 Bischof von Brandenburg, 1539 Einführung der Reformation in Brandenburg *232/47* 87v
- Janetzky**, Wirtschafts-Inspektor Rzeteczitz *385/54* 68
- Jantosch, Jakob** (geb. um 1784), seit 1810 Waldwärter Loffkowitz, 1841 Disziplinar- und Pensionssache *99/42* 54–54v
- Jaworski, Andreas**, Pfarrer Lutogniewo, Beschwerde in Auseinandersetzungs-Angelegenheit *393/54* 162
- Jean Paul**, eigentlich: **Richter, Johann Paul Friedrich** (1763–1825), dt. Schriftsteller *125/44* 79
- Jerome Bonaparte** (1784–1860), jüngster Bruder von Napoleon, 1807–13 König von Westfalen, seit 1816 Fürst v. Montfort, 1850 Marschall von Frankreich *147/44* 296, 297
- John, Johann Martin**, Bürogehilfe Land- u. Stadtger. Posen, 1846 Pensionssache *356/53* 22
- Jollivet**, frz. General-Liquidations-Kommissar zur Regulierung des Schuldenwesens in den linksrheinischen Gebieten, StR *249/47* 385v–387, 388, 391, 392–393
- Jonas**, 1822–26 interim. Vorstand der Polizeiverwaltung Elbing, PolR Königsberg *109/43* 191
- Jungmann, Jakob** (geb. um 1782), seit 1808 Gemeinde-Einnehmer Hausweiler, 1845 Disziplinar- und Pensionssache, 1850 erneut im StMinm. verhandelt *311/51* 126–126v
- Junkermann, Heinrich Adolf**, 1834–50 Bgm. Duisburg *272/48* 355
- Jüttner, Michael** (geb. um 1802), seit 1836 Grenz-Aufseher, später Miottek, 1846 Pensionssache *355/53* 9
- Kaeding, Andreas** (geb. um 1784), seit 1839 Kommunal-Waldwärter Tütz, 1845 Disziplinar- und Pensionssache *312/51* 141
- Kalkreuth, Friedrich Adolf v.** (1786: **Graf**) (1737–1818), 1752 Gardes du Corp, Teilnehmer am Siebenjährigen Krieg, 1757 Lttn., 1758 Gen.-Adjutant des Prinzen Heinrich von Preußen, 1775 Oberstlttn., 1785 GenMaj., 1792/95 Teilnehmer an den Feldzügen in Südwesttdld., 1795 Gouv. Danzig, 1807 GenFeldmarschall, 1807 Gouv. Königsberg, 1807 kommand. Gen. in Ostpreußen und Litauen, 1809 Gouv. Berlin, Gegner von Stein, Hardenberg und Gneisenau, 1812 Gouv. Breslau, dann wieder 1814–18 Gouv. Berlin, 1817 MdStR *238/47* 185v
- Kalisch**, Kreis-Kassen-Rendant Koblenz, 1846 Reklamationssache *354/53* 6
- Kalisky** (geb. 1791), 1821 RegRef., 1827 RegR, 1834 ORegR und Dirigent Reg. Minden, 1845 GehFinR FinMinm., 1848–63 GehOFinR, zugleich 1849 Kurator der General-Staatskasse und 1851–61 Vors. General-Lotterie-Direktion, 1864 a.D. *346/52*; *385/54*
- Kalkowsky, Johann Gottlieb Eduard** (geb. um 1799), seit 1839 Exekutor Land- u. Stadtger. Inowrazlaw, 1843 Disziplinarsache *196/46* 273
- Kamptz, Karl Albert v.** (1769–1849), 1790 als Ass. Justizkanzlei Neustrelitz in strelitzschen Diensten, 1792 Kanzleirat, 1793–94 Referent Geheimes Rats- und Regierungskolleg und weltlicher Dir. Schulkomm., 1798 von mecklenburg. Ritterschaft zum o. Ass. des Hof- u. LG Güstrow gewählt, 1802 von schwedisch-pommerschen Ritterschaft zum Ass. am Tribunal Wismar gewählt, 1804 in preuß. Diensten als Kammerherr zum kurbrandenburgischen Assessorate beim Reichskammergericht Wetzlar, 1805 Mitgl. Reichskammergericht, 1810/11 Mitgl. Oberappellationssenat KG, 1812 GehLegR MdI, 1817 MdStR, 1817 Wirkl.GehORegR u. bis 1824 Dir. PolMinm., dazu 1822 noch Abt.-Dir. KuMinm., 1824 Wirkl.GehR (Exz.), 1825 Abt.-Dir. JMinm. sowie Vors. Justiz-Abt. StR, 1830 (interim.) und 9.11.1832–28.2.1842 JMinr. für die Gesetz-Revision, 1840 Ehrenbürger Berlins, März 1842 i.R. *1/38*; *2/Fundort*; *4–7/38*; *11–15/39*; *17–21/39*; *23–26/40*; *28–29/40*; *39/Fundort* 86v–87v; *48–52/41*; *53–55/Fundort*; *58–59/Fundort*; *60/41*; *61/Fundort* I 122v; *76/41*; *77–78/Fundort*; *79/42*; *80/Fundort* 134; *82–84/Fundort*; *91/42*; *92–93/Fundort*; *94/42*; *95/Fundort*; *96/42*, *98/42*; *100/43*, *103–107/43*; *127/44* 102; *168/45* 127v; *191/46*; *322/52* 1v
- Kant, Carl**, KrsSekr. Posen, 1845 Disziplinar- und Pensionssache *353/52* 408
- Kantak, Kasimir** (1824–1886), ehemaliger Primaner des Marien-Gymnasiums Posen, 1845 wegen konspirativer Tätigkeit verhaftet, Gefängnisstrafe, 1847 Freispruch, 1848 Mitgl. der poln.

akademischen Legion, Festungshaft wegen Verwicklung in Posener Aufstand, danach Rittergutsbes. in Dobieszewko b. Golancz, Mitgl. von wiss. Gesellschaften und Vors. genossenschaftlicher Einrichtungen, 1862–86 MdA (Pole), 1867 Mitgl. Konstituierender RT, 1867–70 MdR Norddt. Bund *413/55* 81

Karl V. (1500–1558), 1516–56 König von Spanien, 1519–56 röm.-dt. König und Kaiser, erwähnt im Zusammenhang mit Neuvorpommern *102/43* 67

Karl XII. (1682–1718), 1697–1718 König von Schweden *194/46* 253v

Karsten, Karl Johann Bernhard (1782–1853), Mitbegr. der wiss. Metallurgie, 1808 BergR und Ltg. der oberschlesischen Metall- u. Eisenhüttenindustrie, 1815 Gutachter des Eisenhüttenwesens der neuen westlichen Provinzen, 1819–38 im brandenburgischen Hauptbergsdistrikt tätig, 1821 Ltg. d. Bausachen bei der Berghauptmannschaft in Berlin, 1826–48 für konsequente Liberalisierung des preuß. Bergrechts eingetreten, GehOBERG R FinMinm., Mitgl. technische Deputation für Gewerbe, 1850 aus Protest gegen die Gesetzgebung a.D., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer *29/40* 153

Karthaus, Friedrich Wilhelm, 1811–45 (mit Unterbrechungen) Bgm. Gimborn, 1845 Disziplinar- und Pensionssache *310/51* 106–109v; *322/52* 24v–25

Kasimir IV. (1427–1492), 1447–92 König von Polen *221/46* 376v

Kaunitz-Rietberg, Aloys Fürst v. (1774–1848), Standesherr, 1812 reg. Fürst *144/44* 275v

Kayser, Joseph Georg, Steueramts-Offiziant Bonn, 1842 Disziplinar- und Pensionssache *111/43* 207

Kazubski, Domänen-Indendant Insterburg, 1846 Gehaltssache *360/53* 104

Kegelmann, Heinrich, seit 1828 Polizeidiener Hohenwepel, 1841 Disziplinar- und Pensionssache *46/41* 28; *138/44* 220

Keller, Kantonspfarrer Linnich *249/47* 373, 376–376v

Keller, Ernst Christian August (1797–1879), 1819 RegRef. Berlin, 1822 Reg. Potsdam, 1825 RegAss. Düsseldorf, 1826 RegR Königsberg, 1828 Hilfsarb. KuMinm., 1829 GehRegR, 1836 GehORegR, 1850–58 kommissar. und 1859–71 stellv. MinDir., 1861 Wirkl.GehORegR, 1871–79 MinDir. und 1871–72 kommissar. UStS, 1879 Wirkl.GehR (Exz.) *9/38* 157v; *48/41*

Kellermeister v. d. Lund, Friedrich Wilhelm (1781–1859), 1791 Kadett, 1806/07 Lt. u. Adjutant beim Gf. Kamenskoi, 1811 Premierlt. n., 1813 schwere Verwundung, 1814 Maj., 1816–47 2. Kommandant von Köln, 1822 Oberstlt. n., 1828 Oberst, 1839 GenMaj., 1844 GenLt. n., 1847 a.D. *388/54* 131v–133, *389/54* 135v

Kern, Johann Gottfried Robert, Grenz-Aufseher, 1845 Disziplinar- und Pensionssache *314/51* 167

Kette, Gottlieb Wilhelm (1784–1864), 1802 Feldmesser, 1803 kurmärkische Kriegs- u. Domänenkammer, 1804 Kriegs- u. Domänenkammer Eichsfeld, 1807 Landwirt, 1819 Ökonomie-Kommissarius Reg. Magdeburg, 1829 Hilfsarb. Generalkommission Stendal, 1831 Ober-Kommissarius, 1835 RegR und Landes- u. Ökonomierat, 1839 GehRegR MdI, 1845 GehORegR, Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1848 LandMinm., 1861 Wirkl.GehORegR *67/41*; *125/44*; *312/51*; *387/54* 125

Ketteler zu Harkotten, Clemens Frh. v. (1806–1881), Rittergutsbes., Kammerherr, 1837 u. 1841 Vertreter für Fst. Sayn-Wittgenstein-Hohenstein auf ProvLT Westfalen, gleiches 1843 u. 1845 für Hzg. v. Arenberg und 1851 für Fst. zu Salm-Horstmar, 1860–77 selbst Mitgl. (Ost-Münster) *66/Fundort* 39v

Kilian, Carl (geb. um 1796), seit 1841 Bote und Exekutor Stadt- und Landger. Wanzleben, 1842 Disziplinar- und Pensionssache *107/43* 134

Kirchsen, Friedrich Leopold (1798: v.) (1749–1825), 1773 KGR, 1776 Ass. Oberrevisionskollegium Generaldirektorium, 1777 ORevisionsR, 1787 Dir. Instruktionssenat, 1795 Vizepräs. KG, 1809 Präs. KG, 1810–18.3.1825 JMinr., 1817 MdStR, 1817 Mitgl. Kuratorium der Hauptbank *50/41* 101–101v, 114; *169/45* 183v–184

Kirstein, Ernst Ludwig (geb. um 1788), 1802 Syndikus Anklam, seit 1821 dort Bgm., 1844 Disziplinar- und Pensionssache 272/48 363–364

Kisker, Gustav Wilhelm (1803–1854), 1828 Ass. KG, 1830 Ref., 1831 Ass. OLG Breslau, 1832 beim Revisionskollegium, 1833 Dir. Land- u. Stadtger. Bochum und später Iserlohn und OLG, 1835 GehJusR bzw. 1843–48 GehOJusR JMinn., Mitgl. Immediatkomm. zur Entscheidung in letzter Instanz über die aus Kriegsleistungen an Provinzen, Kreise oder Kommunen gemachten Ansprüche, 1846 Mitgl. Justiz-Examinations-Komm., 1848 Mitgl. Rhein. Revisions- u. Kassationshof, März 1848 Präs. AppGer. Naumburg, 24.9.–8.11.1848 JMinr., danach wieder Chef-Präs. AppGer. Naumburg, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–54 MdA (Fraktion unbekannt) 14–15/39; 30–31/40, 44/40; 101/43, 110/43; 127/44; 173/45 234; 213/46; 230/47, 250/47; 251/48, 256/48, 262/48, 268/48, 270/48 305, 272/48; 294–295/50; 306–307/51, 320/51; 323/52 64; 356/53, 378/53; 427/55, 428/55 208

Kitzing, Karl Friedrich Hermann v. (1802–1886), 1823 Auskultator Stettin, 1825 Ref., 1828 Ass. OLG, 1831 LGR Schleusingen, 1834 Dir., 1835 KrsJusR Schleusingen, 1836 Dir. Land- u. Stadtger. und KrsJusR Heiligenstadt, 1837 Dir. Land- u. Stadtger. Münster, 1845 Hilfsarb. JMinn., 1846 Tribunalsdir. Königsberg, 1849 Dir. AppGer. Bromberg, 1852 Vizepräs., 1857 Präs. AppGer. Köslin, 1879 Wirkl.GehOJusR, 1879 a.D. 354–355/53, 360/53

Kleine, Bewohner Burkersroda, Kompetenzkonflikt im Prozeß um Kriegslastenforderungen 60/41 167, 168v–169v

Klewiz, Wilhelm (1803: v.) (1760–1838), 1783 Ref. Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg, 1786 Ass., 1790 Kriegs- und Domänenrat, 1793 VortRr beim südpreuß. Dept. Berlin, 1798 GehOFinR südpreuß. Dept. Berlin, 1808 Chef Gesetzgebungs-Komm., Nov. 1810 StS im StR, 1813 Zivilgouv. der Länder zwischen Weser und Elbe, 1816 Wirkl.GehR, 1817 Präs. SchMinn., 1817 MdStR, 2.12.1817–30.6.1825 FinMinr., 1825–37 OPräs. Sachsen 124/44 74v; 169/45 187

Klieffer, Wilhelm, Grenz-Aufseher Bischofferode, 1846 Pensionssache 354/53 1

Klopping, Christoph, Tribunals-Huissier Minden, pensionierter Feldwebel, 1840 Pensionssache 9/38 152

Klose, Johann Amand (geb. um 1797), Aktuar LG Krotoschin, danach am Fürstlichen Thurn- u. Taxis'schen Friedensgericht, seit 1835 Land- u. StadtGerSkr. Schroda, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 44/40 334–335

Klüber (gest. vor 1841), GehLegR 49/41 96v

Kminkowski, Thaddeus (geb. um 1783), Land- u. StadtGerSkr., Bürovorsteher Krotoschin, 1840 Disziplinar- und Pensionssache 14/39 20

Knauer, Joseph (1764–1844), Studium, 1789 Priesterweihe in Breslau, Kaplan Mittelwalde, 1794 Pfarrer Albendorf, seit 1802 zugl. Sekr. des fürstbischöflichen Vikars, 1806 Dechant und 1810–43 Großdechant der Gfscht. Glatz, 1809 fürsterzbischöflicher Vikar sowie KonsR, 1810 korrespond. Mitgl. wiss. Deputation Berlin, 1814 Pfarrei Habelschwerdt, 1818 Mitgl. Interimskapitel und 1821 des neuen Domkapitels Breslau, 1841 Wahl und 1843 päpstliche Bestätigung als Fürstbischof von Breslau 151/44 336v, 338, 341; 400/54 255–255v, 256v, 257v

Knickenberg, Friedrich (geb. 1805), Polizeidiener Arnsberg, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 279/49 112

Knieriem, Exekutor zu Borgentreich 238/47 177–178, 179v

Knoodt, August (gest. 1817), kurtrierischer Amtskellner und Amtsverwalter Daun, dessen Erben auf Ansprüche kurtrierischer Schulden klagen 249/47 385–383v

Knoodt, Peter Franz (1811–1889), 1829–35 Studium der kath. Theologie in Bonn, Tübingen und Trier, 1835 Priesterweihe und Kaplan in Trier, 1837–41 auch Religionslehrer am Gymnasium, 1841–45 Studium der Philosophie, Mathematik und Naturwiss. in Wien bzw. Breslau, 1844/45 als Kandidat f. die kath. Professur f. Philosophie in Bonn im Gespräch, dies dann dort von 1845–89 und 1859–60 Rektor bzw. 1866–67 Dekan der Philosophischen Fakultät, Mitgründer und Mitarb.

- an mehreren Zeitschriften, 1829 Mitgl. Burschenschaft Bonn, 1848 Mitgl. Kath. Verein Dtl., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Casino) 335/Fundort 99v
- Koch**, ev. Pastor Warburg und Betreuung der Gemeinde Peckelsheim 238/47 177v–178
- Koch, Johann Franz Ludwig** (1791–1850), Notar, JusR Unterger. Minden, 1841–45 Deputierter für Minden im ProvLT Westfalen, 1842/48 Mitgl. Vereinigter ständischer Ausschuß 177/46 34; 311/51
- Koch, Carl August** (geb. 1799), 1823 Ref. KG, 1826 Ass. OLG Naumburg, 1832 OLGR, 1844–46 GehJusR JMinm., 1845 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 Vizepräs. KG, 1851 Mitgl. Justiz-Examinations-Komm., 1854 1. Präs. AppGer. Naumburg, 1871 Wirkl.GehOJusR, 1874 i.R. 305–306/51, 313/51; 324/52; 354/53
- Koenigsbeck**, Kreissteuereinnehmer Wehlau 131/44 111
- Köhler** (geb. um 1795), 1821–45 provis. Bgm. Bork, mehrfache Amtsvergehen, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 322/52 21–25v
- Köhler**, ORegR Berlin, Mitgl. Revisions-Kollegium für Prov. Brandenburg und Berlin 44/40 342
- Köhler, Heinrich Gottlieb** (um 1769–1849), 1789 Eintritt in den Staatsdienst, Reg. Posen, dann Küstrin, 1793 KGR, 1816 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1826 Mitgl. Gesetz-Komm., 1836 Vizepräs. Geheimes Ober-Tribunal, 1845 i.R. 305/51 34, 311/51 124
- Köhler, Carl** (geb. 1791), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, Ober-Steuerkontrolleur Lychen, dann Templin, 1847 Pensionssache 437/56 23
- Köhnemann**, 1828 RegR Magdeburg und Stempel-Fiskal, nach 1828 Stempel-Fiskal FinMinm., 1843 GehFinR, 1852–59 GehOFinR 406/54
- Könen, Emil v.** (1796–1883), Herr auf Quenstädt, 1813–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1820 Ass. KG, OLG Naumburg, 1824 OLGR, 1826 Justitiar Reg. Frankfurt/O., 1837 ORegR Liegnitz, 1838 GehFinR HausMinm., 1841 GehOFinR, 1844 FinMinm., Mitgl. Ober-Examinations-Komm., Mitgl. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte sowie GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1854 MdStR, 1862 Wirkl.GehOFinR, 1869 Wirkl.GehR (Exz.) und a.D. 4/38; 35/40; 70/41; 144/44; 169/45 172, 170–171/45, 176/45; 193/46; 238/47; 255/48, 257/48, 262/48, 265/48, 268/48; 285/49, 286/49 153–155; 294/50, 299/50; 308/51, 310/51; 329/52; 355/53, 374/53, 381/53; 454/57
- König, August** (geb. 1778), 1817 Revierförster Birnbaum und 1823 Oberförster Rosenthal, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 144/44 269
- Königsbeck, Heinrich**, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1822 Kreiskassen-Rendant Wehlau, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 229/47 53
- Köpke, Johann Michael Friedrich** (geb. um 1772), 1811 Kreis-Aufseher Schönebeck, 1819 Ober-Steuerkontrolleur Kemberg, 1837 Steuereinnehmer Delitzsch, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 320/51 181
- Koppe, Moritz** (1817–1891), AmtsR Wollup, Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1849 Pächter d. kgl. Domäne Wollup, Mitgl. Aufsichtsrat Rhein.-Pommersche Ackerbau AG, 1854 MdStR, Vorstandsmitgl. NLP, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1866–70 MdA (Nationalliberal) 275/49 49v, 53
- Koslowski**, Büro-Assistent Gumbinnen, 1842 Gehaltssache 128/44 108
- Kotze, Wilhelm v.** (1802–1885), 1827 Ref. Stadtger. Berlin, dann Ass. KG, 1831 Justitiarius u. Provinzial-Stempel-Fiskal Münster, 1832 Stettin, 1833 RegAss. Provinzial-Steuer-Direktion Stettin, 1833 RegR Köslin, 1841 Magdeburg, 1844 Hilfsarb. MdI, 1845 ORegR u. Abt.-Dirigent Reg. Münster, 1851 Reg. Merseburg, 1852 Vizepräs. Reg. Königsberg, 1864–66 RegPräs. Köslin, 1867–74 Erfurt, Domdechant Merseburg, 1852–55 MdA (v. Arnim), 1883 MdH 264/48; 282/49; 303/51, 306–307/51, 314/51; 324/52, 329/52
- Kowalewski**, Haupt-Steuer-Amts-Assistent Marienwerder, 1843 Gehaltssache 192/46 218
- Kowalewski, Jakob** (geb. um 1790), 1806 Ratsherr, seit 1811 Bgm. und Postexpediteur Ortelsburg, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 277/49 98v–99, 100v–102; 311/51 121
- Krahé**, Steuer-Erheber Bielefeld, 1840 Gehaltssache 9/38 153

- Krause**, Antrag auf Errichtung einer Blinden-Anstalt in Halle 205/Fundort 103–104
- Krebs, Wilhelm** (geb. um 1797), Obersteuerkontrolleur Wesel, 1844 Disziplinar- und Pensions-
sache 264/48 206
- Kremer, Franz Joseph Alexander** (geb. 1804), 1817 Ober-Post-Amt Köln, 1820 Postschreiber,
1825 PostSekr. Mühlheim, seit 1829 Köln, 1840 Pensionssache 12/39 4
- Kretschmer**, JusR Kranowitz, pens. Land- u. StadtGerR Ratibor, 1843 Reklamation wegen Ver-
kürzung der Sportel-Überschüsse des Patrimonialgerichts Kranowitz 172/45 228
- Kretschmer**, RegR Danzig, 1843 i.R., 1845 Reklamation auf höhere Pension wegen Ehrenzei-
chen aus Feldzug 1812/13 326/52 129; 385/54 66v–67
- Krieger**, OAmtm. Neidenburg, 1841 Pensionssache 47/41 36–42
- Krischen**, Kanzlist Land- u. Stadtger. Marienburg, 1845 Gehaltssache 320/51 179
- Krosigk, Friedrich Frh. v.** (1784–1871), Herr auf Großböhla, (vermutl. schon vor) 1818 RegR
Merseburg, 1828 ORegR, 1835 GehORegR u. Vizeprä. Reg. Magdeburg, 1840 MdStR, 1841–48
RegPräs. Merseburg, Domdechant Merseburg, 1858 Wirkl.GehR (Exz.), 1847 Mitgl. Vereinigter
LT, 1854 MdH 106/43 125v
- Krug, Otto Ludwig**, Ass. KG, 1832 Generalkommission Soldin, 1840 RegR, 1843 Hilfsarb. MdI,
1848 GehRegR 400/54; 441/56, 444/56; 458/Fundort
- Kuck**, Kantonspfarrer zu Burtscheid 249/47 373, 376–376v
- Kuhlmeyer, August Heinrich** (1781–1868), Studium der Rechte in Berlin, Unterpräfekt Heili-
genstadt, 1816 RegDir. Minden, dann Trier, 1827 GehOFinR FinMinm., 1830 Wirkl.GehOFinR u.
GenDir. der Steuern, 1833 MdStR, 1842 Chef-Präs. Oberrechnungskammer, 1847 Wirkl.GehR
(Exz.), 1850 i.R. 11/39
- Kuhn, Franz Ludwig Dietrich**, 1818 OLGR Glogau, 1820 2. Dir. Stadtger. Breslau, 1824 Dir.,
1828–1833/34 Chef-Präs. OLG Ratibor, 1834 Breslau, 1844 Wirkl.GehOJusR, 1847 Wirkl.GehR
(Exz.) 272/48 358–359, 360v–362
- Kühne, Ludwig Samuel** (1786–1864), 1806 Ref. Kriegs- u. Domänenkammer Plock (Neuost-
preußen), 1807 Kriegs- u. Domänenkammer Magdeburg, 1808–14 in westfäl. Diensten, zuletzt
Unterpräfekt i. Braunschweig, 1814 RegR Halberstadt, 1816 Reg. Erfurt, 1817 Hilfsarb. FinMinm.,
1820 GehFinR, 1828 GehOFinR, 1841 MdStR, 1842 Wirkl.GehOFinR und GenDir. der Steuern,
1847 Vors. Ober-Examinations-Komm., 19.–29.3.1848 und 8.11.1848–22./23.2.2.1849 interim.
Verwalter FinMinm., 1849 i.R., 1850 u. 1853 Vors. Staatsschuldenkomm., 1859 Wirkl.GehR
(Exz.), 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1852–63 MdA (Linke, v.
Vincke, Rechte/Grabow) 43/40; 51/41, 74/41; 176/45; 190/46; 329/52; 419/55, 420/55 125,
421/55
- Kuhnen, Balthasar** (geb. um 1794), frz. und österr. Militärdienst, seit 1827 Feld- und Waldhüter
Bernkastel, Disziplinar- und Pensionssache, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 34/40 209
- Kuhnert**, Kaplan Neustadt (RegBez. Oppeln), wegen Beleidigung der ev. Kirche angeklagt
395/54 193v–194, 204
- Kulling**, Steuer-Aufseher, 1844 Reklamationssache 274/49 15
- Kurowski, Thomas** (geb. 1794), Steuer-Aufseher Chodziesen, 1840 Pensionssache 9/38 154
- Kurtzhals** (geb. um 1808), seit 1835 Deposital-Rendant Stadtger. Posen, 1842 Gehaltssache
135/44 162
- Küster, Abraham** (geb. 1796), 1813–15 Teilnehmer a. d. Befreiungskriegen, 1828 Grenz-Aufse-
her Duisburg, 1831 Cleve, seit 1840 Emmerich, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 138/44 219
- Kutschmann, Anton** (geb. um 1797), Stockmeister und Gefangenenwärter Zülz, 1843 Diszi-
plinar- und Pensionssache 208/46 292
- Lachetta**, Maurerpolier Breslau, Antrag auf Wiederverheiratung 4/57 27, 27v, 31v, 33v
- Lademann, Carl Gustav Theodor** (geb. um 1800), seit 1821 KrsSekr. Ückermünde, 1846 Diszi-
plinar- und Pensionssache 376/53 195

Ladenberg, Adalbert v. (1798–1855), Sohn des StMinr. Ph. v. Ladenberg, 1815 Freiwilliger in den Befreiungskriegen, Studium der Rechte und Kameralwiss. in Berlin, Heidelberg und Göttingen, seit 1818 Staatsdienst, 1820 GerRef. LG Koblenz, 1821 Ass. AppGer. Köln, 1823 LGR Koblenz, 1824 RegR und Justitiar Reg. Köln, 1829 ORegR und Abt.-Dirigent Reg. Königsberg, Ende 1830 dsgl. Merseburg, 1834 RegPräs. Trier, 1839 Wirkl.GehRegR und MinDir. KuMinm., 1839 MdStR, 1840 Wirkl.GehORegR, 14.5.–8.10.1840 kommissar. KuMinr. und dann wieder MinDir., 1841 zugl. ao. Bevollm. Univ. Berlin, ab 3.7.1848 (interim.) und 8.11.1848–19.12.1850 (Rücktritt) KuMinr., 9.11.–4.12.1850 (interim.) MinPräs., 1850 Wirkl.GehR, 1850 Chef-Präs. Oberrechnungskammer, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Bethmann Hollweg, bkF), 1854 MdH *3/38, 5–7/38, 9–10/38; 11–13/39*

Ladenberg, Philipp (1817: v.) (1769–1847), 1786–89 Studium der Rechte in Halle und Bonn, 1792 Ref. kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer, 1794 dort Ass., 1795 Kriegs- u. Domänenrat Ansbach, 1806 Dir. Kriegs- u. Domänenkammer Bialystock, 1807 Marienwerder, 1809 Dir. Reg. Potsdam, 1810 Abt.-Dir. FinMinm., 1817 MdStR und Dir. Generalkontrolle, 1822/23 Leiter Komm. zur Verbesserung des Staatsorganismus, 1823–34 Chef-Präs. Oberrechnungskammer und Dir. Kronfideikommißverwaltung, 1825 Wirkl.GehR (Exz.), 1823–26 Leiter Generalkontrolle, 1834–14.11.1842 Chef Abt. Domänen und Forsten HausMinm, 1837–1.12.1842 GehStMinr., 1842 i.R. *1/38; 2/Fundort; 4–8/38, 10/38; 11–18/39, 19/39 112v, 20–22/39; 23–24/40, 26–28/40, 30–35/40; 36/Fundort; 37/40; 38/Fundort; 42–44/40; 45–48/41, 50–51/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–75/41; 79/42; 77–78/Fundort; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96/42, 98–99/42; 100–102/43, 105–108/43, 111–115/43; 116/44; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 132/Fundort; 134–138/44, 142–144/44, 147–148/44; 162/45 38v, 41v, 170/45 189, 171/45 215, 172/45; 177/46, 178/46 60, 65v, 179/46 74v, 180/46, 182/46, 190–191/46, 217/46; 371/53 139v–140, 146v*

Laers, Theodor (geb. um 1787), Unterförster Eupen, 1840 Disziplinarsache *21/39 134*

Lagardette, erhielt 1708 die Erlaubnis zur Schiffbarmachung der Loire *168/45 121–121v*

Lamprecht, Ferdinand v. (1790–1864), 1806 Justizdienst, 1820/21 Ass. OLG Frankfurt/O., 1824 OLGR, 1826 GehRegR KuMinm., 1831 Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1833 GehORegR, 1837 Präs. Direktorium der Haupt-Bank Berlin, 1838 MdStR, Ltg. der Hauptverw. der Darlehenskassen, Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1853 Wirkl.GehR *13/39; 358/53 51–66v, 87; 383/54 28v*

Lancizolle, Karl Wilhelm v. (1796–1871), dt. Rechtsgelehrter, Prof. Univ. Berlin, GehOArchivR und Dir. der Staatarchive, 1843 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht *124/44 66v, 67v*

Landsberg-Velen, Johann Ignaz Franz Frh. v. (1840: **Graf**) (1788–1863), Standesherr, Besitzer der Standesherrschaft Gemen und der Herrlichkeit Velen, 1857 Wirkl.GehR, seit 1826 Abg. ProvLT Westfalen, 1830–32 stellv. LT-Marschall und 1832–58 LT-Marschall, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) *135/44 165; 187/Fundort; 191/46 213–216*

Laskowski, Franz, Friedensgericht Filehne, 1831 Aktuaris u. seit 1835 Land- u. StadtGerSchr. Birnbaum, 1841 Gehaltssache *45/41 15*

Lau(e)r-Münchhofen, Eduard Frh. v. (geb. 1796), 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1817 Stadtger. Berlin, 1820 Ref. KG, 1823 Ass. OLG Breslau, 1827 Ass. KG, 1828 KGR, zugleich Zensor in der Prov. Brandenburg, 1846 GehJusR JMinm., Dez. 1849 Entlassung wegen Übertritt in Lippe'sche Staatsdienste *360/53; 413/55, 430/55*

Ledebur-Wicheln zu Ostingshausen, Friedrich Clemens Frh. v. (1770–1841), 1825–26 GenVikar Hildesheim, 1826–39 apostolischer Vikar der Nordindischen Mission, 1826–41 Bischof von Paderborn *40/40 286; 238/47 179*

Lehnert, Hermann (1808–1871), 1834 Ass., 1834 Komm. zur Untersuchung hochverräterischer Verbindungen, 1836 Hilfsarb. JMinm., 1842 KGR, 1843–Sept. 1848 Hilfsarb. KuMinm., 9.11.1848 Vertretung des Ministers, 1848 GehRegR, 1849–71 (kommissar.) MinDir. (Medizinal-

Abt.) KuMinm., 1853 GehORegR, zugl. 1858–71 kommissar. MinDir. (Unterrichts-Abt.), 1861 UStS, 1865 MdStR 190/46, 193/46, 208/46; 230/47; 253/48; 313/51; 387/54

Leiningen-Neudenu

- **Clemens August Graf v.** (1805–1862), seit 1826 Gf. 249/47 385, 393v–394

- **Wenzel Joseph Graf v.** (1738–1825), 1770 Gf. von Leiningen-Heidesheim und seit 1803 von Leiningen-Neudenu, 1798–1802 kurtrierischer Vize-Ober-Marschall, Mitgl. 1. Kammer Baden 249/47 393v

Lembinski

- **Ignatz**, Sohn des Johann v. L., 1846/47 des Hochverrats bezichtigt 428/55 205

- **Johann v.**, Gutsbes. Stonsk, 1846/47 des Hochverrats bezichtigt 428/55 205

Lenné, Peter Joseph (1789–1866), als Garten- u. Landschaftsgestalter einer der Begr. des dt. Gartenstils, als Gärtnergehilfe in Paris, der Schweiz, Süddeutschland und Wien, 1815 erst Garten-geselle, dann kgl. Garteningenieur in Sanssouci, 1822 Gartendirektor, 1832 Mitbegr. und später auch Leiter der Landesbaumschule und Lehranstalt für Gärtner, 1845 GenDir. kgl. Gärten, Dir. Kgl. Landes-Baumschule u. Gärtner-Anstalt Potsdam, 1847 Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, (Hauptwerke: Neue Garten bei Potsdam, Pfaueninsel, Parkanlagen Charlottenburg und Niederschönhausen sowie der Tiergarten in Berlin, gemeinsam mit BauR Persius Havellandschaft in und bei Potsdam) 102/43 83v; 449/56 125v

Lent, Johann Heinrich Wilhelm (1792–1868), 1821 Ass. OLG Hamm, 1823–35 Dir. Land- u. Stadtgerichte Emmerich, Wesel, Dortmund, 1835–38 GehJusR JMinm., 1839 Dir. Revisionskollegium, 1841 Präs. OLG Hamm 31/40 167, 168–168v, 169v, 172v, 173v, 175v–176v, 178–178v; 231/47 72v–73

Lerch, Angelo, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1817 Aktuarium Domänen-Justizamt Oppeln, seit 1837 Land- u. StadtGerSchr. Oppeln, 1840/42 Gehaltssache 5/38 101; 134/44 135–135v

Lerode, Frh. v. 168/45 111v

Lette, Wilhelm Adolf (1799–1868), Dr., 1817 Teilnahme an der Gründung der Dt. Burschenschaft, wegen Teilnahme am Wartburgfest zunächst Ausschluß vom Staatsdienst, 1821 Auskultator und Ref. OLG Frankfurt/O. und Landsberg a.d.W., 1825 OGerAss. und Hilfsarb. Generalkommission Soldin, 1834 Rat Generalkommission Stargard, 1835 OLGR Posen, 1839 Dir. Generalkommission Soldin, 1840 ORegR und Dirigent Reg. Frankfurt/O., 1843 GehORegR MdI, 1844 Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1844 GehORegR, 1844–54 MdStR, 1844 Mitbegr. v. Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen und 1849–68 Vors., 1845 mitbeteiligt an Errichtung d. Revisionskollegiums f. Landeskultursachen und dessen Präs., Mitbegr. v. Berliner Handwerkerverein u.a., 1848 Mitgründer und Vors. d. Konstitutionellen Clubs in Berlin, Vors. Examinations-Komm. f. Verwaltungsbeamte, 1854 wegen oppositioneller Haltung in 2. Kammer aus Landes-Ökonomie-Kollegium und Staatsdienst entlassen, 1866 Mitbegr. v. Verein zur Förderung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts (1872 ff. Lette-Verein genannt), 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Casino), 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–68 MdA (Linke, v. Vincke, bkF, Linkes Centrum, Nationalliberal), 1867 MdR Norddt. Bund (NLP) 217/46, 221/46, 225–226/46; 227–228/47, 235/47, 239–240/47, 242/47 278–280; 253–254/48, 258/48, 269/48 270–285, 290–290v, 271/48; 275–276/49, 287/49; 289/50 39v–40, 292/50; 308/51; 327/52 144, 329/52, 351/52; 384/54, 393/54

Leutner, 1823 Salarien-Kassen-Kontrolleur LG Fraustadt, 1825 LG Gnesen, 1842 Reklamations-sache 142/44 265

Lewald, Ass. KG 435/55

Ley, Adolf, pensionierter KrsSchr. Dortmund, 1844 Gehaltssache 254/48 54–54v

Leyde, Jakob (geb. 1796), 1810–16 Schreiber und Wirtschaftsgehilfe beim Intendanturbeamten Heydekrug, dann zeitweilig im Büro Reg. Königsberg, 1822 Aktuarium Rentamt Memel, 1845 Pensionssache 324/52 66

Lichnowski, Felix Fürst v. (1814–1848), 1834–37 Offizier preuß. Husaren-Rgt., 1837–39 Teilnahme Karlistenkrieg Spanien und Brigade-Gen. spanische Armee, als Mitarb. von Zeitungen 1839 in Paris, 1840–41 in Brüssel und 1842 in Portugal, seit 1845 Majoratsherr Ratibor, 1845 Präs. Wilhelms-Eisenbahnges. Cosel, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (Casino) 418/Fundort 63v

Liedin, 1820–38 LandR Greifswald 8/Fundort 32–34, 35v; 49/41 82–82v, 86, 87, 88, 89, 90v–91, 92v

Liersz, Berthold (geb. 1803), 1827 Feldmesser, seit 1837 Wegebaumeister Beuthen, 1842 Disziplinar- und Pensionsache 101/43 39–39v

Lind, Heinrich (geb. 1781), seit 1795 Bergarbeiter, Vize-Berggeschworener Werden, 1846 Pensionsache 395/54 185

Linnenbrinck, pensionierter Oberförster Herstelle 134/44 129–133v

Lipinski, Schlossermeister Posen, nach den Unruhen in Posen von 1846 verhaftet 413/55 81

Lippert, Philipp (geb. um 1807), seit 1829 Kommalförster Roehl, 1842 Disziplinar- und Pensionsache 110/43 195–195v

Lischke, Karl Emil (1813–1886), Dr. phil., 1831–34 Studium der Rechte in Berlin, 1840 Ass. OLG Stettin, 1843 Ass. KG, 1843 Hilfsarb. MdI, 1844 Bezirksensor f. Berlin u. den RegBez. Potsdam, 1845 RegAss., 1847–49 MAA und Jahr beurlaubt z. Aushilfsarbeit bei Gesandtschaft in Nordamerika, 1849 Reg. Düsseldorf, 1850 RegR, 1850–73 Bgm. Elberfeld, 1863 zugl. LandR Elberfeld, 1873 (auf eigenen Wunsch) i.R. 344/52

Loë, Maximilian Frh. v. (1801–1850), Herr auf Allner, 1817–21 Studium der Philologie und Kameralwiss. in Heidelberg und Göttingen, im diplom. Dienst, 1823 Kammerherr, 1827 a.D. zur Verwaltung seiner Güter, 1837 kommissar. und 1839 LandR Siegkrs., 1846 Entbindung aus gesundheitlichen Gründen, Mai 1848 Entlassung 393/54 171v

Lobach, Gottlieb Ernst (geb. 1784), seit 1816 Unterförster Rosenthal, Disziplinar- und Pensionsache 144/44 269

Lohmann, Philipp Wilhelm Anton (geb. um 1790), Arzt und Geburtshelfer, seit 1819 Kreis-Physikus Hennef, 1848 Disziplinarsache 454/57 19

Lohse, Johann Carl Theodor (geb. 1793), 1820 Torschreiber und später Amtsdienst des Haupt-Steuer-Amts Wittenberg, 1830 Burg, 1833 Erfurt, 1838 Gefell, seit 1839 Steuer-Aufseher Erfurt, 1844 Disziplinarsache 259/48 106

Looz-Corswarem

- **Joseph Arnold Herzog v.** (1770–1827), Standesherr, 1803 reg. Hzg. und Fst. von Rheina-Wolbeck 124/44 66–66v, 69v, 71–72v, 74v; 327/52 146v

- **Marie Emmanuel Josephe Baronesse d'Aix** (1740–1788), erste Gemahlin von Wilhelm Joseph 124/44 66

- **Wilhelm Joseph Herzog v.** (1732–1803), 1792 reg. Hzg. und 1803 Fst. von Rheina-Wolbeck 124/44 66

Lottum, Karl Friedrich Heinrich Graf v. Wylich u. (1767–1841), 1784 Fähnrich Inf.-Rgt. Anhalt-Bernburg, 1787 Sekondeltn., 1794 Adjutant bei GenLtn. Gf. v.d. Schulenburg, 1794 Kapitän, 1800 Maj., 1807 Oberstltn., 1807 vortragender Gen.-Adjutant für Oberst v. Kleist, 1808 GehStR und Chef Militär-Ökonomie-Dept. sowie Oberst (Charakter), 1810 GenMaj. und Dir. Großes Militär-Waisenhaus Potsdam, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 GenLtn., 1817–26.10.1840 StMinr. und MdStR, 1819–26 Chef Generalkontrolle, 1823–41 Verw. Staatsschatz und Münze, 1826–40 Chef Staats-Buchhalterei, 1827 Gen.d.Inf. (Charakter), 1823–14.2.1841 KabChef, 26.10.1840 aus StMinm. ausgeschieden 3/38 69v, 7/38; 13/39

Löwenberg(er), Karl Friedrich Benjamin (1807–1871), Dr., 1826–29 Studium der Rechte in Berlin, 1829 Auskultator Stadtger. Berlin, 1831 Ref. KG, 1833 dort Ass., OLGR, 1839 (kommissar.) OLG Breslau, 1840 VortrR JMinm., 1844 KGR, 1847–71 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal/Ober-Tribunal 9/38; 12/39, 14/39; 37/40, 41/40, 44/40; 73/41; 98–99/42; 100/43; 102/43,

104/43, 108/43 169, 111–112/43; 127–128/44, 131/44, 135/44, 144/44 269, 145/44; 174/45; 175/45 244; 190–191/46; 236/47

Lück, Karl Gottlieb, 1820 Aktuarium beim Friedensgericht Schneidemühl, 1835 Salarien-Kassen-Rendant u. 1836 Depositalkassen-Rendant und Kalkulator Land- u. Stadtger. Schönlanke, 1841 Gehaltssache 46/41 26; 354/53 3

Luck, v., Ass. KG 442/56

Lüdecke, Lithograph, 1847 Pensionssache 431/55 230

Ludewigh, PostSekr. Stolpe, 1842 Reklamationssache 113/43 231

Ludwig, Amand (geb. 1790), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, seit 1828 Grenzaufseher Neuhaide, 1840 Disziplinarsache 9/38 151

Lüninck, Ferdinand Frh. v. (1755–1825), Jurastudium in Göttingen, zeitweilig am Reichskammergericht Wetzlar, 1779 Kammerherr sowie Hof- u. RegR Kfstm. Köln, Wirkl.GehR und Mitgl. OAppGer., 1791 Präbant Domkapitel Köln, 1795–1821 Fürstbischof von Corvey, danach in Münster, Corvey und Kassek tätig, 1819 apostolischer Vikar für Erfurt und das Eichsfeld, 1820–25 Bischof von Münster 124/44 72; 217/46 321, 322

Maßen, Karl Georg (1769–1834), 1788–91 Studium der Rechte Univ. Duisburg, 1791 Auskultator Reg. Kleve, 1795 GehRegArchivar u. Hoheitssekr., 1799 Kriminalrat, 1804 Kriegs- und Domänenrat Hamm, 1807 Entlassung aus preuß. Diensten, 1808 VortrR MdI u. Kultus Ghzgtm. Berg Düsseldorf, 1809 RegDir. bzw. ab 1810 Vizepräs. Potsdam, 1816 Dir. Generalverw. f. Gewerbe u. Handel und Wirkl.GehOFinR (Titel), 1817 MdStR, 1818–30 GenDir. der Steuern, 1.7.1830–2.11.1834 FinMinr. 360/53 106v

Mader, Steuer-Aufseher Schildberg, 1846 Pensionssache 354/53 8–8v

Maecker, Polizei-Distrikts-Kommissarius Adelnau, 1847 Pensionssache 442/56 50

Malbranc (geb. um 1805), Buchhalter Straf- u. Besserungs-Anstalt Naugard, nach angeordneter Entfernung von dort seit 1846 Steuerbeamter Swinemünde, 1846 Gehaltssache 404/54 284

Maltzan, Mortimer Graf v., Frh. v. Wartenberg u. Prenzlin (1793–1843), Geschäftsträger in Darmstadt und Hamburg, Gesandter Den Haag und Wien, 30.8./10.10.1841–21.3.1842 AMinr. 78/Fundort; 79/42 1; 81–82/Fundort; 84–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92/Fundort; 95/Fundort; 96–98/42

Mambourg, Johann Joseph (geb. um 1789), seit 1840 Ober-Grenz-Kontrolleur Daleiden, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 107/43 133

Manteuffel, Gutsbes. 6/38 116

Manteuffel, Hans Frh. v. (1773–1844), 1820 Präs. OLG Ratibor, 1824 Chef-Präs. OLG Magdeburg, 1843 Wirkl.GehR (Exz.) 272/48 359v, 361v

Manteuffel, Otto Theodor Frh. v. (1805–1882), 1827 Auskultator Stadtger. Berlin, 1829 Ref. KG, 1830 Reg. Frankfurt/O., 1831 LandR-Verweser, 1832 Ass., 1833 LandR Sternberg, 1833 LandR Luckau, 1841 ORegR u. Dirigent Abt. des Innern Reg. Königsberg, 1843 Vizepräs. Reg. Stettin, 1844 GehORegR MdI und VortrR beim Prinzen v. Preußen sowie Protokollant der ständischen Immediat-Komm., 1844 MdStR, 1845 Wirkl.GehORegR und Abt.-Dir. MdI, 8.11.1848–19.12.1850 Minr.dI und zugleich LandMinr., hat im Nov. 1850 mit Schwarzenberg die Olmützer Konvention geschlossen, 1850 und 1858 Grafen-Titel abgelehnt, 4./19.12.1850–7.11.1858 MinPräs. und 19.12.1850–5.9.1858 zugleich AMinr., 1853 Chef d. Admiralität, seit 1833 Mitgl. ProvLT Brandenburg und 1868 LT-Marschall bzw. 1876–80 Vors., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, Mitgl. Provinzialsynode und 1875 Generalsynode, 1849–60 MdA (bkF), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1866 MdH 30–31/40; 315/Fundort; 317–319/Fundort; 321/Fundort; 328/Fundort; 330–331/Fundort; 333–335/Fundort; 337–338/Fundort; 340/Fundort; 342–343/Fundort; 347–350/Fundort; 407/55; 415–416/Fundort; 418/Fundort; 419/55, 420/55 124v, 130, 421–423/55; 423a/Fundort; 428/55 204, 208; 436–438/56, 440–441/56

Marquard, GehOFinR FinMinm. 46/41

- Maryanski**, 1813 Bgm. Uszcz, 1822–32 Bgm. Chodziesen, 1833–37 Bgm. Inowrazlaw, 1844 Pensionssache 228/47 26–33v
- Massow, Wilhelm v.** (1802–1867), 1825 Ref. KG, 1831 dort Ass., 1832 RegAss. Merseburg, 1834 LandR Niederbarnim, 1836 GehRegR und Präses der Ministerial-Militär- und Baukomm., 1842 VortrR MdI, 1843 MdStR, 1845 GehORegR, 1848 Wartegeld, 1851 als kommissar. RegPräs. Stralsund vorgesehen, 1854 i.R., 1840 Wirkl.GehR (Exz.), 1854 MdH 126/Fundort 205v; 205/Fundort; 207/Fundort; 209–212/Fundort; 214–215/Fundort; 274/49 3, 4, 5–5v; 281/Fundort I 81; 315/Fundort 68; 415–416/Fundort
- Mathis, Ludwig Emil** (1797–1874), 1820 Ref. KG, 1823 Ass. und StadtGerR Berlin, 1829 KGR, 1835 Mitgl. Bundes-Zentralbehörde Frankfurt/M., 1837 GehRegR MdI, 1838 dessen Justitiar, 1840 GehORegR, 1842 MdStR, 1843–44 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, dann Abt.-Leiter für die höhere Polizei u. die Presseangelegenheiten MdI, 1845 Wirkl.GehORegR, 1847–März 1848 MinDir., z.D. gestellt, 1850 Mitgl. Bundeszentalkomm. Frankfurt/M., 1862 ff. Präs. ProvKonsistorium Brandenburg, Wirkl.GehORegR, 1865–72 Präs. Ev. Oberkirchenrat, 1849 Vors. des Patriotischen Vereins in Berlin, 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–61 MdA (v. Bethmann, Mathis) und 1859–61 2. Vizepräs., 1855–61 Begr. und Vors. der nach ihm benannten Fraktion, 1857 ff. Stadtverordneter in Berlin 42/40; 49/41 94, 96, 60/41, 75/41; 165/45, 170/45; 191/46; 229/47; 257/48; 378/53; 386/54, 391/54; 409/55 37v, 422–423/55, 425/55; 436–437/56; 457/57 55v
- Matthies, Friedrich** (geb. um 1795), Schneidermeister, 1828 Stadtverordneter Seyda, seit 1841 unbesoldetes Mitgl. Magistrat Seyda, 1845 Amtsentsetzung und Disziplinarsache 313/51 151
- Mätzke, Adolf** (geb. um 1799), 1817 Büroassistent MdI, 1820 Geh. expedierender Sekr., 1821 GehKalkulator, 1830 Dirigent d. Geh. Kalkulatur, 1831 RechR, 1835 RegR, 1837 GehRegR, 1840 GehORegR, 1860 a.D., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer (Centrum) 246/47, 235/47; 326/52
- Maurer**, pensionierter StadtGerR 245/47 317
- Mäurer, Johann Peter** (geb. 1774), Steuer-Empfänger Eitorf, 1842 Reklamationssache 135/44 167
- Maurus, Martin** (geb. um 1781), Kammerknecht Nimmersatt, 1843 Disziplinarsache 174/45 237
- Maximilian I.** (1756–1825), Joseph von Pfalz Birkenfeld, 1799 Kurfürst von Pfalz-Bayern, 1805 König von Bayern 393/54 166
- Meding, August v.** (1792–1871), 1821–28 LandR Salzwedel, danach General-Kommissar in Stendal, Präs. Generalkommission Berlin, 1835–38 RegPräs. Merseburg, 1837 vom StMinm. neben Stolberg-Wernigerode als OPräs. Sachsen vorgeschlagen, Wirkl.GehORegR, 1838 und wieder 1854 MdStR, MinDir. MdI, 1842–48 OPräs. Brandenburg, 1847 Wirkl.GehR (Exz.), 1850–54 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 11/39, 16/39; 30–31/40; 52/41, 70/41; 71/Fundort 230; 72/Fundort 268v; 73–74/41, 75/41 283v, 76/41 306v; 96/42; 116/43; 164/Fundort 54v, 66; 198/Fundort 164v; 200/Fundort II; 217/46 314; 259/48 116v, 272/48 361; 282/49 121v; 290/50; 293/50 193–193v; 321/Fundort; 322/52 19v; 340/Fundort 3–3v; 407/55 1v; 449/56 125–125v
- Mees-Leutesdorf, v.**, Witwe des vormaligen kurtrierischen Truchseß Albert v. Mees-Leutesdorf Koblenz 433/55 239, 241v
- Mehnert, Otto Friedrich** (geb. 1818), seit 1836 im Postdienst Hamburg und Elbing, 1842 Post-Sekr. Krefeld, 1847 Disziplinarsache 439/56 34
- Mellin, LandBauR Reg. Magdeburg**, 1844 GehFinR FinMinm., 1847 GehOFinR 290/50, 292/50; 345/52; 439/56; 444/56, 449/56
- Mellin, v.**, Stifter in Westfalen, nach welchem eine Erziehungsanstalt in Westfalen benannt ist 36/Fundort 81v–82; 63/Fundort; 66/Fundort 38
- Menger**, seit 1817 Land- und Stadtrichter Schlochau, dann Elbing, 1844 Pensionssache 262/48 177
- Merckel, Friedrich Theodor** (1828: v.) (1775–1846), Studium der Rechte und Staatswiss., 1795 Auskultator, 1798 JusKom. u. Notar, 1799 Ass. Kriegs- u. Domänenkammer Breslau, 1800 Hof- u. Kriminalrat, 1801 Oberlandtschaftssyndikus bei der schlesischen Haupt-Landschaftsdirektion, 1804

Kriegs- u. Domänenrat Breslau, 1809 Mitarbeit in Königsberg an der Reformgesetzgebung, 1809 Vizepräs. Reg. Breslau, 1810 Wunsch auf Entlassung abgelehnt, 1813–45 Chef-Präs. Reg. Breslau, Zivilgouv. Schlesien, 1816–20 und erneut 1825–45 OPräs. Schlesien, 1828 Wirkl.GehR (Exz.), 1843–45 Mitgl. Bundesschiedsgericht 16/39 52; 68/Fundort 11, 12v, 20; 69/Fundort 24, 25, 27, 28v; 72/Fundort; 97/42 35v–36; 109/43 193dv–193e, 193ff–193ffv, 113/43 232–233, 236, 237, 239v, 243–243v, 248v, 252, 254v–255, 256v, 259, 114/43 270v; 118/44 17, 151/44 336, 338v; 162/45 41v, 45v; 164/Fundort 53v, 54v, 62v, 67v; 177/46 17, 18v, 21, 25, 28v, 31v, 33–33v, 35v, 40v–41, 47v, 49, 50v, 180/46 84v–85, 87, 88–89, 90, 95–95v, 98–98v, 103, 101v; 202/Fundort 274v

Merkisch, Ass. OLG Stargard 109/43 192

Merlin de Douay, Philippe Antoine Comte (1754–1838), frz. Rechtsgelehrter, seit 1795 frz. JMinr., Mitgl. des Direktoriums, dann General-Prokurator Kassationshof und StR 8/38 138v; 168/45 118

Merveldt, Ferdinand Anton Wilderich Graf v. (1788–1853), 1817 Kammerherr, RegR Münster, i.R. 70/41 193v

Mertz v. Mertenfeld, Ferdinand Joseph Albert Maximilian (1788–1871), 1806–14 frz. Militärdienst, 1818 Ober-Grenz-Kontrolleur, 1837 Steuer-Inspektor, seit 1840 Ober-Steuer-Kontrolleur Neuwied, 1843 Dienstentlassung, 1846 Disziplinarsache 403/54 283

Messerschmidt, GehKrR KrMinm., 1846 Wirkl.GehKrR 43/40; 432/55; 456/57

Metzner, GehPostR General-Post-Amt 186/46 169; 264/48, 268/48

Mey, Rendant Land- u. Stadtger. Tullen, 1841 Pensionssache 37/40 258–258v

Meyendorff, Peter v. (1796–1863), russ. Gesandter Berlin 124/44 53v

Meyer, Ludwig (1802–1873), Studium der Rechte in Breslau, 1823 Stadtger. Breslau, 1826 Ref. OLG Breslau, 1828 Ass. OLG Insterburg, 1830 OLG Breslau, 1833 OLGR Insterburg, 1835 OAppGerR Posen, 1847 Hilfsarb. Geheimes Ober-Tribunal, dort seit 1849 Mitglied 249/47; 251/48, 262/48; 288/Fundort 80–83v; 354/53, 379/53; 385/54

Mielzynska, Gräfin v., geb. Franziska v. Wilkszycka, Mutter des Severin Gf. v. 75/41 286v

Mielzynski, Severin Graf v. (1806–1872), Rittergutsbes., Herr auf Gut Gorzyn/Gorzyce, Mitbesitzer der Güter Miloslow, 1826 wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Festungshaft verurteilt, 1830 Teilnehmer am poln. Aufstand, 1859–61 MdA (Pole) 75/41 286–287v

Minitzki, Joseph, pensionierter Kreisjustizkommissions-Wachtmeister Angerburg, 1841 Gehaltsache 45/41 14

Minutoli-Woldeck, Alexander Frh. Menu v. (1806–1887), Herr auf Friedersdorf, Dr. phil., RegAss. Liegnitz, 1844 RegR 190/46

Mitscher, Heinrich, Steuer-Kommunal-Empfänger Traben/Trarbach, 1842 Disziplinar- und Pensionsache 104/43 109

Moll, Heinrich August Eduard Anton (geb. 1804), Intendantur-Sekr. Breslau, 1846 Disziplinarsache 384/54 36

Möllenbeck, Johann Wilhelm, Friedensgerichtsschreiber Odenkirchen, 1847 Pensionsache 430/55 218

Möller, Eduard v. (1814–1880), 1837 GerRef. Minden, dann OLG Paderborn, 1837 RegRef. Koblenz, 1840 LandR Simmern, 1844 kommissar. und 1845 Staatskom. Köln-Mindener-Eisenbahn, Sept. 1848 RegPräs. und kommissar. Verw. OPräsidium Rheinprovinz, 1849 RegPräs. Köln u. zeitweise kommissar. RegPräs. Düsseldorf, 1866 Administrator Kfstm. Nassau und RegPräs. Kassel, 1867 OPräs. Hessen-Nassau, 1869 Wirkl.GehR (Exz.), 1871 OPräs. Elsaß-Lothringen, 1879 i.R., 1848–49 Mitgl. 2. Kammer (Rechte) 174/45

Möller, Gottfried Gustav v. (1803–1868), Dr. jur., 1828 Ref., 1831 Ass. KG, 1832 Hilfsarb. JMinm., 1833 OLGR, 1835 GehOJusR JMinm., 1844 Vizepräs. OLG Stettin, 1850 Präs. AppGer. Köslin, 1857 Präs. AppGer. Breslau 5/38; 39/Fundort 86; 40/40 264, 41/40; 48/41; 97/42; 102/43, 110–111/43; 123/44, 125/44, 134/44 135, 142/44, 144/44 270; 169–171/45; 192/46

Montblanc, Baron Charles Albéric Clement Descanton de (1785–1861), wohnhaft in Paris und Ingelmünster (Belgien) *165/45* 73

Morgenstern, Leopold (1836: v.) (1790–1864), anhalt.-dessauischer Wirkl.GehR, bis 1848 RegPräs. Hzgtm. Anhalt-Dessau *192/46* 221

Mörner, Wilhelm Adolph Eduard v., Ref. OLG Breslau, dann RegRef. Breslau, 1841 RegAss., 1841 Reg. Oppeln, 1844 Zensor f. Berlin u. den RegBez. Potsdam, April 1848 Hilfsarb. MdI, 1849 RegR, 1851 PolPräsidium Berlin *240/47*; *357/53*

Möser, Justus (1720–1794), Staatsmann und -theoretiker sowie Schriftsteller, 1744 Sekr. und 1756 Syndikus der Ritterschaft Osnabrück, 1762 Rat und Justitiar Kriminalger. Osnabrück, seit 1765 de facto Leiter der Verw. und einflußreicher Berater der Reg., 1768 RegRef., 1783 GehRef. und GehJusR *111/43* 213v

Mothes, Herrmann, 1838 Ref. OLG Frankfurt/O., Reg. Frankfurt/O., 1841 RegAss., 1844 Reg. Posen, 1844 Hilfsarb. FinMinm., 1849 RegR, 1850–52 Reg. Posen *436/56*

Motz, Friedrich Christian Adolph v. (1775–1830), 1795 Auskultator Reg. Halberstadt, dann Kriegs- und Domänenkammer, 1801 LandR Halberstadt, 1803 LandR Eichsfeld, nach 1806 Dir. der direkten Steuern Harz-Dept. u. Mitgl. Reichsversammlung Kgr. Westfalen, nach 1813 Verwalter der Finanzen Reg. Halberstadt, 1816 Vizepräs. und 1818 RegPräs. Erfurt, 1820 auch RegPräs. Magdeburg, 1820 kommissar. und 1824–25 OPräs. Sachsen, 1.7.1825–30.6.1830 FinMinr., 1826 2. Chef der Staats-Buchhaltere, 1828 MdStR *20/39* 131, 132; *134/44* 132v, *147/44* 292, 293

Müffling, Karl Frh. v. (1775–1851), 1790 Sekondeltn., 1792/93 Teilnehmer an den Feldzügen, 1802/03 Premierltn. GenStab Potsdam, 1806 Abschluß der Kapitulation von Ratkau und Gefangenschaft, 1807 Vizepräs. Domänenkammer Hzgtm. Sachsen-Weimar, 1808 Maj., Spezialist für Vermessungsarbeiten, 1813 als Oberstltn. im preuß. GenStab wieder angestellt, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1813 GenMaj. und GenQuartiermeister, 1820 Oberdirektor aller militärischen, topographischen u. Vermessungsarbeiten, 1821 Chef Großer GenStab Berlin, 1822 MdStR, 1829 diplomat. Mission in Konstantinopel, dann Petersburg, 1829–38 kommand. Gen. VII. AK (Münster), 1832 Gen.d.Inf., 1838 Gouv. von Berlin, 1838–47 Präs. StR, 1847 GenFeldmarschall (Charakter) und a.D. *36/Fundort*; *38–39/Fundort*; *40/40* 264; *47/41*; *53–59/Fundort*; *61–64/Fundort*; *65/41*; *66/Fundort*; *67/41*; *68–69/Fundort*; *77–78/Fundort*; *80/Fundort* 128v; *81–88/Fundort*; *90/Fundort*; *92/Fundort*; *95/Fundort*; *98/42* 51–52; *117/Fundort*; *119–122/Fundort*; *126/Fundort*; *129–130/Fundort*; *132/Fundort*; *148/44*, *149/44* 319–319v, *150/44* 326v–327, 328, *151/44*, *152/44* 357, *153/44* 361, *156/44*; *158/45* 1, 4–4v, 5v; *164/Fundort*; *176/45* 263, 265; *185/Fundort*; *187–189/Fundort*; *197–198/Fundort*; *199/46*; *200–202/Fundort*; *204/Fundort*; *205–207/Fundort*; *209–212/Fundort*; *214–216/Fundort*; *218–219/Fundort*; *222–223/Fundort*; *239/47* 199v; *278/Fundort*; *280–281/Fundort*; *282/49*; *284/Fundort*; *285–287/49*; *290/50*, *294/50*, *298/50* 274, *299–301/50*; *306/51*; *315/Fundort*; *317–319/Fundort*; *321/Fundort*; *324/52*; *328/Fundort*; *330–331/Fundort*; *333–335/Fundort*; *337–338/Fundort*; *339/52* 207; *340/Fundort*; *341/52*; *342–343/Fundort*; *344–345/52*, *347–350/Fundort*; *351/52*; *358–359/53*; *361–362/Fundort*; *363/53*; *364–370/Fundort*; *372/Fundort*; *389/54*; *390/Fundort*; *391/54*; *399/Fundort*; *401–402/Fundort*; *410/Fundort*; *415–416/Fundort*; *417/55* 107, *419/55*, *420/55* 123v, *421/55*; *423a–423b/Fundort*; *426/55*

Mühlen, Wilhelm v.u.z. (1794–1871), Dr., 1819 Ass. OLG Breslau, 1821 HofGerR Arnberg, 1824 OLGR Münster, 1832–71 GehJusR bzw. GehOJusR JMinm., 1839 MdStR, 1847 Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1852 Wirkl.GehOJusR, 1850–52 Mitgl. 1. Kammer *1/38* 68; *30–31/40*; *46/41* 26, *67/41*; *104/43* 111, *106/43* 124; *131/44* 109, *145/44* 287, 288; *182/46* 138, *183/46*, *194/46*, *195/46* 262, 264, *203/46*, *208/46*; *241/47* 231, 250, *243/47* 296, 298, 299; *274/49* 6, *275/49* 25; *395/54*, *398/54* 252; *414/55* 103, *423/55*

Mühler, Heinrich v. (1813–1874), Jurist, Dr. jur., Sohn des JMinr. H. G. v. Mühler, 1838 Ass. KG, seit 1840 Hilfsarb. KuMinm., 1842 RegR, 1846 GehRegR, 1849 Mitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1851 OKonsR, 17.3.1862–22.1.1872 KuMinr., Nov. 1863–Jan. 1864 (kommissar.) Präs. Ev. Ober-

kirchenrat, 1862 MdStR, 1867–71 MdR (kons., bkF) 107/43; 137/44; 163/45, 165/45, 169/45, 175/45; 193/46, 195/46, 208/46; 232/47 87–93v, 233–234/47; 259/48 111–111v, 265/48, 270/48 301; 285/49; 289/50, 298/50, 301/50; 303–305/51, 311/51 122–123v, 312/51; 374/53 160, 376–377/53, 381/53; 386/54, 400/54; 409/55 31–31v; 413/55; 446/56; 452–453/57, 455/57

Mühler, Heinrich Gottlob v. (1780–1857), 1798–1801 Studium der Rechte Univ. Halle, 1802 Ref. OAmtsReg. Brieg, 1804 Ass., 1810 OLGR Brieg, 1815 KGR, 1817 Mitgl. Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1818 Dir. Vormundschaftsgericht Berlin, 1819 GehRevisionsR Rhein. Revisions- u. Kassationshof, 1822 Vizeprärs. OLG Halberstadt, 1824 Vizeprärs. OLG Breslau, 1827 Mitgl. (zeitweilig) Gesetz-Revisions-Komm., 2.2./9.2.1832–30.9.1844 JMinr. (Justizverwaltung), 1832 MdStR, 1844–18.3.1848 GehStMinr., 1844–54 Chef-Präs. Geheimes Ober-Tribunal, 1849 Präs. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 1852 Kronsyndikus, 1854 MdH, 1854 i.R. 1/38; 2/Fundort; 3–10/38; 12–22/39; 23–35/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–41/40, 43–44/40; 45–52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 62/Fundort; 64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–76/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–99/42; 100–106/43, 108/43, 109/43 188, 110–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123–125/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 131/44; 132/Fundort; 133–138/44; 139–141/Fundort; 142–157/44; 159–163/45; 164/Fundort; 165–176/45; 177–184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 191–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–250/47; 251–265/48; 266/Fundort; 267–268/48, 270/48, 272/48; 273/49; 284/Fundort; 290/50, 293/50, 296/50, 299/50; 315/Fundort; 317–319/Fundort; 321/Fundort; 323/52, 325/52; 328/Fundort; 330/Fundort; 335/Fundort; 337–338/Fundort; 340/Fundort; 347–350/Fundort; 352/52; 357–359/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 372–373/Fundort; 375/Fundort; 376/53, 378/53, 382/53; 388–389/54; 398/54 252; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 410/Fundort; 414a–416/Fundort; 417/55, 420–423/55; 423a/Fundort; 425–429/55; 436–437/56, 451/56

Müller, Depositari-Rendant und Kalkulator Land- u. Stadtger. Schneidemühl, 1835 dann Graetz, 1841 Gehaltssache 46/41 26–26v

Müller (I), GehKrR, 1840 Wirkl.GehKrR Geheimes Militärkabinett und KrMinm., GenProviantmeister 102/43 82v

Müller, Carl Christian (1775–1849), 1798 Ass. KG, 1799 KGR, 1816–34 GehJusR JMinm., 1817 Mitgl. Immediat-Examinations-Komm., 1832 Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium, 1834 GehKabR Zivilkab., 1835 MdStR, 1844 Wirkl.GehR (Exz.) 239/47

Müller, Georg Wilhelm Otto (geb. 1789), 1831 Steuerinspektor, Oberkontrolleur Spandau, 1846 Gehaltssache und dann Pensionssache 387/54 97, 406/54 297

Müller, Jakob Moritz (geb. um 1792), 1815 Teilnehmer an den Feldzügen, seit 1827 im Verw.-dienst in Triedewald, Prüm und Braunfels, seit 1838 Steuereinnahmer Rees, 1844 Disziplinarsache 236/47 151

Müller, Peter Heinrich, Steuer-Erheber Bonn, 1842 Reklamationssache 108/43 186

Müller, Wilhelm (geb. 1791), 1816–21 Forstläufer, 1821–28 Grenz-Aufseher, seit 1828 Ober-Steuer-Kontrolleur, Steuer-Inspektor Brakel, 1848 Pensionssache 456/57 38

Muzelius, Friedrich August (geb. 1799), seit 1822 in kgl. Diensten, 1832 Bataillons-Arzt Angerburg, seit 1833 Danzig, 1844 Disziplinarsache 243/47 296–296v

Nagler, Karl Ferdinand Friedrich (1823: v.) (1770–1846), im Dienst des Markgrafen von Ansbach und Bayreuth, Ass. beim 1. Senat der Kriegs- und Domänenkammer Ansbach, danach Expedient der Verw. des fränkischen Dept. KabMinm. Berlin, 1804 Rat, 1809 VizeGenPostmeister, KabSekr. für Privatkorrespondenz der Königin Luise, GehStR, 1811–21 auf Reisen, 1821 Präs. General-Post-Amt, 1822 MdStR, 1823 GenPostmeister, 1824–35 Bundesgesandter Frankfurt/M., Führung der Geschäfte der Residentur der freien Stadt Frankfurt/M., 16.1.1836–13.6.1846

GehStMinr. 1/38; 2/Fundort; 3–7/38, 9–10/38; 11–18/39, 20–22/39; 23–33/40, 44/40; 45–52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61/Fundort; 63–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 75–76/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–97/42; 100/43, 110/43, 112–113/43, 115–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–120/Fundort; 123–124/44; 126/Fundort; 128/44; 129–130/Fundort; 131/44; 132/Fundort; 137–138/44, 142–144/44, 147–148/44, 151/44, 154–155/44; 158/45, 168/45, 173/45; 184/46; 185/Fundort; 186/46; 187/Fundort; 194/46; 264/48 214v–216, 218; 414/55 102

Napoleon I. (1769–1821), 1804–14 Kaiser d. Franzosen 4/38 73v

Naumann, Christian Georg (geb. 1792), Gerichtsbote und Exekutor Groß-Salze, 1845 unfreiwillige Pensionierung, 1846 Pensionssache 354/53 2

Naumann, Eugen (gest. 1880), 1836–71 OB Posen und GehRegR, 1842 als Protokollant für die Tagung der Vereinigten Ausschüsse vorgeschlagen, 1849 Mitgl. 2. Kammer, 1859–61 MdA (Rechtes Centrum, Fraktion unbekannt, v. Vincke) 141/Fundort 120

Neander, Daniel Amadeus Gottlieb (1775–1869), Dr., Theologe, 1805 Pfarrer in Flemmingen bei Naumburg, 1817 Superintendent und KonsR Reg. Merseburg, 1823–65 Propst St. Petri Berlin und VortrR KuMinm., 1823 Wirkl.OKonsR (Charakter), 1829 Dir. ProvKonsistorium und 1. Generalsuperintendent Prov. Brandenburg, 1830 Bischof von Berlin, 1831 MdStR, 1852 Ehrenmitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1853 Generalsuperintendent a.D., 1865 emeritiert als Propst 45/41 4–4v, 21; 148/44 309

Nehbel, Geschwister, Kinder aus erster Ehe der Sophie Rebecca Freytag 353/52 388v

Neesse (gest. 7.8.1846), berittener Steuer-Aufseher Grümentisch, 1846 Pensionssache 403/54 282

Neuhaus, Bgm., LT-Abgeordneter für Warendorf 340/Fundort 12v–13

Neymann, Bäckermeister Posen, der Teilnahme an den Unruhen 1846 verdächtigt 413/55 80v–81

Nicolovius, Georg Heinrich Ludwig (1767–1839), 1791 in die Dienste des Grafen Stolberg in Holstein eingetreten, 1795 1. Sekr. d. bischöfl. Kammer in Eutin, 1805 KonsR und Mitgl. ostpreuß. Konsistorium, 1806 Kurator Univ. und VortrR, 1807 Oberbibliothekar, 1808–17 StR beim MdI und Leiter der Sektion Kultus u. öffentl. Unterricht, 1817 MdStR u. Wirkl.GehOREgR, 1832 erneut Leiter Unterrichts-Abt. KuMinm., 1839 i.R. 232/47 108v

Niegolewski, v., OLTn. 91/42 12

Niemann, Prozeßsache Niemann, die dem Geheimen Ober-Tribunal zur Entscheidung vorgelegt wurde 74/41 256v, 263

Nikolaus I. (1796–1855), 1825 Kaiser von Rußland, seit 1817 vermählt mit Prinzessin Charlotte, Tochter Friedrich Wilhelms III. 124/44 53

Nobiling, W. C. (1795–1859), Studium der Rechte in Berlin und Heidelberg, GehOFinR HausMinm., 1851 FinMinm., Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1850–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte) 20/39, 22/39; 23–24/40, 26–28/40, 43/40; 103/43, 109/43, 113–115/43; 118/44, 134/44, 136/44, 138/44; 177–180/46, 182/46; 237/47; 275/49; 325/52, 344/52; 381/53

Nuszkowski, Simon Christian (geb. um 1802), seit 1835 Grenz-Aufseher Löwendorf, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 277/49 97

Obstfelder, Kaspar Heinrich Wilhelm v., 1829 Ass. KG, Land- u. Stadtrichter Zehdenick, 1834 Dir. Land- u. Stadtger. Inowraclaw, 1838 KGR, 1843 GehFinR FinMinm., 1844 Hilfsarb., dann VortrR und Justitiar HausMinm., 1843–45 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, nach 1848 GehFinR FinMinm., 1852 GehOFinR HausMinm., 1858 Wirkl.GehOFinR, 4.9.1859–61 (KO nach Tod Massows) interim. Minr.Kgl.Haus, 1861–76 MinDir., 1864 Wirkl.GehR (Exz.), 1868–75 interim. Dir. Kgl. Hausarchiv, 1850 Mitgl. 1. Kammer 191/46, 217/46 327v, 225/46; 245/47; 274/49, 275/49 49v, 286–287/49; 293/50; 323/52 30, 42

Odenwald, Torkontrolleur Nordhausen, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 264/48 204

Oeynhaus, Karl August Ludwig Frh. v. (1795–1865), 1816 beim schlesischen OBERgA Brieg tätig, 1817 BergRef., 1820 BergAss., dann Bochum, 1824 OBERgAss., 1827 OBERgR, 1830 Halle,

1831 Bonn, 1841 GehBergR FinMinm., 1845 GehOBergR, 1847 BergHptm. u. Dir. oberschlesisches OBergA Brieg, 1855 Vorstand OBergA Dortmund, 1864 a.D., Gründer des durch KO v. 25.8.1848 nach ihm benannten Bades 236/47; 313/51

Ogrodowicz, JusR, Stadtverordnetenvorsteher Posen 413/55 82v

Okulicki, Xaver, Schüler am Marien-Gymnasium Posen, der Teilnahme an den Unruhen von 1846 verdächtigt 413/55 80v–81

Olfers, Ignaz v. (1793–1871), Studium der Medizin, Naturwiss. und Sprachenkunde, 1816 LegSekt. der Gesandtschaft unter Gf. Flemming Brasilien, 1821 LegR, danach Lissabon und Neapel, 1826–28 erneut Brasilien, 1831 Geschäftsträger in der Schweiz, 1835 GehLegR KuMinm., 1839–69 GenDir. Kgl. Museen, 1854 MdStR, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1869 a.D., 1853–54 Mitgl. 1. Kammer 96/42 32v

Oppen, Otto Heinrich Alexander v. (1783–1860), 1805 Reg. Magdeburg, 1808 Auditeur AppHof Kassel, 1809 Prokurator, 1814 OLG Halberstadt, 1817 OLGR, 1820 Ober-Prokurator LG Koblenz, 1823 GenAdvokat Rhein. AppGerHof Köln, 1828 Präs. LG Köln, 1839 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal 50/41 105

Opry, Stephan (geb. um 1793), 1818 Grenz-Aufseher Hersdorf, dann Trier, St. Goar, St. Wendel, seit 1838 Steuer-Aufseher Köln, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 101/43 44

Orth, Prediger der Friedrichswerderschen Kirche Berlin 45/41 21v

Ostermann, Heinrich, KrsSekt. Ahaus, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 46/41 25

Österreich, Eduard August Wilhelm (1797–1859), 1821 Ref. OLG Stettin, 1826 Ass., 1827 RegR Gumbinnen, 1829 Stettin, 1834 Hilfsarb. MdI, 1834 GehRegR Verw. für Handel, Fabrikation und Bauwesen, 1837 GehOFinR FinMinm., 1850 MinDir. HandMinm., 1854 Wirkl.GehORegR, 1854 MdStR 18/39; 46/41 29, 65/41, 76/41; 167/45; 309/51; 322/52 1–12; 445/56

Paalzew, Friedrich Wilhelm (geb. 1775), Dr., 1894 Land- u. Stadtger. Berlin, 1811 RegR Westpreußen, 1814 GehRegR, 1816 Führung des Lotterie-Instituts/Präs. General-Lotterie-Direktion, 1817 zugl. GehOFinR FinMinm., 1848 a.D. 1/38 68, 5/38; 14/39 20, 21/39; 34/40, 41/40; 45/41, 46/41 26, 47/41, 49/41 98, 73/41; 98/42; 102–103/43, 106–107/43, 110/43; 125/44, 135/44, 138/44, 142/44; 195/46; 245/47

Pabst, Heinrich Wilhelm (1798–1868), dt. Agronom, 1824 württembergischer Ökonomierat, 1831 in Diensten des Großherzogs Hessen, 1839 in preuß. Diensten und Dir. der landwirtschaftl. Akademie Eldena, danach GehFinR KuMinm., 1846 Dir. Akademie Hohenheim, 1850–60 Dir. der höheren landwirtschaftl. Reichslehranstalt in Ungarisch.-Altenburg, 1861–67 Ministerialrat und Referent im Minm. f. Landeskulturangel. Wien, 1867 i.R. 194/46 255v

Paetzel, Christian Ludwig (geb. um 1799), 1823 Aktuar Stadtger. Köslin, seit 1838 Rügenwalde, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 49/41 98

Pape, Raimund v., Ref. KG, LandR Schwetz, 1847 Disziplinar- und Pensionssache mit angestrebter Amtsversetzung 428/55 205–207

Patow, Erasmus Robert Frh. v. (1804–1890), Dr. jur., 1827 Ref. OLG Frankfurt/O., 1829 KG, 1830 Hilfsarb. MdI und dann Reg. Potsdam, dort 1832 RegAss., 1833 Hilfsarb. FinMinm., 1835 GehFinR, 1836 RegR, 1837 VortrR HausMinm., 1840 GehOFinR u. MdStR, 1841 VortrR Zivilkab., 1844 Wirkl.GehORegR und MinDir. MdI, 1844 RegPräs. Köln, 1845 Wirkl.GehLegR und MinDir. MAA, 1846 Präs. der Zollvereinskongress und 1847 der Wechselkongress, 17.4.–25.6.1848 HandMinr., Juni 1848 a.D., 24.7.1848–14.12.1849 (kommissar.) OPräs. Brandenburg, 1849 (auf eigenen Wunsch) a.D., danach Rittergutsbes., „Altliberaler“, 6.11.1858–17.3.1862 FinMinr., 1866–67 Zivilgouv. Frankfurt/M., Oberhessen und Nassau, 1868 Vors. Staatsschuldenkomm., 1873–81 OPräs. Sachsen, 1833 Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–63 und 1866–69 Mitgl. 2. Kammer bzw. MdA (Linke, bkF, konst., altlib.), 1867–70 MdR Norddt. Bund und 1871–73 MdR (altlib., bkF/LibRP), 1872 MdH,

1873–81 ProvLT Sachsen und dessen LT-Marschall 270/48 299; 291/50; 315/Fundort; 325/52, 329/52 180v–181, 187v; 374/53 166

Peucker, Eduard (1816: v.) (1791–1876), 1811 Sekondeltn., 1812–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 Premierltn., 1816 Kapitän und Assistent KrMinm., 1822 Maj., 1825 Vorstand Artillerie-Abt. KrMinm., 1834 Oberstltn., 1836 Oberst, 1842 GenMaj., 1843 als wirkl. Mitgl. d. KrMinms. dem KrMinr. zur Verfügung gestellt, Mai 1848 preuß. Militärkom. bei der Bundesversammlung Frankfurt/M., Juli 1848–Mai 1849 RKrMinr., Mai 1849 GenLtn., Sommer 1849 Feldzug in Baden und (Aug.) Chef GenStab d. Prinzen von Preußen, 1850 Mitgl. Bundeszentalkomm., 1850–54 preuß. Kom. in Kassel, 1854 GenInspektor des Militärerziehungs- u. Bildungswesens, 1858 Gen.d.Inf., 1872 a.D., 1872 MdH 102/43 82v; 290/50

Pfeffer, Johann Gottlieb (geb. um 1776), seit 1814 Salarien-Kassen-Rendant Stadtger. Danzig, 1843 Pensionssache 195/46 261

Pfuehl, Ernst v. (1779–1866), 1806 als Adjutant Schmettaus Teilnehmer an der Schlacht von Auerstedt, 1809 in österr., 1812 in russ. und Ende 1814 in preuß. Diensten, 1818 Chef des GenStabes VIII. AK Koblenz, 1830 Kommandant von Köln, zugl. 1831–49 Gouv. von Neuchâtel, 1838 kommand. Gen. VII. AK, 1847–März 1848 Gouv. von Berlin, April 1848 preuß. Kom. im Ghzgtm. Posen, 21.9.–1.11.1848 MinPräs. und zugleich KrMinr., Okt. 1848 Mitgl. preuß. NatVers. 185/Fundort 213v–214

Philip(p)sborn, Max v. (1815–1885), GehLegR MAA, Kurator der Legationskasse, 1854 MdStR, Wirkl.GehLegR, Abt.-Dirigent MAA, 1863 MinDir., 1873 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 MdH 37/40; 48/41, 73/41; 89/42, 97/42; 181/46, 196/46; 351/52

Pick, Johann Peter (geb. um 1795), Kommunalförster Berndorf, Disziplinarsache 230/47 56

Pieron, Carl Conrad Ernst, Steuer-Aufseher Frasselt, 1840 Disziplinarsache 9/38 150

Pilegaard, Johann Carl Erdmann (geb. 1788), 1808–24 Militärdienst, seit 1824 Justizdienst, zuletzt Registratur-Assistent Crossen, 1847 Pensionssache 436/56 9

Pinder, Gottlieb Ernst, Dr., 1818–38 OLGR Naumburg 106/43 126v–127v

Platzeck, Karl Albert (geb. um 1802), seit 1829 Grenz-Aufseher Emmerich, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 253/48 24

Platzmer, Oberförster, 1840 Disziplinarsache 15/39 28–28v

Plotho zu Parey, Freiherren v.

- **Carl August Wilhelm** (geb. 1789), fürstbischöflicher Kommissarius und Erzpriester Neiße 165/45 73

- **Carl Christian Christoph Friedrich Wilhelm** (vermutl. 1770–1839), Referendarius a.D. Berlin 165/45 73

- **Carl Christian Christoph Friedrich Wilhelm**, preuß. Maj. a.D. Köln 165/45 73

- **Carl Friedrich** (1796–1874), auf Lüttgenziaz u. Ringfurth, LandR, Kammerherr Zerbst 165/45 73

- **Ludwig Heinrich Wilhelm** (1774–1853), Hptm. a.D., 1840 Erbkämmerer Hzgtm. Magdeburg zu Parey 165/45 73

- **Otto Heinrich Gebhardt Delphin** (1791–1842), Rittergutsbes. Codlewe in Schlesien 165/45 73

Pochhammer, Theodor Adolf (1796), 1811 Supernumerarius Berlin, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Stadtinspektor Perleberg, 1818 OZoll-Inspektor Wittstock, 1821 Ober-Inspektor Neuwied, 1826 OSteuer-Inspektor u. Steuerrat Brandenburg, 1829 RegR, 1831 Hilfsarb. FinMinm., 1834 GehFinR FinMinm., 1837 GehOFinR, Mitgl. Staatsschuldenkomm., 1848 i.R., 1849–54 Mitgl. 2. Kammer (Centrum, Fraktion unbekannt) 73/41

Pohe, Peter (geb. um 1798), 1832 Beigeordneter Bürgermeisterei Frauenberg, 1837 provis. Bgm. Frauenberg, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 346/52 347–351

Polty, Conrad Carl (geb. um 1782), provis. Empfänger d. direkten Steuern Simmern, 1819–22 dort Aufseher f. Getränkesteuer, 1824 Steuer-Aufseher Montjoie, seit 1829 Mayen, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 314/51 166

Pommer-Esche

- **Adolf v. (II)** (1804–1871), Studium der Kameralwiss. in Göttingen und Berlin, 1828 Ref., 1831 Ass. KG, 1831 Hilfsarb. MdI, 1832 RegAss. ProvSteuerverw. Köln, 1833 RegR MdI, 1835 GehRegR Verw. für Handel, Fabrikation und Bauwesen Berlin, 1836 GehFinR FinMinm., 1839 GehOFinR, 1842 MdStR, 1845 Wirkl.GehOFinR und MinDir. FinMinm. (Handel-, Gewerbe-, Bau- und Eisenbahnwesen), 5.11.1848 (kommissar.) Ltg. HandMinm., 4.12.1848–1858 UStS HandMinm., 1858–71 OPräs. Rheinprovinz, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1849 Mitgl. 1. Kammer 43/40; 47–48/41; 180/46, 203/46; 244/47; 264/48; 290/50, 292/50, 296/50, 299/50; 314/51; 324/52; 345/52; 421/55

- **Johann Friedrich v. (I)** (1803–1870), 1827/28 Ref. KG, 1831 Ass. und Juni 1831 Reg. Frankfurt/O., Dez. 1831 Provinzial-Steuer-Direktion Breslau, 1832 RegAss., 1833 RegR, 1834 Justitiar Reg. Stettin, 1835 Hilfsarb. FinMinm., 1836 GehFinR, 1839 GehOFinR, 1842 Bevollm. bei der Rheinschiffahrts-Zentralkomm., 1847 MinBevollm. im Vereinigten LT, 3.3.1849 GenDir. der Steuern, 1854 Wirkl.GehOFinR, 1854 MdStR und Aug. 1857 Mitgl. in dessen Komm., 1865 Wirkl.GehR (Exz.), 1867 Mitgl. BundesR 184/46

Pommern

- **Boguslav XIV.** (1580–1637), 1620 Hzg. von Pommern-Barth, 1625 Hzg. von Gesamt-Pommern 194/46 253, 256

Porsch, Hptm. a.D., 1819 Intendant Domänen-Rentamt Stuhm, Rendant Kreiskasse Stuhm, AmtsR Stuhm, 1842 Gehaltssache 106/43 124; 255/48 56

Portatis, Graf v., Deputierter ProvLT Rheinprovinz 175/45 253

Poser, (vermutl.) **Charlotte Frau v.** (1799–1847), 3. Gemahlin des Herren auf Domsel, in der Nähe der Standesherrschaft von Wartenberg 231/47 79, 83

Pretzmann, Karl Friedrich (geb. um 1793), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1824 Grenz-Aufseher Haupt-Zoll-Amtsbezirk Thorn, seit 1830 Torkontrolleur Thorn, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 250/47 396

Prochnow, Carl Ludwig Leopold, 1831 Aktuar Justizamt Ücker münde, seit 1838 Aktuar Land- u. Stadtger. Ücker münde, 1845 Gehaltssache 312/51 135

Prusinowski, v., Dr., Religionslehrer, bis 1846 erster Inspektor am Marien-Gymnasium Posen, dann am Gymnasium Trzemeszno, Januar 1847 Entlassung wegen mangelnder Aufsicht der Zöglinge 413/55 84v

Przyluski, Leon Michal v. (1789–1865), 1814 Priester, 1824–26 und 1831 GenVikar Posen, 1832 Dompropst Gnesen, 1842–45 Kapitularvikar Gnesen, 1845 Erzbischof von Posen, bis 1850 und nach 1858 Förderer der poln. Nationalbewegung und Sprecher der preuß. Polen 40/40 290, 292v–293, 295, 296v–297; 413/55 81v

Pückler-Limburg, Erdmann Graf v. (1792–1869), Rittergutsbes., 1835–58 RegPräs. Oppeln, 1842 als Protokollant für die Tagung der Vereinigten Ausschüsse vorgeschlagen, 1858–62 LandMinr., 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 141/Fundort 120

Pückler-Muskau, Hermann Ludwig Heinrich v. (1822: **Fürst**) (1785–1871), Gartenkünstler und Schriftsteller, Lt. und Rittm. in sächs. Diensten, Teilnehmer an den Befreiungskriegen in russ., weimarischen und niederländischen Diensten, danach Reise nach England, 1822 Verleihung der Fürstenwürde als Entschädigung für aufgegebene Standesrechte bei Eingliederung der Lausitz nach Preußen, 1828–40 Weltreisen, 1845 Verkauf von Muskau und Umzug nach Branitz, 1863 MdH 8/38 135–136v

Püttmann, pensionierter Zolleinnehmer, 1847 Pensionssache 432/55 232

Raabski (gest. 1847), Präfektur-Ass. Posen u. poln. Übersetzer für Gesetz-Sammlung u. Amtsblatt 384/54 35bv–35c, 35ev, 35fv–35g

Rabe, Rudolf v. (1805–1875), 1830 Ass. KG, 1835 RegAss., dann bis 1843 RegR Düsseldorf, 1843 GehFinR FinMinm., 1847 GehOFinR und MinDir., 23.2.1849–17.7.1851 FinMinr., 1856

Wirkl.GehR, 1862–68 Präs. Hauptverw. der Staatsschulden, ca. 1870–81 Mitgl. Statistische Zentralkomm. im MdI, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1860 MdH 442/56

Racke, General-Kommissaire Dept. de Roes 168/45 112v

Raczynsky, (vermutl.) **Vincenz Graf v.** (1771–1857), Herr auf Zennhif und Rothof/Kurland 317/Fundort 100v; 449/56 125

Radowitz, Joseph Maria v. (1797–1853), 1813 als westfälischer Offizier Teilnehmer an der Völkerschlacht bei Leipzig, danach in kurhess. u. preuß. Diensten, 1815–23 Lehrer Kadettenkorps Kassel, außerdem seit 1821 Lehrer d. hess. Kurprinzen Friedrich Wilhelm, 1823 Ausweisung aus Kfstm. Kassel wegen seiner Haltung in der Affäre um die Mätresse d. hess. Kurfürsten, 1823 Hptm., seit 1823 milit. Lehrer d. Prinzen Albrecht v. Preußen, 1828 Maj. preuß. GenStab, 1830 GenStabschef der Artillerie, Mitarbeit am „Politischen Wochenblatt“, 1836 preuß. Militärbevollm. am Bundestag in Frankfurt/M., 1842 zugleich Gesandter Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden, 1845 GenMaj., in den 1840er Jahren mehrfach politische Missionen in verschiedenen Ländern, März 1848 (auf eigenen Wunsch) a.D., 1849 GenLtn., 1849/50 Berater der preuß. Regierung, seit 9.3.1850 Vors. Verwaltungsrat der Union, 26.9.–2.11.1850 AMinr., 1850/51 diplomat. Mission in London, 1852 GenInspekteur der Militärbildungs- u. Erziehungsanstalten, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Café Milani), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus 139/Fundort 107v–108, 141/Fundort 117

Radziwill

- **Boguslaw Fürst v.** (1809–1873), 1828 Sekondeltn., 1836 als Kapitän a.D., 1840 Maj. (Charakter), 1870 GenMaj. (Charakter), 1854 MdH 366/Fundort 197

- **Wilhelm Fürst v.** (1797–1870), 1813 Sekondeltn., 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Maj., 1829 Oberstltn., 1839 GenMaj., 1846 GenLtn., 1848 Kdr. d. preuß. Truppen in Holstein, 1848 1. Kdr. von Torgau, 1853 kommand. Gen. IV. AK, 1855 Gen.d.Inf., 1858 kommand. Gen. III. AK, 1859 Militärgouv. Brandenburg, 1866 a.D., 1854 MdH 366/Fundort 197

Rathmann, Friedrich (1799–1874), Studium in Göttingen und Berlin, OLG Magdeburg, 1822 Ref., 1825 Ass., OLGR, 1847 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal 446/56; 454/57

Rauch, Friedrich Wilhelm v. (1790–1850), 1803 Eleve der Ingenieurakademie, 1807 Sekondeltn., 1812 Adjutant bei Oberst v. Alvensleben, 1813 Premierltn., 1813/14 Teilnehmer an den Feldzügen, 1821 Maj., 1829 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms III., 1833 provis. und 1835 bestätigt dem Zaren in St. Petersburg zugeteilt, 1833 Oberstltn., 1840 GenMaj. à la suite mit Beibehaltung der Stellung als Flügeladjutant, 1843 Gen.-Adjutant Friedrich Wilhelms IV., 1848 GenLtn. 124/44 53

Rauch, Gustav v. (1774–1841), 1790 Ltn. im Ingenieurkorps, 1794/95 Feldzug in Polen, 1803 Kapitän, 1805 Maj. im GenStab, 1806/07 Teilnehmer an Feldzügen, 1808 Dir. Plankammer, Mitarb. von Scharnhorst bei Umgestaltung des Heerwesens, 1809 Dir. 2. Div. Allg. Kriegs-Dept., 1810 Oberstltn., 1813 Chef GenStab v. Yorck, 1813 GenMaj., 1813/14 Chef Ingenieurkorps und GenInspekteur der Festungen, 1830 Gen.d.Inf., 1831 MdStR, 19.3.1837 (interim.) und 31.7.1837–28.2.1841 KrMinr., 1841 a.D. 1/38; 2/Fundort; 4/38, 6–7/38, 10/38; 13/39; 75/41 302v

Raumer, Georg Wilhelm v. (1800–1856), Dr., Sohn des Wirkl.GehR K. G. v. Raumer, 1823 Auskultator, 1825 Ref. KG, 1827 dort Ass., 1829 Hilfsarb. FinMinm., 1833 RegR HausMinm. und angestellt bei Archivverw., 1837 GehRegR, 1841 GehORegR, 1843–52 Dir. Staatsarchive, Wirkl.GehORegR, 1842 Mitgl. General-Ordenskomm., Geschäftsführer Louisen-Orden, 1844 MdStR, Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, Kommissarius HausMinm., 1849 Bevollm. bei den Abtretungsverhandlungen mit dem Haus Hohenzollern, Mitgl. Generalkommission in Angelegenheiten der Kgl. Orden 255/48

Raumer, Karl Otto v. (1805–1859), 1824–26 Studium d. Rechte in Göttingen und Berlin, 1826 GerRef., 1827 RegRef. Stettin, 1831 RegAss. Posen, 1834 RegR, 1838 Reg. Frankfurt/O., 1840 GehFinR FinMinm., 1841 GehRegR MdI, 1843 Vizepräs. Reg. Königsberg, 1845 RegPräs. Köln, 1848 Frankfurt/O., 19.12.1850–6.11.1858 KuMinr., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–58 MdA (bkF) 14/39, 21/39; 43/40, 44/40 334; 388/54 131v–133, 389/54 135v–136

Reck(e), Ludwig v. d. (1808–1869), 1831 Auskultator, Ass. OLG Arnberg, 1841 RegR Arnberg, 1844 Hilfsarb. FinMinm., 1845 GehFinR, 1851 GehORegR HandMinm., 1857 MdStR, Ende 1858 Wirkl.GehORegR und MinDir. sowie Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, 1868 i.R. 397/54; 421/55; 443/56, 449/56

de Rège (auch Derège)

- **Friedrich Daniel** (1777–1837), Superintendent, 1803–37 reformierter Prediger am Großen Militär-Waisenhaus Potsdam und seit 1821 in der Heilig-Geist-Kirche Potsdam 15/39 39

- **Henriette** (geb. Mecklenburg), Witwe des Superintendenten, 1840/42 Reklamationsache 15/39 39; 110/43 194

Reichenau, Eduard (1807–1895), Studium der Rechte u. Kameralwiss. in Königsberg und Berlin, Ass. OLG, bis 1837 Stellvertretung des RegR Baron v. Oelsen Reg. Marienwerder, 1838 RegAss. Posen, 1839 zeitweilig Hilfsarb. Reg. Stettin, 1841 Reg. Marienwerder, Hilfsarb. MdI., 1843 RegR Marienwerder, 1849 Liegnitz, 1858 ORegR Breslau, 1860 Dirigent ProvSchulKollegium, 1848 Unterzeichner eines Immediatberichts gegen die ersten Maßnahmen des Kabinetts Brandenburg 190/46, 193/46

Reifferscheid, pensionierter Kriminal-Aktuar Koblenz, 1847 Pensionsache 433/55 243

Reinsch, HofR und OLG-Deposit-Rendant Groß-Glogau, 1845 Gehaltsache 448/56 117

Reisgen, Peter Ludwig (geb. um 1792), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1819 Grenz-Aufseher, zuletzt Steuer-Aufseher Ehrenbreitstein, 1842 Disziplinar- und Pensionsache 127/44 86

Reitzenstein, Ernst Frh. v., GehORechR, 1839 GehFinR HausMinm., 1845 GehOFinR 431/55

Reppichau zu Lenczic, Johann Eustachius v. (gest. 1812), Obristenlt., seit Dez. 1806 bis zu seinem Tode keine Pension erhalten, deren Nachzahlung seine Erben 1843/44 beim Fiskus einklagen 251/48 3–5

Retzerau, Gottfried (geb. 1786), 1808–30 Militärdienst, 1830–36 Domänen-Amt Subkau, 1839–45 Amtsdienerr Rentamt Dirschau, 1846 Pensionsache 385/54 60

Reuß, Karl August (1840: v.) (1793–1874), 1811 Eintritt in den sächs. Staatsforstdienst, seit 1815 in preuß. Diensten, 1831 GehFinR FinMinm., 1836 Oberlandforstmeister, 1840 Mitdirektor in Forst- u. Jagdsachen HausMinm., 1843 MdStR, Mitgl. Kuratorium der höheren Forst-Lehranstalt Eberswalde-Neustadt, 1863 a.D. 20/39, 22/39; 23–24/40, 26–28/40; 67/41; 109/43 193w, 113–115/43; 118/44; 331/Fundort 23v; 380/53

Rheina-Wolbeck

- **Napoleon Fürst v.** (1807–1874), Standesherr, 1840 reg. Fürst und Gf. de Lannoy de Clerveaux, 1854 MdH 124/44 66–74v, 144/44 275v; 257/48 75v

→ Looz-Corswarem

Ribbentrop, Wirkl.GehKrR, Militär-Intendant 8. AK 43/40 319v

Riffart, Dr., Dir. Arbeits-Anstalt Brauweiler, 1844 Disziplinar- und Pensionsache 82/Fundort 172; 254/48 46

Rihag, Gutsbes. auf Klein-Grünheide, 1847 für den Stand der Ritterschaft als stellv. Abg. im Wahl-Bezirk Alt-Braunsberg aufgestellt 449/56 122v

Ritter, Joseph Ignaz (1787–1857), seit 1806 Studium in Breslau, 1811 Priesterweihe in Breslau, Kaplan in Grottkau, Liegnitz und Hirschberg und 1819 St. Hedwig Berlin, 1821 Dr. theol., 1823 o. Prof. der Kirchengeschichte und Patrologie Univ. Bonn, Bearb. und Hrsg. einer mehrbändigen Kirchengeschichte, 1830 Domkapitular und o. Prof. Breslau, 1835–36 Rektor Univ. Breslau, 1840–43 Kapitularvikar Breslau, 1842 Konflikt mit der preuß. Regierung, da er die päpstliche Mischenregelung vorgeschrieben hatte, 1843–44 GenVikar Breslau, 1845 Rückkehr an Univ. Breslau, 1846 Domdekan, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850–51 Mitgl. 1. Kammer 151/44 336–338, 339, 340–342; 400/54 255

Rochow, Adolf v. (1788–1869), Herr auf Stülpe, Hofmarschall des Prinzen von Preußen, 1837 MdStR, Mitgl. ständische Immediat-Komm., Oberstlt. 361/Fundort 161, 167v; 362/Fundort;

364/Fundort 185v–186v; 365–370/Fundort; 399/Fundort; 401/Fundort; 410/Fundort; 415/Fundort 20; 416/Fundort; 417/55; 423a–423b/Fundort

Rochow, Georg Wilhelm (geb. um 1800), 1814 Postschreiber Insterburg, 1815–18 Braunsberg, 1819 Heilsberg, 1820 Rastenburg, 1821–27 Militärdienst, 1827 Chaussee-Hebestelle Minikowo, Steuer-Aufseher, seit 1839 Steuer-Amts-Assistent Rawicz, Disziplinar- und Pensionssache 320/51 182

Rochow, Gustav Rochus v. (1792–1847), Teilnehmer an den Befreiungskriegen, dann Verwalter der väterlichen Güter (Reckahn), 1816 Kammerherr, 1822 zum Deputierten der Neumark und Protokollführer bei allen anderen Provinzialständen berufen, 1823 Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, VortR MdI, Protokollführer ständische Immediat-Komm., 1826 GehORegR, 1831 RegPräs. Merseburg, als OPräs. Posen im Gespräch, 28.4.1834–1.5./13.6.1842 Minr.dI, 1835 MdStR, weiterhin bis zu seinem Tod (11.9.1847) StMinr., 1843 2. Präs. StR 1/38; 2/Fundort; 3–7/38, 10/38; 12–22/39; 23–35/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–44/40; 45/41, 47–50/41, 52/41; 53–55/Fundort; 58–59/Fundort; 60/41; 61–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 77–78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–99/42; 100–103/43, 105–109/43, 111–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123–124/44, 128/44; 129–130/Fundort; 148–157/44; 158–160/45, 162–163/45; 164/Fundort; 165–171/45, 173–176/45; 177/46, 180–181/46, 183–184/46, 190/46, 195–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–210/Fundort; 212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 226/46; 228–229/47, 232–235/47, 237–242/47, 245–250/47; 251–254/48, 256–260/48, 268/48, 270/48, 272/48; 273–274/49, 278/Fundort; 279/49; 280–281/Fundort; 282/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288–296/50, 298/50, 300–302/50; 303/51, 305–306/51, 308–309/51, 313/51; 315/Fundort; 317–318/Fundort; 321/Fundort; 322–323/52; 335/Fundort; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344/52, 346/52; 347–350/Fundort; 351/52, 353/52; 356/53, 358–360/53; 361–362/Fundort; 364–370/Fundort; 371/53 139v–140, 374/53; 375/Fundort; 376–379/53, 381/53; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 429/55 212

Rochow-Briest, Theodor Rochus Heinrich v. (1794–1854), 1810 Sekondeltn., 1815 wirkli. Rittm., 1820 Maj., 1820 2. Adjutant d. Prinzen Wilhelm von Preußen, 1835 Oberstltn. u. Gesandter Schweiz, 1837 Oberst u. Gesandter Stuttgart, 1843 GenMaj. (Charakter), 1845 ao. Gesandter und bevollm. Minr. St. Petersburg, 1851 GenLtn. 345/52 308

Rodeck, Friedrich Wilhelm (geb. 1794), bis 1810–19 Militärdienst und 1813–14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1820 Uhrmacher in Berlin, 1821 Haupt-Zoll-Amt Stolberg, 1822 Grenz-Aufseher, zuletzt Steuer-Aufseher Langensalza, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 111/43 208

Roemer, bis 1839 Pfarrer in Duttweiler, danach Pfarrer in Saarbrücken 169/45 162–162v

Roesler, 1798–1809 und 1813–20 Militärdienst, bis 1822–44 Postschirmmeister Friedeberg, 1846 Pensionssache 394/54 183

Rohr, Carl v. (1792–1869), 1813/14 Teilnehmer an den Feldzügen, danach Intendantur und Ober-Kriegs-Kommissariat Luxemburg, 1819 KrsSkr. Ottweiler, 1825 kommissar. und 1826–42/45 LandR Ottweiler, 1844/45 Disziplinar- und Pensionssache 242/47 252; 300/50 287

Rohr, Ferdinand v. (1783–1851), 1812 Hptm. im GenStab Yorck, 1814 Vors. der Bekleidungs-Abt. im Militär-Ökonomie-Dept. KrMinm., 1823 Kdr. 6. Inf.-Rgt., 1839 Kdr. 11. Div. Breslau, GenLtn., 7.10.1847–29.3.1848 KrMinr., 4.4.1848 a.D., 1850 Mitgl. 1. Kammer (ausgeschieden) 443/56 51, 444–451/56; 452–455/57, 457/57

Rohr, Heinrich Moritz v. (1800–1879), Dr. jur., 1821 Auskultator Stadtger. Berlin, 1823 Ref. KG, 1827 dort Ass., 1829 Frankfurt/O., 1831 Magdeburg, 1835 OLG Marienwerder, 1839 Tribunalrat Königsberg, 1844 GehJusR JMinm., 1845 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1850 Vizepräs. AppGer. Königsberg, 1855 Präs. AppGer. Insterburg, 1864 Vizepräs. Ober-Tribunal, 1867 Wirkli. GehOJusR, 1871 Wirkli. GehR (Exz.), 1879 i.R. 320/51; 354/53; 385/54 71–75, 392/54 159–161

Rolshoven zu Meschenich (geb. um 1765), 1812–45 Bgm. Rondorf, 1845 Dienstentlassung aus Altersgründen, 1826–37 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz 303/51 1–8v

Ronge, Johannes (1813–1887), Hauptbegr. der deutschkath. Gemeinden/Deutschkatholizismus, 1840 Kaplan Grottkau, 1843 Amtsentsetzung wegen seines Aufsatzes über „Rom und das Breslauer Domkapitel“, Okt. 1844 offener Brief an Bischof Arnoldi über die Trierer Wallfahrt und darauf erfolgte Exkommunikation, 1844/45 wandernder und 1845 Prediger der deutschkath. Gemeinde Breslau, nach 1848–61 England, 1861 Übersiedlung nach Frankfurt a.M., 1863 Gründer „Religiöser Reformverein“ 302/50 304, 306; 409/55 33v

Rönne, Friedrich L. Frh. v. (1798–1865), 1813–16 Freiwilliger in den Befreiungskriegen in der dt.-engl. Legion, 1816–20 Studium der Rechte in Kiel und Berlin, 1823 Ass. KG, 1824 Ass. OLG Magdeburg, 1825 OLGR Hamm, 1828 KGR, 1831 Reg. Potsdam, 1834–43 und 1849–47 Minister-Resident Washington, in den 1840er Jahren Vermittler zwischen England und Frankreich, 1843 Präs. Handels-Amt, 1844 MdStR, 1845–18.3.1848 Handelsrat, 1849 auch ao. Gesandter u. bevollm. Minister der Provisorischen Zentralgewalt Washington, 1850 z.D. gestellt, 1857 (freiwillig) a.D., Verfasser rechts- u. wirtschaftswiss. Schriften, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (fraktionslos), 1859–65 MdA (v. Vincke, DFP) 290/50 46, 53, 60, 292/50 183, 296/50 245, 247, 299/50; 314/51 171v–172; 324/52, 345/52 318; 343/Fundort 57v; 358/53 52, 55–55v, 57–57v, 62v, 93, 379/53; 383/54 18–18v, 21–22v, 25–25v, 29, 31–31v, 33v–35, 396/54 208v–209, 397/54; 430/55 220–221, 222–222v, 223v, 225; 443/56 58–58v, 60, 444/56 74v, 445/56, 449/56 127v, 451/56

Röpke, Gottfried (geb. um 1792), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1819 Bibliotheksdieners Univ. Bonn, seit 1823 dort Kastellan, 1845 Disziplinarsache 306/51 36–36v

Rose, Johann Georg Konrad (geb. um 1788), 1809–11 Privatsekr. des Präfekten Osnabrück, 1813–14 in hannov. u. belgischen Diensten, 1816 Kontroll-Dirigent Reg. Trier, seit 1826 RegR Köln, 1846 Pensionssache 396/54 218–218v

Rosenthal (geb. um 1777), seit 1812 Bgm. Dabringhausen, 1844 Disziplinarsache 240/47 230hv

Rosenthal, Friedrich August, 1813–14 freiwilliger Teilnehmer an den Feldzügen, 1822–26 und wieder seit 1828 Chausseegelderheber, zuletzt Radis, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 250/47 395

Rother, Christian (1837: v.) (1778–1849), 1797 Assistent preuß. Kriegs- und Domänenkammer Warschau, 1806 Kanzleiinspektor Polizei-Magistrat Warschau, 1810 Kalkulator Generalstaatskasse Berlin, 1812 RechR, 1815 Bevollm. Preußens b. Verteilung der Kriegsentschädigungen, 1815 Dir. Zentralbüro FinMin., GehOFinR, Wirkl.GehOFinR, 1817 MdStR, 1820–14.4.1848 Chef Preuß. Seehandlung und Präs. Hauptverw. der Staatsschulden, 1835 Wirkl.GehR (Exz.), 26.1.1835–10.4.1837 Chef der Verw. des Handels-, Fabriken- und Bauwesens und Sitz und Stimme im StMin., dazu ab 1837–April 1848 Präs. der Preuß. (Haupt-) Bank, 1836–19.3.1848 StMinr., 1844 Mitgl. Handelsrat 1/38; 2/Fundort; 3–8/38; 12–14/39, 21–22/39; 23–24/40, 26/40, 28–29/40, 32/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–43/40; 45–51/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61/Fundort; 63–64/Fundort; 65/41; 68/Fundort; 80/Fundort 135; 84–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–99/42; 100–101/43, 106–111/43, 113–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–120/Fundort; 121–122/Fundort; 123/44, 131/44; 132/Fundort; 133/44, 138/44, 143–156/44; 158/45, 160/45, 165–169/45, 171–176/45; 177–178/46, 184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–188/Fundort; 193–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227/47, 230–231/47, 234–239/47, 241/47, 243–248/47; 257–262/48, 265/48; 266/Fundort; 267–268/48, 272/48; 273/49, 275–277/49; 280/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 304/51, 311–312/51; 318/Fundort; 323/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 338/Fundort; 341/52, 345/52; 347–348/Fundort; 351–353/52; 354–355/53, 357–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–368/Fundort; 375/Fundort; 376–379/53, 381–382/53; 383–385/54, 389/54, 395–398/54; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 407–408/55, 413–

414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424/55, 426–432/55, 434–435/55; 444/56 74v; 453–455/57, 457/57; 458/Fundort

Rothschild, (vermutl.) Amschel Mayer (1773–1855), Bankier Frankfurt/M., Begründer des Bankhauses R. 358/53 82v, 83v

Rudler, General-Commissair in den Rhein-Deptms. 168/45 124

Rues, Hubert, Gemeinde- und Steuer-Empfänger Bittburg, 1841 Disziplinar- und Pensionsache 35/40 238, 239v

Rüger, Heinrich Benjamin (geb. 1790), 1804 Postschreiber Burg, 1805 Schwelm, 1807 Bergischer PostSchr. Rheine, 1811 frz. PostSchr., 1814 Verwalter Post-Amt Wahrendorf, dann Ober-Post-Amt Münster, 1816 Kassierer Ober-Post-Amt Köln, 1824 wieder Münster, seit 1825 Postmeister Paderborn, Gehaltssache 41/40 298

Ruhl, Frh. v., Groß-Köppen, 1847 für den Stand der Ritterschaft als Abg. im Wahl-Bezirk Alt-Braunsberg aufgestellt 449/56 122v

Rupp, Julius (1809–1884), Studium der Theologie und Philosophie Königsberg, 1842 Div.-Prediger, 1845 Amtsentsetzung, Mitbegr. der Freien Gemeinden 376/53 181; 409/55 33v

Ruppenthal, Karl (1777–1851), Dr. jur., 1803 Advokat Trier, 1814 GenSchr. beim GenKommissariat Trier, 1814 Präs. allg. Liquidationskomm. Kreuznach, 1815 RegR und Justitiar Reg. Düsseldorf, 1819 GenAdvokat/GehORevisionsR Rhein. Kassations- u. Revisionshof Berlin, 1821 FinMinm., GehJusR, GehOJusR, 1825 General-Prokurator Rhein. AppGerHof Köln, 1834 RegPräs. Köln, 1838 MinDir. JMinm. (Rheinische Abt.), 1838 Wirkl.GehOJusR, 1839 MdStR, Mitgl. Gesetz-Komm., 1846 Wirkl.GehR (Exz.), 1847 i.R. 11/39, 14/39, 18/39 62; 25/40, 33/40; 50/41 99–99v, 120; 94/42; 127/44, 131/44; 168/45 107–108, 111–130, 169/45 172v, 170/45, 175/45; 252/48; 311/51, 313/51; 356/53; 386–389/54; 442/56

Rutz, Michael Ernst (geb. um 1782), seit 1822 Nachtwächter und Magistratsdiener Schlawe, 1844 Disziplinar- und Pensionsache 244/47 301

Sabeck, Carl Ludwig (geb. um 1798), 1825 Förster Cossenblatter Revier, seit 1840 Unterförster Neu-Lübbenau, 1845 Disziplinar- und Pensionsache 309/51 98

Sachsen

- **Clemens Wenzel Herzog v.** (1739–1812), 1763–68 Bischof von Freising und Regensburg, 1768–1802 Erzbischof von Trier 249/47 385v–386

- **Friedrich August I.** (1750–1827), 1768 Kurfürst, 1806 König von Sachsen und 1807 Ghzg. von Warschau 228/47 26v

Saldern, v., 1823 RegAss. Potsdam, RegR, 1833 Hilfsarb. Minm. für die Gesetz-Revision, 1834 MdI, 1835 GehRegR, 1838 FinMinm., 1841 GehOFinR 35/40; 97/42; 243/47, 249/47; 257/48; 286/49; 329/52

Salinger, Berliner Bankier 449/56 125

Salm-Hoogstraeten, Albrecht Graf v. (1819–1904), Sohn des Fürsten Konstantin Salm-Salm aus nicht standesgemäßer Ehe 423/55 155

Salm-Horstmar, Wilhelm Friedrich Fürst zu (1799–1865), Standesherr, 1799 reg. Fürst, Rheingraf Salm-Horstmar, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1855 MdH 144/44 275v; 257/48 75–76; 275/49 25; 327/52 146–147, 148v–149, 150–151; 423/55 154, 157v

Salm-Kyrburg, Friedrich IV. Fürst v. (1789–1859), Standesherr, 1794 reg. Fürst, 1856 MdH 144/44 275v; 327/52 147, 148

Salm-Salm

- **Alfred Fürst v.** (1814–1886), Standesherr, 1846 reg. Fürst, 1854 MdH 144/44 275v

- **Florentin Fürst v.** (1786–1846), Standesherr, 1828 reg. Fürst, niederländ. Oberst 144/44 275v

- **Konstantin, Fürst v.** (1762–1828), Standesherr, 1778 reg. Fürst 257/48 75v; 275/49 25; 327/52 146–146v, 148v, 150; 423/55 155

Sänger, Felix Alexander Paul v. (geb. um 1809), seit 1837 Polizei-Distrikts-Kommissarius Kriewen, 1845 Disziplinar- und Pensionsache 327/52 154

Saurma-Jeltsch, Gustav Graf v. (1807–1879), Rittergutsbes. auf Jeltsch, Mitgl. ProvLT Schlesien für Breslau 302/50 305v–306v

Savigny, Friedrich Karl v. (1779–1861), Dr. jur., 1802 Prof. in Marburg, 1808 HofR Univ. Landshut, 1810 Univ. Berlin und 1812–13 Rektor, GehJusR, 1817 MdStR, 1819 GehORevisionsR Revisions- u. Kassationshof, 1826 Mitgl. Gesetz-Komm., 28.2.1842–20.3.1848 JMinr. für die Gesetz-Revision, 1847 Präs. StR, 17.10.1847–18.3.1848 Vors. StMinm., 1854 MdH (nicht eingetreten) 22/39 140; 109–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123/44, 124/44 66v, 67v; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 131/44; 132/Fundort; 133/44; 135–138/44; 139–141/Fundort; 142–145/44, 147–157/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–176/45; 177–184/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 190–196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 227–250/47; 251/48, 253–265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 273–277/49, 279/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288/50, 290–302/50; 303–314/51; 315/Fundort; 316/51; 317–319/Fundort; 320/51; 321/Fundort; 322–323/52, 327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–382/53; 383–389/54; 390/Fundort; 391–398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54, 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–435/55; 436–441/56; 443–451/56; 452–457/57; 458/Fundort

Sawade, pensionierter Stadt- u. Landgerichts-Inspektor Krotoschin 445/56 75, 450/56 130

Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Albrecht Fürst zu (1777–1851), Standesherr, 1800 reg. Fürst, 1826–45 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT 46/41 30v; 66/Fundort 39v–41

Sayn-Wittgenstein-Hohenstein

- **Alexander Karl Fürst zu** (1801–1874), Standesherr, 1837 reg. Fürst, 1837–73 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1854 MdH 66/Fundort 39v–41; 329/52 179–180, 181–184v, 185v, 187–187v; 374/53 166–170v

- **Friedrich Carl Graf zu** (1801: Fürst) (1766–1837), Standesherr, 1796 reg. Graf 329/52 181v, 182v, 183v, 186v; 374/53 166

- **Wilhelm Ludwig Georg Graf zu** (1801: Fürst) (1770–1851), 1791 OHofmeister der Königin sowie ao. Gesandter und bevollm. Minr. Kassel, kurpfalz-bayer. Gesandter Hessen-Darmstadt und Oranien-Nassau, enger Vertrauter Friedrich Wilhelms III., 1810 Ober-Kammerherr, 1812 GehStR u. Leitung der höheren u. Geheimen-Polizei, 1814 Wirkl.GehStR, Mai 1814–Okt. 1819 PolMinr., 1817 MdStR, 11.1.1819–11.4.1851 Minr. Kgl.Haus 2/Fundort; 8/38 136; 89/42 6; 255/48

Schaffrinski, Carl Justus (geb. 1804), 1828 Ref. KG, 1838 dort Ass., 1840 Hilfsarb. MdI, 1841 RegR, 1842 zunächst Reg. Frankfurt/O, dann OPräs. Potsdam, 1844–56 Reg. Potsdam, 1857 ORegR Marienwerder, 1875 a.D. 101/43, 111–112/43; 125/44, 144/44

Schalscha v. Ehrenfeld, Kassen-Rendant Brieg, 1845 Gehaltssache 320/51 180

Schaper, Justus Wilhelm Eduard (1792–1868), Studium der Kameralwiss. in Halle und Göttingen, 1812 Eintritt in den Staatsdienst bei der Präfektur des Saale-Depts. in Halberstadt, 1813 in preuß. Staatsdienst beim Zivilgouvernement zwischen Elbe und Weser in Halle/S., 1814 Offizier, 1816 Adjutant u. Rechnungsführer Grenadier-Landwehr-Bataillon Magdeburg, 1818 RegAss. Merseburg, 1819 RegR Marienwerder, 1820 Merseburg, 1827 Rat Oberrechnungskammer, 1834 ORechR und Abt.-Dirigent Reg. Merseburg, 1839 RegPräs. Trier, 1842 OPräs. Rheinprovinz, 1845 OPräs. Westfalen, 1846 GenPostmeister, 1846 MdStR, 1.10.1849 z.D. gestellt, 1852 i.R., 1849 Mitgl. 1. Kammer 164/Fundort 61v, 63; 176/45 268; 178/46 64, 193/46 228; 210/Fundort 168; 211–212/Fundort; 214/Fundort 199v; 215/Fundort 209; 216/Fundort 218, 219–219v, 220v;

218/Fundort 225v, 227; 237/47 174v, 175v; 219/Fundort; 259/48 116v, 118v, 122–122v, 260/48 134v, 261/48 143v, 145v, 269/48 270v; 313/51 153, 154; 335/Fundort 93v; 337/Fundort 108; 338/Fundort 131, 136v, 153v; 340/Fundort; 393/54 166, 171, 172, 173–173v, 174v; 394/54, 396/54 209, 211v, 212v

Scharf, David Benjamin (geb. 1786), 1806 und 1813–15 Teilnehmer an den Feldzügen, 1822 Grenz-Aufseher, seit 1832 Zoll-Einnehmer Alt-Daber, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 193/46 226

Schaumann, 1819 GehFinR, angestellt beim StMinm., dort 1828–48 GehOFinR 384/54 35

Schede, Karl Hermann (1812–1893), 1837 GerAss., 1838 Krs.- bzw. KonsAss. HofGer. und KrsGer. Greifswald, 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 RegR u. Mitgl. Konsistorium sowie ProvSchul-Kollegium Magdeburg, 1849 Reg. Marienwerder, 1851 GehRegR HandMinm., 1854 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1859 GehORegR HandMinm., 1878 Wirkl.GehR, 1879 Minm.öA, 1884 i.R. 252/48 15, 259/48, 263/48, 272/48; 274/49 14–15, 277/49, 279/49; 306–309/51, 314/51, 316/51, 320/51; 346/52

Scheibler, v., 1828 OLGR Glogau, 1828 Vizepräs. OLG Frankfurt/O., 1832–38 Präs. OLG Hamm, 1839–48 OLG Münster 423/55 154v

Scheiffgen, Fabrikbesitzer und Eigentümer einer unweit von Güntersberg gelegenen Heidemühle, Rechtsstreit mit den Einwohnern Güntersberg 384/54 49, 57, 58v

Schelver (gest. 1829), bis 1824 OLGR Münster 74/41 248, 250

Schelver, Witwe des OLGR Schelver 74/41 248, 250v

Schiller, Friedrich (1759–1805), dt. Schriftsteller 125/44 79

Schinkel, Karl Friedrich (1781–1841), Baumeister des Klassizismus und Maler, 1810 BauAss, 1815 GehOBauR, 1820 Prof. Akademie der Künste Berlin, 1839 Oberlandbaudirektor, Schöpfer vieler bekannter Bauwerke in Berlin (Neue Wache, Schauspielhaus, Schloßbrücke, Altes Museum) 102/43 73, 74–75v, 81v, 83

Schirmer, Oberforstmeister Reg. Köln, 1841 Pensionssache 42/40 314–315

Schle(e)brügge, David v., 1816 kommissar. Verwaltung des ehem. münsterischen Teils des Kreises Dortmund, (1816) 1817–39 LandR Lüdinghausen 322/52 22v

Schleicher, Joseph (geb. um 1796), bis 1819 Bürogehilfe Heinsberg, 1819 Verwalter der Rentei Düren, 1830 Haupt-Amts-Kontrollleur Wassenberg, seit 1835 Rendant Hauptsteueramt Kreuznach, 1845 Gehaltssache 316/51 177

Schleinitz, Julius Frh. v. (1806–1865), 1828 Auskultator Stadtger. Berlin, 1830 Ref. KG, 1833 dort Ass., 1835 Übertritt zur Verwaltung Reg. Minden, 1838 RegAss. Marienwerder, 1839 RegR, 1841 Justitiar Reg. Merseburg, 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 GehRegR, 1848 aktive Mithilfe bei Flucht des Prinzen von Preußen nach England, 1850 RegPräs. Bromberg, 1864 RegPräs. Trier, Mitgl. preuß. NatVers., 1849–51 Mitgl. 1. Kammer (ausgeschieden), 1856–62 MdA (Büchtemann, Mathis, bkF) 354/53, 380/53; 384/54, 400/54; 403/54; 430/55, 435/55; 450/56; 454/57; 458/Fundort

Schlick, Albert Ferdinand (geb. um 1805), seit 1838 Polizei-Sergeant Prenzlau, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 191/46 204

Schlieben, Ernst Theodor (geb. 1788), seit 1820 Subalternbeamter im Justizdienst, Registratur-Assistent OLG Frankfurt/O., 1841 Disziplinarsache 41/40 301

Schlieffen, (vermutl.) **Albert Graf v.** (1802–1864), 1839 LegR MAA, 1841 Wirkl.LegR MAA, 1843–45 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 GehLegR, 1846 VotrR Zivilkab., 1854 MdStR, Wirkl.GehR 46/41

Schling, Carl (geb. um 1783), 1803–06 Studium der Theologie, bis 1813 Hauslehrer, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Chausseebauschreiber, 1819 Chausseegelderheber Atzendorf, seit 1830 Trotha, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 99/42 53

Schlotmann, Franz Heinrich (geb. um 1808), Aufseher Zuchthaus Münster, seit 1837 Polizeidie-ner Neuenkirchen, 1843 Disziplinarsache 183/46 142

- Schlüter, Johann Wilhelm** (geb. 1783), seit 1814 Pack- bzw. Postbote Ober-Post-Amt Münster, 1842 Disziplinar- und Pensionsache *143/44* 267
- Schmedding, Johann Heinrich** (1774–1846), 1800 Prof. der Rechte Univ. Münster, 1805 Kriegs- u. Domänenkammer Münster, nach 1806 Rat am Bergischen AppHof Düsseldorf, 1809 VortrR MdI, 1817 GehORegR KuMinm., 1841 Wirkl.GehORegR, Mitgl. Ober-Examinations-Komm. für den Geschäftskreis der Regierungen *238/47* 177–181
- Schmid**, 1816 Bau-Inspektor Erfurt, seit 1818 Weißenfels, 1845 Gehaltssache *329/52* 191–194
- Schmitz**, RegAss. Königsberg, 1841 RegR, 1848 Reg. Münster, 1851 Abt.-Dirigent Reg. Düsseldorf, 1855–nach 1868 ORegR *100/43* 36
- Schmitz, Alois Andreas** (geb. 1798), 1824 Hilfsarb. Reg. Köln. 1828 interim. Verwalter der Steuer- und Kommunal-Rezeptur Rondorf, seit 1827 Steuer-Kommunal-Empfänger Godesberg, 1842 Disziplinar- und Pensionsache *145/44* 285
- Schmitz, Jakob**, Registrator der Rheinischen Stände *84/Fundort* 186v
- Schmückert, Gottlob Heinrich** (1790–1862), 1807 Eintritt in den Staatsdienst, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, schwere Verwundung und a.D. im Rang eines Hptm., 1815 Postmeister Bernau, 1816 Hilfsarb. General-Post-Amt, GehPostR, 1840 GehOPostR, 1846 Dir. General-Post-Amt, 1849 General-Post-Dir., 1854 MdStR, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–61 MdA (Carl, Mathis) *339/52, 341/52, 344/52; 396/54*
- Schnösenberg, Kasimir** (geb. 1804), Gastwirt, 1845 Mitgl. ProvLT Westfalen für Warendorf und Bocholt *340/Fundort* 12v–13
- Schoenermark, Julius Ferdinand Emil** (geb. 1803), seit 1833 Grenz-Aufseher Bischhagen, 1847 Pensionsache *437/56* 24
- Scholl, Franz Joseph**, beigeord. Bgm. Schevenhütte, 1842 Disziplinar- und Pensionsache *112/43* 225v
- Scholz**, dt. Rechtsgelehrter *198/Fundort* 157v–158
- Scholz**, Land- u. StadtGerSchr. Jauer, 1843 Gehaltssache *265/48* 223
- Scholz, Franz** (geb. 1799), 1824 Ass. OLG Ratibor, 1825 Ass. OLG bei Generalkommission Groß-Strehlitz und Breslau, 1826 JusR und Justitiar bei Generalkommission Breslau, 1832 RegR und Hilfsarb. MdI, 1836 OLGR Arnsberg, 1841 GehJusR JMinm., 1844 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, beteiligt an der Redaktion des kurmärkischen Provinzialrechts, 1869 i.R. *44/40; 102/43* 69–69v, *103/43, 108/43* 179, *110/43, 113/43; 124/44, 131/44, 135/44* 167, *138/44, 143/44; 167/45, 172/45; 192–193/46, 195/46; 229/47, 246/47, 250/47; 251–252/48, 263–264/48; 312/51*
- Schommer**, Schreiblehrer Gymnasien Trier, 1845 Gehaltssache *313/51* 152–152v
- Schön, Theodor v.** (1773–1856), 1793 Ref., 1797 Kriegs- und Domänenrat Bialystok, danach Marienwerder, 1800 GehFinR GenDirektorium, Mitgl. Immediatkomm., 1809 GehStR und Leiter Dept. für Handel und Gewerbe MdI, (auf eigenen Wunsch) April 1809–16 RegPräs. Gumbinnen, März 1813 Zivilgouv. der Länder zwischen der russ. Grenze und der Weichsel u. Mitgl. Verwaltungsrat, 1816 OPräs. Westpreußen, 1824–42 OPräs. Preußen, 10.9.1840–3.6.1842 StMinr., 1841 LT-Kommissar Preußen, 1842 Burggraf von Marienburg, 1842 i.R. (auf eigenen Wunsch), 1844 Gründer und Dir. landwirtschaftl. Zentralverein Ostpreußen, 1842 ritterschaftlicher Deputierter ProvStände, Mitgl. und AltersPräs. preuß. NatVers. *12/39* 6, *13/39; 33/40* 195, *34/40* 210, 211, 212v, 215, 217v, 220, 221v–222; *54/Fundort* I 217v; *77–78/Fundort; 79/42; 80–81/Fundort; 100/43* 3v, 15, 18v, 33–33v, 35, 36, 37v–38, *109/43* 193iiv, *113/43* 233v; *123–124/44; 177/46* 30v–31, 44–44v, *180/46* 84v, 85v, 92, 93v–94, 103v; *371/53* 138, 139–139v, 143–143v
- Schönbrodt**, RechR Potsdam, 1840 Gehaltssache *4/38* 71
- Schöne, Johann Friedrich Wilhelm** (geb. um 1794), 1824 Grenz-Aufseher in Wolffshagen, 1829 berittener Grenzaufseher Wittstock, danach Schapow, seit 1840 Grenz-Aufseher Bredereiche, 1843 Disziplinar- und Pensionsache *175/45* 249

- Schorlemer, Friedrich Wilhelm Werner Frh. v. Herringhausen** (1786–1849), Rittergutsbes., Kammerherr, Wirkl.GehRegR, 1826–45 Mitgl. ProvLT Westfalen und 1841 Verfasser einer umstrittenen Dankadresse, 1847 Mitgl. Vereinigter LT 66/Fundort 39v
- Schröder, Gustav Ludwig Theodor** (1799–1857), 1826 Ass. OLG Insterburg, 1831 OLGR, 1834 Tribunalrat, 1841 StadtGerDir. Königsberg, 1844 GehJusR JMinm., 1844 1. Dir. Stadtger. Berlin, 1850 Präs. Stadtger. 274/49 15
- Schröder, Heinrich** (geb. um 1805), vorher auch Steuer-Aufseher, bis 1847 Grenz-Aufseher Herstelle, 1848 Pensionssache 452/57 1c
- Schröner, Johann Ferdinand August** (geb. um 1801), 1824 Ref. KG, 1828 dort Ass., 1828 OLG Breslau, 1831 KG, 1832 Dirigent Stadtger. Charlottenburg, 1834 (zunächst kommissar.) Dir. Land- u. Stadtger. Halle/S. und KrsJusR Halle und Saalkrs., 1838 OB Halle, 1842 GehRegR Mdl, 1844 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1851 HandMinm., 1852–58 GehORegR 172–173/45, 175/45 249; 183/46 140, 191–193/46, 196/46; 238/47, 246/47; 309/51; 326/52, 329/52; 352/52; 385/54, 392/54 140–140v, 393/54, 397/54; 422–423/55; 425–426/55; 436–437/56
- Schröter, Andreas**, 1814–41 Elementar-Schullehrer Fraustadt, 1841 i.R., 1845 Gehaltssache 325/52 121–123v
- Schuckmann, Kaspar Friedrich v.** (1834: Frh.) (1755–1834), 1779 Ref. KG, 1783 dort Ass., 1785 Assistenzrat KG, 1786 OAmtsRegR Breslau, 1787 Mitgl. der Breslauer KG-Deputation, 1790 Oberbergrichter schlesisches ObergA, 1795 Präs. der Kammer Bayreuth, 1796 auch in Ansbach, 1798 GehOFinR Generaldirektorium, 1806 Kammerpräs. Pommern, 1807–08 frz. Gefangenschaft, 1809 Gutsbes., 1810 GehStR u. Chef der Abt. für Handel- u. Gewerbe sowie für Kultus u. Unterricht im Mdl, 1814–34 Minr.dI, 1817 MdStR, Mitgl. des Ministerialausschusses gegen demagogische Umtriebe 18/39 68v, 20/39 131, 132; 50/41 102; 169/45 183v–184, 187
- Schultze**, Ass. OLG Friedeberg 1847 Reklamationssache 448/56 116
- Schulz**
- Fischer in Lubmin 8/Fundort 32–32v, 33v–34; 49/41 82, 85v–86, 90v, 92
 - **Christian**, Dorfschulze Lubmin und Bruder des Fischers Schulz 49/41 85v
- Schulz**, GehRegR Mdl, Syndikus der Haupt-Ritterschafts-Direktion der Kur- und Neumark Berlin, Mitgl. Generalkommission für die Kurmark Brandenburg zu Berlin 49/41 79; 107/43
- Schulze (-Gävernitz), Friedrich Gottlob** (1795–1860), dt. Landwirt, Studium der Rechte in Leipzig, praktische Ausbildung auf dem väterlichen Gut bei Meißen, 1816 Studium der Landwirtschaft, 1817–19 Verwalter der Kammergüter Sachsen-Weimar, 1826 Gründer des landwirtschaftl. Instituts Jena, 1835–38 Dir. der landwirtschaftl. Anstalt in Eldena, wegen der ungeklärten Stellung von Eldena um Entlassung aus den preuß. Staatsdienst gebeten, 1839 Rückberufung nach Jena, Gründer und Leiter des baltischen und des thüringischen landwirtschaftl. Vereins, GehHofR Sachsen-Weimar 194/46 259v
- Schulze, August Wilhelm** (geb. um 1797–1852), 1817 Auskultator Stadtger. Berlin, 1819 Ref. KG, 1822 Kreisrichter Stendal, dann RegR Magdeburg, 1826 GehRegR Mdl, 1836 GehORegR, 1852 i.R. 4/38; 25/40, 30–31/40, 33–34/40; 49/41 76, 52/41; 96–97/42; 116/43; 162/45; 169/45; 228/47; 277/49; 310/51; 322/52, 336/52, 346/52, 352/52; 356/53, 359/53; 384/54 35b, 403/54
- Schütz, Carl August v.** (1777–1837), 1813 GehOSteuerR, 1813 Revision der Staatsverw. in Ost- u. Westpreußen sowie Litauen, 1818 GehOFinR FinMinm., 1822 Provinzial-Steuer-Direktion Münster, 1824 Provinzial-Steuer-Direktor Köln, 1836 Wirkl.GehOFinR 169/45 182v
- Schütze, Ernst Carl**, Justiz-Kommissarius und Notarius Lissa, 1846 Disziplinarsache 386/54 77
- Schwaab, Jakob**, Friedensrichter Köln, 1847 pensioniert und Pensionssache 448/56 115
- Schwartzhopff**, LandR Dargels, 1847 für den Stand der Ritterschaft als Abg. im Wahl-Bezirk Alt-Braunsberg aufgestellt 449/56 122v–123v
- Schwarz, Peter**, GehJusR Rhein. AppGerHof Köln, dort 1821 Senatspräs., 1831–51 dort 1. Präs. 82/Fundort 172

- Schweder, Karl** (1798–1843), Dr. jur., 1823 GerAss., 1823 Hilfsarb. KuMinm., 1827 RegR, 1830 GehRegR, 1836 GehORegR *15/39*; *35/40* 238; *41/40*; *52/41*
- Schwink** (gest. 1846), 1831 RegR Frankfurt/O., 1836 GehFinR HausMinm., 1841 GehOFinR, 1847 Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium *33–34/40*; *100/43*, *108/43*
- Scotti**, RegSekr. Düsseldorf, 1840 Reklamationssache *16/39* 48
- Seckendorff, Friedrich Bernhard Frh. v.** (1772–1852), 1819/20–24 Vizepräs. Reg. Frankfurt/O., 1824–38 Vizepräs. Reg. Liegnitz, 1838 i.R. *7/38* 130v
- Seeger**, Besitzer eines Holzplatzes in Berlin *449/56* 125
- Seelecke, Carl Friedrich** (geb. um 1793), seit 1829 Kassendiener und Armenvater Kremen, 1845 Disziplinar- und Pensionsache *353/52* 407
- Seidel**, 1824 GehPostR General-Post-Amt, 1852–55 GehOPostR *246/47*; *291/50*
- Seiffart, Ferdinand** (1802–1877), Ref. Land- u. Stadtger. Nordhausen, KG, 1827 (kommissar.) Stadtger. Wriezen, 1828 Ass. KG, 1829 Hilfsarb. MdI, 1831 RegR Erfurt, 1832 PolPräsidium Berlin, 1835 GehRegR MdI, 1837 GehORegR, Mitgl. Ober-Examinations-Komm., 1842 wegen mangelnden Vertrauens aus MdI versetzt, 1844 GenKonsul u. 1846 Minister-Resident Mexiko, z.D. gestellt, 1851 GehORechR, 1853 1. Dir. u. 1854 Vizepräs. Oberrechnungskammer, 1857 Entlassung im Disziplinarwege, 1855–56 MdA (Fraktion unbekannt) *102/43*; *131/44*; *252/48*, *258/Fundort*, *268–270/48*; *275/49*, *283/49*; *288–289/50*, *295/50*; *314/51*
- Seliger, Heinrich** (geb. 1792), 1812 und 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1825 Waldwärter Friedrichsthal, 1825 Förster Kotschanowitz, seit 1833 Förster Grabczok, 1842 Disziplinar- und Pensionsache *103/43* 85
- Senfft v. Pilsach, Ernst Frh.** (1795–1882), 1813–21 Militärdienst, 1840 Berater von Friedrich Wilhelm IV., 1845–48 GehOFinR HausMinm. u. Leitung größerer Landesmeliorationen, 1848 Mitbegr. Kreuzzeitung, 1852–66 OPräs. Pommern, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1855 MdH *323/52* 42, *60v–61*
- Sethe, Christoph Wilhelm Heinrich** (1767–1855), 1791 Ass. Reg. Kleve, 1794 GehR, 1803 Reg. Münster, in napoleonischer Zeit im Dienst des Ghzgtm. Berg und 1811 General-Prokurator OAppGer. Düsseldorf, MdStR Ghzgtm. Berg, 1813 Chef-Präs. OLG Münster, 1816 Präs. Rhein. Immediat-Justiz-Komm., 1819–55 Präs. Rhein. Revisions- und Kassations-Hof, 1820 MdStR, Mitgl. Gesetz-Komm., 1838 Wirkl.GehR *4/38* 91v
- Seydel, Carl Theodor** (1812–1878), 1833 RegRef. Minden, 1839 RegAss. Posen, 1841 Hilfsarb. FinMinm., 1843 disziplinarische Maßregelung wegen preußenfeindlicher Artikel in der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ u. der „Rheinischen Zeitung“, 1843 Reg. Oppeln, 1844 Kommissarius für die Oberschlesische Eisenbahn, 1845 RegR Seehandlung, 1847 GehFinR, 1850 VortR FinMinm., 1854 GehOFinR, 1859–62 RegPräs. Sigmaringen, 1863 erster liberaler OB Berlin *106/43* 124, *109/43*; *123–124/44*, *131/44*, *134/44* 135, *137/44* 191, *143–144/44*, *146/44*; *358/53*; *383/54*
- Seydewitz, Friedrich Wilhelm Alexis v.** (geb. um 1794), 1812/13 Teilnehmer an den Feldzügen, 1814–19 Elementar-Forst-Erheber Aaken, 1823 Ober-Zoll-Kontrollleur Coslau, 1824 Ober-Grenz-Kontrollleur Ober-Glogau, 1832 Ober-Zoll-Inspektor z Podzamcze, seit 1836 Ober-Steuer-Inspektor Stargard, 1842 Disziplinarsache *100/43* 2
- Seyffert**, 1820 Ass. OLG Marienwerder, 1821 OLGR Königsberg, RegAss. Frankfurt/O., nach 1824 RegR, 1827 GehFinR FinMinm., 1839 GehOFinR HausMinm., 1851–54 FinMinm. *47/41*, *73/41*
- Sibeth, Friedrich Karl Georg** (geb. 1800), 1821 Auskultator Stadtger. Berlin, 1823 Ref. KG, 1827 dort Ass., 1828 OLG Frankfurt/O., 1834 dort OLGR, 1844–Juli 1848 GehJusR JMinm., 1848 i.R., 1850–52 Mitgl. 2. Kammer (bkF) *312/51*; *327/52*, *353/52*; *356/53*, *376/53*; *394/54*, *406/54*; *428/55* 204, *431/55*, *434/55*; *439/56*
- Sierstorpf, (vermutl.) Kaspar Heinrich v.** (1750–1842), in braunschweigischen Diensten, 1789 Generalaufsicht über das Forst- u. Jagdwesen, später Oberforstmeister, seit 1840 Gf. zu Driburg *306/51* 40, 41

- Sigismund III.** (1566–1632), 1587–1632 König von Polen, 1592–1604 König von Schweden 220/46 347, 221/46 372v
- Siméon**, (vermutl.) **Joseph Jérôme** (1749–1842), frz. Staatsmann und westfäl. Minr. 286/49 177, 178
- Simon, August Heinrich** (1780–1857), 1810 Ass. KG, 1811 JusKom. KG, 1816 OLGR Glogau, Mitgl. Rhein. Immediat-Justiz-Komm., 1819 ORevisionsR, 1820–49 GehJusR und GehOJusR JMinm., 1825 Mitgl. Examinations-Komm., 1844 Wirkl.GehOJusR, 1846–56 Vors. Examinations-Komm., 1849 i.R., 1834–36 gemeinsam mit H. L. v. Strampff Hrsg. der „Rechtssprüche der Preußischen Gerichtshöfe“ 45/41; 123/44 41v
- Simon, Christian Peter** (geb. um 1788), 1806 und 1813–14 Teilnehmer an den Feldzügen, bis 1820 Militärdienst, 1820–22 Gefängnis-Aufseher Spandau, 1822 Grenz-Aufseher Haupt-Zoll-Amt Gransee, seit 1828 Steuer-Aufseher und Torkontrollleur Neuruppin, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 127/44 87
- Simons, Heinrich** (1799–1867), 1830 praktischer Landwirt auf der Domäne Vogelsang, 1836 (interim.) und 1837–67 LandR Köln-Land, 1849–52 MdA (Rechte) 303/51 2v–3v, 4v–6
- Simons, Ludwig** (1803–1870), Jurist, 1830 Ass. AppGer. Köln, abgeordnet an LG Düsseldorf, 1832 dort Staats-Prokurator, 1834 Elberfeld, 1841 GenAdvokat AppGer. Köln, 1847–49 GehJusR JMinm., 1848 Mitgl. der Rhein. Abt. der Justiz-Examinations-Komm., 10.4.1849–14.12.1860 JMinr., danach Privatier, Kronsyndikus, Mitgl. preuß. NatVers., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–54 Mitgl. 2. Kammer (bkF), 1854 MdH 456/57
- Sinkow**, Torkontrollleur Burg, 1847 Disziplinar- und Pensionssache 246/47 348
- Sittel** (gest. 1859), 1838–59 JusR LG Trier 276/49 56v
- Snickers, Christian Jacob** (geb. 1790), bis 1814 kais.-frz. Post-Amt Aachen, 1814–17 in Thurn- u. Taxis'schen und dann in preuß. Diensten, 1839 PostSekr. Krefeld, 1844 OPostSekr. Koblenz, 1845/46 Gehaltssache 308/51 76; 394/54 182
- Solms-Braunfels, Ferdinand Fürst zu** (1798–1873), Standesherr, 1837 reg. Fürst, Mitgl. 1. Kammer Ghzgtm. Hessen, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 144/44 275v; 177/46 18v; 352/52 387
- Solms-Hohensolms-Lich, Ludwig Fürst zu** (1805–1880), Standesherr und Rittergutsbes., 1824 reg. Fürst, seit 1824 Mitgl. und 1856–61 Präs. 1. Kammer Ghzgtm. Hessen, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1837 MdStR, 1843 LT-Marschall Rheinprovinz, 1847 Mitgl. (Präs.) Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1861 MdH, 1867 MdR Norddt. Bund (freikons.) 84/Fundort 189v; 132/Fundort 268; 139/Fundort 107v; 141/Fundort 116v–117; 177/46 18v; 352/52 387; 364/Fundort 186v
- Solms-Laubach, Reinhard Graf zu** (1801–1870), 1822 Portepeefähnrich, 1828–33 in russ., dann wieder in preuß. Diensten, 1836 Maj., 1842 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV., 1843 Oberstltm., 1851 GenMaj. (Charakter) und z.D. gestellt 80/46 87
- Sommer, Carl August** (geb. um 1803), seit 1836 Polizei-Sergeant Prenzlau, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 191/46 204
- Sotzmann, Johann Daniel Ferdinand** (1781–1866), 1802 Ref. kurmärkische Kriegs- u. Domänenkammer, 1804 Ass. Kriegs- u. Domänenkammer Arnberg, dann Bayreuth, 1806 RegR Potsdam, 1816 RegDir. Köln, 1819 GehOFinR FinMinm., 1849 a.D. 4/38; 21/39
- Spiegel, Ferdinand August Frh. v.** (1816: **Graf**) (1764–1835), Studium der Rechte in Fulda und Münster, 1783 Domkanon und 1799 Domdechant Münster, von Stein als leitender preuß. Beamter in einer westfäl. Verw.-behörde vorgesehen, mit frz. Hilfe 1813–15 Kapitularvikar Münster, 1814 Denkschrift zur Reorganisation der dt. Kirche, 1817 MdStR, lehnte 1817 Bischofstuhl Breslau ab, 1824–35 Erzbischof von Köln, handelte 1834 mit der preuß. Regierung die „Mischehen-Konvention“ aus 335/Fundort 92v
- Spürck**, Kaminfeger Zülpich, Opfer eines tätlichen Anschlags 346/52 347v–348v

- Stägemann, Friedrich August** (1816: v.) (1763–1840), 1786 RegRef. Königsberg, 1789 JusKom., 1790 Kriminalrat und Ass. beim ostpreuß. Hof-Hals-Gericht, nach Steins Empfehlung 1806 GehFinR und Leiter Preuß. Bank, am Entwurf des Edikts vom 9. Oktober 1807 und dann an weiteren Reformprojekten beteiligt, 1809 GehStR, 1810 Mitgl. Komm. zur Ausarbeitung des Verfassungsplanes, 1812 Vorsitz Finanz-Kollegium, 1813 Büro Staatskanzler, 1817–40 VortrR StMinm. und MdStR, Mitgl. Komm. des StR zur Prüfung u. Berichtigung der Fassung der Gesetzentwürfe, Wirkl.GehR, 1837 Wirkl.GehR (Exz.) 2/Fundort 6; 3–5/38, 8–10/38; 11/39, 14/39
- Stahlmann**, Bau-Kondukteur Elberfeld, 1843 Reklamationssache 193/46 227
- Stamm**, Waldwärter, dessen Dienstvertrag 1845 im StMinm. mittelbar für eine Grundsatzdiskussion über die Glaubwürdigkeit der Privatförster vor Gericht diente 306/51 47
- Starke, Wilhelm Friedrich Carl** (1796–1848), 1822 Ass. OLG Marienwerder, 1822 Gerichtsamtman Lauban und KrsJusR, 1826 OLGR Breslau, 1832 GehJusR JMinm., 1836 GehOJusR, 1840 Mitgl. Immediat-Justiz-Examinations-Komm., Juli 1848 i.R. 75/41; 109/43 191; 142/44 266; 173/45; 227/47, 245/47; 264/48; 274/49 14, 279/49; 307–309/51; 327/52, 329/52, 336/52; 354/53, 374/53, 380–381/53; 384/54, 396–397/54, 404/54; 414/55, 433/55; 443–444/56; 452/57
- Steffens**, Reg- und ForstR Aachen 177/46 29v
- Stegmüller**, Berliner Bankier 449/56 125
- Stein, Johann Christian** (geb. 1794), 1827 prov. angestellter Bgm. Warburg, seit 1837 Mülheim, 1844 Disziplinarsache 240/47 230hv
- Stein-Kochberg, August Karl Frh. v.** (1800–1872), 1827 Ass., 1829 LGR Naumburg, 1831 RegR u. Justitiar b. Konsistorium u. ProvSchulKollegium Berlin, 1837 Hilfsarb. u. dann GehRegR KuMinm., 1846 GehORegR KuMinm., Dom-Kapitular Naumburg, 1857 i.R. 37/40, 40/40; 104/43 109–110; 127–128/44, 145/44; 169/45; 213/46; 311/51, 313/51, 316/51; 354/53; 397/54
- Steinberger, Adolf** (1777–1866), 1806 Notar Aachen, 1809 Köln, 1823–48 OB Köln, Okt. 1848 Bitte um Entlassung 388/54 132v, 389/54 136
- Steinmetz**, Waldhüter Hinzerath, 1840 Disziplinarsache 12/39 12
- Stengel, Christian Ludwig** (1765–1802), dt. Rechtsgelehrter, preuß. JusKom. und Hrsg. der „Beiträge zur Kenntnis der Justizverfassung in den Preußischen Staaten sowie juristischen Literatur in den Preußischen Staaten“ 192/46 222v; 245/47 326v
- Stenzel, Gustav Adolf Harald** (1792–1854), Prof. Dr., Historiker, 1810–13 u. 1814–15 Studium Philologie, Geschichte u. Ev. Theologie Leipzig, 1813/14 Freiwilliger an den Befreiungskriegen, 1816/17 Privatdozent Leipzig, dann Berlin, 1817–18 u.a. Privaterzieher v. F. Mendelsohn, 1820 ao. und 1827–54 o. Prof. Breslau, 1821–54 auch Archivar ProvArchiv Breslau, 1832 GehArchivR, Verdienste um die Erforschung der Geschichte Schlesiens und Mitgl. zahlreicher historischer Vereinigungen, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Württembergischer Hof, Ausgburger Hof), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850–52 Mitgl. 2. Kammer (Centrum) 328/Fundort 80v
- Stiehl, Ferdinand** (1812–1878), Theologe, 1839 Dir. Seminar Neuwied, 1844 Hilfsarb. KuMinm., 1845 Reg- u. SchulR, 1848 GehRegR, 1855 GehORegR, 1872 Wirkl.GehORegR und i.R. 325/52, 326/52 140; 406/54; 408/55, 411/55 49
- Stolberg-Roßla, August Graf v.** (1768–1846), Standesherr, 1826 regierender Fürst 97/42 41–42; 106/43 125v
- Stolberg-Stolberg, Alfred Graf zu** (1820–1903), Standesherr, 1839 reg. Fürst, 1855 MdH 182/46 138–139
- Stolberg-Wernigerode**
- **Anton Graf zu** (1785–1854), 1804 Gardes du Corps, enger Vertrauter des Prinzen Wilhelm, 1806 Teilnehmer an den Feldzügen, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen und 2. Adjutant des Prinzen Wilhelm, 1815 Oberstltm. a.D., 1824–34 LandR Landeshut, 1830 Adjutant für Zivilgeschäfte in Köln, 1833 LT-Kommissar Rheinprovinz, 1834 RegPräs. Düsseldorf, 1837–40 OPräs. Sachsen, enger Vertrauter von Friedrich Wilhelm IV., 1840 MdStR, 30.12.1840 Wirkl.GehR HausMinm. und als dessen Vertreter mit Sitz und Stimme im StMinm., 1841 GenMaj.,

7.6.1842 StMinr. und 1.12.1842–20.3.1848 StMinr. für Landwirtschaft/Ltg. 2. Abt. HausMinm., 7.4.1846 bei der 1. Abt. HausMinm. ausgeschieden, weiterhin Ltg. 2. Abt., 1848 GenLtn. und a.D., 1849 (kommissar.) LandR Landeshut, 1850 Gen.-Adjutant des Königs, 1851 Ober-Kämmerer, 14.5.1851–11.2.1854 Minr. Kgl.Haus 16/39 52v, 22/39 140; 24/40 30, 35/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–44/40; 45–50/41, 52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61–64/Fundort; 65/41; 66/Fundort; 67/41; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73/41, 75/41; 78/Fundort; 79/42; 80–88/Fundort; 89/42; 93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96/42, 98/42; 100/43, 106/43 125v; 113–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123/44, 125/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 139/Fundort, 141/Fundort; 142–157/44; 158–163/45; 164/Fundort; 165–171/45, 173/45, 175–176/45; 177–180/46; 185/Fundort; 186/46; 187–189/Fundort; 190–192/46, 194/46, 196/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200/Fundort; 204–206/Fundort; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 221/46; 222–223/Fundort; 224/46; 227/47, 229–237/47, 239/47, 242–248/47; 257–259/48, 261–263/48, 265/48; 266/Fundort; 268–271/48; 273–275/49, 277/49; 278/Fundort; 280/Fundort; 283/49, 287/49; 288–290/50, 293–302/50; 303–307/51, 310/51, 312/51; 321/Fundort; 322–327/52; 328/Fundort; 331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 337/Fundort; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–345/52; 347–350/Fundort; 351/52; 359/53; 361–362/Fundort; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 375/Fundort; 385/54; 390/Fundort; 391–393/54, 395/54, 397/54, 398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403/54; 405/Fundort; 406/54; 408/55, 411/55 60v, 412–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–426/55, 428–431/55, 433–434/55; 436–437/56, 439–440/56, 443/56, 444/56 74v, 445–446/56, 449–450/56; 452–455/57, 457/57; 458/Fundort

- **Heinrich Graf v.** (1772–1854), Standesherr, 1824 reg. Fürst, 1826 MdStR, Domherr Halberstadt, 1825–45 LT Marschall Sachsen 138/44 248

Störmer, Steuereinnahmer Schwerin, 1845 Gehaltssache 307/51 66

Strampff, Heinrich Leopold v. (1800–1879), 1825 Ass. Stadtger. Berlin, 1826 JusR, 1832 KGR, 1838 Bundeszentralbehörde Frankfurt/M., 1840 Vizeprä. OLG Münster, 1844 Vizeprä. OLG Naumburg, 1845 Vizeprä. KG, 1846–79 1. Prä. KG, 1859 Wirkl.GehOJusR, 1870 Wirkl.GehR (Exz.), 1834–36 gemeinsam mit A. H. Simon Hrsg. der „Rechtssprüche der Preußischen Gerichtshöfe“, 1837–40 „Entscheidungen des Königlichen Geheimen Ober-Tribunals“ 123/44 41v

Strantz

- **Adolf Gustav v.** (1809–1873), Ltn. a.D., Stiefsohn der General-Majorin v. Strantz 133/44 127v

- **Franziska Luise** (auch Fanny) **v.** (1790–1849), Witwe d. GenMaj. Gustav Adolf v. Strantz, vormalige Prinzeß Biron, geb. Gräfin Maltzan-Hoym-Dyhernfurth 133/44 127v

Strehlow, Johann Friedrich (geb. um 1798), Schreiber Justizkommissariat Stolpe, seit 1832 Bgm. Schlawe, 1843 Disziplinarsache 190/46 178

Stricker, 1832–52 Wirkl.GehKrR KrMinm., Mitgl. Ober-Examinations-Komm. für Intendantur-Beamte 102/43 82v

te Stroet, Bernhard (geb. um 1800), 1818–37 Bau-Kondukteur Reg. Düsseldorf, seit 1837 Wegebaumeister Prüm, 1843 Disziplinar- und Pensionssache 183/46 140

Struensee, Karl Philipp Georg (1820: v.) (1774–1833), 1806 LandR Greifenberg, 1810 PolDir. Stargard, später Magdeburg, 1816 LandR Köln und 1816–30 PolPräs. bzw. Dir. Köln, 1831 ORegR Reg. Breslau 50/41 101v–102

Stuhlmann, Daniel, Bau-Kondukteur Elberfeld, in den 50er Jahren Baumeister Stroppen b. Breslau, 1843 Gehaltssache 193/46 227

Sulzer, Theodor v. (1801–1887), 1823 Ref. KG, vor 1832 JusR Stadtger. Berlin, 1838 KGR, 1843 (kommissar.) StAnw. Ober-Zensur-Gericht, 1844 GehRegR MdI, 1851 GehORegR, 1854 MdStR, 1855 Wirkl.GehORegR und MinDir. MdI, 1855 Mitgl. Heroldsamt, 1856 Mitgl. General-Ordenskomm., Dez. 1858–69 UStS MdI, 1869 (auf eigenen Wunsch) a.D. und Wirkl.GehR, 1872 MdH, vor 1874 Mitgl. Staatsschuldenkomm., 1882–87 Vors. Heroldsamt 267–268/48; 302/50; 452/57, 457/57 55

Svarez, Karl Gottlieb (1746–1798), Bearbeiter des preußischen Landrechts und zahlreicher Gesetze 240/47 213v

Talleyrand-Périgord, Dorothea Marquise v. (1793–1862), geb. Biron, seit 1845 Herzogin von Sagan 380/53 238

Teissler, 1820 Aktenhefter OLG Magdeburg, seit 1833 Bote und Exekutor Land- u. Stadtger. Stendal, seit 1845 i.R., 1847 Pensionssache 414/55 97

Tellemann, Eduard Konstantin (1798–1844), 1826 AppGerAss. LG Trier, 1829 Staatsprokurator Trier, 1831 LGR Naumburg, 1833 OLGR Halberstadt, 1838 Dir. Land- u. Stadtger. Quedlinburg, 1839–42 GehJusR JMinm., 1842 Mitgl. Revisionshof, 1842 Vizepräs. OLG Stettin 4/38, 9/38; 12/39, 15/39, 21/39; 34/40, 43/40; 46/41; 99/42; 103/43, 105–106/43, 108/43, 110/43 202, 112/43; 124/44

Tenge, Friedrich Ludwig (1793–1865), Gutsbes., seit 1821/22Besitzer der Grafschaft Rietberg, Verhandlungen wegen Bahnanbindung 292/50 187v

Tenspolde, Heinrich v. (1791–1859), ORegR Bromberg, 1833 GehFinR FinMinm., 1836–58 GehOFinR, später Mitgl. der Zentral-Komm. für die Angelegenheiten der Rentenbanken, Ehrenbürger von Posen 32/40; 249/47; 377/53; 413/55, 432/55

Theden, OLGR Ratibor, 1848 Pensionssache 458/Fundort 111v–112

Theves, Heinrich Anton (geb. 1811), seit 1833 im Steuerdienst, 1840 Haupt-Amts-Assistent Rheine, seit 1843 Coesfeld, 1847 Disziplinarsache 430/55 219

Thewaldt, Carl Georg (geb. um 1792), LGR Aachen, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 305/51 35, 311/51 124

Thiedig, Propst 449/56 122v

Thile (I), Ludwig Gustav v. (1781–1852), 1795 Gefreiterkorporal, 1797 Sekondeltn., 1806/07 Teilnehmer an Feldzügen, 1807 Stabskapitän im GenStab Blücher, 1808 GenStabsoffizier, 1809 Kapitän, 1812 Maj., 1813/14 Teilnehmer an den Feldzügen, 1814 Oberstltm., 1815 Oberst, 1818 GenMaj., 1819 Hilfsarb. bei Revision d. Militärgesetzgebung, 1829 Gen.-Adjutant Friedrich Wilhelms III., 1832 GenLtn., 1835 z.D. gestellt, 1838 MdStR, 26.10.1840 KabMinr. u. Vortrag d. allg. Landes-Angelegenheiten sowie Sitz und Stimme im StMinm., zugleich gemeinsam mit FinMinr. Leitung der Staats-Buchhaltere, 9.3.1841–19.3.1848 GehStMinr. Dept. des Schatzes und der Münzen, 1844 Gen.d.Inf., 1848 a.D. 14–18/39, 20–21/39; 23/40, 27/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40/40, 42/40; 47–48/41, 50/41, 52/41; 53–59/Fundort; 60/41; 61/Fundort; 68–69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73–75/41; 77–78/Fundort; 79/42; 80–82/Fundort; 84–88/Fundort; 89/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96/42, 98/42; 100–106/43, 108–109/43, 112–116/43; 117/Fundort; 118/44; 119–122/Fundort; 123–124/44; 126/Fundort; 127–128/44; 129–130/Fundort; 134–137/44; 139–141/Fundort; 143–144/44, 147–157/44; 164/Fundort; 158–160/45, 162–163/45; 165–168/45, 170–171/45, 173–175/45; 178–181/46, 183–184/46; 185/Fundort; 187–189/Fundort; 192/46, 194–195/46; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 203/46; 204–207/Fundort; 208/46; 209–210/Fundort; 212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 218–219/Fundort; 220–221/46; 222–223/Fundort; 224–226/46; 228–236/47, 239–249/47; 254–257/48, 259/48, 265/48; 266/Fundort; 267–268/48, 270–271/48; 273–275/49, 277/49; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 286–287/49; 288–291/50, 293–301/50; 303–308/51, 310–311/51, 314/51; 315/Fundort; 318–319/Fundort; 321/Fundort; 322–327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 338/Fundort; 339/52, 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–348/Fundort; 351–353/52; 355–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–368/Fundort; 370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53, 376–378/53, 380–382/53; 383/54, 387–389/54; 390/Fundort; 391–393/54, 395–398/54; 399/Fundort; 400/54; 401–402/Fundort; 403–404/54; 405/Fundort; 406/54; 408–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–431/55, 433–435/55; 436–441/56, 443–451/56; 453–455/57, 457/57

Thile (II), Adolf Eduard v. (1784–1861), 1795 Gefreiterkorporal, 1798 Sekondeltn., 1806/07 Teilnehmer am Feldzug, 1812 GenStabsoffizier bei General v. Kleist, 1812 Maj., 1813/15 Teilnehmer an Feldzügen, 1814 Oberstltn., 1815 Oberst, 1820 GenMaj., 1835 GenLtn., 1838 kommand. Gen. III. AK, 1840 kommand. Gen. VIII. AK, 1847 Gen.d.Inf., März 1848 a.D. 388/54 132, 389/54 135

Thoma, 1818 RegR Bromberg, ORegR, 1824 GehRegR, 1832–39 RegPräs. Gumbinnen, 1839 Wirkl.GehOFinR u. Dir. HausMinm., 1841 MdStR, nach 1848–54 MinDir. FinMinm. 25/40; 52/41, 60/41; 97/42; 104/43; 131/44; 182/46; 255/48; 315/Fundort; 371/53; 394/54

Thurn und Taxis, Maximilian Karl Fürst v. (1802–1871), 1827 reg. Fürst, Erbgeneral- und Erbland-Postmeister, 1854 MdH (nicht eingetreten) 231/47 66–66v, 67v; 450/56 130

Tiedemann, August Theodor, 1824 Deposital-Kassen-Rendant LG Fraustadt, seit 1835 Salarien- und Deposital-Rendant u. Kalkulator Land- u. Stadtger. Lissa, 1846 Gehaltssache 398/54 245

Treuding, Bgm. Groß-Salza, 1841 städt. Deputierte auf ProvLT Sachsen 58/Fundort I 113

Triedwind, 1832–51 Wirkl.GehKrR und Justitiar KrMinm., Mitgl. Ober-Examinations-Komm. für Intendantur-Beamte, Rat im Direktorium Großes Militär-Waisenhaus Potsdam 40/40; 51/41; 243/47

Trompette, Kaufmann, Exekutionsmaßregeln wegen Schulden 169/45 183v

Tröster, Haupt-Lotterie-Kollekteur, 1841 Deputierter der Stadt Erfurt zum ProvLT Sachsen 105/43 120v

Tschirner, Adolf Friedrich Konstantin (1800–1880), 1822 Ref., 1826 GerAss., 1827 RegAss. Liegnitz, 1828 RegR, 1833 Marienwerder, 1834 ProvSchulKollegium Magdeburg, 1843 GehRegR KuMinm., 1848 Wartegeld, 1856 i.R. 194/46 249–249v

Tschirschky-Boegenhoff, Heinrich Friedrich Levin v. (1793–1856), 1828–52 LandR Zauch-Belzig, 1842 als Protokollant für die Tagung der Vereinigten Ausschüsse vorgeschlagen 141/Fundort 120

Tucholka, Michael v. (geb. 1799), 1829 Ref. KG, dann Übertritt zum Verwaltungsdienst, 1832–41 LandR Allenstein, 1840 Disziplinarsache 1/38 67; 12/39 13

Tuntowitz, Eheleute Posen 144/44 271v, 273v

Türklitz, Johann Friedrich (geb. um 1798), Tuchmacher in Spandau, seit 1833 im Steuerdienst, seit 1835 Grenz-Aufseher Proettlin, 1842 Disziplinarsache 100/43 1

Uffer, Kataster-Büro-Vorsteher, Steuerrat Koblenz, 1840 Gehaltssache 9/38 149

Uhdén, Alexander (1871: v.) (1798–1878), 1821 Auskultator Stadtger. Berlin, 1823 Ref., 1826 Ass. KG, 1827 JusR Stadtger., 1833 KGR, 1838 GehPostR, 1839 GehJusR Zivilkab., 1840 MdStR, 1841 KabR, 1844 GehKabR, 25.9./1.10.1844–20.3.1848 JMinr. (für Justizverwaltung), 1846 Mitgl. Bank-Kuratorium, Dez. 1849–54 Präs. AppGer. Breslau, März 1851 Kommissarius zur Regelung der kurhess. Verfassungsstreitigkeiten, Nov. 1854–78 Chef-Präs. Ober-Tribunal, Kronsyndikus, 1855 Präs. GerHof für nicht richterliche Beamte, 1851–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–54 Mitgl. 2. Kammer (Fraktion unbekannt, kons.) u. Dez. 1852–Jan. 1853 deren Präs., 1854 MdH 239/47; 265/48; 266/Fundort; 267–272/48; 273–275/49, 277/49, 279/49; 280–281/Fundort, 282–283/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288–302/50; 303–311/51, 316/51; 317–319/Fundort; 320/51; 321/Fundort; 322–327/52; 328/Fundort; 329/52; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 336/52; 337–338/Fundort; 339/52; 340/Fundort; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 354–360/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 371/53; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–382/53; 383–385/54, 392–398/54; 401–402/Fundort; 403–404/54; 405/Fundort; 406/54; 407–409/55; 410/Fundort; 411–414/55; 414a–416/Fundort; 417/55, 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–431/55, 434–435/55; 436–441/56, 443–451/56; 453–457/57; 458/Fundort

Ulfers, 1839 Steuerrat, Kataster-Inspektor Koblenz, 1841 Gehaltssache 52/41 142

Utgenannt, Schullehrer, 1835 und erneut 1845 Reklamationsache 325/52 121v

Veltheim auf Veltheimsburg, Otto August v. (1797–1848), LandR Neuhaldensleben, 1842 als Protokollant für die Tagung der Vereinigten Ausschüsse vorgeschlagen *141/Fundort 120*

Viebahn, Georg v. (1802–1871), Dr. jur., 1820 Studium der Rechte, 1823 Auskultator, 1827 Ref., 1829 RegAss. Reg. Posen, 1831 RegR, 1838 ORegR Arnsberg, 1841 GehFinR FinMinm., 1844 GehOFinR, 1858–71 RegPräs. Oppeln, Hrsg. von volkswirtschaftl.-statist. Werken, 1849–50 Mitgl. 2. Kammer (Auerswald-Schwerin, Linke), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1852–53 Mitgl. 1. Kammer *236/47; 430/55*

Vignau, Justus Wilhelm du (1860: **v.**) (1793–1866), 1809 expedierender Sekr. westfäl. FinMinm., 1813 Bürochef preuß. Steuerektion Paderborn, 1816 RegAss. Minden, 1819 RegR, 1822 Frankfurt/O., 1826 ORegR Liegnitz, 1827 Vorsteher Ministerial-Militär- und Baukomm., 1834 GehRegR, 1836 Vizepräs. Reg. Münster, GehORegR, 1845 LT-Kommissar Westfalen, 1845 RegPräs. Erfurt, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–62 MdA (v. Arnim, Fraktion unbekannt, bkF) *318–319/Fundort*

Villers, Ludwig Viktor Graf und Marquis v. (1810–1881), 1833 RegRef. Merseburg, 1836 RegAss. Trier, 1840 Koblenz, 1841 Vertretung Landratsamt Cochem, 1842 RegR Arnsberg, 1844 Hilfsarb. Mdl, 1848 RegR Düsseldorf, Febr.–Aug. 1849 Verwalter Oberbürgermeisterei Düsseldorf, 1851 ORegR und Kom. f. d. Hohenzollernschen Lande, 1852–53 (kommissar.) RegPräs. Sigmaringen, 1855 ORegR Minden, 1861 Koblenz, 1863 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1870 Zivilkom. Lothringen, 1873 RegPräs. Frankfurt/O., 1849–51 u. 1853–55 Mitgl. 2. Kammer (Fraktion unbekannt, Katholisch/Rechte) *259–261/48; 313/51; 404/54; 454/57*

Vincke, Friedrich Ludwig Wilhelm Philipp v. (1837: **Frh.**) (1774–1844), 1795 Ref. Kurmärkische Kammer Berlin und beim Manufaktur- u. Kommerzkollegium, 1797 Ass. kurmärk. Kollegium, 1798 LandR Minden, Reisen nach England und Spanien, 1803 Präs. Kriegs- u. Domänenkammer Aurich, 1804–07 Präs. der Kammer in Münster und Hamm, 1809–10 RegPräs. Kurmark, 1813–15 Zivilgouv. im Militärgouvernement der Länder zwischen Weser und Rhein, 1825 Wirkl.GehR (Exz.), 1815–44 OPräs. Westfalen, Chef der Ruhr-Schiffahrts-Direktion *9/38 159v; 19/39 106v; 31/40 171v–172, 33/40 205v, 206v, 34/40 227v–228; 51/41 135, 136–136v; 62/Fundort; 63/Fundort 14; 64/Fundort; 65/41 177v, 178v–179; 66/Fundort 39v–40v; 67/41, 70/41 197, 203; 72/Fundort; 111/43 213v; 124/44 74v; 164/Fundort 47, 63v; 177/46 13v, 16v, 22, 24v, 27v–28v, 31v, 34v, 39v, 180/46 84; 185/Fundort 221; 187/Fundort 227, 232v, 238v, 239; 188/Fundort 244, 246; 191/46 213v, 208/46 300v; 227/47 19, 235/47 150dv; 276/49 94, 287/49 232v–233; 292/50 176v, 178, 183, 189, 190v; 312/51 143, 313/51 158; 327/52 149v, 329/52 181v; 318/Fundort 88*

Voelke, Johann (geb. um 1793), 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1823 Waldwärter in Voigtsdorf, 1834 Förster Grüssau, 1842 Disziplinar- und Pensionsache *102/43 59*

Voigt, Buchhändler, Verleger des „Königsberger Taschenbuchs“ (1846) *392/54 159v*

Voigt, Carl Friedrich Wilhelm (geb. 1801), 1823 Stadtverordneten-Vorsteher Bütow, 1832 Bgm. Bütow, 1842/43 Disziplinar- und Pensionsache *124/44 48; 167/45 98*

Völkel, Heinrich, Ass., Hilfsbote Land- u. Stadtger. Berleburg, 1840 Gehaltssache *1/38 68*

Vopelius, Louis, Rechtsstreit wegen Exekutionsmaßregeln *169/45 162–163, 176/45 259v; 193/46 225–225v*

Voß-Buch, Karl Otto Friedrich v. (1840: **Graf**) (1786–1864), Sohn von Otto K. Fr. v. Voß, KGR, 1831 GehJusR und Hilfsarb. StR, 1834 GehOJusR, 1841 Wirkl.GehOJusR, 1844 Vortrag zur Justizorganisation beim König, 1845 VortR Zivilkab., 1848 Präs. ProvKonsistorium Brandenburg, Mitgl. Generalkommission in Angelegenheiten Kgl. Orden, 1835 MdStR, Haupt-Ritterschafts-Dir. Kur- und Neumark, Domherr Halberstadt, 1848 Wirkl.GehR, Kronsyndikus, 1854 MdH *38–39/Fundort; 40/40 264; 53–59/Fundort; 61–64/Fundort; 65/41 177; 66/Fundort; 68–69/Fundort; 71–72/Fundort; 77–78/Fundort; 80–88/Fundort; 90/Fundort, 92/Fundort, 95/Fundort 119v; 117/Fundort; 119–122/Fundort; 126/Fundort; 129–130/Fundort; 132/Fundort; 139–141/Fundort; 164/Fundort; 185/Fundort; 187–189/Fundort; 197–198/Fundort; 200–202/Fundort; 204–*

207/Fundort; 210–212/Fundort; 214–216/Fundort; 218–219/Fundort; 222–223/Fundort; 239/47; 278/Fundort; 280–281/Fundort; 315/Fundort; 317–319/Fundort; 321/Fundort; 328/Fundort; 330–331/Fundort; 333–335/Fundort; 337–338/Fundort; 340/Fundort; 342–343/Fundort; 349–350/Fundort; 357/53 39; 361–362/Fundort; 364–370/Fundort; 372–373/Fundort; 375/Fundort; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 405/Fundort; 410/Fundort; 415/Fundort 20; 416/Fundort; 417/55; 423a/Fundort; 440/56, 444/56 66

Voswinckel, Eduard Peter Friedrich (geb. 1799), Dr. jur., 1822 Ref. OLG Hamm, 1824 Ass. OLG, 1831 OLGR, 1836–Sept. 1848 GehJusR bzw. GehOJusR Minn. für die Gesetz-Revision, 1848 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1870 i.R. 9/38; 14/39, 20/39, 22/39; 23–24/40, 26/40, 29/40 153, 44/40 334; 45/41, 47/41; 101/43, 107/43, 109/43; 123/44, 131/44, 134/44 135, 135/44, 142/44; 168/45; 177–180/46, 182/46, 195/46, 196/46 275; 237/47, 248/47; 255/48, 265/48; 306/51; 385/54 59, 398/54

Wackermann, Johann Ernst (geb. um 1798), seit 1830 Förster Sisdroy, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 229/47 52

Wagener, 1821 Ass. Stadt- und Landgericht Havelberg, später dort Stadt- und LGR, 1846 Gehaltssache 379/53 226

Walbott-Bassenheim-Bornheim, Clemens Frh. v. (1803–1872), Kammerherr, als Dir. für die Rheinische Provinzial-Feuer-Sozietät im Gespräch 337/Fundort 122v–123

Wald, Hermann Joseph (geb. um 1796), 1820 Wegewärter Köln, seit 1832 Polizeidiener Honnef, 1845 Disziplinar- und Pensionssache 313/51 164

Waldeck, Georg Friedrich Heinrich Fürst v. (1789–1845), 1813 reg. Fürst 70/41 193v

Walesrode, Ludwig Reinhold (1810–1889), Journalist, 1832 Studium der Philologie, Philosophie und Kunst in München, 1835 Hauslehrer Danzig, 1837 Königsberg, dort Vorlesungen und Übersetzungen u.a. von Shakespeare, befreundet mit F. Freiligrath und J. Jacoby, 1846 gemeinsam mit diesem Herausgeber des „Königsberger Taschenbuchs“, 1845–46 wegen seiner Schrift „Untertänige Reden“ (1843) Festungshaft Graudenz, 1850 Stadtverordneter Königsberg, nach weiteren Festungsstrafen 1854 Übersiedlung nach Hamburg, seit 1862 in Berlin und seit 1863 in Gotha Mitarbeit am Wochenblatt „Der Fortschritt“, 1866 nach Stuttgart und Anschluß an württembergische Volkspartei 225/46 410v; 392/54 159v

Warlitzer, Rudolf, seit 1837 Polizeidiener Seckenrode, 1841 Disziplinarsache 41/40 299

Weber, (vermutl.) **Karl Gottlieb v.** (1773–1849), dt. Rechtsgelehrter, kgl. sächs. GehR, Präs. Landes-Konsistorium 106/43 127

Weber, Johann Gottfried, Gendarmerie-Wachtmeister, 1847 Pensionssache 432/55 233

Wedecke, GehHofR, Dir. Niederschlesische Eisenbahn-Ges. 150/44 332–335v

Wedell [auch Wedel], **Magnus v.** (1801–1866), Ref. KG, 1829 dort Ass., 1830 Reg. Minden, RegR, 1839 ORegR Frankfurt/O., 1841 Vizepräs. Reg. Magdeburg, 1842 Wirkl.GehORegR und MinDir. MdI, 1842 MdStR, 1844–45 OPräs. Sachsen, 1845–48 Schlesien, 1848 i.R. 174/45; 217/46; 259–261/48; 293/50 193–193v, 196–196v; 328/Fundort 83, 88, 89, 98v; 330/Fundort 114–114v; 331/Fundort 7v, 9, 9v, 10, 14v, 17–17v, 21, 24v; 333/Fundort 42; 344/52 261, 263; 395/54 194; 414/55 105; 418/Fundort 63, 64v

Wegener, 1824 Exekutionsmaßregeln wegen Schulden bei Mahlsteuern 169/45 182v

Weigel, Johann August (geb. 1802), 1823–38 Unteroffizier und Wachtmeister 3. Husaren-Rgt., seit 1838 Grenz-Aufseher Wingerode, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 264/48 203

Weigelt, Kreis-Steuer-Einnehmer Kreuznach, seine Witwe erhob 1845 Ansprüche für verlorene Gebühren 354/53 6

Weigelt, Julius Hermann Michael, Ass. KG, Auditeur VII. Div. Magdeburg, 1845 RegR 51/41 126

Weindorff, Wilhelm (geb. 1795), seit 1825 pensionierter Steuer-Aufseher Kaster, 1847 Pensionssache 413/55 76

Wentzel, August (geb. um 1799), 1821 Auskultator OLG Breslau, 1823 Ref., 1825 Ass., dann LG Fraustadt, Landrichter Trebnitz, 1827 dort Dir. Stadt- u. Landger., 1828 KrsJusR, 1831 OLGR Marienwerder, 1832 Dir. Stadt- u. Landger. Brieg, dann OLGR Breslau und dort Dir. LG, 1835 Dir. Fürstentumsgericht Neisse, zugleich KrsJusR, 1840 Dir. Stadt- u. Landger. Halle/S., 1842 StadtGerDir. Berlin, 1844 GehJusR Minn. für die Gesetz-Revision, 1846 StAnw. KG 230/47 58v–59; 298/50, 301/50; 312/51, 320/51; 329/52

Wenzel, Heinrich (geb. 1808), Dr. jur., 1835 GerAss. OLG Breslau, dann OLG Ratibor, 1838 Justitiar Reg. Oppeln, 1839 RegR, 1843 Frankfurt/O., 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 GehRegR, 1854 GehORegR, 1879 Wirkl.GehORegR, 1881 a.D. 355–356/53, 359/53, 374/53; 384/54, 386–387/54, 395/54; 435/55; 443–444/56

Werdeck, Adolph Wilhelm Hermann Heinrich Raphael v., Ass. KG, Generalkommission Stendal, 1836 RegAss. Frankfurt/O., 1837 Reg. Erfurt und dann wieder Frankfurt/O., 1839 RegR Stettin, 1843 zeitweilig Hilfsarb. MdI und StR, dann wieder Stettin, 1846 GehRegR, 1847–48 Hilfsarb. beim StR, 1848 Entlassung auf eigenen Wunsch 172/45

Werner, Johann Anton (geb. 1776), 36 Jahre Forstdienst u.a. Förster des Stifts Leubus, zuletzt Förster Reichwald, 1842 Disziplinar- und Pensionssache 112/43 224

Werther, Heinrich v. (1841: Frh.) (1772–1859), 1807 Austritt aus Militär als Capitän, 1807 Kammerherr, 1810 diplomat. Dienst, 1821–24 Gesandter London, 1824–37 Paris, 1831 Posten des AMinr. abgelehnt, 1833 Wirkl.GehR (Exz.), 13.1.1837–30.8./10.10.1841 AMinr., 1838 MdStR, 1841 i.R. 1/38; 2/Fundort; 3/38 69v, 4–10/38; 11–14/39, 19/39, 21/39; 36/Fundort; 37/40; 38/Fundort; 42/40; 45–46/41, 48–50/41, 52/41; 53/Fundort; 55/Fundort; 57–58/Fundort; 63/Fundort; 67/41; 68/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 73/41, 75–76/41; 77/Fundort 107

Wesenberg, Sekr. 251/48 2

Westphal, Tagelöhner Loitz, des Raubmordes angeklagt 102/43 66v, 67v

Westphalen, Clemens August Wilhelm Reichsgraf v. (1805–1885), Rittergutsbes., Mitgl. der Kreistage Büren, Paderborn und Meschede, 1829 Kreisdeputierter Büren, 1835 LandR Meschede, 1839 Amtsniederlegung wegen Differenzen mit Reg., seit 1833 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1860–66 LT-Marschall Westfalen, 1868 ausgeschlossen, 1854–66 (Austritt aus Protest gegen Krieg 1866) MdH 66/Fundort 39v

Wied-Neuwied

- **August Fürst zu** (1779–1836), Standesherr, 1802 reg. Fürst 190/46 179

- **Prinz Friedrich Karl zu** (1741–1809), 1791–1802 reg. Fürst 180/46 86v

- **Hermann Fürst zu** (1814–1864), Standesherr, 1836 reg. Fürst, Mitgl. LT Nassau, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1861 MdH 91/42 8–9; 132/Fundort 268; 177/46 18v, 190/46 179–179v, 181v–182, 183–184v; 352/52 385, 387

Wied-Runkel, Karl Ludwig Fürst zu (1763–1824), Standesherr, 1791 reg. Fürst 190/46 179v

Wiedemann, Johann Peter Heinrich (geb. um 1795), 1821 Hilfsarb. Hauptzoll-Amt Uerdingen, dann Duisburg, seit 1832 Grenz-Aufseher Hauptzoll-Amtsbezirk Emmerich, zuletzt Grenz-Aufseher Vrsasselt, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 254/48 47

Wieland, Martin (1733–1813), dt. Schriftsteller 125/44 79

Wiemers I., Johann Heinrich Adolf (geb. um 1796), 1815 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1817 Waldwärter Warburg, 1823 Förster, zuletzt städtischer Förster Westheim, 1844 Disziplinar- und Pensionssache 258/48 82

Wilhelm I. (1772–1843), Prinz von Oranien-Nassau, 1815–40 König der Niederlande 74/41 254

Wilhelm I. (1797–1888), als Bruder Friedrich Wilhelms IV. 1840 **Prinz von Preußen**, 1857 Stellv. Friedrich Wilhelms IV., 1858 Regent, 1861 König von Preußen, 1871 dt. Kaiser 12/39, 13/39 14, 14–18/39, 20–21/39; 23–27/40, 29–34/40; 36/Fundort; 37/40; 38–39/Fundort; 40–44/40; 45/41; 53–58/Fundort; 62–64/Fundort; 65/41; 69/Fundort; 70/41; 71–72/Fundort; 80/Fundort 134; 82–85/Fundort; 87–88/Fundort; 89/42; 90/Fundort; 91/42; 92–93/Fundort; 94/42; 95/Fundort; 96–98/42; 100/43, 102–103/43, 107–110/43, 112–114/43, 116/43; 117/Fundort; 119–122/Fundort;

124/44; 126/Fundort; 127/44 91v–92, 128/44; 129–130/Fundort; 136/44, 139–141/Fundort; 143/44, 145–157/44; 159–163/45; 164/Fundort; 165–166/45, 168/45, 170/45, 173/45; 181–182/46, 184/46; 185/Fundort; 187–189/Fundort; 197–198/Fundort; 199/46; 200–202/Fundort; 204–207/Fundort; 209–212/Fundort; 213/46; 214–216/Fundort; 217/46; 218–219/Fundort; 222–223/Fundort; 224–226/46; 231–241/47, 244–245/47, 247–248/47, 250/47; 255/48, 257/48, 260–261/48; 275/49, 277/49; 278/Fundort; 280–281/Fundort; 282–283/49; 284/Fundort; 285–287/49; 288/50, 290/50, 292–294/50, 296–302/50; 303–307/51, 310–311/51, 314/51; 315/Fundort; 317–319/Fundort; 321/Fundort; 322/52; 328/Fundort; 330–331/Fundort; 332/52; 333–335/Fundort; 337/Fundort; 340/Fundort; 341/52; 342–343/Fundort; 344–346/52; 347–350/Fundort; 351–353/52; 358–359/53; 361–362/Fundort; 363/53; 364–370/Fundort; 372–373/Fundort; 374/53; 375/Fundort; 376–379/53, 382/53; 389/54; 390/Fundort; 391/54, 397–398/54; 399/Fundort; 401–402/Fundort; 409/55; 410/Fundort; 413–414/55; 415–416/Fundort; 417/55; 418/Fundort; 419–423/55; 423a–423b/Fundort; 424–426/55, 430/55; 436–441/56, 443/56, 445/56, 449–451/56; 452/57 2v, 453–455/57, 457/57

Wilms, Müller und Schöffe, verurteilt wegen Körperverletzung 346/52 348

Wißmann, Ludwig Friedrich August (1816: v.) (1770–1856), 1797 Rat und 1808 Präs. Ostpreuß. Kriegs- und Domänenkammer, 1810 RegPräs. Marienwerder, 1813–47 RegPräs. Frankfurt/O., Wirkl.GehR, 1847 i.R. 272/48 358v, 360v

Witte (geb. 1782), 1797–1827 Militärdienst, dann berittener Steuer-Aufseher Jessen, 1846 Pensionssache 377/53 196

Witte, Wilhelm, 1798 Unterförster beim Johanniter-Orden Sonnenburg, dann Förster Zaeckerick, 1844 Gehaltssache 245/47 347

Wittke, Ernst Christian David (geb. um 1793), seit 1840 Polizei-Kommissarius Elbing, 1847 Pensionssache 428/55 204

Witzleben, Hartmann Erasmus v. (1805–1878), 1827–29 Stadtger. Berlin, 1829 Ref., 1830 RegRef. Merseburg, 1833–35 RegAss. Minden, dann Hilfsarb. FinMinm., 1837 RegR Potsdam, 1838 LandR Niederbarnim, 1840–44 VortrR beim Prinzen von Preußen sowie Bearbeiter für Angelegenheiten des StMinms. und weiterhin LandR, 1841 Erbadministrator der Klosterschule Roßleben, 9.6.1841–Nov. 1844 Protokollführer der ständischen Immediat-Komm., 1842 GehRegR StR, 1844 RegPräs. Liegnitz, 1848 RegPräs. Merseburg, 1850 als Minr.dI im Gespräch, 1850–72 OPräs. Sachsen, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), außerdem 1864 Kapitular und 1869 Domdechant Merseburg, 1873 a.D., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Alvensleben), 1872 MdH 54/Fundort I 217v; 55–59/Fundort; 61–64/Fundort; 68–69/Fundort; 71–72/Fundort; 77–78/Fundort; 80–88/Fundort; 90/Fundort; 92/Fundort; 95/Fundort; 117/Fundort; 119–122/Fundort; 126/Fundort; 129–130/Fundort; 132/Fundort; 164/Fundort; 185/Fundort; 187–189/Fundort; 198/Fundort; 200–202/Fundort; 204/Fundort; 216/Fundort; 218–219/Fundort; 222–223/Fundort

Wogkittel, Joseph (geb. 1786), 1813 bei der Hauptadministration der säkularisierten geistlichen Güter in und um Neisse tätig, 1816 Domänen- und Rentamt Neisse, 1822 Rendant Generalkommission Oberschlesien, seit 1828 Registrator Breslau, Disziplinarsache 34/40 208

Wohlers, August (1784–1863), 1815 Revisor Oberrechnungskammer, 1818 Geh. Rechnungs-Revisor MdI, 1821 BergR, 1824 OBergR FinMinm., 1828 GehBergR, 1831 GehOBergR, 1848 VortrR HandMinm., 1859 a.D. 395/54

Woldermann, Johann Daniel (1752–1839), dt. Rechtsgelehrter, Wirkl.GehR und (vermutl. schon vor) 1818–1824/28 Senatspräs. KG 272/48 359v

Wolf, Handelsmann Unruhstadt, wegen Hausierens zu Gefängnis verurteilt 286/49 153

Wolf, Peter Ferdinand, Rheinzoll-Beseher Emmerich, 1846 Pensionssache 354/53 7

Wolff, Ferdinand (geb. um 1798), 1814–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1829 Entlassung aus dem Militär, 1832 Förster, seit 1839 Buchholz, 1841 Disziplinar- und Pensionssache 73/41 207

Wolff, Ferdinand v. (1792–1867), 1819 Ass., 1822 KGR, 1834 Hilfsarb. KuMinm., 1836 GehRegR und Justitiar KuMinm., 1843 auf eigenen Wunsch von Amtsgeschäften entbunden, 1843 GehORegR, 1853 a.D. *12/39*

Wulff, S. W., Bergbautreibender Werden, Immediatbeschwerde auf Mutung *313/51* 163–163v

Wundsch, 1801–08 Pfarrer in Wernersdorf, 1843 ansässig in Alt-Münsterberg, Anspruch auf Entschädigung erhoben *208/46* 303v

Wünsch, KGR *240/47* 218v

Wurmb, Friedrich v. (1777–1843), Reg- und ForstR, 1840 Hilfsarb. HausMinm., 1843 im Dienst der Herzogin von Sagan *380/53* 238

York von Wartenburg, Ludwig Graf v. (1805–1865), Fideikommißherr auf Klein-Oels usw., Herrschaft Schleibitz, 1848 OPräs. Schlesien, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1853–54 Mitgl. 2. Kammer (Fraktion unbekannt, v. Bethmann), 1854 MdH *231/47* 79, 80v–81, 86

Zachariae, (vermutl.) **Karl Salomo** (1769–1843), dt. Rechtsgelehrter, 1806 Prof. Univ. Heidelberg, 1818 Badenser GehHofR *378/53* 218v

Zahn, Anne Sophie, geb Goerges, Witwe Wolmirstedt, führte Beschwerde gegen den Fiskus *74/41* 260, 262v; *123/44* 47

Zahn, Johann Friedrich Wilhelm, 1826 Grenz-Aufseher, Torkontrolleur Merseburg, 1843 Disziplinar- und Pensionssache *172/45* 227

Zander, Christian Friedrich Gotthilf (1836: v.) (1791–1868), 1805–08 Studium der Rechte und Philosophie in Königsberg, 1808 Auskultator Königsberg, 1811 Ref., 1813 Ass. OLG Insterburg, 1816 OLGR Marienwerder, 1825 Dir. OLG Königsberg, 1828 Vizepräs., 1832–68 Chef-Präs., 1835–37 Dir. Justiz-Spruchdeputation in Angelegenheiten der ehemaligen Generalkommission, 1838 Dir. Revisionskollegium, 1849 1. Präs. AppGer. Königsberg, 1850–54 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH, 1856 Titel „Kanzler von Preußen“, 1861 Kronsyndikus *159/45* 15, 16; *392/54* 159v

Zeromski, Joseph, Förster Wildungen, 1844 Disziplinar- und Pensionssache *259/48* 105

Zettwach, Ernst Heinrich (1787–1857), 1810 Ref. OLG Stettin, 1812 Ass, 1814 OLG Marienwerder, 1816 OLGR Stettin, 1833 Hilfsarb. Geheimes Ober-Tribunal, 1834 Mitgl. Geheimes Ober-Tribunal, 1837 MdStR, 1842 Mitgl. Gesetz-Komm., 1842–Sept. 1848 GehOJusR Minm. für die Gesetz-Revision, 1843 zugl. Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1848–57 wieder Geheimes Ober-Tribunal/Ober-Tribunal, Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte und Mitgl. Disziplinarhof, 1850–52 Mitgl. 1. Kammer *134/44* 141, *135/44*, *137/44*; *162/45*; *193/46*, *220/46*, *225/46*; *239/47*, *241/47*, *244/47*; *267/48*, *269/48*, *271/48*; *273/49*, *276/49*, *285/49*, *287/49*; *288/50*, *297/50*, *298/50*; *320/51* 188–188v; *346/52*, *351/52*, *353/52*, *355/53*, *357/53*, *363/53*; *426/55*; *446/56*; *456/57*

Zeuschner, Ludwig (geb. um 1782), 1812–15 Militärdienst, 1822 Grenz-Aufsichts-Gehilfe Haupt-Amtsbez. Liebau, 1823 Steuer-Aufseher Grünberg, dann Rauschwitz, 1846 Pensionssache *395/54* 188

Ziegler, Prof., Dir. Gymnasium Lissa *413/55* 94

Ziegler, Friedrich Wilhelm, 1817 Postschreiber Roßla, 1823 Postwärter und Posthalter, 1845 Disziplinarsache *316/51* 178

Zimmermann, 1828 Ökonomie-Kommissarius Reg. Posen, seit 1842 Magdeburg, 1844 Gehalts-sache *228/47* 25

Zindler, Kanzlist Land- u. Stadtger. Marienburg, 1845 Gehaltssache *320/51* 179

Zumloh, Joseph (1806–1879), Kaufmann, Beigeordneter, Bgm., 1845 stellv. LT-Abgeordneter für Warendorf *340/Fundort* 13

Ortsregister

Hier erscheinen nur Orte, die in den Protokollen und Regesten als Lokalität erwähnt sind, hingegen Erwähnungen von Städten und Dörfern im Sinne von Verwaltungseinheiten im Sachregister Aufnahme gefunden haben.

- Aachen** 168/45 112v, 114; 192/46 221; 244/47 315v, 249/47 386; 270/48 320v; 305/51 35, 311/51 124, 132; 338/Fundort 148v
Adelnau 442/56 50
Aggerstraße (Westfalen) 319/Fundort 110; 321/Fundort 125v
Ahaus 46/41 25
Ahlen (Krs. Beckum) 292/50 176, 177–181, 182–183, 185–186, 187; 319/Fundort 108v–109, 111
Aldekerk (Krs. Geldern) 338/Fundort 148v
Alken (Krs. Preußisch-Holland) 329/52 175, 176
Allenburg (Krs. Wehlau) 353/52 390
Allenstein 12/39 13
Allstedt (Krs. Weimar) 47/41 45, 47v
Alme (Krs. Brilon) 187/Fundort 223v
Alt-Daber, Forsthaus (Krs. Ost-Prignitz) 193/46 226
Altenahr (Krs. Ahrweiler) 215/Fundort 211; 338/Fundort 149
Altenkirchen (RegBez. Koblenz) 433/55 243
Alt-Manschnow (Krs. Lebus) 124/44 61
Andernach (Krs. Mayen) 85/Fundort 204v
Angerburg 45/41 14; 81/Fundort 151; 200/Fundort I 262v
Anklam 251/48 6, 272/48 363–363v
Arnsberg 101/43 50, 51v–54v, 104/43 110; 187/Fundort 230; 279/49 112; 319/Fundort 111
Arolsen (Waldeck) 70/41 193v
Artern (Krs. Sangerhausen) 47/41 45, 47v, 48
Avenwedde (Krs. Wiedenbrück) 9/38 157–159
- Badem** (Krs. Bitburg) 338/Fundort 146–146v
Balga (Krs. Heiligenbeil) 34/40 213
Banse (Krs. Wittgenstein) 374/53 168
Barby (Krs. Calbe) 333/Fundort 49v–50
Bautzen 43/40 321–321v
Beeskow (Krs. Lübben) 123/44 26
Behringhausen (Krs. Dortmund) 312/51 140
Belleben (Mansfelder Seekrs.) 74/41 255v; 123/44 40, 42v
Benneckenstein (Krs. Nordhausen) 325/52 124v
Benninghausen (Krs. Lippstadt) 318/Fundort 96
Bensberg (Krs. Mülheim) 335/Fundort 84v, 88v, 93v
Berleburg (Krs. Wittgenstein) 1/38 68; 329/52 184v

Berlin *1/38* 66; *11/39* 1v; *36/Fundort* 77; *47/41* 51v; *54/Fundort I* 217v; *71/Fundort* 236v; *90/Fundort* 90v, 91v; *101/43* 51, *107/43* 154, 155v–156, 157v–158, 161, 162, 166v, *115/43* 315, 317; *121/Fundort* 197; *122/Fundort* 200, 203v; *130/Fundort* 239, 247v; *132/Fundort* 266v; *139/Fundort* 110; *150/44* 332v–333, 334–334v; *169/45* 176v; *198/Fundort* 162–162v; *210/Fundort* 171; *227/47* 2, *230/47* 58–58v, 60, *232/47* 89, *250/47* 400v–401; *253/48* 38v, *264/48* 205, *270/48* 320v; *290/50* 46, 47v–48, 51, 53v, 55–56, 57, 59v, 63v, 66, 67v–68, *296/50* 244–244v, *297/50* 255; *315/Fundort* 79v; *318/Fundort* 84v–85, 86v; *319/Fundort* 102; *331/Fundort* 11v; *335/Fundort* 84v, 88v–89, 93v; *336/52* 199, 203; *343/Fundort* 59; *345/52* 296–297, 300v–301v, 303–303v, 307–307v, 309, 311v–312v, 313v–314, 315, 316v–319, 321v–322v; *358/53* 97v, *363/53* 124v, *378/53* 207, 210, 216–216v, *382/53* 260; *384/54* 35bv, 35dv, *392/54* 154; *421/55* 141–141v, 143v, *426/55* 180v; *443/56* 52, *444/56* 70, 71v–72, *449/56* 119v, 124, 126–128v; *453/57* 13v
 - Invalidenhaus *102/43* 80v; *335/Fundort* 84
 - Oranienburger Vorstadt *102/43* 78v
 - Petrikirche *5/38* 100
 - Schlesisches Tor *102/43* 79
Berndorf (Krs. Daun) *230/47* 56
Bernkastel *34/40* 209; *338/Fundort* 147
Berscheid (Krs. Bitburg oder Köln) *338/Fundort* 148
Beuthen (RegBez. Oppeln) *101/43* 39
Beverung[en] (Krs. Höxter) *187/Fundort* 230; *319/Fundort* 111
Bickenriede (Krs. Mühlhausen) *47/41* 46, 47
Bielefeld *9/38* 153; *65/41* 179; *187/Fundort* 227; *292/50* 175, 176–176v, 177v, 179, 180v–181v, 182v–183, 184v–185, 186
Biesenthal (Krs. Ober-Barnim) *192/46* 217
Birkenfeld *338/Fundort* 146, 147v
Birnbaum *45/41* 15; *125/44* 76
Bischofen (Krs. Heiligenstadt) *437/56* 24
Bischofferode (Krs. Worbis) *354/53* 1
Bitburg *35/40* 238
Blankenheim (Krs. Schleiden) *338/Fundort* 147
Bobischau (Krs. Habelschwerdt) *330/Fundort* 115v–116
Bochold (Krs. Borken) *64/Fundort* 31v; *319/Fundort* 111
Böhmisch-Trübau (Böhmen) *330/Fundort* 115v
Bonn *19/39* 116; *108/43* 186, *111/43* 207; *306/51* 36–36v; *335/Fundort* 99; *337/Fundort* 102
Borgentreich (Krs. Warburg) *238/47* 177, 178
Bork (Krs. Lüdinghausen) *322/52* 21
Boulay (Frankreich) *314/51* 169
Braetz (Krs. Meseritz) *35/40* 232v
Brakel (Krs. Höxter) *456/57* 38
Braunsberg *290/50* 70, 71; *421/55* 141
Braunschweig *47/41* 56v
Brauweiler (Landkrs. Köln) *82/Fundort* 172; *254/48* 46
Bredereiche (Krs. Templin) *175/45* 249
Breslau *34/40* 208, *43/40* 321–321v; *61/Fundort II* 155v; *68/Fundort* 6, 11v, 16; *69/Fundort* 26v, 28v–29; *109/43* 188, *112/43* 227; *227/47* 2, *230/47* 58v; *290/50* 52, *301/50* 294, *302/50* 305v; *328/Fundort* 95v; *336/52* 199, *345/52* 311; *384/54* 36, *400/54* 255, 256; *431/55* 229, 231–231v
Brieg *69/Fundort* 27–27v; *296/50* 242, 245v; *320/51* 180; *330/Fundort* 111, 120; *331/Fundort* 8v

- Brilon** 187/Fundort 223v; 319/Fundort 111
Bromberg 102/43 61; 290/50 47v–48, 49v, 52v, 66; 315/Fundort 79v–80; 345/52 296v–297, 299v, 303v–304v, 305v–306, 307, 309, 310, 311, 312v, 313v, 317v, 319–319v; 421/55 141; 444/56 69–70v, 71v–72v, 73v
Bruckdorf (Saalkrs.) 108/43 169
Brüssow (Krs. Prenzlau) 228/47 34–39
Buchholz (Krs. Greiffenhagen oder Niederbarnim) 73/41 207
Büren (Krs. Brilon) 187/Fundort 223v
Burg (Krs. unklar) 246/47 348
Burkersroda (Krs. Eckartsberga) 60/41 167
Burtscheid (Landkrs. Aachen) 249/47 373
Bütow (Krs. Lauenburg) 124/44 48; 167/45 98
- Campo Formio** 249/47 387v, 391
Castrop (Krs. Dortmund) 319/Fundort 109v
Caymen (Krs. Labiau) 100/43 21
Celle 249/47 390v, 391v
Charlottenburg (b. Berlin) 133/44 127
Chodziesen 127/44 88; 228/47 26v, 28, 29v, 31v–32v
Cochem 338/Fundort 149
Coesfeld 430/55 219
Commern (Krs. Euskirchen) 338/Fundort 147
Constadt (Krs. Creuzburg) 330/Fundort 111
Crombach (Krs. Malmedy) 187/Fundort 229v
Crossen/O. 436/56 9
- Dabringhausen** (Krs. Lennep) 240/47 230hv
Dahlenwarsleben (Krs. Wolmirstedt) 4/38 83, 85, 86v, 93; 35/40 255v; 191/46 208, 209, 210
Daleiden (Krs. Prüm) 107/43 133
Danzig 5/38 113v; 41/40 302–309; 47/41 35; 150/44 332–333, 334v; 190/46 176, 195/46 261; 230/47 58v–59, 243/47 296; 286/49 151v; 290/50 48v, 54–54v, 57, 59v–60, 62–62v, 66; 326/52 129, 345/52 305v, 307v, 309–309v, 310v, 311v–312v, 314–314v, 317v, 319; 385/54 66v; 421/55 141, 142; 452/57 6
 - Danziger Mündung bzw. Werder 452/57 5-5v
Daun 249/47 385v
Delbrück (Krs. Paderborn) 64/Fundort 30v; 187/Fundort 232
Delitzsch 320/51 181
Dillenburg (Nassau) 310/51 106
Dingden (Krs. Borken) 319/Fundort 111
Dirschau (Krs. Stargard) 290/50 46v, 47v–48v, 52v, 57, 61, 63v, 64v, 66, 70; 315/Fundort 79v; 345/52 296–297, 299v, 303v–304, 307, 309, 310, 311, 312v, 313v, 314v–315, 317v–319v; 385/54 60; 421/55 141; 444/56 69–70v, 72v–73v, 74v
Dortmund 254/48 54; 292/50 175–175v, 176v–177v, 178v–179, 180–180v, 181v–182v, 183v, 185, 186–187, 188–188v, 189v–190v; 319/Fundort 109v
Dreileben (Krs. Wolmirstedt) 4/38 86
Drengfurth (Krs. Rastenburg) 190/46 177
Dresden 43/40 321–321v; 299/50 279v
Driburg (Krs. Höxter) 47/41 49

- Driesen** (Krs. Friedeberg) 290/50 47v, 49, 50v, 57–57v, 59v, 61v, 67–68v, 71v; 345/52 296v–297, 303v, 309–309v, 311v, 312v, 313v, 317v–318, 321v, 322v; 421/55 141, 142; 444/56 69–70, 71v–72v
- Drolshagen** (Krs. Olpe) 64/Fundort 31
- Drossen** (Krs. Sternberg) 345/52 297v–298v
- Dudeldorf** (Krs. Bitburg) 338/Fundort 146v
- Duisburg** 385/54 59
- Düren** 215/Fundort 211; 393/54 166v
- Dürrenberg** (Krs. Merseburg) 48/41 73–73v; 299/50 275–277v
- Düsseldorf** 84/Fundort 185v–186v; 85/Fundort 196; 173/45 232; 215/Fundort 212; 254/48 52; 292/50 186v; 311/51 128, 130; 337/Fundort 126v–127; 338/Fundort 146v; 393/54 166–167, 168, 172v, 173v–175, 176v, 177v
- Schloß 337/Fundort 126v
- Duttweiler** (Krs. Saarbrücken) 169/45 162, 176/45 259v; 193/46 225
- Dyhernfuhr** (Krs. Wohlau) 69/Fundort 26v
- Egeln** (Krs. Wanzleben) 456/57 52v
- Ehrenbreitstein** (Krs. Koblenz) 101/43 50, 52, 53v, 54v; 127/44 86, 146/44 290
- Eifel** (Krs. Trier) 313/51 155
- Eigenrieden** (Krs. Mühlhausen) 47/41 45v–46
- Eisenach** 47/41 47–48, 50, 55–55v, 57, 58–58v, 48/41 73; 299/50 275v
- Eitorf** (Siegkrs.) 135/44 167
- Elberfeld** 84/Fundort 190; 85/Fundort 196; 193/46 227; 292/50 186v; 311/51 128
- Elbing** 5/38 113v; 21/39 138; 109/43 191; 204/Fundort 277v; 262/48 177; 290/50 70; 345/52 296, 310v; 421/55 141, 428/55 204
- Eldena** (Krs. Grimmen) 194/46 250–251, 252–252v, 254–254v, 256–256v, 257v, 259
- Elsterwerda** (Krs. Liebenwerda)
- Schloß 331/Fundort 8v, 10; 333/Fundort 31
- Emmerich** (Krs. Rees) 138/44 219; 354/53 7; 395/54 189, 191v
- Emmerich** (mehrere Kreise möglich) 253/48 24
- Erfurt** 47/41 45, 46, 47–48, 50, 51v, 54, 55–55v, 57–58, 48/41 73; 105/43 120v; 259/48 106; 329/52 191v–192, 193
- Eschwege** (Kursachsen) 47/41 45–47
- Essen** (Krs. Duisburg) 393/54 173v
- Eupen** 19/39 116, 21/39 134; 85/Fundort 203v
- Euskirchen** 215/Fundort 211v; 338/Fundort 147
- Forbach** (Lothringen) 314/51 169–169v
- Frankenstein** 193/46 224; 330/Fundort 115v
- Frankfurt/M.** 47/41 51, 57, 58–58v, 48/41 73; 299/50 279
- Frankfurt/O.** 41/40 301; 61/Fundort II 155v; 272/48 358v; 290/50 48, 49v, 51, 56; 311/51 124; 315/Fundort 79v–80; 345/52 297–298v, 299v–300v, 301v–302v, 303v, 309v, 310v, 311v, 314–314v, 317v, 319v; 397/54 224; 444/56 70v, 73v
- Bahnhof 345/52 297v–298
- Frasselt** (Krs. Kleve) 9/38 150
- Frauenberg** (Krs. Euskirchen) 346/52 347
- Frauenburg** (Krs. Braunsberg) 290/50 70
- Fraustadt** 325/52 121
- Freyburg** (Krs. Querfurt) 60/41 169
- Frieda** (Kursachsen, Krs. Eschwege) 47/41 45v–47, 51, 53–53v

Friedeberg (RegBez. Frankfurt/O.) 394/54 183; 448/56 116
Friedrichsdorf (Krs. Wiedenbrück) 9/38 157–159v
Frohse (Krs. Calbe) 55/Fundort II 88v
Fulda (Stadt) 47/41 45, 57

Garnsee (Krs. Marienwerder) 336/52 196
Gatersleben (Anhalt-Bernburg) 123/44 37–37v, 40
Gebesee (Krs. Weißensee) 47/41 45, 46
Gehrden (Krs. Warburg) 47/41 49
Geichlingen (Krs. Bitburg) 338/Fundort 148
Geldern 338/Fundort 148v
Gemlitz (Landkrs. Danzig) 452/57 5
Geseke (Krs. Lippstadt) 318/Fundort 96
Getmold (Krs. Lübbecke) 279/49 113
Gießen 47/41 51–51v
Gimborn (Krs. Gummersbach) 310/51 106–106v, 109v; 322/52 24v
Gladbach 311/51 133
Glatz 330/Fundort 115v
Gleina (Krs. Querfurt) 333/Fundort 48
Gleiwitz 192/46 220; 310/51 110
Glogau (Groß-) 108/43 176v; 290/50 52; 328/Fundort 97; 395/54 188; 448/56 117
Gnesen 142/44 265
Goch (Krs. Kleve) 338/Fundort 148v
Godesberg (Krs. Bonn) 145/44 285; 249/47 375v; 259/48 116, 121v
Görlitz 43/40 321–321v; 299/50 279
Gorzawka (Krs. Tost) 41/40 300
Görzke (Krs. Jerichow) 55/Fundort II 88v
Gorzyn (Krs. Birnbaum) 75/41 287
Gotha 47/41 47–48, 50, 55–55v, 57–57v, 48/41 73
Gottesgnaden (Krs. Calbe) 207/Fundort 115
Gozdowo (Krs. Wreschen) 40/40 290, 293–294v, 296v
Grabczok (Krs. Oppeln) 103/43 85
Graefrath (Krs. Solingen) 85/Fundort 206; 215/Fundort 209
Graetz (Krs. Buk) 46/41 26–26v
Graudenz 290/50 59v, 66
Greifswald 8/Fundort 32; 49/41 82, 85v–86, 87; 194/46 249, 253v; 256/48 66v, 257/48 80; 295/50 228, 239v; 336/52 199
Greven (Krs. Münster) 64/Fundort 31
Grodno (Krs. Thorn) 343/Fundort 59v
Groß-Klein-Rosenburg (Krs. Calbe) 207/Fundort 115
Groß-Korbetha (Krs. Weißenfels) 299/50 277v
Groß-Ottersleben (Krs. Wanzleben) 4/38 83
Groß-Partwitz (Krs. Hoyerswerda) 357/53 32
Groß-Salze (Krs. Calbe) 58/Fundort I 113; 333/Fundort 36; 354/53 2
Grottkau 137/44 209
Grünetisch (Krs. Lebus) 403/54 282
Grüssau (Krs. Landshut) 102/43 59
Guhrau 330/Fundort 111v
Gumbinnen 128/44 108

- Gummersbach** 393/54 170v–171, 173v–174, 175
Günthersberg (Krs. Crossen) 384/54 49, 57, 58v
Gütersloh (Krs. Wiedenbrück) 9/38 157–159; 292/50 176
Guttentag (Krs. Lublinitz) 330/Fundort 111
- Hagen** (mehrere Kreise möglich) 64/Fundort 31
Halberstadt 55/Fundort II 88v
Halle/Saale 36/Fundort 82; 47/41 44–45, 46, 47, 48–48v, 49v–50v, 51v–52, 54, 56, 57, 58, 48/41 73–73v, 73/41 212–214v; 99/42 53; 195/46 265; 205/Fundort 103–103v; 207/Fundort 107v; 299/50 275–277; 331/Fundort 4v, 10v, 11v, 15v
 - Elisabeth-Brücke 331/Fundort 11v
Hamburg 90/Fundort 91v; 109/43 188; 290/50 53v–54, 69v; 345/52 318v, 322, 323
Hamm 292/50 175v–178, 179–183, 184–185, 186–187, 188–189v, 190v; 319/Fundort 108v–109
Hammelstall (Krs. Usedom) 74/41 272
Hannover 47/41 56v
Hasselt (Krs. Kleve) 215/Fundort 212
Haueda (Kursachsen) 47/41 48v–49v, 54, 56
Hausweiler (Krs. Euskirchen) 311/51
Havelberg (Krs. West-Prignitz) 379/53 226
Hees-Tal (Westfalen) 319/Fundort 110; 321/Fundort 125v
Heiligenstadt 47/41 44v; 299/50 282
Heilsberg
 - Schloß 81/Fundort 151
Hennef (Siegkrs.) 454/57 19
Herbern (Krs. Lüdinghausen) 64/Fundort 31; 319/Fundort 109v
Herrnhut (Kgr. Sachsen) 46/41 27
Herrnstadt (Krs. Guhrau) 330/Fundort 111v
Herstelle (Krs. Höxter) 134/44 129; 452/57 1c
Herzkamp (Krs. Hagen) 187/Fundort 232
Herzogenrath (Landkrs. Aachen) 236/47 156
Hettstedt (Mansfelder Gebirgskrs.) 251/48 7; 314/51 165
Heyden (Landkrs. Aachen) 168/45 105, 111–112, 113v–114, 115, 117–117v, 118v–121, 123v, 126–126v, 128–128v
Hildesheim (Kgr. Hannover) 147/44 293
Hinzerath (Krs. Bernkastel) 12/39 12
Hofgeismar (Kursachsen) 47/41 48v
Hohenstein (Krs. Osterode) 200/Fundort I 263; 248/47 356
Hohenwepel (Krs. Warburg) 46/41 28; 138/44 220
Hollich (Krs. Steinfurt) 4/38 73
Hönebach (Kursachsen, Krs. Rotenburg) 47/41 47v
Honnef (Krs. Sieg) 313/51 164
Hornburg (Krs. Halberstadt) 205/Fundort 99–99v
Hörschel (Dorf in Sachsen-Weimar-Eisenach) 47/41 47v–48v
Hörstel (Krs. Tecklenburg) 319/Fundort 109v
- Inowraclaw** 196/46 273; 228/47 26v, 28v–30, 32–32v
Insterburg 77/Fundort 112v; 108/43 174, 177v; 360/53 104
Irmenach (Krs. Zell) 215/Fundort 208
Iserlohn 318/Fundort 92

- Jastrow** (Krs. Deutsch-Krone) 345/52 305
Jauer 265/48 223
Jessen (Krs. Schweinitz) 377/53 196
Jülich 84/Fundort 190v–191; 210/Fundort 165–166; 212/Fundort 186v
- Kaisersesch** (Krs. Cochem) 338/Fundort 149
Kalkasr (Krs. Euskirchen) 338/Fundort 148v
Kallisten (Krs. Mohrungen) 329/52 176
Kamen (Krs. Hamm) 292/50 180v, 188v–189, 190–190v
Karcken (Krs. Heinsberg) 338/Fundort 148v
Karlshagen (Krs. Usedom-Wollin) 74/41 271–272v, 273v, 277v
Kassel 47/41 44–48v, 49v–50, 51–52v, 54, 55, 56, 57, 58, 48/41 73; 292/50 175, 178v–182, 183v, 184v–185, 186–187; 318/Fundort 99; 331/Fundort 11v
Kaster (Krs. Bergheim) 413/55 76
Kempen (Krs. Heinsberg) 338/Fundort 148v
Kempton 218/Fundort 226v
Kleve 111/43 218; 215/Fundort 207v–208; 311/51 130
Klingebeutel (Krs. Ratibor) 330/Fundort 116
Koblenz 4/38 72, 9/38 149; 12/39 11; 47/41 51v; 85/Fundort 196, 204v; 86/Fundort 216v; 101/43 50–51, 52, 54v; 215/Fundort 208; 308/51 76; 337/Fundort 126v–127; 354/53 6; 394/54 182; 433/55 239v–240v, 243
 - Schloß 84/Fundort 186–186v
Köln 12/39 4; 42/40 314–315; 47/41 51v, 50/41 101v–102, 105; 85/Fundort 210v; 86/Fundort 228v; 88/Fundort II 247v, 249v; 94/42 18v; 101/43 44, 51; 181/46 125, 183/46 150v–151; 210/Fundort 171; 215/Fundort 212; 270/48 320v; 292/50 175, 180v–181, 182–183, 184, 187; 303/51 6v, 311/51 132; 318/Fundort 99; 335/Fundort 84v, 89, 93v, 94; 337/Fundort 104; 338/Fundort 147, 148; 346/52 348; 388/54 131, 132, 389/54 135, 136, 137, 393/54 175v, 396/54 218; 448/56 115
Königsberg 5/38 113, 10/38 156; 81/Fundort 151v; 109/43 191; 120/Fundort 185; 122/Fundort 200; 139/Fundort 110; 150/44 332; 159/45 11, 15–15v, 160/45 18, 20; 164/Fundort 48; 230/47 58v, 234/47 139, 238/47 188, 189–189v, 190v; 290/50 46, 50v, 52, 54, 55, 57, 63v, 70, 71; 315/Fundort 79v; 336/52 199; 343/Fundort 53, 59; 345/52 296, 301v, 307v–309, 310v, 311v, 314, 315, 317v; 354/53 4, 376/53 181; 392/54 159–159v, 161v; 421/55 141, 142
 - „Kurighöfischer Junkerhof“ 159/45 11
Konitz 290/50 47v, 60, 64v; 345/52 296v, 303v–304, 306–306v, 310, 318; 444/56 69v, 70v, 73, 74v
Köslin 355/53 17
Köthen (Anhalt) 144/44 270; 192/46 221–221v; 205/Fundort 99v; 267/48 234; 290/50 56, 66
Krefeld 215/Fundort 208; 311/51 130, 133v; 439/56 34
Kremmen (Krs. Osthavelland) 353/52 407
Krengeldanz (Krs. Bochum) 187/Fundort 232
Kreuzburg (Oberschlesien) 330/Fundort 111
Kreuznach 215/Fundort 205v; 316/51 177; 354/53 6
Kriescht (Krs. Sternberg) 345/52 298–298v
Kriewen (Krs. Angermünde) 327/52 154
Krotoschin/Krotoszyn 14/39 20; 106/43 132; 189/Fundort 101; 445/56 75; 450/56 130
Kulm 290/50 66; 357/53 28
Küstrin 290/50 47v, 50–50v, 52v, 59v; 345/52 296v, 298v–301v, 302v–303v, 307, 309–309v, 311–311v, 312v, 313v, 317–317v, 318v; 444/56 70, 71v
Kyllburg (Krs. Bitburg) 338/Fundort 146

- Laasphe** (Krs. Wittgenstein) *131/44* 110
Landeck (Krs. Habelschwerdt) *290/50* 53, 60, 63v, 72
Landeck (Krs. Konitz) *345/52* 296v, 297v, 303v–305v
Landsberg/W. *290/50* 47v; *345/52* 296v–298v, 299v–300v, 303–303v, 307, 309, 311, 312v, 317, 321v, 322v; *444/56* 71v–72
Landskron (Krs. Freistadt) *330/Fundort* 115v–116
Langensalza *111/43* 208
Langschede (Krs. Hamm) *64/Fundort* 30
Lebus *345/52* 298v
Leipzig *48/41* 73–73v; *299/50* 275–277v, 279–279v; *456/57* 34
Les-Etangs (Lothringen/Frankreich) *314/51* 169
Leubus (Krs. Wohlau) *328/Fundort* 104; *331/Fundort* 8v
Lichtenau (Krs. Büren) *47/41* 45v, 46v
Liegnitz *37/40* 257, *43/40* 321–321v
Lindlar (Krs. Wipperfürth) *309/51* 99
Linnich (Krs. Jülich) *249/47* 373
Lipia Gora (Krs. Krotoschin) *290/50* 63v
Lippborg (Krs. Beckum) *292/50* 175v, 177v, 179, 180v, 181v–182v, 184v, 188, 189–189v, 190v–191
Lippstadt *47/41* 44, 48v–49v, 51–51v, 54, 56, 57, 58, *48/41* 73; *292/50* 175–176v, 177v–179, 180–183v, 184v–185v, 186–188, 189, 190v
Lissa (Krs. Fraustadt) *315/Fundort* 72; *386/54* 77, *398/54* 245; *413/55* 93v–94
Lobsens (Krs. Wirsitz) *173/45* 236
Löcknitz (Krs. Randow) *228/47*
Loffkowitz (Krs. Rosenberg) *99/42* 54
Loitz (vermutlich Krs. Grimmen) *102/43* 66v
London *148/44* 307v; *249/47* 365, 366; *318/Fundort* 92; *378/53* 214
Losheim (Krs. Malmedy) *215/Fundort* 212; *338/Fundort* 149v
Löwendorf (Krs. Höxter) *277/49* 97
Lübchen (Krs. Guhrau) *69/Fundort* 26v
Lublinitz *330/Fundort* 111
Lubmin (Krs. Greifswald) *8/Fundort* 32; *49/41* 82, 85v
Ludweiler (Krs. Saarbrücken) *43/40* 318
Ludwigshafen *314/51* 168v, 170
Lünen (Krs. Dortmund oder Münster) *64/Fundort* 31; *292/50* 188v; *319/Fundort* 109v
Lutogniewo (Krs. Krotoschin) *393/54* 162
Luxemburg *338/Fundort* 148
Lyon *168/45* 121v–122
- Magdeburg** *4/38* 83; *47/41* 51v, 56v, *51/41* 126; *55/Fundort* II 88v; *196/46* 275; *228/47* 25, *230/47* 58v; *253/48* 30v, *272/48* 361v; *290/50* 56, 66; *323/52* 31–31v, *327/52* 155v
Mainz *47/41* 51v; *231/47* 69v, 72, 76v, 78, *249/47* 388; *338/Fundort* 147v
Maltsch (Krs. Neumarkt) *69/Fundort* 26; *330/Fundort* 111
Mannheim *314/51* 168v
Marburg *47/41* 51
Marienburg *290/50* 46v, 70; *320/51* 179; *345/52* 296, 310v; *421/55* 141
 - Marienburger Werder *456/57* 35v–36
Marienwerder *44/40* 333; *192/46* 218; *290/50* 66
Marsberg (Krs. Brilon) *318/Fundort* 96
Maastricht (Niederlande) *244/47* 315v

- Mayen** 314/51 166
Meinerzhagen (Krs. Altena) 64/Fundort 31; 187/Fundort 229v
Melsungen (Krhessen) 47/41 47v
Memel 5/38 113v; 34/40 213; 230/47 57; 324/52 66
Menden (Krs. Iserlohn) 64/Fundort 30
Merseburg 47/41 47v, 55v, 57, 58, 48/41 73; 55/Fundort II 89; 106/43 125v; 172/45 227; 205/Fundort 102v; 331/Fundort 25v
Merten (Lothringen/Frankreich) 314/51 169
Metz (Frankreich) 314/51 168–170; 338/Fundort 147v
Mewe (Krs. Marienwerder) 290/50 66
Militsch 330/Fundort 111v
Minden 9/38 152; 47/41 51v, 56v; 215/Fundort 208; 292/50 175, 180v–183, 184, 185, 187; 318/Fundort 99; 444/56 68–68v
Miottek (Krs. Lublinitz) 355/53 9
Mittelwalde (Krs. Habelschwerdt) 330/Fundort 116
Möckern (Krs. Jerichow) 101/43 46
Mogador (Marokko) 290/50 59
Mogilno 272/48 357
Mönchehof (Krhessen, Krs. Witzhausen) 47/41 48v
Montjoie/Monschau 85/Fundort 203v; 215/Fundort 211
Mörs (Krs. Geldern) 215/Fundort 207v; 338/Fundort 148v
Mühlhausen (RegBez. Erfurt) 47/41 45–46, 47, 49v–51, 52–53v, 54–55, 56, 58
Mühlhausen (Krs. Preußisch-Eylau) 290/50 70v–71v; 345/52 296
Mühlhausen (Krs. Preußisch Holland) 421/55 141
Mülheim (RegBez. Köln) 240/47 230hv; 393/54 175
Münden (Hannover) 47/41 44v
Münster 62/Fundort II 6v; 64/Fundort 30v–31; 72/Fundort 268v, 270; 74/41 248; 101/43 51v; 124/44 72–72v, 73v, 143/44 267; 185/Fundort 216v, 218, 221; 292/50 176v–177, 179v, 181v, 185, 188v; 319/Fundort 105v, 109v; 436/56 10
 - Schloß 188/Fundort 246; 347/Fundort 123–123v
Münstereifel (Krs. Rheinbach) 215/Fundort 211v; 338/Fundort 147; 393/54 166v
Muskau (Krs. Rothenburg) 8/38 136–136v
- Nauen** 43/40 332
Naugard 54/Fundort I 219v; 55/Fundort I 223v; 404/54 284
Naumburg/Saale 47/41 47v, 55v, 57, 48/41 73; 333/Fundort 48
Neidenburg 47/41 36, 37, 39
Neiße 296/50 242, 245v
Nektainen (Krs. Preußisch-Holland) 329/52 175
Neudamm (Krs. Küstrin) 384/54 49, 56v, 58v
Neuenkirchen (Krs. Steinfurt) 183/46 142
Neuerburg (Krs. Bitburg) 338/Fundort 148
Neufahrwasser (Danziger Vorstadt) 41/40 302–309; 286/49 151–152
Neuhaide (vermutlich Krs. Habelschwerdt) 9/38 151
(Neu-)Haldensleben 325/52 124v
Neuhardenberg (Krs. Lebus) 8/38 136
(Neu-)Lübbenau (Krs. Teltow) 309/51 98
Neumühl (Krs. Wehlau) 353/52 390
Neunhuben (Krs. Marienburg) 208/46 301v
(Neu-)Ruppin 127/44 87

- Neusalz** (Krs. Freistadt) 69/Fundort 26; 328/Fundort 97; 330/Fundort 115v
Neuss 311/51 128
Neustadt (RegBez. Oppeln) 37/40 256; 327/52 152; 395/54 193v; 443/56 61
Neuwied 21/39 135; 393/54 173v
New York 290/50 54
Nidden 100/43 36-37v
Nietleben (Saalkrs.) 135/44 163; 331/Fundort 11v
Nimmersatt (Krs. Memel) 174/45 237
Nordhausen 47/41 44v; 103/43 86; 264/48 204

(Ober-)Wesel (Krs. St. Goar) 244/47 300
Odenkirchen (Krs. Gladbach) 430/55 218
Oderberg (Krs. Angermünde) 299/50 279v
Oderwitz (Krs. Groß-Strehlitz) 111/43 221, 112/43 229
Oelde (Krs. Beckum) 292/50 176, 177
Oliva (Landkrs. Danzig) 41/40 302–302v; 433/55 242
Olobock (Krs. Adelnau) 315/Fundort 76
Olpe 175/45 244
Oppeln 5/38 101; 69/Fundort 28v; 134/44 135; 169/45 157; 311/51 120; 394/54 184
Orloff (Krs. Marienburg) 208/46 301v
Orlofferfelde (Krs. Marienburg) 208/46 301v
Ortelsburg 277/49 98v, 101v–102; 311/51 121
Ostbevern (Krs. Warendorf) 374/53 159
Osterwiek (Krs. Halberstadt) 205/Fundort 99v
Ostrowo (Krs. Adelnau) 61/Fundort II 158–158v; 62/Fundort I 162v; 315/Fundort 77; 413/55 80, 84, 85–85v, 89v–90, 93v
Ottweiler 242/47 252; 300/50 287
Overath (Krs. Mülheim) 338/Fundort 147v
Owinsk (Krs. Posen) 331/Fundort 10

Paderborn 41/40 298; 47/41 49; 64/Fundort 30v; 292/50 179–180v, 181v, 182v, 183v, 184v–185; 318/Fundort 88
Pannesheide (Landkrs. Aachen) 168/45 105, 107v, 111v
Paris 249/47 393; 378/53 214; 457/57 58v
Pasewalk (Krs. Ückermünde) 228/47 38
Passow (Krs. Angermünde) 296/50 242
Peckelsheim (Krs. Warburg) 47/41 49; 238/47 177v, 179v
Pietzkendorff (Krs. Marienburg) 208/46 301v
Pillau (Krs. Fischhausen) 34/40 213
Pillkallen 37/40 258
Pitthenen (Krs. Mohrungen) 329/52 176
Plag (Krs. Neuwied) 194/46 241
Plagwitz (Krs. Löwenberg) 331/Fundort 8v
Pleschen 145/44 286; 308/51 71
Posen 61/Fundort II 156; 69/Fundort 28v; 135/44 162; 253/48 30v; 290/50 48–49v, 50v, 52, 53v, 55–56, 57, 59v, 61, 63, 66, 67, 68, 71v; 315/Fundort 71, 75v–76, 78v, 79v–80; 345/52 297, 309v–310v, 311v–312, 314, 319v, 353/52 408; 356/53 22; 384/54 35a, 35dv–35e; 421/55 141; 444/56 70v, 73v
 - Hofbuchdruckerei 384/54 35e
 - Vorstadt St. Martin 144/44 271v

Potsdam 4/38 71; 11/39 1v, 15/39 39; 107/43 158, 159v, 115/43 315, 317; 198/Fundort 162v–163, 164–164v; 200/Fundort II 169v; 318/Fundort 86v; 335/Fundort 84v, 93v; 393/54 164; 443/56 52; 453/57 13v

Prag 299/50 279v

Prenzlau 107/43 162v; 190/46 186, 191/46 204; 228/47 35v, 38

Preußisch Holland 290/50 57, 70v, 71v; 345/52 296

Pröttlin (Krs. West-Prignitz) 100/43 1

Prüm 183/46 140; 338/Fundort 146; 447/56 114

Putzig (Krs. Neustadt) 196/46 274

Querfurt 333/Fundort 48

Radis (Krs. Wittenberg) 250/47 395

Rahden (Krs. Lübbecke oder Sorau) 359/53 100

Rastatt 249/47 387v

Ratibor 69/Fundort 28v–29; 172/45 228; 265/48 226; 330/Fundort 116

Ratzebur (Krs. Neu-Stettin) 444/56 70v, 74v

Rauschwitz (Krs. Glogau) 395/54 188

Rawicz (Krs. Kröben) 320/51 182

Rees 236/47 151

Regensburg 249/47 391

Reichenbach (Schlesien) 360/53 105

Reichenberg (Böhmen) 299/50 279

Reichwald (Krs. Wohlau) 112/43 224

Rellinghausen (Landkrs. Essen) 210/Fundort 180v

Remscheid (Krs. Lennep) 19/39 115v

Reppen (Krs. Sternberg) 345/52 298

Rheda (Krs. Wiedenbrück) 292/50 176, 177v, 178v–180v, 187

Rheydt (Krs. Gladbach) 175/45 251

Richterich (Landkrs. Aachen) 168/45 105, 107v, 111v

Rietberg (Krs. Wiedenbrück) 187/Fundort 232

Roehl (Krs. Bitburg) 110/43 195

Roermond (Niederlande) 338/Fundort 148v

Rom 400/54 255v–256v, 258v

Rondorf (Landkrs. Köln) 303/51 1

Rosenberg (RegBez. Oppeln) 330/Fundort 111

Rosenthal (Krs. Birnbaum) 144/44 269

Roßla (Krs. Sangerhausen) 316/51 178

Rothebude (Krs. Marienburg) 306/51 37

Rothenburg (Krs. Warburg) 47/41 47–48

Rouen 168/45 122v–123

Rügenwalde (Krs. Schlawe) 49/41 98

Ruhrort (Krs. Duisburg) 424/55 159v–160

Saarbrücken 111/43 218–218v; 169/45 162v; 311/51 128, 133, 314/51 168–171

Saargemünd (Lothringen/Frankreich) 314/51 169

Saarlouis 314/51 169; 338/Fundort 147v

Sagan 355/53 18

Salzwedel 274/49 14

Scherfelde (Krs. Warburg) 187/Fundort 230

- Schevenhütte** (Landkrs. Aachen) 112/43 225v
Schiffmühl (Krs. Königsberg/Neumark) 274/49 16
Schildberg (RegBez. Posen) 354/53 8
Schkeuditz (Krs. Merseburg) 299/50 277v
Schlawe 190/46 178; 244/47 301
Schleiden (Krs. Heinsberg) 215/Fundort 212; 338/Fundort 149v
Schlobitten (Krs. Preußisch Holland) 290/50 71
Schlochau 262/48 177
Schmiedeberg (Krs. Wittenberg) 356/53 23
Schnarsleben (Krs. Wolmirstedt) 4/38 86v, 93
Schneidemühl (Krs. Chodziesen) 290/50 47v, 63v, 72; 345/52 296v, 297v, 303v–305v, 307, 317; 421/55 141
Schönlanke (Krs. Czarnikau) 46/41 26; 354/53 3
Schroda 44/40 334–335
Schubin 195/46 260
Schwarzwasser (Westpreußen) 323/52 42–42v, 46, 57v
Schwedt (Krs. Angermünde) 296/50 242, 244
Schweidnitz 330/Fundort 115v
Schwerin/a.W. (Krs. Birnbaum) 307/51 66
Schwetig (Krs. Lebus) 345/52 298
Schwetz 200/Fundort I 262; 202/Fundort 266v; 428/55 205–207v
Schwirgslauken (Krs. Labiau) 450/56 133
Seckenrode (RegBez. Arnberg) 41/40 299
Seehausen (Krs. Osterburg oder Wanzleben) 98/42 50
Seehausen (Krs. Wanzleben) 456/57 52v
Seifersdorf (Krs. Schönau) 400/54 254, 258v
Sellen (Krs. Steinfurt) 4/38 73
Seyda (Krs. Schweinitz) 313/51 151
Siegburg (Krs. Sieg) 338/Fundort 147v
Siegen 74/41 253; 319/Fundort 110
Sinspelt (Krs. Bitburg) 338/Fundort 148
Sinzig (Krs. Ahrweiler) 215/Fundort 211; 338/Fundort 149
Sisdroy (Krs. Sensburg) 229/47 52
Sittard (Krs. Kleve) 215/Fundort 212
Soest 45/41 1; 231/47 69v, 73–73v, 75v–76, 77v; 263/48 202; 292/50 175v, 176v, 178–178v, 180–180v, 181v–182v, 183v, 185, 186v, 188, 189–191; 318/Fundort 88, 97
Sömmerda (Krs. Weißensee) 47/41 47v
Sonnenburg (Krs. Sternberg) 302/50 298; 345/52 298v–299
Sorau 305/51 24
Spa (Belgien) 349/Fundort 167
Spandau 335/Fundort 84; 387/54 97, 406/54 297; 443/56 52, 53v
Sporthenen (Krs. Mohrungen) 329/52 175v–176
Sprockhövel (Krs. Hagen) 187/Fundort 232
St. Avoild (Lothringen/Frankreich) 314/51 169v
St. Jean d'Arc 290/50 59
St. Petersburg 249/47 365v; 345/52 308–308v
Stadtkyll (Krs. Prüm) 215/Fundort 211v; 338/Fundort 147
Stargard (Krs. Saatzig) 54/Fundort I 220–220v; 55/Fundort I 223v; 109/43 192; 290/50 47v–48, 50v, 53v, 55–55v, 57, 63, 65, 67, 68v, 71v; 315/Fundort 79v; 345/52 310, 311v–312, 313v–314, 320; 421/55 141; 444/56 69v, 70v, 73, 74v

- Stargard** (Krs. unklar) 312/51 139
Stargard (RegBez. Danzig) 345/52 305v
Steinau 330/Fundort 111v
Steinfurt (RegBez. Münster) 4/38 73
Stendal 414/55 97
Stettin 53/Fundort 215v; 143/44 268; 191/46 205, 194/46 246v, 196/46 275; 228/47 38, 230/47 58v; 253/48 30v; 290/50 53v–54v, 55v–56, 59v–61v, 63–63v, 64v, 66v, 69v, 296/50 244–244v; 315/Fundort 79v; 343/Fundort 55; 345/52 305v, 309v–310v, 311v–312, 313v, 316v, 318v, 321–322, 323; 358/53 59, 88v, 91, 93v, 94v
Stolpe (mehrere Kreise möglich) 113/43 231
Stonsk (Krs. Schwetz) 428/55 205
Stralsund 295/50 239v
Stroppen (Krs. Trebnitz) 330/Fundort 111v
Stüblau (Landkrs. Danzig) 452/57 5-8
Stuhm 106/43 124; 255/48 56
Südlohn (Krs. Ahaus) 374/53 159
Swinemünde (Krs. Usedom-Wollin) 290/50 58v–59; 404/54 284
- Tanger** 290/50 59
Tarnowitz (Krs. Beuthen) 330/Fundort 111
Tempelburg (Krs. Neustettin) 345/52 320–320v
Templin 437/56 23
Thorn 109/43 192–193; 250/47 396; 290/50 53, 59v, 66; 345/52 305v–306, 309, 310
Tiegenhof (Krs. Marienburg) 194/46 242
Tilsit 131/44 109; 196/46 275; 249/47 367
Tippelskirchen (Prov. Sachsen/Fähranstalt) 207/Fundort 115
Traben (Krs. Zell) 104/43 109
Trachenberg (Krs. Militsch) 330/Fundort 111–111v
Trarbach (Krs. Zell) 215/Fundort 208
Trassenheide
 → Hammelstall
Trier 50/41 105; 88/Fundort II 247v; 111/43 218; 183/46 151; 290/50 69v; 311/51 128, 133–133v; 338/Fundort 147v; 355/53 10
 - Gymnasium 313/51 152
Trotha (Saalkrs.) 99/42 53
Trzemeszno (Krs. Mogilno) 315/Fundort 77; 413/55 80, 84, 85v, 90, 93v
Tullen (Krs. Pillkallen) 37/40 258
Tütz (Krs. Deutsch-Krone) 312/51 141
- Ückermünde** 312/51 135; 376/53 195
Ülpenich (Krs. Euskirchen) 346/52 347v
Unna (Krs. Hamm) 292/50 175v, 176v, 178–178v, 179v–180v, 181v, 186v, 188–189
Unruhstadt (Krs. Bomst) 286/49 153
Uszcz (Krs. Chodziesen) 228/47 26v, 31–31v
- Veltrup** (Krs. Steinfurt) 4/38 73
Versmold (Krs. Halle/Westf.) 319/Fundort 108v–109
Vianden (Luxemburg) 338/Fundort 146, 147v
Vrasselt (RegBez. Düsseldorf) 254/48 47

- Wahn** (Krs. Mülheim oder Sieg) 83/Fundort 173v
Waldkappel (Kurhessen, Krs. Eschwege) 47/41 45v, 46v
Wanzleben 107/43 134; 456/57 52v-53
Warendorf 188/Fundort 251; 319/Fundort 108v-109
Warschau 58/Fundort II 141; 69/Fundort 28v; 251/48 3; 290/50 61v; 345/52 309-311, 316, 319
Wassenberg 338/Fundort 148v
Wehlau 131/44 111; 229/47 53
Weimar 47/41 47v-48, 55v, 57-58, 48/41 73
Weißenfels 47/41 55v, 48/41 73-73v; 299/50 275, 276, 277v; 329/52 191, 192v-193; 331/Fundort 15v
Werden (Krs. Duisburg) 395/54 185
Werl 292/50 175v, 176v, 178-178v, 180-180v, 181v, 186v, 188, 189v
Werneuchen 150/44 333, 334v
Wernigerode 327/52 158
Wesel 19/39 116; 64/Fundort 31v; 83/Fundort 173v; 264/48 206; 319/Fundort 110v; 435/55 245
Westheim (Krs. Büren) 258/48 82
Westhemmerde (Krs. Hamm) 252/48 15
Wetzlar 393/54 172
Wiedenbrück 64/Fundort 30v; 187/Fundort 232
Wien 79/42 1; 249/47 365v
Wiesbaden 101/43 50v-51
Wildungen (Krs. Schlochau) 259/48 105
Wingerode (Krs. Worbis) 264/48 203
Winzig (Krs. Wohlau) 330/Fundort 111v
Wittenberg 47/41 51v
Wittenfelde (mehrere Kreise möglich) 173/45 233
Wittlich 338/Fundort 146-146v, 147v
Witzenhausen (Kurhessen) 47/41 44v
Wohlau 330/Fundort 111v
Wolbeck (Krs. Münster) 102/43 60
Wollstein (Krs. Bomst) 208/46 293
Wollup (Krs. Küstrin) 275/49 49v
Wolmirstedt 74/41 260, 261
Wuppertal 148/44 307
- Xanten** (Krs. Geldern) 215/Fundort 207v; 338/Fundort 148v
- Zaeckerick** (Krs. Königsberg/Neumark) 245/47 347
Zeitz 331/Fundort 10v-11; 333/Fundort 35
Zempelburg (Krs. Flatow) 290/50 63v
Ziegenrück 333/Fundort 48
Zielenzig 73/41 210
Ziethen (Krs. Schlochau) 290/50 71
Zülpich (Krs. Euskirchen) 338/Fundort 147; 346/52 347v
Zülz (Krs. Neustadt/Oberschlesien) 208/46 292

Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums 9. Juni 1840 bis 18. März 1848

Außenminister ¹ :	Werther, Heinrich Frh. v. (13.1.1837–30.8./10.10.1841) Maltzan, Mortimer Gf. v. (30.8./10.10.1841 ² –21.3.1842) Bülow, Heinrich Frh. v. (21.3.1842–29.9.1845) Canitz, Carl Frh. v. (29.9.1845 ³ –18.3.1848)
Finanzminister:	Alvensleben, Albrecht Gf. v. (23.1.1835–1.5.1842) Bodenschwingh, Ernst Frh. v. (24.3./1.5.1842 ⁴ –3.5.1844) Flottwell, Eduard Heinrich v. (3.5./18.5.1844–15.7./16.8.1846) Duesberg, Franz v. (16.8.1846–19.3.1848)
Innenminister ⁵ :	Rochow, Gustav Rochus v. (28.4.1834–1.5./13.6.1842 ⁶) Arnim-Boitzenburg, Adolf Heinrich Gf. v. (13.6.1842–7.7.1845 ⁷) Bodenschwingh, Ernst Frh. v. (10.7.1846 ⁸ –19.3.1848)
Justiz(verwaltungs)minister:	Mühler, Heinrich Gottlob v. (2.2./9.2.1832–30.9.1844) Uhden, Alexander v. (25.9./1.10.1844–20.3.1848)
Justizminister für die Gesetz-Revision:	Kamptz, Karl Albert v. (9.11.1832 ⁹ –28.2.1842) Savigny, Friedrich Karl v. (28.2.1842–20.3.1848)
Kriegsminister:	Rauch, Gustav v. (31.7.1837 ¹⁰ –28.2.1841) Boyen, Hermann v. (1.3.1841–7.10.1847) Rohr, Ferdinand v. (7.10.1847–29.3.1848 ¹¹)

¹ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete *Minister der auswärtigen Angelegenheiten*.

² Vgl. ein Schreiben Maltzans an Werther zur Amtsübernahme v. 10.10.1841 in: Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 49–49v.

³ Vom 11.8.1845–29.9.1845 als Krankheitsvertretung für Außenminister Bülow, vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 33 und 57.

⁴ Ab 1.5.1842 die Geschäfte wahrgenommen, vgl. Bodenschwinghs Schreiben v. 1.5. an Mühler in: Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 63.

⁵ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete bis 17.6.1842: *Minister des Innern und der Polizei*, dann wieder: *Minister des Innern*, vgl. die KO v. 17.6.1842 in: Rep. 89, Nr. 13398, Bl. 182.

⁶ Mehrere KO an Rochow und Arnim, in denen der am 1.5.1842 entschiedene Ministerwechsel für Mitte Juni angeordnet und dann in einer weiteren am 13.6.1842 dem Staatsministerium bekanntgegeben wurde, in: Rep. 89, Nr. 13398, Bl. 166–167v.

⁷ KO v. 7.7.1845 in: Rep. 89, Nr. 13399, Bl. 111.

⁸ Vom 8.7.1845–10.7.1846 interimistischer Minister des Innern, vgl. KO v. 8.7.1845 in: Ebd., Bl. 112.

⁹ Von 1830 bis zum 9.11.1832 innerhalb des Justizministeriums ausgeübt; das Ministerium für die Gesetz-Revision wurde 1832 gebildet.

¹⁰ Vom 19.3.1837–31.7.1837 interimistischer Kriegsminister.

¹¹ KO v. 29.3.1848 in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 6.

- Kultusminister¹²: **Ladenberg, Adalbert v.**¹³ (14.5.1840–8.10.1840)
Eichhorn, Friedrich (8.10.1840–19.3.1848)
- Hausminister¹⁴: **Sayn-Wittgenstein, Wilhelm Fst. zu**¹⁵ (11.1.1819–11.4.1851)
- Kabinettsminister: **Lottum, Karl Friedrich Heinrich Gf. v.** (1823–14.2.1841)
Thile, Ludwig Gustav v. (26.10.1840¹⁶–19.3.1848)
Alvensleben, Albrecht Gf. v. (24.3.1842¹⁷–1844)
Bodelschwingh, Ernst Frh. v. (3.5.1844–19.3.1848)
Canitz, Carl Frh. v. (29.9.1845–18.3.1848)
- (Geheime) Staatsminister
ohne Ressort: **Lottum, Karl Friedrich Heinrich Gf. v.** (1817–26.10.1840)
Ladenberg, Philipp v. (1837–14.11./1.12.1842¹⁸)
Nagler, Karl Ferdinand Friedrich v. (16.1.1836–13.6.1846)
Rother, Christian v. (26.1.1835¹⁹–19.3.1848)
Schön, Heinrich Theodor v. (10.9.1840–3.6.1842²⁰)
Stolberg-Wernigerode, Anton Gf. zu (30.12.1840²¹–7.6.1842)
(7.6./1.12.1842²²–20.3.1848²³)
Thile, Ludwig Gustav v. (9.3.1841–19.3.1848)
Rochow, Gustav Rochus v. (13.6.1842²⁴–11.9.1847)
Mühler, Heinrich Gottlob v. (30.9.1844²⁵–18.3.1848)
Flottwell, Eduard Heinrich v. (15.7.1846²⁶–18.3.1848)
Boyen, Hermann v. (7.10.1847²⁷–15.2.1848)

¹² Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete *Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten*.

¹³ Nach dem Tod Altensteins kommissarische Leitung der Geschäfte.

¹⁴ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete *Minister des Kgl. Hauses und der Kgl. Familie*.

¹⁵ Als Vertreter für Sayn-Wittgenstein bzw. für das Hausministerium im Staatsministerium erhielt A. Gf. v. Stolberg-Wernigerode am 30.12.1840 Sitz und Stimme im Staatsministerium, s. (Geheime) Staatsminister.

¹⁶ KO v. 26.10.1840 in: Rep. 84a (D), Bl. 21.

¹⁷ KO v. 24.3.1842 in: Rep. 89, Nr. 25, Bl. 84.

¹⁸ Das Entlassungsgesuch Ph. v. Ladenbergs v. 4.8.1842 sowie Entwürfe für die KO über die Entlassung, in: Rep. 89, Nr. 30057, Bl. 108b–108dv und 111b–111e.

¹⁹ Die KO v. 26.1.1835 verlieh vorerst nur Sitz und Stimme im Staatsministerium, die Ernennung zum Staatsminister erfolgte 1836, vgl. GS, 1835, S. 11.

²⁰ KO v. 3.6.1842 in: Rep. 90, Nr. 984, Bl. 43.

²¹ Stolberg-Wernigerode erhielt als Vertreter für Hausminister Sayn-Wittgenstein Sitz und Stimme im Staatsministerium, wurde aber nicht zum Staatsminister ernannt, vgl. Entwürfe für die KO v. 30.12.1840 in: Rep. 89, Nr. 3155, Bl. 17–17v.

²² KO v. 7.6.1842 zur Ernennung zum Staatsminister unter Beibehaltung der bisherigen amtlichen Stellung, in: Rep. 89, Nr. 3155, Bl. 29 und GS, S. 194. Am 1.12.1842 wurde Stolberg-Wernigerode Amtsnachfolger von Ph. Ladenberg (Ltg. Verw. Domänen und Forsten), vgl. Rep. 84a (D), Nr. 2145, Bl. 90.

²³ Stolberg-Wernigerode leitete ab 7.4.1846 nicht mehr die 1. Abt. des Hausministerium und vertrat diese auch nicht mehr im Staatsministerium, vgl. eine KO an Wittgenstein v. 7.4.1846 in: Rep. 89, Nr. 3155, Bl. 35.

²⁴ Vgl. KO v. 1.5.1842, die Rochow vom Innen-Ressort entband, ihm aber Sitz und Stimme im Staatsministerium beließ, in: Rep. 89, Nr. 13398, Bl. 163–163v.

²⁵ Eine KO v. 18.8.1844 entband Mühler mit Wirkung zum 1. Oktober vom Amt des Justizministers unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Staatsministerium, vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 67¹, n.f.

²⁶ Die KO v. 15.7.1846 entband Flottwell von der Leitung des Finanzministeriums unter „Beibehaltung seiner Stellung als Mitglied des Staatsministeriums“, Rep. 90, Nr. 984, Bl. 93.

²⁷ Die KO v. 7.10.1847 entband Boyen vom Amt des Kriegsministers, beließ ihm aber Sitz und Stimme im Staatsministerium, vgl. Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 1.

Verzeichnis der zitierten Archivalien

Die hier aufgeführten Aktentitel sind eigens für dieses Verzeichnis erstellte Kurzvarianten der oft langen und umständlich formulierten Aktentitel, welche sich anhand der Signaturen schnell im Findbuch ermitteln lassen.

Der Hauptbestand für diese Edition, Rep. 90/90a „Staatsministerium“, wird vorangestellt.

Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

I. Hauptabteilung

Rep. 90: Staatsministerium (Ältere Registratur) (ehem. Merseburger Bestand)

- Tit. VII Nr. 2: Standeserhöhung Fürst v. Pückler-Muskau (1823)
Tit. IX Gen. Nr. 25: Kriminaluntersuchungen gegen Rheinische Förster (1839–42)
Tit. IX Litt. C Nr. 11: Disziplinaruntersuchung gegen Crelinger (1843–47)
Tit. IX Litt. H Nr. 31: Disziplinaruntersuchung gegen Hoffmann (v. Fallersleben) (1842–48)
Tit. IX Litt. S Nr. 88: Disziplinaruntersuchung gegen Stein und Rosenthal (1843–44)
Tit. XIII Nr. 3: Lokal des Staatsrats und Staatsministeriums im Stadtschloß (1823–54)
Tit. XIV A Nr. 33:
 Vortragsverzeichnisse und Beschlüsse des Staatsministeriums (Dez. 1846–März 1848)
Tit. XIV B Nr. 3 Bd. 1: Vortragende Räte im Staatsministerium (1824–42)
Tit. XIV B Nr. 23: Anstellung eines Protokollführers für die Staatsministerial-Sitzungen (1837)
Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1:
 Vorschlags- und Wahlrecht der Kreisvertretungen für Landräte u.a. (1826–47)
Tit. XVII Prov. Brandenburg Nr. 9: Ehemalige allg. Kreis-Fonds der Neumark (1841–44)
Tit. XVII Polen und Schlesien Nr. 6: Polizei- und Gemeinde-Verwaltung Langenbielau (1845–46)
Tit. XVII Prov. Preußen Nr. 2: Angelegenheiten der Stadt Danzig und deren Vorstädte (1820–45)
Tit. XVII Westfalen und Rheinprovinzen Nr. 13: Angelegenheiten der Stadt Wesel (1846–47)
Tit. XX A Nr. 7 Bde. 1–3:
 Parzellierung, Verschuldung, und Vererbung bäuerlicher Besitzungen; Dismembration von Grundstücken, Anlegung neuer Etablissements (1825–40; 1841–44; 1844–48)
Tit. XX A Nr. 12 Bde. 1–2:
 Frh. v. Haxthausen über die Sukzession in Bauerngüter (1829–41; 1842–44)
Tit. XX A Nr. 16 Bde. 1, 3–4:
 Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse in den Provinzen des vormaligen Kgr. Westfalen, Ghzgtm. Berg und frz. Landesteile (1819–40; 1844; 1845–50)
Tit. XX A Nr. 23 Bd. 1:
 Rechte der Mitglieder von Land- und Stadtgemeinden bzw. Korporationen an Gemeindegrundstücken und Grundgerechtigkeiten (1836–44)
Tit. XX A Nr. 24: Abwendung der Versandungen im Binnenland (1835–47)
Tit. XX A Nr. 25: Ablösbarkeit der Erbrechts- und Erbzins-Gerechsamte (1835–50)
Tit. XX A Nr. 28 Bde. 1–3:
 Ablösungs-Ordnungen v. 7.6.1821 und 13.7.1829 (1837–42; 1843; 1844–46)

- Tit. XX A Nr. 30 Bd. 1: Dismembration von belasteten Grundstücken (1838–49)
- Tit. XX A Nr. 32: Ablösung von Laudemien (1844–50)
- Tit. XX A Nr. 33 Bde. 1–2: Feldpolizei-Ordnung (1841–44; 1845–56)
- Tit. XX A Nr. 35:
Präklusivfrist bei Anmeldung von Eigentumsansprüchen vormaliger Besitzer regulierungsfähiger bäuerlicher Stellen (1843–50)
- Tit. XX A Nr. 37:
Abschätzung bäuerlicher Grundstücke; Auseinandersetzungen über Nachlaß eines bäuerlichen Grundbesitzers (1846–47)
- Tit. XX A Nr. 100¹ Bd. 1:
Viehverluste und Viehversicherungs-Verbände für Schlesien und Preußen (1816–69)
- Tit. XX B Nr. 40:
Rechtsverhältnisse der auf mehreren Rittergütern in Pommern mit kgl. Meliorationsgeldern angelegten Etablissements (1845–48)
- Tit. XX C Nr. 8 Bde. 3–4:
Bäuerliche Erbfolge in Westfalen; Anwendung auf die Kreise Rees und Duisburg (1836–42; 1843–56)
- Tit. XX C Nr. 11 Bd. 2:
Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse im Ghzgtm. Posen, Kulm-Michelauer Gebiet sowie im Landgebiet von Thorn (1836–50)
- Tit. XX C Nr. 33: Erbteilungs-Steueren bäuerlicher Nahrungen Prov. Preußen (1843–48)
- Tit. XX C Nr. 35:
Entrichtung des Weinkaufs im Fstm. Minden und in der Gfscht. Ravensberg (1839–44)
- Tit. XXI Gen. Nr. 25¹: Pensionsberechtigungen der Feldmesser (1844–45)
- Tit. XXIII Nr. 19 Bd. 1: VO über Handelsfirmen (1838–52)
- Tit. XXV Nr. 13:
Bergbaugerechtmächtige des Wulff zu Werden, v.a. Zeche Rehmarkmannsbank (1844–46)
- Tit. XXVI A Nr. 31:
Zusammenberufung der Kirchengemeinden in den Landesteilen, wo das ALR gilt (1844–46)
- Tit. XXVI A Nr. 195: Kirchen- und Schulbedürfnisse bei neuen Ansiedlungen (1839–41)
- Tit. XXVI B Preußen Nr. 7:
Entschädigungsansprüche ev. Pfarreien im Marienburger Werder für verlustige Kalende- und Stolgebühren mennonitischer Einsassen (1842–44)
- Tit. XXVI B Preußen Nr. 9: Entschädigungsanspruch der Pfarre Stüblau wg. Deichbau (1846–48)
- Tit. XXVIII Nr. 1: Prozeß des Hofrats Dorow gegen den Fiskus (1824, 1842)
- Tit. XXX A Nr. 12 Bd. 3: Maßregeln gegen Wilddiebereien und Forstfrevel (1838–41)
- Tit. XXX A Nr. 14: VO wg. unbefugten Harzscharrens (1835–44)
- Tit. XXX A Nr. 19: Laudemien, Abgaben und Dienste bei Grundstücksveräußerungen (1839–45)
- Tit. XXX A Nr. 23 Bde. 2–3: Allg. Forst- und Jagdpolizei-Ordnung (1840–41; 1842–46)
- Tit. XXX A Nr. 24 Bd. 2: Bestrafung von Holz- bzw. Forstdiebstählen (1838–41)
- Tit. XXX A Nr. 27:
Beitragsverhältnisse kgl. Domänen und Forsten zu Kreis- und Kommunallasten (1840–43)
- Tit. XXX A Nr. 29 Bd. 1: Diebstahl an Holz und Waldprodukten; Jagdvergehen (1841, 1842–46)
- Tit. XXX A Nr. 42 Bd. 3:
Jagd-Gemeinheits-Teilungs-Ordnungen in Westfalen, Brandenburg und Sachsen (1842–43)
- Tit. XXX A Nr. 43:
Holzkultur im RegBez. Arnsberg und im ostrhein. Teil des RegBez. Köln (1827–52)
- Tit. XXX A Nr. 61 Bde. 1–2: Fischerei-Ordnungen in der Provinz Preußen (1841–44; 1845, 1850)
- Tit. XXX A Nr. 62: Fischerei-Ordnung für die Provinz Posen (1841–45)
- Tit. XXX A Nr. 63: Fischerei-Ordnungen in Brandenburg und Pommern (1845–69)

- Tit. XXX B Posen und Schlesien Nr. 7 Bd. 1:
 Urbarien- und Laudemial-Verhältnisse in Schlesien (1840–45)
- Tit. XXX B Spec. Preußen Nr. 4:
 Zins-Ablösungskapitalien kölmischer und chatoul-kölmischer Grundbesitzer (1841–42)
- Tit. XXX B (Westfalen, Rheinprovinz) Nr. 12 Bd. 2: Jagdgerechtigkeiten in Westfalen (1841–48)
- Tit. XXXIII A Nr. 1 Bde. 4–5: Justizorganisation in der Rheinprovinz (1838–41; 1842–55)
- Tit. XXXIII A Nr. 2: Auslegung von Staatsverträgen (1822–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 21⁴ Bd. 1: Verkauf der Früchte auf dem Halm (1828–69)
- Tit. XXXIII A Nr. 23:
 Geschlechtsvormundschaften; Bestimmungen bei Bürgschaften für Frauen (1824–95)
- Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 3: Justizverfassung in Neuvorpommern und Rügen (1837–63)
- Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1:
 Beiträge der Städte und Kommunen zu den Kriminal- und Jurisdiktionskosten (1818–54)
- Tit. XXXIII A Nr. 32 Bde. 1–2:
 Untersuchungskosten; Kriminalgerichtsbarkeit und deren Lasten (1825–41; 1841–56)
- Tit. XXXIII A Nr. 34 Bde. 1–2:
 Patrimonialgerichtsbarkeit und Befugnisse deren Inhaber (1825–43; 1844–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1:
 Justizverfassung und Provinzialrechte in Ost- und Westpreußen sowie Litauen (1825–44)
- Tit. XXXIII A Nr. 40 Bd. 1: Aufhebung einiger Bestimmungen des Lübisches Rechts (1825–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 79: Fiskus und Zinsen (1832–45)
- Tit. XXXIII A Nr. 81: Dreidinge im Hzgtm. Schlesien und der Gfscht. Glatz (1832–41)
- Tit. XXXIII A Nr. 82: Provinzialrechte und Provinzial-Gesetzbücher (1827–45)
- Tit. XXXIII A Nr. 96 Bd. 2:
 Veräußerung und Erwerbung von Lehn-, Ritter- und u.a. ständischen Gütern (1841–48)
- Tit. XXXIII A Nr. 97 II Bde. 1–2:
 Strafvollstreckung und Begnadigungsgesuche (1833–41; Juli 1841–Dez. 1844)
- Tit. XXXIII A Nr. 106 Bd. 2: Rheinische und westfälische Provinzial-Gesetze (1839–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 109: Untersuchung und Bestrafung der Injurien (1831–50)
- Tit. XXXIII A Nr. 120 Bd. 1: Gerichtsstand des Instanzenzuges in Prozessen (1832–47)
- Tit. XXXIII A Nr. 126:
 Gelder bei Besitzveränderungen in Schlesien, inkl. Konfirmationsgebühren (1820–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 130:
 Insinuation richterlicher Erkenntnisse und Fristberechnung der Rechtsmittel (1836–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 158:
 Disposition über die bei A. Brzokowski vorgefundenen gestohlenen Gelder (1840–41)
- Tit. XXXIII A Nr. 161: Förmlichkeiten bei Gerichtsverhandlungen mit Wenden (1840–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 164: Verfahren in Justizbeschwerdesachen (1841–42)
- Tit. XXXIII A Nr. 165: Strafbestimmungen gegen Mißbrauch von Bürgerbriefen (1840–42)
- Tit. XXXIII A Nr. 166:
 Gesetzgebung und Gerichtsverfassung im ostrhein. Teil des RegBez. Koblenz (1840–56)
- Tit. XXXIII A Nr. 167:
 Gerichtsbarkeit in Immediatstädten, wo Städte-Ordnung v. 1808 gilt (1840–42)
- Tit. XXXIII A Nr. 168: Verleihung, Ausübung und Abtretung der Gerichtsbarkeit (1840–42, 1848)
- Tit. XXXIII A Nr. 169: Züchtigungen gegen lügenhafte oder verstockte Verbrecher (1840–42)
- Tit. XXXIII A Nr. 171: Kontumazialverfahren (1841–42)
- Tit. XXXIII A Nr. 178:
 Hypotheken-Dokumente über Domänen-Abgaben und Inventariengelder (1842–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 180:
 Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedern kaufmännischer Korporationen (1842–43)

- Tit. XXXIII A Nr. 185: Ehelichkeit der Kinder (1842–44)
- Tit. XXXIII A Nr. 189: Ausstellung und Glaubwürdigkeit der Urkunden (1843–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 195: Beweiskraft der Aussagen von Militärpersonen in Strafsachen (1844–47)
- Tit. XXXIII A Nr. 198:
lex Anastasiana im Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein und in Neuvorpommern/Rügen (1845–64)
- Tit. XXXIII A Nr. 200:
Separat-Verfahren gegen Entscheidungen der General-Kommissionen bei Insinuation der Erkenntnisse (1845–47)
- Tit. XXXIII A Nr. 201: Conditio indebiti (1846–49)
- Tit. XXXIII B Nr. 3 Bde. 1–2: Friedensgerichte in der Rheinprovinz (1824–42; 1843–64)
- Tit. XXXIII B Nr. 24 Bd. 1: Errichtung von Handelsgerichten (1840–61)
- Tit. XXXIII B Nr. 28: Handelsgerichte in der Rheinprovinz (1841–62)
- Tit. XXXIII B Nr. 29:
Patrimonialgericht (Kompetenz und Lokalien); Grenzen zw. Kriminal- und fiskalischen Untersuchungsverfahren (1842–47)
- Tit. XXXIII B Nr. 31: Kompetenz der Rheinischen Gerichte (1843)
- Tit. XXXIII B Nr. 34: Besetzung der Ratsstellen bei Landes-Justiz-Kollegien (1842–44)
- Tit. XXXIII B Nr. 38:
Vereinigung v. Advokatur und Richteramt in Neuvorpommern und Rügen (1841–45)
- Tit. XXXIII B Nr. 67¹: Präsidenten und Räte des Ober-Tribunals (1844–79)
- Tit. XXXIII C Nr. 27:
Kompetenzkonflikte im Prozeß der Gemeinde Alt-Manschnow sowie im Prozeß der Ackerleute und Halbspänner zu Dahlenwarsleben (1839–43)
- Tit. XXXIII C Nr. 28:
Kompetenzkonflikt im Prozeß des Einwohners Kleine (Burkersroda) wg. Entschädigung f. Kriegslieferungen (1839–48)
- Tit. XXXIII C Nr. 30:
Kompetenzkonflikt zwischen den Ministerien der Justiz und des Innern, in der Prozeßsache des Fischers Schulz zu Lubmin (1840–41)
- Tit. XXXIII C Nr. 32:
Kompetenzkonflikt in den Prozeßsachen der Witwe Zahn (Wolmirstedt) und der Witwe Büchner u.a. wg. Abgaben-Freiheit (1840–42)
- Tit. XXXIII C Nr. 33:
Kompetenzkonflikt in der Prozeßsache der Dreßlerschen Erben wegen Abgabenfreiheit (1840–42)
- Tit. XXXIII C Nr. 35:
Kompetenzkonflikt im Prozeß der Gemeinde Oderwitz (Krs. Breslau); Aufhebung rechtskräftiger Entscheidungen durch Konfliktverfahren (1841–43)
- Tit. XXXIII C Nr. 36:
Prozeß der Freiherren von Plotho zu Parey gegen den Baron von Montblanc (1842–43)
- Tit. XXXIII C Nr. 39:
Kompetenzkonflikt im Prozeß Prochnowo wg. Straßenbau; Negatorienklagen gegen landespolizeiliche Verfügungen der Regierungen (1843–44)
- Tit. XXXIII C Nr. 40:
Kompetenzkonflikt im Prozeß der Erben des Oberstlttn. v. Reppichau wg. Pensionsrückstand (1843–44)
- Tit. XXXIII C Nr. 42: Kompetenzkonflikt im Prozeß der Kolonisten zu Schiffmühl (1843–45)
- Tit. XXXIII C Nr. 46:
Untersuchung gegen Freiherrn Senfft zu Pilsach und Ober-Aufsichtsrecht der Landespolizei-Behörden über die Polizei-Gerichtsherren (1845–48)

- Tit. XXXIII C Nr. 47:
Kompetenzkonflikt im Prozeß von Bauern der 11 Ortschaften des ehemaligen Domänenamtes Liebstadt wg. Hand- und Spanndiensten bei Brückenbauten (1845–46)
- Tit. XXXIII C Nr. 49:
Kompetenzkonflikt in Prozessen des Ölmüllers Brauer (Kutzdorff) und mehrerer Einwohner zu Güntersberg wg. Fortschaffung von Walkmühlen (1845–47)
- Tit. XXXIV A Nr. 4 Bd. 1: Regulierung der vormaligen westfälischen Schulden (1824–49)
- Tit. XXXIV A Nr. 7: Kurtrierisches Schuldenwesen und diverse Reklamationen (1842–44)
- Tit. XXXIV Spec. Litt. D Nr. 6:
Reklamation der Witwe des Superintendenten De Regé (Potsdam) wg. Mietsentschädigung (1840)
- Tit. XXXV B Nr. 10: Verhältnisse der Auditeure (1840–1900)
- Tit. XXXV D Nr. 6:
Forderungen mehrerer Landesteile der westlichen Provinzen wg. Kriegslieferungen 1794/95 (1837–45)
- Tit. XXXVI Nr. 7 Bde. 1–5:
Zensur und Organisation der Zensurbehörden (1823–38; 1839–42; Jan.–Juni 1843; Juli 1843–Juni 1847; 1845–48)
- Tit. XXXVI Nr. 8: Intelligenzblätter und Intelligenzblattzwang (1827–49)
- Tit. XXXVI Nr. 16: Ober-Zensur-Gericht (1843–48)
- Tit. XL A Nr. 38¹: Steuererlaß 1842 (1841–42)
- Tit. XL A Nr. 39: Servissteuer in den Städten der östlichen Provinzen (1844–46)
- Tit. XL (Pommern) Nr. 5 Bd. 1: Tribunalssteuer in Neuvorpommern (1843–45)
- Tit. XL Abgaben (Posen, Schlesien) Nr. 2: Grundsteuer in Schlesien (1826–53)
- Tit. XL Abgaben Preußen Nr. 4: Haussteuer nach Westpreußischer Grundsteuerverfassung (1841)
- Tit. XL Abgaben Sachsen Nr. 4:
Grundsteuer in den ehemals Westfäl. Landesteilen der Provinz Sachsen (1826–49)
- Tit. XL Abgaben Sachsen Nr. 9:
Anspruch des Herzogs von Anhalt-Bernburg auf Grundsteuerfreiheit der Gaterslebenschan Seeländereien bzw. auf Entschädigung (1841–42)
- Tit. XL (Westfalen, Niederrhein) Nr. 1 Bd. 3:
Steuer-Kataster in den westlichen Provinzen; Grundsteuer-Gesetz und Remissions-Verfahren (1839–62)
- Tit. XLII Gen. Nr. 26: Pensionsansprüche der Geistlichen in der Rheinprovinz (1827–44)
- Tit. XLIII A Nr. 55:
Pensionierung von Beamten, die als Freiwillige an den Befreiungskriegen teilgenommen hatten (1844–46)
- Tit. XLIV A Nr. 2:
Anwendung der Bundesbeschlüsse zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe auf die nicht zum Dt. Bund gehörigen Landesteile (1832–47)
- Tit. XLVII Gen. Nr. 7 Bde. 1–2:
Befugnisse der Kreisstände, Ausgaben zu beschließen (1836–40; 1841–43)
- Tit. L Nr. 12: Lehnrittergut Uenglingen im Kreise Stendal (1844–45)
- Tit. LV Auswanderungen, Naturalisation Nr. 9:
Die Untertanenverhältnisse des Grafen Severin von Mielzynski (1841)

Rep. 90: Staatsministerium (Jüngere Registratur) (Dahlemer Bestand)

- Nr. 29: Staatsbürgerliche Stellung der Juden, außer Ghzgtm. Posen (1843–49)
 Nr. 34: Fürstlich-wiedsche Verwaltungs- und Gerichtsbehörde (1828–87)
 Nr. 42: Gräfliches Haus Dohna (1840–1910)
 Nr. 53: Fürstliches Haus Wied (1840–56)
 Nr. 58: Freiherrliches Haus Grote-Schauen (1840)
 Nr. 71: Fürstliches Haus Bentheim und Steinfurt (1826–68)
 Nr. 88: Auseinandersetzung mit den Fürsten zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla (1834–56)
 Nr. 93: Fürstliches Haus Solms-Braunfels (1845–61)
 Nr. 95: Fürstliches Haus Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (1820–60)
 Nr. 145: Deutsch-polnische Ausgabe der Gesetz-Sammlung (1816–71)
 Nr. 195: Vorbereitung der preußischen Gesetze (1817–48)
 Nr. 203: Fürstliches Haus Rheina-Wolbeck (Gf. Lannoy-Clerveaux) (1856–1928)
 Nr. 205: Auseinandersetzung mit dem Herzog von Looz-Corswaren wg. Rheina-Wolbeck (1821–22)
 Nr. 206: Fürstliches Haus Rheina-Wolbeck (Gf. Lannoy-Clerveaux) (1822–55)
 Nr. 207: Fürstliches Haus Salm-Horstmar (1823–62)
 Nr. 311: Staatsbürgerliche Stellung der Mennoniten, Quäker, Philipponen u.a. (1828–47)
 Nr. 324–325: Kompetenzabgrenzung der Gerichte und Verwaltungsbehörden/Zulässigkeit des Rechtsweges (1829–40; 1841–60)
 Nr. 396: Organisation und Befugnisse des Präsidiums des Staatsministeriums (1808–1931)
 Nr. 504: Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, allg. (1824–61)
 Nr. 507: Anstellung der Militärinvaliden im Staatsdienst (1837–64)
 Nr. 642–645: Verfahren bei den gerichtlichen und Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte sowie bei der zwangsweisen Versetzung in den Ruhestand (1836–43; 1835–40; 1841–44; 1844–48)
 Nr. 891: Ernennung und Rücktritt der Minister der ausw. Angelegenheiten (1818–1918)
 Nr. 892: Ernennung und Rücktritt der Kriegsminister (1814–92)
 Nr. 984: Oberpräsidenten (1840–48)
 Nr. 1179: Landschaftliche Kredit-Institute in der Provinz Posen (1841–77)
 Nr. 1321: Allg. Jahresberichte der staatlichen Verwaltungsbehörden (1817–67)
 Nr. 1473 u. 1476: Zwangsweise Steuereintreibung, u.a. öffentliche Abgaben, Kosten (1844–66; 1825–43)
 Nr. 1521: Weinsteuer (1818–1901)
 Nr. 1531: Stempelsteuer (1840–93)
 Nr. 1542: Stempelsteuer für die Bestätigung von Familienstiftungen und Familienkommiß-Stiftungen (1819–1917)
 Nr. 1544: Stempelkonventionen (1822–96)
 Nr. 1571: Lehen und Fideikomnisse (1834–47)
 Nr. 1573: Lehen in Pommern (1810–43)
 Nr. 1580: Lehen in der Provinz Brandenburg und in der Altmark (1841–71)
 Nr. 1649: Allg. Gewerbe-Ordnung (1839–54)
 Nr. 1746: Volksschulordnungen für Pommern, Brandenburg, Sachsen, Westfalen und die Rhein-provinz (1846)
 Nr. 1808: Polizeiverordnungen (1808–1931)
 Nr. 1889: Die Verleihung des Titels „Prinz von Preußen“ (1840–49)
 Nr. 1890: Fideikommiß-Besitz des Kgl. Hauses (1844–1913)
 Nr. 1891: Kronfidei-Kommiß-Fonds (1821–1932)
 Nr. 1949: Teilnahme des Thronfolgers an den Beratungen des Staatsministeriums (1818–1918)
 Nr. 1962: Vereidigung der Staatsminister nach Thronwechseln (1840–88)

- Nr. 1964: Vereidigung der Beamten aus Anlaß des Regierungswechsels (1840)
 Nr. 1972: Amnestien anlässlich von Thronwechselln (1840–62)
 Nr. 1985: Verleihung des Charakters als Wirkl.GehR mit dem Prädikat „Exzellenz“ (1840–1906)
 Nr. 2004: Verleihung der Titel Amtmann, Ober-Amtmann, Amtsrat, Domänenrat sowie Ökonomie-Rat (1843)
 Nr. 2007: Bestimmungen über die Standeserhöhungen (1829–72, 1887)
 Nr. 2352: Ernennung und Rücktritt des Präsidenten des Staatsministeriums (1822–1913)
 Nr. 2390: Säkularisation der geistlichen Güter, Klöster und Stifter der ev. und kath. Kirche (1796–1855)
 Nr. 2409: Bestimmungen über die Presse (1848–51)
 Nr. 2522: Kabinettsorde-Buch des Staatsministeriums (1842/43)
 Nr. 11894: Ehe zwischen Inländern und Ausländern (1819–52)
 Nr. 13909: Anordnung und Einberufung der Provinzialstände; deren Geschäftsgang, Diäten und sonstige Angelegenheiten (1843–46)
 Nr. 20227: Protokoll-Journal (1836–48)

Rep. 90 Annex C/Registratur des Geheimen Justizrats v. Voß (Dahlemer Bestand)

- Nr. 5: Instruktion für einen Protokollführer des Staatsministeriums (1838)
 Nr. 16: Gesetzgebung über Landgemeinden und Rittergüter in den westl. Provinzen (1832–36)
 Nr. 23: Gesetz gegen Forstfrevell und Forstdiebstähle (1836–40)

Rep. 90a (Jüngere Registratur) (ehemaliger Merseburger Bestand)

- A XI 1 Nr. 3 Bd. 1: Huldigungseid der vormals unmittelbaren dt. Reichsstände (1820–68)
 A XI 1 Nr. 4:
 Huldigungseid der Untertanen der vormals unmittelbaren dt. Reichsstände und der Standesherren (1820–43)
 A XI 1 Nr. 7:
 Rechtsverhältnisse der vormals unmittelbaren dt. Reichsstände in gerichtlichen Angelegenheiten (1820–1920)
 B III 1 Nr. 1 Bd. 1: Einführung, Geschäftsführung pp. des Staatsrats (1808–49)
 B III 2b Nr. 2 Bd. 1: Sitzungen des Staatsministeriums (1821–86)
 B III 2b Nr. 6 Bde. 38–57: Originalprotokolle des Staatsministeriums (1840–48)
 B III 6 Nr. 5: Einrichtung, Geschäftsführung des Handelsrates und des Handelsamtes (1844–48)
 B III 6 Nr. 8 Bd. 1: Einrichtung, Geschäftsführung des Ev. Ober-Konsistoriums (1848)
 B III 7a Nr. 10:
 Gegenseitige Amtsbefugnisse der Regierungen und Gerichte in der Rheinprovinz (1818–43)
 B III 7b Nr. 6 Bd. 1: Einrichtung, Geschäftsführung der Konsistorien (1817–66)
 D III 3 Nr. 1 Bd. 1: Ausgabe von Banknoten durch die Preußische Bank (1832–46)
 D III 4b Nr. 1 Bd. 1: Geschäftsführung der Preußischen Bank, allg. (1815–46)
 D III 4f Nr. 4: Tilgungskasse in den Kreisen Heiligenstadt, Mühlhausen und Worbis (1841–66)
 D VI 2 Nr. 1 Bd. 1: Beurkundung des Personenstandes und Form der Eheschließung (1794–1857)
 E IV 1 Nr. 1 Bd. 1: Münzwesen (1821–68)
 F II Nr. 4 Bd. 1: Gemeinde-Abgaben (1820–52)
 F III 3 Nr. 1 Bd. 2: Einkommensteuer (1840–47)
 F IV 2 Nr. 1 Bde. 1–2: Mahl- und Schlachtsteuer (1820–42; 1843–54)
 G I Nr. 8 Bd. 2: Entwürfe zum allg. Berggesetz (1847–62)
 H II 3b Nr. 6 Bd. 2: Bestimmungen über die Lehen in den vormals sächs. Landesteilen (1843–49)

- H II 3d Nr. 1 Bd. 1:
Ankauf von Grundstücken aus poln. Besitz durch den Staat und Wiederveräußerung an Deutsche (1832–84)
- H III 3 Nr. 2 Bd. 1: Gesinde-Ordnung in Neuvorpommern und Rügen (1833–45)
- H III 3 Nr. 4 Bd. 1: Einführung der Gesindebücher (1833–1914)
- II 2 Nr. 3 Bd. 1:
Aufhebung der ausschließlichen Gewerbe-Berechtigungen sowie der Zwangs- und Bannrechte in der Provinz Posen und im Kulm-Michelauer Gebiet (1826–45)
- II 2 Nr. 6 Bd. 4:
Mühlengerechtigkeiten, Entschädigung und Regulierung in Ostpreußen, Litauen, Ermland und im Kreis Marienwerder (1835–45)
- K III 3 Nr. 8 Bd. 1: Berlin-Potsdam-Magdeburger-Eisenbahn-Gesellschaft (1840–80)
- K III 3 Nr. 12 Bd. 1:
(Berlin-Frankfurter) Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft (1840–52)
- N I Nr. 3 Bd. 1: Wasser-Stau und Beschaffung der Vorflut (1811–59)
- N I Nr. 4 Bd. 2: Benutzung der Gewässer (1843–1913)
- N I Nr. 6 Bd. 1: Deichwesen (1845–1913)
- N I Nr. 6 Bd. 2:
Benutzung der öffentl. Flüsse, Rechte der Uferbesitzer und Deichwesen (Gesetzentwürfe über die Strom- und Uferpolizei der öffentl. Ströme sowie über das Deichwesen) (1841–48)
- N I Nr. 7 Bd. 1: Deichwesen (1845–1913)
- P II 2 Nr. 2 Bde. 1–2:
Güter des ehemaligen St. Matthiasstifts, jetzt Elisabeth-Hospitals Breslau (1821–41; 1842–47)
- Q III 2 Nr. 6 Bd. 1: Öffentliche mittlere und höhere Schulen in der Provinz Posen (1833–95)
- S I Nr. 1 Bd. 2:
Schutz der Werke der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung (1841–67)
- V II 2 Nr. 1 Bd. 2:
Verfassung und Verwaltung der Provinzial- und Landeskommunal-Verbände, außer Posen und den Hohenzollernschen Landen (1840–88)
- V II 4 Nr. 1 Bd. 2:
Verfassung u. Verwaltung der Stadtgemeinden, außer Neuvorpommern und Rügen (1833–50)
- X I 2 Nr. 1 Bde. 1–2: Justizorganisation in Preußen (1808–46; 1847–53)
- X II 7 Nr. 1 Bd. 1: Vorschriften über die Konkurse/Konkursordnung (1825–53)
- X IV Nr. 1 Bde. 1–2: Strafgesetzbuch für die Preußischen Staaten (1826–46; 1847–54)
- X V 1 Nr. 1 Bd. 1: Zivilprozeßverfahren, allg. (1817–46)
- X V 2 Nr. 1 Bde. 2–3: (Hypotheken-) Grundbuchordnung (1833–43; 1844–62)
- X V 3 Nr. 1 Bd. 1:
Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen/Subhastationsordnung (1793–1854)
- X VI 2 Nr. 1 Bde. 1–2:
Das Verfahren in Strafsachen; (Kriminal-) Strafprozeß-Ordnung (1816–46; 1847–59)
- X VII Nr. 1 Bde. 1–2: Gerichtskosten (1815–45; 1846–49)
- Y I Nr. 6 Bd. 1: Militärflicht der Juden, Mennoniten, Philipponen usw. (1803–64)
- Y V 2e Nr. 1 Bd. 1:
Bewilligung von Unterstützungen an Veteranen und Militärinvaliden aus den Feldzügen v. 1806–15 (1845–76)

**Rep. 76: Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten
(ehemaliger Merseburger Bestand)**

- I Sekt. 22 Nr. 2 Bde. 3–5:
Pressegesetzgebung und Umgestaltung der Ober-Zensur-Kollegien (1837–42; 1841–42; 1843)
- I Sekt. 22 Nr. 33: Pressestrafgesetz (1842–54)
- II Sekt. 1 Gen. a Nr. 63:
Verfahren bei Beleidigungen gegen Behörden und Beamte (1831–69)
- II Sekt. 1 Gen. b Nr. 93:
Grenz- bzw. Handelsverhältnisse mit Rußland und Polen (Juli 1841–Dez. 1843)
- IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 1 Bd. 1: Diverse Gesetzesentwürfe des Finanzministeriums (1847–66)
- IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2 Bd. 1: Staatsrat und Staatsministerium, Staatsausschuß (1810–1927)
- III Sekt. 1 Abt. I Nr. 2 Bde. 1–2:
Ressortverhältnisse der Provinzialbehörden für die kirchlichen und Schulangelegenheiten (Mai 1842–Dez. 1843; Jan.–Okt. 1844)
- III Sekt. 1 Abt. 1 Nr. 4 Bd. 1: Errichtung eines ev. Ober-Konsistoriums (1847–48)
- III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 86 Bde. 1–2:
Verhältnisse der ev. Landeskirche; v.a. VO über Bildung neuer Religionsgesellschaften (Dez. 1844–Dez. 1845; Jan. 1846–März 1847)
- III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 148 Bde. 1–2:
Altlutheraner (Aug. 1840–Febr. 1842; März 1842–Mai 1845)
- III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 149:
Regulierung der Verhältnisse der Altlutheraner (Nov. 1841–Dez. 1842)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 22 Bd. 1:
Übernahme städtischer und anderer Nebenämter durch Geistliche, Leitung der Geistlichen und Kirchenbedienten (1829–51)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 35 Bd. 2:
Ehe-Verbindungen mit Ausländern; von Ausländern in Preußen geschlossene Ehen (1832–42)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 89 Bd. 1:
Kirchen- und Schulbedürfnisse bei neuen Ansiedlungen; Beitragspflicht der Kolonisten zu den Kirchen- und Schullasten (1827–58)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 94:
Dispensation zu ungleichen Ehen von Adligen mit Personen aus dem Bauern- oder niederem Bürgerstand (1841–70)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 96:
Staats- oder Nebenämter für Geistliche oder Lehrer an öffentlichen, einem Privatpatronat unterworfenen Schulen (1841–1914)
- III Sekt. 12 Abt. XIX-XX Nr. 23 Bde. 1–2:
Patronatsrecht des Magistrats Berlin; Wahl und Vokation der Prediger und Kirchenbedienten (1826–41; 1841–48)
- IV Sekt. 1 Abt. XVI Gen. Nr. 10 Bd. 1: Ehen mit Ausländern (1841–54)
- IV Sekt. 1 Abt. XX Nr. Bd. 7:
Konfessionsübertritt von Gemeinden und Regulierung deren kirchlicher Verhältnisse (1844–50)
- IV Sekt. 1 Abt. XXI Gen. Nr. 2 Bde. 1–2:
Verwaltung vakanter katholischer Pfarr- und Kaplanstellen (1817–40; 1840–98)
- IV Sekt. 1 Abt. XXV Gen. Nr. 1 Bd. 1:
Patronats-Verpflichtung geistlicher Korporationen zu geistlichen und Schulbauten (1798–1859)

- IV Sekt. 4 Abt. XX Nr. 1:
Einziehung und Verwaltung der geistlichen Güter in den früher von Polen requirierten Provinzen seit 1796 (1820–78)
- IV Sekt. 7 Abt. XVI Nr. 6 Bd. 3:
Katholisch-geistliche und kirchlich-politische Wirren in der Provinz Schlesien, v.a. staatliche Maßnahmen wegen der Mischehen-Frage (Nov. 1840–April 1843)
- IV Sekt. 8 Abt. VII Nr. 3 Bd. 3:
Katholische Kirchen und Anstellung der Pfarrer im RegBez. Erfurt (1842–64)
- IV Sekt. 10 Abt. VII Nr. 22:
Trennung der Bauernschaft Avenwedde vom Pfarrsprengel Gütersloh und deren Vereinigung mit der Pfarre Friedrichsdorf
- Va Sekt. 7 Tit. XV Nr. 33:
Etat Universität Greifswald, v.a. für die Staats- und landwirtschaftliche Akademie Eldena (1838–61)
- VI Sekt. VI Z Nr. 32 Bd. 2:
Revolutionäre Bewegungen im Ghzgtm. Posen, wie allg. in den vormals poln. Landesteilen (1847–63)
- VI Sekt. XXV Düsseldorf g Etats-Sachen Nr. 8:
Etat für die Verwaltung des Gymnasiums Emmerich (1837–1900)
- VII neu Sekt. 25 F IV Nr. 2 Bd. 2:
Haupt-Etat für die Verwaltung des Bergischen Schulfonds (1841–58)
- VII neu Sekt. 25 F IV Nr. 7 Bd. 9:
Verwaltung, Verpachtung und Benutzung des Bergischen Schulfonds (Mai 1844–Juni 1846)

Rep. 77: Ministerium des Innern (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Tit. 1 Nr. 34 Bde. 2–4:
Reorganisation des Ober-Zensur-Kollegiums sowie des gesamten Zensurwesens (Juni 1836–Febr. 1841; Febr. 1841–Juni 1842; Juni 1842–Dez. 1843)
- Tit. 1 Nr. 40 Bde. 1–3:
Emanierung eines Pressegesetzes (Jan. 1843–Mai 1843; Mai 1843–Aug. 1849; Generalia)
- Tit. 30 Nr. 38:
Beitrag der Juden zur Unterhaltung christlicher Kirchengebäude, Schulen, Begräbnisplätze usw. (1816–1913)
- Tit. 30 Nr. 39 Bd. 1: Zulassung der Juden zu öffentlichen Ämtern (1814–47)
- Tit. 30 Nr. 85 Bd. 4: Allg. Juden-Ordnung (Juli 1844–April 1847)
- Tit. 30 Nr. 128: Kultus- und Unterrichts-Wesen der Juden (1842–48)
- Tit. 32 Nr. 17 Bd. 2: Geldkurs und ausländische Münzen in Preußen (1830–75)
- Tit. 79 Nr. 2 Bde. 4–5:
Anlegung und Instandsetzung der Brücken, Wege und Dämme; allg. Wege-Reglement (1836–39; 1840–58)
- Tit. 98 Nr. 20 Bde. 4–5:
Bestimmungen zu Homagial-Eidesleistungen (Juni 1841–Juli 1844; Sept. 1844–März 1874)
- Tit. 98 Nr. 33 Bd. 1:
Vereidigung der Staatsbeamten nach Regierungswechsel (Juni 1840–1841)
- Tit. 98 Nr. 35 Bd. 1:
Landeshuldigung nach Thronwechsel auf Friedrich Wilhelm IV. (Juni–Aug. 1840)
- Tit. 114 Nr. 49 Bd. 2: Eides-Leistungen (Huldigung, Juden, Diensteide) (1839–61)
- Tit. 114 Nr. 137 Bd. 1: Wegnahme des Privateigentums wegen öffentlichen Zwecken (1820–61)

- Tit. 114 Nr. 201 Bd. 1:
 Aggravations-Rechtsmittel in Kriminaluntersuchungen gegen Zivilbeamte (1834–42)
- Tit. 123 Nr. 2: Verhältnis der Gerichtsherren zu den Ortsschulen; Ortsschulvorstände (1842–43)
- Tit. 123 Nr. 4: Teilnahme der Bischöfe an der Besetzung kath. Schullehrerstellen (1843)
- Tit. 123 Nr. 34:
 Klöster und geistliche Stiftungen (u.a. Schlesien, Neu- und Südostpreußen) (1810–97)
- Tit. 123 Nr. 61 Bd. 1:
 Taufe und Trauung; Registerführung über Geburten, Heiraten und Todesfälle; Kirchenbücher (1819–53)
- Tit. 123 Nr. 82 Bd. 1:
 Landesherrliche Oberaufsicht über Vermögensverwaltung der Kirchen, Pfarren und kirchlichen Stiftungen (1823–45)
- Tit. 123 Nr. 86:
 Konfessionsübertritt von Gemeinden; Regulierung der Verhältnisse erloschener Parochien in Schlesien (1825, 1827, 1829, 1847)
- Tit. 123 Nr. 90 Bd. 1: Kirchliche Stolgebühren (1826–92)
- Tit. 123 Nr. 111 Bd. 1:
 Kirchen-Ordnung für ev. Gemeinden in Westfalen und der Rheinprovinz (1835–97)
- Tit. 123 Nr. 122 Bde. 1–2:
 Beitrag der Patrone zu Kirchen- und Schulbauten in ehemals kgl. sächs. Landesteilen (1828–44; 1844–62)
- Tit. 124 Nr. 4: Schulordnung für die Provinz Brandenburg (1846)
- Tit. 127 Preußen Nr. 2 Bde. 1–2:
 Schulordnung für die Volksschulen in der Provinz Preußen (1836–44; 1845–92)
- Tit. 132 Nr. 21:
 Besetzung der kath. Pfarren im Eichsfeld; Anspruchsrecht des Bischofs von Paderborn (März 1846–März 1847)
- Tit. 146 Nr. 43: Berechnung und Erhebung der Laudemien (1844–48)
- Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1: Geschäftsbetrieb der obersten Staatsbehörden (1808–40)
- Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1: Protokolle und Vortragsverzeichnisse des Staatsministeriums (1810–43)
- Tit. 182 Nr. 62: Errichtung eines ev. Ober-Konsistoriums (1848)
- Tit. 184 Nr. 190 Bd. 1:
 Strafverfahren gegen Beamte bzw. Entlassung und Versetzung wg. gerichtlicher oder Disziplinaruntersuchung (1838–47)
- Tit. 227 Nr. 4 Bde. 5–6:
 Erwerbung und Verlust der Eigenschaft als preuß. Untertan; Eintritt in fremde Staatsdienste (31.12.1842) (Sept. 1844–Sept. 1846; Okt. 1846–1852)
- Tit. 258 Nr. 1 Bd. 3: Anlegung der Eisenbahnen (1845–52)
- Tit. 258 Nr. 27: Benutzung der Eisenbahnen für öffentliche, v.a. militärische Zwecke (1839–57)
- Tit. 258a Nr. 3 Bd. 1: Die Köln-Mindener-Eisenbahn (bis 1850)
- Tit. 258a Nr. 10: Eisenbahn von Halle nach Kassel (Thüringische Eisenbahn) (1837–74)
- Tit. 258a Nr. 16: Uckermärkische Eisenbahn (1844–45)
- Tit. 258a Nr. 34: Eisenbahn von Dürrenberg nach Leipzig (1840–44)
- Tit. 258a Nr. 38:
 Eisenbahn von Brieg nach Neiße, Anschluß an die Oberschlesische Eisenbahn (1844–70)
- Tit. 258a Nr. 46 Bd. 1: Eisenbahn-Verbindung zwischen Berlin und Königsberg/Pr. (1843–51)
- Tit. 283a Nr. 47 Bd. 1:
 Verbindung der verschiedenen Berliner Eisenbahnhöfe durch eine Pferde-Eisenbahn (Mai 1843–Okt. 1862)
- Tit. 303 Nr. 6 Bd. 3: Die Gesindebücher (März 1844–Jan. 1848)

- Tit. 314 Nr. 7 Bde. 3–5, 7–8:
 Kommunal-Ordnung für die Rheinprovinz (Okt. 1840–Sept. 1842; Okt. 1842–Mai 1843; Mai 1843–Febr. 1844; April–Dez. 1844; 1845–71)
- Tit. 314 Nr. 8 Bd. 1: Kultuskosten auf dem linken Rheinufer (1826–66)
- Tit. 332cc Nr. 19 Bd. 2: Einquartierung in Kriegs- und Friedenszeiten (1828–43)
- Tit. 343a Nr. 62:
 Maßregeln zum Kirchen- und Schulwesen im Ghzgtm. Posen (Febr. 1846–Dez. 1847)
- Tit. 349a Nr. 1 Adhib. 1 Bd. 2:
 Kompetenz der Patrimonialgerichts- und Gutsherren in Polizei-Kontraventions- und Strafsachen (1832–42)
- Tit. 349a Nr. 192 Bd. 1:
 Begnadigungen nach Thronwechseln (außer politische Verbrechen und Pressevergehen) (1814–50)
- Tit. 416 Nr. 37 Bd. 1: Maßregeln gegen die freien Gemeinden (Lichtfreunde) (1844–45)
- Tit. 416 Nr. 38 Bd. 1: Bildung neuer Religionsgesellschaften (März 1845–Aug. 1850)
- Tit. 489 Nr. 33 Bd. 1: Einrichtung einer reichsständischen Verfassung (1831–45)
- Tit. 496 Nr. 1 Bde. 1–2:
 Fortbildung der ständischen Verhältnisse (Juli 1845–April 1846; Juli 1846–März 1847)
- Tit. 496 Nr. 1 Adhib. A: Ständische Verhältnisse (Mai 1845–Jan. 1847)
- Tit. 496 Nr. 2:
 Geschäftsgang vom Vereinigten LT bzw. Vereinigtem ständischen Ausschuß (1842; 1847)
- Tit. 496 Nr. 3 Bd. 1:
 Vorbereitung und Einberufung des Vereinigten Landtages 1847 (Jan.–März 1847)
- Tit. 496 Nr. 5 Bde. 1 u. 5:
 Dem Vereinigten LT 1847 vorzulegende Gegenstände und deren Beratung (Febr.–April 1847; Juli–Dez. 1847)
- Tit. 500 Gen. Nr. 1 Bd. 1: Allg. Sicherheitsmaßregeln gegen Volksaufstände (1830–46)
- Tit. 500 Nr. 17:
 Gründung eines allg. deutschen Advokaten-Vereins; Teilnahmeverbot für preuß. Untertanen (1843–46)
- Tit. 505 Nr. 2 Bde. 3–4:
 Revolutionäre Bestrebungen und Unruhen im RegBez. Köln (1843–46; 1846–51)
- Tit. 522a Nr. 1 Bde. 1–2: Einrichtung einer ständischen Verfassung (1823–28; 1830–70)
- Tit. 522a Nr. 4:
 Mitteilungen der Regierung an die Provinzialstände allg.; v.a. Proponenda und Propositionsdekrete (1824–73)
- Tit. 522a Nr. 5 Bde. 2–3:
 Veröffentlichung der LT-Verhandlungen (1838–41; Sept. 1841–Juni 1843)
- Tit. 522a Nr. 13 Bd. 5:
 Wahl- und Stimmfähigkeit der Mitglieder der Ständeversammlungen (1847–85)
- Tit. 522a Nr. 21 Bd. I: Konferenzen der ständischen Immediat-Kommission (1827–45)
- Tit. 522a Nr. 22 Bd. 2: Geschäftsbetrieb auf den Provinzial-Landtagen (1837–45)
- Tit. 522a Nr. 26: Pflichten und Befugnisse der LT-Kommissarien (1829–37)
- Tit. 522a Nr. 31: Die ständische Immediat-Kommission (1821, 1824–47)
- Tit. 522a Nr. 35:
 Aufträge von Provinzial- bzw. Kommunal-Landtagen an LT-Abgeordnete über die Dauer der LT hinaus (1831–56)
- Tit. 522a Nr. 37 Bd. 2:
 Fristen zur Zusammenberufung der Provinzial-Landtage, deren Dauer und Vorbereitung 1837 (1837–86)

- Tit. 522a Nr. 40:
Beschleunigung der LT-Abschiede; Vorbereitung der Propositionen; Verfahren der Verwaltung während der LT-Verhandlungen (1833–70)
- Tit. 522a Nr. 46 Bde. 1–3:
Vorbereitung der Landtage 1841 sowie der LT-Abschiede (Juli 1839–Febr. 1841; März–Aug. 1841; 1841)
- Tit. 522a Nr. 47 Bde. 1–3:
Errichtung Ständischer Ausschüsse der Provinzial-Landtage (Jan.–April 1841; April 1841; April 1841–Jan. 1842)
- Tit. 522a Nr. 52:
Propositionen von 1841 zur weiteren Ausbildung der ständischen Verfassung (1841–47)
- Tit. 522a Nr. 53 Bde. 1–2:
Vorbereitung und Zusammenberufung der Ständischen Ausschüsse 1842 (April–Juli 1842; Aug.–Okt. 1842)
- Tit. 522a Nr. 53 Adhib. 1–2: Manifest über die ständische Institutionen (1842)
- Tit. 522a Nr. 60 Bd. 1: Vorbereitung der Landtage 1843 (Dez. 1842–April 1843)
- Tit. 522a Nr. 62: Verfahren gegen bescholtene Landtags-Abgeordnete (1828–47)
- Tit. 522a Nr. 74:
Vorbereitung der Provinzial-Landtage 1847 und dann des Vereinigten LT (1846–50)
- Tit. 523a Nr. 26 Bde. 1 u. 3:
Propositionen für den 7. ProvLT im Kgr. Preußen 1841 (Febr. 1841; 1841–42)
- Tit. 523a Nr. 27 Bd. 1: Verhandlungen des 7. ProvLT in Preußen 1841 (März–April 1841)
- Tit. 523a Nr. 31 Bd. 2: Propositionen für den 8. ProvLT im Kgr. Preußen 1843 (Sept.–Dez. 1843)
- Tit. 523a Nr. 34 Bde. 1 u. 3:
Propositionen für den 9. ProvLT im Kgr. Preußen 1845 (Juli 1844–Febr. 1845; Dez. 1845–Jan. 1846)
- Tit. 523b Nr. 42 Bde. 1–3:
Propositionen für den 7. ProvLT der Mark Brandenburg und der Niederlausitz 1841 (Sept. 1841–Mai 1842; Febr.–Aug. 1841; Sept. 1841–Mai 1842)
- Tit. 523b Nr. 47 Bde. 1–2:
Propositionen für den 8. ProvLT der Mark Brandenburg und der Niederlausitz 1843 (Jan.–Febr. 1843; Febr. 1843–April 1844)
- Tit. 523c Nr. 28: 7. ProvLT Hzgtm. Pommern und Fstm. Rügen 1841 (1839–41)
- Tit. 523c Nr. 30 Bde. 1–2:
Propositionen für den 7. ProvLT Hzgtm. Pommern und Fstm. Rügen 1841 (Febr. 1841; Febr.–Aug. 1841)
- Tit. 523d Nr. 26 Bde. 2–3:
Propositionen für den 6. ProvLT Schlesien 1841; LT-Abschied (April–Juli 1841; Aug. 1841)
- Tit. 523d Nr. 37 Bd. 2: Propositionen für den 8. ProvLT Schlesien (1844–46)
- Tit. 523e Nr. 20 Bd. 2:
Propositionen für den 5. ProvLT im Ghzgtm. Posen 1841 (Febr.–Aug. 1841)
- Tit. 523e Nr. 25 Bde. 1–2:
Propositionen für den 6. PovLT im Ghzgtm. Posen 1843 (Jan.–April 1843; April 1843–April 1844)
- Tit. 523e Nr. 28 Bde. 1–2:
Propositionen für den 7. ProvLT im Ghzgtm. Posen 1845 (Juni 1844–Mai 1845; Juni–Dez. 1845)
- Tit. 523f Nr. 28 Bde. 1 u. 3:
Propositionen für den 6. ProvLT in Sachsen 1841; LT-Abschied (Febr. 1841; Aug. 1841)
- Tit. 523f Nr. 34 Bd. 3:
Propositionen für den 7. ProvLT in Sachsen 1843; LT-Abschied (Dez. 1843)

- Tit. 523f Nr. 37 Bde. 1–2:
Propositionen für den 8. ProvLT in Sachsen 1845; LT-Abschied (Juli 1844–Sept. 1845;
Dez. 1845)
- Tit. 523g Nr. 24 Bd. 3:
Propositionen für den 6. ProvLT in Westfalen 1841; LT-Abschied (Aug. 1841)
- Tit. 523g Nr. 30 Bde. 1–2:
Propositionen für den 7. ProvLT in Westfalen 1843; LT-Abschied (Mai 1842–März 1843;
März–Dez. 1843)
- Tit. 523g Nr. 33 Bd. 2:
Propositionen für den 8. ProvLT in Westfalen 1845; LT-Abschied (Juni–Dez. 1845)
- Tit. 523h Nr. 26 Bde. 2–3:
Propositionen für den 6. LT der Rheinprovinz 1841; LT-Abschied (Mai–Aug. 1841;
Sept.–Nov. 1841)
- Tit. 523h Nr. 31 Bde. 2 u. 5:
Propositionen für den 7. LT der Rheinprovinz 1843; LT-Abschied (Mai 1843; Dez. 1843)
- Tit. 523h Nr. 33 Bde. 1–2:
8. ProvLT der Rheinprovinz 1845 (März 1844–März 1845; März 1845–April 1846)
- Tit. 523h Nr. 34 Bde. 1–2:
Propositionen für den 8. LT der Rheinprovinz 1845; LT-Abschied (Juli 1844–Sept. 1845;
Okt.–Dez. 1845)
- Tit. 738 Nr. 12 Bd. 3: Kommunal-Ordnung der Provinz Westfalen (März 1840–Dez. 1841)
- Tit. 813 Nr. 1 Bd. 1: Verbindung der Telegraphen mit den Eisenbahnen (1839–50)
- Tit. 1012 Westfalen Nr. 14 Bd. 2:
Ansiedlung der Juden auf dem platten Lande in Westfalen (v.a. Fstm. Paderborn, Krs. Siegen
und Hzgtm. Westfalen) (1846)
- Tit. 1433 Nr. 1 Bd. 1: Forst-Konventionen (1825–63)

Rep. 77: Ministerium des Innern (Dahlemer Bestand)

Nr. 577: Personalakte v. Braunbehrens

Rep. 80: Staatsrat (ehemaliger Merseburger Bestand)

- I Gen. Nr. 23 Bd. 1: Anstellung von Hilfsarbeitern beim Staatsrat (1840–45)
- I Gen. Nr. 24: Erlasse bei Thronwechseln 1840 und 1861
- I Finanzen Nr. 37: Gesetz über Aktiengesellschaften (1842–43)
- I Finanzen Nr. 43: Gesetz über das Deichwesen (1845–48)
- I Geistliche Angelegenheiten Nr. 1: Verhältnisse der Altlutheraner (1842–45)
- I Geistliche und Schulsachen Nr. 2 u. Adhib. 2: Kultuskosten auf dem linken Rheinufer (1844–45)
- I Geistliche und Schulsachen Nr. 4 u. 4a: Bau von Schul- und Küsterhäusern (1845–46)
- I Inneres Nr. 59 und 59a:
Beschränkung der Ablösbarkeit der Erbpacht-, Erbzins- und Zinsgerechtsame (1837–39;
1837/38)
- I Inneres Adhib. Nr. 64 Drucksachen:
Gesetzentwürfe 1. über preuß. Untertanen-Verhältnis, 2. wegen des Eintritts preuß. Unter-
tanen in fremde Staatsdienste, 3. über Verpflichtung oder Verweigerung der Kommunen zur
Aufnahme neuanziehender Personen, 4. über Verpflichtung zur Armenpflege
- I Inneres Adhib. Nr. 64 Beiheft 1841–1843: Akte betr. die Gesetzentwürfe 1–4 (1841–43)
- I Inneres Nr. 73 u. 73a:
Ablösung technischer, auf dem Grundbesitz als Reallast haftende Leistungen (1840–41)

- I Inneres Nr. 84: Allg. Forst- und Jagdpolizei-Ordnung (1842–48)
- I Inneres Nr. 85: Entrichtung von Laudemien und Taxwerte (1842–45)
- I Inneres Nr. 87: Dismembration von Grundstücken und Anlegung neuer Etablissements (1844)
- I Inneres Nr. 89 u. 89a:
Kosten bei gutsherrlich bäuerlichen Regulierungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen auf Kirchen, Pfarren, Schulen und Küstereien (1844–46)
- I Inneres Nr. 92 u. Adhib. 92a:
Homagialeid bei Erwerb von Rittergutsbesitz; Erwerb von Grundeigentum für Korporationen und andere juristische Personen des Auslandes (1845–47)
- I Inneres Nr. 93: Versandungen und Sandschellen im Binnenlande (1845–48)
- I Inneres Nr. 96 u. Adhib. 96a:
Aufhebung des Sportulierens der unteren Verwaltungsbehörden (1845; 1846–48)
- I Inneres Nr. 98: Aufhebung des Abdeckereizwanges (1846–48)
- I Justiz Nr. 134, 134a, 134b:
Verbot der Aufnahme von Notariats-Urkunden in Fremdsprachen (1838–41; 1838–39; 1841)
- I Justiz Nr. 136, 136a, 136b: Altmärkische Bauernlehne (1838–45; 1838–39; 1844–45)
- I Justiz Nr. 151 u. 151a: Schweidnitz-Jauersche Lehen (1840–41)
- I Justiz Nr. 157 u. 157a:
Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen (1841–44; 1841)
- I Justiz Nr. 158 u. 158a:
Aufhebung der im Bezirk des Land- und Stadtgerichts Brieg geltenden besonderen Rechte (1840–41)
- I Justiz Nr. 162 u. 162a: Elbinger Territorial-Angelegenheit (1841–42)
- I Justiz Nr. 166: Straferkenntnisse bei Majestätsbeleidigungen (1841)
- I Justiz Nr. 174a: Hypothekarische Sicherstellung von Deposital- und Mündel-Vermögen (1842)
- I Justiz Nr. 175:
Gerichtliche und das Disziplinarverfahren gegen Beamte; Pensionierung der Zivilbeamten (1839–46)
- I Justiz Nr. 176 u. 176a:
Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an Anstalten und Gesellschaften (1842–43)
- I Justiz Nr. 180 u. 180a: Wertberechnung in Zivilprozessen (1841–43)
- I Justiz Nr. 181 u. 181a: Zivil-Einrede bei Wald-, Feld- und Jagdfrevel-Sachen (1842–45; 1842–44)
- I Justiz Nr. 182: Verlagsrechte und deren Schutz gegen Nachdruck (1842–44)
- I Justiz Nr. 185:
Verbot der Ehe zw. Stief- und Schwiegereltern und Stief- und Schwiegerkindern (1843)
- I Justiz Nr. 187a: Errichtung von Handelsgerichten (1843–46)
- I Justiz Nr. 191:
Entwürfe zu den Gesetzen 1. über die Vollstreckung rechtskräftiger Straferkenntnisse bei Gesuchen um Begnadigung bzw. um Aussetzung o.ä. der Strafen, 2. wegen Aufhebung der Befugnis des Justizministers zur Bestätigung gerichtlicher Straferkenntnisse und 3. über das Verfahren bei Strafumwandlungen (1843–44)
- I Justiz Nr. 194: Bestrafung des Sklavenhandels (1844)
- I Justiz Nr. 195:
Einführung des Instituts der Staatsanwaltschaft; Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde (1844–47)
- I Justiz Nr. 196 u. Adhib. Bd. 1: Forst-, Jagd- und Feldpolizei-Ordnung (1844–45)
- I Justiz Nr. 197: Pfandrecht des Vermieters und Verpächters (1843, 1844–46)
- I Justiz Nr. 199: Kompetenz der Notarien (1842–45)
- I Justiz Nr. 200: Vorrecht des Fiskus wegen Zahlung von Verzugszinsen (1844–45)
- I Justiz Nr. 202: Hinterpommersches Lehnswesen (1844–45)

I Justiz Nr. 208: Adlige Lehen in Altvor- und Hinterpommern (1845–46)

I Justiz Nr. 211 u. 211a:

Erbverpachtung von Grundstücken, welche unter Lehns- oder Fideikommiß-Verband stehen (1845–48)

I Justiz Nr. 212 u. Adhib. 212a: Kurmärkische Lehen (1845–48; 1850)

I Personalia, Nr. 30 u. 30a: Amtsentlassung Hoffmanns (v. Fallersleben) (1842)

Rep. 84: Ministerium zur Revision der Gesetzgebung (ehemaliger Merseburger Bestand)

II 2 A Nr. 14: Apotheken (1840–46)

II 2 B Nr. 24: Bürgschaften für Frauen (1840–45)

II 2 C Nr. 4: Kautionen der Beamten (1833–45)

II 2 C Nr. 7: Chausseen (1837–47)

II 2 D Nr. 11: Dismembrationen (1843–47)

II 2 D Nr. 12,: Duelle (1844–47)

II 2 E Nr. 4 Bd. 1: Eidesleistungen in Prozeßsachen (1833–44)

II 2 E Nr. 5: Verfahren in Ehescheidungssachen (1832–48)

II 2 E Nr. 6 Bde. 2–3: Erziehungs- und Unterrichtswesen (1839–45; 1846)

II 2 E Nr. 7 Bd. 1: Exekutionsbefugnisse der administrativen Behörden (1834–48)

II 2 E Nr. 11:

Recht der Ehefrauen zur Vindikation eingebrachter Mobilien gegen die Gläubiger des Ehemannes (1836–38)

II 2 E Nr. 18 Bd. 1: Ehrengerichte für richterliche Beamte (1842–47)

II 2 F Nr. 3 Bd. 1: Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten (1833–46)

II 2 F Nr. 8: Anforderungen an den Staat aus der Zeit der Fremdherrschaft (1836–47)

II 2 G Nr. 3 Bd. 1: Verfahren bei Ausarbeitung von Gesetzentwürfen (1831–47)

II 2 G Nr. 5: Publikation der Gesetze durch die Gesetz-Sammlung (1833–46)

II 2 G Nr. 8 Bde. 3–4: Gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse (1842–45; 1845–47)

II 2 G Nr. 12 Bde. 1–2: Gesindewesen (1833–44; 1833–47)

II 2 G Nr. 13 Bd. 1: Grundsteuer-Gesetz für die westl. Provinzen, auch Kataster-Wesen (1835–46)

II 2 G Nr. 21:

Rechte der Mitglieder von Land- und Stadtgemeinden u.a. Korporationen an den Gemeindegründen und Grundgerechtigkeiten (1836–45)

II 2 G Nr. 31: Gebühren- und Sportelwesen (1842–47)

II 2 I Nr. 1 Bd. 2: Rechtsverhältnisse der Juden (1841–46)

II 2 I Nr. 11: Teilung gemeinschaftlicher Jagd-Distrikte (1839–44)

II 2 I Nr. 12: Gebühren-Taxe für Justizkommissarien (1841–47)

II 2 I Nr. 13: Justizkommissarien (1842–47)

II 2 K Nr. 1a: Vermögensverwaltung der kath. Kirche (1832–47)

II 2 K Nr. 3: Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten (1834–47)

II 2 K Nr. 4: Prozesse gegen Kirchen (1834–46)

II 2 K Nr. 11: Katholische Kirche (1839–45)

II 2 L Nr. 7: Lehns-Angelegenheiten (1837–45)

II 2 M Nr. 19: Münzwesen (1838–46)

II 2 O Nr. 14 Bde. 1–2 u. 4:

Institut des öffentlichen Ministeriums in Zivil- und Kriminal-Prozessen (1832–44; 1844–45; 1846–47)

II 2 P Nr. 14: Entwurf eines neuen Postgesetzes (1835–46)

II 2 P Nr. 20: Einrichtung der Provinzial-Polizei- und Finanzbehörden (1835–48)

II 2 R Nr. 9: Rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung (1839–48)

- II 2 R Nr. 24:
 Gemeinheitsteilungs-Servituten-Ablösungs- und Feldpolizei-Ordnung für die Rheinprovinz mit Ausnahme der Kreise Rees und Duisburg (1845–48)
- II 2 S Nr. 6 Bde. 2–3: Staatsministerium (1840–44; 1845–48)
- II 2 S Nr. 9: Gerechtsame der Standesherrn (1834–47)
- II 2 S Nr. 43: Sklavenhandel (1843–44)
- II 2 T Nr. 1: Förmlichkeiten bei Errichtung von Testamenten (1833–45)
- II 2 T Nr. 2: Titelverleihungen, inkl. Titulaturen, Rangverhältnisse usw. (1832–48)
- II 2 W Nr. 4 Bd. 2:
 Ablösung der Reallasten in den Landesteilen des ehemaligen Kgr. Westphalen, Ghzgtm. Berg und der frz. Departements (1840–45)
- II 2 W Nr. 15 Bde. 1–2: Allg. Wege-Ordnung (1831–42; 1842–47)
- II 2 W Nr. 27: Angelegenheiten des Herrn Fürsten zu Wied (1842–45)
- II 2 W Nr. 28:
 Naturaldienste und Dienstgelder in den früher zum Kgr. Westphalen gehörenden Teilen der Altmark und des Hzgtm. Magdeburg (1840–45)
- II 4 I Nr. 17: Revidierter Entwurf des Strafgesetzbuches von 1845
- II 4 I Nr. 19:
 Der nach den Beschlüssen der Immediatkommission im Ministerium der Gesetzrevision abgefaßte Entwurf des Strafgesetzbuches (Aug.–Dez. 1846)
- II 4 XI Nr. 9: Vorarbeiten zum revidierten Entwurf des Bergrechts (1845)
- II 4 XI Nr. 10:
 Entwurf des allg. Bergrechts, der Instruktion zur Verwaltung des Bergregals und der provinzialrechtlichen Bestimmungen mit Ausnahme des westrhein. Teiles der Rheinprovinz (1846)
- II 4 XV Nr. 6 Bd. 7 Fasc. 1 u. 2: Entwurf des Ehescheidungsgesetzes (1842; 1843)
- II 5 Gen. Nr. 1 Bd. 5: Ausarbeitung der Provinzial-Gesetze (1842–48)
- II 5 Gen. Provinz Preußen Nr. 6: Verpflichtung zur Unterhaltung d. Wege und Brücken (1840–45)
- II 5 A Nr. 1 Bd. 16: Altmärkische Bauernlehne (1837–45)
- II 5 D Nr. 2 Bd. 4 Fasc. 3: Revidierter Entwurf des Bergischen Provinzialrechts (1837)
- II 5 D Nr. 2 Bd. 5 Fasc. 3:
 Der ProvLT zum revidierten Entwurf des Provinzialrechts des Hzgtm. Berg (1841)
- II 5 H Nr. 3 Bd. 5: Aufhebung des Statuarrechts der Stadt Duisburg (1843–44)
- II 5 M Nr. 4 Bd. 1 Fasc. 6: Ausarbeitung des Märkischen Provinzial-Gesetzbuchs (1843–47)
- II 5 M Nr. 4 Bd. 9 Fasc. 1b, 8, 9:
 Beratung des Provinzial-Kirchen- und Schulrechts für die Alt-, Kur- und Neumark mit den ständischen Deputierten (1842–45; 1841; 1842)
- II 5 M Nr. 4 Bd. 14 Fasc. 7:
 Abänderung einzelner Vorschriften des Märkischen Lehnsrechts (1843–46)
- II 5 M Nr. 19:
 Feuer- und Lösch-Ordnung für das platte Land der Kurmark, Niederlausitz und Neumark (1845–46)
- II 5 M Nr. 20:
 Baupolizei-Ordnung für das platte Land der Kurmark, Niederlausitz und Neumark (1845–46)
- II 5 O Nr. 2 Bd. 4:
 Ober-Amts-Patent v. 1727 in der Oberlausitz zum Wasserrecht und dessen Aufhebung (1843)
- II 5 P Nr. 3 Bd. 10 Fasc. 1:
 Gesuch der Ritterschaft des Fstm. Minden und der Gfscht. Ravensberg um Herstellung der früheren Sukzessionsrechte (1836–44)
- II 5 P Nr. 4 Bd. 5: Aufhebung des Preußischen Landrechts v. 1721 (1842–43)

- II 5 S Nr. 1 Bd. 12:
Anwendbarkeit allg. sächsischen Landesgesetze in den jetzigen preuß., vormals kgl. sächs. Landesteilen (1844–47)
- II 5 S Nr. 4 Bd. 1 Fasc. 41^{all.}:
Aufhebung der in Schlesien geltenden besonderen Rechte über die eheliche Gütergemeinschaft und die gesetzliche Erbfolge (1845)
- II 5 S Nr. 4 Bd. 2 Fasc. 69: Schweidnitz-Jauersche Lehen (1843–45)
- II 5 W Nr. 3 Bd. 2 Fasc. 2–3:
Unteilbarkeit, Vererbung und Verschuldung der Bauerngüter in Westfalen (1837–44; 1844–48)
- II 5 W Nr. 3 Bd. 6 Fasc. 1–3:
Eheliche Gütergemeinschaft in der Provinz Westfalen (1843–44; 1845–46; 1846–48)

Rep. 84a: Justiz-Ministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 94: Justizminister Heinrich v. Mühlner (1832–44)
- Nr. 601: Dreidinge in Schlesien (1834–45)
- Nr. 765: Jurisdiktions-Verhältnisse der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla (1830–42)
- Nr. 805: Eximierter Gerichtsstand (1841–46)
- Nr. 863: Reform des Justizkommissariats und Notariats (1841–54)
- Nr. 2805: Gebühren der Zeugen und Sachverständigen (1841–45)
- Nr. 3057: Modifikation der Strafgesetze und Untersuchungsverfahren gegen Beamte in der Rheinprovinz (1839)
- Nr. 3394–3395: Schlesische Standesherrn u. Huldigungseide ihrer Untertanen (1826–39; 1840–48)
- Nr. 3444: Erbverpachtung der Lehen und Fideikomnisse (1842–44)
- Nr. 3455: Erbämter-Lehen (1840–57)
- Nr. 3491: Lehnsverfassung in der Provinz Pommern (1840–45)
- Nr. 3502: Abschätzung Pommerscher Lehen (1840–46)
- Nr. 3507: Schlesische Lehen (1841–68)
- Nr. 3732: Aufsicht über Familien- und anderen Stiftungen (1842–44)
- Nr. 3765–3766: Nachlaßregelung des Prinzen August v. Preußen (1813–44; 1844–89)
- Nr. 4263: Gesuch der Frau Prinzessin Biron von Curland wg. Bestätigung des Fideikommisses der Herrschaft Dyhernfurt (1818–44)
- Nr. 5060: Allodifikation des den Gebrüdern von Heyden gehörenden Gutes Plötz (1841–44)
- Nr. 5807: Gesuch des Fürsten Pückler-Muskau zur Stiftung eines Majorats pp. (1830–46)
- Nr. 6045: Verhältnisse der Fürsten Salm-Salm und Salm-Horstmar (1844–1924)
- Nr. 6428: Justizverfassung in der Gfscht. Wernigerode (1838–48)
- Nr. 6775: Verhältnisse des Fürsten Sayn-Wittgenstein-Hohenstein wegen seines Anteils an der Gfscht. Wittgenstein (1820–53)
- Nr. 6823: Das Graf York von Wartenburg'sche Familienfideikommiß Schleibitz (1838–43/1942)
- Nr. 6872: Exekutions-Befugnisse der Verwaltungsbehörden (1840–43)
- Nr. 6934: Brakwesen in den Handelsstädten der Provinz Preußen (1832–53)
- Nr. 6954: Geschichte und Verfassung der Stadt Elbing (1809–45)
- Nr. 7007–7008, 7010–7011: Zensurwesen (1836–Juli 1843; Juli 1843–Dez. 1844; Okt. 1845–März 1847; April 1847–März 1848)
- Nr. 7018: Entwurf eines Pressegesetzes (Mai 1845–März 1848)
- Nr. 7349: Säkularisierte geistliche Güter in Schlesien, v.a. das Vermögen des vormaligen St. Mattias-Stifts Breslau (1812–28)

- Nr. 7351: Kirchen- und Schulwesen, v.a. in den neuen und wieder eroberten Provinzen (1815–41)
 Nr. 7360: Geistliche Angelegenheiten in der Rheinprovinz (1832–44)
 Nr. 7374: Pensionsansprüche von Geistlichen in der Rheinprovinz (1821–44)
 Nr. 7392: Verteilung der Pfarr-Einkünfte bei Erledigung kath. Pfarrstellen (1834–43)
 Nr. 7569: Hypothekarische Eintragungen und Löschungen der Pfandbriefe (1844–54)
 Nr. 7621: Verwaltungsansprüche an den Fiskus aus der Zeit der Fremdherrschaft in den neuen und wieder eroberten Provinzen (1842–61)
 Nr. 7671–7672: Zentralschulden des ehemaligen Kgr. Westphalen (1815–42; 1842–53)
 Nr. 7691: Eekutivische Steuereintreibung u.a. öffentlicher Abgaben (1842–59)
 Nr. 7850: Weinkaufsgelder bei Veräußerung eigenbehöriger Kolonate in Westfalen (1836–45)
 Nr. 7915: Das Legge-Wesen (1829–75)
 Nr. 7936: Züchtigungsrecht der Gutsherrschaften (1838–44)
 Nr. 7999: Abänderung und Verbesserung der Vorspann-Verfassung (1798–1844)
 Nr. 8004: Rechtsverhältnisse zwischen Schiffern, Reedern und Befrachtern (1835–43)
 Nr. 8042: Benutzung der Flüsse und Gewässer (1836–54)
 Nr. 8048: Parzellierung der Grundstücke in der Rheinprovinz (1841)
 Nr. 8152: Ablösung der Reallasten in den Provinzen westlich der Elbe (1835–47)
 Nr. 8194: Rechte der Mitglieder von Land- und Stadtgemeinden u.a. Korporationen an den Gemeindegründen und Grundgerechtigkeiten (1836–45)
 Nr. 8219: Heimfallspflichtige Kolonate in Westfalen, Erbfolge (1840–52)
 Nr. 8235: Fischerei-Ordnung für die Provinz Posen (1841)
 Nr. 8305: Tax-Ordnung für die ländlichen Grundstücke in Westfalen (1839–61)
 Nr. 8510: Konkurs-Verfahren (1840–41)
 Nr. 8513: Landesjustizkollegien über die beständig fortlaufenden Lasten und Pflichten lt. Konkurs-Ordnung (1841)
 Nr. 9249: Abänderung der Gesetze über Ehen und Ehescheidung (1838–42)
 Nr. 9768–9769: Einführung des Strafverfahrens beim Kriminalgericht zu Berlin (März–Juli 1846; Aug. 1846–Aug. 1847)
 Nr. 15706–15707: Bestrafung des Holzdiebstahls und der Forstkonventionen (1839–40; 1841–42)
 Nr. 15728: Zivil-Einrede in Forst- und Jagdsachen (1841–45)
 Nr. 15733–15734: Gesetzentwurf wg. Untersuchung und Bestrafung der Holzfrevel und Holzdiebstähle (1839–40; 1841–51)

Rep. 84a: Justiz-Ministerium (Dahlemer Bestand)

- Nr. 2144–2146: Personalveränderungen bei Ministerien und obersten Staatsbehörden (1825–39; 1840–45; 1845–64)
 Nr. 3695: Postwesen (1830–43)
 Nr. 4384: Staatsministerium (1808–59)
 Nr. 4526: Institut der Staatsanwälte (1843–45)
 Nr. 7765: Kompetenz der Gerichte zur Führung der Kriminal- und fiskalischen Untersuchungs-sachen und zur Abfassung der Erkenntnisse (1843–45)
 Nr. 8150: Begnadigungsgesuche oder Umwandlung und Teilung der Strafen von gerichtlichen Erkenntnissen (1838–40)
 Nr. 8212: Majestätsbeleidigungen (1832–67)
 Nr. 9527: Fischerei-Ordnungen in der Provinz Preußen (1841–45, 1850)
 Nr. 9561: Normaljahr für den Besitzstand in Westpreußen (1798–1843)
 Nr. 9563–9564: Westpreußisches Provinzialrecht (1840–43; 1844–52)
 Nr. 9601: Ablösung der Weide-Berechtigungen u.ä. Servituten (1843–51)

- Nr. 9966: Bäuerliche Erbfolge in Westfalen (1841–43)
- Nr. 9986: Kommunalverfassung in Westfalen (1839–42)
- Nr. 10542: Publikation der Erkenntnisse, Einlegung zulässiger Rechtsmittel (1841–45)
- Nr. 10547: Verfahren der Eidesleistungen (1837–41)
- Nr. 11079: Bergwerks- und Hüttenwesen, allg. (1840–45)
- Nr. 11329: Gewerbefreiheit (1839–46)

Rep. 87: Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten (ehemaliger Merseburger Bestand)

- ZV Nr. 101: Angelegenheiten des Staatsministeriums (1837–58)
- C Nr. 13: Provinzialrechte und Gesetze (1828–45)
- C Nr. 5075: Kanal-, Deich- und Grabenschau-Ordnung für die Obra-Bruch-Gegenden (1837–43)
- F Nr. 2892: Größere Landesmeliorationen (1841–48)

Rep. 89: Geheimes Zivilkabinett (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 26: Personal beim Staatsrat und beim Zivilkabinett (1826–72)
- Nr. 50: Handakten des Staats- und Kabinettsrats v. Thile (1843–47)
- Nr. 232: Vereinigter Landtag 1847 (1846; Jan.–Mai 1847)
- Nr. 234: Verhandlungen des Vereinigten Landtages; LT-Abschied (1847)
- Nr. 235: Geschäftsgang beim Vereinigten Landtag (Febr.–März 1847)
- Nr. 353: Thronwechsel auf Friedrich Wilhelm IV. (1840–42)
- Nr. 354: Landestrauer; Eidesleistung der Staatsdiener beim Regierungswechsel 1840 (1840–41)
- Nr. 1548: Titel-Verleihungen, allg. (1826–89)
- Nr. 3155: Personale und Geschäftsgang beim Hausministerium (1823–56)
- Nr. 3675–3683: Abschriften von Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums (1840–48)
- Nr. 3689: Geschäftsgang beim Zivilkabinett und Staatsministerium (1823–72)
- Nr. 3692: Organisation und Geschäftsgang der obersten Staatsbehörden; Ernennung der Staatsminister (1839–49)
- Nr. 3702: Bestimmungen und Beschlüsse des Staatsministeriums (1826–49)
- Nr. 3705: Geschäftsgang im Staatsministerium und im Staatsrat bei Bearbeitung der legislativen Gegenstände (1831–75)
- Nr. 3710: Instruktion für Protokollführer des Staatsministeriums (1836–37)
- Nr. 3713: Promemoria Schaumanns über den Vorsitz im Staatsministerium (1838)
- Nr. 3716: Sitzungen des Staatsministeriums (1840–46)
- Nr. 3727: Präsidenten und Vizepräsidenten des Staatsministeriums (1847–19)
- Nr. 3930: Rang der Beamten bei den Ministerial- und Provinzialbehörden (1824–41)
- Nr. 9732: Maßregeln gegen verstockte Verbrecher (1754–1850)
- Nr. 13320: Grenz-, Handels- und Verkehrsverhältnisse mit Rußland (1841–42)
- Nr. 13398–13399: Personal und Etat des Ministeriums des Innern (1838–42; 1843–47)
- Nr. 13913: Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten (1824–47)
- Nr. 13924–13926, 13928: Ständische Angelegenheiten (1842; 1843; 1844; 1846)
- Nr. 13934: Ständische Immediatkommission zum Recht der Kreisstände, Auflagen zu machen (März 1840)
- Nr. 13936: Ständische Angelegenheiten (1840–42)
- Nr. 13941: Ständische Angelegenheiten (Vereinigte ständische Ausschüsse) (Juli 1842–Sept. 1843)
- Nr. 13942: Originalprotokolle des Staatsministeriums über die ständische Frage vom 6., 8. und 10.10.1842; Voten der Staatsminister

- Nr. 13950: Ständischen Angelegenheiten (Febr.–April 1846)
- Nr. 13973: Errichtung von Ausschüssen des Provinzial-Landtags der Kur- und Neumark und des Markgrafentums Niederlausitz (Jan. 1841)
- Nr. 15132: Aufstand der Weber, Fabrikarbeiter u.a. in Schlesien (1844–46)
- Nr. 15172: Verhältnisse der Intelligenzblätter (bis 1848)
- Nr. 15210: Veröffentlichung der Beratungen und Beschlüsse der Regierung in der Presse (1838–46)
- Nr. 17005: Juristen-Vereine und Versammlungen (1843–1918)
- Nr. 17256: Umsetzung des Justizsenats nach Ehrenbreitstein; Vereinigung des Gerichtsbezirks mit dem OLG Arnsberg u. Einführung der preuß. Gesetzgebung in den ostrhein. Teil des RegBez. Koblenz (1826–65)
- Nr. 17294: Kompetenz der Friedensgerichte in der Rheinprovinz als Polizeigerichte (1840/41, 1848)
- Nr. 17298: Kompetenz der rhein. Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung von Verbrechen (1843)
- Nr. 17588: Pfandrecht des Vermieters und Verpächters (1843–47)
- Nr. 17671: Errichtung von Testamenten, deren Publikation und Mitteilung (1831, 1833–97)
- Nr. 17721–17722: Strafgesetzbuch und Straf-Prozeß-Ordnung (1826–43; 1844–46)
- Nr. 17731: Bestrafung der Majestätsbeleidigungen (1832–1917)
- Nr. 17738: Täuschungen der Behörden durch fremde Legitimationsurkunden (z.B. Bürgerbriefe) (1840/41)
- Nr. 17840: Kompetenzkonflikt in der Diffamationsklage der Ackerleute und Halbspänner zu Dahlenwarsleben (1840–43)
- Nr. 18476: Disziplinaruntersuchung gegen den Justizkommissarius Crelinger, Königsberg (1842–48)
- Nr. 18669: Begnadigungen und Strafmilderungen bei Thronwechsel 1840 (1840–41)
- Nr. 18747: Nachdruck und Nachbildung von Werken der Wissenschaft und Kunst (1823–54)
- Nr. 21617: Landwirtschaftliches Lehrinstitut bei der Universität Greifswald auf dem Gut Eldena (1841–43)
- Nr. 22799: Duldung neuer Religionsgesellschaften und bürgerl. Beglaubigung des Personenstandes (1845–47)
- Nr. 22800: Toleranz-Edikt; freie Religionsübung und Bildung von Religionsgesellschaften (1845–46)
- Nr. 23387: Disposition über die Kirchen und das Kirchenvermögen ausgestorbener kath. Gemeinden - in Schlesien - deren Überweisung an ev. Gemeinden (1842–48)
- Nr. 23414: Beiträge der Kirchen-Patrone im Hzgtm. Sachsen und den Lausitzen zu Bau bzw. Unterhaltung von Kirchen- und Schulgebäuden (1827–46)
- Nr. 23501: Begräbnisplätze (Kirchhöfe) und Verfahren bei Beerdigungen in verschiedenen Provinzen (1831–99)
- Nr. 23634: Bildung neuer Religionsgesellschaften und bürgerl. Beglaubigung des Personenstandes bei bloß geduldeten Religionsgesellschaften (1845–47)
- Nr. 25091: Schuldenwesen des ehem. Kgr. Westphalen und Ghzgtm. Berg (Aug. 1839–Juni 1842)
- Nr. 27019: Münzwesen (1834–85)
- Nr. 27364: Registratur Thile zum Steuererlaß von 1843 und Zusammenberufung der Ausschüsse (1842)
- Nr. 28061: Verhältnisse der Abdeckerei-Besitzer und der Scharfrichter (1844–46)
- Nr. 28090: Hausierhandel und umherziehendes Gewerbe (1834–88)
- Nr. 28111: Handelsfirmen (1840–53)
- Nr. 29527: Die beim Bau von Eisenbahnen beschäftigten Handarbeiter (1844–48)
- Nr. 29580: Eisenbahn von Neiße bis zur Oberschlesischen Eisenbahn bei Brieg (Neiße-Brieg-Bahn), deren Anschluß an die Oberschlesische Eisenbahn (1844–70)

- Nr. 29645: Luxemburg-Trier-Saarbrücker Eisenbahn (1836–84)
Nr. 29689: Eisenbahn von Schwedt nach Passow, resp. Angermünde (1844–72)
Nr. 30144: Wiesen-Ordnung für den Kreis Siegen (1843–46)
Nr. 31759: Untersuchung und Bestrafung der Wald-, Feld- und Jagdfrevel in der Rheinprovinz (1839, 1841, 1845)
Nr. 32161: Pulver-Fabrik bei Berlin, deren Verlegung nach Spandau (1838–58)

Rep. 92: Nachlässe (ehemaliger Merseburger Bestand)

- NL Radowitz d. Ä., 1. Reihe Nr. 45c: Eigene Entwürfe und Denkschriften (1841 ff.)
Dep. G. v. Rochow A IV Nr. 32: Verhandlungen des Staatsministeriums über die Rechte und Leistungen der gemessenen und ungemessenen Dienste (1844–45)
Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 1: Beratung des Ehescheidungsgesetzes (1842–44)
Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 14: Gesetz über das Verfahren bei Kompetenz-Konflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden (1845–46)
Dep. G. v. Rochow A VI Nr. 15: Gesetzentwurf wg. Duldung neuer Religions-Gesellschaften (1846)
NL v. Rother Nr. E h: Bankwesen, Seehandlung und Kgl. Bank (o.D., 1820er–40er Jahre)
NL Savigny Nr. 2: Ständische Angelegenheiten (1844–45)

Rep. 92: Nachlässe (ehemaliger Dahlemer Bestand)

- NL Bosse Nr. 15: Handakten betr. Staatsministerium (o.D., 1878–81)

Rep. 93: Ministerium der öffentlichen Arbeiten (ehemaliger Merseburger Bestand)

- E Nr. 3643: Bau der Thüringischen Eisenbahn (1844)

Rep. 97 A (Geheimes) Ober-Tribunal (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 194–201: Disziplinaruntersuchungen gegen Crelinger (1833–43)

Rep. 100: Ministerium des kgl. Hauses und der kgl. Domänen (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 279: VO wg. der Ehescheidungen (1835–41)
Nr. 288–289: Entwürfe zu allg. Gesetzen und Verordnungen (1843–45; 1845–48)
Nr. 314: Legislative Maßregeln wegen der altmärkischen Bauernlehne (1841)
Nr. 337: Belassung oder Einziehung resp. Nichtgewährung des Gnadenbefehls der im Zivildienst angestellten oder beschäftigten Invaliden (1844)
Nr. 459: Errichtung des ev. Ober-Konsistoriums (1848)
Nr. 2909: Ableben des Prinzen August von Preußen; Maßregeln wg. des angefallenen Hausfideikommisses (1843–44)

Rep. 101: Ober-Zensur-Kollegium und Ober-Zensur-Gericht (ehemaliger Merseburger Bestand)

- H Nr. 4: Staatsanwalt beim Ober-Zensur-Gericht (1843–45)

Rep. 103: General-Post-Amt

Nr. 743: Kurbrandenburgisch-preußische Porto-Taxe (1680–1845)

Rep. 109: Seehandlung (Preußische Staatsbank) (ehemaliger Merseburger Bestand)

- B Tit. XVI Nr. 18: Errichtung von Handelskammern und Handelsgerichten (1841–47)
- B Tit. XVI Nr. 24: Entwurf zu einem Gesetz über die Aktiengesellschaften (1841–44)
- B Tit. XVI Nr. 28: Studiendauer der Inländer an preußischen Universitäten (1841)
- B Tit. XVI Nr. 30 Bd. 3: Provinzial-Landtage (1845–46)
- B Tit. XVI Nr. 36: Ständische Befugnisse hinsichtlich der Steuergesetzgebung (1841)
- B Tit. XVI Nr. 44: Polizeiverwaltung in den Domänen des RegBez. Gumbinnen (1841–46)
- B Tit. XVI Nr. 81: Einführung der Staatsanwaltschaft in Kriminaluntersuchungen (1843–46)
- B Tit. XVI Nr. 97: Entwurf einer VO wegen der Marktstandsgelder (1843–47)
- B Tit. XVI Nr. 104: Befreiung der Geistlichen und Schullehrer in der Rheinprovinz von der Einquartierung (1844)
- B Tit. XVI Nr. 108: Befugnis der Städte in der Provinz Westfalen zur Erhebung von Eintrittsgeldern (1844)
- B Tit. XVI Nr. 135: VO vom 28.6.1844 und Scheidungsverfahren am OLG Bromberg (1844)
- B Tit. XVI Nr. 161: Expropriation für Bau von Berieselungsanlagen am Schwarzwasser und an der Brahe (1845–48)
- B Tit. XVI Nr. 170: Verweigerte Zulassung der Ziekuhrschen Eheleute zum Abendmahl (1845)
- B Tit. XVI Nr. 201: Schutz der Fabrikzeichen von Eisen- und Stahlwaren in den westlichen Provinzen (1847)
- B Tit. XVI Nr. 203: Regulativ über Staatsprüfungen für höhere Verwaltungsbeamte (1845)
- B Tit. XVI Nr. 237: Aufrechterhaltung von Observanzen in den Teilen der Stadt Danzig, wo das Westpreuß. Provinzialrecht gilt (1847)
- B Tit. XVI Nr. 244: Diäten- und Fuhrkosten-Regulativ für Zivilbeamte bei Dienstreisen (1847–48)
- B Tit. XVI Nr. 247: Baupolizei-Ordnung für die Städte der Provinz Schlesien (1848)

Rep. 151: Ministerium der Finanzen (ehemaliger Merseburger Bestand)

- I A Nr. 155: Verstärkung des Betriebsfonds der Haupt-Bank durch Emission von Banknoten; neue Bank-Ordnung (1845–48)
- I B Nr. 152: Gleichstellung von Provinzial-Kollegien mit denen einiger Regierungen; Aufhebung der Behörden in 2 Klassen (1839–57)
- I C Nr. 232: Gleichstellung der Besoldungsetats der Oberlandesgerichte mit denen der Regierungen (1841–46)
- I C Nr. 514–515: Abänderungen in der Justiz-Verfassung (Jan. 1840–März 1843; April 1843–Juni 1844)
- I C Nr. 534: Bürgerliche Verhältnisse der Juden (1839–59)
- I C Nr. 8373–8374: Bau- und Reparaturkosten der kirchlichen und Schulgebäude (1812–44; 1845–76)
- I C Nr. 8390: Alterszulagen an pensionierte vormalige Kloster-Geistliche (1817–44/1854)
- I C Nr. 8411: Organisation der Fräuleinstifter (1842–99)
- I C Nr. 8655: Beitragspflicht der Patrone in den vormals sächs. Landesteilen zu geistlichen und Schulbau-Kosten (1835–1901)
- I C Nr. 12453: Gesinde-Wesen und Gesinde-Ordnung (1834–46)
- II Nr. 1723: Feststellung der Klassensteuer auf bestimmte Kontingente für größere Landesteile in der Provinz Sachsen (1836–41)

II Nr. 1918: Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Erhebung einer Einkommensteuer (1846–47)

XX. Hauptabteilung Historisches Staatsarchiv Königsberg

Rep. 2: Oberpräsidium für die Provinz (Ost-)Preußen

II Nr. 2133: Verhältnisse der Juden (1844–53)

BPH Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (ehemaliger Merseburger Bestand)

Rep. 50: Friedrich Wilhelm IV.

E 2 Nr. 2: Einführung einer ständischen allgemeinen Landes-Verfassung (1836, 1845)

E 3 Nr. 52: Bau von Eisenbahnen in Deutschland (1837–56)

Rep. 51: Wilhelm I.

E Nr. 63a Spec. B: Innere Politik: Parlament (1823–47)

BPH Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (ehemaliger Dahlemer Bestand)

Rep. 192: NL Wittgenstein

VI, 4,2 Korrespondenz zwischen Wittgenstein und Maltzahn (1838–42)

Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur

Das Verzeichnis ist als praktisches Hilfsmittel bei der Benutzung der Regesten gedacht, nicht als (Auswahl-) Bibliographie mit repräsentativem Geltungsanspruch.

Die Drucke der Landtags-Verhandlungen werden allen anderen Titeln vorangestellt.

Landtagsverhandlungen der Provinzialstände in der preußischen Monarchie nebst den Landtagsabschieden, hrsg. v. Rumpf, 1.–12. Band, Berlin 1827–1837, fortgesetzt von Nitschke 13.–22. Band (Bde. 1–7), Berlin 1839–1848.

1837

14. Band, 5. Landtag Schlesien, 5. Landtag Sachsen, 6. Landtag Preußen, Berlin 1841.

15. Band, 5. Landtag Westfalen, 5. Landtag Rheinprovinz, Berlin 1841.

1841

16. Band, 7. Landtag Pommern, Berlin 1842.

17. Band, 6. Landtag Schlesien, Berlin 1842.

18. Band, 6. Landtag Sachsen, Berlin 1843.

19. Band, 7. Landtag Preußen, Berlin 1844.

20. Band, 6. Landtag Rheinprovinz, Berlin 1845.

21. Band, 6. Landtag Westfalen, Berlin 1846.

22. Band, 6. Landtag Posen, Berlin 1848.

noch 1841

Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1842.

Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtages im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen, Stettin 1841.

Verhandlungen des sechsten Provinzial-Landtages des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz, preußischen Anteils, Breslau o. J.

Der sechste westfälische Landtag, Münster 1841.

1843

Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1844.

Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages Pommern 1843, Stettin 1844.

Der sechste Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1843, Posen 1844.

Achter Provinzial-Landtag der Stände des Königreichs Preußen, Bd. 2: Denkschriften, Königsberg 1843.

Gutachten und Petitionen, welche die zum 8. Preußischen Provinzial-Landtag versammelten Stände Sr. kgl. Majestät eingereicht haben, Königsberg 1844.

Verhandlungen des siebenten Rheinischen Provinzial-Landtages 1843, Koblenz 1844.

Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, Magdeburg 1844.

Verhandlungen des siebenten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen, Münster 1844; (auch erschienen unter dem Titel: Der siebente westfälische Landtag, Münster 1844.)

1845

Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz, Berlin 1846.

Verhandlungen des neunten Provinzial-Landtages Pommern 1845, Stettin 1846.

Der siebente Landtag des Großherzogtums Posen im Jahre 1845, Posen 1846.

Neunter Provinzial-Landtag der Stände des Königreichs Preußen, Bd. 2, Danzig 1845.

Der achte Rheinische Landtag 1845, Koblenz 1846.

Verhandlungen des achten Rheinischen Provinzial-Landtages 1845.

Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Sachsen, Magdeburg 1846.

Verhandlungen des achten Provinzial-Landtages des Herzogtums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafentums Oberlausitz 1845, Breslau 1846.

Verhandlungen des achten Provinzial-Landtags der Provinz Westfalen. Nebst dem Allerhöchsten Landtags-Abschiede d.d. Berlin, den 27. Dezember 1845, Münster 1846.

Bleich, Eduard (Hrsg.), *Der Erste Vereinigte Landtag in Berlin 1847*, 4 Teile, Erster Teil, Berlin 1847.

Zehn Aktenstücke über die Amtsenthebung des Professors (Heinrich) Hoffmann von Fallersleben, Mannheim 1843.

Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 56 Bde., 1875–1912, ND Berlin 1971.

Amts-Blatt der königlichen Preußischen Regierung zu Königsberg, 1845.

Amts-Blatt der königlichen Regierung zu Breslau für das Jahr 1846.

Amts-Blatt der königlichen Regierung zu Koblenz, Jg. 1844.

Amts-Blatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, Jg. 1847.

Annalen der Preußischen innern Staats-Verwaltung, hrsg. vom wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rat v. Kamptz, Bd. 1, 1817 – Bd. 23, 1839, ND Bad Feilnbach 1985.

Arnim, Hermann Graf v./Boelcke, Willi A., *Muskau. Standesherrschaft zwischen Spree und Neiße*, 2. Aufl., Frankfurt/M./ Berlin/ Wien 1978.

Avenarius, E., *Sammlung derjenigen Allerhöchsten Kabinetts-Ordres, die nicht in die Gesetzsammlung aufgenommen wurden, und der Reskripte der Ministerien, welche die innere Verwaltung des Preußischen Staats betreffen. Aus den Jahren 1817 bis 1844*, 2 Bde., Leipzig 1845.

Bahne, Siegfried, *Die Verfassungspläne König Wilhelms IV. von Preußen und die Prinzenopposition im Vormärz*, Phil. Habilschrift, Bochum 1971 (Masch.).

Barclay, David E., *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*, Berlin 1995.

Beck, Friedrich, *Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1872/75*, in: *Adamy, Kurt, Hübener, Kristina* (Hrsg.), *Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Potsdam 1998, S. 1–80.

Behr, Hans-Joachim, *Die preußische Verwaltung in der Provinz Westfalen im Spannungsfeld von Zentralismus und Regionalismus*, in: *Teppe, Karl/Epkenhaus, Michael* (Hrsg.), *Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus*, Paderborn 1991, S. 24–46.

Berdahl, Robert M., *The Politics of the Prussian Nobility. The development of a conservative ideology 1770–1848*, Princeton 1988.

Blasius, Dirk, *Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz*, Göttingen 1976 (= *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, hrsg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka u.a., Bd. 22).

Blasius, Dirk, *Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive*, Göttingen 1987.

- Boberach, Heinz*, Wahlrechtsfragen im Vormärz. Die Wahlrechtsanschauung im Rheinland 1815–1849 und die Entstehung des Dreiklassenwahlrechts, Düsseldorf 1959.
- Böhme, W.*, Untertänigste Denkschrift betreffend das westfälische Zentralschuldenwesen, gewidmet den Mitgliedern des Hohen Preuß. Staatsministerii, Halberstadt 1844.
- Bornhak, Conrad*, Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, in: FBPG, Bd. 19 (1906), S. 353–370.
- Brammer, Annegret H.*, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987.
- Branig, Hans*, Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit, Köln/Wien 1981 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, hrsg. v. Friedrich Benninghoven u. Cécile Lowenthal-Hensel, Bd. 17).
- Brederlow, Jörn*, „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution 1848/49, München 1976, (= Studien zur modernen Geschichte, hrsg. v. Fritz Fischer u.a., Bd. 20).
- Buhl, Ludwig*, Die Gemeinde-Verfassung der östlichen Provinzen des Preußischen Staates und der Rheinprovinz, Leipzig 1846.
- Bülow-Cummerow, Ernst v.*, Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland, Berlin 1842.
- Bußmann, Walter*, Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie, Berlin 1990.
- Conrad, Georg*, Geschichte der Königsberger Obergerichte. Mit Benutzung amtlicher Quellen, Leipzig 1907.
- Conrad, Horst*, Kommunaler Konstitutionalismus und preußischer Parlamentarismus. Die Revidierte Städteordnung in der Provinz Westfalen 1831–1850, in: Teppe, Karl/Epkenhaus, Michael (Hrsg.), Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991, S. 47–81.
- Croon, Gustav*, Der Rheinische Provinzial-Landtag bis zum Jahre 1874, Düsseldorf 1918, ND Bonn 1974.
- Eichholtz, Dietrich*, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962.
- [*Eilers, Gerd*], Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn von einem Mitgliede desselben, Berlin 1849.
- Ernst Ludwig v. Gerlach*. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795–1877, hrsg. v. Jakob v. Gerlach, Bd. 1, Schwerin 1903.
- Esau, Lotte*, Flugschriften und Broschüren des Vormärz in Ost- und Westpreußen, in: Altpreußische Forschungen, 19 (1942).
- Die Feier der Erinnerung* des zehnjährigen Bestehens der Verordnung v. 1. Juni 1833 durch die am 1. Oktober 1843 in Soest versammelten westfälischen und zum Teil rheinländischen praktischen Juristen, Arnsberg 1843.
- Fischer, Horst*, Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik, Tübingen 1968.
- Friedrich Wilhelms /Königes in Preußen/ Verbessertes Land=Recht Des Königreichs Preussen...*, Königsberg 1721.
- Friedrich, Martin*, Die preußische Landeskirche im Vormärz. Evangelische Kirchenpolitik unter dem Ministerium Eichhorn (1840–1848), Waltrop 1994.
- Gall, Lothar*, Grundprobleme von Quelleneditionen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Ders. und Rudolf Schieffer (Hrsg.), Quelleneditionen und kein Ende?, München 1999 (= Historische Zeitschrift/Beihefte, N.F., Bd. 28).

- Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union*, Bd. 1: Die Anfänge der Union unter landesherrlichem Kirchenregiment (1817–1850), hrsg. J. F. Gerhard Goeters und Rudolf Mau, Leipzig 1992.
- Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen*. Vom Jahre 1817 bis 1868. Aktenstücke mit Erläuterungen aus dem Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Berlin 1869.
- Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten*, Berlin, bes. Jahrgänge 1840–1848.
- Gollwitzer, Heinz*, Die Standesherrn. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2. Aufl., Göttingen 1964.
- Handbuch über den Königlich Preussischen Hof und Staat*, bes. Jahrgänge 1839 bis 1848, Berlin 1839–1848.
- Hand-Matrikel* der in sämtlichen Kreisen des Preussischen Staats auf Kreis- und Landtagen vertretenen Rittergüter, hrsg. v. K. Fr. Rauer, Berlin 1857.
- (Hansen) Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850*, gesammelt und hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 2: 1846–1850, Erste Hälfte (Januar 1846–April 1848), Bonn 1942.
- (Hansen) Die Rheinprovinz 1815–1915*. Hundert Jahre preußische Herrschaft am Rhein, bearb. und hrsg. von Joseph Hansen, Bonn 1917.
- Hartung, Fritz*, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961, S. 223–275.
- Haxthausen, August Freiherr v.*, Die ländliche Verfassung in den einzelnen Provinzen der preußischen Monarchie, Bd. 1: Die ländliche Verfassung in den Provinzen Ost- und Westpreußen, 1. und 2. Abt., Königsberg 1839.
- Hein, Max*, Geschichte der Ostpreussischen Landschaft von 1788 bis 1888, Königsberg (Pr.) 1938.
- Hintze, Otto*, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619.
- Hodenberg, Christina v.*, Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos, Bonn 1997.
- Hodenberg, Christina v.*, Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49, Göttingen 1996 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka u.a., Bd. 113).
- Jacobson, H.*, Die rechtlichen Ansprüche der Besitzer westfälischer Obligationen, Berlin 1842.
- Jacobson, H.*, Welche rechtlichen Ansprüche haben die Besitzer der aus den Zwangsanleihen des ehemaligen Königreichs Westfalen herrührenden Obligationen an die beteiligten Staaten?, Berlin 1842.
- Jamin, Rainer*, Aufbau, Tätigkeit und Verfahren der Auseinandersetzungsbehörden bei der Durchführung der preußischen Agrarreformen, Frankfurt/M./Bern/New York 1985.
- Jürgens, Arnulf*, „Freiwillige Vereinigung“ – „gesetzlicher Zwang“. Zum Verhältnis von Mittelbarkeit und Unmittelbarkeit hinsichtlich der bäuerlichen Bevölkerung im Zusammenhang der Erbrechts-Debatte in Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Westfalen und Preussen. Integration und Regionalismus, hrsg. v. Karl Teppe und Michael Epkenhans, Paderborn 1991, S. 176–196.
- Justiz-Ministerial-Blatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege*, hrsg. vom Büro des Justiz-Ministeriums Jg. 3, 1840 – Jg. 10, 1848.
- Jus terrestris nobilitatis Prussiae correctum...* 1598.
- Keinemann, Friedrich*, Die Affäre Westphalen. Der Protest des Grafen von Westphalen zu Fürstenberg und Laer gegen die preußische Kirchenpolitik auf dem Westfälischen Provinziallandtag 1841 und seine Folgen, in: Westfälische Zeitschrift, Bd 123 (1973), S. 189–213.
- Klawitter, Willy*, Geschichte der Zensur in Schlesien, Breslau 1934.

- Die Kölner Ereignisse vom 3. und 4. August nebst ihren Folgen.* Übersichtlich dargestellt von Franz Raveaux, Mannheim 1846.
- Koselleck, Reinhart,* Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, 3. Aufl., München 1989.
- Kraus, Hans-Christof,* Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preussischen Altkonservativen, 2 Bde., Göttingen 1994, Teilbd. 1.
- Krug, Leopold,* Geschichte der Preußischen Staatsschulden, Breslau 1861, ND Vaduz 1977.
- Lancizolle, Carl Wilhelm v.,* Rechtsquellen für die gegenwärtige landständische Verfassung in Preußen mit Einschluß der Landtags-Abschiede, Berlin 1847.
- Die Land-Kultur-Gesetzgebung Preußens,* hrsg. v. Dönniges, Bd. 2, Berlin 1845.
- Laubert, Manfred,* Der politische Charakter der Posener Landschaft, in: FBPG, Bd. 37 (1925), S. 245–270.
- Loening, Edgar,* Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914.
- Meinecke, Friedrich,* Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, Bd. 2: 1814 bis 1848, Stuttgart 1899.
- Meyer zum Gottesberge, Ruth,* Die geschichtlichen Grundlagen der westfälischen Landgemeinde-Ordnung vom Jahre 1841, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Geschichte Ravensberg zu Bielefeld, 47 (1933), S. 3–198.
- Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung in den Königlich Preußischen Staaten,* hrsg. im Bureau des Ministeriums des Innern, 1. Jg., 1840 – 9. Jg., 1848.
- Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium Praecipue Marchicarum* (kurz: N.C.C.). Neue Sammlung Königl. Preuß. und Churfürstl. Brandenburgischer, sonderlich in der Chur- und Marck Brandenburg publicierten und ergangenen Ordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten ..., 5. Bd., 2. T. 1773, Berlin 1776; 9. Bd. 1791–1795, Berlin 1796.
- Nauwerck, Karl,* Das preußische Religionspatent vom 30. März 1847, Leipzig 1847.
- Neue Deutsche Biographie,* hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 19 Bde., Berlin 1953–1999.
- Neugebauer, Wolfgang,* Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. v. Otto Büsch, Berlin/New York 1992, S. 605–798.
- Neugebauer, Wolfgang,* Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992.
- Neugebauer, Wolfgang,* Ständische Quellen zum preussischen Vormärz, in: JGMOD, Bd. 43 (1995), S. 45–58.
- Niedner, Johannes,* Die Besetzung der Diakonatstellen an der Petri-Kirche in Berlin. Ein Beitrag zur Geschichte des städtischen Patronats, Berlin 1909.
- Niedner, Johannes,* Die Entwicklung des städtischen Patronats in der Mark Brandenburg. Ein Beitrag zur kirchlichen Lokalverwaltung, Stuttgart 1911, ND Amsterdam 1965.
- Niedzielska, Magdalena,* „Was heißt liberal?“. Opozycja polityczna w Prusach Wschodnich w pierwszej polowie XIX wieku (do 1847 r.). Program i działalność, Torun 1998.
- Obenaus, Herbert,* Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, hrsg. von Gerhard A. Ritter).
- Obenaus, Herbert,* Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten als Instrument der preußischen Reaktion im Vormärz, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, hrsg. von den Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 410–446 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 36).

- Ost, Günther*, Das preußische Intelligenzwerk, in: FBPG, Bd. 43 (1930), S. 44–75.
- Otto, Gustav*, Die preußische Staatsanwaltschaft. Aus Anlaß ihres 50-jährigen Bestehens als historisch-kritische Studie nach amtlichen Quellen bearbeitet, Berlin 1899.
- Poschinger, Heinrich v.*, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet, 3 Bde., Berlin 1878, ND Glashütten im Taunus 1971, Bd. 1.
- Protokolle der Deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1842*, Frankfurt/M. o.J.
- Die Prinzipienfrage in Beziehung auf eine neue Strafprozeß-Ordnung*, Berlin 1846.
- Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. Werner Schubert und Jürgen Regge. Gesetzrevision (1825–1848).
- I. Abteilung: Straf- und Strafprozeßrecht
- Bd. 5. Revision des Entwurfs des Strafgesetzbuchs von 1843 und Revidierter Entwurf der Strafprozeßordnung von 1841 (Ministerien Kamptz und Savigny; 1841–1845), hrsg. v. W. Schubert, Vaduz 1994.
- Bd. 6. Entwurf eines Strafgesetzbuchs (1845–1848). Gesetz vom 17.7.1846, betreffend das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Kriminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen, 2 Bde., hrsg. v. W. Schubert und J. Regge, Vaduz 1996.
- II. Abteilung: Öffentliches Recht, Zivilrecht und Zivilprozeßrecht
- Bd. 1. Öffentliches Recht und Sachenrecht I, 1./2. Halbbd., Vaduz 1981.
- Bd. 6. Familienrecht, hrsg. v. W. Schubert, Vaduz 1987.
- Bd. 8. Bergrecht, hrsg. v. W. Schubert, Vaduz 1988.
- Bd. 10. Zivilrecht II und Konkursrecht, hrsg. v. W. Schubert, Vaduz 1990.
- Bd. 11. Zivilrecht III und Justizverfassung: Novellen und Projekte (1833–1847), hrsg. v. W. Schubert, Vaduz 1991.
- Radtke, Wolfgang*, Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung, Berlin 1981.
- Reif, Heinz*, Adelspolitik in Preußen zwischen Reformzeit und Revolution 1848, in: Restaurationssystem und Reformpolitik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich, hrsg. v. Hans-Peter Ullmann und Clemens Zimmermann, München 1996, S. 199–224.
- Reif, Heinz*, Friedrich Wilhelm IV. und der Adel, in: ZfG, 43 (1995), S. 1102–1111.
- Rejewski, Harro-Jürgen*, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973.
- Rheinbaben, Paul v.*, Die preußischen Disziplinargesetze. Unter Benutzung amtlicher Quellen, 2. neubearb. Aufl., Berlin 1911.
- Rönne, Ludwig v.*, Das Unterrichts-Wesen des Preußischen Staates, eine systematische Darstellung..., 2 Bde., Berlin 1854/55, ND mit einer Einleitung hrsg. von Hans-Jürgen Apel, Köln 1990.
- Rönne, Ludwig v.*, (Hrsg.), Die Wege-Polizei und das Wege-Recht des Preußischen Staates, Breslau 1852.
- Rüfner, Wolfgang*, Verwaltungsrechtsschutz in Preußen von 1749–1842, Bonn 1962.
- Sammlung sämtlicher Verordnungen*, welche bis jetzt in den von Kamptz'schen Jahrbüchern für Preußische Gesetzgebung enthalten sind; nach Materien zusammengestellt, Bd. 2: Enthalten bis zur Erläuterung der Allgemeinen Gerichts-Ordnung erschienene Verordnungen, Bd. 2, Berlin/Breslau 1830.
- Schier, Rolf*, Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), Karlsruhe 1978.
- Schlesische Laudemial- und Urbarienangelegenheiten*, Breslau 1844.

- Schmidt, Eberhard*, Fiskalat und Strafprozeß. Archivalische Studien zur Geschichte der Behördenorganisation und des Strafprozeßrechtes in Brandenburg-Preußen, München/Berlin 1921.
- Schmidt-Bückeberg*, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Seine geschichtliche Entwicklung und staatsrechtliche Stellung 1787–1918, Berlin 1933.
- Schneider, Hans*, Der preussische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preussens, München und Berlin 1952.
- Schubert, Werner*, Preußen im Vormärz. Die Verhandlungen der Provinziallandtage von Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen und Schlesien sowie - im Anhang - von Ostpreußen, Westfalen und der Rheinprovinz (1841–1845), Frankfurt/M. u.a. 1999.
- Schütz, Rüdiger*, Preußen und die Rheinlande. Studien zur preußischen Integrationspolitik im Vormärz, Wiesbaden 1979.
- Schwenke, Elisabeth*, Der Elbinger Territorialstreit, in: Elbinger Jahrbuch, H. 11 (1933), S. 1–121.
- Sonnenschmidt, F. H.*, Geschichte des Königlichen Geheimen Ober-Tribunals zu Berlin, Berlin 1879.
- Stephan, Heinrich*, Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprunge bis auf die Gegenwart. Nach amtlichen Quellen, Berlin 1859.
- Stolberg-Wernigerode, Otto Gf. zu*, Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode. Ein Freund und Ratgeber König Friedrich Wilhelms IV., München/Berlin 1926.
- Stoll, Adolf*, Friedrich Karl v. Savigny. Ein Bild seines Lebens mit einer Sammlung seiner Briefe, Bd. 3: Friedrich Karl v. Savigny. Ministerzeit und letzte Lebensjahre 1842–1861. Mit 216 Briefen und 18 Abbildungen, Berlin 1939.
- Stölzel, Adolf*, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten, Berlin 1888, neu hrsg. von Jürgen Regge, Bd. 2, Vaduz 1989.
- Streng, Barbara*, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München, New Providence, London u.a. 1996.
- Treitschke, Heinrich v.*, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 5, Neue Ausgabe, Leipzig 1927.
- Varnhagen von Ense, K(arl) A(ugust)*, Aus dem Nachlaß Varnhagen's von Ense. Tagebücher, Bd. 1–4, Leipzig 1861–1862.
- Vom Leben am preußischen Hofe 1815–1852*. Aufzeichnungen von Caroline v. Rochow geb. v. d. Marwitz und Marie de la Motte-Fouque, bearb. von Luise v. d. Marwitz, Berlin 1908.
- Vornbaum, Thomas*, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin 1980.
- Wadle, Elmar*, Der Weg zum gesetzlichen Schutz des geistigen und gewerblichen Schaffens. Die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in Deutschland. Festschrift, Bd. 1, Weinheim 1991, S. 93–183.
- Werthmann, Sabine*, Vom Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ein Beitrag zur deutschen Justizgeschichte des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1995.
- Westpreußisches Provinzialrecht*, hrsg. v. A. C. Frh. v. Vegesack, 2 Bde., Danzig 1845.
- Zimmermann, Alfred*, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik aktenmäßig dargestellt, Oldenburg und Leipzig 1892.